University of Virginia Library
HX253.A27 A25 V.3
ALD Aufsatzen, Reden und Briefe /
CX 000 864 075

UNIVERSITY
OF VIRGINIA
CHARLOTTESVILLE
LIBRARIES

# Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe

Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs

VI. Heft:

## Victor Adler der Parteimann

Reden und Aufsätze, gesammelt und in vier Heften zusammengestellt von Dr. Gustav Pollatschek, mit einer Einleitung von Dr. Otto Bauer

## 1. Der Aufbau der Sozialdemokratie

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI

Victor und Emma Adler
im Garten ihres Wohnhauses, Wien, Berggasse 19.
Sommer 1886.

# VICTOR ADLER
# DER PARTEIMANN

Reden und Aufsätze,
gesammelt und in vier Heften zusammengestellt
von Dr. Gustav Pollatschek,
mit einer Einleitung von Dr. Otto Bauer

## Der Aufbau der Sozialdemokratie

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI

HX
253
.A27A25
Bd. 3
Heft 6-7

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1929 by Wiener Volksbuchhandlung
F. Skaret-Dr. R. Danneberg
Wien VI, Gumpendorferstraße 18

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts", Wien V, Rechte Wienzeile 97

# Einleitung.

Von **Dr. Otto Bauer.**

Victor Adler, den Parteimann, sollen uns vier Hefte dieser Sammlung vorführen: Adler als Werkmeister am Aufbau des großen Gebäudes der deutschösterreichischen Sozialdemokratie; Adler im Streit der Meinungen innerhalb der Partei; Adler als Erzieher der Partei; Adler als Strategen in den Kämpfen der Partei.

Dr. Gustav Pollatschek hat die Reden und Artikel Adlers, die in diesen vier Heften vereinigt sind, mit großem Fleiß gesammelt. Für die Auswahl der Artikel und Reden, die in diese Sammlung aufgenommen wurden, und für die erläuternden Fußnoten, die Adlers Worten beigegeben sind, trägt Dr. Pollatschek allein die Verantwortung. Meine Aufgabe beschränkt sich darauf, die geschichtliche Entwicklung zu skizzieren, innerhalb deren Adler gewirkt hat, um dadurch der jüngeren Generation das Verständnis der Reden und Abhandlungen Adlers zu erleichtern.

* * *

Vor fünfzig Jahren, am 21. Oktober 1878, sauste das Sozialistengesetz auf die deutsche Sozialdemokratie nieder. Die Organisationen wurden aufgelöst, die Parteipresse eingestellt, der Belagerungszustand über Berlin verhängt, die Führer aus der Hauptstadt ausgewiesen.

Das allgemeine Wahlrecht und die Teilnahme an den Wahlen sind wertlos; denn sie haben uns vor dem Einbruch der eisernen Gewalt Bismarcks nicht zu schützen vermocht. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung — das sind nur trügerische Lockmittel, deren sich Bismarck bedient, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzuhalten. Der Kampf mit gesetzlichen Mitteln ist unmöglich; die gewaltsame Revolution allein kann uns befreien. So grollte es in den erbitterten Arbeitermassen. So sprach es Hans Most in seiner seit dem Jänner 1879 in London herausgegebenen, nach Deutschland und Österreich geschmuggelten „Freiheit" aus.

Der Russisch-türkische Krieg von 1878 hatte der revolutionären Bewegung in Rußland neuen Antrieb gegeben. Der Kampf zwischen den russischen Revolutionären und den Bütteln des Zarismus verschärfte sich. Am 24. Jänner 1878 schoß Wera Sassulitsch den Petersburger Polizeimeister General Trepow nieder, der einen gefangenen Revolutionär hatte peitschen lassen, weil er ihn nicht gegrüßt hatte. Am 4. August desselben Jahres erschoß Krawtschinski-

Stepniak den General Mesenzew, den Vorsteher der „dritten Abteilung", die die blutige Verfolgung der Revolutionäre organisierte. Die Zeit des individuellen Terrors, die Kette der Attentate der russischen Revolutionäre auf den Zaren und seine Schergen begann. Das russische Beispiel lockte: Verschwörerzirkel statt der aufgelösten Massenorganisationen!, Attentate statt der Wahlkämpfe! Die „Propaganda der Tat" statt der verbotenen Propaganda des Wortes!

Die deutsche Sozialdemokratie vermochte sich dieses Ansturms zu erwehren. Denn den deutschen Arbeitern war trotz dem Sozialistengesetz die wuchtigste Waffe geblieben: das von den Ungeduldigen, von den Erbitterten so verlachte, so verlästerte Wahlrecht. Von einer Wahl zur andern konnte sie trotz dem Sozialistengesetz ihre Stimmenzahl steigern, von einem Wahlkampf zum andern trotz aller Verfolgungen den Herrschenden durch ihr Wachstum die Ohnmacht der Gewalt gegen die Idee, die Ohnmacht des Sozialistengesetzes gegen ihre Werbekraft demonstrieren. So hat sie in zwölfjährigem zähen Kampfe das Sozialistengesetz niedergerungen.

Anders in Österreich. Denn die österreichischen Arbeiter hatten kein Wahlrecht. Sie hatten das Recht nicht, das den reichsdeutschen Arbeitern erlaubte, alle Verfolgungen zu beantworten, die Ohnmacht aller Verfolgungen zu demonstrieren. Ohnmächtig, wehrlos waren sie den Verfolgungen preisgegeben. Hier erschien der Kampf mit gesetzlichen Mitteln unmöglich, weil die Willkürherrschaft des feudal-klerikalen Regimes Taaffe den Arbeitern keinerlei gesetzliche Waffen gelassen hatte. Hier fand die neue Lehre daher viel empfänglicheren Boden.

So wurde die österreichische Arbeiterbewegung gespalten. Die „Gemäßigten" wollten, so gut es der österreichische Kampfboden eben zuließ, die Methoden der deutschen Sozialdemokratie nachahmen. Die „Radikalen" setzten ihre Hoffnung auf die revolutionierende Wirkung der „Propaganda der Tat".

Die Attentate Engels und Pflegers auf den Schuhfabrikanten Merstallinger (1882), Kammerers auf den Polizeikonzipisten Hlubek (1883), Stellmachers auf den Detektiv Blöch (1884), Stellmachers und Kammerers auf den Wechselstubenbesitzer Eisert (1884) gaben der Regierung den Vorwand zur Verhängung des Ausnahmszustandes über Wien (1884). Der Ausnahmszustand vernichtete, was der Bruderkampf zwischen „Radikalen" und „Gemäßigten", was Polizeiverfolgungen und Polizeispitzelei von der Bewegung noch übriggelassen hatten. Eine Massenbewegung der Arbeiter gab es nicht mehr. Nur in kleinen Zirkeln gehetzter, verfolgter Menschen lebte der Sozialismus noch fort.

In dieser Zeit des völligen Zusammenbruchs der Bewegung entschloß sich Victor Adler, sich in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen. Sozialdemokrat war er vordem schon gewesen. Aber er hatte der Arbeiterklasse ursprünglich in anderer Weise dienen wollen; er glaubte, seine medizinischen Kenntnisse

am wirksamsten der Arbeiterschaft dienstbar machen zu können, wenn er Gewerbeinspektor würde*). Nunmehr, da die Arbeiterschaft, völlig wehrlos, durch brutale Gewalt völlig niedergeworfen war, entschloß er sich, in die Arbeiterbewegung selbst einzugreifen. Ende 1886 gründete Adler auf eigene Faust und aus eigenen Mitteln die „Gleichheit". Ihre Aufgabe sollte es sein, den Gegensatz zwischen „Radikalen" und „Gemäßigten" zu überwinden, die streitenden Brüder zusammenzuführen, die österreichische Arbeiterschaft auf die Bahnen einer organisierten Massenbewegung zu führen und ihr im Kampfe gegen die Staatsgewalt Bewegungsfreiheit zu erstreiten.

Von der Arbeit, die damit begann, geben die in diesen Heften gesammelten Reden und Artikel Adlers aus jener Zeit nur ein unvollkommenes Bild. Sie standen unter dem Druck einer doppelten Zensur: nicht nur unter der Zensur der Staatsanwaltschaft, sondern auch unter der Zensur der im Bruderkampf verhärteten Vorurteile der eigenen Genossen, insbesondere der Vorurteile der „Radikalen" gegen den Parlamentarismus und den Arbeiterschutz — Vorurteile, die Adler schonen mußte, wenn er Vertrauen in beiden Lagern gewinnen, die hadernden Brüder von beiden Seiten zusammenführen wollte. Überdies muß man, um Adlers Wirksamkeit in jener Zeit vollständiger zu sehen, seine Reden vor den Gerichten des Klassenstaates, die im zweiten, und seine Artikel über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, die im vierten Bande dieser Sammlung enthalten sind, zur Ergänzung heranziehen. Vor allem aber darf man nicht übersehen, daß Adler sein Hauptwerk damals nicht in öffentlichen Reden und Artikeln, sondern in der Arbeit von Mann zu Mann, in zahllosen Gesprächen, Sitzungen, Konferenzen vollbracht hat, in denen er die Männer um sich scharte, die die österreichische Sozialdemokratie neu begründet haben.

Diese Arbeit hatte schnellen und durchschlagenden Erfolg. Schon zwei Jahre nach der Gründung der „Gleichheit" hat der Hainfelder Parteitag (Silvester 1888/89) die beiden Fraktionen der österreichischen Sozialdemokratie geeinigt, die Partei neu konstituiert. Die Einigung vervielfachte die Kampfesenergien der Arbeiterschaft.

Wenige Monate später rief der Internationale Sozialistenkongreß in Paris (Juli 1889) die Arbeiter aller Länder, am nächsten 1. Mai eine internationale Kundgebung für den Achtstundentag zu organisieren. Mit kühner Energie folgte die junge österreichische Partei unter Adlers Führung dieser Aufforderung. Sie begann eine mächtige Agitation für die Arbeitsruhe am 1. Mai. Der Gedanke eines Feiertages, den die Arbeiterschaft sich selbst, aus eigenem Willen ertrotzen solle, entzündete die Phantasie der österreichischen Arbeiter. Die Forderung des Achtstundentages fand in den Massen, die noch elf und zwölf Stunden täglich fronen mußten, lauten Widerhall. Die Bewegung erfaßte Massen, die ihr

*) Siehe das fünfte Heft dieser Sammlung, Seite 11 ff.

bisher noch unzugänglich gewesen waren. Die imposante Durchführung der Demonstration am 1. Mai 1890 steigerte mächtig das Kraftbewußtsein der Arbeiter und das Ansehen der Partei. Eine Welle von Streiks folgte. In fast allen Gewerben entstanden über Nacht gewerkschaftliche Organisationen. Das erste Ziel war erreicht: Statt kleiner Verschwörerzirkel, die Bomben fabrizierten, eine Massenbewegung der Arbeiterklasse! Der Ausnahmszustand war wirkungslos geworden; er wurde nicht mehr erneuert. Die österreichische Arbeiterschaft hatte sich damit ihre Bewegungsfreiheit erobert.

In Deutschland wurde das Sozialistengesetz 1890 aufgehoben. Seiner Aufhebung folgte eine lebhafte Diskussion über die Wege, die die Partei nunmehr einschlagen solle. Die Rebellion der „Jungen" gegen die „Alten" fand auch in Österreich ihren Widerhall. So drohte 1892 noch einmal ein Rückfall in die Parteispaltung. Aber, in kraftvollem Wachstum, hat die Partei die Absplitterung der „Unabhängigen" unschwer verwunden. Trotzdem sind Adlers Auseinandersetzungen mit ihnen heute noch sehr belehrend; denn nun konnte er schon viel freimütiger als vor Hainfeld seine Ansichten über soziale Reform und soziale Revolution darlegen.

So ging es nun schnell vorwärts. „Wir sind von einer Sekte oder Horde Radaumacher zu einer politischen Partei avanciert, die Anerkennung sich errungen hat und mit der man rechnet", schrieb Adler 1891 an Engels. Nun galt es, die neugewonnene politische Kraft im Kampfe um ein politisches Ziel einzusetzen: die Eroberung des Wahlrechtes für die Arbeiterschaft mußte das erste Ziel sein.

* * *

Seit dem Ausgang der achtziger Jahre stand die belgische Arbeiterpartei im Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Schon 1891 hatten die belgische Regierung und die belgische Kammer unter dem Druck einer großen Streikbewegung die Wahlrechtsreform in Angriff genommen. Aber die im Jahre 1892 neugewählte Kammer lehnte am 11. April 1893 das allgemeine Wahlrecht ab. Die belgische Arbeiterschaft antwortete mit dem politischen Massenstreik. Unter seinem Druck kapitulierte die Kammer: sie bewilligte am 18. April, was sie eine Woche vorher verweigert hatte. Die belgische Arbeiterschaft hatte sich das allgemeine, freilich noch nicht gleiche Wahlrecht erobert.

Diese Ereignisse entzündeten auch in Österreich den Willen zum Wahlrechtskampf. „Belgisch reden!" hallte es durch die Arbeiterversammlungen. Mit großen Demonstrationen begann der Kampf um das Wahlrecht.

Das österreichische Abgeordnetenhaus bestand aus 353 Abgeordneten. Von ihnen wurden 85 von der Kurie des Großgrundbesitzes, 21 von der Kurie der Handelskammern, 118 von der Kurie der Städte und 129 von der Kurie der Landgemeinden gewählt. In der Kurie des Großgrundbesitzes übte der Adel, in der Kurie der Handelskammern übten die Kapitalisten,

in den Kurien der Städte und der Landgemeinden übten Bürger und Bauern ihr Wahlrecht aus. Das Wahlrecht hatten in den Kurien der Städte und der Landgemeinden nur diejenigen, die wenigstens fünf Gulden an direkten Stuern bezahlten; damit waren die Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen.

In diesem Parlament kämpften seit 1867 der Feudaladel und die Bourgeoisie, die Privilegierten des Blutes und die Privilegierten des Goldes, um die Macht. Die große Bourgeoisie war vertreten durch die liberale Linke, die unter der Führung der großen Bourgeoisie die Massen des deutschen Bürgertums sammelte; sie war deutsch, liberal, zentralistisch. Den Feudaladel vertrat die föderalistisch-klerikale Rechte, die unter der Führung des Adels und der Kirche die Tschechen, Slowenen, Polen und die deutschen klerikalen Bauern der Alpenländer vereinigte; sie war slawisch, klerikal, föderalistisch. Hatte 1867 bis 1870 und 1871 bis 1878 die kapitalistisch-liberale Linke regiert, so regierte seit 1879, durch die Regierung Taaffe, die feudal-klerikale Rechte.

Die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen standen in der Gefolgschaft der großen Herren; die deutschen Bürger in der Gefolgschaft der liberalen Fabrikanten, die deutschen alpenländischen Bauern und das tschechische Bürger- und Bauerntum in der Gefolgschaft des feudalen Adels. Aber in den achtziger Jahren entwickelten sich allmählich Kleinbürgerparteien, die sich gegen die Führung der Kapitalisten und der Feudalherren auflehnten. Im tschechischen Lager wurden die Alttschechen, die eine feste Stütze des feudalen Regimes waren, von den kleinbürgerlich-demokratischen Jungtschechen abgelöst. Im deutschen Lager stürmten die kleinbürgerlichen Deutschnationalen und Christlichsozialen gegen den großbürgerlichen Liberalismus an.

Bei den Reichsratswahlen im Jahre 1890 wurden die Alttschechen, die einen Bestandteil der feudal-klerikalen Regierungsmehrheit bildeten, von den Jungtschechen geschlagen. Das feudal-klerikale Regierungssystem war seither schwer erschüttert.

Nun entschloß sich die Regierung Taaffe, den Wahlrechtskampf der Sozialdemokratie auszunützen, um die feudale Herrschaft in Österreich zu retten. Am 10. Oktober 1893 brachte Taaffe im Abgeordnetenhaus den Entwurf einer Wahlreform ein. Nach seinem Entwurf sollten die Kurien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern unverändert bleiben, in den Kurien der Städte und der Landgemeinden aber sollte das allgemeine Wahlrecht eingeführt werden. Taaffe wollte durch die Erweiterung des Wahlrechtes in diesen beiden Kurien den großbürgerlichen Liberalismus zerschmettern, den kleinbürgerlichen Nationalismus durch die Sozialdemokratie in Schach halten; so sollte dem Feudaladel, dessen Machtstellung durch den unveränderten Fortbestand der Großgrundbesitzerkurie ungeschmälert bleiben sollte, die Führung gesichert werden.

Gegen diesen kühnen Plan vereinigten sich die historischen Parteien des Kurienparlaments. Die Klerikalen und der Polenklub bildeten mit der Liberalen eine Koalition, die die Regierung Taaffe stürzte und die Koalitionsregierung Windischgrätz einsetzte.

Man hat Adler damals und später oft den Vorwurf gemacht, es sei ein schwerer Fehler gewesen, daß er in jenen Wochen die Arbeitermassen gegen die sich formierende Koalition nicht aufgeboten hat, um die Taaffesche Wahlreform zu retten. Es wäre eine lassalleanische Politik gewesen: die Allianz der Arbeiterklasse mit der Regierung gegen das Privilegienparlament. Adler hat diesen Weg mit Recht vermieden. Die Unterstützung der feudal-klerikalen Regierung, die vor kurzem noch die Arbeiterbewegung brutal verfolgt hatte, hätte die Partei als Werkzeug des feudalen Regierungssystems erscheinen lassen, sie hätte Verwirrung in die noch junge Partei getragen und ihren Kampf vor breiten Massen kompromittiert.

Aber wie Adler dieser Versuchung von rechts widerstand, mußte er sich zugleich der Versuchung von links erwehren. Breite Massen, über das Scheitern der Wahlreform erbittert, drängten zum Generalstreik. Im Einverständnis mit Friedrich Engels*), August Bebel, Karl Kautsky stellte sich Adler auf dem Parteitag 1894 ihnen entgegen. Ein solcher Versuch, mit den noch unzulänglichen Kräften der jungen Partei die unerschütterte Macht der Militärmonarchie herauszufordern, hätte damals noch nur mit einer verhängnisvollen Niederlage enden können.

Trotzdem aber mußte der Wahlrechtskampf fortgesetzt werden. Dies gelang. Die Wahlrechtsreform, einmal auf die Tagesordnung gesetzt, konnte nicht mehr verschwinden. Schließlich kam 1896 die Wahlreform zustande. Die vier Kurien (Großgrundbesitz, Handelskammern, Städte, Landgemeinden) blieben unverändert; aber ihnen wurde eine fünfte Kurie mit 72 Mandaten angegliedert, in der allgemeines Wahlrecht bestand. Es war ein schändliches Wahlsystem: die Arbeiter waren nur in der fünften Kurie wahlberechtigt, die 72 Mandate besetzte; die 353 Mandate der vier privilegierten Kurien blieben den besitzenden Klassen vorbehalten und diese besitzenden Klassen wählten in der fünften Kurie noch einmal mit, machten in ihr den Arbeitern die Mandate streitig! Vor allem blieb das Privileg des Feudaladels ungeschmälert: wenige tausend Großgrundbesitzer wählten 85 Abgeordnete, während die Millionen Wähler des allgemeinen Wahlrechtes nur 72 Abgeordnete wählen durften. Aber trotz alledem war es ein Schritt vorwärts. Die Sozialdemokratie hatte die Möglichkeit erobert, in aufrüttelnden Wahlkämpfen proletarische Massen, die sie vordem nicht zu erreichen vermocht hatte, zu erwecken und sie gegen die bürgerlichen Parteien zu führen.

Im März 1897 fanden die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlsystem statt. In Wien erlitt die Partei eine schwere Niederlage;

*) Siehe den Briefwechsel mit Engels im ersten Heft dieser Sammlung.

sie konnte sich gegen die aufsteigende, von der volkstümlichen Gloriole des Kampfes gegen den kapitalistischen Liberalismus umgebene christlichsoziale Bewegung noch nicht durchsetzen. Aber in den Industriegebieten der Sudetenländer errang die Sozialdemokratie einen großen Sieg. 14 von den 72 Mandaten der Kurie des allgemeinen Wahlrechtes fielen ihr zu. Die parlamentarische Tribüne war erobert. Viktor Adler war freilich nicht unter den Gewählten; erst acht Jahre später brachte ihn eine Nachwahl in das Abgeordnetenhaus.

* * *

Der altösterreichische Parlamentarismus war nur so lange lebensfähig, als bloß eine schmale Oberschicht der Völker, bloß der Adel und die Großbourgeoisie das öffentliche Leben beherrschten. Sobald die Volksmassen selbst die Arena des öffentlichen Lebens betraten, sobald die oligarchischen, plutokratischen Parteien, die Liberalen auf der einen, die Feudalklerikalen auf der andern Seite, abgelöst wurden von den bürgerlich-bäuerlichen Massenparteien, von den Deutschnationalen und den Christlichsozialen hüben, den Jungtschechen und den Nationalsozialisten drüben, sobald schließlich die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, sei es auch zunächst nur in einer von fünf Wahlkurien, das öffentliche Leben zu demokratisieren begann, zeigte sich erst, was das Reich der Habsburger in Wirklichkeit war: ein Gefängnis von acht Nationen, die kein Gemeinschaftsgefühl verband, von denen keine dem gemeinsamen Reich ein Opfer zu bringen und jede um jedes nationalen Sonderinteresses willen das gemeinsame Reich zu sprengen bereit war. So begann denn mit der Wahlreform von 1896 jene Epoche der erbitterten nationalen Kämpfe, die im Verlauf von zwanzig Jahren das alte Österreich zersetzt hat, um es schließlich in der Katastrophe von 1918 zu sprengen.

Der Kaiser versuchte zunächst, auch in dem neuen Parlament das feudale Regime aufrechtzuerhalten: die Regierungen der Grafen Badeni (1896/97) und Thun (1898/99) waren die letzten feudalen Regierungen in Österreich. Um die Jungtschechen für die feudal-klerikale Mehrheit zu gewinnen, erließ Badeni die Sprachenverordnungen, die das Recht der tschechischen Sprache im Dienst der Behörden und Gerichte wesentlich erweiterten.

Der großbürgerliche Liberalismus hatte sich seit 1879 mit schwächlicher Opposition gegen das feudal-klerikale Regime begnügt, das mit nationalen Zugeständnissen die Gefolgschaft der Alttschechen erkauft hatte. Der kleinbürgerliche deutsche Nationalismus, der nunmehr an seine Stelle getreten war, war nicht gesonnen, sich der Erneuerung dieses Regimes zu unterwerfen. Er beantwortete die Sprachenverordnungen mit der Obstruktion — nicht etwa nur der Obstruktion gegen einzelne Gesetze, sondern der Obstruierung aller parlamentarischer Arbeit.

Die deutschnationale Obstruktion stellte die Sozialdemokratie vor sehr schwierige Aufgaben. Die Arbeiter hatten jahrelang den

Kampf um das Wahlrecht geführt; als das Wahlrecht erobert war, als die ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in das Abgeordnetenhaus einzogen, hofften die Arbeiter, nun werde es möglich sein, den Kampf um ihre sozialen Forderungen im Parlament aufzurollen. Desto größer war die Enttäuschung der Massen, da das Parlament vom Anfang an obstruiert war, die nationalen Streitfragen allein das öffentliche Leben beherrschten, die sozialen Probleme der Arbeiterklasse von den Leidenschaften der nationalen Kämpfe in den Hintergrund gedrängt wurden.

Die Sozialdemokratie konnte an der deutschnationalen Obstruktion gegen die Sprachenverordnungen nicht teilnehmen. Denn die Sprachenverordnungen gaben den Tschechen nur ihr Recht. Die Sozialdemokratie durfte die Gleichberechtigung der Tschechen nicht bekämpfen. Aber anderseits mußte die Sozialdemokratie doch, bei aller Gegnerschaft gegen den deutschen Nationalismus, die feudal-klerikalen Regierungen als ihren Hauptfeind betrachten, durfte sie im Kampf gegen den Nationalismus doch nicht zur Verbündeten der Regierung werden. Als Badeni die deutsche Obstruktion gewaltsam zu brechen suchte, stürmten die sozialdemokratischen Abgeordneten das Präsidium und demonstrierten die sozialdemokratischen Arbeiter auf der Straße (November 1897). Sozialdemokratische Energie verhinderte das Gelingen dieses Versuches, das feudale Regime durch einen parlamentarischen Staatsstreich zu retten. Als Thun, da die Deutschnationalen das Parlament obstruierten, den „Ausgleich" mit Ungarn auf Grund des § 14 absolutistisch oktroyierte, antwortete die Partei mit großen Straßenkundgebungen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Taktik wesentlich dazu beigetragen hat, das feudale Regime in Österreich endgültig zu liquidieren, und dadurch dem weiteren Fortschritt den Weg gebahnt hat. Aber sie war nicht ohne ernste Gefahren.

Nahm die Sozialdemokratie an der deutschnationalen Obstruktion nicht teil, so erschien nicht sie, sondern der deutsche Nationalismus als der radikalste, energischeste Kämpfer gegen die Regierung; so erstarkte die Anziehungskraft des deutschen Nationalismus auf einen Teil der deutschen Arbeiter in den Sudetenländern. Griff aber die Sozialdemokratie in den entscheidenden Phasen des Kampfes gegen die Regierung ein, so erschien sie den tschechischen Arbeitern als Bundesgenossin der Deutschnationalen; nun erstarkte die Anziehungskraft des Nationalismus auf die tschechischen Arbeiter. So erschien es in dieser Zeit der nationalen Kämpfe als die wichtigste Aufgabe, das eigene Haus der Partei vor dem Einbruch des Nationalismus zu schützen, die internationale Kampfgemeinschaft der österreichischen Arbeiterklasse zu festigen.

Die tschechische Sozialdemokratie hatte sich vom Anfang an zwar in enger Verbindung mit der deutschösterreichischen, aber doch organisatorisch selbständig entwickelt. Schon 1878 hatten die tschechischen Organisationen auf einem Parteitag in Prag eine selbständige tschechische Sozialdemokratie

konstituiert. Wurde diese Organisation durch Verfolgungen und Bruderkämpfe bald wieder zerstört, so sammelten sich die tschechischen Organisationen doch wieder in der Zeit der Einigung und konstituierten auf dem Brünner Parteitag zu Weihnachten 1887, also noch vor Hainfeld, die „Tschechoslawische sozialdemokratische Partei", deren Programm erklärte: „Die Tschechoslawische sozialdemokratische Partei betrachtet sich als einen Bestandteil der sozialdemokratischen Partei in Österreich, hat aber ihre eigene Organisation." Seit Hainfeld nahmen die Tschechen an den österreichischen Parteitagen teil; aber innerhalb der österreichischen Gesamtpartei hielten sie ihre autonome Organisation aufrecht, die auch ihre besonderen tschechischen Parteitage abhielt. Adler formulierte das Verhältnis damals schon so: „Gemeinschaft des Programms, Autonomie der Organisation, Vereinbarung der Taktik."

Der Budweiser tschechische Parteitag von 1893 gab der tschechischen Organisation eine straffere Form. Je stärker seither die tschechischen Organisationen wurden und je mehr unter dem Eindruck der nationalen Kämpfe der Bourgeoisie die nationale Empfindlichkeit auch innerhalb der Arbeiterschaft erstarkte, desto schwerer trugen es die Tschechen, daß dieselben Organe, die die Geschäfte der deutschösterreichischen Organisationen besorgten, zugleich auch als Organe der österreichischen Gesamtpartei galten. So mußte schließlich die österreichische Partei in eine Föderation nationaler Parteien verwandelt werden; der Prager Parteitag im Jahre 1896 und der Parteitag beim Wimberger in Wien im Jahre 1897 haben diese Umgestaltung durchgeführt. Seit 1897 hatten die deutschösterreichische, die tschechische, die südslawische, die polnische, die italienische und die ukrainische Sozialdemokratie in Österreich ihre selbständigen Organisationen, ihre eigene Parteitage und Parteivertretungen; alle diese Parteien aber trafen in jedem zweiten Jahre auf den Gesamtparteitagen der österreichischen Sozialdemokratie zusammen und hatten als ständige gemeinsame Organe die Gesamtexekutive und den gemeinsamen Abgeordnetenverband im Parlament. Nun galt es, mitten in der Zeit der leidenschaftlichsten nationalen Kämpfe im Staat, den föderierten sozialdemokratischen Parteien aller Nationen des Reiches ein gemeinsames Nationalitätenprogramm zu schaffen.

Die deutsche Sozialdemokratie war entstanden und gewachsen in der Tradition, daß jede demokratische Neugestaltung Europas die Auflösung der Habsburgermonarchie voraussetze. 1848 hatte die republikanische Demokratie den Gedanken verfochten, der Sturz der Dynastien in Wien und in Berlin solle der Vereinigung der Deutschösterreicher mit den andern deutschen Stämmen den Weg bahnen, während die andern historischen Nationen der Habsburgermonarchie — Italiener, Magyaren und Polen — ihre selbständigen Nationalstaaten begründen sollen. In den sechziger Jahren, als die norddeutsche Bourgeoisie ihre Hoffnung auf ein kleindeutsches Reich der Hohenzollern zu setzen begann, hielten August

Bebel und Wilhelm Liebknecht diese großdeutsch-republikanische Tradition von 1848 sowohl gegen das kleindeutsch-preußische Programm, das Deutschland mit Verzicht auf Deutschösterreich unter den Hohenzollern, als auch gegen das großdeutsch-habsburgische Programm, das Deutschland mit Einbeziehung der slawischen und magyarischen Länder der Habsburgermonarchie unter den Habsburgern einigen wollte, aufrecht; in dem Kampf zwischen der großdeutsch-republikanischen und der kleindeutsch-hohenzollernschen Lösung der deutschen Frage ist die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland vollzogen worden. Auch nach dem Siege der kleindeutsch-preußischen Lösung (1871) ist der alte großdeutsch-republikanische Gedanke von 1848 innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hüben und drüben nie erstorben. Marx und Engels, Bebel und Liebknecht haben immer an ihm festgehalten. Auch Viktor Adler war in dieser Tradition erzogen.

Aber mochte die Sozialdemokratie noch so fest überzeugt sein, daß jede künftige Revolutionsepoche die Habsburgermonarchie zerschlagen werde: vorläufig war diese Habsburgermonarchie da. In den neunziger Jahren war nirgends eine Tendenz zur Zerschlagung der Habsburgermonarchie zu sehen. Das Deutsche Reich, zur gewaltigsten Macht Europas geworden, betrachtete den Fortbestand der österreichisch-ungarischen Monarchie als sein Lebensinteresse. Das zarische Rußland, dessen Kräfte damals auf die Expansion in Ostasien konzentriert waren, brauchte im Westen Ruhe; 1897 schloß in Petersburg Nikolaus II. mit Franz Josef einen Vertrag über gemeinsames Vorgehen der beiden Mächte auf der Balkanhalbinsel ab. Italien war durch die schwere Niederlage, die es 1896 in Abessinien erlitten hatte, empfindlich geschwächt. Von außen her drohte also der Habsburgermonarchie keine Gefahr. Ihr Bestand erschien auf unabsehbare Zeit gesichert. Im Innern aber tobten die nationalen Kämpfe. Die Entwicklung der Demokratie in Österreich, die Entwicklung des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse vor allem, erschien schwer gefährdet durch die nationalen Kämpfe, die den Parlamentarismus zerstörten und, unter dem Deckmantel des § 14, den Absolutismus wiederherstellten, die die Öffentlichkeit ausschließlich mit den nationalen Problemen beschäftigten und die Forderungen der Arbeiterklasse nicht auf die Tagesordnung kommen ließen, die schließlich selbst die Arbeitermassen unter den Einfluß der nationalistischen Leidenschaften zu bringen und dadurch die internationale Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse zu sprengen drohten. So rang sich in der Sozialdemokratie der Gedanke durch: Muß schon dieses Österreich bestehen, so müssen wir eine Neugestaltung dieses Österreichs anstreben, die die Entwicklung der Arbeiterklasse in ihm von der schweren Hemmung durch die nationalen Kämpfe befreit.

Der großbürgerliche Liberalismus verfocht den bürokratischen Zentralismus unter deutscher Führung. Der Feudaladel mit seiner klerikalen und slawischen Gefolgschaft forderte

den Föderalismus der historischen Kronländer. Beiden Programmen stellte der Brünner Parteitag (1899) das Programm der nationalen Autonomie entgegen, der Verwandlung Österreichs in einen Bundesstaat gleichberechtigter autonomer Nationen, von denen jede auf ihrem Siedlungsgebiet ihre besonderen Angelegenheiten selbständig verwalten solle.

Die Sozialdemokratie stellte nunmehr den kämpfenden nationalistischen Bourgeoisien den Gedanken entgegen, die Demokratie könne das alte Österreich neu gestalten, jeder seiner Nationen ihre Freiheit innerhalb des gemeinsamen Rahmens erringen und ihre Kämpfe gegeneinander friedlich schlichten. Der erste Schritt zu diesem Ziele müsse die Zerschlagung des Kurienparlaments, die Beseitigung der Wahlrechtsprivilegien, die Eroberung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes sein. Auf dieser Grundlage werde es dann möglich sein, Österreich zu einem Bundesstaat freier, friedlich zusammenlebender Völker neuzugestalten. Es war eine Illusion. Aber eine in jener Zeit notwendige und lebenfördernde Illusion. Das Brünner Programm hat in einer Zeit, in der die nationalen Kämpfe den alten Staat zersetzten, die internationale Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse noch mehr als ein Jahrzehnt lang zusammengehalten. Und es war im Kampf für die Demokratie, im Kampf um das gleiche Wahlrecht vor allem eine wuchtige Waffe.

* * *

Der Kampf der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten gegen die Regierungen Badeni und Thun hat das feudale Regime in Österreich endgültig liquidiert. Dem Sturz der Regierung Thun folgte die Reihe der deutsch-bürokratischen Regierungen.

Das Regierungssystem wurde wesentlich verändert. Unter der Regierung Koerber (1900 bis 1905) wurden die aristokratischen Bezirkshauptleute von bürgerlichen Beamten abgelöst. Preß-, Vereins-, Versammlungsfreiheit wurden weit mehr als früher geachtet. Die polizeiliche Schikanierung und gerichtliche Verfolgung der Arbeiterbewegung hörten auf.

Aber dieses neue Regierungssystem stand vom Tage seiner Entstehung an im heftigsten Gegensatz gegen die tschechischen bürgerlichen Parteien. Hatten die Deutschnationalen der Sprachenverordnungen wegen gegen Badeni und Thun den Obstruktionskampf geführt, so haben die Tschechen, nachdem das neue Regierungssystem vor den Deutschnationalen kapituliert, die Sprachenverordnungen aufgehoben hatte, die deutsch-bürokratischen Regierungen mit der Waffe der Obstruktion bekämpft. Da das Parlament auch die dringendsten Gesetze nicht verabschieden konnte, wurden sie immer wieder „auf Grund des § 14" absolutistisch oktroyiert. So begann der erbitterte Kampf zwischen den Tschechen und dem deutsch-bürokratischen Regierungssystem, der, immer nur vorübergehend unterbrochen, beinahe anderthalb Jahr-

zehnte gedauert, die Tschechen, später auch die Südslawen in immer heftigeren Gegensatz gegen den Staat gesetzt und damit die Auflösung des alten Österreich vorbereitet hat.

Das Parlament war obstruiert. Die Regierung hatte die größten Schwierigkeiten, auch nur das kleinste Gesetzchen im Parlament durchzusetzen. Die Geschäftsordnung des Parlaments gab jeder noch so kleinen Fraktion die Möglichkeit, diese Schwierigkeiten zu vergrößern. So konnten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament, trotz ihrer geringen Zahl — es waren ihrer seit den Neuwahlen von 1901 nur elf — einen nicht geringen Einfluß üben, manchen kleinen Vorteil für die Arbeiterschaft von der Regierung erlangen.

Trotzdem wurde die Lage der Partei im Verlauf dieser Jahre sehr schwierig. Die gute wirtschaftliche Konjunktur um die Jahrhundertwende hatten die Gewerkschaften zu großen Kämpfen ausnützen können. Der große Brünner Streik (1899) leitete die Kämpfe der Textilarbeiter um die Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden ein, der Generalstreik der Bergarbeiter (1900) brachte den Bergarbeitern die Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden. Als aber 1901 die Wirtschaftskrise hereinbrach, wurden die Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften empfindlich beengt. Zugleich kam auf dem politischen Kampffeld der Rückschlag. Die Reichsratswahlen von 1901 zeigten zwar, daß die Partei in Wien im Vormarsch gegen die Christlichsozialen war; aber empfindliche Einbußen in den Sudetenländern zeigten, daß die nationalistischen Leidenschaften dort auch Arbeitermassen mitzureißen begannen. Die Lähmung des neugewählten Parlaments durch die jahrelang fortdauernde Obstruktion ertötete alles Interesse für die parlamentarische Arbeit. Eine Stimmung der Hoffnungslosigkeit, des Ekels an dem parlamentarischen Getriebe breitete sich in den Völkern aus. Versuche, den Kampf gegen das Privilegienwahlrecht von neuem aufzunehmen, scheiterten an der Interesselosigkeit der enttäuschten Massen und an der Aussichtslosigkeit des Unternehmens. Die bürgerlichen Parteien, ihrer Mandate in den privilegierten Kurien sicher, gliederten sich für die Wahlkämpfe in der fünften Kurie nationale und klerikale „Arbeiterparteien“ an, deren Konkurrenz besonders in den Sudetenländern der Partei gefährlich wurde. Die Stimmung der Verdrossenheit zeigte sich auch auf den Parteitagen jener Jahre. Adlers Reden aus jener Zeit sind erfüllt von dem Gefühl des Ekels an einem Staat, der nicht mehr leben und noch nicht sterben konnte. In seinen politischen Urteilen schwankte er: zuweilen hielt er es für die Aufgabe der Partei, den parlamentarischen Kampfboden gegen die tschechische Obstruktion zu verteidigen; dann wieder hoffte er, gerade die tschechische Obstruktion werde das Privilegienparlament zerschlagen und die Herrschenden zur Oktroyierung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zwingen. Seine Hauptaufgabe aber erblickte er darin, trotz der Ungunst der Verhältnisse die Zuversicht der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten,

die Organisationen auszubauen, die internationale Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse gegen den rasenden Nationalismus zu verteidigen. Die Partei konnte nichts anderes tun, als sich bereit und kampffähig zu erhalten, bis neuer Anstoß von außen einen neuen Vorstoß erlauben werde.

* * *

In den neunziger Jahren wuchs im Deutschen Reich die Industrie in beispiellos schnellem Tempo. Die glänzende Prosperitätsperiode seit 1895, die durch die Wirtschaftskrise von 1901 nur für kurze Zeit unterbrochen wurde, erlaubte es den seit dem Fall des Sozialistengesetzes schnell erstarkten deutschen Gewerkschaften, bedeutende Erfolge zu erringen. Mit den Gewerkschaften wuchsen auch die genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft. Von Wahl zu Wahl schwoll die Stimmenzahl der deutschen Sozialdemokratie an.

Die Generation, die nach 1871 herangewachsen war, hatte in West- und Mitteleuropa keinen Krieg und keine Revolution mehr erlebt. Der Glaube an kommende revolutionäre Katastrophen schwand. Desto stärker wurde die Zuversicht, durch die Entwicklung der Arbeiterbewegung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer größere positive Erfolge erringen zu können.

Dieser neuen Stimmung gab Eduard Bernstein in einer Reihe von Aufsätzen Ausdruck, die er in den Jahren 1897 und 1898 veröffentlichte. Die Sozialdemokratie solle ihre Hoffnung nicht mehr auf revolutionären Umsturz setzen, sondern darauf, daß es durch die Entwicklung der Demokratie und der Arbeiterorganisationen möglich sein werde, den Kapitalismus allmählich „auszuhöhlen", die Ausbeutung zu lindern, dem Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftssozialismus immer mehr Raum zu erobern. Diese neue Auffassung, bald Revisionismus oder Reformismus genannt, wurde zum Gegenstand lebhaften Streites der Meinungen in der deutschen Sozialdemokratie. Ursprünglich wurde der Streit als eine theoretische Diskussion über die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, über den Weg zum Sozialismus geführt. Dieser theoretische Streit, an dem Victor Adler lebhaft Anteil nahm, fand einen schwachen Widerhall auch in der österreichischen Sozialdemokratie bei der Revision des Parteiprogramms auf dem Wiener Parteitag 1901. Im Deutschen Reich aber mündete die theoretische Diskussion bald in Auseinandersetzungen über taktische Fragen der Arbeiterbewegung.

Die deutsche Sozialdemokratie stand im schärfsten Gegensatz gegen die preußisch-hohenzollernsche Militärmonarchie. Die Revisionisten hielten es für möglich und für notwendig, diesen Gegensatz abzuschwächen; dies erst werde es ermöglichen, die Feindseligkeit des Reiches gegen die Arbeiterbewegung zu überwinden, die Demokratisierung des Wahlrechtes für den preußischen Landtag durchzusetzen, praktische Erfolge für die Arbeiterschaft zu erringen. Als die deutsche Sozialdemokratie bei den Reichstags-

wahlen im Jahre 1903 einen großen Sieg errungen hatte, forderten die Revisionisten, die Partei solle für einen ihrer Abgeordneten die Würde eines Vizepräsidenten des Reichstages verlangen und der sozialdemokratische Vizepräsident solle den herkömmlichen Besuch bei dem Kaiser nicht verweigern. Die radikale Mehrheit der Partei faßte diesen Vorstoß der Revisionisten als einen Versuch auf, den republikanischen und revolutionären Charakter der Partei zu verwässern. Die sachlichen Gegensätze steigerten sich zu persönlichen Feindschaften. Auf dem Parteitag in Dresden (1903) hielt August Bebel furchtbare Abrechnung mit den Revisionisten. Der Parteitag nahm eine Resolution an, die die Bestrebungen der Revisionisten scharf verurteilte.

Die Gegensätze waren damit freilich nicht überwunden. Sie fanden neue Nahrung in der Verschiedenheit der Verhältnisse in Süd- und in Norddeutschland. Im Süden waren die Klassengegensätze weit weniger schroff als im Norden. In den süddeutschen Landtagen konnten die sozialdemokratischen Fraktionen unschwer durch Kompromisse mit einzelnen bürgerlichen Parteien einzelne Forderungen durchsetzen. Eine solche „positive" Politik setzte nach der Ansicht der Revisionisten allerdings voraus, daß die sozialdemokratischen Fraktionen nicht als eine unversöhnliche, bedingungslos staatsfeindliche Opposition auftraten. Mit dieser Begründung haben die sozialdemokratischen Fraktionen in den süddeutschen Landtagen wiederholt für das Budget gestimmt. Die radikale Mehrheit der Partei betrachtete auch dies als einen Bruch mit den republikanischen und revolutionären Traditionen der Partei. Auf einigen Parteitagen führte diese Streitfrage zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen dem linken und dem rechten Flügel der Partei.

Dieselben Gegensätze, die sich im Schoße der deutschen Sozialdemokratie entwickelten, tauchten aber auch in den sozialistischen Parteien anderer Länder auf, am frühesten und in reifster Gestalt im Schoße des französischen Sozialismus.

Die „Affäre Dreyfuß" hatte seit 1897 die Gegensätze zwischen der bürgerlich-radikalen Linken und der klerikal-nationalistischen Rechten der französischen Kammer außerordentlich verschärft. Die Sozialisten unterstützten die Linke gegen die Rechte. Diese Kooperation führte dazu, daß 1899 der Sozialist Millerand in die Linksregierung Waldeck-Rousseau eintrat. Dieser Eintritt eines Sozialisten in eine bürgerliche Regierung rief heftige Debatten innerhalb des französischen Sozialismus hervor. Der Streit, ob ein Sozialist in eine bürgerliche Regierung eintreten dürfe, wurde verschärft und vergiftet dadurch, daß in der Regierung Waldeck-Rousseau neben Millerand der General Gallifet, der Schlächter der Kommune von 1871, saß, daß diese Regierung den russischen Zaren festlich empfing, daß sie in Martinique und Chalon-sur-Saone auf streikende Arbeiter schießen ließ. Der Streit führte zur Spaltung des französischen Sozialismus. Die Gegner des „Ministerialismus", Guesdisten und Blanquisten, konstituierten sich

1901 unter der Führung von Guesde und Vaillant als „Parti socialiste de France", die Anhänger des Ministerialismus im folgenden Jahre unter der Führung Jaurès' als „Parti socialiste Français". Der Gegensatz zwischen Revolutionären und Reformisten dauerte auch dann fort, als nach den Wahlen von 1902 die Regierung Waldeck-Rousseau-Millerand gefallen war. Die Regierung Combes stützte sich auf den „Block der Linken", der mit den bürgerlichen Radikalen auch die Abgeordneten des Parti socialiste Français umfaßte, die, dank der überragenden Persönlichkeit Jaurès', in ihm eine führende Stellung einnahmen, während der Parti socialiste de France die „Blockpolitik" ablehnte und die unversöhnliche Opposition des Sozialismus gegen alle bürgerlichen Parteien, gegen die bürgerliche Linke ebenso wie gegen die Rechte, verfocht.

Victor Adler nahm an den Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und innerhalb des französischen Sozialismus den lebhaftesten Anteil. Vieles von dem, was er über die inneren österreichischen Probleme jener Zeit gesprochen und geschrieben hat, hat heute nur noch historisches Interesse; was er aber über jene großen grundsätzlichen und taktischen Auseinandersetzungen im Schoße des internationalen Sozialismus geschrieben und gesprochen hat, ist heute noch von lebendigster Aktualität, ist auch noch für die heutige Generation überaus lehrreich. Man liebt es heute, Adler als Meister jeglichen Opportunismus zu rühmen; wer diese Sammlung seiner Reden und Artikel über die großen Probleme des internationalen Sozialismus im Zusammenhang lesen wird, wird gewahr werden, wie unrichtig für die Zeit bis 1905 dieses Urteil ist.

Ihren Höhepunkt erreichte die internationale Wirksamkeit Adlers auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam 1904. Da traten die beiden großen Richtungen des internationalen Sozialismus einander entgegen: die Reformisten, repräsentiert durch Jaurès, die Revolutionäre, geführt von Bebel, Kautsky, Guesde. Adler stellte sich in der Sache auf die Seite Bebels und Kautskys. Aber er wußte aus seinen Erfahrungen innerhalb der engeren österreichischen Internationale, wie wichtig es in internationalen Verhandlungen ist, das nationale Selbstgefühl zu schonen, die Eigenliebe der einzelnen nationalen Parteien nicht zu verletzen. Wollten Bebel und Kautsky die Resolution des deutschen Dresdner Parteitages, die den Reformismus schroff verurteilte, zum internationalen Gesetz erheben, so wollte Adler im Verein mit Vandervelde ihr eine Fassung geben, die jede schroffe, das Selbstgefühl des Parti socialiste Français verletzende Form vermeiden wollte. Wohl ist die Resolution Adler-Vandervelde gegen die Resolution Bebel-Guesde unterlegen. Aber Adlers Auftreten hat unzweifelhaft sehr viel dazu beigetragen, daß die Verhandlungen des Kongresses den rechten Flügel des französischen Sozialismus nicht verletzt, sondern in ihm den Willen zur Einheit gestärkt haben. In der Tat hatte der

Kongreß von Amsterdam einen gewaltigen Erfolg: Unter seinem Eindruck wurde die Parteispaltung in Frankreich überwunden; im Jahre 1905 vereinigten sich der Parti socialiste Français und der Parti socialiste de France auf der Grundlage der Amsterdamer Resolution zur Geeinigten sozialistischen Partei Frankreichs. Die Einigung des französischen Sozialismus durch die Entscheidung des Kongresses war der größte Triumph in der Geschichte der Zweiten Internationale.

* * *

Im Jahre 1903 forderte der Kaiser von Österreich und König von Ungarn von den beiden Parlamenten die Erhöhung des jährlichen Rekrutenkontingents. Der ungarische Reichstag forderte als Preis für die Bewilligung des erhöhten Rekrutenkontingents die magyarische Kommandosprache in den ungarischen Regimentern. Einheit der k. u. k. Armee oder ihre Teilung in eine deutsch kommandierte österreichische und eine magyarisch kommandierte ungarische Hälfte — das war die Frage, die damit aufgeworfen war. Franz Josef lehnte die magyarische Kommandosprache ab. Er geriet damit in den schwersten Konflikt mit dem ungarischen Reichstag. Da der Reichstag widerspenstig blieb, brach Franz Josef in Ungarn mit dem parlamentarischen Regierungssystem. Er bildete im Sommer 1905 die Regierung Fejervary-Kristoffy, die eine Vorlage über die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes in Ungarn ankündigte. Der König wollte das widerspenstige Adelsparlament einschüchtern, indem er es mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht, mit der Mobilisierung der Bauern- und Arbeitermassen gegen den Adel bedrohte.

Diese Ereignisse in Ungarn entfesselten den Wahlrechtskampf in Österreich. Macht der König von Ungarn das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu seinem Programm, so kann es der Kaiser von Österreich nicht verweigern — so brauste es jetzt durch die Arbeitermassen.

Dem nun von neuem einsetzenden Wahlrechtskampf gaben die Ereignisse in Rußland revolutionären Schwung. Während der internationale Reformismus noch dozierte, die Arbeiterklasse dürfe ihre Hoffnungen nicht mehr auf revolutionäre Katastrophen setzen, hatte der russisch-japanische Krieg die erste russische Revolution entfesselt. Am 31. Oktober 1905, als gerade der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie versammelt war, traf die Nachricht ein, daß der gewaltige Massenstreik der russischen Arbeiter den Zaren zur Kapitulation gezwungen hatte, zur Erlassung eines Manifestes, das eine Verfassung, die Einberufung einer auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes zu wählenden Duma versprach. Unter dem Eindruck dieses Ereignisses hielt Adler die revolutionärste Rede seines Lebens. Der Parteitag gab die Parole zum Wahlrechtskampf mit allen Mitteln bis zum politischen Massenstreik aus.

Noch an demselben Abend demonstrierten die Wiener Arbeiter auf der Ringstraße. Am 2. November kam es in Wien, drei Tage später in Prag zu blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und der Polizei. Die Eisenbahner, die, einer Lohnforderung wegen, in passiver Resistenz standen, verknüpften die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht mit ihren wirtschaftlichen Forderungen. Für den 28. November wurde ein eintägiger Generalstreik angesagt.

Auf den Kaiser machten diese Ereignisse starken Eindruck. Er fürchtete das Übergreifen der russischen Revolution auf das zu zwei Dritteln slawische Österreich. Er sah, daß er in Österreich nicht verweigern konnte, was er in Ungarn selbst gefordert hatte. Er erwartete, daß die Demokratisierung des österreichischen Parlaments den Druck auf den widerspenstigen ungarischen Adelsreichstag verstärken werde. So entschloß sich der Kaiser, die stürmische Forderung der Arbeiter zu erfüllen. Als am 28. November 1905 die Arbeit in Österreich ruhte und die Arbeiter für die Wahlrechtsreform demonstrierten, legte die Regierung Gautsch dem Privilegienparlament die Vorlage über die Abschaffung der Kurien, über die Einführung des einheitlichen allgemeinen und gleichen Wahlrechtes vor.

Das Privilegienparlament geriet so unter doppelten Druck: unter den Druck der von der Sozialdemokratie geführten Arbeiterschaft auf der einen, des Kaisers und seiner Regierungen auf der andern Seite. Nach schweren Kämpfen, die sich durch ein Jahr hinzogen, mußte das Privilegienparlament selbst seine Aufhebung, die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes beschließen. Die Reden, die Adler im Verlauf dieser Kämpfe gehalten hat, sind in die vorliegenden Hefte nicht aufgenommen; sie sollen in einem besonderen Hefte, das dem Wahlrechtskampf gewidmet werden soll, gesammelt werden.

Die lassalleanische Politik, die Politik der Allianz der Arbeiterklasse mit der Krone gegen das Privilegienparlament, die Adler 1893 abgelehnt hatte, hat er 1905/06 gemacht. Er konnte es jetzt aus zwei Gründen: Einmal deshalb, weil die ältere, gefestigte Partei von 1905 wagen konnte, was die junge, ungefestigte Partei von 1893 nicht hätte wagen können, ohne in innere Wirren gestürzt und in ihrem Wesen gefährdet zu werden. Dann auch darum, weil der Kampfpreis jetzt ein anderer war als 1893. Damals hatte es sich um die Taaffesche Wahlreform gehandelt, die die Großgrundbesitzerkurie konservieren, die feudale Vorherrschaft in Österreich retten sollte; jetzt um das allgemeine und gleiche Wahlrecht, um die Aufhebung der Wahlrechtsprivilegien des Großgrundbesitzes und damit eines der wichtigsten Überbleibsel der feudalen Vorherrschaft, um die Schaffung der Grundlagen einer bürgerlichen Demokratie in Österreich.

Aber auch das Problem des politischen Massenstreiks hat Adler 1905/06 ganz anders behandelt als 1893. Hatte er 1893 alles darangesetzt, den Generalstreik zu verhindern, zu

dessen Durchführung die junge Partei noch nicht stark genug gewesen wäre, so hat die Partei den Generalstreik im Juni 1906, als die Wahlreform zu scheitern drohte, sehr ernsthaft vorbereitet und das Privilegienparlament sehr wirksam unter den Druck dieser drohenden Vorbereitungen gesetzt.

Nach einjährigem harten Kampf im Wahlreformausschuß des Abgeordnetenhauses war im Dezember 1906 der Sieg errungen, die Wahlreform beschlossen. Nach dreizehnjährigem Wahlrechtskampf hatte die Sozialdemokratie, die Gunst einer geschichtlichen Stunde geschickt ausnutzend, das allgemeine und gleiche Wahlrecht durchgesetzt. Dieser Triumph erweiterte gewaltig das Ansehen, die Anziehungskraft, den Einfluß der Partei. Bei den ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes im Jahre 1907 fielen der Partei mehr als eine Million Stimmen und 87 von 516 Mandaten zu.

Die Sozialdemokratie hatte diesen großen Sieg freilich nur in einem Kampfe erringen können, in dem sie die verschiedensten Mittel miteinander kombinierte: die stürmischen revolutionären Straßendemonstrationen ebenso wie die zeitweilige Allianz mit der kaiserlichen Regierung gegen das Parlament, die revolutionäre Bedrohung des Parlaments mit dem Generalstreik ebenso wie eine Taktik im Wahlreformausschuß, die bald die eine, bald die andere bürgerliche Gruppe unterstützte, bald dieses, bald jenes Kompromiß zwischen den miteinander kämpfenden bürgerlichen Parteien förderte, um die Wahlreform durch alle parlamentarischen Schwierigkeiten hindurchzulotsen. Die Erfahrungen dieses Kampfes haben Adlers politische Denkweise sehr stark beeinflußt. Der Gedanke, die Partei müsse ihre politischen Kampfmethoden in geistiger Freiheit, ungebunden durch Traditionen, in steter Anpassung an die konkreten Erfordernisse des Ortes und der Zeit wählen, trat in seinem politischen Denken nun immer stärker hervor. Er ist nie ein Revisionist im deutschen, ein Reformist im französischen Sinn gewesen. Aber er war auch in der Beurteilung der taktischen Probleme des internationalen Sozialismus nach 1906 unzweifelhaft ein anderer als vorher.

* * *

Seitdem das Deutsche Reich 1899 das britische Bündnisangebot abgelehnt, seitdem es 1900 mit verstärkten Seerüstungen eingesetzt, seitdem es die Verlegenheiten Englands in der Zeit des Burenkrieges zur Begründung seiner Vorherrschaft in der Türkei ausgenutzt hatte, verschärfte sich der britisch-deutsche Gegensatz von Jahr zu Jahr. Als 1904 die russischen Armeen von den Japanern geschlagen wurden, als Frankreich damit rechnen mußte, daß sein russischer Bundesgenosse für Jahre geschwächt sein werde, hatte die Republik das Bedürfnis, sich England zu nähern. England, durch die Verschärfung seiner Beziehungen zu Deutschland beunruhigt, kam ihr entgegen. 1904 wurde die englisch-französische „Entente cordiale“ begründet. Nachdem der Zarismus die erste russische Revolution blutig nieder-

geworfen hatte — der Staatsstreich Stolypins 1907 besiegelte seinen Sieg —, gesellte sich auch Rußland der Entente; der gemeinsame Gegensatz gegen die deutsche Vorherrschaft in der Türkei und die gemeinsame Furcht vor der Gärung in der mohammedanischen Welt, die 1906 in Persien zu revolutionärem Ausbruch geführt hatte, haben England und Rußland einander genähert. Die beiden Kaiserreiche Mitteleuropas standen nun der furchtbaren Koalition Englands, Frankreichs und Rußlands gegenüber.

Im Juni 1908 vereinbarten Rußland und England in Reval ein Reformprogramm für Mazedonien, das sie dem Sultan aufzwingen wollten. Das nationale Selbstgefühl des türkischen Offizierskorps lehnte sich gegen diese Demütigung auf. Die türkische Revolution stürzte den Absolutismus Abdul Hamids (Juli 1908). Die Habsburgermonarchie beantwortete diese Ereignisse mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina: Franz Josef erklärte die beiden Länder, die das Reich seit 1878 als Beauftragter der Großmächte verwaltete, für sein Eigentum (Oktober 1908). Wild schäumte in Serbien die Empörung über die Annexion der beiden jugoslawischen Länder durch die fremde Macht auf. Die Entente stellte sich an Serbiens Seite. Habsburg berief Reservisten ein und schickte sie an die serbische Grenze. Erst als das Deutsche Reich durch offene Kriegsdrohung Rußland zu einer demütigenden Kapitulation zwang, war die Kriegsgefahr beschworen.

Als der Kaiser daranging, Bosnien zu annektieren, schloß er mit dem ungarischen Adel seinen Frieden. Er brauchte das ungarische Adelsparlament als Stütze der Annexionspolitik; der Adel, durch die Drohung mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht eingeschüchtert, war bereit, die Politik der Krone zu unterstützen. Der Friede wurde auf Kosten der Bauern und Arbeiter geschlossen: in dem Monat der Annexion Bosniens gab der König dem Wahlreformentwurf Andrassys, der das ungarische Volk um das ihm versprochene Wahlrecht betrügen sollte, die Vorsanktion.

Als in Österreich 1907 das erste aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht hervorgegangene Parlament zusammengetreten war, waren wider alle Gepflogenheit auf Adlers Antrag auch sozialdemokratische Abgeordnete bei der Verlesung der Thronrede erschienen. Adler wollte den Kaiser nicht durch republikanische Demonstrationen schrecken, als das ungarische Proletariat noch auf das Bündnis mit der Krone gegen das Adelsparlament Hoffnungen setzte. Als Franz Josef das ungarische Proletariat verriet, antwortete Adler: „Einmal in Österreich haben die Völker ihr Vertrauen gesetzt auf das Wort der Krone und dieses eine Mal hat man sie im Stich gelassen." Die lassalleanische Episode in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie war zu Ende.

Aber nicht nur in Ungarn, auch in Österreich wendeten sich die herrschenden Mächte jetzt gegen die Demokratie. Der Kaiser hatte die Demokratisierung des Wahlrechtes gefördert, als er vor der russischen Revolution zitterte und als er die Demokratie gegen den

widerspenstigen ungarischen Reichstag ausspielen wollte. Der Hof stellte sich gegen die Demokratie, sobald die russische Revolution besiegt war, sobald Habsburg mit dem ungarischen Adelsparlament Frieden geschlossen hatte, sobald man zur Durchführung der neuen „aktiven Außenpolitik" eine Regierung der „starken Hand" brauchte.

Als das Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes 1907 zum erstenmal zusammengetreten war, hatte der Ministerpräsident Beck Vertreter der deutschen, der tschechischen und der polnischen Bürger- und Bauernparteien in seine Regierung aufgenommen. Einen Augenblick schien es, als seien die nationalen Gegensätze überbrückt und hätte Österreich die Entwicklungsstufe einer bürgerlichen parlamentarischen Demokratie erreicht. Aber es schien nur so. Nach wenigen Monaten wurde die gemeinsame Regierung des Bürgertums der drei großen Nationen durch Intriguen der Aristokraten und Kapitalisten, die Beck die Demokratisierung des Wahlrechtes nicht verzeihen konnten, und durch das Wiederaufflammen nationaler Gegensätze unterwühlt, schließlich auf unmittelbares Geheiß des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand von den Christlichsozialen gestürzt. Mit der Regierung Bienerth fiel Österreich wieder in das System der deutsch-bürokratischen Regierungen und damit wieder in die nationale Obstruktion zurück.

Der Kampf Österreich-Ungarns mit Serbien und Rußland in der Annexionskrise rief in den slawischen Gebieten des Reiches große Unruhe hervor. Am 2. Dezember 1908, dem Tage des Kaiserjubiläums, gab es in Prag stürmische Demonstrationen, die die Regierung mit der Verhängung des Standrechtes beantwortete. Auf panslawistische und antimilitaristische Agitationen der tschechischen Radikalen antwortete die Regierung mit der Konfiskation von Zeitungen, der Auflösung von Vereinen, Anklagen vor den Gerichten. Die tschechischen Radikalen erwiderten mit der Obstruktion gegen alle parlamentarische Arbeit. Und es waren nicht mehr die Tschechen allein. Die Demokratisierung des Wahlrechtes hatte auch den Südslawen und den Ukrainern stärkere Vertretung im Abgeordnetenhaus gesichert. Bald war das „Volksparlament", auf das die Arbeitermassen nach dreizehnjährigem Wahlrechtskampf überschwängliche Hoffnungen gesetzt hatten, ebenso ständig durch die nationalen Kämpfe gelähmt, wie es das Privilegienparlament gewesen war. Die Regierungen konnten immer wieder das „Volkshaus" zur Seite stoßen und „auf Grund des § 14" absolutistisch oktroyieren, was das Parlament verweigert hatte.

Die Sozialdemokratie wurde dadurch zu einem Kampf an zwei Fronten gezwungen. Sie stand einerseits im Kampf gegen die bürokratische Regierung. Sie verteidigte anderseits den Kampfboden des Parlaments gegen die Obstruktion der slawischen Nationalisten, die ja den Parlamentarismus ausschaltete, den Absolutismus der Bürokratie immer wieder herstellte. Dieser Kampf an zwei Fronten zwang zu einer sehr komplizierten Politik.

die den Massen nicht leicht verständlich war: im Kampf gegen die deutsch-bürokratische Regierung erschien die Sozialdemokratie als Bundesgenossin des slawischen Nationalismus, im Kampf gegen die slawische Obstruktion als Bundesgenossin der deutsch-bürokratischen Regierung! Zudem verleitete die Notwendigkeit des Kampfes gegen die slawische Obstruktion zu einer Denkweise, die in der parlamentarischen Rebellion der slawischen Völker, die doch Symptom und Ausdruck der sich vorbereitenden nationalen Revolution, der beginnenden Auflösung der Habsburgermonarchie war, nichts als Chauvinismus, ja, nichts als „Büberei" und Demagogie sah. Wer heute Adlers Parlamentsreden aus den Jahren 1908 bis 1914 liest, wird nicht verkennen, daß wir heute die nationalen Obstruktionskämpfe jener Jahre in geschichtlichen Zusammenhängen sehen müssen, die Adler damals noch nicht sehen konnte.

Die Regierung stützte sich in ihrem Kampf gegen die slawische Obstruktion und gegen die sozialdemokratische Opposition auf die deutschen bürgerlichen Parteien, die Christlichsozialen und die Deutschnationalen. Die große Bourgeoisie, die in der Zeit des Privilegienwahlrechtes den Kern der liberalen Partei gebildet hatte, mußte sich jetzt, nachdem das allgemeine Wahlrecht die liberale Partei hinweggefegt hatte, im Kampf gegen den Sozialismus auf die kleinbürgerlichen Massenparteien, die im Kampf gegen den Liberalismus aufgestiegen waren, stützen, in sie eindringen, sie von sich abhängig machen. Die Christlichsozialen und die Deutschnationalen, die in der Zeit des Privilegienwahlrechtes als volkstümliche antikapitalistische Oppositionsparteien erschienen waren, verwandelten sich nun in Stützen des bürokratischen Absolutismus und Verteidiger der kapitalistischenAusbeutung. Und dies geschah in einer Zeit, in der die damals schnell fortschreitende Teuerung die Klassengegensätze verschärfte, die Volksmassen erbitterte, im September 1911 zu einer Teuerungsrevolte der Wiener Arbeiter führte. Die Christlichsozialen insbesondere erschienen den Volksmassen verantwortlich für den Zollkrieg mit Serbien, der die Teuerung verschärfte und die Kriegsgefahr vergrößerte. So schritt in Wien und Niederösterreich die Sozialdemokratie gegen die Christlichsozialen mächtig fort; bei den Wahlen von 1911 konnte sie ihnen eine schwere Niederlage bereiten, durch die die Regierung Bienerth gestürzt wurde. Aber was konnten solche parlamentarische Machtverschiebungen bedeuten, da das Parlament selbst durch die nationalen Kämpfe gelähmt blieb?

Im Jahre 1912 griffen die Balkanstaaten — Serbien, Bulgarien, Griechenland — die durch Revolution und Konterrevolution geschwächte Türkei an. Sie besiegten die Türkei; aber die Habsburgermonarchie trat ihnen entgegen, als sie die Früchte ihrer Siege bergen wollten. Wieder geriet Europa in schwerste Kriegsgefahr. Die Siege der Serben und der Bulgaren schwellten das Selbstgefühl der südslawischen Stämme, die unter Habsburgs Herrschaft lebten; die feindliche Politik der Habsburgermonarchie gegen Serbien erbitterte sie. Der ganze Süden der Monarchie war in

Gärung. In Kroatien wurde die Verfassung suspendiert, der „königliche Kommissär" Cuvaj regierte mit absolutistischer Willkür. Auch in Österreich wurden die nationalen Gegensätze und Kämpfe maßlos verschärft. Während die Gefahr des Krieges nach außen auch nach der Beendigung des Balkankrieges fortbestand, zerfiel Österreich vor aller Augen immer deutlicher in einander feindliche nationale Lager, die nur noch die Gewalt zusammenhielt.

Diese fortschreitende Auflösung Österreichs zersetzte schließlich auch die Gesamtpartei der österreichischen Arbeiterklasse. In der ganzen Zeit der leidenschaftlichsten nationalen Kämpfe war es Adlers weisem Verstehen der Bedürfnisse und Notwendigkeiten der einzelnen nationalen sozialdemokratischen Parteien, seiner persönlichen Autorität und seiner Kunst der Vermittlung gelungen, die sechs nationalen sozialdemokratischen Parteien fest zusammenzuhalten; während im Abgeordnetenhaus deutsche und tschechische, polnische und ukrainische, südslawische und italienische bürgerliche Parteien in den wildesten Kämpfen gegeneinander tobten, stand ihnen der Sozialdemokratische Verband als einheitlicher Block gegenüber. Jetzt aber drangen die nationalen Leidenschaften immer stärker auch in die Arbeiterschaft ein und dadurch barst schließlich auch dieser Block!

Der Konflikt ging von den Gewerkschaften aus. Während in der Partei von Anfang an der Grundsatz galt: „Gemeinschaft des Programms, Autonomie der Organisation, Vereinbarung der Taktik", waren die Gewerkschaften straff zentralistisch organisiert, von Wien aus geleitet. Dagegen lehnte sich die tschechoslawische Sozialdemokratie auf. Sie wollte das Prinzip der selbständigen nationalen Organisation, das in der Partei unbestritten galt, auch auf die Gewerkschaften übertragen. Sie begann, die internationalen Gewerkschaften zu spalten, besondere tschechische Gewerkschaften zu gründen. Die deutschösterreichischen Gewerkschaften sahen darin mit Recht eine Schädigung gewerkschaftlicher Notwendigkeiten. Aber sie sahen nicht, daß die Auflehnung der nationalen Leidenschaften gegen die internationalen Gewerkschaftsverbände nur ein Symptom der sich vollziehenden Auflösung Österreichs in seine nationalen Elemente, die keine internationalen Massenorganisationen mehr vertrug, nur ein Vorbote mehr der sich vorbereitenden nationalen Revolution der slawischen Völker war. Adler hat sich jahrelang gegen die Leidenschaften auf beiden Seiten gewehrt, beide Seiten zu einem Kompromiß zu bewegen versucht. Die Leidenschaften des Kampfes gingen über seinen Widerstand hinweg. 1910 rief die Gewerkschaftskommission die Entscheidung des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen an. Der Kongreß entschied einstimmig gegen den tschechischen Separatismus. Aber die tschechoslawische Sozialdemokratie unterwarf sich seiner Entscheidung nicht. Als sich eine Minderheit tschechischer Gewerkschafter für den gewerkschaftlichen Zentralismus erklärte, wurden sie aus der tschechoslawischen Partei ausgeschlossen. Sie kon-

stituierten sich als eigene Partei unter dem Namen „Tschechische Sozialdemokratie". Nachdem die deutschösterreichische Partei — nach langem Widerstreben Adlers — auf dem Innsbrucker Parteitag (1911) beschlossen hatte, die neugegründete Partei anzuerkennen, brach die tschechoslawische Partei die Beziehungen zu der deutschösterreichischen Partei ab. Damit war die österreichische Gesamtpartei tatsächlich zerrissen. Adler hat dies als den Zusammenbruch eines großen und wichtigen Teiles seines Lebenswerkes empfunden.

Durch die nationalen Konflikte in ihren eigenen Reihen empfindlich geschwächt, hatte die österreichische Sozialdemokratie seit 1908 immer wieder den Kampf gegen die Kriegsgefahr zu führen. Adlers ganzes Wesen bäumte sich gegen den Gedanken auf, daß die vermodernde Habsburgermonarchie auch noch ganz Europa in den Krieg stürzen solle. Adler hat im Kriege gegen den Krieg einige seiner gewaltigsten Reden gehalten. Und doch war dieser Kampf nicht eigentlich seine Sache, hatte er in diesem Kampf schwere innere Hemmungen zu überwinden.

Die ältere Generation des internationalen Sozialismus, die in der Sturmzeit von 1848 bis 1871 herangewachsen war, die Generation Marxens und Engels', hat die Zusammenhänge zwischen Krieg und Revolution, zwischen den Befreiungskämpfen der Klassen und den Befreiungskämpfen der Nationen aus lebendiger Erfahrung gekannt. Sie hat darum die Entwicklung der internationalen Politik mit Leidenschaft studiert und verfolgt. Nicht so die jüngere Generation, die in der langen Friedensepoche nach 1871 herangewachsen war, die Generation Victor Adlers. Ihre historische Aufgabe war es, die Arbeiter zu wecken, zu organisieren, in den Kampf um ihre unmittelbarsten wirtschaftlichen, sozialen, politischen Bedürfnisse zu führen. Die nationalen, die Staatenkämpfe, erschienen ihr nur als Störung dieser ihrer Aufgabe. Sie zitierte gern den Satz F. A. Langes, die Gründung des kleinsten Arbeitervereines sei ein wichtigeres Ereignis als die Schlacht bei Sadowa. Die Beschäftigung mit der internationalen Politik erschien ihr lange als „Kannegießerei", die von der eigentlichen, der sozialen Aufgabe nur ablenke.

Adler hat im Grunde selbst die nationalen Kämpfe innerhalb Österreichs vor allem als Störung der Kämpfe der Arbeiterklasse empfunden und beurteilt. Die konstruktiven Gedanken der Nationalitätenpolitik der österreichischen Sozialdemokratie seit dem Brünner Programm von 1899 stammten ursprünglich nicht von ihm, sondern von Austerlitz, Renner, Kautsky. Aber der österreichische Nationalitätenkampf wirkte so unmittelbar auf das Schicksal der österreichischen Arbeiterbewegung ein und die Stellung zu ihm war von so entscheidender Bedeutung für die Erhaltung und Entwicklung der österreichischen Gesamtpartei, daß sich Adler diese Gedanken doch in seiner persönlichen Art assimilieren und sie in seinem Wirken vertreten und entwickeln mußte.

Viel schwerer ist es ihm geworden, zu den großen Problemen der großen europäischen Politik eine feste Stellung zu gewinnen.

Seit 1908 hatte die österreichische Sozialdemokratie den Kampf gegen die „aktive", aggressive Balkanpolitik der Habsburgermonarchie zu führen. Aber in diesem Kampf war Adler gehemmt durch die traditionelle, seit 1848 fortlebende marxistische Maxime, alle Aufgaben in der internationalen Politik dem Kampf gegen den Zarismus unterzuordnen. Diese Maxime wurde innerhalb der österreichischen Gesamtpartei vor allem durch den Einfluß der polnischen Sozialdemokratie in Österreich lebendig erhalten, die ja auf den Kampf gegen den Zarismus ihre Hoffnungen auf die Wiederaufrichtung eines unabhängigen Polen gründete. Und der Einfluß der polnischen Sozialdemokratie auf die Haltung der österreichischen Gesamtpartei war um so größer, je schwieriger die Beziehungen zwischen der deutschösterreichischen und der tschechischen Sozialdemokratie wurden. Darum war es einer der leitenden Gedanken der Politik Adlers, die Partei dürfe im Kampf gegen die Balkanpolitik der Habsburgermonarchie nicht so weit gehen, daß ihre Haltung den russischen Zarismus gegen die Habsburgermonarchie stärken könnte.

Dieser Gedanke wurde verstärkt durch Gedanken andern Ursprungs. Adler bekämpfte leidenschaftlich die Kriegspartei am Wiener Hof, als deren Haupt er den Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand ansah. Aber er war überzeugt, daß der alte Kaiser Franz Josef selbst keinen Krieg beginnen werde. Er fürchtete also nicht einen Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien. Er fürchtete einen Angriff Rußlands und Serbiens auf Österreich-Ungarn. Er glaubte, daß Rußland zu einem solchen Angriff durch die innere Schwäche, die innere Zerrüttung Österreichs ermutigt werde. Er meinte daher, die Partei dürfe in ihrem Kampf gegen den habsburgischen Imperialismus ja nichts sagen und ja nichts tun, was Österreich-Ungarn schwächer, zerrütteter, widerstandsunfähiger erscheinen lassen könnte, als es war, weil sie dadurch Rußland und die Entente überhaupt zum Angriff ermutigen und dadurch die Kriegsgefahr noch vergrößern könnte.

Die Ereignisse von 1914 haben bewiesen, wie unrichtig Adlers Voraussetzungen waren. Seitdem im Gefolge des Balkankrieges die Anziehungskraft Serbiens auf die südslawischen Gebiete der Monarchie mächtig erstarkt, seitdem der ganze Süden der Monarchie in Gärung war, seitdem die Herrschenden ihr Reich durch die Verschärfung der nationalen Kämpfe immer mehr bedroht fühlten, reifte in den militärischen, diplomatischen und höfischen Kreisen Wiens der Plan, Serbien zu überfallen, es zu zertreten, damit nicht nur die Gärung in den südslawischen Gebieten zu unterdrücken, sondern überhaupt durch einen siegreichen Krieg der drohenden inneren Auflösung des Reiches ein Ende zu setzen. Aber Österreich-Ungarn konnte den Angriff auf Serbien nur wagen, wenn es das Deutsche Reich schützend in seinem Rücken wußte. Und in Berlin unterschätzten die Herrschenden

die nationale Zersetzung der Donaumonarchie, unterschätzten sie die Gefahr, daß sich dieser Zersetzungsprozeß im Kriegsfall auch in der k. u. k. Armee zeigen werde. Darum wäre es damals die wichtigste Aufgabe, die wirksamste Arbeit für den Frieden gewesen, vor der deutschen Öffentlichkeit die ganze innere Schwäche der Donaumonarchie rücksichtslos aufzuzeigen, um das Deutsche Reich davor zu warnen, die Zukunft des deutschen Volkes an die verwesende Habsburgermonarchie zu hängen.

Diese Meinungsverschiedenheiten bestanden innerhalb der Partei schon seit dem Balkankrieg. In ihnen kündigten sich bereits die Gegensätze an, die in der Kriegszeit die Partei schwer erschüttert haben.

* * *

Als der Krieg ausbrach, war Adler schon ein schwerkranker, mit den schwersten körperlichen Leiden ringender Mann. Er hatte bis zur letzten Stunde an den Krieg nicht geglaubt. Das entsetzliche Bild der Massenvernichtung von Menschenleben, der Massenzerstörung schwer erarbeiteter Kulturgüter, der Auflösung der Sozialistischen Internationale hat ihn tief erschüttert. Der Streit in der deutschen Sozialdemokratie um die Bewilligung der Kriegskredite hat ihn tief aufgewühlt. Die Rede, die er am 8. Oktober 1914 vor den Wiener Vertrauensmännern hielt, war die erschütterndste seines Lebens. Es war ein Aufschrei einer gequälten Seele. Er sagte über die Bewilligung der Kriegskredite: „Ich weiß, man muß dafür stimmen. Ich weiß nur nicht, wie ich es über die Lippen brächte." Und später: „Ein unbegreiflicher Deutscher, der anders gehandelt hätte. Ein unbegreiflicher Sozialdemokrat, der es getan hätte ohne schneidenden Schmerz, ohne schweren Kampf mit sich selbst, mit seinem ganzen Fühlen."

Ein Schwarzgelber, ein altösterreichischer Patriot ist Adler nie gewesen. Aber deutscher Wissenschaft, deutscher Kunst, der deutschen Arbeiterbewegung vor allem fühlte er sich immer auf das engste verbunden; es war vor allem seine Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes, was seine Haltung im Krieg bestimmte. Dazu kam nach den Niederlagen der k. u. k. Armee in Galizien die Furcht davor, daß der russische Zarismus die neue Ordnung Mitteleuropas diktieren werde. Und kam schließlich die Sorge, die Organisationen und Institutionen der Arbeiterbewegung nicht zu gefährden. All das wirkte zusammen. Er hat sich oft und entschieden gegen diejenigen gewendet, die unter dem Eindruck des Kriegserlebnisses alle demokratischen und sozialistischen Grundsätze zu verleugnen, in allem „umzulernen" begannen, gegen diejenigen, die, wie er sagte, aus der Not, in die der Krieg den Sozialismus gestürzt hatte, die Tugend eines neuen Sozialismus machen wollten. Aber auch er hielt es für die oberste Maxime sozialdemokratischer Politik im Krieg, man müsse „sich hüten, etwas zu tun oder zu sagen, was schädlich wirken könnte in bezug auf die Verteidigung des Landes", und stellte sich damit

grundsätzlich doch auf den Boden der deutschen Mehrheitssozialisten.

Selbstverständlich rief, wie in allen Ländern, auch hier diese Politik heftige Opposition hervor. Adler trug diese Opposition desto schwerer, da an ihrer Spitze sein Sohn Fritz stand. Aber gerade auf dem Höhepunkt dieses Kampfes innerhalb der Partei, gerade an dem Tage, an dem Friedrich Adlers Geschoß den Ministerpräsidenten Stürgkh niederstreckte, offenbarte sich in der Würde seiner Haltung größer denn je Victor Adlers menschliche Größe.

Es war stets der oberste Grundsatz Adlers in allen taktischen Erwägungen gewesen, daß die Partei nichts sei, wenn sie nicht Ausdruck der Stimmungen, der Bedürfnisse, des Willens der Arbeitermassen ist und bleibt. Nicht nur für die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern und durch die Arbeiter den Kampf zu führen, das erschien ihm als das Wesentlichste. Er ist nichts weniger als ein Demagoge, nichts weniger als ein Höfling der Masse gewesen. Er hat oft und hart mit erregten Versammlungen gerungen, um die Arbeiter vor gefährlichen Fehlern zu bewahren. Aber für die allgemeinen, großen Richtlinien der Politik galt es ihm als Regel, was Regel jedes wahrhaft demokratischen Sozialismus bleiben muß, der nicht eine Diktatur über die Arbeiterklasse üben, sondern das Organ der Selbstbestimmung und Selbsterziehung der Arbeiterklasse sein will: „Lieber mit den Arbeitern zu irren, als gegen sie Recht zu haben!“ So haben auf ihn die Wandlungen in der Stimmung der Massen auch in der Kriegszeit tiefen Eindruck geübt. Er hat noch auf dem Parteitag 1917 seine Auffassungen gegen die „Linke“ entschieden, ja hart verfochten. Aber in Wirklichkeit war er kein Hindernis mehr jener allmählichen Wendung der Politik der Partei, die die Stimmung der hungernden, unter Kriegsrecht fronenden Massen im Hinterland, der blutenden Massen an den Fronten, die die Hoffnungen, die die russische Revolution geweckt hatte, erheischten.

Ich habe im letzten Kriegsjahr beinahe täglich mit ihm zusammengearbeitet. Es war ein tägliches Ringen um jede Nuance jedes Zeitungsartikels, jedes Parteiaufrufs, jedes parlamentarischen Entschlusses. Aber so fest er an dem Grundgedanken seiner Auffassung festhielt, sein menschliches Verstehen hat doch der Partei 1917/18 jene allmähliche Wendung ermöglicht, die sie zur Sprecherin und zu der großen Hoffnung der gepeinigten Massen gemacht, die ihr ihre Einheit gerettet, die sie zur Erfüllung der geschichtlichen Aufgabe befähigt hat, die ihr in den Tagen des unabwendbar nahenden Zusammenbruches zufallen mußte.

Als der Zusammenbruch kam, war Adler ein sterbender Mann. Mit übermenschlicher Willenskraft zwang er dem sterbenden Körper die letzten Leistungen ab. Er hat uns in den entscheidenden Oktober- und Novembertagen 1918 noch einmal geführt; daß das deutschösterreichische Proletariat die große Umwälzung ohne

schwere Opfer vollzogen hat, war zum guten Teil das Werk seiner Führung. Als er starb, war das Werk getan. Am Tage nach seinem Tode wurde die deutschösterreichische Republik proklamiert.

* * *

Adlers Leben war Adlers Kampf um die Demokratie. Als er seine Wirksamkeit in der Arbeiterbewegung begann, mußte er erst den Anarchismus besiegen, die Massen erst für den Kampf um die Demokratie gewinnen. Unter seiner Führung hat die Partei in schwerstem Ringen der Arbeiterklasse erst die elementarsten demokratischen Rechte — Vereins-, Versammlungs-, Preßfreiheit — erobern müssen. Unter seiner Führung hat sie der Arbeiterklasse in zwei gewaltigen Wahlrechskämpfen erst das Wahlrecht erobert. Unter seiner Führung hat sie schließlich auf den Trümmern der Habsburgermonarchie die demokratische Republik erzwungen. Als Adler seine Wirksamkeit begann, war Österreich von einer feudalen Regierung, von einem noch halb ständischen Parlament beherrscht, die Arbeiterklasse vom Wahlrecht ausgeschlossen und den blutigen Verfolgungen des Ausnahmszustandes unterworfen; als Adler starb, ward Deutschösterreich unter der Führung der Arbeiterklasse zur demokratischen Republik.

Und dennoch entbehrt dieses Leben nicht der Tragik. Denn Adler führte den Kampf um die Demokratie in einem Reich, dessen Existenz, auf die bloße Gewalt gegründet, die zehn Völker wider ihren Willen aneinander kettete, mit der Demokratie unvereinbar war. Adler hat den Kampf um die Demokratie in dem Glauben geführt, die Demokratie könne das alte Österreich umgestalten, modernisieren; in Wirklichkeit mußte sie es sprengen. Darum war jeder der demokratischen Siege, die die Partei unter Adlers Führung erkämpfte, ein Ferment der Zersetzung, der Auflösung der Habsburgermonarchie. Darum folgte jedem dieser Siege zunächst schmerzliche Enttäuschung. Welche Hoffnungen setzten die Arbeitermassen auf die Volksvertretung, als sie 1897 nach langem Wahlrechtskampf eine Bresche in die Privilegien schlugen? Die erste Wirkung war der Beginn der Ära der zerstörenden nationalen Obstruktion! Welche Hoffnungen setzten die Arbeitermassen gar erst 1907 auf das „Volksparlament"! Die Wirkung war jener Prozeß der Auflösung, der Zersetzung des Staates, der schließlich in der Katastrophe des Krieges endete! Und wenn schließlich, in den letzten Tagen seines Lebens, die Partei ihr nächstes politisches Ziel erreichen, die demokratische Republik erkämpfen konnte, so konnte sie es nur erkämpfen nach viereinhalbjährigem Krieg, auf den Trümmern des Reiches, in einem Ländchen, dessen wirtschaftliche Daseinsgrundlagen durch die Auflösung des Reiches zerstört waren, in furchtbarstem wirtschaftlichem Elend, in drückender Abhängigkeit von den Siegermächten!

Aber so tragisch dieses Leben erscheint, solange man es als das Leben eines österreichischen Demokraten betrachtet, so voll-

ständig schwindet diese Tragik, wenn man Adler als das betrachtet, was er war: als den Erwecker, Erzieher, Organisator der Arbeiterklasse. Es war der Lieblingsgedanke Adlers, den er seit Hainfeld immer wieder wiederholt hat: jeder Erfolg der Partei sei danach zu werten, was er für die Erhaltung und Entwicklung der physischen und der geistigen Kampffähigkeit der Arbeiterklasse bedeutet. An diesem Lieblingsgedanken Adlers messet Adlers Lebenswerk! Die Demokratisierung des alten Österreich konnte es freilich nicht retten und nicht modernisieren. Aber jeder dieser Kämpfe um die Demokratie, jeder Sieg, der in diesen Kämpfen errungen wurde, hat das Aktionsfeld der Partei und der Gewerkschaften ungeheuer erweitert, hat breite Massen geweckt, ihre Organisierung ermöglicht und sie damit zu erfolgreichen Kämpfen um die Hebung der Löhne, um die Verkürzung der Arbeitszeit, um die wirtschaftliche und damit auch die hygienische und die kulturelle Hebung ihrer Lebenshaltung befähigt, jeden Erfolg in diesem Kampf um die Demokratie, jedes Stück verstärkten Einflusses der Partei hat Adler dem Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung dienstbar gemacht, jeder dieser Kämpfe um die Demokratie und jeder Sieg in diesen Kämpfen hat vor allem das Selbstbewußtsein, das Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse gestärkt, ihr politisches Verständnis erweitert, ihr Vertrauen zu ihrer Partei gefestigt, ihre geistige Kampffähigkeit vergrößert. Welcher Weg von den kleinen, hadernden, von anarchistischen Träumereien erfüllten Arbeitergruppen der achtziger Jahre bis zu der Arbeiterschaft von 1918/19, die unter den schwierigsten Bedingungen, in einer Zeit der Hungersnot, einer Zeit der Kriegs- und Revolutionsleidenschaften, einig, diszipliniert, in nüchternem Wirklichkeitssinn jede Versuchung gefährlicher Romantik überwindend, die junge Republik aufgerichtet, sich eine neue Arbeitsverfassung erobert, sich breite Stätten fruchtbarer Wirksamkeit in Gemeinden und Ländern errungen hat! Diese gewaltige wirtschaftliche und soziale, körperliche und geistige Entwicklung der Arbeiterklasse, das ist das große Ergebnis der Lebensarbeit Victor Adlers. Das ist das eigentliche Resultat seiner Kämpfe um die Demokratie. So hat Adler selbst das Werk seines Lebens gesehen. Es ist eine Mahnung, die er im Gespräch oft und gern wiederholte: Nie vergessen, daß die Partei mit allen ihren politischen Kämpfen nicht Selbstzweck ist, sondern ein Werkzeug, ein Instrument nur der Arbeiterklasse!

* * *

Die Intellektuellen, die sich Arbeiterparteien anschließen, sind verschiedenen Wesens. Es gibt solche, die die große Geschichtskonzeption des Sozialismus lockt. Was sie wollen, das ist die soziale Revolution. Die Arbeiterklasse ist ihnen nicht mehr als die Kraft, die befähigt und berufen ist, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen, das sozialistische Gesellschaftsideal zu verwirklichen, ein Werkzeug nur zur Verwirklichung ihres Ideals.

Es gibt andere, die der politische Tageskampf lockt, die Lust am Ringkampf der Parteien. Was sie lockt, ist die Lust, mitzukämpfen in der Ringbahn.

Adler war andern Wesens. Er sah die Arbeiter mit den Augen des Arztes; er sah die Wundmale der Unterernährung, der Überarbeit, des Wohnungselends an ihren Körpern, die Wundmale eines Lebens geistloser, mechanischer Arbeit in fremdem Dienst, die Wundmale der ständigen Angst vor der Arbeitslosigkeit, die Wundmale aller Demütigungen proletarischen Daseins an ihren Seelen. Diese Menschen zum Kampf um ein anderes Dasein zu führen, zum Kampf um Gesundheit, um Kultur, um Freiheit, um Würde, das war die Aufgabe, die er sich gestellt.

Er hat die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus gut gekannt und hatte starkes Interesse für ihre Entwicklung. Er schätzte ihre Bedeutung für die Erziehung der kämpfenden Arbeiterklasse sehr hoch. Er wußte, wie unentbehrlich uns die Impulse sind, die von ihr ausgehen. Es war ein Gedanke, den er oft wiederholte, daß man die harten Pflichten der Tagesarbeit nur ertragen kann, wenn der Blick auf das große, begeisternde geschichtliche Zukunftsziel gerichtet bleibt. Aber nie hat er sich, nie hat er andern erlaubt, sich mit einer geschichtlichen Konstruktion, mit einer wissenschaftlichen Abstraktion, sich gar mit einer leidenschaftlichen Phrase oder einer gedankenlosen Redefloskel der Pflicht zu entheben, die konkreten individuellen Menschen, die konkreten individuellen Aufgaben des Tages, die konkreten individuellen Umstände des Ortes und der Zeit ins Auge zu fassen. Die harte Zucht, die konkrete Wirklichkeit zu sehen, die ebenso aus seiner unbestechlichen Beobachtungskunst, wie aus seinem unbestechlichen Verantwortungsgefühl stammte, die Zucht, in keinem Kampf zu gehen, ohne die Möglichkeiten des Erfolges mit unbestechlicher Gewissenhaftigkeit zu prüfen und die Möglichkeiten des Rückzuges im voraus gewissenhaft zu erwägen, das vor allem war es, wozu er seine Partei erzog.

Er hatte Freude am Kampf, an dem Klassenkampf in allen seinen Formen. An der Führung jedes größeren Lohnkampfes hat er ebenso mit ganzer Seele teilgenommen, wie an dem größten politischen Kampf; jeder Kampf in einem Parlamentsausschuß um eine sozialpolitische Einzelfrage war ihm ebenso wichtig wie eine große politische Aktion. Aber ein Politiker im vulgären Sinn ist er nie gewesen. Ihm war jedes Stück der Erziehung der Masse, der physischen, der intellektuellen, der moralischen Erziehung der Masse nicht weniger wichtig als die sensationellste politische Aktion. „Wähler gewinnen ist wichtig, Sozialdemokraten erziehen ist wichtiger!“ — das war ein Satz so recht aus seiner ganzen Denkweise heraus.

Er war vor allem der Erzieher der ganzen Generation von Vertrauensmännern, die er um sich geschart hat und die seither den Kern seiner Partei, unserer Partei gebildet hat und bildet. Er hatte das stärkste Interesse für den einzelnen Menschen und hat

unendlich viel Zeit daran gewendet, im Gespräch von Mann zu Mann den einzelnen verstehen zu lernen, ihn zu beeinflussen, ihn zu erziehen. Was er uns gegeben hat, die wir viele Jahre lang das Glück genossen haben, mit ihm zu arbeiten, davon kann keine Sammlung von Artikeln und Reden den Jüngeren eine Vorstellung vermitteln; jedes Gespräch mit ihm war ein Intellekt und Charakter formendes Erlebnis. So lebt ein Stück seines Wesens heute noch im Intellekt, im Charakter vieler hunderte unserer Vertrauensmänner fort. Dies Stück seines Wesens, das in uns allen fortlebt, das ist das fortwirkende Resultat seiner Erziehungsarbeit an der Partei, ist die über sein Leben hinaus fortwirkende Kraft Victor Adlers, des Parteimannes.

# Vorwort.

Mit diesen vier neuesten Bänden der Adler-Schriften kommen wir zu Adlers Hauptwerk. Wenn man als Taktik die Anwendung der allgemeinen Grundsätze der Partei auf die Politik des Tages ansieht, so kann man darunter nicht nur die innere Entwicklung und Richtung der Parteitätigkeit verstehen, sondern, wie Adler selbst in einer Rede auf dem Aussiger Parteitag ausführte, muß darunter auch das Verhältnis zu den andern Parteien begriffen werden und, wie wir hinzufügen, auch das Verhältnis zur Staatsgewalt. Was in diesen Bänden uns an Anschauungen über sozialistische Taktik dargelegt wird, ist das, was man am besten das System Adler nennen könnte, die Art, wie man sozialistische Politik im Alltag übt, sozialistische Politik unter dem Ausnahmszustand, sozialistische Politik ohne politische Rechte, sozialistische Politik im absolutistischen wie im konstitutionellen Staat, die Methode, wie man die Arbeiterklasse bei strengster Beobachtung aller prinzipiellen Anschauungen von der kleinen verachteten, gedrückten, gespaltenen Partei zu der einigen, mächtigen österreichischen sozialdemokratischen Partei machte. Wenn wir nun die Leser von der Einigung der sich in schrecklichem Bruderkampf zerfleischenden, von der Staatsgewalt verfolgten Arbeiterklasse bis zum Zerfall Österreichs, bis fast zur Republik führen, und wenn wir dazwischen Adlers Anschauungen über die Fragen sozialistischer Taktik auch bei den Bruderparteien und namentlich über die internationale sozialistische Praxis darlegen, so haben wir ein Menschenleben praktischer sozialistischer Arbeit, ein Menschenleben Sozialismus mitgelebt.

Der Verfasser dieser vier Bände wurde vom sozialdemokratischen Parteivorstand damit betraut, das Material über Adlers Anschauungen von sozialistischer Taktik zu sammeln. Aber bald stellte sich heraus, daß die bloße Aneinanderreihung der Reden und Aufsätze, wie sie in den früheren Bänden uns Adler als Sozialpolitiker, Adler als Sozialhygieniker, Adler als Angeklagten so plastisch darstellte, hier unmöglich ist. Zu sehr hat sich in diesen nahezu fünf Jahrzehnten, die seit Adlers Eintritt in die Arbeiterbewegung verflossen sind, und die darum dieses Buch umfaßt, zu sehr hat sich die Welt geändert, als daß den ganz Alten, die mit Adler die Partei aufgebaut, als daß auch nur uns Alten, die wir unter der Führung Adlers herangewachsen sind, selbst die Grundlagen der Adlerschen Politik, geschweige denn die feineren Anspielungen seiner Reden immer gegenwärtig wären. Aber im Kriege ist

eine neue Generation herangewachsen, die von dem, was vor dem Kriege war, nichts mehr weiß, die es sich gar nicht mehr vorstellen kann, wie man ohne Wahlrecht, ohne Versammlungsfreiheit leben und Politik machen konnte, der es unbegreiflich ist, daß man drei Jahre beim Militär dienen mußte, daß man sich ein kümmerliches Versammlungsrecht erst in schweren Kämpfen erringen mußte, daß die Zeitungen konfisziert, die Versammlungen verboten, die Redner eingesperrt wurden, und in deren Gehirn alle die Vorstellungen vom Obrigkeitsstaat — der etwas viel Festeres, weil durch Jahrhunderte Eingelebtes war, als die Eintagstaaten der Diktatur von heute —, alle die Vorstellungen von monarchistischer Macht und Autorität gar nicht hineingehen.

Fragt unsere jungen Leute, ob sie auch nur etwas vom § 14 wissen, der die wahre Verfassung Österreichs durch ein Vierteljahrhundert war, ob sie von der fünften Kurie, ob sie vom Erzherzog Franz Ferdinand und der Nebenregierung des Belvederes eine Ahnung haben. Fragt sie, ob sie von Bismarck und dem Sozialistengesetz, von Kaiser Wilhelm und der Zuchthausvorlage, vom Löbtauer Urteil, von der österreichischen Parteispaltung, vom Hofrat Frankl, ja, fragt sie, ob sie auch nur von Badeni und Taaffe die geringste Ahnung haben.

So stellte sich denn, als ich an die Arbeit ging, bald heraus, daß ein Buch, das die Reden und Aufsätze Adlers so brächte, wie die früheren Hefte, kurz ein Buch, das Adler allein sprechen ließe, unverständlich wäre, bei einer Materie, wo es sich nicht um die allgemeinen Grundsätze, sondern um die Anwendung der allgemeinen Grundsätze auf die besonderen Fälle des täglichen Lebens handelt. Und so war von selbst der Rahmen meiner Arbeit weiter gesteckt. Wollte man Adler als Taktiker sprechen lassen, so sprechen lassen, daß ihn die Leser verstehen, so mußte man erklären, unter welchen Umständen jede einzelne Rede gehalten wurde, wie sich seit der letzten Rede die Politik geändert hat, mußte die Personen, gegen die er polemisierte oder die er auch nur gelegentlich nannte, dem Leser vorstellen. Sollte die Arbeit überhaupt einen Wert haben, so mußte man in Anmerkungen und Fußnoten ein Bild der Zeit geben, in der Adler wirkte. Nicht ein zusammenhängendes Bild der Gesellschaft wie es ein Geschichtsschreiber geben müßte, der etwa Adlers Biographie schriebe, sondern gewissermaßen ein Mosaikbild, das aus lauter einzelnen Steinchen die Geschichte Österreichs, die Geschichte des Sozialismus, die Geschichte der Internationale vor uns erstehen läßt. Und auf der andern Seite: Wenn erst durch die Darlegung der Zeitumstände und der handelnden Personen diese Reden und Aufsätze verständlich werden, so geben sie, sobald man sie versteht, selbst wieder ein Bild der Zeit. Wenn Zola den Roman ein Bild der Zeit nennt, gesehen durch ein Temperament, so kann man diese Bände über Adler als Taktiker ein Stück Weltgeschichte nennen, wie sie sich im Gehirn eines sozialistischen Politikers darstellt, eines wirkenden und vor allem eines fühlenden

Menschen. Denn, um das Wort des Dichters zu variieren: Nehmt alles nur in allem: Er war ein Mensch! — Ein Mensch, dem Sozialismus nicht nur Verstandessache, dem Politik nicht nur Sache des Gehirns, sondern vor allem auch des Herzens war. Und erst wenn man Adlers Reden und Schriften so liest, versteht man sie auch vollkommen. Wer freilich Adler selbst nicht gekannt, nicht im Banne seiner Persönlichkeit gestanden hat, dem wird sich sein Wesen auch aus seinen besten Reden und Artikeln nicht voll erschließen. Immerhin habe ich geglaubt, den Versuch machen zu sollen, diejenigen, die Victor Adler nicht gekannt haben, auf den Weg zum Verständnis seiner politischen Reden und Schriften, auf den Weg zum Verständnis dessen, was Adler uns und unserer ganzen Generation war, zu führen.

Einige Bemerkungen müssen noch über die typographische Ausstattung gemacht werden. Adler war kein Freund dessen, was man heute journalistische „Aufmachung" nennt. Er konnte seitenlange Artikel schreiben, ohne ein Wort, auf dem ihm nicht sachlich der Ton zu liegen schien, zu unterstreichen. Andererseits wurden seine Reden in der Zeitung „aufgemacht", Sätze unterstrichen, aus dem Text herausgehoben, wie es die journalistische Sitte oder der Wille des Lesers erforderte. Hätte man die heutige Methode auf die alten Artikel oder Reden anwenden wollen, so hätte man vielleicht etwas, was Adler weniger wichtig war, hervorgehoben, den Ton auf etwas gelegt, was ihm nebensächlich schien. In diesem Dilemma habe ich mich entschlossen, jede Rede und jeden Aufsatz in der typographischen Ausstattung wiederzugeben, in der sie zuerst erschienen ist. Damit wird dem Sinn und der Absicht Adlers am wenigsten Gewalt angetan.

Besonders erwähnt sei, daß ein wichtiges Kapitel sozialistischer Taktik hier ganz ausgelassen ist: Die Taktik im Kampf um das Wahlrecht. Dieses Kapitel wurde einem eigenen Bande vorbehalten, der voraussichtlich auch bald erscheinen wird. Dem vierten der jetzt erscheinenden Bände über Adler den Parteimann wird ein ausführliches Sachregister für alle vier Bände angefügt werden. Selbstverständlich wird in den Fußnoten der einzelnen Bände auch auf Artikel in den andern Bänden Bezug genommen.

* * *

Dieser erste Band der Bände, die uns Adler den Parteimann an der Arbeit zeigen, bringt uns gleich den wichtigsten Teil seines Wirkens, den Aufbau der Sozialdemokratie. Wer sich darüber wundert, daß die Sozialdemokratie unseres kleinen Österreich die einzige von allen Sozialdemokratien der Welt ist, die allen Meinungsstreit vor dem Krieg, im Krieg und nach dem Krieg ohne Spaltung überwunden hat, daß unter den Proletariern dieses kleinen, lebensunfähigen Staatsgebildes, die im Krieg und in der Inflation von allen Proletariaten am meisten gelitten haben, die kommunistische Verzweiflungstaktik keinen An-

hang gefunden hat; daß das hungernde, frierende, verzweifelte österreichische Proletariat mitten zwischen der ungarischen und russischen Rätediktatur allen Verlockungen und Versprechungen Widerstand leistete; daß Österreich das einzige Land ist, in dem in der Revolution Proletarier nicht Proletarier mordeten, das einzige Land, in dem die Kommunisten eine kleine, bedeutungslose Sekte sind, die nicht nur keinen Vertreter im Parlament haben, nicht nur keine nennenswerte Stimmenzahl bei den Wahlen aufzubringen vermochten, sondern die auch keinen Einfluß auf die Arbeiterschaft ausüben, selbst die Aktionen verzweifelter Arbeitsloser nicht zu beeinflussen vermögen; daß wir hier in Österreich keine kommunistische Partei von irgendwelcher, sei es auch nur der geringsten Bedeutung haben; wer es nicht verstehen wird, wieso also gerade in diesem Staate die Sozialdemokratie, obwohl sie seit acht Jahren nicht mehr in der Regierung sitzt, doch eine so große Macht darstellt: der wird in diesem Bande, der Adlers heroischen Kampf für die Einigung der Partei schildert, die Erklärung finden.

Wenn wir vorhin davon sprachen, daß diese vier Bände das darstellen, was man am besten das System Adler nennen könnte, so sehen wir in diesem ersten von den vier Bänden gerade das, was den Kern dieses Systems bildet: das Bewußtsein in der Arbeiterschaft zu wecken und zu vertiefen, daß die Einheit der Partei das höchste Gut ist. Auch Adler hat ja, wie gerade diese vier Bände beweisen, seine festen Ansichten nicht nur über alle Fragen des Prinzips, sondern auch der Taktik gehabt, und er war nicht immer sehr liebenswürdig gegen diejenigen, die anderer Ansicht waren. Aber über allen abweichenden Anschauungen stand ihm die organisatorische Einheit der Arbeiterschaft. Darum war er gegenüber allen abweichenden Ansichten tolerant, soweit sie diese Einheit nicht gefährdeten, und darum war er bei aller Toleranz intolerant gegenüber allen Versuchen einer Fraktionsbildung innerhalb der Partei, mochten sie von rechts kommen oder von links.

Auch das wird verständlich, wenn man diesen Band gelesen hat. Als Adler in den achtziger Jahren zur Partei kam, da war gerade die Zeit des schrecklichsten Bruderkampfes zwischen Radikalen und Gemäßigten. Jede der beiden Gruppen hielt die andere für das Unglück des Proletariats: die Radikalen hielten die Gemäßigten für Verräter am Prinzip, die Gemäßigten hielten die andern für gemeine Verbrecher und bezahlte Lockspitzel der Bourgeoisie. Und diese beiden Gruppen zu einigen, ist Adler gelungen: nicht nur äußerlich einen Frieden zwischen ihnen zustande zu bringen, sondern sie auch innerlich zu einigen, so daß jedes Bewußtsein der Verschiedenheit zwischen ihnen verschwand. Das war Adlers Werk — das war das Meisterwerk seiner Taktik, das war das Fundament des Systems Adler, das war auch die Grundlage für alle Erfolge, die die österreichische Sozialdemokratie errungen hat. Das ist auch das große Erbe, das uns Adler hinterlassen hat.

Selbstverständlich war mit der erfolgten Einigung, soviel auch damit getan war, der Aufbau der Partei noch lange nicht vollendet. Allerdings nahm die einige Partei nach dem Parteitag von Hainfeld einen überaus erfreulichen Aufschwung. Da kam es plötzlich in der Wiener Organisation zu einer bedauerlichen Spaltung. Diese war wohl zunächst durch einen ehrgeizigen Advokaten hervorgerufen, dessen „Radikalismus" sich in einer von der Bourgeoisie favorisierten Brotverteilung austobte; aber ihre Schlagworte erhielt diese Opposition von Deutschland her, wo nach dem Fall des Sozialistengesetzes eine oppositionelle Gruppe Anwürfe gegen die Taktik des Parteivorstandes erhob. Aber rascher als in Deutschland ist diese „oppositionelle" Bewegung in Österreich zusammengebrochen. Genährt wurde diese Bewegung in Österreich wie in Deutschland durch das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie in der Frage der Maifeier. Die Absage der Arbeitsruhe am 1. Mai durch die deutsche Sozialdemokratie hat die österreichischen Arbeiter, die in der großen deutschen Bruderpartei ihr Vorbild sahen und während des Sozialistengesetzes ihren Mut und ihre Opferwilligkeit nicht genug bewundern konnten, bitter enttäuscht. Ich erinnere mich sehr wohl, wie es mich in meinem jugendlichen Überschwang empörte, daß, während die kleine österreichische Sozialdemokratie von allem Anfang an entschlossen war, alle Opfer auf sich zu nehmen, um dem Beschluß der Internationale Geltung zu verschaffen, die große deutsche Sozialdemokratie, die eben erst den Riesen Bismarck und sein Schandgesetz in den Staub gestreckt hatte, den einmal gefaßten Entschluß wieder aufgab. Hier hatte Adler eine schwere Arbeit: einerseits die volle Arbeitsruhe gegen Unternehmer und Behörden durchzusetzen und anderseits zu verhindern, daß die Entrüstung über das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie die oppositionellen, sich antiautoritär, föderalistisch oder radikal gebärdenden Strömungen stärke oder etwa zu einer Lockerung des brüderlichen Verhältnisses zur deutschen Sozialdemokratie führe. Die Art, wie Adler das zuwege brachte, zeigt uns den ganzen Adler.

Hatte die österreichische Sozialdemokratie in den neunziger Jahren mit dem Kampf um die politischen Rechte und vor allem um das Wahlrecht vollauf zu tun, so nahm sie doch lebhaftes Interesse an den theoretischen Diskussionen der deutschen Sozialdemokratie. So ist in diesem Bande gerade den Diskussionen in der deutschen Sozialdemokratie über die Agrarfrage und namentlich über den Revisionismus ein breiter Raum gewidmet. Im Zusammenhang damit werden auch eine Reihe von Artikeln Adlers über aktuelle Fragen der deutschen Politik abgedruckt, die von der engen Verbindung nicht nur Adlers, sondern der ganzen österreichischen Sozialdemokratie mit der deutschen Bruderpartei Zeugnis ablegen.

Die österreichische Sozialdemokratie war durch die Differenzen über den Revisionismus praktisch gar nicht berührt worden. Eine praktische Bedeutung hatte diese Diskussion für sie nur insofern,

als sie sie veranlaßte, das Hainfelder Programm, das in Wirklichkeit ja ein Kompromißwerk war, um die Einigung zu ermöglichen, einer Revision zu unterziehen und sich auf dem Parteitag in Wien ein neues Programm zu geben, das Wiener Programm, das der Partei bis nach dem Umsturz, nämlich bis es im Jahre 1926 durch das Linzer Programm ersetzt wurde, ein verläßlicher Führer war. Mit den Betrachtungen Adlers über das Wiener Programm schließt dieser Band; denn mit dem Wiener Programm war ja die Periode des Aufbaues zu Ende.

Wien, Anfang Oktober 1928.

Dr. Gustav Pollatschek.

# Die Einigung der Partei.

## Der Weg nach Hainfeld.

„Kampf" vom 1. Jänner 1909.

Am Silvesterabend wird es genau 20 Jahre her sein, seit in einem Wirtshaussaal in Hainfeld die Neugründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich vollzogen wurde. Seit dem 31. Dezember 1888 hat die kämpfende Arbeiterschaft aller Zungen in Österreich ein gemeinsames Programm und eine einheitliche Organisation. Dieser Geburtstag verdient es immerhin, daß wir ihm einen Moment der rückschauenden Betrachtung widmen.

Eine Flut von Erinnerungen stürmt auf uns ein, wenn wir jener schicksalsschweren, unvergeßlichen Stunde gedenken. Was seither, in diesen 20 Jahren, die österreichische Sozialdemokratie geworden ist, steht lebendig und deutlich genug vor aller Augen. Aber wie sie den ersten Schritt, den schwersten, den entscheidenden gemacht, das wissen heute nur mehr wenige und Jahr um Jahr wird die Zahl derer geringer, die sich ein Bild jener merkwürdigen Zeit vor Hainfeld machen können. Denn Hainfeld war nicht nur ein Anfang, sondern auch ein Abschluß. Beendigt wurde doch am Hainfelder Parteitag nicht nur jene bitter traurige Periode der Spaltung der Partei, der völligen Ohnmacht des Proletariats, sondern auch die schwere Arbeit der Sammlung, des mühseligen Wiederaufbaues kam in jenen Tagen zu ihrem ersten großen Erfolg. Es war ein Gleichenfest.

Um der heute lebenden Generation ganz deutlich zu machen, was vor 20 Jahren die Herzen aller Genossen mit Jubel erfüllte, müßte man eigentlich die Geschichte der Spaltung der Partei schreiben und müßte jenen Zustand der Lähmung darstellen, der das österreichische Proletariat von 1884 bis 1887 niederhielt. Das ist freilich ganz unmöglich; aber vielleicht kann versucht werden, an einzelnen Zügen zu zeigen, welches die ganz eigenartige politische Arbeit war, die geleistet werden mußte, um die Einigung der Partei herbeizuführen, die in Hainfeld besiegelt wurde.

Seit der Verhängung des Ausnahmszustandes*) über Wien und einen großen Teil von Niederösterreich war der letzte Rest der bereits sehr gelockerten Organisation fast gänzlich zertrümmert.

*) Siehe unten den Artikel „Der Ausnahmszustand" vom 14. Mai 1887.

In der Nacht des 30. Jänner 1884 wurden einige hundert Genossen von Polizisten aus den Betten geholt und aus dem Ausnahmsgebiet ausgewiesen. Der österreichische Ausnahmszustand wirkte vielfach brutaler als sein Muster, der kleine Belagerungszustand unter dem deutschen Sozialistengesetz. Allerdings konnten Zuständige nicht ausgewiesen werden; aber dafür war die Wirkung der Ausweisung nicht durch die Geltung der Ausnahmsverfügungen befristet; wer ausgewiesen wurde, war für immer heimatlos gemacht. Gegen die Ausweisung gab es kein Recht des Rekurses, die Polizei entschied in erster und letzter Instanz und brauchte ihren Ukas nicht zu begründen. Diese furchtbare Maßregel wirkte weit schlimmer, als die schwersten Strafen es tun können. Denn sie zwang unwiderstehlich alle, die nicht zuständig waren, sich aus der öffentlichen Tätigkeit zurückzuziehen. Nicht die bescheidenste Funktion in dem harmlosesten Bildungsverein konnte gewissenhafterweise einem Nichtzuständigen überlassen werden, und soweit es noch Versammlungen gab, konnten nur Zuständige es wagen, auf die Tribüne zu steigen. Aber die Polizei sorgte dafür, daß es auch sonst dazu wenig Gelegenheit gab. Die Fachvereine wurden aufgelöst, ihre Zeitungen eingestellt, Versammlungen entweder, weil öffentlich, prinzipiell nicht geduldet oder, wenn von Vereinen veranstaltet, verboten. Alle diese Maßregeln wurden allerdings vor allem und mit voller Wucht nur gegen die radikale Fraktion gerichtet. Aber für die gemäßigte Fraktion war es fast ebenso furchtbar, daß sie geschont wurde. Denn es war beinahe beschämend geworden, kein Objekt der polizeilichen Brutalität zu sein, und die Radikalen versäumten nicht, bitteren Hohn und schimpfliche Verdächtigung gegen die Gemäßigten zu richten, die unter den größten Opfern ihr Blatt und ihren politischen Verein sowie einige kleinere Organisationen aufrecht hielten. Das Blatt „Die Wahrheit" wurde auch bald freiwillig eingestellt; der politische Verein „Wahrheit" sollte wenige Jahre später der unentbehrliche, eifrig ausgenützte Boden der politischen Arbeit beider Fraktionen werden.

Was in Wien durch Ausnahmsverfügungen bewirkt wurde, besorgte man in den böhmischen Industriegebieten ohne diesen verfassungsmäßig vorgesehenen Deckmantel. Auch dort wurde mit den Organisationen aufgeräumt, die Arbeiterpresse vernichtet, und den Rest besorgte ein in Prag wider alles Gesetz eingerichteter Strafsenat, vor den aus ganz Böhmen die angeblichen „Geheimbündler" geschleppt wurden, und zwar in Ketten*).

Das Schlimmste aber war nicht die Tollwut der Bureaukratie, weit verhängnisvoller war für die Bewegung der in unversöhnlicher Gehässigkeit ausgeartete Zwist der Fraktionen. Die Radikalen erschienen den Gemäßigten als Räuberbande, die Gemäßigten

*) Siehe den Artikel „Geheimbündelei" in der „Gleichheit" vom 28. Mai 1888.

Zu der weiter unten erwähnten Lockspitzelei namentlich in Deutschland, siehe auch den Artikel „Die Gesellschaft und ihre Retter" in der „Gleichheit" vom 25. Februar 1888.

wurden von den Radikalen als Ordnungssozialisten, Wassersuppler, Polizeisozialisten verhöhnt. Josef Peukert*), der später als Affilierter der Polizei entlarvte böse Geist der Radikalen, verstand es

*) In dem sogenannten „Merstallinger-Prozeß" verhöhnte der Vorsitzende Graf Lamezan die „Gemäßigten" als „Wassersuppensozialisten", welche „die Revolution im Schlafrock" predigen. So verhöhnten die Behörden die „Gemäßigten", um sie vor den Arbeitern zu diskreditieren und die Spaltung der Arbeiterschaft zu erhalten.

Nun zum besseren Verständnis noch ein Wort über den „Merstallinger-Prozeß". Am 4. Juli 1882 wurde in der Zieglergasse in Wien der Schuhwarenfabrikant Josef Merstallinger am hellichten Tage mit Chloroform betäubt, wobei mehrere hundert Gulden und etwas Schmuck erbeutet wurden. Ende August gelang es den Behörden, die Täter, die Tischlergehilfen Josef Engel, Franz Pfleger und den Tischlermeister Wilhelm Berndt, zu verhaften, alle drei Mitglieder der radikalen Arbeiterpartei. Sie sollen gestanden haben, sie hätten die Tat im Auftrag der Parteileitung verübt, um Geld für die Parteikasse zu erlangen. Darauf wurden aufs Geratewohl alle tätigen Mitglieder der Partei, fast hundert Leute, verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert. Unter den Verhafteten war sogar Josef Scheu, der berühmte Arbeiterkomponist, der Komponist des „Liedes der Arbeit", der aber gleich wieder freigelassen wurde. Übrigens haben damals selbst die bürgerlichen Blätter, wie zum Beispiel die „Neue Freie Presse", bestritten, daß die radikale Arbeiterpartei als geistige Urheberin der Tat angesehen werden könne. Aber der Regierung des Grafen Taaffe paßte die Hetze gegen die Arbeiterpartei in das Konzept. Das Attentat wird übrigens vielfach für Spitzelmache gehalten, denn zu den intellektuellen Urhebern gehörte der Tischler Heinrich Hotze, ein Führer der Radikalen, der Redakteur ihres Blattes „Zukunft". Er konnte nach dem Attentat nach Amerika flüchten, ohne daß die österreichische Regierung seine Auslieferung verlangte. Sie stellte sich besorgt, daß er wegen des politischen Hintergrundes der Tat von Amerika nicht ausgeliefert werden würde. Als aber die Regierung in Washington sich bereit erklärte, ihn als gemeinen Verbrecher auszuliefern, war es ihr plötzlich nicht so wichtig.

Der Prozeß fand vom 8. bis 21. März 1883 vor den Wiener Geschwornen statt. Die drei Täter und 26 andere Mitglieder der radikalen Partei wurden wegen Hochverrates, Raubes und Mitschuld an beiden Verbrechen angeklagt. Engel und Pfleger wurden zu je fünfzehn Jahren, Berndt zu zwei Jahren verurteilt, alle andern (unter ihnen auch die Führer der Partei Peukert, Motz, Treibenreif) freigesprochen. Unter den Verteidigern, die gegen die Verleumdung der Arbeiterbewegung protestierten, war auch der junge Rechtsanwalt Dr. Karl Lueger, damals noch Demokrat.

In dem Prozeß nun legte der Vorsitzende Graf Lamezan den Unterschied zwischen den Organen der beiden Arbeiterparteien, der „Zukunft", als dem radikalen und der „Wahrheit", als dem gemäßigten Organ, dar und sagte, während die Artikel der „Zukunft" eine scharfe Sprache führen, seien die der „Wahrheit" wassersuppenartig und gäben die Anschauungen der Revolutionäre im Schlafrock wieder.

Näheres über Peukert und die Propaganda der Tat siehe unter anderem bei Brügel „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie" III 306 ff. sowie in der kleinen tschechischen Schrift von Hybesch über die radikale Taktik, aber auch bei Mehring „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" IV 297.

vortrefflich, zu verleumden, und seine systematischen Verdächtigungen der Gemäßigten übten ihre Wirkung noch lange, nachdem er — merkwürdig prompt — am Vorabend der Verhängung des Ausnahmszustandes über die Grenze verduftet war. Die Gemäßigten waren unstreitig die Minderheit, hatten aber eine verhältnismäßig große Zahl von durchgebildeten, redegewandten und geschulten Genossen zur Verfügung. Bei den Radikalen überwog das Temperament, die Tatenlust und vor allem die Phantasie. Während die Gemäßigten in Grundanschauung, Organisation und Taktik den Typus der deutschen Sozialdemokratie aufwiesen, war bei den Radikalen allmählich die öffentliche Organisation ganz zurückgetreten und an ihrer Stelle war eine Geheimorganisation ausgebildet worden, die große Opfer kostete, mit erstaunlicher Hingebung ausgebaut wurde, aber freilich versagen mußte, als sie sich im entscheidenden Moment erproben sollte. Nach dem Gedankengang, den Peukert plausibel machen wollte, hätte nämlich in dem Augenblick, da alle die verhaßten „Sicherheitsventile" und verdächtigen „Palliativmittel", als welche alle Möglichkeit öffentlicher Betätigung dargestellt wurde, durch den Ausnahmszustand beseitigt waren, nun die erhoffte Explosion erfolgen sollen. Statt dessen trat eine furchtbare Kirchhofsruhe ein. Die Geheimorganisation zerfiel zwar nicht sofort, sie wurde vielfach mit bewundernswerter Zähigkeit und Mut aufrechterhalten, aber sie brachte es nirgends zu nennenswertem Funktionieren. Nicht viel mehr konnte geleistet werden, und das war anerkennenswert genug, als die Unterstützung der Inhaftierten und Ausgewiesenen. Allerdings tauchten von Zeit zu Zeit kleine, unbeholfen hergestellte Flugblätter auf, aber ihre Verbreitung kostete schwere Opfer und sie konnten an Agitation gar nichts leisten. Die aus England importierten Flugblätter, meist aus der Polizeiwerkstatt der „Autonomie" stammend, waren in vielen Fällen nur dazu bestimmt, den oft ganz unbeteiligten Adressaten der Polizei ans Messer zu liefern. Aber die Wiener Polizei begnügte sich nicht mit diesen einfachen Methoden. Sie benützte die Geheimorganisation, um sie durch ihre Lockspitzel zu verseuchen, verleitete arme, unerfahrene Menschen dazu, sich an den läppischesten Unternehmungen zu beteiligen, an Herstellung von „Bomben", die nie losgehen konnten, von „Brandflaschen", die absolut feuersicher waren, an „Falschmünzerei", wobei Guldenstücke erzeugt wurden, die kein Kind täuschen konnten. Die Opfer dieser Polizeischurkereien, deren Großmeister der Oberschurke Polizeirat Frankl war, wurden dann vor den Ausnahmsrichter Holzinger*) geschleppt und unbarmherzig zu schweren Kerker-

*) Über Frankl und Holzinger ist das Wichtigste in den Prozessen Adlers im zweiten Band dieser Sammlung: „Victor Adler vor Gericht", gesagt. Wir verweisen da besonders auf den ersten Artikel: „Der Münzverfälschungsprozeß und der Polizeirat Frankl." In der „Gleichheit" vom 17. Dezember 1887 berichtete Adler über einen anarchistischen Münzverfälschungsprozeß. Der im Jahre 1884 ausgewiesene Anton Schreger hatte die Erlaubnis zur Rückkehr nach Wien verlangt. Polizeirat Frankl bearbeitete ihn, daß er „aus Dankbarkeit

strafen verurteilt. Das schürte den Grimm der Arbeiterschaft, aber der Grimm blieb ohnmächtig... Eine wirkliche terroristische Organisation hat es in Österreich nie gegeben. Gewiß wurden phantastische Pläne genug gesponnen, aber es blieb bei der Phantasie, die sich nirgends über eine gewisse Kindlichkeit erhob und nie zu geordneter Absicht verdichtete.

Die radikale oder, wenn man will, anarchistische Theorie und die polizeiliche Praxis wirkten zusammen, um den österreichischen Arbeitern jeden Gedanken an Ausnützung der politischen Rechte zu verekeln und ihnen jede Tätigkeit in gesetzlichem Rahmen als lächerlich erscheinen zu lassen. Dem Anarchismus des Peukert ist die Anarchie der Behörden vorausgegangen, und die wenigen terroristischen Akte, die den Vorwand für den Ausnahmszustand bieten mußten, wiegen federleicht im Vergleich zu den furchtbaren Verbrechen, die die Staatsbehörden gehäuft haben. Es war eine plumpe Nachäffung und Vergröberung des verruchten Systems, durch das Bismarck und sein Scherge Puttkamer*) die deutsche Sozialdemokratie niederwerfen wollten. Es war in Österreich schlimmer als drüben, weil hier sofort schrankenlose Zügellosigkeit

für die Erlaubnis" sich zum Schein den Anarchisten wieder anschließe und ihm über ihre Tätigkeit berichte. Am 11. April teilte Schreger dem Frankl mit, daß in Fünfhaus falsches Geld gemacht werde. Schreger hatte zwei junge Burschen, Spiegel und Emmerling, zu der Falschmünzerei veranlaßt und nach seinem Geständnis die Werkzeuge dazu mit dem Geld der Polizei angeschafft. Emmerling und Schreger wurden dann zu fünf Jahren Kerker verurteilt. Frankl, der „Polizeispitzelrat", wie ihn die „Gleichheit" nannte, rächte sich bald darauf für die Veröffentlichung des Artikels, indem er Adler, weil er bei einer Festrede eine rote Fahne geschwenkt und ein Hoch auf die rote Fahne ausgebracht hatte, auf Grund der Verordnung vom Jahre 1854, des sogenannten „Prügelpatents" (weil es noch die Prügelstrafe kennt), zu fünfzig Gulden Geldstrafe verurteilte.

Holzinger war der Vorsitzende des Ausnahmsgerichtes, ein Blutrichter, der von Adler oft heftig angegriffen wurde, namentlich als er am 4. Jänner 1894 die sozialdemokratischen Rednerinnen Amalia Ryba (die nachmalige Nationalrätin Amalia Seidel) wegen Schmähung und Beleidigung der Behörden und des Reichsrats zu drei Wochen Arrest, und Charlotte Glas (die nachmalige Lotte Pohl) wegen Verbrechens der Beleidigung von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses zu vier Monaten schweren Kerkers verurteilte. Damals begann Adler seinen Artikel darüber mit den Worten: „Herr Ritter v. Holzinger hat seiner Karriere wieder einmal einen Justizmord geleistet." Der Artikel wurde natürlich konfisziert, aber der Oberste Gerichtshof mußte das Urteil gegen Charlotte Glas aufheben. Holzinger hat am 30. Dezember 1901 durch Selbstmord geendet, weil er die Verfolgung wegen einer Kinderschändung zu fürchten hatte.

Ein nicht so böses Ende hat auch ein anderer Richter des Holzinger-Senats genommen: Landesgerichtsrat Edmund Schmiedel wurde wegen schwerer Disziplinarvergehen, die unter anderem in Rückbehaltung von Strafgeldern bestanden, vom Disziplinargericht schuldig gesprochen, aber nur zur Versetzung verurteilt.

*) Siehe darüber die Fußnote bei dem Artikel der „Gleichheit" vom 4. Februar 1888: „Die Gesellschaft und ihre Retter."

jedes einzelnen Bezirkspaschas eintrat, während in Deutschland die Brutalität und Grausamkeit doch mit einer gewissen Pedanterie funktionierte und man ihre Wirkungen ungefähr berechnen konnte.

Diese absolute Rechtsunsicherheit, diese Verwilderung der Bureaukratie hat am meisten dazu beigetragen, jene radikale Strömung in der Arbeiterschaft hervorzurufen. Sie war vor allem bedingt durch die furchtbar niedrige Lebenshaltung der Arbeiterschaft, der jedes Kampfmittel fehlte, um sich aus dem Elend einigermaßen zu erheben. Das Koalitionsrecht existierte in der Praxis nicht, die Gewerkschaften wurden vernichtet, so wie sie sich rühren wollten. Dazu kam als zweiter Faktor der Mangel an Betätigungsmöglichkeit für ein lebendiges, tatkräftiges und tatendurstiges Proletariat. Und drittens die Verzweiflung an allem, was gesetzliche Ordnung heißt. Daß durch Gesetze etwas gebessert werden könnte, konnte zuletzt einem Österreicher einfallen. Der Kampf um das politische Recht wurde so durch die österreichischen Behörden kompromittiert und konnte als eine gänzlich wertlose Sache erscheinen. Es konnte so weit kommen, daß Peukert noch in der vorletzten Nummer der „Zukunft", unmittelbar vor dem Ausnahmszustand, es wagen durfte, zu schreiben: „Einem Vereinsrecht, wie wir es in Österreich besessen haben, wird von keinem Arbeiter eine Träne nachgeweint werden... Bereits längst haben sich die Arbeiter gewöhnt, sich auch ohne Vereine zu behelfen, und wie die Erfahrung lehrt, sind sie auch nicht schlechter gefahren. Ein stummer Händedruck, ein flammender, vielsagender Blick werden dieselbe Wirkung machen als die stundenlangen Salbadereien einer gewissen Wassersuppentheorie, bis endlich doch die Morgenstrahlen der aufsteigenden Freiheitssonne das aus finsterer Nacht erwachende Volk bescheinen werden usw." Die Sätze sind sehr bezeichnend; Herr Peukert und Graf Taaffe waren ganz einig in der Überzeugung, daß die Arbeiter kein Vereinsrecht brauchen.

Wenn die Radikalen alle politischen Rechte für Schwindel hielten, so war ihnen das Wahlrecht geradezu ein Greuel und die Wertung des Wahlrechtes wurde geradezu zum Schiboleth der beiden Fraktionen. Es war begreiflich, daß die Gemäßigten, genötigt, den Wert der politischen Betätigung und insbesondere des Wahlrechts zu verteidigen, ihm gelegentlich Eigenschaften zuschrieben, die es nicht besitzt. Sie konnten aber mit gutem Fug darauf hinweisen, wie die deutsche Sozialdemokratie dank dem Wahlrecht alle Schändlichkeiten des Sozialistengesetzes überdauern konnte. Aber das blieb vergebens; die Radikalen verhöhnten das Wahlrecht als einen Schwindel, ja in der Hitze des Gefechtes verstiegen sie sich dazu, es für die schlimmste Gefahr für die Arbeiter zu erklären. Peukert durfte übrigens so weit gehen, auch den Arbeiterschutz in Bausch und Bogen als Schwindel zu erklären; ein Beweis, wie arg bei den Radikalen die Leidenschaft jede Überlegung unterjocht hatte.

Während der Jahre 1884 und 1885 war es von den Kämpfen der Fraktionen stiller geworden, weil es überhaupt keine Bewegung gab. Nur unter der Asche glimmte es weiter, die Gemäßigten hielten ihren

Verein „Wahrheit" zusammen, hatten noch ein Blatt, den „Volksfreund" in Brünn, das Genosse Hannich*) redigierte, und hatten allerdings spärliche Förderer der Organisation, insbesondere in Nordböhmen, zu erhalten gewußt. Von den Radikalen war nicht viel zu sehen, aber sie hielten sich, soweit es ging, in ihren Wiener Gruppen aufrecht und hatten insbesondere in Steiermark und Kärnten einige gute Verbindungen. Beiden Resten der ehemaligen Fraktionen war die Ruhe und Untätigkeit unerträglich geworden und diese erste Gemeinsamkeit konnte zu einer gemeinsamen Aktion benützt werden. Graf Taaffe gab dazu Gelegenheit. Im April 1886 legte er dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Sozialistengesetzes**) vor. Warum er sich diesen Luxus gönnen wollte, ist bis auf den heutigen Tag nicht zu erforschen gewesen. Das Ding war eine Potenzierung und Karikierung des deutschen Sozialistengesetzes, war natürlich nicht schlimmer als der faktische, durch die Polizei geschaffene Zustand, aber freilich seine Festlegung für eine lange Zukunft. Der Protest gegen diesen Plan mußte versucht werden. Eine von Arbeitern einberufene Versammlung wäre ohne Gnade verboten worden. Darum wurden Leute zur Einberufung veranlaßt, denen man nicht leicht was verbietet. Die Abgeordneten Kronawetter, Pernerstorfer, Ausserer, dazu der Fabrikdirektor Paul Pacher, erklärten sich bereit dazu, zusammen mit mir für den 9. Mai in Schwenders Kolosseum eine Volksversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Das österreichische Sozialistengesetz. Zur Vorbereitung dieser Versammlung kamen am 6. Mai in einem kleinen Wirtshaus in der Laudongasse die führenden Genossen radikaler und gemäßigter Richtung zusammen. Zum erstenmal nach langen Jahren blutigsten Zwistes saßen die streitenden Brüder wieder an einem Tische und berieten eine gemeinsame Aktion. Das war eine ganz unscheinbare, kleine Sache; aber es war der erste Schritt und damit war der entfernte Beginn einer blassen Möglichkeit gegeben, nach und nach zu einer Aus-

*) Josef Hannich, von Beruf Tuchmacher, war bereits im Jahre 1868 Mitglied des „Sozialdemokratischen Komitees" in Reichenberg, dann seit 1878 Redakteur des auf seine Anregung vorher in Reichenberg gegründeten „Arbeiterfreund"; am 4. Dezember 1882 wurde er vom Prager Landesgericht wegen „Geheimbündelei" in einem großen Geheimbundprozeß zu drei Monaten Arrest verurteilt und dann aus Prag ausgewiesen. Seit 1886 war er Redakteur des „Volksfreund" und der „Arbeiterstimme", die beide in Brünn erschienen. 1891 wurde er Redakteur der „Glasarbeiter-Zeitung" in Steinschönau in Nordböhmen, die bald in den „Nordböhmischen Volksboten" überging. Von 1897 an war er Abgeordneter der fünften Kurie von Reichenberg, trat 1905 zugunsten Adlers zurück, damit dieser beim Endkampf um das allgemeine Wahlrecht dem Parlament angehöre. Von 1907 bis 1911 war er Abgeordneter von Rumburg-Schluckenau.

**) Siehe darüber den Artikel „Ein österreichisches Sozialistengesetz" von Dr. Fritz Tischler (ein Pseudonym von Adler) in den „Deutschen Worten" V 37 (bereits im vierten Heft dieser Sammlung „Victor Adler über Arbeiterschutz und Sozialreform" auf Seite 77 abgedruckt).

sprache zu kommen: In derselben Nacht wurde noch die Resolution verfaßt, am Morgen fuhren zwei Genossen nach Preßburg, ließen sie dort drucken, und in der Versammlung, die massenhaft besucht war, flatterten plötzlich fünftausend Flugzettel unter die Menge. Vielleicht ist es von Interesse, den Text hier abzudrucken, weil er charakteristisch ist für die Sprache, die wir damals führten:

Resolution.

In Erwägung, daß das geplante Sozialistengesetz nur ein Ausdruck der Ratlosigkeit und Angst der herrschenden Klassen gegenüber der großen historischen Tatsache der Entstehung und des imposanten Anschwellens der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist:

in Erwägung, daß ebensowenig irgendein Ausnahmsgesetz als irgendwelche Zwangsmaßregeln imstande sind, eine mächtige Kulturbewegung zu unterdrücken oder auch nur zu hemmen:

in weiterer Erwägung, daß durch das in Rede stehende Gesetz zu der absoluten politischen Rechtlosigkeit der Arbeiter noch hinzugefügt werden soll, daß sie von der im Staatsgrundgesetz gewährleisteten Gleichheit vor dem Gesetz prinzipiell ausgeschlossen werden, daß insbesondere ihre pflichtmäßigen Bestrebungen im Interesse der Partei als gemeine Verbrechen gebrandmarkt werden sollen; in schließlicher Erwägung, daß das heute bestehende Vereins-, Preß- und Versammlungsgesetz derart elastisch und engherzig ist und so gehandhabt wird, daß jede Organisation der Arbeiter zu politischen oder ökonomischen Zwecken gehindert und verfolgt wird:

protestieren die heute, Sonntag den 9. Mai 1886, in Schwenders Kolosseum versammelten Arbeiter gegen dieses Gesetz als eine schädliche und unnütze Maßregel und erklären, daß es den Lehren der Wissenschaft ebenso wie den Grundsätzen freien Menschentums ins Gesicht schlägt, erklären weiter, daß sie nach wie vor für ihr Parteiprogramm treu, einig und fest einstehen werden, in dem Bewußtsein, daß der Sieg des Proletariats das notwendige Resultat des Ganges der Geschichte ist, und fordern schließlich die Abgeordneten aller Nationen, deren Rechtsgefühl noch nicht vollständig vom Klassenegoismus oder Byzantinismus erstickt ist, auf, nicht nur gegen dieses Gesetz zu stimmen, sondern auch dahin zu wirken, daß den Arbeitern ihre bisher vorenthaltenen politischen Rechte endlich zuerkannt werden.

Der letzte Satz dieser Resolution war bereits eine schwer erkämpfte Konzession von radikaler Seite. Bezeichnend ist übrigens für das herrschende Mißtrauen, daß sonst sehr vernünftige Genossen des radikalen Flügels fest überzeugt waren, daß die Versammlung „Polizeimache" sei; wie wäre sie denn sonst erlaubt worden?!

Aus jenem Sozialistengesetz Taaffes ist, nebenbei gesagt, nichts geworden als eben dieser wichtige erste Schritt zur Reorganisierung der Partei. Die Vorlage blieb wesentlich dank dem Eingreifen Pernerstorfers in einem Ausschuß liegen und wurde bald vergessen.

Nun begann eine Agitationsarbeit, die, in so kleinem Rahmen sie geführt wurde, doch folgenreich und eigenartig war. Vor allem mußte beiden Fraktionen zum Bewußtsein gebracht werden, daß der gegenwärtige Zustand der Partei die dauernde Lähmung der Arbeiterschaft bedinge, daß aber unmöglich eine der beiden Fraktionen

die andere aufsaugen könne. Es mußte unbedingt eine völlig neue Organisation, eine neue Partei geschaffen werden. Dann mußte die Überzeugung geschaffen werden, daß diese Organisation und ihre Tätigkeit notwendig öffentlich sein müsse. Die absolute Unfruchtbarkeit der geheimen Organisation lag auf der Hand, aber daß öffentliche Tätigkeit in Österreich, in Wien, unter dem Ausnahmszustand möglich sei, dazu gehörte freilich ein starker Glaube, der sich nur aus der Erkenntnis gewinnen ließ, daß die österreichische Bureaukratie unfähig ist zu irgendeiner Ausdauer und Konsequenz, gewiß nicht im Guten, aber auch nicht im Bösen.

Für die Gemäßigten war es sehr schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß die mit ihnen seit Jahren kämpfenden Radikalen alles das, was ihnen als so furchtbar widersinnig und parteischädlich erschien, in gutem Glauben getan hätten und daß sie insbesondere in ihrer Gesamtheit nicht verantwortlich seien für die Gewalttaten einzelner Individuen, deren Verdammung sie allerdings nicht als ihre Sache ansehen wollten. Im Kampfe mit den Radikalen hatte sich im Gegensatz zu ihnen bei den Gemäßigten ein einigermaßen philisterhafter Abscheu vor jeder Art und Form von Gewalt und eine übertriebene Vorliebe für das, was man damals den „gesetzlichen Weg" nannte, eingestellt. Nicht etwa, daß das österreichische Gesetz ihnen imponiert hätte. Der Boden des Gesetzes ist eine vortreffliche Sache — aber er muß vorhanden sein. In Österreich war er eben nicht vorhanden, und daß gerade die rechtlosen Proletarier die einzigen sein sollten, die das Gesetz, das zu ihrer Zuchtrute mißbraucht wurde, respektieren, wäre gewiß zu viel verlangt gewesen. Aber es war auch ein Kern richtiger Empfindung in der Abneigung der Radikalen, Leute, die sich aus blinder Verzweiflung und Empörung über die damaligen Zustände zur Gewalt hatten hinreißen lassen, als Verbrecher zu verabscheuen. Sie mußten jedoch zu der Erkenntnis kommen, daß solche Gewaltakte schädlich sind, weil sie den proletarischen Kampf erschweren und unsere Propaganda geradezu lähmen. Man muß sich nicht vorstellen, daß die Genossen, für die „Hoch Kammerer!"*) förmlich ein Erkennungszeichen war,

*) Anton Kammerer und Heinrich Stellmacher waren an drei Mordtaten beteiligt, die der Regierung den letzten Anlaß zur Proklamierung des Ausnahmszustandes über Wien gaben.

Am 15. Dezember 1883 wurde der Polizeikonzipient Franz Hlubek auf dem Heimweg von einer Arbeiterversammlung in Floridsdorf erschossen, am 10. Jänner 1884 wurde der Wechselstubenbesitzer Heinrich Eisert in Wien und seine zwei Kinder ermordet und 4000 Gulden geraubt, am 25. Jänner wurde dann der Polizeiagent Blöch ermordet. Diese „Raubmordtaktik" hatte gleich nach einer anarchistischen Konferenz, die in Zürich getagt hatte, im Herbst 1883 mit einer Reihe von Attentaten in Deutschland begonnen (am 22. Oktober der Raubmord an dem Apotheker Lienhard und einer Schildwache in Straßburg, am 29. Oktober eine Dynamitexplosion im Frankfurter Polizeigebäude, am 21. November ein Raubmordattentat auf den Bankier Heilbronner in Stuttgart, dann die Wiener Attentate). An dieser anarchistischen Konferenz hatten sowohl der Schuhmacher Stellmacher aus Schlesien, der die anarchistische

etwa sehr blutdürstige Leute gewesen wären. Ganz im Gegenteil! Ich habe hundertmal die Erfahrung gemacht, daß die sogenannten Anarchisten warmfühlende Menschen waren, deren Empfinden durch die sie umgebenden Greuel unheilbar verletzt wurde und denen die Schärfe und Energie des Denkens fehlte, um ihre Empfindungen zu zügeln. Die große Mehrzahl aber begnügte sich damit, für terroristische Taten Sympathie zu haben, eine ganz untätige, unfruchtbare und sehr genügsame Sympathie. Ihnen, die sich trotzdem als Helden fühlten und die von manchen außerhalb der Arbeiterschaft stehenden gewissenlosen Leuten in ihrem Irrglauben bestärkt wurden, mußte ins Gesicht gesagt werden, daß ihr vermeintlicher Radikalismus ganz wertlos für das Proletariat sei: „Ein Anarchist, das ist ein Mann, der wartet, bis irgendwo irgend wer auf irgend jemanden ein Attentat verübt — dann freut er sich." Der Radikalismus war geradezu in Untätigkeit umgeschlagen. Das radikale Schlagwort „mit allen Mitteln" mußte vernünftig eingeschränkt werden und wurde schließlich auf die Formel gebracht, der proletarische Kampf solle geführt werden „mit allen zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln*)".

„Freiheit" während ihres Erscheinens in der Schweiz redigiert hatte, und der Buchbinder Kammerer, wie auch eine Reihe von Lockspitzeln der deutschen Polizei teilgenommen, so die Lockspitzel Schröder und Kaufmann.

Diese Attentate wurden von den Anarchisten ganz offen verherrlicht. Kammerer, der als Deserteur vom Militärgericht abgeurteilt wurde, hat die Tat gestanden, während Stellmacher sie leugnete. Stellmacher wurde am 8. August 1884, Kammerer am 20. September 1884 hingerichtet. Stellmacher hat noch am Fuß des Galgens seine trotzige Haltung und den Glauben an seine Sache bewahrt. Kammerer hat aber behauptet, daß Stellmacher das geraubte Geld nicht vollständig abführte. Im übrigen wurde bekannt, daß Stellmacher an den Polizeiinspektor Kaltenbach in Mühlhausen und an den österreichischen Gesandten in Bern geschrieben hatte, um sich zu Spitzeldiensten anzubieten — allerdings nicht in der Absicht, wirklich Spitzeldienste zu leisten, sondern im Einverständnis mit seinen Gesinnungsgenossen, um auf diese Weise Geld zu erschwindeln! (Siehe darüber Näheres bei Brügel, III, 312 f., und bei Mehring, IV, 236 f.)

*) Dieser entscheidende Satz ist dann auch in die in Hainfeld beschlossene „Prinzipienerklärung" und ebenso auch in das auf dem Parteitag in Wien im Jahre 1901 beschlossene „Wiener Programm" aufgenommen worden. (Siehe dazu unten die Rede Adlers zur „Prinzipienerklärung" und dann seine Reden zur Begründung des „Wiener Programms". Siehe übrigens auch Otto Bauers Rede zur Begründung des Entwurfes des „Linzer Programms". Protokoll des Linzer Parteitages vom Jahre 1926, Seite 265 ff.)

Auf dem Spaltungsparteitag im Jahre 1892 mußte sich Adler in seinem Referat über Programm und Taktik auch damit ausführlich auseinandersetzen. (Siehe unten die Rede unter dem Titel: „Die Argumente der Unabhängigen.")

Die schwierigste Aufgabe war natürlich, für die Notwendigkeit der politischen Aktion einen Ausdruck zu finden, der für die Radikalen nicht geradezu eine schroffe Verleugnung ihrer Vergangenheit war. Ihnen ein solches Abschwören zuzumuten, war auch ganz überflüssig. Denn in den Debatten jener endlosen Nächte, die wir in kleinen, rauchigen Wirtshäusern führten, hatte sich gezeigt, daß der gute Boden sozialdemokratischer Erziehung, die marxistische Grundanschauung, bei den Besten der Radikalen nur verdeckt, aber nicht verloren war. Man mußte nur zurückgehen bis auf diese gemeinsame Grundlage, nur gewissermaßen wegkratzen, was sich darüber gelagert hatte an verworrenen Vorstellungen, an taktischen Utopien, an verführerischen Phrasen und von Ungeduld eingegebener Gefühlspolitik, um sich wieder zurechtzufinden. Über das Endziel war kein Streit. Daß den Weg zum Ziele nur das kämpfende Proletariat selbst finden und bahnen könne, darüber war man einig; daß nur ein klassenbewußtes, organisiertes, geistig und physisch kampffähiges Proletariat diese Aufgaben erfüllen könne, war klar und hatte zur unausweichlichen Konsequenz die Anerkennung der Notwendigkeit der Anwendung aller Formen des politischen Kampfes und der Erringung der dazu nötigen politischen Rechte. Freilich auch des Wahlrechtes; das war schwer für die alten Radikalen, aber sie mußten schließlich begreifen, daß uns nichts ferner liege, als das Wahlrecht als eine Panacee zu überschätzen, und daß es, von allem andern abgesehen, kein besseres Mittel der Agitation und Organisation gebe als das Wahlrecht, das wir ja übrigens erst zu erkämpfen hatten. Das war die bittere Ironie in der Tragödie des Parteizwistes gewesen, daß man sich für und gegen die Wertschätzung eines Rechtes gegenseitig aufrieb, das den Arbeitern zu geben den herrschenden Klassen nicht im Traume einfiel.

Über ein Jahr lang dauerten die Diskussionen, die endlich zur Feststellung einiger allgemeinen Sätze führten, die wir scherzweise die „Fundamentalartikel*)" nannten, deren genauer Text übrigens

*) „Fundamentalartikel" bedeutet wohl an sich nichts anderes als Grundsatzungen; in der österreichischen Verfassungsgeschichte hat diese Bezeichnung aber eine besondere Bedeutung. „Fundamentalartikel" hieß nämlich ein Gesetzentwurf, der dem böhmischen Landtag im Jahre 1871 von der Regierung Hohenwart vorgelegt wurde, der das Ergebnis der Beratungen war, die der Handelsminister dieser Regierung Dr. Albert Schäffle mit den Tschechen gepflogen hatte, und der dem böhmischen Landtag eine Stellung ähnlich dem ungarischen Reichstag geben sollte. Die Folge dieser Fundamentalartikel war, daß die „verfassungstreuen Deutschen", die Liberalen am 17. September den Austritt aus dem Wiener Parlament beschlossen und daß am 27. Oktober die Regierung Hohenwart und am 8. November der Reichskanzler Graf Beust zurücktrat, worauf am 26. November 1871 das deutschliberale Ministerium Adolf Auersperg zur Regierung kam. Die Erinnerung an den ganzen Zwischenfall war in den achtziger Jahren noch sehr lebendig, so daß die Anspielung ganz wohl verstanden wurde.

verlorengegangen ist; er war nur handschriftlich in wenigen Exemplaren vorhanden, die bei irgendeiner Hausdurchsuchung verunglückt sein dürften. Sie hatten übrigens ihren Dienst getan. Sehr bald konnte ein Schritt weiter gemacht und an die Ausarbeitung eines Parteiprogramms gegangen werden.

Nun würde freilich das alles noch viel schwerer, ja vielleicht unmöglich gewesen sein, hätte das Einigungswerk nicht ein Organ zur Verfügung gehabt, die „Gleichheit", die seit Weihnachten 1886 erschien. Sie war von keiner der beiden Fraktionen abhängig, diente aber beiden. In ihrer Probenummer schon konnte sie erklären, die Erkenntnis nehme zu, daß die Arbeiter eine politische Partei bilden müssen und daß der Weg offener Agitation gegangen werden muß. Schon in der fünften Nummer durfte die „Gleichheit" einen Aufruf zur Sammlung für die deutschen Reichstagswahlen veröffentlichen. Mit Rührung denke ich noch heute daran, wie da die Genossen aus den Werkstätten in unsere Redaktion in der Gumpendorferstraße kamen, ihre armen Kreuzer zusammensuchend; und es waren recht viele „Radikale" darunter, geschworene Feinde des Wahlrechts; sie spürten aber und sagten es: Das ist der Protest gegen das Sozialistengesetz, das ist der Ausdruck der Solidarität mit unsern Genossen draußen. Da merkte man: das Eis war gebrochen. Die „Gleichheit" nahm sich gerade kein Blatt vor den Mund, trotz des Ausnahmszustandes. Die Regierung scheint eine Zeitlang nicht recht gewußt zu haben, was sie aus der Sache machen solle, und der Staatsanwalt ließ uns volle acht Nummern, eine immer schärfer als die andere, ungeschoren. Dann aber muß die Regierung doch gemerkt haben, daß es Ernst ist, und nun wurde jede Nummer konfisziert. Da war's aber zu spät; denn die Verbreitung war bereits prachtvoll organisiert und die legale zweite Auflage war schwerer zu kriegen als die beschlagnahmte erste. Durch die „Gleichheit", die in allen Industriezentren verbreitet wurde, konnten die Fäden der Organisation wieder angeknüpft werden, die in den Redaktionen von Wien und Brünn ihren Mittelpunkt fanden. Zugleich begann wieder eine rege Versammlungstätigkeit, zu der die Besprechung des von Plener ausgeheckten Projekts, den Arbeitern einen Brocken Wahlrecht auf dem Umweg von Arbeiterkammern zu geben, einen harmlos scheinenden Anlaß gab. Das zweite Thema bei solchen Versammlungen war gewöhnlich „Lage der Arbeiter", und so konnte das politische wie das wirtschaftliche Programm der Partei dargelegt werden. Natürlich regnete es Versammlungsverbote, Auflösungen, Prozesse und Drangsalierung aller Art. Da wir aber wieder einmal tätig waren, da die dumpfe Stagnation gewichen war, wurde das alles lachend ertragen. Die „Gleichheit" führte einen rastlosen Kampf mit allen Behörden. Wir ließen uns nichts mehr ruhig gefallen und die „Belehrung der Bezirkshauptleute" begann. Großer Wert wurde auf die Verbreitung der Kenntnis der Gesetze gelegt und unsere Genossen legten damals den Grund zu jener juristischen Schulung, die später die Wut, aber oft auch den Neid der Bureaukraten erregt hat.

In Wien ging es rasch vorwärts. Am 3. April 1887 konnte der Verein „Wahrheit" eine Volksversammlung*) mit der Tagesordnung: „Unsere politischen Forderungen" abhalten, bei der Gemäßigte und Radikale referierten und einstimmig folgende Resolution angenommen wurde:

In Erwägung, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihrem Höhepunkt und damit ihrem Untergang entgegengeht,

daß die Begleiterscheinungen und Folgen dieser Wirtschaftsform: Vereinigung der Produktionsmittel in immer weniger Händen, Massenelend und Arbeitslosigkeit in immer kolossalerem Umfang wachsen,

daß somit die Entwicklung zu einer neuen Wirtschaftsform mit ausschließlichem Eigentum der Gesellschaft an sämtlichen Produktionsmitteln geschichtlich notwendig ist und zugleich vom Standpunkt der Menschlichkeit mit allen Mitteln erstrebt werden muß;

in Erwägung, daß die Unkenntnis der Bedingungen der ökonomischen Entwicklung von den herrschenden Klassen gewaltsam aufrechterhalten wird,

daß aber die Klarheit und Einsicht in dieselben auf beiden Seiten die einzige Möglichkeit bieten, daß sich der Klassenkampf rasch und mit möglichst wenig Opfern vollzieht:

verlangt die heutige Volksversammlung

die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung, welche entweder in der Form von Gesetzen oder in der Form von polizeilicher Bevormundung und Schikane die Verbreitung klarer Vorstellungen über den Sozialismus und seine Ziele hindern, und verlangt volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda. — Sie verlangt somit in politischer Hinsicht:

1. die sofortige Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit — also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die sofortige Aufhebung der Beschränkungen der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel sowie des Verbotes der Kolportage;

3. die sofortige Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die sofortige Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar vom zwanzigsten Lebensjahr an, wo die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt) als ein wichtiges Mittel der Agitation und Propaganda, ohne sich jedoch über den Wert des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

*) Siehe unten den Artikel der „Gleichheit": „Die erste Einigungsversammlung."

5. die sofortige Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das Recht, Koalitionen für den Lohnkampf zu bilden, durch die ehrliche Durchführung des freien Koalitionsrechtes und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredungen der Arbeiter;

6. die sofortige Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

Die Erfüllung dieser Forderungen hält die heutige Versammlung für unerläßlich, soll der Übergang der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur sozialistischen sich ohne allzu große Opfer vollziehen.

Man sieht, daß der Kern des künftigen Programms der Partei damit gegeben und akzeptiert war und daß die wichtigsten Streitpunkte erledigt waren. Nun konnte an die Wiederherstellung der Organisation gegangen werden. In Wien vereinigte ein Fünfzehnerkomitee, das sich im Notfall auch als Ausschuß des Vereines „Wahrheit" darstellen konnte, die Vertrauensmänner beider ehemals getrennten Fraktionen. Der erste Ansatz einer Zusammenfassung der Organisation war gegeben. Aber Vorsicht war geboten. Nicht etwa wegen der Behörden. Die versuchten, uns allerdings einen Geheimbundprozeß zu machen, der aber schmählich ins Wasser fiel. Der Adjunkt Hugo Bürger war der saubere Untersuchungsrichter — sonst war er übrigens ein recht unsauberes Subjekt —, der auf die Frage, wessen man mich eigentlich beschuldigte, mit düsterem Pathos wörtlich erklärte: „Sie sind beschuldigt, an Stelle der anarchistischen Kettenorganisation die sozialdemokratische Massenorganisation nach deutschem Muster anzustreben." Ich unterdrückte mit Mühe mein Lachen, hielt mich aber an die von uns ausgegebene probate Parole, absolut keine Frage zu beantworten und jede Aussage zu verweigern. Alle fünfzehn wurden wir verhört, aber heraus kam gar nichts dabei als die Blamage des Herrn Untersuchungsrichters, der die plumpsten Tricks spielen ließ, beim Verhör Radikale und Gemäßigte gegeneinander zu verhetzen und zu verleumden suchte. Vorsichtiger als die dumme Spitzelei der Behörden mußten aber die Traditionen der Radikalen behandelt werden, die man gelehrt hatte, sich „Föderalisten" zu nennen, und die in jeder straffen Zusammenfassung der Aktion verruchten „Zentralismus" sahen. Es war geradezu ein Dogma geworden, daß der „Bewegungsfreiheit des einzelnen möglichst großer Spielraum gelassen" werden mußte, wie die traditionelle Formel lautete. Nur langsam ließ sich eine demokratische und zweckdienliche Methode, die Parteigeschäfte zu führen, einrichten; aber allmählich gelang es doch, die Einheit und Schlagfertigkeit der Aktion zu ermöglichen, und von der alten Tradition blieb nur — und zwar bis zum heutigen Tage — eine gewisse Elastizität unserer Parteiorganisation übrig, die neben manchen üblen doch auch viele recht gute Folgen gehabt hat.

Nun konnten wir weitergehen und die Neugründung der Partei vorbereiten. Ich wurde mit der Ausarbeitung des Programms beauftragt, das zur Schonung alter Empfindlichkeiten „Prinzipienerklärung" heißen mußte. Karl Kautsky, der damals in Wien war,

revidierte die Arbeit und gab seinen Segen dazu. Dann wurde die Zustimmung zur Abhaltung des Parteitages bei den einzelnen Gruppen — Organisationen konnte man es kaum noch nennen — in allen Industriezentren mündlich eingeholt. Bei einer solchen Reise wurden Pokorny und ich in Reichenberg auf offenem Marktplatz verhaftet*) und unter Gendarmerieaufsicht zur Abreise von Reichenberg veranlaßt. Wir kamen aber drei Tage später zurück und hielten die notwendige Besprechung bei finsterer Nacht am Fuße des Jeschken ab. Diese vielfach heitere Episode, die gelegentlich erzählt werden sollte, hatte aber eine sehr ernste und wohltätige Folge. Das Reichenberger Kreisgericht hängte uns nämlich einen Geheimbundprozeß mit Hausdurchsuchung und sonstigem Zubehör an, der wie gewohnt beim Prager Landesgericht ausgetragen werden sollte. Da man aber nicht wagte, uns in Untersuchungshaft zu nehmen, konnten wir in aller Ruhe an den Obersten Gerichtshof gegen die Delegierung des Prager Gerichtes appellieren. Unserer Beschwerde wurde stattgegeben und damit war der Ausnahmszustand für Nordböhmen gebrochen, der Tätigkeit des Prager Sozialistensenats definitiv ein Ende gemacht.

Natürlich war all diese Geheimbundriecherei ganz absurd. Wir suchten nichts mehr als die öffentlichste Öffentlichkeit und nur, wenn uns das Polizeiverbot öffentliche Verhandlung unmöglich machte, mußte eben hinter geschlossenen Türen getan werden, was getan werden mußte. Dem § 2 des Versammlungsgesetzes**), der Versammlungen, die auf geladene Gäste beschränkt sind, der behördlichen Kontrolle entzieht, gaben wir eine Anwendung, von der sich seine Erfinder wohl nichts haben träumen lassen. Aber wenn uns die Behörde nicht störte, war sie uns als Zuhörer willkommen. Wir wollten uns ihr möglichst deutlich zu Gehör bringen. Das war die gerade entgegengesetzte Methode wie die bis vor kurzem bei den Radikalen geübte; aber sie war wirksam, hatte den Reiz der Neuheit und befriedigte auch, allerdings in anderer Art, den Betätigungstrieb unserer Genossen.

Sehr viel mehr, als in diesen flüchtigen, aphoristischen Notizen gegeben ist, müßte berichtet werden, sollte ein irgendwie deutliches Bild jener Zeit fiebernder Tätigkeit, hoffnungsvollster Arbeitsfreude geboten werden. Es war ein wahrer Germinal für die Partei. Wie diese gehetzten, getretenen, als Polizeifutter verachteten, als gewalttätige Bestien gehaßten Proletarier sich stolz aufrichteten, un-

*) Rudolf Pokorny, ein Metallarbeiter, hat mit Adler von allem Anfang an für die Einigung gearbeitet; er war in Hainfeld Referent über die Prinzipienerklärung. Über die ersten Verfolgungen Adlers wegen Geheimbündelei, die vom Reichenberger Kreisgericht ausgingen, ist im dritten Heft dieser Schriften ebenfalls berichtet worden.

**) Der § 2 des Versammlungsgesetzes bestimmte, daß Versammlungen, die nicht auf geladene Gäste beschränkt sind, angezeigt werden müssen. Daraus entwickelte sich der hier angedeutete Kleinkrieg zwischen Partei und Behörden. (Siehe die Fußnote beim Parteibericht auf dem Parteitag 1891 — unten unter dem Titel: „Parteibericht nach Hainfeld.")

geahnte Fähigkeiten zur politischen Arbeit zeigten, wie sie nach schwerer Tagesarbeit Nacht um Nacht bis in die Morgenstunden mit brennendstem Interesse die Diskussionen über schwierige theoretische und taktische Fragen führten — das wird allen, die jene Zeit miterlebt, unvergeßlich sein. O, die Propaganda war nicht leicht! Die alten Vorurteile, gestützt auf leidenschaftlich verteidigte Argumente, konnten nur mit zäher Geduld besiegt werden. Aber dann kam auf einmal ein Aufflammen, worin alle die verjährten Gehässigkeiten verzehrt wurden.

Hier ist nur von den Genossen deutscher Zunge die Rede gewesen. Bei den Polen, Slowenen und Italienern entstanden damals die ersten Anfänge einer Organisation — in Hainfeld waren sie durch je einen Delegierten vertreten —, hingegen hatte das tschechische Industrieproletariat schon eine ganz erhebliche Entwicklung hinter sich. Auch bei den tschechischen Genossen hatte die Spaltung ihre bösen Folgen gehabt und in Böhmen hatte die Persekution empörend brutale Formen angenommen. Die große Majorität der tschechischen Organisationen war im Fahrwasser der Radikalen. Eine nationale Sonderung, national autonome Organisationen, wie wir sie heute haben, gab es übrigens streng genommen damals noch nicht; aber schon seit 1882 gab es eine tschechoslawische Arbeiterpartei, die sich als Teil der Sozialdemokratie fühlte und ihre Schicksale teilte. Der Einigungsprozeß, der von Wien ausging, erfaßte natürlich auch die tschechische Organisation und schon zu Pfingsten 1887 gab ein in Brünn abgehaltenes, von deutschen und tschechischen Gesangvereinen stark besuchtes Sängerfest Gelegenheit zur Annäherung der Fraktionen beider Zungen. Weihnachten desselben Jahres fand in Brünn der Parteitag der tschechoslawischen Arbeiterpartei statt, der den Streit in den Hauptpunkten bereinigte, ein vorläufiges Programm feststellte und beschloß, bei der demnächst zu erwartenden Einigung der deutschen Genossen mit ihnen zusammen in eine einzige sozialdemokratische Arbeiterpartei aufzugehen. In Hainfeld waren denn auch eine ganze Anzahl tschechischer Genossen als Delegierte anwesend.

So waren denn die Vorbedingungen für die formelle Einigung der Partei endlich errungen. In der Empfindung der Massen war der Streit bereits überwunden, davon gab das am 4. Dezember 1887 beim Schwender abgehaltene zwanzigste Gründungsfest des Arbeiterbildungsvereines*) Zeugnis; die sich in langjähriger Feindschaft befehdet hatten, umarmten einander und sahen sich feuchten Blickes als Kampfgenossen ins Auge, als bei den Klängen der „Marseillaise" die rote Vereinsfahne der Bäcker geschwenkt wurde. Die Regierung wußte den historischen Moment in ihrer Weise zu würdigen; sie ließ durch den Polizeirat Frankl einige der Beteiligten wegen

*) Der Arbeiterbildungsverein in der Gumpendorferstraße (deshalb gewöhnlich der „Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein" genannt), war im Dezember 1867 gegründet worden. Im Jahre 1887 wurde das zwanzigjährige Jubiläum feierlich begangen.

Überschreitung des Festprogramms zu Geldstrafen verknurren. Aber von der mächtigen Gefühlsäußerung dieser Stunde bis zur nüchternen Feststellung eines genau durchdachten Programms und zur Aufrichtung einer geordneten und zweckmäßigen Organisation war noch ein schwerer Weg, der wieder fast ein Jahr kostete, und erst am 3. November 1888 konnte die „Gleichheit" die Einladung zum Parteitag veröffentlichen. Die Redaktionen der deutschen und tschechischen Parteiblätter erließen die Einladung und wir warteten ruhig ab, ob die Behörden trotz der streng eingehaltenen gesetzlichen Formen ein Verbot wagen würden. Da sie das doch zu gewagt zu finden schienen, vereinbarten wir Ort und Zeit; wir wählten Hainfeld, den Sitz einer kleineren, aber tüchtigen Organisation, weil es in Niederösterreich, aber außerhalb des Ausnahmsbezirkes lag und weil sich Graf Auersperg — der spätere Handels- und Ackerbauminister*) — als Bezirkshauptmann von Lilienfeld als vernünftiger Mann erwiesen hatte, von dem kein brutaler Überfall zu gewärtigen war.

So trafen wir uns denn nach Weihnachten in Hainfeld und am 31. Dezember war das Programm der Partei beschlossen und ihre Einigkeit hergestellt. So mancher von uns denkt an jenen Tag als an die schönste Silvesterfeier seines Lebens.

Was Hainfeld geleistet hat, sagt nicht nur das Protokoll des Kongresses, sondern die Geschichte der Partei, die diesem Kongreß die Klarheit des Prinzips, die Energie der Taktik und die Geschlossenheit der Organisation dankt. In Hainfeld wurde zum Abschluß gebracht, was in hundertfältiger Mühsal von Jahren erarbeitet worden war. Die Periode der Spaltung, der jugendlichen Irrtümer war zu Ende, das Proletariat Österreichs war reif und kräftig geworden, fähig und entschlossen, seine geschichtliche Mission in Angriff zu nehmen.

* * *

Vielleicht fragt jemand, welchen Eindruck die Tatsache dieses Parteitages auf die bürgerliche Öffentlichkeit**), auf die Regierung gemacht? Antwort: gar keinen. Sie verstanden nichts davon. Acht Monate nach diesem Parteitag wurde die „Gleichheit" ausnahmsgesetzlich eingestellt und ihr Herausgeber und Redakteur vor dem Ausnahmsgerichtshof, der zur Verfolgung anarchistischer Bestrebungen bestimmt war, zu schwerer Arreststrafe verdonnert. Aber während er die Haft abbüßte, wurde draußen zum ersten Male die Maifeier abgehalten, und zwar mit solcher Wucht und solcher Wirkung, daß der Ausnahmszustand zusammenbrach; er war unmöglich geworden. Fast zwei Jahre haben die erleuchteten Beherrscher Österreichs nötig gehabt, um zu begreifen, was in Hainfeld passiert war.

*) Graf Leopold Auersperg war im Wahlreformministerium Beck, das am 2. Juni 1906 ins Amt trat, Ackerbauminister.

**) Siehe auch den Artikel der „Gleichheit" vom 12. Jänner 1889: „Unser Parteitag und die Presse."

# Bericht an die Internationale.

Internationaler Sozialistenkongreß in Paris 1889.

Doktor Adler, Delegierter der Sozialisten Österreichs*), trägt einen Bericht über die Lage der sozialistischen Bewegung in Österreich vor, der häufig durch begeisterte Beifallsrufe unterbrochen wird. In Österreich, sagt er, gibt es eine sehr lebensfähige Partei, die unermüdlich arbeitet und vor keinerlei Schwierigkeit zurückschreckt. Ich bringe hier den Brudergruß von tausenden über ganz Österreich verstreut lebenden Arbeitern. Sie hatten die Absicht mir ein formelles Mandat zu geben; aber das war eine Unmöglichkeit. Die Freiheit in Österreich ist ein zusammengesetztes Wesen, welches die Mitte hält zwischen der Freiheit in Rußland und der Freiheit in Deutschland. (Große Heiterkeit.) In der Form ist sie deutsch, in der Ausführung ist sie russisch. Abgesehen von Frankreich und England hat Österreich vielleicht in ganz Europa die freisinnigsten Gesetze, so sehr, daß es einer Republik ähnelt, die anstatt eines Präsidenten eine Majestät an der Spitze hat. Leider verfährt man nur in der Praxis nicht nach dem, was das Gesetz vorschreibt, sondern allein nach dem, was das Belieben des betreffenden Polizeikommissärs ist. Der Polizeikommissär ist befugt, alle gesetzlichen Freiheiten zu konfiszieren, und man kann schon glauben, daß er dies Recht braucht — und mißbraucht. Dieser absonderliche Zustand raubt der Arbeiterbewegung in Österreich alle Gleichartigkeit im Fortgang, alle Sicherheit im Beschließen und Handeln. Sie ist allen möglichen Glückswechseln beständig ausgesetzt, heute Blüten treibend, morgen der Vernichtung preisgegeben, ohne daß die Regierung deswegen nötig hätte, zu Ausnahmsgesetzen ihre Zuflucht zu nehmen. So hat auch das 1884 publizierte Ausnahmsgesetz gegen die Anarchisten keineswegs die Lage wesentlich verändert. Was verschlägt es denn den Sozialisten, ob sie durch Berufsrichter oder durch Geschworne verurteilt werden? Kraft dieses Gesetzes hat die Polizei in der ersten Woche nach der Publikation mehr als 400 Personen aus Wien und Floridsdorf ausgewiesen. Die Ausgewiesenen waren meistens höchst unschuldige Menschen, Mitglieder oder Vorstandsmitglieder von Gewerkschaften. Natürlich mußte dies Gesetz die junge Arbeiterbewegung ersticken und hat dies auch wirklich getan. Aber, sonderbar genug! Die österreichische Regierung ist gleich unfähig, bei einem Werk der Gerechtigkeit konsequent zu sein wie bei einem Werk der Unterdrückung; sie schwankt beständig hin und her — wir haben den Despotismus gemildert durch Schlamperei. (Große Heiterkeit.) Die junge Bewegung benutzte die letztere, um wieder aufzuatmen und sich besser zu festigen. Betonen wir es, daß sich in der

*) Das Protokoll über den Internationalen Sozialistenkongreß in Paris ist nicht auf Grund stenographischer Aufnahme hergestellt.

Arbeiterpartei tiefgehende Meinungsverschiedenheiten gezeigt haben, besonders in betreff der Frage: „Sollen die mit dem direkten allgemeinen Stimmrecht bewaffneten Arbeiter sich als politische Partei konstituieren oder nicht?" Reine Prinzipienfrage! Die Arbeiter in Österreich haben kein Stimmrecht und werden es auch so bald nicht haben. Gleichwohl teilte diese Frage die Arbeiterpartei in zwei Bruchstücke, von denen das eine aus sogenannten radikaleren, das andere aus sogenannten gemäßigteren Elementen bestand. Die Einigung kam erst zustande, als gewisse bis dahin einflußreich gewesene Persönlichkeiten verschwunden waren. Die Bewegung hatte aber noch mit einer andern Schwierigkeit zu kämpfen, mit dem Gesetz über die Kolportage*), kraft dessen jeder Mensch, der ein Journal verteilt hat, wegen Vergehens gegen das Preßgesetz unter Anklage gestellt werden kann. (Sensation.) Eine dritte Schwierigkeit endlich entspringt nur zu häufig aus dem Nationalitätengegensatz. Obgleich die Proletarier verschiedener Nationalität im allgemeinen einen ernsten Geist der Eintracht bewähren und miteinander aufrichtig sympatisieren, so werden doch die Schwierigkeiten der Propaganda durch die Unterschiede der Sprachen sehr erheblich gesteigert. Fügen wir dem allen hinzu, daß der Stand der Volksbildung ein sehr niedriger ist und keine steigenden Tendenzen besitzt. Seit Ferdinand dem Katholischen**) hat man in diesem Lande mit Feuer und Schwert gegen den Volksunterricht gewütet. Österreich ist nicht nur ein katholisches Land, es ist zugleich auch ein zurückgebliebenes Land.

Trotz all dieser Schwierigkeiten besteht in den Landesteilen, wo die Industrie Wurzel geschlagen hat, eine Sozialistenpartei, vor welcher die Bourgeoisie sich fürchtet.

Eine beachtenswerte Tatsache ist es, daß in Österreich, im Gegensatz zu dem, was die anderen Länder erleben, noch ein letzter Überrest der alten feudalen Welt in einer Partei fortexistiert, die bis auf die gegenwärtige Stunde eine ausschlaggebende Rolle im öffentlichen Leben spielt. Obwohl diese feudale Gesellschaft unter dem Druck der neuen ökonomischen Ära nicht umhin kann, ihr Wesen umzuwandeln, hat sie nichtsdestoweniger doch Interessen, die denen der jungen Bourgeoisie entgegengesetzt sind. Dementsprechend sucht man bald von dieser, bald von jener Seite die Arbeiter für sich zu gewinnen, die Bourgeoisie in der Gestalt eines im höchsten Grade heuchlerischen politischen Liberalismus, der feudale Adel mittels einer Arbeitergesetzgebung.

*) Der berüchtigte § 23 des Preßgesetzes, der die freie Kolportage — das Feilbieten und Verteilen außerhalb der hiezu bestimmten Räume — verbot.

**) Ferdinand II. (1619 bis 1637), der lieber seine Länder zur Wüste machen wollte, ehe er einen anderen Glauben als den katholischen zuließ. Er hat den Dreißigjährigen Krieg entzündet. 1617 war er schon König von Böhmen.

So besitzt denn Österreich eine Arbeitergesetzgebung, welche — abgesehen von England und der Schweiz — die beste von ganz Europa sein würde, wenn sie nicht fast nur auf dem Papier existierte! In Österreich besteht der Normalarbeitstag von elf Stunden, die Nachtarbeit der Frauen und Kinder ist verboten usw. usw. Ebenso herrscht absolute Preßfreiheit. Aber sieh da, das Gesetz läßt Ausnahmen zu, die Behörden ordnen Ausnahmen an, und ihre Bestimmungen können sicher sein, stets die Bestätigung vom Ministerium zu erhalten. Wir wollen indessen anerkennen, daß trotz dieser „gesetzlichen Ungesetzlichkeiten" das Arbeitergesetz die Lage der Arbeiter der großen Industrie verbessert hat. Es hat die Aufmerksamkeit des Proletariats auf die Situation, in der es sich befindet, hingelenkt und dadurch dazu beigetragen, das Gewissen der Arbeiter zu wecken. Ferner, die Fabriksinspektion, wie unvollkommen sie auch immer sein mag, ist doch bei weitem nicht so schlecht organisiert wie in Deutschland. Um die Inspektion wahrhaft wirksam zu machen, müßte man übrigens damit anfangen, die Zahl der Inspektoren zu vermehren. Die Bourgeoisie verweigert die Mittel für die Anstellung neuer Inspektoren unter dem Vorwand, daß der Militarismus das Geld der Steuerzahler verzehre. Gegenwärtig haben wir nur 15 Inspektoren. Mehr noch, die Regierung hat sich geweigert, den Inspektoren einen anspruchlosen, aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Mann als Gehilfen beizugeben, was doch überall als nützlich anerkannt ist.

Trotz dieser Mängel hat das Gesetz, sagen wir es nochmals, den Erfolg gehabt, die öffentliche Aufmerksamkeit auf vorher gänzlich ignorierte Zustände hinzulenken.

Was denken denn nun die österreichischen Sozialisten über eine Arbeitergesetzgebung? Das Ziel, auf dessen Erreichung es vor allem ankommt, heißt: Hebung des physischen, intellektuellen und moralischen Zustandes des Proletariats. Eine Arbeitergesetzgebung ist bei weitem nicht dazu befähigt, für sich allein die Aufgabe zu lösen, welche die Arbeiterbewegung zu bewältigen hat; aber sie ist ein Mittel, ohne dessen Anwendung das Proletariat sein schließliches Ziel nicht wird erreichen können.

In der letzten Stunde, wenn nun die kapitalistische Gesellschaftsordnung zusammenbricht — und sie wird ganz von selbst zusammenbrechen, ohne daß sozusagen man dabei nachzuhelfen brauchte — dann wird das Schicksal des Proletariats sich entscheiden nach dem Grade geistiger Entwicklung, den es erreicht haben wird. Wir besitzen weniger Einfluß auf das Eintreten dieses Moments, als wir selbst anzunehmen pflegen — weit weniger, als unsere Feinde argwöhnen. Aber eins liegt in unserer Macht: uns für diesen Augenblick vorzubereiten. Von dieser Vorbereitung hängt die Zukunft ab. Wird sie

Sklaven finden, welche ihre Ketten brechen oder Männer, welche entschlossen sind, frei zu werden? Bereit sein — das ist alles. Das ist der Grund, weshalb wir überall eine Arbeiterschutzgesetzgebung verlangen, welche unerläßlich ist für eine gute soziale Hygiene. (Anhaltender Beifall.)

Bürger Adler macht noch die Mitteilung, daß die österreichische Partei ausschließlich auf diesem Kongreß vertreten ist. Die sogenannte „Föderation von Oberösterreich und Salzburg", die auf dem Possibilistenkongreß vertreten ist, hat das einzige Unglück, überhaupt nicht zu existieren*).

# Die erste Einigungsversammlung**).

Die Schwenderversammlung am 3. April 1887.

Die Arbeiter Wiens sind nun wieder einmal versammelt, wieder einmal ist es uns möglich, zu sagen, was wir wollen, und wenn wir heute, wo doch ganz andere Dinge diese Arbeiter niederdrücken, nicht Brot, sondern politische Rechte verlangen, so muß dies begründet werden. Sie werden sagen, jeder, der die Geschichte kennt, weiß, daß, wo Macht ist, und wo die Majorität ist, auch das Recht ist; Sie werden fragen, warum Sie das Recht erst fordern müssen: „Ja, wie kommt es denn, daß wir, die große Mehrzahl, die überwiegende Majorität des Volkes, gegenüber der die Besitzenden eine verschwindende Minorität sind, wie kommt es denn, daß wir heute in der Lage sind, um Recht bitten und betteln zu müssen?" — Aber wir bitten und betteln nicht, wir sagen ganz einfach, das ist notwendig, wenn es nicht anders kommen soll, wir geben nur einen Wink, aber einen Wink — mit dem Zaunpfahl. Wir wissen ja Alle, es handelt sich nicht um das Recht, zusammenkommen zu dürfen — das sind ja sehr angenehme Dinge, aber es sind Luxusgegenstände gegenüber dem allgemeinen Elend, das immer wächst. Aber wenn die Arbeiter heute nicht nach Brot, sondern nach politischen Rechten rufen, so wissen sie, daß sie mittels der politischen Rechte imstande sein werden, Brot zu erlangen. Man kann freilich Zeitungen nicht essen und in Versammlungen wird man nicht satt, wenn man keinen Kreuzer im Sacke hat, und vom allgemeinen Stimmrecht kann man nichts abbeißen — aber diese ungeheure Majorität der Bevölkerung, welche will, daß es anders wird, hat auch die Macht dazu, es anders zu machen. Sie hat aber diese Macht nur unter einer Bedingung, und diese Bedingung ist, daß sie weiß, was sie will; heute weiß die große Majorität der Bevölkerung, wo sie der Schuh drückt, noch weiß sie aber nicht, was

*) Siehe darüber Näheres in dem Artikel „Die Gründung der neuen Internationale" in der Festschrift zum Internationalen Kongreß 1914, abgedruckt im Abschnitt über den Aufbau der Internationale.

**) Siehe darüber Seite 13.

sie will: Die politischen Rechte sind für uns nur Mittel zum Zweck, wir verlangen die Möglichkeit, zu belehren, wir verlangen das Recht, den sozialistischen Gedanken hinauszutragen bis in die letzte Hütte, und sie verweigern es uns darum, weil sie sehr gut wissen, daß sie eine Antwort darauf nicht geben können. Sie können uns binden, sie können uns einsperren, sie können uns konfiszieren, aber widerlegen können sie uns nicht. (Beifall.)

Zur Ermöglichung einer unausgesetzten Propaganda und Agitation, aus diesem Grunde verlangen wir diese politischen Rechte; wir verlangen sie nicht in dem Sinne, als ob wir erwarten würden, daß, wenn 100 derartige Versammlungen stattfänden, unsere Forderungen dann bewilligt würden. Wir wissen, daß es nicht der Fall ist. Aber wir sagen, wenn Ihr nicht hören wollt — so habt Ihr euch die Folgen selbst zuzuschreiben.

Es ist eine eigentümliche Sache, wenn Sie heute unter das Volk gehen und mit den sogenannten Indifferenten — und wir müssen uns klar sein, daß dazu heute die große Mehrheit des Proletariats noch gehört —, wenn Sie mit diesen Leuten sprechen, so sagt er, ich brauche Brot — und wenn Sie die andern fragen, so sagen sie auch, die Leute brauchen nur Brot, was bekümmert sie das Gefasel der Verführer, der Hetzer, der Intriganten, und was für schöne Namen man da gibt. Es ist wahr, der Hungrige ist indifferent. Die Ausübung politischer Rechte, die Forderung politischer Rechte hat die Bedeutung, dem Arbeiter die Ursachen seiner Lage und seine Aufgabe zum Bewußtsein zu bringen. Weiß er, was er will, dann weiß er auch, was er kann! (Beifall.)

Man sollte glauben, daß alle Klassen es vorziehen sollten, wenn der Weg, den die Geschichte führt, mit klarem Bewußtsein durchmessen wird.

Meine Herren! Es gibt zwei Wege, auf welche der heutige Zustand der Dinge führen kann.

Der eine Weg führt zur Verzweiflung und zu Verzweiflungsakten, der andere Weg führt zur Erkenntnis, wie man diese Lage ändern kann. Die Herren, welche die Sache in der Hand haben, mögen entscheiden, welcher Weg ihnen lieber ist; die große Masse der Proletarier hat gar keine Veranlassung, sich in diesen Streit hineinzumischen, sie hat tatsächlich nicht viel zu verlieren. Aber diejenigen Leute, welche daran ein Interesse haben, daß der große Umwälzungsprozeß, der von unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinführt zu einem Gesamtbesitz an allen Produktionsmitteln, diejenigen, die das Interesse daran haben, daß dieser Verlauf friedlich oder wenigstens so schonungsvoll wie möglich verlaufe: an diesen Leuten ist es, heranzutreten und die Wege dazu zu suchen. Und wenn wir Ihnen heute eine Resolution vorlegen, in der es heißt: „wir verlangen", so meinen wir nicht, daß wir ein ergebenstes Ansuchen an irgend jemand stellen, sondern wir meinen ganz einfach, daß wir einen Wink geben.

Es ist mir aus der Mitte der Versammlung eine Resolution zugekommen, ich bitte den Schriftführer, sie zu vorlesen.

(Der Regierungsvertreter verlangt Einblick in die Resolution, die in diesem Augenblick in mehreren tausend Exemplaren im Saale verteilt wird.)

Der Schriftführer Bretschneider*) liest die Resolution, die oben im Artikel „Der Weg nach Hainfeld" abgedruckt ist.

# Zur Volksversammlung vom 3. April.

„Gleichheit" vom 9. April 1887.

Die Volksversammlung in Wien am 3. April 1887 dürfte einst in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Österreich einen bedeutsamen Platz einnehmen. Es ist schon lange her, seit eine so kräftige, einstimmige Kundgebung der Partei erfolgte. Mehr als durch unsere „Staatsgrundgesetze", mehr als durch das Ausnahmsgesetz, war die Partei durch die Spaltung gelähmt. Ihre besten Kräfte rieben sich auf im Streite mit den Nächststehenden, statt im Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner Verwendung zu finden. Ohne auf die Ursachen der Spaltung eingehen zu wollen, sei nur gesagt, daß sich dieser Prozeß in der Geschichte jeder Partei finden wird und daß die Entwicklung jeder denkenden Gemeinschaft sich notwendig im Streite vollzieht. Es leuchtet aber ein, daß die Arbeiterpartei, welche zwar die Disziplin versteht wie keine andere, die aber nicht das Talent zur Verknöcherung, zum Stillstand besitzt wie die reaktionären Parteien, daß diese naturgemäß in fortwährender Umbildung, im beständigen Fortschreiten gerade ihre Lebensbedingung hat. Dabei liegt uns nichts ferner als die Behauptung, daß die Zerklüftung der österreichischen Arbeiterpartei, daß der Kampf der Fraktionen nicht jene Grenzen bei weitem überschritten hätte, innerhalb welcher sich die gesunde Entwicklung der Partei vollzieht.

Seit einiger Zeit nun machte sich auf beiden Seiten das Gefühl geltend, es sei Zeit Frieden zu machen, die Streitpunkte ruhig zu prüfen und zu erörtern. Wir müssen hervorheben, daß der Regierung und ihren Organen das Verdienst gebührt, diese Strömung nach Kräften verstärkt zu haben. Es mußte jedem auffallen, daß man bei jeder Gelegenheit suchte, die Spaltung tiefer und unüberbrückbarer zu machen. Wenn Herr Graf Lamezan die „Gemäßigten" „Wassersuppensozialisten"**) nennt und Herr Graf Taaffe die „radikale Arbeiterpartei" als „anarchistisch" bezeichnet, mußte schließlich doch die Überzeugung durchdringen, daß der Gegner den Hader nur fördert, weil er ihm allein nützt.

Es ergab sich zunächst als notwendig, einige Punkte, um die sich früher der Streit gedreht hatte, zu überprüfen. Da zeigte es

*) Ludwig August Bretschneider, der nachmalige Abgeordnete von St. Pölten.

**) Siehe dazu die Erklärung im Artikel „Der Weg nach Hainfeld". Seite 3*).

sich denn, daß man einander Meinungen zugemutet, die längst nicht mehr gehegt wurden. Weder die Überschätzung des Parlamentarismus auf der einen Seite, noch die Unterschätzung des Wahlrechtes auf der anderen Seite war mehr da. Und darüber konnte man sich klar werden: so wenig es heute dem Gemäßigtesten der Gemäßigten, wenn er das allgemeine Wahlrecht verlangt, einfällt, zu behaupten, das Endziel unserer Bestrebungen könne eine Abstimmung im Parlament sein, in welcher die Sozialdemokraten mit Majorität die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel beschließen — ebensowenig fällt es dem Radikalsten der Radikalen ein, indem er den Parlamentarismus ablehnt, auf das gewaltigste aller Agitationsmittel, das noch unter den schärfsten Ausnahmsgesetzen wirksam ist, auf das Wählen zu verzichten.

Dies wurde in der Volksversammlung einstimmig zum Ausdruck gebracht: Wir wollen das Wahlrecht, wir bedürfen desselben. Wir begeben uns aber damit keineswegs auf den Boden der bürgerlichen Parteien, auf parlamentarischen Boden. Wir brauchen das Wahlrecht um so mehr, als wir kein Versammlungsrecht, keine Preßfreiheit, kein Vereinsrecht haben; wir brauchen das Parlament aber als den Boden, den uns der Bourgeoisstaat gönnen m u ß, um gegen ihn zu protestieren, um uns zum Kampfe gegen ihn zu organisieren.

Die Frage des Wahlrechts ist aber nur ein spezieller Fall der Frage nach politischem Kampfe überhaupt. Es war üblich geworden, daß in den Kundgebungen der Fraktionen von der einen Seite die Umwälzung der Produktionsweise, von der andern Seite die politischen Rechte in den Vordergrund gestellt wurden. Es fand sich nun, daß keine der Fraktionen auf dem einseitigen Standpunkt steht, entweder nur das Ziel oder nur das Mittel zu betonen. Es zeigte sich, daß beide Fraktionen darin einig sind, daß der Träger der ökonomischen Entwicklung, das die Produktionsweise umwälzende Element nur ein bewußtes, über seine Ziele klares Proletariat sein kann; daß aber der Sinn aller Ausübung politischer Rechte eben ist, die Arbeiterklasse zum Bewußtsein, zur Klarheit zu bringen. Das heutige Wirtschaftssystem ist eine sehr reale Macht und besitzt sehr reale Machtmittel, die nicht zusammenbrechen wie seinerzeit die Mauern Jerichos durch „E i n s c h ü c h t e r u n g“ mittels Posaunen oder mittels noch mehr Lärm machender Apparate. Der sehr zielbewußten Macht muß eine ebenso zielbewußte wirkliche Macht entgegengesetzt werden! Auch darüber ist man einig, daß die heute herrschenden Parteien aus eigenem Antrieb uns wirkliche politische Rechte und damit die Möglichkeit, eine Macht zu werden, nicht gewähren werden. Die Bourgeoisie aber wird trotz ihres Widerstrebens in nicht zu ferner Zeit gezwungen sein, die Konsequenzen ihres eigenen Lebensprinzips zu ziehen. Und wir können durch volle, rastlose Ausnützung jenes wenn auch noch so geringen Maßes von Freiheit, das man uns lassen muß, den Zeitpunkt beschleunigen, zu welchem die „Logik der Tatsachen“ hindrängt. Daß auch darüber Einigkeit herrscht, daß wir

die Verpflichtung haben, diesen uns gebliebenen Raum zu benützen, die öffentliche Agitation auf der ganzen Linie, mit vollem Aufgebot unserer Kraft zu führen, die öffentliche Organisation wieder aufzurichten und zu vervollständigen, zeigt die frische, kräftige Bewegung der Partei nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich. Eine ganze Reihe von Versammlungen beweist, daß allerorts wieder frischeres Leben sich regt, daß der Bann, der auf der Partei lastete, seine Wirkung zu verlieren beginnt. Möge diese Strömung dazu führen, daß sich bald wieder die große Organisation aufbaue, welche nun zerpflückt und zerrissen daniederliegt. Maßregelungen aller Art haben ihr nichts anhaben können, und wenn sich die Partei wieder als eine einige und zielbewußte sozialdemokratische Partei fühlen wird, so wird sie unzweifelhaft in kurzer Zeit das Versäumte nachholen. Denn das Bewußtwerden der Arbeiterklasse ist nur der eine Faktor, der unsere Verhältnisse einem Umschwung entgegenführt; der andere Faktor ist aber die ökonomische Entwicklung. Das ist aber ein Revolutionär, den man weder konfiszieren noch ausweisen und auch nicht einsperren kann. Und der „wackere Maulwurf" hat emsig gearbeitet, derweil wir schliefen oder stritten. Mögen sich die Herren ja recht beeilen mit ihrer „Sozialreform". Es ist hohe Zeit, das Wasser reicht schon an den Hals! — — —

Noch ein Wort zum Schluß! Soll die Partei neu erstehen, so haben wir uns vor allem eine Sorte von „guten Freunden" vom Leibe zu halten. Das sind diejenigen, die fortwährend von „Siegern" und von „Besiegten" sprechen, die auf der einen Seite ein Triumphgeheul anstimmen, auf der andern Seite über den Untergang der Welt lamentieren. Merkwürdigerweise finden sich beide Sorten und beide Auffassungen auf beiden Seiten. Das beweist eben, daß es weder Sieger gibt noch Besiegte. Ein mächtiger Strom hat sich in seinem Laufe in zwei Arme getrennt und sein Weg und sein Ziel führt die Getrennten wieder zusammen in einen einzigen, mächtigen Strom; da kann niemand sagen, der eine Arm habe den andern überwunden!

# Zum tschechischen Parteitag in Brünn.

„Gleichheit" vom 3. Dezember 1887.

In wenigen Wochen wird sich in Brünn ein bedeutungsvolles Ereignis vollziehen. Die tschechoslawischen*) Genossen werden zusammenkommen, um ihre Parteiangelegenheiten eingehend zu besprechen und die Richtung festzustellen, in welcher sich die Tätig-

*) Die Tschechen, auch die tschechischen Sozialdemokraten, nannten sich bis zur Gründung ihres Staates „Tschechoslawen", seither bekanntlich „Tschechoslowaken".

Der Parteitag der tschechoslawischen Arbeiter hat zu Weihnachten in Brünn stattgefunden und die Einigung beschlossen sowie den Anschluß an die deutschen Arbeiter bei der bevorstehenden Einigung.

keit der Partei in nächster Zeit bewegen soll. Die Form zu dieser Zusammenkunft ist die unzählige Male von andern Parteien angewendete, die der persönlichen Einladung aller jener Genossen, die kommen können und wollen. Alle Parteitage der Liberalen, Klerikalen und Antisemiten werden auf solche Weise abgehalten. Unser Versammlungsgesetz läßt eine andere eben nicht zu.

Die Ursache dieser Zusammenkunft ist das überall vorhandene und geäußerte Gefühl, daß der alte Zwist der Parteien tatsächlich zu Ende ist, tatsächlich zu einer neuen Einigung geführt hat, und daß es notwendig ist, dieser tatsächlichen Einigung auch einen formellen Ausdruck zu geben und endlich wieder einmal die Resultate der Parteientwicklung festzustellen, um einen gemeinsamen Boden für neue Tätigkeit zu gewinnen.

Die tschechischen Parteigenossen arbeiten vielleicht unter noch schwierigeren Verhältnissen als wir Deutschen. Das Regiment der böhmischen Statthalterei leistet an Auslegung der Gesetze das Unglaublichste; was das Prager Landesgericht leisten kann, haben wir in einer Anklageschrift gezeigt, die wir in diesem Blatt abdruckten. Die „Geheimbündelei" allein verlangte Hunderte von Opfern, und die Zeit, welche die Genossen in Untersuchungshaft zubrachten, die später freigesprochen wurden, beträgt zusammen unzählige Jahre. Dabei wissen wir uns nicht zu erinnern, daß in letzter Zeit in den slawischen Teilen Böhmens Versammlungen überhaupt gestattet wurden; die Presse wird noch mehr geknebelt als die unsere; Artikel, die in den deutschen Parteiblättern unbeanstandet blieben, also gewiß zahm genug waren, verfielen, ins Tschechische übersetzt, wiederholt dem Staatsanwalt. — Und trotz alledem, die Bewegung geht weiter. Kaum erholt von der Betäubung, in welche sie durch brutale Schläge versetzt, erhebt sie sich und wächst und wächst.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei kennt nationale Abgrenzungen nicht; sie ist international wie die Ausbeutung und die Lohnsklaverei. Wenn die Gruppen verschiedener Zungen eigene Organisationen haben, so ist damit einfach einem rein praktischen Bedürfnisse genügt. Die lokale Gruppierung, die Notwendigkeit, besondere Parteiorgane zu haben, machen eben eine Teilung notwendig. Im übrigen aber werden die Herren Gregr und Konsorten dabei ebensowenig Geschäfte machen können, wie die deutsch-liberalen Weitlofs und andere Knötze.

Die internationale Solidarität der österreichischen Arbeiter ist eine Tatsache. Es herrscht die engste und beständige Fühlung zwischen den deutschen und den slawischen Gruppen, der beste Beweis dafür ist, daß die Entwicklung, welche zum Parteitag der slawischen Genossen geführt hat, sich ebenso in den Reihen der deutschen vollzieht.

Auch hier ist das Bedürfnis nach einigem, gemeinsamem Vorgehen allüberall vorhanden; auch hier fühlt man auf allen Seiten, daß der Streit eigentlich ausgekämpft ist, daß es sich nur mehr um Worte, hie und da um Personen handelt, daß man aber in bezug auf Prinzipien, auf Ziele und Wege bereits einig ist. Es unterliegt

auch keinem Zweifel, daß in nicht zu ferner Zeit dieses allseitig vorhandene Bewußtsein auch seinen Ausdruck finden wird. Vergebens geben sich die Feinde der Arbeiter, die Feudalen so gut wie die Liberalen, alle Mühe, den Streit wachzuerhalten und Öl ins Feuer zu gießen. Vergebene Mühe, ihr Herren, es brennt nicht mehr! Die Herrschaften werden sich mit der Tatsache vertraut machen müssen, daß eine einige Arbeiterpartei aufs neue wiedererstehe. Das österreichische Proletariat nimmt mit frischer Kraft und ungebeugt von Maßregelungen jeder Art seine Befreiungsarbeit wieder auf. Und eines hat es gelernt aus seiner eigenen Geschichte: es hat von den besitzenden Klassen nichts zu erwarten als bittere Feindschaft, rücksichtslose Verfolgung; es ist auf sich allein angewiesen. Das Proletariat selbst muß und wird der Lenker seiner Geschicke, der Schöpfer seiner Geschichte sein. Und diese Lehre ist nicht zu teuer bezahlt mit so mancher herben Erfahrung.

# Neujahr 1888.

„Gleichheit" vom 31. Dezember 1887.

V. A. Die österreichische Sozialdemokratie hat ein Jahr ernsten Kampfes hinter sich. Was ist sein Resultat? Was ist der Kampfpreis?

Wir können nicht auf Errungenschaften hinweisen, auf Zugeständnisse, die wir den besitzenden Klassen abgetrotzt. Was wir aus dem Kampfe davongetragen, sind nichts als Wunden, nichts als Opfer. Unzählige unserer Genossen sind erlegen, unzählige sind kampfunfähig geworden. Und trotzdem haben wir alle das Gefühl: es war ein gutes Jahr! Denn nicht um einen Preis ringen wir, den andere zu vergeben haben; unser Ziel liegt in der Arbeiterklasse selber. Diese aber hat es längst verlernt, von den Herrschenden etwas anderes zu erwarten als tödlichen Haß und Verfolgung bis aufs Messer! Sie weiß, daß ihre Zukunft in ihrer eigenen Hand ruht und setzt alle Hoffnung auf sich selbst.

Die Weltrevolution, inmitten welcher wir leben und kämpfen, hat zwei Seiten. In rein mechanischer Weise geht die ökonomische Revolution unaufhaltsam ihren Weg. Mit unheimlicher Gesetzmäßigkeit zeigt die moderne Geschichte aller zivilisierten Länder denselben Verlauf. Überall zersetzt die kapitalistische Wirtschaftsform die Gesellschaft in ihre Bestandteile, sammelt an einem Pole ungeheuren Besitz in immer weniger Händen, sammelt am andern Pole unendliches Elend in immer wachsenden Proletariermassen. Eine Volksschichte nach der andern wird in den Zersetzungsprozeß hineingerissen. Täglich erweist sich mehr, daß die heutige Form der Gesellschaft ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen ist und dem Bankerott zueilt.

Diese Seite der Revolution vollzieht sich unbewußt, mechanisch, mit eherner Sicherheit. Sie kann vom Proletariat nicht befördert, von den Besitzenden nicht gehindert werden. Im Gegen-

teil, das Interesse des einzelnen stellt sich hier in Gegensatz zum Klasseninteresse. Der einzelne Bourgeois als Individuum ist durch den Konkurrenzkampf gezwungen, zur Verschärfung der Gegensätze beizutragen, die Bourgeoisie als Klasse ihrem Untergang entgegenzujagen; der einzelne Arbeiter aber ist genötigt, den aussichtslosen Kampf gegen seine eigene Proletarisierung zu führen, solange er lebt.

Was die herrschenden Klassen nun versuchen, um diese ökonomische Revolution zu hemmen, läßt sich in jenen ohnmächtigen, schwächlichen und widerwilligen Versuchen zusammenfassen, die man „Sozialreform" nennt, eine Ausgeburt höchster Ratlosigkeit und kleinlichster Engherzigkeit.

Zugleich aber geht eine Revolution in dem Bewußtsein der Menschheit vor sich; das Proletariat beginnt seine weltgeschichtliche Bestimmung nicht nur zu erkennen, sondern auch als sein Ziel zu wollen. Und die Revolutionierung der Gehirne ist die eigentliche Aufgabe, ist das nächste Ziel der proletarischen Parteien, der Sozialdemokratie. Die Arbeiterklasse mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß sie bestimmt ist, die heutige Gesellschaftsordnung zu Grabe zu geleiten und Trägerin eines neuen Gesellschaftsideals zu werden; daß sie diese ihre Bestimmung erfüllen wird und muß, allem zu Trotz, was heute Macht heißt, allein auf sich selbst gestellt — darin besteht die Aufgabe unserer Partei und daran allein messen wir unsere Erfolge.

Dieser bewußten Seite der Revolution hat nun freilich die Bourgeoisie energischere und aufrichtiger gemeinte Mittel entgegenzusetzen als der fortschreitenden Proletarisierung und Massenverelendung. Statt mit der dünnen und noch dazu verfälschten Limonade einer „Sozialreform" wehrt sie sich hier mit der Hungerpeitsche, dem Schubwagen, mit Kerker und Galgen. Aber so wenig ihre Schutzzölle und Bettelsuppen-Versicherung die ökonomische Umwälzung hindern können, so wenig werden alle Sozialistengesetze der Welt, werden selbst Justizmorde à la Chikago*) das

*) In Chikago wurden am 11. November 1887 die Anarchisten August Spies, Albert Parsons, Adolf Fischer und Georg Engel mit dem Strang hingerichtet. Louis Lingg hatte am Tage vorher in der Zelle Selbstmord begangen. Die zwei ebenfalls zum Tode verurteilten Fielden und Schwab waren infolge der internationalen Protestbewegung zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Ein achter, Neebe, war gleich zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Alle acht waren ursprünglich wegen Mordes angeklagt, die Anklage aber dann auf Verschwörung zur Ermordung von Polizisten umgewandelt worden. Das Verbrechen sollen sie am 4. Mai 1886 in einer Versammlung begangen haben, die streikende Arbeiter abhielten. Die amerikanischen Gewerkschaften haben beschlossen, eine energische Aktion für die Erringung des Achtstundentages einzuleiten und die Anarchisten hatten die Parole ausgegeben, am 1. Mai 1886 in den Streik zu treten. Die erschreckte Bourgeoisie schrie nach Schutz, und als sich der Streik in Chikago wirklich ausdehnte, drangen einige hundert Polizisten in eine Versammlung, die

Erwachen des Proletariats zu hemmen imstande sein. Und ist es erwacht, so hat es auch schon gesiegt! Unaufhaltsam geht es vorwärts! Unsere Bewegung, unzählige Male mit brutaler Gewalt zurückgeschlagen, erhebt sich jedesmal mit größerer Energie, umschlingt immer weitere Kreise des Volkes.

Und von diesem Standpunkt aus dürfen wir wohl sagen, daß wir ein erfolgreiches Jahr hinter uns haben.

Trotz der ganz besonderen Schwierigkeiten, die unsere Gesetzgebung und ihre Ausleger uns auf Schritt und Tritt entgegenstellen, trotzdem die Vereinstätigkeit, die Propaganda in Wort und Schrift auf jede mögliche Weise gehemmt ist, mit einem Wort, trotz aller unserer staatsgrundgesetzlich gewährleisteten „Freiheiten und Rechte", haben wir doch erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Eine große Reihe von Versammlungen hat unsere Ideen in bisher fernstehende Kreise getragen, hat alte Genossen wieder der Parteitätigkeit zugeführt und die jüngeren mit dem klaren Bewußtsein von unseren Zielen erfüllt. Eine Anzahl zum Teil neuer Blätter hat zur Klärung der prinzipiellen und taktischen Fragen der Partei Wesentliches beigetragen und hat die Ideen und die Interessen des Proletariats vertreten. In dieser Aufgabe wird sich die Arbeiterpresse weder durch die lange Reihe von Konfiskationen, noch durch die Unterdrückung der wackern „Arbeit" beirren lassen.

Als wichtigsten und wertvollsten Erfolg hat uns aber das verflossene Jahr die Wiedergewinnung der Solidarität der gesamten sozialdemokratischen Partei Österreichs gebracht. Wer es ehrlich meint mit der Sache der Arbeiterschaft, wird sich dessen freuen und wird mit Ernst und Selbstverleugnung das Einigungswerk zu fördern trachten.

Das Fest des Arbeiterbildungsvereines in Wien*), der slawische Kongreß in Brünn bezeichnen Wendepunkte in der Geschichte unserer Partei und machen das Jahr 1887 zu einem wichtigen für dieselbe. Wir wissen es wohl, viel bleibt noch zu tun und rastloser Arbeit wird es bedürfen, bis die Folgen der unseligen Spaltung endgültig beseitigt sind. Aber soviel ist heute schon ge-

---

am 4. Mai abends auf dem Heumarkt stattfand. Als der Offizier in die friedliche Menge zu schießen befahl, explodierte eine Bombe, die sieben Polizisten tötete und sechzehn verletzte. Allgemein war man der Überzeugung, daß die Bombe von einem Agent provocateur geworfen worden war, aber die Veranstalter der Versammlung wurden angeklagt und, obwohl sie jede Schuld bestritten, auch keinerlei Beweis gegen sie vorlag, verurteilt. Obwohl nicht nur die amerikanischen Arbeiter, sondern die ganze gesittete Welt nach Aufhebung dieses ungerechten Urteils schrie, wurde das Urteil bestätigt.

*) Am 4. Dezember 1887 wurde das zwanzigjährige Jubiläum des Arbeiterbildungsvereines, des sogenannten Gumpendorfer Arbeiterbildungsvereines feierlich begangen. (Siehe S. 16.*) Zu Pfingsten 1887 hatte übrigens bereits ein Sängerfest in Brünn deutsche und tschechische Arbeiter beider Richtungen zusammengeführt, worauf dann zu Weihnachten der Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie folgte, von dem oben die Rede war.

wonnen: Wir alle sind entschlossen, energisch und aufrichtig Freund zu sein den Freunden und Feind zu sein den Feinden unserer Sache!

Was aber unsere Gegner anlangt, so erwarten wir sie kühlen Herzens. Sie können uns keinerlei Überraschungen bieten; es gibt nichts, worauf wir nicht von ihrer Seite gefaßt wären. Aber darüber sollten doch die Kurzsichtigen schon klar sein: ihre Kampfmittel sind die denkbar schlechtesten. Sie treffen den einzelnen Genossen oft hart, sind brutal im höchsten Grade, vernichten einzelne Existenzen — aber für jeden Gefallenen stehen zehn neue Kämpfer auf und den Sieg unserer Sache vermögen sie nicht einen Tag aufzuhalten. Einen einzigen Vorteil haben sie vor uns voraus, sie haben die Wahl der Waffen in dem unvermeidlichen Kampf und diesen Vorteil scheinen sie nicht zu verstehen. Verzichten sie selbst auf die Waffen des Geistes, wählen sie selbst die Waffen der rohen Gewalt — w i r haben nicht zu wählen, sie bestimmen selbst über ihr Schicksal.

Von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag, wird der Kampf heißer. Wir gehen stürmischen Zeiten entgegen.

Möge heitere Siegeszuversicht unsere Genossen ins neue Jahr hinüber begleiten! Und somit herzlichen Neujahrsgruß!

# Der Kampf gegen den Terror.

## Der Ausnahmszustand.

„Gleichheit" vom 14. Mai 1887.

V. A. Alljährlich bietet die Budgetdebatte Gelegenheit, die Verhältnisse zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, unter welchen die Arbeiterklasse in Österreich ihre politische Arbeit zu leisten gezwungen ist. Wir haben mit unserem Urteil über die Zustände, welche das Sozialistengesetz in Deutschland geschaffen, niemals zurückgehalten, die Pflicht der Gerechtigkeit erfordert aber zu sagen, daß es in Österreich nicht besser, sondern schlimmer steht. Wir sind gezwungen, uns diesfalls die allergrößte Zurückhaltung im Urteil aufzuerlegen und verweisen einfach auf die von den Abgeordneten Pernerstorfer und Kronawetter vorgebrachten Tatsachen. Die Reihe dieser Tatsachen hätte allerdings ins Unendliche vermehrt werden können. Zwei Gruppen von Maßregelungen sind darin überhaupt nicht gewürdigt: weder Handhabung des objektiven Verfahrens gegenüber der Arbeiterpresse, noch die Behandlung der Fachvereine, also nichtpolitischer Vereine, konnten diesmal zur Sprache gebracht werden. Das gibt zwei ganz besondere Kapitel, die eine besondere Besprechung gar wohl verdienen. Trotzdem wird das Vorgebrachte allein genügen, um unsere Lage zu charakterisieren. Wir stehen nicht an, den beiden Abgeordneten unsere Anerkennung auszusprechen, die, ohne unserer Partei anzugehören, ausschließlich geleitet von ihrem Rechtsgefühl, nicht nur die Teilnahmslosigkeit und den Ausdruck der Langeweile von seiten des ganzen Hauses ertragen müssen, sondern sich auch durch das Gefühl nicht abschrecken lassen, ihren eigenen Fraktionsgenossen höchst unbequem zu sein. Denn das Gefühl muß schließlich jedes einzelne Parlamentsmitglied haben: für die vorgeführten Tatsachen ist nicht allein die Regierung in ihrer Gesamtheit verantwortlich; verantwortlich dafür ist mindestens ebensosehr das Parlament, welches in der Form von „staatsbürgerlichen Rechten" die Befugnisse dieser Regierung abgegrenzt hat und welches duldet, daß diese weiten Grenzen in der von Pernerstorfer und Kronawetter geschilderten Weise respektiert werden. Damit erklärt sich das Parlament mit der Handhabung der „Staatspolizei", mit der Auffassung der politischen Rechte der Arbeiterklasse durch die Behörden und die Regierung solidarisch, damit erklärt das Parlament diese Dinge als im Interesse der von ihm

vertretenen Klassen geschehen und durch dasselbe geboten. Auch in diesem Punkte, wir sprechen es offen aus, ist die heutige Regierung eine durchaus parlamentarische Regierung. Und wenn es mitunter zweifelhaft ist, ob das Kabinett Taaffe die Majorität für sich hat, in dieser einen Beziehung darf es sich bewußt sein, sich auf eine Majorität zu stützen, die an Einstimmigkeit grenzt.

Aus den österreichischen „Staatsgrundgesetzen" unterworfenen Ländern heben sich zwei Ausnahmsgebiete inselartig ab.

Die proletarische Bewegung hält gleichen Schritt mit der industriellen Entwicklung; es ist darum natürlich, daß Wien und Umgebung und daß Böhmen am meisten vorgeschritten sind in dem Bewußtsein des Klassengegensatzes. Wien und Nordböhmen sind die Hauptzentren der österreichischen Sozialdemokratie. In diesen Bezirken hat darum dasjenige, was der Polizeidirektor von Wien, Herr Hofrat v. Kraus, so schön bezeichnet als „den Kampf der Ordnung mit der Partei der Unordnung" seine schärfste Gestalt gewonnen. Die Formen sind allerdings verschieden. In Böhmen führt das Prager Oberlandesgericht den „Kampf" ganz selbständig und bedient sich dazu nur eines besonderen Gerichtshofes und einer besonderen Hypothese. Der Gerichtshof ist für ganz Böhmen das Prager Landesgericht. Die Hypothese ist die auf Urteilen des genannten Prager Landesgerichtes fußende Rechtsüberzeugung dieses Gerichtes, daß in Österreich und speziell in Böhmen ein „geheimer sozialdemokratischer Verein existiere, dessen Existenz der Obrigkeit absichtlich verborgen gehalten wird". Kurzum, in Böhmen finden die Behörden ihr Auslangen mit den §§ 285—294 des Strafgesetzes. Was man damit ausrichten kann, zeigt zum Teile die Rede Pernerstorfers; eine Fülle von aktenmäßigem Material halten wir bereit für die parlamentarische Enquete, falls sie zustande kommt und an einem ganz eklatanten Falle neuesten Datums werden wir binnen sehr kurzer Zeit die Art dieses Vorgehens ausführlich zu beleuchten haben.

Die Polizeiverwaltung des Wiener Industriezentrums fand mit den durch die ordentlichen Gesetze gewährten Mitteln des „Kampfes gegen die Partei der Unordnung" nicht ihr „Auslangen". Es machte das Ministerium am 30. Jänner 1884 von dem ihm verfassungsmäßig garantierten Rechte Gebrauch, „Ausnahmsverfügungen" zu erlassen.

Als unsere Bourgeoisie im Jahre 1867 ihren Sieg, den sie allerdings nicht selber erfochten, in Grundrechten fixierte, war sie über die Jahre des Freiheitsrausches schon so weit hinaus und schon so vorsichtig und nüchtern geworden, daß sie im Artikel XX der Staatsgrundgesetze die Suspendierung dieser Grundrechte ins Auge faßte. Der Berichterstatter des Verfassungsausschusses, der noch immer rühmlichst wirkende Freiheitsheld Herr Dr. Sturm*),

*) Dr. Eduard Sturm, Abgeordneter von Iglau, ein Altliberaler, der sowohl gegen den Klerikalismus wie gegen die Arbeiter fanatisch kämpfte.

motivierte in der Sitzung vom 8. Oktober 1867 diesen Artikel in zwanzig Zeilen, deren kurzer Sinn etwa ist: Was nützen mir die schönsten Grundrechte, wenn sie nicht zeitweilig eingestellt werden können. Und ohne jede Debatte wurde dieser Titel in erster, zweiter und dritter Lesung mit mehr als Zweidrittel-Majorität angenommen. Schon für das damalige österreichische Parlament gab es nichts Selbstverständlicheres als die Notwendigkeit von Ausnahmsgesetzen. Und als schon, nur ein einziges Jahr später, das Verfassungsministerium sich bewogen fühlte, von seinem Rechte gegenüber den Tschechen Gebrauch zu machen und das bezügliche Ausführungsgesetz erlassen werden mußte, war es wieder Herr Dr. Sturm, der als Berichterstatter dem Parlament versicherte, „daß in der Ausrüstung der Regierung mit Ausnahmsvollmachten an und für sich eine Gefahr für die verfassungsmäßigen Freiheiten nicht zu erblicken sei". Weil es sich aber damals nicht mehr um das Prinzip, worüber alle Parteien einig sind, sondern um einen praktischen Fall handelte, so waren damals von der Rechten des Hauses eine Anzahl von Reden gegen das Ausnahmsgesetz zu hören. Die damalige Opposition tat dies nicht nur, weil die erste Anwendung des Ausnahmsgesetzes sie selber traf, sondern in Ausführung jener weisen Teilung der Arbeit, wonach jedesmal von der Majorität das Zwangsgesetz, von der Minorität die Freiheitsphrasen geliefert werden. Im Jahre 1884 hatte die Linke diese Rolle zu übernehmen und führte sie ganz geschickt durch.

Unter allen Ausnahmsgesetzen*), mit welchen der Kampf gegen die Ausbreitung des Sozialismus in den verschiedensten Staaten zu führen versucht wird, zeichnet sich das österreichische ganz besonders durch einen Umstand aus. Überall gebrauchten die Parlamente wenigstens die Vorsicht, die Freiheit der Bürger nur für eine bestimmte Zeit der Diskretion der Regierung auszuliefern und sich eine Kontrolle über den Gebrauch vorzubehalten, den die Regierung von ihren Befugnissen machte. In Österreich besteht das gesetzgeberische Unikum, daß sich das Parlament allerdings das Recht vorbehalten hat, daß nach Erlassung der Ausnahmsverfügungen ihm die Gründe anzugeben sind und seine „Beschlußfassung einzuholen" ist, daß aber über die Dauer der Wirksamkeit dieser Verfügungen keine Bestimmung getroffen ist. Während das Ausnahmsgesetz, welches die „zeitweilige Einstellung der Geschwornengerichte" ermöglicht, ausdrücklich im § 1 sagt, daß es jedesmal nur für die Dauer eines Jahres erlassen werden kann, gibt es für die Konfiskation aller staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten keinerlei zeitliche Grenze. Hat das Parlament einmal die Tatsache „zur Kenntnis genommen", daß Ausnahmsverfügungen erlassen worden sind, so hat es weiterhin weder das Recht noch die Pflicht, sich mit dieser leidigen Sache zu beschäftigen und das Ministerium

*) Siehe auch die folgenden Artikel in diesem Abschnitt.

kann nach keinem andern Paragraphen zur Rechenschaft gezogen werden, als nach dem Gesetze über — die „Verantwortlichkeit der Minister". Was das bedeutet, wissen wir ja alle!

Man könnte nun glauben, daß das Gesetz im Jahre 1868 in dieser Form zustande gekommen sei auf rein unbewußtem Wege, daß man eine Klausel, die dem Parlament die Kontrolle sichert, vergessen habe, oder sich nur „in seinem dunkeln Drange des rechten Weges wohl bewußt" gewesen sei. Aber nein! Es war ein ganz bewußter Akt der Selbstauslieferung, den das Parlament am 5. November 1868 vollzog. Der Abgeordnete Kuranda hatte folgendes Amendement gestellt: „Im Fall eines der beiden Häuser die getroffenen Verfügungen für ungerechtfertigt erklärt, so sind dieselben, insoferne sie noch in Geltung sich befinden, sofort außer Kraft zu setzen." Dieser Antrag wurde nach langer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 78 gegen 76 Stimmen abgelehnt. Entscheidend für die Abstimmung war die „juristische Überzeugung" des damaligen Justizministers Dr. Herbst, daß das Parlament auf diese Weise „richtig und korrekt" vorgehe.

Nun, die Ausnahmsverfügungen sind über die Bezirke Wien. Korneuburg und Wiener-Neustadt am 30. Jänner 1884 verhängt worden. Die Ereignisse, welche das Ministerium als Anlaß derselben angegeben hat, sind in unser aller Erinnerung. Jedermann weiß auch, und die Tatsachen haben es erwiesen, daß gerade Gewaltakte einzelner entweder auch ohne Ausnahmszustand verhindert werden können, oder auch mit Hilfe des Ausnahmszustandes nicht zu hindern sind. Was der Ausnahmzustand aber leisten kann und leistet, ist die vollständige Aufhebung der politischen Rechtssicherheit. So allgemein gehalten, so verklausuliert durch Ausdrücke, wie „staatsgefährlich", „Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit", unser Vereins- und Versammlungsrecht ist, so beschränkt die Freizügigkeit der besitzlosen Klasse durch das Heimatsrecht und das Vagabundengesetz ist — das Ausnahmsgesetz bringt Zustände mit sich, die der politischen Tätigkeit jeden festen Boden entziehen. Die Sicherheitsbehörde kann von ihren Befugnissen, Vereine und Versammlungen zu verbieten und aufzulösen, Leute nach ihrem freien Ermessen abzuschieben*), das Briefgeheimnis zu verletzen, Gebrauch machen oder nicht Gebrauch

*) Im Jahre 1884 wurden nach dem offiziellen Bericht auf Grund der Ausnahmsverfügungen „ausgewiesen" und „abgeschafft" von Wien allein 331 Personen. Nachdem aber in diesem Jahr aus dem Wiener Polizeirayon von den 29.698 „behufs Ausweisleistung aufgegriffenen Personen" 3934 auf Grund des Vagabundengesetzes, aber weitere 520 Personen „zwangsweise entfernt" wurden, ist die Vermutung naheliegend, daß auch in diesen Ziffern noch eine Anzahl „politischer Verbrecher" steckt. Im Jahre 1885 sinkt allerdings die Zahl der Ausgewiesenen auf 33; die übrigen Ziffern aber bleiben in ungefähr gleicher Höhe. (Anmerkung von Adler.)

Nach den amtlichen Ausweisen (die bei Brügel, IV, 160, zitiert werden) wurden in den Jahren 1884 bis 1890 aus Wien allein 376 Personen aus-

machen. Sie hat das Recht alles zu verbieten, sie hat das Recht alles zu gestatten. Unter solchen Umständen fehlt jeder Anhaltspunkt für den einzelnen, wie für die Partei, zu bemessen, ob sich die politische Tätigkeit auf gesetzlichem Boden bewege. Der Ausdruck „gesetzlicher Boden" wird in dem Augenblick ein leeres Wort, wo kein Mensch weiß, wo das „Gesetz" anfängt und wo es aufhört, wo die Grenzen des Gesetzes abhängen von der jeweiligen Wohlmeinung, die ein Minister oder ein Polizeidirektor über die der Sozialdemokratie gegenüber einzuschlagende Taktik hat. Wir gestehen ohne weiteres zu, daß uns dieser Zustand der politischen Rechtsunsicherheit ärger erscheint, als das schärfste Gesetz, welches klar ausspricht, was es verbietet, und welches deutlich die Grenzen des Risikos erkennen läßt, dem sich der einzelne aussetzt.

Die Regierung hat den von ihr verfaßten Entwurf eines Sozialistengesetzes in Vergessenheit geraten lassen. Sie mußte es tun, denn mit dem Erlasse dieses Gesetzes hätte sich das Parlament öffentlich dazu bekennen müssen, daß es im einzelnen die durch das Ausnahmsgesetz faktisch geschaffenen Zustände wirklich wolle. Diese Unbequemlichkeit hat die Regierung dem Parlament erspart und mußte sie ihm ersparen angesichts der Beurteilung dieses Gesetzentwurfes von seiten der Bevölkerung. Aber das Ministerium, opferwillig wie es ist, hat die Verantwortung auf sich genommen, den Inhalt dieses Gesetzes, welches fallen gelassen wurde, faktisch auf dem Verordnungswege aufrechtzuerhalten, und es fällt ihm nicht ein, die Ausnahmsverfügungen zurückzuziehen.

Wie erörtert, ist es die Eigentümlichkeit unserer Staatsgrundgesetze, daß ihre Aufhebung vom Parlament, wenn einmal geschehen, nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Das Einzige, was geschehen kann, hat Dr. Kronawetter in der Sitzung vom 6. Mai getan. Er hat folgende Resolution beantragt:

> „Die hohe Regierung wird aufgefordert, die mit Verordnung des Gesamtministeriums vom 30. Jänner 1884., R.-G.-Bl. Nr. 50, für die Gerichtssprengel Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt auf Grund des Gesetzes vom 5. Mai 1869 erlassenen Ausnahmsverfügungen sofort außer Wirksamkeit zu setzen."

Diese Resolution wurde dem Budgetausschuß zur Vorberatung zugewiesen. Welche Art von Leichenbegängnis dieser dem Antrage wird zu Teil werden lassen, wissen wir nicht; begraben wird er sicher. Das Abgeordnetenhaus wird niemals eine so hohe

gewiesen (davon 293 auf einen Schlag im Jahre 1884), 43 „wegen sozialistischer Umtriebe abgeschafft" und zwei Personen in ihrem Wohnbezirk interniert. Von den 419 Ausgewiesenen und Abgeschafften wurde 110 Personen die Rückkehr wieder gestattet, so daß zur Zeit der Aufhebung des Ausnahmszustandes noch 309 Personen ausgewiesen waren. Die Zahlen von Korneuburg und Wiener-Neustadt sind nicht bekannt. In Deutschland wurden während der zwölf Jahre Sozialistengesetz 893 Personen ausgewiesen.

Verantwortung auf sich laden! Vielleicht aber wird Graf Taaffe bei dieser Gelegenheit sich endlich über die Tatsachen aussprechen, welche die Abgeordneten Pernerstorfer und Kronawetter vorgebracht haben. Der Polizeidirektor von Wien konnte die seinen Wirkungskreis betreffenden Angaben nur bestätigen. Der Ausnahmszustand in Böhmen wurde von seiten der Regierung mit keinem Worte gestreift.

Für uns ist eines klar: Wir haben Schritt für Schritt unbekümmert um alle diese Drangsale unsern Weg zu gehen; wir haben zu zeigen, was die Sozialdemokratie auch unter diesen Umständen zu leisten imstande ist, dank ihrem Mute, ihrer Energie und der Höhe ihrer Ziele.

Für unsere Partei, der die Zukunft gehört, ist jene Zeit gekommen, wo alles sie fördert: Gewährenlassen wie Vergewaltigung, ökonomische Hochflut wie wachsendes Massenelend. Die Sorge und die Verantwortlichkeit dafür, unter welchen Nebenumständen diese Zukunft zur leuchtenden Gegenwart wird, haben nicht wir zu tragen.

# Die Gesellschaft und ihre Retter*).

„Gleichheit" vom 4. Februar 1888.

v. a. Wenn es noch naive Leute gibt, welche mit heiliger Scheu zu den Machthabern emporsehen, welche in ihnen die Verteidiger der sogenannten „heiligsten Güter der Menschheit" erblicken, welche diese Bande von Gesellschaftsrettern immer noch nicht kennen, so mögen diese politischen Kinder die letzte Debatte über das Sozialistengesetz im Deutschen Reichstag lesen.

Man wußte es ja längst, aber heute ist es aktenmäßig festgestellt, daß die Polizei — in Deutschland — sich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aller Mittel bedient, die schuftigsten nicht ausgeschlossen, ja, diese am allerwenigsten ausgeschlossen.

*) Im November 1887 legte Bismarck dem Reichstag ein Gesetz vor, durch das das Sozialistengesetz nicht nur um weitere fünf Jahre verlängert, sondern auch drakonisch verschärft werden sollte. Um die Verbreitung des in Hottingen bei Zürich erscheinenden und geheim über die Grenze geschafften „Sozialdemokrat" zu verhindern, wurde die Strafe für die Verbreitung verbotener Druckschriften von sechs Monaten auf ein Jahr erhöht und die „geschäftsmäßige" Agitation für die Ziele der Sozialdemokratie mit Gefängnis nicht unter zwei Jahren bestraft. Gegen die Verurteilten sollte die Entziehung der Staatsangehörigkeit ausgesprochen werden können; ebenso gegen alle wegen Geheimbündelei Verurteilten und gegen alle, die im Ausland an Versammlungen zur Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen teilnehmen würden. Darum nannte man das Gesetz das „Ächtungsgesetz". Die Sozialdemokraten sollten nicht nur verfolgt, sondern auch geächtet werden. Die Sozialdemokraten beantworteten dieses Gesetz mit einigen Enthüllungen der Spitzelwirtschaft, die Bismarck und der preußische Innenminister v. Puttkamer eingeführt hatten. Der „Sozialdemokrat" hatte schon im Mai ein volles Dutzend solcher Lockspitzel entlarvt, die sich in Deutschland und im Ausland an deutsche Arbeiter heran-

Vertrauensbruch, Heuchelei, Einbruch, Verleitung zu Münzverfälschung, zu Raub, zu Mord, das sind die Handlungen, welche von der Polizei Stück für Stück bezahlt werden. Und da wird noch die Frage aufzuwerfen sein, wer schlechter sei, der Käufer oder der Gekaufte. Der Gekaufte setzt sich für seinen Sündenlohn doch noch einer Gefahr aus, der Käufer sitzt stolz und sicher im Polizeipräsidium; der Gekaufte ist im Falle der Entdeckung der allgemeinen Verachtung sicher, ja sein Brotherr selbst gibt ihn, wenn nötig, preis, um sich zu decken, und läßt ihn kaltblütig in den Kerker werfen, der Käufer avanciert desto rascher, je mehr Schandtaten er angestiftet, je mehr er „geleistet". Schwer zu entscheiden, wem die Palme gebührt!

Die aktenmäßige Feststellung dieser Dinge war notwendig. Denn eines wiederholt sich überall, wo die Polizei beschuldigt wird. Die verantwortlichen Minister schütteln sie von den Rockschößen und die Polizisten — avancieren. Noch nie, weder in Deutschland, noch anderswo hat ein Minister, ein Staatsanwalt gesagt: Gut, wir wollen untersuchen, und wenn eine Schuld da ist, wollen wir strafen. Und wenn es je einer gesagt hat, so hat er es gewiß hernach nicht — getan. Dies Verhalten allein beweist die tiefe Überzeugung davon, daß die Spitzelei mit aller ihrer Verworfenheit ein „notwendiges Übel" sei, beweist also die Mitschuld der Polizeiräte Krüger und Hacke, die Mitschuld des Puttkamer.

Naturgemäß wendet sich die Spitzelei mit Vorliebe dem „Anarchismus" zu. Wenn wir die Taktik der individuellen Gewalt für ebenso richtig hielten, als wir sie für verfehlt halten, so würde der Umstand allein, daß die Gefahr der fortwährenden Verfälschung durch die Polizei von ihr ganz untrennbar ist, uns veranlassen, sie zu verwerfen. Das geheimnisvolle Dunkel, in dem sich alles vollziehen muß, die Verschwöreratmosphäre, die alles einhüllt, bietet nicht nur dem Verbrechertum, das für den eigenen Sack

machten und sie zu allerlei beredeten, worauf sie sie dann der Polizei auslieferten. Zwei von diesen Dynamit- und Lockspitzeln, Schröder und Haupt, die ihr Unwesen in der Schweiz trieben, wurden von der Züricher Polizei auf Grund der Enthüllungen gefaßt und zu umfassenden Geständnissen veranlaßt. Bebel und Singer brachten alle die Enthüllungen im Reichstag zur Sprache und Puttkamer, der nicht leugnen konnte, zumal Singer eine Bestätigung der Züricher Polizei vorlegte, stammelte: „Zum Spitzelgeschäft könnte man freilich keine Gentlemen brauchen." Seit jener Zeit nennt man die Spitzel „Nichtgentlemen". Ohne solche Leute könnte die politische Sicherheit eines Kulturstaates nicht einen Tag aufrecherhalten werden. Die Leute, die die Lockspitzel entlarvt hatten, nannten Puttkamer eine „Bande von Strolchen" und drohte der Schweiz mit einer diplomatischen Aktion.

Auf diese Debatte bezieht sich der vorliegende Artikel. Das „Ächtungsgesetz" war durch die Enthüllungen der Sozialdemokraten gefallen. Am 18. Februar 1888 wurde das Sozialistengesetz mit 164 gegen 80 Stimmen zum vierten- und letztenmal bis zum 30. September 1890 verlängert. (Über das Sozialistengesetz selbst siehe den Artikel „Der 1. Oktober 1890 und die österreichische Sozialdemokratie" und die dort angefügten Bemerkungen.

arbeitet, sondern auch der „Dynamitspitzelei" die günstigsten Bedingungen. Tatsächlich ist es heute nachgewiesen, daß Polizisten Attentate mitbeschlossen, deren Verüber sie dann ans Messer lieferten.

Und kann man sich etwas Tragikomischeres vorstellen, als daß ein Spitzel die Kerkerhaft M o s t s*) in London dazu benützen kann, selber für preußisches Staatsgeld in Zürich die „Freiheit" weiterdrucken zu lassen und zu verbreiten, nur damit die preußische Polizei nicht ihren unentbehrlichen Wauwau verliere! Wenn der „pflichtgetreue" S c h r ö d e r damals auch Expedient der „Freiheit" war, mag es den Adressaten recht gut ergangen sein. Erst kürzlich ist aus einer Stadt Nordböhmens ein Mann verduftet, der die „Freiheit" verbreitete; das zwang ihn freilich nicht zum Abzug, wohl aber der Umstand, daß er überführt wurde, vom Polizeirat K r i e t e r in M a g d e b u r g regelmäßige Geldsendungen zu empfangen.

Nun mag man die Verüber von Attentaten so scharf verurteilen als man will, mag das öffentliche Rechtsgefühl ihre Handlungen als „Verbrechen" brandmarken, in einem Punkte wird jeder Unbefangene zugestehen müssen, stehen sie hoch über dem Dynamitspitzel. Was sie tun, und wenn es schwere Verbrechen sind, tun sie aus Überzeugung; der Dynamitspitzel tut Schlechteres für Geld. Und die Gestattung und Beförderung dieses gemeinsten aller Verbrechen ist eine „traurige Notwendigkeit", ein „notwendiges Übel" für die Puttkämerlinge! Sie brauchen es, um die Gesellschaft zu retten und ihre heilige Ordnung. Sie m a c h e n die Verbrechen, vor denen sie zu retten behaupten!

Und nun überlege man sich, was da „gerettet" werden soll. Wir wollen heute nicht von der Schmach unserer ökonomischen Verhältnisse reden, von den Zuständen, die sich für Kultur ausgeben, aber ärgste Barbarei sind. Wir wollen nur daran erinnern, daß dieses selbe Sozialistengesetz, welches mit kaiserlich deutschen und königlich preußischen „Anarchisten" und mit in eigener Regie künstlich erzeugten Attentaten motiviert wird, anderseits dazu benützt wird, um die Arbeiter nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch zu knebeln. Das Sozialistengesetz wird mißbraucht (wenn bei dem Schandgesetz von Mißbrauch die Rede sein kann), um den Lohnkampf zu hindern, um alle Gewerkvereine aufzulösen, um mißliebige Arbeiter, die den Fabrikanten hindern seine Schafe in Ruhe zu scheren, zu entfernen, kurz das Gesetz, welches nur den Klasseninteressen dienen soll, wird in derselben schamlosen Weise für die Privatinteressen der Besitzenden ausgebeutet wie in Österreich das „Koalitionsrecht".

Ward je eine schlechtere Sache mit schlechteren Mitteln verteidigt? Die positive ökonomische Bekämpfung der Sozialdemokratie

*) Die „Freiheit", die der Anarchist Josef Johann Most in London und später in Newyork herausgab und die die Propaganda der Tat verherrlichte, wurde geheim auch in Österreich verbreitet.

ist die Sozialreform und ihre „Krönung" der Bettelpfennig für siebzigjährige Greise. Die politische Bekämpfung der Sozialdemokratie ist das Ausnahmsgesetz und seine Krönung die — Dynamitspitzelei.

# Geheimbündelei.

„Gleichheit" vom 26. Mai 1888.

In einer glänzenden Rede hat gestern Dr. Kronawetter die Methode geschildert, nach welcher unzählige Geheimbundprozesse insbesondere in Böhmen durchgeführt werden*).

Es ist eine Folge der ökonomischen Entwicklung, daß nächst Niederösterreich Böhmen und Mähren die bedeutendste sozialistische Bewegung aufweist. Mit der Industrie wächst das Proletariat, mit dem Proletariat sein Klassenbewußtsein und die Arbeit an der Emanzipation. Zugleich aber erwachen die Besitzenden aus dem süßen Traume, ihre Lohnsklaven seien stupide Haustiere, die man ausnützt, so lange sich noch eine Muskel rührt, die man auf den Schindanger wirft und verhungern läßt, wenn ihre Arbeitskraft ausgesogen ist.

Es empört die Wohlgesinnten, daß diese Menschen, die sich vor den Maschinen nur dadurch vorteilhaft auszeichnen, daß sie weniger kosten, endlich finden, es gäbe vielleicht noch ein anderes Ziel menschlichen Daseins, als vom frühen Morgen bis zum späten

*) Diese Geheimbundprozesse der böhmischen Justiz nahmen ihren Anfang von dem Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie zu St. Margaret bei Prag am 7. April 1878. Der Prozeß, bei dem 15 der hervorragendsten Vertrauensmänner der tschechischen Sozialdemokratie, unter ihnen Pecka und Zapotocky, sowie der deutsche Sozialdemokrat Ferdinand Schwarz, angeklagt waren und mit zwei bis vier Monaten strengen Arrests bestraft wurden, fand am 24. und 25. Jänner 1879 statt. Im Jahre 1882 fanden zwei große Geheimbundprozesse vor dem Prager Landesgericht statt: vom 23. bis 31. Jänner gegen 31 tschechische und vom 4. bis 23. Dezember gegen 52 deutsche Sozialdemokraten. Im Mai 1882 wurde nun das Mittel entdeckt, wie man das Prager Landesgericht, das sich schon bisher als so verläßlich erwiesen hatte — gegen das Gesetz, aber doch unter dem Schein der Gesetzlichkeit — zur Aburteilung aller angeklagten Sozialisten in Böhmen verwenden könne. Der § 62 der Strafprozeßordnung bestimmt, daß die Gerichtshöfe zweiter Instanz berechtigt sind, nach Anhörung des Oberstaatsanwaltes aus Rücksichten der öffentlichen Sicherheit oder aus andern wichtigen Gründen ausnahmsweise Strafsachen einem Gericht abzunehmen und einem andern Gericht derselben Art zuzuweisen. Nun waren damals in den böhmischen Kohlenrevieren Streiks ausgebrochen, die die Behörden natürlich als eine Wirkung „sozialistischer Verhetzung" ansahen. „Als ein geeignetes Mittel, diesem Umsichgreifen des Sozialdemokratismus kräftiger entgegenzuwirken", erschien dem Prager Statthalter Feldmarschalleutnant Kraus — wie er in einem bei Brügel II 227 abgedruckten Schreiben an den Grafen Taaffe selbst angibt — die Vereinigung aller anläßlich sozialdemokratischer Umtriebe anhängig gewordenen strafgerichtlichen Untersuchungen in einer Hand, nämlich in jener des Prager Landes-

Abend geisttötende Arbeit zu verrichten, den Beutel des Herrn mit Gold und sich den Magen notdürftig mit Kartoffeln zu füllen, die Nacht auf faulem Bettstroh mit Weib und Kind zu verbringen, und dabei dem gnädigen Herrn noch ein dankbares Gemüt zu bewahren, der sich „Brotgeber" nennen läßt — weil er alles nimmt bis aufs trockene Brot.

Die fürchterliche Ketzerei, die in der Frage liegt, ob das so sein müsse, ob das Zustände seien, die zu ertragen des menschlichen Namens würdig sind, nimmt überhand. Allerorten, wo Menschen leiden unter dem Drucke, erwacht der Entschluß, den Druck abzuschütteln. Da werden sie stutzig, die „Brotgeber"; und weil sie gewohnt sind, den Ertrag fremder Arbeit zu konfiszieren, und sich wohl dabei befinden, so meinen sie, es sei ebenso leicht, die fremden, unbequemen Gedanken zu konfiszieren, und sie versuchen es. Da stoßen sie aber auf die auffallende Tatsache, daß es sich nicht um Ideen einzelner unruhiger Köpfe handelt, daß ein Gefühl, ein Gedanke Tausende bewegt, daß der Entschluß zur Befreiung von der Sklaverei so allgemein geworden, wie die Sklaverei selber. Und da die Herren nicht begreifen können, wie ohne sichtbare Verständigung da und dort, in allen Teilen des Landes, in der engen Hütte des Hauswebers, wie in den weiten Sälen der Fabrik und in den dumpfen Schachten des Bergwerks überall derselbe

---

gerichtes, dem es „bereits gelungen ist, auf diesem Felde erkleckliche Resultate zu erzielen."

Obwohl nun das Gesetz solche Delegierungen nur aus wichtigen Gründen und ausnahmsweise vorsieht, beschloß das k.k. Oberlandesgericht Prag, zwar nicht eine allgemeine Delegation auszusprechen, aber es hat „die Delegation für jeden besonderen Fall schon jetzt prinzipiell anerkannt und beschlossen". Und der Oberstaatsanwalt wies sofort alle Staatsanwaltschaften in Böhmen an, solche Delegierungsanträge zu stellen. Zugleich wurde vom Präsidium des Oberlandesgerichtes beim Landesgericht veranlaßt, „daß alle derlei Strafsachen einem und demselben Untersuchungsrichter zugewiesen werden und daß für ein energisches und schleuniges Vorgehen des Strafgerichtes gesorgt werden wird". Und nun wurden aus ganz Böhmen alle „sozialistischer Umtriebe" verdächtigen Personen mit Stricken und Fesseln gebunden nach Prag geschleppt. Mit Recht sagte Kronawetter in der hier abgedruckten Rede: „Dort herrscht die Klassenjustiz!" Es gab Zeiten, wo im Prager Landesgericht bis zu hundert Sozialisten in Untersuchungshaft waren. Viele der Verhafteten wurden nach mehrmonatiger Haft zu ein bis zwei Wochen Arrest verurteilt. Die Strafe lag ja in der Untersuchungshaft und in der Ausweisung aus — Prag.

Dieser Zustand dauerte bis zum Jahre 1894, wo der Oberste Gerichtshof infolge eines Rekurses von Viktor Adler diese Delegierungen als ungesetzlich aufhob.

Selbstverständlich handelte es sich auch nicht um wirkliche Geheimbündelei. Es genügte das Abonnieren nicht verbotener Arbeiterblätter, die Teilnahme an nicht verbotenen Vereinen und Versammlungen, die Unterstützung von Inhaftierten in Verbindung mit sozialistischer Gesinnung als Beweis der Geheimbündelei.

Funke aufzuckt, zu Flammen sich vereinigt, um, so fürchten sie mit Recht, endlich zu einem großen gewaltigen Brande zusammenzuschlagen — meinen sie, es müsse „geheime" Verbindungen geben. Geheime Organisationen müssen es sein, die es bewirken, daß plötzlich geordnete Scharen auferstehen, wo bisher dumpfe Massen stumpf dahinlebten, wie es gewiß auch ein Geheimbund ist, wenn in der gesättigten Salzlösung in einem Augenblick die früher unsichtbaren Salzteilchen plötzlich zu prächtigen Kristallen zusammenschießen und sich — organisieren.

Die Blinden! das offene Band, das klar zutage liegt, sie allein sehen es nicht, das unzerreißbare Band, das die Massen aneinander fesselt, das sie alle drückt und darum auch alle vereinigt, die da leiden — die Not, sie ist die große Geheimbundstifterin. Sie aber kann unverfolgt von Gericht und Polizei frei durch die Lande ziehen, sie sehen sie nicht. Sie suchen nach „Geheimbündlern". —

Die Praxis der Geheimbundprozesse ist, was Österreich anbelangt, in Böhmen am gründlichsten ausgebildet. Nur dort hat man es bisher zuwege gebracht, die Gründung und Leitung von Gewerkvereinen, deren Statuten behördlich genehmigt werden, das Abonnement von Zeitungen, die von einem k. k. Staatsanwalt vorher gelesen sind, von der k. k. Post unter Kreuzband befördert und etwa noch mit dem k. k. Zeitungsstempel versehen sind, als Zeichen von Geheimbündelei anzusehen. Nur in Böhmen hat bis jetzt ein Staatsanwalt gefunden, daß die Gründung eines Fachvereines die „praktische Ausführung des Mostschen Förderativsystems" bedeute und daß Mitglieder des Geheimbundes die Aufgabe haben, „geheime" Berichte in Parteiblättern zu „veröffentlichen". Man muß eine solche Anklageschrift, ein solches Urteil im Original in der Hand gehabt haben, um an die Möglichkeit zu glauben. Und solche Anklagen, solche Prozesse sind massenhaft vorgekommen; was Kronawetter vorgebracht, sind einzelne Belege für einen allgemeinen Zustand; das darf bei der Beurteilung nicht vergessen werden. Was in Niederösterreich die Ausnahmsverfügungen hervorgebracht haben, hat in Böhmen die einfache „Handhabung" der bestehenden Staatsgrundgesetze genau so ermöglicht.

Dr. Kronawetter hat ein Urteil vorgelesen und es kritisiert, ein Urteil, in welchem es heißt:

„Auf Grund mehrerer Judikate dieses Gerichtshofes, namentlich aber des Urteils vom 22. Juni 1887, Zahl 17.080, hat der Gerichtshof die Überzeugung gewonnen, daß in Österreich die Vereinigung mehrerer Personen zum Zweck einer geheimen Organisation und Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei besteht, deren Dasein der Obrigkeit absichtlich verborgen gehalten wird, die einen Zentralausschuß hat" usw. usw.

Kronawetter hat beleuchtet, auf welchem Weg und aus welchen Gründen die Überzeugung des Gerichtshofes erwachsen ist, die zu allen diesen früheren Urteilen geführt hat. Aber die Kritik

an diesen Urteilen hat ihm einen Verweis von Seite des Herrn Dr. Lienbacher zugezogen; dieser ehemalige Staatsanwalt und jetzige Oberste Richter meint, Urteile dürfe man wohl kritisieren, aber „ob ein Gericht den Beweis des Vorhandenseins strafbarer Tatsachen als erbracht mit Grund angenommen habe oder nicht, das entzieht sich unserer Kritik...; das heißt allerdings nur das Urteil verdächtigen, was doch im Volke keinen guten Eindruck machen kann," daß letzteres eintreten kann, wollen wir ja gar nicht bestreiten, ja wir erwarten es mit Sicherheit; daß es aber heißt, ein Urteil verdächtigen, wenn man nachweist, die von dem Urteil als bewiesen angenommene geheime Organisation existiert nicht, ist wohl ein Ausspruch, der nur durch den juristischen Fanatismus zu erklären ist. Wenn schon der Satz absurd ist: Quod non est in actis, non est in mundo, was nicht in den Akten steht, existiert nicht — so ist es einfach juristischer Größenwahn, den Satz aufzustellen: Quod est in actis, est in mundo, alles was in den Akten steht, besteht auch wirklich in der Welt. Danach ist das absurde Märchen vom „Geheimbund" absolut nicht mehr aus der Welt zu schaffen, denn es findet sich in den Akten des Prager Landesgerichtes unzählige Male ausführlich beschrieben und — „bewiesen".

Man sollte nun glauben, daß das Bild, welches Dr. Kronawetter in seinen beiden Reden entrollt hat, hinreichen werde, um das Parlament zu einem Sturme gegen die böhmische Gerichtspraxis und die Ausnahmsverfügungen zu veranlassen. Aber was ist mit der diesbezüglichen Resolution, die vor Jahr und Tag eingebracht wurde, geschehen? Sie wurde dem Budgetausschuß überwiesen „und ward nicht mehr gesehen". Was ist's mit dem Antrag Kronawetters auf Einsetzung einer Enquete zur Untersuchung der Übergriffe der Behörden? Das Parlament hat seit zwei Jahren nicht einmal Zeit zur ersten Lesung gefunden. Wären die Dinge, die seit Jahren vorgebracht werden, nicht wahr, die Regierung selbst würde darauf bestehen, daß die Tatsachen genau untersucht werden und das Ansehen ihrer Organe wiederhergestellt wird. Sie hat aber allen Grund, zu wünschen, daß nicht noch mehr Licht in jene dunklen Winkel falle, in welche Kronawetter und Pernerstorfer so umbarmherzig hineingeleuchtet haben. Und das Parlament wird sie dazu nicht zwingen; es hat Vertrauen zu dieser Regierung und ist überzeugt, daß die Interessen der Klassen, die es vertritt, von ihr aufs beste gewahrt werden. Wir meinen, daß auch das, genau besehen, nicht richtig ist, und daß Zeiten kommen können, wo man sich des Spruches erinnern wird: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Das Wort: „Klassenjustiz!", das Kronawetter ausgesprochen, sollte den Herren zu bedenken Anlaß geben, daß auch eine andere Klasse die „Justiz" in die Hand nehmen kann, und dann könnte auch der Geheimbund, dessen der Redner mit zutreffender Ironie die Minister überwies, zur Verhandlung kommen.

# Der 1. Oktober 1890 und die österreichische Sozialdemokratie.

Von Dr. Victor **Adler.**

„Familienbibliothek"*), Oktober 1890.

Der 1. Oktober**) wird gefeiert werden in allen Ländern, wo es ein kämpfendes Proletariat gibt, wo das arbeitende Volk zum Klassenbewußtsein erwacht, um seine Befreiung ringt. Der Tag, an welchem die Infamie des Sozialistengesetzes in Deutschland zu Ende geht, bezeichnet das Ende eines Geschichtsabschnittes, der von entscheidender Bedeutung ist für den proletarischen Emanzipationskampf auf dem ganzen Erdball. Die deutsche Sozialdemokratie hat unbestritten die Führung in diesem Kampfe. Sie ist die bestorganisierte, theoretisch am meisten durchgebildete, politisch mächtigste aller sozialistischen Parteien. Die innige Interessengemeinschaft, die brüderliche Solidarität, welche die Proletarier aller Länder verbindet, kommt darum doppelt stark zum Ausdruck, wo es sich um eine wichtige Wendung im Schicksal unserer deutschen Bruderpartei handelt. Zu der Sympathie, die jeder

*) Die „Illustrierte Familienbibliothek für das arbeitende Volk" ist seit Oktober 1889 unter der Leitung von Rudolf Hanser erschienen. Unter den Mitarbeitern war auch Adler angekündigt und er hat auch die zwei Artikel geschrieben, die wir abdrucken. In dem dem Andenken Lassalles gewidmeten Doppelheft 15 und 16 des zweiten Jahrganges erschien der Artikel Adlers über „Lassalle und die Arbeiterbewegung von heute", in dem nächsten Heft der Artikel über die Aufhebung des Sozialistengesetzes: „Der 1. Oktober und die österreichische Sozialdemokratie."

**) Am 11. Mai 1878 gab der Spenglergeselle Max Hödel „Unter den Linden" einige Revolverschüsse ab, als gerade der achtzigjährige Kaiser Wilhelm I. vorbeifuhr. Er war ein verkommener, degenerierter Lumpenproletarier, wie der nationalliberale Führer Bennigsen sagte, ein „nichtsnutziges, jugendliches Subjekt". Er bestritt, ein Attentat geplant zu haben, und der Revolver schoß auch, nach einem Gutachten des Sachverständigen, eines Hofbüchsenmachers, auf neun Schritte einen Fuß zu hoch und ebensoviel nach links. Aber Bismarck wollte das Attentat gegen die Sozialdemokratie, die bei den letzten Wahlen auf 453.447 Stimmen und zwölf Mandate angewachsen war, ausnützen und telegraphierte sofort aus Friedrichsruhe: „Ausnahmsgesetze gegen die Sozialdemokratie." Dabei war Hödel kurz vorher aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen worden und hatte sich ebenso auch an die Anarchisten angemacht, ja sogar der christlichsoziale Hofprediger Stöcker hatte ihn aufgenommen. Hödel wurde zum Tode verurteilt und am 16. April enthauptet. Aber ein von Bismarck eingebrachtes Ausnahmsgesetz gegen die Sozialdemokratie, das die Preß- und Vereinsfreiheit für die Partei fast völlig aufhob, wurde vom Reichstag am 24. Mai mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt, weil sogar die Nationalliberalen es für gefährlich hielten.

Wenige Tage danach, am 2. Juni, schoß ein Dr. Karl Nobiling, der Sohn eines Gutspächters, aus einem Hause „Unter den Linden" mit einer

anständige, rechtlich denkende Mensch mit den Opfern der brutalen Willkür hat, zu der Achtung, welche der mutige Widerstand, die unbeugsame Entschlossenheit gegenüber Vergewaltigung und Unterdrückung einflößt, kommt naturgemäß für jeden Sozialdemokraten, welchen Landes und welcher Zunge er sei, das klare Bewußtsein, daß jeder Sieg, den unsere deutschen Genossen erringen, der gesamten internationalen Bewegung zugute kommt. Und erst recht wir Österreicher haben allen Grund, den 1. Oktober mitzu-

---

Schrotbüchse auf den Kaiser und verwundete ihn schwer. Da er sich selbst eine Kugel in den Kopf schoß, der er am 10. September erlag, sind die Beweggründe seiner Tat unbekannt. Aber Nobiling gehörte den besitzenden Klassen an und war nach seinen Anschauungen ein Nationalliberaler. Er war ebenfalls degeneriert, gleich Hödel an ererbter Syphilis leidend, und soll dem Gefängnisarzt, nach dessen Angabe, gesagt haben, er habe den Kaiser deshalb erschießen wollen, weil er sich zum Schaden des Volkes von andern leiten lasse. Es war jedenfalls die Tat eines Narren. Aber Bismarck wollte sie gegen die Sozialdemokratie ausnützen. Am 11. Juni wurde der Reichstag aufgelöst und die Neuwahlen schon für den 30. Juli ausgeschrieben. Unter einer fanatischen Hetze gegen die Sozialdemokratie gingen die Wahlen vor sich. Tatsächlich vermochte die Sozialdemokratie im ersten Wahlgang nur zwei von ihren Mandaten zu retten; in den Stichwahlen brachte sie noch weitere sieben Mandate heim, so daß sie insgesamt neun Mandate bei 437.158 Stimmen erhielt. Aber noch ärger erging es den bürgerlichen Liberalen, die vierzig Mandate an die Konservativen verloren. Nun wurde das Gesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" wieder eingebracht und am 19. Oktober mit 221 gegen 144 Stimmen beschlossen. Danach konnten Vereine, Versammlungen, Druckschriften verboten werden, die sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Umsturz (im ersten Entwurf hieß es: Untergrabung) der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen, gefährdenden Weise dienen. Verstöße dagegen sollten mit Geld- und Gefängnisstrafen belegt, berufsmäßige Agitatoren ausgewiesen werden können.

Zwölf Jahre blieb dieses Schandgesetz bestehen. Die Sozialdemokratie schuf sich ein Zentralorgan, den „Sozialdemokrat" in Zürich, der geheim nach Deutschland geschmuggelt wurde. Nach einer ungefähren Statistik wurden allein aus fünf großen Städten 892 Personen mit 1477 Familienangehörigen ausgewiesen. 154 periodische Druckschriften und 1067 Bücher und Broschüren verboten, 1878 und 1879 wurden 600 Jahre Gefängnis verhängt, bis 1888 kamen einschließlich der Untersuchungshaft noch 831 Jahre dazu.

Aber die Partei baute ihre Organisation trotzdem aus, und wenn sie auch bei den Wahlen des Jahres 1881 auf 311.961 Stimmen zurückging (allerdings ihre Mandatszahl auf zwölf erhöhte), so nahm sie dann von Wahl zu Wahl zu. Vor den Wahlen des Jahres 1890 präsentierte sich der junge Kaiser Wilhelm in der Rolle des „sozialen Kaisers" und gab (am 5. Februar) knapp vor der Wahl seine zwei Erlässe heraus, die die Fortbildung des Arbeiterschutzes versprachen. Am 20. Februar errang die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg: von 763.128 Stimmen und elf Mandaten stieg sie auf 1,435.298 Stimmen und 35 Mandate. Am 20. März gab Bismarck seinen Abschied, am 1. Oktober 1890 erlosch das Sozialistengesetz.

feiern. Denn der Zusammenhang der deutschen mit der österreichischen Sozialdemokratie ist ein ganz besonders inniger. Das deutsch-österreichische Bündnis der Völker ist erheblich älter als das von den Diplomaten aufgerichtete. Und sicher ist es auch ehrlicher und dauerhafter. Die Geschichte, die ganze politische und ökonomische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß die sozialdemokratische Bewegung in Österreich mit derjenigen in Deutschland im allerintimsten, innigsten Zusammenhang steht und stets gestanden hat. Was für die Herrschenden eine spät und mit sauersüßer Miene anerkannte Notwendigkeit, war für die Arbeiter beider Länder eine von je klar anerkannte und freudig begrüßte, selbstverständliche Tatsache. Deutschland und große Teile von Österreich bilden in Wirklichkeit nur ein einziges Produktionsgebiet, dessen Einheitlichkeit durch die Grenzpfähle dem oberflächlichen Blick verhüllt, aber nicht aufgehoben werden kann. Daß die gesamte Entwicklung der politischen Entwicklung Österreichs von der Deutschlands mehr beeinflußt werden muß als von der irgendeines andern Landes, folgt schon daraus mit Notwendigkeit, welche durch die Gemeinsamkeit des Volkscharakters und der Sprache noch verstärkt wird.

So steht die österreichische Sozialdemokratie, bei aller Selbständigkeit und Eigenart der Organisation, welche die besonderen Verhältnisse unseres Landes notwendig machen, der deutschen Partei am allernächsten, und so herzliche Glückwünsche aus allen Ländern am 1. Oktober an unsere deutschen Genossen gerichtet werden mögen, nirgends wird es lebendiger und unmittelbarer empfunden werden, welche Bedeutung dieser Tag hat, als in Österreich.

Die deutsche Sozialdemokratie hat während der zwölf Jahre der Knebelung den Beweis geführt, daß die Sache, welche sie vertritt, unüberwindlich ist. Es ist ganz müßig, darüber Betrachtungen anzustellen, welches die Entwicklung der Partei gewesen wäre, ohne das Schandgesetz. Aber sicher ist, daß die Vorhersagungen, welche Genosse Bracke im Deutschen Reichstag bei der zweiten Lesung am 16. Oktober 1878 aussprach, wörtlich eingetroffen sind. Er sagte: „Das Gesetz wird die einzelnen lehren, sich noch mehr zu beherrschen als bisher; es wird eine große, erzieherische Wirkung auf die Arbeitermassen, auf die Sozialdemokratie ausüben. Sie werden sich davon überzeugen", und weiter: „Wenn in derselben Weise mit Verfolgungen gegen uns vorgegangen wird, werden wir bald die Sympathie jedes Menschen haben, in dessen Brust das Gefühl für Recht wohnt, die Sympathie jedes Menschen, der die Gerechtigkeit jener Verfolgungen nicht begreift." Und so ist es gekommen. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Feuerprobe glänzend bestanden; eine Summe von ruhiger Tapferkeit, hingebender Opferfreudigkeit, aber auch von kluger Besonnenheit und kaltblütiger Überlegung haben die deutschen Arbeiter in diesen zwölf Jahren aufgebracht, welche einfach ohne Beispiel in der Geschichte ist. Es gibt bewunderungswürdige Beispiele von

todesverachtendem Mut in der Geschichte aller Völker, und die Bahn des menschlichen Fortschrittes ist besät mit Leichen von Helden.

Etwas anderes aber ist die übermenschliche Anspannung des Augenblicks, die bis zur Selbstaufopferung geht, und etwas anderes der geduldige Heroismus, der Tag um Tag, Stunde um Stunde seine Pflicht tut, der ungekannt und ungenannt verdirbt und stirbt. Und der Kampf der Sozialdemokratie setzt sich zusammen aus Tausenden und Millionen solcher schlichter, anspruchsloser Heldentaten; unzählige Proletarier tragen die Narben von den Wunden, die jener tägliche, schweigende und um so mehr verbitterte Kampf ihren Leibern schlug. Die Generation von Sozialdemokraten, die im letzten Jahrzehnt erwachsen, hat eine harte und herbe Schule mitgemacht, aber nicht umsonst. Das Sozialistengesetz hat in Wahrheit eine „erzieherische Wirkung" gehabt. Und auch das zweite Wort Brackes hat sich bewahrheitet. Gewiß ist das kolossale Anwachsen der Sozialdemokratie vor allem auf ökonomische Ursachen zurückzuführen. Die fortschreitende Proletarisierung breiter Volksschichten, die immer deutlicher werdenden Folgen der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsweise, das sind ja gewiß die Faktoren, welche unserer Partei überall den Grund und die Berechtigung ihrer Existenz geben. Gewiß hat aber auch das Sozialistengesetz einen Anteil an der Schnelligkeit des Fortschrittes dadurch gehabt, daß die offenbaren Schandtaten der deutschen Polizei und der deutschen Justiz vielen Leuten zuerst die Augen dafür schärften, zu erkennen, in welchen Zuständen wir eigentlich leben. Das empörte Rechtsgefühl war ein wirksamer Bundesgenosse in der sozialdemokratischen Propaganda.

Bracke*) war es auch, der damals das stolze Wort sprach: „Wir pfeifen auf das ganze Sozialistengesetz!" Und er sagte nicht zu viel. Als ob die ganze Tüchtigkeit des deutschen Volkes sich nur zum Proletariat geflüchtet hätte, als ob für die besitzenden Klassen nur Feigheit, Verfolgungswut und brutaler Egoismus übriggeblieben wäre, so wird das Bild dieser zwölf Jahre in der Geschichte erscheinen. Ungebeugt und ungebrochen, vervierfacht an Zahl, gefestet in der Organisation, vertieft in der Durcharbeitung der Parteiprinzipien, so geht die Sozialdemokratie aus der Periode des Sozialistengesetzes hervor, jenes Gesetzes, wel-

*) Wilhelm Bracke war einer der populärsten Agitatoren der deutschen Partei. Geboren 1842, wurde er Kaufmann, dann Mitinhaber einer Getreidehandlung in Braunschweig, gründete dann eine Buchhandlung und Druckerei, in der er eine Reihe sozialistischer Schriften, besonders den „Volkskalender" erscheinen ließ. Im Jahre 1865 schloß er sich der sozialistischen Bewegung an und war Mitglied des Braunschweiger Ausschusses der Sozialdemokratie (der, zum Unterschied von den Lassalleanern, als „Eisenacher" bezeichneten Gruppe, weil sie sich auf dem Kongreß in Eisenach 1869 als „sozialdemokratische Arbeiterpartei" konstituierten). Als Mitglied dieses Ausschusses wurde er wegen des „Manifests an die deutschen Arbeiter", das der Braunschweiger Ausschuß nach der Besiegung Napoleons am 5. September erlassen hatte, um dahin zu

ches der „eiserne Kanzler", der „größte Staatsmann aller Zeiten und aller Völker" erdacht, um sie zu vernichten.

Und warum? Weil wir Sozialdemokraten wissen, was wir sind und was wir haben. Die beiden österreichischen Abgeordneten Pernerstorfer und Kronawetter schildern es im Parlament folgendermaßen:

„Weg mit den Ausnahmsmaßregeln! Unsere ordentlichen Gesetze tragen ohnedies einen solchen Inhalt, daß man sie in andern wirklich freiheitlichen Staaten Ausnahmsgesetze heißen würde. Ein konstitutionelles Volk wie das englische, das ungarische oder belgische Volk würden in solchen ordentlichen Gesetzen, wie wir sie haben, nur Ausnahmsgesetze erblicken. (Sehr gut! links.)

Das einzige Wort »staatsgefährlich«, das wir zum Beispiel im Vereins- und Versammlungsrecht haben, ist soviel wert wie ein ganzes Ausnahmsgesetz. Ich sage es offen, wäre ich Ministerpräsident, und es würde mir einer meiner Beamten sagen, er könne mit unsern jetzigen ordentlichen Gesetzen einer ungewöhnlichen Bewegung im Volke nicht Herr werden, er brauche dazu auch noch Ausnahmsverordnungen, so würde ich ihn augenblicklich pensionieren. (Heiterkeit links.)

Ich würde diesem Herrn sagen, er habe bereits durch unser gemeines Recht solche Mittel in der Hand, daß er in ausreichender Weise jeder, das öffentliche Wohl gefährdenden Bewegung oder den Versuchen dazu wirksam entgegentreten könne; wenn er mit diesen Gesetzen nicht auskommen kann, so beweist dies, daß er nicht leisten kann, was er nach seinem Berufe leisten soll, und einen solchen Menschen könnte ich auf seinem Posten nicht brauchen.

Es sind unsere ordentlichen Gesetze vollkommen ausreichend, dies werden die Juristen, die im Hohen Hause sitzen, alle zugeben. Wer da noch Ausnahmsgesetze braucht, ist ein geistig impotenter Mensch (Heiterkeit), der daher gar nicht als Beamter fungieren soll." (Abgeordneter Dr. Kronawetter im österreichischen Abgeordnetenhause nach dem stenographischen Protokoll der 144. Sitzung am 6. Mai 1887.)

„Wir Deutsche können es vertragen, daß wir für alle Völker im Interesse der Freiheit, und der echten, ernsten und würdigen Entwicklung der Menschheit arbeiten. Wenn ein Gewitter heranzieht, so pflegen unverständige Leute, und Leute, welche sehr furchtsam sind, ihre Türen und Fenster zu schließen und zu verhängen und

wirken, daß der französischen Republik ein ehrenvoller Friede gesichert werde (insbesondere wurde zu Kundgebungen gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen aufgefordert), mit den anderen, unter ihnen auch Bebel und Liebknecht, zuerst auf die Festung Lötzen geschickt. Er ist 1878 gestorben. Von seinen Broschüren ist die bekannteste die Broschüre: „Nieder mit den Sozialdemokraten!", die für die Reichstagswahl des Jahres 1877 geschrieben wurde, sich aber auch bei späteren Wahlen auf das beste bewährte. Sie war in vielen hunderttausenden Exemplaren verbreitet und ist, obwohl vieles an ihr schon veraltet ist, noch jetzt lesenswert.

ihre Ohren womöglich unter Polstern zu vergraben, damit sie von den Blitzen nichts sehen und von dem Donner und Sturmesbrausen nichts hören. In einem ganz ähnlichen Zustande befindet sich die heutige Gesellschaft. Sie wollen nichts sehen von dem schon in gewaltigen Zuckungen sich bemerkbar machenden Verlaufe der künftigen Jahrzehnte der Menschheitsgeschichte. Sie wollen nichts hören von dem Rollen jener gewichtigen Frage, die immer stärker und stärker an unser Tor pocht und Sie hören nichts von dem Brausen des Sturmes, der, wenn Sie ihn nicht hören, Sie alle zusammen hinwegfegen wird in grauenhaften, entsetzlichen Wirbeln, unter Zuckungen, die tausendfache Not und tausendfaches Elend auch über Sie herbeiführen werden. Es wäre nicht unmöglich, daß im Verlaufe der Geschichte endlich einmal eine lebendige Generation von Menschen einsehen könnte, daß es einfach nicht möglich ist, gewisse Entwicklungen zurückzudrängen. Freilich, alles, was man sieht, widerspricht dem. Es scheint eine tiefe und notwendige Unmöglichkeit zu sein, daß diejenigen, welche die Herrschaft in der Hand haben, daran denken, daß sie sie nicht für ewig in der Hand haben können. Daß sie aber mit aller Gewalt sich an die Herrschaft klammern und sie nicht in gleicher Weise teilen wollen mit allen, die dazu das Recht haben, das ist ihr Fluch und unter diesem Fluche leiden wir heute alle zusammen, am meisten freilich die, von denen ich heute einiges erzählt habe, die als die größten Märtyrer unserer Zeit, als Leute, die in Not und Elend ihr Leben verbringen, so hoch stehen, daß sie für ihre Ideen, für das, was sie als das Richtige erkannt haben und wonach sie streben wollen, die Freiheit und das Leben hingeben. Täuschen Sie sich nicht darüber, Sie mögen noch so viele von den Leuten als gemeine Verbrecher hinstellen wollen und viele mögen es auch sein — die große Bewegung der unteren Klassen werden Sie mit Polizeimaßregeln nicht erdrücken können.

Wenn Sie nicht selbst das lebendige Gefühl dafür haben, daß es notwendig ist, die Freiheit der Meinungsäußerung zu geben, um wenigstens in nächster Zukunft uns vor gewaltsamen Erschütterungen zu schützen, dann freilich werden diese Erschütterungen nicht ausbleiben. Und wenn künftige Zeiten auf uns zurückblicken und auf den Zustand, in welchem wir leben, so werden sie besonders bei der Betrachtung unseres Kabinetts mit bitterem Hohne das Kapitel, welches die Geschichte desselben enthalten wird, überschreiben mit dem Titel: Immer lustig." (Abgeordneter Pernerstorfer, im österreichischen Abgeordnetenhause nach dem stenographischen Protokoll der 144. Sitzung der X. Session am 6. Mai 1887.)

Es sind dies bekanntlich nicht die ersten und einzigen derartigen Meinungsäußerungen jener beiden Reichstagsabgeordneten im österreichischen Parlament; durch eine Reihe von Jahren schon treten sie in dieser Weise ein für die Arbeiter, für das Volk, für deren verstümmelte Rechte, für dessen Befreiung und Emanzipation. Doch wenig, blutwenig gelang es ihrer verschwindenden Minorität zu er-

reichen, trotz all ihrer eisernen Energie und Ausdauer im Kampfe gegen eine bedeutende Majorität, deren Aufgabe die Vertretung der allgemeinen Volksinteressen wohl sein sollte, aber leider nicht ist, und an deren Macht in einem Parlament jede geringere Opposition zerschellen muß. Daher kommt es, daß alle die Volksausbeuterei und Tyrannei betreffenden Interpellationen einiger freisinniger Männer soviel wie erfolglos bleiben und über etwaige daran geknüpfte Anträge wegen ungenügender Unterstützung einfach zur Tagesordnung übergegangen wird.

Nun fragt es sich, ob man aus dem Beispiele Deutschlands nicht lernen wird, ob man auf dem eingeschlagenen Wege der Unterdrückung beharren wird, trotz dem zur Nachahmung keineswegs einladenden Beispiel im Nachbarlande? Wir sind gefaßt darauf, daß an unsern maßgebenden Kreisen auch die deutlichst sprechende Erfahrung spurlos vorübergeht. Wir sind gewohnt, weniger mit ihrer staatsmännischen Voraussicht zu rechnen, als mit ihrem Festhalten am Bestehenden, sei es noch so schlecht. Und wir richten uns darauf ein. Auch in Österreich geht es vorwärts, trotz alledem und alledem! Und wenn die Herrschaften noch nicht eingesehen haben, wie nutzlos ihre Zwangspolitik auf die Dauer ist, so ist daran nicht der Mangel an Beweisen dafür, sondern die — Qualität ihrer Einsicht schuld. Wir haben das Bewußtsein, unter sehr schweren Verhältnissen unsere Pflicht zu tun, aber auch das Bewußtsein, daß der Erfolg, wie stets, auf der Seite des Rechtes und der Sache des Volkes ist. Unsere Wirtschaftsordnung produziert täglich rapider eine Klasse von Menschen, „welche nichts zu verlieren hat als ihre Ketten und eine Welt zu gewinnen". Was Wunder, daß das Proletariat eine mutige Klasse ist! Und das österreichische Proletariat füllt heute seinen Platz mit Ehren aus in der Angriffskolonne, welche alle Erdteile umspannt. Der Verlauf des 1. Mai und so manche Erscheinungen seither haben gezeigt, daß es auch für die Arbeiterschaft Österreichs keine Hindernisse gibt, die es nicht zu überwinden entschlossen und imstande wäre. Sie haben sogar ahnen lassen, daß es Tatsachen gibt, die sogar härter sind als der härteste Bürokratenschädel. Auch für Österreich wird einst und vielleicht nicht allzuspät der Tag kommen, wo der Widerstand, welchen man heute noch dem Kampfe des arbeitenden Volkes entgegenstellt, fallengelassen wird, wo man auf die „Freiheit wie in Österreich" das Wort anwenden wird, welches der amtliche Bericht an den Kaiser Wilhelm über das Sozialistengesetz enthielt: „Überflüssig und schädlich!"

Bis dahin feiern wir still die Feste unserer Brüder im Reiche draußen. Ihr Sieg ist unser Sieg! Aber ihr Kampf ist auch unser Kampf! Enggeschlossen, ohne einen Zoll breit Boden preiszugeben, aber auch ohne nutzlose Sprünge, so bewegt sich unsere Kampfreihe vorwärts. Zähe, tägliche Arbeit, strenge Manuszucht und Disziplin, stets bereite Hingebung, das verlangt von jedem einzelnen

von uns der Fortschritt unserer Sache. Wer unter dem roten Banner kämpft, muß zu jedem Opfer bereit, muß auf alles gefaßt sein. Keine andere Partei als die unsere braucht Männer, die diesen Anforderungen entsprechen und keine andere würde sie finden. Das Bewußtsein allein für die heilige Sache der Menschheit, für die Befreiung der Geknechteten zu kämpfen, hat unseren deutschen Genossen die Kraft gegeben, im Kampfe auszuharren, bis der Sieg erfochten war, den wir heute feiern, und die österreichische Sozialdemokratie wird an ihrem Beispiele lernen und ihm folgen.

# Der Parteitag in Hainfeld.

## Prinzipienerklärung.

Parteitag in Hainfeld 1889.

Werte Genossen! Es haben vor mir die beiden Genossen*) die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation unserer Partei ausgeführt. Ich möchte mit wenigen Worten darauf hinweisen, daß sie auch möglich ist. Es handelt sich nur darum, wie ist jener breite Rahmen, von dem der eine meiner Vorredner sprach, möglich geworden, und wie ist möglich geworden, daß, wie der andere sagte, viele oder vielleicht jeder unserer Parteigenossen auf irgendeinen Lieblingsgedanken verzichtet hat. Ist hier etwa eine Verschwommenheit eingetreten in der Partei — ist hier etwa, wie man glauben könnte, eine Zusammenschmelzung in einen sozialistischen Urbrei geschehen, oder ist etwa von der anderen Seite ein Abfall von früher anerkannten und betätigten Ideen vorgekommen? Wenn das nicht, wie ist die Einigkeit möglich geworden? Sie ist möglich geworden, wie unsere ganze Partei überhaupt möglich geworden, durch den ganzen sozialen Prozeß, dessen Produkt wir sind, wir, die Sozialdemokratie — durch ihn wurde auch die Vereinigung möglich. Die Spaltung entstand ebenso. Die Sozialdemokratie hat sich vor etwa 20 Jahren langsam losgeschält und getrennt von den bürgerlichen Parteien, wie sie das in allen Ländern getan. Sie war zunächst mit den bürgerlichen Parteien durch gewisse Bande verknüpft. Ihre Wortführer gehörten ihnen teilweise an. Die Arbeiter selbst glaubten noch an die Ideale und vor allem an den Idealismus der bürgerlichen Parteien. Sie hatten noch Illusionen über die Ziele, von welchen die bürgerlichen Parteien vorgaben, als ob sie ihnen überhaupt nachgehen würden! Alles das ist anders geworden. Die Sozialdemokratie Österreichs ist aus den Kinderschuhen heraus. Sie wurde groß, weil das Proletariat groß wurde. Die ökonomische Entwicklung seit 20 Jahren ist es, welche aus einem Schweif der bürgerlichen Demokratie eine bewußte sozialdemokratische Partei in Österreich machte. Und in einem Entwicklungsprozeß, der aus dem Anhängsel der Demokratie und Liberalen eine klassenbewußte Partei macht, kommen natürlich Spaltungen und Meinungsverschie-

*) Das Referat über die Prinzipienerklärung hatte Rudolf Pokorny, nach ihm sprach Josef Hannich und dann Adler.

denheiten verschiedener Natur vor. Das, glaube ich, läßt sich nachweisen.

Die meisten wissen, daß ich ein in der Agitation und in der Partei aktiv befindlicher Genosse noch nicht seit langem bin. Als ich vor einigen Jahren aktiv eintrat, mußte ich fragen: Worin besteht die Spaltung eigentlich? Was meinen die einen und was die andern? Worüber wird denn gestritten? Ich habe mich redlich bemüht, zu erfahren, um was denn eigentlich gestritten wird und ich kann sagen, es war recht schwer zu erfahren. Es war nämlich so: Die einen — wir wollen Punkt für Punkt hernehmen — haben zum Beispiel gesagt: Das Wahlrecht — das war die Hauptsache — muß sein, das ist eine Forderung der Partei. Die anderen sagten: Das Wahlrecht hilft nichts; das war ja auch richtig. Wenn man nun zu den einen sagte: Das Wahlrecht befreit uns nicht, aber es ist doch ein ausgezeichnetes Agitationsmittel. Seht, wie andere mit dem Wahlrecht agitieren! Blicken wir nicht mit Neid nach Deutschland? Wo wären die ohne Wahlrecht! (Richtig!) Darauf sagte jeder: Das ist richtig. Aber das Wahlrecht als Ziel ansehen, ist unrichtig! Dies war aber nur ein Überbleibsel von den Demokraten und Liberalen. Die Unterordnung des politischen Programms unter das soziale unterscheidet uns von ihnen. Es war sehr leicht möglich, ein einheitliches Programm zu machen, wenn man nur zeigte, welches die Widersprüche sind und worauf sie beruhen. Wenn wir heute diese ganzen Punkte (fünf) aufstellen würden ohne die Einleitung, unterscheiden wir uns von einem ehrlichen Demokraten b l u t w e n i g (sehr richtig!), darüber ist gar kein Zweifel. Internationalität — Öffentlichkeit — Wahlrecht — alles, auch der Arbeiterschutz — ist eigentlich nichts, was nicht jeder Demokrat unterschreiben kann. Worin unterscheiden wir uns vom Demokraten? Nur dadurch, daß wir sagen, das ist unser Mittel — w o f ü r? — d a s sagen wir ausdrücklich. Unser eigentliches Programm ist: „Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen." Diesem Zweck dienen alle diese Mittel, sie sind nicht das Ziel, sondern eben nur Mittel, wenn auch ausgezeichnete Mittel, daran zweifelte niemand. Aber sie als letztes Ziel ausgeben zu wollen, war ein Mißverständnis aus der Zeit, wo die Sozialdemokratie in der Bildung begriffen war. Den Satz, daß es Mittel ist zur Bildung und Kampffähigmachung des Proletariats, unterschreibt kein Demokrat (Heiterkeit, richtig!); denn im Gegenteil, sein eigenes Programm verrät und verläßt er in der feigsten, schmählichsten Weise alle Tage, nur weil er nicht das Proletariat kampffähig machen will. Das ist der Unterschied. (Sehr richtig! Beifall.)

Das ist der Boden, auf dem eine Einigung möglich war. Wir hätten viel mehr zu sagen, die wir am Programm gearbeitet haben. Daß Sie für die heilige Sache Mann für Mann ihr äußerstes leisten wollen, zeigen Sie durch Ihre heutige Anwesenheit hier. Wir wissen sehr gut, wie jeder hieher kam — keiner ist hier, dessen Bio-

graphie wir nicht kennen würden — das genügt — und von dem wir nicht wissen würden, daß er seine bisherige Opferfähigkeit weiter beweisen wird. Daß Sie die Einigkeit also wollen, daran zweifelt ja niemand. Die Schwierigkeit ist nur die: Das allgemeine Programm anzuerkennen ist freilich viel leichter, als sich im einzelnen zu verständigen. Dabei ist es nötig, eigene Lieblingsideen hintanzustellen. Und diese hat ja jeder von uns. Denn das erste, angeborenste und niemand je genommene Menschenrecht ist das, ein ganz spezielles, persönliches Programm zu haben. Jeder Mensch hat das Recht, zum Parteiprogramm auch noch Anmerkungen zu machen. Das wird immer so bleiben. Diese Verschiedenheiten individueller Auffassung unterdrückt sehen, möchte ich nicht. Nicht nur ist es nicht notwendig, sondern ich und auch Sie sind überzeugt, daß ihr Vorhandensein wünschenswert ist. Denn die sozialdemokratische Partei ist nicht eine Partei, die von einigen Leuten kommandiert wird, die hinten an der Leine ziehen. Die Drahtzieher, wären sie bei uns vorhanden, so fänden sie die Puppen nicht. (Bravo!) Wir sind keine Partei aus Bleisoldaten in einer Schachtel, einer wie der andere (Stockfische!) — das selbständige Denken ist der Punkt, der die Entwicklung unserer Partei außer den ökonomischen Verhältnissen am meisten begünstigt, und weil wir die Entwicklung wollen, wollen wir nicht durch ein Programm die selbständige Denktätigkeit ausrotten, auch nicht den Gedanken, daß im Programm manches höchst mangelhaft ist. Es ist möglich, daß noch manches darin bleibt, was vielleicht besser, gescheiter ausgedrückt wäre, und wenn sich einer dazu findet, wird er es tun.

Wenn der Rahmen weit ist, war das auch noch aus einem Grunde wirklich notwendig, weil wir in Österreich leben, einem Lande, das derartig verschiedene Volksschichtung, so individuell herausgearbeitete Volkscharaktere enthält, wie nicht leicht ein Land, in dem die sozialdemokratische Partei einheitlich tätig ist. Es ist ganz unmöglich und gerade nach unserer Anschauung unmöglich, daß in der Reichenberger hoch industriell entwickelten Gegend die Arbeiter genau dieselben Anschauungen haben über die Entwicklung der Partei wie etwa in Villach und Klagenfurt unten, und es wäre nur möglich, daß sie dieselben Eigenschaften hätten, wenn man sie ihnen einimpfen würde, sie dazu abrichten würde. Wir wollen aber nicht abrichten zu gedankenlosen Nachsagern irgendwelcher festgestellten Dinge. Nein, wir wollen jene Breite im Programm, welche der Partei freie Entwicklung gewährt in ihren lokalen Verschiedenheiten.

Noch möchte ich Sie darum bitten, darauf Rücksicht zu nehmen, daß ja die meisten einzelnen Punkte speziell in Resolutionen behandelt sind, die später auf die Tagesordnung gelangen werden, und es ist wünschenswert, daß gerade das Programm möglichst frei sei von detaillierten Erörterungen. Ich bin überzeugt, wenn wir Hainfeld verlassen, so wird es eine einige sozialdemokratische

Arbeiterpartei in Österreich geben. (Bravo! Bravo! Händeklatschen.)

Schlußrede*).

Es erübrigt sich viel zu sprechen. Es hat sich in der ganzen Debatte gezeigt, daß die große Masse der Partei auf demselben Standpunkt steht und daß nur einige, und von diesen hat hier einer gesprochen**), anderer Ansicht sind — ich begrüße das mit Freuden. Ich würde es auf das allerhöchste bedauern, wenn diese abweichende Meinung hier nicht zum Ausdruck gekommen wäre und ich halte dies für ein großes Glück, welches dieser Parteitag hat, denn dadurch wird er zur Klärung der Situation außerordentlich viel beitragen. Ich glaube, wir dürfen gerade darum dem Genossen Rißmann dafür dankbar sein, daß er seine Meinung offen geäußert hat. (Rißmann: Deswegen sind hundert gegen mich losgegangen.) Es ist meiner Meinung nach niemand gegen Genossen Rißmann „losgegangen", sondern es hat nur jeder seine Ansichten über den Gegenstand geäußert. Ich glaube aber, wir müssen auch sehr zufrieden sein über die Art und Weise, wie Genosse Rißmann seine Ansichten geäußert hat, und ich zweifle nicht an seiner Aufrichtigkeit, daß er, nachdem er sieht, daß die Majorität der Partei nicht seiner Ansicht ist, dadurch sich nicht wird abhalten lassen, auf dem Boden der Partei ehrlich und entschieden mit uns weiterzuarbeiten — das ist eine Erklärung, die wir nur mit besonderer Genugtuung anerkennen können. Nachdem ich das konstatiert habe, möchte ich nur einen einzigen Punkt berühren — und ich bin da auch einer der hundert, die gegen ihn losgegangen sind, indem ich meine Meinung sage — ich gehe aber nur auf seine Argumente los und nicht gegen ihn. Er sagt, wir wollen nicht eine politische Partei bilden, sondern die Massen organisieren. Die Massen organisieren, das wollen wir auch, das sagt unser Programm und wir haben in demselben gesagt, wie wir dies tun wollen und wir haben für diese Organisation eine Reihe von Mitteln angeführt, welche wir für geeignet halten, um die Massen zu organisieren. Aber nun erlaube ich mir die Frage an die Genossen, ob sie aus dem, was Genosse Rißmann uns mitgeteilt hat, haben entnehmen können, wie er die Massen organisieren will, mit welchen Mitteln er dies will. Entweder sind die Mittel diejenigen, die er und die Leute, welche seiner Ansicht sind, angewendet haben, dann sind es genau dieselben, welche wir immer anwenden, es ist die Presse, es sind die Versammlungen — daß sie das Wahlrecht nicht benützt haben, dazu haben sie gute Gründe, weil in den Ländern, in welchen Genossen dieser Ansicht in größerer Menge vorhanden sind, das all-

*) Die drei Referenten, Pokorny, Hannich und Adler, hatten sich auf Adler als Schlußredner geeinigt.

**) Dieser eine war Rißmann (Graz), der, nachdem die Prinzipienerklärung in namentlicher Abstimmung mit 69 gegen drei Stimmen (bei einer Enthaltung) angenommen worden war, erklärte, nun sehe er jede Basis für weitere Verhandlungen für sich entzogen und werde am weiteren Verlauf des Parteitages nicht mehr teilnehmen. (Siehe S. 150.*)

gemeine Wahlrecht nicht vorhanden ist. Dort aber, wo es existiert und nicht angewendet wurde, hat es sich gezeigt, daß die Außerachtlassung dieses Mittels nur sie selbst geschädigt hat.

Außer diesen Mitteln, die wir anführen, gibt es natürlich noch ein Mittel, das das allerwichtigste ist, das aber in der Prinzipienerklärung nicht besonders angeführt ist, weil es sich von selbst versteht. Wir agitieren natürlich nicht nur in Versammlungen, in Vereinen, in der Presse, nicht nur, wenn wir das Wahlrecht haben, sondern wir agitieren auf Schritt und Tritt, in Werkstätten und Fabriken. (Lebhafte Zustimmung.) Jeder in seinem Kreis und, wenn Rißmann dieses Mittel der Organisation meint, dann können wir sagen, wir sind vollständig seiner Ansicht, aber er kann uns nicht den Vorwurf machen, daß dieses Mittel von uns außer acht gelassen werde. Wenn wir in unserem Parteileben, in unserer Organisation nur Mittel anwenden würden, die uns die Staatsgrundgesetze an die Hand geben, so wären wir nicht hier, dann würde es eine sozialdemokratische Partei überhaupt nicht geben. Wir tragen die Agitation in die Massen, das ist gar kein Zweifel, ich muß mich aber gegen einen Ausdruck Rißmanns verwahren. Er hat nämlich direkt gesagt, wenn wir auf die Massen wirken, so nenne er das nicht agitieren, unsere Mittel sind nicht Agitationsmittel, das sind „Täuschungsmittel". Nun erkläre ich, und Sie werden damit wohl einverstanden sein, wir wollen ebensowenig wie Rißmann irgend jemand täuschen (Bravo! Bravo!), wir sagen nur die volle Wahrheit, indem wir ausdrücklich erklären: Das sind die Mittel, die wir anwenden, um unser Ziel zu erreichen. Wir sagen im Gegenteil oft viel zu sehr die Wahrheit, weil wir uns verpflichtet fühlen, dem Volke die Wahrheit zu sagen. Wir sagen zum Beispiel in bezug auf die Arbeiterschutzgesetze, die Einführung des Normalarbeitstages usw., wie sehr gerade all das dazu beiträgt, um die wirtschaftlichen Zustände noch mehr zuzuspitzen, zu verschärfen, wie alle diese Gesetze sich auf einen immer kleiner werdenden Kreis des Proletariats beziehen, weil sich hinter jenen Schichten des Proletariats, auf die sich zum Beispiel die Arbeiterschutzgesetze beziehen, die große Masse der ungelernten Arbeiter befindet und hinter diesen die Arbeitslosen, die von den Arbeiterschutzgesetzen gar nichts fühlen. Wir sagen das fortwährend, daher verdient die Sozialdemokratie diesen Vorwurf nicht. Aber es wäre, und ich bin überzeugt, daß es nur unbewußt geschieht, eine Methode das Volk zu täuschen, wenn man sagen wollte, es sei möglich, aus dem Zustand der niederträchtigsten und brutalsten Niederhaltung, aus dem Zustand, wo die Menschen eines jeden freien Wortes beraubt sind, so daß die Massen absolut nicht in der Lage sind, über ihr Schicksal sich ein Urteil zu bilden, aus solcher Versklavung, es sei möglich aus geradezu menschenunwürdigen Zuständen direkt zu Zuständen hinüber zu gelangen, die das Ideal der Menschheit sein sollen. (Sehr gut!)

Wir wissen ganz genau: das ist unser letztes Ziel; der Zeitpunkt des Umschlages hängt nicht von uns ab, sondern von den ökonomi-

schen Verhältnissen. Wir haben nur das Volk auf diesen Zeitpunkt vorzubereiten. (Das ist das richtige!) Das ist unsere große Aufgabe. Dieser Umschlag wird eintreten mit oder ohne Sozialdemokraten, er liegt in der ökonomischen Entwicklung. Nur wenn es nicht Sozialdemokraten gibt, die all diese politischen Mittel in bewußter Weise als organisierte Partei anwenden, dann wird der Umschlag in einen Zeitpunkt fallen, wo er das Volk in der vollkommensten Vertierung und Verblödung antrifft. Unsere Aufgabe ist es nur, das Volk physisch und geistig reif zu machen, um den Moment benützen zu können; etwas anderes wollen wir nicht, etwas anderes können wir auch nicht wollen.

Nun wenn aber jemand dann meint oder den Eindruck bekommen sollte, daß ja hier in dem Kreis, wo nicht einmal ein Regierungsvertreter anwesend ist, so eigentlich recht sanft und mäßig gesprochen wird — ich war bei vielen Versammlungen, wo viel schärfer gesprochen wurde unter den Augen der Polizei — wenn jemand daraus schließt, daß wir nicht ganz genau wissen, daß die Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei ist (Bravo), welche sich ganz klar ist, daß ihr Ziel zusammenhängt mit einer vollständigen Änderung der Basis der heutigen Gesellschaftsordnung, die die Absicht hat, alles zu dieser Änderung beizutragen — hiezu möchte ich nur bemerken, daß gerade darin, daß hier nicht so gesprochen wird, der beste Beweis liegt, wie es sich verhält. Unter uns, wie wir sind, haben wir es nicht notwendig, Selbstverständliches auszusprechen. (Sehr richtig!)

Ich bin nun überzeugt, daß die Prinzipienerklärung im großen und ganzen angenommen werden wird, wenn vielleicht auch Veränderungen vorkommen. Damit werden wir wirklich einen erheblichen Schritt getan haben. Nämlich die Erfahrung der Partei in den letzten Jahren zeigte: Uns fehlen die Prinzipien nicht, der Leitfaden für unsere Organisation und Agitation; aber es ist notwendig, daß alle Genossen wissen, daß wir alle untereinander auch in dieser Weise vorgehen wollen. Es genügt nicht allein, daß der einzelne wirklich so vorgeht, sondern er muß das Bewußtsein haben, daß die gesamte Partei Schritt für Schritt auf diese Weise einig einem gemeinsamen Ziel zugeht. Und dieses Bewußtsein innerhalb unserer Partei, das Bewußtsein unserer Einigkeit wird unsere Abstimmung hoffentlich erzielen. (Bravo!)

## Die politischen Rechte.

Referat in Hainfeld 1889.

Werte Genossen! Es scheint an und für sich nicht notwendig zu sein, daß ich hier ein ausführliches Referat*) halte, denn der

*) Nachdem der Parteitag in Hainfeld die Prinzipienerklärung und am nächsten Tag dann noch die Einigungsresolution beschlossen hatte, folgte die Beratung des zweiten Punktes „Die politischen Rechte", worüber Adler referierte.

Gegenstand, über den wir heute zu sprechen haben, ist bei der Prinzipiendiskussion erörtert worden, so daß wenig zu sagen übrigbleibt.

Es ist aber notwendig, daß wir hier konstatieren auf unserem Parteitag, welches die Situation der österreichischen Arbeiterpartei in bezug auf die politischen Rechte ist und welches Urteil über diese Situation die österreichische Arbeiterpartei hat. In diesem Sinn bitte ich das Nachfolgende aufzufassen.

Wir haben gestern konstatiert und werden das in einer Resolution, die ich einbringen werde, wiederholen: Die Aufklärung über den ökonomischen Prozeß und dessen Folgen, das ist unsere eigentliche Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, klare Einsicht zu verbreiten über die ökonomische und politische Lage. Wir wissen, daß davon allein unser Erfolg abhängt. Wir wissen noch mehr: Daß die Form des Kampfes nur davon abhängt, wie weit diese Aufklärung vorgeschritten ist. Wird der Kampf zu einer Zeit eintreten, in der die Aufklärung noch nicht genügend unter das Volk gedrungen ist, so mögen sich die Leute mit allen Mitteln, nicht nur wie wir mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden, sondern hauptsächlich mit diesem ins Gesicht schlagenden Mitteln die Verbreitung einer Aufklärung verhindern — dann mögen die sich die Folgen zuschreiben. In der Geschichte unserer Bewegung haben sich Anzeichen und Symptome genug gezeigt, die andeuten, wie es aussieht, zu welchen Exzessen Menschen mit Naturnotwendigkeit getrieben werden müssen, die vor sich das Elend haben und hinter sich ein Gesetz, ein unbarmherziges, willkürlich gehandhabtes, unmenschliches Gesetz. Die Herrschenden — und ich werde mich im Verlauf hüten, diese Herrschenden zu analysieren und die Klassen und Funktionen derselben auseinanderzusetzen, wir haben das im allgemeinen nicht notwendig — die Herrschenden hindern und wollen hindern absolut jede Aufklärung. Sie tun das erstens aus dem Grund, weil sie selbst unwissend sind. Das wollen wir einmal konstatieren. Tatsache ist es, daß über die soziale Bewegung, ihre Ursachen und Ziele, die Regierung und die heute offizielle Politik Machenden außerordentlich unwissend sind.

Diese Unwissenheit verbreitet sich nicht nur auf die Kreise, wo das gewissermaßen berufsmäßig ist, Verwaltungsorgane, Beamte, Lehrer, Schriftsteller, Journalisten, deren einziger Beruf es wäre aufzuklären, bei denen aber diese Unwissenheit geradezu ein Befähigungsnachweis genannt werden muß — die Aufklärung wird dadurch auch gehindert, in die Massen der Besitzenden einzudringen, das ist das ärgste. Wir wissen wohl, daß durch die Behinderungen unserer politischen Rechte die Entwicklung nicht behindert werden wird. Die ist unbesiegbar, das wissen wir. Aber andererseits wird die Form und Art des Kampfes nur zugespitzt, erbittert und verschärft werden. Und mehr sagen wir den Leuten, welche heute Politik machen, auch nicht als: Ihr habt euch die Folgen zuzuschreiben.

Nun wollen wir sehen, wie sieht es denn heute aus?

Eine kolossale Majorität des Volkes genießt heute ein politisches Recht überhaupt nicht. Diese kolossale Majorität besitzt das erste, heute im bürgerlichen Staate, im Bourgeoisstaat, einzige politische Recht von Wert, das Wahlrecht, nicht. Das einzige politische Recht, sage ich, welches nicht konfisziert werden kann. Alle übrigen politischen Rechte aber, die wir dem Buchstaben des Gesetzes nach besitzen, die Staatsgrundgesetze — die sind nicht etwa bloß durch Ausnahmsgesetze eingeschränkt, durch Ausführungsbestimmungen zu den einzelnen Gesetzen zweideutig gemacht — sondern — und das ist das spezifisch Österreichische unserer politischen Rechte: sie sind der Willkür und dem Belieben jedes Verwaltungs- oder Polizeiorganes auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. (Sehr richtig!) Das ist das spezifisch Österreichische. Das Sozialistengesetz in Deutschland ist in verschiedenen Beziehungen härter als unsere Gesetze. Trotzdem ist der politische Zustand in Deutschland ein viel leichter erträglicher für die Arbeiterklasse. Denn dort weiß man ungefähr, was erlaubt ist und was nicht, und wie weit man gehen kann. In Österreich ist das absolut unmöglich. Wir haben so viele Gesetze als es Polizeikommissäre gibt (Heiterkeit), darüber ist kein Zweifel, und ich werde mich auf Einzelheiten hier nicht einlassen, alle Genossen haben Erfahrungen darüber gemacht. Ich brauche das nicht im einzelnen zu beweisen.

Der Bezirkshauptmann von Lilienfeld kommt, geht zum Präsidententisch: Herr Vorsitzender, ich komme revidieren, ob alle Herren Einladungskarten haben. — Vorsitzender: Wünscht der Herr Bezirkshauptmann die Karten aller Personen einzeln zu sehen? — Bezirkshauptmann: Nein! — Vorsitzender: Also ich bitte die Karten aufzuheben. — Bezirkshauptmann sieht sich um: Ich danke (geht hinaus. — Verschiedene: Man hätte ihn einladen sollen...); Dr. Adler und Pokorny gehen ihm nach und kommen nach zwei Minuten mit ihm zurück. — Vorsitzender: Ich zeige Ihnen an, daß der Herr Bezirkshauptmann als Gast unserer Versammlung anwohnen wird.

Dr. Adler (fortfahrend): Ich habe hier konstatiert, daß, was unsere politischen Rechte anbelangt, wie sie heute gehandhabt werden, von einer weiteren Ausführung abgesehen werden kann, da jeder einzelne Verwaltungs- oder Polizeibeamte sie in seinem Bereich nach Gutdünken handhabt. Wir haben so viele Gesetze, als es Polizeikommissäre gibt. Ich werde Beispiele hierüber nicht anführen, das ist nicht notwendig. Es hat jeder von Ihnen hinlänglich Erfahrungen darüber gemacht. Wir sind nicht nur in bezug auf unser Vereins- und Versammlungsrecht dieser Willkür preisgegeben, und ich sage Willkür, denn allerdings haben wir in unseren Gesetzen Remeduren, wir haben das Recht, zu rekurrieren, und es kommt sogar vor, daß wir Entscheidungen bekommen, die für uns günstig ausfallen; aber ich frage Sie, welchen Wert hat es — und auch das ist etwas spezifisch Österreichisches — ich frage Sie, welchen Wert hat es, wenn ein Rekurs über ein Versammlungsverbot nach drei oder gar erst nach sechs Monaten günstig für uns erledigt wird, nach sechs Monaten, nachdem die Frage, über welche

die Versammlung einberufen wurde, vielleicht überhaupt nicht mehr in öffentlicher Diskussion steht, oder wenn die Gelegenheit zur Versammlung überhaupt vorbei ist, was nützt es uns, wenn danach die Rekurserledigung lautet: „Jetzt ist es euch erlaubt, die Versammlung abzuhalten." — Und um uns unsere in den Staatsgrundgesetzen und den Ausführungsgesetzen gewährleisteten Rechte zu nehmen, dazu ist ihnen ja jeder Vorwand gut genug: die Berufung auf das Versammlungsrecht, die Berufung auf das Vereinsrecht. Unsere Gesetze sind es, welche dazu dienen müssen, uns eben diese Rechte zu nehmen, welche sie garantieren sollen. Aber dieser Allgemeinzustand wird noch verschärft durch spezielle Ausnahmsgesetze; es existiert ein Ausnahmszustand in Niederösterreich und ein Ausnahmszustand in Böhmen. In Niederösterreich haben wir einen Ausnahmszustand, welcher nun seit dem Jahre 1884, also am 30. Jänner 1889 werden es genau fünf Jahre, besteht. Dieser Ausnahmszustand wurde seinerzeit eingeführt mit der Motivierung von den Ausschreitungen, die geschehen sind, daß die Dinge, die ich Ihnen nicht glaube ins Gedächtnis zurückrufen zu müssen, daß diese Dinge nur zu bekämpfen sind durch ein Ausnahmsgesetz. Dieses Ausnahmsgesetz, diese Ausnahmsverfügungen für Niederösterreich, das heißt für Wien, Wiener-Neustadt und Korneuburg, enthält nun — und das wird viel zu wenig in Betracht gezogen — enthält nun nicht etwa ein Verbot, Versammlungen abzuhalten, unsere Blätter herauszugeben, ein Verbot, Vereine zu gründen, sondern, und das ist wieder etwas spezifisch Österreichisches, etwas Charakteristisches für unsere ganze Gesetzgebung: sie erlaubt einfach der Polizei, ohne Motivierung, weil sie es so will, dieses Recht mit einem Federzug wegzunehmen, und beraubt uns zugleich des Rekursweges, denn es heißt in solchen Fällen, wenn auf Grund des Ausnahmsgesetzes etwas geschieht, in der Erledigung der Statthalterei und des Ministeriums, und das Reichsgericht ist für uns ganz illusorisch, ich werde das noch später begründen: auf Grund des Ausnahmsgesetzes hat die Polizei das Recht, das zu verbieten, ergo wurde es verboten. Die Gründe der Polizei zu prüfen, das geht die Statthalterei nichts an, weil die Ausnahmsverfügungen das formelle Recht dazu geben. Ebenso ist es mit dem Reichsgericht, welchem die Wahrung der politischen Rechte überhaupt zusteht. Wenn einmal Arbeiter in der Lage sind, soviel Mittel aufzubringen, um an das Reichsgericht zu gehen, dann erhalten sie ein wunderbar abgefaßtes Schriftstück, in welchem es heißt, daß die betreffende Behörde die formelle Kompetenz gehabt habe, die Versammlung oder den Verein zu verbieten — ob die Gründe auch wirklich richtig sind, ob die Versammlung zum Beispiel wirklich in der Lage gewesen wäre, die öffentliche Ruhe zu stören, darum hat sich das Reichsgericht — und das hat es dutzendmal erklärt — nicht zu kümmern. Es existieren also alle diese Dinge, welche angeblich zum Schutze der politischen Rechte vorhanden sind, für uns nicht, sie nützen uns gar nichts, weil sie eben einfach dem persönlichen Belieben preisgegeben sind. Wir haben außerdem

einen Ausnahmszustand in Böhmen, der nie verkündigt wurde und darum auch nie aufgehoben werden kann. In Böhmen haben sich eben die Behörden eine andere Auffassung gebildet und unsere Gesetze hindern sie daran nicht. Nach dieser anderen Auffassung werden Leute, welche eine bestimmte Zeitung abonnieren, in jenen Bezirken, wo es den Beamten eben so beliebt, einfach als Geheimbündler behandelt und dagegen nützen uns alle Gesetze nichts. Ein einziges Loch wurde in letzter Zeit in dieses Gewebe gerissen. Noch vor vier Wochen wurde ein Mann, bei dem die Haussuchung nichts ergeben hat, als ein Exemplar des „Sozialdemokrat" und eine Anzahl von erlaubten Zeitungen, nach Prag geschickt, obwohl er in einen anderen Gerichtsbezirk gehörte, und dort eingesperrt, und bis heute wissen die Genossen noch nicht, wessen er beschuldigt wird. Wir wissen es wohl, er wird vom Prager Gerichtshof ganz einfach als Geheimbündler behandelt werden. Die Kompetenz zu diesem Vorgehen hat sich der Prager Gerichtshof selbst gemacht und eine Berufung dagegen nützt nichts. Nicht etwa, daß ich nicht glaube, ein solches Urteil könnte nicht einmal kassiert werden, denn je höher die Richter sind, desto weniger haben sie vor sich (Zuruf: Avancement!) und desto eher sind sie einer menschlichen Regung zugänglich. Wir haben ja selbstverständlich die Unabhängigkeit der Richter, wie jeder Rechtsstaat; es ist aber auch möglich Richter zu adeln, ihnen Orden zu geben, sie avancieren zu lassen oder nicht. Kurz, wir haben die Unabhängigkeit der Richter, eingeschränkt durch ihr Avancement. Also wenn sie rekurrieren können, ist das ganz gut; für die betreffenden Leute ist es aber unmöglich, den Rekurs zu ergreifen. Wenn ihnen nach viermonatlicher Untersuchungshaft, wie dies zum Beispiel unlängst geschah, eine vierwöchentliche Strafe zuteil wurde, können sie nicht rekurrieren, da sie wohl wissen, daß sie dann neuerlich drei Monate in Untersuchungshaft auf die Entscheidung warten müssen. Sie sehen also, daß diese Rechte für die Besitzlosen nicht bestehen, sie zerfließen in nichts. Bisher wurden alle in Böhmen aufgegriffenen Arbeiter, bei denen man Zeitungen fand, nach Prag geschafft, da sich in Prag das einzige unfehlbare Gericht in ganz Böhmen fand, welches genau gewußt hat, wie ein sozialistischer Geheimbund aussieht; demgemäß wurden seit den vielen Jahren, in welchen dieser Vorgang eingehalten wurde, unzählige Menschen dort verurteilt; wir werden in den nächsten Monaten eine einigermaßen vollständige Zusammenstellung darüber zu veröffentlichen in der Lage sein. In der letzten Zeit aber wurde eine Lücke in dieses Verfahren gerissen. In einem Geheimbundprozeß, welcher noch schwebt und in welchen außer mir Genosse Pokorny verwickelt ist — Sie sehen, es gehören zu einem Geheimbundprozeß gar nicht viele Leute — haben wir versucht, bis zum Obersten Gerichtshof vorzudringen, und der Oberste Gerichtshof hat erklärt, daß ihm die Motivierung, daß, wenn wir in Reichenberg abgeurteilt würden, dort die öffentliche Ruhe gestört werden würde, daß ihm diese Motivierung nicht genügend erscheint.

Wir werden also die Ehre haben, eventuell in Reichenberg zu sitzen anstatt in Prag. (Heiterkeit.) Es könnte das als etwas Unerhebliches erscheinen, aber alle böhmischen Genossen, die hier sind, werden zugeben, daß das etwas ungeheuer Wichtiges ist. (Sehr richtig!) Es ist darum wichtig, weil in Prag ein Gerichtshof existiert, dessen Urteile, man könnte fast sagen, bereits hektographiert sind (Sehr richtig!), wenigstens haben sie dort ihre Vorstellungen und Urteile im Gehirn hektographiert (Heiterkeit); ebenso wie wir in Wien für anarchistische Verbrechen einen Gerichtshof haben, der unter dem Vorsitz Holzingers arbeitet, von dem man ruhig sagen kann, daß er Dinge, die Kleinigkeiten sind, die nicht einmal Vergehen, sondern reine Übertretungen des Preßgesetzes, des Versammlungsrechtes und dergleichen sind, als anarchistische Verbrechen behandelt, und der Vorsitzende hat, genau so wie in Prag, eine feste Vorstellung davon: Was ist Anarchismus, wie schaut ein Anarchist aus (Heiterkeit), und was muß er machen, um ein Anarchist zu sein. Ob der Betreffende wirklich ein Anarchist ist, wird nie einer anderen Behörde zur Entscheidung vorgelegt und der Gerichtshof prüft nie für den einzelnen Fall seine Kompetenz. Noch auf eines möchte ich aber aufmerksam machen, daß nämlich die Judikatur über die anarchistischen Verbrechen den Geschwornen entzogen und einem eigenen Ausnahmegericht übertragen ist.

Nun frage ich Sie, wir verstehen doch auch etwas von Anarchismus? Wenn es Anarchisten in Österreich gibt, so sind ja wir diejenigen, die mit ihnen fortwährend in Berührung kommen. Wir sind diejenigen, die klar wissen, wie die Dinge liegen. Wollen wir einmal aufrichtig sein. Ich frage, ist es für die Entwicklung der anarchistischen Ideen ein Unterschied, ob die Leute von Geschwornen eingesperrt werden oder von einem Ausnahmsgericht. (Rufe: Ganz dasselbe.)

Wir haben Gelegenheit, es zu beobachten, es resultiert daraus nur eines, das Verhetzende, das Erbitternde, das Aufreizende, das in jeder Ausnahme liegt. Wir werden in Österreich so lange Anarchisten haben, als es Anarchistengerichtshöfe gibt. Das ist kein Zweifel. Geradeso wie diejenigen — und wir sind da ganz offen — die sich Anarchisten nennen, den Anarchismus künstlich erzeugen, geradeso erzeugen die anarchistischen Gerichtshöfe, die Ausnahmsgerichte, den Anarchismus. (Sehr richtig!) Hier habe ich unter Anarchismus nicht etwa den wissenschaftlichen Anarchismus verstanden. Hier habe ich mich der erheblich niedrigeren Auffassung über den Anarchismus von seiten unserer Behörden anbequemt. Unter einem Anarchisten verstehen die Behörden einen jeden, der einen Akt individueller Gewalt im vermeintlichen Interesse des Sozialismus vollzieht. Wie der Mann selbst über die Frage denkt, kümmert Behörden und Richter absolut nicht. Welche Auffassung er von der zukünftigen Gestaltung der Gesellschaft hat, was den Anarchismus eigentlich ausmacht, welche Auffassung er von der Organisation im einzelnen hat, kümmert den Richter eben-

sowenig. Er ist Anarchist in dem Moment, wo er sagt, das gesellschaftliche Elend ist so fürchterlich, „daß etwas geschehen muß". Also nur deswegen und nicht etwa aus prinzipiellen, klaren Gründen und aus Überlegung wird ein solcher Mensch verurteilt. Daß diese Handlungsweise nichts Anarchistisches ist, darüber brauche ich mich hier nicht weiter auszulassen.

Von allen Ausnahmsgesetzen, die aufreizen, verhetzen und verbittern, ist das Ausnahmsgesetz, von dem ich zuletzt gesprochen habe, eigentlich dasjenige, das uns am wenigsten schadet. Es ist ein Gesetz, das nicht einmal dem einzelnen, der das Unglück hat, unter dasselbe zu fallen, besonders schadet, denn, wie ich unsere Bourgeoisgeschwornen kenne, würden sie die Leute ebenso verurteilen wie Baron Holzinger. (Sehr richtig!)

Wir kennen unsere Gegner, nicht nur die Personen, sondern auch die Klassen. Die einzige Wirkung dieses Ausnahmsgesetzes ist also nur, daß es verhetzt. Übrigens unterscheidet es sich noch in anderer Beziehung sehr merkwürdig von dem Ausnahmszustand, den ich früher berührt habe. Die Verfasser unserer Staatsgrundgesetze, sehr kluge Leute, die Träger der Fahne der Freiheit, die Liberalen, haben die Staatsgrundgesetze genau so gemacht, wie man sie braucht, um sie selbst benutzen zu können und allen andern zu verweigern. (Bravo! Bravo!)

Sie haben es also in für uns unwichtigen Dingen, wie in bezug auf die Judikatur der Geschwornen, möglich gemacht, daß die Aufhebung derselben vom Parlament auf ein Jahr, und die Verlängerung einer solchen Ausnahmsverfügung von Jahr zu Jahr vom Parlament begehrt werden kann. Anders verhält es sich aber mit dem Ausnahmszustand, der für uns viel ärger, viel drückender ist. Das ist der Ausnahmszustand, wie er für Wien, Korneuburg, Wiener-Neustadt und für ganz Böhmen gilt. Die Bewilligung über diesen Ausnahmszustand, wie er zum Beispiel von der Regierung über Wien verhängt wurde, braucht nach unseren fein ausgedachten Staatsgrundgesetzen vom Parlament nur einmal erteilt werden. Diese Bewilligung wurde also für Wien nur einmal erteilt, und zwar im Jahre 1884 unter dem Eindruck der Affären Kammerer und Stellmacher. Da gibt es nun aber eine Zeitgrenze überhaupt nicht, weder im Staatsgrundgesetz noch in dessen Ausführungsgesetzen steht eine Zeile davon, daß dieser Ausnahmszustand zeitlich beschränkt ist, und heute können die uns nahestehenden und für uns eintretenden Abgeordneten sich den Hals heiser schreien, der Abgeordnete Kronawetter mag bei jeder Budgetdebatte eine Resolution des Inhaltes einbringen, die Regierung wird aufgefordert, den Ausnahmszustand aufzuheben, diese Resolution wird einfach in den Papierkorb nicht einmal des Abgeordnetenhauses, sondern des Budgetausschusses gelegt, und die Regierung findet es absolut nicht der Mühe wert, mit einem Worte zu begründen, warum sie auch heute noch den Ausnahmszustand aufrechthält. (Sehr richtig!) Die Regierung hat dies auch nicht notwendig. Sie ist dem Parlament in dieser Beziehung keine Aufklärung schuldig, und

sie will sie nicht geben, und wie sollte sie auch? Wer wird die Machtbefugnis, die er in Händen hat, aus den Händen geben, wenn er nicht muß? Die Regierung sagt nur, wenn wir finden, daß die Leute durch den Ausnahmszustand aufgeregt werden, so lassen wir die Zügel nach. Wir erlauben den einzelnen Polizeikommissären, ein bißchen gelinder zu sein. (Heiterkeit.) Da braucht man kein Gesetz. Ein Gefühl darf das österreichische Volk nie verlieren, das Gefühl, daß es der Willkür ausgeliefert ist, und um dieses Gefühl wach zu erhalten, ist es notwendig, daß der Ausnahmszustand nicht aufgehoben wird. Das ist der eigentliche Grund, das wissen wir, alles übrige ist Firlefanz. Sie wissen, daß der Ausnahmszustand nicht etwa nötig ist, um irgend etwas zu verhindern; was geschehen kann, geschieht mit und ohne Ausnahmszustand. (So ist es!)

Ich habe über diese Dinge etwas ausführlicher gesprochen, weil man über den Ausnahmszustand, der über Wien verhängt ist, in den Provinzen juristisch nicht so klar ist, wie bei uns in Wien. Was zum Beispiel den Ausnahmszustand in Böhmen anbelangt, so läßt sich nichts machen, er ist durch ein Gesetz nicht eingeführt, läßt sich also durch ein Gesetz nicht abschaffen. (Heiterkeit.) Da gibt es nichts als Ordonnanzen, deren Erlassung allerdings nicht von uns abhängt.

Wir haben nur zu erklären, welches ist unsere Stellung gegenüber diesen Zuständen? Es wurde uns wiederholt gesagt, ja man hat gegen die gesetzliche Agitation nichts; solange ihr auf dem Boden des Gesetzes bleibt, ist euch alles erlaubt. Ich glaube soeben an einigen Beispielen gezeigt zu haben, daß der Boden des Gesetzes, auf den wir uns stellen könnten, bei uns einfach fehlt.

Es ist einfach nicht ein Boden, ein ebener Boden in Österreich, der Boden des Gesetzes, auf dem stehend man weiß, was gesetzlich ist, sondern ein Verschiebbares, Nebuloses, fortwährend unter den Füßen Entweichendes, was Gesetz ist. Und da verlangt man, wir sollen auf dem Boden des Gesetzes bleiben! Da sagt uns doch zuerst, was hier Gesetz ist? Dann werden wir uns danach richten. Das ist damit abgetan.

Wir kämpfen für die Verbreitung unserer Ideen nach Maßgabe der Möglichkeit mit aller Aufopferung, die jeder einzelne aufzubieten imstande ist, und müssen uns dann gefallen lassen, welche Gesetze und Verordnungen und Verfügungen auf uns angewendet werden. Wir wissen das nicht im vorhinein.

Es liegt Ihnen nur eine Resolution vor, die sagt: Wir verlangen die Aufhebung jeder Einschränkung der freien Meinungsäußerung. Ich muß wohl die Resolution zuerst vorlesen:

**Resolution über die politischen Rechte.**

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirtschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit um so wenigeren Opfern verbunden, um so

rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Monopolisierung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbots der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar vom 20. Lebensjahr an, wo die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Wert des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechtes durch das gesamte Volk. (Lebhafter Beifall!)

Sehen Sie, die Sache ist ja so. Ich habe nur einzelne Punkte daraus zu motivieren. Diese Resolution ist ja für die Öffentlichkeit, das heißt, mit anderen Worten bei uns, für den Staatsanwalt bestimmt. Sie werden zugeben, es ist nicht ein Wort darin, an das nach meiner Kenntnis der Herr Staatsanwalt irgendeinen Anstoß nehmen könnte. Sie ist vollständig ruhig und sachlich (Körber*): In Prag darf sie doch nicht erscheinen!) Sie hören das. In Wien hoffen wir sie durchzudrücken. (Heiterkeit.)

Ich möchte nur zu einzelnen Punkten ganz kurze Bemerkungen machen. Zunächst die Presse. Unsere Parteipresse ist auch der

*) Wilhelm Körber (auch Kerber), ein tschechischer Sozialdemokrat, war bereits im Jahre 1877 Redakteur des Prager Blattes „Budoucnost" („Zukunft"); er war auch Delegierter auf dem Pariser Kongreß.

Ferdinand Adenau (Klagenfurt), von dem später die Rede ist, war schon in den siebziger Jahren Herausgeber des „Kärntner Volksblattes". Auf dem Hainfelder Parteitag war er, ebenso wie Körber, Schriftführer.

lokalen Willkür, oder wir wollen den Herren nicht unrecht tun: sagen wir der lokalen Ansicht der Beamten preisgegeben. Wie der Staatsanwalt wünscht, so geschieht es. Das ist noch nicht alles: sondern es hängt davon ab, auch wie der einzelne Staatsanwalt in jedem einzelnen Augenblick seines Lebens es auffaßt. Ein Beispiel. Es gibt hunderte Dinge, die in Wien unter dem Ausnahmszustand gedruckt, in Brünn, Proßnitz, Prag konfisziert wurden — das sind verschiedene Personen. Aber d i e s e l b e n Dinge, in Wien gedruckt, einige Zeit darauf wieder, wurden konfisziert — eines liegt mir sehr nahe: vor vier Wochen war ein Fest im Arbeiterbildungsverein in Wien, ein Programm wurde gedruckt, darin ein Lied das nicht beanstandet wurde. Dies wurde in der letzten Nummer der Beilage der „Gleichheit" von uns gedruckt und von demselben Staatsanwalt konfisziert. Also nicht nur, wie die verschiedenen Männer denken, sondern wie sie aufgelegt sind, ich möchte sagen, wie sie im entsprechenden Augenblick ihre Ansicht gebildet haben, ist entscheidend. Motive gibt es natürlich für alles; es wird motiviert: Rücksicht auf das Publikum. Was für ein Fest erlaubt sein mag, kann noch nicht für alle Leser der „Gleichheit" erlaubt sein. Mein Gehirn sieht das nicht als Begründung ein, aber ich habe wahrscheinlich eben kein Talent zum Staatsanwalt. So steht es bei uns mit der Presse. Wir wollen nicht einzelne Abänderungen der Gesetze, sondern die Beseitigung derselben. Die Garantierung unserer Preßfreiheit ist nur eine Umschreibung der Einschränkung derselben, ebensowie es beim Versammlungsgesetz der Fall ist: Das ist eine Auslieferung des Versammlungsgesetzes. Also wenn wir davon sprechen, können wir nur sagen: die H e r s t e l l u n g des Versammlungsrechtes durch Aufhebung unserer Gesetze ist das einzig Logische.

Über das Wahlrecht wurde gestern so viel gesprochen, daß ich mich jedes Worts enthalte. Ein Genosse aus Klagenfurt (A d e n a u) sagte gestern: entweder — oder; entweder muß man es als Menschenrecht oder überhaupt nicht verlangen; „ohne Klausel" sagte er. Wenn wir sagen: „als wichtigstes Mittel der Agitation und Organisation", nannte er das eine Klausel. Dem widerspreche ich. Daß das politische Wahlrecht gleich allen anderen politischen Rechten etwas auch dem Staatsbürger — was eine ziemlich untergeordnete Klasse von Menschen ist — also nicht allen Menschen — ein Staatsbürger ist ein ganz unentwickelter Mensch — Gebührendes ist, und zwar von vornherein, ohne Begründung — das wurde stets gesagt und auch hier werden wir sagen: jede Einschränkung der Freiheit der Meinungen... ist verwerflich. Klarer können wir das nicht ausdrücken.

Aber auch über den W e r t der Rechte ist ein Urteil abzugeben nötig und wie sie anzuwenden sind, um so mehr notwendig, als gerade in diesem Punkt eine Unklarheit, die zu Streit und Zwiespalt führte, vorhanden war. Also wir müßten hier, während niemand zweifelt, warum wir Preß- und Versammlungsfreiheit verlangen, vermeiden, glauben zu machen, daß wir noch in der

Überschätzung des Wahlrechts befangen sind, wie es zu den Zeiten Lassalles und Oberwinders gewesen ist. Um klar zu sagen, daß wir das politische Wahlrecht nicht als ausschließliches Mittel politischer Taktik ansehen, daß wir außerdem über den Parlamentarismus uns durchaus keine Illusionen machen — darum ist das hier so gefaßt worden. Es ist also keine Klausel zum Recht, sondern zur Auffassung, die man sich etwa bilden könnte mit Rücksicht auf die Parteigeschichte. Das ist meine Antwort an Adenau.

Über die Rechtspflege sprach ich schon. Ein Passus ist noch hier:

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

Darüber sind wir ja alle einig. Welcher Mensch dem andern 10 Kreuzer wegnimmt oder den unerheblichsten, unwichtigsten Besitz, wird als gemeiner Verbrecher eingesperrt und genießt die Verachtung der ganzen Gesellschaft, und hätte er es unter der größten Not getan. Diejenigen aber, die nicht aus Not, sondern entweder weil sie glauben, sich dadurch persönliche Vorteile zu erringen, weil sie etwa glauben, sich beliebt zu machen, nicht einzelne Menschen, sondern ganze Bevölkerungen wider Recht und Gesetz, ja selbst wider diese spezifisch österreichischen Gesetze, ihrer Rechte berauben — diejenigen sind jederzeit vollständig straflos, und da mögen nun Gerichtshöfe und Instanzen kommen wie immer — ich habe noch nie gehört, daß ein Beamter wegen mißbräuchlicher Anwendung unserer Grundgesetze verurteilt oder auch nur angeklagt wurde — das gibt es nicht. Ich habe gehört, daß Beamte, die zu „lax" waren, die das Versammlungsrecht ernst nahmen, versetzt werden, um andern Platz zu machen, die die Dinge besser verstehen im Sinne der Behörden. Daß aber dort, wo ausdrücklich durch die Rekurserledigung erklärt wurde, hier ist das Gesetz verletzt worden, daß der Beamte, welcher den Leuten einen irreparablen Schaden zugefügt hat, wofür eine Entschädigung überhaupt nicht mehr möglich ist, daß dieser Beamte irgendwie gestraft wurde, davon habe ich nichts gehört — im Gegenteil, er ist immer höher gestiegen. Ich glaube, ich brauche keinen Namen zu nennen, er schwebt Ihnen allen auf den Lippen. (Rufe: Frankl!)

Wir wissen sehr gut, daß diese Resolution nicht sofort ein Gesetz zur Folge haben wird, aber wir halten uns verpflichtet, unsere Meinung darüber auszusprechen, zu sagen, wie dieses Vorgehen zu beurteilen ist. Wir stehen alle nicht auf dem Standpunkt der Parteien der Bourgeoisie, die auf der Welt nur das persönliche Eigentum kennen; um dieses zu schützen, sind alle Behörden und Gesetze, alle Beamten und Gendarmen noch zu wenig. Alles andere ist ihnen gleichgültig, die Unabhängigkeit der Person, das Recht auf die freie Meinungsäußerung sind alle nicht so viel wert, als 10 Kreuzer oder ein Stück Brot, das einem weggenommen wird.

Und daher werden die Besitzenden die Freiheiten, die sie selbst weggeworfen haben, nie höher taxieren und sie nie mit dem Schutze versehen, welchen wir verlangen. Unsere Absicht mit diesen Resolutionen ist eben nur, Klarheit zu verbreiten und die Sache so darzulegen, wie wir sie verstehen, die Folgen mögen kommen! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schlußwort:

Dr. Adler (Wien): Genossen! Ich habe früher meine Redezeit ungebührlich ausgenützt, und ich werde darum sehr kurz sein müssen. Ich möchte an die letzten Worte des letzten Redners*) anschließen. Er hat gesagt, die Bourgeoisie ist feig geworden. Das ist richtig, aber die Sache hat noch eine andere Seite. Die Bourgeoisie hat die Freiheit und überhaupt die politischen Rechte, ohne es zu wissen, genau so angesehen wie wir, als Mittel des Kampfes, sie hat alle politischen Rechte gebraucht, um zur Herrschaft zu gelangen, und sie ist auch vermittels der Ausübung der politischen Rechte zur Herrschaft gelangt. Heute hat sie die Herrschaft, nun zieht sie die Leiter weg, es soll niemand mehr nach hinauf. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!)

So ist die Sache, und gerade weil es so ist, gibt uns die Bourgeoisie das Beispiel, wie wir vorgehen müssen. Wir brauchen die politischen Rechte für unseren Emanzipationskampf, genau so wie sie die Bourgeoisie gebraucht hat. Die politischen Rechte bedeuten aber für uns nicht das Ziel, ebensowenig wie für die Bourgeoisie. Diese hatte ein ökonomisches Ziel, und ein solches haben auch wir. (Bravo! Sehr richtig!) Nur ein Unterschied besteht, wir haben hinter uns die Leiter nicht mehr wegzuziehen, weil, wenn wir oben sind, es dann niemanden mehr unten gibt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nun möchte ich aber noch einiges, was in der Debatte vorgekommen ist, berühren. Es wurden Beispiele angeführt, die höchst belehrend sind, und eines Kommentars wohl nicht bedürfen. Nur eines möchte ich hinzufügen. In Alt-Rohlau wurde ein Fachverein der Porzellanarbeiter gegründet. Die Gründer wurden als Geheimbündler angeklagt, weil sie eine geheime Organisation (Gelächter) nach den föderalistischen Prinzipien des Most in Österreich gründen. (Lebhaftes Gelächter.) Der Gerichtshof hat darüber nicht gelacht, wie Sie lachen, die diesen furchtbaren Blödsinn ermessen, der Gerichtshof ist in diesen Dingen so unwissend, daß er solche Dinge glaubt. Wir haben nicht nur gegen die Absicht, unsere Bewegung zu unterdrücken, zu kämpfen, sondern gegen die furchtbare Macht der Unwissenheit. (Sehr gut!) Es wurde auch davon gesprochen, es soll konstatiert werden, daß es nicht recht ist, wenn man unsere Bewegung als gemeingefährlich ansieht. Nun, das Wort gemeingefährlich ist ein ebenso zweideutiges Wort wie die Worte „Ruhe und Ordnung" (Heiterkeit), welche, wenn sie nicht gestört werden, am allerwenigsten existieren, wie ver-

*) Ignaz Saska (Pradl bei Innsbruck).

schiedene Ausdrücke unseres Strafgesetzes überhaupt. Ja, was heißt denn gemeingefährlich? Wörtlich heißt es gefährlich für die Gemeinschaft. Nun frage ich, welches ist denn die Gemeinschaft, die wir gefährden wollen? Wir sind ja die einzigen, die für die Gemeinschaft eintreten und für sie kämpfen (Lebhafter Beifall), und unsere Gegner sind diejenigen, die die Gemeinschaft gefährden (Sehr gut!), die sie nicht nur gefährden, sondern heute in Fesseln halten, die sie ausbeuten in allen ökonomischen und politischen Einrichtungen, die nur zu dem Zwecke geschaffen sind, um die Gemeinschaft des Volkes in Ketten zu halten, nur um dieses zu gefährden, und wenn es nun eine Gefahr für die Gemeinschaft des Volkes gibt, so geht sie nur aus von den heutigen Einrichtungen und von denjenigen, die sie halten. (Sehr richtig!) Gemeingefährlich aber in dem Sinne zu sein, daß wir diejenigen, die diese Gemeinschaft des Volkes nicht leben und sich nicht entwickeln lassen, bekämpfen, werden wir nie aufhören. (Sehr gut!) Unsere ganze Existenzberechtigung beruht darauf. Wir wären unwürdig, Sozialdemokraten zu sein, wenn wir uns nicht selbst dafür halten würden. (Bravo!) Damit ist nicht gesagt, daß jeder einzelne Sozialdemokrat gemeingefährlich im Sinne des Strafgesetzes ist.

Es ist eine merkwürdige Erscheinung nicht nur in unserem Lande, daß wir gerade diejenigen sein müssen, die die Vertreter der Gesetze fortwährend auf ihre eigenen Gesetze verweisen müssen. Wir verlangen das Wohlwollen der Behörden nicht und wir verlangen das Wohlwollen der Regierung nicht. Ihre ganze Sozialreform schenken wir ihr in Bausch und Bogen. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!) Wir verlangen einzig, und das dürfen wir verlangen, daß sie ihre eigenen Gesetze hält. (Richtig!) Wir verlangen nur, daß sie uns so behandelt, wie sie vorgibt, daß wir behandelt werden müssen. Weiter gar nichts. Man sollte glauben, das ist sehr bescheiden, aber es ist sehr unbescheiden, es ist zu viel. Warum? Weil unsere heutigen Machthaber sich nicht getrauen, prinzipiell und klar auszusprechen, wie sie uns eigentlich behandeln wollen. (Sehr gut!) Sie wollen uns ersticken, ohne es zu sagen, sie wollen uns mißhandeln, aber man soll nicht wissen, wer es getan hat. (Bravo! Bravo! Sehr gut!) Es soll alles im Namen des Gesetzes geschehen. (Sehr gut!) Gut, dann bitten wir aber, haltet euch an dieses Gesetz. Das ist das einzige, was wir wollen.

Es wurde hier gesagt, wir haben weder von den Liberalen noch von den Konservativen etwas zu erwarten. Ich glaube, der heutige Parteitag zeigt am besten, wie wir über die Strömungen der Bourgeoisie denken. Wir wissen ganz genau, daß die besitzenden Klassen gegen die unteren Klassen eine abgeschlossene kompakte Masse bilden und, weil sie die Besitzenden sind, reaktionäre Masse sind. (Richtig!) Die Parteiungen, die unter ihnen entstehen, sind, wie schon ein Vorredner richtig gesagt hat, entweder ein Streit um Ämter oder der Streit um den politischen Einfluß, der zur Erwerbung ökonomischer Vorteile ausgenützt

werden soll. (Sehr gut!) Aber im übrigen handelt es sich bei ihrem Streite nur darum, wer die Arbeiterklasse ausbeuten soll, sie wollen es beide. (Sehr richtig!) Wir können also gar keinen Grund haben, die einen oder andern zu bevorzugen. Wenn wir überhaupt eine Wahl zu treffen haben, so könnte es nur aus einem Grunde geschehen.

Die Besitzenden können sich eben gar nicht ausleben, sie können ihre Herrschaft nicht ausüben, ohne ihre eigenen Totengräber zu erzeugen, ohne das Proletariat bis zu einem gewissen Grade aufzuklären und physisch zu erhalten. Insofern dieses Interesse parallel mit den Interessen der Bourgeoisie und des Grundbesitzes läuft, muß jede Partei in bezug auf kleine Prinzipien mit uns dieselben Interessen haben. Nun wird von einer Seite innerhalb unserer Partei gesagt, wenn die Bourgeoisie für ihre Interessen die Arbeiterschutzgesetzgebung braucht, so ist das ein Zeichen dafür, daß diese Gesetzgebung für uns schlecht ist. Das ist ein Irrtum. Die Bourgeoisie tut das wider ihre Einsicht, soweit sie eine hat, sie tut es notgedrungen, weil sie wirtschaftlich und politisch gar nicht leben kann, ohne es zu tun, und sie muß die Entwicklung der Arbeiterklasse fördern. Sie tut es widerwillig, und sie zieht alles zurück, wo sie nur kann. Das beweist unsere heutige Debatte. Wir haben aber auch keine Ursache, dem gegenwärtigen Regime zuzujubeln. Es hat ein Redner gesagt: Wir haben gar nichts gegen das Regiment Taaffe. Damit wollte der Redner, ich bin davon überzeugt, nichts anderes erklären, als daß uns das Regiment Taaffe genau so feindlich gegenübersteht, wie wir überzeugt sind, daß uns ein jedes andere Bourgeoisregiment gegenüberstehen würde. (Rufe: So haben wir das auch aufgefaßt!) Ich lege aber doch Wert darauf, das zu betonen, denn wir sind hier nicht allein, unsere Verhandlungen dringen in die Öffentlichkeit und werden von Leuten gelesen, die nicht unsere Genossen, die unwissend sind, und daher ist es nötig, das klarzustellen. Wir kämpfen nicht gegen die Regierung Taaffe, weil uns gerade diese Regierung besonders unangenehm wäre, sondern weil wir gegen alle Bourgeoisregierungen kämpfen, wir nehmen die eine oder andere davon nicht aus. Wir hätten aber gar keine Ursache, gerade diesem Ministerium ein besonderes Wohlwollen zu widmen, denn die Zustände, die in Österreich heute uns gegenüber herrschen, sind, wenn sie auch von den liberalen Regierungen angebahnt und von denselben dafür die gesetzlichen und juristischen Formen und Vorbedingungen geschaffen wurden, durchgeführt, in allen Einzelheiten ausgearbeitet und in ein feines systematisches Netz gebracht erst unter dem heute regierenden Ministerium. Ehre, wem Ehre gebührt! (Bravo! Bravo!)

Ich bin zu Ende. Unsere Verhandlungen haben klar gezeigt, was heute in Österreich politisch vorliegt, warum wir politische Rechte brauchen, und ich möchte das auch noch hinzufügen: daß wir nicht gewillt sind, etwas Weiteres zur Aufklärung der Regierungen zu tun. Wir sind nicht gewillt, noch wie in der Jugendzeit — wir waren Kin-

der, sagte ein Redner — unser Ministerium und Abgeordnetenhaus mit Petitionen zu behelligen, Resolutionen ins Haus zu schicken — — diese Dinge sind vorbei. Wir wissen, was wir voneinander gegenseitig zu halten haben, wir rechnen nicht auf Liebe und bringen ihnen keine Liebe entgegen. Wir verlassen uns im ganzen Kampf nur auf uns. Nur für uns, nur für die Entwicklung unserer Partei brauchen wir die politische Bewegungsfreiheit, und die Herren sollen nie sagen, daß wir sie irreführten. Wir sagen klar: wir wollen die Rechte, um die sozialdemokratische Propaganda ungehindert betreiben zu können. Daß wir von einem höheren Standpunkt erklären, die Bewegungsfreiheit und ungehinderte Propaganda liegt auch im Interesse der Herrschenden, das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl, wenn Sie wollen, aber beachtet wird er nicht werden. (Sehr gut!) Wenn diese Resolution, die wir hier gefaßt haben, in die Öffentlichkeit dringen wird — das ist ihr Zweck, darum sind wir hier — dann soll unter den Parteigenossen das Bewußtsein entstehen, daß die Sozialdemokratie in Österreich sich vollständig klar ist über die Tragweite dessen, was sie will; das ist unsere Absicht*). (Beifall.)

## Unser Parteitag und die Presse.

„Gleichheit" vom 12. Jänner 1889.

v. a. Die Einberufer des Parteitages hatten dafür gesorgt, daß allen irgendwie verbreiteten Blättern kurzgefaßte, nur Tatsachen mitteilende Berichte zugingen, welche vor allem die gefaßten Beschlüsse im vollen Wortlaut enthielten. Da ist es denn bemerkenswert, wie sich die verschiedenen Bourgeoisblätter dazu verhielten. Das fühlen sie alle, der Parteitag war ein viel zu bedeutungsvolles Ereignis, um es totschweigen zu können, wie sie es sonst mit allem tun, was ihnen nicht in den Kram paßt. So suchte sich denn jedes in seiner Weise damit abzufinden.

Die liberalen Blätter unterschlugen einfach in ihrer Mehrzahl den wichtigsten Teil unserer „Prinzipienerklärung", welcher den „Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes" als unser Ziel hinstellt. Die Aufzählung der Agitationsmittel wurde dann abgedruckt und mit einer ziemlich wohlwollenden Sauce versehen mit gelinden Vorwürfen über die ablehnende Haltung gegenüber den Liberalen. Diese Punkte stehen nämlich fast durchwegs in ihrem eigenen Programm, das sie freilich längst verraten und verkauft haben. Wir verlangen von der Bourgeoisie nicht, sie soll Sozialismus sein; wir begnügen uns damit, sie auf ihr eigenes Programm festzunageln. Das genügt uns, den Rest wird das Proletariat selbst besorgen. —

Zum „Wohlwollen" haben aber die Liberalen ihre guten Gründe. Sie haben nämlich eine geradezu komische Furcht vor den Klein-

*) Die Resolution wurde dann einstimmig angenommen.

bürgern, den Antisemiten und Zünftlern, und in ihrer Angst klammern sie sich an alles, was Mut und Kraft hat, vor allem an die Arbeiter. Dabei fällt ihnen natürlich nicht ein, ihnen ernstliche Konzessionen zu machen, welche vor allem Konzessionen an ihr eigenes Programm: „Freiheit der Meinungsäußerung" wären. Aber darauf dürfen wir uns wohl gefaßt machen, daß die Herren Liberalen in nächster Zeit noch ganz andere Leimruten ausstecken werden als Plenersche „Arbeiterkammern" und ähnliches Spielzeug. Fehlen zum Glück nur die Gimpel!!

Ganz und gar aus dem Häuschen ist aber die feudale und antisemitische Presse. Es ist ihnen auch nicht gar zu sehr übel zu nehmen. Plagt sich da so mancher hochgeborene und hochwürdige Herr und so mancher wohllöbliche „Meister" jahraus, jahrein ab damit, das „jüdische Großkapital" zu bekämpfen, und für die „ehrlich produzierenden Stände" einzutreten, und da kommen auf einmal die „ehrlich Produzierenden" selber, die Arbeiter, die alles produzieren, und sprechen einfach aber deutlich ihre Meinung und ihren Willen aus: alle Ausbeutung zu beseitigen, ohne für die hochfürstliche oder „ehrbarmeisterliche" Ausbeutung auch nur die geringste Ausnahme zu machen. Zudem wollen die Leute nicht nur Futter, was ihnen die „Sozialisten" in Kutte und Wams vielleicht noch gönnen würden, sondern sie verlangen volles, menschliches Dasein, alle Güter, die der Menschheit eigen, vor allem auch die geistigen des Wissens und der Bildung.

Das ist denn freilich um aus der Haut zu fahren, und wo nicht viel Verstand ist, kann das bißchen darüber auch noch flöten gehen. Da wird nun in blinder Wut Unsinn zusammengedroschen und gelogen, daß es eine Art hat. Wer so einen Artikel über den Parteitag, wie ihn beispielsweise das „Vaterland"*) am 10. Jänner oder wie ihn wiederholt das „Deutsche Volksblatt" zum besten gegeben hat, lesen kann, ohne hell aufzulachen, besitzt ungewöhnliche Selbstüberwindung. Eine solche Häufung von Lügen, dicht nebeneinanderstehenden Widersprüchen und plattem Unsinn gehört wirk-

*) Das „Vaterland" war das Organ der Feudalen und des hohen Klerus. 1875 hatte Graf Leo Thun den Mecklenburger Karl v. Vogelsang zur Leitung des Blattes gewonnen, der hier sowie seit 1879 auch in der von ihm gegründeten „Österreichischen Monatsschrift für christliche Sozialreform" seine sozialen Lehren propagierte, die ihm die Beinamen des „Theoretikers des christlichen Sozialismus" und des „Sozialisten der organischen Gesellschaftsauffassung" verschafften. Die ersten Führer der Christlichsozialen, Liechtenstein, Lueger, Scheicher, nannten sich seine Schüler. Er hatte auch ein paar Arbeiter aus den Gesellenvereinen gewonnen, zu denen auch der Bildhauer Karl Blaschek, ein ehemaliger Sozialdemokrat, stieß. Dieser war bis Ende der neunziger Jahre Redakteur des „Vaterland". Das „Deutsche Volksblatt" war eben am Anfang des Jahres 1889 von Ernst Vergani als großes, antisemitisches Tagblatt gegründet worden. Vergani, der damals noch Mitglied des Deutschnationalen Verbandes im Abgeordnetenhaus war, leitete das Blatt anfangs in deutschnationalem Sinne, fand aber bald Anlehnung an die Christlichsozialen, deren Hauptorgan das Blatt dann auch noch lange nach der Gründung der „Reichspost" blieb.

lich zu den Raritäten. Natürlich das alte Rezept! Ist ein Jude dabei? Her mit ihm! und nun wird auf ihn losgedroschen. Daß man dabei, wie das alle Antisemiten tun, den „Juden" kolossal überschätzt, versteht sich von selbst. Die Angst der Juden vor den Antisemiten kennt ihresgleichen nur — in der Angst der Antisemiten vor den Juden. Und wenn den Herren nicht nur die Gründe, sondern sogar auch schon die Worte ausgegangen sind, so begnügen sie sich schließlich mit dem „Hep, Hep!" des antisemitischen Papageis.

Diesmal ist der Prügeljude der ehrenwerten Herren natürlich Dr. Adler. Wie schlau sie seine Situation in der Partei zu beurteilen wissen, geht aus der Angabe des „Vaterland" hervor, er habe den Parteitag „provoziert", um den „immer mehr und mehr anschwellenden Einfluß der Londoner Marxisten zu schwächen". O, du Teufelskerl von einem Tintenkuli, wo hast du das her? Das ist schon nicht mehr Blaschek, der Mensch war wenigstens einmal Sozialdemokrat, und ein solcher kann so dumm nie mehr werden und wäre er zehnmal Überläufer.

Aber neben den Dummheiten stehen auch kleine aber nette Perfidien. So die Lüge, der Parteitag habe, „statt das Arbeiterwohl zu beraten, sich damit beschäftigt, donnernde Resolutionen gegen das Christentum und die christliche Schule zu fassen". Von den etwa fünfundzwanzig Stunden, welche die Sitzungen des Parteitages in Anspruch nahmen, waren der Schule kaum zwei gewidmet. Gewiß viel zu wenig; aber die Fragen, worüber eine Meinungsverschiedenheit nicht vorhanden, eine Diskussion somit weniger nötig war, mußten naturgemäß in den Hintergrund treten. Daß aber das „Vaterland" uns den alten Stockbourgeois und überdies Juden Jules Simon als „sozialistisch angehauchten Gelehrten" aufspielt und ihn die konfessionelle Schule empfehlen läßt, ist freilich schon mehr Pech als Dummheit. Jules Simon ist genau wie alle heuchlerischen Vertreter der Ausbeutung, Juden wie Christen, wie das „Vaterland" selber, sozialistisch nicht angehaucht, sondern angeheuchelt.

Eine andere kleine Perfidie: Das Blatt, welches vor wenigen Tagen seine Lieblingsbehauptung wiederholt hat: „Ausnahmsgesetze sind mitunter nicht wohl zu vermeiden", dasselbe „Vaterland" ist sehr unzufrieden damit, daß die Teilnehmer des Parteitages nicht von „zur Partei gehörigen Körperschaften gewählt und mit Mandaten ausgestattet waren". Natürlich, wären wir „Delegierte" gewesen, so hätte dieser Schutzpatron aller Zwangsgesetze auf jene „weitverzweigte geheime Verbindung" hingewiesen und die Prager Richter und Herr von Holzinger hätten das weitere besorgt. Nun, dem „Vaterland" kann geholfen werden; heute hat es ja Macht und Einfluß im Staate. Möge es den Wegfall der Geheimbundparagraphen und die Reform unseres Vereinsgesetzes durchsetzen, möge es uns nur zu der Bewegungsfreiheit verhelfen, welche die Severinusbrüder und die katholischen Gesellenvereinler haben, so wollen wir ihm demnächst einen Parteitag mit Delegierten und Mandaten abhalten, daß ihm das Herz im

Leibe lachen soll. Bis dahin aber, haben wir viel mehr Respekt vor seiner Denunziation als Verlangen nach seiner Anerkennung.

Wir denken, unsere Leser haben an den Proben genug. Wir haben sie beigebracht, um zu zeigen, wie weit diese Leute ihre blinde Wut treibt. Je mehr sie sich aber ärgern, um so mehr wissen wir, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

So verrät die Presse, wie beide Parteien, Liberale wie Reaktionäre, „Juden und Christen", gleichmäßig Lust haben, die Arbeiter für ihre besonderen Zwecke zu mißbrauchen und empört darüber sind, daß das nicht gelingen will. Und dabei wird es bleiben. Die Arbeiter Österreichs wollen weder „jüdische" noch „christliche" Ausbeutung und werden sich weder für noch gegen die Juden als Sturmböcke gebrauchen lassen. Mögen die Herren Ausbeuter ihren Streit untereinander ausfechten!

# Nach Hainfeld.

## Die Schwenderversammlung vom 12. Mai 1889*).

„Gleichheit" vom 17. Mai 1889.

Ich möchte, an die Worte meines Vorredners anknüpfend, Ihnen klarlegen, wozu wir politische Rechte brauchen, und Ihnen hernach sagen, welche wir von diesen Rechten haben.

Wir brauchen politische Rechte. Die Entwicklung unsrer heutigen Produktionsweise nach abwärts, welche unvermeidlich mit Riesenschritten immer schneller und schneller dem Abgrund zuführt, ist

*) Diese Versammlung in Schwenders Florasaal war von großer Bedeutung in der Geschichte der Partei. Bot sie doch den Vorwand für die Polizei, den Verein „Wahrheit", der das politische Zentrum der Wiener Sozialdemokratie darstellte, aufzulösen. Schon lange hatte die Polizei die Tätigkeit des Vereines zu behindern gesucht. Sie gestattete seine Versammlungen nur „mit Ausschluß der Öffentlichkeit", nämlich nur unter der Bedingung, daß bloß geladene Gäste zugelassen würden und daß der Polizei vor der Versammlung eine Liste der Geladenen vorgelegt werde. An der Tür wurden dann die Geladenen von Detektiven empfangen, die die Karten genau mit der Liste verglichen. Um nun den Beweis zu führen, daß sich die Arbeiter dadurch nicht einschüchtern lassen und daß jeder einzelne auch bereit sei, mit seiner Person und seinem Namen einzustehen, wurde nun die Massenversammlung zum Schwender einberufen. Mehr als 4000 Genossen, auch einige hundert Frauen, ließen sich in die Listen einzeichnen, die dann der Polizei übergeben wurden. Schon am Tage zuvor hatte die Polizei dem Obmann des Vereines Ferdinand Leißner mitgeteilt, daß sie auf die Kontrolle verzichte und die Karten durch die Ordner abgenommen werden könnten, sowie daß sie von der üblichen Entwicklung der bewaffneten Macht Abstand nehmen wolle. Über 3000 Personen — so berichtete die „Gleichheit" — drängten sich in den Florasaal, um sich offen als Sozialdemokraten zu bekennen und gegen die Behandlung der Arbeiterpartei energischen Protest einzulegen. Nicht alle fanden allerdings im Saale Platz.

In der Versammlung sprachen Pokorny, Adler, Kautsky, Gollein und Becker.

Drei Tage nach der Versammlung — am 15. Mai — wurde der Verein „Wahrheit" aufgelöst, weil er in seinen Versammlungen — und das treffe besonders auf die letzte Versammlung zu — eine agitatorische Tätigkeit in sozialistischem Sinne entwickle, welche geeignet sei, die öffentliche Sicherheit und die gesellschaftliche Ordnung zu gefährden. Das war allerdings nur der erste Streich. Am 26. Juni wurde auf Grund des Ausnahms-

vollständig unabhängig von Rechten, die man uns gewähren oder nicht gewähren will. Die heutige Gesellschaft produziert sich ihren Todfeind und Untergang selbst. Sie ist nicht in der Lage Mehrwert einzuheimsen, die Produktionsmittel der ganzen Welt an sich zu reißen, das Arbeitsprodukt der gesamten Arbeiterschaft an sich zu reißen, ohne ein immer mehr anwachsendes Proletariat zu erzeugen (Sehr richtig!), ein Proletariat, welches an Zahl und damit auch an Kraft wächst. (Sehr richtig!)

Gerade die letzten Jahre, und ich möchte sagen die letzten Monate und Wochen, haben mehr als vergangene Perioden gezeigt, wie unfähig die heute herrschende Klasse bereits geworden ist, die Situation zu beherrschen. Die Arbeiterfrage beherrscht die Politik. Wer hätte jemals daran geglaubt, daß angesichts der großartigen politischen und diplomatischen Ereignisse, wo es sich um die orientalische Frage, um einen Thronwechsel in Holland, um die russische Gefahr und um eine anzutretende diplomatische Reise des deutschen Kaisers handelt, die Welt in diesem Momente nichts Wichtigeres zu tun haben werde als sich zu fragen, ob die rheinischen Bergarbeiter*) wohl ihre 15prozentige Lohnerhöhung erhalten werden oder nicht. Trotzdem ist diese Frage heute die wichtigste politische Frage. Die Besitzer der rheinischen Gruben

---

gesetzes auch die „Gleichheit" eingestellt, am 27. Juni Adler vom Ausnahmsgericht zu vier Monaten strengen Arrests verurteilt.

Aber statt der „Wahrheit" wurde der politische Verein „Gleichheit" und in Ottakring der Verein „Apollo" gegründet, und statt der „Gleichheit" erschien schon am 12. Juli die „Arbeiter-Zeitung" — das Urteil gegen Adler war das letzte Urteil dieses zur Bekämpfung des „Anarchismus" eingesetzten Gerichtes. Am 31. Juli 1889 erlosch die Gültigkeit der Verordnung über die Einstellung der Geschwornengerichte, die vom Parlament nicht mehr genehmigt worden war, und am 9. Juni 1891 wurde der Ausnahmszustand aufgehoben.

*) Im Jahre 1888 hatte in Deutschland, aber auch im übrigen Europa, eine außerordentlich günstige Konjunktur eingesetzt und damit ein Anschwellen des Machtbewußtseins der Arbeiter. Das äußerte sich in großen Streiks namentlich der bisher von der Arbeiterbewegung nicht erfaßten Schichten: im Dockerstreik in England und im Bergarbeiterstreik in Deutschland. Mitte Mai 1889 streikten in Rheinland-Westfalen bereits 90.000, im übrigen Deutschland 40.000 Bergarbeiter. Die westfälischen Bergleute schickten nun eine Deputation, bestehend aus ihren Führern Schröder, Bunte und Siegel, nach Berlin, um die Hilfe des jungen Kaisers Wilhelm II., der am 15. Juni 1888 den Thron bestiegen hatte, anzurufen. Der Kaiser versprach, die Forderungen der Streikenden zu prüfen, doch müsse er ihnen sein Wohlwollen versagen, wenn sich sozialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen sollten; in diesem Falle müßte er mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten, denn jeder Sozialdemokrat sei für ihn ein Kaiser- und Vaterlandsfeind.

Diese Kaiserdeputation war gewiß ein Auskunftsmittel des Indifferentismus, ebenso wie im Jahre 1890 die Feldmesse der Ostrauer Bergarbeiter am 1. Mai, aber doch ging von beiden eine mächtige Wirkung aus. Beides war das erste Erwachen des Klassenbewußtseins der bis dahin unter klerikalem Einfluß stehenden Bergarbeiter. Der Führer der Kaiserdeputation, Ludwig Schröder, der erste Vorsitzende des Bergarbeiter-

haben es in zwei Jahre zuwege gebracht, nicht durch eigenes Verdienst, sondern durch die veränderte Lage des Weltmarktes, daß sie ein Arbeitsprodukt an Kohle oder Koks, welches sie vor diesen zwei Jahren um 70 Mark angebracht haben, jetzt zu 120 Mk. anbringen. Dagegen läßt sich nichts sagen, denn die höchste Moral der Bourgeoisie ist: billig einkaufen und hoch verkaufen. Die Sache ist also insoweit ganz moralisch. Aber vor dieser Periode des Ansteigens der Preise war eine schwere Zeit des Niederganges auf diesem Gebiet. Die Löhne in diesem Revier wurden heruntergedrückt, weiter heruntergedrückt als notwendig war. Man sagt: Ja, die niedrigen Preise, bei 70 Mk. können wir nicht mehr Lohn zahlen, denn auch beim Ankauf von Arbeitskraft heißt es: billiger Einkauf ist die höchste Moral. Die rheinischen Arbeiter ließen die Löhne herunterdrücken, weil sie verkaufen mußten, wenn sie nicht verhungern wollten. Nun ist der Wert des Produkts um nahezu 100 Prozent, genau gerechnet um 80 Prozent gestiegen, die Arbeiter verlangen den minimalen Anteil an der Wertsteigerung des Produkts, welches sie hervorgebracht haben, eine Lohnerhöhung von 15 Prozent, und das wird ihnen verweigert und heute berät man in Berlin darüber, ob der Belagerungszustand

---

verbandes, wurde im Jahre 1895 das Opfer der schuftigen Meineidsjustiz. Er hatte in einem Ehrenbeleidigungsprozeß gegen den Bergarbeiter Markgraf beschworen, der Gendarm Münster habe ihn, Schröder, bei einer Versammlung gestoßen und zu Fall gebracht. Der Staatsanwalt ließ ihn darauf wegen Meineid verhaften. Der Meineid wurde darin gesehen, daß Münster als Zeuge sagte, er habe den Schröder gepackt, während Schröder und sechs andere Bergarbeiter erklärten, der Gendarm habe ihn gestoßen. Deshalb wurden die sieben Bergleute angeklagt und zu 18½ Jahren Zuchthaus und einem halben Jahre Gefängnis verurteilt. Schröder selbst erhielt 2½ Jahre Zuchthaus, die andern drei bis 3½ Jahre Zuchthaus, einer sechs Monate Gefängnis. Alle diese Strafen wurden von den Verurteilten auch verbüßt. Aber im Jahre 1908 kam in einem Ehrenbeleidigungsprozeß des Münster gegen den sozialdemokratischen Redakteur Hofrichter in Köln auf, daß Münster zwei Zeugen zu falschen Aussagen zu bewegen versucht hatte, und nun wurde endlich auch in dem Essener Meineidsprozeß die Wiederaufnahme des Verfahrens bewilligt. Der Prozeß begann am 30. Jänner 1911 und endete am 3. Februar mit der Feststellung, daß jene Verurteilungen zu Unrecht erfolgt seien. Sechzehn Jahre nach der Verurteilung wurden alle Angeklagten freigesprochen.

Die Frage des Thronwechsels in Holland bestand darin, daß der holländische König Wilhelm III. schon 72 Jahre alt war und nur eine minderjährige Tochter Wilhelmine als Thronerbin da war. Sie ist ihm auch im nächsten Jahre nach seinem Tode unter der Vormundschaft ihrer Mutter gefolgt.

Wichtiger waren allerdings die andern Fragen. Im August 1886 war der bulgarische Fürst Alexander von Battenberg durch eine von Rußland angezettelte Verschwörung gefangen und über die Grenze geschleppt worden. Am 7. September dankte er selbst ab, und im nächsten Jahre wurde dann Ferdinand von Koburg gewählt, der aber von Rußland erst 1896 anerkannt wurde. Das war die russische Gefahr, die durch die Revanchepläne des Generals Boulanger, der gerade bis Mai 1887 französischer Kriegsminister war, noch verstärkt wurde.

verhängt werden soll oder nicht. Aber ich mache Sie aufmerksam, daß man in dem Belagerungszustand bereits ein Haar gefunden hat. Es scheint nicht, daß man eine so große Zahl von Arbeitern — an 60.000 bis 80.000 — meint mit einer entsprechenden Anzahl von Kürassieren wie man draußen die Dragoner nennt — und Chevauxlegers, wie man draußen die Husaren nennt — auf diese Weise unterdrücken zu können. Das ist heute die wichtigste politische Frage. Ich sehe gerade aus gewissen Anzeichen, daß „man" meint, ich schweife von der Tagesordnung ab und schließe daher dieses Kapitel, um wieder auf die politischen Rechte zurückzukommen. (Heiterkeit.)

Ich habe gesagt, daß die Gesellschaft ihrer Umwandlung entgegengeht so wie so. Die private Produktionsweise ist unhaltbar so wie so. Darüber ist gar kein Zweifel. Nur um eins handelt es sich, in welchem Zustand wird der Zusammenbruch der heutigen Gesellschaftsordnung das Proletariat antreffen, wie werden die Menschen aussehen, welche die Herrschaft in die Hände nehmen sollen. Und da, glaube ich, liegt es im Interesse der großen Majorität und auch für die verschwindende Minorität ist es höchst wünschenswert, daß dieses Volk, welches heute darbt und geknebelt ist, wenn es die Verwaltung der eigenen Güter antreten soll, sich klar bewußt sei, was sein Recht ist, daß es klar die politischen Zusammenhänge zu erkennen weiß und daß es nicht in einem Zustand der physischen Verelendung und geistiger Verrohung verdummt und versumpft an dieses Ziel gelange, was, wenn die heutigen politischen Zustände andauern, ganz bestimmt geschehen muß, und ob es sich in jenem Moment um die Befreiung von Männern handeln wird oder um die Entfesselung von Sklaven. Wir wollen, daß dann die arbeitende Klasse sagen kann, wir haben unsere Emanzipation mit mühevoller und aufopfernder Arbeit erkämpft und im Kampfe gelernt, unsere weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen.

Hiezu aber verlangen wir politische Rechte und dazu brauchen wir politische Rechte.

Als ich nun daranging, mich vorzubereiten, was ich hier sagen soll, dachte ich: ich muß mir doch unsere politischen Rechte mitnehmen, damit ich sie doch hier habe. Ich habe in der Gesetzsammlung (ein Redakteur kommt ohne das ja nicht aus) den Band der Gesetze gesucht, der von unseren politischen Rechten handelt. Es ist das Strafgesetz. In dem Strafgesetz finden Sie alle unsre politischen Rechte, Sie finden das Preßgesetz, das Vereinsgesetz, das Koalitionsgesetz, usw. Ein Buchhändler hat eine feine Nase, er hat genau gewußt, wo er unsere politischen Rechte hinzutun hat. Die sogenannten Staatsgrundgesetze stehen freilich nicht in diesem Band, diese werden nur wenig gebraucht und enthalten ja nur allgemeine Redensarten. Wenn zum Beispiel dort steht: „Die freie Meinungsäußerung ist garantiert", wissen wir genau, was das Strafgesetz darüber zu sagen hat. Man bekümmert sich nicht darum. Unsere politischen Rechte haben noch eine Eigentümlichkeit

vor denen so ziemlich aller anderen Länder voraus: Alle anderen Länder haben ihre von den herrschenden Klassen gemachten Gesetze und selbst die Ausnahmsgesetze sind keine speziell österreichische Eigentümlichkeit. Aber doch eine Eigentümlichkeit haben wir: Diejenigen Gesetze, mit welchen wir geknebelt werden, sind eine liberale Errungenschaft. Das Staatsgrundgesetz wurde von den Liberalen gemacht. Heute natürlich, wo sie in der Minorität sind, jammern sie selber darüber, weil sie diese Gesetze für andere gemacht haben. Auch heute, wenn sie nach Freiheit jammern, meinen sie es nicht ernstlich. Genau so reaktionär wie sie, sind die Klerikalen und Antisemiten, es sind die einen so schlecht wie die andern. Ich bin kein besonderer Verehrer unseres Ministerpräsidenten, aber sein Humor hat wirklich etwas für sich, so sein Ausspruch vom „fortwursteln*)"; er hat aber auch die Liberalen charakterisiert. Als eine Deputation des Vereines für Fremdenverkehr hinaufkam und sich beklagte über die Antisemiten, die ihnen keine Ruhe lassen, sagte er ihnen: „Sehen Sie, wir haben eben zu viel Freiheit." Und diese Lektion haben diese Herren gründlich verdient.

Während wir alle ganz gut wissen, wie es da mit unseren Freiheiten aussieht, tut sich eine neue Partei auf, eine Partei der kleinen und ganz kleinen Bürger. Diese Partei, kann man sagen, ist direkt durch das Wahlrecht, das sie bekommen hat, zu einer politischen Bedeutung gelangt. Diese Fünfgulden-Männer**) zeigen Ihnen am besten an einem kleinen Beispiel, wie ungeheuer wertvoll das allgemeine Wahlrecht für uns sein würde. Sehen Sie, was diese Herren — und so geschickt wie die sind, sind wir auch noch — mit ihrem bißchen Wahlrecht fertiggebracht haben, wie sie es verstehen, sich hörbar zu machen und ihren Wünschen Ausdruck zu verleihen. Gelegentlich bemerkt, diese Leute sprechen auch im Volksinteresse, kämpfen angeblich für Volksrecht und doch wissen sie sehr gut, geradeso wie die Liberalen es jederzeit gewußt haben, das Volksrecht für ihre Interessen zu konfiszieren.

Nun möchte ich noch hervorheben, wie man speziell mit der sozialdemokratischen Partei umgeht. So beschränkt unsere Gesetze sind, so beschränkt die Bewegungsfreiheit ist, die das Gesetz an und für sich schon einräumt, diese Bewegungsfreiheit ist auch noch höchst ungleich verteilt. Und nun komme ich darauf zurück, dies ist eine spezifische Eigentümlichkeit der österreichischen Politik. In allen anderen Ländern weiß man, was Gesetz ist und was nicht Gesetz ist, daß das, was dem einen nicht erlaubt, auch dem anderen verboten ist! Ich spreche da nicht von wirtschaftlichen Gesetzen, denn auch in anderen Ländern heißt es: Raubzüge der großen sind erlaubt, nur die kleinen Diebe werden eingesteckt. Aber politisch besteht ein Unterschied.

*) Graf Taaffe war allerdings ein witziger Mensch. Aber das „Fortwursteln" hatte er wirklich als den Inbegriff seiner Regierungskunst geübt.

**) Im Juli 1882 wurde der Steuerzensus von zehn auf fünf Gulden herabgesetzt, wodurch die Macht vom liberalen Großbürgertum auf das klerikale Kleinbürgertum überging.

Wir haben nicht nur Staatsgrundgesetze, welche sagen: Preßfreiheit, Versammlungsrecht gilt, jeder hat das Recht, einen Verein zu bilden, jeder darf Versammlungen einberufen, soweit die öffentliche Ruhe und Ordnung nach § 6 nicht gestört ist, das heißt soweit eine Behörde nicht meint, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört ist.

Wir haben dabei die merkwürdigsten Erfahrungen gemacht. Eine Versammlung in Sternberg, die unlängst einberufen wurde, ist verboten worden hauptsächlich aus dem Grunde, weil die „lokalen Verhältnisse" es nicht erlauben (Allgemeine Heiterkeit), weil durch „lokale Verhältnisse" die Ruhe und Ordnung gefährdet sei. — „Lokale Verhältnisse" hat man schließlich überall; eine besondere Begründung ist in den Worten „lokale Verhältnisse" nicht gelegen und wenn man warten will bis die „lokalen Verhältnisse" abhanden kommen, wird man dort noch längere Zeit keine Versammlungen abhalten können. Jeder Vorwand genügt, daß Versammlungen verboten werden. Dazu haben wir noch Ausnahmsgesetze. Dieser Ausnahmszustand währt jetzt seit Anfang 1884; er besteht nur darin — etwas Positives ist absolut nicht darin gesagt —, daß dem Polizeidirektor von Wien respektive den Bezirkshauptleuten in verschiedenen Orten das absolute Recht gegeben ist, alle politischen Regungen einfach unmöglich zu machen oder unter beliebige Bedingungen zu setzen. Sie dürfen nicht vergessen was das heißt. Das heißt nicht, ihr dürft euch politisch nicht rühren, ihr dürft Versammlungen nicht abhalten, ihr dürft nicht Vereine gründen und nicht in Vereinen arbeiten, sondern das heißt: Ihr dürft Versammlungen abhalten, wenn ich will, ihr dürft Vereine gründen, wenn ich will — und wenn ich nicht will, habe ich nach dem Ausnahmsgesetz keinen Grund und auch keine Motive anzugeben. Das ist aber viel ärger, als wenn es einfach verboten wäre, denn wir haben erlebt, daß die mühevolle, jahrelange Arbeit von Leuten, die fürwahr nicht zum Spaße in Vereinen sich bewegen, einfach zunichte gemacht wurde. Die Gedankengänge eines Polizeidirektors sind unerforschlich und über aller Kritik. Bei ihm steht es, einen Verein zuzulassen oder nicht zuzulassen und wir wissen nicht, was wir von heute auf morgen zu erwarten haben. Diese Rechtsunsicherheit macht den Ausnahmszustand so unerträglich. Was will man nun mit dem Ausnahmszustand verhindern?

Er wurde eingeführt zu der Zeit, wo die Bewegung der Sozialdemokratie bis auf einen gewissen Höhepunkt gekommen war, aber da traten Handlungen einzelner ein, mit denen die Bewegung der Gesamtheit nichts gemein hatte. Mit diesen Handlungen einzelner hat man geglaubt, das Ausnahmsgesetz rechtfertigen zu können. Glauben Sie aber ja nicht, daß die Majorität zustimmte, weil sie die Begründung als richtig erkannte, sondern aus keinem anderen Beweggrund als dem der feigen Angst. Sie haben einfach Angst gehabt und jedes Mittel war ihnen recht. Diese Handlungen einzelner waren ihnen nur ein Vorwand gewesen. Hat man durch die Aus-

nahmsgesetze solche Dinge verhindern können? Man hat nur die Arbeiterorganisationen zerstört, binnen einer Woche wurden 400 Männer ausgewiesen. (Unruhe.)

Wollen Sie diese aufregende Erzählung ruhig mit anhören, wie Sie ja den Verlauf dieser Dinge ruhig mitangesehen haben. Wir wollen die Versammlung nicht gefährden, die Dinge sind überwunden, ich erwähne sie nur, damit sie die anderen nicht vergessen. Diese Männer haben aber nicht etwa etwas Ungesetzliches begangen, nein, man hat einfach die Ausschußmitglieder hergenommen und nach der Liste ausgewiesen. Ob sie zuständig waren oder nicht, das war entscheidend. Ebenso hat man die Presse zugrunde gerichtet und die Arbeiterbewegung für einen Moment zum Stehen gebracht. Es hat sich aber gezeigt, daß derartige Maßregeln ein Hindernis bilden, wie es eines ist, wenn in einen mächtigen Strom ein Felsstück stürzt, an dem sich das Wasser eine Zeitlang staut, um dann mit um so größerer Gewalt das Hindernis zu beseitigen oder seinen Lauf darüber hinwegzunehmen. Die Arbeiterschaft Österreichs hat auch unter dem Ausnahmsgesetz ihre Pflicht zu tun gelernt. Und die Ausnahmsgesetze haben übrigens ja nicht einmal die Handlungen einzelner verhindern können. Nicht einmal russische Polizei kann die Handlungen einzelner verhindern. Das Ausnahmsgesetz ist aber auch nicht fähig, die Partei zu zertrümmern, es kann nichts als verbittern, das bringt das Ausnahmsgesetz gründlich zustande. Als die Arbeit wieder angefangen wurde, indem Versammlungen einberufen wurden, mußten dies parlamentarische Personen übernehmen, weil den Arbeitern eine Versammlung wegen des Ausnahmsgesetzes nicht bewilligt wurde; Tagesordnung war seinerzeit „das Sozialistengesetz", an welches die Regierung nicht gern erinnert wird. Diese Versammlung war eine öffentliche, es mußten sie aber Parlamentsmitglieder einberufen, den Arbeitern wäre sie nicht bewilligt worden. Ein Jahr darauf waren wir bereits in der Lage eine Versammlung abzuhalten mit der Tagesordnung „Die politischen Rechte". Sie wurde gestattet (Heiterkeit), wir wissen nicht warum; es stand nur dabei „auf Grund des Ausnahmszustandes".

Die Sache ist weitergegangen. Unser Verein und eine Reihe von Wiener Vereinen haben große Versammlungen abgehalten. Es hat sich auf Grund einer allgemeinen Statistik, die allerdings nicht auf volle Genauigkeit Anspruch hat, ergeben, daß von etwa zehn angemeldeten Versammlungen ungefähr eine bewilligt wurde, und man sich also nur Mühe geben muß, soundso oft einzureichen, um eine bewilligt zu erhalten. Welche herauskommt bei der Ziehung, weiß man natürlich nicht. (Heiterkeit.)

Auf einmal ist es anders geworden. Es wäre undankbar, wenn wir vergessen wollten zweier Männer zu gedenken, die, obwohl nicht unserer Partei angehörend, im Parlament für uns eingetreten sind, Kronawetter und Pernerstorfer. (Bravo! Bravo!) Tatsächlich haben ihre Parlamentsreden Erfolge erzielt. Es ist Ihnen ja bekannt, daß wir heute nicht mehr das Glück haben, unter

der politischen Polizei des Herrn Polizeirates Frankl zu leben. Es ist das gewiß ein Verdienst dieser Reden im Parlament. Aber, sehen Sie, diese Reden haben auch eine andere Wirkung gehabt. Kronawetter und Pernerstorfer haben im Parlament gefragt: warum werden Versammlungen verboten? Und da ist es in der letzten Sitzung, die sich mit dieser Frage beschäftigt hat, dem Herrn Polizeidirektor endlich zur Klarheit gekommen, warum er diese Versammlungen verboten hat. Er hat gesagt, daß „auf Grund des Ausnahmsgesetzes allgemein zugängliche Versammlungen im Ausnahmsgebiet überhaupt unzulässig sind".

Wenn man im Gesetz nachschlägt, ist das vollständig wahr. Im Gesetz steht das nämlich wirklich darin. Wir wollen ja gewiß nicht sagen, daß der Herr Polizeidirektor mit diesem Vorgehen — Gott behüte — eine ungesetzliche Handlung begeht. Es ist alles vollständig in Ordnung. Das Ausnahmsgesetz hat die Wirkung, daß öffentliche Versammlungen auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes überhaupt nicht stattzufinden haben und daß Versammlungen und Sitzungen von Vereinen von gewissen Bedingungen abhängig gemacht werden können. Der Herr Polizeidirektor hat vollständig recht gehabt und es scheint, daß dieses Gesetz, welches die Abhaltung von allgemein zugänglichen Versammlungen verbietet, das einzige Staatsgrundgesetz ist, welches in Hinkunft streng gehalten werden soll. Demgegenüber steht unsere Erfahrung, daß bereits früher solche allgemein zugängliche Versammlungen erlaubt wurden und daß auch heute noch derartige Versammlungen erlaubt werden, freilich nicht den Arbeitern. Sie wissen, daß wir allen Sklaven die Befreiung wünschen, neben den weißen Sklaven, wenn die Reihe an sie kommt — auch den schwarzen Sklaven. Allerdings haben wir zunächst im Inland noch viel zu tun. Ich sage das nicht aus Neid oder weil ich jene Versammlung angreifen will, aber im Musikvereinssaal hat eine Versammlung zur Befreiung der schwarzen Sklaven stattgefunden, nachdem der Herr Polizeidirektor die erwähnte Interpretation von sich gegeben hatte, also eine Versammlung, welche allgemein zugänglich war. Plötzlich war das Ausnahmsgesetz nicht vorhanden. Allerdings hat diese Versammlung nicht irgendein Bildhauer, sondern Fürst Wrede einberufen, was für die öffentliche Ruhe und Ordnung sicher lange nicht so gefährlich ist.

Die Behörde hat also solche Versammlungen untersagt. Vereinsversammlungen aber abhängig gemacht von gewissen Bedingungen. Ich weiß nicht, wie lange das her ist, plötzlich ist es ihr eingefallen zu einem ganz neuen Ausweg zu greifen. Wir haben auf den 3. April eine Vereinsversammlung einberufen, weil wir schon wußten, daß eine Volksversammlung gewohnheitsmäßig verboten wird. Wir haben eine Vereinsversammlung einberufen mit der Tagesordnung: Der sozialdemokratische Parteitag in Hainfeld. Versammlungen mit derselben Tagesordnung wurden acht und vierzehn Tage vorher anstandslos bewilligt. Diesmal wurde sie zwar nicht verboten, aber an gewisse Bedingungen geknüpft. Diese Be-

dingungen sehen Sie heute erfüllt. Sie bestehen darin, daß wir verpflichtet werden, nur namentlich geladene Gäste zuzulassen und daß wir der Behörde vor Beginn der Versammlung eine Liste dieser geladenen Personen übergeben. Wir unterziehen diese Sache, obwohl durch eine neue Entscheidung, die unlängst erflossen, die Kritik erlaubt ist — keiner Kritik.

Also wir nehmen die Sache ruhig auf, trotzdem die Kritik erlaubt und, wie kürzlich die Regierung für gut befunden hat zu erklären, zu unterscheiden sei von „Aufreizung": wir wollen diese Maßregel doch einer Kritik nicht unterziehen, weil wir der Gefahr ausgesetzt sind, daß bei einer nächsten Versammlung die teilnehmenden Gäste Karten haben und die Mitglieder das Maul zu halten haben. Der Polizeipräsident hat es ja unserem Obmann gegenüber offen ausgesprochen. Als unser Obmann sagte: „Durch ein solches Vorgehen sei ja der Arbeiterschaft jede Möglichkeit einer öffentlichen Diskussion entzogen", entgegnete er: „Ja, das wollen wir auch." Er will es; es fragt sich nur, ob er es kann. Wir haben mit dieser Versammlung beabsichtigt zu zeigen, daß dies keine Polizeimaßregel jemals können wird.

Seine Rechnung hat sich darauf gegründet: Wenn wir einen so verrufenen Verein, der aus der Berührung mit der Polizei gar nicht herauskommt, wenn wir ihn zwingen, die Leute zu nennen, machen wir ihn tot. Die Leute sagen zwar ja, wir sind mit euch einverstanden, aber ihren Namen werden sie nicht nennen wollen. Wir haben diese Versammlung einberufen um zu zeigen, daß wir auch den Mut haben uns zu nennen. Sie sehen in diesem „schwarzen Buch" 4000 Namen verzeichnet, wir haben in weiser Voraussicht das Buch schwarz anfertigen lassen. Es sind 4000 Namen verzeichnet, ich glaube in diesem Saale hätten nicht mehr Platz, auch wenn die Versammlung eine öffentliche wäre. Wir paar Leute hier sind also eine „Versammlung mit Ausschluß der Öffentlichkeit". (Heiterkeit.) Jede andere Partei ließe sich diesen „Ausschluß der Öffentlichkeit" gern gefallen. Geschadet also hat uns diese Maßregel nicht, sie hat sogar nach einer Seite hin genützt: sie wirkt pädagogisch. Wir sind gar nicht in der Lage, mit den geringen Kräften der Presse und den kleinen Versammlungen, die selten erlaubt werden, der Arbeiterklasse das Bewußtsein beizubringen, in welcher Lage sie sich befindet. Wenn wir aber, wie dieser Fall zeigt, die außerordentlich wertvolle Unterstützung der Behörden zu diesem Zweck haben, dann wird sich die richtige Beurteilung in den Köpfen herausgestellt haben, und dafür wollen wir unsern Dank aussprechen. Aber, meine Herren, die Sache hat noch eine andere Seite. Wir haben außer unserem ökonomischen und politischen Programm, welches nicht nur der Ausfluß unserer Einsicht in die ökonomische Entwicklung, der Ausfluß unserer Liebe zu dem Menschengeschlecht und seinem Fortschritt ist — außer diesem Programm haben wir noch eine Eigentümlichkeit: wir haben Rechtsgefühl. Und weil wir jedes Unrecht verurteilen, so

müssen wir, obwohl uns diese Maßregel nicht geschadet, wie diese Versammlung beweist, gegen dieses Unrecht auf das allerenergischeste protestieren.

Und sehen Sie, wir haben es ruhig aufgenommen. Wir haben uns streng und genau in die kleinlichsten Maßregelungen gefügt, Maßregelungen, denen keine andere Partei sich würde unterzogen haben — nicht aus Mut würden andere Parteien anders handeln, sondern aus Feigheit, weil jede andere Partei unter solchen Verhältnissen auf die Versammlung verzichtet haben würde. Wir aber werden auch so weiterarbeiten. Aber mögen die Kreise, die es angeht, nicht glauben, daß wir dies geduldig und unter stillschweigender Zustimmung tun. Man kann uns züchtigen, man kann uns schlagen, wir werden es uns gefallen lassen, solange wir müssen. Aber die Rute küssen, das werden wir nicht. — Und wir werden darauf halten, daß eine jede solche Maßregel stets und zu jeder Zeit ihre zwei Seiten beweist, die eine agitatorische Seite, durch welche der rastlose Eifer der arbeitenden Bevölkerung weitere Kreise ergreift und die uns näher zum Ziele bringt, und auch jene andere: daß die sittliche Entrüstung und Verurteilung der Rechtsungleichheit, die in diesen Dingen liegt, immer klar und deutlich zum Ausdruck und zum Bewußtsein kommt.

Wir scheuen uns nicht es zu sagen: Wir haben diese Versammlung einberufen um zu zeigen, daß sie uns nichts anhaben können, anderseits aber um auch zu zeigen, daß die Arbeiterschaft gegen ein solches Vorgehen **protestiert.** (Andauernder, stürmischer Beifall.)

# Lassalle und die Arbeiterbewegung von heute.

Von **Dr. Victor Adler** (Wien).

„Familienbibliothek für das arbeitende Volk"*), August 1890.

Der Arbeiterschaft Österreichs zu erzählen, wer Ferdinand Lassalle war, ist überflüssig. Die Arbeiterbewegung aller Länder kennt keinen glänzenderen Namen, keinen, der von dem gleichen Lichte und Ruhme umflossen wäre, keinen, der jedem klassenbewußten Arbeiter mehr ins Herz gegraben wäre. Der Proletarier, der zum Bewußtsein seiner Lage, zum Wollen seiner Ziele erwacht, spricht den Namen Lassalles aus als ein Symbol, einen alles zusammenfassenden, allen gemeinsamen Wahlpruch. Die erste Schrift, die er in die Hand nimmt, ist eine Rede Lassalles, die erste

*) Über diese „Familienbibliothek" siehe die Fußnote bei dem Artikel „Der 1. Oktober 1890 und die österreichische Sozialdemokratie".

Feier, an der er gehobenen Herzens Anteil nimmt, trägt seinen Namen.

In der Tat, Lassalles Name ist ein Symbol geworden, seine Gestalt eine mythische. Nicht viel mehr als ein Vierteljahrhundert ist vorbeigerauscht seit seinem Tod und bereits ist seine Erscheinung mit jenem Glanz umgeben, den nur die Unsterblichkeit verleiht, der sie aber über den Wandel der Zeiten hinaushebt, sie zu einem bleibenden Typus macht. Zugleich aber ist Lassalle zu einer sagenhaften Gestalt geworden, und die Sage hat überall die Wirkung, daß sie das einzelne verhüllt. Von diesem unsterblichen Typus dasjenige abzulösen, was der Zeit angehört, was geschichtlich begrenzte Berechtigung und Wirkung hat, das ist eine schwere Aufgabe, die hier nicht gelöst, sondern zu deren Lösung nur ein kleiner Beitrag gegeben werden kann.

Wir wollen Lassalle feiern, indem wir uns darüber Rechenschaft zu geben versuchen, wie weit wir über Lassalle hinausgekommen sind, welchen Weg die Arbeiterbewegung gemacht hat seit Lassalle.

Wenn man kurz ausdrücken wollte, was das Werk Lassalles war, so könnte man etwa sagen: er hat die Arbeiterschaft Deutschlands zum Klassenbewußtsein erweckt, er hat ihr selbständige politische Ziele gegeben. Im Jahre 1848/49 war das deutsche Proletariat noch als Schwanz der bürgerlichen Demokratie aufgetreten. Wenn auch Marx, Engels, Johann Phil. Becker, Wolf und neben andern auch Lassalle selbst damals schon die selbständige proletarische Revolution wollten, so blieben sie vereinzelt. Wesentlich hatten die deutschen Arbeiter dem Bürgertum als Kanonenfutter gedient, ihm den Sieg erringen geholfen, dessen Früchte es erst allerdings nach einem reaktionären Zwischenspiel genießen sollte. Das „Kommunistische Manifest" blieb von den vierziger Jahren bis zum Auftreten Lassalles eine wenig verbreitete, noch weniger begriffene Schrift, welche keinen lebendigen Einfluß auf die Entwicklung der Arbeiterschaft nahm. Aber mitten in dem Jammer der deutschen Kleinstaaterei erwuchsen die Bedingungen und die Notwendigkeit eines großen umfassenden Ganzen. Die mächtige industrielle Entwicklung schuf ein deutsches Proletariat, welches ebenso eines deutschen Gesamtstaates bedurfte, um seine Ziele zu verfolgen, wie das Bürgertum selbst. So weit gingen die Wege beider Klassen gemeinsam. Wenn Lassalle in seinen rein politischen Schriften die Beseitigung der Kleinstaaterei, die Aufrichtung eines nationalen Ganzen fordert, sprach er gewiß im Interesse der Arbeiterklasse. Daß er in Bismarck den Mann erkannte, der diesen nächsten Schritt durchzuführen vermöchte, und zwar wesentlich ganz nach den Ideen Lassalles, das flößte ihm Respekt vor ihm ein. Die jämmerliche Feigheit der bürgerlichen Opposition erweckte in ihm eine so tiefe Verachtung vor der deutschen Bourgeoisie, daß im Vergleich zu ihr das preußische Königtum ihm noch als eine achtenswerte Macht erschien.

Seine ganze Taktik aber beruhte darauf, der Arbeiterklasse die Macht, welche in ihr ruht, zum Bewußtsein zu bringen, ihr das Mittel in die Hand zu geben, welches ihr möglich machen sollte, diese Macht zu gebrauchen, das allgemeine Wahlrecht, und vor allem sie unabhängig zu machen von den bürgerlichen Parteien, sie auf eigene Füße zu stellen. Dieser Befreiung von dem Einflusse des Bürgertums, dieser Klarmachung des Interessengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse war seine wichtigste Arbeit gewidmet. Notwendig richtete sich der Hauptangriff darum gegen die bürgerliche Opposition, notwendig trat der Kampf gegen die Staatsregierung in den Hintergrund. Das ist es, was Lassalle so manchen Vorwurf eingetragen, der gegen ihn selbst unseres Erachtens mit Unrecht, gegen seinen Schüler und Erben, den Regierungsdemagogen Schweitzer, aber mit tausendfachem Recht erhoben wurde. Heute ist dieser Prozeß abgeschlossen; klar, zielbewußt und kampfbereit steht die Arbeiterklasse der Bourgeoisie gegenüber, welche ihrerseits den Staat beherrscht, und zwar auch dort, wo sie von ihm unterdrückt zu werden scheint. Das preußische Königtum hat im Dienste der Bourgeoisie das Deutsche Reich geschaffen als ein einziges, umfassendes Produktionsgebiet, wie sie es braucht, als einen weiten mächtigen Kampfplatz, wie ihn das Proletariat zu seiner Entwicklung notwendig hat. Damit aber ist die letzte Verlockung beseitigt, einen einseitigen Kampf zu führen und Bundesgenossen zu suchen, wo sie nicht zu finden sind. Damit hat das Proletariat alle Illusionen vom „sozialen Königtum" endgültig abgestreift und ist zur Erkenntnis durchgedrungen, daß die Dynastie und ihre Diener bewußt oder unbewußt, willig oder widerwillig die Geschäfte der besitzenden Klasse besorgt, deren politische Herrschaft der Staat repräsentiert.

Es war die Eigentümlichkeit der Lassalleschen Agitation, die ganze Kraft auf einen einzigen Punkt zu richten, den Kampf um das allgemeine Wahlrecht. Wie weit er wirklich die Illusion hatte, daß das allgemeine Wahlrecht das einzig wirksame, aber auch unbedingt erfolgreiche Mittel zur Erreichung der Ziele der Arbeiterschaft sei, wie weit er vielleicht in einer ihm auch sonst so eigentümlichen Pädagogik das Auge des Proletariats an diesem Punkte festhalten wollte, wird sich schwer entscheiden lassen. Jedenfalls wissen wir heute, daß ohne das allgemeine Wahlrecht, ohne seine zielbewußte Benützung im politischen Kampf kein durchgreifender Fortschritt möglich ist, daß aber mit dem allgemeinen Wahlrecht erst eine der allerdings wichtigsten Bedingungen für den Sieg der Arbeiterklasse gegeben ist. Unzweifelhaft würde Lassalle, hätte er die Oktroyierung des Wahlrechtes erlebt, selbst die Meinung von dessen Allmacht auf das richtige Maß beschränkt haben.

Wie Lassalles Agitation auf ein einziges Ziel, war seine Organisation auf einen einzigen Mann berechnet. Dieser Mann war er selbst. Seine gewaltige Persönlichkeit, sein eiserner Wille, seine

leuchtende Intelligenz erfüllten ihn mit solchem Selbstbewußtsein, daß er in sich die ganze Macht der deutschen Arbeiterschaft vereinigen zu können glaubte, um sie zu ihrer Befreiung zu verwenden. Und diesen Glauben verstand er auch in den Arbeitern zu erwecken. „Wohin ich gekommen bin," sagte er, „überall habe ich von den Arbeitern Worte gehört, die sich in dem Satze zusammenfassen lassen: Wir müssen unser aller Willen in einen einzigen Hammer zusammenschmieden und diesen Hammer in die Hände eines Mannes legen, zu dessen Intelligenz, Charakter und gutem Willen wir das nötige Vertrauen haben, damit er aufschlagen könne mit diesem Hammer." Alle Licht- und Schattenseiten der Organisation des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines" werden in diesen Worten deutlich. Und gewiß hätte in der Jugendperiode der deutschen Arbeiterbewegung keine andere Form gleiche Wirkung gehabt als eine solche Diktatur eines solchen Mannes. Aber Lassalle starb und sollte die Folgen der Schattenseiten seiner Organisation nicht mehr erleben. Er hatte einen Bau geschaffen, den nur ein Riese an Geist und Energie wie er, wenigstens für kurze Zeit, tragen konnte. Der Bau zerfiel nach seinem Tode. Der „Hammer" entglitt seinen Händen, bevor er mit ihm aufschlagen konnte. Aber die heilige Begeisterung, der Wille, der vor keinem Hindernis zurückweicht, der Mut, der alle Gefahren überwindet, der war in der deutschen Arbeiterschaft geblieben, wie ihn Lassalle gefunden, wie er ihn zum lichten Leben erweckt. Und nicht mehr der Arm eines einzelnen schwingt diesen Hammer, der klare Wille der Gesamtheit hat ihn fest in Händen, führt ihn sicher und wird „aufschlagen mit diesem Hammer". Aus dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" unter dem diktatorischen Präsidium Lassalles ist die deutsche Sozialdemokratie geworden.

Als Ziel der Arbeiterbewegung stellte Lassalle die Staatshilfe auf, Gründung von Produktivassoziationen, welche vom Staate mit Kapital und Kredit versehen werden; aus ihnen sollte dann „alles andere sich mit Notwendigkeit abwickeln". Was dieses „alles andere" sei, sprach er nie aus, wenigstens nie vor Arbeitern. Aus seinen Briefen, vorzüglich aus denen an Rodbertus, wird freilich klar, daß, wie selbstverständlich, der geniale Schüler von Marx, Engels und Rodbertus, der Mann, welcher das „Kommunistische Manifest" und den ersten Entwurf von Marx' „Kapital" kannte, unmöglich in der Utopie dieses Vorschlages stecken bleiben konnte. Er wußte genau, daß nur die sozialistische organisierte Gesellschaft die Folge der Emanzipation des Proletariats sein könne, daß nur der Übergang der kapitalistischen Produktionsweise in eine gesellschaftliche das Joch der Lohnsklaverei zu brechen vermöge. Aber er meinte, „das dürfe man dem Mob heute noch nicht sagen". Und es ist mehr als wahrscheinlich, daß er bei dem „Mob", dem „Pöbel" weit weniger an die noch unentwickelte Arbeiterschaft als an die Staatsgewalt, die besitzenden Klassen und die sogenannte „Intelligenz" dachte, welche abzuschrecken und zum äußersten Widerstand herauszufordern er sich scheute. Jeden-

falls dünkte es ihm auch förderlich, für seine auf schnelle Wirkung berechnete Agitation ein einziges, einfaches, leicht verständliches Ziel auszusprechen, wenn er sich auch bewußt war, es werde sich daraus allerhand „anderes entwickeln". Auch diese Frage hätte eine klare Lösung erhalten, hätte er länger gelebt.

Aber was Lassalle dem Mob nicht sagen zu dürfen glaubte, die deutsche Arbeiterbewegung hat es ihm gesagt, und zwar dem Mob unten, dem stumpfen, langsam sich entwickelnden, mühsam aus seinem Indifferentismus sich aufraffenden Proletariat — aber auch dem Mob oben, den Gewaltigen dieser Erde, denen, die sich auf das Schwert stützen, nicht weniger als denen, welche auf dem Geldsack thronen. Es ist das größte Verdienst Lassalles, daß er es ermöglicht hat, weit über ihn selbst hinauszugehen. Im Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse hat die Lehre des Schülers derjenigen des Lehrers Platz gemacht. Neben den Reden Lassalles ist heute das Kommunistische Manifest in den Händen aller Arbeiter. Lassalles Agitation hat der Aufnahme von Marx den Boden bereitet. Und gerade das deutsche Proletariat konnte nicht bei den Lassalleschen Vorschlägen stehen bleiben. Das deutsche Volk ist das radikalste aller Völker, es denkt wurzelhaft, es denkt zu Ende. Langsam tut es seine Arbeit, aber gründlich.

Auf dem nächsten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wird die Forderung von Produktivassoziationen mit Staatshilfe wohl aus dem Parteiprogramm gestrichen werden. Damit wird die letzte Spur dessen, was vergänglich war an der Lassalleschen Agitation, aus der Bewegung verschwunden sein*).

Lassalle wirkte bewußt im nationalen Rahmen. Für seine Zeit, als Deutschland, noch in 34 Fürstentümer geteilt, keine politische Einheit besaß, war es sehr viel. Aber 1866 folgte und 1870 und beseitigte die Grenzpfähle im Lande und die internationale Arbeiterassoziation gab dem Bewußtsein der Solidarität des Proletariats aller Völker Ausdruck. Und gerade die Jahre 1889 und

*) Der Parteitag in St. Gallen hatte im Jahre 1887 beschlossen, daß der nächste Parteitag ein neues Programm beschließen solle. Auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1890, der der in dem Artikel genannte nächste Parteitag war, legte Liebknecht zwar als Referent der in St. Gallen eingesetzten Kommission die Abänderungsbedürftigkeit des Programms dar, teilte aber mit, daß die Kommission keinen Entwurf habe ausarbeiten können. Das neue Programm wurde tatsächlich erst auf dem Parteitag in Erfurt 1891 beschlossen. Es ist das Erfurter Programm, das tatsächlich die spezifisch Lassalleschen Anschauungen ausgemerzt hat, so insbesondere jede Verweisung auf das „eherne Lohngesetz" und die Forderung nach „sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe", die noch in dem Programm des Einigungskongresses von Gotha im Jahre 1875 enthalten waren.

Die Ronsdorfer Rede, deren „Schwur" dann Adler zitiert, ist die beim Stiftungsfest des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines in Ronsdorf am 22. Mai 1864 gehaltene, veröffentlicht unter dem Titel „Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines und das Versprechen des Königs von Preußen".

1890 zeigen, wie die ökonomische Entwicklung den engen Rahmen nationaler proletarischer Bewegungen überall sprengt, so daß wir heute mit Fug nur noch von einer einzigen großen, zusammenhängenden, internationalen Bewegung sprechen können.

So ist überall das Werk Lassalles über ihn selbst hinausgewachsen. Es gibt Leute, welchen dieser Umstand heute Anlaß gibt, auf ihn einigermaßen vornehm herabzusehen. Mögen diese Superklugen bedenken, daß sie ohne Lassalle kaum in der Lage wären, ihre Kritik zu üben und daß sie heute leicht weiter sehen können als er, weil sie auf seinen gewaltigen Schultern stehen, nicht etwa, weil sie bessere Augen haben.

Die Wirksamkeit Lassalles war ein mächtiger Keim, in besten Boden gelegt. Heute sehen wir mit stolzem Staunen den mächtigen Stamm erstanden. In der Ronsdorfer Rede, einer seiner letzten, sagte Lassalle: „Möge mit meiner Person diese gewaltige und nationale Kulturbewegung nicht zugrunde gehen, sondern die Feuersbrunst, die ich entzündet, weiter und weiter fressen, solange ein einziger von euch noch atmet! Das versprecht mir, und zum Zeichen dessen hebt eure Rechte empor!“ — Die Arbeiterklasse Deutschlands hat das Wort, das sie im Ronsdorfer Schwur verpfändet, eingelöst, und zwar weit über das hinaus, was Lassalle selbst hoffen und ahnen konnte.

# Parteibericht nach Hainfeld.

Referat, Parteitag 1891*).

Werte Freunde und Parteigenossen! Es ist ein merkwürdiges Gefühl für mich und wohl für uns alle, daß ich heute hier in Wien, über das referieren kann, was von uns seit dem Hainfelder Parteitag geleistet wurde oder was vielmehr seit diesem Zeitpunkt sich in unserer Partei begeben hat. Als wir in Hainfeld die prinzipiellen Grundlagen für die österreichische Arbeiterpartei aufgestellt hatten, als wir in Hainfeld den Entschluß gefaßt hatten, einig vorzugehen, für ein klares und präzises Ziel einzutreten und uns nicht mehr, wie das früher eine Zeitlang der Fall war, in einen Streit über Dinge einzulassen, die durchaus nicht aktuell waren, als wir wieder ein Programm hatten, ein Programm für unsere Arbeit, da wurde am Schlusse des Kongresses vom Vorsitzenden Popp gesagt: „Wir alle werden als zielbewußte Männer für das eintreten, was wir hier beschlossen haben.“ Und ich glaube, Genossen, wir können uns, ohne unbescheiden zu sein, das Zeugnis ausstellen: Wir haben als Männer gehandelt, wir haben uns unser Ziel vor Augen gehalten, und wir sind auf dem Wege, den wir uns vorgezeichnet haben, weitergeschritten. (Beifall.) Wir haben in Hainfeld wieder ein Programm bekommen, aber zur Zeit jenes Parteitages hat es wenig Parteiorgane gegeben, und

*) Der zweite österreichische sozialdemokratische Parteitag fand vom 28. bis 30. Juni 1891 im Hotel „Union“ in Wien statt.

die Presse der andern Parteien hat sich damals viel weniger mit uns beschäftigt, als wir sie heute gezwungen haben, sich mit uns zu beschäftigen. Es war unsere nächste Aufgabe, daß unser Programm und unsere Absichten ins Volk dringen; und Sie erinnern sich, daß sofort vom Jänner 1889 an überall in Österreich von uns Versammlungen in großer Zahl abgehalten wurden, welche sämtlich den Zweck hatten, das Hainfelder Programm zu erläutern und zu verbreiten.

Es war uns dabei durchaus nicht allein darum zu tun, dieses unser paragraphenweise abgefaßtes Programm, unsere Prinzipienerklärung, weil es unseres war, mitzuteilen, sondern es mußte auf diese Weise die Verbindung, die abgerissen war, zwischen den Sozialdemokraten und der breiten Schichte des Proletariats wieder hergestellt werden. Denn eines müßte uns klar sein: Die Sozialdemokratie, die soll und ist überall das Sprachrohr, die Wortführerin der proletarischen Bewegung. Ja, gewiß! Aber die Bewegung des Proletariats, wie sie unmittelbar und unbewußt sich aus den ökonomischen Verhältnissen herausentwickelt, die ist etwas viel Breiteres, etwas viel Größeres, etwas viel Mächtigeres als die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie kommt erst zur Macht, sie wird erst eine Macht, wenn sie alle Ströme, alle Bewegungen in der proletarischen Bewegung in sich aufnimmt, und wenn sie wirklich voll ein Ausdruck dieser proletarischen Bewegung wird. Das war das nächste, was geschehen mußte.

Die Zeit, in welche die Einigung*) fiel, war wesentlich verschieden von der heutigen. Die Entwicklung unserer Partei vollzieht sich nicht in den Redaktionszimmern oder in den Gehirnen einzelner Leute, sondern wir sind eine wirklich große Partei, die bestimmt wird durch ökonomische Faktoren und beeinflußt durch politische Faktoren. Und da möchte ich gleich voransetzen, daß die Bewegung unmittelbar nach Hainfeld und sehr lange hernach beeinflußt wurde und hervorragenderweise durch die ökonomischen Verhältnisse. Auf eine lange Zeit des Niederganges, der Schlaffheit, ja der Krise — die letzten Ausläufer der Krise fallen eben für Österreich in die Jahre 1887 bis 1888 — auf diese Zeit folgte nicht nur bei uns, sondern überall auf dem Weltmarkt eine Erholung in der Wirtschaft, etwas, was sich später herausbildete, zu einem „Aufschwung". Er hat nicht lange gedauert, aber immerhin war es ein Aufschwung**).

Unter dem Einfluß dieses Aufschwunges hat es Lohnbewegungen überall gegeben. Diese Lohnbewegungen nun sind wohl nicht von uns gemacht worden; aber die Sozialdemokratie hat die Bewegung, die in der Masse war, die durch die ökonomischen Verhältnisse in die Masse hineingekommen war, ausgenützt, um den Arbeitern auch klare Begriffe beizubringen über den Sinn

*) Im Protokoll heißt es hier „die Sache"; es ist aber klar, daß es „die Einigung" heißen soll.

**) Siehe auch den Bericht an den Internationalen Kongreß in Brüssel, der wenige Monate später stattfand.

dieser Bewegung, um sie zum Bewußtsein dessen zu bringen, was das ist, was sich vor ihnen vollzieht.

Außerdem war es sehr günstig, daß die Löhne eben wirklich einigermaßen angezogen haben. Wir wissen sehr gut, der letzte Faktor, welcher unserer Bewegung ihren unwiderstehlichen Nachdruck verleiht, ist ja die Not, ist das Elend, ist die Unmöglichkeit, daß diese Millionen Menschen weiter so existieren; aber für den einzelnen, für die Entwicklung der bewußten Bewegung ist das Elend, wo es am elendesten ist, ein Hindernis, und überall in der Geschichte unserer Partei in allen Ländern werden Sie bemerken und können Sie sich überzeugen, daß mit dem Aufschwung der Löhne immer ein Fortschritt, mit dem Zurückgehen der Löhne ein kleiner Rückschritt gemacht wird. Ich sage: ein kleiner Rückschritt; denn bei dem nächsten Fortschreiten wird dieser kleine Rückschritt erheblich überholt — immer wieder.

Die ökonomischen Verhältnisse vollziehen sich in Wellenbewegungen und ebenso vollzieht sich infolgedessen, weil davon unbedingt abhängig, auch die Entwicklung unserer Partei nach ihrer Intensivität, auch in Wellenbewegungen. Und jeder Wellenberg, der auf ein Wellental folgt, ist höher als der vorhergehende. Nun wohl, es war nicht die Energie und die Klugheit der Leute, welche da in Hainfeld besammen waren, die allein Ursache ist, daß wir Fortschritte gemacht haben, sondern wir wurden getragen von der Welle, die nach aufwärts gegangen ist. Ich halte es wenigstens nicht für meine Aufgabe, uns etwas vorzumachen; wir wollen klar einsehen, wie die Dinge liegen und sie klar beurteilen.

Im Anfang des Jahres 1889 haben aber auch noch andere Verhältnisse mitgewirkt dazu, um unsere Partei etwas weiter zu bringen, das war die politische Lage in Österreich überhaupt. Wir hatten seit zehn Jahren eine Regierung*), welche, wenn auch die Firma immer dieselbe geblieben war, doch das Geschäft vielfach gewechselt hat, immer aber während dieser zehn Jahre absolut reaktionär war, und zwar reaktionär gegen jede Nation. So etwas Internationalreaktionäres wie die österreichische Regierung, ist überhaupt unerhört in der Weltgeschichte. (Heiterkeit.) Wir hatten also eine Regierung, die einmal den einen mehr, einmal den andern mehr, aber immer alle gedrückt hat.

Gerade um diese Zeit hat die Regierung angefangen abzuwirtschaften, gerade um diese Zeit mußte sie, nachdem sie in der öffentlichen Meinung jeden Boden verloren hatte, einige Dinge vollziehen, die so ausgesehen haben, als würde sie wünschen, als besonders populär zu erscheinen.

Zugleich hat die mächtigste Partei, die damals allerdings in der Opposition war, die Liberalen, die immer gesucht haben, mit den

*) Die Regierung des Grafen Eduard Taaffe, die seit 1879 am Ruder war und deren Prinzip nach seinem oben zitierten Wort das „Fortwursteln" war. Sie wurde, als im Jahre 1893 Taaffe das allgemeine Wahlrecht einführen wollte, von der liberal-konservativen Koalition gestürzt und durch die Koalitionsregierung Windischgrätz abgelöst.

Arbeitern in Verbindung zu treten, die immer gesucht haben, die Arbeiter für ihre Ziele auszunützen, bei den Arbeitern absolut kein Entgegenkommen gefunden, und darum, gerade darum mußten sie sich fortwährend in Liebesbeweisen überbieten. Die Situation war also die, daß man gern einmal gezeigt hätte, daß man es mit den Arbeitern nicht so schlecht meine. Eine jede Gelegenheit, die uns dadurch geboten wurde, das auszunützen, haben wir ausgenützt. Ich erinnere Sie, daß in derselben Zeit, wo das Hainfelder Programm in Wien allerdings ruhig gedruckt und besprochen wurde, in Brünn aber verboten wurde, in Prag, wenn ich nicht irre, auch verboten wurde, in Polen, glaube ich, überhaupt gar nicht erscheinen durfte, daß in eben derselben Zeit durch die vereinigten Bemühungen der Regierung und der Liberalen, ihre Popularität zu erhöhen, hier in Wien eine Enquete zusammenberufen wurde, über den Schwindel, den wir in Hainfeld abgeurteilt haben, über die Arbeiterkammern, und daß diese Enquete hier einfach ein kleiner internationaler österreichischer Parteitag war, daß während dieser Enquete, weil viele Genossen hier durch längere Zeit, als das auf dem Parteitag möglich war, miteinander zusammen waren, alles mögliche erwogen und erörtert wurde, daß diese Enquete nicht nur nach außen ein glänzendes Bild der Klarheit der Arbeiter über ihre Ziele bot, sondern auch nach innen einen mächtigen Hebel für unsere weitere Organisation und Agitation geboten hat.

Und nun kommen die großen Bewegungen im Frühjahr 1889, die anfingen mit der Arbeitseinstellung der Tramwaybediensteten*) hier in Wien. Zufällig, es ist nichts anderes als Zufall, war gerade dieser Streik der allererste, welcher, ich möchte sagen, das Signal gegeben hat, welcher die Aufmerksamkeit in der ganzen Welt auf sich gezogen hat und welchem dann eine ungezählte Reihe folgte. Sie wissen, was sich daran geknüpft hat: Zunächst rücksichtslose Niedertretung des Eingreifens unserer Partei. Sie wissen, daß damals zum erstenmal seit längerer Zeit nicht nur die Arbeiter ohne Rücksicht, ob sie Parteigenossen sind oder nicht, sondern die gesamte Bevölkerung zum erstenmal für uns gegen die Ausbeuter Partei genommen hat. Wir dürfen wohl sagen, daß wir zu der Zeit die öffentliche Meinung auf unsere Seite gebracht haben. Die Folgen waren verhältnismäßig unerheblich; die „Gleichheit" wurde ausnahmsgesetzlich vernichtet, es wurde ein Anarchistenprozeß gemacht, ein Anarchistenprozeß, dessen wesentlichste Folge war, daß man sich ferner gehütet hat, Anarchistenprozesse zu machen, und daß man vier Wochen nach diesem Anarchistenprozeß die Verordnung bezüglich der Ausnahmsgerichte überhaupt zurückgezogen hat. Diesen einen Erfolg hatten wir wieder zu danken nicht uns, nicht den einzelnen, die da gearbeitet haben, sondern den Verhältnissen, die da waren; die Bewegung, die so tief wirtschaftlich ein-

*) Der Streik der Tramwaykutscher begann am 4. April 1889. Näheres siehe Julius Deutsch: „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung" (Seite 146) sowie die früheren Hefte dieser Sammlung.

gegriffen hat, mußte es dem blindesten Hofrat klarmachen, daß da mit solchen Änderungen, ob Geschworne oder Holzinger zu Gericht sitzen, absolut nichts zu machen sei. (Heiterkeit.)

Einige Monate vorher aber hatte sich eine andere Änderung vollzogen, die so charakteristisch ist für österreichische Verhältnisse und auch so eingreifend in die Verhältnisse eines ganzen Kronlandes, daß wir sie nicht übergehen dürfen. Bis zum Jahre 1888 und 1889 und in den Jahren von 1880 bis 1886 sind Hunderte und Hunderte von Leuten in Böhmen auf den geringsten Verdacht hin in Ketten nach Prag gebracht worden, um dort ausnahmsgerichtlich verurteilt zu werden, ohne daß ein solches Ausnahmsgesetz existiert hätte*). Aber man hat gefunden, daß es in ganz Böhmen nur ein Gericht gibt, welches einen klaren Begriff hat von dem Geheimbund, welcher über ganz Böhmen existiert, und man hat gefunden, daß nur das Prager Landesgericht weiß, daß dieser große Geheimbund errichtet und weitergeführt werde durch Abonnements von sozialistischen Blättern, daß nur die Prager Richter die Überzeugung haben, daß einer, der ein solches Blatt hat, bereits Mitglied des Geheimbundes ist, und daß man darum nur den Prager Richtern mit Beruhigung die Aburteilung solcher Leute überlassen kann. Zu dieser Zeit sind aber auch einmal von einem böhmischen Gericht ein paar Wiener Genossen des Geheimbundes angeklagt worden, welche man nicht gleich verhaften wollte; da hat das Reichenberger Kreisgericht wieder einmal um die Delegierung des Prager Landesgerichtes nachgesucht, da aber die Leute nicht verhaftet waren, konnten sie an den Obersten Gerichtshof gehen, was allen den hunderten andern versagt gewesen war, weil sie ja Monate hätten sitzen müssen, bevor sie erfahren hätten, welches Landesgericht über sie zu verfügen hat. Das erstemal, wo das geschehen ist, wurde sofort — sofort, das heißt bei uns in Österreich nach vier Monaten etwa (Heiterkeit) — erklärt: Nein! Das Prager Landesgericht ist nicht allein befugt Sozialisten abzuurteilen, und wenn das Reichenberger Kreisgericht findet, daß da Geheimbündelei vorliegt, so mögen das die Herren auch selbst beurteilen. Das Reichenberger Kreisgericht hat aber gefunden, daß es nicht genug Übung für die Sache hat und hat infolgedessen die Untersuchung eingestellt, und wir haben seit dieser Zeit mit einer einzigen kleinen Ausnahme das Prager Landesgericht nicht mehr an der Tätigkeit gesehen, und ich schreibe es — ich glaube mit Recht — gerade diesem Umstand mit zu, daß es vielleicht leichter möglich ist, heute etwas in Böhmen zu tun als früher. Wer nur irgendeinen Akt dieses Landesgerichtes gelesen hat, der weiß, daß sogar die Anklageakte des Krakauer Landesgerichtes, die sich doch auch sehen lassen können (Heiterkeit) — sie haben ja jetzt wieder einen Geheimbundprozeß gemacht, der vielleicht des Prager Landesgerichtes würdig wäre —, vor diesen Anklageakten sich verstecken müssen. Nun haben wir nicht mehr das Ausnahmsgesetz, haben nicht mehr die Anarchistengerichtshöfe für ganz

*) Siehe den Artikel „Geheimbündelei" vom 25. Mai 1888, Seite 39.

Österreich. Aber selbstverständlich waren das nur Dinge, die abgerungen wurden, Dinge, die einfach nicht mehr zu machen waren. Was zu machen war von der Regierung, was zu machen war von allen Behörden, das ist geschehen. Ich mache Sie aufmerksam, daß es in Wien selbst unter dem Ausnahmszustand besser war als draußen in der Provinz. (Bravo! Bravo!)

Auch in Österreich heißt es: „Der Himmel ist hoch und der Zar ist weit", und wenn dieser Zar — so ein Appellationsgerichtshof, so eine Statthalterei und dergleichen — auch nicht sehr vertrauenerweckend ist, so ist es doch noch ärger dort, wo man einen „Zaren" nicht zur Verantwortung ziehen kann. Je weiter von Wien weg, desto ärger. (Zustimmung.) Wir haben freilich in Wien unmittelbar nach der Tramwaygeschichte, wo die Leute einerseits Respekt vor uns bekommen haben, anderseits aber Angst, erlebt, daß sie unseren politischen Verein aufgelöst haben, daß sie unsere Blätter eingestellt haben, daß sie unsere Versammlungen überhaupt nicht mehr bewilligt haben. Nun haben wir demgegenüber — und nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich — Vorsorge treffen müssen, und da haben wir eine Lücke des Versammlungsrechtes benützt, um unsere Organisation weiterzuführen, eine Lücke, die die liberalen Herren, welche das Gesetz gemacht haben, gewiß verklebt hätten, wenn sie sie bemerkt hätten. (Heiterkeit.) Der § 2 des Versammlungsrechtes*) erlaubt uns, heute hier beisammen zu sein, und Sie sehen, wie schwer man es uns macht, es auch unter diesen Umständen zu tun. Aber immerhin ist es möglich: aber immerhin geht es auf diese Weise, und wenn nicht das erstemal, so das zweite-, dritte- und sechstemal. Und so haben wir auf diesem Wege viel für die Organisationen machen können, was ohne dies unmöglich gewesen wäre. Man hat uns gesagt: Ja, das sind „geheime Besprechungen". Ja, was wollen denn die Herren von der Regierung und die Leute, die die Politik machen? W i r wollen ja nichts Geheimes, w i r weisen die Leute nicht zurück, die keine Einladungen haben — die weist die Polizei zurück. Wir möchten unsere Versammlungen alle nicht nur beim Schwender, sondern unter freiem Himmel abhalten. Wir haben vor niemand etwas zu verbergen. (Sehr gut!) Aber eines

*) Dieser § 2 bestimmte kurz, daß Versammlungen, die nicht auf geladene Gäste beschränkt sind, der Bewilligung durch die Behörde bedürfen. Mit diesem § 2 wurde dann die Tyrannei der Behörden übertölpelt, indem jedem Versammlungsteilnehmer ein Einladungszettel gegeben wurde. Oft aber wurden solche §-2-Versammlungen aufgelöst, weil nicht jeder Eingeladene dem Einberufer bekannt war. Es war ein jahre-, ja jahrzehntelanger Kleinkrieg zwischen Behörden und Sozialdemokratie, der sich auf die Auslegung dieses § 2 gründete.

Auch bei diesem Parteitag wurde übrigens eine behördliche Revision vorgenommen, ob alle Anwesenden Einladungskarten haben. Nach der Rede Adlers wurde die Sitzung auf einige Minuten zum Zwecke der Revision unterbrochen, wogegen der Delegierte Josef S c h e u, der bekannte Komponist des „Liedes der Arbeit", in Form einer Anfrage protestierte.

mögen sich die Herren gesagt sein lassen: Wenn man uns öffentliche Versammlungen verbietet, wenn man öffentliche Aktionen unterbindet — dann kann man die nichtöffentlichen Versammlungen ruhig verbieten, sie werden immer weiterbestehen (Beifall), denn die Bewegung geht vorwärts, so oder so (lebhafter Beifall), die Regierung hat nur zu wählen — das haben wir ihr hundertmal ins Gesicht gesagt — zwischen der öffentlichen, mit weitester Öffentlichkeit, mit öffentlichster Öffentlichkeit geführten Agitation und Organisation und einer geheimen, strengen, knapp gegliederten Organisation. (Sehr richtig!) Eines oder das andere — sie sollen wählen, was ihnen lieber ist. (Bravo!) Es scheint allerdings, als ob die Regierung neuerer Zeit finden würde, daß sie denn doch die Dinge nicht mehr hindern kann, und darum der Sache ihren Lauf ließe. Noch im vorigen Jahre, in der vorigen Session, hat der Ministerpräsident in dem Ausnahmeausschuß erklärt, es ginge nicht an, die Ausnahmsverordnung vollständig abzuschaffen, solange überhaupt die sozialistische Bewegung existiert; denn wo eine solche existiert, sei man nie vor einer anarchistischen Bewegung sicher. (Heiterkeit.) So wurde es damals in offiziösen Zeitungen berichtet. Nun scheint er sich denn doch überzeugt zu haben, daß er ziemlich lange warten müßte, wenn er so lange warten wollte, bis keine sozialistische Bewegung mehr existiert und viele Umstände — ich nehme das gleich vorweg — haben dazu geführt, daß er sich gezwungen gesehen hat, den Ausnahmszustand aufzuheben. Die Aufhebung des Ausnahmszustandes hat nicht nur für Wien und Niederösterreich Bedeutung, sie hat für die gesamte Bewegung eine ungeheure Bedeutung. Vergessen Sie nicht, daß alle Provinzbehörden, die ohnehin nicht sehr freisinnige Anschauungen haben, beeinflußt werden von dem Umstande: in Wien ist der Ausnahmszustand, und daß ebenso alle Provinzbehörden beeinflußt werden müssen von dem Umstande: der Ausnahmszustand in Wien ist aufgehoben. Das ist eine Signalfahne, die auch für das kleinste Nest draußen, für den kleinsten Bürgermeister andeutet, daß es heute nicht mehr modern ist, die Arbeiter allzusehr zu sekkieren, und ich hoffe, die Leute werden dies begreifen — wenn notwendig, werden wir ihrer Einsicht schon nachhelfen. Die Aufhebung des Ausnahmszustandes hat aber auch die Bedeutung, daß eine Freizügigkeit wieder eingeführt wird für jene aus der Provinz nach Wien, und ich mache darauf aufmerksam, da handelt es sich nicht nur um die Ausgewiesenen, es handelt sich auch um die, welche nicht hieherkommen und hier arbeiten, weil sie nicht ausgewiesen werden wollen, um solche, die noch nicht ausgewiesen sind. Das sind ihrer viel mehr als die paar Hundert, und wir werden nunmehr die Möglichkeit haben, in viel engeren Verkehr zu treten, das ist für uns etwas außerordentlich Wichtiges. Ich habe dies gegenwärtig hier behandelt im Zusammenhang mit den sonstigen Regierungsmaßregeln und Ausnahmsverordnungen, um nicht mehr darauf zurückkommen zu müssen. Ich wende mich nun von den politischen Verhältnissen zu dem, was wir gemacht haben.

Wir hatten in Hainfeld beschlossen: öffentliche Agi-

tation und öffentliche Organisation. Von den öffentlichen Agitationsversammlungen habe ich bereits gesprochen. Eine Ziffer der abgehaltenen Versammlungen bin ich leider nicht in der Lage vorzulegen, ebenso nicht die Ziffer der verbotenen Versammlungen. Aber das wissen wir, daß die Zahl der verbotenen Versammlungen viel größer ist als die Zahl der abgehaltenen.

In der Arbeiterschaft Österreichs haben sich angesichts der Verhängung des Ausnahmszustandes im Jahre 1884 und der Einbringung des Sozialistengesetzes zwei Anschauungen hauptsächlich gebildet. Die einen meinten, man solle an der Abhaltung der Versammlungen und an der Agitation wie bisher festhalten. Die andern waren der Ansicht, daß es unter solchen Umständen unwürdig und überdies unserer Sache gefährlich sein könnte, wie bisher darin fortzufahren. Sie sagten: Lösen wir die Vereine auf, bevor wir aufgelöst werden! In den meisten Fällen aber hat schon die Behörde statt unserer Genossen die Maßregel der Auflösung in die Hand genommen; da kamen nun massenhafte Auflösungen vor. Wir haben eine kleine Statistik anzulegen versucht über die Zahl der Vereine, die Ende des Jahres 1887 noch in Österreich waren, und die Zahl derjenigen, welche nun heute existieren. Nur Unvollständiges konnten wir hierin leisten. Von 319 Fragebogen, die wir ausgeschickt haben, sind etwa 80 nicht wieder zurückgelangt. Hoffentlich wird es beim nächsten Parteitag möglich sein, eine genauere Liste vorzulegen. Die Ziffern sind natürlich nur relativ, sie drücken ungefähr aus, um wieviel die Zahl der vor 2½ Jahren bestandenen Vereine nunmehr gewachsen ist.

Wir haben heute Angaben vorliegen über 219 Vereine, und zwar Bildungs- und Fachvereine. Von diesen 219 haben im Jahre 1888 bloß 104 existiert. Es sind also 115 Vereine in dieser Zeit gegründet worden; die Zahl der Vereine hat sich demnach verdoppelt.

Im Jahre 1888 hatten diese 104 Vereine eine Anzahl von 15.498 Mitgliedern; die 219 Vereine haben eine Anzahl von 47.160 Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder hat sich also mehr als verdreifacht. Diese Ziffern sind zwar nicht angetan, um uns übermütig zu machen, um damit vielleicht zu prunken. Daß aber in solch kurzer Zeit so viel geleistet wurde, ist bei so schwierigen Umständen ein wesentlicher Fortschritt.

Mit der Vereinsbildung im Zusammenhang steht die Bewegung der Fachvereine, die gewerkschaftliche Organisation. Darüber wird ja noch gesprochen werden. Ich beschränke mich daher nur auf das Folgende: Der Parteitag von Hainfeld hat die Parteigenossen aufgefordert, die gewerkschaftliche Organisation nach Kräften zu fördern, und wir können ruhig sagen, daß dies in überraschendem Maße geschehen ist. In die gewerkschaftliche Bewegung haben wir erstens die genossenschaftliche Bewegung*) hineingezogen und

*) Gemeint sind hier nicht die Erwerbsgenossenschaften, sondern die Gewerbegenossenschaften, in denen die Kleinmeister zwangsweise vereinigt waren, deren Gehilfenvertretungen aber den Arbeitern oft einen Ersatz oder eine Ergänzung der Gewerkschaft ermöglichten.

zweitens trotz allen Schwierigkeiten von seiten der Behörden ein Netz von Fachorganisationen geschaffen und das Bewußtsein der Genossenschaften zu einem klaren, gemeinschaftlichen gemacht. Man hält gemeiniglich die gewerkschaftliche Bewegung für eine politische. Aber sie ist eine Bewegung, die mit der Politik durchaus nichts zu tun hat. Wir können nichts dafür, daß unser Vereinsgesetz so absurd ist, und daß es erklärt, man könne einen Strich machen zwischen politischen und unpolitischen Dingen. Wir vermögen diesen Strich in unserem Hirn nicht zu machen, und wir können nichts dafür, daß diese nichtpolitische, rein wirtschaftliche Bewegung in ihrer Wirkung ein außerordentlicher politischer Hebel ist. (Sehr richtig!)

Wir können nichts dafür, daß diese nichtpolitischen Gewerkschaften eben Männer enthalten, welche eben nicht nur Schneider, Schuster und Weber sind, sondern welche auch Menschen sind, und welche dasjenige, was sie als Schneider, Schuster, Schmiede und Weber erlernt haben, auch als Menschen, als politische Menschen, zu verwerten wissen. Daß die Behörde diesen Strich zieht, ist ja gesetzlich. Wir respektieren ihn; wir hüten uns sehr, die Fachbewegung irgendwie politisch zu verseuchen. Wir hüten uns sehr, in die Fach- oder Bildungsvereine irgendwie Politik hineinzutragen. Aber in solchen nichtpolitischen Vereinen lernt der Arbeiter die Augen aufmachen, und dann sieht er allerdings politische Dinge. (Sehr richtig!) Das ist der Zusammenhang der Fachvereinsbewegung mit der Sozialdemokratie. (Bravo!)

Der wichtige Hebel für die Agitation ist die Presse, und auch da haben wir Ihnen einen kleinen Überblick zu geben versucht. Die Presse in Österreich kämpft ja unter den größten Schwierigkeiten und die Arbeiterpresse kann davon noch viel mehr erzählen. Denn sie darf weder lügen noch stehlen. Darum entwickelt sich die Arbeiterpresse viel schwerer. Um ganz offen zu sein, muß ich allerdings erklären, so günstig sich auch die Presse entwickelt hat, sie ist noch jung und klein und ringt mühsam um ihr Leben. Die größte Schwierigkeit für uns liegt darin, daß, wenn wir schon einmal ein Blatt geschrieben, gedruckt und zur Ausgabe fertiggestellt haben, wir dasselbe nicht weitergeben dürfen. Man sollte doch glauben, daß in dem Parlament, das sich ja jetzt sozialreformatorisch nennt, doch eines wenigstens geschehen werde, die wichtigste Reform der Presse, Freigebung der Kolportage. (Lebhafter Beifall.) Der § 23 des Preßgesetzes*) ist nicht nur der schlechteste desselben, sondern auch der unwürdigste in unsern sogenannten freiheitlichen Gesetzen, und das will sehr viel sagen. (Sehr richtig!) Dieser Paragraph belastet unsere Blätter mit Strafen, deren Umfang und Ausmaß wir nicht einmal recht kennen.

*) Der § 23 des Preßgesetzes vom Jahre 1862 verbot die Kolportage, das ist das Hausieren mit Druckschriften, das Ausrufen, Verteilen, Feilbieten derselben außerhalb der hiezu ordnungsmäßig bestimmten Lokalitäten.

Wir werden und müssen diesen Paragraphen — das darf ich frei gestehen — verletzen, solange er besteht. (So ist es!)

Wir müssen doch die Blätter weitergeben und wir werden sie weitergeben. Die Bourgeoisblätter geniert das freilich weniger. Sie können die Freiheit vom § 23 bezahlen. Denn sie haben das Geld für das hohe Postporto. Wir aber können das nicht. Man sollte aber trotzdem glauben, daß alle Parteien in diesem Punkt einig sind und daß ein diesbezüglicher Antrag sofort angenommen werden müßte, widrigenfalls sich die Leute einfach lächerlich machen würden, was sie allerdings selten zu genieren pflegt.

Zur Zeit von Hainfeld hat nur existiert: ein Wochenblatt in Wien, zwei vierzehntägige Blätter in Brünn, und zwar in deutscher Sprache; in tschechischer Sprache eines in Brünn, eines in Proßnitz, ein polnisches in Lemberg. Diese politischen Blätter haben zusammen zirka 15.400 Abonnenten (Abnehmer) gehabt. Es ist uns so angegeben worden. Heute haben wir sieben Blätter in deutscher Sprache, ein italienisches Blatt, fünf Blätter in tschechischer Sprache, die rein politisch sind, zwei Blätter in polnischer Sprache, von denen leider eines augenblicklich ruht, und — ich hebe das mit großer Befriedigung hervor — ein Blatt in slowenischer Sprache, welches allerdings auch für den Moment nicht erscheint — es liegt nicht die Schuld an dem Redakteur, sondern an dem Staatsanwalt (Heiterkeit), wie Sie sich wohl denken können. Wir werden auf den Punkt noch zu sprechen kommen. Diese rein politischen Blätter haben heute 55.750 Abnehmer. Es hat sich also die Zahl seit der Zeit des Hainfelder Kongresses um ungefähr 40.000 vermehrt, also viel mehr wie verdreifacht. Nun haben wir aber auch Fachblätter, und Sie wissen, daß unsere Fachblätter — Sie erlauben mir, daß ich Ihnen das sage — ja gar keine Fachblätter sind, daß diese Fachblätter eigentlich politische Blätter sind, die eingerichtet sind für die einzelnen Branchen, um diese Branchen mit den Ideen der Sozialdemokratie bekannt zu machen. Eigentliche Fachblätter, die sich nur mit der Organisationsfrage beschäftigen, haben wir nicht. Zur Zeit des Hainfelder Parteitages hat es nur drei deutsche Fachblätter gegeben, heute gibt es um zehn mehr, also 13 deutsche Fachblätter. Jene drei hatten damals 6100 und diese 13 haben heute 33.000 Abnehmer. Die Tschechen haben damals ein einziges Fachblatt gehabt und heute haben sie sechs Fachblätter. Früher hatten sie nur 600 und heute 11.400 Abnehmer. Außerdem haben wir eine Zahl von Blättern, die in ihrer Art verdienstvoll wirken, die aber weder in den Rahmen politischer Blätter noch zu den Fachblättern gehören. Ich will nur sprechen von dem in Wien erscheinenden „Arbeiterschutz", den „Zeitschwingen", der „Familienbibliothek", „Červánky" und „Zář*)", die auf anderen Gebieten Aufklärung verbreiten. Außerdem sind wir auch schon so glücklich, uns den Luxus von zwei Witzblättern gönnen zu dürfen, und zwar

*) Der „Arbeiterschutz" war und ist noch das Blatt der Krankenkassen: er behandelt vornehmlich Fragen der Krankenversicherung. Die zwei anderen deutschen Blätter dienten der Belehrung; „Červánky" und „Zář"

einem deutschen und einem tschechischen. Alle letztgenannten Blätter sind erst seit Hainfeld entstanden.

Zur Zeit des Hainfelder Parteitages haben also unsere Blätter ungefähr 21.500 Abnehmer gehabt. Bis heute ist diese Zahl auf 127.850 Abnehmer gestiegen. Die Zahl der Abnehmer unserer Blätter hat sich also versechsfacht, um mehr als 100.000 vermehrt. Und doch müssen wir auch hier sagen, Genossen, für die Millionen von Arbeitern in Österreich ist es beschämend, daß sich so wenige um unsere Blätter bemühen. Für Österreich gelten freilich einige Entschuldigungen, die für andere Länder nicht gelten. Wir haben Milderungsgründe (Heiterkeit); erstens haben wir weite Gebiete, wo die Analphabeten in der Mehrzahl sind, so arme Leute, daß sie ein Blatt nicht einmal lesen können; zweitens haben wir große Gebiete, wo die Löhne so furchtbar niedrig sind, daß faktisch die Auslage, die wenigen Kreuzer — zweimal im Monat — für ein Zeitungsblatt wirklich unerschwinglich sind. Wenn Sie überlegen, daß es Wochenlöhne gibt von **1 Gulden 50 Kreuzer,** wenn Sie das überlegen, so können Sie sich den Prozentsatz berechnen, den die Auslage für ein Zeitungsblatt ausmachen würde. Aus diesem Grunde ist die Zahl unserer Leser eine weit, weit größere als die Zahl unserer Abnehmer, und wenn es bei Blättern anderer Parteien vorkommt, daß sie in großen Partien direkt von der Post in den Papierkorb wandern (Heiterkeit) und die Zahl der Leser lange nicht so groß ist als die Zahl der notgedrungenen Abnehmer, so ist das bei uns anders; ich glaube nicht fehlzugehen, daß wir, um die Zahl unserer Leser zu erhalten, die Zahl unserer Abnehmer mit zehn multiplizieren müßten — ich glaube dabei noch sehr vorsichtig zu sein.

Nun so haben sich die Dinge nach außen gestaltet. Aber ich muß noch eine Seite zugleich erledigen, die sehr wichtig, aber unsere schwächste ist — das ist die Geldfrage überhaupt. In Hainfeld haben es die Redaktionen, die damals existiert haben, übernommen, und sie sind aufgefordert worden, Beiträge für verschiedene Fonds entgegenzunehmen und weiterzugeben, wie das seit jeher in der Partei der Fall war und wie es mangels einer eigentlichen Organisation, die funktionieren und öffentlich Rechnung legen kann, nicht anders sein konnte. Was ich da biete, ist keine Abrechnung der Partei, denn wir haben keine eigentliche „Parteileitung", wir haben nicht so etwas, was Sie hier nehmen und beim Schopf fassen könnten. (Heiterkeit.) Diese Ziffern besagen bloß, was uns an Geld anvertraut wurde, wobei zu betonen ist, daß zum Vertrauen niemand gezwungen werden kann. Auch sind die Einnahmen rein zufällige, nicht regelmäßige.

---

waren der Aufklärung dienende tschechische Zeitungen; „Zář" kostete nur einen Kreuzer.

Die beiden Witzblätter waren die „Glühlichter" in Wien und die „Rašple" in Brünn.

Höger schätzte auf dem Parteitag die Zahl der gewerkschaftlichen Vereine auf 300 und die Zahl ihrer Mitglieder auf etwa 60.000.

Die Zwecke, die wir verfolgen mußten, sind erstens: Agitation. Die Genossen, die etwas haben, müssen aufkommen für die, die nichts haben. Es müssen die Genossen, die schon in der Einsicht in den Wirtschaftsprozeß weiter sind, zu denen hingehen, denen diese Einsicht noch mangelt. Dazu muß agitiert, Zeitungen und Broschüren müssen herausgegeben; es müssen Reisen gemacht werden, wozu immer das Geld eine Vorbedingung ist. Für diese Zwecke sind bei den Redaktionen der „Gleichheit", respektive der „Arbeiter-Zeitung" allein*) — wir haben das zusammenaddiert, es sind ja so ziemlich die gleichen Leute (Heiterkeit) — für den Agitationsfonds 4528 Gulden 32 Kreuzer**) eingelaufen. Dieser Betrag enthält durchaus nicht alles, was in Österreich für die Agitation ausgegeben wurde. Sie wissen, daß jede Redaktion in der Provinz auch ihren Agitationsfonds hat, da ja die Genossen in jedem einzelnen Ort Gelder aufbringen müssen, um für einzelne Bedürfnisse vorzusorgen. Die genannten Ziffern aber können Sie ungefähr für ganz Österreich und gute drei Vierteile als dasjenige annehmen, was von Wien in die Provinz hinausgegangen ist. Im wesentlichen sind die Einnahmen in Wien gemacht worden und in der Provinz verausgabt worden.

Wir haben weiter eine schwere Pflicht. Wir haben jederzeit Leute, die im Gefängnis sitzen, die wir zu uns rechnen. Für diese Opfer, wie sie fortwährend fallen, müssen wir sorgen. Allerdings können wir sagen, daß doch diese heute nicht mehr so zahlreich sind, wie das früher der Fall war.

Aber das hat sich nicht vielleicht darum geändert, weil die Gerichte etwa gerechter geworden sind, sondern deshalb, weil wir klüger geworden sind. Wir haben für diese Opfer, für die wir aufkommen müssen, soweit es möglich ist, und für die Familien gesorgt. Wir haben aber auch Leute, die wir nicht als Parteigenossen im engeren Sinne ansehen können, die aber der proletarischen Bewegung zum Opfer gefallen sind, Leute, denen die Mittel unklar waren, wenn sie auch das Beste gewollt haben. Wir sehen nicht auf diejenigen, auf deren Schultern wir stehen und deren Frucht wir zum Teile genießen können, mit Verachtung herab, wir verleugnen sie nicht, wir sorgen für die Familien aller, die infolge der Anarchistenprozesse inhaftiert wurden. Wir teilen zwar den Standpunkt nicht, auf dem die Leute gestanden sind, aber wir wissen: die da vor den Schranken gestanden sind, sie werden in der Weltgeschichte anders beurteilt werden als heute, und die Verurteilten werden nicht jene armen Menschen sein (Zustimmung), die auf 16 bis 20 Jahre eingesperrt wurden, von denen viele an Tuberkulose und Skorbut im Kerker zugrunde gegangen sind, die Ver-

*) Die „Gleichheit" wurde am 21. Juni 1889 polizeilich „aus Rücksichten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" eingestellt. Vom 12. Juli 1889 erschien die „Arbeiter-Zeitung".

**) Ein Gulden österreichischer Währung hatte hundert Kreuzer (1 fl. = 100 kr.). Seit Einführung der Kronenwährung wurde 1 fl. = 2 K (1 K = 100 h). Ein Gulden ist etwa drei Schilling wert.

urteilten werden nicht sie sein (Stürmischer Beifall), sondern diejenigen, die sie hingebracht haben auf die Anklagebank, die werden die Gerichteten sein. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Nun, Genossen, ich habe es für notwendig gehalten, hier offen und vor aller Welt zu erklären, aus welcher Intention wir immer für diese Leute sammeln und unsere Kräfte anstrengen wollen. Leider müssen wir gestehen, auch hier sind unsere Mittel beschränkt, aber es ist sehr bezeichnend, daß ungefähr dieselben Ziffern wie für den Agitations- auch für den Inhaftiertenfonds verwendet werden. Das Fazit ist, daß in allen diesen Fonds kein Kassenbestand vorhanden ist, wir sammeln keine Kapitalien, wir haben eben keine Möglichkeit dazu.

Für den Inhaftiertenfonds sind 4137 Gulden 53½ Kreuzer eingenommen und verausgabt worden. Nun kommt ein Posten der eigentlich in den Agitationsfonds hineingehört, das ist der Wahlfonds. Wir haben für Wahlzwecke einen eigenen Fonds aufgebracht, und zwar sind 5269 Gulden 63 Kreuzer eingegangen. Bei dieser Gelegenheit ist es, glaube ich, unsere Pflicht, anzuerkennen, daß ein sehr erheblicher Teil dieses Wahlfonds nicht von uns aufgebracht worden ist. Es hat sich, so wie in allen Dingen, auch hier die Solidarität der Genossen im Ausland auf das glänzendste bewährt. So wie sie uns immer im ganzen Verlauf der Arbeiterbewegung beistehen, insbesondere auch in der Presse, indem sie daselbst unsere Interessen verfechten und mitunter Dinge sagen, die wir im Inland gar nicht sagen können, ebenso haben auch anläßlich der Wahlen die Parteigenossen in Deutschland helfend eingegriffen und uns namhafte Beiträge beigesteuert. (Anhaltender Beifall.) Ich glaube, es ist Pflicht des Parteitages, dies anzuerkennen, nicht wegen der Summe, nicht wegen des Mammons allein, aber es ist etwas sehr Wesentliches, unserer Partei allein unter allen andern Parteien Zukommendes, daß sie sich nicht nach Ländern und nicht nach Nationen abgrenzt, und daß die sozialdemokratischen Parteien aller Länder in einem so engen Zusammenhang stehen, daß ihr persönlicher und organisatorischer Zusammenhang ein Ding der Notwendigkeit ist.

Schließlich haben wir noch Fonds, die eigentlich nicht der Partei gehören und daher auch in dem Bericht nicht notwendig erwähnt werden müßten, die jedoch mit der proletarischen Bewegung überhaupt im Zusammenhang stehen. Das sind die Fonds, die für Streiks aufgebracht wurden. Mit den Arbeitseinstellungen hat zunächst die Sozialdemokratie gar nichts zu tun. Daß aber die Leute, die Streiks beginnen, nur den Sozialdemokraten trauen und von ihnen Hilfe erhoffen, ist eine erwiesene Tatsache, und Sie wissen, daß die indifferentesten Branchen, in denen es nie Parteigenossen gegeben und nie eine Verbindung bestanden hat, in dem Moment, wo eine Lohnbewegung sich geltend gemacht hat oder sonst eine Bedrängnis zutage getreten ist, sich an die Sozialdemokraten wenden. Sie wissen uns zu finden und haben uns noch

immer gefunden. (Bravo! Bravo!) Wir glauben, daß wir sehr klug daran tun, hier die Theorie beiseite zu lassen, die Aufklärung bis später zu verschieben und vor allem organisatorisch einzugreifen. (Lebhafte Zustimmung.)

Es sind für Streiks — und da habe ich allein Wien im Auge, vielleicht werden die diesbezüglichen Ziffern für die Provinzen noch gebracht werden — an uns in den letzten zweieinhalb Jahren 30.614 Gulden abgeliefert worden. Die Ziffer klingt für die österreichischen Verhältnisse vielleicht hoch, wenn Sie aber ins Auge fassen, daß wir eine Periode hinter uns haben, wo es viele Streiks, vielleicht zu viele Streiks gegeben hat, so werden Sie zugeben müssen, daß dieser Fonds ein verhältnismäßig kleiner ist. Leider ist so vieles davon, wie wir ruhig sagen müssen, unproduktiv verausgabt worden. Wir müssen gestehen, und damit kehre ich von den Ziffern zur Entwicklung unserer Verhältnisse zurück, daß die Lohnbewegung, die in der Arbeiterschaft Österreichs und aller übrigen Länder um sich gegriffen hat, gerade darum, weil sie von der Sozialdemokratie viel zu wenig beeinflußt war, weil diese die proletarische Bewegung viel zu wenig in der Hand gehabt hat, indem die Organisation viel zu lückenhaft war, in vielen Fällen unberechtigt, das heißt, den Verhältnissen nicht angepaßt war, und daß sie aus diesem Grunde vielfach mehr Opfer gekostet, als sie der Arbeiterschaft eingetragen hat, und wenn unlängst im Ausschuß zur Beratung der Ausnahmsverordnungen — ich glaube, es war ein Statthaltereirat — das Ausnahmsgesetz für Wien mit den Unruhen motivieren wollte, die im vorigen Jahr in Ostrau, Biala, Freistadt und Nürschan stattgefunden haben, so haben wir diesem Herrn darauf nur folgendes zu erwidern: Wir können aktenmäßig den Nachweis dafür liefern, daß dort, wo eine feste Arbeiterorganisation trotz der Willkür der Behörden und trotz aller Unterdrückung der Arbeiterschaft besteht, die Lohnbewegung ganz ruhig verlaufen ist, und daß nur dort, wo die Arbeiterschaft nicht organisiert war, es hie und da zu blutigen Exzessen gekommen ist. Nicht als ob die Herren auch dort, wo die Arbeiter organisiert sind, nicht recht gern gelegentlich einen Aderlaß zur Warnung vornehmen würden! O ja, aber die organisierten, aufgeklärten Arbeiter, die eine sozialdemokratische Erziehung haben, lassen sich nicht mehr provozieren, während die andern Provokationen wehrlos preisgegeben sind. Wo die Arbeiterschaft organisiert ist, dort wird, bevor zu irgendeiner Aktion geschritten wird, alles genau erwogen, und erinnern Sie sich, daß bei der größten Arbeitseinstellung, die wir im letzten Jahre zu verzeichnen hatten, nämlich bei dem Streik in Mährisch-Ostrau Ende April des vorigen Jahres, man erst die Vertrauensmänner der Arbeiter suchen mußte, und es zeigte sich, daß im Königreich Rothschild-Gutmann und Salm*), und wie die Herren alle heißen, wo jahrelang eine echte Pascharegierung geherrscht hat, daß dort, wo

*) Im Ostrauer Kohlenrevier.

naturgemäß der beste Boden für eine Organisation der Arbeiterschaft vorhanden gewesen wäre, es überhaupt zu keiner aktionsfähigen Organisation und zielbewußten Vertretung der Arbeiter gekommen ist. Gerade anläßlich der Streiks hat sich der gewaltige Unterschied zwischen dem Vorgehen der klassenbewußten und der unorganisierten Arbeiterschaft gezeigt. Die Bewegung, die mit den Arbeitseinstellungen usw. zusammenhängt, hat heute einen anderen Charakter angenommen, und wo heute gestreikt wird, geschieht es weniger, um dem Arbeitgeber seinen größeren Profit nachzurechnen und die Löhne zu erhöhen, sondern hauptsächlich dann, wenn es sich darum handelt, den Versuchen, Lohnreduktionen durchzuführen, entgegenzutreten.

Die Arbeiterschaft hat heute noch ein anderes Mittel, um ihre Willensrichtung klar zum Ausdruck zu bringen. Am Internationalen Sozialistenkongreß zu Paris wurde — es ist dies ein Moment, das bisher außer aller Berechnung gelegen war — die allgemeine Maifeier beschlossen, ein Gedanke, welcher überall und auch vornehmlich in Österreich aufgegriffen wurde, weil die Maifeier eine Methode ist, den Willen der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen, ohne daß die Polizei daran etwas ändern kann. Gerade in Österreich, wo die Arbeiterschaft politisch so geknebelt ist, mußte die Maifeier am meisten Wurzel fassen, und wir können ruhig sagen, daß die Maivorgänge des Jahres 1890 gezeigt haben, daß die Sozialdemokratie in Österreich über einen Einfluß im Proletariat verfügt, der weit über das hinausgeht, was wir selbst geglaubt haben. Ich glaube, wir waren alle überrascht und noch viel mehr waren es die anderen, und wenn wir heute sagen können, daß die sozialdemokratische Bewegung in Österreich, daß die Partei in Österreich anerkannt ist, daß sie eine politische Macht in die Waagschale zu werfen hat, dann können wir sagen: Gesiegt haben wir nicht am 1. Mai 1890, aber gezeigt hat sich der Sieg am 1. Mai 1890. Es war ein Gradmesser gefunden für die Entwicklung der Partei.

Bedenken Sie. Ich erinnere mich gerade an den deutschen Parteitag. In Halle hat Bebel referiert über die zehn Jahre Sozialistengesetz und die Lage der Partei, und da sagte er: „Wo wären wir hingekommen in dieser Zeit ohne allgemeines Wahlrecht; wir hätten ja nicht gewußt, wieviel Leute wir haben; wir hätten uns nicht zählen können; wir hätten überhaupt nicht gewußt, wie kräftig wir sind, wie unsere Organisation aussieht.“ Und nun haben Sie in Österreich politische Verhältnisse, die schlechter sind als das Sozialistengesetz, und zwar meine ich unsere normalen Verhältnisse. Sie haben in Österreich in einzelnen Bezirken Verhältnisse, die einfach unmöglich sind für europäische Staaten, die geradezu asiatisch sind, und haben noch dazu das allgemeine Wahlrecht nicht. Selbstverständlich hat keiner von uns gewußt, wie weit wir eigentlich sind. Der 1. Mai hat uns plötzlich gezeigt, daß wir viel weiter sind, als wir geglaubt hatten, und darin liegt die politische Bedeutung der Sache.

Daß die Partei, daß alle ihre Organe, daß alle ihre Organisationen, alle ihre Leute mitgearbeitet haben daran, das ist ja selbstverständlich.

Es ist sehr schwer, alle diese Dinge durchzugehen, ohne nicht in die übrigen Punkte der Tagesordnung einzugreifen und muß ich mich daher in bezug auf solche Dinge kurz fassen.

Einen Punkt möchte ich nachtragen, den ich früher in meiner Überschau vergessen habe.

Wir haben in Hainfeld beschlossen, eine Monatsschrift zu gründen, diese Monatsschrift, die „Sozialdemokratische Monatsschrift", ist aber wieder eingestellt worden mit Ende vorigen Jahres. Die Gründe, warum sie eingestellt werden mußte, sind einfach diejenigen, die ich ja schon früher zum Teil für die anderen Blätter angeführt habe. Die Monatsschrift muß naturgemäß kostspieliger sein als die anderen Blätter, außerdem haben wir die Absicht gehabt, gerade aus dieser Monatsschrift eine Einnahme für die Partei zu machen und mußten den Preis auch aus diesem Grunde höher stellen. Ein dritter Grund ist, daß wir ja in dieser Beziehung mit Literatur, mit periodischer Literatur, die nicht gerade aktuell ist und die nicht gerade lokal ist, die mehr prinzipieller Natur sein soll, daß wir einen Überfluß derartiger Literatur aus Deutschland erhalten, womit wir absolut nicht den Wettbewerb aushalten können, ich erinnere an die „Neue Zeit", die da in Frage kommt. Und viertens ist auch Schuld daran, daß die Redaktion vielleicht nicht so geschickt geleitet war, wie es hätte sein sollen. Ich kann das um so ruhiger sagen, als ich ja nicht so ganz unschuldig an dieser Redaktion war und mit zu verurteilen bin. Aus allen diesen Gründen haben wir die Monatsschrift wieder eingestellt und wollen nun zwanglose Hefte herausgeben, über die ja noch beim Punkt „Presse" gesprochen wird.

Ich werde soeben vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß meine Zeit bereits um ist und Sie werden erlauben, daß ich ganz kurz die Sache abschließe.

Wir haben nach besten Kräften in dieser Zeit die Agitation und Organisation gefördert. Die Zeit, die vor uns ist, ist politisch eine leichtere wie die, die hinter uns liegt, politisch eine leichtere, weil sie eine klarere ist. Vergessen Sie nicht, daß in Österreich die politischen Parteiverhältnisse so verzwickte sind, daß es ungeheuer schwer ist, einen geraden Weg mitten durchzugehen. Oberstes Prinzip mußte uns politisch sein, jede Partei, heiße sie liberal oder antiliberal — ich gebrauche nur die beiden Hauptausdrücke, denn was sich alles liberal nennt und ebenso, was sich antiliberal nennt, hier zu analysieren, kann nicht meine Aufgabe sein —, Liberale und Antiliberale, beide gleichmäßig uns vom Leibe zu halten. Das ist eine der Hauptaufgaben der Partei und eine Aufgabe, die mitunter gar nicht leicht zu erfüllen ist. Die Aufgabe wurde in der Zeit um so schwerer, weil die Liberalen Anlaß genommen haben, den Punkt in den Vordergrund zu stellen, in welchem sie angeblich mit uns einer Meinung sind, das freiheitliche Programm, weil sie

den, als sie in der Opposition waren, sehr leicht ein bißchen in den Vordergrund stellen konnten und es für uns mitunter schwer war, ihre Schmeicheleien, ihre Anbiederungen von uns höflich, aber entschieden abzulehnen. Das wird besser. — Die Liberalen sind wieder an der Regierung, sie sitzen wieder an der Schüssel und sie haben es nicht mehr notwendig, zu lügen. Man wird künftighin im Namen einer liberalen Regierung uns konfiszieren, man wird im Namen einer liberalen Regierung uns einsperren, und die Regierung wird der klare Ausdruck der Bourgeoisie sein, welche herrscht, welche unter ihrer eigenen Firma herrscht, nicht wie früher unter allerlei Hüllen. Denn tatsächlich hat die Bourgeoisie ja früher auch geherrscht.

Die antiliberalen Parteien aber — Feudale in allen ihren Formen und Abstufungen, Christlichsoziale, Antisemitischklerikale, Nationalsoziale, und es hat ja jede Fraktion ein eigenes Programm und jeder Mann in der Fraktion wieder seine eigene Meinung —, alle diese Gruppen, die ihrem Wesen nach antiliberal sind und angeblich die Herrschaft der Bourgeoisie, das ist den Liberalismus angreifen, haben in der Mitte der achtziger Jahre mit den Arbeitern gewisse Beziehungen gehabt; nicht die meine ich, die die Herren heute so von ihren Rockschößen abschütteln wollen. Ob Liechtenstein mit dem Peukert gesprochen hat oder nicht, das ist für die Weltgeschichte so Wurst, wie nur irgend etwas. Wenn er's getan hat, so hat Liechtenstein gewiß schon mit viel schlechteren Leuten gesprochen (Lebhafte Heiterkeit. Bravo!) und vielleicht der Peukert auch mit besseren. (Heiterkeit.) Also, das ist uns vollständig gleichgültig; wenn wir das meinen, so meinen wir ganz andere Dinge. Die Liberalen haben geliebäugelt auf politischem Gebiet mit den Arbeitern und die Antiliberalen auf sozialem Gebiet.

Die Liberalen haben uns fortwährend erzählt und erzählen es uns heute noch, wo wir mit ihnen zusammenkommen — in den Wählerversammlungen haben wir sie ja persönlich gehört —, daß wir ihnen all die Freiheiten zu verdanken haben, wofür wir ihnen noch herzlichen Dank abstatten sollen; es zeigt nur von ihrer Blindheit, daß sie sich überhaupt dessen noch rühmen: die Liberalen sollten so viel Scham haben, zu schweigen darüber, daß sie überhaupt die Staatsgrundgesetze gemacht haben.

Gerade so haben die Antiliberalen dasjenige, was an Arbeiterschutz in Österreich existiert, gemacht, um die Arbeiter zu gewinnen. Sie sind ebenso abgeblitzt wie die anderen. Die österreichische Arbeiterpartei hat die Sozialreform der Belcredi und Liechtenstein mit ebenso vornehmer Ruhe entgegengenommen, wie die Freiheiten der Liberalen, sie hat von beiden genommen, was davon brauchbar ist — es ist leider nicht sehr viel — und hat ihnen das übrige höflich zurückerstattet, aber — ohne sich bei ihnen zu bedanken.

Die Schwierigkeit nun, das konsequent durchzuführen, sich in den Streit dieser streitenden Parteien nicht hineinziehen zu lassen, die wird jetzt geringer, die wird darum geringer, weil, wie gesagt,

die Liberalen an der Regierung sind, und weil die Antiliberalen sich nicht mehr trauen, antiliberal zu sein, weil die Antiliberalen sich in zwei Klassen teilen, in die antiliberal-feudale Ideologen, die Programme machen, über die ihre Parteigenossen selber lachen und sie für undurchführbar halten, und in die große Masse der mit dem Großgrundbesitz zusammenhängenden Interessen, Großgrundbesitzer und ihr Schweif, und ihr theoretischer Ausdruck, die Klerikalen, welche aber alle miteinander, die ganze Gesellschaft, anfangen, in derselben kapitalistischen Weise revolutioniert zu werden und welche, wenn sie noch immer antiliberal predigen, doch nicht mehr antiliberal zu handeln wagen. — Sie haben nicht mehr den Mut ihrer Meinung. Ich weiß, Genossen, ich habe meine Zeit überschritten und schließe.

Wir können vollkommen ruhig in die Zukunft sehen. Was bis jetzt geleistet wurde, ist für die schwierigen Verhältnisse, unter denen wir in Österreich arbeiten, etwas Erhebliches und Bedeutungsvolles. Die Zukunft legt uns in einer Beziehung weniger Hindernisse in den Weg, das ist in der politischen. Sie legt uns in der anderen Beziehung, in der ökonomischen, aber mehr Schwierigkeiten in den Weg, weil wir einen Niedergang vor uns haben. Aber unser Programm, unsere Prinzipien haben wir keinen Anlaß gefunden, in diesen zweieinhalb Jahren auch nur im geringsten zu bezweifeln, im geringsten an ihrer Richtigkeit irre zu werden, und das, was in Hainfeld ausgemacht wurde, war in der Folge für uns ein klarer Wegweiser für das, was wir zu tun haben. Diesem Wegweiser wollen wir, so hoffen wir, auch weiter folgen. Daß wir hier beisammen sind und beraten, das bedeutet nicht einen Abschnitt insofern, daß nun ein anderer Weg eingeschlagen werden kann oder soll — Sie werden es ja beurteilen. Wir glauben, daß der Weg, den die Partei bis jetzt gegangen ist, der richtige ist, daß wir auf diesem Wege zu bleiben haben und daß wir bei dem einzigen Losungswort bleiben: Vorwärts und wieder vorwärts! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

### Schlußwort.

Ich habe mir das Schlußwort erbeten, nicht um Sie lange aufzuhalten, sondern um einige wenige Punkte, die vorgebracht wurden, so gut es mir möglich ist, zu berichtigen. Im großen und ganzen haben die Genossen konstatiert, daß die Fortschritte, die wir in der letzten Zeit gemacht haben, erfreulich und befriedigend sind. Daß natürlich noch immer vieles zu wünschen übrig bleibt, versteht sich ja von selbst. Nur in einer Richtung hat sich aus der Debatte eine Unklarheit ergeben, ich meine den kleinen Ansatz zu einer nationalen Arbeiterpartei*), der sich in Prag ge-

*) Siehe darüber Näheres in dem Artikel über den Parteitag vom 3. Juli 1891, wo über die „nationale Arbeiterpartei" ausführlicher gesprochen wird. Für diese hatte Vavra auf dem Parteitag gesprochen.

Der Genosse Alois Krejčí, von dem später die Rede ist, war der Redakteur der „Dělnické Listy", des tschechischen Parteiorgans in Wien.

bildet hat. Genosse Krejčí aus Wien hat mir vorgeworfen, daß ich von der tschechischen Arbeiterbewegung nicht gesprochen habe. Dazu habe ich keinen Anlaß gehabt, denn Genosse Hybeš war ja der Referent für die tschechische Arbeiterbewegung. (Genosse Hybeš: Ich habe das schon konstatiert.) Jawohl, aber ich mußte mich gegenüber jenem Anwurf verteidigen. Diese Angelegenheit in Prag werden hoffentlich schon die Prager Genossen abtun. Die Herren, die sich dort abseits gestellt haben, werden sich aber jedenfalls zu fragen haben, ob sie das Hainfelder Programm anerkennen oder nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Sie werden diese Frage klar und ehrlich für sich und die anderen beantworten müssen, und je früher sie das tun, desto besser wird es für uns und auch für sie sein. Ich glaube, daß wir noch im Verlauf der Diskussionen zu einem ganz klaren Abschluß kommen werden. Die Ansätze zu nationalen Gruppierungen der Arbeiterpartei fehlen in keinem Lande, aber — lassen Sie mich das offen sagen, wenn dies auch einige unter Ihnen vielleicht unangenehm berührt — je vorgeschrittener eine Arbeiterpartei ist, um so weniger wird der nationale Gesichtspunkt in ihr zur Entwicklung gelangen. (Lebhafter Beifall.) In Irland haben wir noch vor kurzer Zeit auch unter den Arbeitern eine erhebliche nationale Bewegung gehabt. In Italien sehen wir, daß die irredentistische Bewegung mit der Arbeiterbewegung noch vielfach Berührungspunkte hat. Hoffentlich wird unter den tschechischen Arbeitern recht bald jede Spur eines Vorherrschens des nationalen Gesichtspunktes überwunden sein.

Es wurde mir von anderer Seite der Vorwurf gemacht, daß ich von der Frauenfrage gar nichts gesprochen habe*). Diesfalls wollte ich bereits schon allzuoft Wiederholtes nicht neuerlich vorbringen.

Hätte ich alle Einzelheiten unserer Bewegung erwähnen wollen, dann hätte ich viel länger reden müssen, als ich es ohnehin getan habe. Was aber die Frauen anbelangt, so sage ich: Der erste Schritt für die Frauen selbst muß der sein, daß sie nicht eine eigene Frauenbewegung haben wollen; es gibt nur eine Arbeiterbewegung. Wenn die Frauen in diese eintreten wollen, dann sind sie uns nicht nur angenehm, sondern sie werden auch gefördert werden auf alle mögliche Weise. Ich muß die Wiener Genossen speziell in Schutz nehmen; die Vorwürfe gegen dieselben sind unberechtigt. Wir haben in den letzten Jahren viel für die Frauen getan. Es ist der Beschluß ausgeführt worden, daß alle Vereine in

Er vertrat die Wiener Tschechen auf dem Parteitag. Später kam er als Redakteur nach Pilsen. Josef Hybeš, der den Bericht der tschechischen Partei erstattete, war der Organisator der Brünner Textilarbeiter, später Abgeordneter. (Nach der Spaltung der tschechischen Partei wurde er Kommunist.)

*) Dieser Vorwurf wurde von Adelheid Dworschak, der nachmaligen Abgeordneten im Nationalrat der Republik, Adelheid Popp, erhoben, die als Gast anwesend war, aber mit Bewilligung des Kongresses das Wort erhielt.

der Weise eingerichtet werden, daß auch Frauen Zutritt haben; es ist ein eigener Frauenverein mit unserer Hilfe gegründet worden, es wird auf jede Weise dahin getrachtet, die Frauen herbeizuziehen, aber die Sache liegt eben ganz anders. Wir werden die Frauen in die Bewegung nur hineinbringen durch die gewerkschaftliche Organisation, dort kommen wir an sie heran, dort, wo wir auch die Männer bekommen. Wir müssen nun leider zugeben, daß eine Anzahl von Branchen, wo Frauen vorwiegend beschäftigt sind, eben eine gewerkschaftliche Organisation noch nicht haben, beispielsweise die Konfektionsbranche, die Blumenbranche usw. Dort haben wir die meisten Schwierigkeiten, wo wir Frauen zu organisieren haben, die ganz isoliert sind. Wo die Männer ihnen helfen können, da können Sie überzeugt sein, da geschieht es auch.

Ich verlasse dieses Thema und möchte ein Versäumnis gutmachen, das ich mir habe zuschulden kommen lassen. Ich habe nämlich nicht erwähnt, daß bei der Konferenz, welche am 15. August v. J. in Brünn stattfand und von allen Redaktionen der österreichischen Blätter besucht war, daß auf dieser Beratung beschlossen wurde, daß die Tschechen, die das auch selbst erklärt haben, nicht mehr abgesondert, sondern mit uns einen Parteitag abhalten wollen. In dieser Beziehung finden wir sie heute zum ersten Male voll hier vertreten, und ich möchte bei der Gelegenheit einen Appell an Sie richten: Es ist Ihnen ja bekannt, wie unangenehm den Tschechen sowohl wie uns dieses fortwährende Übersetzen, wie schleppend dies ist. Es dauert lange und ist umständlich, aber seien Sie überzeugt, daß der politische Vorteil für die Organisation, den wir dadurch haben, daß die Tschechen hier sind, und den die Tschechen dadurch haben, daß sie bei uns sind, daß dieser Vorteil die Schwierigkeiten und die Mühsale bei weitem überwiegt und daß das wirklich ein wichtiger Wendepunkt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung ist. Lassen Sie sich also durch diese kleinen und langwierigen Sachen nicht abschrecken.

Sie werden schließlich sich vielleicht wundern, daß ich gar nichts, nicht ein Wort von dem gesprochen habe, wovon alle erwartet haben, daß hier am meisten gesprochen wird: von dem Sozialistengesetz*).

Ich habe es gar nicht erwähnt, denn es ist nicht der Mühe wert, es zu erwähnen (Heiterkeit, Beifall), es ist nicht der Mühe wert, einen oberflächlichen Einfall eines oberflächlichen Politikers unter ernsten Leuten ernst zu besprechen. Der Herr Ministerpräsident hat unlängst erklärt, vorgestern war es, er habe das Ding nur auf dem Lager haben wollen (Hört!), er wolle es nicht gleich durchbringen, er dränge nicht auf die Annahme, sondern will es

*) Am 1. Juni 1891 hatte Taaffe dem Parlament (nachdem bekanntlich der Ausnahmszustand schon am 1. August 1889 erloschen war) den Entwurf eines Sozialistengesetzes vorgelegt. Aber dieses wurde nach der neuerlichen glänzenden Maifeier von niemandem mehr ernst genommen, besonders da der Entwurf am Tage vorher in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht worden war.

nur in Vorbereitung haben. Gut, das ist sehr schön, er soll sich sein Lager nur anlegen, er hat eine hübsche Raritätensammlung schon beisammen (Ruf: Das ist die größte Rarität), er soll ganz ruhig sein, wir fürchten seine Rumpelkammer nicht. (Heiterkeit.)

Im übrigen konstatieren wir, daß wir den Weg, den wir eingeschlagen haben, für zum Ziele führend erachten, daß wir auf dem Wege gute Fortschritte gemacht haben und daß wir den Weg auch weitergehen werden. Wir sind uns über die sozialen Reformen, von denen heute in Österreich so ungeheuer viel gesprochen wird, vollständig klar. Die Regierung mit ihrem großen sozialen Programm hat noch nicht ein Wort gesagt, was sie eigentlich will. Hingegen, das wissen wir, daß der gute Wind, der uns heute entgegenbläst — er ist etwas lau, er ist nicht so kräftig, wie er es seit langer Zeit war —, das wissen wir, und wir sind gefaßt darauf, daß dieser Wind nicht lange dauern wird, weil bei uns nie etwas Vernünftiges lange dauert. (Heiterkeit.) Aber, obwohl wir das wissen, gehen wir ruhig unseren Weg und werden, wenn wir die schlechten Zeiten zu ertragen wußten, die annehmbaren Zeiten auch recht auszunützen verstehen. Damit schließe ich. (Anhaltender Beifall.)

# Spaltungsversuche.

## Eine neue Arbeiterpartei.

„Arbeiter-Zeitung" vom 14. August 1891.

Eine neue Arbeiterpartei wird schon wieder von der Bourgeoispresse angemeldet; es ist dieselbe, deren Herannahen schon das „N. Wr. Tagblatt" prophetisch angekündigt. Und zwar ist ein sicherer Schatzl*), Anstreichergehilfe, Gründer der neuen Partei und hat ihr Programm in der konstituierenden Versammlung des Fachvereines der Maler, Anstreicher usw. der staunenden Mitwelt verraten. Sehen wir den genialen Reformator uns an, wie ihn die liberale Presse lobpreisend schildert:

„Schatzl sprach über soziale Reformen. Es sei Mode unter den Sozialdemokraten geworden, über wirtschaftliche Reformen zu lächeln. Überhaupt sei die Arbeiterpartei in ein gefährliches Fahrwasser gedrängt worden. Die Streiks, die man stets als unfehlbares Generalmittel anpreise, seien in Wirklichkeit von Nachteil, auch wenn sie siegreich ausfallen sollten. Denn eine Erhöhung der Arbeitslöhne ziehe mit bemerkenswerter Regelmäßigkeit eine Preissteigerung der Bedarfsmittel nach sich. (!!!) Die Streiks seien nicht nur ein zweischneidiges, sondern auch ein stumpfes Schwert, da den internationalen Arbeitern das internationale Kartell der Fabrikanten gegenüberstehe, der Druck des einen erzeuge den Gegendruck des anderen, und bevor die vollständige Aufhebung der privatkapitalistischen Produktionsweise durchgesetzt werde, bleibe der Arbeiter stets im Nachteil. Die sozialdemokratische Partei treibe zu viel hohe Politik, es müsse eine neue, auf wirtschaftlicher Grundlage aufgebaute Arbeiterpartei gegründet werden. Die 20 Branchen der Baugewerbe umfassen 150.000 Menschen, wirtschaftlich organisiert, zu einer allgemeinen Arbeiterassoziation vereinigt, wäre das eine kolossale Macht. Man glaube, eine solche Organisation sei nicht durchzusetzen. Es werde und müsse gehen!"

Also nach dieser Theorie der neuesten „Arbeiterpartei", deren einziges Mitglied Herr Schatzl wohl bis auf weiteres bleiben wird, gibt es nichts Schädlicheres für die Arbeiter als — Erhöhung ihrer Löhne. Die „Preise der Bedarfsmittel werden ja dadurch erhöht"; folglich „niedrige Löhne", immer niedrigere!

*) Josef Schatzl versuchte wirklich eine neue Arbeiterpartei zu gründen und durch Volksversammlungen und durch eine eigene Zeitung „Die freie Arbeit" dafür zu werben, als er kein Glück damit hatte, gründete er eine „Wirtschaftspartei".

Wenn die Arbeiter umsonst arbeiten, kriegen sie schließlich die Bedarfsmittel noch ganz umsonst! Das ist doch eine solide „wirtschaftliche Grundlage". Es scheint, daß Herr Schatzl nicht nur seine hochfliegenden Pläne, Produktivassoziationen nach längst abgetanem Schulze-Delitzschschen Muster zu gründen, sondern auch seine ökonomischen Theorien direkt von dem bekannten Herrn Friedrich Sueß bezieht, welchen wir als Politiker und besonders als Lederfabrikanten schon längst als einen enthusiastischen Schwärmer für niedrige Arbeitslöhne kennen.

Und dem sollen die Arbeiter der Dekorationsbranchen Beifall geklatscht haben? Dumm gelogen! Herr Schatzl wird eine Antwort kriegen, die er sich nicht hinter den Spiegel stecken wird, und er wird sich die „Arbeiterpartei" zu seinen „wirtschaftlichen Grundlagen" draußen zu suchen eingeladen werden. Herr F. Sueß soll ihm nun auch seine Partei liefern wie sein System! Er ist geradezu moralisch verpflichtet dazu.

# Zur Parteiorganisation.

„Arbeiter-Zeitung" vom 20. November 1891, 1. Jänner und 11. März 1892.

I*).

Gelegentlich der Diskussionen, welche die Angelegenheit der „Volkspresse" veranlaßte, wurde von verschiedenen Seiten und wiederholt auch die Frage unserer Parteiorganisation aufgeworfen. Die Art und Weise, in welcher dies geschah, war zwar nicht durchaus einladend, in die Debatte einzutreten, von sachlichen Argumenten trat wenig zutage, dafür wurde aber ein luxuriöser Gebrauch von Beschimpfungen einzelner Personen gemacht.

*) Dieser Artikel ist als selbständiger Artikel ohne jede Bezeichnung eines Autors erschienen. Am 1. Jänner 1892 erschien dann plötzlich ein Artikel unter der gleichen Überschrift als zweiter Artikel und mit der Bezeichnung v. a. Zu diesem zweiten Artikel war eine Fußnote angefügt: „Mit diesem Artikel eröffnen wir die Diskussion über Parteiorganisation und werden die Redaktionen der Parteiblätter sowie die Parteiorganisationen aufgefordert, auch ihre Ansichten kundzugeben, um so gleichsam eine Vorarbeit für den kommenden Parteitag zu suchen. Die Red." Ein dritter Artikel ist dann am 11. März 1892 erschienen. Diesem war die Bemerkung angefügt: „Ein Schlußartikel folgt." Aber dieser Schlußartikel ist nie erschienen. Diese Artikel zur Parteiorganisation sind für die Geschichte der Spaltungsversuche deshalb so wichtig, weil die „Oppositionellen" ja, wie später gezeigt wird, im Prinzip den Föderalismus zu vertreten behaupteten.

Über die „Angelegenheit der Volkspresse", von der hier die Rede ist, siehe den Artikel vom 1. April 1892 weiter unten (unter diesem Titel abgedruckt).

Die Hanser-Affäre oder, wie sie hier genannt wird, die Angelegenheit der „Volkspresse", ist heute doch schon so wenig bekannt, daß zu dem Verständnis dieses Artikels einiges bemerkt werden muß. Brügel schreibt

Trotzdem halten wir es für unsere Pflicht den Versuch zu machen, eine geordnete Diskussion über diesen das Lebensinteresse unserer Partei so nahe berührenden Gegenstand zu eröffnen. Wir haben den Eindruck, daß die Leidenschaften, die sich bei uns Österreichern so leicht über alles Maß erhitzen, nunmehr sich etwas beruhigt haben und wir möchten ebensowenig, daß das was etwa Berechtigtes und Verständiges jenen erregten Äußerungen zugrunde liegen mag, spurlos verschwinde, als daß etwa falsche, unsachgemäße Auffassungen ohne Berichtigung bleiben. Wir halten es deshalb an der Zeit, eine geordnete Diskussion über Organisationsfragen zu eröffnen, hoffen, daß die Parteigenossen in allen Parteiblättern sich daran beteiligen werden und beabsichtigen, unsere eigene Anschauung möglichst klar zum Aus-

---

darüber: Rudolf Hanser gab mit Adolf Heimann in Wien die „Volkspresse" heraus, die wegen ihrer sehr volkstümlichen Schreibweise von den Parteigenossen viel verbreitet wurde. Hanser hatte sich einige Verfehlungen zuschulden kommen lassen und wurde deshalb von der Wiener Lokalorganisation nach mehrwöchigen Auseinandersetzungen aus der Partei ausgeschlossen und die „Volkspresse" als Parteiorgan nicht mehr anerkannt. An ihrer Stelle erschien seit dem 21. Oktober 1891 die „Volkstribüne", die von Franz Schuhmeier, dem Obmann des Vereines „Apollo", herausgegeben wurde. Die „Volkstribüne", deren Hauptmitarbeiter Emil Kralik, Franz Schuhmeier und Karl Höger waren, wurde das Organ der niederösterreichischen Landesorganisation und erfreute sich wegen ihrer Schreibweise großer Beliebtheit. Das Blatt erschien bis 1920.

Die von den Bürgerlichen erhoffte „Spaltung" der Partei war nach der Ausschließung Hansers und Heimanns aus der Partei nicht eingetreten, wenn auch die beiden Genannten eine sehr heftige Agitation gegen die leitenden Personen in der Partei entfalteten. Die „Volkspresse" und ein anderes von Hanser herausgegebenes Blatt „Der arme Teufel" gingen nach kurzer Zeit ein; ebenso die von Hanser begründete „Familienbibliothek".

Hanser und Heimann appellierten an den Parteitag, der sich mit der Angelegenheit um so mehr befassen mußte, als die Anhänger Hansers sich als prinzipielle Opposition gebärdeten, die in der „Volkspresse" ihren Mittelpunkt fand. Wie prinzipiell und revolutionär aber diese Opposition der „Unabhängigen" — so nannten sie sich nach deutschem Vorbild — war, kann man daraus ersehen, daß sie zur Linderung der Not der Arbeitslosen eine Geldsammlung unter der Bourgeoisie vornahmen und eine öffentliche Brotverteilung veranstalteten. Die Seele, aber auch der Geldgeber dieser oppositionellen Bewegung war ein ehrgeiziger Advokat, Dr. Friedrich Elbogen, der als Verteidiger bekannt war, aber auch gern eine politische Rolle gespielt hätte. Nach dem Rücktritt Hansers trat Karl Bonupf an die Spitze der „Volkspresse", der auf dem Parteitag ein „föderalistisches" Programm zu vertreten vorgab.

Der Parteitag bestätigte nach einer eingehenden Prüfung der Angelegenheit durch eine Kommission einstimmig die Ausschließung und beschloß, am Hainfelder Programm und an der bisherigen Taktik festzuhalten. Im Namen der Opposition erklärte Dolejši, daß diese mit den anderen Genossen gemeinsam kämpfen wollen. Hanser und Bonupf allerdings, für die das nicht galt, haben später, wie Brügel auf Grund von Polizeiakten mitteilt, Anschluß an Parteigegner gesucht.

druck zu bringen. So könnte vielleicht dem nächsten Parteitage mit Nutzen vorgearbeitet werden.

Über die Wichtigkeit der Organisation für jede Partei besteht kein Zweifel. Das Programm ist ihr leitendes Gehirn, die Organisation ihr bewegendes Nervensystem; ohne Organisation ist sie ein ohnmächtiges, ohne Programm ein bewußt- und planloses Wesen.

In einer der „Protestversammlungen", welche in Niederösterreich statthatten, wurde der Vorwurf erhoben, „die Organisation unserer deutschen Genossen werde zwar stets angepriesen, es werde aber nicht ernstlich versucht, sie auch in Österreich durchzuführen". Sehen wir, ob und in wieweit dieser Vorwurf berechtigt ist.

Die ersten Punkte der „Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" lauten:

„§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Über die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen diese Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu."

Für heute wollen wir uns darauf beschränken, den ersten dieser Punkte auszuführen. So selbstverständlich er scheinen mag, er ist die wichtigste und unentbehrlichste Basis jeder Organisation. Die Anerkennung der Grundsätze des Parteiprogramms gibt die Berechtigung als Parteigenosse anerkannt zu werden. Es muß klar sein für jedermann, daß alle, die in der Partei stehen, dasselbe Ziel mit denselben Mitteln verfolgen. Ist diese Feststellung für jede Partei notwendig, so ist sie es erst recht für die sozialdemokratische. In einer Zeit, wo jeder halbwegs vernünftige Mensch „Sozialist" ist, wo der Bourgeoisie selbst der Glauben an die Dauerbarkeit der heutigen Zustände abhanden gekommen ist, wo andererseits in allen Schichten des Volkes das Bewußtsein dämmert, es müsse anders werden, ist es notwendiger als je eine deutliche und klare Grenze zu ziehen, wer zur Sozialdemokratie gehört und wer nicht. Damit soll gar nicht gesagt sein, daß die große Anzahl der Leute in allen Schichten, welche Abneigung gegen den Kapitalismus haben, welche irgendeine Art von Kollektivismus wünschen, ohne daß sie unser Programm annehmen, darum mit erbitterter Feindseligkeit abgestoßen werden sollen. Es gibt in den verschiedenen Sekten vom strammen „Staatssozialisten" bis zum „Anarchisten", welcher für die absolute Freiheit des Individuums schwärmt, sehr viele brave und tüchtige Leute, mit denen wir diskutieren können, sollen und müssen, für deren ehrliches Streben wir alle Anerkennung haben können, mit denen wir aber keineswegs

gemeinsam politisch arbeiten können, weil sie andere Ziele haben und andere Wege einschlagen wollen als wir. Und der Weg ist für den Kampf von heute genau ebenso wichtig als das Ziel. Die Sozialdemokratie will den Sieg des Proletariats im Klassenkampf durch Erringung der politischen Macht, durch Eroberung der Staatsmaschine, welche in ihren Händen aus einem Werkzeug der Unterdrückung ein Mittel der Befreiung wird und dann — in die Rumpelkammer geht.

Sie will das Proletariat geistig und physisch befähigt machen, diesen Kampf zu führen, diesen Sieg zu erringen. Sie will das Proletariat geistig wehrhaft machen durch zielbewußte Agitation und Aufklärung, Erringung politischer Freiheit. Sie will es physisch widerstandsfähig machen durch staatlichen Arbeiterschutz, durch internationale Organisation des Kampfes um die Arbeitsbedingungen. Die Sozialdemokratie hält die ökonomische Umwälzung für die Grundlage ihrer Berechtigung, die Zuspitzung und Verschärfung des Klassengegensatzes für das wichtigste Element dieser Umwälzung. Alle Versuche, die Mittelklassen, das Kleingewerbe, das Kleinbauerntum zu konservieren, mögen diese Versuche modern oder mittelalterlich maskiert sein, sieht die Sozialdemokratie als reaktionär an.

Wer von diesen Grundsätzen der Sozialdemokratie nicht überzeugt ist, der mag ein sehr tüchtiger, gescheiter, ehrlicher Mann sein — Sozialdemokrat, unser Parteigenosse ist er nicht. Mit ihm ist vielleicht Diskussion möglich, nie aber gemeinsame Arbeit.

Noch verbreiteter vielleicht ist jene falsche Auffassung, welche die Grenzen der Partei zu enge zieht, welche ängstlich jedes einzelne Wort des Parteiprogramms förmlich als Dogma geheiligt wissen und dessen Verbesserungsbedürftigkeit nicht einmal diskutiert wissen will. Diese engherzige Auffassung ist allerdings in Österreich wegen der allgemeinen und mehr grundsätzlichen Fassung der Prinzipienerklärung von Hainfeld weniger bedenklich, jedoch wollen wir demnächst auch diesen Punkt des näheren erörtern.

II.

v. a. Seit wir vor einigen Wochen in einem ersten Artikel die Fragen, welche mit der Parteiorganisation zusammenhängen, zur Diskussion brachten, ist von der Gegenseite — wenn wir die gewohnten unhöflichen Redensarten ausnehmen — absolut kein Argument, absolut kein Vorschlag in Vorschein gekommen, mit dem wir uns auseinanderzusetzen hätten. Wir müssen uns also schon bescheiden unsere Erörterung selbständig fortzusetzen, in der Gewißheit, daß die große Mehrzahl der Genossen unsere Ansicht teilt, die gegnerisch Gestimmten aber nicht in der Lage sind, ihre Stimmung in geordneter Weise zu begründen.

Was wir in unserem ersten Artikel auseinandersetzten, ist in den Beschlüssen des Wiener Parteitages präzise ausgedrückt in den Worten: „Zur Partei gehörig ist jede Person, welche sich zu den Grundsätzen des Hainfelder

Programms bekennt." Damit ist der Kreis der Parteigenossen deutlich abgegrenzt und durch den Ausdruck: „Grundsätze des Programms" auch jede Gewähr gegeben, daß es sich nicht um kleinliche Buchstabenklauberei, um geisttötende Orthodoxie bei uns handeln kann, daß vielmehr der Meinungsverschiedenheit und dem Meinungsaustausch auf dem gemeinsamen prinzipiellen Boden breitester Spielraum gewährt ist.

In bezug auf einen heiklen Punkt liegen in den Organisationsbestimmungen der österreichischen Sozialdemokratie keine besonderen Beschlüsse vor; freilich ist das Wesentliche selbstverständlich. Jede Partei, jede Gemeinschaft überhaupt, muß die Möglichkeit haben, Personen abzuschütteln, die gegen die Prinzipien und Interessen dieser Gemeinschaft sich vergangen haben; jede Organisation muß das Recht haben auszusprechen, daß eine solche Person aus diesen bestimmten Gründen nicht zu ihr gehört. Das ist um so notwendiger, als in allen wichtigen Fällen die Partei die volle Verantwortlichkeit für das Vorgehen der einzelnen Parteigenossen trägt und so lange trägt, als sie nicht ausdrücklich erklärt: diese Person gehört nicht mehr zu uns. Wir heben diesen eigentlich ganz selbstverständlichen Punkt hervor, weil es in letzter Zeit bei gewissen Leuten Mode wurde, von der Parteizugehörigkeit als einer Art unveräußerlichen, unverlierbaren, lebenslangen Rechtes zu sprechen, was die reine Phrase ist.

Ein Beispiel: Nehmen wir an, ein Parteigenosse oder eine Gruppe von Parteigenossen würde auf die tolle Idee kommen, irgendeine Parteiregierung, nehmen wir an, ein liberales Ministerium habe die ernstliche Absicht, soziale Reformen im Interesse der Arbeiterklasse vorzunehmen; diese Gruppe würde nun öffentlich einer solchen Regierung das Vertrauen aussprechen und zugunsten dieser Regierung öffentlich oder auf dem Wege der Intrigue wirken. Es ist doch klar, daß die Partei das Recht haben muß, solche Leute zu desavouieren, zu sagen: „Ihr gehört nicht zu uns, ihr habt nicht das Recht in unserem Namen zu sprechen, ihr seid keine Sozialdemokraten!" Und mögen dann diese Leute deklamieren, so viel sie wollen, von Parteityrannei reden und faseln, sie seien Sozialdemokraten bis an ihr Lebensende und niemand könnte ihnen das verbieten — die Parteiorganisation wird sie kurzweg ausschließen; jeder Parteigenosse wird wissen, was er davon zu halten hat und ebenso die Öffentlichkeit. — Dabei haben wir absichtlich angenommen, daß die betreffenden Leute aus Überzeugung handeln, daß sie nicht etwa sich haben einfach kaufen lassen, in welchem Falle der Hinauswurf ohne alle Umstände ja ganz selbstverständlich ist. Ebenso selbstverständlich erscheint es uns, daß, wer immer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, nicht zu uns gehören kann. Wir haben den sehr ernstlichen Wunsch unser Haus reinzuhalten und davon abgesehen, schon die einfache Klugheit wird uns abhalten, den Gegnern unnötige Angriffspunkte zu geben. Nicht so einfach steht es mit der Kompetenz. Die deutsche Organisation bestimmt ganz klar: „Über die Zugehörigkeit zur Partei

entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise. Gegen diese Entscheidungen steht dem Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu." Diese höchst natürliche Regelung ist in Österreich nicht so einfach ausführbar, wie sich bei der weiteren Besprechung der Organisation zeigen wird, zu welcher wir nunmehr schreiten wollen.

Die Partei ist die Gemeinschaft aller Parteigenossen. Aber die Zusammensetzung aller einzelnen zu einem Ganzen ist noch keineswegs eine Organisation. Organisation ist vor allem Gliederung, und zwar zweckdienliche Gliederung. Die Gesamtheit der einzelnen Genossen, und zählten sie nach vielen Tausenden, wäre ganz unfähig zu handeln, wenn nicht ein geordneter Zusammenhang zwischen den einzelnen bestände, wenn die einzelnen nicht gruppiert wären. Die Gruppierung der Parteigenossen, ihre Gliederung ist in allen Ländern ganz naturgemäß eine lokale. Die Genossen jedes örtlich abgegrenzten Kreises treten zu gemeinsamer Erörterung und Beschlußfassung über Parteiangelegenheiten zusammen, sie wählen ihre Vertrauensmänner, welchen sie ihre Aufträge geben, und welche die Pflicht haben, erstens die von den Genossen empfangenen Aufträge auszuführen, zweitens die Verbindung mit den Genossen der anderen lokalen Kreise und mit der Gesamtheit zu vermitteln. Aber hier beginnt bei uns in Österreich bereits eine Schwierigkeit, die wohl jeder in der Organisation tätige Genosse schon empfunden hat, wenn sie auch unseres Wissens noch nie besprochen wurde. Es fehlt uns nämlich an einer passenden Einteilung der Kreise. In Deutschland liegt die Sache weit einfacher; dort bestimmt die Organisation ganz kurz: „Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrung der Parteiinteressen einen oder mehrere Vertrauensmänner." Diese Einteilung in Wahlkreise ist für die Organisation höchst wertvoll und fehlt uns in Österreich total. Unsere offiziellen „Wahlbezirke" sind in der sinnlosesten Weise zusammengestellt. Die „Landbezirke" und „Städtebezirke" schieben sich ineinander, wie sie die tüftelnde Wahlgeometrie der Verfassungsfabrikation eben gebraucht hat. Viele Meilen weit voneinander entfernte Städtchen, zwischen denen mitunter gar keine praktikable Kummunikation möglich ist, bilden zusammen einen städtischen Wahlbezirk, während das umgebende flache Land im Umfang eines kleinen Königreichs wieder einen anderen bildet. Leute, die Tür an Tür miteinander wohnen, gehören verschiedenen Bezirken an, und Leute, die weit voneinander entfernt, unter ganz verschiedenen ökonomischen und politischen Bedingungen leben, gehören zu demselben Wahlbezirk. Wie wir an allen Ecken und Enden durch die politische Rückständigkeit Österreichs behindert werden, ist das auch hier der Fall. Die Wahlbezirkseinteilung ist für unsere Organisation völlig unbrauchbar. Ebensowenig läßt sich mit den Bezirkshauptmannschaften etwas anfangen. Ihre Größe ist viel zu verschieden und der Bezirk der politischen Verwaltung deckt

sich fast nie mit dem wirtschaftlichen Bezirk, was für unsere Zwecke die Hauptsache wäre. Wir sind also darauf angewiesen, Organisationskreise selbst zu schaffen und ihre Abgrenzung der Praxis zu überlassen. Daß dabei die Vollständigkeit des Netzes weit schwerer zu erreichen ist, ergibt die Erfahrung, ebenso, daß die Übersicht über das Ganze leiden muß.

Weit mehr fällt aber ein anderer Umstand ins Gewicht, das ist das Verhalten der Behörden gegenüber unseren Vertrauensmännern und gegenüber der Wahl derselben. Nicht als ob es irgendeinen Paragraph irgendeines Gesetzes geben würde, welcher die Bestellung von Vertrauensmännern und ihre Tätigkeit untersagen würde. Ein Vertrauensmann ist weder ein „Geheimbund" noch ein „politischer Verein"; eine öffentliche Versammlung, welche einen Vertrauensmann wählt, kann ebensowenig als Geheimbund oder politischer Verein angesehen werden. Zieht man es vor, wo öffentliche Versammlungen gewohnheitsmäßig nicht bewilligt werden, den Vertrauensmann bei Besprechungen, die auf geladene Gäste beschränkt werden, zu bestellen, so kann auch eine solche einzelne Versammlung weder als „Bund" noch als Verein angesehen werden. Und doch sind die Vertrauensmänner unserer Partei allen möglichen Schikanen und unter Umständen auch Hausdurchsuchungen, Untersuchungshaft und derlei Annehmlichkeiten ausgesetzt. Das ist um so charakteristischer, als die Einrichtung der Vertrauensmänner keineswegs unserer Partei allein eigentümlich ist. Die klerikale Partei verfügt über das beste, dichteste Netz von Vertrauensmännern; sie heißen dort — „Pfarrer", „Kaplan" usw. Aber auch die Deutschliberalen haben dieses Institut recht gut ausgebaut. Das „Vertrauensmännerkollegium der Deutschen in Böhmen", unter dem Vorsitz des Dr. Schmeykal, hält ganz regelmäßig seine Sitzungen ab, über welche in den Zeitungen berichtet wird; es erläßt öffentliche Aufrufe und funktioniert mit einem Wort als offizielle Parteiinstanz, ohne daß die Behörde jemals daran den geringsten Anstand genommen hätte, was freilich auch ganz natürlich war, da in der Einrichtung der Vertrauensmänner absolut nichts Ungesetzliches liegt.

Nach der unmaßgeblichen Meinung des Schreibers dieser Zeilen wäre es also Aufgabe des nächsten Parteitages, die Einrichtung der Vertrauensmänner den Genossen allerorts zu empfehlen. Ganz bestimmt werden sich hie und da Schwierigkeiten mit den Behörden ergeben, dafür bürgt Artikel 2 der Staatsgrundgesetze, welcher lautet: „Vor dem Gesetz sind alle Staatsbürger gleich." Aber wir meinen, daß die Sache ganz gut durchgeführt werden kann und durchgeführt werden muß. Es wird um so leichter und besser gehen, je öffentlicher wir es machen, je mehr alle Geheimniskrämerei ferne gehalten wird. Wir haben in der Tat nichts zu verbergen, unsere vollständig auf dem Boden des Gesetzes sich bewegende Tätigkeit wird den Gegnern schon unangenehm genug, so unangenehm, daß sie es sind, welche sich veranlaßt sehen, den Boden des Gesetzes zu verlassen und die

abenteuerlichsten Entscheidungen bei den Haaren herbeizuziehen. Dem kann nur durch volle Öffentlichkeit begegnet werden. Die Namen unserer Vertrauensmänner müssen in unseren Blättern offiziell bekanntgegeben und auf diese Weise den Herrschaften die langwierige „Voruntersuchung" erspart werden.

Soviel für diesmal; in einem nächsten Artikel wollen wir ausführen, wie wir uns die Tätigkeit der Vertrauensmänner denken.

III.

v. a. Wir haben absichtlich einige Wochen verstreichen lassen, ohne die begonnene Artikelserie fortzusetzen, um die Äußerungen anderer Parteigenossen abzuwarten. Unter den bisher veröffentlichten Beiträgen zur Organisationsdebatte sind die Artikel von e. r. in den letzten Nummern der Brünner „Arbeiterstimme*)" wegen ihrer Sachkunde, Klarheit und Nüchternheit sehr fördernd gewesen. Die „Arbeiterstimme" ist mit uns der Ansicht, daß sich die lokale Organisation auf gewählte Vertrauensmänner stützen muß und daß diese Form vom Standpunkt des österreichischen Gesetzes unanfechtbar ist, sobald sie mit größter Öffentlichkeit durchgeführt wird, was überdies die bezüglich der liberalen Organisation gemachte Erfahrung beweist.

Die von uns im zweiten Artikel (Nr. 1, 1892) hervorgehobene Schwierigkeit der Kreiseinteilung löst Genosse e. r. in sehr zweckentsprechender Weise. Er schlägt vor, daß die Landeskonferenz, das ist die Versammlung der Vertrauensmänner der ganzen Provinz, die Einteilung in Organisationsbezirke vornehme.

Weiter wird vorgeschlagen, daß regelmäßige Bezirkskonferenzen stattfinden und auch für jeden Organisationsbezirk drei Bezirksvertrauensmänner wählen, welche die Tätigkeit übersehen und die Verbindung mit der Landeszentralstelle herstellen. Die Landesvertrauensmänner sollen von der Landeskonferenz gewählt werden und ihr verantwortlich sein. Um rasch und prompt zu arbeiten, müssen sie stets in der Lage sein, zusammenzutreten und nahe beieinander wohnen. Die Landeskonferenz hat mindestens alljährlich nach dem Parteitag, sonst auch auf Verlangen einer bestimmten Anzahl von Organisationsbezirken zusammenzutreten. Der Ort für die Landeszentralstelle wird aber, unserer Meinung nach, darin weichen wir von Genossen e. r. ab, nicht regelmäßig, wenn auch häufig die Landeshauptstadt sein müssen. Ja, es wird dieser Ort vielleicht

*) e. r. ist der damalige Redakteur in Brünn, jetzige Wiener Nationalrat Eduard Rieger; der später angeführte k. b. in der „Volkspresse" deren Redakteur Karl Bonupf, von dem in dem Artikel „Die Angelegenheit der Volkspresse" die Rede ist.

Die von Adler vorgeschlagene Organisation ist auf dem Parteitag im wesentlichen beschlossen worden. Die Wahlen der Delegierten wurden übrigens meist schon für diesen Parteitag in öffentlichen Versammlungen vorgenommen.

über Beschluß der Konferenz wechseln können und für Böhmen wird die Frage aufgeworfen werden müssen, ob nicht sogar eine Unterteilung selbst des deutschen Gebietes in einen nordböhmischen und einen westböhmischen Agitationskreis als notwendig sich herausstellt.

Die Aufgabe der Vertrauensmänner ist jedem Parteigenossen klar; er hat dafür zu sorgen, daß die Agitation nicht ruht, daß alle Umstände dazu gründlich ausgenützt werden, daß die Parteipresse gehörig verbreitet, daß die Organisation ausgebaut und der Kampf gegen alle ihr entgegenstehenden Hindernisse unermüdlich geführt werde, daß die Parteigenossen in Fühlung miteinander bleiben, und daß schließlich auch die Mittel für die Parteitätigkeit aufgebracht werden.

Wir betonen an dieser Stelle es nochmals ganz ausdrücklich, daß diese politische Organisation nichts zu tun hat mit der gewerkschaftlichen Organisation, welche unsere beschränkte Gesetzgebung nur als eine „nichtpolitische" duldet. Woraus freilich nicht etwa folgt, daß die Mitglieder von Gewerkschaften als Individuen ihrer politischen Rechte verlustig seien, und nicht als Vertrauensmänner der Partei oder als Ausschußmitglieder politischer Vereine fungieren könnten.

Wir kommen nun zu dem schwierigsten und am meisten umstrittenen Punkt, zur Vertretung und Exekutive der Gesamtpartei. Kaum dürfte ein Einwand dagegen erhoben werden, daß ein alljährlich zu berufender Parteitag die oberste Vertretung sowohl, als auch die oberste Instanz der Gesamtpartei sei. Er hat das Programm der Partei erforderlichenfalls zu erörtern, er hat ihre Taktik und die Grundsätze für ihre Organisation zu bestimmen; er ist oberste Instanz in allen Streitfällen, welche aus Parteiangelegenheiten hervorgehen, er wählt schließlich seinen geschäftsführenden Ausschuß.

Schon in bezug auf das Zustandekommen des Parteitages, auf die Wahl der Delegierten, ergibt sich eine Anzahl von Schwierigkeiten, welche in Deutschland nicht existieren. Dort wählt jeder Reichstagswahlkreis einen bis drei Delegierte, welche vom Büro der wählenden, meist öffentlichen Versammlung die Bestätigung ihres Mandats erhalten. So einfach und naturgemäß dieser Vorgang ist, so schwer wird eine irgend gleichmäßige Vertretung bei uns zustande kommen, bevor die Bezirksorganisation durchgeführt ist. Das Ideal, daß eine gleiche Anzahl von Parteigenossen auch eine gleiche Anzahl von Delegierten entsende, ist bei uns kaum erreichbar, solange wir nicht das allgemeine Wahlrecht haben, welches auch der Organisation als Zählapparat die besten Dienste leistet. Jedenfalls aber wird die Wahl in öffentlicher Versammlung nach Möglichkeit anzustreben sein. Große Skrupel braucht man gerade über diesen Punkt nicht zu haben, da der Parteitag die Mandate prüft und sehr wohl weiß, wer das Vertrauen einer irgendwie bedeutenden Gruppe von Parteigenossen genießt und wirklich hat es darüber bisher noch wenig Streit gegeben.

Anders steht die Sache mit der vom Parteitag zu wählenden „Parteileitung", oder welchen Namen immer man dieser Einrichtung geben will. Die Hindernisse, welche von behördlicher Seite vorauszusehen sind, haben uns in Österreich einen Modus nahegelegt, welcher in der Partei keines anderen Landes geübt wurde.

In Hainfeld sowohl als in Wien hat der Parteitag den Redaktionen der Parteiblätter Funktionen zugewiesen, welche überall anders die Parteileitung hat; sie wurden beauftragt, den nächsten Parteitag einzuberufen, den Genossen wurde empfohlen, sich in allen Parteiangelegenheiten an sie um Rat und Unterstützung zu wenden; die Redaktionen haben auch unter Kontrolle der Lokalorganisation den Agitations- und Inhaftiertenfonds zu verwalten. Endlich wurde der Wiener „Arbeiter-Zeitung" (wie früher der „Gleichheit") aufgetragen, die Vorarbeiten für den Parteitag zu machen und Überschüsse der Fonds aus den Provinzen entgegenzunehmen und zu verwalten. Diese eigentümliche Form der Exekutive bietet nun allerdings den Vorteil einer großen Sicherheit gegenüber den Behörden, aber die enge Verknüpfung der Redaktionen mit den Parteigeschäften hatte ganz erhebliche Mißstände im Gefolge. Obwohl als selbstverständlich vorausgesetzt wird, daß die Redakteure von der Organisation bestimmt werden, obwohl es weiter zutrifft, daß in unseren Redaktionen naturgemäß Nachrichten zusammenlaufen und von den Redakteuren ohne Zeitverlust erledigt werden können, obwohl die Redaktionsbeamten durch ihren Gehalt unabhängig von Maßregelungen am leichtesten agitatorisch tätig sein können — trotz aller dieser Vorteile müssen wir uns doch gestehen, daß die Einrichtung eine recht mangelhafte ist, daß sich jeder Konflikt zwischen Zeitungen oder selbst innerhalb einer Redaktion leicht sofort auch in die Führung der Parteigeschäfte überträgt, und daß die Genossen das gute Recht haben, ihr Vertrauen einzelnen ihnen verantwortlichen Personen zu schenken, nicht aber Unternehmungen, welche stets Geschäfte darstellen, wenn auch gewiß nur Parteigeschäfte. Wir sagen ausdrücklich, nicht dagegen haben wir etwas einzuwenden, daß eventuell die Parteibeamten zugleich Redaktionsbeamte sind, das wird auch in Zukunft häufig zutreffen, da wir weder Überfluß an Geld, noch an Kräften haben; wir würden aber wünschen, daß das zwei Funktionen seien, die miteinander nicht notwendig verbunden werden. Den einzelnen Genossen soll der Parteitag beauftragen, nicht eine Redaktion; wenn der Betreffende zugleich an einer Redaktion tätig ist, braucht das kein Hindernis zu sein. Das wird auch den Übelstand heben, daß heute eigentlich die Beamten der Partei von den Genossen eines einzigen Ortes bestimmt werden, indem sie die Redaktion wählen.

Trotzdem wir alle Schwierigkeiten genau würdigen, auch die Unannehmlichkeiten, welchen sich die Gewählten von seiten der Behörden aussetzen, keineswegs unterschätzen, schlagen wir vor, daß der nächste Parteitag wieder einmal einen Parteiausschuß wähle, welcher ihm persönlich verantwortlich ist.

Über die näheren Details wird die Erfahrung entscheiden müssen. Wir würden vorschlagen, daß der Ausschuß aus 12 Mitgliedern bestehen solle, von welchen 7 die Verwaltung, 5 die Kontrolle zu bilden hätten. Von den sieben Mitgliedern der Verwaltung hätten mindestens vier an ein und demselben Orte zu wohnen, welcher alljährlich vom Parteitag zu bestimmen ist. Unter ihnen muß der Sekretär und der Kassier der Partei ausdrücklich vom Parteitag bestimmt werden. Der Gesamtausschuß muß mindestens in je zwei Monaten einmal zusammentreten, die Kontrolle mindestens halbjährig erfolgen, in Fällen, welche schnelle Entschließung nötig machen, beruft der Sekretär eine außerordentliche Sitzung des Parteiausschusses ein.

Daß sich alle diese Einzelheiten ebensogut oder vielleicht sogar besser anders ordnen lassen, wissen wir ganz gut und bilden uns keineswegs ein, den Stein der Weisen gefunden (oder vielmehr von ausländischen Organisationen entlehnt) zu haben, sondern, worauf wir Gewicht legen ist nur, daß der Parteitag einzelnen Genossen die Verantwortung für die Führung der Parteigeschäfte übertrage.

Auseinanderzusetzen hätten wir uns nur mit jenen Genossen, welche die Notwendigkeit eines Parteiausschusses überhaupt bestreiten und den heute bestehenden Schatten einer solchen Einrichtung bereits als ein höchst gefährliches „zentralistisches System" betrachten. Daß es Angelegenheiten gibt, welche nur die Gesamtvertretung der Genossen entscheiden kann, darüber ist wohl niemand im Zweifel. Jeder gibt zu, daß der Parteitag eine Notwendigkeit ist. Dieser tritt aber nur einmal im Jahre zusammen und die Partei hat gemeinsame Angelegenheiten das ganze Jahr hindurch. Weiter wird wohl nicht geleugnet werden können, daß es sehr häufig vorkommt, daß r a s c h und zugleich e i n h e i t l i c h eingegriffen werden muß. Wer soll diese E i n h e i t l i c h k e i t und die dazu notwendige s t ä n d i g e V e r b i n d u n g herstellen, wenn nicht vom Parteitag eingesetzte verantwortliche Vertrauensmänner? Auch werden vielleicht selbst die hitzigsten Gegner der „Zentralisation" zugeben, daß es Aufgaben gibt, denen ein einzelner Organisationsbezirk allein, ja nicht einmal eine Landesorganisation allein gewachsen ist. Es können ihr organisatorische Kräfte, es können ihr materielle Mittel fehlen. Da muß nun die Gesamtpartei aushelfen. Dazu aber muß sie ein Organ haben; sie muß die Möglichkeit haben, Geldmittel zu sammeln, wo sie zu haben sind, und dort zu verwenden, wo sie gebraucht werden. Das geschieht natürlich auch heute; aber nicht im genügenden Umfang, nicht mit genügender Regelmäßigkeit. Vor allem ist aber notwendig, daß ein Organ existiert, welches die Übersicht über die Parteiverhältnisse und ihre Entwicklung hat und sie dem Parteitag vorführt. Das kann wieder nur der Parteiausschuß sein, möge man ihn herstellen nach welcher Methode immer.

Wir dürfen außerdem auf die Erfahrung in anderen Ländern und auch bei anderen Parteien verweisen, um zu zeigen, daß nur

Organisationen mit geordneter und einheitlicher Verwaltung wirklich Fortschritte gemacht haben.

Fern liegt uns, zu verkennen, daß gerade die österreichischen Verhältnisse einen sehr weitgehenden Föderalismus notwendig machen. Die Verschiedenheiten der Verhältnisse vertragen weniger als überall eine schablonenhafte Behandlung, sie machen es geradezu unmöglich, daß alles über einen Leisten geschlagen werde. In der von uns skizzierten Bezirks- und Landesorganisation wird ja diesem Umstand sehr ausgiebig Rechnung getragen. Gar keine Organisation wird etwas wert sein, welche nicht ebenso von der Selbständigkeit, als von dem Opfermut und der Energie der einzelnen Genossen getragen ist. Aber von allen diesen Eigenschaften bedarf insbesondere die Selbständigkeit gar sehr der Erweckung und Anregung und es muß jemand da sein, welcher der Gesamtheit dafür verantwortlich ist, daß das auch geschieht.

Nur noch ein Wort an die Genossen, welche die „Zentralisation" so fürchten. In der „Volkspresse" hat ein mit k. b. gezeichneter Artikel die heutigen Parteizustände mit dem Worte „Allmachtssystem" bezeichnet. Wir erlauben uns ganz sachlich und objektiv die Frage: Wann und in welchem Falle ist diese „Allmacht" in Funktion getreten? und weiter: Welche Mittel hat dieses „System", um seine „Allmacht" wirken zu lassen? Kann es über den Kopf auch nur einer einzigen lokalen Organisation hinweg irgend etwas durchsetzen? Wir glauben nicht, daß darauf eine bejahende Antwort möglich ist, welche sich auf Tatsachen, ja auch nur auf eine einzige Tatsache stützt.

Eine ordnende und geordnete Zusammenfassung der Parteitätigkeit ist eine Lebensnotwendigkeit für die Sozialdemokratie. Die feste Organisation unserer Gegner ist ein Hauptfaktor ihrer Macht; wollen wir mit ihr fertig werden, dürfen wir nicht in kindlicher Furcht vor „Parteityrannei" uns selbst zur Ohnmacht verurteilen. Und das werden auch die Sozialdemokraten nie und nirgends. Wir maßen uns nicht an, die einzig richtige Form der Organisation dargelegt zu haben, sondern nur eine von den möglichen und die unserer persönlichen Ansicht nach am leichtesten durchzuführende.

# Die Angelegenheit der Volkspresse.

„Arbeiter-Zeitung" vom 1. April 1892.

In drei Wochen wird unser Parteitag zu Linz*) zusammentreten, und es ist am Platze, seiner Aufgabe und seiner Bedeutung eine kurze Betrachtung zu widmen.

*) Der Parteitag hätte ursprünglich in Linz stattfinden sollen, wurde aber von der oberösterreichischen Statthalterei verboten. Die Regierung hob zwar das Verbot auf, weil dazu „ein gesetzlicher Anlaß nicht bestand". Der Kongreß war aber mittlerweile nach Wien einberufen worden und fand hier zu Pfingsten vom 5. bis 9. Juni 1892 in den „Drei-Engel"-Sälen statt.

Ganz äußerlich und oberflächlich wäre die Anschauung, daß der Grund der Einberufung des Parteitages zu einem früheren Zeitpunkt, als in Wien vorherzusehen war, ausschließlich oder auch nur hauptsächlich in der Notwendigkeit liege, um die Angelegenheit der „Volkspresse" zu ordnen. Andere und tiefer liegende Gründe machten ihn notwendig, wenn auch jener bedauerliche Fall mit dazu beitrug, daß die Genossen in allen Provinzen für die Einberufung schon zu Ostern stimmten.

Blicken wir zurück. Der Hainfelder Parteitag konstatierte die Einigung der österreichischen Sozialdemokratie auf dem Boden eines klaren Programms. In der Zeit von Neujahr 1889 bis Ostern 1891 wurde rüstig und unerschrocken an dem Wiederaufbau der Organisation gearbeitet und der Parteitag zu Wien stand vor gänzlich neuen Verhältnissen; seine wichtigste Tätigkeit bestand darin, sich dieselben zum Bewußtsein zu bringen. Die Berichte über den Stand der Parteitätigkeit in allen Provinzen, über die Hindernisse, welchen unsere reaktionäre Gesetzgebung und willkürliche Verwaltung ihr in den Weg legt, Vorschläge über die Mittel, sie zu überwinden — bildeten den wesentlichsten Teil der Verhandlungen. Alle anwesenden Genossen fühlten die Notwendigkeit, sich zunächst darüber klarzuwerden, wie weit wir sind.

Seit zwei Jahren hatten sich Massen von Proletariern aller Nationen und aller Berufe der Sozialdemokratie angeschlossen, die Maifeier hatte die Arbeiterschaft bis in ihr Innerstes aufgewühlt, hatte selbst die erweckt, deren Schlaf, deren Stumpfheit und Mutlosigkeit nicht zu brechen schien. Das Eingreifen in die Wahlbewegung hatte einen neuen Weg der Agitation gezeigt. Dazu hatten sich die politischen Verhältnisse wesentlich geändert. Es war der Sozialdemokratie gelungen, Schritt für Schritt, Fußbreit für Fußbreit sich einen Boden für ihre Tätigkeit zu beschaffen, die Behörden zu zwingen, ihre eigenen Gesetzesparagraphen wenigstens einigermaßen gleichmäßiger auszulegen und anzuwenden. Mit der Aufhebung des Ausnahmszustandes in Wien konnte für das ganze Reich eine größere Bewegungsfreiheit für uns erwartet werden. Noch in anderer Richtung war ein wichtiger Fortschritt der Partei zu konstatieren. Nicht nur zeigte der Wiener Parteitag zum erstenmal das Bild der ganzen Organisation, vereinigte zum erstenmal deutsche, tschechische, polnische, italienische und slowenische Genossen, und zeigte so, daß es für uns keine Grenzen der Nationalität gibt, sondern er bewies auch, daß es für die Sozialdemokratie keine Grenzen der Staaten gibt. Er empfing den Bericht über den Pariser Kongreß und bereitete den Brüsseler Kongreß vor.

So war der Wiener Parteitag wesentlich mit Fragen der Taktik und der Agitation beschäftigt. Dagegen konnte er die dringende Neuordnung der Organisation kaum in Angriff nehmen, keineswegs vollenden. Gerade zu Ostern vorigen Jahres war die Neuorganisation allerorts im lebhaftesten Gange, dessen Resultate man um so weniger vorhersehen konnte, als es gerade

damals unmöglich war zu ermessen, wie weit der sogenannte „gesetzliche Boden" in nächster Zeit reichen werde. Das Bedürfnis der Neuorganisation fand allerdings lebhaften Ausdruck; was aber geschehen konnte, war nur eine Befestigung des Notbaues, mit dem wir uns bis dahin hatten begnügen müssen. Nicht anders ist nämlich jene Organisation zu bezeichnen, welche ihre Stützpunkte nur in den Redaktionen der Parteiblätter hat und diesen wichtige Funktionen anvertraut, die mit der eigentlich redaktionellen Tätigkeit nichts zu tun haben. Aber bei dem ewigen unberechenbaren Schwanken des „gesetzlichen Bodens", bei der erst im Herauswachsen befindlichen lokalen Organisation ließ sich kein anderer Weg finden, der annähernd gleiche Sicherheit geboten hätte.

Heute steht die Sache wesentlich anders. Zwar die Gesetzesanwendung ist nicht verläßlicher geworden, aber trotzdem und alledem hat die lokale Organisation ganz bedeutende Fortschritte gemacht und ist die systematische Zusammenfassung in Provinzorganisationen erfolgt. Und dadurch ist das alte Kleid gesprengt und überflüssig geworden. Denn das ist allerdings unsere Meinung: Die Organisation einer lebendigen Partei wie die unsere, läßt sich auch von dem weisesten Parteitag nicht künstlich erfinden und aus dem Nichts schaffen. Sie muß erwachsen aus dem Leben der Partei selbst und was der Parteitag einzig tun kann, ist, dem, was wird und wächst, bestimmtere Formen, präzisere Gestalt und festeren Zusammenhang zu geben.

Dieses aber wird die wichtigste Aufgabe des Linzer Parteitages sein. Er wird die Organisation — nicht etwa aufzubauen, denn das kann kein Parteitag, sondern nur die Gesamtheit der Genossen — wohl aber in klare Formen zu bringen haben.

Er wird aussprechen können, daß die bisherigen Krücken, durch welche die Redaktionen zu Zentralpunkten gemacht wurden, überflüssig geworden sind und weggeworfen werden können; er wird die bereits überall im Entstehen begriffene Einrichtung der gewählten Vertrauensmänner in Bezirk und Land regeln und einheitlich gestalten. Der Parteitag wird weiter die Frage zu prüfen haben, ob dem von vielen Genossen konstatierten Bedürfnis nach einer Exekutive der Gesamtpartei bereits jetzt genügt werden kann, ob die Organisation so weit vorgeschritten ist, um eine Zusammenfassung ihrer Kräfte und die Bestellung eines verantwortlichen Parteivorstandes nötig und möglich machen. Nach der Meinung von sehr vielen Genossen in allen Provinzen und nach unserer eigenen Meinung sind wir allerdings schon so weit und macht sich der Mangel daran lebhaft fühlbar. Bisher hat jede Zentralisation absolut gefehlt, und wenn von seiten der „Opposition" über ein Übermaß von Zentralisation geklagt wird, so beweist sie damit nur, daß sie die wirklichen Zustände der Partei nicht kennt oder nicht kennen will. Auf dasselbe Blatt gehört das Gerede vom „Zentralorgan", als welches die Wiener „Arbeiter-Zeitung" bezeichnet wird. Auch

hier wird den Tatsachen wissentlich ins Gesicht geschlagen. Die österreichische Sozialdemokratie hat kein Zentralorgan und braucht unseres Erachtens auch keines. Der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" wurde vom Wiener Parteitag nur die Aufgabe zugeteilt, den nächsten Parteitag vorzubereiten und weiter als Sammelstelle für die Überschüsse der Parteigelder zu dienen. Die erste Aufgabe hat sie zum Teil erfüllt, zum Teile diesmal aus einleuchtenden Gründen an die Redaktion des Brünner „Volksfreund" abgetreten. Die zweite Aufgabe konnte sie nicht erfüllen, da es nirgends Überschüsse gibt.

Wir hoffen, daß schon der Linzer Parteitag zum Schluß kommen wird, er müsse verantwortliche Parteibeamte wählen. Wenn aber nicht, so wird der nächste Parteitag um so sicherer dazu gelangen müssen, wenn sich die Partei so rasch weiterentwickelt wie bisher. Die Ängstlichen, welche die Gefahren der Zentralisation so sehr überschätzen, verschließen ihre Augen gänzlich den Gefahren der Zersplitterung und Zerfahrenheit.

Der Parteitag wird aber auch die Aufgabe haben, im Zusammenhang mit der Neuorganisation die Verhältnisse der Parteipresse zu regeln. Wenn, wie das ja wahrscheinlich ist, unsere Blätter aufhören, organisatorische Aufgaben zu haben, wird es weit leichter sein, diese Dinge zu ordnen. Schwierigkeiten wird nur der besondere Fall der „Volkspresse" machen, der wohl dadurch erledigt werden dürfte, daß, wenn ein Blatt als Parteiorgan angesehen werden soll, es sich der Parteikontrolle unterwerfen und darauf verzichten muß, Unfrieden zu stiften und schwere Anklagen und Beschimpfungen vorzubringen, ohne einen Beweis auch nur zu versuchen. Mögen die Redakteure und Freunde der „Volkspresse" auf dem Parteitag erscheinen oder nicht, sie werden es nicht hindern können, daß endlich diese leidige Angelegenheit ihren definitiven Abschluß findet.

Wollen sie ehrlich den Frieden in der Partei, die gemeinsame Arbeit, die offene Diskussion, so werden sie erscheinen, ihre Anklagen vorbringen, für ihr eigenes Verhalten Rede stehen und sich wie alle anderen Genossen der Entscheidung der Gesamtpartei fügen. Wollen sie das nicht, so werden sie sich selbst gerichtet haben.

Aber auch das Programm und insbesondere die Taktik wird der Parteitag einer Diskussion unterziehen müssen. Es ist notwendig, den Genossen Gelegenheit zu geben zu prüfen, ob das Programm nicht etwa besserungsbedürftig, die Taktik irrig sei. Wir meinen, wir werden es nicht nötig haben, am Hainfelder Programm etwas zu ändern; jedoch wird vielleicht nötig sein, es durch einen Zusatz, die Frauenfrage betreffend, zu vervollständigen.

Mehr umstritten dürften die Fragen der Taktik werden und jedenfalls zu lebhaften und lehrreichen Debatten Veranlassung geben.

So wird der Linzer Parteitag eine hohe, für die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie entscheidende Bedeutung haben. Und das fühlen die Genossen allerorts; mit größter Energie werden überall die Vorbereitungen getroffen. Überall werden insbesondere die Fragen der Organisation eifrig beraten und die Delegierten werden in der Lage sein, die geklärte Meinung der Parteigenossen zum Ausdruck zu bringen; daß die Beschickung eine ganz imposante sein wird, ist bereits heute zweifellos.

Seit Jahren ist es zum ersten Male, daß ein Parteitag sich mit der Schlichtung eines Zwistes wird befassen müssen. Das ist gewiß kein Vorteil, aber gewiß auch kein Unglück für die Partei. Die Genossen werden vorurteilslos und gerecht zu entscheiden und ihrer Entscheidung energisch Nachdruck zu geben wissen. Der dauernde Gewinn aber, den uns der Linzer Parteitag bringen soll und wird, ist die Neuorganisation. Die Sozialdemokratie muß sich organisieren, während sie mitten im Gefecht steht. Bedrängt von den bürgerlichen Parteien, bedroht und unterdrückt von oben, muß sie im Feuer ihre Kämpfer rekrutieren, ordnen und kämpfen lehren. Und trotz dieser Schwierigkeiten geht sie unaufhaltsam vorwärts; sie erobert die Herzen, sie entwaffnet die Feinde, sie gewinnt Schlacht auf Schlacht. Die wehrlosen und ohnmächtigen Massen der Ausgebeuteten fangen an, der Schrecken der mächtigen Ausbeuter zu werden, seit sie zum Bewußtsein, seit sie zum Gefühl der Solidarität gekommen sind. Jeder Schritt bringt uns dem Ziele näher. — Möge der III. österreichische Parteitag ein solcher Schritt sein.

# Der Spaltungsparteitag.

## Der Fall Hanser und die Wiener Organisation.

### Parteitag 1892 beim Parteibericht.

Ich halte es für meine Pflicht, den Parteibericht in wenigen Punkten zu ergänzen*). Man würde ein falsches Bild von den Wiener Parteiverhältnissen haben, wenn man glaubte, daß die Wiener Genossen sich mit den durch Hanser entstandenen Zwistigkeiten überhaupt sehr beschäftigt haben. (Sehr richtig!) In Wien wurde trotz der Hanser-Geschichte gerade so systematisch, energisch und unausgesetzt gearbeitet wie früher. Nicht in einer einzigen gewerkschaftlichen Organisation, nicht bei einem einzigen Schritt, den die Partei politisch gemacht hat, hat der Zwist eine Rolle gespielt. (Lebhafte Zustimmung.) Wie die Organisation in Wien aussieht, zeigt der Umstand, daß am 3. April behufs Wahl für den Linzer Parteitag in Wien 20 Versammlungen abgehalten wurden, die alle riesig besucht waren. Dies beweist, daß in Wien die Sozialdemokratie wirklich Wurzel in der Arbeiterschaft gefaßt hat (lebhafter Beifall), obwohl unsere Vereine belästigt, der eine oder andere aufgelöst, unsere Zeitungen konfisziert werden — es gibt keinen vernünftigen Menschen, der nicht ab und zu etwas schreibt, was konfisziert wird. (Heiterkeit. Sehr gut!)**)

Ich sage Ihnen nur noch eines am Schlusse. Nehmen Sie von hier den Eindruck mit: Hier ist jeder Genosse. Die große Masse der Opposition rechne ich auch dazu. Die Geschichte ist eben nicht so ernst! Wir arbeiten wirklich fortwährend und angestrengt und lassen uns durch alle diese Geschichten nicht stören. Die Provinz braucht sich nicht zu fürchten, daß von Wien etwas Störendes kommt. Die Provinzgenossen sollen zu Hause nur so arbeiten wie wir hier. Ich möchte nur noch bitten, daß bei den weiteren Verhand-

*) Der Fall Hanser wurde, wie bereits oben angeführt, auf dem Parteitag in den „Drei-Engel"-Sälen, einem seinerzeit sehr beliebten Versammlungslokal in Wien, der vom 5. bis 9. Juni 1892 stattfand, ausgetragen. Zuerst der persönliche Fall, dann erst der prinzipielle Fall.

**) Adler besprach dann den Gesetzentwurf über Arbeiterausschüsse und Einigungsämter und über Zwangsgenossenschaften für die Großindustrie und kam zum Schluß wieder auf den Fall Hanser.

lungen Wien nicht so angesehen werde wie eine Art wildes Tier, das vorsichtig behandelt werden muß. Wir sind nicht so schlecht! Wohin kämen Sie, wenn die Wiener nicht fleißig arbeiten würden! Wenn in Wien nichts ist, ist in ganz Österreich nicht viel. Das wissen die Provinzen ganz gut. (Lebhafter Beifall.)

# Die Argumente der Unabhängigen.

## Referat über Programm und Taktik auf dem Parteitag 1892.

Werte Genossen und Genossinnen! Es muß sich jedem von Ihnen wohl die Frage aufdrängen: Wieso sind wir heute in der Lage, wieder einmal ausführlich über das Programm zu sprechen*)? Wir haben das Programm unserer Partei in Hainfeld festgestellt; in Wien hat sich im vorigen Jahr die Notwendigkeit nicht ergeben, eine ausführliche Diskussion über das Parteiprogramm herbeizuführen, und heute wieder haben wir diesen Punkt in allererster Linie angesetzt. Die Ursachen, warum wir dies getan, sind allgemeiner und spezieller Natur. Im allgemeinen ist es wünschenswert, daß von Zeit zu Zeit die Frage erwogen wird, ob das Programm eben noch der Überzeugung der Masse der Partei entspricht, ob nicht aus der Partei heraus Wünsche zur Änderung dieses Programms kommen, und ein Grund spezieller Natur liegt vor, weil sowohl in Deutschland als in Österreich — ich erwähne Deutschland, weil Dinge, welche in Deutschland vorgehen, unsere Parteiverhältnisse in hervorragender Weise beeinflussen — sich gleicherweise Erscheinungen gezeigt haben, daß einzelne Genossen sich finden, die das Programm einer neuen Diskussion in alter Weise unterziehen. Die Diskussion ist wohl neu, sie wird nur mit anderen Worten geführt, aber die Einwürfe sind die alten, die uns längst bekannt sind. Nun müssen wir vor allem mit einer Frage rechnen, mit einer Frage, die überall auftritt, wo sich eine Opposition gegen das Parteiprogramm findet, und die ungefähr also lautet: „Ja, wozu braucht die Partei überhaupt ein Programm?“ Wenn Sie die Einwürfe, die gegen das Programm vorliegen, zusammenfassen, so sind sie sehr verschiedener Natur, gipfeln aber überall darin, daß das Programm ein zu enger Rahmen ist, welcher gesprengt werden müsse, ja, daß man überhaupt ein Programm nicht brauche. Nun fragen wir uns, was ist das Programm? Das Programm einer Partei ist nur die Antwort auf die Frage: was will die Partei? Das Programm hat nur klar auszudrücken das Ziel der Partei und die Mittel, mit welchen sie dieses Ziel erreichen will. Es ist ja sicher, daß eine Partei wie die unsrige, welche Endziele hat, die sich auf eine Zukunft beziehen, sowohl Ziele hat, die näher liegen, als auch Ziele, die

*) War der persönliche Fall Hanser-Heimann beim Parteibericht erledigt worden, so mußte man über den Streitfall auch prinzipielle Klarheit schaffen, und deshalb folgte dann Adlers Referat über Programm und Taktik.

weiter entfernt sind. Es ist natürlich, daß eine solche Partei nicht nur klar sein muß über das Ziel selbst, sondern auch über die Wege, welche zu gehen sind, um dieses Ziel zu erreichen. Wir müssen wissen, wohin wir gehen, und müssen auch wissen, welchen Weg wir einschlagen sollen, um dahin zu kommen. Es muß weiter im Programm ausgesprochen sein, wie wir über die heutigen Verhältnisse urteilen — nicht nur über die gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht nur über die politischen Einrichtungen, die uns die Mittel vorzeichnen, mit denen wir weiterkommen —, sondern es muß im Programm auch ein Urteil darüber enthalten sein, wie wir über den Zustand der Arbeiterschaft selbst denken; wie wir urteilen darüber, welche Fähigkeiten die heutige Arbeiterschaft hat, sich weiter zu entwickeln. Wenn Sie die Frage so allgemein auffassen: das Programm ist, was wir wollen, und es würde jemand kommen und sagen, wir brauchen kein Programm, dann werden Sie ihm antworten: „Dann meinst du, wir brauchen nicht zu wissen, was wir wollen." Oder aber die Leute sagen, wir brauchen kein festes Programm, wir sind nicht eine sozialdemokratische Partei, sondern wir sind „eine Partei, welche Sozialisten verschiedener Schattierungen umfaßt", wie ich es gelesen habe in einer der Enunziationen unserer Wiener „Jungen" oder „Unabhängigen" oder wie sie sich sonst nennen. Ich möchte da denn doch gleich anfangs feststellen: wir Sozialdemokraten wollen allerdings nicht eine „Partei verschiedener Schattierungen" sein, sondern eine festgeschlossene Partei, wir wollen eine Partei sein, die durchaus einig ist über den Weg und durchaus einig über das Ziel, und wir haben durchaus nicht die Absicht, in diese Dinge Verwirrung hineinbringen zu lassen. (Sehr richtig!) Freilich über das Ziel unserer Partei in allen Ländern — und das was hier zu sagen ist, gilt für Österreich nicht allein — über das Ziel ist eine Differenz nicht entstanden. Wir alle wollen die Sozialisierung der Arbeitsmittel, der Produktion, wir alle wollen damit die Umwälzung, die Beseitigung des heutigen Klassenstaates und wir alle wollen dies nur mit einem Mittel, nämlich durch das Eingreifen der Arbeiterklasse selbst. Über diese Dinge sind wir ja einig, aber von dem heutigen Zustand bis zur Erringung des Sieges ist ein Weg, welcher von verschiedenen Genossen verschieden lange berechnet wird. Sie wissen, daß die Anschauungen darüber sehr davon abhängen, wie viel Einsicht man in die Verhältnisse hat, in welchen Verhältnissen man selbst lebt, und nicht zuletzt davon, welches Temperament der einzelne hat. Darüber werden wir uns nicht streiten; es gibt Leute, welche das Ziel so nahe sehen, daß sie danach greifen zu können glauben, und wieder welche, die es in so nebelhafter Ferne wähnen, daß sie sich in eine ernsthafte Diskussion überhaupt nicht einlassen wollen.

Ich glaube, daß ein prinzipieller Unterschied in der verschiedenen Beantwortung der Frage, ob das Ziel nah oder fern ist, nicht liegt. Ich glaube vielmehr, daß wir verpflichtet sind, uns durchaus keine Illusionen zu machen, durchaus scharf die heutigen Verhältnisse und insbesondere den Zustand des Proletariats ins Auge zu fassen,

und zwar so, daß wir uns nicht täuschen und die anderen nicht täuschen. Ich glaube, nichts ist gefährlicher als wenn dies geschieht; über die Entfernung vom Ziele mögen Sie denken wie Sie wollen; aber über den heutigen Zustand der Arbeiterklasse dürfen Sie nicht anders denken als wie es der Wahrheit entspricht. Wir dürfen uns der Illusion absolut nicht hingeben, als ob unsere Arbeit schon gemacht, als ob das Proletariat wirklich bereits revolutioniert wäre. (Richtig!)

Es ist nicht leicht, Programm und Taktik, Ziel und Weg auseinanderzuhalten. Ich will aber doch vor allem über das Programm etwas ins einzelne gehen. Unser Hainfelder Programm enthält erstens eine „Prinzipienerklärung" und weiter zwei Resolutionen über „politische Rechte" und „Sozialreform". Ich weiß nicht — ich habe ja nicht alles gelesen — aber ich glaube, selbst nicht von denen, die das Programm am meisten reformbedürftig ansehen, ist gegen unsere Prinzipienerklärung irgendein Vorwurf gemacht worden. Unsere Prinzipienerklärung ist wirklich durchaus prinzipiell. Sie erklärt, daß die Partei als Ziel hat: „die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und Erhebung aus der geistigen Verkümmerung." Die Prinzipienerklärung erklärt weiter, was die Ursachen dieses Zustandes sind, erklärt, daß der Einzelbesitz an Produktionsmitteln es ist, daß dieser Einzelbesitz an Produktionsmitteln politisch den Klassenstaat bedeutet und ökonomisch die wachsende Verelendung der breiten Schichten des Volkes. Sie erklärt weiter, wie auf dem Wege der ökonomischen Entwicklung das Privateigentum nicht nur die Wurzel des Elends wird, sondern wie es sich selbst abschafft, indem immer mehr Leute aufhören, Privateigentum zu haben, und daß diese ökonomische Entwicklung zugleich die Form des gemeinsamen Besitzes erzeugt und die notwendigen materiellen und geistigen Vorbedingungen dazu schafft. Der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes ist also — und darauf legen wir den größten Wert — nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, nicht nur etwas, was zu w ü n s c h e n ist, sondern etwas geschichtlich N o t w e n d i g e s, was mit der ökonomischen Entwicklung unbedingt herbeigeführt wird. Nun fragt es sich, was haben wir da zu tun? Und darauf antwortet unser Programm: „Der Träger der Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisierte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, das ist das e i g e n t l i c h e P r o g r a m m der sozialdemokratischen Partei in Österreich."

Das eigentliche Programm beruht also in der Arbeit, das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage zu erfüllen, das heißt, es nicht im Elend dumpf ersticken zu lassen, sondern ihm auch klar zu machen, w a r u m es elend ist, und aus einer Masse von Sklaven Menschen zu machen, die einen

Willen haben und diesem Willen auch Nachdruck geben können. Aus diesem Teil des Programms ergibt sich, daß die Organisationsarbeit auf politischem Weg und die Arbeit, Reformen herbeizuführen, um die Lage dieses Proletariats einigermaßen besser zu gestalten, eine r e v o l u t i o n ä r e Arbeit ist.

Und da komme ich gleich zu den Schlagwörtern, die wir hier schon gehört haben und wahrscheinlich im Verlauf der Verhandlungen noch öfter hören werden. Wir haben auch einen Fragebogen vor uns, in welchem eine Frage lautet: „Soll die Taktik der österreichischen Arbeiterpartei sozialrevolutionär oder sozialreformatorisch sein?" Das ist wohl eine Frage, die so aktuell ist, daß wir gleich darauf eingehen wollen. Ich erkläre Ihnen offen, daß ich, wenn ich diese Frage beantworten sollte, in sehr großer Verlegenheit wäre. Für mich sind es bloß Worte, nichts als Worte (Sehr richtig!), mir ist es vollständig gleichgültig, ob Sie (zur Opposition gewendet) unsere Partei eine „Reformpartei" oder eine „revolutionäre" nennen. Denn Sie müßten mir zuerst eine klare Definition geben, was ist Revolution und was Reform, damit ich Ihnen darauf antworten könnte. Ich erkläre zum Beispiel, daß ich die Einführung und Durchsetzung einer abgekürzten Arbeitszeit revolutionär nennen kann, weil das wirklich die Leute revolutioniert, es wälzt sie um, es macht möglich, daß diese Leute, welche bisher, ohne über ihren Zustand zum Bewußtsein zu kommen, dahingelebt haben, Gehirn bekommen und im Gehirn klare Ideen erhalten und den Willen, diese Ideen auszuführen; das ist für mich revolutionär.

Es wurde mir ja zum Vorwurf gemacht, daß ich kein „Revolutionär" sei. Ich habe angeblich das Verbrechen begangen, daß ich bei einem Streik davon abgeraten hätte, ein Haus zu plündern oder zu stürmen oder so etwas Ähnliches. Ich bin frei von diesem Verbrechen, weil ich zufällig nicht anwesend war. Aber wenn ich anwesend gewesen und die ganze Geschichte wahr wäre, hätte ich wohl die Pflicht gehabt, den Leuten zu sagen: Was ihr tut möget ihr für revolutionär halten — ich glaube übrigens, die Leute haben damals an Revolution gewiß nicht gedacht — aber es ist nicht revolutionär, es ist einfach — unvernünftig. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn schon so etwas gelingt, wenn man einen Putsch hervorruft, wenn das hohe Ziel erreicht ist, daß ein paar Dutzend oder ein paar Hundert vielleicht unserer besten Leute zusammengefangen werden wie die Hunde und dann jahrelang der Bewegung entzogen werden — wenn dies alles gelungen ist: das Haus steht noch immer fest, nur die Köpfe hat man sich eingerannt. Das ist für mich nicht revolutionär, das ist für mich nicht Reform, das ist einfach eine Unklugheit. Wer mir von „Revolution" spricht, wer von mir verlangt, ich solle ein Revolutionär sein, dem sage ich: Mit Vergnügen, ich denke an nichts anderes als wie ich die Sache am besten befördern könne. Aber dann nimmt der Mann auch die Verpflichtung auf sich, mir klar zu sagen: Ich habe andere Mittel als die bisherigen, bessere; er hat die Pflicht, mir zu zeigen, daß es solche Mittel gibt, und er hat auch die Verpflichtung, m i t z u g e h e n —

es gibt nämlich „Sozialrevolutionäre", welche die Eigentümlichkeit haben, daß die anderen ihnen nie revolutionär genug sind (Sehr gut!), nie genug Opfer bringen, nie genug Mut haben; nur in bezug auf sich selbst — müssen sie schonend vorgehen. (Sehr gut!) Sie wissen, von welcher Richtung ich hiebei spreche. Wer die Tätigkeit der österreichischen Arbeiterpartei verfolgt hat, wird sagen müssen, es gibt keine Zeit, in welcher sie prinzipieller, geschlossener, einheitlicher und erfolgreicher war als seit dem Hainfelder Parteitag. Das Hainfelder Programm hat uns zusammengehalten, klare Ziele vorgeschrieben und uns eine freie Bewegung auf einem breiten Boden ermöglicht. Das genügt.

Nun komme ich zum Angelpunkt aller Diskussionen. Im Programm heißt es:... „zu dessen Durchführung sich die Partei aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel*) bedienen wird." Es wurde schon im Verlauf der Verhandlungen von einem Redner das Wort „mit allen Mitteln" hervorgehoben, und ich glaube, es war zufällig der nicht gerade wegen seiner „sozialrevolutionären" Eigenschaften im Lager der „Jungen" in Deutschland besonders berühmte Genosse Auer**), welcher die Worte „mit allen Mitteln" gebrauchte, was sofort aufgegriffen wurde und Anlaß zu längerer Auseinandersetzung gab. Das Wort „mit allen Mitteln" ist auch eine alte Phrase. Phrasen haben das Eigentümliche, daß sie absolut nicht umzubringen sind. „Mit allen Mitteln" ohne Zusatz zu sagen ist ein Unsinn (Richtig!), mögen sich die Herren, welche darauf ein Patent zu haben glauben, „sozialrevolutionär" zu sein, noch so sehr darüber entsetzen! Ein Mittel muß in sich das eine tragen, daß es dem Zweck, dem es dienen soll, wirklich entspricht. Wenn Sie von der Opposition unter „alle Mittel" auch unsinnige Mittel rechnen, mögen Sie sie anwenden, wir aber gehen auf diesem Wege nicht mit. Wenn Sie freilich fragen, ob „mit allen zweckdienlichen und... entsprechenden Mitteln" heißen soll: mit allen gesetzlichen Mitteln, dann sage ich Ihnen offen: Nein! Diese Beschränkung legen wir uns nicht auf. Wir erklären, daß wir die Mittel gebrauchen werden, die wir für zweckdienlich halten (Sehr richtig!), aber daß wir dasjenige, was heute von den besitzenden Klassen uns aufgedrängt wird, was diese als Recht und Gesetz ausgeben, respektieren als unsere Richtschnur, das fällt uns natürlich nicht ein. Wir nehmen Rücksicht auf

*) Siehe oben den Artikel „Der Weg nach Hainfeld" sowie auch die „Prinzipienerklärung" in Hainfeld.

**) An dem Parteitag nahm als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie auch der Reichstagsabgeordnete Ignaz Auer teil, der schon damals in der deutschen Partei als der Typus des Reformisten galt. Ignaz Auer, der 1846 geboren und 1907 gestorben ist, war bis um diese Zeit noch als Sattler in München und war erst kurz vorher als Parteisekretär nach Berlin berufen worden. Er war unter dem Sozialistengesetz aus Berlin und Hamburg ausgewiesen worden und war schon seit 1877 Mitglied des Reichstages. Er wurde allgemein der „Nazi" genannt.

die Gesetze, soweit wir müssen im Interesse der Erreichung unseres Zieles — ohne Respekt vor ihnen, aber mit Berücksichtigung der Verhältnisse, des Umstandes, daß es ein Wahnsinn wäre, wegen eines wahrscheinlichen Mißerfolges Opfer zu bringen, wie sie leider gebracht und nutzlos vergeudet wurden.

Österreichische Gesetze insbesondere eignen sich auch gar nicht dazu, sich an sie zu halten; sie sind einfach Schlingen, die geeignet sind, um den Hals gelegt zu werden; sie eignen sich auch nicht zu der gewöhnlichen Bezeichnung: der „Boden" der Gesetze. Es gibt nichts Schwankenderes als den Boden der österreichischen Gesetze (Zustimmung), und diejenigen, die uns einladen, ihn zu betreten, hätten selbst die größte Mühe, sich darauf aufrecht zu erhalten, wenn sie überhaupt den Vorsatz dazu hätten. Die besitzenden Klassen und ihre Organe, die Regierung, die politische Verwaltung, das Richtertum usw. denken durchaus nicht so abgöttisch von diesen Gesetzen. Das ist nur für das blöde Volk, das diesen Götzendienst pflegen soll; sie selbst beten diesen Götzen nicht an; sie wissen sehr gut, daß das einfach Mittel sind, sich in der Herrschaft zu erhalten, daß das Herrschaftsmittel sind, die angewendet werden, so streng gegen die Unteren und so lose gegen die Oberen, wie man es eben braucht. Es wäre also geradezu wahnsinnig, wenn man von uns eine gewisse abgöttische Verehrung vor ihnen verlangen wollte, daß wir erklären sollten: Wir bleiben bloß auf dem gesetzlichen Wege, um so mehr, als es für diesen Weg eigentlich gar keinen Wegweiser gibt. Wo wir die Gesetze respektieren, tun wir es in unserem Interesse, tun wir es, um nicht Genossen, die die Dinge nicht so genau kennen, ans Messer zu liefern. Was das „Rechtsbewußtsein des Volkes" anbelangt, so ist das freilich ein Begriff, der eine eingehende Definition nicht verträgt. Das ist aber auch nicht notwendig. Wir sind ja selber das Volk, wir wissen ja, was Recht ist und was das Volk als Recht begreift. Die Empörung über die Zustände, das Sich-Aufbäumen gegen dieselben, das begreift das Volk immer. Aber das Volk begreift absolut nicht das Herausgreifen einzelner Individuen, von denen das Volk sehr gut weiß, daß sie nicht die Verursacher dieser Zustände sind: das Herausgreifen einzelner Individuen, um sie zum Sündenbock für die Gesellschaft zu machen. Das Volk würde es sehr gut begreifen, daß der Gewalt auch Gewalt entgegengesetzt wird, vorausgesetzt, daß man Gewalt hat. Das Volk begreift aber Handlungen nicht, wie sie zuletzt in Paris*) gemacht wurden (Sehr richtig!), und weil das Volk sie nicht begreift, darum sind die Polizisten aller Länder so eifrig bemüht, solche unbegreifliche Dinge in unsere Bewegung hineinzuschmuggeln. (So ist es!) Man will uns damit kompromittieren — nicht vor dem Gesetz, sondern vor dem Volke. (Sehr richtig!) Ich komme nun zur Besprechung derjenigen Punkte unseres Programms, die einer Diskussion unterzogen wurden, und zwar zunächst zum internationalen Charakter unserer Bewegung. Daß unsere Bewegung international ist, daß sie mit dem Unterschied von Nation und Rasse

*) Das Attentat des Anarchisten Ravachol.

nichts zu tun hat, daß sie im Kampfe gegen die Ausbeutung international vorgeht, das springt nirgends so klar ins Auge, als gerade in Österreich, und wir haben die Genugtuung, daß wir die einzige politische Partei in Österreich sind, die wirklich international ist — nicht einmal die klerikale Partei ist es mehr. Wir haben die Genugtuung, daß, während die Ausbeuter aller Nationen unter sich zersplittert sind, die Arbeiterschaft gänzlich geeint, ohne jeden nationalen Streit und Zwist dasteht, und wir begrüßen es wieder auf diesem Parteitag, daß die Genossen polnischer Zunge, das polnische Proletariat, so mächtig in die Bewegung eingetreten ist. (Beifall.) Redner berührt kurz die anderen Punkte des Programms, verliest die bezüglich des allgemeinen Wahlrechtes gefaßten Beschlüsse und fährt fort: Es scheint mir notwendig, darüber einige Worte mehr zu sagen, denn bis zum Hainfelder Kongreß war es diese Frage, welche die österreichische Arbeiterpartei gespalten hat.

Ich muß gestehen, daß es für mich immer rätselhaft war, wie dieselben Leute, welche erklären, wir wollen die soziale Umwälzung mit allen Mitteln, mit allen Mitteln, die die anderen so freundlich sind, auf sich zu nehmen, mit allen Mitteln, die sie ihnen anraten, aber nicht selbst mitmachen, wie diese Leute, die die bürgerliche Moral, die Gesetze und das Rechtsbewußtsein des Volkes nicht respektieren, ein einziges Mittel von „allen Mitteln" als verwerflich ausschließen, das ist das Wahlrecht. Alles dürft ihr tun zur Erreichung des Zieles, aber wählen, das ist eine Niederträchtigkeit! Das dürft ihr nicht! Das war mir von vornherein immer sehr merkwürdig, um so merkwürdiger, als der Gebrauch des Wahlrechtes — und darüber viel zu reden und das geschichtlich zu erläutern, wäre leicht — aber lang — als der Gebrauch des Wahlrechtes es ist, welcher wirklich jede Partei in die Massen hineindringen läßt. Wir sehen dies in Deutschland, wir sehen dies — was viele nicht so genau wissen — in England, wir sehen es neuerdings in Frankreich, und wir sehen das, wo man es am wenigsten vermuten sollte, nun auch in Österreich. Ich fordere die Genossen hier alle auf, bei diesem Punkt unserer Diskussion zu erklären und darüber zu berichten, ob die Wahlbewegung, in welche wir eingetreten sind, für unsere Partei, für die Revolutionierung — weil Sie (die Opposition) diese Worte nicht oft genug hören können, für die Revolutionierung der Arbeiterschaft etwas geleistet hat oder nicht. Ich fordere Sie auf — nicht von Wien, wir wissen es — von den Provinzen aus zu berichten, ob die Wahlbewegung einen Zweck gehabt, ob sie die Partei gestärkt hat oder, wie die anderen behaupten, korrumpiert. Schließlich muß ich gestehen, begreift man noch, kann man sich in das Gehirn der Leute hineinversetzen, die in Ländern gegen das Wahlrecht ankämpfen, wo sie es besitzen. In Deutschland begreife ich es, daß es Leute gibt, welche auf diese Idee kommen. Es geht ihnen nicht schnell genug vorwärts — mit dem Wahlrecht, probieren wir es ohne Wahlrecht! Es ist eine Idee — sie ist nicht gut —, aber es ist doch etwas Mögliches! Wie man aber hier in Österreich gegen die

Erringung und Ausnützung des Wahlrechtes, wo wir es gar nicht haben, sein kann, ist mir unfaßbar. Wie man erklären kann, den besitzenden Klassen erklären: Ihr besitzenden Klassen, ihr versteht gar nicht, wie man regiert, wie man seine Macht ausnutzt; wir sind ohne Wahlrecht, wir sind mächtiger ohne dieses Wahlrecht, wir wollen dieses Wahlrecht nicht, denn wenn wir es hätten, würde uns gerade es zur Ohnmacht verurteilen — ich muß gestehen, dafür fehlt mir jedes Verständnis. Es fehlt mir jedes Verständnis dafür, wie man, ich möchte sagen, in dieser kindlichen und kindischen Weise die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf stellen kann. Gewiß — wir fassen das Wahlrecht nicht so auf, wie die besitzenden und heutigen bürgerlichen Klassen es auffassen, wir wissen sehr gut, daß die Zahl unserer Vertreter im Parlament nicht das Entscheidende ist — da spreche ich von Europa, wo Arbeitervertreter im Parlament überhaupt möglich sind, von Asien und seinem Anhängsel Österreich spreche ich momentan hier nicht — wo das Wahlrecht existiert, da kommt es auf die Zahl der Vertreter schließlich nicht an; worauf es ankommt, das ist, daß das ganze Volk durch das Wählen in bestimmten Zeiträumen zusammengerufen werde — nicht von uns, von Regierungs wegen wird jeder einzelne angerufen: Wie denkst du über den Staat, wie über die, welche ihn beherrschen, wie über die politischen und sozialen Verhältnisse? Von Staats wegen wird bei jeder Wahl diese Frage an jeden gerichtet, das ist das Wichtige bei den Wahlen, das ist die Gelegenheit, wo die Massen herkommen, wo wir mit den Massen reden können. Wie man dieses ausgezeichnete Mittel für die Organisation, wie Sie ja wissen, aus der Hand geben kann, wie man darauf verzichten kann, das ist das, was ich einfach nicht verstehe. Eine dritte Sache ist in bezug auf das Wahlrecht sehr wichtig — Sie entschuldigen, wenn ich Sie ermüde mit Dingen, welche mir so klar sind wie Ihnen, und wenn ich gerade das heute feststellte, um gewisse Phrasen, welche neuerdings epidemisch zu werden drohen, von vornherein den Boden abzuschneiden; das schadet gar nichts.

Wie Sie alle wissen, ist es für jede Partei ungeheuer schwierig, zu fragen, welche Macht haben wir, über wieviel Leute verfügen wir, welches Gewicht können wir eigentlich in die Wagschale legen? Diese Frage ist nicht vielleicht nur darum wichtig, weil wir wissen müssen, was wir tun sollen; sie ist vor allem wichtig zur Kritik dessen, was wir getan haben; sie ist notwendig zur Beurteilung, ob wir auf dem rechten Wege sind, ob wir wirklich in die Massen hineinkommen. Wenn Sie an den 1. Mai denken, wenn Sie an die Bewegung denken, welche sich an den denkwürdigen Pariser Beschluß geknüpft hat, so müssen Sie zugeben, daß wir in Österreich endlich ein Mittel, wenn auch ein unzulängliches, gefunden haben, um uns wenigstens oberflächlich zu zählen. Am 1. Mai, da halten wir wirklich Heerschau, freilich, eine Heerschau, welche lange nicht so präzise ist wie das Wahlrecht.

Ich habe das alles Ihnen gesagt, um von vornherein, nachdem ich als Referent nicht eingreifen kann, sondern erst das Schlußwort

habe, den Genossen, welche etwa entschlossen sind, darüber zu sprechen, sofort auch Material zu bieten und vielleicht auch einige Antworten im vorhinein zu geben.

Ein anderer Punkt wird angefochten werden. Es ist der über „Sozialreform". Man fängt an, in jenen Kreisen uns eine „Reformpartei" zu nennen. Ich habe schon erklärt, daß ich mir aus Worten absolut nichts mache, und daß, wenn wir in dem Sinne weiterarbeiten wie bisher, ich mich gern bescheide. Wie sie uns nennen, das ist mir ganz gleichgültig. Aber ich fordere die Genossen, die sich „unabhängig" oder sonstwie nennen, auf, daß sie hier heraufkommen und uns auseinandersetzen, wie sie über die Sozialreform in unserem Sinne, wie sie über den Arbeiterschutz denken. Und sie sollen auch sagen, direkt, nicht nur was sie wollen, sondern auch mit welchen Mitteln sie es wollen. Denn sonst müßten wir glauben, daß sie von allem „unabhängig" sind, aber auch unabhängig vom — gesunden Menschenverstand, und von dem möchten wir nicht unabhängig sein. (Heiterkeit.)

Es sind nur wenige Punkte, die überhaupt bis jetzt in die öffentliche Diskussion gezogen und in welcher unser Programm angegriffen wurde. In den Erörterungen, die am vorigen Parteitag über diesen Punkt stattfanden, und die sehr kurz waren, wurde eigentlich nur eines in Betracht gezogen. Es war der Antrag des Genossen Roscher aus Reichenberg, dahingehend, daß wir einen Satz ins Programm aufnehmen sollen, welcher will:

„Die Beseitigung aller indirekten Steuern und die Ersetzung derselben durch eine einzige progressive Einkommensteuer."

Nun, Genossen, wenn Sie das ins Programm aufnehmen wollen — es ist das ein altes Inventarstück der Partei und des Parteiprogramms —, so habe ich nichts dagegen. Es ist heute sogar weniger einzuwenden als im vorigen Jahre, weil wir ja in Österreich eine neue Sozialreform auftauchen sehen, die Personaleinkommensteuer und was damit zusammenhängt — was im gegenwärtigen Augenblick der Gegenstand der Beratungen im Parlament ist — und weil es vielleicht gut ist, wenn der Parteitag in einer Resolution sich kurz darüber ausspricht, daß diese progressive Einkommensteuer, welche die Sozialdemokraten immer gemeint haben, absolut nichts zu tun hat mit der Personaleinkommensteuer des Herrn Finanzministers und der Liberalen: daß der Punkt in unserem früheren Programm, der sich mit der Personaleinkommensteuer befaßt, nur so gemeint sein kann, daß damit die Beseitigung aller indirekten Abgaben verlangt wird. So wie heute der Gesetzentwurf auftritt, mag er ja die Wirkung haben, daß auch die meistbegüterten Schichten ein bißchen werden bluten müssen, während sie bis jetzt vollständig frei ausgegangen sind. Aber zur Entlastung des Volkes wird dieser Gesetzentwurf nicht dienen. Es ist einfach eine demagogische Phrase, wenn von der Regierung den bürgerlichen Parteien dieser Gesetzentwurf als „sozialreformatorisch" hingestellt wird. Nicht einmal das eine geschieht, was man als unbedingt not-

wendig halten sollte, daß das Mehrerträgnis, das herauskommt, zur Entlastung für diejenigen verwendet wird, welche wirklich am meisten belastet sind. Jene 20 Millionen Mehrerträgnis werden nicht einmal dazu benützt, um die indirekten Abgaben zu ermäßigen, sondern nur, um die direkten herabzusetzen, und auch das nur bedingungsweise und auf Zeit. Wenn diese Steuer vielleicht Millionen trägt und man Geld brauchen wird zu neuen Gewehren, dann wird der Staat ruhig diese Millionen einstecken. Wir können eine Sozialreform darin absolut nicht sehen, wenn unser heutiges System, nicht nur in Österreich, sondern überall, beibehalten wird, das darin besteht, daß allerdings eine progressive Einkommensteuer existiert, aber mit einer Progression nach unten, das heißt, je weniger einer hat, um so mehr belastet ist er. Diese Leute sprechen mit sozialreformatorischer Überlegenheit von vier bis fünf Prozent Steuer für Millionäre, und es ist vor kurzem von kompetenter Seite in einem wissenschaftlichen Aufsatz in den „Deutschen Worten" erzählt worden, daß der gutgestellte Arbeiter in seinen Ausgaben 13 Prozent indirekte Steuern zahlt, und es ist auch weiter dort nachgewiesen worden, daß, je weiter herunter es geht, immer höhere Prozente gezahlt werden. Es wäre wünschenswert, diesen Dingen gegenüber in einer Resolution Stellung zu nehmen.

Ein Punkt ist wirklich zu ändern notwendig. Wir sehen in unserer Mitte heute, was wir in Hainfeld nicht gesehen haben, wir sehen Frauen da. Wir wissen, daß nicht nur in Wien, sondern auch an anderen Orten, in der Provinz, eine bedeutende Bewegung unter den Frauen bereits beginnt, eine Bewegung, die wir nicht nur begrüßen, was sehr platonisch wäre, sondern, die wir mit allen Kräften zu fördern bereit sind, welche wir gefördert haben und weiter fördern wollen. Und da muß sich uns bei der Durchlesung unseres Programms aufdrängen, daß wir eigentlich hier nicht ganz klar genug sind in bezug auf die Frauenfrage. Es heißt zwar in der Einleitung des Programms, wir wünschen die „Befreiung des gesamten Volkes ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes", also die Frauen könnten zufrieden sein. Sie sind aber nicht zufrieden. Sie wünschen nicht nur, bei der Befreiung mit dabei zu sein, sondern auch bei der Arbeit für die Befreiung. Und es ist darum wünschenswert, daß überall, wo möglich, auch die Frauen im Programm berücksichtigt werden. Es muß also heißen Punkt 1 der Prinzipienerklärung: „Die Partei verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt, des Besitzes, der Abstammung und des Geschlechtes", es muß weiter heißen beim Punkt 3, wo es sich um das Wahlrecht handelt:

„Das Wahlrecht vom 20. Lebensjahr an, ohne Unterschied des Geschlechtes." Ich glaube, es wird nicht notwendig sein, darüber viel zu diskutieren, die Genossen sind wohl darüber einig und im klaren.

Ich gehe nun an jene Fragen, welche sich mehr auf die Taktik beziehen. Die Frage der Taktik wurde freilich bereits berührt, wo es sich darum handelt, ob man das Wahlrecht benützen soll, ob

man als politische Partei auftreten und in welchem Umfang man die Mittel gebrauchen soll. Aber es sind doch einige Dinge, die direkt konkreter Natur sind und Anlaß zu Diskussionen gegeben haben.

Wir haben eine Richtschnur für unser Vorgehen: Alles, was auf das Proletariat aufklärend in unserem Sinne wirkt, halten wir für revolutionierend, alles, was auf die Proletarier verwirrend wirkt, halten wir für reaktionär. Unsere erste Aufgabe ist also, dem Proletariat die Verhältnisse klarzumachen. Es muß verstehen, nicht nur wie die Dinge liegen, sondern auch was wir wollen. Das ist unbedingt notwendig. Wenn wir das wollen, müssen wir bei unserer Taktik, bei unserer Agitation den Grundsatz haben, das Moment der ökonomischen Notwendigkeit, die Idee der Entwicklung in den Vordergrund zu stellen, dem einzelnen Proletarier klarzumachen, daß er und seine Lage das Produkt einer Entwicklung ist, und daß diejenigen, die, ihm gegenüberstehend, den Druck ausüben, nicht einzelne Menschen sind, daß es nicht ein Zufall, nicht die zufällige Bosheit eines einzelnen ist, die ihn drückt, sondern daß auch sie ein Produkt einer Entwicklung sind, einer Entwicklung, die nicht zurückgedreht werden kann, sondern die beschleunigt werden muß. (Sehr richtig!) Dadurch allein ist bereits gegeben, daß wir den größten Wert darauf legen müssen, den Gesichtskreis der Arbeiter zu erweitern, sie von dem Haß gegen den einzelnen Ausbeuter zu erheben zu einem Haß und Widerstand gegen die Ausbeutung. (Sehr richtig!) Das ist ein agitatorisches Moment, das ungemein wichtig ist, das aber in der Praxis nicht so leicht festgehalten wird, als man im allgemeinen glaubt, und uns zugleich lehrt, daß der Kampf gegen Einzelpersonen nicht zum Ziele führt. Wir sagen, daß es zum Beispiel nicht zielführend ist, einen einzelnen Schustermeister oder Großfabrikanten als den Abgrund aller Scheußlichkeiten hinzustellen, auf die Person den Haß abzulenken. Wir täten damit nur anderen sogenannten „menschenfreundlichen" und „arbeiterfreundlichen" Unternehmern einen großen Gefallen, und das wollen wir nicht. Wir müssen den Leuten zeigen, daß, wie auch der Mann ist, ob wohlwollend oder nicht, daß er selbst in seinem Wohlwollen, auch wenn es echt ist, nicht aufhören kann, Ausbeuter zu sein. Die heutige bürgerliche Gesellschaft ist wie jener König Midas, dem alles, was er berührte, zu Gold wurde. Die besitzende Klasse, sie kann anfangen, was sie will, es wird ihr alles zum Mammon. Sie kann anfangen, in Arbeiterfreundlichkeit und Sozialreform zu machen, was wird daraus? Mehr Profit! Sie kann anfangen, in Toleranz, in Menschenfreundlichkeit zu machen, sie kann sich gegen Rassenvorurteile erheben — die Humanität wird unter ihren Händen zu nichts anderem als zum Eintreten für die Interessen einzelner Geld besitzender Personen. (Bravo! Bravo!) Sie kann nicht anders. Die Wurzel der Gesellschaft, unserer „Ordnung", die Ausbeutung, beherrscht sie selbst bis ins kleinste. Sie wollen wirklich einmal etwas, sie wollen, sagen wir, einmal eine Abkürzung der Arbeitszeit, die Vorgeschrittensten wollen Sozialreform — für uns ist diese Abkürzung der Arbeitszeit eine revo-

lutionäre Sache, etwas, was die Arbeiterschaft physisch und geistig weiterbringt —, für die Besitzenden wird daraus — und ich lege einen Wert darauf, daß das konstatiert wird, daß wir uns nicht einbilden, als würden die Besitzenden dadurch weniger besitzend — Gold. Dieselbe Sozialreform, die für uns eine Wohltat wird, dient für sie dazu, daß die Konzentration der Betriebe immer weiter fortschreitet, daß die technische Umwälzung sich noch schneller vollzieht, und die besitzende Klasse — sie wird durch die Sozialreform tatsächlich reicher. Sie haben vielleicht etwas Edles gewollt — und geblieben ist ihnen wieder der Mammon, das Gold. Die Besitzenden treten einmal ein für Freiheit der Gedanken, gegen die Unterdrückung der Juden. Was wird daraus? Nichts Großes, nur Profit. Ich erinnere an die Auswanderung der russischen Juden nach Amerika, eine Sache, womit uns die Ohren vollgetrommelt werden. Durch die Wohltätigkeit eines großen jüdischen Kapitalisten wird der Auszug der Juden aus Rußland nach Amerika ermöglicht. Was wird aus dieser humanen Handlung? Einfach, daß tausende Juden heute in Amerika Kulis werden, daß diese jüdischen Kulis in Amerika die freien Arbeiter, nicht nur die englischen und deutschen, sondern auch die organisierten jüdischen Arbeiter unterbieten müssen, daß die ganze Hirschsche Wohltätigkeitsaktion auf nichts anderes hinausläuft als auf die Einführung von Sklaven nach Amerika zur Unterdrückung der freien Arbeiter. Die besitzenden Klassen können nichts anpacken, es wird alles zu Gold. Und wenn sie einen Anlauf nehmen und die „ganze Menschheit" ans Herz drücken wollen, dann werden sie — zu besoldeten Agenten der Philosemiten.

Unsere Taktik muß auch in diesem Punkte Klarheit schaffen. Nun fragt es sich, wieweit es in Österreich überhaupt möglich ist, von der politischen Bewegung Gebrauch zu machen. Unser Urteil über unsere Gesetzgebung und Verwaltung steht fest. Wir haben einen Zustand, welcher in sich vereinigt alle Roheit und Brutalität der heutigen modernen und kapitalistischen Methode mit aller Versumpfung der alten, feudalen Zeit. Darüber sind wir uns vollständig im klaren. Ein österreichischer Parteigenosse muß sich wirklich die Frage vorlegen: Wie ist es möglich, auf diesem Boden überhaupt etwas zu schaffen? Darauf können wir, wenn wir auf unsere Arbeit zurückblicken, ruhig sagen: Ja, wir waren auf einem guten Wege! Wir haben uns nicht gescheut, jene kleine Arbeit aufzunehmen, die in die Details eingeht, wir haben den Kampf mit den einzelnen Paragraphen aufgenommen. Wir haben ihre Gesetzlosigkeit an den Pranger gestellt, gebrandmarkt und in die Öffentlichkeit gebracht, und wir können ruhig sagen: Wir haben einen erheblichen Fortschritt gemacht. Es ist heute nicht mehr wie vor fünf und sechs Jahren, wo jeder Beamte geglaubt hat, er kann machen, was er will. Heute fühlt jeder Beamte, daß die Arbeiter sich auch um ihr Recht wehren werden, und das ist auch von großem Einfluß auf die Regierung. Die Regierung und die besitzenden Klassen wissen sehr gut, daß es nicht gut angeht, in den Arbeitern das Gefühl immer

mehr anwachsen zu lassen, daß sie nicht nur in ihrer Gesamtheit ausgebeutet werden, sondern, daß jeder einzelne als solcher ausgeliefert ist dem Klasseninteresse, als dessen Repräsentant jeder politische Beamte und Richter auftritt. Die herrschenden Klassen und die Regierung wünschen dem Arbeiter die Illusion beizubringen, als gäbe es für ihn ein gleiches Recht, und bei diesem Wunsche müssen wir sie packen und ihnen fortwährend einen Spiegel vorhalten, wie sie in Wahrheit sind.

Man sagt uns oft: Wir sind die „resolutionierende" Partei. Die „Unabhängigen" in Deutschland und Österreich bedeuten angeblich die „Revolution", wir, die große Masse, das ist die „Resolution". Man sagt uns, wir arbeiten für den Papierkorb. Nein, Genossen, wir arbeiten für die Gehirne unserer Brüder, wir arbeiten dafür, daß in diesen Gehirnen Licht werde, und da wünschen wir allerdings, daß das, was wir gesagt haben, kurz zusammengefaßt für jeden ausgesprochen werde. Es ist ja auch notwendig, daß unsere Partei, die im Parlament und in der Verwaltung keine Vertretung hat, dieses einzige Mittel benütze, daß sie in den Versammlungen, in der Presse in Form eines Urteiles — und etwas anderes ist die Resolution nicht — ihr Verdikt ausspreche. Wir wissen ja, daß wir damit auf die Regierung nicht sofort wirken; wir wissen aber auch, daß es auf unsere Genossen wirkt, auf die wir schließlich mit anderen Mitteln nicht wirken können.

Man sagt uns auch: „Bei eurer politischen Organisation kommt nicht viel heraus. W i r machen das ganz anders: Wir gehen hinaus auf die Straße und wir locken sie heraus aus den Löchern, diese Armen und Elenden, und weil sie nicht anders zu locken sind, so benützen wir den L a i b B r o t als Lockmittel. Wenn wir sie draußen haben, dann werden wir schon etwas tun! — Was? wissen wir nicht; aber wir haben sie herausgelockt und der Bourgeoisie Angst eingejagt." — Sie haben mit der Brotverteilung wirklich eines erzielt: Sie haben dem menschenfreundlichen Baron Rothschild, dem arbeiterfreundlichen Baron Hirsch und so oder so vielen andern Fürsten, Grafen und noch höher hinauf Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ein wie „warmes Herz" sie für die Leiden des Volkes haben. Der betreffende Redner hat selbst gesagt, daß es eine Existenzfrage der Besitzenden war; das hat auch der Hofrat Exner gestanden, daß es eine Existenzfrage der Besitzenden sei, sich in den Geruch der Wohltätigkeit zu setzen und etwas Rosenöl auf die Wogen zu gießen, die immer höher zu ihnen herandrängen.

Aber ein wirklich rührendes, kindliches Wort, das hier gefallen ist, muß ich doch erwähnen. Einer der Genossen, welcher die „Brotverteilung" verteidigte, sagte: „Diese Massen, welche da aus den Kellern krochen, merken sich, von wem sie das Brot bekommen: Und das sind wir Sozialisten! Uns werden sie sich nähern!" Wie kindisch, wie närrisch! Wenn ich glaubte, daß diese Massen so dumm sind, möchte ich keinen Finger mehr rühren; da wäre alle unsere Arbeit vergeblich, wenn sie so blöd wären und denken würden, wir haben den Brotlaib uns bei der Redaktion der „Volks-

presse" oder beim Komitee geholt — die haben das hergegeben. So blöd sind sie nicht! Sie wissen ganz gut, das ist der Kaiser von Österreich, der gespendet hat! Dann werden sie loyal! Grafen und Fürsten waren es, dann bekommen sie Ehrfurcht vor unserer Aristokratie! Es waren Wiener Bürger, dann schwärmen sie für das „goldene, liebe Wiener Herz" — die gesamte Presse hat die Sache unterstützt, da werden sie begeistert für unsere „aufklärende, für alles Edle und Gute" eintretende Presse; das ist der Effekt, welchen Sie erzielten, sonst gar nichts! Wenn Sie etwas Vernünftiges erzielt haben, so ist es eines. Wissen Sie was? Daß ein zweites Mal ein solcher Wohltätigkeitsschwindel nicht möglich ist, daß Sie diesen Wohltatsschwindel ad absurdum geführt haben, ohne daß die Partei dabei kompromittiert wurde, denn die Partei war ja nicht dabei. Sie haben das Wort Revolution kompromittiert, Sie haben es zur Phrase gemacht. Und noch eines muß ich Ihnen sagen! Nehmen Sie an, wir Wiener hätten es für gut befunden, durch eine Demonstration zu zeigen, wie es in Wien aussieht mit der Arbeitslosigkeit, und hätten Lust gehabt zu zeigen, daß die Arbeiter nicht mehr geneigt sind, sich dies länger gefallen zu lassen! Wie, meinen Sie, wäre das ausgefallen? So schofel gewiß nicht, wie bei Ihnen! So viel Dutzende als Sie zusammengebracht haben, so viel Tausende wären es bei uns gewesen, und wenn wir das beschlossen hätten, würden wir es auch ausgeführt haben, und wären nicht heraufgekommen auf diese Tribüne und hätten gesagt: Wir haben „was anderes" wollen und es ist nicht gegangen. Warum nicht? Weil bei Ihnen, den „Unabhängigen", jeder tut, was er will und was ihm einfällt. Wir aber beschließen zuerst, wir holen zuerst einen Gesamtbeschluß ein, aber dann führen wir ihn auch aus. (Lebhafter Beifall.) Da können Sie überzeugt sein, wenn wir einmal so etwas machen, wird es anders ausfallen. Der Herr Statthalter, der Bürgermeister und diese Herrenhäusler würden sich dann nicht an den grünen Tisch mit uns setzen. Wir halten die ganze Gesellschaft für nichts anderes, als für den Versuch einiger Streber — und da meine ich nicht Sie*) —, als den Versuch einiger Streber, sich nach oben und nach unten zugleich populär zu machen, zugleich den großen Revolutionär zu zeigen, aber auch die Garantie zu bieten, daß man von seiner Fähigkeit, Revolution zu machen, nicht Gebrauch macht (Sehr gut!), daß man die Massen zwar revolutionieren kann mittels eines Laibes Brot, daß man sie aber auch mittels desselben Laib Brotes nach Hause schicken kann. Dieses Streben ist ja zunächst gelungen nach oben — für die Arbeiterschaft hat dieses Strebertum endgültigen Bankrott gemacht. Das ist unsere Ansicht von der Brotverteilung und wir müssen uns sagen: Eigentlich hat die ganze „Sozialrevolution" uns nichts anderes bis jetzt beschert als diese Brotverteilung. Wenn Sie Ideen haben, deren Ausführung revolutionierender wirkt, sind wir dabei! Geben Sie nur acht, daß Sie uns nachkommen, daß Sie bei der Stange bleiben — nicht vielleicht, daß wir couragierter

*) Gemeint ist vor allem offenbar Dr. Friedrich Elbogen.

sind als Sie, Sie haben gewiß Heldenmut —, sondern weil wir nichts anfangen, ohne gehörig überlegt zu haben, weil wir nichts unternehmen werden, wo wir nicht von vornherein wissen, wie wir die Dinge durchzuführen haben. (Bravo! Bravo!) Denn, Genossen, noch einmal, und dies sei mein Schlußwort, die Taktik unserer Partei muß aufklärend sein, aber nicht schwindelhaft! Es ist schwindelhaft, zu sagen, das Proletariat ist bereit für die Sozialrevolution. Das ist nicht wahr! Wo es am elendsten ist, ist es am wenigsten revolutionär. (Sehr richtig!) Wir haben die Verpflichtung, dieses ausgebeutete Proletariat erst physisch und geistig kampffähig zu machen. Das erzählen Sie alten Genossen, die wir seit Jahren in der Agitation stehen, nicht, daß, wie die Anarchisten meinen, man gewissermaßen nur einen Pfiff zu machen, eine Bombe oder sonst etwas in die Welt zu schleudern braucht, und jetzt geht's los! Es geht eben nicht los. (Heiterkeit.) Von den Anarchisten unterscheiden sich die „Unabhängigen" nur durch zwei Dinge. Erstens, daß sie sich nicht klar sind über das, was sie wollen (Zwischenrufe: Sie wissen es ja noch nicht!). Aber ja, schauen Sie, Sie rufen, ich weiß es nicht! Alle Ihre Reden habe ich ja schon gelesen. (Widerspruch der Opposition.) Also, wetten wir! (Lebhafte Heiterkeit.) Die Reden stehen schon alle in den verschiedenen „unabhängigen" Organen, im Berliner „Sozialist", aus dem haben Sie abgeschrieben, und wenn Sie unsere alten Jahrgänge der „Zukunft" lesen, finden Sie auch dort einen Teil Ihrer Reden.

Wenn Sie nicht wissen, daß Ihre Reden gedruckt sind, so lesen Sie nur nach, Sie werden sie alle finden. (Heiterkeit.) Sie unterscheiden sich von den Anarchisten also erstens durch die Unklarheit, denn es gibt Anarchisten, welche klar sind, nicht viele, aber einige; zweitens von anderen Anarchisten wieder durch den Mangel an Courage und von den Anarchisten dritter Sorte durch Ihre Ehrlichkeit. Sie sind nämlich ehrlich. Sie wissen ja, daß es auch Polizeianarchisten gibt und, wenn man diese abzieht, eigentlich nicht viele übrigbleiben. (Zustimmung.)

Ich erwarte von Ihnen, daß Sie hier wirklich und deutlich Mittel angeben, wie wir über unser Programm hinaus und über das, was wir getan haben, etwas leisten können. Wir sagen Ihnen aber das eine, dazu werden Sie uns nie bringen, daß wir das Volk über seine eigene Macht betrügen. (Rufe von seiten der Oppositionellen: Wir auch nicht!) Sie werden uns nicht dazu bringen, daß wir dem Volke vorschwindeln: Du brauchst nur loszubrechen und dann geht es los. Wir werden nicht aufhören, dem arbeitenden Volke zu sagen: Eine zähe und systematische Arbeit muß es sein, schwere Arbeit hast du vor dir, Arbeit Schritt für Schritt, die den ganzen Mann fordert. Das ist in Österreich freilich noch etwas schwerer als in anderen Ländern. Wir Österreicher sind ein famoses Volk, das können wir ruhig sagen. Wenn unser sozialistisches Ideal mit einem Sprung zu erreichen wäre, und wenn es den Kopf kostete, wir Österreicher würden zuerst den Sprung machen. Da es aber heißt, einen Stein auf den anderen legen, nicht nachzugeben, zwanzigmal den Wall hinaufzukriechen und zwanzigmal hinuntergeworfen zu

werden und zum einundzwanzigsten Male hinauf — das Opfer unseres Lebens würden wir leichter bringen als das Opfer der Verdrießlichkeit und Langeweile, der ermüdenden Arbeit, Nacht für Nacht, Tag für Tag immer dasselbe zu tun: Ein Gehirn hat man aufgeschlossen und zehn blöde stehen noch da; in einem Auge hat man den Funken entzündet, und da sind hundert, in deren Augen noch gar nichts flammt — ein einziger Mann, der in der Werkstatt steht, er allein ist bewußt, die große Masse ist unbewußt um ihn — diese Arbeit von Mann zu Mann, von Tag zu Tag, das ist die Arbeit, die uns Österreichern, wie wir einmal sind, am schwersten vorkommt. Aber diese Arbeit muß getan werden, sie ist wirklich die einzige Vorbedingung für das, was ich auch nicht anders nennen kann als die soziale Revolution. Wenn wir aber von sozialer Revolution sprechen, so erklären wir ein für allemal, daß wir nicht darauf verzichten, so radikal zu sein wie irgend jemand, bloß darum, weil wir wissen, was wir wollen, daß wir nicht verzichten, im Dienste dieser revolutionären Sache zu stehen, weil wir Mittel gebrauchen, die vernünftig sind, und weil wir uns überlegen, was wir tun. Wir haben durchaus nicht den Ehrgeiz, in den Augen der Welt als die Radikalsten zu gelten; das ist uns gleichgültig. Wir gehören nicht zu jenen Leuten, die Umfrage halten und Umschau, wo es am radikalsten ist, und dort dabei sein müssen, durchaus nicht! Wir richten uns nach den Verhältnissen, wir wenden alle Mittel an, die zweckdienlich sind. Wir untersuchen jedes Mittel genau, wohin es führt. Wir überlegen uns, welchen Weg wir einschlagen. Wenn wir ihn aber eingeschlagen haben, schlagen wir ihn alle zusammen ein, und niemand kann uns davon abhalten. Das ist unser Programm und unsere Taktik*). (Andauernder Beifall und Händeklatschen.)

## „Diktatur" der Wiener.

Debatte über Organisation. — Parteitag 1892.

Wenn wir über unsere Organisation hier etwas beschließen**) wollen, so müssen wir uns vor Augen halten, wie unsere Organisation bis jetzt ausgesehen und warum sie so ausgesehen. Ich glaube, daß niemand unter uns — die „Unabhängigen" miteinge-

*) Nach längerer Debatte wurde folgende von Adler beantragte Resolution einstimmig angenommen:

Der Parteitag erklärt am Hainfelder Programm und der gegenwärtigen Taktik nach wie vor festzuhalten.

Der Parteitag erklärt ferner: In die Prinzipienerklärung soll in Punkt I die Verurteilung der Vorrechte des Geschlechtes aufgenommen werden. In Punkt III, Wahlrecht, soll aufgenommen werden: „Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes."

Einstimmig angenommen wurde ferner der Antrag Roscher (Reichenberg), der die Beseitigung aller indirekten Steuern und die Einführung einer einzigen, direkten, progressiven Einkommensteuer fordert.

**) In dem Streit mit den Wiener Unabhängigen war auch die Frage, ob die Organisation zentralistisch oder föderalistisch sein solle, ein Streit-

schlossen — meint, daß eine Organisation für die Partei nicht notwendig ist. Ein Unterschied würde höchstens in dem Punkt bestehen, ob sie etwas geschlossener und zusammengefaßter oder etwas loser sein sollte. Ein Unterschied, welcher so individuell ist, daß man nicht alle Wünsche befriedigen kann, weil sich immer einer finden wird, der eine andere Nuance aufweist. Mich haben gerade die Ausführungen von Genossen Bonupf darin bekräftigt, daß das, was wir wollen und was Ihnen von den Wiener Genossen vorgelegt wurde, im allgemeinen richtig ist. Gerade Bonupf hat auseinandergesetzt, daß sich die ganze Opposition nur dagegen richtet, daß die Redaktionen alle Macht in den Händen haben. Gerade dieser Einfluß in der Organisation, welcher heute von den Redaktionen ausgeht, soll nun beseitigt werden. Ja, warum war er denn bisher vorhanden? Als wir in Hainfeld beisammen waren, konnten wir Ihnen nicht berichten von Gründungen von sozialdemokratischen Wahlvereinen, von einem aufgehobenen Verbot eines Parteitages. Wir konnten Ihnen nicht einmal erzählen, was heute offiziell festgestellt ist, daß alle anderen Parteien eine Organisation haben, welche offiziell anerkannt ist und welcher man nichts in den Weg legt. In Hainfeld mußten wir suchen, etwas zu machen, was die Organisation möglichst wenig in Gefahr bringt, aber sie doch ermöglicht. Da haben wir gesagt, die Redaktionen sind die Stützpunkte unserer Organisation. Das ist in Hainfeld ausgesprochen worden nicht als etwas Neues. Es war einfach die Konstatierung eines Zustandes. In allen Zeiten, wo es eine geeinigte Partei gegeben hat, waren die Redaktionen die einzigen Punkte, wo alle Fäden zusammengelaufen sind. Wir haben uns dieser Krücke durch Jahre bedient; wir haben selbst gefühlt, und zwar jeder von uns, daß das sehr viel gegen sich hat. Aber es war uns nicht anders möglich. Heute

---

gegenstand, und es wurde auch von den „Unabhängigen" ein föderalistisches „Organisationsprogramm" beantragt. Der Parteitag, der vom 5. bis 9. Juni 1892 tagte, verhandelte beim Parteibericht, den Reumann erstattete, den Fall Hanser. Es wurde dann eine Kommission gewählt, die am nächsten Tage die Ausschließung von Hanser und Heimann beantragte. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Dann berichtete Adler über „Programm und Taktik" (siehe oben „Die Argumente der Unabhängigen"). Über „Organisation" referierten Rudolf Pokorny (statt des ursprünglich bestimmten Eduard Rieger in Brünn, der gerade eine Strafe abzubüßen hatte) und Dr. Wilhelm Ellenbogen. Die Anschauungen der Unabhängigen vertraten Bonupf und Brückner (Wien). Den Organisationsentwurf der Wiener legte Andreas Grosse vor. Dann kam Adler zu Wort. Rudolf Pokorny, von Beruf Metallarbeiter, war, wie oben (im Artikel „Der Weg nach Hainfeld") berichtet wurde, mit Adler in Reichenberg verhaftet worden. Er war einer seiner ersten Mitarbeiter am Werk der Einigung. Andreas Grosse, von Beruf Miedermacher, war bereits im Jahre 1876 einer der Proponenten des Wiener Arbeiterbildungsvereines.

Der Entwurf wurde mit allen gegen acht Stimmen (von 113 Delegierten) angenommen. So konnte Hugo Schmidt (Jägerndorf) zum Schluß des Parteitages feststellen, daß keine Spaltung in der Partei vorhanden sei. (Über Schmidt Näheres S. 147.)

glauben wir — und das bezweckt ja der von den Wienern gestellte Antrag —, daß die Redaktionen ihr Amt als Zentralpunkt in der Organisation niederlegen sollen, daß eine Organisation, gegründet auf Vertrauensmänner, neu geschaffen werden soll.

Ich komme auf Einzelheiten möglichst wenig zurück. Ob jemand glaubt, daß zum Beispiel die „Arbeiter-Zeitung" mein Privatorgan sei oder ob er es nicht glaubt, ist gleichgültig. Ich glaube, daß die Genossen, die das Blatt lesen, ganz gut wissen, ob es im Dienste der Sozialdemokratie oder einer einzelnen Person steht.

Aber es wird vorgeschlagen, vor allem die politischen Vereine in die Organisation einzubeziehen. Dabei bemerke ich, daß wir zu rechnen haben mit dem Vereinsgesetz und mit dem Strafgesetz. Politische Vereine können untereinander nicht in Verbindung treten. Sie sind unmöglich als Glieder einer Organisation. Sie sind Produkte der Organisation und die Mitglieder dieser Vereine können für die Organisation allerhand machen, und wenn diese Vereine ein und derselben Partei angehören, werden sie in derselben Richtung marschieren. Aber sie offiziell in die Organisation einzubeziehen ist unmöglich, ohne daß diese Vereine sofort aufgelöst werden. Wir können daher von politischen Vereinen im Zusammenhang mit der Organisation nicht weiter sprechen, als daß wir sagen: Die Frucht unserer Organisation muß sein, möglichst viele politische Vereine zu haben. Aber sonst haben sie weiter mit der Organisation nichts zu tun.

Wir müssen uns aber auch vor dem Strafgesetz hüten, und da komme ich zur Geheimbündelei. Niemand geht öffentlicher vor und mit mehr Lärm in die Öffentlichkeit hinaus als wir. Das nützt uns aber nichts. Wir laufen immer Gefahr, der Geheimbündelei angeklagt zu werden.

Ich gestehe Ihnen offen, ich halte den österreichischen Rechtsboden nicht für so sicher, daß wir uns etwas erlauben dürfen, was andere Parteien ungescheut tun. Ich weiß nicht, ob nicht dieser Ausschuß für die Gesamtpartei, wenn Sie ihn heute beschließen, demnächst unter irgendeinem Vorwand wird zusammengefangen werden. Deshalb haben wir bisher darauf verzichtet; aber nach meiner Überzeugung ist dieser Gesamtausschuß heute notwendig und deshalb wollen wir ihn schaffen; diejenigen, die darin sein werden, setzen sich eben der eventuellen Gefahr aus, nicht von seiten des Gesetzes, sondern von seiten der Ungesetzlichkeit, die wir weit mehr zu fürchten haben. (Sehr richtig!) Wir konnten früher einen solchen Prozeß nicht riskieren. Heute können wir sagen, daß, wenn sie die Spitzen unserer Organisation alle einsperren, die Organisation höchstens um eine Woche aufgehalten wird, weil hinter uns Hunderte von Leuten sind, die unsere Sache sofort wieder aufnehmen. (Lebhafter Beifall.) Deshalb können wir heute einen Schritt weiter machen und uns eine Organisation geben, wie es alle andern Parteien tun. Wenn man dann gegen uns vorgehen wird, wird es

nichts nützen. Man ist mit uns nicht fertig geworden, als wir noch schwächer waren, jetzt erst recht nicht. Es wurde viel von Unabhängigkeit gesprochen. Wenn das, was Bonupf und Brückner hier erzählt haben, „Unabhängigkeit" ist, dann lasse ich mich auch einschreiben. Ich bin auch unabhängig, wir alle sind unabhängig. Wir wollen von niemand abhängig sein. Ich begreife nur eines nicht, warum kein Provinzgenosse kommt und fragt, wo die Leute sind, „welche springen, wenn in Wien getrommelt wird", daß kein Provinzgenosse sagt: „Wir lassen uns den Vorwurf nicht gefallen." Ich rufe Sie, Provinzgenossen, auf! Haben Sie jemals von einer Diktatur etwas verspürt, um diesen Ausdruck zu gebrauchen? Und wenn der Versuch von irgend jemand gemacht worden wäre, hätten Sie es sich gefallen lassen? Wenn es eine Diktatur gibt, so sind niemals die Diktatoren dafür verantwortlich zu machen, sondern diejenigen, die sich den Diktator gefallen lassen. (Bravo!) Die Parteivertretung, das sind Ihre Beauftragten, das sind die Leute, die Ihre Beschlüsse auszuführen haben, und daß es solche Leute geben muß, weiß jeder, der die Verhältnisse der Partei näher kennt. Man spricht so viel von Selbständigkeit. Wir würden sehr wünschen, daß die Genossen selbständig w ä r e n. In den Orten, wo zwei oder drei Genossen sind, welche Initiative, Energie und Opferwilligkeit haben, dort haben wir eine Organisation, und wo wir diese Genossen nicht haben, dort haben wir keine. Ich rufe die Wiener auf, zu sagen, wie es hier in den Branchen steht.

In jeder Fabrik kommt es immer darauf an, daß wir einen Genossen haben, der sich das Vertrauen der anderen erobert. Darauf wollen wir unsere Organisation aufbauen. Eine etwas kitzliche Frage ist die Geldfrage. Der Genosse R i c h t e r*) hat mit Bezug auf die Bestimmung, daß die Provinzgenossen die Hälfte der Gelder nach Wien abführen sollen, gemeint, daß das nicht gehen wird. Es sei dies schon früher beschlossen worden und wir hätten nichts gekriegt. Das stimmt. Wenn wir das in der schroffen Form hinstellen, werden wir auch weiter nichts kriegen. (K i e s e w e t t e r: Richtig!) Reichenberg bestätigt es. (Heiterkeit.) Erst muß die Organisation soweit voran sein und das Urteil über die Notwendigkeit tiefer Wurzel gefaßt haben. Wir haben Organisationsbezirke, wie Nordböhmen, Teile von Mähren und in den Alpenländern, welche sagen: Wir verlangen nichts von Wien, schicken aber auch nichts nach Wien. Die meisten verlangen von Wien, schicken aber nichts nach Wien. Die Wiener Organisation — das werden Sie anerkennen müssen — ist immer in aufopferndster Weise für die Bedürfnisse der Provinz mit aufgekommen. Wenn Sie hören, daß es ganze Provinzen gibt, wo vorläufig noch gar nichts ist, denken Sie an Krain, an Südtirol, an Teile von Schlesien, an die Bergarbeiterorganisation, so werden Sie zugeben, daß diese Leute heute aus sich heraus nicht in der Lage sind, etwas zu tun. Nun kommt jede

*) R i c h t e r, Delegierter von Mährisch-Schönberg; Wilhelm K i e s e w e t t e r, Redakteur des „Freigeist" in Reichenberg, 1897 Abgeordneter von Trautenau.

Landesorganisation nach Wien und verlangt von uns Geld! Woher sollen wir es nehmen?

Die Wiener tun, was sie können, aber für alle Provinzen aufzukommen, ist Wien allein nicht möglich. Da müssen die Genossen von allen Orten beitragen. Aber Redensarten nützen nichts. Die Genossen wollen so viel Geld, um ihre Blätter weiterzuführen, um die Agitation zu betreiben, und wenn wir es ihnen nicht bieten, so geht es nicht weiter. Diese Gelder müssen Sie uns geben. Wir brauchen das, was von der Provinz hereinkommt, doch nicht in Wien, wir brauchen es in der Provinz unter Ihrer Kontrolle, um mehr zu leisten als bisher. Gewiß ist wahr, wenn Sie jemand einsetzen, ihn beauftragen und auch noch Geld in die Hand geben, so geben Sie ihm eine Macht. Aber wer sich fürchtet vor dieser Macht, der fürchtet eigentlich die Ohnmacht, die er selbst hat. Fragen Sie einmal eine Organisation, die ordentlich beisammen ist, ob die sich vor Wien fürchtet. Gewiß einzelne Leute, die selbst nichts zuwege bringen, die unfähig sind, vernünftig zu organisieren, die wünschen, daß man ihnen alles fertig hinstelle, die wissen sich auf nichts anderes auszureden, als daß ihre „Selbständigkeit beschränkt" wird. Platz ist genug für jeden einzelnen, der etwas machen will, für jede Organisation. Und diese Art der Organisation, die wir Ihnen vorschlagen, wird niemand behindern, das Äußerste für die Partei zu tun. Es wurde gesagt, wenn Wien ins große Horn stoße, so müssen die Provinzen nach. Nun, Wien ist entschieden das Zifferblatt fürs Reich, Wien ist das Anzeichen dafür, wie mächtig sich die Partei entwickelt. Das ist ganz sicher, und wie wieder Leben in die Partei hineingekommen ist, hat man es in Wien am meisten gespürt. Und es wäre ein Wahnsinn, wenn wir nicht hier in Wien uns verpflichtet fühlen sollten, allen anderen voranzugehen. Lokalpatriotismus haben wir nicht, haben wir doch in Wien Leute aus allen Provinzen. Wir haben die meiste Arbeit, wir sind hier der Verwaltung nahe; wir fühlen uns verpflichtet, so rasch als möglich vorzugehen; die Provinzen haben sich noch nicht darüber beklagt, daß es zu rasch geschehen sei. Aber die Provinz wird deshalb nicht unterdrückt, und wenn ein solcher Versuch gemacht würde, so würde sie es sich einfach nicht gefallen lassen. Wenn Sie einen Parteiausschuß einsetzen, so werden Sie nichts anderes gemacht haben, als daß Sie Leute wählen, die eine schwere Verantwortung übernehmen. Ein Redner hat gesagt, Dr. Adler kann nicht die ganze Verantwortung für die Partei übernehmen. Das fällt mir auch nicht ein und nicht der Partei, mir sie zu überlassen. Aber es gibt eine ganze Reihe von Fällen, wo schnell ein Entschluß gefaßt werden muß, wo man nicht gleich einen Parteitag einberufen kann. Und für diese Fälle muß vorgesorgt werden. In diesem Sinne werden Sie vielleicht die Organisation annehmen. Nur gegen einen Punkt muß ich mich wenden: „Ein Parteitag darf nur dann einberufen werden, wenn die Majorität der Provinzen sich dafür erklärt." Ich halte dies für eine allzu große Einschränkung. Wenn eine geringere Zahl sich für die Einberufung erklärt, so muß er einberufen werden. (Lebhafter Beifall.)

# Nach dem Parteitag.

## Der Parteitag in den Drei-Engel-Sälen.

„Arbeiter-Zeitung" vom 17. Juni 1892.

Als nach fünftägiger ernster Arbeit der Parteitag seine Verhandlungen beendete, gab Genosse Schmidt*) aus Jägerndorf in einem beredten Schlußwort der Stimmung Ausdruck, welche die Teilnehmer aus der Provinz beherrschte. Sie seien zagen Gemütes nach Wien gekommen; bei allem Mißtrauen gegen das Getratsch der Gegner hätten sie sich doch der Befürchtung nicht ganz entschlagen können, die Wiener Organisation sei zerrissen, der Hader werde in die Provinzen weitergreifen und schließlich die Partei zersetzen. Sie seien aber gerade durch den Verlauf des Parteitages in erfreulichster Weise darüber belehrt worden, daß ihre Befürchtungen gänzlich grundlos seien und daß so die einige Geschlossenheit der Partei, das gegenseitige Vertrauen der einzelnen Genossen durch den Parteitag nur noch mehr befestigt worden sei.

So ist es auch. Wir hatten mit zwei Tatsachen zu tun, die den Frieden innerhalb der Partei störten. Zunächst die Beschwerden der Wiener Organisation gegen die Redaktion der „Volkspresse" und die Herren Hanser und Heimann; nachdem die Wiener Genossen sich genötigt erachteten, gegen Herrn Hanser vorzugehen, machte derselbe im Verein mit Herrn Heimann aus der „Volkspresse" ein Organ, welches nur mehr ihren persönlichsten Zwecken diente, um die ganze Partei sowie einzelne Genossen durch

*) Der Genosse Schmidt aus Jägerndorf, der hier genannt ist, ist der Tuchmacher Hugo Schmidt aus Reichenberg, der zu den ersten Pionieren der österreichischen Sozialdemokratie gehört. Er war ehemals in Reichenberg und hat dort die große Verbrüderungskundgebung der deutschen und tschechischen Arbeiter am Jeschkenberg (Lubokeier Berg) bei Reichenberg am 7. April 1870 veranstaltet. Der „Fachverein der Manufaktur-, Fabriks- und Landarbeiter", einer der ersten Fachvereine Österreichs, der gleich nach der Sanktionierung des Koalitionsgesetzes bereits am 10. November 1870 gegründet wurde, hat unter seiner Leitung einen großen Aufschwung genommen. Später kam Schmidt nach Jägerndorf und hat schon im Jahre 1893 als Vertreter der mährisch-schlesischen Landesorganisationen am internationalen Kongreß in Zürich teilgenommen. Auf dem Parteitag in Wien 1890 wurde er in die Parteikontrolle gewählt. Nach seinem Tod hat ihm die Partei in Jägerndorf ein Standbild errichtet, bei dessen Enthüllung Adler die Festrede hielt.

hämische Verleumdungen und gröbliche Beschimpfungen zu verunglimpfen; das Blatt war geradezu schädlich geworden und das um so mehr, als auch nicht einmal der Versuch eines Beweises aller der Greueltaten, die da ans Licht der Sonne — ach, wie spät — kamen, gemacht wurde. Es konnte den Genossen in der Provinz nicht verübelt werden, wenn sie es für unmöglich hielten, daß nicht doch „etwas hinter alledem stecke" und daß das Unrecht zum mindesten auf beiden Seiten zu finden sei. Der Parteitag prüfte objektiv die Tatsachen; die Wiener Organisation unterwarf sich dem Urteil der Provinzgenossen und verzichtete auf jede Vertretung in der Vierundzwanzigerkommission, deren Arbeit durch das in den meisten Punkten rückhaltlose Geständnis Hansers und die übrigens überflüssige Erklärung Heimanns, er sei mit der Haltung Hansers solidarisch und für den Inhalt der „Volkspresse" verantwortlich, erleichtert wurde. So konnte in voller Öffentlichkeit eine Sache endgültig erledigt werden, die soviel peinliche Verbitterung und Kleinlichkeiten in unsere Reihen gebracht hatte. Unsere Partei darf stolz darauf sein, daß sie Kraft genug hat, was keine andere Partei wagt, auch ihre intimsten Personalien öffentlich und vor aller Welt zu erledigen.

Anschließend an diese persönliche Sache hatten wir es auch mit der sogenannten „Opposition" zu tun, welche in den letzten Monaten von der Bourgeoispresse und ihren in der Redaktion der „Volkspresse" wohlgelittenen Agenten zu der „großen Masse der österreichischen Genossen" hinaufgeschwindelt worden war.

Beim Parteitag zeigte es sich, daß von 113 Teilnehmern wohlgezählte acht sich zur Opposition bekannten, daß diese acht Genossen aber jeder eine besondere Fraktion bildeten und nur in einem Punkte einig waren, daß sie nämlich von Hanser-Heimann nichts wissen wollten. Der Parteitag war weit davon entfernt, diese kleine Gruppe verschiedener Schattierungen zu ignorieren oder gar zu vergewaltigen. Er war so begierig von der Opposition zu lernen, daß er ihr unbeschränkte Redezeit zuerkannte, während wir andern uns mit 10 Minuten begnügen mußten; und da zeigte es sich denn, daß die Gerechtigkeit immer auch die klügste Politik ist. Gerade die Reden der „Oppositionellen", „Unabhängigen" oder wie sonst sie sich nennen wollen, trugen sehr viel zur Klärung bei, deren Resultat war, daß wir Recht, sie aber Unrecht haben; daß wir wissen, was wir wollen, sie es aber nicht wissen; daß wir zielbewußt vorwärtsgehen, sie aber wegverloren im Kreise irren. Es sind so viele Schlagworte wieder lebendig geworden dabei und es war gut, daß sie ihr Eintagsleben an Ort und Stelle beschließen konnten ohne weiteren Schaden. Zum Beispiel wurde davon gesprochen, „Opposition sei nützlich, ja notwendig". Gewiß ist sie das; welche Opposition aber? Die Opposition, welche Kritik übt, welche hindert, daß die Schablone, die Routine, vielleicht die Versumpfung Platz greife, diese Opposition ist gewiß nützlich und notwendig. Wer uns nach vorwärts treibt, wird in der Sozialdemokratie stets willkommen sein; er muß aber das

Vertrauen für sich haben, daß er weiß, wohin er uns bringen will und auf welchem Wege. Wir alle, die in der täglichen, mühevollen Arbeit des Tages stehen, unterliegen der Gefahr zu erlahmen, das Ziel aus dem Auge zu verlieren über der Anstrengung mit dem nächsten Hindernis fertig zu werden, und dankbar werden wir jedem sein, der uns aufrüttelt, der unsern Blick wieder ins Weite richtet, der uns warnt vor zu großen Konzessionen an die Gelegenheit und den Augenblick. Aber es muß einer sein, der mit uns kämpft und er muß zeigen, daß er weiter sieht als wir, daß er zum mindesten nicht auch gegen die Dinge ist, die sogar wir selber sehen. Leider hat jene Sorte von Opposition, die wir auf dem Parteitag zu sehen bekamen, diese Vorzüge nicht gehabt. Wir konnten jenen Genossen ruhig sagen: Lernt erst selber euch verstehen, dann wollen wir uns Mühe geben zu verstehen, was ihr wollt.

Natürlich fehlte es nicht an großen Worten, wobei das Wort „sozialrevolutionär" die Hauptrolle spielte. Aber die österreichische Sozialdemokratie hat ihre Kinderschuhe ausgetreten, sie weiß, daß die Grundfesten des Klassenstaates fester gegründet sind als die berühmten Mauern von Jericho, welche durch die Posaunenstöße einiger Juden unter des Jehova Beihilfe zum Fallen gebracht wurden; auch sind die Jehovas, welche uns die Blechmusik als unfehlbar rekommandieren, durchaus nicht sehr vertrauenserweckend.

Wenn uns die „Opposition" oder wer immer einen Weg angeben kann, auf dem wir rascher und gründlicher dazukommen, das Proletariat zum Denken zu bringen und es zu einer schlagfertigen Masse zu formieren, als auf dem Wege des politischen Kampfes, der Organisation als politische, proletarische Partei — dann mögen sie herausrücken mit ihrem Rezept; wie sie das Ding dann nennen, ob Reform oder Revolution, das ist uns herzlich gleichgültig. Den Götzendienst der Worte überlassen wir denjenigen, welche über die Dinge zu faul sind zu denken oder zu feige, aus ihren Gedanken die Konsequenzen zu ziehen.

Anerkannt wurde allerseits, daß unser Hainfelder Programm und die ihm entsprechende Taktik sich bewährt hat. Die zerstreuten Kräfte der einzelnen sind gesammelt worden, eine stattliche Reihe von Organisationen blüht im raschen Fortschritt und ihr Netz wird täglich dichter. In dem verpolizeiten Österreich besteht eine moderne Arbeiterbewegung und täglich mehr zwingt sie den rückständigen Staat sich zu modernisieren. Sie selbst ist natürlich mit ein Anlaß dazu, daß auch bei uns die Klassengegensätze immer schärfer werden, daß die patriarchalische Gemütlichkeit dem Kampfe Platz macht, daß die Unternehmerschaft sich organisiert und daß dem Lohnsklaven seine Ketten fühlbarer werden. Die Sozialdemokratie hat keine Lust den Rufer in der Wüste zu spielen oder Steine in den Sumpf zu werfen: „Der Stein im Sumpf macht keine Ringe." Aber mühevolle Arbeit, systematisch aufgewendet, um das verknechtete und verdummte Volk,

das knechtselig und dummselig dahinduselt, zu erwecken, ihm die physische und geistige Fähigkeit zu verschaffen, sich als Macht zu erkennen und von seiner Macht Gebrauch zu machen, das ist die Aufgabe, der die Sozialdemokratie dient, der sich jeder einzelne Sozialdemokrat widmet.

Die Genossen, die mißvergnügt zur Seite standen, haben feierlich erklärt, daß sie in unsere Reihe treten, mit uns schaffen wollen. Wir heißen sie herzlich willkommen. Arbeit genug gibt es für jede, auch die schwächste Kraft. Die Arbeit, die wir aber ein jeder zunächst an uns selber zu vollbringen haben, ist: uns klarzumachen, was wir können und was wir sollen.

In diesem Sinne haben wir alle gelernt auf diesem Parteitag und das wird der Organisation nützen, die wir abgesteckt haben und die nun lebendig werden soll. Sie ist nichts Neues, nichts, was nicht andere Parteien längst besaßen, nichts, was nicht schon auch bei unserer Partei längst angebahnt wäre. Aber die deutlichere Form, der festere Rahmen wird sein Gutes haben und an der Zähigkeit unserer Genossen in allen Provinzen des Reiches wird es liegen, daß der nächste Parteitag die Früchte unserer Arbeit konstatieren kann. Gewiß wird es an Hindernissen nicht fehlen; „Recht und Gesetz" und vor allem ihr Gegenteil wird man gegen uns aufbieten, wir sind aber erfüllt von der Zuversicht, daß wir unsern Willen durchsetzen werden, der nur ein Organ der geschichtlichen Notwendigkeit ist.

Die österreichische Sozialdemokratie kann mit ihrem dritten Parteitag zufrieden sein.

# Ein „Manifest" an das österreichische Proletariat.

„Arbeiter-Zeitung" vom 19. August 1892.

Aus der „Deutschen Zeitung", dem Organe Pleners, dessen sich auch die „Unabhängigen", „Oppositionellen", sowie die Herren Hanser, Heimann, Kadisch*) und tutti quanti für ihre Veröffentlichungen mit Vorliebe bedienen, hatten wir schon vor einiger Zeit erfahren, daß die „Unabhängigen" demnächst ein „Manifest" loslassen würden. Tatsächlich kam uns vor etwa vierzehn Tagen eine anonyme Flugschrift in tschechischer Sprache zu, welche sich „Manifest" nennt und nunmehr hat der Berliner „Sozialist" in seiner letzten Nummer ein gleichfalls anonymes Schriftstück ver-

*) Rißmann, ein Schneidergehilfe in Graz, war der einzige gewesen, der sich auf dem Parteitag in Hainfeld der Einigung widersetzte. Er setzte auch nachher in Graz einige Zeit seine anarchistische Propaganda fort, verlor aber immer mehr an Anhang und verließ schließlich Österreich. Hanser und Heimann sind die Führer der unabhängigen Bewegung in Wien im Jahre 1891, die aber nach dem Parteitag im Jahre 1892 ausgespielt hatte. Im Jahre 1892 war in Berlin unter der Führung von Hans Müller eine Bewegung der „Jungen" oder „Unabhängigen" entstanden, die

öffentlicht, welches sich „Manifest der österreichischen Sozialisten an das österreichische Proletariat" betitelt.

Da wir Grund haben, anzunehmen, daß das Organ der Berliner Unzufriedenen in Österreich noch etwas weniger gelesen wird als in Deutschland, so wollen wir nach besten Kräften selbst dafür sorgen, daß das „Manifest" an die richtige Adresse — „das österreichische Proletariat" — gelange und erlauben uns nur einige kritische Anmerkungen dazu.

Das „Manifest" beklagt vor allem die Verderbnis der österreichischen Arbeiterbewegung seit dem Hainfelder Parteitag und die „äußerst betrübende Verwahrlosung des revolutionär-sozialistischen Prinzips". Nun, wer den Zustand unserer Partei in den letzten Jahren vor dem Hainfelder Parteitag als einen wünschenswerten hinzustellen den Mut hat, der hat ihn entweder nicht gekannt, oder er hat ein sonderbares Ideal von unserer Bewegung. Von Beginn des Ausnahmszustandes (Anfang 1884) bis tief in das Jahr 1887 hinein zeigt sich nur das Bild der Zerstörung jeder Organisation, des unaufhaltsam scheinenden Niederganges der Bewegung. Die Vereine (Bildungsvereine wie Gewerkschaften), welche von der Zertrümmerung durch die Behörden verschont blieben, lösten sich zum größten Teil freiwillig auf, und gerade unsere Organisationen der Alpenländer können ein Lied davon singen, wie terroristisch die „freiwillige" Auflösung von denselben Leuten erzwungen wurde, ganz ohne Zentralisation, von denselben Leuten, die heute die Gefahren des Parteidespotismus am lebhaftesten zu schildern wissen.

Erinnert sich Herr Rißmann nicht an diese Dinge? — Kurz, die alte Organisation, die „radikale" ebenso wie „gemäßigte", zeigte sich zu schwach, um die Stöße auszuhalten, die ihr zu gleicher Zeit die behördliche Willkür und die Fehler der führenden Genossen versetzten. Und das „revolutionär-sozialistische Prinzip"? Seine Träger waren in den Kerkern, im Ausland; die Besten von den Übriggebliebenen harrten, den Rest der Organisation aufrechthaltend, auf bessere Zeiten; die andern — ballten die Faust im Sacke, hielten sich versteckt und waren nur zu sehen, wenn es galt, die Tätigen zu verdächtigen. Kaum reichte die Kraft der Partei hin, um für die Familien der Opfer einer unvernünftigen Taktik notdürftig zu sorgen. Von einer umfassenden planmäßigen Agitation nicht die Spur, und die Presse verschwunden, bis auf das Brünner Blatt und die ab und zu auftauchende „Arbeit"; die weiteren Kreise der Genossen gerade in den für „radikal" be-

immer mehr ins anarchistische Fahrwasser geriet. (Siehe darüber unten den Artikel „Über die angebliche Spaltung der deutschen Sozialdemokratie" vom 31. Juli 1891.) Die Berliner „Unabhängigen" gaben den „Sozialist" heraus, der wie die Wiener „Zukunft" bald offen anarchistisch wurde. Kadisch war ein zwischen Zionismus und „Unabhängigen" schwankender armer Teufel.

Natürlich haben die bürgerlichen Blätter diesen „oppositionellen" Kundgebungen gern ihre Spalten geöffnet.

kannten Bezirken so eingeschüchtert, daß von öffentlichen Versammlungen keine Rede sein konnte; man fand oft niemanden, der den Vorsitz geführt hätte. Ab und zu tauchte ein „Flugblatt" auf, meist aus der Offizin der „Autonomie", und die Expedition war so durchsetzt von Spitzeln, daß es meist mehr Jahre Kerker kostete, als Exemplare davon verbreitet wurden. Was aber den „revolutionär-sozialistischen" Inhalt anlangt, so steht in jedem unserer zahlreichen Parteiblätter prinzipiell genau dasselbe, nur weit klarer, ausführlicher und vernünftiger. Das bißchen Schimpfen und Renommieren mit Revolver und Dynamit schadet niemandem als den Genossen, die das Ding verbreiteten, nützte niemandem als den Lockspitzeln und „Staatsrettern". Doch halt, den wichtigsten Teil der „revolutionär-sozialistischen Prinzipien" hätten wir bald vergessen: den erbitterten Kampf gegen das Wahlrecht, das die Arbeiter nicht haben, und gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung, welche so gut als nicht vorhanden war. Ja, auch gegen den Arbeiterschutz! Denn wenn die „Unabhängigen" heute gezwungen sind, den Kampf um den Achtstundentag zum mindesten stillschweigend gelten zu lassen, so haben sie eben schon etwas gelernt seit den achtziger Jahren, das heißt mit andern Worten, sie sind selbst schon einer „betrübenden Verwahrlosung des revolutionär-sozialistischen Prinzips" anheimgefallen, Peukert, der „weitgereiste" und Rißmann von Anno 1886, der nicht minder „weitgereiste", hätten sie über die Schädlichkeit solcher „Reformpolitik" gründlich belehrt. Die große Masse der Arbeiterschaft ist aber auch ohne weite Reisen klarblickend genug, um ihren Vorteil zu begreifen und darum mußten die Herren den Achtstundentag annehmen. Doch darüber später noch mehr!

Wenn wir dieser traurigen, aber wahrheitsgetreuen Skizze der schlimmsten Zeit der Arbeiterbewegung Österreichs ein Bild des heutigen Zustandes entgegensetzen wollten, so würde das mehr Raum erfordern, als wir haben und zudem überflüssig sein. Wir wissen sehr genau, wie vieles noch fehlt, wie Riesiges noch zu tun ist, wie weite Kreise des Proletariats der Bewegung noch fernstehen, wie mangelhaft die Organisation, die gewerkschaftliche nicht weniger als die politische, ist; wie unzählige Tausende von Arbeitern, die sich Sozialdemokraten nennen, noch keineswegs durch und durch verläßliche und prinzipiell geschulte Parteigenossen sind — — aber jeder Blick in eines unserer Blätter, jeder Schritt in eine Versammlung belehrt darüber, wie es in der österreichischen Arbeiterschaft treibt und gärt, wie Hunderte von Männern am Werke sind, mit vollstem Einsatz ihrer ganzen Kraft aufzuklären und zu organisieren; wie Glied an Glied sich fügt, um die Gewerkschaften auszubauen, die Presse systematisch zu vergrößern und zu verbreiten, die ganze Bewegung nicht nur zu erweitern, sondern auch zu vertiefen.

Ja, auch zu vertiefen! Und da sind wir bei dem Hauptanklagepunkt der „Unabhängigen" gegen uns. Sie behaupten, wir hätten die Bewegung „verflacht und versumpft". Das zu beweisen,

fiele ihnen freilich recht schwer. Sie begnügen sich damit, es uns zum Vorwurf zu machen, daß wir uns damit beschäftigen, das Proletariat auch politisch zu organisieren, daß wir lehren, es müsse politische Rechte erkämpfen. Da wird uns nun die abgedroschene Phrase vorgeritten, das sei erstens unmöglich und zweitens (da es sich nicht leugnen läßt, daß es Länder gibt, wo die Arbeiter politische Rechte haben), es sei zwar möglich, aber es sei nutzlos, denn auch in jenen Ländern herrsche „Not, Elend und Arbeitslosigkeit". Welcher famose Einwand! Als ob irgendein Mensch so toll wäre zu meinen, die Möglichkeit des Sieges, die Bedingungen für die Gewinnung der Macht, die notwendigen Voraussetzungen einer Organisation des Proletariats — und etwas anderes sind politische Rechte, das Wahlrecht eingeschlossen, ja nicht — seien schon selber Organisation und Macht und Sieg! Die „Unabhängigen" glauben Wunder, welche Weisheit mitgeteilt zu haben, wenn sie genau dasselbe sagen, was die christlichsozialen Pfaffen den Arbeitern predigen; politische Rechte und gar das Wahlrecht machen den Proletarier nicht satt! Aber wir fragen, welches Proletariat hat eher Aussicht zum Siege zu kommen? Ein physisch und geistig darniederliegendes, an seiner Zukunft verzweifelndes Proletariat, dessen große Masse nicht einmal weiß, daß es geplündert, mit welchen Mitteln es ausgebeutet wird, das nicht die Natur und den Mechanismus des Staates kennt, der ihm das Knie auf die Brust setzt; das dem Gedanken ganz unzugänglich ist, sich um die Angelegenheiten dieses Staates, der mit ihm umspringt, wie es das Interesse der besitzenden Klasse verlangt, zu bekümmern; ein Proletariat, das nicht gewohnt und nicht geübt ist im Kampfe, das schläft und dessen Bewegungen, wenn es halb unbewußt und plump sich rührt, sofort niedergeschlagen werden, um dann weiterzuträumen den schönen Traum von der wirtschaftlichen Befreiung? Oder ein Proletariat, welches Schicht für Schicht durchsetzt ist von der klaren Erkenntnis der Rolle des heutigen Staates und der wahren Bedeutung der herrschenden Parteien; welches um jeden Fußbreit Boden kämpft, welches den Kampf kennt und die Kampfmittel der Gegner, welches die Waffen der Gegner, auch die politischen, ihnen Stück für Stück entreißt, welches für die Besserung der wirtschaftlichen Lage im Kleinen und Kleinsten einzutreten durch die gewerkschaftliche Organisation befähigt ist und die mächtigste Organisation der Besitzenden, den Staat selbst durch zähe Arbeit allmählich in die Hände zu bekommen trachtet? Wir glauben, daß die Wahl nicht zweifelhaft sein kann. Die „Unabhängigen" glauben dem Staat wehe zu tun, wenn sie ihm ihre „Anerkennung" verweigern. Der Staat pfeift darauf, wie er darauf pfeift, daß ihn die Bakunisten, Anarchisten und sonstigen Konfusen schon hundertmal „abgeschafft" haben. Gewiß, die Staatsmaschine wird nach dem Siege der Sozialdemokratie „versetzt werden, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt" (Engels). Aber das wird

„dann" geschehen; heute den Staat mit Verachtung strafen, heute seine lebendige Existenz, seine nur zu fühlbare Macht und seine Institutionen mitsamt dem Parlamentarismus zu ignorieren, sich damit zu begnügen gegen sie zu „protestieren": das ist denn doch ein höchst unschuldiges Vergnügen. Freilich, den Spieß umdrehen, heißt: den Spieß anerkennen. Aber dem derzeitigen Spießträger ist es weit lieber, ich versage dem Spieß die Anerkennung und lasse ihm den Spieß, als wenn ich mich des Spießes bemächtige, dabei aber freilich anerkenne, was sonnenklare Tatsache ist: daß der Spieß existiert und ein Machtmittel ersten Ranges ist. Die „Unabhängigen" kümmern sich nicht um den Staat und sie erklären das feierlich bei jeder Gelegenheit. Desto mehr kümmert sich der Staat um sie, und wenn sie gerade im besten Zuge sind, alle seine Institutionen für null und nichtig zu erklären, erscheint der Staat leibhaftig unter ihnen in Gestalt eines Polizisten und jagt sie auseinander. Wir sind niemals so dumm und so schlechte Sozialdemokraten gewesen, „für den Parlamentarismus einzutreten", was uns das „Manifest" verleumderischerweise vorwirft. Aber wir haben uns stets bemüht und werden uns bemühen, den Parlamentarismus wie jede andere Waffe der Herrschenden in unsere Hände zu bekommen und auszunützen. Wenn der Parlamentarismus den zugrunde richtet, der ihn benützt, müßte die Bourgeoisie längst am Hund sein, was sie bekanntlich leider nicht ist. Warum predigen die Herren nicht den bürgerlichen Parteien, sie sollen das Wahlrecht ja nicht ausnützen, weil es ihnen nur schaden kann. Und die Christlichsozialen, welche in dieser Richtung ganz „unabhängig" den Arbeitern das Wahlrecht als etwas Schädliches hinstellen, machen davon selber den umfassendsten Gebrauch.

Aber die vorjährige Wahlbeteiligung soll unsere Partei korrumpiert haben. Vor allem wird uns vorgeworfen, daß wir die Wahl Pernerstorfers und Kronawetters nicht bekämpft, sondern direkt unterstützt haben. Diese beiden sind nämlich jene „Persönlichkeiten, die in Arbeiterfreundlichkeit machten und nutzlose Reden gegen die Übergriffe der Polizei hielten".

So drückten sich dieselben Leute aus, welche stets unermüdlich darauf drangen — und mit Recht — daß jede Heldentat der Polizei gegen sie und ihre Freunde nur ja sofort in einer Rede oder einer Interpellation durch die „betreffenden Persönlichkeiten" öffentlich angenagelt werde. Und daß diese Reden „nutzlos" waren, wird außer den „Unabhängigen" nur noch ein Mensch behaupten — Baron Kraus, der verflossene Polizeipräsident von Wien. Heute, nachdem der Ausnahmszustand beseitigt, die Polizei- und Justizverhältnisse, so arg sie noch immer sind, sich doch sehr gebessert haben, ist es leicht, so zu reden, leicht — aber nicht hübsch! Daß bei dem Wahlkampf die sozialdemokratischen Prinzipien „zum Teufel gejagt" wurden, ist einfach — erlogen. Man führe doch die Beweise, man lese die Artikel, die Wahlaufrufe jener Zeit, man zitiere die Reden der Kandidaten, und man wird nichts anderes

vorbringen können als jene verlogenen Berichte, welche die Londoner „Autonomie" und die Neuyorker „Freiheit" brachten und deren Verfasser wir sehr gut zu kennen glauben. Wenn wirklich in jenen Wählerversammlungen von den Kandidaten unsere Prinzipien verraten wurden, wo waren denn damals die „unabhängigen" und „revolutionär-sozialen" Helden? Warum protestierten sie nicht dagegen? Sie waren ja da, denn sie wissen ja alles so genau! Sie haben es, mutig wie sie sind, vorgezogen zu schweigen, als es galt zu reden; heute aber reißen sie das Maul auf, weil es gilt, zu verleumden und zu lügen. Wir geben ohne weiteres zu, daß es damals wie stets passiert sein mag, daß ab und zu ein Redner in der Hitze des Gefechtes etwas Unstichhältiges vorbrachte: das passiert aber immer und wird immer passieren. Und wenn für jeden Unsinn, der von den „Unabhängigen" verzapft wird, immer einem von ihnen auch nur ein Haar ausfiele, müßten die paar guten Leutchen sämtlich herumlaufen — kahl wie die Ratten. Aber die Haltung der Partei im Wahlkampf im ganzen war durchaus entsprechend unserm Programm und unserer Taktik. Von Stimmenfang konnte keine Rede sein, er wäre zu lächerlich gewesen, wo von einem Wahlerfolge von vorneherein keine Rede war. Aber wie sehr der Sozialdemokratie der Eintritt in die Wahl agitatorisch und organisatorisch genützt hat, davon haben alle Berichte bei den Parteitagen Zeugnis gegeben. Freilich, wenn man schmollend im Winkel sitzt, kann man das nicht merken.

Nun erzählt das „Manifest" die Geschichte der „Opposition" und sagt, daß „diese tatsächlich nicht wußte, was sie wollte". Mag sein, wir haben es wenigstens nie recht herausbringen können, trotz aller Mühe. Wir werden aber sehen, ob die „Unabhängigen" das Recht haben, sich über den Splitter im Auge der „Opposition" lustig zu machen*). Denn nun müssen wir das positive Programm — pardon, die „Grundsätze" — der „Unabhängigen" ansehen, denn Programm haben sie keines, das ist ihr oberster „Grundsatz". Nur ja nichts Präzises, nur ja nichts Konkretes, Festes und Bestimmtes! Warum aber nicht? Aus lauter Furcht, daß, was „nach der gestrigen Anschauung vorzüglich, nach der morgigen verwerflich sein könnte". Wir gestehen, wir sind so ängstlich nicht. Wir machen keine „Grundsätze" für die Ewigkeit, aber wir wollen wissen, wie wir heute zu handeln haben.

In bezug auf das Ziel herrscht ja wenig Streit und wir meinen, daß in bezug darauf das Hainfelder Programm sich von den „Grundsätzen" der „Unabhängigen" nur dadurch unterscheidet, daß es

*) Auf das Persönliche gehen wir hier nicht ein. Das einzige sei bemerkt, daß, wenn der Vorwurf erhoben wird, Adler und andere hätten um die „seit Jahren geübten Vergehen Hansers gewußt, ohne ihn zu beseitigen", das erstens nur zum Teil richtig ist und daß zweitens jedes Maß eine Zeitlang braucht, bevor es voll ist und überläuft. Am ärgsten gesündigt gegen die Interessen der Gesamtpartei haben Hanser und Heimann erst, nachdem bereits die Wiener Genossen gegen Hanser vorgegangen waren. Siehe die „Volkspresse". (Anm. von v. a.)

klarer und weniger phrasenhaft ist. Ausdrücke wie: „Die wirtschaftliche und damit die soziale Befreiung der Arbeiterklasse", „bürgerliches Privateigentum" usw., sind ungenau und der Satz: „In der internationalen Vereinigung des Proletariats liegt sein Recht", ist einfach Unsinn, denn das Proletariat hat entweder schon vor seiner internationalen Organisation „sein Recht" oder es hat es nachher ebensowenig. Aber über solche Dinge wollen wir gern hinweggehen. Im ganzen wollen die „Unabhängigen" genau so wie wir, den „Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz des arbeitenden Volkes", wie das Hainfelder Programm unser Ziel ganz präzis bezeichnet. Nur in bezug auf den Weg sind sie anderer Ansicht und darüber — wir sagen es mit Bedauern — erfahren wir auch aus dem Manifest nichts! Freilich teilt man uns ausführlich mit, was man nicht will, was die „revolutionäre, das heißt rücksichtslos fortschrittliche Taktik vermeiden wird"; alle Reformen — auch der Achtstundentag? — werden verworfen, weil sie „die darbenden Massen einlullen", und die „Unabhängigen" werden „die Rechte der Arbeiterschaft im Vertrauen auf die unumstößliche Wahrheit und Gerechtigkeit ihrer Bestrebungen ertrotzen"!

Nun, das „Vertrauen" zu seinem Recht, mitsamt dem „Trotz", das sind ja recht hübsche Dinge, aber wir fürchten, sie werden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verflucht wenig wehe tun. Staat und Kapital sind imstande, die Proletarier ruhig „vertrauen und trotzen" zu lassen, so lange sie wollen. Das scheint selbst den „Unabhängigen" einzuleuchten und sie denken an Agitation, an Organisation. „Den großen Massen sollen die Wege gezeigt werden", aber welche Wege, darüber schweigen die „Grundsätze". Nur einer darf nicht gegangen werden, nur keine „Zentralisation", denn diese „führt zur Korruption". Die „unabhängigen Gruppen" sollen „nur durch das Band gemeinsamen Handelns" verbunden sein. Aber wie dieses „gemeinsame Handeln" zu erzielen ist, darüber erfahren wir wieder nichts. Dafür erhalten wir die allerdings überraschende Belehrung, daß „die herrschende Klasse das Bollwerk der modernen Gesellschaftsordnung ist" und daß „dieselbe" (die Gesellschaftsordnung oder die Klasse?) in ihren „Grundfesten erschüttert" werden muß. Diese „Grundfesten" aber sind die „bestehenden Institutionen" (!) oder „vielmehr" (!) die „herrschenden Begriffe" (!!!), so daß richtig schließlich die Gesellschaftsordnung auf den „Grundfesten" der „Begriffe" ruht! Wir meinten bisher, das Umgekehrte sei der Fall. Aber sei dem wie immer, darin kommen die „Unabhängigen" wieder ungefähr beim gesunden Menschenverstand an, sie erklären, sie wollen den menschlichen Geist „revolutionieren". Gut, wir sagen das präziser: Wir wollen die Gehirne der Proletarier revolutionieren — aber offenbar meinen sie dasselbe. Fragt sich nur wieder: Wie?

Da kommt nun endlich des Pudels Kern heraus. Die Berge kreißen und eine Maus wird geboren: „Unser Kampf muß vorzugs-

weise auf gewerkschaftlichem Gebiet entfacht werden!" Nun, dazu braucht gerade kein Geist aus dem Jenseits zu kommen, kein „Unabhängiger", uns die in aller Herren Ländern eingesogene Weisheit in einem „Manifest" zu verständigen, um dem österreichischen Proletariat die Gewerkschaften zu empfehlen. Und darum Räuber und Mörder?! Darum beschimpft man uns, sucht — freilich ohne jeden Erfolg — die Reihen der Parteigenossen zu spalten und zu verwirren? Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre, daß Genossen, die durch ihre Tätigkeit unserer großen Sache nützen könnten, auf den Leim solcher Phrasen kriechen.

Aber, wird man uns sagen, die Gewerkschaftsorganisation der sozialdemokratischen Arbeiter und die der „Unabhängigen", das sind zwei ganz verschiedene Dinge, und man hat recht. Denn die gewerkschaftliche Organisation der „Unabhängigen" ist das richtige Messer ohne Klinge, woran der Stiel fehlt. Politik, die verhaßte Politik, dürfen sie nicht treiben, das wäre in den Augen der „Unabhängigen" genau so ein Verbrechen wie in den Augen der Polizei. Und „zentralisiert", das heißt befähigt, irgendwelche Erfolge für die Arbeiter zu erringen, dürfen sie erst recht nicht sein! Wie die „Unabhängigen" in bezug auf die politischen Rechte der Arbeiter sich in der vornehmen Gesellschaft der Feudalsozialen befinden, so finden wir sie hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation Arm in Arm marschieren mit der — Prager Statthalterei und dem Ministerium des Innern. Zwar scheint den anonymen Verfertigern des „Manifestes" selbst zu schwanen, daß die Gewerkschaften ohne einen gewissen festen Zusammenhang nicht gehen werden und sie bescheiden sich, vor einer „rein zentralen Organisation" zu warnen. Sie können ruhig sein, dafür sorgt schon der Vereinsreferent des Grafen Taaffe, der genau weiß, was die Fabrikanten, die so verblendet sind, sich selber „rein zentral" zu organisieren, am meisten fürchten! Es soll „genügen, daß allenthalben für eine und dieselbe Grundidee gekämpft" wird — ein sauberes Arbeitsprogramm für die Gewerkschaften. Der Mann, der das geschrieben, hat seine Nase noch nie in eine ordentliche Organisation hineingesteckt und hat von ihren Bedürfnissen keinen blauen Dunst.

Und das ist alles, wirklich alles, was die „Unabhängigen" dem österreichischen Proletariat mitzuteilen haben! Wir haben gewissenhaft geprüft, nichts übersehen, aber am Schluß müssen wir von den „Unabhängigen" sagen, was sie von der „Opposition" behaupten: Sie wissen tatsächlich nicht, was sie wollen!

Das wird sie nicht hindern, die zielbewußten und tätigen Sozialdemokraten zu verleumden und zu beschimpfen; das wird die bürgerliche Presse nicht hindern, ihnen weiter und immer mehr Reklame zu machen; ganz im Gegenteil! Aber diese absolute Unfähigkeit, zu einer Klarheit im Programm und Taktik zu kommen, wird hindern, daß die „Unabhängigen" einen andern Anhang im

österreichischen Proletariat finden als ein paar Dutzend Wirrköpfe und ein anderes Publikum als eine Handvoll skandal- und zeilensüchtiger Zeitungsreporter. Die österreichische Arbeiterschaft weiß heute ganz genau, was sie will, und ihre Bewegung ist über jene Jugendjahre hinaus, wo man auf leere Phrasen hineinfällt.

Wir haben das „Manifest" ausführlich gewürdigt, weil wir es für unsere Pflicht halten, den Parteigenossen nichts zu verschweigen und nichts zu unterschlagen. Daß wir nicht viel Vernünftiges finden konnten, ist nicht unsere Schuld.

# Die Unabhängigen in Deutschland.

## Zur Neuorganisation der deutschen Sozialdemokratie.

„Arbeiter-Zeitung" vom 29. August 1890.

v. a. Wir haben es bis heute absichtlich vermieden, zu der Diskussion, welche sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei in Deutschland entsponnen hat, Stellung zu nehmen*). Denn vor allem halten wir es für eine sehr schwierige Sache, über die inneren Verhältnisse einer Partei des Auslandes ein begründetes

*) Während des Sozialistengesetzes hatte die Organisation der deutschen Sozialdemokratie natürlich keine gesetzliche Grundlage haben können. Der Kongreß von Gotha im Jahre 1877 hatte folgenden Beschluß gefaßt:

Mit Rücksicht auf die von preußischen Behörden mit unerhörter Dreistigkeit förmlich proklamierte völlige Rechtlosigkeit sozialistischer Vereine in Preußen nimmt der Kongreß von der Herstellung irgendeiner Organisation der Partei Abstand, auf welche die in Deutschland, besonders in Preußen, bestehenden Vereinsgesetze angewendet werden können; der Kongreß überläßt es den Parteigenossen an den einzelnen Orten, sich je nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen zu organisieren.

Zwei Tage vor der Veröffentlichung des Sozialistengesetzes, am 19. Oktober 1878, zeigte der sozialdemokratische Parteivorstand, der seinen Sitz in Hamburg hatte, der Behörde die Auflösung der sozialdemokratischen Parteiorganisation an. Trotzdem beschloß der Kongreß von Wyden (in der Schweiz), daß in der Regel alle Jahre, spätestens alle drei Jahre, ein Parteikongreß stattfinden solle, dessen Einberufung den autorisierten Personen zustehe. Die Parteitage unter dem Sozialistengesetz fanden auch alle im Ausland statt: 1883 in Kopenhagen, 1887 in St. Gallen in der Schweiz.

Nachdem das Sozialistengesetz am 30. September 1890 abgelaufen war, wurde auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1890 ein Organisationsstatut beschlossen. Vorher gab es in der Partei eine lange Diskussion, die sich zum Teil auch mit der „diktatorischen Gewalt" der Fraktion beschäftigte, worauf Adler dann anspielt. Schon lange vor dem Sozialistengesetz hatten die Behörden, namentlich in Preußen, der Parteiorganisation Schwierigkeiten bereitet und in Preußen war die Partei im März 1876 „vorläufig geschlossen" worden, so daß auf dem Parteitag die Erklärung abgegeben werden mußte, daß für Preußen die Parteiorganisation „ungültig gemacht" sei. Es wurde deshalb auch kein Parteivorstand mehr gewählt, sondern

Urteil zu fällen, auch dann, wenn uns so intime Beziehungen mit ihr verknüpfen, wie die Sozialdemokratie Österreichs mit der Deutschlands. Eine ganze Reihe feinerer Momente sind dem Fremden trotz besten Bemühens nicht faßbar; es fehlt ihm gewissermaßen die Kenntnis der Atmosphäre, in welcher Dinge und Personen wirksam sind, wenn er auch diese Dinge und Personen selbst gewissenhaft studiert und seit Jahren kennt. Dazu kommt für die Sozialdemokratie in Deutschland in Betracht, daß das annoch bestehende Sozialistengesetz es hindert, jedes Ding bei seinem richtigen Namen zu nennen und daß weiter die natürliche Erregung, welche das bevorstehende Ablaufen des Zwangsgesetzes hervorbringt, rhetorische Übertreibungen aller Art natürlich macht. Wir glaubten deshalb gut daran zu tun, einige Wochen zu warten, bevor wir unseren Lesern ein Bild von den Vorgängen in der deutschen Partei vor Augen führten, und hoffen, daß dieses Bild dadurch nicht an Richtigkeit verloren haben wird.

Will man die Vorgänge verstehen, so muß man sich vor Augen führen, daß während der zwölfjährigen Herrschaft des Sozialistengesetzes die Parteigeschäfte von der Reichstagsfraktion allein und ausschließlich auf ihre eigene Verantwortung besorgt werden

---

es wurde, da Wahlen bevorstanden, ein ständiges Zentralwahlkomitee gewählt und einstimmig beschlossen, daß diesem in allen Parteiangelegenheiten „diktatorische Gewalt" übertragen sei. Zur Kontrolle wurde eine Revisions- und Beschwerdekommission eingesetzt. Auf dem Kongreß 1877 in Gotha wurde einstimmig ohne Debatte beschlossen, von der Schaffung einer Organisation Abstand zu nehmen. Daneben wurde das Zentralkomitee wieder eingesetzt.

In dieser Diskussion kam es auch zu dem Streit zwischen den „Alten" und den „Jungen", der auch in dem Beschluß, am 1. Mai nicht zu feiern, seine Stütze fand. Mehring sagt darüber: Die Oppositionselemente in Dresden, Magdeburg und Berlin bestanden aus praktisch vielfach sehr tüchtigen, aber in Rede und Schrift unbeholfenen Leuten, und so konnte es geschehen, daß sich einige junge Schriftsteller zu ihren Wortführern aufwarfen. Insoweit sprach Engels mit Recht von einer „Literaten- und Studentenrevolte", denn durch diese teilweise noch sehr jugendlichen Kräfte wurde der Streit um einige konkrete Fragen zu einem prinzipiellen Kampfe zwischen den Alten und den Jungen aufgebauscht. Einzelne von ihnen, wie Paul Ernst und Paul Kampffmeyer, besaßen Gaben und Kenntnisse; sie fehlten nur darin, daß sie, noch unerfahren in den praktischen Bedingungen politischer Kämpfe, das Kommunistische Manifest in zu einseitig-formalistischer Weise auffaßten. Andere, wie Hans Müller und Bruno Wille, forderten ein härteres Urteil heraus. Müller phantasierte sich innerhalb der Partei einen fürchterlichen Klassenkampf zwischen Kleinbürgertum und Proletariat zurecht, woran er geschmackvolle Redensarten über „eiternde Geschwüre" am Leibe der Partei knüpfte. Bruno Wille gar, ein freigemeindlicher Geistlicher, verstieg sich zu der unglaublichen Beschuldigung: das Schlimmste, was uns das Sozialistengesetz gebracht hat, sei die Korruption.

Große Versammlungen, die Bebel im August in Dresden, Magdeburg und Berlin abhielt, erklärten sich übrigens mit erdrückender Mehrheit für Bebel und gegen Müller und Wille ...

mußten. Die Kontrolle, welche die Partei zu üben vermochte, konnte nur eine nichtoffizielle sein, sowohl in bezug auf die Parteitaktik als auf die Organisation und deren Verwaltungsbedürfnisse. Die Fraktion war eben die einzige Gruppe von Menschen in der Partei, die einigermaßen gegen Verfolgung geschützt war und deren systematisches Zusammenwirken nicht als „Geheimbündelei" bestraft werden konnte. Daß übrigens diese Immunität keineswegs eine absolute war, beweisen die vielmonatigen Kerkerstrafen, welche fast jedes der Fraktionsmitglieder über sich ergehen lassen mußte. Es bestand also offiziell eigentlich nur ein Verhältnis jedes einzelnen Parteigenossen zu der Fraktion, nicht aber ein Verband der Parteigenossen untereinander. Unter diesen Umständen mußte die Aufgabe der Fraktion und ihre Verantwortlichkeit eine beinahe alle menschliche Kraft übersteigende sein. Nicht minder aber wurden an die Opferwilligkeit, an das der leisesten Andeutung folgende Verständnis und an die Disziplin jedes einzelnen Parteigenossen Anforderungen gestellt, welche in der Geschichte der politischen Parteien unerhört sind. Man bedenke, daß bis zum Tode Wilhelms I., ja bis zum Sturze Bismarcks*), die Parteiprinzipien, von der Parteitaktik gar nicht zu reden, in der Presse nicht erörtert werden konnten, daß die Parteitage im Ausland ohne genau kontrollierbare Delegierung abgehalten werden mußten, daß der im Ausland erscheinende „Sozialdemokrat", das einzige Mittel der öffentlichen Erörterung von Parteiangelegenheiten, in Deutschland geheim verbreitet werden mußte. Die Geschichte des deutschen Volkes enthält kein Blatt, das deutlicher und klarer für alle Zeiten seine Tüchtigkeit beweisen würde, als jenes, welches von der Sozialdemokratie von 1878 bis 1890 meldet.

Das einzige politische Recht, welches das Sozialistengesetz übrig ließ, war das Wahlrecht, und wenn es hie und da noch Nörgler gibt, so mögen sie an der Hand der Geschichte sich belehren, welchen Wert das Wahlrecht gerade für die Agitation und Organisation hat. An das Wahlrecht schloß sich die einzig mögliche Organisation der Partei an. Die Fraktion bekleidete eine geradezu diktatorische Gewalt, die Gewalt des Generals während der Schlacht, sei er nun General des Königs von Preußen oder General der Pariser Kommune. Ob solche Gewalt für ihren Träger vorwiegend Angenehmes hat, wird nur derjenige zu ermessen wissen, der jemals selbst schwere Verantwortung auf sich nehmen mußte. Wie die Fraktion ihrer Aufgabe genügt hat, beweist der Stand der Partei. Und wenn am 12. Oktober auf dem Parteitag in Halle die Fraktion die Geschäfte übergeben und Rechenschaft legen wird, wird sie nicht viele Worte machen müssen und erhobenen Hauptes darf sie Freund und Feind gegenübertreten. Es gibt keine Gruppe von Männern, die in schwerer Zeit eine schwierigere Sache mit mehr Mut, Ausdauer, Entschlossenheit und Verstand durchgeführt hätte als die Leitung der deutschen Sozialdemokratie.

*) Wilhelm I. ist am 9. März 1888 gestorben. Bismarck ist am 20. März 1890 zurückgetreten.

Mit dem Wegfall des Sozialistengesetzes beginnt aber ein neuer Zeitabschnitt. Die Diktatur ist überflüssig; die Demokratie in der Sozialdemokratie tritt in ihre Rechte. Und da der Ausnahmszustand dahinsinkt, belastet mit dem Fluche und den Verwünschungen aller Verständigen, wird er schon seit einiger Zeit so lau gehandhabt, daß eine Diskussion möglich ist. Die Fraktion hat das ihrige getan, den Parteitag ausgeschrieben, der ihrer Macht ein Ende setzt, und den Organisationsentwurf veröffentlicht. Und da geschieht denn das Merkwürdige, was alle unsere Gegner so erstaunt macht — es wird nämlich in der Sozialdemokratie wirklich diskutiert. In großen Volksversammlungen werden Fragen der Taktik und Organisation öffentlich erörtert; die gesamte, heute schon sehr bedeutende Presse bespricht ohne alle Geheimtuerei sogar Fragen der Person. Kurz, alles das, was bei anderen Parteien bei geschlossenen Türen von ein paar Drahtziehern gewispelt wird, scheuen sich die Sozialdemokraten nicht auf offenem Markte über die Dächer zu schreien. Und das ist die Partei, deren Mitglieder so häufig wegen „Geheimbündelei" sitzen müssen. Welches sind nun die Fragen, welche vorzugsweise erörtert werden? Sie betreffen die Taktik und die Organisation der Partei.

In bezug auf die Taktik ist es jener Punkt, der wohl für unsere Partei in allen Ländern und zu allen Zeiten in Diskussion stehen wird: Die Frage, wie sich die agitatorische Tätigkeit für die letzten Ziele der Partei mit den Mitteln, welche die jedesmalige politische Lage bietet, und mit der Lösung jener Aufgaben, welche der Augenblick stellt, verbinden läßt. Die Sozialdemokratie ist eine „revolutionäre" Partei in dem Sinne, daß sie die Emanzipation der Arbeiterklasse und die ökonomisch und geschichtlich notwendige Änderung des gesamten Gesellschaftszustandes als ein wünschenswertes Ziel der Entwicklung ansieht und die klare Einsicht in diese Notwendigkeit zu verbreiten bestrebt ist*). Da sie aber weiß, daß nur die Arbeiterklasse selbst der Träger dieser Entwicklung sein kann, ist ihre weitere Aufgabe, die Entwicklung des Proletariats zur Macht zu befördern. Dies ist eine politische Aufgabe, welche aller Mittel der Politik, also auch des Parlamentarismus bedarf. Weiter aber ist die Sozialdemokratie nicht nur eine in gedachtem Sinne „revolutionäre" Partei, sondern auch und nicht zuletzt der Wortführer der proletarischen Bewegung überhaupt, welche sich vielfach unbewußt vollzieht. Die proletarische Bewegung kennt ihre eigenen letzten Ziele nicht; sie kennt nur augenblickliche Bedürfnisse. Nichtsdestoweniger ist sie der mächtigste Faktor aller politischen Entwicklung und die Sozialdemokratie hat die Verpflichtung, nicht nur im Sinne ihrer prinzipiellen, letzten Ziele agitatorisch, das heißt aufklärend, zu wirken, sondern sie hat auch das augenblickliche Inter-

*) Dieser Satz wurde dann später von Vollmar für seine neuen Ideen ins Treffen geführt, worüber in dem Artikel „Über die angebliche Spaltung der deutschen Sozialdemokratie" vom 31. Juli 1891 das Nötige gesagt ist.

esse des Proletariats praktisch zu vertreten. Und auch dafür bietet die politische Tätigkeit die Bedingungen. Noch mehr, damit muß die Sozialdemokratie notgedrungen den Boden der heutigen Gesellschaftsordnung betreten, muß im Bereich des heute Möglichen wirken, muß Schritt für Schritt der Ausbeutung, der Vergewaltigung entgegentreten, muß suchen im Heutigen Erfolge für das Proletariat zu erringen. Die Sozialdemokratie ist dazu gezwungen nicht allein etwa im agitatorischen oder propagandistischen Interesse, um die Zahl ihrer Anhänger zu vermehren, sondern aus einem weit tieferen Grunde: weil jede praktische Verbesserung der materiellen Lage des Proletariats, und schiene sie noch so unbedeutend, die Macht des Proletariats vermehrt, seine geistige und körperliche Eignung, den Kampf für seine Emanzipation zu führen, erhöht.

Da gibt es nun zwei Gefahren: entweder die Aufgabe der prinzipiellen Propaganda ausschließlich zu betreiben und so in die „radikale" Rhetorik des Predigers in der Wüste zu verfallen, oder aber die Wichtigkeit einzelner kleiner Fortschritte zu überschätzen und unter Verleugnung des Endzieles der Partei zum Possibilismus zu versumpfen. Über die richtige Abwägung jedes Schrittes, über die Einhaltung des Weges, welcher beiden Aufgaben gleichmäßig genügt, wird in unserer Partei immer gestritten werden, ja, aus dem Streit allein wird sich stets der richtige Weg ergeben.

Ohne Zweifel bietet gerade der Parlamentarismus eine Reihe von Verlockungen und Gefahren, welche geeignet sind, dem Possibilismus in die Arme zu führen. Gewiß, es weht keine gesunde Luft in unseren Parlamenten. Aber niemand kann sagen, daß die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages diesen Gefahren erlegen sei. Mehr noch, es ist das auch nicht gesagt worden. Soviel wir in dieser Beziehung von Artikeln und Versammlungsreden in der letzten Zeit gelesen haben, es werden in lebhafter Weise Befürchtungen ausgesprochen, aber eine Anklage konnten wir nicht entdecken. Ja, es erscheint uns bemerkenswert, daß der unstreitig Begabteste und Verdienstvollste unter denjenigen, welche die sogenannte „radikale" Seite vertreten, Herr Max Schippel*), welcher überdies die Gefahren des Parlamentarismus und die Korruption, welche das parlamentarische Leben mit sich bringt, in der Wiener „Gleichheit" vor drei Jahren ausführlich darstellte, heute für sich selbst nicht weniger Immunität gegen die parlamentarische Korruptionsgefahr in Anspruch nimmt als etwa die Bebel, Liebknecht, Auer usw.; denn er ist selbst seither Mitglied der Fraktion geworden.

Welchen Wert nicht nur das allgemeine Wahlrecht, sondern auch Parteigenossen, die im Parlament sitzen, haben, darüber sind gewiß am kompetentesten diejenigen, die das schmerzlich ent-

*) Max Schippel gehörte damals zu den Radikalen. Er stand später aber auf der rechten Seite; er starb im Mai 1928 als Professor der Nationalökonomie.

behren, die Sozialdemokraten in Österreich. Das wird übrigens in Deutschland nirgends bestritten. Die Furcht vor dem Opportunismus aber ist wesentlich eine Furcht vor sich selber; bleibt die Partei prinzipienfest, so kann die Fraktion unmöglich korrumpiert werden.

Betreffs der Organisation dreht sich die Diskussion vorwiegend um drei Punkte. Erstlich wird die Zusammensetzung des Parteitages erörtert. Der Entwurf der Fraktion schlägt für jeden Wahlkreis drei Delegierte vor; die Opposition will eine mit der Anzahl der Parteigenossen wachsende Zahl festsetzen. Über organisatorische Fragen haben wir natürlich noch viel weniger ein eingehendes Urteil als über die Taktik; aber was die Genossen Auer und Bebel für den Entwurf vorbringen, scheint uns begründet, daß nämlich die Bezirke mit weniger Genossen aus finanziellen Gründen ohnehin weniger oder gar keinen Delegierten entsenden können und so die Zahl drei für die größten Bezirke faktisch eine Maximalzahl wird. Merkwürdig erscheint uns nur, daß die Opposition eine Majorisierung der großen Städte durch das flache Land fürchtet. Erstens ist, wie Bebel hervorhebt, dieser Gegensatz bisher noch nicht hervorgetreten. Zweitens aber meinen wir, daß, wenn er hervorträte, die Großstädte ein so vielfach begründetes natürliches Übergewicht, einen so überwiegenden natürlichen Einfluß auf die Entwicklung der Partei haben, daß es fast bedenklich erschiene, das Gewicht dieses Einflusses durch die Vertretungszahl noch zu vermehren, und es erscheint sonderbar, daß gerade solche Genossen dafür eintreten, welche die größte Scheu vor der Gefahr des „Zentralismus" an den Tag legen. Jedoch ist dieser Punkt durch ruhige Diskussion, in welche, wie gesagt, Bebel und Auer von der einen, Vollmar von der anderen Seite eingriff, so weit geklärt, daß auf dem Parteitag wohl ein Mittelweg eingeschlagen werden wird. Der zweite Punkt des Entwurfs, welcher angefochten wird, ist die Bestimmung, daß die Fraktion zugleich das Amt einer Kontrollkommission haben soll. So heftig die Angriffe gegen diese Bestimmung waren, sie sind sehr kleinlaut geworden, seit Auer darlegte, daß man diese Form der Kontrolle nur aus Rücksicht auf die neueste Handhabung des preußischen Vereinsgesetzes gewählt habe. Neuerlich nämlich wird jede Vereinigung weniger Personen, die wir Kommission oder Komitee nennen würden, als „Verein" behandelt und die Kontrollkommission, welche mit der Parteileitung verkehrt, könnte eines schönen Tages aufgelöst und ihre Mitglieder gefaßt werden. Das ist nun der Fraktion gegenüber nicht so leicht zu machen und darum wollte man ihr die Kontrolle übertragen. Werden die juristischen Bedenken, welche die auch ohne Sozialistengesetz elenden politischen Verhältnisse der Partei aufnötigen, widerlegt, so wird wohl nach altem Brauch eine eigene Kontrollkommission gewählt werden. Überflüssig war gewiß der Eifer und die Leidenschaft, die von einigen jüngeren Genossen, nicht von Vollmar, bei dieser Diskussion entwickelt wurden. Eine Anzahl Leute im Fe-

bruar in den Reichstag wählen und sie im August der Herrschsucht und diktatorischer Gelüste beschuldigen, mag „radikal" aussehen, sehr klug erscheint es uns nicht.

Der dritte Punkt, der vielleicht am lebhaftesten einige Gemüter erregte, war die Kontrolle der Parteipresse. Wir gestehen offen, daß wir dieser Diskussion vollständig verständnislos gegenüberstehen. Die Bestimmung lautet: „Er (der Parteivorstand) kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane." Daß eine Partei, die im Kampfe steht, deren Blätter Kampfblätter und nicht Geschäftsunternehmen wie die Bourgeoiszeitungen sind, für die Haltung ihrer Presse verantwortlich ist, bedarf doch keiner näheren Ausführung. Daß die Partei damit das Recht haben muß, jederzeit zu prüfen, ob ihre Presse auf dem prinzipiellen Boden der Partei steht, versteht sich von selbst; daß die Partei diese Pflicht aber nur durch irgendein Organ, also den Parteivorstand oder eine besonders bestimmte Kommission, ausüben kann, ist ebenso klar. Was das mit der Beschränkung der freien Meinungsäußerung innerhalb der Partei zu tun haben soll, verstehen wir einfach nicht. Es muß die Möglichkeit gegeben sein, zu konstatieren, daß dieses oder jenes Blatt prinzipiell nicht auf dem Boden der Partei stehe. Damit wird weder dem Blatte noch seinen Mitarbeitern ein Haar gekrümmt, es wird nur konstatiert, daß es nicht zur Partei gehört. Noch auch wird irgendeiner Meinung, und welche sie von jener der Majorität der Partei oder der des Parteivorstandes noch so sehr ab, im mindesten die freie Äußerung verkümmert, solange sich diese Meinung auf dem Boden des Parteiprogrammes bewegt. Daß es aber „demokratisch" sei, zu dulden, daß irgendeine Ansicht, die prinzipiell mit dem Parteiprogramm im Widerspruch steht, sei es aus Mißverstand oder aus Berechnung von gegnerischer Seite, unter der Flagge eines Organs der Sozialdemokratie vorgetragen werde, ohne dagegen energischen und wirksamen Widerspruch zu erheben, das will uns nicht in den Sinn, dafür haben wir nicht das geringste Verständnis. Wir werden jede ehrliche Meinung respektieren, aber geradezu eine Prämie darauf zu setzen, daß uns Gegner Kuckuckseier ins eigene Nest schieben, was heutzutage, wo bekanntlich „jeder Mensch mehr oder weniger Sozialist ist", sehr nahe liegt, das scheint uns nichts weniger als klug. Wir meinen, der Entwurf der Fraktion hat mit den Worten „prinzipielle Haltung", wodurch Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Taktik und Organisation ausgeschlossen sind, durchaus das Richtige getroffen und der Parteitag wird höchstens zu erörtern haben, wem diese Kontrolle zu übertragen sei.

Wir sind zu Ende. Gewissenhaft haben wir alle Streitpunkte dargelegt und nun mögen einige Worte über die Form der Diskussion Platz finden. Wir bedauern konstatieren zu müssen, daß eine Anzahl jüngerer Parteigenossen, welche zum Teil seit ganz kurzer Zeit in Deutschland leben und welche zufällig über zwei Organe, die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" und die „Magdeburger Volksstimme", verfügen, dafür verantwortlich sind, daß die Debatte

nicht immer in jener Art geführt wurde, wie sie Parteigenossen zukommt. Die Jugend dient diesen Genossen in unseren Augen nicht als Vorwurf, sondern als Entschuldigung. Wer Menschenkenntnis erworben hat, wer insbesondere erfahren hat, wie ein leichtfertiges Wort persönliche Erbitterung schaffen kann, welche schließlich auch die Sache schädigt, der wird es verurteilen müssen, wenn Herr Dr. Wille anfänglich von dem Worte „Korruption" mit Bezug auf Partei und Fraktion einen sehr verschwenderischen Gebrauch machte, für welchen er allerdings späterhin die Beweise schuldig bleiben mußte. Ebenso wird es nur schwer verständlich sein, wie einen alten Genossen die Erregung, und sei sie noch so berechtigt, zu so starken Ausdrücken verleiten kann, wie sie der Hitzkopf Grillenberger*) den Berlinern gegenüber gebrauchte. Aber das ist vorbei; die einzelnen Wortführer mußten der Masse der Genossen gegenüber, welche besser weiß, was der Partei nützt, zurücktreten; die Redakteure der genannten Blätter mußten über Beschluß der lokalen Organisationen die Redaktion niederlegen und die Diskussion wird heute sachlich und mit Ruhe geführt. Jene jungen Leute aber werden, so hoffen wir, aus ihr gelernt haben und noch mehr auf dem Parteitag lernen, daß man ernste Erörterungen nicht führen kann wie einen Schulstreit: mit großen Worten, hinter denen wenig steckt.

Ob der Parteitag den Organisationsentwurf annehmen wird, wie er ist, ob er Änderungen vornehmen wird, wissen wir natürlich nicht. Soviel aber können wir heute schon sagen: die Streitpunkte sind so unwesentlich, berühren den Kern der Partei so wenig, daß ein irgendwie ernstes Zerwürfnis unmöglich ist. Seit die alten Parteigenossen für und gegen das Wort genommen haben, ist die Lage klar, wenn auch noch manches scharfe Wort fallen wird. Wir sind keine Partei der Leisetreter und sind gewohnt unsere Sache ehrlich und wenn es sein muß mit groben Hieben durchzufechten; das tut der Freundschaft keinen Eintrag und noch weniger schadet es der Partei.

Und nun mache man sich ein Urteil darüber, was das Gefasel der Bourgeoispresse über die „Spaltung" der Partei besagen will. Sämtliche Bourgeoisparteien würden ihrem alten Herrgott auf den Knien danken, wären sie halb so einig, so festgeschlossen, so zielbewußt als die deutsche Sozialdemokratie. Sie wollen sich nur selber Mut machen. Die Knie schlottern ihnen, wenn sie an den 1. Oktober und das Verschwinden des Sozialistengesetzes denken. So lügen sie sich denn in den eigenen Sack und erzählen sich Spukgeschichten. Das Sozialistengesetz mit seiner ganzen Infamie hat die Partei nicht mürbe gemacht. In ungeahnter Machtfülle geht sie aus der Zeit der Verfolgung hervor. Nun soll die „Freiheit" es ihr antun. Eitle Hoffnungen! Betrogene Betrüger! Ihr kommt ihr

*) Karl Grillenberger war Redakteur der „Fränkischen Tagespost" in Nürnberg und Mitglied des Reichstages. Er war einer der Führer der bayrischen Sozialdemokratie. (Siehe unten die Zuschrift Grillenbergers.)

nicht bei, weder mit Feuer noch mit Wasser. Sie beugt sich nicht, wenn ihr sie niedertreten wollt, sie verleugnet sich nicht, wenn ihr sie hätschelt. Sie gedeiht in jeder Luft; die Kerkerluft schadet ihr nicht und die Luft der Freiheit macht sie nicht entarten. Das macht: die Sozialdemokratie vertritt die Wahrheit, das Recht; sie ist nicht ein Produkt eigensüchtiger Interessen der menschlichen Entwicklung und sie bedeutet den geschichtlich notwendigen Sieg der gerechten Sache des arbeitenden Volkes.

### Eine Zuschrift von Grillenberger.

„Arbeiter-Zeitung" vom 12. September 1890.

Von dem Genossen Grillenberger in Nürnberg erhalten wir folgende Zuschrift: „Die »Arbeiter-Zeitung« nennt mich in dem Artikel »Zur Neuorganisation der deutschen Sozialdemokratie« in ihrer Nummer 35 einen »Hitzkopf«, von dem sie übrigens nicht begreifen könne, wie er dazu komme, sich zu so starken Ausdrücken verleiten zu lassen, wie er sie den Berlinern gegenüber gebrauchte.

Zunächst muß ich bemerken, daß ich das gerade Gegenteil von einem Hitzkopf zu sein glaube. Wenigstens bin ich gewöhnt, nie vorschnell zu urteilen, sondern wie ich sage und schreibe auch reiflich und kühl zu überlegen. Und das habe ich auch in bezug auf dasjenige getan, was ich — nicht gegenüber »den Berlinern« — sondern gegenüber einer gewissen Berliner Clique gesprochen habe. Ich kenne durch persönliche Beobachtung seit beinahe einem Jahrzehnt die Berliner Arbeiterbewegung ganz genau und weiß daher sehr wohl die große Masse der braven Berliner Genossen von jenen gewissenlos stänkernden Elementen, aus denen wiederum jene hervorgehen, die während der ganzen Jahre, die das Sozialistengesetz gedauert hat, die berühmten »Beziehungen« zum Molkenmarkt unterhalten haben, zu unterscheiden.

Wahrscheinlich hat die Redaktion der »Arbeiter-Zeitung« auch bloß das gefälschte Telegramm der Bourgeoispresse über meine hiesige Rede, aber nicht den Bericht in der »Fränkischen Tagespost« gelesen, sonst würde sie vermutlich ein anderes Urteil gefällt haben. Ich nehme von dem, was ich hier gesprochen habe, kein Wort zurück, rechne mir es vielmehr als Verdienst an, durch mein Vorgehen auch die Genossen anderer deutscher Städte zur Stellungnahme gegen das parteischädigende und parteischänderische Treiben der Berliner Stänkerclique angeregt zu haben. Nur zu lange hat man diesen Skandalen ruhig zugesehen. Was meine Äußerung über in Berlin vorhandene unehrliche Elemente betrifft, so ist es eben meine Überzeugung, daß es solche dort gibt, respektive, daß solche hinter den Kulissen die Hand im Spiele haben. Und für diese Überzeugung lassen sich jedenfalls hundertmal so viele Beweise erbringen, als für die des Herrn Dr. Wille von der in der Partei vorhanden sein sollenden »Korruption«." — — — — —

Als Verfasser jenes Artikels erlaube ich mir dieser Zuschrift des Genossen Grillenberger folgendes hinzuzufügen. Er ist im Irrtum, wenn er meint, daß ich die Berichte von Bourgeoisblättern zur Grundlage meiner Beurteilung machte. Ich lese täglich die „Fränkische Tagespost", und gerade ihren Bericht über die bewußte Versammlung habe ich im Auge gehabt. Wenn Genosse Grillenberger von „Literaten, die nur aus Ehrgeiz der Partei beigetreten sind, um ihre Produkte los zu werden", spricht, wenn er den Verdacht ausspricht, es hätten „unehrliche Elemente die Hände im Spiele gehabt", so scheint mir das gerade nicht der Gipfel von Besonnenheit und kaltem Blute. Daß er nicht von den „Berlinern" überhaupt, sondern nur von der „Clique", das heißt von jener kleinen Minorität, welche anderer Meinung ist als er, solche Ausdrücke gebrauchte, geben wir ohne weiteres als selbstverständlich zu. Wir teilen die Meinung jener Leute ebensowenig, glauben aber, daß sie mit Argumenten bekämpft, wenn nötig unter Anführung von bestimmten Tatsachen vor dem Parteitag angeklagt, aber nie mit allgemeinen Ausdrücken verdächtigt werden sollten. Das hieße in ihre eigene Methode verfallen. Wir Österreicher haben so traurige Erfahrungen mit dem Parteihader gemacht, daß wir leider sehr kompetent sind zu beurteilen, wie man es in solchen Fällen nicht machen darf. Genosse Grillenberger ist ein alter, um die Partei hochverdienter Genosse und ihm nahezutreten lag mir gewiß fern. Ob er aber ein „Hitzkopf" sei, das, meine ich, kann jeder andere sicherer und objektiver beurteilen als er selbst.

Übrigens ist die ganze Diskussion in Deutschland ziemlich erledigt und ich bedauere sehr, ihr hier ein kleines, wenn auch harmloses Nachspiel geben zu müssen, konnte aber natürlich den Abdruck vorstehender Zuschrift nicht ablehnen. Dr. V. Adler.

# Über die angebliche „Spaltung" der deutschen Sozialdemokratie.

„Arbeiter-Zeitung" vom 31. Juli 1891.

v. a. Wieder einmal wird von der gesamten Bourgeoispresse aller Länder die deutsche Sozialdemokratie totgesagt: sie sei zerrissen in drei Teile und werde demnächst zerfallen. Dieses Geschwätz sind wir gewohnt; wir wissen, daß man gerne für wahr hält, was man wünscht, und daß es schon ein ganz besonders schlauer Lügner sein muß, der nicht schließlich an seine eigenen, oft wiederholten Lügen selber glaubt.

Wahr aber ist, daß die deutsche Sozialdemokratie eine lebendige Partei ist, in der es sich regt, in welcher der Kampf der Ideen niemals ruht. So klar und fest umschrieben ihr Programm ist, so unverrückbar ihre Grundanschauung über die heutige Gesellschaftsordnung, deren Entwicklung und das Ziel der Bewegung, so lebhaft und vor allem offen und öffentlich wird jede Meinungsverschiedenheit über die Taktik der allernächsten Zeit erörtert und,

das ist nun einmal eine echt deutsche Eigenschaft, mit schonungsloser Heftigkeit gegen den in Einzelheiten andersdenkenden Parteigenossen durchgekämpft.

Diese Dinge interessieren uns schon darum sehr, weil die analogen Verhältnisse, die politische Abhängigkeit Österreichs von Deutschland es mit sich bringen, daß die von dort ausgehende Welle auch uns bald erreicht und dieselben Fragen früher oder später an uns selbst herantreten.

Mit dem Sturze Bismarcks und des Sozialistengesetzes waren in der Tat wichtige, die Taktik der Partei beeinflussende Faktoren beseitigt und man mußte abwarten, welche neuen Verhältnisse an ihre Stelle treten würden. Denn daß sich, wie es in unserem Hainfelder Programm heißt, „die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten habe", ist ein notwendiger, wenn auch nicht überall ausdrücklich ausgesprochener Satz jedes vernünftigen Programms. Die unentwegten Verfechter des Schandgesetzes weissagten natürlich, daß dessen Wegfallen unmittelbar den jüngsten Tag mit Bomben und Dynamit zur Folge haben werde. Sie wissen nicht, diese Strohköpfe, daß gerade und ausschließlich die verzweifelte Gewaltpolitik der Herrschenden die Gewalttaktik der Verzweiflung zeitigt, und daß hingegen die Ermöglichung öffentlicher Diskussion bedeutet, dem Vernünftigen und Klardenkenden Einfluß zu sichern. Die liberalen Gegner des Sozialistengesetzes hingegen prophezeiten den Zerfall, die Auflösung der Sozialdemokratie nach Beseitigung der Schreckensherrschaft, welche sie für die eigentliche Ursache des Wachsens unserer Partei hielten. Diese Flachköpfe werden niemals lernen, daß die Wurzeln der Sozialdemokratie im ökonomischen Boden der Gesellschaft stehen, und daß die süßlichen Plattheiten der „geistigen Bekämpfung" ihrem Wachstum ebensowenig anhaben können als die gewalttätige Verwüstung einzelner Zweige derselben. Wurzelhafte, radikale Änderungen dieses Gesellschaftsbodens selbst sind es allein, welche nützen. Die Sozialdemokratie kann erst verschwinden, wenn sie gesiegt hat.

Innerhalb der Partei selbst gab es und gibt es für die ganz gewaltig überwiegende Mehrzahl der Genossen nur eine Meinung. Mit dem Wegfall des Sozialistengesetzes sind die Verteidigungswaffen gegen dasselbe überflüssig geworden, also der im Ausland erscheinende „Sozialdemokrat" und seine geheime Verbreitung, die Kongresse im Auslande, die sozialdemokratische Gegenpolizei gegen die Lockspitzelgarde Puttkamers. Im übrigen aber mußte in der Haltung der Partei alles beim alten bleiben, da sich eben im übrigen nichts geändert hatte.

Da gibt es nun in Berlin und wahrscheinlich auch anderwärts eine Anzahl Genossen, zusammen etwa ein paar Dutzend an Zahl, welche, von dem beneidenswerten Vorteil ihrer Jugend unbeschränkten Gebrauch machend und nicht bedrückt von dem Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtheit der

Arbeiterschaft, ihrer begreiflichen Ungeduld über das langsame Vorwärtsgehen der Entwicklung in mitunter sehr lärmender Weise Luft machen. Es hängen sich ihnen natürlich, aber nicht zu ihrem Vorteil, zweifelhafte Individuen*) an, wie jener Werner, den wir in Halle kennenlernten als quatschenden Schreier erster Ordnung, der nebenbei den Geburtsfehler hat, auch in gleichgültigen Dingen nie die Wahrheit sagen zu können, und einige Konfusionsräte, wie ihresgleichen überall der Schrecken der Organisationen sind, bilden den lärmenden Chorus. Diese Leute wollen partout die „Rrrevolution", und zwar sofort oder mindestens binnen dreimal 24 Stunden. Wir kennen ja diese Leute, denen die anderen niemals mutig genug sind. Aber sie lassen mit sich handeln; da Bebel ihnen riet, doch auf dem Gendarmenmarkt Revolution zu machen, antworteten sie in einem Flugblatt, das so konfus ist, daß kein Mensch erraten kann, was die Herren eigentlich wollen: „Zwischen dem Reichstagsgebäude und dem Gendarmenmarkt gibt es viele Mittelstraßen." Diese radikalen „Mittelstraßen" kennen wir genau: Phrasenhaftes Maulheldentum, solange keine Gefahr da ist, aber die Faust im Sack und Verkriechen ins Mauseloch, wenn der Schutzmann kommt. Das Deklamieren dieser Leute gegen die „Korruption durch den Parlamentarismus" wird dadurch nicht weniger komisch, daß die Deklamatoren meist Reichstagskandidaten sind, welchen es bei den letzten Wahlen nicht gelungen, ein Mandat zu erlangen. Freilich behaupten sie, die Reichstags-

*) Nach dem Parteitag in Halle im Jahre 1890 war der Sprecher der „Opposition" vornehmlich der Buchdrucker Werner, dessen Anschuldigungen aber durch eine Kommission als unwahr festgestellt wurden, wobei die Kommission, die über seine Ausschließung zu beschließen hatte, davon nur deshalb absah, weil er „weder das Taktgefühl noch die Fähigkeit besitze, die Tragweite seiner Handlungsweise in bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen". Die Berliner Opposition wurde aber von neuem geweckt durch eine Rede, die Vollmar am 1. Juni 1891 in München hielt. Er befürwortete keineswegs, die Endziele der Partei aufzugeben, aber doch ihre Hauptkraft auf einige praktische Punkte zu konzentrieren. (Darüber das Nähere in Adlers Rede.) „Dem schlechten Willen die Faust, aber dem guten Willen die offene Hand!" Die Berliner Opposition ging nun gegen die ganze Parteileitung vor und stieß in Versammlungen mit Bebel und Richard Fischer heftig zusammen. Sie ließ ein Flugblatt erscheinen, das sich gegen die ganze parlamentarische Tätigkeit der Partei wendete. Das Flugblatt war vermutlich von dem Tapezierer Wildberger verfaßt. In einer an den Parteitag in Erfurt, der vom 14. bis 20. Oktober 1891 stattfand, gerichteten Denkschrift „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition", wendete sich der Parteivorstand gegen die Angriffe. Eine Kommission untersuchte die Angriffe und beantragte, Werner und Wildberger nicht mehr als Parteigenossen anzusehen. Werner und Wildberger und noch drei Magdeburger Delegierte traten dann aus der Partei aus. Der Parteitag beschloß aber mit allen gegen elf Stimmen ihre Ausschließung. Die Opposition fand nach dem Parteitag allmählich wieder zur Partei zurück; elf Jahre später wurde auf dem Parteitag in München die Ausschließung Wildbergers zurückgenommen.

Über Georg v. Vollmar siehe Näheres in den Bemerkungen zu Adlers Rede über Landagitation auf dem Parteitag in Graz 1900.

tribüne nur zu „Protesten" gegen Staat und Gesellschaft haben benützen zu wollen. Sie vergessen, was so oft vergessen wird, daß die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft nicht so nervös sind wie weiland die Mauern Jerichos, welche über dem Geschrei und den Posaunenstößen der belagernden Juden zusammenstürzten. Hier braucht es rastlose, ausdauernde und weitschauende Arbeit, Geduld und Zähigkeit nicht weniger als Mut.

Man wird uns nunmehr nicht mißverstehen, wenn wir auch diese Lebensregung der Jungen und Ungeduldigen, soweit sie lauter und ehrlich sind, freudig begrüßen. Jeder, der in der praktischen, politischen Tätigkeit steht, kennt die Gefahr, über dem einzelnen das Ganze aus dem Auge zu verlieren, über den kleinen Erfordernissen der Tagesarbeit, der Not und den Bedürfnissen des Heute den Blick für den großen Zug der Entwicklung, für das letzte Endziel zu verlernen. Es ist Recht und Pflicht der Jugend, die durch das Detail des Kampfes noch nicht belastet ist, den Blick immer und immer wieder in die Weite zu richten. Ideal und Leben sind keine Gegensätze; das Ideal setzt sich aus lebendigen Wirklichkeiten zusammen, wie der mächtige Kreidefelsen aus Millionen von Schaltieren, deren Leben es war, ihn bauen zu helfen; wie der mächtige Siegesmarsch der Menschheit aus Tausenden und Tausenden kleiner, mühseliger Schritte von einzelnen und Gruppen. Wenn es Kleinmütige und Verzagte in der Partei gibt, wenn es andere gibt, die ermüdet vom langen Wege, den sie gegangen, gern der Ruhe an einem bequemen Aussichtspunkt pflegen, so werden sie den Jungen danken, die sie spornen, die ihnen Hoffnung und Sicherheit geben. Aber unsere alten Genossen in Deutschland, die Bebel, die Liebknecht, die Auer bedürfen fürwahr nicht der Mahnungen und können es wie an Tatkraft so an Idealismus mit den Jungen noch getrost aufnehmen. Und auch das Vorrecht der Jugend, fürwitzig zu sein, scheint uns seine Grenzen zu haben.

Den Berliner „Jungen" kam aber eine Hilfe von einer Seite, woher und in welchem Sinne sie dieselbe wohl am wenigsten erwartet. Der Abgeordnete v. Vollmar hatte ein gewisses Recht dazu gegeben, ihn, wenn nicht als Gesinnungsgenossen, so doch als Protektor der malkontenten Gruppe anzusehen. In der vorjährigen Diskussion um die Parteiorganisation hatte er eine Reihe ihrer Einwürfe und Forderungen, allerdings in ruhiger und sachlicher Weise, vertreten und von jeher ließ er sich ohne Widerspruch zu den „Radikalsten der Radikalen" rechnen. Und nun hielt derselbe Vollmar zwei Reden „über die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie", welche für die Bourgeoispresse der Anlaß werden, über die Bekehrung dieses Saulus zu einem Paulus zu jubeln. Diese Reden wurden bereits von unserem Berichterstatter aus Deutschland gewürdigt und wir haben nunmehr bloß unsere Meinung in einigen Punkten darzulegen.

Zunächst sei gleich gesagt, daß, was Vollmar in bezug auf die Taktik der Partei auf dem Gebiet der inneren Politik sagt, weder neu, noch überraschend und originell ist. Er verlangt, die nächste

Arbeit der Partei solle auf folgende Punkte gerichtet sein: 1. Die Weiterführung des Arbeiterschutzes: 2. die Erringung eines wirklichen Vereinigungsrechtes; 3. die Enthaltung des Staates von jeglicher Einmengung zugunsten des einen Teiles auf dem Gebiet des Lohnkampfes; 4. eine Gesetzgebung über die industriellen „Ringe"; 5. Beseitigung der Lebensmittelzölle. Man sieht, der Parteitaktik würde durch Annahme der Vollmarschen Vorschläge keine neue Wendung gegeben. Wenn daher die Organe der bürgerlichen Parteien diese angebliche Wandlung bejubeln und behaupten, mit Vollmar sei ja ganz gut auszukommen, so sind sie einfach beim Worte zu nehmen und zu fragen, welche dieser Forderungen sie denn freiwillig zu gewähren bereit seien.

Anders steht es mit dem Tone, den Vollmar den Herrschenden gegenüber anschlägt. Er muß in sehr behaglicher Stimmung gewesen sein, als er seine erste Rede im Münchner „Eldorado" hielt. Er meint: Zur Zeit des Sozialistengesetzes sei „die Aufgabe der Partei der erbittertste, rücksichtsloseste Widerstand gegen eine Regierung gewesen, die uns grundsätzlich außerhalb des Gesetzes stellte, uns politisch und persönlich zu vernichten bestrebt war und mit der es daher nur Krieg, keine Verhandlung geben konnte. Heute ist das anders. Wohl hat die Regierung den Krieg gegen uns nicht aufgegeben. Aber es ist nicht mehr der barbarische Vernichtungskrieg, sondern man hat uns als kriegführende Macht anerkannt usw., jetzt also sei Zeit, den „Boden der Verhandlungen zu betreten". — Was das: „Heute ist das anders" anlangt, so sei erwähnt, daß einige Tage nach Vollmars erster Rede der „Vorwärts" die übliche Liste der Verurteilungen von Genossen für den Monat Mai veröffentlichte: sie enthält 55 Verurteilungen von 65 Genossen im Verlauf von 31 Tagen. Das ist der „neue Kurs", der Vollmar in so gemütliche Laune versetzt, daß er zu „Verhandlungen" geneigt ist. Wobei er allerdings vergißt, daß zum „Verhandeln" mindestens zwei gehören, und daß seine Rede vor allem ihre agitatorische Wirkung an den Herren Caprivi und Herrfurth*) erproben müßte. Aus all dem Jubel der Regierungspresse über Vollmars Rede haben wir aber nicht einen einzigen Ton der Geneigtheit herausklingen hören, der Sozialdemokratie irgendwelche Konzessionen zu machen oder mit ihr zu „verhandeln". Nein, was wir je erringen werden, werden wir erkämpfen müssen; die Bourgeoisie wird den Arbeitern nichts gewähren, was sie nicht gewähren muß.

Aber noch ein zweiter Punkt ist es, der uns Vollmars Rede recht sonderbar erscheinen läßt und der sie als ganz geeignet erscheinen läßt, den Berliner „Jungen" als Vorwand für ihre Beschwerden zu dienen. Und wir sind um so mehr verpflichtet, das hervorzuheben, als uns Vollmar die Ehre erwiesen hat, einen Artikel, den wir in der „Arbeiter-Zeitung" vor etwa einem Jahre

*) Der preußische Polizeiminister Herrfurth, der ehemalige Gehilfe und dann Nachfolger Puttkamers, handhabte das Sozialistengesetz ganz in seinem Geiste.

gelegentlich des Konfliktes in der deutschen Partei veröffentlichten, als für ihn sprechend anzuführen. Wir erlauben uns deshalb gerade aus jenem Artikel einen Satz herauszuheben, den Vollmar nicht gesperrt druckt: „Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre Partei in dem Sinne, daß sie die Emanzipation der Arbeiterklasse und die ökonomisch und geschichtlich notwendige Änderung des gesamten Gesellschaftszustandes als ein wünschenswertes Ziel der Entwicklung ansieht und die klare Einsicht in diese Notwendigkeit zu verbreiten bestrebt ist*)." Das ist jener Teil unserer Aufgabe, der allen anderen voranzustehen hat, der durch den Kampf für die physische Kampfbereitschaft des Proletariats, um Augenblickserfolge, niemals verdunkelt oder in den Hintergrund gerückt werden darf. Die „Revolutionierung der Gehirne", die Förderung der Erkenntnis der Massen, ihre systematische Loslösung von dem Vorurteil der Ewigkeit des Klassenstaates, in welchem sie aufgewachsen, das ist der Punkt, der in der Vollmarschen Aufzählung der „nächsten Ziele" gänzlich fehlt, und darüber frohlocken instinktiv die „Stützen der Ordnung". Freilich zu früh; denn die sozialdemokratischen Proletariermassen teilen keineswegs Vollmars selbstzufriedene Behaglichkeit und Deutschland ist für sie heute, wo die Krise deutlicher und deutlicher wird, nichts weniger als ein — „Eldorado". Der neue Programmentwurf der Partei zeigt, wie wenig die deutsche Sozialdemokratie Lust hat, opportunistisch zu werden, wie sehr der revolutionäre Geist, der radikale Bruch mit der heutigen Gesellschaftsordnung ihr eigentlicher Inhalt ist.

Vollmar hat aber auch über äußere Politik gesprochen und von der Internationalität. Die Broschüre, die seine Reden enthält, stimmt an manchen Stellen nicht ganz mit den ursprünglichen Zeitungsberichten; ob diese Verschiedenheiten der Unzulänglichkeit des Reporters oder der verspäteten Einsicht Vollmars zuzuschreiben ist, darüber haben wir natürlich kein Urteil. Aber auch in dieser Ausgabe „letzter Hand" finden sich Stellen, die bedenklich genug sind. Zwar meinen wir nicht, wie unser Korrespondent, Vollmar müßte nun logischerweise für die Militärforderungen stimmen, weil er den Dreibund für ein Friedensinstrument hält. Vielleicht wird er demnächst verlangen, der Dreibund solle die allgemeine Abrüstung durchsetzen, er habe die Macht dazu. Das eine wäre ebensosehr oder ebensowenig „logisch" wie das andere. Auch darin können wir Vollmar nicht Unrecht geben, daß er es tadelt, daß ausländische Sozialisten, die sich „international" nennen, unter dieser Flagge allerlei phantastisches Zeug treiben, eine „lateinische Liga" gründen wollen und so tun, als ob die romanischen Staaten der Hort aller Freiheit, ihr Sieg den Sieg der Sozialdemokratie bedeuten

*) Das im nächsten Absatz angeführte Zitat der „Arbeiter-Zeitung" in der Rede Vollmars ist in dem Artikel „Zur Neuorganisation der deutschen Sozialdemokratie" vom 29. August 1890 (siehe oben) enthalten.

würde. Das sind Dinge, bei welchen unsere ausländischen Genossen — gewiß ohne daß sie es wollen oder wissen — einfach die Geschäfte Rußlands besorgen und zu welchen uns heranziehen zu wollen höchst naiv ist. Wir selbst sprechen sehr ungern von der sogenannten „hohen Politik", weil das ein Gebiet ist, wo die Gefahr unfruchtbarster Kannegießerei sehr nahe liegt und das sich überdies unserer Beeinflussung vorläufig gänzlich entzieht. Wir müssen aber ohne weiteres anerkennen, daß zum Beispiel gelegentlich der zwei Mailänder Meetings die Internationalität der Arbeiterklasse von gewisser Seite einfach mißbraucht wurde zu ganz einseitigen Demonstrationen gegen den Dreibund.

Wer es als ein Verdienst Vollmars anerkennen sollte, darauf einmal unverhüllt hingedeutet zu haben, der müßte sich aber doch fragen, ob die Art und der Zeitpunkt, den Vollmar gewählt, der richtige war. Wir dürfen nicht verkennen, daß die Schwierigkeiten der Erziehung des Proletariats zu internationaler Anschauung in Frankreich mehr Schwierigkeiten bietet als in Deutschland, und daß wir alle Ursache haben, zu vermeiden, daß unseren tapferen französischen Genossen, welche mitten im Revanchegeschrei und der chauvinistischen Hetze die rote Fahne der internationalen Verbrüderung erhoben und ihr täglich wachsende Anerkennung erkämpfen, unnötige Schwierigkeiten erwachsen. Und von diesem Gesichtspunkt aus war Vollmars Rede, möge er das unverblümte Wort verzeihen, im höchsten Grad ungeschickt. Daß international nicht bedeutet: antinational; daß wer Pflichten gegen alle Völker anerkennt, darum die Pflichten gegen sein eigenes Volk mißachtet; daß, wer die Barbarei des Krieges verwirft, darum sein Volk nicht dem fremden Angreifer wehrlos ausliefern will; daß, wenn wir den deutschen Chauvinismus bekämpfen, wir den französischen oder italienischen oder russischen genau ebenso verwerfen — das sind lauter selbstverständliche Dinge, die aber vom Gemeinplatz zur Ungeschicklichkeit avancieren, wenn sie als etwas Neues, als eine von nun an die Parteitaktik beherrschen sollende reifliche Erwägung vorgebracht werden. Und die Wirkung zeigte sich sofort. Jedes Wort, das Vollmar in dieser Richtung vorgebracht, wurde von den französischen Bourgeoisblättern aufgefaßt und unseren Parteigenossen, natürlich noch dazu übertrieben und verzerrt, ins Gesicht geschleudert. Aber Vollmar scheint auch den Größenwahn zu haben, und er bezeugt es ausdrücklich, daß seine Erklärungen, die Sozialdemokraten würden marschieren wie die anderen, wenn Deutschland angegriffen würde, die Feinde Deutschlands abhalten werden, den Krieg zu erklären. Nun, wir halten den Einfluß der Sozialdemokratie auf die innere Politik für sehr groß und täglich wachsend. Würde Krieg und Frieden von ihr abhängen oder von ihr auch nur namhaft beeinflußt werden können — dann brauchte Vollmar nicht mehr zu reden. Falls Rußland und Frankreich angreifen, tun sie das im Vertrauen auf ihre Kanonen, nicht aber auf die Haltung der deutschen Sozialdemokraten. So bleibt nur der böse Einfluß der Rede Vollmars

auf die ohnehin sehr schwere Stellung unserer französischen und italienischen Parteigenossen. Soweit wir übrigens die auswärtige Parteipresse verfolgen können, ist ihre Haltung musterhaft und insbesondere die klare, mutige und unzweideutige Sprache des Pariser „Socialiste" über jedes Lob erhaben. Sie heben, zum Unterschied und im Gegensatz zu Vollmar, nicht hervor, was die Staaten trennt, sondern was die Völker, das unterdrückte Proletariat aller Länder, vereinigt.

Was uns in diesen vielleicht allzu lang geratenen Ausführungen beschäftigt hat, das sind aber keineswegs Ansätze zu „Spaltungen", wie die Bourgeoispresse lügt. Das sind Dinge, wie sie der Tag bringt, der Tag verschlingt, die reichlichen und wünschenswerten Anlaß zum Nachdenken, zur Erörterung bieten, die aber die Haltung der Partei nicht beeinflussen oder ihre Geschlossenheit und Schlagfertigkeit stören. Auf den „Radikalismus" der Jungen und den „Opportunismus" Vollmars wird Erfurt eine unzweifelhafte Antwort geben und die Ungeschicklichkeit Vollmars gegenüber den fremden Bruderparteien wird gar nicht erst in Brüssel*), wo er es vorzieht, nicht zu erscheinen, wieder gut zu machen nötig sein.

Wenn die Bourgeoispresse an dem mageren Knochen dieses „Konfliktes" satt zu werden vorgibt, so gönnen wir ihr das platonische Vergnügen vom Herzen.

*) Gemeint ist der Internationale Sozialistenkongreß in Brüssel, der vom 16. bis 22. August 1891 stattfand. Siehe darüber den Artikel „Zum Brüsseler Kongreß" in der „Arbeiter-Zeitung" vom 28. August 1898 im Abschnitt „Aufbau der Internationale". Mit Erfurt ist der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Erfurt gemeint, der vom 14. bis 20. Oktober 1891 stattfand und tatsächlich eine Auseinandersetzung mit Vollmar brachte. Das Referat über Taktik erstattete Bebel. Nach einer eingehenden Debatte wurde eine von Bebel beantragte Resolution beschlossen, in der unter anderem gesagt wird: „Es liegt kein Grund vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern."

# Der Streit um die Maifeier.

## Zum 1. Mai.

„Arbeiter-Zeitung" vom 11. April 1890.

Wer in den letzten Wochen die Tagespresse verfolgte, muß zur festen Überzeugung kommen, am 1. Mai im Jahre des Heils 1890 werde die Welt ganz bestimmt aus ihren Fugen gehen. Die Philister schütteln bedenklich ihre Häupter, die Mandarinen wackeln mit den kokardengeschmückten Zöpfen, die Presse*) heult, kreischt und winselt dazwischen in allen falschen Tönen ihres angenehmen Registers. In Österreich, wo die Öffentlichkeit am empfindlichsten ist gegen jeden freien Zug, wo die Verweichlichung gegen jeden frischen Luftstrom einen Grad erreicht, der jeden Ausländer mitleidig und verwundert lächeln macht, bei uns munkelt man von ganz besonders ängstlichen Vorkehrungen gegen die Folgen der bösen Zugluft. Was ist geschehen? Im Juli vorigen Jahres waren in Paris einige hundert geächtete Männer beisammen. Die einen kamen aus dem Gefängnis, andere erwartete dasselbe zu Hause, noch andere waren zum Tode Verurteilte und die Mehrzahl war aus ihrem Vaterland oder doch aus ihrer engeren Heimat vertrieben. Und diese Horde „mißliebiger Elemente" wagte es, im Namen der Arbeiterklasse aller Länder zu sprechen. Ihre Erörterungen führten sie zur Erkenntnis der Tatsache, daß in allen Industrieländern beider Welten die klassenbewußte Arbeiterschaft aller Schattierungen sich in der Richtung der internationalen

*) Den Höhepunkt erreichte die „Neue Freie Presse", das Hauptorgan der Bourgeoisie, mit ihrem berühmt gewordenen Artikel vom 1. Mai, worin sie schrieb: „Die Soldaten sind in Bereitschaft, die Tore der Häuser werden geschlossen, in den Wohnungen wird Proviant vorbereitet wie vor einer Belagerung, die Geschäfte sind verödet, Frauen und Kinder wagen sich nicht auf die Gasse, auf allen Gemütern lastet der Eindruck einer schweren Sorge." Am 4. April war übrigens ein Erlaß an die Statthalter ergangen, die Arbeiter seien darauf aufmerksam zu machen, „daß die eigenmächtige Einstellung der Arbeit am 1. Mai gesetzlich unzulässig ist, und daß diejenigen, die sich durch Aufreizungen und trügerische Verlockungen zu einem derartigen Kontraktbruch verleiten lassen, dann auch die Folgen dieses gesetzwidrigen Vorgehens zu tragen haben". Das eigenmächtige Verlassen der Arbeit war nämlich als sogenannter Kontraktbruch eine Übertretung der Gewerbeordnung und konnte von der Gewerbebehörde mit Arrest bestraft werden, aber auch vom Unternehmer mit kündigungsloser Entlassung.

Sozialdemokratie bewegt. Die Versammlung brachte diese Tatsache zum Ausdruck. Sie konnte ferner konstatieren, daß zunächst objektive und subjektive Notwendigkeit erfordern, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung aller Länder einen ausgiebigen Fortschritt mache. Die objektive Notwendigkeit, weil die körperliche Verelendung, die geistige Verkümmerung der Massen des arbeitenden Volkes in allen Ländern mit der technischen Entwicklung ins Riesenhafte wachsend sich einem Punkte nähert, welcher die Zukunft des Menschengeschlechtes zu vernichten droht. Es ist Gefahr, daß jene Stunde, in welcher die Befreiung möglich wird, nicht mehr die Männer findet, die fähig sind, sie zu wollen und zu erkämpfen. Hier droht im tiefsten und umfassendsten Sinne die Vernichtung aller Kultur.

Die subjektive Notwendigkeit aber eines Fortschrittes in dieser Richtung ist damit gegeben, daß gerade dieser Punkt des Programms aller proletarischen Parteien am lebhaftesten das Bewußtsein der Massen erfüllt, daß der einzelne Arbeiter wie die Gesamtheit es lebhaft fühlt, daß dies der Punkt ist, wo zuerst angesetzt werden muß, weil Gefahr im Verzug ist, wo aber auch zuerst angesetzt werden kann, weil durch noch so weitgehende Reformen auf diesem Gebiet die heutige Wirtschafts- und Staatsordnung in keiner Weise erschüttert wird. Der Arbeiter von heute weiß, daß der Arbeiterschutz nur ein Palliativ ist, er weiß aber auch, daß er ein echtes, wahres und wirksames Palliativ ist, und darum will er ihn und er wird ihn durchsetzen.

Wie richtig der Pariser Kongreß diese subjektive Notwendigkeit beurteilte, zeigt die Streikbewegung des letzten Jahres*). Keineswegs durch sozialistische Agitation hervorgerufen, im Gegenteil unsere Tätigkeit mitunter sehr fühlbar hemmend und zersplitternd, sind die Streiks einfach der Bewegung des Weltmarktes geschuldet. Im allgemeinen kann man unterscheiden zwischen begreiflichen und vernünftigen Streiks. Der begreifliche Streik ist der Streik aus Verzweiflung; er geht in der Mehrzahl der Fälle verloren. Eine Industrie geht unter, oder vielmehr sie weicht einer besseren Methode, einem Fortschritt. Die Arbeiter werden auf Hungerlöhne gesetzt; der letzte Versuch, die rückständige Methode zu halten, geschieht auf Kosten ihrer Lebenshaltung. Verzweifelt sucht in einem letzten Aufraffen der Energie der Arbeiter seine Notwendigkeit zu beweisen. Umsonst, die Konjunktur siegt, der Arbeiter ist überflüssig geworden. „Lass't sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind!"

Der vernünftige Streik will nichts anderes als die günstige Konjunktur ausnützen, oder besser, ihre Vorteile auch für die Arbeiter flüssig machen. Denn der Unternehmer bleibt mit der Erhöhung der Löhne stets hinter dem steigenden Warenpreis zurück, er eilt stets mit dem Herabsetzen der Löhne dem Preisfall voraus. Der vernünftige Streik ist ein Mittel, den Unternehmer zu zwingen, den der Marktlage entsprechenden Preis zu zahlen. Daß das Mittel im ökonomischen Sinne plump und roh ist, wie oft betont wird, ist

*) Siehe die Fußnote auf der nächsten Seite.

wahr; mögen die pharisäischen Augenverdreher, die das hervorheben, diejenigen beim Schopfe nehmen, welche von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung profitieren und sie mit allen Mitteln konservieren und darum für diese „Roheit" wie für alle anderen verantwortlich sind. Wir sind es nicht.

Die geschäftliche Konjunktur des Weltmarktes steht, oder vielleicht muß man sagen, stand seit einem Jahre in dem aufsteigenden Aste ihre Wellenbewegung, daher, und daher allein die Streiks in allen Ländern, in allen Industriezweigen.

Aber, und damit kommen wir auf unser Thema zurück, die Streikperiode*) von 1889 und 1890 hat die Arbeiter in einem ganz anderen geistigen Zustand angetroffen als die ähnliche Streikperiode zu Anfang der siebziger Jahre. Die Abkürzung der Arbeitszeit steht heute unter allen Forderungen bei allen Arbeiterausständen an wichtiger, wenn nicht an erster Stelle. Die kurzbeinige Lüge, daß der Arbeitslohn sinken müsse, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, welche noch vor wenig Jahren von allen liberalen Leierkasten gedudelt und von vielen unwissenden Arbeitern geglaubt wurde, ist von der großen Masse der Arbeiter als niederträchtige, bewußte Irreführung erkannt worden. Noch mehr, die Abkürzung der Arbeitszeit — und gerade das ist es, was die gewaltigen Ausstände des letzten Jahres gezeigt haben — wird von der Arbeiterklasse aller Länder als ihre eigentliche Lebensfrage empfunden.

Zeigte sich so der Pariser Kongreß als eine wohlunterrichtete und kompetente Expertise, so fühlte er aber außerdem die Verpflichtung, den Weg anzugeben, auf welchem dieses nächste Ziel zu erreichen sei. Er konstatierte die Tatsache, daß die Staaten mit verhältnismäßig vorgeschrittenem Arbeiterschutz durch das hartnäckige Zurückbleiben der anderen in dem weiteren Ausbau ihrer Gesetzgebung aufgehalten seien, oder wenigstens aufgehalten zu sein vorgeben. Der Kongreß stellte deshalb den alten Programmpunkt der Sozialisten: Internationale Vereinbarung aller Industriestaaten betreffs des Arbeiterschutzes in die erste Reihe seiner Forderungen. Keineswegs hatte der Kongreß eine übertriebene Vorstellung von dem guten Willen der Staatslenker, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, der enormen Majoritäten ihrer „Untertanen", ernstlich zu bessern. Er wußte aber, daß, wo der gute Wille fehlt, die Notwendigkeit zwingend eintreten wird, daß die steigende Macht der Arbeiterklasse auch hier zum Ausdruck kommen muß. Heute liegt die Berliner Konferenz**) hinter uns. Hätten auch die Erlässe

*) In diesen Jahren ging durch ganz Europa eine allgemeine Streikbewegung, die ihren Höhepunkt in dem Dockarbeiterstreik in England und dem Kohlenarbeiterstreik in Deutschland erreichte. Siehe darüber die Bemerkungen bei dem Artikel über die Schwenderversammlung vom 12. Mai 1889.

**) Kurz vor den Wahlen zum deutschen Reichstag, die für den 20. Februar 1890 ausgeschrieben waren — und die der Sozialdemokratie

des deutschen Kaisers nicht ausdrücklich auf „die internationalen Vereinbarungen der Arbeiter" hingewiesen, der Zusammenhang zwischen dem Pariser Kongreß und der Berliner Konferenz wäre nicht minder klar. Über die sachlichen Resultate dieser Konferenz verlieren wir kein Wort. Sie lassen sich etwa dahin zusammenfassen, daß die erleuchteten „Fachmänner" aller Staaten „sich im Prinzip" dahin ausgesprochen, daß Kindermord und Weiberschändung, auch wenn es sich um Proletarierkinder und Proletarierweiber handle, womöglich zu vermeiden sei — wenn das wohlerwogene Interesse der Industrie es irgend zulasse. Sprechen wir nicht davon! Nicht das Resultat der Konferenz hat Wichtigkeit, sondern daß sie überhaupt zusammengetreten. Dieselbe Logik, welche die Herren gezwungen hat A zu sagen, wird ihnen noch so manchen Buchstaben des Alphabets beibringen. Und sollte das Gehirn dieser Leute endlich an der Grenze seiner Lernfähigkeit angelangt sein, nun — dann klappt die Logik das Buch zu.

Der Träger der Logik aber ist heute die Arbeiterklasse. Und an sie richtete der Kongreß zu Paris die Einladung, am 1. Mai 1890 ihre Forderung klar, deutlich und ruhig zu stellen, und zwar jene Forderung, welche vorläufig das Ziel dieser Bewegung sein muß. Daß dieses Ziel über das Maß des Arbeiterschutzes selbst der vorgeschrittensten Länder Schweiz, England, Österreich weit hinausgeht, ist der beste Beweis dafür, wie groß der Weg ist, den wir noch vor uns haben. Die gesetzliche Feststellung des achtstündigen Arbeitstages ist die technisch bereits heute und überall erreichbare Stufe des Arbeiterschutzes. Sie ist zugleich die notwendige Bedingung dafür, daß eine Beschränkung der Arbeitszeit überhaupt lebendige, wirkliche Tatsache werde. Die Natur des Arbeitsprozesses zahlreicher Industrien macht den kontinuierlichen Betrieb notwendig. Damit ist aber die Notwendigkeit gegeben, daß der Tag, die 24stündige Zeitperiode, in drei Arbeitsperioden geteilt werde. Solange die Zweiteilung allgemein besteht, wird, da gelegentliche Nachtarbeit fast in allen Branchen vorkommt, der Maximalarbeitstag stets nur auf dem Papier stehen. Der Achtstundentag ist also nicht eine willkürliche Forderung, er ist ein Produkt der ökonomischen und technischen Notwendigkeit.

Die Kundgebungen für den Achtstundentag sollen in allen Ländern an demselben Tage erfolgen, um die Einmütigkeit der

einen großen Sieg und in weiterer Folge das Ende des Sozialistengesetzes brachten —, am 4. Februar, erschienen zwei Erlässe des Kaisers Wilhelm II., von denen der eine die Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung, namentlich die Beschränkung der Arbeitszeit versprach, der andere die Einberufung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz anordnete. Die Konferenz fand mit dem üblichen Tamtam in der zweiten Hälfte des März in Berlin statt, es kam aber außer einigen Resolutionen praktisch dabei nichts heraus.

Arbeiterklasse zu zeigen, um die internationale Solidarität der Arbeiterklasse ihr selbst zum deutlichen Bewußtsein zu bringen. Der Kongreß hatte nicht die Absicht, der Arbeiterbewegung ein Ziel zu geben; er konnte diese Absicht nicht haben, denn in Paris waren Männer versammelt, welche die Arbeiter kennen. Er wollte nur die Anregung geben, das Ziel auszusprechen. Der Kongreß war weiter so vorsichtig, ging mit so besonnener Mäßigung zu Werke, daß er ausdrücklich erklärte, Art und Umfang dieser Kundgebungen seien in jedem Lande dessen besonderen politischen Verhältnissen anzupassen. „Politische Verhältnisse" heißt nichts anderes als Grad der politischen Unfreiheit, des politischen Druckes. Es war damit ausdrücklich gesagt, daß die Kundgebungen am 1. Mai innerhalb der gesetzlichen Grenzen eines jeden Landes durchzuführen seien.

Und in diesem Sinne macht auch die klassenbewußte Arbeiterschaft Österreichs sich bereit, der Einladung des Kongresses Folge zu leisten. Unser Programm ist ein bescheidenes. Sind doch unsere „politischen Verhältnisse" überaus bescheiden. Von vornherein mußte auf öffentliche Aufzüge, Massenversammlungen unter freiem Himmel und dergleichen verzichtet werden. Unsere „politischen Verhältnisse", lies: unsere Polizeibehörde, erlauben uns das nicht. Petitionen? Nie hätten wir gewagt, denkenden Arbeitern eine Petition zur Unterschrift vorzulegen. Man petitioniert nur bei dem, dem man Vertrauen schenkt. An wen sollten die Arbeiter Österreichs Petitionen richten?! So begnügten wir uns mit der Aufforderung, den 1. Mai 1890 als Arbeiterfeiertag zu erklären und ihn als solchen würdig zu begehen. Alle Vereine und Genossenschaften sollen Versammlungen abhalten, wo es möglich ist, sollen allgemein zugängliche Volksversammlungen stattfinden, alle gewidmet der Diskussion des Arbeiterschutzes, insbesondere der Erörterung des Achtstundentages. Der Nachmittag sei dann der Muße, dem freien Ergehen in der frühlingsfrohen Natur gewidmet.

Unser Programm ist bescheiden, aber es hat den Vorzug, daß es durchführbar ist. Die österreichischen Arbeiter sind älter und klüger geworden. Sie wissen heute genau, was sie wollen; sie wissen auch, was sie können. Und sie wollen nur, was sie können.

Daß sie aber den 1. Mai in Österreich zum Arbeiterfeiertag machen können, haben sie heute, Anfang April schon gezeigt. Die Kundgebungen aus dem ganzen Reiche, aus den großen Industriezentren sowohl als aus den abgelegenen Landstädten beweisen, daß der Gedanke des Kongresses auch in Österreich einen fruchtbaren Boden vorgefunden hat. Wir brauchten nur zu fragen, die Antwort war bereit. Und von Hunderttausenden von Arbeitern wird am 1. Mai auch in Österreich der Ruf tönen: Wir wollen den gesetzlichen Achtstundentag! Wir wollen die Befreiung der Arbeit, wie unsere Brüder sie wollen auf der ganzen Erde!

Also der Erfolg ist gesichert. Die Kundgebung wird eine friedliche, streng gesetzliche, in ihrer Form höchst harmlose sein. Der 1. Mai gilt bei uns ohnehin als Halbfeiertag — freilich bis jetzt nur für die Besitzenden. Es ist nicht allzu unbescheiden, daß auch die Arbeiter ihn als ihren Festtag wählen. Sie haben so gut ein Recht auf einen besonderen Feiertag, als etwa die Bauern auf ihre vielen Bauernfeiertage. Und so viel Anlaß haben sie immerhin, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, als etwa an den Namenstagen der verschiedenen Landespatrone, die sie ja feiern müssen, ohne befragt zu sein. Auch müssen die meisten von ihnen so viele Wochen im Jahr feiern, weil das Geschäft es so will, daß darin wohl nichts Erschreckendes für die Industrie liegt, daß die Saison von nun an um 24 Stunden später zu Ende sein wird. Die Herren „Arbeitgeber" können nicht sagen, daß sie von der Sache überrascht sind, daß „Kontraktbruch" vorliegt, denn sie wissen es seit Monaten. Die Presse ist voll davon, Hunderte von Versammlungen haben es angekündigt, ja, in einzelnen Fällen ist den Unternehmern direkt und persönlich mitgeteilt worden, wie von den Bäckern Wiens, daß am 1. Mai nicht gearbeitet werden wird. Es wäre also geradezu mutwillige Provokation von seiten der Unternehmer, der Fabrikanten und Meister, würden sie Schwierigkeiten machen.

Der zweite Faktor sind die Behörden. Was sie tun könnten, ist: die Versammlungen verbieten. Warum? Nun, zum Verbieten braucht man bekanntlich keinen Grund — sondern nur einen Paragraphen. Und davon haben sie die Fülle. Wir glauben aber **nicht**, daß die Versammlungen am 1. Mai einem Verbot zum Opfer fallen werden. Wir glauben das nicht, weil wir überzeugt sind, daß die Behörden in den letzten Jahren genugsam Erfahrungen gesammelt haben müssen, um zu wissen, daß der 1. Mai um so ruhiger, um so würdiger, um so erwünschter für beide Teile verlaufen wird, je weniger die Behörde sich einmischt. Sie weiß gut, wie wir selbst, daß sie es eigentlich nicht notwendig hat, daß es kein besser diszipliniertes Bevölkerungselement gibt als die Arbeiter. Sie weiß so genau wie wir selbst, wie es übrigens jeder weiß, der Augen und Ohren gebrauchen kann, daß, wenn es am 1. Mai irgendwo im Lande zur geringsten unliebsamen Szene kommen sollte — gewiß nicht die Arbeiter Schuld daran tragen werden.

Die Arbeiter Österreichs dürfen sich das Zeugnis geben, daß sie ihr Vorhaben mit größter Vorsicht, gewissenhafter Berücksichtigung bestehender Verhältnisse und mit Maß, zugleich aber mit der gebührenden, pflichtmäßigen Energie eingeleitet haben. Wir erinnern daran, daß durch absichtlich oder unabsichtlich entstellte Berichte der Bourgeoisblätter in den Köpfen einzelner Genossen die Idee des „Weltstreiks" Wurzel faßte. Wir haben das unsere dazu beigetragen, diesen Irrtum zu berichtigen, darzulegen, daß es sich weder um den heute sinnlosen und aussichtslosen Weltstreik, noch überhaupt um einen Streik handle. Noch mehr, wir

haben auch genau die Grenzen des Arbeiterfeiertages erörtert und konstatiert, daß es heute nicht möglich sei, gewisse Betriebe vollständig einzubeziehen.

Wir wollen nur, was wir können. Wir können aber nicht die Arbeiter des Transportgewerbes, der Hochöfen an diesem Tage sämtlich zum Feiern auffordern. Wir können nicht die absolute Unterbrechung des Verkehrs der Eisenbahnen und sonstiger Verkehrsmittel wollen. Für diejenigen Arbeiter aber, welche bei dem Verkehr nicht unbedingt notwendig sind, welche aufschiebbare Arbeiten haben, die Werkstättenarbeiter der Bahnen zum Beispiel, besteht kein Hindernis, am 1. Mai zu feiern wie alle anderen. Und diese werden kommen.

Die Befüchtung, oder — Hoffnung, die in manchem Bourgeoishirn spukt, es werden die Züge nicht regelmäßig verkehren können und dadurch Unordnung entstehen, das werde dann das Haar werden, welches die Polizei notgedrungen aus der Suppe werde ziehen müssen, diese liebenswürdige Hoffnung mögen sie nur aufgeben.

Nein, die Arbeiter Österreichs sind sich bewußt, im Rechte zu sein, sie sind sich bewußt, was schwerer ist in Österreich, vollständig auf dem Boden des Gesetzes zu stehen. Sie fürchten daher nichts und lassen sich durch das wütende Fauchen der Bourgeoispresse nicht aus ihrer Ruhe bringen.

**„Wir lassen uns nicht einschüchtern und nicht provozieren“,** das wird unsere Losung sein. So wird unsere Absicht gelingen, die klar erkannte Forderung der klassenbewußten Arbeiter Österreichs zum Ausdruck zu bringen und die noch indifferente Arbeiterschaft zum Nachdenken über ihre wichtigsten Interessen anzuregen.

Der Arbeiterfeiertag am 1. Mai wird den Vorzug vor anderen Festen haben, daß sein Sinn allen deutlich bewußt ist, die ihn begehen, daß seine Bedeutung lebendig ist für alle, die ihn feiern.

Der 1. Mai 1890 wird in der Geschichte der Arbeiterklasse einen großen Fortschritt bezeichnen. Die Einheitlichkeit ihrer Ziele, die enge Solidarität ihrer Bestrebungen, sie wird einen imponierenden Ausdruck erhalten. Aber auch der Fortschritt der ökonomischen Entwicklung in allen ihren Seiten wird zur Erscheinung kommen. Was, als es gesprochen wurde, nur für England galt, es gilt heute für die ganze industrielle Welt in beiden Hemisphären, das Wort von Karl Marx:

„Zum Schutz gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges, gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der „unveräußerlichen Menschenrechte“ tritt die bescheidene Magna Charta eines ge-

setzlich beschränkten Arbeitstages, die endlich klarmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet, und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt."

# Der 1. Mai in Deutschland und in Österreich.

„Arbeiter-Zeitung" vom 18. April 1890.

Man hat sich so sehr gewöhnt, die österreichische sozialdemokratische Arbeiterbewegung als einen Teil der deutschen zu betrachten, daß es nun vor allem dem nicht auf den Grund der Dinge sehenden Bürger, vielleicht aber auch manchem Genossen sonderbar erscheinen wird, daß in der Frage, was am 1. Mai geschehen wird, die Sozialdemokratie beider Länder ihren eigenen Weg geht.

Das „Berliner Volksblatt" vom 15. April veröffentlicht nämlich auf Grund eines in Halle an der Saale gefaßten Fraktionsbeschlusses einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, betreffend den 1. Mai. Es wird darin zunächst der Beschluß des Pariser Arbeiterkongresses von 1889 reproduziert; dann heißt es weiter: Der Kongreß hat nicht vorgeschrieben, auf welche Weise die Kundgebung des 1. Mai bewerkstelligt werden soll; insbesondere war nicht die Rede davon, daß die Arbeit ruhen solle. Ein solcher Beschluß wäre auf Widerstand gestoßen, ebenso wie der Vorschlag eines allgemeinen Streiks von deutscher Seite bekämpft und vom Kongreß zurückgewiesen wurde. Es sollte nur eine Kundgebung veranlaßt werden, um die Einheitlichkeit der Bestrebungen aller Arbeiter zu klarem Ausdruck zu bringen. Ein allgemeines Ruhen der Arbeit läßt sich unter den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen unmöglich erwirken; im wesentlichen dieselben Gründe, die den Kongreß veranlaßten, den allgemeinen Streik zu verwerfen, stellen sich auch dem Plane einer solchen allgemeinen Arbeitsfeier für die Dauer eines bestimmten Tages entgegen.

Zu diesen Erwägungen kommen noch politische Bedenken; es liegt in der Natur der Dinge, daß die Feinde der Arbeitersache in Deutschland jetzt alles aufbieten, um den Arbeitern die Früchte des Sieges vom 20. Februar zu entreißen. Wer die Preßorgane der Bourgeoisie liest, ersieht aus denselben, daß die Feinde der Arbeitersache auf den 1. Mai große Hoffnungen setzen. Sie hoffen und wünschen, daß die Kundgebung des 1. Mai zu Konflikten mit der Staatsgewalt führen werde.

„Unter solchen Umständen", heißt es im Aufruf, „können wir es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, den deutschen Arbeitern zu empfehlen, daß sie den 1. Mai zu einem Tag allgemeiner Arbeitsruhe machen. Ein solcher Beschluß würde nicht durchzuführen sein. Er würde in den Arbeiterkreisen selbst vielfach auf Widerstand stoßen, er würde möglicherweise wirtschaftliche und

politische Konflikte von unabsehbarer Tragweite veranlassen und dem Zweck der Manifestation nur Abbruch tun. Dieser wird vollkommen erreicht durch Abhaltung von Versammlungen, Arbeiterfesten und ähnlichen Kundgebungen. Wo immer man eine Arbeitsruhe ohne Konflikte am 1. Mai erwirken kann, möge es geschehen."

Aufs dringendste wird ferner empfohlen, dafür zu sorgen, daß es zu keinerlei Störungen und unliebsamen Auftritten komme. Ferner wird die Sammlung von Massenunterschriften empfohlen für eine Petition an den Reichstag um Verwirklichung der Beschlüsse des Pariser Kongresses. Dieser Petitionssturm soll am 1. Mai beginnen und die Sammlung soll bis Ende September fortdauern.

Am Schlusse werden die Arbeiter und Arbeiterinnen aufgefordert, am 1. Mai jene besonnene Haltung zu bewahren, welcher der Sieg vom 20. Februar zu verdanken sei. Der Aufruf ist von allen Mitgliedern der Fraktion unterzeichnet, mit Ausnahme des Abgeordneten Kunert, welcher sich wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft befindet, zusammen 34 Unterschriften.

Obwohl nun die Fraktion ausspricht: Dort, wo eine Arbeitsruhe ohne Konflikt zu erwirken ist, möge es geschehen, so ist zweifellos, daß der obige Aufruf seine Wirkung nicht verfehlen und dahin ausüben wird, daß der 1. Mai kein allgemeiner Feiertag in ganz Deutschland sein wird. In vielen, vielleicht den meisten Industrieorten wird nicht gearbeitet werden, in anderen wird das Tagewerk wie gewöhnlich vor sich gehen. Die Gefahr eines Konfliktes läßt sich ja zudem schwer voraussehen, das heißt sie ist im Grunde genommen überall vorhanden. Und da dürften selbst Gewerbe oder Vereine, welche den Ruhetag bereits beschlossen haben, diesen Beschluß rückgängig machen.

Bei dem Umstand nun, daß unsere Genossen die österreichische Arbeiterbewegung, wie eingangs erwähnt, als einen Teil der deutschen betrachten — und in theoretischer Beziehung gewiß mit vollstem Rechte — halten wir es für notwendig, nochmals unser Programm für den 1. Mai, hauptsächlich aber den Arbeiterfeiertag, näher zu erörtern. Denn von vornherein gesagt: **An dem Ruhetag des 1. Mai halten wir fest wie bisher.**

Warum?

Der Pariser Kongreß hat, wie bekannt, erklärt, die Art der Kundgebung sei in jedem Lande dessen besonderen politischen Verhältnissen anzupassen. Wir tun aber nichts anderes, wenn wir am 1. Mai nicht arbeiten, als diesem Beschluß Folge zu leisten. Wir haben in der letzten Nummer schon erwähnt, daß es unter unseren Verhältnissen absolut nicht angeht, Arbeitern eine Petition zur Unterschrift vorzulegen. In bezug auf Versammlungen und Feste sind wir die denkbar ärmsten „Hascherln". Schon jetzt sind mehrere genossenschaftliche Gehilfenversammlungen, die für den 1. Mai geplant waren, vom Magistrat unter den allernichtigsten Vorwänden untersagt. In dem einen Falle fehlt angeblich ein Tag

auf die zwar vorgeschriebene, aber unzählige Male nicht beachtete Anzeigefrist von vier Wochen; in anderen Fällen wird die Einwilligung des Genossenschaftsvorstehers verlangt, welche das Gesetz selbst nicht fordert. Voraussichtlich dürfte also die Zahl der Versammlungen, die abgehalten werden können, eine verhältnismäßig geringe sein.

Keine Macht kann uns aber verbieten, am 1. Mai nicht zu arbeiten. Nicht Polizei und nicht Militär kann uns zur Arbeit schleppen. Und wenn wir auf Versammlungen verzichten müßten, ja, wenn man uns, was eigentlich ganz unmöglich ist, am Nachmittagsspaziergang hindern sollte, wenn man vor jedes Haustor Soldaten hinstellt und die Arbeiter zwingt, daheim zu bleiben, und die Gassen mit Kanonen absperrt, so ist die Tatsache, daß in ganz Österreich zu gleicher Zeit die Maschinen stillstehen, auf den Willen des Arbeitsmannes hin stillstehen, eine so erhebende und imposante, daß wir, wenn's nicht anders geht, damit zufrieden sein können. Einen besseren Beweis, daß das ganze Wirtschaftsgetriebe nur von den Arbeitern abhängt, gibt es nicht.

Diese absolute Machtlosigkeit unserem ausgesprochenen Willen gegenüber und der Umstand, daß wir mit dieser Kundgebung absolut auf dem Boden des Gesetzes stehen, scheint selbst in höheren Kreisen einzuleuchten. Wenigstens bringen einige Blätter eine Nachricht, deren Bestätigung oder Nichtbestätigung nicht lange auf sich warten lassen wird, daß die Leiter der staatlichen Betriebsstätten die Weisung erhalten sollen, „den Arbeitern, welche das formelle Ansuchen stellen, den 1. Mai freizugeben, falls und insoweit es die Verhältnisse des Betriebes gestatten; in Etablissements, insbesondere in den Werkstätten der Staatsbahnen, wo der kontinuierliche Betrieb die vollständige Sistierung der Arbeit nicht gestattet, wird Vorsorge zu treffen sein, daß jedenfalls ein Teil der Arbeiter im Dienste bleibe."

Wir halten zwar das „formelle Ansuchen" für überflüssig, da ja auch die Leiter der Staatsbetriebe sich kaum vom 1. Mai überraschen lassen oder sich im Kalender irren werden. Wenn sie aber letzteres befürchten, so können ihnen immerhin die Arbeiter dieser Betriebe am 30. April ankündigen, daß morgen der 1. Mai sei und an diesem das Heizen der Dampfkessel nicht nötig sei. — — —

In Deutschland aber gehen die Genossen auch nur nach dem Pariser Kongreßbeschluß vor, der die Art der Kundgebung je nach den besonderen Verhältnissen jedes einzelnen Landes durchgeführt wissen will. Vor allem ist nicht zu vergessen, daß das Sozialistengesetz noch in Kraft besteht, wenn es auch milde gehandhabt wird, und daß möglicherweise bei der Unsicherheit bezüglich der neuen Politik der geringste Zusammenstoß mit der Staatsgewalt willkommenen Vorwand zu Erneuerung desselben geben würde. Ferner ist zu bedenken, daß in Deutschland weit mehr Versammlungsfreiheit herrscht wie bei uns, daß ganz sicher aber kein Fest verboten wird. Die deutschen Genossen werden sich also in vielen Fällen auf derartige Kundgebungen beschränken. Auch der

Umstand, den schon Genosse Liebknecht hervorgehoben, daß in Preußen unmittelbar dem 1. Mai ein kirchlicher Feiertag (der preußische Bußtag) vorhergeht, dürfte bei dem Fraktionsaufruf in Erwägung gezogen worden sein. Der Verlust von zwei Tagen Arbeitslohn trifft die meisten Arbeiter sehr hart. Es war also von vornherein auf keine allgemeine Teilnahme zu rechnen. Eine halbe Demonstration hätte aber gewiß ihren Zweck nicht erfüllt.

Damit ist wohl der Unterschied in der Situation und das Verhalten der deutschen Genossen, sowie unser eigenes genügend motiviert. Wir bleiben dabei: In Österreich ruht am 1. Mai alle nicht unbedingt notwendige Arbeit. Die Presse und die anderen Gegner werden nun freilich über uns herfallen, weil wir an unserem Programm festhalten. Sie werden in diesen letzten 14 Tagen die äußersten Kraftmittel anwenden, um uns irre zu machen. Unsere Losung bleibt aber nach wie vor: **Wir lassen uns nicht einschüchtern und nicht provozieren.**

# Verteidigung der Deutschen.

Parteitag 1891.

Genossen! Es sind hier einzelne harte Worte gefallen über die Genossen im Ausland, speziell über die in Deutschland*). Ich muß Sie daran erinnern, daß der Beschluß in Paris nicht so gelautet hat, wie er hier angeführt worden ist. Es hat ausdrücklich geheißen: Es soll eine Maifeier gemacht werden; wie sie aussehen soll, das soll abhängen von den Verhältnissen eines jeden Landes. Nun, ich bin, wie Sie es ja wissen, unbedingt dafür, daß in Österreich die Feier eben durch das Nichtarbeiten ausgedrückt werde, und zwar deshalb, weil wir in Österreich andere Mittel nicht haben. Wenn ganz Europa andere Mittel hat, wenn die ausländischen Genossen finden, daß es ihren Verhältnissen entspricht, daß man durch Versammlungen und durch Feste feiere, so muß aus Österreich erst ein europäischer Staat gemacht werden, dann werden wir uns auch so benehmen, wie das übrige Europa. Das ist meine Ansicht. In Deutschland, in England haben die Genossen andere Verhältnisse und, das Wichtigste, was dort anders ist als bei uns, ist dasjenige,

*) Das Referat über die Maifeier erstattete Eduard Rieger, damals in Reichenberg, jetzt Wiener Abgeordneter im Nationalrat. Er sprach sich, wie auch alle Redner in der Debatte, gegen die deutsche Art der Maifeier aus. Zum Schluß wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Der erste Mai wird auch in Zukunft durch vollständiges Ruhenlassen der Arbeit gefeiert. Die österreichischen Delegierten haben auf dem Internationalen Kongreß in Brüssel dahin zu wirken, daß dies auch in allen andern Staaten so geschieht. Eine Abänderung des ersten Teiles dieses Antrages steht nur dem nächsten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zu.

Diesem Antrag schloß sich auch Adler ausdrücklich an.

was bei uns erst im Werden begriffen ist, das ist die Organisation der Unternehmer.

Ich schließe mich der Ansicht an, daß wir uns die Hände nicht binden sollen, daß wir jedoch auf dem Kongreß in Brüssel unseren Genossen im Ausland vorhalten sollen, daß sie die Verantwortung nicht nur für sich, sondern auch für alle anderen Länder haben, daß wir uns aber dem in Brüssel gefaßten Beschluß fügen sollen. Übrigens wird im nächsten Jahr diese Frage nicht an uns herantreten, denn der nächste 1. Mai ist ein Sonntag. Nach zwei Jahren wird auch wahrscheinlich wieder ein internationaler Kongreß sein und dann wird man viel einheitlicher und klarer Beschluß fassen können. Wir wollen aber nicht in exponierter Stellung bleiben. Daher ist meine Ansicht, daß wir die zum Brüsseler Kongreß zu entsendenden Delegierten in diesem Sinne beauftragen sollen. (Beifall.)

# Die Maifeier in Deutschland.

Deutscher Parteitag in Berlin 1892.

### Begrüßungsrede.

Werte Parteigenossen! Wir sind beauftragt, im Namen der Sozialdemokratie Österreichs euch hier zu begrüßen. Sie wissen alle, wie eng verknüpft die Sozialdemokratie Österreichs mit eurer ist und immer war. Dieses Bündnis ist ein viel tieferes und über alle Zweifel viel erhabeneres als jenes, welches unsere Diplomaten abgeschlossen haben. Es liegen zwischen uns auch nicht Ströme Blutes, die erst zu überbrücken wären. Sie haben auch nicht nötig gehabt, sich zu beklagen, wie das sonst von deutscher Seite geschehen sein soll, nämlich darüber, daß in Österreich zu wenig auf Rüstungen verwandt wird. Sie können sicher sein — wie unsere Armee aussieht, weiß ich nicht —, daß die Sozialdemokratie Österreichs rüstet, und zwar mit allem Eifer und mit allem Enthusiasmus, zugleich aber vielleicht mit ruhigerer Überlegung, als ihr uns zutrauen werdet. Denn das wissen wir ja wohl, daß die Norddeutschen uns Süddeutsche zwar respektieren und, wie ich hoffe, uns auch lieb haben; aber sie trauen unserem Herzen viel mehr zu als unserem Hirn, und da ist es wohl vollständig am Platz, wenn ich hier berichte, die Arbeiter Österreichs sind nicht zu verwechseln mit den österreichischen Spießern. Die Gemütlichkeit und das Phäakentum, das von Österreich vorausgesetzt wird, ist bei den österreichischen Arbeitern nicht zu finden. Wir haben eine Armee, die sich bewußt ist, was eine Armee notwendig hat. Die Voraussetzungen für die Gemütlichkeit sind auch bei den österreichischen Arbeitern nicht wie bei den Bürgern gegeben. Die ersteren leben unter höchst ungemütlichen Verhältnissen und sind im Begriff, auch selbst höchst ungemütlich zu werden (Heiterkeit und Beifall). Die ökonomischen Verhältnisse der letzten Zeit, der Ausbruch der Krise, die uns in Österreich ebenso tief berührt und in manchen Dingen noch viel tiefer als Sie hier, hat die Erregung in den Massen

so gesteigert, wie man es sich „oben" gar nicht vorstellt, und wir dürfen hoffen, daß auch dieser Niedergang der ökonomischen Verhältnisse für die Aufklärung im sozialdemokratischen Sinne dienstbar gemacht werden wird. Unsere internationalen Beziehungen, Genossen, werden ja immer wieder erneut, und besonders einmal im Jahre treten sie besonders deutlich für alle Welt hervor, das ist am 1. Mai. Für uns in Österreich hat der 1. Mai eine besondere Bedeutung, die noch dadurch erhöht wird, daß wir politische Rechte nicht haben, weil Österreich politisch zu Asien gehört (Heiterkeit). Aber ich glaube, daß die Feier des 1. Mai heuer eine um so energischere sein muß, weil wir der Welt zeigen müssen, daß der internationale Beschluß in Brüssel nicht bloß hingeschrieben worden ist wie eine Resolution, welche Leute fassen, die nicht wissen, was sie wollen.

Wir sind hier, um von euch zu lernen; aber wir halten uns auch für verpflichtet zu sagen, welche Beschlüsse ihr faßt, so energisch sie sein mögen, soviel Kraftaufwand sie fordern, ihr werdet die Österreicher an eurer Seite finden. (Beifall.) Die Augen der österreichischen Parteigenossen sind hieher gerichtet; Sie werden noch eine ganze Anzahl begrüßende Zuschriften von uns bekommen. Sie haben wahrscheinlich nicht recht eine Vorstellung davon, wie man allen Vorgängen der deutschen Sozialdemokratie in Österreich mit um so mehr Interesse entgegensieht, weil wir sehr genau wissen: was bei euch vorgeht, wird binnen kurzem auch bei uns geschehen. Nicht nur unsere Regierung macht eurer alles nach, sondern dieselben Einflüsse, die sich im deutschen Proletariat geltend machen, wirken natürlich auch in Österreich. So haben wir bei uns auch die Schwierigkeit gehabt mit der Bewegung der „Jungen", „Unabhängigen" usw., aber genau so wie bei euch ist auch bei uns diese Sache erledigt worden. Obwohl jene Bewegung von der Bourgeoisie gehätschelt wird, obwohl jeder einzelne Unabhängige die gesamte Presse der Bourgeoisie hinter sich hat und für jedes Wort, das er spricht, darin Reklame gemacht wird, existiert die Bewegung nicht mehr. Lassen Sie sich nicht erzählen, daß die Partei gespalten ist; wir stehen völlig einig da, ebenso wie Sie. (Beifall.)

### Gegen die Resolution.

Ich möchte vor allem feststellen: Ihre Resolution enthält einen kleinen sachlichen Irrtum*). Der Brüsseler Beschluß lautet nicht, daß es den einzelnen Nationen überlassen bleibt, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln, sondern er lautet: Es wird die Arbeits-

*) Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der vom 14. bis 21. November 1892 in Berlin stattfand und zu dem für die österreichische Sozialdemokratie Dr. Adler und Julius Popp erschienen waren, referierte Albin Gerisch über die Maifeier. Er beantragte folgende Resolution:

Im Anschluß an die auf dem Brüsseler Kongreß angenommene Resolution beschließt der Parteitag:

ruhe empfohlen, und nur da, wo sie unbedingt unmöglich ist, ist davon abzusehen. Sie werden zugeben, daß das etwas völlig anderes ist. Wir Österreicher haben Ihre politischen Rechte, Ihr Wahlrecht nicht, und der Parteivorstand sagt Ihnen: Ja die Österreicher, die können und müssen die Maifeier haben, weil sie eben das Wahlrecht nicht haben. Wenn wir auch das Wahlrecht hätten oder haben werden, so wird die Maifeier bei uns immer eine große Rolle spielen, denn wir fassen unsere Bewegung nicht als eine ausschließlich politische auf. Wir glauben, daß die Sozialdemokratie noch lange nicht so groß ist wie die Massen, die in Bewegung sind und in Bewegung gebracht werden sollen. Und in diesen Massen hinaus wirkt der 1. Mai, in Österreich wenigstens, durch die Arbeitsruhe und nur durch sie. Der Hamburger Redner*) hat es

---

Als Tag der Feier gilt der 1. Mai. An diesem Tage demonstriert die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft mit den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt für den Achtstundentag und die internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung im Sinne der bekannten Pariser Resolution.

Um die Feier zu einer einheitlichen und dadurch in ihrer Wirkung nach außen möglichst imposanten zu gestalten, beschließt der Parteitag, daß wie im Vorjahre so auch in Zukunft die Leitung der Feier der politischen Organisation der Partei zufällt.

Als die würdigste Form der Feier erachtet der Parteitag die Arbeitsruhe. Da jedoch weder durch die Beschlüsse des Internationalen Kongresses in Paris, noch durch die des Kongresses in Brüssel die Arbeitsruhe zur unbedingten Pflicht gemacht, es vielmehr den einzelnen Nationen überlassen wurde, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln, da ferner die Art der Feier durch die jeweilige Geschäftskonjunktur in erster Linie mitbestimmt wird, so beschließt der Parteitag eine für alle Zeit gültige Norm nicht zu schaffen, sondern die Bestimmung über die Art der Feier den jährlichen Parteitagen zu überlassen.

Mit Rücksicht auf die zurzeit herrschende wirtschaftliche Misere, die einen geschäftlichen Aufschwung bis zum nächsten Frühjahr als völlig ausgeschlossen erscheinen läßt, hält der Parteitag die Proklamierung der allgemeinen Arbeitsruhe für den 1. Mai 1893 als undurchführbar und beschließt daher, die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten.

Der Brüsseler Beschluß über die Maifeier lautete:

Der 1. Mai ist ein gemeinsamer Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen. Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, soweit das durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.

Nach Adler sprach Vollmar gegen die allgemeine Arbeitsruhe, worauf dann wieder Adler antwortete.

In der namentlichen Abstimmung wurde zunächst die allgemeine Arbeitsruhe mit 236 gegen 5 Stimmen abgelehnt, darauf stimmten für die Feier am 1. Mai 167 und für die Feier am ersten Sonntag im Mai 73 Delegierte. Die Resolution Gerisch wurde dann gegen wenige Stimmen angenommen.

*) Friedrich Theiß, der auch zur Resolution beantragte, weiter-

selbst sehr gut gefühlt und empfunden, daß auf die indifferenten Massen eingewirkt werden muß. Sie müssen bedenken, daß in Österreich, in Frankreich ihre Haltung nicht begriffen werden wird. Wir haben dieselben Schwierigkeiten wie Sie. Wir haben 1890 bei der ersten Maifeier den Kanonen wirklich gegenübergestanden. Sie sind wirklich aufgefahren worden, und wenn man hier erst einen schneidigen General gesucht hat, wir haben ihn. Aber gerade die Einmütigkeit, das entschlossene Vorgehen bei der ganzen Bewegung hat den Leuten imponiert. Wäre in Deutschland und in England und überall von vornherein die Haltung eingenommen worden, wie wir sie einnahmen, so wäre die Schlacht für uns gewonnen worden. (Sehr gut!) Ob sie heute noch zu gewinnen ist, weiß ich nicht. Auch bei uns hat sich das Unternehmertum ganz anders organisiert und zentralisiert als früher. Trotzdem aber wurde auf dem Wiener Parteitag beschlossen, und es wird ausgeführt werden, daß der 1. Mai mit Arbeitsruhe gefeiert wird. Die Rücksicht auf die Gegner ist hier nicht maßgebend. Wenn wir tun wollten, was sie gern sehen, so würden wir überhaupt wenig machen. Wir sehen nur darauf, ob die Arbeiterschaft am Ort aus der Fabrik herauszubringen ist, ob sie mitgeht, und da sage ich Ihnen, daß trotz der schweren Schläge, die wir 1891*) gehabt haben, auch im nächsten Jahre die Maifeier aufrechterhalten werden wird. Freilich ist bei uns der 1. Mai immer ein Feiertag gewesen, aber nur für die Bourgeoisie. Wir haben den Feiertag auch dem Arbeiter gegeben und nun würde man es nicht begreifen, wenn wir ihn aufgeben. Ich gebe ja zu, daß die Verhältnisse für das nächste Jahr sehr ungünstig liegen, aber wir würden im höchsten Grade unklug in Österreich handeln, wenn wir die Schlacht bereits verloren gäben, ehe sie uns von den Unternehmern angeboten ist. Nun sprach man hier von einer Feier am Abend des 1. Mai. In Österreich ist es uns ganz unmöglich, daß wir die Feier auf den Abend verlegen, und zwar deshalb, weil wir dazu den 1. Mai gar nicht brauchen. Wir können ja ebensogut am 15. Juli oder am 18. August oder am 1. Oktober so viel Abendunterhaltungen und -versammlungen veranstalten, damit würde die Bedeutung des 1. Mai für uns vollständig verlorengehen. Das mag bei Ihnen anders sein, aber ich glaube, daß Sie sich an das Urteil der Geldsäcke nicht zu kehren brauchen. Nur noch eins! Auf dem Wege nach rückwärts gibt es nirgends einen Halt, auch bei uns nicht. Ich habe bereits in meinen Begrüßungsworten gesagt: Wenn Sie vorwärtsgehen, werden Sie die Österreicher an Ihrer Seite finden. Aber erlauben Sie, daß ich Ihnen sage: Sie werden uns an Ihrer Seite finden, n u r, wenn Sie vorwärtsgehen, wenn Sie rückwärtsgehen, nicht!

---

gehende Veranstaltungen sollten dort, wo es tunlich sei, den Organisationen unbenommen bleiben.

*) In Warnsdorf, Jägerndorf, Klagenfurt, Marburg, Bielitz wurden Tausende ausgesperrt; in Warnsdorf wurden von Gendarmen vier Arbeiter verwundet.

## Antwort an Vollmar.

Die Frage ist eine so internationale, wie wir keine andere haben. Wollen Sie sich nur ruhig fragen: Wie weit ist es denn eigentlich her mit den internationalen Zusammenhängen, von denen wir so viel sprechen? Die sozialistischen Parteien haben sie nur durch internationale Kongresse und durch den 1. Mai, und nur die Maifeier ist ins Volksbewußtsein eingedrungen, von den Kongressen weiß das Volk eigentlich sehr wenig. Gerade aus diesem Grunde ist die Maifeier nicht so anzusehen, wie sie Vollmar*) dargestellt hat. Der Gedanke, daß in einer Stunde, zu derselben Zeit, soweit die kapitalistische Ordnung herrscht, die Proletarier alle von e i n e r Idee erfüllt sind, ist ein viel tieferer, viel revolutionärerer als der, der allein mit dem Arbeiterschutz gegeben ist; das gleichsam religiöse Moment, das hierin liegt, dürfen wir nicht übersehen, und ich möchte Sie bitten, sich doch unsere Gegner daraufhin anzusehen. Die unterschätzen diese Gefühlsdinge wahrlich nicht. Glauben Sie, daß die Kirchen von der Bourgeoisie etwa nur deshalb gefördert werden, weil die Bourgeoisie religiös ist? Das war und ist sie nicht, sie weiß aber, wie diese Gefühlsmomente auf die Massen wirken, und macht sich das zunutze. Wir tun sehr gut daran, unserer Bewegung ein solches Moment des Enthusiasmus einzuverleiben.

Ich bin Vollmar sehr dankbar für die außerordentlich höfliche Abschlachtung, die er mir hat zuteil werden lassen (Heiterkeit), er, wie auch Bebel haben nur gesagt, s i e seien nicht eigensinnig. Glauben Sie ja nicht, daß bei uns in Österreich diese Richtung, die ich hier vertrete, auf Eigensinn beruht. Wir würden sofort zurücktreten, wenn wir glauben würden, einen Fehler begangen zu haben. Wir haben aus dem 1. Mai eine Kraft der Begeisterung gezogen, die wie das Umpflügen eines vom Pflug noch nie berührten Urgebietes gewirkt hat; wo wir mit unserem Programm, mit unseren schönsten Reden noch lange nicht hinkommen, da hat die Maifeier feste Wurzel in den Herzen des Proletariats in einer Weise geschlagen, daß sie nicht wieder herausgerissen werden kann. Daß Ihrerseits ein Rückzug angetreten wird, das kann Bebel nicht leugnen. In Deutschland haben Sie uns ja auch schon einen Schlag versetzt im Jahre 1890, doch haben Sie damals die Arbeitsruhe wenigstens offen gelassen; heute aber sagen Sie direkt: Nein! Wir wollen die Arbeitsruhe nicht. Bebel meint, die Bourgeoisie würde den Kampf aufnehmen, und sagt zugleich, die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, könne ihn nicht siegreich ausfechten, und wenn sie es könnte, dann könnte sie noch viel Größeres erreichen. Wir sind gewiß in Österreich schwächer als die deutsche Sozialdemokratie und haben viel zu arbeiten, bis wir nachkommen, aber bei uns stehen die Dinge so wie überall: Man kann die Macht haben, e i n e n Schritt zu machen, aber darum hat man noch nicht die Macht, alle zu machen; Sie können manches durchsetzen,

*) Siehe oben.

anderes nicht. Wenn Sie sagen, Sie halten es nicht für gut, an diesem Punkt, der nur eine Demonstration ist, die Kraft der Partei anzusetzen, so sagt sich das die Bourgeoisie auch. Sie will nicht mit sämtlichen Arbeitern in Österreich bloß wegen des 1. Mai den Kampf aufnehmen, und sie wird das im nächsten Jahre um so weniger tun, aus einem hier noch gar nicht berührten Grunde. Im Jahre 1891 war die Maifeier so schwer auszuführen, weil der 1. Mai auf einen Feiertag fiel. Das liegt im nächsten Jahre völlig anders. Es gibt für den 1. Mai gar nichts Günstigeres, als daß er, wie 1893, ein Montag ist, und darum erkläre ich, wenn Sie den Beschluß fassen, und Sie werden ihn ja fassen, denn für meinen Standpunkt hat bloß einer und nur für seine Person gesprochen —, daß Sie in diesem Jahre die Arbeitsruhe nicht haben, dann werden Sie sie überhaupt nicht mehr haben!

Sie werden den Beschluß fassen, ich bin davon überzeugt; er bedeutet für uns entschieden eine Erschwerung der Situation. Wir müssen in Österreich auch mitteilen, daß wir diesen Beschluß für einen Fehler halten, aber wir werden unseren Genossen auch erzählen, daß die deutschen Parteigenossen den Beschluß, den wir bedauern, mit voller Überlegung und im Gefühl ihrer Verantwortung gefaßt haben. (Beifall.) Diesen Eindruck habe ich; vielen wird es nicht leicht, diesen Beschluß zu fassen. Das ist das einzige, was für uns die Sache leichter macht und uns das Bewußtsein gibt, daß, wenn wir in dieser speziellen Frage nicht harmonieren können, wir doch in den anderen Fragen geeint dastehen werden! (Lebhafter Beifall.)

# Die Maifeier und die Internationale.

Referat. — Internationaler Kongreß, Zürich 1893.

Um zwei Dinge handelt es sich: Der Kommission hat eine Anzahl Anträge vorgelegen, den 1. Mai nicht zu einer Manifestation für den Achtstundentag, sondern auch zu einer internationalen Friedensdemonstration zu gestalten. Zweitens haben wir Österreicher einen Antrag eingebracht, der sich nicht auf den Inhalt, sondern auf die Form der Maifeier bezieht*).

*) Die Beschlüsse der Kongresse von Brüssel und Zürich über die Art der Maifeier sind bei dem Artikel vom 31. Oktober 1893 „Der Kölner Parteitag und die Maifeier“ abgedruckt. Dazu wurde in Zürich noch folgender Zusatz über die Kundgebung für den Frieden beschlossen:

Die Kundgebung des 1. Mai für den Achtstundentag soll zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein, durch die soziale Umgestaltung (im Beschluß der Kommission hatte es geheißen „soziale Revolution“) die Klassenunterschiede zu beseitigen und so den einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb jedes Volkes und zum internationalen Frieden führt.

Bei der Abstimmung über die ersten Punkte (Arbeitsruhe) gab Paul Singer die Erklärung ab, daß der Text in den verschiedenen Sprachen

In der Frage der Friedensdemonstration ist der Kommission eine Reihe von Anträgen aus Frankreich zugegangen, die sich für diesen Gedanken aussprechen. Ebensoviel französische Parteigruppen wie für, haben sich aber auch gegen diesen Gedanken erklärt. Die Österreicher, Belgier, Italiener usw. waren in der Kommission der Ansicht, daß eine besondere Friedensdemonstration überflüssig sei, und zwar weil der 1. Mai an und für sich die mächtigste Friedensdemonstration wäre. Belgien erklärte, eine internationale Friedensdemonstration sei deshalb gefährlich, weil es eine sehr bequeme und billige Sache sei, der sich auch die Bourgeoisie, soweit sie nicht Geschäfte mache, die im höchsten Maße harmlosen Friedenskongreßler, anschließen würden. Die bürgerlichen Friedensvereinler nehmen auf ihren Kongressen Resolutionen gegen den Krieg an und bewilligen dann, soweit sie Parlamentarier sind, das Militärbudget ihrer Regierungen. Mit diesen Leuten wollen wir nichts zu tun haben, diese Leute wollen wir nicht bei uns haben. (Lebhafte Zustimmung.) Aber die Engländer sprachen diesmal den besonderen Wunsch aus, daß die Friedensdemonstration mit dem 1. Mai vereinigt würde. Die Trades-Unions sind entschlossen, diesmal die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten zu lassen (Beifall), und sie meinen, daß ihnen die Durchführung viel leichter werden würde, wenn der internationale Frieden mit zum Gegenstand der Maidemonstration gemacht würde. Deshalb haben die Deutschen einen entsprechenden Antrag gestellt, dem sich die Österreicher und andere Nationen angeschlossen haben. Die Friedensdemonstration am 1. Mai soll danach so veranstaltet werden, daß die Proletarier, indem sie mit allen Mitteln für die proletarische Revolution damit gleichzeitig für den Frieden demonstrieren, also in einer Form, die uns die „Friedensengel" der sektiererischen Bourgeoisie vom Leibe hält. Die zweite Frage hat mehr zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß gegeben. Wir Österreicher beantragen, daß der Brüsseler Beschluß in bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht nur erneuert, sondern in der Form verschärft werde. Es scheint uns, als nähmen es verschiedene Länder zu leicht mit dem, was möglich und was nicht möglich ist am 1. Mai. Der agitatorische Charakter des 1. Mai als einer wirklich proletarischen und revolutionären Demonstration kann allein erhalten werden durch die Arbeitsruhe. (Beifall.) Das sprach der Brüsseler Beschluß aus. Die Engländer, die gegen ihn gestimmt hatten, erklärten, sich fügen zu wollen. Trotzdem verlegten sie nicht einmal die Feier auf den 1. Mai, sondern wieder auf

verschieden laute (worüber dann der Artikel über den Kölner Parteitag ausführlicher spricht). Dazu bemerkte Singer, daß auch die deutschen Genossen im Prinzip der Arbeitsruhe ebenso herzlich zustimmen wie die Österreicher und andere Nationen, aber sie könnten sich nicht Vorschriften in dieser Richtung machen lassen. (Zu dem Züricher Kongreß siehe übrigens auch die Artikel „Zum Züricher Kongreß" vom 21. Juli und 1. August 1893 sowie die Reden von Adler und Engels in der Dreherversammlung vom 11. September, abgedruckt im ersten Heft dieser Sammlung, Seite 71.)

den ersten Sonntag im Mai. Deutschland zählte von vornherein zu den Ländern, wo die Arbeitsruhe unmöglich ist. In Frankreich war zwar in Paris die Arbeitsruhe gering, in der Provinz aber wurde der 1. Mai ausgiebig und würdig gefeiert. Die Sache liegt jetzt so: Machen wir nicht einen Schritt vorwärts, so wird die Maifeier einschlafen. (Zustimmung.) In ihr aber sehen wir Österreicher den mächtigsten Hebel der Agitation, das beste Mittel zur Aufwühlung des Proletariats. Sie ist eine proletarische, eine Klassenfeier, nicht bloß eine sozialdemokratische Feier. Darum sind wir der Ansicht, daß man es jenen Ländern, die andere Methoden der Demonstration besitzen, nicht zu leicht machen dürfe mit dem 1. Mai. Wir Österreicher sind durch das Verhalten der Ausländer, besonders der Deutschen, schwer geschädigt worden in unserer Agitation. (Zustimmung.) Wir grollen den Deutschen nicht, wir begreifen ihr Verhalten, aber wir entschuldigen sie nicht. Auch in Deutschland wurden einige Stimmen für die Arbeitsruhe laut, ja ganze Orte waren dazu bereit, aber sie wurden durch den Beschluß des deutschen Parteitages daran gehindert. Um so mehr hat es mich gefreut, daß von deutscher Seite der Antrag auf Arbeitsruhe in der Kommission gestellt wurde, den wir hier bringen und dem sich die Schweiz, Italien und England angeschlossen haben. Von nun an wird ja auch England am 1. Mai Arbeitsruhe haben. Da ist es sehr möglich, daß dort bald eine größere Maifeier zustande kommt als in Deutschland. Wird unser Antrag angenommen, so steht der Brüsseler Beschluß aufrecht: Arbeitsruhe dort, wo es nicht unmöglich ist. Aber jeder Partei wird es außerdem als Pflicht auferlegt, dort, wo die Arbeitsruhe heute noch nicht möglich ist, es möglich zu machen. Die Deutschen sollen sich ihrer Pflicht bewußt werden, daß es nicht mit der bloßen Erklärung „Es geht nicht!" abgemacht sein darf. Man kann zudem wirklich nicht für ein ganzes großes Reich erklären, die Arbeitsruhe ist möglich oder sie ist ausgeschlossen. Wie in Österreich ist in Deutschland die Arbeitsruhe in manchen Orten möglich, in anderen nicht. In Deutschland war man aber viel strenger darin, den Beschluß, keine Arbeitsruhe eintreten zu lassen, aufrechtzuerhalten, als man streng darauf geachtet hätte, die Feier am 1. Mai und nicht an irgendeinem Sonntag im Monat zu veranstalten. (Zustimmung.) Künftig hat die Partei in allen Ländern, wo die Arbeitsruhe bisher unmöglich war, sie möglich zu machen, sie hat die Organisationen, die feiern wollen, zu ermutigen, nicht zu entmutigen! (Bravo!) Wir Österreicher sind keine Träumer, ja manchen hier im Saale vielleicht zu nüchtern. Wenn wir die Maifeier als vorzügliches Agitationsmittel erkannt haben, so entspringt das nicht der Phantasie, sondern der Realität. Der Kopf ist gewiß eine wichtige Sache, aber das Gefühl der internationalen Solidarität, das die Maifeier im letzten Proletarier weckt, dem wir mit unseren Argumenten gar nicht beikommen, dies Gefühlsmoment ist auch eine Realität. (Bravo!) Wir wären ebenso schlechte Politiker, wenn wir den Kopf, als wenn wir das Herz vernachlässigen wollten. (Lebhafter Beifall.)

# Der Kölner Parteitag und die Maifeier.

„Arbeiter-Zeitung" vom 31. Oktober 1893.

An anderer Seite dieser Nummer finden unsere Genossen einen dem Berliner „Vorwärts" entnommenen Bericht über die Diskussion, die sich auf dem Deutschen Parteitag beim Punkte „Maifeier" entwickelte. Genosse Liebknecht hatte das Referat, welches er wie immer mit durchschlagender Beredsamkeit führte. Wir wären in der Lage, einzelnen seiner Bemerkungen unsere Bedenken gegenüberzustellen. Aus seinem eigenen Bericht geht zum Beispiel hervor, daß der vom Genossen Paul Singer in Zürich entdeckte Unterschied zwischen der englischen und deutschen Fassung der Züricher Resolution nicht bestehe. In einem uns kaum begreiflichen Mißverständnis hielt Genosse Liebknecht aber diese fable convenue aufrecht, obwohl sein eigenes Zitat seinen Ausführungen widerspricht*). Aber wir wollen auf diese Einzelheiten

*) Der Brüsseler Beschluß über die Maifeier lautete:

Der 1. Mai ist ein gemeinsamer Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen. Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, soweit das durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.

Der Züricher Beschluß hat folgenden Zusatz:

Die Sozialdemokratie eines jeden Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der in dieser Richtung an einzelnen Orten oder von einzelnen Organisationen unternommen wird.

Demgegenüber behauptete Wilhelm Liebknecht, der Beschluß laute in der englischen Fassung in wörtlicher Übersetzung:

Es ist die Pflicht der Sozialdemokratie jedes Landes, zu streben nach (to strive for) einer Feier des 1. Mai als eines Tages der Ruhe von der Arbeit und die lokalen Organisationen in ihren Bemühungen (endeavours) in dieser Richtung zu unterstützen.

Liebknecht fügte hinzu: Im deutschen Text „Versuch", im englischen „Bemühung". Nun ist, was ich nicht auszuführen brauche, zwischen „Bemühung" und „Versuch" ein himmelweiter Unterschied. Bemühung ist keine konkrete Handlung, ist schon gleichbedeutend mit Agitation, der Versuch aber ist eine konkrete Tatsache, schon ein irgendwo gefaßter Beschluß, irgendein Vorgehen. In der englischen Fassung waren wir bereit, die Resolution anzunehmen; das hat Singer ausdrücklich in Zürich erklärt. Da wurde uns aber bemerkt, daß der deutsche Text die wörtliche Übersetzung des maßgebenden französischen Originaltextes sei und das ist richtig. In diesem steht: „tentative" = Versuch; während für die Engländer, die sonst nicht zu haben waren, eine andere Lesart gewählt wurde, nämlich „endeavour", die die Engländer befriedigte und auch wie gesagt, uns befriedigt hätte.

Die Resolution, die wir Ihnen vorschlagen, schließt sich genau dem Züricher Beschluß an. Sie läßt die Frage, ob erster Mai oder erster Sonntag im Mai, vollkommen links liegen. Die Frage gilt für uns als abgetan,

nicht eingehen und sind aufrichtig erfreut, daß wir es nicht notwendig haben. Die deutschen Genossen haben auf dem Kölner Parteitag einen entschiedenen Fortschritt zur Arbeitsruhe gemacht und sind über ihren Beschluß, welchen sie im letzten Jahr in Berlin faßten, um ein wesentliches Stück hinausgegangen. In Berlin wurde noch die Arbeitsruhe allerdings für die würdigste Form der Maifeier, aber wenigstens für das Jahr 1893 für undurchführbar erklärt, und beschlossen, die Feier ausschließlich am Abend des ersten Mai abzuhalten. In dem Kölner Beschluß wird direkt „denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu imstande sind, empfohlen, neben den anderen Kundgebungen den ersten Mai durch Arbeitsruhe zu feiern". Dadurch hat der Kölner Parteitag anerkannt, daß dies für das Jahr 1894 in dem Umfang als undurchführbar angesehen wird, als das im Jahre vorher der Fall war. Damit hat sich der Kölner Parteitag den Beschlüssen des Züricher Internationalen Kongresses untergeordnet, dessen Tendenz es war, wie der Referent dort ausdrücklich hervorhob, den Bruderparteien in den verschiedenen Ländern nicht etwa etwas Unmögliches zuzumuten, wohl aber sie aufzufordern, was heute unmöglich

---

wir erklären nicht einmal, daß da, wo am 1. Mai die Feier sich nicht genügend bewerkstelligen läßt, sie am folgenden Sonntag nachgeholt werden kann. Eine solche Bestimmung würde eine Hintertür offen lassen und unserer Resolution das Gepräge eines schwächlichen Kompromisses aufdrücken. Ferner — und dadurch unterscheidet sich die Resolution von unserem vorjährigen Beschluß — stützen wir uns auf die sämtlichen früheren internationalen Kongresse. Wir sagen nicht bloß platonisch, daß wir die Arbeitsruhe prinzipiell als die würdigste Form der Feier anerkennen, wir sind weiter gegangen und haben den Beschluß seiner Substanz nach aufgenommen. Wir erstreben die Arbeitsruhe und haben den Sinn der englischen Ausdrücke „endeavour" und „strive for" unserer Resolution einverleibt. Wir können die allgemeine Arbeitsruhe nicht empfehlen, noch weniger dazu auffordern. Wenn wir schon vor zweieinhalb Jahren den Arbeitern von dem Versuch, die allgemeine Arbeitsruhe zu erzwingen, den Kampf mit dem Unternehmertum aufzunehmen, wegen der schlimmen Geschäftslage abraten mußten, so ist das heute doppelt eine Notwendigkeit und unsere Pflicht. Die Geschäftslage ist seitdem noch eine weit schlimmere geworden, und zwar durchwegs in allen Ländern.

In namentlicher Abstimmung wurde dann mit 192 gegen 3 Stimmen folgende Resolution angenommen:

> Gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse von Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893) begeht die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland zurzeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu imstande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern.

Siehe zu dieser Resolution auch die Fußnoten bei den früheren Artikeln.

erscheint, für die Zukunft möglich zu machen. Die Vorgeschichte dieses Beschlusses ist aus zahlreichen Berichten über Versammlungen, die in den letzten Monaten an verschiedenen Orten Deutschlands abgehalten wurden, zu lesen. Schon am 1. Mai 1893 kam insbesondere in Berlin eine Strömung zum Ausdruck, die entschieden für die Arbeitsruhe eintrat. Diese Strömung nahm durch den Verlauf des Züricher Kongresses, und wohl auch hauptsächlich durch die wachsende Einsicht, daß die Durchsetzung der Arbeitsruhe allerdings ein ungemein wertvolles Agitationsmittel sei, an Stärke erheblich zu und in einer Anzahl von Versammlungen zum Behuf der Wahl von Delegierten für Köln erhielten dieselben ganz ausdrücklich das Mandat, für die Durchführung der Arbeitsruhe einzutreten. Wir verhehlen nicht, daß zu gleicher Zeit auch eine entgegengesetzte Strömung, insbesondere in Bayern, platzgriff. Dort hält man die Arbeitsruhe nach den lokalen Verhältnissen für absolut undurchführbar. Aber das Dogma, daß in Deutschland die Arbeitsruhe unmöglich sei, wurde gebrochen.

Für uns Österreicher ist der Schritt nach vorwärts, den der Kölner Parteitag gemacht hat, ungemein erfreulich. Wir haben nie den ungerechten Anspruch erhoben, daß unsere deutschen Genossen uns zuliebe sich in Unternehmungen einlassen sollen, die sie nach ihrer Kenntnis der Verhältnisse als Fehler betrachten müßten.

Aber wir haben stets, und das wurde auch von deutscher Seite als richtig anerkannt, die Maifeier als eine internationale Angelegenheit angesehen, bei welcher alle Genossen, auch die deutschen verpflichtet seien, auch den Bedürfnissen ihrer Bruderparteien insoweit Rechnung zu tragen, als dies irgendwie möglich ist. Durch das uns Österreichern vielleicht allzu vorsichtig erscheinende Vorgehen unserer deutschen Genossen wurde vielfach eine Mißstimmung in weiten Kreisen unserer Partei hervorgerufen, welche um so empfindlicher war als die österreichische mit der deutschen Sozialdemokratie prinzipiell und in der Praxis, im Programm wie in der Taktik, vollständig auf demselben Boden stehen, als unzählige Fäden uns verknüpfen, als die österreichischen Genossen von jeher gewohnt waren, die deutsche Sozialdemokratie, die ältere, stärkere Bruderpartei, als Muster ihnen voranleuchten zu sehen. Niemals hat irgendein österreichischer Genosse daran gezweifelt, daß die Deutschen nur den ernstesten Erwägungen Raum geben, daß sie nur unter dem Vollgefühl ihrer Verantwortlichkeit handeln, wenn sie sich nicht auf denselben Standpunkt stellen wie wir in Österreich. Um so mehr aber freut es uns, daß dieser einzige Streitpunkt aus unseren Beziehungen verschwunden ist, daß wir anerkennen müssen; die deutsche Sozialdemokratie ist auch in der Frage der Maifeier so weit gegangen, als sie gegenwärtig kann, und sie hat manche Bedenken, die bis jetzt vorhanden waren, dem Gesichtspunkt der internationalen Solidarität untergeordnet. Wir bedauern, daß Genosse Reumann durch den Schluß der Debatte in Köln nicht mehr Gelegenheit hatte, den Standpunkt

der Österreicher in dieser Frage hervorzuheben und im Namen der österreichischen Partei unsere Anerkennung und Befriedigung über die vom Parteivorstand vorgeschlagene Resolution Ausdruck zu geben.

Und so wird denn der 1. Mai 1894 die internationale Armee des Proletariats noch enger geschlossen sehen als im Vorjahr. Es zeigt sich auch hier wieder, daß unsere internationalen Zusammenkünfte ihren Wert haben, und daß die Hauptströmung in der Arbeiterklasse aller Länder nicht, wie unsere Gegner, wenn sie nicht gerade zittern, behaupten, zu einer Abschwächung, sondern zu einer Kräftigung, zu einer größeren Entschiedenheit im Auftreten drängt. Der Kampf um den Achtstundentag wird überall, nun auch in Deutschland und bald auch in England, mit den kräftigsten Mitteln geführt werden. Noch trennt uns ein halbes Jahr von der Maifeier, aber schon heute rufen wir: Hoch der Achtstundentag! Hoch der erste Mai!

# Die Agrarfrage.

## Das Höferecht*).

„Gleichheit" vom 17. November 1888.

v. a. Nach Engels ist der Kleinbürger zusammengesetzt aus einerseits und andererseits. Und er ist das nicht etwa aus Neigung, sondern aus Zwang; einerseits möchte er nämlich aus seiner Haut fahren, andererseits kann er dies aber nicht. Er möchte einerseits das Kleingewerbe retten, welches die freie Konkurrenz zugrunde richtet, möchte Zunftregeln und feste Absatzgebiete gesetzlich fixieren. Aber andererseits bildet die rücksichtslose, kapitalistische Warenproduktion bereits den unentrinnbaren Boden seiner kümmerlichen Existenz. Er arbeitet durch Vermittlung des Exporteurs für den Welthandel, und die Lehrlingsausbeutung muß helfen, ihn noch über dem Wasser zu halten. Daraus entstehen dann halbe Maßregeln und „Genossenschaften", die nicht lebensfähig sind.

Dem Bauern geht es genau so. Grund und Boden ist Ware geworden. Sein Preis hängt ab vom Zinsfuß, sein Erträgnis vom Welthandel. Er arbeitet für den Verkauf; und wäre sein Gut gerade ausreichend, um seine Familie zu ernähren, der Staat will Geld von ihm, das er sich nur für Waren verschaffen kann. Es gibt für ihn keine rettende Insel im kapitalistischen Meer. Er braucht Geld, um seinen Betrieb zu verbessern, für Meliorationen; er muß borgen,

*) Am 19. Februar 1886 hatte der Ackerbauminister Graf Falkenhayn seinen Gesetzentwurf über die bäuerliche Erbfolge, das sogenannte „Höferecht" im Abgeordnetenhaus eingebracht. Es sollte danach für Güter mittlerer Größe das freie Erbrecht aller Kinder an Grund und Boden beschränkt und nur ein Sohn das Gut übernehmen. Aber auch der Gesetzentwurf wagte angesichts des Widerstandes gerade der böhmischen Bauern, die freie Verfügung für den Todesfall nicht aufzuheben, sondern sollte nur für den Fall gelten, als kein Testament vorliegt. Das Gesetz fand im Ausschuß vielfachen Widerstand, aber schließlich kam es doch im November 1888 im Plenum zur zweiten Lesung. Und dort wurde es dann doch angenommen. Doch war die Vorlage nur ein Rahmengesetz. Sie sollte in den Ländern in Kraft treten, wo der Landtag ein Durchführungsgesetz beschlossen hatte. Im April 1889 wurde das Gesetz kundgemacht. Aber die Landtage beeilten sich nicht mit der Durchführung. Im Dezember 1888 wurde auch ein Gesetz gegen die Güterschlächterei beschlossen, aber auch nur als Rahmengesetz, zu dem die Landtage die Durchführungsgesetze beschließen sollten.

Hypotheken aufnehmen, Zinsen zahlen. Seine Felder sind nicht schlechter geworden, er selbst nicht fauler, und doch ist sein Reinertrag verschwunden. In Rußland, in Amerika, in Indien, in Australien wird Getreide massenhaft erzeugt, ein reicher Segen erschließt sich, der Hungersnot auf absehbare Zeit ausschließt. Nicht ein Scheffel Weizen wächst dem Bauern darum weniger, und doch ist er ruiniert. Denn Getreidefrüchte wie Stiefel sind nicht dazu da, um verbraucht zu werden, sondern um verkauft, auf den Markt gebracht zu werden, auf denselben Markt, für den unser Bauer arbeitet und auf welchem er unterliegt. Er muß unterliegen, weil seine technische Ausrüstung für die Produktion, seine Arbeitsbedingungen, seine Gestehungskosten, wozu die Steuern und Hypothekenzinsen vor allem gehören, ihn so sehr in Nachteil gegen seine Konkurrenten in anderen Weltteilen setzen, daß die Transportkosten der anderen bei weitem ausgeglichen werden. Der Rest ist Exekution.

Da rufen denn die Bauern um Hilfe. Und unsere Bauernretter sind bereit dazu. Die armen Bauern haben sie ja speziell dazu gewählt, die Herren Liechtenstein, Türk, Steinwender*) usw., um sie zu retten, und sie müssen endlich mit der Rettung beginnen. Die Herren haben auch viel und schön vom bösen Kapitalismus gesprochen, wenn sie grob waren, haben sie ihn Judenherrschaft genannt, die an allem schuld sei. Und nun soll es losgehen.

Da liegt ein Gesetz dem Reichsrat vor, welches Höfrerecht heißt und eigentlich nichts anderes ist als die Erlaubnis für die Landtage, Gesetze zu machen. Die Landtage dürfen danach das Erbrecht für „Besitzungen mittlerer Größe" ändern. Jedenfalls darf der „Hof" nicht unter die Erben geteilt werden, sondern einer der Erben, der Anerbe, hat ihn zu übernehmen und den anderen ihr Teil herauszuzahlen. Dabei kann zugunsten des Anerben ein Abschlag bis zu

*) Von den Personen, die da genannt sind, war Dr. Otto Steinwender Professor am Mariahilfer Gymnasium. Er war in Villach gewählt und gehörte in den achtziger Jahren zu den Radikalen, die den Kampf gegen die liberale Korruption energisch führten. Er hat 1882 mit Schönerer, Pernerstorfer, Friedjung und Adler das sogenannte Linzer Programm verfaßt, das zunächst das Programm der demokratischen Deutschnationalen war, bis es von Schönerer um den „Judenpunkt" vermehrt und um die demokratischen Punkte vermindert, zum Programm der deutschnationalen Antisemiten wurde. Steinwender ist nach der Wahlreform der Agrarpartei beigetreten. Im Kärntner Landtag hat er mit den Agrariern gegen höhere Ausgaben für Schule und Lehrer gestimmt, wie er ja in seinem Wesen ein Fiskalist war. Deshalb ist er immer für höhere Steuern eingetreten, auch für hohe indirekte Steuern, aber ebenso für hohe Steuern auf die Kapitalisten. Nach dem Umsturz wurde er Staatssekretär für Finanzen. Karl Türk, ein schlesischer Tierarzt, war ein fanatischer Anhänger Schönerers. Prinz Alois Liechtenstein ist der Vertreter der Bauern von Hartberg, Führer der schwärzesten Klerikalen, später Wiener Abgeordneter und Führer der Wiener Christlichsozialen. Der später genannte Abgeordnete Posch, ein Klerikaler, war ansonsten in den weitesten Kreisen unbekannt.

einem Drittel vom lastenfreien Wert gemacht werden. Alles das kann aber nur geschehen, wenn kein Testament da ist, welches anderweitig verfügt, und der Anerbe selbst kann abverkaufen, was er will. Schließlich kann der Landtag aber auch bestimmen, daß die von ihm als „Höfe" zu bezeichnenden Bauerngüter unter keinen Umständen, auch durch Testament nicht, teilbar sind und auch von Personen, die derlei Höfe oder größere landwirtschaftliche Besitzungen schon haben, nicht erworben werden dürfen.

Das Gesetz ermöglicht also den Landtagen, erstens die Begünstigungen des Anerben, welcher den Hof übernimmt, somit die teilweise Konfiskation des Eigentums der anderen Erben, und zweitens ermöglicht es die Beschränkung der Teilbarkeit dieses Hofes.

Zu den Schulden nämlich, die auf dem Bauern lasten, gehören jene, welche der Bauer machen muß, um die Erbansprüche seiner Geschwister zu befriedigen, wenn er den Hof von seinem Vater übernimmt. Wird in diesem Falle das Gut nicht wirklich geteilt, so wird es geschätzt und sein Marktpreis heute gesetzlich zu gleichen Teilen geteilt. Der Übernehmer wird Gutsbesitzer, die anderen Erben Satzgläubiger. Diese Lasten des Hofes sollen nun gemindert werden, so daß der Anerbe „gut dabei bestehen könne".

Die Beschränkung der Teilbarkeit soll, wenn sie nämlich die Landtage beschließen, was gewiß nur wenige tun werden, einerseits die Zerstückelung in Parzellen, andererseits die Aufsaugung durch den Großgrundbesitz hindern.

Dieses Gesetz wird an dem heutigen Zustand nichts ändern.

Die Begünstigung des Übernehmers geschieht heute schon mit Umgehung des Gesetzes, „Gott sei Dank", sagte der Ackerbauminister. Aber die Erbteilungsschulden sind eben lange nicht die drückendsten und unter den Ursachen des Ruins des Bauernstandes durchaus nicht die wichtigsten. Selbst wenn das Gesetz eine erhebliche Änderung des heutigen Zustandes brächte, wäre dem Hofbesitzer wenig geholfen. Und die Herren wissen das ganz gut.

Der Abgeordnete Posch, ein energischer Vorkämpfer des Höferechtes, sprach es gelassen aus: „Die Einbringung eines solchen Gesetzentwurfes ist ein billiges Mittel, um die Bevölkerung glauben zu machen, daß auch die Regierung dem bedrängten Bauernstande zu Hilfe zu kommen bereit sei."

Und der Abgeordnete Steinwender sagte mit Beziehung auf das Gesetz: „Und wäre dieses künstliche Mittel unnütz, es wäre nicht zu verwerfen, wenn es wenigstens den Erfolg hätte, daß der Bauernstand wieder Hoffnung faßt, daß er sieht, man beschäftigt sich mit ihm, man will ihm in dieser schwierigsten Lage die Existenz möglich machen, man will ihn erhalten, bis eine Besserung eintritt, welche herbeizuführen zum Teil Aufgabe der Regierung ist, welche aber auch durch die Änderung der allgemeinen Produktions- und Absatzverhältnisse zum Teil von selbst eintreten muß.

Ich glaube daher, wenn Seine Exzellenz der Herr Ackerbauminister an nichts weiter denkt als an eine weitere Reform des Güterrechtes, so ist uns damit sehr wenig geholfen.

Er muß unsere wirtschaftlichen Zustände heben, sonst werden wir dahin kommen, daß wir zwar ein ausgezeichnetes Erbrecht besitzen, aber der Bauer wird nicht da sein, der etwas zu vererben hat."

Wie sich dieser Bauernretter die „Aufgabe der Regierung" vorstellt, sagt er klar: Unterstützungen der Bauern in Form von ausgiebigen Steuernachlässen und Subventionen. Mit anderen Worten, nachdem der Anerbe seinen Geschwistern ihr Erbgut weggenommen, ist er so freundlich, sie einzuladen, auch die Steuern für ihn zu bezahlen, wie sie schon den Militärdienst für ihn leisten müssen. Daß der Staat das verlangte Präsent etwa ersparen soll, kann Steinwender nicht meinen, im Augenblicke, wo das Parlament, vielleicht auch er selbst, im Begriffe steht, die neue Wehrvorlage mit Begeisterung zu votieren!

Wollten die Herren konsequent sein, wollten sie wirklich den Bauernstand „retten", so müßten sie energischer vorgehen. Sie müßten eines der radikalen Rezepte von Rodbertus oder Vogelsang*) anwenden: die Grundbücher schließen, die Höfe für unverschuldbar erklären, zum mindesten ausschließlich die Rentenverschuldung zulassen. Von allen Seiten tönt es ja, „der Grundbesitz sträubt sich dagegen, als Kapital behandelt zu werden, seine Eigentümlichkeit ist die Rentennatur". Nun möchten sie ihn einerseits gern retten, andererseits können sie eben aus dem ehernen Ring, den die kapitalistische Produktionsweise um sie gelegt, nicht heraus. Mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz, mit allem ihrem Denken sind die ohnmächtigen Reformer an sie geschmiedet. So muß die Kunst „der Rettung des Bauernstandes" sich darauf beschränken, einerseits den Pelz zu waschen, ohne ihn andererseits naß zu machen.

Und sie möchten ihn so gern retten! Denn wie der Abgeordnete Türk ausführte, ist „der Bauernstand unentbehrlich für die Erhaltung der Monarchie". Und das ist ja ein „Ziel, aufs innigste zu wünschen", sagt Hamlet.

Dann aber fährt der weise Seher fort: „Der Bauernstand wird sich nämlich jederzeit allen gewaltsamen sozialdemokratischen Umwälzungen auf das entschiedenste entgegenstellen. Ich kenne die Bauern. Sie haben in manchen Ländern wirklich gar keine Ursache mehr, mit solcher Treue und Liebe an ihrem Boden zu hangen, aber in dieser Beziehung sind sie einmal unverbesserliche Hartschädel und haben sie es einmal an sich, an diesem Boden mit solcher Treue und Liebe, mit solcher zähen, unüberwindlichen Anhänglichkeit zu hangen, und wenn sie sich auch noch so kümmerlich auf diesem Boden ernähren, so

*) Über Karl v. Vogelsang siehe den Artikel „Der Katholikentag" in der „Gleichheit" vom 10. Mai 1889.

werden sie ihn doch, wenn die sozialdemokratische Armee einst kommen und an ihn heranfluten sollte, mit eiserner Gewalt verteidigen und einen harten und mächtigen Damm gegen diese Überflutung bilden."

Und das ist für Herrn Türk ausschlaggebend. Wenn er sich aber täuschen sollte, wenn die Bauern, nachdem sie die Rettungen des Herrn Türk und seiner Freunde genugsam ausgekostet, doch merken sollten, daß es aus der privatkapitalistischen Produktionsweise auch für sie nur den einzigen Ausweg gibt, den Fortschritt zur genossenschaftlichen Produktion?!

Und wenn die Bauern wirklich solche „Hartschädel" wären, wofür Herr Türk sie hält, so verwechselt er in seinem Siegesrausch die Bauern mit seinen geliebten „Anerben". Die Proletarisierung der Bauern, welche der Kapitalismus bewirkt, wird diese schlaue „Sozialreform", soweit sie überhaupt eine Wirkung hat, beschleunigen. Und die enterbten Brüder des Anerben, denen ihr Besitz unter dem Vorwand einer „wirtschaftlichen Notwendigkeit" konfisziert wurde, werden sich das Prinzip gefallen lassen; „Hartschädel", wie sie aber sind, werden sie das Prinzip der „Konfiskation im Falle der wirtschaftlichen Notwendigkeit" konsequent durchzuführen wissen und zum Wohle der Gesamtheit.

Also wohlgemerkt, Herr Türk, wenn es zum Schlagen kommen sollte, gibt es Hartschädel auf beiden Seiten. Das Verdienst aber, die expropriierten Bauernsöhne der sozialdemokratischen Armee zugeführt zu haben, bleibe Ihnen unbestritten, der Sie ihnen jenen Boden nehmen wollen, an dem sie „mit solcher Treue und Liebe, mit solcher unüberwindlichen Anhänglichkeit hangen".

# Die Agrarfrage auf dem Frankfurter Parteitag*).

„Arbeiter-Zeitung" vom 9. und 23. November 1894.

Die Sozialdemokratie kämpft mit zwei Schwierigkeiten. Erstens: sie ist eine revolutionäre Partei, eine Partei der Zukunft, die aber in der Gegenwart, auf die gegebenen Verhältnisse und innerhalb derselben wirken muß. Die Arbeit der Sozialdemokratie muß im

*) Dieser Artikel ist ein Teil eines Doppelartikels, den Adler unter dem Titel „Zum Frankfurter Parteitag" geschrieben hat. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der vom 21. bis 27. Oktober 1894 in Frankfurt am Main tagte, beschäftigte sich vornehmlich mit zwei wichtigen Fragen: mit der Frage der Bewilligung des Budgets einiger deutscher Staaten durch die sozialdemokratischen Abgeordneten — der Teil beider Artikel, der sich mit diesem Gegenstand beschäftigt, ist in dem Abschnitt, der von der Budgetbewilligung handelt, abgedruckt — und mit der Agrarfrage. Zu dem Punkt „Agrarfrage und Sozialdemokratie" waren Dr. Bruno Schönlank, der Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung", und Georg v. Vollmar, der bekannte bayrische Abgeordnete

Klassenstaat verrichtet werden, um ihn zu bekämpfen, muß sie seinen Boden betreten. Sie kann weder in puritanischer Scheu vor profaner Berührung mit der Wirklichkeit von heute im Wolkenkuckucksheim des „reinen revolutionären Prinzips" und des „Zukunftsstaates" schwelgen, noch darf sie über dem kleinen und oft kleinlichen Detail des Kampfes für die Gegenwartsinteressen der von ihr vertretenen Volksschichten den revolutionären Charakter der Partei verdunkeln lassen. Diese taktische Schwierigkeit wächst um so mehr, je mehr die politisch-praktische Tätigkeit der Partei möglich und damit notwendig wird.

Eine weitere Schwierigkeit aber bereitet die Schnelligkeit des Wachstums der Partei. Die industrielle Arbeiterschaft ist ihrem Wesen nach notwendig eine revolutionäre Klasse, und in bezug auf sie besteht die Parteitätigkeit wesentlich darin, ihren revolutionären Charakter ihr selbst zum klaren Bewußtsein zu bringen und ihm zum Ausdruck zu verhelfen. Aber die Sozialdemokratie ist in Deutschland bereits über die Klasse der Lohnarbeiter hinausgewachsen, mehr und mehr treten in ihre Reihen neben die Proletarier von heute die Proletarier von morgen, die Kleinbürger und neuerdings auch stellenweise die Kleinbauern. Das sind aber wesentlich und notwendig durchaus reaktionäre Schichten, woran die mitunter polternd radikale Form ihres politischen Gehabens nicht das geringste ändert. Der wirtschaftliche Entwicklungsprozeß, die Grundlage, die Hoffnung der Arbeiterklasse ist für sie die Quelle tödlicher Furcht. Erst wenn sie ihr augenblickliches Klasseninteresse überwunden haben durch die Einsicht, daß es ihr unabwendbares Schicksal ist, als Kleinbürger zu Grunde zu gehen und ihre einzige Hoffnung durch den Befreiungskampf des Proletariats als Menschen wieder aufzuerstehen, dann sind sie Sozialdemokraten geworden.

Ohne Zweifel ist dieser Zuzug nützlich, nicht nur wegen der bloß zahlenmäßigen Verstärkung unserer Partei und der Schwächung

---

und erfolgreiche Bauernagitator, als Referenten bestellt. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der es hieß:

Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirt vor Nachteilen bewahren.

Der Landarbeiterschutz soll das Koalitions- und Vereinigungsrecht des ländlichen Arbeiters schaffen, ihn auf eine Stufe mit den gewerblichen Arbeitern stellen (Aufhebung der Gesindeordnung) und durch eigene sozialpolitische Schutzgesetze (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Aufsichtsbeamte) ihn vor der zügellosen Ausbeutung bewahren.

Ein besonderer Agrarausschuß hat dem nächsten Parteitag seine Vorschläge vorzulegen.

Die Agrarkommission, die auf dem Frankfurter Parteitag gewählt wurde, teilte sich dann in drei Unterausschüsse: je einer für Norddeutschland, für Mitteldeutschland und für Süddeutschland. Jeder dieser drei Unterausschüsse arbeitete einen Entwurf aus. Alle diese Entwürfe wurden dem nächsten Parteitag vorgelegt, der im Jahre 1895 in Breslau stattfand.

der Gegner, sondern auch, weil wir Agitationskräfte von äußerer wirtschaftlicher Selbständigkeit gewinnen. Sind wir ja doch durch die Brutalität, mit der die Unternehmerschaft irgendwie agitatorisch oder organisatorisch tätige Lohnarbeiter aufs Pflaster wirft, selbst mehr und mehr gezwungen, solchen Genossen eine kleinbürgerliche Existenz von einiger Unabhängigkeit zu schaffen. Aber es wäre ein Fehler, zu verkennen, daß der Zuzug aus dem Kleinbürgertum die Tendenz hat, auf die Klarheit und die taktische Entschiedenheit der Partei nachteilig einzuwirken. Auch dem Gewerbsmann, der sich zum Sozialdemokraten entwickelt hat, kleben gewissermaßen die kleinbürgerlichen Eierschalen noch an und ab und zu zeigen sich bedenkliche Symptome dafür, daß der als Kleingewerbsmann oder Kleinkaufmann ansässig gewordene sozialdemokratische Proletarier sich auch politisch zum Kleinbürger zurückentwickelt. Es ist ein grober Irrtum, wenn die Symptome einer kleinbürgerlichen Unterströmung innerhalb der Partei zu erklären versucht werden durch den Hinweis auf jene „satten Existenzen". Sie sind nichts weniger als „satt", die armen Kleinbürger, und was sie reaktionär macht, ist nicht etwa ihre Zufriedenheit, sondern ihre Unsicherheit, ihre Angst vor dem Ende, das der Proletarier bereits längst hinter sich hat. Wir müssen hier von Einzelheiten absehen; charakterisiert sich der kleinbürgerliche Zug überall durch die Furcht vor der wirtschaftlichen Umwälzung, welche die Lebenshoffnung des Proletariats ist, durch den ängstlichen Ausblick nach rettenden Planken, die der steigenden Flut der Proletarisierung gegenüber noch eine Galgenfrist gewähren könnten, so besteht gar keine Gefahr, daß dieser Zug jemals Bedeutung in der Sozialdemokratie gewinnen könnte; viel zu sehr überwiegt da das proletarische Element. Weit wichtiger ist, daß der Kleinbürger, auch der sozialdemokratische, geneigt ist, seinen Kampf wesentlich gegen die Auswüchse des Kapitalismus zu richten, statt gegen ihre Wurzel, den Kapitalismus selbst; zu versuchen, den Kapitalismus und den Klassenstaat gewissermaßen zu moralisieren statt ihn grundsätzlich zu bekämpfen. Gerade diese Taktik ist allerdings geeignet, der Partei Anhänger unter den Unzufriedenen aller Klassen zu werben, aber nur auf Kosten ihrer Zielklarheit und Geschlossenheit.

Weit schwieriger wird die Sache, sobald die Sozialdemokratie ihre Agitation auf das flache Land erstreckt. Hier kommen vor allem die ungeheuren Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung in Betracht, die weit größer sind als auf dem Gebiete der gewerblichen Produktion. Wo, wie im Norden und Osten Deutschlands, der landwirtschaftliche Großbetrieb vorherrscht, wo dem Junker der Landproletarier gegenübersteht, mag er noch als ansässigen Instmann vermummt oder als „freier Taglöhner" entlarvt sein, dort tritt der Klassenkampf in reinlichster Form auf und der Einzug der Sozialdemokratie ist nur eine Frage allerkürzester Zeit, deren Dauer bestimmt wird durch ihre Geschicklichkeit in der Überwindung der Schwerfälligkeit des ländlichen Arbeiters, seiner größeren Abhängigkeit und der größeren Brutalität der Ausbeuter.

Anders im Süden und Westen, wo — so wie in den meisten Teilen Österreichs — die mittlere und kleine Betriebsform vorwiegt, die allerdings mit dem Untergange kämpft, aber noch keineswegs untergegangen ist. Die Bauernschaft ist unzufrieden und hat allen Grund dazu. Sie ist aber darum nicht weniger reaktionär, ist weit reaktionärer noch als das Kleinbürgertum. Man darf nicht vergessen, daß der Umwälzungsprozeß in der landwirtschaftlichen Produktion weit langsamer vor sich geht als in der Industrie; daß die Tendenz, die Richtung in der Entwicklung schon darum weit schwerer festzustellen und zu durchschauen ist, und daß diese Schwierigkeit noch vermehrt wird durch die örtlichen Verschiedenheiten, die weit langsamer als in der Industrie durch die nivellierende Walze des Kapitalismus verwischt werden. Es ist fürwahr nicht zu verwundern, daß der Bauer die moderne wirtschaftliche Umwälzung nur als seine Todfeindin erkennt, aber nicht begreift, daß sie auch seine Erlöserin sein wird.

Damit soll aber nicht gesagt sein, daß der Bauer für den Anschluß an die Sozialdemokratie nicht zu haben sei. Im Gegenteil, er kommt überall zu ihr, wo er so weit ist, den Klassenstaat, der ihn durch Steuern und Militärdienst drückt, und den Kapitalisten, der ihn durch Hypotheken ausbeutet, energisch bekämpfen zu wollen. Die Notwendigkeit, sich mit der ländlichen Bevölkerung zu befassen, wird unserer Partei geradezu aufgedrängt. Das zeigt sich überall und es gibt Länder, Italien zum Beispiel, vielleicht auch Ungarn, wo das flache Land das entscheidende Schlachtfeld sein wird.

Die Sozialdemokratie aller Länder muß sich also darauf einrichten, die Agitation auf das Land zu tragen und darauf in ihre Reihen nicht nur Landarbeiter, sondern auch Bauern zu bekommen. Die Partei muß also aus ihrem Programm auch jene Konsequenzen ziehen, welche die Landwirtschaft betreffen, während bisher ziemlich ausschließlich die Industrie und das industrielle Proletariat berücksichtigt wurden.

Wir sagen: die Sozialdemokratie hat aus ihrem Programm jene Konsequenzen zu ziehen, die die Landwirtschaft betreffen, wir sagen aber n i c h t: die Sozialdemokratie habe ihr Programm zum Gebrauche bei der Landagitation zu adaptieren, anzupassen. Und hier scheint uns der Kern der Fragen zu liegen, welche den Frankfurter Parteitag beschäftigten und deren Diskussion ihm sein Gepräge gab.

Daß die Bauernschaft überall mehr oder minder leicht zu gewinnen ist, wenn sich ihr die Sozialdemokratie einfach als antikapitalistische Partei vorstellt, darüber ist kein Zweifel. Anders aber verhält sich die Sache, wenn die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei, und zwar als revolutionäre Arbeiterpartei auftritt. Man darf sich darüber nicht täuschen, eine prinzipiell geführte Agitation muß in den wirtschaftlich rückständigen Provinzen mit vorwiegendem Bauerntum früher oder später wirken wie Scheidewasser. Selbstverständlich daß der Landarbeiter, aber auch der kleine Bauer, der selbst arbeitet und nur seine Familienmitglieder ausbeutet, existenz-

fähig nur ist, weil er und seine Familie mit einer Lebenshaltung vorliebnehmen, die weit tiefer steht als die des Industrieproletariers, sie gehören der Sozialdemokratie und werden ihr überall zufallen. Der Groß- und Mittelbauer aber, der bereits wesentlich auch Ausbeuter seiner Knechte und Mägde, seiner „Dienstboten" ist, wird, da er selbst unzufrieden und Schuldknecht des Kapitals ist, so lange mit der Sozialdemokratie gehen können, als diese an die Knechte nicht herankommen kann. Sobald wir die Dienstbotenfrage anschneiden, und wir müssen es, sobald wir es können, erkennt der Bauer uns als Arbeiterpartei, der Klassengegensatz zwischen Bauer und Kapitalisten tritt zurück hinter den Klassengegensatz zwischen Bauer und Knecht; er hört zunächst auf, der Sozialdemokratie zu folgen, und wird sie erst wieder zu finden wissen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung ihn dem Proletariat näher gebracht hat.

Wenn Genosse Schönlank in der Agrardebatte auf dem Frankfurter Parteitag gemeint hat, wir könnten die Bauernschaft, wenn nicht gewinnen, so doch „pazifizieren oder neutralisieren", so ist er mithin unseres Erachtens in einem Irrtum, den er, wie es scheint, mit dem Genossen Vollmar teilt. Wir können und müssen unsere Taktik den Verhältnissen anpassen, wir können aber nicht und dürfen nicht unser Programm dem Wunsche anpassen, die Reihen unserer Partei durch bäuerliche Elemente zu vergrößern. Darüber sind wir alle einig. Wir können also und müssen dem Kleinbauer sagen, du bist Arbeiter, du gehörst zu uns; wir müssen dem Bauer aber auch sagen, daß wir zu ihm stehen können und werden in seiner Eigenschaft als Arbeitender, nicht aber in seiner Eigenschaft als Besitzender, als Ausbeuter fremder Arbeitskraft. Die französischen Sozialdemokraten haben sich in Nantes*) ein agrikoles Programm gegeben, das ziemlich glücklich, wenn auch unseres Erachtens nicht überall mit genügender Schärfe diesem Unterschied Ausdruck gibt. Viel weniger glücklich scheint uns die Resolution des Frankfurter Parteitages zur Agrarfrage zu sein, in welcher der Satz: „Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirt vor Nachteilen bewahren", vorkommt, was zu Mißverständnissen hüben und drüben Anlaß geben dürfte. Oft hört man und Genosse Vollmar schien in seinem Referat demselben Gedanken Ausdruck zu geben, daß der kommunistische Grundzug unseres Programms geeignet sei, die Bauern abzuschrecken, daß von der „Expropriierung der Expropriateure" bei

*) Im Jahre 1892 hat auch die französische Arbeiterpartei auf ihrem zehnten Nationalkongreß in Marseille beschlossen, in die im Jahre 1893 stattfindenden Kammerwahlen mit einem Agrarprogramm einzutreten, um eine intensive Landagitation entfalten zu können. Es wurde eine eingehende Enquete veranstaltet und dann ein Agrarprogramm beschlossen, das der Partei einen schönen Wahlerfolg brachte. Die Partei stieg von 176.369 Stimmen im Jahre 1889 auf 589.232, davon 428.846 außerhalb Paris. Die Arbeiterpartei erhielt 12, die Allemanisten 7, die Blanquisten 4 Mandate.

der Landagitation zu schweigen sei. Wir sind nicht dieser Ansicht. Es ist selbstverständlich, daß die Agitation auf dem Lande wie überall zu beginnen hat mit dem der betreffenden Volksschichte Verständlichsten, daß sie anknüpfen muß an die besonderen Verhältnisse derselben; aber zu verbergen haben wir nichts und haben es auch gar nicht nötig. Denn wir sind durchaus in der Lage, den Kleinbauern zu sagen, daß die Sozialdemokratie ihnen nichts nehmen wird als ihre Hypothekenschulden und die Notwendigkeit einer rückständigen Produktionsweise mit veralteten Werkzeugen. Der Groß- und Mittelbauer freilich, der sich der Sozialdemokratie anschließt, ohne Sozialdemokrat zu sein, der wird uns nicht erhalten bleiben, wenn wir konsequent und offen sind. Ihm zuliebe aber Konzessionen zu machen, wäre ein Fehler, in den die deutsche Sozialdemokratie n i c h t verfallen wird, das hat der Frankfurter Parteitag gezeigt.

Jener Gegenstand der Tagesordnung, bei welchem die ganze Streitfrage eigentlich gründlich und prinzipiell zu erörtern gewesen wäre, die Agrarfrage, wurde nach langen Referaten und ohne Debatte jäh abgetan. Es geschah das aus doppeltem Grunde. Insofern es sich um die sachliche Erörterung der Lage der Landwirtschaft, und zwar sowohl der Landarbeiter als der Bauern, handelte, war so viel zu sagen, daß der Parteitag dazu unmöglich Zeit hatte, und es wurde in der Hauptsache zweckentsprechend eine ständige Kommission gewählt. Soweit aber die Taktik der Partei ins Spiel kam, war sie schon gelegentlich der bayerischen Debatte so ausführlich erörtert, daß es sich im wesentlichen nur um eine Wiederholung gehandelt hätte. Trotzdem hatte das Abschneiden der Debatte den Mißstand, daß eine Resolution angenommen wurde, die zwar begründet, aber nicht in allen einzelnen Streitpunkten diskutiert wurde. Wir haben in unserm ersten Aufsatz schon bezeichnet, was wir und eine große Anzahl von Delegierten in der Resolution für bedenklich halten. Es ist der Hinweis auf den „Bauernschutz", das Versprechen, die Sozialdemokratie werde den Bauer „als Schuldner, als Steuerzahler, als Landwirt vor Nachteilen bewahren". Es ist sehr zu bedauern, daß V o l l m a r in seinem zum Teil vortrefflichen Referat sich damit begnügte, einige außerordentlich sachgemäße Winke für die praktische Landagitation zu geben, hingegen fast ganz darauf verzichtete, die Resolution zu begründen. Hätte er es getan, dann wäre wohl auch zu erfahren gewesen, wie er sich den „Bauernschutz" vorstellt und welche Forderungen er dem Programm der Sozialdemokratie hinzufügen will. Eine ganze Reihe, ja fast alle Punkte unseres Programms kommen den Bauer zugute als Boden b e a r b e i t e r, aber wir geben uns nicht der Illusion hin und wollen auch die Illusion nicht erwecken, sie könnten den Bauer „schützen" als Boden b e s i t z e r. Dazu sieht es fast so aus, als ob V o l l m a r nicht einmal so sehr an den Schutz des Kleinbauers, des armen Bearbeiters seiner armseligen Scholle denkt, als daß ihm die Gewinnung des „Gmoawirts" und seines Stammtisches am Herzen liegt, des mächtigen Lenkers der Wahlen

in den Landgemeinden. Jedenfalls aber tritt der Gedanke an den Landarbeiter völlig zurück. Um einer Illusion nachzujagen, läuft man Gefahr, den festen Boden des Klasseninteresses und des Klassenbewußtseins unter den Füßen zu verlieren. Und wie jeder Opportunismus am letzten Ende seinen eigenen Herrn schlägt, was wäre der Gewinn davon, wenn Sozialdemokraten um die Wette mit Konservativen, Bauernbündlern usw. in „Bauernrettung" machten? Hätten sie Erfolg, könnten sie ihn haben, die „geretteten" Bauern wären die festesten Stützen des Klassenstaates, der ihnen die Knechte gefügig macht, und während heute ihre revolutionären Instinkte von einst wieder erwachen, hätten wir dann erst recht die größten Gegner an ihnen. Doch zum Glück oder Unglück, wie man will, die Bauernretterei ist nicht nur reaktionär, sondern auch utopisch.

# Die Debatte über das Agrarprogramm.

„Arbeiter-Zeitung" vom 12. Oktober 1895.

Die erregte Debatte*) über das Agrarprogramm, in der auf beiden Seiten der Diskutierenden viele der bekanntesten und verdientesten Männer der Partei gegeneinander aufgestanden sind, wird unter den Genossen auch dort, wo man bisher den Fragen, die das Agrarprogramm umfaßt, ferngestanden ist, die lebhafteste Teilnahme erwecken. Ja, es dürften denen, die weniger mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der Natur des Streitgegenstandes vertraut sind, sogar Bedenken aufsteigen, wenn sie lesen, wie auf der einen Seite Männer der Partei von verdientestem Ansehen die Annahme des Agrarprogramms als Lebensinteresse der Sozialdemokratie hinstellen, während andere von gleichem Gewicht aus demselben Grund seine Verwerfung empfehlen.

Die Agrarkommission, die das Agrarprogramm für den Parteitag ausgearbeitet hatte, hat unter dem Druck der vorwiegend ungünstigen Beurteilung ihrer Arbeit in der Parteipresse und in den Versammlungen denjenigen Teil des Agrarprogramms, der die

*) Auf dem Parteitag in Breslau, der vom 6. bis 12. Oktober 1895 tagte, stand gleich nach den Berichten auf der Tagesordung der Punkt: „Die Vorschläge der Agrarkommission zum Parteiprogramm". Als Referenten dafür waren Max Quarck und Max Schippel bestellt. Die Abteilungen der Agrarkommission, die in Frankfurt gewählt worden war, hatten nämlich außer den verschiedenen Entwürfen auch Vorschläge zu dem Parteiprogramm ausgearbeitet.

Der Parteitag nahm mit 158 gegen 63 Stimmen den prinzipiellen Teil und dann mit allen gegen eine Stimme den zweiten Teil des Antrages Kautsky an. Der Antrag Kautsky lautet in seinen wesentlichen Punkten:

Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen; denn dieses Programm stellt der

speziellen Vorschläge zur Besserung der Lage der Kleinbauern enthält, und der ursprünglich dem zweiten Teil des Erfurter Programms eingefügt war, als besondere Resolution vorgelegt. Damit sollte einem der allgemeinsten und stärksten Einwände der Boden entzogen werden. Auch sollten die Anträge, die diese Resolution enthält, nur das Substrat für die Verhandlungen bilden; Abänderungen waren von vornherein erwartet. Doch stimmten alle Redner, die für die Annahme des Agrarprogramms eintraten, sowohl Quarck wie Schoenlank und David, als auch Bebel und Liebknecht, darin überein, daß schon dieser Parteitag die Stellung der Sozialdemokratie präzisieren müsse. Die Agrarfrage stehe heute im Vordergrunde des öffentlichen Interesses. Nicht nur um die Landarbeiterfrage handle es sich, denn diese ist als Arbeiterfrage selbstredend die eigenste Sache der Sozialdemokratie, sondern auch um die Ackerbaukrise, soweit sie den kleinen Bauer umfaßt. Die Sozialdemokratie stehe mit ihren Sympathien auf seiten dieser in furchtbarem Elend ringenden Klasse. Sie dürfe den Bauer nicht der Demagogie der Junker und den Charlatanerien der Antisemiten preisgeben. Aber durch eine rein prinzipielle Propaganda werde man zunächst bei dem Bauer nichts gewinnen. So wie die Sozialdemokratie die Partei des deutschen Arbeiters geworden ist, weil sie seine Lebensinteressen vertreten hat, ebenso könne sie den Bauer nur herüberziehen, wenn sie sich seiner heutigen Bedürfnisse und Forderungen annehme. Überhaupt könne die Sozialdemokratie einer Frage gegenüber, die heute alle Welt bewegt, nicht ohne bestimmte Antwort bleiben. Das fordere nicht nur ihr politisches Ansehen, sondern es sei auch ein praktisches Bedürfnis, da den Vertretern der Partei im Reichstag und in den Landtagen eine bestimmte Richtschnur vorgezeichnet sein müsse. Die Gegner des Agrarprogramms erklären demgegenüber, daß einer bestimmten Stellungnahme ein gründlicheres Studium der Frage vorangehen

---

Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht... Ferner weist der Entwurf dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats...

Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft ihre eigentümlichen, von denen der Industrie verschiedenen Gesetze hat, die zu studieren und zu beobachten sind, wenn die Sozialdemokraten auf dem flachen Lande eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen, eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das... Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands."

Über die Agrardebatte hat Adler noch während des Parteitages geschrieben, so daß der Artikel noch vor Schluß des Parteitages erscheinen konnte: einige Tage später schrieb er über die gesamten Ergebnisse des Breslauer Parteitages.

müsse, und fordern die Verwerfung des vorliegenden Antrages, weil er Forderungen stelle, die den Prinzipien der Partei zuwiderlaufen.

Die Gegner des Agrarprogramms halten die von der Agrarkommission als Programmpunkt aufgestellten Verstaatlichungen, vor allem jene der Hypothekarschulden, für eine gefährliche Verstärkung der arbeiterfeindlichen Staatsmacht; sie behaupten, daß die Forderungen betreffs der Erhaltung der Gemeindeländereien, Waldrechte usw. den Anforderungen der modernen Wirtschaft widersprechen; sie behaupten, daß der Bauernschutz des Agrarprogramms als Schutz des bäuerlichen Besitztums dem Grundsatz von der Aufhebung des Eigentums zuwiderlaufe, zudem in sehr vielen Fällen nur auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt werden könnte. Die Anhänger, die selbstverständlich gleichfalls von jenem obersten Grundsatz der Aufhebung des Eigentums ausgehen, sind der Ansicht, daß ihre Vorschläge ihm nicht widersprechen, daß sie vielmehr eine Notwendigkeit seien, wolle man die Landbevölkerung gewinnen.

Die Frage spitzt sich nach dem Punkte zu, ob dieser Parteitag schon eine bestimmte Stellung zur Agrarfrage nehmen solle. Und das ist sehr wohl verständlich aus den allgemeinen Verhältnissen in Deutschland wie auch aus den Bedürfnissen der Partei. Je mehr die agrarische Bewegung in den Vordergrund tritt, um so lebhafter wird die Forderung in der Sozialdemokratie, sich ihr gegenüber in festen Parolen aussprechen zu können. Gleichzeitig mit dem Wachstum der Partei ist die Aufgabe, die Agitation aufs flache Land hinauszutragen, praktisch geworden. Nun hat die Agrarkrise Bewegungen im Landvolke geschaffen, die nach Abhilfe drängen; Bewegungen, die teils in den sogenannten Bauernbünden Ausdruck finden, teils von den junkerlichen Großgrundbesitzern für ihre Zwecke ausgenützt werden. Diese Bewegungen vollziehen sich auf der Basis einer ökonomischen Revolution, die im steten Preisfall der Bodenprodukte ihren sichtbarsten Ausdruck findet. Sie müssen daher von einem bestimmten Stadium des Prozesses aus einen sozial- und politischrevolutionären Charakter gewinnen, da sie zunächst die Landbevölkerung zum Nachdenken über ihre Lage führen, was zum Ergebnis haben muß, daß die ökonomisch geschiedenen Schichten des Landvolkes: Großbauer, Kleinbauer, behauste und unbehauste Landarbeiter, die jetzt zum größten Teil in dumpfem Unbewußtsein ihrer Verhältnisse durcheinander leben, sich auch nach ihren Anschauungen scheiden werden. Dann werden die rein und halb proletarischen Schichten, die ihrer ökonomischen Lebenslage entsprechende revolutionäre Richtung gewinnen. Heute, wo naturgemäß zunächst die bessersituierten besitzenden Schichten zur Erkenntnis ihrer Klassenforderungen gelangen, treten deren Interessen in den Vordergrund. Dazu kommt, daß alle Bewegungen, in denen mehrere Schichten nebeneinander aufstreben, zunächst in einem kleinbürgerlichen Geiste sich aussprechen und in unerfüll-

baren reaktionären Utopien. Der Kanitzsche Antrag*) ist für die Junker ein frecher Bankrottiererplan, er kann aber gleichwohl für einen Teil der Kleinbauern ein hartnäckiger Traum werden. Nur Forderungen in diesem Geiste wirken fürs erste und schaffen Anhang. Betrachte man die hirnrissigen Programme der Bauernbündler und die noch unmöglicheren der Antisemiten, die ja nur Wähler in großer Zahl zu gewinnen suchen und deshalb Widerspruch auf Widerspruch häufen, wenn der utopistische Traum nur das Landvolk locken mag. Sosehr sich nun freilich alle Sozialdemokraten von solchem Treiben fernhalten, so haben gerade die tatsächlichsten Berührungen mit dem Landvolk, die Versuche, wirksam auf dem Lande zu agitieren, eine Reihe der augenblicklichen Bauernforderungen dem Gedankenkreise vieler Genossen nahegebracht. Wiewohl die von den sozialdemokratischen Grundsätzen geleitete Einsicht der allgemeinen ökonomischen Weltlage eine immerhin scharfe Aussonderung dieser Forderungen notwendig bewirkt, so konnten die allseits gehegten Anschauungen, unterstützt noch von den Traditionen der bürgerlichen (besonders staatssozialistischen) Agrarökonomie, nicht ganz ohne Einfluß auf manche bleiben.

Man möge zum Vergleich danebenhalten, welch langen Kampf die Sozialdemokratie in sich durchzuführen hatte, bevor sie sich von den der Arbeiterbewegung von früher anhaftenden kleinbürgerlich-demokratischen, staatsozialistischen und utopistischen Anschauungen freigemacht hat. Man denke, daß anderhalb Jahrzehnte nach dem Erscheinen des „Kapital" und vier Jahrzehnte nach dem „Kommunistischen Manifest" noch das Gothasche Kompromißprogramm bestand**). Die Erfahrungen des Sozialistengesetzes haben vor allem die deutsche

*) Der konservative Abgeordnete Graf Kanitz hatte im Jahre 1894 im Reichstag einen Antrag auf Verstaatlichung des Handels mit ausländischem Getreide eingebracht, durch das den Agrariern die Konkurrenz des ausländischen Getreides beseitigt werden sollte. Zugleich sollten Mindestpreise für dieses importierte Getreide bestimmt werden, die weit über die bisherigen Preise hinausgingen, so für 1000 Kilogramm Roggen 165 Mark, für Weizen 215 Mark, obwohl der Durchschnittspreis von 1891 bis 1897 für Roggen 141, für Weizen 164 Mark betrug. Am 14. April 1899 wurde der Antrag mit 159 gegen 46 Stimmen abgelehnt, während 26 Konservative abwesend waren. Er tauchte aber immer wieder auf. Es war den Großagrariern gelungen, eine große Bewegung für diesen Antrag einzuleiten, und sie drohten der Regierung sogar mit der Verweigerung der Flottenforderungen, wenn der Antrag Kanitz nicht bewilligt werde. Jahrelang war das konservative Schlagwort: „Ohne Kanitz keine Kähne". Im Jahre 1896 wurde der Antrag abgelehnt und als um die Jahrhundertwende die steigende Tendenz der Getreidepreise begann, hörte diese Agitation auf.

**) Der Kongreß von Gotha, der die Vereinigung der Lassalleaner und „Eisenacher" vollzog, beschloß im Jahre 1875 das Programm, dem beide zustimmen konnten, das bekanntlich von Marx sehr scharf kritisiert wurde, aber doch bis zur Schaffung des neuen Erfurter Programms im Jahre 1891 das offizielle Parteiprogramm blieb.

Arbeiterschaft auf den reinen Klassenstandpunkt geführt. Gegenüber den agrarischen Forderungen liegen die Dinge wohl insofern anders, als die sozialdemokratische Bewegung die Windungen und Irrungen hier nach der Geltung ihrer Prinzipien von vornherein nicht mitmachen kann und auch nicht mitmachen wird nach dem strengen Klassencharakter der Partei, der in allen entscheidenden Fällen einem Hinüberschwanken zu kleinbürgerlichen Strömungen erfolgreich widerstreben muß. Gleichwohl ist das Bedürfnis, durch ein Eingreifen in die agrarische Strömung den Einfluß der Sozialdemokratie heute schon geltend zu machen, jenen Prozeß zur Erkenntnis der Klassenlage in den besitzlosen und scheinbesitzenden Schichten heute schon zu leiten, dringend. Daher der Widerspruch.

Am stärksten wirkt die Besorgnis vor der reaktionären Ausnützung der agrarischen Bewegung und ihren Rückwirkungen auf die allgemeinen sozialen und politischen Verhältnisse in Deutschland. Ein Gegner des Agrarprogramms sprach von drei bis vier Jahren eingehender Studien der betreffenden Fragen, bevor man ein festes Programm aufstellen könnte. Das mag vielen als eine zu lange Fristung, ja als ein gefährliches Säumen erscheinen, das zumal die reaktionären Ausnützer der agrarischen Bewegung demagogisch verwerten könnten. Uns scheint diese Gefahr nicht so ernstlich. In einigen Jahren muß sich auch das Chaos der agrarischen Bewegung zu scheiden beginnen. Die von der Agrarkrise mitergriffenen Großgrundbesitzer können und wollen nicht warten, noch sich mäßigen, und die Wirkung ihrer Anschläge muß gerade in den proletarischen und halbproletarischen Schichten des Landvolkes die klassenentsprechende antikapitalistische Disposition mächtig entwickeln. Dann wird die Sozialdemokratie hier rasche und große Erfolge erzielen.

Unterdes werden die praktischen Versuche der Agitation sich immer mehren, während ein genaueres Studium insbesondere der ländlichen Verhältnisse aufs intensivste betrieben werden muß, und der Meinungsstreit in der Sozialdemokratie wird sich lebhaft fortsetzen. Ein solcher muß notwendig der Stellungnahme zu der agrarischen Frage vorangehen. Eine Partei, der wie der Sozialdemokratie jedes Wort des Programms blutiger Ernst ist, Herzens- und Erkenntnissache jedes einzelnen und nicht bloß ein Aushängschild, mit dem man Wähler lockt, kann nur unter den lebhaftesten Erregungen neue Programmpunkte gewinnen. Die erregten Debatten auf dem Breslauer Parteitag sind ein Bild davon. In solchem heftigen Meinungsstreit können einzig wirkliche und ehrliche Ansichten empfangen und aufgegeben werden. Daher ist die Debatte, wie sie verlief, für uns alle nur eine köstliche Gewähr des Ernstes und der Energie, mit der die deutsche Sozialdemokratie an die Erfassung des Agrarproblems geht, eine Gewähr ihrer künftigen Erfolge auf diesem Gebiet. Es gäbe das traurigste Zeugnis für die Partei ab, wenn sie schnellfertig und in leidenschaftsloser Ruhe tiefgehende Änderungen ihrer Meinung aufnähme oder sich auferlegen ließe.

# Der Breslauer Parteitag.

„Arbeiter-Zeitung" vom 16. Oktober 1895.

Der fünfte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie reiht sich seinen Vorgängern an Bedeutung und Interesse seiner Verhandlungen würdig an. Diesem Interesse fehlte auch dank den Bemühungen der Gegner die dramatische Spannung nicht. Denn wenn ihn auch nicht jene allgemeine neugierige Erwartung betrachtete, wie etwa den Hallenschen*), der offenbaren sollte, was die Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes geworden war, so hatte heuer wie voriges Jahr die von den Gegnern geführte Hetze dafür gesorgt, der Parteiversammlung noch den Charakter einer Demonstration zu geben. Die Verhandlungen selbst aber nahmen einen von diesen äußeren Einflüssen durchaus unbeirrten Lauf. So wie im vorigen Jahre lediglich die Schlußrede des Präsidenten auf den eingetretenen Kanzlerwechsel und die angekündigte Umsturzvorlage kurz hingewiesen hatte, so wurde diesmal des ganzen Kreuzzuges seit dem Sedanfest nur in der Begrüßungsrede Liebknechts in wenigen Worten Erwähnung getan. Es war in beiden Fällen überflüssig, besondere Maßnahmen zu beraten, da die deutsche Sozialdemokratie jener Mittel sich wohl bewußt ist, die in der Abwehr gegen den reaktionären Ansturm verwendet werden. Freilich dürfte eine bürgerliche Partei nicht zu finden sein, die eine solche Gelegenheit vorübergehen ließe, sich im Ruhme eines so großen Kampfes zu sonnen. Aber die deutsche Sozialdemokratie kann der großen Posen und tönenden Worte leicht entbehren.

Vielmehr setzte der heurige Parteitag das Werk der Arbeit des vorjährigen fort. Sein Hauptpunkt war die Beratung des Agrarprogrammes, das von der auf dem Kölner Parteitag gewählten Kommission ausgearbeitet worden war. Die Verhandlungen in Breslau endeten mit der Ablehnung des Kommissionsentwurfes. Mit 158 gegen 63 Stimmen wurde eine von Kautsky beantragte Resolution angenommen, die das Agrarprogramm verwirft, weil es „der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht stellt, das Interesse der Landeskultur, das doch unter kapitalistischer Herrschaft nur das Interesse der Besitzer sei, für ein Interesse des Proletariats hinstelle und dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zuweise". Gleichzeitig sprach aber die Resolution die Notwendigkeit aus, daß die der Landwirtschaft eigentümlichen, von denen der Industrie verschiedenen Gesetze studiert werden müssen und beauftragte den Parteivorstand, eine Anzahl geeigneter Personen damit zu betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei

*) Vom 12. bis 18. Oktober 1890 fand der Parteitag statt. Das Sozialistengesetz erlosch am 1. Oktober.

Deutschlands" zu veröffentlichen. Der Gegensatz zwischen den Anhängern und Bekämpfern des Agrarprogramms auf dem Parteitag hatte indes nicht darin bestanden, daß etwa jene irgendeine Einschränkung des Satzes von der Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden mit Rücksicht auf die kleinen Besitzer ausgesprochen hätten, vielmehr wurde der Kardinalpunkt von der Notwendigkeit der Aufhebung des Privateigentums auf beiden Seiten mit gleicher Schärfe hervorgehoben. Allein die Anhänger des Agrarprogramms hatten — wie sie meinten, in der Weise, wie es das Programm in seinem praktischen Teile tut — unter Voraussetzung jenes Grundsatzes eine Reihe von Forderungen für den kleinen Bauer aufgestellt, wie: Verstaatlichung der Hypotheken, Erhaltung der Allmenden, der Gemeindewälder, Aufhebung der Grundsteuer, staatliche Unterstützung bäuerlicher Genossenschaften, die den Zweck haben sollen, der Agrarnot, soweit im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsform möglich, einigermaßen zu steuern. Dabei wurde von den Anhängern des Agrarprogramms eine feste Programmfassung dieser Frage gegenüber schon auf dem tagenden Parteikongreß verlangt, weil die Agrarfrage heute im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehe und die Sozialdemokratie feste Parolen ihr gegenüber haben müsse, weil die Reichstags- und Landtagsabgeordneten einer festen Richtschnur bedürften, danach sie ihre Haltung in jedem einzelnen der auftauchenden Fälle aus diesem Gebiet bestimmen könnten, weil die Sozialdemokratie aufs Land hinausgehen und das Landvolk gewinnen müsse und die Bauern doch nur mit Forderungen gewonnen werden könnten, die ihren eigenen Wünschen angepaßt wären. Die Gegner des Agrarprogramms sahen dagegen, wie schon aus der angenommenen Resolution Kautskys hervorgeht, in diesen Forderungen eine „Trübung des Klassencharakters" der Bewegung und sie behielten die Oberhand.

Der Ablehnung des Agrarprogramms ging aber eine dreitägige, sehr heftige Debatte voraus, die beiderseits von Gegnern und Anhängern mit jener Rücksichtslosigkeit im Aussprechen der Meinung geführt wurde, die den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie einen so hohen Wert verleiht, weil nur dieses rücksichtslose Wahrheitssuchen nach beiden Seiten einer Meinung eine Förderung bringen kann. Selbst unsere Feinde haben schon ein wenig diese „sozialdemokratische Offenheit und Wahrheit" auch untereinander verstehen gelernt und wenn die Unkenrufe von der zerstörten Einheit der deutschen Partei bürgerlicherseits auch nicht gänzlich fehlten, so kamen sie doch weit spärlicher und schüchterner hervor. Man hat sich schon zu oft mit diesen Vorhersagungen blamiert, um noch die volle Lust dazu zu haben; auch war es wirklich nicht verlockend, da doch selbst der Parteivorstand nach den beiden Meinungen auseinandertrat, zu prophezeien, daß Zeichen einer drohenden Absprengung oder Absplitterung auftreten, denn man konnte doch schwer behaupten, daß entweder Bebel und Liebknecht oder Auer und Fischer ein Pronunziamento in der Partei

beabsichtigen. Dagegen hat die Debatte, wie überall, so besonders bei den Genossen ein lebhaftes Interesse erregt. Obwohl die Mehrzahl auf Seite der Ablehnenden steht, werden dennoch die Argumente der Anhänger zweifellos der strengsten Beachtung und genauesten Erwägung seitens aller Genossen bedürfen. Denn soviel trat aus der Debatte mit unzweifelhafter Sicherheit hervor. wie notwendig es sei, auf dem Lande festen Fuß zu fassen und gegenüber der bäuerlichen und junkerlichen Agrarbewegung einen nach allen Seiten festen Standpunkt zu gewinnen, und daß der politische und ökonomische Kampf auf dem Lande seine eigentümlichen und abweichenden Formen habe, die sicher erkannt und genau beachtet sein wollen. Es ist gewiß irrtümlich, den Zeitpunkt für die Fassung bestimmter Programmpunkte so dringend hinzustellen, wie es von Seite einiger Anhänger des Agrarprogramms geschehen ist; im Gegenteil, es scheint gerade, daß die Bewegung sich erst einigermaßen nach den sozialen Schichten sondern und klären müsse, bevor die Sozialdemokratie große Erfolge gewinnen kann. Nichtsdestoweniger ist das genaueste Studium der Frage eine der Hauptaufgaben der Partei*).

# Landagitation.

## Parteitag in Graz 1900.

Vor allem möchte ich konstatieren, daß der gesamte Parteitag von der Wichtigkeit der Frage, die uns eben beschäftigt, vollständig durchdrungen ist, und daß es niemand hier gibt, der daran zweifelt, daß uns die Notwendigkeit, uns auch mit der ländlichen Bevölkerung zu befassen**), durch die Verhältnisse geradezu aufgedrängt wird. Erlauben Sie mir aber, daß ich andererseits meinen Bedenken Ausdruck gebe, wenn auch in solchen Gegenden, wo diese Notwendigkeit nicht so unmittelbar und ausschließlich vorliegt, Kräfte auf die sogenannte Landagitation verwendet werden, da dies meines Erachtens vielfach eine Verschwendung bedeuten würde. In jenen Gegenden, die einen erheblichen Prozentsatz von indu-

*) Der Artikel beschäftigt sich dann mit den übrigen Verhandlungsgegenständen.

**) Auf dem Parteitag in Graz, der vom 2. bis 6. September 1900 stattfand, referierte Dr. Wilhelm Ellenbogen über Landagitation. In der Debatte sprach auch der deutsche Reichstagsabgeordnete Georg v. Vollmar, der mit Martin Segitz (Nürnberg) als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anwesend war und teilte dabei seine reichen Erfahrungen als Landagitator und als Mitglied des bayrischen Landtages mit. Vollmar, der im Jahre 1850 geboren war, wurde bekanntlich im Deutsch-Französischen Krieg 1870 schwer verwundet und hatte seither ein steifes Bein, bis ihm, nach der Entdeckung der Röntgenstrahlen, die Kugel operativ aus dem Bein entfernt werden konnte. Mitte der siebziger Jahre trat Vollmar der Sozialdemokratie bei, wurde 1882 in den Reichstag, später auch in den bayrischen Landtag gewählt. Er war ein von den Gegnern sehr gefürchteter Agitator unter der ländlichen Be-

striellem Proletariat haben, haben wir vor allem die Aufgabe, dieses Proletariat für uns zu gewinnen. Ich habe den Eindruck, daß die harte und schwierige Arbeit, diese zurückgebliebenen Schichten des Industrieproletariats für uns zu gewinnen, mitunter hintangesetzt wird, um die nicht leichteren, aber viel bestechenderen Erfolge unter der Landbevölkerung zu erzielen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß daran unsere Wahlordnung sehr viel schuld ist. Ich bin mit den Ausführungen Ellenbogens und vielfach auch mit jenen des Genossen Vollmar einverstanden, aber ich bin kein solcher Optimist, wie es die beiden sind. Ich bedauere aufrichtig, daß es dem Genossen Vollmar nicht möglich war, unserer heutigen Debatte noch beiwohnen zu können. Was Vollmar in bezug auf die Praxis, ich möchte sagen auf die Technik der Agitation gesagt hat, ist in den allermeisten Punkten auch für Österreich gültig. Ich möchte jedoch im Punkt der Religion nicht ganz so weit gehen, wie er und auch Ellenbogen gehen, und zwar deshalb, weil ich meine, daß wir da nicht immer so handeln können, wie wir wollen. (Sehr richtig!) Es gibt niemand, dem persönlich die kommune Pfaffenfresserei so zuwider ist, wie mir, niemand, dem das oberflächliche Diskutieren über schwere philosophische Fragen so widerwärtig ist, wie mir. Aber können wir in einem Lande, wo nicht die Religion, aber die kirchliche Organisation und die Träger dieser eine Organisation von politischen Agitatoren sind, jenes von Vollmar geforderte scharfe Messer immer anwenden, das Religion und Pfaffen voneinander trennt? Wenn der Schnitt da irgendwie danebengeht, sind fürwahr nicht wir daran schuld, sondern diejenigen, die unter dieses Messer eben auch das bringen, was sie ihre heiligsten Güter und ihre heiligsten Überzeugungen nennen, während es nichts anderes ist als der Leim, auf den die Leute geführt werden.

Nun zur theoretischen Grundlage. Es freut mich, mich da auf Genossen Eich, der uns aus unmittelbarer Anschauung berichtet, berufen zu können. Ich bin kein Theoretiker, wie dies ja auch Genosse Vollmar von sich behauptet. Ich bins aber nur wirklich nicht! Genosse Vollmar hat seiner Abneigung gegen Dogmen hier Ausdruck gegeben. Aber das sind immer die Dogmen der anderen.

---

völkerung. In der Partei gehörte er zur äußersten Rechten und seine im Jahre 1892 erschienene Schrift „Über Staatssozialismus", ebenso aber auch seine Reden haben im Streit mit den „Jungen" eine große Rolle gespielt. (Siehe den Artikel „Über die angebliche Spaltung der Sozialdemokratie" vom 31. Juli 1891.) Er lebte in München und in Solensaß am Walchensee und ist am 30. Juni 1922 gestorben.

In der Debatte sprach auch Wilhelm Eich (Villach), der ebenfalls als Agitator unter den Kärntner Kleinbauern und Landarbeitern eine jahrzehntelange Erfahrung hatte. Eich (auch „Aich" geschrieben) war bereits Mitglied der österreichischen Delegation auf dem Dritten Internationalen Kongreß in Zürich 1893. Im Jahre 1905 war er Mitglied der Abordnung, die nach dem großen Aufmarsch der Wiener Arbeiter am 28. November dem Präsidenten des Parlaments die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht überreichte.

für die eigenen Dogmen hat er eine ganz erhebliche Wertschätzung. Ich gebe zu, daß die Statistik nicht jene Konzentration beweist, wie wir sie uns in der Landwirtschaft noch vor zehn bis zwanzig Jahren vorgestellt haben — daß wir seitdem etwas gelernt haben, darüber besteht kein Zweifel. Ich möchte allerdings darauf aufmerksam machen, daß auch für Deutschland die Verhältnisse, wie sie in Bayern bestehen, nicht im allgemeinen maßgebend sind; im größten Teil des Reiches hat eben die Industrie eine vollständige Umwälzung auch in den agrarischen Verhältnissen herbeigeführt. Die Statistik weist uns nun nach, wie viele Besitzer da sind; aber wenn eine quantitative Entwicklung nicht nachweisbar ist, so zeigt sich doch eine qualitative Entwicklung in ganz ungeheurem Maße. Die Zahl der Bauern mag sich nicht vermindert haben, gerade so gut wie sich die Zahl der selbständigen Schneider in der Statistik nicht vermindert hat. Aber der Schneider ist seit 20 Jahren ein ganz anderer geworden und ebenso auch der Bauer. Wenn sich die Zahl der Besitzenden nicht vermindert hat, so ist der Besitzcharakter und das Verhältnis des Besitzenden zu seinem Besitz ein total verschiedenes geworden; allerdings, wie ich zugebe, nicht überall, aber daß eine Entwicklung hier vorhanden ist, das kann niemand leugnen, der die Augen offen hat.

Vollmar hat in seiner wohldurchdachten Rede konstatiert, daß unsere sozialistische Theorie über diese Dinge nicht viel Neues zutage gefördert habe. Ich möchte aber doch sehr wünschen, daß die Genossen die Resultate dieser so geringgeschätzten Theorie, die übrigens Vollmar auch sehr gut zu würdigen und zu verwerten weiß, auch zur Kenntnis nehmen würden. Sie würden über den Einfluß der industriellen Entwicklung auf die Landwirtschaft zum Beispiel im Buche von Kautsky*) sehr viel Material finden. Noch mehr! Vollmar kommt tatsächlich zu demselben Resultat wie unsere verrufensten Dogmatiker, zum Beispiel, um den schwärzesten herauszugreifen, Kautsky. Jene unter den Grundbesitzern, die heute noch im Besitz sind, deren Besitzstand von der aufsteigenden Flut des Kapitalismus noch nicht angefressen ist — auch auf dem Lande gibt es ein Klassenbewußtsein, wenigstens bei den Großen, während wir es bei den Kleinen erst wecken wollen —, die werden wir so wenig gewinnen, als wir die industriellen Unternehmer gewinnen können. Das versteht sich von selbst. Wir können sie ja auch gar nicht brauchen, weil wir ihnen zu viel Konzessionen machen müßten. Jene Leute aber, die nur im Bannkreis der bäuerlichen Anschauungen sind, während sie wirtschaftlich bereits der Proletarisierung entweder anheimgefallen sind oder ihr entgegengehen, die können wir bis zu einem hohen Grade mindestens — und das hat Vollmar genau so gesagt wie Kautsky — neutralisieren.

*) Karl Kautsky: „Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie." Das Buch ist im Jahre 1899 bei J. H. W. Dietz in Stuttgart in erster Auflage erschienen.

Nehmen Sie mir nicht übel, daß ich diesen theoretischen Dingen auch einige Worte widme. Ich tue es, weil ich möchte, daß sich die Genossen, sowie sie die reichen praktischen Erfahrungen vollauf würdigen, daneben auch das kritische Auge bewahren mögen, dessen man gerade bei der Bauernagitation bedarf. Ich möchte hiebei auch die Bemerkung von dem relativen Wert der Programme auf das meiner Ansicht nach richtige Maß zurückführen. Es ist gesagt worden, wir können für die Landagitation überhaupt kein festes Programm brauchen. Ja, das ist richtig: in den Dingen, von denen wir nichts verstehen. Daß wir aber etwas lernen müssen, das ist aber doch ebenso richtig!

Sosehr ich überzeugt bin von der Notwendigkeit, auch die agrarische Bevölkerung in den Kreis der sozialistischen Ideen und der sozialistischen Aktion zu ziehen, sosehr ich das Wort von Vollmar unterschreibe, daß wir ohne die Bauern vielleicht die politische Macht gewinnen, sie aber ohne dieselben nicht behalten können, so bin ich auch der Ansicht, daß w i r es sein müssen, die zur politischen Macht kommen und sie behalten wollen, das heißt, daß wir den Willen haben müssen, daß es eine s o z i a l d e m o k r a t i s c h e Partei sein muß, die zur politischen Macht gelangt, denn diese hätte für das Proletariat keinen Wert, wenn die Partei, um zur Macht zu gelangen, sich aus einer sozialdemokratischen in eine ganz verwaschene Opportunitätspartei (Lebhafte Zustimmung) nicht allein in der Taktik, sondern auch in den Prinzipien entwickelt hätte. Glauben Sie nicht, daß ich Programm und Prinzip gegen Vollmar und Ellenbogen retten wollte. In der Praxis gehen wir mit ganz gutem Gewissen vor. Wir können, ohne uns etwas zu vergeben, ruhig sagen: Wir haben über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse keine so klare Einsicht, weil sie viel längere Zeiträume beansprucht als die industrielle. Und weiter können wir sagen: Allerdings hat sich heute das kleine oder sagen wir das mittlere Privateigentum in der Landwirtschaft nicht in dem Grade als kulturwidrig herausgestellt, wie das Eigentum in der Industrie. Wir können zugeben, daß wir mit Rücksicht auf den langsamen Verlauf der Entwicklung ohne weiteres vom sozialdemokratischen Standpunkt aus heute den kleinen Besitz schützen können gegen die Auswucherung von oben. Wir können aber nicht so weit gehen, daß wir in dem notwendigen Konflikt zwischen Proletariern und Großbauern uns, um uns zu schonen, auf die Seite des Großbauern stellen — was zwar nicht geschieht — oder auch nur stillschweigend darüber hinweggehen. Alle Erfolge, die erkauft werden durch feiges Preisgeben der ländlichen Lohnarbeiter, und zwar nicht nur, wo es sich um die großen Plantagen der Schwarzenberge usw., sondern auch, wo es sich um die großen Bauerngüter handelt, erscheinen mir nicht als Erfolge, sondern als prinzipieller Parteiverrat (Beifall), als ein Verrat, der sich früher oder später an uns rächen müßte. (Erneuter Beifall.) Ich verwahre mich dagegen, daß ich Vollmar, weil ich gegen ihn polemisiert habe, unterschiebe,

er rate zu solchen Dingen. Aber eine Gefahr besteht; Vollmar sagt zwar: Meine Worte beziehen sich auf Bayern, und ich rede von nichts anderem. Hernach zieht er aber die Konsequenzen ganz im allgemeinen. Da ist es möglich, daß Vorstellungen entstehen, die seinen Absichten nicht entsprechen. In der Resolution Ellenbogen können wir von unserem Parteistandpunkt aus jedes Wort vertreten, es ist darin keine Forderung enthalten, die mit den wirklichen Interessen des Proletariats im Widerspruch steht, keine Forderung, die nicht mittelbar oder unmittelbar dem ländlichen Proletariat zugute käme. Wir fürchten uns nicht vor der Befestigung des bäuerlichen Besitzes, ebensowenig aber fürchten wir uns vor allzu rascher Verstaatlichung des Besitzes. Daß wir gar noch Vorkehrungen treffen sollten, damit das nicht allzu geschwind gehe, ist nicht notwendig. (Heiterkeit.) Unsere Gegner mögen uns Torheiten nachsagen, aber so töricht sind wir nicht, daß wir das Törichteste tun und mit der Expropriation der Bauern anfangen, die tatsächlich Arbeiter auf ihrem Boden sind, deren Arbeitswerkzeug der Boden ist. Vor unserer eigenen Dummheit brauchen wir uns nicht zu fürchten. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

## Industriezölle und Getreidezölle.

Gesamtparteitag 1901.

In Anknüpfung an die eben gehörten Worte des Genossen Brod*), der einige sehr triftige Bemerkungen vorgebracht hat, möchte ich zu dem angeführten Zitat von Marx etwas in Erinnerung bringen, was anzuführen dem Genossen Karpeles vielleicht nicht gepaßt hat. Die Rede von Marx aus dem Jahre 1847 hat sich nicht etwa gegen den Freihandel in der Industrie, sondern, wenn sie sich überhaupt gegen den Freihandel gerichtet hat, gegen den Freihandel in Getreide gewendet. Diese Rede knüpfte bekanntlich an die Anti-Korn-Law-Bewegung in England an und war eine rein politische Rede gegen die Cobdeniten, dazu bestimmt, die englischen und kontinentalen Arbeiter aus der Umgarnung der Anti-Kornzoll-Liga loszureißen. Das war eine Rede gegen die Interessenharmonie. Es berührt mich nun eigentümlich, daß wir gerade dieses Zitat in einer Rede angewendet finden, die doch keinen anderen Sinn haben kann, als uns zu sagen: Es besteht eine Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit — eine Harmonieduselei, gegen die sich Marx gerade in dieser Rede gewendet hat. Ich bin kein Mann der Quellenforschung und glaube wirklich nicht,

*) Auf dem Parteitag hatte Kautsky das Referat über Zoll- und Handelspolitik. In seinem Korreferat zitierte Karpeles das Wort von Marx über die „Freihandelshausierburschen" und aus einer Rede von Marx die Worte „Laßt euch durch das Wort Freihandel nicht imponieren". Darauf verwies Brod darauf, daß Marx die Arbeiter aufzuklären suchte, sich weder von Freihändlern noch Schutzzöllnern ins Schlepptau nehmen zu lassen.

daß wir heute die Zeugnisse von anno dazumal brauchen. Aber diese Rede ist mir ein Fingerzeig, daß wir die Sache auch vom politischen Standpunkt aus behandeln müssen. Haben wir hier in Österreich es wirklich notwendig, die Arbeiter aus einer solchen Interessensolidarität loszureißen? Nein. Bei uns haben weder die Agrarier noch die Industriellen einen irgendwie nennenswerten Einfluß auf die Arbeiterschaft, wir können also hier ziemlich frei und unbefangen urteilen. Ein Moment wurde sowohl von Kautsky wie von Karpeles hervorgehoben — und das erscheint auch mir selbstverständlich —, daß wir mit aller möglichen uns zu Gebote stehenden Energie gegen die Getreidezölle auftreten müssen.

Wenn aber Dr. Karpeles meint, er hat mich schon, so täuscht er sich sehr. Wir können konstatieren, ein so verruchter und verrufener Theoretiker Kautsky auch ist, so hat er heute doch so gesprochen, daß auch ihn niemand für einen prinzipiellen Freihändler erklären kann; er hat alle Konzessionen gemacht, die ein vernünftiger Mensch machen kann und machen muß. Wir werden uns ja auf ein Programm einlassen müssen — das sehen wir alle ein — und hauptsächlich den Kampf gegen die Lebensmittelzölle richten müssen. Industriezölle müssen wir uns unter Umständen gefallen lassen, gedrängt von der Notwendigkeit, gedrängt von der Konjunktur und von den Verhältnissen in der einzelnen Branche. Aber daraus folgt noch nicht, daß wir auch schon anfangen, für sie zu schwärmen. Wir sehen die Schutzzölle als Krücken für schwache Industrien an, aber von diesem Standpunkt bis zu jenem Pathos mit dem hier die Züchtung von Millionären gefordert wurde, ist noch ein weiter Weg. Dr. Karpeles hat uns selbst erzählt, daß unseren österreichischen Industriellen alle Qualitäten fehlen, die auch nur zu einem ordentlichen Industriekönig gehören. Es ist vollständig wahr, daß diese Schutzzölle vielfach mit der Rückständigkeit unserer Industrie in Zusammenhang zu bringen sind; die Millionäre kommen dabei ganz gut heraus, daß sich aber daraus ein Vorteil für die Arbeiter ergeben hätte, haben wir bisnun nicht gehört: diese Millionärzüchtung ist vielmehr eine Züchtung von Hungerlöhnen. Wir bezahlen diese Millionärzüchtung sehr teuer. Wir zahlen Zuckerprämien, durch die ja Millionäre herauskommen, ohne daß die sehr zahlreichen Arbeiter dieser blühenden Industrie davon einen Vorteil hätten. Es ist aber nicht einzusehen, warum wir die Zuckerkönige mehr schätzen sollten als die Weberkönige und die Spinnermillionäre. Wenn wir auch, vernünftigen Erwägungen im einzelnen Falle Rechnung tragend, genötigt sind, uns von Fall zu Fall mit einem Schutzzoll abzufinden, sind wir durchaus nicht prinzipiell dafür, am allerwenigsten mit jener Begeisterung, wie sie hier im Referat zutage trat. (Lebhafter Beifall.)

# Revisionismus und Reformismus.

## Der Stuttgarter Parteitag.

„Arbeiter-Zeitung" vom 16. Oktober 1898.

Der Eindruck, den der eben abgeschlossene Parteitag der deutschen Sozialdemokratie machte, gibt einen Maßstab für das Wachstum der Partei nach jeder Richtung, Seine Verhandlungen gaben, wie stets, Zeugnis von dem Ernst, dem Verantwortlichkeitsgefühl und der rücksichtslosen Offenheit der Vertrauensmänner unserer Partei, die in ihrem Gefüge keinen dunkeln Winkel duldet und jede Zweideutigkeit in ihrem Verhalten ausschließt. Daß die deutschen Sozialdemokraten offen und öffentlich auskämpfen, was immer strittig sei, ob eine Frage des Programms, der Taktik, der Organisation, ja bis auf die untergeordneten, aber so heiklen Personalfragen herab, das gibt den unbelehrbaren Gegnern immer wieder die Hoffnung auf die Spaltung, ist aber in Wahrheit zugleich der Beweis und die Bedingung für die Kraft der Partei. In Stuttgart traten die gewohnten alljährlichen Diskussionen über die mit der Verwaltung einer so ungeheuren Organisation unzertrennlichen Dinge zurück, und eine in jedem Sinne große Debatte über die Grundfragen der Sozialdemokratie machte den Parteitag zu einem der wichtigsten und interessantesten, der je stattgefunden. Mindestens seit dem Erfurter Parteitag, der die Auseinandersetzung nach zwei Fronten, mit den Jungen und mit Vollmar brachte, sind die Grundfragen der Partei nicht mehr so im großen Zusammenhang erörtert worden wie in Stuttgart. Und zwar handelte es sich um die Grundfragen nicht der deutschen Sozialdemokratie allein, sondern in jedem Lande wird die Partei auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung vor dieselben Fragen gestellt. Daher das ungeheure Interesse, weit hinausgehend über die gewohnte Anteilnahme an den Schicksalen der Bruderpartei, mit dem wir alle und überall im Ausland den Stuttgarter Verhandlungen folgten, darum wurden die Berichte begierig verschlungen wie noch nie die eines ausländischen Parteitages. Es ist unser aller eigene Sache, die dort verhandelt wurde.

Das große Verdienst, diese Debatte angeregt zu haben, gebührt Genossen Eduard Bernstein, der, als ehemaliger Redakteur des Züricher „Sozialdemokrat" in Deutschland steckbrieflich verfolgt,

seit Jahren in London lebt und arbeitet*). Der praktischen Parteiarbeit zwangsweise entzogen, ein scharfer theoretischer Kopf mit umfassendem Wissen, dabei ein Fanatiker der Gerechtigkeit und ein Skeptiker jener vornehmsten Art, deren Skepsis sich gegen sie selber kehrt und die sich in Selbstkritik nie genug tun können, hat Bernstein nicht nur eine Reihe ausgezeichneter theoretischer und historischer Arbeiten gemacht, sondern eine der wichtigsten Funktionen der Partei, die des Kritikers ihrer Grundsätze und ihrer Taktik, übernommen. Seine Persönlichkeit und seine Lage befähigen ihn dazu ganz besonders, führen aber zugleich sehr erhebliche, gerade in der letzten Diskussion zutage tretende Gefahren für sein Urteil mit sich. Daß Bernstein von Natur ein Mann des Denkens, der Bedenken ist, macht ihn leicht übersehen, daß der Handelnde davon nur ein gewisses Maß ohne Schaden vertragen kann und daß eine Partei die Wissenschaftlichkeit nicht so weit treiben darf, daß sie vor lauter Wissen nicht mehr wollen kann. Dann aber gibt die Entfernung gewiß einen günstigen Standpunkt für die Beobachtung, sie entzieht dem Auge das verwirrende Detail, aber sie entzieht dem Beurteiler auch die Kenntnis des Unwägbaren und Unmeßbaren, was häufig das Wichtigste ist. Das Leben im Exil läßt Bernstein am schmerzlichsten büßen, daß er die Luft nicht atmet, in der sie lebt, daß er darum den Maßstab für die Bewegung verloren hat und daß er ihren Rhythmus nicht mitempfinden kann. Dazu kommt, daß er seine Kritik der Parteitaktik nicht im Zusammenhang als ein Ganzes hingestellt hat, sondern sie in einer Reihe von einzelnen, zum Teil polemischen Aufsätzen in der „Neuen Zeit" vortrug. Die wichtigsten dieser Artikel, die er unter dem Titel „Probleme des Sozialismus" zusammenfaßte und die seit Jahr und Tag alle Denkenden in der Partei beschäftigen, bilden also leider nur Fragmente einer Arbeit, was die Klarheit der Diskussion und die Schätzung der Tragweite der Meinungen Bernsteins schädigen muß. In einem Briefe an den Parteitag hat er zwar bekanntlich seine Anschauungen mit musterhafter Präzision zusammengefaßt, aber er gibt nur ein unvollständiges Bild von seiner unermüdlichen und rücksichtslosen Jagd gegen Schlagworte, bei der er keine Schonzeit kennt, so notwendig der praktische Kampf sie macht. Darum empfehlen wir diese Aufsätze, die vielfach den Titel „Unzeitgemäße Betrachtungen" verdienen würden, der eingehendsten Aufmerksamkeit aller, die an dem inneren Leben der Partei Anteil nehmen.

Zwei Worte wurden auf dem Stuttgarter Parteitag am häufigsten gebraucht, und um sie drehte sich die Diskussion: „Endziel"

*) Der Steckbrief gegen Bernstein und Motteler ist erst im Jahre 1901, wo er zum erstenmal nicht mehr erneuert wurde, außer Kraft getreten und beide übersiedelten nach Berlin.

Siehe auch den Artikel „Bernsteins Theorie und Taktik" in der „Arbeiter-Zeitung" vom 2. April 1899, der sich mit dem Buche befaßt, zu dem die hier zitierten Aufsätze in der „Neuen Zeit" zusammengefaßt wurden; sowie den Artikel „Unmaßgebliche Betrachtungen" in der „Neuen Zeit" XIX, 51, über das Wiener Programm vom Jahre 1901.

und „Katastrophentheorie*)". Bernstein hatte mit einem recht ungeschickten Ausdruck einmal niedergeschrieben: „Das Endziel sei ihm nichts, die Bewegung alles", und er hatte in dem Briefe an den Parteitag präzise erklärt, „die auf die Katastrophe zugespitzte Taktik habe sich überlebt". Es wurde nun an sich sehr viel und sehr gut darüber geredet, daß eine Partei, die Trägerin einer großen geschichtlichen Entwicklung ist, kein Endziel kenne, weil diese Entwicklung kein Ende habe, daß aber jede bewußte Bewegung vor allem ihres Zieles bewußt sein müsse. In dieser Richtung scheint wirklich ein Streit um Worte vorzuliegen. Bernstein anerkennt ausdrücklich in seinem Briefe als Forderungen unseres Programms: die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Expropriation der Kapitalisten, aber es beliebt ihm, das nicht „Endziele" der Sozialdemokratie, sondern nur „Mittel zur Durchführung bestimmter Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie" zu nennen. Na, „darum keine Feindschaft nicht!" Darüber läßt sich reden, und wenn wir erst einmal so weit sind, mit Bernstein werden wir uns dann schon zu einigen wissen. Wichtiger ist die weitere Frage: Welche Rolle soll das Endziel oder Ziel unserer Bewegung, die Beseitigung des Kapitalismus, in unserer Agitation und Aktion spielen? Und diese Frage fällt zum Teil mit der Frage der Katastrophentheorie zusammen.

Karl Marx hat die Formel für die geschichtliche Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft aufgestellt; die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion führen zum Zusammenbruch der kapitalistischen Eigentumsordnung und des Klassenstaates und zur Herrschaft der „durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsprozesse selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Konzentration

*) Auf dem Parteitag in Stuttgart verlas Bebel eine Erklärung Eduard Bernsteins, die dieser an ihn geschickt hatte, da er wußte, daß seine Artikelserie Gegenstand der Angriffe sein würde. Darin sagt er über die „Katastrophentheorie":

> Ich bin der Anschauung entgegengetreten, daß wir vor einem in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft stehen und daß die Sozialdemokratie ihre Taktik durch die Aussicht auf eine solche bevorstehende große soziale Katastrophe bestimmen beziehungsweise von ihr abhängig machen soll. Das halte ich in vollem Umfang aufrecht.

Die Bemerkung über das Endziel, die hier erwähnt wurde, lautet: „Das Ziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles."

Nebenbei sei hier erwähnt, daß, wie Bernstein auf dem Parteitag in München 1902 selbst feststellte, der Ausdruck „Revisionismus" nicht von ihm stammt, sondern von Bruno Schönlank, dem Redakteur der „Leipziger Volkszeitung"; dieser hat auf dem Parteitag in Breslau 1895 über die Vorschläge zur Agrarfrage gesagt: „Es geht eine Revision der Vorstellungsweise in der Partei vor; wir haben aufgehört die Partei allein des Industrieproletariats zu sein. Die Sozialdemokratie ist die Partei aller proletarischen Unterdrückten."

der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriiert." In diese ehernen Sätze hat Karl Marx seine Formel geprägt in dem berühmten Kapitel des ersten Buches des „Kapital", das die Überschrift trägt: „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation." Es ist eine wissenschaftlich gefundene Formel, die die Richtung der Entwicklung aufzeigt, aber nichts sagt und nichts sagen will über das Wann? und Wie? Doch Marx und Engels waren nicht nur Männer der Wissenschaft, sondern auch Politiker, die das Bedürfnis hatten, für die allgemeinen Größen der Formel bestimmte Zahlen einzusetzen und ein Urteil über die Dauer und den Verlauf des geschichtlichen Prozesses zu gewinnen, in dem wir leben. Daß sie sich dabei wiederholt geirrt, haben sie niemals verhüllt, und Engels hat in seiner Einleitung zu den „Klassenkämpfen", die man sein politisches Testament nennen darf, scharf hervorgehoben, wie die Dinge sich heute anders darstellen, als sie für die Verfasser des Kommunistischen Manifests vor fünfzig Jahren ausgesehen. Nicht nur daß der historische Blick aus der Vogelperspektive gewissermaßen alle Dimensionen verkürzt, ist an solchen Irrtümern schuld, sondern auch gewiß die Ungeduld des kämpfenden Mannes, dem wenig gilt, was er schon errungen, den die Sehnsucht nach dem Ziele peitscht, und der getrieben wird von dem unerträglichen Elend des heutigen Zustandes, von dem die Welt zu befreien, er täglich und stündlich sein Hirn martert. Die erfolgfreudige, satte Geduld spottet dann der „Propheten"! Aber sind wir nicht alle Propheten, die Geduldigen und die Ungeduldigen, die kurzsichtigen Superklugen und die weitsichtigen Stürmer? Kann es einer unter uns aushalten, ohne sich eine Vorstellung davon zu machen, wo wir stehen? Denn darüber geht der Streit, nicht etwa darüber, wohin wir gehen sollen. Und ist es denn so ganz ausgemacht, daß die pessimistischen Propheten wie Bernstein und Vollmar mehr recht haben als die optimistischen, wie Bebel und Kautsky, und daß nicht einmal die Optimisten wie die Pessimisten mitten in der Diskussion von den Ereignissen überrascht werden, daß es ihnen allen, wie Bebel es einmal ausdrückte, nicht gehen kann wie den törichten Jungfrauen in der Bibel, die kein Öl auf der Lampe hatten, als der Bräutigam kam?

Nun, in der Tat, das fürchten wir nicht. Denn so wichtig dieser Streit ist für den Standpunkt der Partei, so wenig scheint er uns für ihr Handeln in jedem Augenblick zu bedeuten. Man sehe doch zu. Bernstein sieht Europa durch englische Brillen, er sieht, wie die Privilegien der Bourgeoisie Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen und die gesellschaftliche Gegenaktion gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals immer kräftiger wird. Wir festländischen Sozialdemokraten sehen, wie das Deutschland der letzten Jahre den Weg von den kaiserlichen Erlässen vom 2. Februar 1890, die „zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter

die Hand bieten wollen", bis zur Zuchthausrede Kaiser Wilhelms*) im Jahre 1898 findet. Er sieht die „Katastrophe" im weiten Felde, unabsehbar, wir empfinden die Spannung als ganz unerträglich. Aber so verschieden auch darum die Beurteilung der Zukunft ist, was folgt daraus für die Taktik von heute, und es gibt einen einzigen Punkt der politischen Praxis, der konkreten Taktik der Partei, in dem Bebel und Auer, Kautsky und Bernstein sich nicht sofort einig wüßten? Nein, sagen wir, und fürchten keinen ernsthaften Widerspruch. Die Stellung der einzelnen Genossen zur Agrarfrage, zu den Landtagswahlen hat gezeigt, daß sie sich in der Praxis keineswegs nach ihrer Meinung über die Katastrophentheorie und das Endziel gruppieren, sondern nach wesentlich näherliegenden Gesichtspunkten.

Nach unserer Ansicht wird die ganze Diskussion wesentlich dadurch beeinflußt, daß Deutschland, was auch nicht vorhergesehen werden konnte, in dreißig Jahren zu einem der ersten Industrieländer der Welt geworden ist und gegenwärtig noch im Stadium der wirtschaftlichen Prosperität steht. Wann die Krise kommt, wer will es sagen? Daß sie überhaupt nicht mehr kommt, wer wagt es zu behaupten? Kommt sie aber, dann dürften die Stimmungen wesentlich andere werden.

Das Ganze ist, daß die Sozialdemokratie nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Gegenwart des Proletariats kämpfen muß und kämpft. Der Fehler Bernsteins liegt unserer Meinung nach darin, daß er oft offene Türen einrennt und mit großem Aufwand an Wissen und Scharfsinn neben manchem Falschen einen ganzen Haufen Wahrheiten sagt, die niemand leugnet, und daß er dadurch den Schein erweckt, als würden diese Wahrheiten in der Partei nicht anerkannt. Niemand in der Partei, weder in Deutschland noch anderswo, läßt es daran fehlen, „die Erweiterung der politischen und gewerblichen Rechte der Arbeiter" als Mittelpunkt unserer ganzen Arbeit zu behandeln, und wie auch jeder einzelne von uns darüber denken mag, ob die „Katastrophe" fern oder nah ist, wir setzen alle Kräfte an die langsame Hebung der Lebenshaltung und der politischen Macht des Proletariats, als ob sie allein das „Endziel" wäre, und wir arbeiten so fieberhaft rastlos daran, als ob morgen die „Katastrophe" vor der Tür stünde.

Wie lang oder wie kurz der Weg zum Ziel sein mag, wir wissen es nicht, aber auf der Luftlinie können wir nicht marschieren, so sicher sie die kürzeste ist, sondern auf den unebenen und krummen Wegen der gegebenen Verhältnisse müssen wir, wie Engels sagt, „in hartem, zähem Kampfe von Position zu Position langsam vordringen". Und bei jeder Biegung des Weges müssen wir gewärtig sein, vor Überraschungen zu stehen in dem einen Sinne wie in dem andern. Weil wir aber den Weg nicht in seiner ganzen

*) Über die Zuchthausrede Näheres in der Fußnote bei dem Artikel Adlers über Bernsteins Theorie und Taktik, wo Adler außer mit der Zuchthausrede auch mit dem Löbtauer Urteil argumentiert.

Strecke übersehen können, weil wir uns vielleicht allzu hoffnungsfreudig über seine Länge täuschten, sollen wir uns und den Unseren den Ausblick auf den ragenden Gipfel versagen, dem wir in unsäglicher Mühsal zusteuern? Wie unpraktisch diese praktischen Menschen doch oft sind! Die Kraft unserer Partei, die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen unserer Genossen ruht darauf, daß er weiß, daß das Übermaß von Arbeit, von Opfern, von Mut und Ausdauer, das er sich und den andern täglich zumuten muß, nicht nur dem Wohle einzelner Gruppen, die er vor sich sieht, gewidmet ist, sondern daß er der Träger eines Stückes Geschichte ist, daß er nicht nur für die Gegenwart arbeitet, sondern auch für die Zukunft. Allerdings, nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Gegenwart. Denn der Gipfel unheimlicher Torheit ist jene Hoffnung der Gegner, die meinen, nun das Endziel der Sozialdemokratie diskutiert werde, müsse es mit ihrer Zaubermacht über die Massen bald zu Ende sein. Mit der Theorie von der unaufhaltsamen, unvermeidlichen fortschreitenden Verelendung des Proletariats müsse die Sozialdemokratie fallen, meinen sie. Als ob das wirklich auf die Arbeiter so abschreckend wirken müßte, wenn wir ihnen sagen dürfen: Der Weg den wir euch führen wollen, führt nicht, wie wir einst meinten, durch immer tieferen Jammer, sondern ihr selbst sollt, wenn nicht das Ziel, doch ein Stück Kultur, ein Stück Erhebung, ein Stück Menschwerdung erleben und genießen. Ja, daß ihr Menschen werdet, das allein setzt euch in den Stand, das Ziel zu erreichen.

In einem schon nach dem Parteitag erschienenen Artikel im „Vorwärts“ hat Bernstein den österreichischen Sozialdemokraten die Ehre angetan, sie „Meister jenes Opportunismus“ zu nennen, den er für das Ideal der Taktik hält. Es ist richtig, daß wir in Österreich auf schwierigem Boden manchen erfreulichen Fortschritt gemacht haben; wenn er aber meint, daß wir dabei den Blick unaufhörlich auf den Boden gesenkt haben, um nur ja keine Unebenheit zu übersehen, und daß wir uns den Ausblick auf die Ziele der Bewegung verstellen, dann irrt er sich. Wir wären zugrunde gegangen in dem Sumpfe österreichischer Dinge, wir hätten der Bewegung nie den Schwung geben können, der nötig ist, um unsere Art von „Opportunismus“ aushalten zu können, wenn wir am Boden kleben und nicht den Blick frei erheben würden zu den Zielen der Bewegung. Wir österreichischen Sozialdemokraten wissen uns in voller Übereinstimmung mit der überwältigend großen Mehrheit unserer deutschen Genossen, deren Überzeugung in Stuttgart so glänzend zum Ausdruck gekommen ist. Was Kautsky unter der jubelnden Zustimmung der Delegierten dort sagte, war uns aus der Seele gesprochen, und wie unsere deutschen Genossen sind wir bereit, in harter, täglicher Arbeit als Pioniere zu schanzen, aber ebenso bereit, die Schlacht zu schlagen, wenn der Feind uns zwingt sie aufzunehmen. Auch wir sehen die Gefahr, daß es zu solchen Krisen kommt, für keineswegs überwunden an. Die Torheit und die Brutalität unserer Gegner ist nicht geringer, eher größer als irgendwo in der Welt. und unsere ganze Kunst muß sein, zu trachten, daß das Schlachtfeld

und der Schlachttag nicht gar zu ungünstig für uns, vor allem aber, daß unsere Armee bereit sei.

Wir haben bei unserer Erörterung absichtlich von den nebenher laufenden Diskussionen mit dem Genossen Heine (Berlin) einerseits und mit Genossen Parvus*) und der Genossin Luxemburg (Dresden) andererseits abgesehen. Wir halten sie in der Tat für nicht erheblich, und sie scheinen uns, aus der Entfernung betrachtet, des Ärgers und der Erregung, die ihnen gewidmet wurde, nicht ganz wert. Genosse Heine spitzte seine Anschauung über Taktik zu dem Satze zu, er wisse nur zwei Möglichkeiten, die Macht des Proletariats zu begründen: „entweder man setzt den herrschenden Klassen die Pistole des Bewilligungsrechtes im Parlament auf die Brust oder die wirkliche Pistole". Genosse Heine ist ein viel zu kluger Mann, als daß er nicht sehr bald zu der Einsicht kommen müßte, daß es eine dritte oder vielmehr einzige wirkliche Möglichkeit für das Proletariat gibt, Macht zu erlangen, daß die Sozialdemokratie davon längst überall Gebrauch macht und ihr unter anderem alles verdankt, was heute an Arbeiterschutz in allen seinen Formen in der Welt existiert. Seine Zweipistolentheorie ist am Schreibtisch erfunden, und im wirklichen Parteileben wird er sie schleunig loswerden. Am schnellsten wird er über die komische Ansicht wegkommen, daß, wenn wir einmal die „Pistole des parlamentarischen Bewilligungsrechtes" zur Verfügung haben sollten, wir nichts Besseres mit ihr anzufangen wissen werden, als sie zur Bewilligung von Militärforderungen zu benützen. Das wäre wahrhaftig der Mühe wert, sie zu erobern! Genossin Luxemburg ist jene gute alte Bekannte, die von der Wiederherstellung Polens absolut nichts wissen will, und so rastlos dagegen agitiert, als wäre das die schlimmste Sorge und die dringendste Gefahr, vor der das polnische Proletariat steht. Im übrigen machen sie und der sehr kenntnisreiche Genosse Parvus sich dadurch unangenehm, daß sie Wahrheiten, die uns Sozialdemokraten keineswegs neu sind, mit einem aufdringlichen Fanatismus predigen, als wollten sie den unerhörten Satz, daß zweimal zwei vier ist, zum dogmatischen Privilegium einer Sekte erheben. So schmal, wie diese Genossen sich den Pfad vorstellen, auf dem die Sozialdemokratie zu wandeln hat, ist er zum Glück nicht, und so grausam nahe liegt die Gefahr nicht, wie sie glauben, bei jedem Schritt einen Fehltritt gegen das Prinzip zu begehen. Aber auch sie werden das noch lernen, und aus dem unbändig gährenden

*) Über Parvus siehe die Bemerkungen beim Artikel „Unmaßgebliche Betrachtungen". Die Genossin Luxemburg (Dresden) ist Rosa Luxemburg, die bekanntlich mit Karl Liebknecht zusammen am 16. Juni 1913 von der Gegenrevolution ermordet wurde. Sie hatte in Stuttgart ein Mandat der Organisation Dresden. In Russisch-Polen (1870) gebürtig, arbeitete sie zuerst in der polnischen revolutionären Bewegung, aber nicht in der polnischen sozialistischen Partei (P. P. S.), sondern in der polnischen Sozialdemokratie, die die Unabhängigkeit Polens erst vom Sieg des Sozialismus erwartete.

Most werden hoffentlich mit der Zeit ein paar Tropfen guten Weines zu gewinnen sein.

Der Stuttgarter Parteitag hat natürlich über die Frage, die Bernstein wirklich aufgeworfen, die Frage, wo wir stehen? nichts entscheiden können. Bernstein meint, daß die Konzentration des Kapitals, die Proletarisierung der Massen langsamer vor sich gehe, als zu erwarten war, und er stützt sich dabei wesentlich auf eine Statistik, die das nicht beweisen kann, was er erwiesen glaubt, weil sie über die völlig geänderte wirtschaftliche Funktion gewisser Schichten nichts auszusagen vermag. Doch das sind Dinge, die weder auf dem Parteitag, noch in der Tagespresse ausgetragen werden können. Wenn Bernstein aber auf Grund englischer Erfahrungen meint, eine Milderung der Klassengegensätze, eine Abschwächung des Klassenkampfes sei in Aussicht oder möglich, so hat ihm der Parteitag die Antwort gegeben, die wir alle ihm geben müssen. Mögen wir uns dessen freuen oder es bedauern: nichts davon macht sich bemerkbar, im Gegenteil, wenn eine Zeitlang mildere Luft geweht hat, der erste ernste Interessenkoflikt zeigt uns den Abgrund tiefer, als er war. Man sehe doch, welches Schicksal die paar wohlmeinenden Mittler haben, die dem Bürgertum zum sozialen Frieden raten, man sehe die Hetze gegen die nationalsozialen und staatssozialistischen Priester und Professoren. Nun sagt uns Bernstein: Ihr auf dem Kontinent seid eben rückständig. Das ist wahr, aber wir können unsere Gegner nicht anders behandeln, als sie sind. Sollen wir warten, bis sie sich mausern werden? Wer weiß, tun sie das! Es hat gar sehr den Anschein, die herrschenden Klassen auf dem Kontinent werden sehr rückständig und durchaus ungemausert zur Grube fahren müssen. Keinesfalls gibt es irgendeine Erfahrung, die uns veranlassen könnte, den Panzer des streng geschlossenen proletarischen Kampfes abzulegen. Das hat der Parteitag in Stuttgart deutlich herausgesagt, und auch darin fühlen wir in Österreich uns mit ihm einig. v. a.

# Bernsteins Theorie und Taktik.

„Arbeiter-Zeitung" vom 2. April 1899.

Seit dem Stuttgarter Parteitag hat die von Genossen Bernstein angeregte Diskussion über die Grundfragen der Sozialdemokratie geruht. Nunmehr ist er mit jener auch von uns gewünschten Zusammenfassung seiner Anschauungen hervorgetreten und trägt sie uns in einem vor kurzem erschienenen kleinen Buche vor*). Der reiche Inhalt dieser von Freund und Feind mit Spannung erwarteten Schrift bringt fast mehr, als er versprochen, und umfaßt eine Kritik der theoretischen Grundlagen der Sozialdemokratie, der materialistischen Geschichtsauffassung, der Wertlehre sowie des

*) Ed. Bernstein. Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart. Verlag J. H. W. Dietz' Nachfolger.

Programms und der Taktik der Partei. Der schier unmöglichen Aufgabe, das alles im Rahmen weniger Druckbogen zu leisten, hat Genosse Bernstein in immerhin respektablem Maße zu genügen gewußt, und ein gleich anregendes, gleich kampffreudiges und zum Kampfe reizendes Buch wie das seine ist in der Parteiliteratur nicht leicht zu finden. Das ist ihm hoch anzurechnen, und das Wort Kautskys in Stuttgart: „Laßt uns ihm dankbar sein*)!" darf man mit stärkerer Betonung heute wiederholen. Bernstein macht sich zum Mundstück der Selbstkritik der Partei, und je schärfer diese geführt wird, um so wohltätiger wirkt sie. Haben wir in dieser Richtung etwas auszusetzen, so nur, daß er an manchen nicht unwichtigen Stellen mit Seitenhieben kämpft, die er nicht zum vollen Frontangriff ausgestaltet hat, was oft dem Raummangel entspringt, aber wie verletzende Schonung empfunden wird. Die Sozialdemokraten sind lange nicht so empfindliche Leute, als die Gegner von uns sagen und als auch Bernstein gelegentlich annimmt. Er hat mit kräftiger Hand einen Stein in die mitunter stagnierenden Wässer der theoretischen Diskussion in der Partei geworfen, und die kräftige Gegenwirkung, die nun beginnt, sei sein wohlverdienter Dank.

Diesen Dank an Genossen Bernstein spreche ich unumwunden und herzlich aus, trotzdem ich dafür halte, daß seine Schrift neben vielen unbestreitbar richtigen Ausführungen eine Fülle von unbewiesenen und falschen Behauptungen enthält und trotzdem ich die praktischen Endergebnisse, zu denen er kommt, Punkt für Punkt für falsch halte.

Seine Einwendungen gegen die Theorie können und sollen mich hier nicht beschäftigen, das darf Berufeneren überlassen werden und wird in der „Neuen Zeit" zunächst von Karl Kautsky gründlich besorgt. Es sei aber gesagt, daß, was Bernstein vorbringt, bestechend, aber nicht stichhältig ist. Wenn er umständlich nachweist, daß der geschichtliche Materialismus nicht geschichtlicher Automatismus sein kann und von Marx und Engels auch definitiv nicht als solcher aufgefaßt wurde, so rennt er allerdings offene Türen ein, eine Tätigkeit, der er sich in jedem Kapitel mit wahrem Feuereifer hingibt. Wenn er aber entdeckt, daß heute die „ethischen Faktoren" in der Entwicklung wirksamer seien als je, so legt er schon hier den Grund für seine großen taktischen Irrtümer, die auf der seltsamen Entdeckung eines mehr als je bedeutsamen Einflusses des „Allgemeininteresses" und der „Ethik" auf die politische und wirtschaftliche Rolle der herrschenden Klassen beruhen. Wir haben gar keinen Anlaß, kritischen Angriffen auf einzelne Teile der Theorie gegenüber allzu ängstlich zu sein. Erstens ist die Gesamtauffassung der Sozialdemokratie nicht so gefährlich spröde wie ein Bologneserfläschchen, das in Staub zerfällt, wenn es durch den kleinsten Ritz verletzt wird; sie ist auch kein Bau von Dogmen,

*) In Stuttgart hatte schon Klara Zetkin ihre Polemik gegen Bernstein mit den Worten eingeleitet: „Bernstein hat sich unstreitig ein hohes Verdienst dadurch erworben, daß er eine Reihe von Problemen angeschnitten hat, die eingehender wissenschaftlicher Erörterung bedürfen."

der, durch den Buchstabenglauben zusammengehalten, ins Wanken käme, wenn der Zweifel an einzelnen Sätzen rüttelt. Sie ist vielmehr eine Methode der Erkenntnis und ein lebendiges, organisches System gewonnener Erkenntnisse, deren Sicherheit nicht durch ihre Unantastbarkeit, sondern im Gegenteil durch ihre ständige Kritik verbürgt wird. Zweitens aber ist die proletarische Bewegung keineswegs in erster Linie abhängig von ihrer Theorie; weit eher umgekehrt. Auch hier ist es „nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein bestimmt", sondern die sozialistische Theorie ist in gewissem Sinne der Überbau, der mit dem Fortschritt der Entwicklung des Proletariats umgewälzt wird. Auch die innere Geschichte der proletarischen Bewegung will materialistisch verstanden sein. Gewiß findet hier wie überall Wechselwirkung statt, aber im ganzen wird die Theorie, so wichtig ihr Einfluß auf die Praxis ist, der Bewegung immer nur den Weg zu erleuchten, nicht aber ihre Bahnen vorzuschreiben vermögen. Schon aus diesem Grunde vermögen uns die Erörterungen über an sich höchst wichtige Fragen, die Bernstein aufwirft, ohne sie erledigen auch nur zu wollen, nicht allzusehr aufzuregen. Es ist ja höchst erfreulich, daß noch weit allgemeinere Dinge, Fragen der Metaphysik, in letzter Zeit von unterrichteten Genossen in deutschen Parteiblättern eifrig diskutiert werden; wir denken vor allem an die heftige Debatte, die sich über das Verhältnis des historischen Materialismus zur Erkenntnistheorie und um den Ruf: „Zurück auf Kant!" entsponnen hat. Aber ein so günstiges Zeichen es für die Kulturhöhe und die geistige Regsamkeit der deutschen Arbeiter ist, daß solche Diskussionen überhaupt möglich sind; entschieden können diese Fragen auf dem Boden der Partei nicht werden, denn man mag daran zweifeln, daß sie Transzendentales, Metaphysisches betreffen — darüber dürfte doch kein Streit sein, daß sie der Metapolitik angehören, daß sie jenseits aller Politik liegen. Wenn wir vom Streit erhitzten Soldaten des Klassenkampfes uns auf solche Erörterungen einlassen, sind wir in Gefahr, unsere Soldatengewohnheiten mitzubringen — vide nicht nur Plechanow, sondern auch Bernstein —, wodurch die Unbefangenheit unserer Philosophie bedenklich getrübt wird. Wir lassen darum Bernsteins Angriff gegen Hegel und die Dialektik ebenso auf sich beruhen wie Plechanows forsche Abwehr der Renaissance des Kantianismus.

Anders aber steht es mit jenen Ausführungen Bernsteins, durch die er die Taktik der Partei beeinflussen will. Dazu gehört schon das Kapitel: „Der Marxismus und die Hegelsche Dialektik", worin die Taktik der Politiker Marx und Engels kritisiert wird. Soll die Taktik der Sozialdemokratie einer Radikalkur unterzogen werden, so muß doch zunächst bewiesen werden, daß sie sie nötig habe. Da aber in der Gegenwart, wie Bernstein wiederholt versichert, an ihr nicht viel auszusetzen ist, so müßten ihre Fehler in der Vergangenheit liegen, und diese sollen nun bewiesen werden.

Mitunter führt Bernstein seinen Prozeß gegen Marx und Engels nach einer Methode, die den Neid strebsamer Staatsanwälte hervor-

rufen könnte. Er will beweisen, daß sie sich, unrettbar verstrickt in die Hegelsche Dialektik, vom Blanquismus nicht losmachen konnten, daß sie von der „Idee der Eroberung der politischen Macht durch revolutionäre Überrumpelungen" nicht loskommen, ja daß sie einen „wahren Wunderglauben an die schöpferische Kraft der Gewalt" gehegt, und daß „die Lehre, die von der Ökonomie als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeht, vor der Theorie, die den Kultus der Gewalt auf den Gipfel treibt, kapituliert". Soweit sich diese groteske Behauptung in den Dokumenten aus der Revolutionszeit bis zum Jahre 1850 ihre Belege sucht, wollen wir darauf nicht eingehen, obwohl selbst für jene Zeit sich weit leichter das strikte Gegenteil beweisen ließe. Aber Bernstein will beweisen, daß jener Kultus der Gewalt gewährt habe bis zu jener großen Umkehr, die durch Engels' Vorrede zu den „Klassenkämpfen", erschienen 1895, bezeichnet wird. Und was hat er dafür vorzubringen? Nicht mehr und nicht weniger als die Tatsache, daß Engels 1885 dem Wiederabdruck der Marxschen „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln" ein Dokument aus dem Jahre 1850 beifügte, ein Rundschreiben, das Marx-Engels namens der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten damals verfaßt hatten, und worin die Taktik der Kommunisten für den damals erhofften Fall eines Wiederauflebens der Revolution und des Sieges des Kleinbürgertums festgelegt wurde. Nebenbei bemerkt, sahen die Verfasser jener „Ansprache" wenige Monate später ein, „daß von einer wirklichen Revolution keine Rede sein könne", und sprachen diese Überzeugung auch in der Revue der „Rheinischen Zeitung" aus. Aber 1885 druckte Engels jenes Sendschreiben nicht nur ab, sondern er meinte in der Einleitung, es sei „noch heute von Interesse, weil bei der nächsten politischen Erschütterung, die nun bald fällig werde — wie er sehr irrtümlich annahm — in Deutschland die kleinbürgerliche Demokratie unbedingt zunächst ans Ruder kommen müsse". Und er fügt die Worte hinzu, die den Beweis Bernsteins bilden: „Manches von dem dort Gesagten paßt also noch heute." Nun kann man sich billigerweise — billig in jedem Sinne — über die falsche Prophezeiung von Engels lustigmachen; man kann weiter bestreiten, daß das deutsche Kleinbürgertum von 1885 dasselbe sei wie das von 1850, und man kann deshalb leugnen, daß das alte Rundschreiben auch nur in „manchem heute noch passe". Aber die Unterstellung, daß Marx-Engels den deutschen sozialdemokratischen Arbeitern von 1885 mit ihren zirka 800.000 Stimmen eine ähnliche Taktik als „prinzipiell noch gültig" haben raten wollen, wie sie 1850 den paar hundert Mitgliedern des kommunistischen Geheimbundes empfohlen hatten, ist doch starker Tabak. Und doch ist diese Unterstellung faktisch der einzige von Bernstein angeführte Beweis für den verstockten Blanquismus von Marx und Engels. Daß es doch immer den gescheitesten Leuten vorbehalten ist, die größten Dummheiten zu reden!

Es war zu erwarten, daß Bernstein seinen Angriff gegen die Katastrophentheorie ausführlich darlegen und begründen werde.

Leider wird man kaum finden können, daß er wesentlich mehr vorbringen konnte als eine Wiederholung und Vermehrung seiner höchst zweifelhaften statistischen Argumente. Der Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise scheint ihm in unabsehbare Ferne gerückt, weil der Großbetrieb nicht in so rapider Weise das Übergewicht gewinne, als die Theorie erwarten ließ, und weil die Zahl der Kapitalisten sich nicht vermindere, sondern vermehre. Was den ersten Punkt anlangt, so hat Kautsky in dem ersten der drei Artikel, die er im „Vorwärts" der Kritik Bernsteins widmete, bereits schlagend geantwortet*). Hinzuzufügen wäre, daß Bernsteins Ziffern, selbst wenn sie beweisen würden, daß der Kleinbetrieb verhältnismäßig lange standhält, gar nicht zeigen und nicht zeigen können, wie sich die Qualität der Betriebe völlig verändert hat, selbst wo wenig verändert wurde. Der Kapitalismus, und das weiß Bernstein sehr genau, hat die Natur, die ökonomische Funktion eines sehr großen Teiles der Kleinbetriebe völlig umgewälzt. Den Ziffern der Betriebsstatistik sieht man es nicht an, daß der Betrieb des Kundenschneiders im Jahre 1882 umgewandelt ist in den Betrieb des kleinen Zwischenmeisters im Dienste der Konfektionsfirma im Jahre 1895; der selbständige kleine Kaufmann von ehedem ist in sehr ausgedehntem Maße der abhängige Agent weniger oder gar nur einer einzigen großen Firma geworden. Das sind handgreifliche Veränderungen, die jeder Kundige kennt, die entscheidend sind für den Gesamtcharakter des Wirtschaftszustandes, von denen aber die Ziffern der Statistik nichts erzählen können.

Jedoch Bernstein findet nicht nur, daß die Konzentration der industriellen Unternehmungen sehr langsam verläuft, er legt auch ausführlich dar, daß sich die Zahl der Kapitalisten vermehre, während Marx von der „beständig abnehmenden Zahl von Kapitalmagnaten" spricht. Da möchte man doch vor allem es nicht sehr überraschend finden, daß mit der Entwicklung des Kapitalismus sich die Kapitalisten vermehren, und daß sich vermutlich in der kleinsten Grafschaft Englands mehr von dieser interessanten Spezies Menschen finden als in dem ganzen weiten Lande Galizien. Die Tatsache war auch Marx nicht unbekannt, aber Bernstein meint, er habe sie nicht genügend hervorgehoben. Wenn Marx darlegt, daß „das Wachstum der funktionierenden Kapitale durchkreuzt ist durch die Bildung neuer und die Spaltung alter Kapitale", wenn er hervorhebt: „mit der Akkumulation des Kapitals wächst daher auch mehr oder minder die Anzahl der Kapitalisten", so ist das deutlich genug. Aber Bernstein rügt, daß am Schlusse des ersten Bandes nur noch „von der beständig abnehmenden Zahl von Kapitalmagnaten" die Rede sei. Uns scheint daraus nur hervorzugehen, daß Marx zwischen den ordinären Kapitalisten, dem Kanonenfutter der Konzentration, und den Kapitalmagnaten, den Siegern im Kampfe, einen wohlbegründeten Unterschied macht,

*) Siehe „Vorwärts" vom 16., 17. und 18. März. Die Replik Bernsteins im „Vorwärts" vom 26. März entkräftet Kautskys Argumente in keiner Weise. (Anmerkung Adlers.)

den Bernstein freilich völlig außer acht läßt, was ihn, den sonst so sorgfältigen Mann, zu den possierlichsten Argumentationen verleitet. So verzeichnet er als sehr wichtigen Befund, daß die Anteilscheine des englischen Nähgarntrusts in nicht weniger als 12.300 Händen seien, darunter zum Beispiel 6000 Inhaber von Stammaktien mit 1200 Mark „Durchschnittskapital". Was sollen diese Ziffern, deren Quelle übrigens nicht angegeben wird, besagen? Bernstein weiß so gut wie wir, daß es sehr möglich, ja sehr wahrscheinlich ist, daß von diesem Stammaktienkapital von insgesamt 7 Millionen 5 Millionen Mark in den Händen von sagen wir zehn Herren sind, während die beneidenswerten 5990 anderen „Durchschnittskapitalisten" je eine oder zwei Stammaktien im Betrag von 200 bis 400 Mark besitzen. Die subjektive Eigenschaft des Kapitals, Kommando über Arbeit zu bedeuten, ist doch bei diesen Zwergkapitalisten einfach ausgelöscht, und gerade darauf kommt es in diesem Zusammenhang an. Aber Bernstein erzählt uns ganz ernsthaft, daß das gesamte Aktienkapital von England im Betrag von 22.290 Millionen Mark in den Händen von weit über einer Million Aktieninhabern sei, was freilich eine ganz ansehnliche Durchschnittskapitalistenklasse ergibt, deren Angehörige je 20.000 Mark schwer sind. Das erinnert wirklich schon an die famosen Nachweise der Hebung des Volkswohlstandes an der Zunahme der Sparkasseneinlagen.

Wir haben ein paar Stichproben herausgehoben um zu zeigen, wie weit Bernstein sich gelegentlich von seinem Eifer hinreißen läßt zu beweisen, es sei alles anders gekommen. Gewiß ist die Kapitalistenklasse zahlreich genug, um einem raschen Fortschritt des Sozialismus energischen Widerstand leisten zu können, das spüren wir ja deutlich auf Schritt und Tritt. Aber der Optimismus Bernsteins — Optimismus im Sinne der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung — wird noch wesentlich gefördert dadurch, daß er bewußt und noch mehr unbewußt von der Anschauung beeinflußt ist, eine große Krise sei für absehbare Zeit ausgeschlossen oder wenigstens höchst unwahrscheinlich. Soweit Bernsteins Buch das Resultat einer Stimmung ist, und es ist das in hohem Grade, ist es Reflex der Ära industrieller Prosperität mit allen ihren wirtschaftlichen und politischen Folgen, in der wir stehen und die seit 25 Jahren nicht in gleicher Dauer und gleichem Grade dagewesen ist. Bernstein führt. wie schon Engels getan, die Gründe auf. die gegen die Wahrscheinlichkeit einer allgemeinen Krise sprechen. Aber man darf doch nicht vergessen, daß diese Prosperität zum Teile wenigstens sich auf Ursachen aufbaut, die kaum dauernd fortwirken werden. Dazu gehört, um nur einen Punkt zu nennen, die Einführung der Elektrizität in die Technik mit allem, was drum und dran hängt. Man kann sagen, daß gegenwärtig ein großer Teil des gesamten maschinellen Apparats der Weltindustrie elektrifiziert wird, eine Arbeit, deren Beendigung in absehbarer Zeit ein sehr fühlbarer Faktor werden dürfte. Kommt aber eine Krise trotz jener ungeheuren Ausdehnung des Weltmarktes, deren Zeugen wir sind,

dann kommt sie furchtbarer und verheerender als je, und ihre Folgen werden nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch jene Mittelklassen zu fühlen bekommen, deren angeblich wachsende Zahl und Behaglichkeit Bernstein eine Katastrophe als ausgeschlossen erscheinen läßt.

Aber Krise oder nicht, Katastrophe oder nicht: darüber sind wir einig und Bernstein mit uns, daß die kapitalistische Ordnung der sozialistischen Platz machen soll und wird. Bernstein hält diese Entwicklung für eine kulturelle, nicht aber für eine ökonomische Notwendigkeit, und hier ist der Punkt, wo er mit der Theorie des Marxismus am entschiedensten bricht, ein Bruch, über dessen grundsätzliche Bedeutung er sich durchaus nicht nach allen Seiten klar geworden zu sein scheint. Ja, es ist bemerkenswert, daß in seinem Buche nur eine einzige Stelle zu finden ist, in der diese seine Meinung nebenbei gelegentlich angedeutet wird, und daß erst die Artikel Kautskys im „Vorwärts" ihm Anlaß gegeben haben, sie in seiner Antwort in dürren Worten auszusprechen. Wir gestehen auch, daß wir in dem ganzen Buche, so viel Argumente er sich dafür beizubringen bemüht, daß die ökonomische Entwicklung zum Sozialismus hin eine langsame ist, keine Spur eines Arguments dafür finden, daß die ökonomische Entwicklung auch in eine andere Richtung führen könne als zum Ende des Kapitalismus. Aber wenn wir es für den Moment dahingestellt sein lassen wollen, ob dieses Ende des Kapitalismus und der Sieg des Sozialismus schon aus rein ökonomischen Gründen unvermeidlich ist, was Bernstein leugnet, oder aber, wie Bernstein will, die Herbeiführung des Sozialismus wesentlich eine Forderung des Rechtsbewußtseins, eine Kulturforderung ist, in jedem Fall ist damit die Diskussion mit Bernstein keineswegs erledigt. Vielmehr beginnt erst recht in diesem Punkte sowohl das unbestreitbare Verdienst seiner für die Sozialdemokratie geleisteten Denkarbeit als auch die Nötigung zu ernstlichstem Widerspruch gegen wesentliche Teile seiner Anschauung.

Bernsteins Buch setzt die Bemühungen fort, die er in jener in der „Neuen Zeit" erschienenen und so viel umstrittenen Artikelserie „Probleme des Sozialismus" begonnen hat, die Aufgaben des Proletariats beim Übergang zum Sozialismus realistisch und im einzelnen ins Auge zu fassen und zu studieren. Er geht dabei übertrieben ängstlich zu Werke und scheint namentlich von der fixen Idee verfolgt zu sein, die zukünftige proletarische Regierung werde ihre Sache möglichst dumm anstellen und etwa in einer längeren Nachtsitzung auf dem Wege einiger Dekrete die gesamte kapitalistische Wirtschaft auf sozialistische Beine stellen wollen. Unseres Erachtens besteht aber nicht der geringste Zwang, sich die Diktatur des Proletariats so naiv vorzustellen. Daß die Umwälzung keine plötzliche und allseitige sein kann, wird bei näherer Überlegung jedem klar sein, und wenn wir noch heute selbst in den kapitalistisch gründlichst revolutionierten und fortgeschrittensten Ländern mit nicht unansehnlichen Resten des Feudalismus zu tun haben, so haben wir gewiß zu gewärtigen, daß kapitalistische Wirtschaftselemente und

Produktionsformen noch weit in die sozialistische Zeit hinein bestehen bleiben werden. Es ist gewiß dankenswert, wenn Bernstein uns alle Schwierigkeiten dieser Umwälzung deutlich vor Augen stellt, wenn er uns die Höhe der Anforderungen klarzumachen sucht, die an die Reife der Arbeiterklasse zu stellen sein werden, und, was uns am wesentlichsten scheint, wenn er uns im einzelnen zeigt, wie heute mit Erfolg vorgearbeitet werden kann. Seine Kapitel über die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsgenossenschaften und der Gewerkschaften und über den Kommunalsozialismus wird, so viel Bekanntes sie enthalten, niemand ohne wirkliche Förderung und Anregung lesen.

Aber Genosse Bernstein wünscht auch die Taktik der Partei umzukrempeln, und da ist der Punkt, wo sein Verdienst aufhört und sein unverantwortlicher Irrtum beginnt. Zunächst wird seine Manie, offene Türen einzurennen, an diesem Punkte geradezu gemeingefährlich. Es ist absolut überflüssig, daß er der Sozialdemokratie ein Kollegium über die Aussichtslosigkeit und Verwerflichkeit der Gewalttaktik liest. Er selbst weiß das, denn er wiederholt unausgesetzt, daß die Werke der Partei mit keiner Form von Gewalttaktik etwas zu tun haben, und er wäre verpflichtet, zu wissen, daß auch ihre Worte frei sind von phrasenhaftem Appell an die Gewalt. Was will Bernstein also? Ein Wort hat es ihm angetan, das Wort: R e v o l u t i o n, dem läuft er nach, und das will er aus dem Wörterbuch der Partei ausmerzen. Möge Genosse Bernstein verzeihen: Hier wird er einfach kindisch. Erst definiert er das Wort Revolution, wie nur noch ganz alte Staatsanwälte als „gleichbedeutend mit Aufstand, beziehungsweise außergesetzlicher Gewalt" und dann widerrät er sehr umständlich den Gebrauch dieses so fein definierten Wortes. Ja, er nimmt offenbar an, daß diese von ihm gepredigte Enthaltsamkeit ein Geheimmittel ganz besonderer Art sei, dem höchst bedeutsame okkulte Kräfte innewohnen. Wenn die Sozialdemokratie aufhört, sich eine revolutionäre Partei zu nennen, wenn sie sich entschließt, nur mehr als „demokratisch-sozialistische Reformpartei" aufzutreten, dann werden bei den herrschenden Klassen die latenten Schätze ihrer Ethik frei werden, dann wird der Einfluß der Einsichtigen und Anständigen unter ihnen so sehr wachsen, daß sie der Notwendigkeit demokratischer Einrichtungen zum Durchbruch verhelfen können. Ja, noch mehr; auch auf die sehr a k t u e l l e Frage: Wie soll die Beseitigung des Klassenwahlsystems und die Demokratisierung der Gemeinde erkämpft, wie soll die geplante Vernichtung des Reichstagswahlrechtes verhindert werden? findet Bernstein keine andere Antwort als jenen Verzicht auf das Wort Revolution. Solche Kindereien können gescheiten Menschen wirklich nur an dem weltabgeschiedenen Schreibtisch eines englischen Cottagehauses einfallen.

Aber sollten wir alle etwa Bernstein mißverstanden haben, oder war es nur ein lichter Moment, in dem er auf Seite 183 seines Buches schrieb: „Sobald eine Nation einen politischen Zustand erreicht hat, w o d a s R e c h t d e r b e s i t z e n d e n M i n d e r h e i t

aufgehört hat, ein ernsthaftes Hindernis für den sozialen Fortschritt zu bilden, wo die negativen Aufgaben der politischen Aktion zurücktreten hinter den positiven, da wird die Berufung auf die gewaltsame Revolution zur inhaltlosen Phrase. Man kann eine Regierung, eine privilegierte Minderheit stürzen, aber nicht ein Volk." Und für ein solches Land hält Bernstein wirklich das Deutsche Reich, das Reich der Zuchthausrede und des Löbtauer Urteils?*) Wenn aber nicht, dann ist wohl die Berufung auf die gewaltsame Revolution noch nicht zur inhaltlosen Phrase geworden. Oder doch? Freilich, Bern-

*) Die Zuchthausrede Wilhelms II. und das Löbtauer Urteil hatten die deutsche Arbeiterschaft auf das äußerste erregt.

Am 6. September 1898 hatte Wilhelm II. in einer Rede zu Industriellen in Oeynhausen angekündigt, daß ein Gesetz sich seiner Vollendung nahe, wonach „jeder, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll". Und er hatte hinzugefügt: „Ich hoffe, das Volk wird zu mir stehen." Auf dem Parteitag in Stuttgart, der anfangs Oktober stattfand, gab Richard Fischer gleich die Antwort auf diese Zuchthausrede: „Wenn der Kaiser es für nötig erachtet, uns Sozialdemokraten den Fehdehandschuh hinzuwerfen, so nehmen wir ihn auf." Die „Zuchthausvorlage" (Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses) wurde im nächsten Jahr wirklich eingebracht, aber nicht beschlossen.

Das Löbtauer Urteil ist das Urteil, durch das das Schwurgericht in Dresden am 3. Februar 1899 neun ausständige Bauarbeiter in Löbtau zu 53 Jahren Zuchthaus, 8 Jahren Gefängnis und 70 Jahren Ehrverlust verurteilte. Es wird wohl nicht überflüssig sein, die Vorgeschichte zu erzählen. Auf einem Bau in Löbtau waren die Arbeiter mit dem Unternehmer, einem skrupellosen Bauspekulanten, in Streit geraten. Im Verlaufe des Streites feuerte der Unternehmer einen Revolverschuß ab. Die Arbeiter nahmen ihm den Revolver weg und prügelten ihn. Obwohl ihm dabei nichts geschehen war, begann die bürgerliche Presse sofort eine Hetze gegen die Arbeiter, wobei sie von Mord und Totschlag schrie. Die Staatsanwaltschaft klagte die Arbeiter wegen Landfriedensbruch und die Geschworenen fällten das angeführte Urteil. Selbst in bürgerlichen Kreisen erregte dieses offenkundige Klassenurteil Entsetzen, die Arbeiter schrien auf. Die Sozialdemokraten brachten bereits Ende Februar dieses Urteil im Reichstag zur Sprache und es wurde eine volle Woche lang darüber gesprochen. Der Vertreter der Regierung rief dabei den Sozialdemokraten zu, der Einfluß der Verhetzer der verurteilten Arbeiter habe sie zwar ins Zuchthaus gebracht, er reiche jedoch nicht so weit, ihnen die Tore des Zuchthauses auch nur eine Viertelstunde vorzeitig zu öffnen.

Bald wurde aber bekannt, daß sogar die bürgerlichen Geschworenen, über die Höhe der Strafe entsetzt, selbst ein Gnadengesuch eingebracht hatten. Nach und nach wurden dann vom Jahr 1901 angefangen die Verurteilten begnadigt, der letzte erst 1905, nachdem er mehr als sechs Jahre verbüßt hatte.

Die sozialdemokratische Partei hatte sofort nach dem Urteil Sammlungen eingeleitet und diese ergaben mehr als 100.000 Mark für die Familien der Verurteilten.

stein hält alle diese Dinge und die entsprechenden Vorgänge in Österreich, in Ungarn, in Italien für „zeitweilige reaktionäre Zuckungen", auf die keine historische Theorie zu bauen sei. Zugegeben, aber die Taktik einer Partei baut man nicht auf Anschauungen ex specie aeternitatis, auf Abstraktionen, die Jahrhunderte zur Verfügung haben, ganz abgesehen davon, daß sie grundfalsch sind.

Es ist die alte harmlose Fabel von des Wanderers Mantel, dem Sturm und der Sonne, mit der uns Bernstein aufwartet. Wir sollen den Herrschenden den Verzicht auf ihre Privilegien abschmeicheln und durch Sanftmut sie dazu bewegen, uns demokratische Einrichtungen zu gewähren! Und diesen einigermaßen unwahrscheinlichen Erfolg sollen wir mit einer Falschmeldung und mit Irreführung der Arbeiterschaft erzielen! Das ist es, nicht mehr und nicht weniger, was Genosse Bernstein uns vorschlägt. Kein Sozialdemokrat ist so unvernünftig, an die Gewalt zu appellieren, die wir nicht haben, aber kein Sozialdemokrat, der das Leben der Arbeiter lebt, wird darauf verzichten wollen und können, ihnen zu sagen, daß ihre tägliche politische Arbeit, ihre Organisation in den Gewerkschaften, ihre Betätigung überall, wo unsere Einrichtungen nur dem kleinsten Stück Demokratie Raum geben, eine wahrhaft revolutionäre Bedeutung haben. Nicht in dem von Bernstein adoptierten Polizeisinn, wohl aber in dem Sinne, dessen Anerkennung aus jeder Zeile seiner eigenen Arbeit leuchtet, ist diese sozialdemokratische Betätigung bewußte Arbeit für die Revolution, für die Umwälzung der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus. Die Arbeiter fähig zu machen für die Rolle, die ihnen die geschichtliche Notwendigkeit nicht nur, wie wir unerschütterlich überzeugt sind, sondern auch ihr Rechtsbewußtsein und sittliches Wollen zuerkennt, wie Bernstein es ausdrückt, das ist revolutionäre Tätigkeit, und die Arbeiter sollen wissen, daß es das ist. Wollten wir diesen Tatbestand verhüllen, so würden wir zwar die Gegner nicht täuschen, wie die Superklugheit Bernsteins annimmt, aber die Arbeiter würden wir irreführen, oder vielmehr, sie würden uns nicht mehr verstehen. Und das ist das Beste an der Sache. Zum Glück wird nämlich dieser Teil der Ausführungen Bernsteins auf die Arbeiterschaft nicht den geringsten Eindruck machen und von der Masse der Partei wie eine sonderbare Zumutung abgelehnt werden. Im Gegenteil, wenn Bernstein meint, unserer Bewegung fehle es derzeit an weiser Mäßigung, so täuscht er sich. Wenn etwas mangelt, so ist es der zusammenfassende Blick ins Weite. Die praktische Tätigkeit ist der Gefahr unterworfen, zur Routine zu werden, mit allen ihren Ledernheiten und Trägheiten des Denkens. Und wenn Bernsteins Schrift unleugbar verdienstlich ist, wo sie recht hat, so ist sie doppelt verdienstlich in dieser Frage, wo sie tausendmal unrecht hat. Sie bezeichnet eine Gefahr für die sozialdemokratische Bewegung, und sie wird eine kräftige Reaktion hervorrufen, nicht für, sondern gegen die Taktik, die er uns empfiehlt. V. A.

# Der Parteitag zu Hannover.

„Arbeiter-Zeitung" vom 22. Oktober 1899.

Der deutsche Parteitag hat reichlich das geleistet, was seine Aufgabe war. Er hat die in der sogenannten Bernstein-Debatte aufgeworfenen Fragen einer Diskussion unterzogen, die man in dieser Gründlichkeit und Vielseitigkeit von einer derartigen Versammlung kaum erhoffen durfte, er hat ein klares Bild von der Richtung und der Stärke der Strömungen innerhalb der Partei gegeben, und er hat schließlich scharf und klar festgestellt, worüber die Gesamtheit der Partei einig ist. Mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit wurde die Bebelsche Resolution angenommen, die mit aller wünschenswerten Schärfe ausspricht, daß die Partei ebensowenig Anlaß hat, ihre Grundanschauungen und Grundforderungen als ihre Taktik zu ändern*).

Wer nun fragt, was der Erfolg Bernsteins und seiner Freunde war, dem ist nicht leicht zu antworten. Denn vorher müßte die Frage beantwortet werden, was Bernstein eigentlich gewollt hat, und hier liegt die Schwierigkeit. Wollte er nur eine Diskussion über die Grundfragen der Partei anregen, ihren Bestand an Anschauungen einer kritischen Überprüfung zuführen, um sie vor der vielberufenen dogmatischen Versteinerung zu bewahren, so hat er seinen Zweck wahrscheinlich weit über seine Hoffnung hinaus erreicht. Die Diskussion in der Presse hatte einen ungeheuerlichen Umfang angenommen, bedauerlicherweise vielfach auch eine Heftigkeit und Leidenschaft, die auf beiden Seiten mitunter hart an persönliche Gehässigkeit streifte, und die seit langem nicht erlebt wurde, auch in unserer Partei nicht, die groß geworden ist und sich entwickelt hat nicht nur im Kampfe mit den Gegnern, sondern auch im Kampfe mit sich selbst, in unausgesetzter Selbstkritik.

*) Der Parteitag zu Hannover hatte auf der Tagesordnung den Punkt: „Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei." Das Referat hatte August Bebel, das Korreferat Dr. Eduard David. Die auf dem Parteitag beschlossene Resolution kommt nach längeren Ausführungen zu dem Schluß:

> Nach all diesem liegt für die Partei kein Grund vor, weder ihre Grundsätze und Grundforderungen, noch ihre Taktik, noch ihren Namen zu ändern, das heißt aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-sozialistische Reformpartei zu werden, und sie weist jeden Versuch entschieden zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern oder zu verrücken.

Daß übrigens Bernstein auf dem Parteitag seine Anschauungen nicht selbst vertrat, wie weiter unten mitgeteilt wird, hatte seinen Grund darin, daß bis 1901 der gegen ihn erlassene Steckbrief noch immer aufrecht war. Erst auf dem Parteitag zu Lübeck 1901 wurde berichtet, daß die Steckbriefe gegen Bernstein und Motteler, den bekannten „roten Postmeister", nicht mehr erneuert wurden und daß beide Genossen nun nach Deutschland übersiedelten.

Auf dem Parteitag selbst hat sich die Diskussion von diesen Ausschreitungen freigehalten, und die in der Presse am heftigsten über die Stränge geschlagen hatten, beflissen sich in Hannover einer anerkennenswerten Sachlichkeit und Mäßigung, was ihnen seltsamerweise von jenen Genossen geradezu übel vermerkt wurde, die sich gerüstet hatten, den Schutz der Freiheit der Meinungsäußerung innerhalb der Partei in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Aus dem Ketzergericht, worauf sich die Gegner gefreut hatten, wurde eben nichts, und Scheiterhaufen wurden nicht angezündet, nicht etwa weil der Mut dazu fehlte, wie Genosse Vollmar andeutete, sondern weil vor allem die Gesinnung fehlte, die abweichende Meinungen brandmarken will, statt sie zu widerlegen.

Von einem Mangel, der schon in der Erörterung in der Presse hervorgetreten war, konnte sich die Debatte freilich nicht ganz freihalten. Vielfach geriet sie in das Geleise der Kritik und Auslegung der Texte von Marx und Engels und der an sie anknüpfenden Literatur, eine Tätigkeit, die, wenn sie überhaupt fruchtbar ist, von einem Parteitag kaum mit Erfolg geübt werden kann. Bernstein selbst ist es freilich, der die Hauptschuld daran trägt, wenn neben der Hauptfrage, was die Partei soll und will, auch heiß darum gestritten wurde, was unsere Lehrer und Vorkämpfer während ihres langen Forscher- und Kämpferlebens jeweilig gemeint haben. Trotz dieser Abweichungen von der Hauptsache war die Bernstein-Debatte, in ihrer Gänze betrachtet, durchaus ersprießlich. Sie hat bewirkt, daß uns allen bis tief hinein in die Massen der Partei der Untergrund der Anschauungen und der Tätigkeit der Partei wieder einmal in hellstes Bewußtsein gerückt wurde. Wenn Bernstein das wollte, kann er mit Hannover allerdings zufrieden sein.

Anders steht die Sache freilich, wenn Bernstein hoffte, die deutsche Sozialdemokratie zu seinen Lehrmeinungen zu bekehren. Auch da wird man fragen müssen: Welches ist denn Bernsteins Meinung? Eine Frage, die nach dem Parteitag noch schwerer zu beantworten ist als vorher. Genosse D a v i d, der mit einem wahren Feuereifer und großem, vielleicht allzu großem Aufwand an theoretischer Erörterung Bernsteins Sache führte, erklärte, Bernstein wolle im wesentlichen „eine höhere Bewertung der Gegenwartsarbeit". Wäre diese Darstellung richtig, dann müßte man allerdings den größten Teil von Bernsteins Schrift für überflüssiges Beiwerk halten und dürfte sogar fragen, ob der Rest, so nützlich und dankenswert seine Absicht ist, berechtigterweise mit dem Anspruch auftreten durfte, der Partei Neues zu sagen. Geradezu unverständlich ist es aber, wenn David darin eine mindere Wertung dieser Gegenwartsarbeit erkennen will, daß wir sie, auch wo sie erfolgreich ist, nur als Mittel zur Erringung unseres letzten Zieles ansehen. Alles, was als Gegenwartsarbeit bezeichnet wird, läuft darauf hinaus, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben, ihren Einfluß zu vermehren, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber der verelendenden Tendenz des Kapitalismus zu steigern, ihre Rechtlosigkeit individuell und als Klasse zu vermindern, ihre geistige

Rüstung zu stärken. An tausend Stellen und in tausend Formen verrichtet heute die Sozialdemokratie dieses Werk, und ihre besten Kräfte widmen sich ihm ohne Unterlaß, trotz der Empfindung, vielfach auf Flugsand zu bauen und immer vor der Gefahr zu stehen, daß eine Wendung der wirtschaftlichen Konjunktur die mühsam errichteten Dämme wegschwemmen kann. Wir fragen nun, ob es wirklich mehr Ansporn ist, diese Arbeit zu tun, wenn man die satte Zufriedenheit des Erfolges für die Gegenwart sucht, oder ob nicht vielmehr diese Detailarbeit stärkeren Antrieb und höhere Weihe dadurch bekommt, daß sie nicht mehr, aber auch nicht weniger ist als die unerläßliche Vorbereitung für den endgültigen Sieg des Proletariats und der sozialdemokratischen Ideen. Freilich, wenn man, wie Genosse David, die neidenswerte Gabe hat, in dem friedlichen Pfötchen der kleinsten Reform den Löwen der Sozialisierung des Eigentums zu entdecken, dann wird man den faustischen Drang, der die proletarische Bewegung durchfiebert, kaum verstehen. Gewiß ist jede Vorschrift der Gewerbepolizei, mag sie Ventilation oder Verkürzung der Arbeitszeit betreffen, eine Einschränkung des absoluten Eigentumsbegriffes, der übrigens praktisch nie in voller Schärfe zur Geltung gekommen ist. Darum ist aber die Vorschrift von Ventilation noch lange nicht der Beginn der Expropriation, und von Davids „Aushöhlung" des Eigentumsbegriffes ist die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel nicht nur graduell, sondern im Wesen verschieden. Dadurch ist aber freilich der ganze Komplex von Eingriffen in das freie Verfügungsrecht der heutigen Kapitalisten, der sich als Arbeiterschutz zusammenfassen läßt, nicht im mindesten geringer, sondern nur anders einzuschätzen; er schwächt nicht das Eigentum, aber er stärkt die Klasse, die es beseitigen wird.

Aber man darf es den wenigen Genossen, die für Bernstein das Wort führen, um so ruhiger gönnen, theoretisch andere Wege zu gehen, als sie praktisch zu demselben Ziele kommen und kommen wollen wie wir alle. Die in Hannover geführte Debatte erreichte ihren Höhepunkt in dem nach Form und Inhalt gleich vollendeten Schlußwort Bebels, worin er ohne Widerspruch konstatieren durfte, daß die Partei einig ist, was ihre Grundanschauungen anlangt, daß sie einig ist über das Endziel, und er hätte ruhig hinzufügen können, auch einig in bezug auf die Hauptrichtung des Weges, den sie zu gehen hat. Denn, und das kann nicht scharf genug hervorgehoben werden, die taktischen Vorschläge Bernsteins, sein Rat, dem bürgerlichen Liberalismus entgegenzukommen, auf die wachsende Ethisierung der Bourgeoisie zu bauen und zu spekulieren, dieser Rat fand auf dem Parteitag auch nicht einen einzigen Genossen, der ihn laut oder leise vertreten hätte. Ja, da Bernstein durch Auer melden ließ, er sei mit der Resolution im ganzen einverstanden, hat er selbst sich die Sache wohl schon wieder überlegt, was wir mit aufrichtiger Freude begrüßen. Die wenigen Stimmen, die sich gegen die Resolution aussprachen, kamen nicht von seiten der Freunde Bernsteins; es waren Berliner Genossen, die das in der Resolution für zulässig erklärte Zusammen-

gehen mit Gegnern bei Wahlen verwerfen — soweit die preußischen Landtagswahlen in Betracht kommen —, und es waren einige Hamburger Genossen, die in der Billigung der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften eine ihnen unangebracht scheinende Gutheißung der in Hamburg eben gegründeten „Produktion" erblickten. Es mag zu bedauern sein, daß man in diesen Fällen ein Detail über das Ganze stellte, aber es ist nötig, zu konstatieren, daß die Sätze, worin die Anschauung der Partei und das Resultat der Bernstein-Debatte festgelegt wurden, von Bebel wie von David, von Liebknecht und Singer wie von Auer und Vollmar, ja, von Kautsky wie von Bernstein als der Ausdruck ihrer Überzeugung und als Richtschnur ihres Handelns anerkannt wurden.

Gewiß ist damit diese Diskussion keineswegs abgeschnitten, vielmehr liegt es in der Natur der Sache, daß sie immer wieder aufgenommen werden wird. Man wird hoffentlich nicht mehr über die Verelendungstheorie streiten, darüber aber wird immer diskutiert werden, was stärker sei, die Tendenz des Kapitalismus, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken, oder die Fähigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, diese Tendenz zu überwinden, sowie darüber, ob die kapitalistische Wirtschaft die Rapidität der technischen Entwicklung infolge der Ausdehnung der Märkte noch ertragen könne, oder ob sie, am Ende ihrer Elastizität angelangt, einer Katastrophe zutreibe. Die Antwort aber wird wesentlich von der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunktur weit mehr beeinflußt werden als von theoretischen, ja selbst mehr als von den vieldeutigen statistischen Erwägungen. Gewiß ist auch, daß die Gegenwartsarbeit in allen ihren Formen uns mehr und mehr beschäftigen wird, aber nicht etwa, weil wir aus theoretischen Gründen sie höher einzuschätzen gelehrt wurden, sondern umgekehrt: die höhere Schätzung ist eine Wirkung davon, daß die Arbeiterklasse an Boden für ihre Betätigung gewinnt, denn wir schätzen immer, was wir tun. Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse wird von Tag zu Tag differenzierter, ihr Aufsteigen, ihr Wachsen an Bedeutung vollzieht sich an immer mehr Punkten, aber überall und immer ist es ihr eigenes Werk, ist jeder Erfolg ein Sieg in dem mit vollem Bewußtsein geführten Klassenkampf. Ob die Zeit dieser stetigen Arbeit bis ans Ende währen wird, oder ob sie eine Episode ist, die von akuteren Episoden abgelöst werden wird, wer vermag das zu prophezeien, und vermöchte es einer, was sollte uns seine Prophezeiung nützen!

Auf einem Friedhof in Hannover gibt es ein merkwürdiges Grabmal. Mit großen Buchstaben, die noch Spuren von Vergoldung tragen, steht da zu lesen, dies Grab sei „auf ewig erkauft". Aber die Ewigkeit hat eine Grenze gefunden, und das protzige Denkmal steht klaffend offen. Ein lebensstarker Baum ist mit seinen Wurzeln und Ästen in die engen Fugen zwischen die mächtigen Marmorplatten eingedrungen, hat die eisernen Klammern zersprengt, den zentnerschweren Deckstein gehoben und das für die Ewigkeit begründete Werk zerstört. Das Wachsen des Baumes war Gegen-

wartsarbeit, gewiß; aber ob es nicht in der Stunde, als der Marmorblock stürzte, eine lärmende Katastrophe gegeben, können nur jene melden, die dabei gewesen.

# Die Bernstein-Debatte.

„Arbeiter-Zeitung" vom 29. September 1901.

Der Lübecker Parteitag hat heute seine Verhandlungen beschlossen. Mit Genugtuung und befriedigtem Stolz darf die Sozialdemokratie Deutschlands auf seinen Verlauf zurückblicken, denn ein schweres und gefährliches Werk war diesmal zu verrichten, ein schwereres vielleicht, als es jemals einem deutschen Parteitag aufgegeben war, und glücklich ist's vollbracht worden. Es galt, einen Meinungsstreit, der seit zwei Jahren tobt und in dem sich einer der verdientesten Parteimänner zu dem Denken und Fühlen der großen Mehrheit der Parteigenossen in Widerspruch gesetzt hatte, beizulegen, den Frieden wiederherzustellen, ohne daß die Einigkeit der Partei und die Freiheit der wissenschaftlichen Kritik Schaden litten. Das ist gelungen, und zwar über Erwarten gut und vollständig. Durch die fast einstimmige Annahme der Bebelschen Resolution*) hat der Parteitag die vielberufene „Bernstein-Frage"

*) Auf dem Parteitag zu Lübeck (22. bis 28. September 1901) war ein von Bernstein am 17. Mai im „Sozialwissenschaftlichen Studentenverein" in Berlin gehaltener Vortrag: „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?" (er ist dann im Verlag der „Sozialistischen Monatshefte" in Druck erschienen) Gegenstand von Debatten. Die Auffassung, Bernstein habe gesagt, der Sozialismus sei keine Wissenschaft, wurde auf dem Parteitag von Bernstein selbst entschieden bestritten: es sei nur gesagt, er sei nicht ausschließlich Wissenschaft. Der Sozialismus an sich sei eine allgemeine theoretische Auffassung von der Zukunft der Gesellschaft und enthalte zum großen Teil ein Element des Wollens. Mit 203 gegen 31 Stimmen beschloß der Parteitag folgende Resolution Bebel:

Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Notwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwicklung unserer Partei an. Aber die durchaus einseitige Art, wie der Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern, hat ihn in eine zweideutige Position gebracht und die Mißstimmung eines großen Teiles der Parteigenossen erregt.

In der Erwartung, daß der Genosse Bernstein sich dieser Erkenntnis nicht verschließt und danach handelt, geht der Parteitag über die Anträge... (die sich mit Entschiedenheit gegen Bernstein aussprachen) zur Tagesordnung über.

Zu den Anschauungen, die Bernstein nach den Wahlen des Jahres 1903 über den Hofgang und dergleichen ausgesprochen hat, siehe unter andern die Artikel „Fragen der deutschen Sozialdemokratie" vom 2. August 1903 und „Der Dresdener Parteitag" vom 13. September 1903. Über seine sonstigen Anschauungen die Artikel „Der Stuttgarter Parteitag" vom 10. Oktober 1898, „Bernsteins Theorie und Taktik" vom 2. April 1899 und „Der Parteitag zu Hannover" vom 22. Oktober 1899.

zur glücklichsten Lösung gebracht. Diese Resolution wird den Erfordernissen des geschlossenen Vorgehens wie des ungehemmten geistigen Lebens der Partei gleich gerecht. Den Delegierten der für die Freiheit opfermutig kämpfenden Partei konnte es ja nie einfallen, der Freiheit wissenschaftlicher Forschung, dem Rechte der Kritik Schranken zu setzen. Sie erklärten die Selbstkritik sogar ausdrücklich als „notwendig für die Fortentwicklung der Partei". Nur gegen die einseitige Art dieser Kritik wendeten sie ihren Tadel. Denn, wie die Resolution sagt, diese „durchaus einseitige Art, in der Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern, hat ihn in eine zweideutige Position gebracht und die Mißstimmung eines großen Teiles der Parteigenossen erregt".

Alle Feinde der Sozialdemokratie werden an dieser Resolution des Parteitages herumdeuteln, aus ihr Übles herauszudeuten suchen, und doch spricht ihr Sinn zu jedem Unbefangenen mit unzweifelhafter Klarheit. Mit keinem Worte tritt der Parteitag den Bestrebungen entgegen, vom Boden der marxistischen Grundanschauungen aus forschend vorzudringen, das Weltbild, das die Meister uns gezeichnet, den Veränderungen in den tatsächlichen Verhältnissen und den Fortschritten der Wissenschaft anzupassen, vielmehr fordert er zu solchen Bestrebungen auf, verlangt sie geradezu. Auch wird über Bernsteins theoretische Bestrebungen als solche kein Urteil gesprochen. Der Tadel wendet sich bloß gegen die Art, wie Bernstein seine Kritik übte, wie er seine theoretischen Auffassungen verfocht. Daß es aber notwendig war, eine solche Mahnung auszusprechen, wird niemand leugnen, der sich vergegenwärtigt, daß alle Gegner der Sozialdemokratie das einseitige Vorgehen Bernsteins mit arglistiger Beflissenheit ausnützten, um die Sache so darzustellen, als wäre die Sozialdemokratie in heillosem Hader zerrissen, als stünde sie vor der Spaltung, als sei das Proletariat im Begriff, sich von seinen Grundforderungen abzuwenden, sich und seiner Geschichte untreu zu werden. Ja, die frechsten unter diesen „Spaltungsriechern" machten sich mit aufdringlichem Lob an Bernstein heran, mit der deutlich erkennbaren Absicht, den Streit innerhalb der Sozialdemokratie dadurch zu verbittern, die Partei, wie in Lübeck treffend gesagt wurde, auseinanderzuloben.

Solchem Treiben mußte durch eine unzweideutige Kundgebung ein Ende gesetzt werden. Und indem sich die nächsten Gesinnungsfreunde Bernsteins dieser Kundgebung anschlossen, indem Bernstein selbst erklärte, daß er dem Kongreßbeschluß die gebührende Achtung und Beachtung schenken werde, ist nun allen den albernen Spekulationen auf einen „Zerfall der Partei", allen perfiden Mißdeutungen der Meinungsstreitigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie ein für allemal der Boden entzogen. Man hat in Lübeck nicht ängstlich und äußerlich einen Riß verkleistert, man hat keine Einmütigkeits- oder Versöhnungskomödie aufgeführt. In scharfem

Wortkampfe, ehrlich und rückhaltslos, ja oft rücksichtslos sprachen sich alle Meinungen aus, kamen alle Gegensätze zum Ausdruck. Aber je heißer das Ringen der Geister war, um so glänzender trat jedesmal im entscheidenden Augenblick in Erscheinung, wie die einigende Kraft der allen gemeinsamen, begeisterungsvollen Liebe für die große Sache des Proletariats die persönlichen Gegensätze und den Widerspruch der Meinungen siegreich überwindet.

Die Gegner, denen der Parteitag eine so böse Enttäuschung bereitet hat, werden sich zu entschädigen suchen, indem sie an dem heftigen Ton einzelner Reden herummäkeln werden. Mögen sie! Die Sozialdemokraten brauchen nach dem Ruhm des Hofmannes nicht zu geizen, und über alles kläglich ist eine Partei, die sogar dann noch diplomatisiert, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten erörtern und erledigen soll. Das mag den Marionetten der römischen Politik ziemen, wenn sie die Komödie ihrer Katholikentage aufführen, und dem löblichen Freisinn, dessen Größen zu verbergen haben, daß sie Offiziere ohne Soldaten sind, nicht einer Versammlung, in der das machtvolle Leben einer Volkspartei kraftvoll nach Ausdruck ringt.

# Fragen der deutschen Sozialdemokratie.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 2. August 1903.

Der glorreiche Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie*) läßt sich in seinen politischen Folgen noch lange nicht übersehen. Vorläufig hat er die Köpfe der bürgerlichen Politiker ein wenig verwirrter als sonst gemacht. Ungefähr dieselben Leute, die drei Tage vor der Wahl die Sozialdemokraten als den Ausbund aller blutrünstigen Umstürzlerei darstellten, prophezeien nunmehr ihre demnächstige Mauserung zur lammfrommen Hoffähigkeit. Und umgekehrt: während sie aller Welt die tröstliche Versicherung geben, die Millionen sozialdemokratischer Stimmen hätten gar nicht viel auf sich und seien eigentlich zum großen Teil von gut bürgerlichen Leuten abgegeben, knabbern sie zugleich mit großem Eifer am allgemeinen Wahlrecht, dessen Ergebnisse ihnen denn doch wenig

*) Die Partei hatte bei den Wahlen im Jahre 1903 seit 1898 die Zahl ihrer Stimmen von 2,107.000 auf 3,001.000 und die Zahl ihrer Mandate von 56 auf 81 erhöht. Bei den nächsten Wahlen im Jahre 1907 erhöhte sie wohl ihre Stimmenzahl auf 3,259.000, sank aber auf 44 Mandate herunter. (Siehe auch den Artikel „Deutsche Heerschau“ vom 15. September 1907.)

Zu der Frage der Vizepräsidentenschaft und der „Hofgängerei“ ist zu bemerken: Unmittelbar nach dem Wahlsieg hatte Bernstein im Juliheft der „Sozialistischen Monatshefte“ ausgeführt, die Partei müsse mit Entschiedenheit darauf bestehen, daß ihr im Präsidium des Reichstags diejenige Vertretung eingeräumt werde, die ihrer Fraktionsstärke entspricht. Im vorigen Reichstag sei sie ihr unter Hinweis auf die sogenannten Repräsentationspflichten des Reichstagspräsidenten, die Besuche beim Reichsoberhaupt, an denen sich ein Sozialdemokrat nicht beteiligen würde, vorenthalten worden. Es sei aber nicht einzusehen, warum der für das

gefallen, und konspirieren im geheimen, um dem deutschen Volke diese Grundlage seiner politischen Größe und Entwicklungsfähigkeit zu rauben. Die bürgerlichen Politiker können in Deutschland, wie so vielfach anderwärts, der Gewöhnung holder Selbsttäuschungen nicht entsagen, noch sich entschließen, den Tatsachen kaltblütig ins Auge zu sehen und sich auf sie einzurichten.

Die politische Tatsache, die diese Wahl aufs neue und mit allerdings verblüffender Deutlichkeit aufgezeigt hat, ist diese, daß in Deutschland, das immer mehr Industriestaat wird, das Proletariat und mit ihm sein politischer Ausdruck, die Sozialdemokratie, rapid und unaufhaltsam an politischer Bedeutung und Macht wächst. Das ist eine schlichte Wahrheit, aber sie zu erkennen ist ebenso leicht, als es den bürgerlichen Parteien schwer wird, aus ihr die einfachsten Konsequenzen zu ziehen, und daher die Widersprüche ihrer Politik gegenüber der Sozialdemokratie. Aber auch für die deutsche Sozialdemokratie selbst ist es durchaus nicht leicht, im einzelnen festzustellen, welche Notwendigkeiten sich für ihre eigene Taktik aus jedem ihrer eigenen Erfolge ergeben. Daß eine Partei von drei Millionen Wählern andere Aufgaben vor sich sieht und andere Mittel zu wirken hat als eine junge Partei, deren politisches Gewicht in Hoffnungen und Wünschen besteht, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist, daß, was die Torheit unserer Gegner sich vorspiegelt, unmöglich ist: daß die großgewordene Partei die Wurzeln ihres Wachstums preisgibt, daß sie den bisherigen Weg verläßt und gerade darum verläßt, weil er sie emporführt. Vor seinen eigenen Erfolgen zu erschrecken, war aus guten Gründen die Eigentümlichkeit des bürgerlichen Liberalismus, und dafür ist er nun tot. Der Sozialdemokratie zuzumuten, sie, die weiß, daß sie ein Kind des Klassenkampfes ist, werde diesen Klassenkampf aufgeben oder auch nur zu ihrer taktischen Maxime machen, die Punkte in den Vordergrund zu stellen, die uns mit einzelnen Schichten der herrschenden Klassen gemeinsam sind, ist, wir wiederholen es, Torheit. Auch davon kann keine Rede sein, daß die Partei die stolze Schroffheit ihrer Haltung, den alten, guten Trotz aufgibt, der tief begründet ist in der Psychologie des

---

Reichstagspräsidium Regel gewordene Brauch, dem Reichsoberhaupt bei gewissen Anlässen einen Besuch abzustatten, für die Sozialdemokratie ein Grund sein solle, den Gegnern einen Vorwand für die Übergehung der Partei bei der Zusammensetzung des Präsidiums zu liefern. (Siehe auch den Artikel „Der Dresdener Parteitag" vom 13. September 1903, aber auch die Bemerkungen auf dem Parteitag 1907 über den „Besuch in der Hofburg".)

Erwähnt sei noch, daß am 9. Februar 1912, nach dem gewaltigen Wahlsieg der Sozialdemokratie, der ihr 4,250.329 Stimmen und 110 Mandate brachte, der erste sozialdemokratische Vizepräsident des Reichstags, Philipp Scheidemann, gewählt wurde, obwohl die Sozialdemokraten es abgelehnt hatten, über das in der Geschäftsordnung niedergelegte Maß irgendwelche Verpflichtung zu übernehmen, insbesondere keine höfische Verpflichtung auf sich nahmen.

leidenden und kämpfenden Proletariats. Wohl aber ist es keineswegs einfach, immer die richtigen Formen zu finden, in denen die errungene Macht des Proletariats betätigt werden soll, in welcher Weise der wachsende Anspruch auf die Teilnahme an der Verwaltung des Gemeinwesens auf allen ihren Stufen geltend gemacht werden soll. Denn diese Mitverwaltung bedingt immer Mitarbeit und sehr häufig Mitverantwortung. Diese Frage ist es, die in allen Ländern die wachsende Sozialdemokratie beschäftigt und Anlaß zu oft sehr erregter Diskussion geworden ist.

Recht viel überflüssigen Lärm macht ein wenig bedeutsamer Spezialfall, der gegenwärtig die deutschen Genossen und noch weit mehr ihre Gegner beschäftigt. Kaum waren die Wahlen vorbei, noch war der überwältigende Eindruck unseres Sieges frisch und mächtig, da erhob sich als erster Laut vom rechten Flügel die Stimme des Genossen Bernstein, der leider immer wieder den Beweis liefert, daß er mit der inneren Seele der Partei die Fühlung verloren oder, sagen wir, noch nicht wieder gewonnen hat. Was er uns in diesem Moment zu sagen hatte, war nichts anderes, als daß die Partei jetzt den Anspruch auf eine Vizepräsidentenstelle erheben und durchsetzen müsse, und daß sich ihr Vertreter im Präsidium nicht weigern dürfe, der Repräsentationspflicht zu genügen, das ist, dem Kaiser formellen Besuch zu machen. Überdies machte der Artikel den gewiß nicht gewollten Eindruck, als ob bei Bernstein das Bedauern über den Niedergang des bürgerlichen Liberalismus größer sei als seine Freude über den Sieg der Sozialdemokratie. Sosehr man begreift, wie die Trauer Bernsteins eigentlich der Schlappe galt, die seine politischen und taktischen Theorien durch den Wahlausfall erlitten, so begreiflich ist das Befremden, das über diesen zweiten Punkt innerhalb der Partei entstand und dem dann eine Erklärung Bebels entrüsteten Ausdruck gab, die durch ein Versehen — des Metteurs der „Neuen Zeit", meint der „Vorwärts" — in überflüssig auffälliger Weise veröffentlicht wurde. Nicht die Stellung Bernsteins zur Präsidentenfrage war es, die Erbitterung weckte, vielmehr konnte seine sonderbare Begründung, die uns erzählte, Wilhelm II. sei als Kaiser verfassungsmäßig nicht in viel anderer Lage als der Präsident der Republik, kaum mehr ernst genommen werden.

Aber freilich, für die bürgerliche Presse, die einfache und möglichst äußerliche Formeln liebt, war nunmehr der Text gegeben: Der rechte Flügel der Partei, die „Bernsteinianer", sind für die Präsidentschaft, der linke, die alten „Radikalen", sind dagegen. Dabei wird nun vergessen, daß ziemlich zugleich mit Bernstein, sein politischer Antipode in der Partei, der Genosse Parvus, dieselbe Forderung erhob wie er und verkündete, die einzig richtige revolutionäre Taktik für die Partei sei, die Präsidentenstelle in Anspruch zu nehmen. Wenn sich je die Extreme berührt haben, so diesmal; auf beiden Seiten die gleiche Überschätzung dieser, wie jedem Unbefangenen scheinen muß, sehr untergeordneten Frage, der höchstens eine symbolische Be-

deutung zukommt. Insofern sie aber eine solche hat, wird die Entscheidung allerdings auch auf die Tradition der Partei und auf das Empfinden der deutschen Arbeiter Rücksicht nehmen müssen. Es ist ja möglich, daß die Partei genötigt ist, einem Genossen die harte Pflicht aufzuerlegen, zu Wilhelm zu gehen und ihn höflich und höfisch zu begrüßen, denselben Kaiser Wilhelm, der über unsere Partei nicht sprechen kann, ohne in einer Flut von Schimpfworten seinem ohnmächtigen Haß und seiner kindischen Verachtung Ausdruck zu geben. Vielleicht verlangt es das Interesse der Partei, daß sich ein Sozialdemokrat einer Ansprache dieses unberechenbaren Herrn aussetzt, dem alle Würde und Selbstzucht fremd sind, und dem man vielleicht nicht die gebührende Antwort geben kann. Aber drängen wird sich ein Sozialdemokrat kaum zu dieser wenig erfreulichen Funktion.

In der Partei wird diese Frage auch keineswegs überschätzt, und die klare Darstellung der Sachlage, die Paul Singer in dem Interview gegeben hat, das wir veröffentlicht haben, ist ungefähr die Linie, auf der sich auch Vollmar und Heine in ihren Äußerungen bewegen, wenn ihnen diese Vizepräsidentschaft auch vielleicht verlockender erscheinen mag, als dem alten und erfahrenen Kenner des deutschen Parlamentarismus. In den Nuancen ihrer Äußerungen freilich kommt jene Meinungsverschiedenheit zum Ausdruck, die so viele deutsche Parteitage schon beschäftigt hat und auch den nächsten beschäftigen wird. Die Tagesordnung des Dresdner Parteitages enthält bisher ausschließlich die Erledigung der laufenden geschäftlichen und organisatorischen Dinge. Aber schon Bebel hat es angekündigt und der „Vorwärts" hat die Anregung in aller Form gegeben, daß man in Dresden darüber sprechen muß, was für die Partei aus ihrem Siege folgt. Dabei aber wird die Präsidentenfrage gewiß nicht die erste Rolle spielen, die vor viel wichtigeren Fragen zurücktreten dürfte. Zum Beispiel ist es ungleich wichtiger, zu erörtern, wie die so stark gewordene Fraktion das Recht und die Möglichkeit der parlamentarischen Initiative zugunsten eines Fortschrittes, vor allem auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes, geltend machen kann. Jedenfalls dürfen wir hoffen, daß die deutsche Sozialdemokratie die neue Macht auszuüben wissen wird, ohne der alten Grundrichtung ihres Handelns untreu zu werden.

# Der Dresdener Parteitag.

„Arbeiter-Zeitung" vom 13. September 1903.

Unter dem Zeichen des Sieges*) tritt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Selten ist es einer Partei gegönnt gewesen, einen solchen Triumph zu feiern, wie ihn die Wahlen unsern deutschen Genossen gebracht haben, einen Triumph, den ihnen nicht

*) Siehe den Artikel „Fragen der deutschen Sozialdemokratie" in der „Arbeiter-Zeitung" vom 2. August 1903.

blindes Glück und günstiger Zufall in die Hand gespielt, sondern der die Frucht harter, gewissenhafter Arbeit, innerer Tüchtigkeit und Treue ist. Es ist ohne Beispiel in der Geschichte, daß kollektive politische Arbeit in solchem Riesenmaßstab, mit so planvoller Sicherheit im Größten wie im Kleinsten, mit so hingebender Leidenschaft und zugleich mit so kaltblütiger Klugheit getan wurde. Auch wer den Zielen der Sozialdemokratie fremd ist, muß einbekennen, daß sich die deutsche Arbeiterklasse mit dieser politischen Leistung als das wichtigste, hoffnungsvollste Kulturelement unserer Entwicklung bewährt hat. Wer aber erwartet hat, der Dresdener Parteitag werde ein Siegesfest sein, der kennt die Psychologie der Sozialdemokratie nicht und am wenigsten die der deutschen Sozialdemokratie, in der sich alle Eigenheiten deutschen Wesens schärfer und freier darstellen als in irgendeinem andern Teile des deutschen Volkes. Weit davon entfernt, sich auch nur einen Augenblick im Glanze des errungenen Erfolges zu sonnen, wird der Dresdener Parteitag sich mit der rastlos drängenden Frage beschäftigen: Was nun?

Darüber aber wird nun in Dresden heiß gestritten werden*). Die deutschen Parteitage waren niemals zur Idylle aufgeschminkte Paraden und ihr Bestes war stets, daß sie das geistige Leben der Partei in allen seinen Strömungen und Gegenströmungen zum deutlichen, ja herben Ausdruck brachten. Was die unheilbare Torheit der Bürgerlichen als Schwäche, als untrügliches Symptom eines beginnenden Verfalles der Partei bejubelt, ist nicht nur Beweis, sondern auch Quelle ihrer unverwüstlichen Gesundheit und strotzenden Kraft. Daß sie Meinungsverschiedenheit nicht verhüllt und erstickt, sondern durchkämpft, und zwar in aller Schroffheit durchkämpft, ist die Gewähr ihrer Einheit, die Bedingung ihrer Entwicklung. Dabei soll gar nicht verschwiegen werden, daß dieser Prozeß im einzelnen mitunter recht wenig angenehme Formen annimmt und mit allen Menschlichkeiten behaftet ist, die bei leidenschaftlichem Ringen auch der Besten nun einmal unvermeidlich sind. Ohne Zweifel werden wir in Dresden eine weitere Steigerung und, wie manche hoffen, andere fürchten, eine Zuspitzung des Kampfes jener zwei Richtungen erleben, deren Fehde nun schon ins zwölfte Jahr geht und eigentlich so alt ist wie die Partei, denn sie ist mit dem Fall des Sozialistengesetzes nicht etwa erst geboren worden, sondern damals nur zuerst deutlich und vernehmlich zum Ausdruck gekommen.

Will man sich klarmachen, um was in Dresden eigentlich gekämpft werden wird, so muß man zunächst zwei Elemente ausscheiden, die dem Streite heute die Färbung geben, aber nicht sein Wesen sind. Man muß zunächst absehen vom zufälligen Anlaß der diesjährigen Diskussion, der die leidige Frage der Vizepräsidentenschaft samt dazugehöriger Hofgängerei ist. Wiederholt hat Bernstein die Rolle des Karnickels, das angefangen hat,

*) Den Dresdener Beschluß siehe beim Bericht über die Kommissionssitzung des Internationalen Kongresses in Amsterdam 1904. (Seite 384.)

übernommen, was seiner innerlichen Bravheit mehr Ehre macht als seiner taktischen Geschicklichkeit und Klugheit, aber niemals ist sie ihm von seinen eigenen Leuten so übel gedankt worden wie diesmal. Sobald sich zeigte, daß die Masse der Partei für solche diplomatische Finessen nicht zu haben ist, sozusagen beim ersten Flintenschuß, haben sie ihn sämtlich im Stich gelassen, von Vollmar bis Heine, und haben den armen Bernstein nach Bebels treffendem Ausdruck von ihrem Fahnenträger zu ihrem Enfant terrible degradiert. Er wird von der Gruppe, die man sich gewöhnt hat die Revisionisten zu nennen, unbarmherzig als Sündenbock in die Wüste geschickt, nicht weil sie anderer Meinung sind als er, ganz im Gegenteil, sondern weil er nach Südekums geschmackvollem Ausdruck „das Wasser nicht halten" kann, weil ihm jene rückhältige Vorsicht fehlt, die revisionistischer Tapferkeit bester Teil ist. Womit denn auch gesagt ist, daß diejenigen Revisionisten, die so vorzüglich „das Wasser zu halten" wissen, nicht minder, sondern mehr bedenklich erscheinen müssen vom Standpunkt der Leute, die diese Richtung als eine falsche und als eine Gefahr für die Partei ansehen.

Zur Sache selbst ist nicht mehr viel zu sagen; der Parteitag wird einstimmig den Anspruch der Partei auf den Vizepräsidentenposten feststellen, es aber mit überwältigender Majorität ablehnen, sich die Bedingung höfischer Etikettegänge auferlegen zu lassen. Vielleicht wird auch das mit Einstimmigkeit geschehen, denn die zur Hofgängerei bereit wären, werden sich sagen, daß die Partei für ihre Ideale noch nicht reif sei, und daß sie eben darum, wie die Dinge heute einmal liegen, diese Form des Opportunismus für jetzt selbst nicht für opportun halten.

Es hat sich bereits auf das deutlichste gezeigt, daß die Masse der Partei in der Besetzung der Präsidentenstelle die Eroberung eines Machtpostens nicht sieht, und daß sich ihr ganzes Empfinden dagegen sträubt, diese Ehre von fragwürdigem Werte mit einer Verbeugung vor dem Kaiser, und zwar vor dem Kaiser, der Wilhelm II. heißt, zu bezahlen. Das symbolische Element in dieser Sache, das haben wir vor Wochen schon an dieser Stelle ausgeführt, ist es, das da entscheidend ist. In der Politik des Proletariats lassen sich Vorteil und Nachteil jedes einzelnen Schrittes nicht immer bei Heller und Pfennig genau rechnerisch ausdrücken, und alle rhetorische Gewandtheit Vollmars hilft darüber nicht hinweg, daß die deutschen Arbeiter — und mit Recht — den etikettemäßigen Aufmarsch ihres Vertreters vor dem geschwornen Feinde der Partei als eine Demütigung empfinden würden. Man muß lächeln, daß die Münchner Genossen naiv genug waren, sich von Vollmar, der nichts weniger als Phantast ist, einen Moment lang zur Begeisterung hinreißen zu lassen, als er ihnen ausmalte, wie nützlich es wäre, wenn der Kaiser von einem Sozialdemokraten „die Wahrheit hören" würde. Ein klassisches Bild: Posa — Vollmar, dem Philipp — Wilhelm die „Wahrheit" kündend! Aber die Münchner Genossen wissen ganz genau, und Vollmar weiß es womöglich noch genauer als sie, daß die Zeiten des Don Carlos

vorüber sind und daß heute ein Kaiser, der nach Wahrheit dürstet, wirklich nicht auf Privataudienzen angewiesen ist, sondern seinen Drang bequemer und gründlicher aus dem „Vorwärts“ oder, wenn Vollmar will, aus der Wahrheit reinstem Quell, der „Münchner Post“, befriedigen kann. Freilich scheinen alle Tatsachen darauf hinzudeuten, daß Wilhelm zu den Leuten gehört, die nicht hören wollen, sondern fühlen müssen. Vollmar hat auch angedeutet, daß mit fortgesetztem Wachstum der Partei solche Fragen immer wieder auftauchen werden, und Jaurès, den die Sache natürlich sehr interessiert, meint, das Verdienst der Anregung Bernstein-Vollmar sei es, die Frage aufgeworfen zu haben, in welches Verhältnis die deutsche Sozialdemokratie zum Kaiser treten werde, wenn sie einmal die Mehrheit im Reichstage sein würde. Fürwahr, ein merkwürdiges Problem für so einen eminenten Gegenwartspolitiker; aber man sollte meinen, die Aussicht auf eine republikanische Majorität im Reichstag wäre zunächst ein Denkstoff für den — Kaiser; die Sozialdemokratie hat zunächst andere Sorgen als jene künftige Verlegenheit. Dem Kaiser aber, wenn er lernfähig ist, wird der stolze Trotz des deutschen Proletariats, dessen Unbeugsamkeit in Dresden zum Ausdruck kommen wird, belehrender sein, als es alle Hofgängerei sein könnte.

Aber wenn der augenblickliche Anlaß der Diskussion ihren eigentlichen Gegenstand fast mehr verhüllt als offenbart, so wird ihre Klarheit auch durch ein zweites Moment getrübt, das man ausscheiden muß, will man zu ihrem Kern vordringen. Wir meinen das persönliche Moment, das ganz unvermeidlich in jeden prinzipiellen und taktischen Streit hineingetragen wird. Nicht als ob jedes scharfe Wort an sich zu bedauern wäre; im Gegenteil, wir Österreicher, die in dieser Beziehung so wehleidig sein müssen, weil wir schwach sind, haben allen Grund, unsere deutschen Genossen darum zu beneiden, daß ihre robuste Konstitution Hieb und Gegenhieb verträgt. Allerdings, wenn wir aus der Schwäche eine Tugend machen müssen, so ist darum noch nicht jeder Exzeß persönlichen Angriffes drüben eine erfreuliche Begleiterscheinung der Stärke. Freilich, wie es scheint, eine unvermeidliche. Leidenschaftliche Menschen, voll Blut und Kraft, denen die Parteiarbeit, der Kampf, Lebensinhalt ist, die in ihr ihre ganze Individualität betätigen, werden nicht immer die Ruhe haben, die Personen von der Sache zu trennen. Dazu kommt mit dem Wachstum der Partei immer mehr die Verschiedenheit der Temperamente, der persönlichen Entwicklung, des ganzen Milieus, schließlich die mit der Größe der Partei wachsende Schwierigkeit, Differenzen im intimen Verkehr auszutragen. Alles das und manches andere bewirkt, daß sich mitunter die Heftigkeit der Diskussion bis zu einem Grade steigert, der den Außenstehenden befürchten läßt, sie sei unvereinbar mit der Grundlage jeder gemeinsamen Arbeit, mit dem unverbrüchlichen gegenseitigen Vertrauen in den guten Willen des Genossen, der in dieser Frage auf der andern Seite steht. Wenn man aber sieht, wie diese Männer, die jetzt wegen einer Frage der Theorie oder der Taktik anscheinend

mit dem Messer aufeinander losgehen, im nächsten Augenblick mit einer unerhörten Disziplin und Geschlossenheit in den Kampf ziehen, einem einzigen Willen gehorchend: dem Gesamtwillen der Partei, dann wird jene peinliche Empfindung zwar nicht verschwinden, aber auf ihr richtiges Maß abgemildert werden.

In Wahrheit muß man von dieser persönlichen Form der Konflikte absehen, um auf den Kern der Sache zu kommen. Die Personen sind oft nur zufällig Träger einer der beiden Tendenzen, die um die Geltung in der Partei ringen, und nicht selten wechseln sie sogar in einzelnen Streitpunkten die Seite, auf der sie stehen. Ja, man kann sagen, daß es bis auf die Präsidentenfrage nicht eine einzige praktische Frage gegeben hat, die alle „Revisionisten" auf der einen Seite, alle „Revolutionäre" — eine Bezeichnung, die nicht besser, aber auch nicht schlechter ist als die andere — auf der Gegenseite gefunden hätte. Ja, auch in dieser vielberufenen Frage der Hofgängerei steht der unentwegt revolutionäre Parvus nicht nur in der Sache, sondern auch in seinen Motiven auf demselben Standpunkt wie Vollmar und Bernstein. Und doch ist es unzweifelhaft, daß sich in der deutschen Sozialdemokratie eine Gruppe von Genossen immer deutlicher zusammenfindet, die anderer Meinung ist als die Masse der Partei. In seinem von hinreißender Leidenschaft durchglühten und von bewundernswerter Frische getragenen „Nachwort" hat Bebel angekündigt, der Dresdener Parteitag werde endlich die Entscheidung treffen müssen, es müsse ein Ende haben mit dem „Vertuschen", mit dem „Ausweichen". Aber es wird Bebel schwer fallen, die Formel zu finden, die das Ausweichen unmöglich macht, und schwerlich wird sich in einer Abstimmung die von ihm ersehnte Entscheidung treffen lassen. Trotzdem wird die Willensmeinung der Partei nicht unklar sein und es wird deutlich ausgesprochen werden, was sie will. Damit aber freilich wird zwar die Einheitlichkeit, aber keineswegs die Einmütigkeit der Partei hergestellt sein, und wir haben uns damit abzufinden, daß neben dem mächtigen Strome der Parteientwicklung, dessen Richtung nicht von der Einsicht der einzelnen allein, sondern von den großen Tatsachen des Klassenkampfes bestimmt wird, jene Unterströmung geht, die nach den augenblicklichen Umständen bald stärker und lauter, bald schwächer und schüchterner, aber immer deutlich sich durchzusetzen suchen wird.

Daß diese Tendenz, die in Frankreich Millerand heißt, in Italien Turati, in Deutschland Bernstein und Revisionismus, dem Klassenkampfe des Proletariats Gefahren bringt, ist ebenso sicher, wie daß sie mit ihm unvermeidlich verknüpft ist, und um so deutlicher werden wird, je mehr wir fortschreiten. Die Notwendigkeit, neben dem Kampfe um unsere letzten Ziele und um seinetwillen mehr und mehr Boden in der Gegenwart zu gewinnen, die wachsende Macht des Proletariats umzusetzen in wachsende praktische Betätigung, in die Verwaltung des heutigen Staates einzudringen, den wir erobern und umwandeln wollen, kurz, die ganze Tagesarbeit der Sozialdemokratie bringt die Gefahr der kurzsichtigen Überschätzung jedes ein-

zelnen dieser kleinen Schritte, des Untergehens im Kleinen und Kleinlichen, und sie züchtet inbesondere die platte Genügsamkeit des Praktikers und den Zynismus der Routine. Dazu kommen eine Reihe psychologischer Momente. Nicht nur für Individuen, auch für ganze Gruppen oder Schichten gibt es Ermüdung und es kommen Zeiten, wo sie was Gutes in Ruhe schmausen mögen. Wir wollen gar nicht davon sprechen, was das Schicksal jeder Partei ist, die im Aufsteigen ist: daß sich ihr eine Anzahl mehr oder weniger bewußter Streber anschließt, die es natürlich sehr eilig haben und die es nicht erwarten können, die Arbeit der Partei in die klingende Münze des Tageserfolges umzusetzen. Aber man braucht wirklich von solchen Parasiten jeder Bewegung nicht zu sprechen und kann dieses wenig schätzbare Element in der Betrachtung völlig beiseite lassen. Die Tendenz, die Sozialdemokratie eine Partei werden zu lassen, wie andere Parteien auch, kann entspringen und entspringt durchaus redlichen, ja nicht minder idealen Motiven als der revolutionäre Zug der Masse. Was freilich nicht hindert, daß diese Tendenz eine das innerste Leben der Partei gefährdende, ihre tiefsten Wurzeln verderbende ist. Wer es vermöchte, dem Proletariat das Bewußtsein seines unteilbaren Anspruches auf sein ganzes, volles Recht zu trüben, wer es satte Befriedigung über Teilerfolge lehren könnte, wer es verführte, über der Not des Tages seine Wurzel, über dem nächsten Schritt sein Ziel zu vergessen, der würde ihm seine beste Kraft nehmen. Wir, die „Radikalen", die „Orthodoxen", die „Revolutionären", sind die letzten, die nicht jeden kleinsten Vorteil für die Arbeiterklasse heißesten Bemühens wert erachten, aber wir schätzen den Erfolg jedes Kampfes nach der Möglichkeit, die er gibt, weiter zu kämpfen, und alle die mühselige Gegenwartsarbeit bekommt ihre Weihe und ihre Würde einzig von ihrem Werte, den sie für die Erreichung unserer letzten Ziele hat. Das Bewußtsein des absoluten Rechtes des Proletariats ist aber untrennbar von dem Bewußtsein des absoluten Unrechtes seiner Gegner. Was diesen Gegensatz, der im Klassenkampf zum Ausdruck kommt, scharf empfinden läßt, ist eine Quelle der Kraft für den proletarischen Kampf, und wäre es bitterste Verfolgung. Was diesen Gegensatz verdunkelt, verschleiert, vernebelt, das ist, und wäre es ein noch so schmackhafter Bissen vom Tisch der Mächtigen, eine Gefahr, eine Quelle der Lähmung seiner Energie. Das kämpfende Proletariat sagt niemals ja zu dieser Ordnung, zu diesem Staat, und der rebellische Trotz ist sein Element, seine treibende Kraft. Wer ihm den nehmen will, wer in superklugem Skeptizismus ihm den Spatzen in der Hand plausibel machen will, der bringt ihm Schaden, mag er es noch so ehrlich meinen.

In keinem Lande, wo die Partei genug stark und entwickelt ist, fehlt diese Richtung, die Bebel Hyperopportunismus nennt. Aber nirgends, das darf man mit Zuversicht sagen, kann sie die Führung des Proletariats behaupten. Dafür sorgen die herben Tatsachen des Klassenkampfes, dafür sorgen die Träger des Klassenstaates, die von keinerlei Sentimentalität angekränkelt sind und nicht ein Stück ihrer

Machtstellung, nicht ein Stück Ausbeutung und Gewalt opfern, zu dessen Preisgebung sie nicht gezwungen sind. In Deutschland kann man die Belehrung der Revisionisten ruhig dem Kaiser Wilhelm überlassen, seinen Staatsanwälten und Richtern. Vielleicht sollte man sie wirklich zum Kaiser schicken — nicht damit sie ihm, sondern damit er ihnen die „Wahrheit" sage. Aber, im Ernste gesprochen, wenn der Revisionismus auch nicht zu beseitigen ist, so war er vielleicht nie weniger gefährlich als heute und als in Deutschland. Die Zeit, wo das Proletariat von der Krise mit allen ihren Leiden heimgesucht ist, das Land, wo das persönliche Willkürregiment wahre Orgien feiert, bringt wirklich wenig Gefahr zur opportunistischen Versumpfung. Trotzdem wird es heilsam und nicht ohne Wirkung sein, wenn der Parteitag möglichst scharf zum Ausdruck bringt, wie die proletarischen Massen denken und empfinden. Die Revisionisten sind vielleicht nicht zu belehren, aber sie sind gewiß zu beschwichtigen und sie werden wohl nicht ihre Meinungen, wohl aber ihre Tätigkeit in den Rahmen zu bringen wissen, den der Parteitag weisen wird.

Hoffen wir, daß man in Dresden über der notgedrungenen Abwehr der revisionistischen Strömung auch noch die Zeit und die Kraft finden wird, die Grundzüge für die Art zu bestimmen, in der die Partei mit den ihr neuzugewachsenen Machtmitteln ihren Kampf führen will. Sie tritt in den neuen Reichstag mit einem politischen Gewicht ein, das weit über die Zahl der einundachtzig Mandate hinausgeht, und es wird nicht allein von den Gegnern, sondern auch von ihrer eigenen taktischen Geschicklichkeit abhängen, mit welchem Erfolg sie ihre Stärke zur Geltung bringt. Auf diesem Gebiet schweigt der innere Zwist und nach außen wird sich die Schlagkraft der Partei bewähren wie bisher. Denn sie entspringt nicht und kann nicht entspringen aus einer unmöglichen Einmütigkeit in allen Dingen, wohl aber aus jener Einigkeit im Handeln, die täglich neu aus dem Kampfe der Meinungen geboren wird.

Wir Sozialdemokraten in Österreich, die wir auf hartem, unergiebigem Boden einen Kampf voll unerhörter Schwierigkeiten und Kompliziertheiten zu führen verurteilt sind, wir blicken mit Liebe und Stolz, aber, sagen wir es nur, auch mit Neid hinüber auf unsere Genossen im Reiche, die so glücklich sind, an der Spitze des Proletariats aller Länder kämpfen zu dürfen. Was die deutsche Sozialdemokratie erringt, ist Besitz des gesamten Proletariats, und wenn wir so innigen Anteil an jeder Einzelheit ihres Kampfes nehmen, so darum, weil er vorbildlich und entscheidend ist für die Zukunft der Arbeiterschaft aller Länder.

V. Adler.

# Budgetbewilligung und Landtagswahlen.

## Zum Frankfurter Parteitag.

„Arbeiter-Zeitung" vom 9. und 23. November 1894.

I.

Während in Berlin sämtliche Minister der deutschen Einzelstaaten beisammen waren, um unter Vorsitz des Reichskanzlers zu beraten, mit welcher neuen Niedertracht man der deutschen Sozialdemokratie an den Leib gehen solle; während die Staatsmänner ratlos schwanken zwischen Gewaltmaßregeln, deren völlige Nutzlosigkeit die Geschichte des Sozialistengesetzes gelehrt hat, und zwischen dem kleinen Kriege des neuen Kurses, von dessen scheinbarer Gesetzlichkeit sie die allmähliche Umbildung und Selbstzersetzung der Sozialdemokratie, wie sie nun auch begreifen, ganz vergeblich hofften; während in Berlin bei den Lenkern der Staatsmacht ein Wirrsal herrscht, in dem der Reichskanzler Caprivi einem Konflikte zum Opfer fällt, dessen Kern auch wieder nur die Frage bildet, wie die Sozialdemokratie zu vernichten oder wenigstens zu hemmen sei — tagt in Frankfurt in stolzer Ruhe die Vertretung eben derselben Sozialdemokratie*).

*) Der Parteitag in Frankfurt am Main tagte vom 21. bis zum 27. Oktober 1894. Am 26. Oktober 1894 mußte Graf Caprivi, der seit Bismarcks Entlassung am 20. März 1890 Reichskanzler war, zurücktreten und dem Fürsten Hohenlohe Platz machen. Der Grund lag in Differenzen wegen der sogenannten Umsturzvorlage, mit der man die deutsche Sozialdemokratie umzubringen hoffte, ohne aber doch den Mut zu dieser Niedertracht zu haben. Am 23. Oktober hatte Wilhelm II. mit Caprivi eine Besprechung wegen der „Bekämpfung der Umsturzparteien". Caprivi war ein Gegner von Ausnahmsgesetzen, die auch gegen die bürgerlichen Parteien angewendet werden könnten. Am 24. Oktober hatte Wilhelm wieder eine Besprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten Grafen Botho von Eulenburg, der ein Ausnahmsgesetz verlangte. Der Kaiser neigte zu Eulenburg und war sehr entrüstet, daß Caprivi, offenbar infolge eines Mißverständnisses, über seine Unterredung in die Presse einen Bericht gebracht hatte, der die sachliche Zustimmung Wilhelms zu Eulenburgs Ansichten überging. Am 26. Oktober mußten beide die Entlassung nehmen. Die Vorlage hatte als Vorwand die anarchistischen Attentate in Frankreich und Spanien. Am 24. Juni 1894 war der Präsident der französischen

In unbeschränkter Öffentlichkeit werden da intimste Parteiangelegenheiten besprochen, die jede andere Partei heimlich und still abmacht; ohne Scheu, mit denkbar größter Offenheit wird der Verschiedenheit der Auffassungen in einzelnen Fragen Ausdruck gegeben, welche jede andere Partei verkleistern und bemänteln muß. Fürwahr, ein großartiges Schauspiel, das nur ermöglicht wird durch das Bewußtsein, das die Partei in ihrer Gesamtheit und jeder einzelne Genosse in sich trägt: die Sozialdemokratie, die Partei des Proletariats, ist notwendiges Produkt der tatsächlichen Verhältnisse, ihre Machtentwicklung bis zum Siege ist unabwendbare geschichtliche Notwendigkeit. Die Sozialdemokratie hat von den Gegnern nichts zu fürchten; ja, sie hat nicht einmal von sich selbst etwas zu fürchten. Die Sozialdemokratie kann nicht von außen erdrückt werden, sie kann aber auch nicht innerlich entarten.

Mit zweierlei Weissagungen trösten sich die Herrschenden, die Grütze genug haben, einzusehen, daß unserer Partei mit Brutalität nicht beizukommen sei: sie prophezeien die allmähliche Umwandlung der revolutionären Sozialdemokratie in eine politisch-radikale Reformpartei, und in einem Atem versichern sie täglich,

---

Republik Sadi Carnot von dem italienischen Anarchisten Santo Caserio erdolcht worden. Dieser, ein einundzwanzigjähriger Bäckergehilfe, hatte die Tat verübt, um die Hinrichtung der Anarchisten Ravachol, Vaillant und Henry zu rächen. Das Attentat von Ravachol war am 11. März 1892 gegen die Wohnung eines Staatsanwalts verübt worden, das von Henry gegen das Hotel Terminus am 12. Februar 1894.

Besonders große Aufregung hatte aber das des Anarchisten Vaillant hervorgerufen. Er warf am 9. Dezember 1893 eine Bombe in die französische Deputiertenkammer, durch die er selbst und mehrere Personen verletzt wurden. Ehe er am 5. Februar 1894 hingerichtet wurde, rief er noch auf dem Richtplatz: „Es lebe die Anarchie!" Da die Pariser Anarchisten seine Tat in Versammlungen verherrlichten, beschloß die französische Kammer eine Reihe von Gesetzen gegen die Anarchisten. Am 16. August 1894 wurde Caserio hingerichtet. Als Anfang Februar 1894 nach dem Attentat von Henry und der Hinrichtung Caserios ganz Paris in Aufregung war, stieß der Monarchistenführer Granier de Cassagnac in seinem Blatt, der „Autorité", den prächtigen Ruf aus: „Gesegnet seien die Bomben!", und er begründete das mit sehr triftigen Gründen. Er erinnerte daran, wie seit drei oder vier Jahren alle Gesetze darauf abgezielt hätten, dem Proletariat eine wohnliche Stätte zu bieten. „Dann platzten plötzlich die Bomben. Dadurch wurde dem Sozialismus plötzlich ein Hemmschuh gelegt. Die republikanische Majorität der Kammer ging plötzlich mit Waffen und Gepäck zur Reaktion über... In wenigen Tagen ist der Sozialismus um zwanzig Jahre zurückgewichen. Dieses Resultat ist um so schätzenswerter, als die Bomben geringes Blutvergießen anrichteten. Gesegnet seien die Bomben!"

Schon im Dezember 1893 hatte die spanische Regierung eine internationale Aktion zur Unterdrückung des Anarchismus angesagt und zwischen den Kabinetten fanden eifrige Verhandlungen statt. Ein Ergebnis dieser Strömungen war dann die Umsturzvorlage, über die Caprivi gestürzt war, und die nach langwierigen Verhandlungen endlich am 17. Dezember 1894 dem Reichstag vorgelegt wurde. Aber am 11. Mai 1895 wurde sie abgelehnt.

daß morgen die ersehnte „Spaltung" in einen radikalen und einen gemäßigten Flügel erfolgen werde. Der Frankfurter Parteitag hat wieder einmal gezeigt, wie kindisch die einander widersprechenden Hoffnungen unserer Gegner sind, wenn sie auch kaum die Aufrichtigkeit und den Mut haben werden, sich das einzugestehen.

Gewiß, auch der Frankfurter Parteitag war keine Idylle, keine theatralisch inszenierte Freundschafts- und Einigkeitsduselei, so wenig wie seine Vorgänger. Unsere Parteitage sind das Gewissen der Partei, die Organe ihrer Selbstkritik, und ihr Gewissen ist unerbittlich und ihre Kritik rücksichtslos. Daß sie das sein kann und ist, darin liegt ebenso ein Beweis wie eine Ursache für unsere Stärke, für die kernige Gesundheit unserer Partei*).

II.

Seitdem wir unsern ersten Artikel über den Frankfurter Parteitag veröffentlichten, hat die Diskussion über seine Ergebnisse ganz bedeutende Dimensionen angenommen. Am 14. November hat Bebel in Berlin**) eine aufsehenerregende Rede gehalten, in welcher er in

*) Der weitere Teil dieses Artikels beschäftigt sich mit der Agrarfrage und ist unter dem Titel „Die Agrarfrage auf dem Frankfurter Parteitag" in dem Abschnitt, der von der Agrarfrage handelt, abgedruckt.

**) Die Rede, die Bebel im zweiten Berliner Wahlkreis hielt, war sehr scharf. Er habe die Empfindung, daß „die Partei in der Verwässerung begriffen ist, daß sie ins opportunistische Fahrwasser gerät, daß der Klassenkampf verflacht, daß ein Paktieren dieser Strömung mit allerlei bürgerlichen Reformideen stattfindet..." Das sei ein Zustand, den auf die Dauer sich die Partei nicht gefallen lassen könne. Seit wann sei es erlaubt, daß sich Sozialisten die partikularistischen Gründe zu eigen machen! Rückständiger könne ein Sozialdemokrat kaum schreiben, als die „Münchener Post", deren geistiger Leiter Vollmar sei. Bebel beantragte eine Erklärung des Bedauerns, daß sich der Parteitag nicht entschließen konnte, den Genossen in den Landtagen eine bestimmte Direktive zu geben, sowie eine Verwahrung gegen die Artikel der „Münchner Post". Dieser Antrag wurde allerdings nicht angenommen, sondern es wurde ein Beschluß gefaßt, den Parteivorstand aufzufordern, jenen Artikeln seine Aufmerksamkeit zu schenken und, wenn nötig, auf Grund des Organisationsstatuts einzuschreiten.

Am 17. November wendete sich Grillenberger in der „Fränkischen Tagespost" in Nürnberg gegen Bebel. Dieser habe das Recht, sich über seine Niederlage zu ärgern, aber nicht das Recht, sich über Parteibeschlüsse hinwegzusetzen oder diese herunterzureißen. Darauf antwortete Bebel am 20. November im „Vorwärts", es sei sein Recht, Beschlüsse des Parteitages zu kritisieren. Am 22. November begann Vollmar in der „Münchner Post" eine Artikelserie gegen Bebel, der die Fackel der Zwietracht in die eigenen Reihen schleudere, sein Auftreten sei eine Fahnenerhebung gegen die Ergebnisse des Parteitages. Dann wendete sich wieder Grillenberger in der „Fränkischen Tagespost" gegen Bebel, der „den Skandal hervorgerufen" habe. Bebel wieder warf dann am 24. November im „Vorwärts" Grillenberger vor, daß er in Nürnberg eine Diktatur ausübe... Schließlich erklärte am 8. Dezember Bebel den Streit bis zum Ende des Reichstages für vertagt.

der schärfsten Weise seiner Meinung Ausdruck gab, der Parteitag habe einen Rückgang der Partei erkennen lassen, die kleinbürgerlichen Strömungen innerhalb derselben drohen überhandzunehmen und die Art, wie in Bayern unter Führung Vollmars die Landagitation betrieben werde, verwische den Klassenkampfcharakter des Parteiprogramms.

Es ist selbstverständlich, daß sich die bürgerliche Presse mit einem wahren Indianergeheul auf die Rede Bebels und die scharfen Erwiderungen Grillenbergers und Vollmars stürzte, um daran zu beweisen, daß die von ihr seit jeher prophezeite Spaltung nun endlich und definitiv eingetreten sei. Es wird uns sehr leicht sein, das Gegenteil zu beweisen. Um eine klare Übersicht zu gewinnen, wollen wir kurz die Hauptpunkte zusammenfassen, welche den Kern der Verhandlungen des Parteitages und der sich an ihn knüpfenden Erörterungen bildeten.

Vor allem war es eine bayerische Angelegenheit, welche lange und erregte Debatten hervorrief. Der Sozialdemokratie Bayerns war es zum ersten Male gelungen, trotz des beschränkten Wahlrechtes und des indirekten Wahlmodus fünf Abgeordnete in den Landtag zu entsenden. Dieselben entwickelten dort eine in jeder Beziehung anerkennenswerte und vom Parteitag allseitig und ausdrücklich anerkannte Tätigkeit. Trotz ihrer geringen Zahl wußte die sozialdemokratische Fraktion im bayerischen Landtag sehr bald eine politische Machtstellung zu erobern, die von Freund und Feind respektiert wird. Sie zeigte eine solche Geschicklichkeit, Sachkenntnis und Energie in der Vertretung der Interessen aller arbeitenden Klassen, daß sie sich weit über die Kreise der Partei hinaus Dank und Vertrauen erwarb. Zum Schlusse dieser erfolgreichen Tätigkeit aber geschah etwas Eigentümliches.

Bei der Abstimmung über das Gesamtbudget, dessen einzelne Posten sie natürlich vielfach bekämpft hatten, stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten mit Ja. Dieser Vorgang, der in der bürgerlichen Presse mit Hohn hervorgehoben wurde als ein deutliches Symptom dafür, daß die Sozialdemokratie ihre längst gehoffte Umwandlung in eine bürgerliche Reformpartei endlich beginne, erregte in den Kreisen der Partei allgemeines Befremden. Die ausländische Presse, darunter auch die österreichische, schwieg, weil sie vor einem zunächst Unerklärlichen stand, und harrte der Klärung auf dem Parteitag. Bevor es aber dazu kam, berief die von Vollmar geleitete bayerische Organisation einen bayerischen Landesparteitag ein, auf welchem nach langen, auch in unserm Blatte mitgeteilten Debatten der Landtagsfraktion ein einstimmiges Vertrauensvotum gegeben wurde. Die Unbegreiflichkeit war größer geworden, die Vertreter der Sozialdemokratie in ganz Bayern hatten sich solidarisch erklärt mit dem von der gesamten außerbayerischen Welt als schweren Fehler angesehenen Schritt.

Am Frankfurter Parteitag lag eine Anzahl von Anträgen vor, welche die Mißbilligung jener Abstimmung verlangten. Die Bayern selbst brachten einen Antrag ein, welcher besagte, die Gesamt-

abstimmung über die Finanzgesetze der einzelnen Staaten sei eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, die grundsätzliche Bekämpfung der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung gehe aus der Gesamttätigkeit der Partei hervor.

Demgegenüber stand der Artrag Bebel und Genossen, welcher im wesentlichen aussprach, daß die Sozialdemokratie den Regierungen als Leitern von Klassenstaaten ein Zeichen des Vertrauens nicht geben könne; die Bewilligung des Gesamtbudgets aber gelte als Vertrauensvotum, daher die parlamentarischen Vertreter der Partei in allen Fällen gegen dasselbe zu stimmen haben. Ausdrücklich wurde von allen Rednern, die für diesen zweiten Antrag sprachen, darauf hingewiesen, daß es sich nicht um ein Tadelsvotum für die bayerischen Genossen handle, daß man vielmehr annehme, die Frage sei bisher eine offene gewesen, die Landtage hätten gerade durch die hervorragende Tätigkeit der Bayern eine große Bedeutung gewonnen, und es müsse nunmehr eine Richtschnur für die Zukunft geschaffen werden. Man mußte begierig sein, was Vollmar und Grillenberger für ihre Haltung vorbringen könnten; und sosehr wir uns bemühten, objektiv zu prüfen, es gelang uns nichts anderes zu entdecken, als daß sie auf die „spezifisch bayerischen Verhältnisse" Rücksicht nehmen müßten, daß es von ihren Wählern nicht verstanden würde, wenn sie gegen ein Budget stimmten, welches eine Reihe von Posten enthielte, die man vernünftigerweise nicht ablehnen könne. Im übrigen war sehr deutlich, daß sich die bayerischen Genossen nicht wohl in ihrer Haut fühlten. Niemals hat Vollmar so schlechte Argumente für eine Sache vorgebracht wie diesmal; er ging so weit, an den bayerischen Chauvinismus zu appellieren und eine Frage, die einfach die Interessen und Prinzipien der Gesamtpartei betraf, zu einem Streit zwischen Bayern und Preußen herabzudrücken. Es war klar, daß Vollmar, sowie Grillenberger um so heftiger sich wehrten, je mehr sie das Gefühl, daß sie im Unrecht seien, übertäuben mußten. Es war weiter klar, daß dieselben Leute, welche ihre Genehmigung des Budgets so heftig verteidigten, sich niemals wieder in Zukunft derselben schuldig machen würden. Und das mag die Erwägung gewesen sein, aus welcher heraus einzelne Delegierte versuchten, ihnen eine Brücke zu bauen.

Genosse Stadthagen wählte unseres Erachtens die dazu am wenigsten geeignete. Er knüpfte an den Antrag Bebel ein Amendement, wodurch sein Wortlaut dahin geändert wurde, es sei gegen das Budget zu stimmen, insoweit darin eine Vertrauensfrage liegt*). Damit war der Antrag einfach in sein Gegenteil

*) Der Antrag Bebel schloß nach der oben im wesentlichen angeführten Begründung: ... und da die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum gilt, in der Gesamtabstimmung gegen das Budget zu stimmen haben. Stadthagen (Berlin) hatte beantragt, statt „da" das Wort „soweit" zu setzen. Später änderte er diesen Antrag dahin, es sollten die Worte „da die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum gilt", ersetzt werden durch „soweit die Bewilligung des Gesamtbudgets eine Anerkennung der Berechtigung des bestehen-

verkehrt, denn das war ja der ganze Streitpunkt, daß die Budgetbewilligung immer eine Vertrauensfrage bilde. Die Abstimmung ergab folgendes: Der Antrag Vollmar wurde mit Zweidrittelmajorität abgelehnt; der Parteitag sprach also aus, daß die Budgetabstimmung nicht eine Zweckmäßigkeitsfrage sei.

Das Amendement Stadthagen, welches geschäftsordnungsmäßig vor dem Hauptantrag Bebel zur Abstimmung kam, wurde angenommen mit den Stimmen aller derer, die vermeiden wollten, den Bayern wehe zu tun und mit den Stimmen der Bayern selbst. Als aber der Antrag Bebel auf diese Weise verdorben war, mußten alle, die eine prinzipielle Lösung für nötig hielten, dagegen stimmen, wozu ebenso bezeichnender- als begreiflicherweise auch

---

den Klassenstaates oder ein Vertrauensvotum für die Regierung enthält".

In der namentlichen Abstimmung wurde zuerst der Antrag der Bayern mit 142 gegen 93 Stimmen abgelehnt, dann das Amendement Stadthagen mit 131 gegen 103 Stimmen angenommen und schließlich der Antrag Bebel mit dem Abänderungsantrag Stadthagen mit 164 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Die Budgetfrage beschäftigte dann auch noch spätere deutsche Parteitage, am ausführlichsten den von Lübeck 1901, Dresden 1903 und als in den Jahren 1907 und 1908 die sozialdemokratischen Fraktionen in Württemberg, Baden und Bayern für das Budget stimmten, den von Nürnberg 1908, wo eine Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission mit 258 gegen 119 Stimmen angenommen wurde, die von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden bestätigt, die aussprachen,

daß der Staat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet,

daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Überwindung der Gegner ist,

daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Deshalb wurde festgestellt, daß jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern ist, es sei denn, daß die Ablehnung die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Allerdings gab dann Segitz im Namen von 66 Delegierten die Erklärung ab, daß sie zwar den Parteitag als berufen zu der obersten Entscheidung in allen prinzipiellen und in den taktischen Angelegenheiten ansehen, die das ganze Reich berühren, in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik aber die Landesorganisation die zuständige Instanz sei... und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben müsse.

Zu den späteren Bemerkungen über das bayerische Wahlrecht sei erwähnt, daß es ein indirektes Wahlrecht war. Es wurden zuerst Wahlmänner gewählt, die dann erst die Abgeordneten zum Landtag wählten. Dabei gab es keine Stichwahlen und es mußten bei Beginn der Wahl zwei Drittel der Wahlmänner anwesend sein. War das nicht der Fall, so konnten die abwesenden Wahlmänner in die Kosten des vereitelten Wahlganges verurteilt werden.

noch die bayerischen Stimmen kamen. Die Vermittlungskünste der Diplomatie hatten bewirkt, daß formell kein Antrag angenommen war. Die Bedeutung der Abstimmung ist trotzdem klar. Der Parteitag konnte sich nicht zu einer prinzipiellen Entscheidung aufschwingen, welche die Bayern allerdings ohne Grund als sie verletzend erklärten, aber ebensowenig dazu entschließen, ihre opportunistische Haltung auch für die Zukunft zu billigen. Das Urteil des Parteitages lautet: „Angeklagter, Sie sind freigesprochen, aber tun Sie es nicht wieder!"

Der badische Streit drehte sich um das Verhalten badischer Landtagsabgeordneter in bezug auf die Kirchenfrage. Dr. Rüdt hatte gegen das Parteiprogramm verstoßen, indem er sich der Abstimmung enthielt, als es sich um die Zulassung von religiösen Orden handelte. Er hatte somit im Sinne der liberalen Kulturkämpferei ein Ausnahmsgesetz unterstützt und gegen den Satz unseres Programms: „Religion ist Privatsache" verstoßen. Umgekehrt hatte Stegmüller eine — schon bewilligte — Summe für einen Kirchenbau in seinem Wahlort Lörrach urgiert, war also im Gegensatz zum Programm für Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen Zwecken eingetreten. Beide kamen mit einer Rüge davon. Dr. Rüdt, ein „Freidenker" flachster, aber stimmgewaltigster Sorte, ist seitdem aus der Partei ausgetreten — unseres Erachtens der erste ernstliche Dienst, den er ihr geleistet hat. Stegmüller, ein gemütlicher Spießer, der sich seit kurzer Zeit für einen Sozialdemokraten hält, hatte ein Mandat bekommen, weil er Aussicht hatte, auch von Nichtsozialdemokraten gewählt zu werden. Seine Verteidigung auf dem Parteitag bewies, daß er diese Stimmen vollauf verdiente, aber nicht die sozialdemokratischen.

Die badische Angelegenheit ist natürlich eine weit weniger wichtige als die bayerische. Aber wir möchten denn doch meinen, daß ein tieferer Zusammenhang besteht. In Bayern sowohl wie in Baden haben wir es mit Erscheinungen zu tun, welche auf eine Annäherung der Sozialdemokratie an den kleinbürgerlichen Radikalismus zurückzuführen sind. Wenn Vollmar sagt, eine Ablehnung des Budgets würden die Wähler nicht verstehen, so erfährt diese Motivierung erst ihre richtige Beleuchtung dadurch, daß das Landtagswahlrecht ein beschränktes und ein indirektes ist. Vollmar sieht sich veranlaßt, seine Taktik dem Kleinbauer und dem Kleingewerbetreibenden begreiflich zu machen. Wenn in Bayern Sozialdemokraten im Schafspelz des Opportunismus auftreten, um Augenblickserfolge zu erzielen, warum soll nicht in Baden zum gleichen Zweck irgendeinem Spießbürger die Löwenhaut des Sozialdemokraten umgehängt werden?*)

Wenn wir zusammenfassen, so ist auf dem Frankfurter Parteitag eine Strömung deutlich geworden, welche in dem Eifer, den der Partei neugewonnenen Schichten des Bauers und Kleinbürgers sich verständlich zu machen, fast darauf verzichten muß, dem Kerne der

*) Hier folgt wieder ein Passus, der von der Agrarfrage handelt und darum dem Artikel vor der Agrarfrage angefügt wurde. Er erörtert die Ursachen der Stellung Vollmars, weil er nämlich mehr den Bauer als Bodenbesitzer denn als Bodenbearbeiter vor Augen habe.

Partei, dem Proletariat, verständlich zu bleiben. Für das Budget haben die bayerischen Genossen gestimmt, wie Vollmar erzählte, um „dem Volke verständlich zu sein". Ja, welchem „Volke"? Den sozialdemokratischen Arbeitern ihre Abstimmung „verständlich" zu machen, mußten Vollmar und Grillenberger auf dem bayerischen Parteitag selbst sehr viel Beredsamkeit aufwenden und schließlich galt das Vertrauensvotum, das sie erhielten, weit mehr ihren Personen als kampfbewährten Genossen, als der einzelnen, durchaus nicht über jeden Zweifel erhabenen Abstimmung.

Grillenberger zitierte in München Plechanows Wort, daß nicht die Mittel revolutionäre seien, welche so aussehen, sondern die, welche revolutionär wirken und er meinte „die Gesamttätigkeit der bayerischen Fraktion, die angefochtene Abstimmung mit eingeschlossen, habe revolutionär gewirkt, das heißt, Massen von bisher Indifferenten auf ihre Seite gebracht". Allerdings, das Budget zu bewilligen, ist eine Handlung, die von jedem Verdacht des revolutionären Scheines frei ist. Nicht jede Taktik aber, die den revolutionären Schein vermeidet, ist darum schon revolutionär und wer aus Angst vor der revolutionären Phrase in zweideutigen Opportunismus verfällt, hat kein Recht, sich auf Plechanow zu berufen. Was aber die Gewinnung der indifferenten Massen angeht, so ist das allerdings unser wichtigstes Ziel, aber nur dann, wenn diese Massen für die Sozialdemokratie gewonnen werden, woraus folgt, daß dieser Gewinn genau so viel wert ist, als die Mittel, die wir dazu anwenden. Schnelle Arbeit ist nicht immer gründliche Arbeit und wenn wir uns selbst aufgeben, um den Gegner zu gewinnen, wäre das ein zweifelhafter Erfolg. Vollmar und seine Meinungsgenossen sind in Gefahr, eine neue Illustration zu dem alten Nestroyschen Spaß zu geben, der als Soldat zwischen zwei Feinden auf die Bühne kommt und meldet: „Ich habe zwei Gefangene gemacht, aber — sie lassen mich nicht los."

Man sieht, wir beschönigen nichts und dennoch wiederholen wir: Gerade der Frankfurter Parteitag, und was ihm folgte, bestärkt uns in der Überzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie niemals weniger als heute in Gefahr war, in Opportunismus zu verfallen, den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Strömungen zu unterliegen. Was uns diese Zuversicht gibt, ist die ungemein starke Reaktion, welche durch die angeführten Dinge hervorgerufen wurde.

Man muß die Wirkung der Reden von Bebel und Auer in Frankfurt und auf der Berliner Versammlung mit erlebt haben, um zu wissen, wie gründlich die Partei über diese Übergangsphase, die von ihrem rapiden Wachstum bedingt ist, hinwegkommen wird. Und die Zustimmung zu der Verurteilung jedes Verwischens und Verwaschens des proletarischen Charakters unserer Partei kam in Frankfurt nicht etwa bloß bei den norddeutschen Delegierten zum Ausdruck. So mancher bayrische Genosse war herzlich froh, als die Debatte vorbei war, die ihn zwang, einen übereilten Schritt, dessen Unrichtigkeit er schmerzlich empfand, zu verteidigen, weil — nun, weil er eben einmal geschehen war. Das Wesen unserer Partei kann

sich nicht ändern nach einer augenblicklichen Situation, oder vielmehr nach der Beurteilung, welche einzelne Genossen, im Moment befangen, von dieser Situation haben. Die der Partei gewonnenen kleinbürgerlichen Elemente können wohl nicht im Handumdrehen proletarisch und revolutionär empfinden lernen, aber ebensowenig können sie die Führung erlangen und den Charakter der Partei bestimmen.

Darum meinen wir auch, daß Bebel in der ersten Erregung zu schwarz sieht. Aber seine Rede in Berlin war ein wohltuendes Gewitter und wird viel dazu beitragen, die Luft zu reinigen, weil alle Beteiligten das Bewußtsein haben, daß er keineswegs nur in seinem eigenen Namen, sondern aus dem Empfinden weiter Kreise der Partei heraus gesprochen. Freilich, Streit und hitzige Diskussion wird es geben, und gerade Vollmar und Grillenberger spielen jetzt bereits die Debatte vom prinzipiellen Boden weg auf das Gebiet des Persönlichen und der Selbständigkeit der einzelnen Gruppen der Partei. Möglich, daß es ihnen gelingt, sich selbst und den bayerischen Genossen auf eine Weile einzureden, es handle sich um einen Konflikt zwischen München und Berlin, nicht aber zwischen Opportunisterei und Parteiprinzip. Daß der Streit mitunter mit starken Worten geführt wird, daran mögen die Gegner sich erbauen, wir selbst jammern darüber nicht. Ja, wir gestehen offen, daß die göttliche Grobheit, in der alte Kampfgenossen und Freunde ihre Meinungsverschiedenheiten ausfechten, für uns geradezu etwas Herzerquickendes hat.

Und was ist's nun mit der Spaltung? Eine Partei, die so öffentlich Selbstkritik übt, die keinen Raum gewährt dem schleichenden Gifte des Mißtrauens, die nicht zusammenhalten will, was nicht zusammengehört, spaltet sich nicht. Der Streit, die niemals rastende Diskussion in der Partei garantiert geradezu ihre Einigkeit.

Was die Partei zusammenschmiedet und zusammenhält, das ist der Druck der Gegner, das ist vor allem das gemeinsame Ziel. Wenn sich die Feinde der Sozialdemokratie mit Selbsttäuschungen trösten wollen, wir gönnen ihnen das Vergnügen. Mögen sie doch versuchen, ihren Keil in den behaupteten Spalt zu treiben!

Die deutsche Sozialdemokratie wird den Machtgewinn, den ihr Anwachsen bringt, behaupten, sie wird aber auch die daraus entstehenden Schwierigkeiten überwinden. Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands wird seinen vorgezeichneten Weg zu gehen und seine Aufgabe ohne Schwanken zu erfüllen wissen. v. a.

# Der Parteitag in Hamburg.

„Arbeiter-Zeitung" vom 3. Oktober 1897.

Der heurige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wird morgen in Hamburg zusammentreten. Zwei politische Angelegenheiten von höchster Wichtigkeit sind es, die den Verhandlungen dieses Parteitages ein besonderes Interesse ver-

leihen: die im nächsten Jahre stattfindenden Reichstagswahlen und die Frage der Beteiligung der sozialdemokratischen Partei an den preußischen Landtagswahlen. Man kann wohl sagen, daß seit das neue Deutsche Reich besteht, noch keiner Reichstagswahl mit solcher erwartungsvoller Spannung und so tiefer allgemeiner Erregung entgegengesehen wird, vielleicht nicht einmal den berüchtigten Septennatswahlen*). Bis tief hinein in die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten hat sich die Überzeugung verbreitet, daß ein schwerer Kampf bevorstehe, der über die künftigen Schicksale des deutschen Volkes entscheiden kann. Die gewaltige Volksvermehrung, das ungeheure Wachstum der Städte, die Umwandlung Deutschlands in einen Industriestaat ersten Ranges drängen mit unwiderstehlicher Macht auf eine demokratische Umformung des öffentlichen Lebens, denn die Demokratie ist die einzig mögliche politische Lebensform eines modernen Kulturvolkes. Aber die eigentliche Macht ruht in Deutschland bei der von den Junkern beherrschten Diplomatie, deren Spitze in das „persönliche Regiment" ausläuft. Je höher die wirtschaftliche Bedrängnis der Junker steigt, um so mehr suchen sie ihre politische Übermacht zur Bereicherung auf Kosten des deutschen Volkes auszunützen, und der Herrscher des Deutschen Reiches, in dessen Händen die ganze durch beispiellose Kriegserfolge angesammelte Machtfülle der Hohenzollern liegt, ist ein Mann von schwankendem Wesen, der trotz seines stark ausgeprägten Selbstbewußtseins jedesmal den Einflüssen des Hofes, der Junker und der Fabrikfeudalen unterliegt. Gerade die klägliche Regierungsmisere, die kecken Übergriffe der Junker und der Stummschen Schar auf die spärlichen Freiheiten des deutschen Volkes und auf seine Steuerkraft haben selbst die schläfrigsten Spießbürger aufgeschreckt. Die Vereinsgesetznovelle hat die lange angesammelte Erbitterung ausgelöst, und heute hat es wirklich den Anschein, als sollten sich bei den diesmaligen Wahlen die bürgerlichen Schichten gegen die reaktionären Übergriffe besser halten. Man darf freilich auf der andern Seite nicht vergessen, daß die Junker und die Bismarck-Presse heute schon mit aller Kraft für die Wahlen arbeiten, und es ist abzuwarten, ob das Schlagwort von dem Zusammenschluß aller produzierenden Stände und der Sozialistenschrecken ihren Einfluß auf die bürgerlichen Schichten schon verloren haben. Die deutsche Sozialdemokratie ist seit ihrem ersten Auftreten die entschiedenste Kämpferin für die Demokratie und hat bei allen Wahlen gezeigt, daß sie, ohne ihrer grundsätzlichen Haltung etwas zu vergeben, stets die linksstehenden Parteien gegen die Konservativen zu unter-

*) Siehe den Artikel der „Gleichheit" vom 26. Februar 1887 über die „Septennatswahlen".

Bei den Wahlen im Jahre 1898 haben die Sozialdemokraten tatsächlich, wie es Adler schon voraussieht, einen großen Erfolg errungen: sie haben ihre Stimmenzahl von 1,786.738 auf 2,107.000 und ihre Mandate von 44 auf 56 vermehrt.

stützen versteht. Wenn die bürgerlich-freisinnigen Parteien diesmal in ihrer Gegnerschaft gegen die Reaktion zuverlässiger sein sollten, um so weniger Überwindung wird es kosten, sie bei den Stichwahlen zu unterstützen. Die deutsche Sozialdemokratie braucht also in Hamburg für die Reichstagswahlen keine neue Taktik zu suchen, auch kann man dem Bericht des geschäftsführenden Ausschusses Glauben schenken, wenn er sagt, daß die Organisation für die Wahlen trefflich gerüstet sei. Aber es ist die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, die Überzeugung von der Wichtigkeit des kommenden Wahlkampfes im deutschen Volke weithin zu verbreiten und ein leidenschaftliches Interesse in der Volksmasse zu entfachen; sie ist heute naturgemäß die Führerin im Kampfe gegen die junkerliche Reaktion. Die Hamburger Parteiversammlung wird den Weckruf erschallen lassen.

Die Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen*) ist zwiespältiger und zweifelreicher. Was zur Beteiligung drängt, ist der Umstand, daß die Reaktionäre den Landtag gegen die Volksfreiheiten mobilisiert haben, und die Erwägung, daß das Fernhalten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft das Übergewicht der Konservativen verstärkt. Aber die Frage des Erfolges

*) In Preußen bestand das sogenannte Dreiklassenwahlrecht zum Landtag, ein indirektes Wahlrecht, bei dem die Urwähler eines Wahlbezirkes nach der Höhe der von ihnen bezahlten Steuer in drei Klassen geteilt wurden, von denen jede die gleiche Zahl von Wahlmännern wählte, die dann erst zusammen den Abgeordneten wählten. Dieses Wahlrecht galt bis zur Revolution, wenn auch im Kriege wiederholt feierlich die Beseitigung dieses Systems versprochen wurde. Ein gleiches System galt auch für die preußischen Gemeindewahlen, nur daß hier nicht Wahlmänner, sondern gleich die Gemeinderäte gewählt wurden.

Bismarck selbst hatte 1867 im ersten konstituierenden Reichstag, als es sich um die Aufnahme des allgemeinen Wahlrechtes in die Verfassung des norddeutschen Bundes handelte und ihm seine Freunde Schwierigkeiten machten, erklärt, das Dreiklassenwahlsystem in Preußen sei „das allerelendeste, miserabelste, das sich nur denken lasse". Dieses Wort wurde im Kampf um das Wahlrecht immer wieder zitiert, vermochte aber das schändliche Wahlrecht nicht zu beseitigen.

Der Parteitag zu Köln 1893 beschloß:

> In Erwägung, daß das Dreiklassenwahlsystem in Preußen ... der Sozialdemokratie es unmöglich macht, sich mit Aussicht auf Erfolg an den Wahlen zum preußischen Landtag selbständig zu beteiligen:
>
> in fernerer Erwägung, daß es den bisher beobachteten Grundsätzen der Partei bei Wahlen widerspricht, sich in Kompromisse mit feindlichen Parteien einzulassen, weil diese notwendigerweise zur Demoralisation und zu Streit und Zwietracht in den eigenen Reihen führen müssen,
>
> erklärt der Parteitag: Es ist Pflicht der Parteigenossen in Preußen, sich jeder Beteiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten.

Aber vorher schon hatte Eduard Bernstein den Vorschlag gemacht trotz dem elenden Wahlrecht sich an den Wahlen zu beteiligen, war aber mit dem Vorschlag so ziemlich allein geblieben. Allmählich aber

ist bei Wahlen nach dem Dreiklassensystem für die Arbeiterklasse immerhin sehr schwer zu beantworten. Auch zwingt die Beteiligung an den Wahlen die Sozialdemokratie zu Kompromissen in so enger Form, wie sie bei den Reichstagswahlen nicht nötig, ja auch nur möglich sind. So wird es begreiflich, daß die Meinungen der deutschen Genossen in dieser Frage weit auseinandergehen. Doch kann man auch hier getrost die Ergebnisse der Beratungen abwarten. Deutliche und rückhaltlose Aussprache, genaue Erörterung und eine ausreichende Erfahrung und ein sicheres Gefühl für das politisch Nötige hat die deutschen Parteitage stets ausgezeichnet. Den Beratungen dieses politisch hochwichtigen Kongresses, der in der ganzen politischen Welt Deutschlands heuer mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wird, sehen die österreichischen Sozialdemokraten mit gespanntem Interesse entgegen, herzlich wünschend, es möge die Arbeit der Vertrauensmänner der deutschen Arbeiterschaft mit reichem Erfolge für die deutsche Bruderpartei gekrönt werden.

# Der Nürnberger Tag.

Von **Victor Adler.**

„Arbeiter-Zeitung" vom 13. September 1908.

Morgen tritt in Nürnberg der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Ein Jubiläumsparteitag wird es sein; denn gerade vierzig Jahre*) ist es her, daß in demselben Nürn-

---

änderten sich die Ansichten in der Partei, besonders als im preußischen Landtag ein Anschlag auf das Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiter unternommen wurde. In einem Aufruf der Reichstagsfraktion vom 20. Mai 1897 wurde zu großen Protestkundgebungen gegen diesen Anschlag aufgefordert und es sollten sogar bürgerliche Protestkundgebungen unterstützt werden!

Nun kam, angeregt durch Kautsky, die Diskussion über die Beteiligung an den Landtagswahlen in Gang und wurde beschlossen, auf dem Parteitag von Hamburg, der vom 3. bis 9. Oktober stattfinden sollte, die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen als fünften Punkt auf die Tagesordnung zu stellen und Ignaz Auer als Referenten und Wilhelm Liebknecht als Korreferenten zu bestellen.

Nach längerer Debatte wurde auf dem Parteitag dann, wie wir hier vorangreifend mitteilen wollen, mit 148 gegen 62 Stimmen die Aufhebung des Kölner Beschlusses beschlossen.

*) Auf dem fünften Verbandstag der Arbeiterbildungsvereine am 5. September 1868 in Nürnberg erklärte sich die Mehrheit mit 69 Stimmen aus 74 Vereinen gegen 46 Stimmen aus 37 Vereinen für die Grundsätze der Internationalen Arbeiter-Assoziation, worauf die Minderheit mit Protest ihren Austritt anzeigte. Unter den Vertretern der Mehrheit waren neben Bebel auch Liebknecht und andere.

Am 10. August 1869 teilte Bebel auf dem im Gasthof „Zum Mohren" in Eisenach abgehaltenen Verbandstag mit, daß der Verband infolge der vorjährigen Spaltung auf 72 Vereine zusammengeschmolzen sei, aber durch

berg jener Vereinstag stattfand, auf dem sich unter August Bebels kräftiger und zielbewußter Führung die zum proletarischen Klassenbewußtsein erwachten Arbeitervereine Deutschlands von dem bürgerlichen Liberalismus mit einem entscheidenden Ruck endgültig losrissen, das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation annahmen und die Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vorbereiteten. Mit berechtigtem Stolze darf das deutsche Proletariat dieses bedeutungsvollen Datums gedenken und mit Genugtuung darf es auf die Leistung blicken, die es seither vollbracht. Die nüchternen Feststellungen und Zahlen des Berichtes, den der Parteivorstand vorlegt, zeigen ein unvergleichliches Bild politischer und kultureller Arbeit, eine Kraft des Vorwärtsschreitens auf allen Gebieten der Organisation, eine lebensvolle Differenzierung der Parteitätigkeit, die selbst den, der dieser Entwicklung von Jahr zu Jahr gefolgt ist, zu staunender Bewunderung hinreißen muß. Dieser Jahresbericht ist mehr als jeder seiner Vorgänger ein stolzes Dokument der strotzenden Kraft und Lebensfülle der deutschen Sozialdemokratie. Und wenn irgend etwas das Hochgefühl, von dem dieser Parteitag getragen sein darf, steigern kann, so ist es die Tatsache, daß in diesem Jahre zum erstenmal ein schwerer Sieg an einem entscheidenden Punkte gelungen ist: die Sozialdemokratie ist in den preußischen Landtag, in die Hochburg der Reaktion in Deutschland, eingedrungen; ein Erfolg, der die bedeutungsvollsten Wirkungen haben muß.

Der Nürnberger Parteitag wird neben der üblichen Erledigung der Geschäfte eine wichtige Mission zu erfüllen haben. Er wird in der Schicksalsfrage der europäischen Welt deutlich und kräftig den Willen des deutschen Proletariats zum Ausdruck bringen. Während in England wie in Deutschland gewissenlos zum Krieg gehetzt*) wird und auch die pathetischen Friedensversicherungen der Monarchen in den Aufruf zu vermehrten Rüstungen ausklingen, wird es von größter Bedeutung sein, daß die Vertretung der

---

neue Beitritte wieder 109 Vereine mit etwa 10.000 Mitgliedern zähle. Der Verband beschloß dann auf Antrag Bebels die Auflösung zugunsten der in den Tagen vorher neu gegründeten sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Diese war auf dem vom 7. bis 9. August 1869 in demselben Gasthof abgehaltenen Allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongreß gegründet worden.

Daneben bestand allerdings noch der Allgemeine deutsche Arbeiterverein der Lassalleschen Richtung bis 1874, worauf vom 22. bis 27. Mai 1875 in Gotha der „Vereinigungskongreß der Sozialdemokraten Deutschlands" abgehalten wurde.

Zur Frage der Budgetbewilligung siehe auch die Fußnote beim Artikel „Zum Frankfurter Parteitag" in der „Arbeiter-Zeitung" vom 23. November 1894, übrigens auch die folgenden „Glossen zum Nürnberger Parteitag" im „Kampf" vom 1. Oktober 1908.

*) Am 25. Mai 1908 war der französische Präsident Fallières in London, am 9. Juni kam König Eduard von England mit dem Zaren Nikolaus II. in Reval zusammen, am 11. August mit Kaiser Wilhelm in Kronberg, am

deutschen Arbeitermassen mit aller Wucht ausspricht: Wir wollen keinen Krieg. Vertreter der englischen Sozialdemokraten werden in Nürnberg sein, die Abgesandten der machtvollen englischen Gewerkschaften werden in kurzem in Berlin erscheinen, um feierlich zu bekunden, daß deutsche und englische Proletarier in dem Willen zum Frieden einig sind und entschlossen, sich jeder Störung des Friedens mit aller ihrer Kraft entgegenzustellen.

Selbstverständlich wird der Parteitag eine Reihe organisatorischer Arbeiten wichtigster Art zu besorgen haben. Das neue Vereinsgesetz hat die Möglichkeit geboten, die Frauen nun auch formell in die Organisation einzubeziehen, und die Art, wie das geschehen soll, wird festgesetzt werden. Noch wichtiger ist die Frage der Jugendorganisation; eine Aufgabe, die von der Sozialdemokratie in allen Ländern mit dem vollen Bewußtsein ihrer Bedeutung aufgegriffen wird, sobald sie nur die Möglichkeit dazu hat. In Deutschland macht es augenscheinlich einige Schwierigkeit, das rechte Maß dafür zu finden, in welchem den Organisationen der proletarischen Jugend die zu ihrer Entwicklung nötige Selbständigkeit zu gewähren ist, ohne sie der Stütze und des Schutzes zu berauben, die ihr das Wissen und die Erfahrung der Partei und der Gewerkschaft bieten können und sollen. Die lebhafte Diskussion, die der Entscheidung des Parteitages vorangegangen ist, läßt hoffen, daß das Richtige getroffen werden wird.

Das lebhafteste Interesse aber und voraussichtlich den breitesten Raum in den Debatten des Nürnberger Parteitages wird voraussichtlich jene Frage der Budgetbewilligung in Anspruch nehmen, die in den letzten Wochen Gegenstand eines hitzigen Krieges in der ganzen Parteipresse war. Die Vorgeschichte ist bekannt. Die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen in Baden und Bayern haben entgegen der Parteitradition bei der Schlußabstimmung — entsprechend etwa unserer dritten Lesung — für das Budget gestimmt, nachdem sie allerdings, wie selbstverständlich, bei den Spezialabstimmungen gegen eine ganze Reihe von Kapiteln gestimmt hatten. Die Sache gewinnt dadurch an Gewicht, daß schon im vorigen Jahre die Sozialdemokraten Württembergs die gleiche Taktik beobachteten und daß diesmal diesen Abstimmungen eine gemeinsame Beratung der süddeutschen Landtagsfraktionen vorherging, die, was allerdings nicht völlig klargestellt ist, dieses Vorgehen als eine wohlüberlegte, mit einer gewissen Absicht ins Werk gesetzte gemeinsame Aktion erscheinen läßt. Ein vielbesprochener Nebenumstand ist, daß den Anfragen des Parteivorstandes über Zweck und Inhalt jener Konferenz in ziemlich brüsker Weise die Antwort geweigert wurde. Daraufhin wurde zunächst im „Vorwärts", dann in dem überwiegend größten Teile der Parteipresse Norddeutschlands die Anklage erhoben, jene Ab-

12. August mit Franz Josef in Ischl; am 27. August wieder Fallières in Reval, dazwischen am 14. Juni das deutsche Flottengesetz... Die Friedenskundgebung der englischen Arbeiter fand wirklich am 21. September in Berlin statt. Am 5. Oktober kam dann die Annexion Bosniens...

stimmungen und ihre Begleitumstände seien nicht nur ein schwerer Verstoß gegen das Parteiprinzip, sondern auch ein Bruch der Parteidisziplin. Der Beschluß des Lübecker Parteitages mache den Landtagsabgeordneten zur Pflicht, gegen das Budget zu stimmen, und gestatte nur in ganz besonderen, zwingenden Ausnahmsfällen, davon abzugehen; solche zwingende Umstände seien aber keineswegs vorgelegen. Vielmehr widerspreche diese Abstimmung dem prinzipiellen Standpunkt unserer Partei gegenüber dem Klassenstaat und es sei notwendig, um künftighin solche Verfehlungen unmöglich zu machen, die Ausnahmsklausel überhaupt aufzuheben und die Budgetverweigerung ohne jede Ausnahme vorzuschreiben. Die süddeutsche Parteipresse erklärt selbstverständlich, die Bayern und Badener hätten das volle Recht gehabt, für das Budget zu stimmen, weil Ausnahmsverhältnisse im Sinne des Lübecker Beschlusses vorlagen, weil es ein taktischer Fehler und eine Schädigung der Partei gewesen wäre, anders zu handeln. Darin stimmt ihren Abgeordneten der weitaus größte Teil der Parteiversammlungen in ganz Süddeutschland zu. Aber in einzelnen Blättern wird viel weiter gegangen. Es wird dem Parteivorstand, ja dem Parteitag das Recht bestritten, über die Taktik der Landtagsabgeordneten entscheidend zu urteilen, in dieser Sache sei kein Zurückweichen möglich; und offenbar in der Voraussicht, daß die Budgetbewilligung auf die Dauer kein geeigneter Gegenstand sein dürfte, die Begeisterung der Proletariermassen und ihrer Parteitagsdelegierten zu erregen, vergißt sich das Münchener, und in noch schlimmerer Weise das Nürnberger Organ so weit, den Stimmungsgegensatz zwischen Süddeutschen und „Preußen" auszunützen und zu schüren. Das ist eine höchst bedenkliche Art der Diskussion, die durch nichts gerechtfertigt werden kann, auch nicht durch die mitunter wenig liebenswürdigen Methoden, die in Berlin und Leipzig geübt werden, wenn es gilt, den Genossen das Parteigewissen zu schärfen. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen ängstlichen Gemütern bereits wieder einmal die Einheit der Partei bedroht erscheint, daß sich auf beiden Seiten die Gemüter erhitzen und in Nürnberg eine jener gewaltigen und hitzigen Redeschlachten in Aussicht steht, die, so wenig erquicklich sie uns Ausländern mitunter erscheinen mögen, doch ein Ausfluß des tiefen Ernstes sind, mit dem unsere deutschen Genossen jede Parteifrage erfassen, und ein Beweis für die unverwüstliche Kraft der Partei, die sich den Luxus solcher Kämpfe gestatten darf, ohne fürchten zu müssen, ihre Kraft zu vergeuden oder gar ihren Zusammenhalt zu gefährden.

Allerdings wird man sich kaum dem Eindruck entziehen können, daß die Bedeutung der diesmaligen Streitfrage erheblich überschätzt wird, und zwar von beiden Seiten. Es wird darüber gestritten, ob die Budgetverweigerung eine prinzipielle oder eine taktische Frage sei. Unseres Erachtens kann sie sowohl das eine als auch das andere sein. Jede Abstimmung kann eine zweifache Bedeutung haben: sie kann eine Anschauung aussprechen, sozusagen ein Bekenntnis sein; sie kann aber auch etwas ganz

anderes sein, eine politische Aktion, durch die man bestimmte politische Wirkungen erzielen will. Es ist selbstverständlich, daß jede Partei um so häufiger in die Lage kommen wird, durch ihre Abstimmung politische Wirkungen zu erzielen, je zahlreicher ihre Abgeordneten, je größer ihr parlamentarisches Gewicht ist, und sie wird in demselben Maße häufiger fragen müssen, nicht nur was ihre Abstimmung bedeutet, sondern auch, was sie bewirkt. Die deutschen Sozialdemokraten haben zur Zeit Caprivis für die russischen Handelsverträge gestimmt, nicht weil sie sich zu den darin stipulierten, ganz beträchtlichen Schutzzöllen bekennen wollten, sondern weil sie durch diese Aktion verhindern wollten und verhindert haben, daß noch höhere Schutzzölle angenommen werden oder gar der Zollkrieg eintrete. Sie mußten der Aktion zuliebe auf die Demonstration, auf das Bekenntnis verzichten. Solche Fälle sind auch bei der Budgetabstimmung möglich und darum hatte und hat heute noch der Lübecker Beschluß unseres Erachtens die politische Vernunft für sich. Gewiß sträubt sich das ganze Empfinden der Sozialdemokraten dagegen, in irgendeiner Form und in irgendeinem Grade den prinzipiellen Protest gegen die ganze Maschinerie des Klassenstaates, die im Budget ihren ziffermäßigen Ausdruck findet, zu unterdrücken oder auch nur abzuschwächen, und es werden gewiß überaus seltene Ausnahmsfälle sein, die zwingen könnten, von dieser Haltung abzugehen. Daß solche Ausnahmsfälle aber möglich sind, leugnen auch die schärfsten Anhänger der prinzipiellen und „ausnahmslosen" Budgetverweigerung nicht. Nur meinen sie, daß durch ein generelles Verbot die Bewilligung nur auf die wirklich zwingenden Fälle beschränkt werden würde, während die Ausnahmsklausel der Laxheit Tür und Tor öffne. Das ist nun eine Frage der Methodik der Parteilegislatur, über die man verschiedener Ansicht sein kann. Ob es klug ist, die Beschlüsse so zu gestalten, daß sie unter Umständen — wenn auch in noch so seltenen Fällen — außer acht gelassen werden müssen, scheint uns zweifelhaft.

Wie die Dinge heute liegen, werden die bayerischen und Badener Genossen die Verantwortung für ihr Vorgehen zu tragen und den Beweis zu führen haben, daß wirklich ein zwingender Ausnahmsfall im Sinne des Lübecker Beschlusses sie zur Bewilligung des Budgets genötigt hat. Wir fürchten, daß ihnen dieser Beweis nicht gelingen werde. Man mag von dem geradezu grotesken Widerspruch absehen, daß in Bayern das herrschende Zentrum durch das Votum der Sozialdemokraten gestärkt wird, während dasselbe Votum in Baden angeblich notwendig sei, um dem größten politischen Übel, nämlich einer Zentrumsmajorität, entgegenzuwirken. Aber noch sonderbarer nehmen sich diese Beschlüsse aus, wenn man überlegt, daß weder in Bayern noch in Baden — und ebensowenig in Württemberg — durch die Stimmen der Sozialdemokraten irgendein politischer Effekt erzielt werden konnte, weil die große Majorität für das Budget vorhanden war, die allerdings durch die Haltung unserer Parteigenossen nahezu

oder gänzlich in Einstimmigkeit verwandelt wurde. Da fragt man sich staunend, wozu diese Taktik dienen sollte. Nur um zu bekunden: Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen? Wir müßten uns sehr täuschen, wenn diese Taktik nicht auf die Dauer für das Proletariat Süddeutschlands den Reiz der Neuheit verlieren und mit seinem stärksten Empfinden in Widerspruch kommen würde. Wir begreifen darum sehr wohl, daß die bayerischen und Badener Abgeordneten den größten Wert darauf legen, zu erklären, daß sie ihr Votum für die Zukunft nicht gebunden haben und sich vorbehalten, bei geänderten Verhältnissen gegen das Budget zu stimmen. Es wäre nur sehr wünschenswert, daß ihnen eine solche Änderung ihrer Taktik nicht durch allzu schroffe Kritik erschwert würde.

Man hat aber die Pflicht, sich zu bemühen, es zu verstehen, wie so viele unserer ältesten, tüchtigsten und erprobtesten Genossen dazu kommen konnten, ohne zwingende Not einen Schritt zu tun und zu verteidigen, der offenkundig aller Parteipsychologie widerspricht. Daß sie es darum getan, um den Parteivorstand und die Berliner Genossen zu ärgern oder um den Süddeutschen ein Reservatrecht auf eine besondere Taktik zu sichern, könnten doch nur Kindsköpfe annehmen. Daß sie den Klassenkampf aufgeben oder abschwächen, in kompromittierende Bündnisse mit bürgerlichen Parteien eintreten oder sich ihnen anbiedern wollen, ist für jeden Vernünftigen, der unsere Genossen kennt, ebenso ausgeschlossen. Woher also dieses merkwürdige Schwanken in der Taktik, das wir freilich nicht gern ein Prinzipienverbrechen oder einen schweren Fehler, sondern mit einem wiederholt bewährten Ausdruck eine Entgleisung nennen möchten? Da will uns denn scheinen, daß wir es mit dem Einzelfall einer Erscheinung zu tun haben, die uns je länger je öfter begegnen wird und die mit der Entwicklung der Partei notwendig verknüpft ist. Je mehr die Partei wächst, je mehr Macht und Einfluß sie gewinnt, desto komplizierter wird die Aufgabe, die wachsende Macht praktisch geltend zu machen. Das Proletariat wird und kann nicht unvermittelt von der Ohnmacht zur Macht aufsteigen, sondern seine politische Macht wächst allmählich mit der Entwicklung seiner wirtschaftlichen Bedeutung. Diese wachsende, gleichsam latente Kraft zur lebendigen, bewegenden Kraft zu wandeln, sie in jedem Augenblick möglichst voll, mit dem möglichst geringsten Kraftverlust zur Geltung zu bringen, das ist der notwendige Inhalt der proletarischen Politik. Darum wird, ob wir wollen oder nicht, der Prozeß der Anpassung unserer Taktik an die konkreten Umstände, von denen das jedesmalige Maß unserer Macht und ihr Verhältnis zur Macht des Staates und der herrschenden Klassen der wichtigste ist, uns immer neue Probleme aufnötigen. Der Staat ist die Zwangsorganisation der herrschenden Klassen, aber er ist auch der Boden der Betätigung der wachsenden Macht des Proletariats. Je stärker wir werden, desto vielgestaltiger wird das Detail des proletarischen Klassenkampfes, desto zahlreicher die Angriffspunkte für unser Vordringen. Wir können dem

Proletariat aber nicht Machtpositionen im Staate erobern, ohne uns dem Staate zu nähern. Wir stellen Forderungen an den Gegenwartsstaat unbeschadet unserer grundsätzlichen Anschauungen. Wenn es aber prinzipiell erlaubt ist Forderungen zu stellen, dann kann es nicht prinzipiell verboten sein, die Mittel zu ersinnen und anzuwenden, um diese Forderungen durchzusetzen. Daß bei diesem Bestreben die Gefahr entsteht, den Blick für die großen Zusammenhänge zu verlieren, die Wichtigkeit einzelner Fortschritte zu überschätzen, vor allem solche Einzelerfolge zu teuer zu erkaufen, das steht außer Frage. Daß dieser Anpassungsprozeß nicht ohne gefährliche Schwankungen und Irrungen vor sich gehen kann, lehrt die Geschichte unserer Partei auf jedem Blatte und nicht erst seit heute. Darum ist es durchaus notwendig und im Lebensinteresse der Partei gelegen, daß die schärfste Selbstkritik das Gewissen der Partei wach erhalte und dafür sorge, daß die tägliche, sachliche Arbeit nicht zur Versumpfung und Versimpelung führe. Nichts wäre überdies unpraktischer als eine Praxis, die das Proletariat zur politischen Genügsamkeit verführen, seinen Blick an die Erfolge des Tages fesseln und von seinen letzten Zielen, seinen unveräußerlichen Rechten ablenken wollte. Der kleinste wie der größte Fortschritt, den wir heute erreichen können, hat schließlich nur so viel Wert, als er die Kampffähigkeit des Proletariats erhöht; jeder Machtzuwachs muß weiteres Wachsen der proletarischen Macht bedingen, darf nicht halbe Befriedigung, sondern muß gesteigertes Kraftgefühl erzeugen.

Man hat nun den Eindruck, daß die taktischen Schwierigkeiten unserer süddeutschen und insbesondere unserer bayerischen Genossen daraus entspringen, daß sie gegenwärtig in einer relativ günstigen Lage sind. Vielleicht wird es gerade uns Österreichern am leichtesten, ihre Schwierigkeiten zu verstehen, denn wenn es uns auch leider lange nicht so gut geht wie ihnen, so gibt es doch gewisse Analogien. Vor allem scheint es, daß bei der Haltung der Bayern ein Moment vielleicht unbewußt mitspielt, das in der Diskussion nur undeutlich hervorgetreten ist. Sie haben in langen Kämpfen ein Wahlrecht erobert, das freilich lange nicht das angestrebte Ideal verwirklicht, aber immerhin den Landtag auf demokratische Grundlage gestellt hat. Dieser Landtag ist nun der Gegenstand der wütendsten Angriffe der liberalen Bourgeoisie, nicht allein, weil er zunächst eine klerikale Majorität zur Herrschaft gebracht, sondern auch, weil er die Sozialdemokratie auf Kosten der Liberalen zu politischer Bedeutung gebracht hat. Sowenig nun unsere Genossen in diesem Landtag die Erfüllung ihrer Wünsche sehen können, sosehr ist er ihnen doch das Kind ihrer opferreichen Kämpfe und sie verteidigen ihn gegen die alten Wahlrechtsfeinde. Sie haben zum erstenmal in größerem Maßstab die Möglichkeit, auf Gesetzgebung und Verwaltung einzuwirken, tun dies mit großem Geschick und unleugbarem Erfolg, und sie glauben gewissermaßen, durch ihre Abstimmung über das Budget die Frucht ihrer eigenen Arbeit und den von ihnen mitgeschaffenen parlamentarischen

Boden ihrer Arbeit anerkennen zu müssen. Dazu kommt, daß die bayrischen Klerikalen in mancher Beziehung klüger und in jeder Beziehung anständiger sind als unsere Christlichsozialen. Sie haben das Koalitionsrecht in weitem Umfang anerkannt und das Wort des bayrischen Ministers: „Es gibt in Bayern keinen Verein, dem ein bayrischer Beamter nicht angehören könnte", kann die Neigung begreiflich erscheinen lassen, diese Wendung gewissermaßen zu quittieren. Insbesondere müssen solche Dinge in Deutschland wirken im Gegensatz zu den unglaublichen Schandtaten, die von der preußischen Junkerbureaukratie tagtäglich verübt werden und gegen die man in Norddeutschland fast stumpf geworden ist. Es ist eine vielleicht naive, aber fast begreifliche Illusion, daß sich in Süddeutschland etwas wie eine politische Solidarität gegen die preußische Gewaltherrschaft entwickeln könnte, und es spielt bei der Budgetbewilligung vielleicht der Wunsch mit, der preußischen Schandwirtschaft eine Ohrfeige zu geben. Man wird diese Art der Demonstration mit Recht als einen Versuch mit ungeeigneten Mitteln bezeichnen müssen, aber es ist sicher, daß dieses psychologische Moment auch dazu beiträgt die Stimmung zu erzeugen, aus der der Beschluß der Budgetbewilligung erwachsen ist.

Alles das kann dazu beitragen, die Taktik der Süddeutschen soweit zu verstehen, als dies dem Fernstehenden möglich ist; nicht aber dazu führen, sie zu billigen. Am wenigsten triftig ist das Argument, das am häufigsten gehört wird und das auch uns Österreichern die Gegner vorhalten, wenn sie unsere Ablehnung des Budgets als unlogisch darstellen wollen. Weil die Sozialdemokraten an der Gestaltung des Budgets mitgewirkt, weil sie sogar eine ganze Reihe von Abänderungen, von Reformen durchgesetzt haben, darum waren sie keineswegs verpflichtet, nun auch für das Ganze, wofür sie die Verantwortung doch keineswegs übernehmen wollen, zu stimmen. Die Bewilligung des Budgets war auch keineswegs die Bedingung für die Annahme ihrer Anträge und wird auch in Zukunft kaum ihren Einfluß auf weitere Reformen verstärken. Ihr Votum kann im Gegenteil von der herrschenden Partei als erzwungene Anerkennung ihrer Vortrefflichkeit gedeutet und agitatorisch ausgebeutet werden, vielleicht in viel empfindlicherer Weise als die angeblich unlogische Ablehnung des Budgets.

Schließlich aber waren die bayerischen Genossen unseres Erachtens verpflichtet zu erwägen, ob der Vorteil, den ihre neue Taktik möglicherweise im besten Falle bringen könnte, den Nachteil aufzuwiegen vermöchte, den der Widerstreit mit sich führt, in den sie dadurch mit der Mehrheit der Gesamtpartei geraten mußten. Die Parteidisziplin hebt gewiß nicht die Selbständigkeit des Handelns der einzelnen Parteiorganisation auf, sie läßt vielmehr ihre Verantwortlichkeit vollauf bestehen. Aber sowenig der eiserne Rahmen der Parteidisziplin allzu stramm angezogen werden darf, so wenig darf ihre Elastizität über eine gewisse Grenze in Anspruch genommen werden, soll nicht in beiden Fällen die Einheit und Ge-

schlossenheit der Partei gefährdet werden. Selbstverständlich wird es mit dem Wachstum der Partei und der steigenden Differenzierung ihrer Funktionen immer schwerer, ihre Taktik in allen Punkten einheitlich zu gestalten und trotzdem den Verschiedenheiten der Kampfbedingungen zu entsprechen. Aber noch immer hat die deutsche Sozialdemokratie den rechten Weg zu finden gewußt, wenn auch nach heftigem Kampfe der Meinungen. Wir zweifeln nicht daran, daß auch der Nürnberger Parteitag seiner schwierigen Aufgabe gewachsen sein wird.

# Die Entscheidung in Nürnberg.

„Arbeiter-Zeitung" vom 19. September 1908.

Der heiße Redekampf über die Budgetbewilligung, der drei Tage währte, ist heute abgeschlossen worden. Mit einer übergroßen Majorität, mit 258 gegen 119 Stimmen, hat der Parteitag die vom Parteivorstand vorgelegte Resolution angenommen, worin die Ablehnung des Budgets bei der Gesamtabstimmung zur Pflicht gemacht wird. Der Beschluß bedeutet insofern eine Verschärfung der in Lübeck angenommenen und bisher geltenden Regel, als nunmehr ein Abweichen davon nur für den einzigen Fall zulässig erscheint, daß durch die Budgetverweigerung ein für die Arbeiterschaft ungünstigeres Budget in Kraft treten würde. Mit der denkbar größten Wucht ist durch diesen Beschluß zum Ausdruck gebracht, daß die große Mehrheit der Vertrauensmänner der Partei daran festhält, daß die politische Vertretung des Proletariats dem Klassenstaat und seinen Regierungen unversöhnlich gegenübersteht und daß sie jedes Mittel benützen will, um diesen Gegensatz zum Ausdruck zu bringen. Ja, der Verlauf der Debatte zeigt, daß diese grundsätzliche Anschauung eine noch weit größere Majorität auf dem Parteitag hat als die beschlossene Resolution, ja, daß sich mit ganz wenigen Ausnahmen die ganze Partei dazu bekennt. Nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob die Budgetverweigerung immer und überall ein geeignetes und unentbehrliches Mittel ist, diese prinzipielle Anschauung zum Ausdruck zu bringen, und zweitens, ob der Parteitag als Vertretung der Gesamtpartei die Möglichkeit hat, alle Fälle vorauszusehen, die in den Landtagen zur Entscheidung kommen können, und ob er die Kompetenz hat, im vorhinein die Entscheidung zu treffen. Von den 119 Genossen, die gegen die Resolution des Parteivorstandes stimmten, ließen 66 Delegierte aus Bayern, Baden, Württemberg und Hessen erklären, daß sie die Entscheidung des Parteitages in allen Fragen, die das ganze Reich berühren, anerkennen, daß sie aber der Meinung sind, daß über die Landespolitik, also auch über die Budgetabstimmung in den Landtagen, die Landesorganisation zu entscheiden berufen ist. Diese Erklärung wurde vom Parteitag mit kühler Ruhe entgegengenommen, die zu der Heftigkeit der Debatten, die sich mitunter zu Stürmen der Leidenschaft steigerte,

in bezeichnendem Gegensatz stand. Es scheint, daß die Mehrheit, die einen imponierenden Sieg errungen hatte, jedes Wort vermeiden wollte, das für die Genossen, deren Anschauung unterlegen war, die Schwierigkeit ihrer Situation noch verschärfen könnte.

Wir bekennen offen, daß wir gewünscht hätten, es wäre ein Weg gefunden worden, die Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken. Der Versuch dazu wurde mehrfach unternommen. Vor allem hat Bebel in einem Referat, dessen Sachlichkeit und Ruhe auch von den Süddeutschen rühmend anerkannt wurde, gesucht, aus der Diskussion alle jene Heftigkeit zu entfernen, die durch die Erörterung gewisser Nebenumstände in der Presse entstanden war. Noch mehr. Wenn es vor dem Parteitag den Anschein hatte, als ob es sich um einen Gegensatz zwischen Süddeutschen und Norddeutschen handle, so hat die Debatte und dann auch die Abstimmung ergeben, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der süddeutschen Delegierten entweder auf dem Standpunkt der prinzipiellen Budgetverweigerung steht oder doch die Bewilligung im gegebenen Falle nicht billigt, und daß anderseits eine ebenso ansehnliche Zahl von norddeutschen Genossen der Ansicht ist, man dürfe den einzelnen Landtagsfraktionen das Recht, selbständig über diese Frage zu entscheiden, nicht durchgängig und prinzipiell nehmen. Die Delegierten von Hannover stimmten mit den Süddeutschen und die Hamburger Delegierten machten in dem Antrag Frohme einen Versuch der Vermittlung, der allerdings nicht die Mehrheit auf sich zu vereinigen vermochte. Ferner kann als Ergebnis der Debatte festgestellt werden, daß der Parteitag mit ganz wenigen Ausnahmen die Taktik unserer Genossen in den Landtagen Bayerns und Badens durchaus billigte und ihre außerordentlich wertvollen praktischen Erfolge anerkannte. Das wurde auch von einer ganzen Anzahl jener Genossen mit aller Bestimmtheit ausgesprochen, die sich gegen die Budgetbewilligung als ein überflüssiges und gefährliches Entgegenkommen aussprachen. Unter solchen Umständen hätte es vielleicht nicht ganz unüberwindliche Schwierigkeiten geboten, eine Brücke zur Verständigung über eine Formel zu finden, die die Meinungsverschiedenheit in dem einzelnen Punkte der Budgetbewilligung hätte zurücktreten lassen und die Einigkeit in der prinzipiellen Auffassung und in den Grundzügen der Taktik in den Vordergrund gestellt hätte. Aber auch wer einen solchen Ausgang vorgezogen hätte, wird zugeben müssen, daß es einen gewissen Wert hat, daß durch die Abstimmung die Anschauung der Mehrheit der Partei zu einem ganz scharfen Ausdruck gekommen ist, und daß die Grundstimmung der Partei, die bei aller opferwilligen Bereitschaft zur Gegenwartsarbeit keine Gefahr mehr fürchtet als die Versumpfung, so kräftig und unmißverständlich festgestellt wurde. Darin liegt, noch einmal sei es gesagt, keineswegs eine Verurteilung der positiven Arbeit, keine Abschwächung des Wertes der parlamentarischen Tätigkeit, wohl aber eine Warnung vor der Gefahr, im Eifer der Arbeit am

Beratungstisch sich zu einer Überschätzung des Erreichten und auf diesem unumgänglich notwendigen, aber äußerst schwierigen Weg Erreichbaren verleiten zu lassen.

Die Wirkung des heute gefaßten Beschlusses läßt sich heute noch nicht im vollen Umfang übersehen. Sicher ist, daß diejenigen, die gehofft oder gefürchtet haben, daß diese Frage der Budgetbewilligung ein geeigneter Sprengstoff sei, um das Gefüge der mächtigen, geschlossenen deutschen Sozialdemokratie zu sprengen, sich durchaus verrechnet haben. Ein Teil der unterlegenen Minderheit hat allerdings erklärt, daß sie bei allem Respekt vor der Autorität des Parteitages in der Landespolitik die Landesorganisation für zuständig hält; aber diese Frage der Kompetenz wird die Partei nicht spalten, vielmehr scheint es, daß die Genossen, die diese Erklärung unterschrieben haben, der Meinung sind, daß die Einheit der Partei gewinnen würde, wenn Streitfragen, die sich nur auf einzelne Länder beziehen, ausgeschieden würden. Man kann auch darauf rechnen, daß sich die Parteigenossen ohne Unterschied ihrer Anschauung in einzelnen Punkten darüber klar sind, daß die Einigkeit der Partei durch mechanische Mittel nicht herzustellen und nicht zu erhalten ist. Wohl aber werden die süddeutschen Genossen, die so lebhaft wünschen, ihre Landespolitik autonom zu bestimmen, zu der Überzeugung kommen, daß sie die ihnen gewiß zukommende Selbständigkeit und eigene Verantwortung nicht nützlicher anwenden können, als wenn sie ihr Verhalten und ihre Taktik möglichst auch in jedem einzelnen Falle in Übereinstimmung bringen mit der Anschauung der Gesamtpartei. Wir haben nie begreifen können, warum man in Bayern und Baden diesmal das Budget bewilligen mußte; sicher aber ist, daß der aus dieser Taktik etwa zu gewinnende Nutzen niemals auch nur entfernt den Nachteil aufwiegen könnte, der daraus entspringen mußte, daß sich diese Genossen in Gegensatz zur Mehrheit der Partei brachten. Nicht nur und nicht in erster Linie darum, weil sie die Geschlossenheit der Gesamtpartei gefährden können, werden die süddeutschen Genossen künftig ihre Taktik vorsichtiger gestalten, sondern weil sie zu der Überzeugung kommen werden, daß die wichtigste Quelle ihrer eigenen Kraft die grundsätzliche Übereinstimmung mit der Gesamtpartei ist. Der beste Gebrauch, den sie von der Selbständigkeit, die ihnen nicht verkürzt werden soll, machen können, wird sein, diese Einsicht zu einer bestimmenden Regel ihrer Taktik zu machen.

# Glossen zum Nürnberger Parteitag.

„Kampf" vom 1. Oktober 1908.

Die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie sind stets ein Hochschulkursus für die ganze Internationale. Man mag mitunter zweifeln, ob die schrankenlose Öffentlichkeit und die hemmungslose Offenheit der Debatten unserer deutschen Genossen ihrer eigenen

Partei in allen Dingen nützlich sei, für uns andere, die wir mit brennendem Interesse, mit wärmster Sympathie, aber doch immerhin als Außenstehende die deutschen Dinge verfolgen, sind sie eine unvergleichliche Quelle vielfältiger Belehrung. Die Gelegenheit, zu sehen, wie die schwierigsten Aufgaben der Partei von den berufensten und erfahrensten Männern behandelt und gelöst werden, ist nicht hoch genug zu veranschlagen. Aber noch wichtiger vielleicht ist, daß Probleme der Parteiorganisation, der Parteipolitik und der Parteipsychologie aufgedeckt und in helles Licht gestellt werden, die uns selbst noch gar nicht oder nicht klar zum Bewußtsein gekommen sind. Denn das Lernen in der Politik ist eine keineswegs simple Sache und kann leider nur recht selten darin bestehen, fertige Lösungen, und wären sie für ein anderes Land oder eine andere Zeit noch so zutreffend, schwarz auf weiß nach Hause zu tragen. Aber, wenn wir es nicht so bequem haben, unfehlbare Regeln der Taktik, in einige Schulformeln zusammengefaßt, fertig zum Gebrauch in den Tornister stecken zu können, vielmehr jedes Proletariat sich die Methoden seiner Politik mühsam selbst finden muß, so gibt es gewiß nichts, was mehr unsere Erkenntnis, vor allem unsere Selbsterkenntnis fördern und uns mehr anregen kann, als mit offenen und möglichst unbefangenen Augen der Entwicklung unserer Bruderparteien im Ausland zu folgen und sich zu bemühen, sie zu verstehen.

Die deutsche Sozialdemokratie besitzt in ihrer Organisation, die trotz aller Änderungen in der Form noch heute in allen wesentlichen Zügen das Gepräge zeigt, das in den Kriegsjahren des Sozialistengesetzes geschmiedet wurde, die großartigste politische Maschine, die es überhaupt in der Welt gibt, ein wahres und eigenartiges Kunstwerk. Die der Klassenlage und dem Klassenbedürfnis des Proletariats entsprechende und entspringende Massenorganisation wird da sehr gefördert durch den dem deutschen wie keinem anderen Volke eigentümlichen Sinn für Ordnung, für geregelte Arbeitsteilung, für sorgfältig abgegrenzte Verantwortlichkeit. Man muß sich in die trockenen Tatsachen und dürren Ziffern des Berichtes vertiefen, den der Parteivorstand alljährlich dem Parteitag vorlegt, um eine Vorstellung von der ungeheuren Summe von geregelter, systematischer Arbeit zu bekommen, die da von Zehntausenden jahraus, jahrein geleistet wird. Und doch wird man so nur einen ungefähren Überblick über die großen Züge des Ganzen erhalten; einen genaueren Einblick gewinnt man erst, wenn man die genau ausgearbeiteten Einzelberichte studiert, die seit einigen Jahren von den Organisationen nicht nur in den Einzelstaaten, sondern auch einzelner Städte und Wahlkreise gedruckt herausgegeben werden. Das Bedürfnis der Gewerkschaften, über jedes Detail ihrer Tätigkeit genau und ziffernmäßig zu berichten und Rechenschaft zu geben, hat auf die politischen Organisationen übergegriffen, und wenn man auch hie und da die Empfindung hat, daß einem gewissen bürokratischen Hange gelegentlich überflüssige Opfer an Arbeit gebracht werden, so ist es doch sicher, daß diese Berichte einer

wichtigsten Bedingung demokratischer Schulung und Betätigung dienen, indem sie die genaue Einsicht in die Verwaltung ermöglichen. Keiner unserer Vertrauensmänner, die ja berufene Sachverständige in diesen Dingen sind, wird solche Berichte, die ja leicht zugänglich sind, ohne reichliche Belehrung und Anregung aus der Hand legen. Gerade wir Österreicher können bei diesem Studium profitieren. Gewiß fehlt es uns nicht an Opferwilligkeit und Eifer, aber der da draußen fast zum Fanatismus gesteigerte Sinn für Ordnung, für Pünktlichkeit und Genauigkeit ist bei uns erheblich weniger entwickelt. Freilich haben auch die Parteien wie die Individuen die Fehler ihrer Vorzüge und auch die vom deutschen Temperament beeinflußte Methode hat ihre Eigentümlichkeiten, die uns fremd anmuten. Draußen wird alles genau überlegt, vorbedacht, hundertmal von allen Seiten betrachtet, bevor es ins Werk gesetzt wird. Dafür ist nichts dem Instinkt, der Improvisation, der Intuition überlassen und es wird ihnen schwerer als uns, den Moment zu ergreifen und zu nützen. Wir ziehen den Karren über Stock und Stein und antauchen muß, was Hände hat. Draußen legen sie bedächtig Schienen über den sorgfältig trassierten Weg. Sie kommen vielleicht später in Gang, aber sie überholen uns wieder, wenn erst alles ordentlich läuft. Trotzdem hat auch ihre Methode ihre Gefahren. Nicht allen Aktionen wird durch umfassende Erörterung immer genützt. Die Art, wie man draußen die Maifeier von Anfang an behandelt hat und behandelt, scheint ein Beispiel dafür zu sein. Gewiß sieht dieses Problem draußen in wesentlichen Punkten anders aus als in Österreich, aber man wird den Eindruck nicht los, daß die endlosen Verhandlungen über die Unterstützungsfrage der Sache der Maifeier nicht gerade genützt haben. So war auch die Kraft, die vor einigen Jahren auf die Diskussion des Massenstreiks verwendet wurde, soweit wir sehen können, nicht sehr produktiv verwendet. Die Neigung, „sich nach einem Plane zu verlieben", schlägt immer durch, aber so wenig wie die Politik mit der Liebe gemein hat, darin ist sie ihr ähnlich, daß sie nicht immer profitiert, wenn man ihre Probleme im vorhinein ausrechnen will.

Damit soll keineswegs in das Horn der Leute gestoßen sein, die über die unaufhörlichen Diskussionen, die unsere deutschen Genossen über angebliche Doktorfragen führen, nicht genug schmälen können. Überhaupt liegt diesen Betrachtungen nichts ferner als irgendeine Art von Schulmeisterei. Wer selbst verantwortlich handeln muß, wer die ganze Wucht der Verantwortlichkeit für politische Entscheidungen, die das Wohl und Wehe der Partei betreffen, jemals empfunden hat, der wird sich davor hüten, über die Politik unserer Genossen in andern Ländern fürwitzig zu sprechen. Die berechtigte Kritik hat zur Voraussetzung den redlichen Wunsch und Eifer, zu einem allseitigen Verständnis der Dinge zu kommen, so weit das überhaupt möglich ist und keine Rolle ist unfruchtbarer, ja widerwärtiger, als die des unverantwortlichen Rezensenten. In der Politik wie in der Kunst gilt gewöhnlich: Der Rezensent, das ist der Mann, der alles weiß und gar nichts kann.

Übrigens ist die leidenschaftliche Diskussion in der Partei nicht eine Spezialität ausschließlich der deutschen Sozialdemokratie. Unsere Genossen in Frankreich, in Italien, von Rußland gar nicht zu reden, führen ihre Debatten über Theorie und Taktik wahrhaftig nicht minder eifrig; was der deutschen Sozialdemokratie eigentümlich ist, ist nur die Kleinigkeit, daß sie seit mehr als dreißig Jahren in schwerer Arbeit ihre Grundanschauungen entwickelt, ihre Taktik ausgebildet hat, ohne daß ihre Einheit gefährdet wurde, ja, daß sie in wahrhaft bewundernswerter Weise die notwendig auftretenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und die Geschlossenheit der Partei zu festigen vermochte. Das allein schon ist eine ganz unvergleichliche politische Leistung des deutschen Proletariats, die jeder würdigen wird, der sich von der steigenden Schwierigkeit, die dabei zu besiegen ist, Rechenschaft gibt. Die deutsche Partei ist schneller gewachsen als die jedes andern Landes. Deutschland ist zu dem größten Industriestaat, das will sagen zu dem größten Proletarierstaat der Welt hinaufgeschnellt. Jede Aufgabe wächst da sofort ins riesenhafte. Die Partei hat nicht nur Proletarierschichten und dem Proletariat nahestehende Schichten sehr verschiedener Stufen der Entwicklung, sehr verschiedener durch Stammeszugehörigkeit, politische Geschichte, Lebenshaltung usw. bedingter Psychologie in sich aufgenommen. Zugleich haben sich die Aufgaben der Partei nach allen Richtungen differenziert und sie steht überall vor der Notwendigkeit, neue Wege zu finden. Wenn die Grundanschauungen der Sozialdemokratie feststehen und aus ihrer Einsicht in die großen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge abgeleitet sind, so müssen doch ihre taktischen Methoden im einzelnen erarbeitet werden. Das klarste Wissen um unsere Endziele belehrt uns keineswegs eindeutig über den Weg, auf dem sie zu erreichen sind. Man kann sich so wenig damit beruhigen, daß alle Wege nach Rom führen, denn es gibt auch Umwege, als man einen und denselben Weg überall und stets als den allein richtigen anerkennen darf. Daß die Taktik die Anwendung unserer Grundanschauungen auf die Praxis ist, ist gewiß eine sehr treffende Definition, nur ist eben diese Anwendung keinesweg eine simple und zweifelfreie Sache, insbesondere, wo die notwendig sehr große Allgemeinheit unserer Grundanschauungen mit dem ebenso notwendig sehr kleinen Detail des konkreten, täglichen politischen Lebens kontrastiert und doch zu ihm in ein bestimmtes Verhältnis gesetzt werden soll. Nichts natürlicher, als daß da neue Schwierigkeiten, neue Probleme auf Schritt und Tritt auftauchen, die in das Bewußtsein der Partei in der Form von Meinungsverschiedenheiten treten und überwunden werden müssen. Daß dieser Prozeß nicht immer ein schmerzloser sein kann, ist begreiflich und wir bekennen offen, daß er oft peinliche Formen angenommen hat. Wir vermögen unseren Freunden nicht die Wahrheit zu sagen, weil wir nicht töricht genug sind, uns im Besitze der Wahrheit zu wähnen. Aber Aufrichtigkeit sind wir ihnen schuldig und darum dürfen wir ihnen nicht verhehlen, daß die Art, wie Meinungsdifferenzen in der deut-

schen Partei erledigt werden, von den Genossen im Ausland ebenso peinlich empfunden wird — wie von ihnen selbst. Man braucht nicht gerade übermäßig wehleidig zu sein und wird doch finden, daß etwas mehr Wohlwollen bei der Beurteilung der Anschauungen und der Motive des Bruders, den man für einen irrenden hält, geeignet wäre, die Streitfragen wenigstens für uns Unbeteiligte durchsichtiger zu machen und ihre Schlichtung zu erleichtern. Übrigens ist, wie gesagt, diese Erkenntnis auch draußen eine allgemeine und gerade bei den Nürnberger Debatten haben die berufensten Genossen beider streitenden Teile in so warmen und angemessenen Worten das Maßhalten im Meinungskampf empfohlen, daß es wirklich nicht mehr braucht, als daß jeder Teil die Ratschläge befolgt, die er dem andern gibt.

Man hat vielfach gesagt, diesmal sei der Streit rein „zufällig" ausgebrochen. Nun halten wir allerdings die Frage der Budgetbewilligung für keine so wichtige, daß sie die Leidenschaft des Kampfes rechtfertigen würde, und daß die Sache an sich herzlich unbedeutend ist, hat Bebel nicht minder bestimmt ausgesprochen wie Timm. Aber trotzdem ist der Streit kein Zufall, sondern früher oder später mußten die Fragen, die im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Budgetbewilligung erörtert wurden, an die Oberfläche treten und die Partei beschäftigen. Diese Sache selbst war vielleicht nicht allzu schwer zu schlichten. Man durfte es den Süddeutschen nur nicht allzu schwer machen, zuzugeben, daß in dieser Beziehung ihre Taktik keine einwandfreie war. Hätte man die Budgetbewilligung nicht als Todsünde qualifiziert, so hätten sie vielleicht zugestanden, daß die Budgetverweigerung, die sie so oft geübt, auch in diesem Jahre kein verhängnisvoller Fehler gewesen wäre, der die bayerische und badische Sozialdemokratie schwer geschädigt hätte. Die süddeutschen Genossen haben so viel vernünftige Sachen getan, daß ihnen das Recht, gelegentlich auch einen Fehler zu machen, ebenso zugebilligt werden muß, wie jedem vernünftigen Menschen, und man durfte wirklich annehmen, daß sie den Fehler nächstens vermeiden werden. Daß sie mit der Budgetbewilligung weder eine Anerkennung des Klassenstaates noch ein Vertrauensvotum für die Regierung ansprechen wollten, durfte man ihnen ebenso glauben, wie sie selbst, wäre nur wirklich eine rein sachliche Diskussion möglich gewesen, zugeben hätten müssen, daß der Versuch, die Budgetbewilligung als eine unbedingte politische Notwendigkeit zu erweisen, mißlungen ist. Aber wie die Dinge einmal lagen, glaubten die Süddeutschen die Budgetbewilligung verteidigen zu müssen und verwendeten darauf all ihren Scharfsinn und alle Leidenschaft, während sie tatsächlich bereits für etwas ganz anderes kämpften, nämlich für ihr Recht, über die Budgetbewilligung sowie über ihre Taktik in den Landtagen überhaupt selbständig zu entscheiden. An die Stelle einer Frage der Parteitaktik war eine Frage der Taktik in der Partei oder, wenn man will, eine Frage der Parteiorganisation und Parteidisziplin gerückt.

Das ist nun allerdings eine viel wichtigere und schwierigere Frage, als die der Budgetbehandlung, und das läßt auch die Hitze des Kampfes leichter begreifen. Daß es sich um eine Frage der Selbständigkeit innerhalb der Parteiorganisation handelte, läßt allein auch erklärlich erscheinen, daß ein so großer Teil der Arbeiter Süddeutschlands mit einer Leidenschaft für die Auffassung ihrer Abgeordneten eintrat, die sie für die Budgetbewilligung gewiß nicht aufgebracht hätten, die, das werden auch unsere Bayern zugeben, mag man über ihre Notwendigkeit denken, wie man will, für eine proletarische Wählerschaft kaum ein Gegenstand der Begeisterung sein kann. Bedauerlich ist nur, daß in dem Bedürfnis, ihre Position zu verteidigen, die süddeutsche Parteipresse einen Ton angeschlagen hat, für den leider wir Österreicher ein besonders geübtes Gehör haben: sie hat an die Empfindungen appelliert, die auf dem Gegensatz zwischen Süddeutschen und Norddeutschen beruhen, und die Sache wird dadurch nicht besser, sondern schlechter, daß man unlängst lesen konnte, die Grenze zwischen dem guten und vorgeschrittenen Süden und dem bösen und zurückgebliebenen Norden — in der Partei natürlich — sei nicht mehr der Main, sondern die Elbe! Wenn unsere deutschen Genossen die richtige Empfindung haben für die Gefahr solcher Zündeleien, können sie bei dieser Gelegenheit eine entfernte Ahnung bekommen von den Schwierigkeiten, die nicht erfundene, sondern sehr reale nationale Verschiedenheit und nationale Gegensätze der proletarischen Politik in Österreich bereiten.

Nun könnte der Wunsch der Süddeutschen nach Selbständigkeit sich allerdings damit abfinden, daß der Parteitagbeschluß sie ja nur in der einzigen Budgetfrage bindet, die sie selbst nicht für so wichtig halten, während ihre Taktik in allen andern, viel einschneidenderen Fragen vollkommen frei bleibt. Aber da einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Budgetfrage gelenkt ist, so wird es sie heute eine gewisse Selbstüberwindung kosten, ihre Wünsche mit der Notwendigkeit der Partei in Übereinstimmung zu bringen. Ihre auf dem Parteitag abgegebene Erklärung ist kein Hindernis dafür, daß sie zur richtigen Zeit die richtige Form dafür finden werden. Sie selbst müssen wünschen, daß das Prinzip, die Taktik der Partei möglichst einheitlich zu gestalten, aufrecht bleibe. Denn schließlich könnte es ihnen passieren, daß, was sie heute der Gesamtpartei versagen, morgen der Landesvertretung von irgendeiner Wahlkreisorganisation oder einer Gemeinderatsfraktion geweigert wird. Die Gesamtpartei gibt jeder einzelnen Organisation an Kraft weit mehr, als sie ihr an Selbständigkeit nimmt, selbst wenn sie die Parteidisziplin allzu eng auslegen würde.

Aber ohne Zweifel werden sich die Schwierigkeiten solcherart für die Partei mehren und nicht nur in Süddeutschland die Fälle wiederholen, wo ein von der Gesamtheit aufgestellter taktischer Grundsatz von einer großen Organisation als Fessel empfunden wird. Dann wäre zu wünschen, daß es erleichtert werde, einen Ausweg zu finden und man wird vielleicht erwägen müssen, ob es

durchaus notwendig ist, den notwendig bestimmenden Einfluß der Partei in die drückende Form eines zwingenden Beschlusses zu kleiden. Die Disziplin der Partei wird um so leichter zu erhalten sein, je mehr man ihre Inanspruchnahme nur auf die wirklich notwendigen Fälle beschränkt.

Das ist nur ein einziges der Probleme, die den Nürnberger Parteitag beschäftigt, freilich jenes, das seine Zeit und seine Kraft am meisten in Anspruch genommen hat. Jeder Schritt nach vorwärts bringt uns neue Aufgaben und stellt neue Ansprüche an unsere Kraft. Darin geht es uns genau so wie den Deutschen, wenn auch unsere Partei weit jünger ist. Und wenn wir an die Anfänge der Partei zurückdenken mit aller ihrer bitteren Not und ihren schweren Kämpfen und uns des Erreichten freuen, so mag uns gleichwohl häufig das Wort Goethes in den Sinn kommen: Säen ist nicht so schwierig, wie ernten.

# Deutsche Politik.

## Die „Septennatswahlen".

„Gleichheit" vom 26. Februar 1887.

V. A. Für uns ist das Ergebnis nach zwei Richtungen überraschend*). Wir erwarteten nicht ein so bedeutendes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, und wir erwarteten ebensowenig einen so bedeutenden Verlust an Mandaten für unsere Partei. Wir hatten eben den Mut unserer Genossen und die Feigheit der Bourgeoisparteien gleichermaßen unterschätzt.

Noch nie hat eine Wahl unter solchen Umständen stattgefunden; was an Polizeiniederträchtigkeit wirklich geleistet wurde, übersteigt die kühnste Phantasie eines — Mannes der Ordnung. Täglich wurden Dutzende von Versammlungen aufgelöst, weil der bloße Name eines sozialdemokratischen Kandidaten genannt wurde. Die Wirte wurden durch den stärksten Druck gehindert, ihre Lokale herzugeben. Unsere Kandidaten konnten in den allermeisten Fällen mit ihren Wählern in keinerlei Fühlung treten. Die Bluttat

*) Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1884 hatte die Sozialdemokratie 549.990 Stimmen und 25 Mandate erhalten, 1887 aber 763.128 Stimmen und 11 Mandate (davon im ersten Wahlgang nur 6). Sie stieg aber schon 1890 nicht nur auf 1,427.298 Stimmen, sondern auch auf 35 Mandate. 1912 bekam sie 4,250.329 Stimmen und 110 Mandate (bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928: 9,111.438 Stimmen und 153 Mandate).

Die Wahlen im Jahre 1887 waren die sogenannten „Septennatswahlen". Nach einem Kompromiß der Nationalliberalen mit Bismarck wurden im Jahre 1874 die Kosten für eine Friedensstärke von 402.000 Mann auf sieben Jahre (ein „Septennat") bewilligt, das Kompromiß wurde dann wieder erneuert. Das im Jahre 1881 bewilligte „Septennat" wäre erst im Frühjahr 1888 abgelaufen. Aber Bismarck brauchte Ende 1886 ein gefügiges Parlament, da der alte Kaiser Wilhelm I. jeden Augenblick sterben konnte und der sterbenskranke Kronprinz Friedrich, der überdies liberalen Neigungen huldigte, Bismarck nicht freundlich gesinnt war. Bismarck wünschte zur Regelung aller damit zusammenhängenden Fragen ein Parlament, auf das er sich verlassen konnte. So verlangte er vorzeitig die Erneuerung des „Septennats" zugleich mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und des Militärbudgets — etwas, was weder die Freisinnigen noch das Zentrum bewilligen konnten. Bismarck rief sogar die Hilfe des Papstes an, um das Zentrum zur Bewilligung zu pressen. Aber das Zentrum blieb fest und sein Führer Windthorst wendete sich sogar sehr scharf gegen die Einmischung des Papstes. Auf der anderen Seite

von Stettin*), der darauf verkündete Belagerungszustand drei Tage vor der Wahl, die Ausweisung und Verhaftung aller Mitglieder von Wahlkomitees, deren man habhaft werden konnte, die Konfiskation der harmlosesten Wahlaufrufe — das alles waren nur die kleinsten Zwangsmaßregeln. Aber die geängstigte und liebedienerische Bourgeoisie griff der Polizei unter die Arme. In unzähligen Werkstätten und Fabriken wurden Plakate angeheftet, welche die Arbeiter mit Entlassung bedrohten, die es wagen würden, einem Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Und daß diese Pression unter den gegenwärtigen Geschäftsverhältnissen nichts weniger als eine leere Drohung war, wußten unsere Genossen. Trotz alledem gingen sie hin und legten für ihre klare Überzeugung Zeugnis ab! Die Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen ist ein Beweis für den unbezwingbaren Mut der deutschen Arbeiter!

Die liberalen Parteien hingegen zogen in den Wahlkampf, ausgerüstet mit allen Vorteilen, die eine unbeschränkte Preßfreiheit, eine offene, wohlgepflegte Organisation und reiche Geldmittel bieten können. Ihre Wahlfreiheit wurde durch nichts beschränkt als durch ihre eigene Feigheit! Aber diese war ausreichend nicht nur, um die Fortschrittspartei aufzureiben, sondern auch, um Schichten der Bourgeoisie an die Wahlurne zu treiben, die bisher ganz indifferent geblieben waren. Gerade das ist bezeichnend, daß das „Kartell", die Vereinigung von Nationalliberalen und Konservativen aller Art, kurz, der „Mischmasch", solche Erfolge errang. Der dabei entwickelte Mut gleicht dem von Soldaten, hinter

---

schlossen sich die Konservativen und die Nationalliberalen zu einem Kartell zusammen. Um die Wähler für die Regierungsparteien zu alarmieren, ließ Bismarck falsche Nachrichten über französische Kriegsrüstungen verbreiten und berief sogar zahlreiche Landwehrmänner zu Kriegsübungen ein. Trotzdem erhielten die Regierungsparteien nur dreieinhalb, die Opposition aber vier Millionen Stimmen, die Sozialdemokraten 763.128, das ist um 213.038 mehr als 1884. Allerdings erhielt die Sozialdemokratie nur elf Mandate statt der 25 im vorigen Reichstag. Schuld daran war die Feigheit der Freisinnigen, die in den Stichwahlen den Nationalliberalen gegen die Sozialdemokraten halfen. Bismarck hatte seine Mehrheit, und als Wilhelm I. am 9. März 1888 starb, konnte er den Versuch machen, den kranken Friedrich III. möglichst auszuschalten — wie es der Hofprediger Stöcker ausdrückte „für die voraussichtlich kurze Regierungszeit des kranken Kaisers ein System der Stabilität und Solidarität zu schaffen". Kaiser Friedrich regierte bekanntlich nur 99 Tage, und unter Wilhelm II. vermochte sich Bismarck nicht zu halten. Nach dem großen Sieg der Sozialdemokraten am 21. Februar 1890 mußte er am 20. März gehen.

Der Artikel, der hier abgedruckt ist, hat im Original den Titel „Die Wahlen in Deutschland".

*) Nach der Auflösung einer sozialdemokratischen Wahlversammlung war es in Stettin zu einem Tumult gekommen, wobei das Lokal demoliert wurde. Militär schritt ein und zahlreiche Arbeiter wurden verwundet. Darauf wurde über Stettin und die umliegenden Amtsbezirke am 15. Februar auf ein Jahr der kleine Belagerungszustand verhängt.

welchen man Kanonen aufstellt, um sie an der Flucht zu hindern. Und Bismarck hatte in der Tat kein Wahlmanöver geschont. Er mußte der kaltblütigen Klugheit der Franzosen sehr sicher sein, um den Kriegsteufel so grell an die Wand zu malen, um den Philister das Gruseln zu lehren. Aber es genügte, daß der „Bürger" sich einreden durfte, einen Vorwand zu haben, und in wilder Flucht, politische Prinzipien, jede Spur von männlicher Selbstachtung von sich werfend, stürzte er zum Wahlsieg.

Bei jeder neuen Gelegenheit wird es sich von nun an wieder zeigen, daß mit dem Erwachen des Proletariats auch der bewußte Kampf der Bourgeoisie gegen dasselbe einfachere, brutalere, aber deutlichere Formen annimmt. Bei jeder folgenden Wahl wird sich der Gegensatz immer klarer zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden zuspitzen; und auf beiden Seiten werden immer neue Schichten ins Gefecht gebracht werden, die bis dahin politisch bewußtlos ruhten. Und da dies auf seiten der Bourgeoisie plötzlich und mit elementarer Gewalt geschah, mußten wir Sitze verlieren. Das Anwachsen der nationalliberalen Stimmen ist ein Beweis für die Angst der Bourgeoisie!

Was unterscheidet aber eine aufsteigende Klasse von einer versinkenden? Vor allem der Mut! Man denke sich einen Moment in die Situation, der „Mischmasch" hätte unter den Bedingungen kämpfen müssen wie die Sozialdemokraten: unter Ausnahmsgesetz, Belagerungszustand und Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz, und man frage sich dann, wieviel Stimmen er wohl errungen hätte!!

Für uns ist es einfach gleichgültig, wie viele Sitze im Reichstag wir erringen werden; und wenn sämtliche Stichwahlen für uns verlorengehen, die sechs Abgeordneten genügen, um das agitatorische Ziel der parlamentarischen Tätigkeit zu erreichen.

Was aber für uns wichtig ist, was uns erhebt, was uns stärkt und Hoffnung gibt auf baldigen Sieg, ist das Wachsen der Zahl unserer Genossen, ist der ungebrochene Mut, die zähe, unbeugsame Festigkeit, die sie bewiesen haben.

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

# Der Gothaer Parteitag.

„Arbeiter-Zeitung" vom 20. Oktober 1896.

Der am vergangenen Freitag abgeschlossene Parteitag der deutschen Sozialdemokratie fordert in mehrfacher Hinsicht die genauere Erwägung der Sozialdemokraten auch außerhalb Deutschlands heraus. Zunächst ist die politische Lage, unter der der Kongreß seine Beratungen eröffnete, zu berücksichtigen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie, der unter der Rückwirkung der vorjährigen Sedan-Feier unmittelbar nach dem Breslauer Parteitag begonnen und dessen Herannahen sich in den in Breslau gehaltenen Reden deutlich angekündigt hatte, ist unterdessen im verflossenen Winter ausgefochten worden. Er hat einerseits mit dem

Sturze Köllers, mit der völligen Niederlage der Gegner geendet, anderseits die Auflösung der Parteiorganisation in Berlin*) mit sich geführt. Diese zwar und den daran sich knüpfenden Prozeß wußte die Partei wiederum zu einem Erfolge auszunützen, indem es ihr gelang, das berüchtigte preußische Vereinsgesetz in seiner zurückgebliebensten Bestimmung, die „das Inverbindungtreten" der politischen Vereine verbietet, ins Wanken zu bringen; gleichwohl blieb die Organisation aufgelöst. Man hatte an Stelle der in Breslau gewählten Parteileitung eine provisorische oberste Parteistelle eingesetzt, zu deren Sitz Hamburg bestimmt wurde. Dieser Tatsache fand sich der Gothaer Parteitag gegenüber. Aus dem auf dem Parteitag erstatteten Bericht erfuhr man nun, die einstigen Parteileitungsmitglieder hätten von dem Gedanken, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, deshalb Abstand genommen, um nicht die Meinung zu erregen, als hätte der von Köller geführte Schlag die Sozialdemokratie tatsächlich hart getroffen. Solches würde seine Stellung oben befestigt haben und konnte die Abwehr nur ungünstig beeinflussen. Es galt also, sich über die Form hinwegzusetzen, sich eilig nach den Umständen einzurichten und in der neugewonnenen einstweiligen Organisationsform den Kampf zu bestehen. Wir wissen, von welchem Erfolge dieser kluge Entschluß gekrönt wurde. Indes kam jetzt an den Parteitag die Entscheidung, ob er die einstweilige Organisation, den „geschäftsführenden Ausschuß", fortbestehen lassen oder eine Parteileitung im früheren Sinne bestimmen wolle. Der Parteitag bestätigt die einstweilige Einrichtung des geschäftsführenden Ausschusses, dessen Sitz in Hamburg belassen wurde. Dies deshalb, weil ja die alte Bestimmung des preußischen Vereinsgesetzes augenblicklich noch

*) Am 25. November 1895 veranstaltete die Berliner Polizei beim sozialdemokratischen Parteivorstand, in der Redaktion des „Vorwärts" und bei etwa achtzig Vertrauensleuten Haussuchungen, weil sie die Bestimmung des preußischen Vereinsgesetzes, wonach politische Vereine miteinander nicht in Verbindung treten durften, verletzt hatten. Die sechs Berliner Wahlvereine, die Preßkommission, die Agitationskommission, der Verein Parteivorstand und der überhaupt nicht bestehende Verein öffentlicher Vertrauensmänner wurden aufgelöst. Darauf übersiedelte die Parteileitung nach Hamburg. Die angeklagten Organisationsleiter — Ignaz Auer und Genossen — wurden zwar vom Schöffengericht verurteilt, von der Berufungskammer aber freigesprochen. Der Kongreß von Gotha billigte die Verlegung des Sitzes des geschäftsführenden Ausschusses nach Hamburg und die Übernahme der Leitung der politischen Angelegenheiten durch die Fraktion und setzte als Beschwerdeinstanz eine Kontrollkommission ein. Auf dem Parteitag zu Hamburg im Jahre 1897 wurde der Sitz der Parteileitung wieder nach Berlin verlegt und nachdem am 6. Dezember 1899 durch Reichsgesetz das Verbindungsverbot aufgehoben worden war, wurde auf dem Parteitag in Mainz 1900 das Organisationsstatut der Partei dem angepaßt.

Der Verantwortliche für die Auflösung der Parteiorganisation war der preußische Minister des Innern v. Köller, der bald danach zurücktreten mußte.

zu Recht besteht und die verheißene Reform dem erzreaktionären Preußischen Landtag anvertraut worden ist. Bei der Beschaffenheit dieser ehrenwerten Volksvertretung und der allgemeinen Lässigkeit, die die bürgerlichen Parteien nach dem ersten Anlauf zur Reform an den Tag gelegt haben, erwächst für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Pflicht, alle Mittel anzustrengen, um die Regierung vorwärts zu schieben. Die erste Maßregel in diesem Sinne ist bereits geschehen durch die von Bebel gegen den Bund der Landwirte erstattete Anzeige wegen Übertretung des Vereinsgesetzes. Dadurch soll mittelbar ein Druck auf die rechtsstehenden Parteien ausgeübt werden. Der Parteitag hat nun das Beste getan, was er tun konnte: er hat der Reichstagsfraktion freie Hand gelassen und ihr durch ausdrückliche Billigung ihres Vorgehens in dieser Frage die moralische und tatsächliche Unterstützung der gesamten Partei geliehen. Das ist auch in weiterer Beziehung von großer Bedeutung für die parlamentarische Politik der Sozialdemokratie. Augenblicklich befindet sich in der deutschen Politik alles in Schwebe. Der Wunsch, gegen die Sozialdemokratie irgend etwas Ausnahmsgesetzliches aufzustecken, ist im reaktionären Lager noch immer nicht ganz verschwunden, aber die Parteien der Rechten sind nicht mehr gut zusammenzuhalten und die Minister selbst sitzen so wenig fest auf ihren Stühlen, daß es bei einer Aktion gegen die Sozialdemokratie sehr windig aussehen würde. Und doch beherrscht die Erwartung neuer Kämpfe die politische Welt Deutschlands. Der Streit wird zunächst um das Vereinsgesetz und die Militärstrafprozeßreform gehen, und die Sozialdemokratie wird, wie im vorigen Jahr, die Rolle des Angreifers übernehmen. Dies bedeuten die Beschlüsse des Gothaer Parteitages im politischen Sinne.

Auf sozialpolitischem Gebiet hat der Gothaer Parteitag keine Debatte von solcher prinzipieller Bedeutung aufzuweisen wie der Breslauer und Frankfurter Parteitag, wo über die Agrarfrage verhandelt wurde. In Gotha ging es auf diesem Gebiet hauptsächlich um die Erledigung von Anträgen einzelner Genossen und Wahlkreise, Anträgen, die sich auf das Verhältnis der Gewerkschaften zur politischen Bewegung und auf die Entfachung einer besonderen Agitation für die Einführung des Achtstundentages bezogen. Die Vorgeschichte dieser Anträge ist zu verwickelt, als daß sie anders denn in einem besonderen Aufsatze könnte behandelt werden; hier müssen wir uns begnügen, auf ein wichtiges Ergebnis der bezüglichen Erörterungen auf dem Kongreß hinzuweisen. Bei den bürgerlichen Sozialpolitikern ist es eine sehr beliebte Art des Angriffes gegen die deutsche Sozialdemokratie, ihr vorzuwerfen, daß sie den Gewerkschaften eine zu geringe Sorgfalt angedeihen lasse. Dieser Vorwurf wird aber auch hie und da innerhalb der Partei selbst laut, meist von Genossen, die noch nicht lange genug in der Partei stehen, als daß sie die Wirkungen des Sozialistengesetzes auf die Entwicklung der Partei stets richtig abschätzen könnten. Die furchtbaren Verfolgungen in der Zeit der Herrschaft

dieses Gesetzes waren es, die dem Wachstum der gewerkschaftlichen Organisation die meiste Hemmung bereiteten, den Kampf des Proletariats vielfach ganz auf die Wahlagitation und die parlamentarische Tätigkeit beschränkten. Wenn man dies nicht genau genug beobachtet, mag der große Unterschied zwischen der Anzahl der sozialdemokratischen Wähler und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter überraschen. Und doch bilden auch heute die gesetzlichen Beschränkungen ein schweres Hindernis für die Entfaltung der Gewerkschaften in Deutschland. Aber in der Partei selbst oder auch unter ihren hervorragendsten politischen Vertretern hat man niemals die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung unterschätzt, und wenn dies auf dem Gothaer Parteitag von den bekanntesten politischen und parlamentarischen Vertretern der Partei feierlich ausgesprochen wurde, so kann der Vorwurf wenigstens im guten Glauben nicht wiederholt werden.

Aus den übrigen Verhandlungen wollen wir vor allem zweierlei hervorheben: den Bericht über den Internationalen Kongreß und die Debatte über die Frauenfrage. Aus dem ersterwähnten kann man entnehmen, wie klar man sich in Deutschland über das Verhältnis der englischen Gewerkschaften zur Sozialdemokratie ist. Der Satz, den Bebel sprach, daß die Gewerkschaften als solche nicht in die Sozialdemokratie eintreten werden, daß aber die englische Arbeiterschaft der Bildung einer selbständigen politischen Organisation nahestehe, sagt in erschöpfender Kürze den gegenwärtigen Stand der englischen Arbeiterbewegung aus. Die Debatte über die Frauenfrage, in der die Unterschiede und Gegensätze der proletarischen und der bürgerlichen Frauenbewegung mit ausgezeichneter Bestimmtheit festgestellt wurden, bedeutet die Antwort der deutschen Sozialdemokraten auf den Berliner bürgerlichen Frauenkongreß.

Der größte Teil der Verhandlungen auf dem Gothaer Parteitag war inneren Angelegenheiten der Partei gewidmet. Ja, es waren gerade diese Verhandlungen, die ihm durch die fachkundige, lebhafte und ernste Art, in der sie gefaßt wurden, sein eigenes Gepräge aufdrückten. Doch geht ihre Bedeutung darüber weit hinaus. Sie geben zugleich der deutschen Arbeiterpartei ein glänzendes Zeugnis von der Tüchtigkeit und dem hingebungsvollen Eifer, die in ihr herrschen. Freilich sind Debatten, die sich auf die Haltung der Parteipresse oder die finanziellen Angelegenheiten einer Partei beziehen, von höchster Wichtigkeit für jede Partei und berühren die Bedingungen ihrer Existenz. Und doch vermöchte keine bürgerliche Partei solche Erörterungen auf die Höhe eines allgemeinen Interesses zu erheben. Das ist nur eine Partei imstande, wo die einzelnen Genossen wirklich ganz der Sache hingegeben sind, in der Erfüllung der Parteiaufgaben ihren vornehmsten Beruf sehen, wo die Überzeugung von der Erhabenheit der Ziele, denen der Parteikampf dient, alles, was die Partei betrifft, mit hoher Weihe umgibt. Die Wirkung, die diese Debatten des Gothaer Parteitages nach außen übten, ist unverkennbar. Hatte die bürgerliche Presse

vor dem Parteitage darüber witzeln wollen, daß heuer „die großen Fragen" fehlen, so ist ihnen jetzt völlig die Lust zum Spott vergangen. Deutlicher als vielleicht je ein früherer Parteitag hat dieser die Überlegenheit der Sozialdemokratie über die bürgerlichen Parteien hervortreten lassen.

# Deutsche Heerschau.

„Arbeiter-Zeitung" vom 15. September 1907.

Im Herzen des kapitalistischen Deutschland, wo bis vor kurzem in einem Walde von Fabrikschloten das mächtige Königreich Krupp unumschränkt regiert wurde, wo die Großindustrie und das großkapitalistische Herrentum zur mächtigsten Entwicklung gediehen sind, treten morgen die Vertreter des arbeitenden Deutschland, die Vertrauensmänner der Sozialdemokratie, der größten Partei des Deutschen Reiches, zu ihrem Parteitag zusammen. Auf westfälischem Boden, dort, wo neben den Lenkern der gewaltigsten Großindustrie des europäischen Kontinents nur noch der Klerikalismus das Haupt erheben konnte, sollten die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse zum erstenmal tagen, um, wie auf dem Parteitag in Mannheim der Antrag begründet wurde, in dem stärksten Festungsgebiet unserer Gegner die Reichstagswahlen, die im Frühsommer 1908 stattfinden sollten, mit aller Macht großzügiger Agitation vorzubereiten.

Der Parteitag versammelt sich in Essen; aber nicht vor den Wahlen, von denen man so vieles erhofft hatte, sondern nach den Wahlen, die so bitter enttäuscht haben*). Völlig verändert ist die politische Lage Deutschlands, seitdem der letzte sozialdemokratische Parteitag beschlossen hat, in Essen seine Verhandlungen fortzusetzen. Alle deutschen bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Klerikalen, haben sich geeinigt, um die Regierung zu stützen. Die Furcht vor der Sozialdemokratie hat die früheren „Reichsfeinde" zu Befürwortern der Marine-, Militär- und Kolonialpolitik gemacht, zu Beschönigern der Reaktion in Deutschland, zu Verteidigern alles dessen, was ehedem anzugreifen ihnen Parteigeschichte, Ehre und Pflicht zu gebieten schienen. Nicht war es dieser Koalition möglich, die Sozialdemokratie niederzuringen, die Zahl ihrer Wähler zu vermindern, wohl aber verstand der neue Bund, die Massen der Indifferentesten und politisch Gleichgültigen an die Wahlurne zu bringen und der an Wählerzahl ungeschwächten Sozialdemokratie eine große Zahl ihrer Reichstagssitze zu entreißen.

Die siegesgewohnte Bruderpartei hat den entgangenen Erfolg schwer empfunden; sofort ging sie ans Werk, ihre Kraft zu stärken, mit noch größerer Energie als bisher an der Verbreitung der sozial-

*) Bei den Wahlen im Jahre 1903 erhielten die Sozialdemokraten 3,0001.000 Stimmen und 81 Mandate, bei den Wahlen 1907 wohl 3,259.000 Stimmen, aber nur 44 Mandate.

demokratischen Ideen zu arbeiten, um die Scharte der letzten Reichstagswahlen rasch auszuwetzen, um neue Siege machtvoll vorzubereiten. Zahlreiche Beweise, in Nachwahlen zum Reichstag, in Landtags- und Gemeindewahlen erbracht, zeigen deutlich, daß die deutsche Sozialdemokratie in vollem Vormarsch begriffen ist, daß der Arbeiterbewegung seit dem verhängnisvollen Wahltag Hunderttausende neuer Gewerkschaftsmitglieder, Hunderttausende neuer Leser sozialdemokratischer Zeitungen und Angehöriger unserer Partei gewonnen wurden. Vielleicht hat niemals die Werbekraft der deutschen Arbeiterbewegung einen so kräftigen Ansporn erhalten als an dem Wahltag, über den das Bürgertum der ganzen Welt in unstillbarem Jubel exaltierte.

Wir sind überzeugt, daß die Sozialdemokratie Deutschlands auf dem Parteitag in Essen nicht den Eindruck einer geschlagenen Armee, sondern den eines siegreich vordringenden Heeres machen wird. Dieser Stimmung der deutschen Arbeiterklasse wird beredten und eindrucksvollen Ausdruck geben der jugendfrische Veteran der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel.

Auch in den rein geschäftsmäßigen Berichten des Parteivorstandes, die von den Genossen Ebert, Gerisch und Kaden erstattet werden, wird zahlenmäßig und damit selbst für den Zweifelsüchtigsten klar die gewaltige Lebenskraft der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck gelangen. Man wird aus den Angaben über die Parteibeiträge, über die Parteipresse, über die Verbreitung unserer Literatur, über die Parteischule und den Bildungsausschuß erkennen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich nicht genug sein läßt, immer mehr in die Breite zu wachsen, eine immer größere Zahl von Parteianhängern zur Wahlurne rufen zu können, daß sie heute weit mehr das Hauptgewicht darauf legt, die Partei zu vertiefen, die Zahl der geschulten, vom Sozialismus nicht bloß aus instinktivem Klassengefühl überzeugten Genossen zu vermehren. Mehr als irgendeine andere sozialdemokratische Partei ist die im Deutschen Reiche bemüht, ganz außerordentliche Mittel für die Durchbildung der Arbeiter, für den Kampf mit geistigen Waffen aufzuwenden. Diesem Zwecke dient die neugeschaffene, erfolgreich wirkende Parteischule, der Bildungsausschuß, der eine großzügige Tätigkeit unter dem Beifall und mit Unterstützung der Genossen im ganzen Reiche begonnen hat. Nun soll der Essener Parteitag weiter Waffen schmieden, indem er zur systematischen Hebung der Parteipresse ein Nachrichtenbüro für die Parteipresse schaffen soll.

Über diesen Plan hat sich eine recht lebhafte, eine fast allzu lebhafte Diskussion innerhalb der reichsdeutschen Parteipresse entwickelt. Sie erinnert uns daran, daß in der deutschen Sozialdemokratie neben dem gewaltigen Streben, die proletarischen Kräfte in bester Schulung und trefflichster Rüstung dem Gegner entgegenzustellen, auch mancher uns weniger mit Genugtuung erfüllender Strich das glänzende Bild stört. Die Einheit der deutschen Partei

hat sich trotz aller Meinungsverschiedenheiten stets bewährt, wenn es galt, dem Gegner entgegenzutreten. Innerhalb der Partei hat diese Einheit in der Schlacht niemals die Möglichkeit ausgeschlossen, daß Meinungsverschiedenheiten frisch und munter und oft auch rücksichtslos und derb ausgetragen wurden. Stets sah der objektive Beobachter gerade hierin den vollgültigen Beweis der inneren Stärke und der gesunden Lebenskraft der deutschen Sozialdemokratie. Ihre hohe theoretische Schulung, ihre tüchtige Praxis wurden in dem niemals völlig ruhenden Streite der Geister gefördert und gestählt. Man müßte kleingläubig und kläglich denken, wenn man die glatte Fläche der ruhenden See als den natürlichen Zustand einer großen, stets auf allen Gebieten vorwärts strebenden Partei ansehen wollte. Und doch müssen hie und da Bedenken aufsteigen, ob nicht ein Überschwang der Gefühle, ein Entfremden der Genossen, ein Mißtrauen unter ihnen, ein Sich-nicht-verstehen-Wollen und -Können unter den leitenden Genossen der deutschen Arbeiterbewegung Platz greifen könnten. Einem trefflichen Artikel, den er im „Hamburger Echo" veröffentlichte, gab Genosse Stolten den Titel: „Warum der Argwohn?" Diese Frage drängt sich in der letzten Zeit öfter den besten Freunden der deutschen Sozialdemokratie auf. Auch die sozialdemokratischen Massen in Deutschland empfinden es bitter, daß diese Frage aufgeworfen werden muß.

Wir freuten uns stets über jeden Erfolg der deutschen Bruderpartei, über ihre imponierende Größe, über ihre Einheit; wir danken ihr so vieles in geistiger und agitatorischer Hinsicht, wir bewunderten ihre Meisterschaft in der Organisation ebenso wie in der Vertiefung des sozialistischen Gedankens. Alle sozialistischen Parteien sehen auch heute trotz ihrer erfreulichen Entwicklung die deutsche Sozialdemokratie als ihre Lehrmeisterin und Vorkämpferin an. Daß dies die deutsche Sozialdemokratie stets bleibe, daß sie auch an innerer Kraft nie Abbruch leide, ist der herzliche und kameradschaftliche Wunsch der jüngeren Schwester, der österreichischen Sozialdemokratie, zum Parteitag in Essen.

# Wilhelm Liebknecht tot.

„Arbeiter-Zeitung" vom 8. August 1900*).

Jäh wie der Blitz trifft uns die Kunde: Liebknecht ist tot, unser Alter, der Soldat der Revolution, ist nicht mehr. Der Tod ist ihm gnädig gewesen: in voller Kraft, ungebrochen, ohne Siechtum und ohne Schmerz ist er von uns gegangen, ein Greis den Jahren nach, aber ein Jüngling noch an Körper und Geist, voll Lebensmut, Frische und Kampfesfreude. Mitten aus der Arbeit hat es ihn

*) Adler hatte sich beim Abspringen von einem Omnibus die Hand geprellt und mußte den Arm in einer Schlinge tragen, als er die Nachricht vom Tode Liebknechts bekam. Er diktierte mir diesen Artikel, wie auch die meisten biographischen Artikel dieser Nummer der „Arbeiter-Zeitung". Er ließ es sich nicht nehmen, Liebknecht selbst zu würdigen, um ihn den

herausgerissen, so überraschend, daß wir es noch nicht fassen können.

Die deutsche Sozialdemokratie .verliert an Wilhelm Liebknecht mehr als ihren feurigsten Redner, ihren schneidigsten Schriftsteller, ihren hinreißendsten Agitator. Liebknecht galt als der Repräsentant und der Typus der Partei, und die Geschichte hat ihn dazu gestempelt. Er ist an ihrer Wiege gestanden, er ist mit ihr gewachsen und groß geworden. Sein Leben fällt zusammen mit dem Leben der Partei. Keinen Kampf hat die deutsche Arbeiterschaft geführt, bei dem er nicht in erster Reihe gestanden wäre; ihre Hoffnungen, ihre Enttäuschungen, ihr Hassen und ihr Lieben, ihre Nöten und ihre Siege, er hat sie gelebt von Anfang an wie kein Zweiter. Mit Liebknecht stirbt der letzte der Männer, deren Geist noch zum Sozialismus erweckt wurde durch die alten Utopisten, durch Saint-Simon und Robert Owen, die als Jünglinge in den Kämpfen von Achtundvierzig das Gewehr trugen und in der Verbannung zu Männern erwuchsen. Als er wieder deutschen Boden betrat nach dreizehn Jahren des Exils mit allen seinen Bitternissen, da war er durch die Schule von Marx und Engels gegangen; er wußte, daß sein Lebenswerk die Erweckung des deutschen Proletariats zum Klassenbewußtsein, zur revolutionären Selbständigkeit sein werde. Das Feuer, das die Lassallesche Agitation entzündet, drohte zu erlöschen, als der große Agitator die Augen geschlossen, und noch schlimmer war die Gefahr, daß die eben erstandene Bewegung verunreinigt und mißbraucht werde. Da sprang Liebknecht ein mit der ganzen Werbekraft seiner starken Persönlichkeit, seines revolutionären Temperaments. Was er in jenen Jahren geleistet, gehetzt von Polizei und Gerichten, bedrückt von der bitteren Not des Daseins, gehaßt und geächtet von der Gesellschaft, das wird ihm die deutsche Arbeiterschaft nie vergessen. Verdankt sie ihm doch auch ihren besten Mann: August Bebel hat ihr Liebknecht zugeführt, und in zehntausenden und aber zehntausenden Proletarierhirnen hat sein Wort die Leuchte des sozialdemokratischen Gedankens entzündet.

Liebknecht war eine Kampfnatur wie kein zweiter. Ihm war nur wohl in der Schlacht, und wenn ihn die Gegner zu verwunden wähnten durch bitteren Hohn, wenn ihn die Mächtigen von Exil zu Exil trieben, wenn sie seine Stimme im Zuchthaus zu ersticken hofften, wenn sie ihn mit den giftigen Schlangen der Verleumdung umwanden, Liebknecht blieb heiter, und die Gefahr steigerte nur seine Kampfesfreude und seinen Mut. Je mächtiger der Gegner

---

Arbeitern zu schildern wie er ihn sah, in seiner ganzen Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Politik und Taktik. (g. p.)

Liebknecht war am 29. März 1826 geboren, hatte am badischen Aufstand 1848 teilgenommen und war nach dem Mißlingen in die Schweiz geflüchtet, dann lebte er jahrelang in England und kehrte 1862 nach Deutschland zurück. Siehe auch den Artikel im „Wahren Jakob" vom August 1901, am ersten Todestag Liebknechts.

war, um so größer, um so rücksichtsloser, um so trotziger griff er ihn an. Mit Bismarck, dem gewaltigen Gegner der deutschen Sozialdemokratie, hat er wie mit einem persönlichen Feinde gerungen, und als dessen Macht an der überquellenden Lebenskraft des deutschen Proletariats zerschellte, als das Sozialistengesetz fiel, da empfand es Liebknecht fast als einen persönlichen Sieg. Nichts entsprach seiner Natur mehr als der rücksichtslose Widerspruch gegen alles, was da öffentliche Meinung ist in der bürgerlichen Welt, und sein letztes Wort war die unbedingte, schroffe Verurteilung der weltpolitischen Abenteuer, in die Kaiser Wilhelm das deutsche Volk zu stürzen im Begriffe steht.

So ist Liebknecht die lebendige Tradition der revolutionären Sozialdemokratie geworden, und mit vollem Bewußtsein stemmte er sich gegen alles, was ihm fauler Kompromiß und schwächliche Rechnungsträgerei schien. Da konnte er, der sich für einen kalten Realpolitiker hielt, hart, starr und heftig werden. Er hat nie zu den Allzuklugen gehört, die so viele Seiten jeder Sache sehen, daß sie nicht mehr sich zu entscheiden, nicht mehr zu handeln vermögen. So ist Liebknecht eine scharf geprägte politische Persönlichkeit ersten Ranges gewesen, so hat er die Liebe des deutschen Proletariats besessen, so haben ihn die Feinde des arbeitenden Volkes gehaßt.

Der Glanz dieser Persönlichkeit, die warm war in jeder Faser, wurde erhöht durch das umfassende Wissen und die glänzende Begabung Liebknechts. Er war ein Redner allerersten Ranges, dem alle Töne zur Verfügung standen und der stets fesselte, ob er von der Tribüne des deutschen Reichstages den Kampf führte, oder ob im intimen Rate seine Erfahrung zu Worte kam. Wie sein Wort, so seine Feder: mit Liebknecht stirbt einer der bedeutendsten Journalisten Deutschlands und ihm vor allem verdankt die sozialdemokratische Presse deutscher Zunge ihre Schulung.

Die internationale Sozialdemokratie betrauert in Liebknecht nicht nur den Führer der deutschen Partei, sie verliert einen unersetzlichen Vertrauensmann und Mittelsmann. Liebknecht war der internationalste von uns allen, seine reiche Erfahrung, seine erstaunliche Sprachenkenntnis, sein vielfältiger und langer Aufenthalt in England und Frankreich, seine intime Freundschaft mit den Vätern der Internationale befähigten ihn zu diesem Amte wie keinen zweiten, und der bevorstehende Kongreß in Paris wird seine Mitarbeit schmerzlich vermissen. Näher aber noch als allen anderen stand Liebknecht der österreichischen Sozialdemokratie, mit der ihn seit den sechziger Jahren enge Beziehungen verbanden. Mit unseren deutschen Brüdern trauern wir an seinem Sarge und beweinen nicht nur den Genossen, sondern auch den Freund.

So ist Wilhelm Liebknecht dahingegangen, der die Anfänge der Sozialdemokratie gesehen, der alle ihre Schlachten mitgefochten und dessen unüberwindliche Tapferkeit uns allen Erhebung und Beispiel war. Die denkende Arbeiterschaft des ganzen Erdkreises kennt seinen Namen, wird seiner gedenken und erneuert am Tage,

da sein Licht erlosch, das Gelöbnis, zu kämpfen wie er, bis zum letzten Atemzuge, für die Befreiung des Proletariats.

# Wilhelm Liebknecht zum Gedenken.

Von Victor Adler.

„Der Wahre Jakob", Stuttgart, August 1901*).

Nun ist es wirklich ein Jahr geworden, daß die sozialistische Welt von der jähen Kunde durchschüttert wurde: Liebknecht tot. Noch empfindet jeder den Verlust wie am ersten Tage, und wenn wir Liebknecht entbehren mußten, an den Gedanken, daß er uns wirklich fehlt und auf immer, hat sich noch keiner gewöhnt. Wo immer in dieser Zeit Sozialdemokraten zusammenkommen, ob auf den großen internationalen Kongressen, ob auf den kleinsten Konferenzen in den unbekanntesten Flecken der Provinz: überall war das erste Wort die Klage um den teuren Toten. Zu einem mächtigen Chor klang diese Klage zusammen, zu einem Chor, in den die arbeitenden Menschen in allen zivilisierten Ländern des Erdballs einstimmten. Das kämpfende Proletariat aller Zungen senkte die Fahnen am Grabe Liebknechts, und mit stolzer Trauer grüßte es in dem Toten seine eigene Geschichte, und ehrte die Avantgarde der internationalen Armee, die deutsche Sozialdemokratie.

Denn Liebknecht war in der Tat mehr als der älteste Politiker, der schneidigste Redner und Schriftsteller, der feurigste, unermüdlichste Agitator der deutschen Sozialdemokratie. Die Geschichte hat ihn zur typischen Gestalt der Partei gemacht. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung fällt zusammen mit seinem Lebenslauf. Seine Person ist mit ihr verknüpft, seit sie geboren wurde, ja länger: schon ihr gleichsam embryonales, vorgeschichtliches Traumleben als kleine, halb utopische Sekte hat Liebknecht mitgelebt. Von 1847 an, in den Arbeitervereinen von Zürich und Genf, hat er ihre ersten Debatten, ihre ersten tastenden Versuche einer Organisation mitgemacht, und dazwischen als Freischärler der deutschen Revolution sich geschlagen. Die ganze schäumende Gärung der tollen Jahre, die allmähliche Abscheidung vom bürgerlichen Radikalismus, die mühevolle Klärung in der strengsten Zucht der wissenschaftlichen Schule von Marx und Engels, die Wandlung des alle Himmel stürmenden Rebellen in den zielbewußten Soldaten des Klassenkampfes, das sind die Kapitel seiner Jugendgeschichte, das ist die Vorgeschichte der deutschen Sozialdemokratie. Mit ihm ist der letzte der Männer gestorben, die diese ganze Entwicklung am eigenen Leibe erlebt haben, auf die die großen Utopisten Saint-Simon und Robert Owen noch unmittelbar wirkten, für die sie nicht trockene Historie, sondern eigenstes Erlebnis waren, die dann mit

*) Der Artikel ist unter dem Titel „Wilhelm Liebknecht" am ersten Gedenktag des Todes in der in Stuttgart erscheinenden satirisch-belletristischen Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie erschienen.

der Flinte für Deutschlands Freiheit fochten und die im Exil zu Männern erwuchsen.

Als Liebknecht wieder deutschen Boden betrat, nach dreizehn Jahren des Exils, da war er ein fertiger Mann. Die überschwengliche Schwärmerei der Jugend hatte er abgestreift, seine Ideale zu einem festen Besitz an Ideen zusammengefaßt, er begann den Weg zu suchen zum Ziele, das ihm klar vor Augen stand. Die deutsche Arbeiterschaft aber trat zur selben Zeit auf den Schauplatz der Geschichte. Lassalle hatte sie zu politischem Leben erweckt; nach seinem Tode galt es, die Bewegung davor zu bewahren, daß sie versumpfe oder mißbraucht werde. Da erstand ihr in Liebknecht der Führer, dessen sie bedurfte. Von da an gibt es keinen Kampf der deutschen Arbeiterschaft, mit dem nicht sein Name verknüpft wäre, ist ihre Geschichte sein persönliches Schicksal. So aufs innigste verwachsen war Liebknecht mit der deutschen Bewegung, daß, als sie schon längst über das Maß dessen hinausgewachsen war, was durch einzelne Persönlichkeiten ausgedrückt werden kann, und wären sie die reichsten und mächtigsten, er als die Personifikation der deutschen Sozialdemokratie angesehen wurde.

Was Liebknecht der deutschen Bewegung war, erschöpft jedoch noch lange nicht seine geschichtliche Bedeutung für unsere Bewegung. In seiner Person verkörperte sich auch das internationale Band, das die Sozialisten aller Länder vereinigte. Von Marx und Engels, den Vätern der Internationale, abgesehen, war er wohl, wenn man den Ausdruck gebrauchen darf, der internationalste Mann von uns allen. Sein Lebenslauf befähigte und machte ihn dazu. In der Schweiz hat seine Laufbahn begonnen, in London und im Hause von Marx erwuchs er zum Manne. Dort war der Sammelpunkt aller Flüchtlinge, deren vielen es beschieden war, noch später in den revolutionären Kämpfen ihrer Länder in erster Reihe zu fechten. So lernte Liebknecht Menschen und Dinge besonders in England und Frankreich kennen, so emanzipierte er sich mehr als sonst möglich gewesen wäre, von dem damals so engen Horizont. Seine ganz ungewöhnliche Sprachkenntnis machte ihn zum berufenen Dolmetsch, zum Mittler zwischen den proletarischen Parteien, die sich so sehr lieben, aber die sich leider so wenig verstehen. Man darf diesen anscheinend rein technischen Umstand nicht geringschätzen. Wer jemals einen internationalen Kongreß mitgemacht, weiß, wie ungeheuer viel er zu bedeuten hat. Die Übersetzung wird immer ein nur ungenügender, dazu schwerfälliger und zeitraubender Behelf sein. Traduttore — Traditore, der Übersetzer ist immer ein Fälscher, sagen die Italiener, und sie haben auch dem Gewissenhaftesten gegenüber recht. Aber Liebknecht konnte seine Reden französisch und englisch sowie deutsch halten, und ihm allein gelang es, unsern fremdsprachigen Genossen bis in die kleinste Nuance deutlich zu machen, was die Deutschen meinten, natürlich oft vor allem, was er selber meinte. Das intime Verständnis des Wesens eines Volkes, folglich auch des Wesens seiner proletarischen Bewegung wird erst durch die Kenntnis seiner Sprache und seiner Ge-

schichte eröffnet. Wer mit seinem Wissen von ausländischer Politik darauf angewiesen ist, was ihm seine Zeitungen davon vermitteln, wird stets ein sehr mangelhaftes, oft ein ganz falsches Bild davon haben. Liebknecht aber, der in drei Sprachen sprechen und schreiben und in ein paar andern wenigstens lesen konnte, erwarb sich das unschätzbare Verdienst, daß wir nicht nur durch ihn das Ausland kennenlernten, sondern, was fast noch wichtiger geworden ist, daß durch ihn Franzosen und Engländer, bei denen Sprachenkenntnis unvergleichlich seltener ist als bei den Deutschen, erfahren, was die deutsche Sozialdemokratie ist und was sie will.

Aber nicht nur in seiner Sprachenkenntnis war Liebknecht der Schüler von Marx und Engels, auch das die Bewegung aller Länder umfassende Interesse und Verständnis erbte er von ihnen. Er verfolgte mit größter Teilnahme die Entwicklung der Partei in Frankreich und in England, er kannte die Geschichte der Konflikte, die noch bis zur Stunde die Erstehung einer einheitlichen Partei verhindert haben, bis ins einzelne, und es ist eines seiner großen Verdienste, daß er das Vertrauen, das ihm die französischen und englischen Genossen schenkten, stets im Interesse des Friedens und der Einigung gebrauchte. Leider freilich sehr selten mit Erfolg, aber immer mit dem ihm eigenen Eifer. Als 1889 zu Paris zwei sozialistische Kongresse tagten, war Liebknecht während des ganzen Verlaufes bemüht, eine Verschmelzung herbeiführen zu helfen. Und als 1896 beim Londoner Kongreß die anarchistischen Intrigen es zuwege gebracht hatten, daß sich die französische Delegation in zwei Fraktionen spaltete, fuhr Liebknecht mit dem Schreiber dieser Zeilen die halbe Nacht herum, um die Streitenden aufzusuchen, Frieden zu stiften und eine Einigung zu ermöglichen. Noch wenige Monate vor seinem Tode, als die Affäre und der Fall Millerand*) wieder eine ganz andere Gruppierung der Fraktionen hervorgerufen hatte — in London stand Guesde und Lafargue mit Jaurès und Millerand gegen Vaillant und Allemane, nunmehr aber Guesde, Lafargue und Vaillant gegen Jaurès und Allemane —, war er Optimist genug, an die Möglichkeit einer Vermittlung zu glauben. „Wir müssen jetzt strictissime neutral bleiben," schrieb er mir damals, „der Eintritt Millerands in das Ministerium war ein schwerer taktischer Fehler, aber die logische Folge der Jaurèsschen Kampagne, die alles der Affäre unterordnete. Jaurès ist aber entschieden kein Lump, während Millerand meines Erachtens zu den Überpfiffigen gehört, die man doch nicht als Verräter bezeichnen kann. Es wird jetzt vermittelt, mein Freund Deville und andere sind an der Arbeit, auch ich, der Vertrauensmann beider Teile!" Die Vermittlung hat leider nicht auf lange gefruchtet. Aber „Vertrauensmann beider Teile", das war Liebknecht stets und überall.

Wir Österreicher hatten ganz besonderen Grund, Liebknecht zu lieben und ihm zu danken. Des engen Verhältnisses, das gemeinsame Sprache und Geschichte zwischen den deutschen Genossen und uns

*) Siehe unter anderem den Artikel vom 23. September 1900 „Der Weltkongreß der Arbeiter."

geschaffen hat, war er sich stets bewußt, und als er 1869 nach Wien kam — ein Journalistentag war ein Vorwand —, da wurde jenes unzerreißbare Band zwischen deutscher und österreichischer Sozialdemokratie geknüpft, dessen erste Äußerung damals war, daß auf dem Eisenacher Kongreß die Delegierten der österreichischen Organisation erschienen. Daß seither neben der Sozialdemokratie deutscher Zunge in Österreich nacheinander kräftig aufstrebende tschechische, polnische und italienische Organisationen erstanden sind, änderte an diesem freundschaftlichen Verhältnis gar nichts. Liebknecht, der als Deutscher Bismarck nie die Lostrennung der Deutschen Österreichs vom Reiche verzeihen konnte, begrüßte als internationaler Sozialdemokrat mit Jubel das Erwachsen und Erstarken des slawischen Proletariats. Niemand hat seinen Hingang schmerzlicher empfunden als die polnischen und die russischen Genossen, deren ganz besonderer Vertrauensmann er war, und denen er unzählige Dienste leistete. Liebknecht war gewissermaßen der Generalkonsul aller ausländischen Parteien in Berlin, und er war es, weil er wie wenige unbefangenes Verständnis hatte für die Weltpolitik des Proletariats.

Aber Liebknechts Leben und Bedeutung schildern, das konnten diese Zeilen nicht wollen, das haben Berufenere getan, und dann hieße das die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie schreiben und ein gutes Stück der internationalen dazu. Aber vielleicht interessiert es manchen, zu erfahren, wie der Alte einem erschien, der ferner stand, der oft genug mit ihm war und in genug bedeutenden Momenten, um ein dauerndes Bild seiner Persönlichkeit aufzunehmen, der aber doch nicht so häufig mit ihm verkehrte, daß sich diese Eindrücke abschleifen konnten, und dem jede Begegnung mit ihm fast ein Erlebnis war oder mit einem Erlebnis zusammenhing. Wie mir Liebknecht erschien, wollte ich berichten, und ich bin mir dabei bewußt der subjektiven Färbung, des sehr bedingten Wertes dieser Darstellung.

In der Tat erscheint Liebknecht als der Mann der Jugendperiode der Partei, er, den wir den Alten nannten und der so jung blieb bis zum letzten Atemzug. Nicht etwa, als ob er nicht mit der Partei gewachsen wäre, ihren weiter werdenden Kreis, ihre reicher und vielfältiger werdenden Bedürfnisse erkannt hätte. Aber er gehörte jener glücklichen Generation an, die noch aus dem vollen arbeiten durfte, der es beschieden war, aufs Ganze zu gehen. Und nichts entsprach mehr als das seiner Natur, die kein Organ dafür hatte, die Schwierigkeiten des Details zu empfinden, und der Kleines leicht kleinlich erschien. So repräsentierte er den großen Zug der sozialdemokratischen Bewegung auch noch in unseren Tagen, wo sie genötigt ist, durch ihre Erfolge genötigt ist, ins einzelne zu gehen. Er war nicht kurzsichtig, und wo er fehlte, war es aus Weitsichtigkeit.

Wenn der Wanderer auf ein Gebirge zugeht, dessen Gipfel er erklimmen will, so erlebt er eine ganze Reihe wechselnder Stimmungen. Solange er auf der Straße einherschreitet, noch weit vom Aufstieg, sieht er sein Endziel, die Spitze des Berges in grandiosen,

scharfen Konturen deutlich vor sich. Da ist kein Schwanken in ihm über die Richtung, die er einzuhalten hat, jeder Schritt seitwärts ist zweifellos ein Abweg, ein Umweg; am liebsten möchte er auf der Luftlinie zum Gipfel schreiten. Wenn der Wanderer aber näher kommt, bekommt er zu spüren, daß der Weg aufhört, geradlinig zu sein, daß er sich dem Terrain anpassen, seinen Windungen folgen muß, und daß er die letzte Höhe nur erreichen kann, wenn er eine ganze Menge kleiner Höhen mühsam überwindet. Dabei ist ihm der Blick auf den Gipfel oft versagt, und oft wird er unsicher werden, ob er auf dem rechten Wege ist, wenn er durch Wälder und Seitentäler mühsam emporstrebt. Öfter aber noch überkommt den Wanderer eine Stimmung, die der Erreichung seines Zieles gefährlich ist. Jedes Stück Weg will gegangen sein, jedes Hindernis überwunden werden, und die Genugtuung, es überwunden zu haben, wieder ein Stück weitergekommen zu sein, lockt zur Ruhe, zur Beruhigung. Der befriedigte Blick in die Tiefe ist der Feind des rastlosen Strebens zur Höhe. Und so einfach der Weg schien, so kompliziert ist er geworden. Jede Größe scheint der Unternehmung des Wanderers genommen zu sein, und in kleinen mühsamen Schritten muß er von Station zu Station, immer neue Hindernisse überwindend, und weder Ermüdung noch Freude am Verweilen beim Erreichten darf seinen Fuß hemmen.

Der Weg, den das Proletariat zu gehen hat, um die politische Macht zu erreichen, ist minder einfach, als er aus der Entfernung schien. Der Welten umspannende Klassenkampf löst sich auf in eine Reihe von Einzelkämpfen, ja der schwerste Kampf geht gar nicht direkt um den Sieg, er gilt der Kampffähigkeit. Neben dem Heldentum der Tapferkeit wird immer nötiger das Heldentum der Zähigkeit. Dabei fordert die immer notwendiger werdende Teilung der Arbeit immer mehr die kostbare Tugend der Entsagung. Die kleinsten Aufgaben brauchen den ganzen Mann, und immer schwerer wird es, die Arbeit des Tages richtig zu schätzen, sie nicht nur nach dem Erreichten zu beurteilen, sondern sie auch zu messen an dem Ziele, gleich weit zu bleiben von der Geringschätzung des mühsamen Tagwerkes und von satter Genugtuung über seinen Erfolg...

Liebknechts Blick ging immer ins Weite, ins Große. Die tägliche Drangsal, die leidige Prosa des Kleinen, die unserem Kampfe anhaftet wie allem Lebendigen, sie konnte ihm nichts anhaben. Er war großzügig sein Lebtag und hatte eine ungewöhnlich starke Fähigkeit zu generalisieren. Damit hing aufs innigste sein unverwüstlicher Optimismus zusammen. Er war der subjektivste aller Menschen, der nicht etwa Augen und Ohren verschloß vor den Tatsachen, den aber, was er auch sah und hörte, nichts auch nur einen Schritt von seinem Weg abbringen konnte, den er mit starken, mutigen Schritten ging. Für ihn gab es kein Beugen vor dem Erfolg, vor dem unwiderruflich Fertigen. So ist ihm die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage nie etwas anderes gewesen als die Zerreißung Deutschlands. Er, der im bewußten

Widerspruch zu Lassalle sich gegen das Werdende stemmte, hat sich nie entschließen können, sich in das Gewordene zu fügen. Die blutige Geschichte der Schaffung des Deutschen Reiches war ihm nicht weniger Grund, Bismarck zu hassen, wie die junkerliche Borniertheit, die der Urheber des Sozialistengesetzes in allen sozialen Dingen zeigte.

Liebknecht war gewiß eine historische Figur großen Stils, aber er war auch eine ungewöhnlich reizvolle, ja hinreißende Persönlichkeit. Er wirkte nicht nur allein durch das, was er tat, sondern vor allem durch das, was er war. Freilich, schlichter als er war keiner. Nichts lag ihm ferner als die Pose, jenes Sichinszenieren, das den Wissenden so manchen sonst ganz bedeutenden Mann zuwider macht. Er gab sich mit einer naiven Unbekümmertheit und Ursprünglichkeit ohnegleichen. Das war der große Reiz des Verkehrs mit ihm. Wenn er in Stimmung war, sprach er viel und gut, und er sprach aus sich heraus, nicht in den Hörer hinein. Da kam dann seine dichterische Begabung zur Geltung. Wie er einer der besten Feuilletonisten war, war er der liebenswürdigste Plauderer. Da sprudelte es von Erinnerungen an Dinge und Menschen, die ihn sein so überaus reiches Leben kennen gelehrt. Seine fast unbeschränkte Aufnahmsfähigkeit wurde nur übertroffen durch seine Kraft, alles, was er brauchen konnte, zu assimilieren, sich einzuverleiben, sich eigen zu machen. Was ihm aber fremd war, das schied er aus, es prallte ab von ihm, ohne auch nur den geringsten Eindruck zu hinterlassen. Das gab auch seiner Art zu diskutieren den Charakter und eigentlich seiner Kampfmethode überhaupt. Seine Stärke lag im Positiven, im Behaupten. Dem Gegner nachzugehen, ihn zu verstehen, zu analysieren, seine Argumentation zu zerlegen und im einzelnen zu schlagen, das war weniger seine Sache als die siegessichere Behauptung seines eigenen Standpunktes in unzähligen immer neuen Wendungen. Sein letztes Wort an seine Freunde war die Mahnung: Sich nie in die Defensive drängen lassen! Das war in seinem Munde mehr als eine taktische Regel, es war das Symbol, das Siegel seiner ganzen Persönlichkeit. Die Menschen zu sich zu zwingen, das war die Eigenart seiner propagandistischen Kraft. Er war kein Klügler, für ihn hatten die Dinge nicht zwei Seiten. Sein Lebetag war er Soldat, der kurz wägt und schneidig wagt.

Liebknecht war ein sonniger Mensch, trug das Leben leicht, und alle die schweren Nöten seines Lebens konnten es ihm nicht verdüstern. Er konnte genießen wie kein anderer; er lebte in spartanischer Einfachheit, aber er war empfänglich für alle Freuden des Lebens, für die erhabensten wie für die harmlosesten. Eine unsagbar helle Heiterkeit durchstrahlte sein ganzes Wesen, dessen Grundzug eine unerschütterliche Hoffnungsfreudigkeit und Siegessicherheit war. Er sprach, schrieb und handelte aus seiner innersten Intuition heraus, keinen Zug von Skepsis hatte er. Deuteln und Grübeln war ihm fremd. In ihm war keine andere Leidenschaft als das große politische Pathos.

Wie Liebknecht war, so sprach er, und wie er sprach, so schrieb er. Von niemandem mehr als von ihm galt: Der Stil ist der Mensch, oder vielmehr der Mensch ist der Stil. Die kleinste Notiz aus seiner Feder trug seinen unverkennbaren Stempel. Er schrieb geistreich, nicht in der prickelnden, witzelnden Art, die an den Dingen herumredet, sondern in Wahrheit aus dem Reichtum seines Geistes heraus schrieb er. Sein Stil glitzert nicht, er sprüht. Seine Polemik, und er war ein gefürchteter Polemiker, war schneidend, nicht stechend. Er beherrschte seine Muttersprache, wie es nur der vermag, der auch die intime Schönheit fremder Sprachen kennt, aber nie hat er seine Gewandtheit kokett mißbraucht. Das große flammende Wort wußte er zu sprechen und die Eigenart einer Situation in eine glänzende Antithese zusammenzufassen. Aber wer den Menschen Liebknecht von Herzen liebgewinnen will, der lese seine Plaudereien, der lese sein Büchlein voll Reiz und Anmut, das er dem Andenken von Karl Marx gewidmet hat. Um es noch einmal zu sagen: Immer sprach aus jeder Zeile der ganze Mensch.

* * *

Nun wird sich auf Liebknechts Grab ein Denkmal erheben, das ihm die Liebe und Treue der deutschen Arbeiter gesetzt, für die er gelebt von seiner frühen Jugend an bis zu seinem letzten Atemzug. Aber er selbst hat sich ein dauernderes Denkmal gebaut, als es selbst die Erinnerung an ihn in den Herzen der Millionen seiner Kampfgenossen ist. Die Tat, die er getan, die Kraft, die von ihm ausgegangen, die Wirkungen, die durch ihn lebendig geworden, sie können durch keinen Verlauf der Zeit aus der Welt geschafft werden, sie sind dauernder als selbst die Erinnerung an ihn. So lebt Wilhelm Liebknecht fortwirkend in uns allen und in allen, die nach uns kommen werden, als ein Unsterblicher.

# Das Wiener Programm.

## Unmaßgebliche Betrachtungen.

„Neue Zeit", XIX, 1901, Nummer 51.

Wir österreichischen Sozialdemokraten stehen vor der Revision des Parteiprogramms, das die Hauptaufgabe unseres in wenigen Wochen zusammentretenden Parteitages sein wird. Unser Programm ist alt, es entstand im Jahre 1888, sein Inhalt und noch mehr seine Form wurde dadurch bestimmt, daß es gleich dem deutschen Gothaer Programm den Abschluß einer Spaltung und die Grundlage des Neuaufbaues der Partei bieten mußte. Seine Reformbedürftigkeit wird durch diesen Umstand mindestens ebenso wie durch sein Alter erklärt. Vielleicht finde ich oder ein anderer Genosse Gelegenheit, das an dieser Stelle im einzelnen darzulegen und mitzuteilen, wie wir das Programm dem heutigen Stande unserer Erkenntnis und unseres Bedürfnisses anzupassen meinen. Die Absicht dieser Zeilen ist aber eine andere. Die Erwägungen und Diskussionen über die Revision unseres Parteiprogramms mußten notwendig die Aufmerksamkeit noch mehr wie sonst auf die große und besonders lange Revisionsdebatte lenken, die die deutsche Sozialdemokratie nun schon seit Jahren beschäftigt und wir, die wir mitten im vorläufig endlosen Flusse dieser Erörterungen unser Programm und die Grundsätze unserer Taktik neuerdings festlegen sollen, müßten uns fragen, was wir denn daraus gelernt haben, was wir davon brauchen können. Es lag nahe, sich einmal über Wert und Wirkung dieses ganzen Revisionsfeldzuges Rechenschaft zu geben. Einige der dadurch angeregten Gedanken und Stimmungen wünsche ich den deutschen Genossen vorzutragen. Vorausschicken will ich, daß ich mir der doppelten Unmaßgeblichkeit meiner Bemerkungen wohl bewußt bin. So eng verbunden die österreichische Partei der deutschen ist, so eifrig ich persönlich die Entwicklung der Bruderpartei seit Jahren verfolge, so sehr weiß ich, daß ich trotzdem als Ausländer nur von außen urteilen kann und Täuschungen insbesondere über das Gewicht der beobachteten Erscheinungen sehr leicht unterliege. Zweitens bin ich nach Anlage und Kenntnissen keineswegs Theoretiker, stehe im Kampf des Tages, mir mangelt kühle oder gar wissenschaftliche Objektivität, und ich beurteile wesentlich aus dem Bedürfnis des Kampfes der Partei heraus. Trotz dieser Feststellung, die nicht von Bescheidenheit diktiert ist, ja nicht einmal

vom Gegenteil, mag es vielleicht einen oder den andern Genossen interessieren, wie sich die Vorgänge innerhalb der deutschen Partei im Gehirn eines verhältnismäßig Fernstehenden spiegeln.

Ohne der näheren Erörterung des österreichischen Programmentwurfes vorzugreifen, sei hier zunächst gesagt, daß die Bernsteindebatte samt der ihr folgenden Revisionistenbewegung nur in zwei Punkten dafür nutzbar zu machen war oder vielmehr berücksichtigt werden mußte. In dem theoretischen Teil des Programms wurden alle Wendungen vermieden, die von revisionistischem Mißverstand als historischer Fatalismus oder Automatismus ausgelegt werden könnten, und es wurde die Feststellung der Tatsache der fortschreitenden Proletarisierung in Sätze gekleidet, deren nun präzisere Fassung nicht leicht der Gefahr unterliegen dürfte, als selbstgeschaffene Karikatur einer Verelendungstheorie zur Zielscheibe kritizistischen Eifers zu werden. Ob unsere Bernsteinianer — denn auch bei uns gibt es deren, wenn auch ihr Tintenverbrauch ein mäßiger ist — sich damit zufrieden geben werden, wird der Verlauf des Parteitages lehren. Viel Glück dürften optimistische Tendenzen nicht haben, dafür sorgt leider die Krise.

Denn das ist allerdings meine Meinung, daß dem endlosen Schrecken der Bernsteindebatte die Krise ein Ende mit Schrecken bereiten wird, wenigstens in ihren wichtigsten Kapiteln. Ich habe seinerzeit die Stimmung, aus der Bernsteins Buch „Voraussetzungen*)" geboren wurde, als Reflex der Ära industrieller Prosperität mit allen ihren wirtschaftlichen und politischen Folgen bezeichnet und unzweifelhaft steht die ganze Richtung unter diesem Zeichen. Die behagliche Ironie, mit der man sich allmählich gewöhnt hatte, die leidenschaftlichen Anklagen der Sozialdemokraten gegen den Kapitalismus und seine Folgen als Schlagworte zu analysieren, entsprang weit mehr dieser Stimmung, als jener berühmten Wissenschaft und Kritik. Leider wird das nun sehr bald ein Ende haben. Der wirtschaftliche Niedergang macht sich im Reiche draußen wie in Österreich bereits in deutlichster Weise fühlbar. Die Arbeitslosigkeit nimmt überhand, unsere Organisationen leiden, und dabei stehen wir offenbar erst am Anfang dieser Entwicklung und man kann nur mit Schrecken daran denken, was uns der Winter bringen wird. Wie viel von der Erhöhung der Lebenshaltung, die einigen Schichten der Arbeiterschaft die letzten Jahre unzweifelhaft gebracht haben, wie viel von der Widerstandsfähigkeit unserer Organisationen durch diese Krise hindurch und über sie hinaus zu retten sein wird, wie viel mit unsäglicher Mühe Aufgebautes weggeschwemmt werden wird, kann niemand sagen. Jedenfalls stehen wir vor einer furchtbaren Woge des Massenelends, angesichts deren den Herren Kritikern die Lust vergehen

*) Der volle Titel des Buches lautet: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie." Es ist im Jahre 1899 erschienen. Adler hat sich mit diesem Buch bereits am 2. April 1899 in dem Artikel „Bernsteins Theorie und Taktik" auseinandergesetzt.

dürfte, an den angeblichen Übertreibungen unserer Parteiprogramme wortklauberisch herumzutüfteln. Die arbeitslosen Proletarier werden ein schlechtes Publikum für diese revisionistischen Bemühungen sein. Leider scheint es wieder einmal einer Krise mit allen ihren Schrecken vorbehalten zu sein, den Leuten „Dialektik einzupauken", und diesmal auch Sozialdemokraten.

Wie dem aber auch sein mag, die Frage muß erlaubt sein: Was ist der Gewinn der nun jahrelang fortgesponnenen Debatte, was ist ihr Gewinn für unsere Bewegung? Hat die Arbeiterschaft, hat die Sozialdemokratie durch sie an Schlagkraft, Selbstvertrauen und Ansehen gewonnen? Hat unsere Einsicht durch sie zugenommen, ist unsere Taktik klüger, sicherer, wirksamer und schneidiger geworden? Ich gestehe, daß ich nicht den Mut habe, auf diese für mich entscheidenden Fragen mit Ja zu antworten. Ich habe den Eindruck, daß wenig Brauchbares dabei herausgekommen ist und daß unbeschadet der Anerkennung einer Anzahl recht interessanter Aufsätze eine bedauernswerte Kraftverschwendung einiger unserer besten Leute, vor allem — man muß da persönlich werden — Kautskys, aber auch Bernsteins, daneben aber Zeichen von die Partei geradezu schädigenden Tendenzen sich geltend machen. Bernstein hat damit angefangen, uns von der „Revolutionsphraseologie" befreien zu wollen, und um ihn gruppiert sich heute alles, was Hang hat zu endlosen Disputen, die nicht selten auf unfruchtbare Tüfteleien hinauslaufen, ja Züge einer impotenten Skepsis zeigen. Bernstein wollte uns die Gegenwartsarbeit wertvoll machen, unser Gewissen befreien von dem vermeintlich uns beunruhigenden Skrupel, damit schließlich nur Sisyphusarbeit zu verrichten, und er muß es sich jetzt gefallen lassen, daß er — solange er sich nicht laut und deutlich dagegen wehrt — mit seinem Namen Leute deckt, die nicht nur mit satter Genügsamkeit am kleinlichsten Tageserfolg haften, sondern die geradezu verliebt zu sein scheinen in die Gegenwartsarbeit der andern, der herrschenden Klassen. Wer Fendrichs Artikel über die Budgetbewilligung*) gelesen hat, weiß ungefähr, was ich meine. Wenn diese Zeilen dem Leser in die Hand kommen, dürfte jener Aufsatz, der meines Wissens den vorläufig äußersten Exzeß revisionistischer Superklugheit darstellt, wohl schon seine gebührende Antwort erhalten haben, aber es ist mir in diesem Zusammenhang Bedürfnis zu sagen, daß ein ganzes Schock von taktischen Fehlern, mögen sie

*) Anton Fendrich, der badische Landtagsabgeordnete, hatte in den „Sozialistischen Monatsheften" einen Artikel über die Frage der Budgetbewilligung geschrieben, in dem er die Budgetverweigerung als eine „Zeremonie" bezeichnete und die Behauptung aufstellte, die kritische Tätigkeit der Sozialdemokraten werde „um den Betrag, den der negative Eindruck des Lufthiebes einer stets wiederholten, rein konventionellen und völlig wirkungslosen Budgetverweigerung darstellt, geradezu entwertet". Fendrich ist im Kriege auf dem äußersten rechten Flügel gestanden und sein Empfang beim Kaiser Wilhelm hat großes Aufsehen erregt.

meinetwegen im Budgetverweigern oder im Budgetbewilligen bestehen, meines Erachtens dem Zustand unserer Partei kein so schlimmes Zeugnis ausstellen würde, als wenn die Gesinnung weitere Kreise ergriffen hätte, die dieser Artikel so stolz und nachdrücklich als Frucht zehnjähriger Arbeit des „kritischen Sozialismus" anpreist. Wenn da über Sozialdemokraten gehöhnt wird, die etwa noch einiges Bedenken trügen, ob sie für das Polizeibudget stimmen können, wenn, um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, die Budgetbewilligung an die einzige Bedingung geknüpft wird, daß die Sozialdemokraten nicht ausnahmsgesetzlich geschuriegelt werden, dann schämt sich unsereins bis tief in seine „dogmatische" Seele hinein und kann nur verschüchtert und verblüfft die Wunder anstaunen, die der „kritische Sozialismus" nicht nur in dem Intellekt, sondern auch in dem Charakter einzelner Genossen gewirkt. Von allen bisher so schmählich verkümmerten Tugenden scheint die der Bescheidenheit nunmehr im rapidesten Aufschwung begriffen.

Von den Fähigkeiten aber die des strengen logischen Denkens. Wir erleben wahre Orgien der Logik. Erwischt uns so ein Fanatiker kritischer Konsequenz nur bei einem einzigen Haar, ertappt er uns bei der Beteiligung an der bescheidensten positiven Mitarbeit im Parlament oder Kommune, so schleppt er uns erbarmungslos bis auf die Ministerbank. Man sollte meinen, daß der traurige Verlauf und das schnöde Ende des Experiments Millerand auch jene Genossen vorsichtig gemacht haben sollte, die sich voreilig allzu eifrig auf die Nützlichkeit der Teilnahme von Sozialisten an bürgerlichen Ministerien eingeschworen. Wenn ein Teil der Franzosen aus der vermeintlichen Not eine Tugend machte, so läßt sich das sehr gut begreifen, ja es ist verzeihlich, daß sie ihre Enttäuschung nicht allzu laut werden lassen und die Katerstimmung möglichst schweigend hinunterwürgen. Bei uns aber wird man nicht müde, die sozialistische Ministerschaft, die individuell nicht mehr zu halten ist, prinzipiell zu retten, was um so sonderbarer berührt, als die Frage hier wirklich alles eher als aktuell ist. Kurt Eisner*) hat in dieser Zeitschrift vor kurzem in einem ebenso glänzenden wie meines bescheidenen Erachtens grundfalschen Artikel klärlich dargetan, wie eine unentrinnbare Logik, wäre Deutschland nicht zufällig ein absolutistisch-monarchistischer

*) Kurt Eisner, der Redakteur des „Vorwärts", behandelte in der „Neuen Zeit" die Frage des „Parlamentarismus und Ministerialismus", wobei er die Frage, ob ein Sozialist Mitglied einer bürgerlichen Regierung sein könne, der Frage der parlamentarischen Betätigung der Sozialdemokratie gleichsetzte. Er könne sich, erklärte er weiter in diesem Artikel, „keine falschere und gefährlichere Beweisführung denken als die Geltendmachung einer möglichen Verwirrung der breiten Massen". Es spreche nicht „gegen eine an sich richtige Aktion, daß ein Teil der Partei durch sie verwirrt wird". Kurt Eisner wurde bekanntlich im Umsturz Präsident der bayrischen Republik und von dem Grafen Arco ermordet.

Staat, August Bebel von der Beteiligung an der Beratung der Gewerbeordnung bis auf den Platz des Reichskanzlers führen müßte. Mich interessieren an dieser Stelle bloß zwei Punkte. Erstens tritt uns die Logik des Kritizismus hier in ihrer bisher geistreichsten Form entgegen. Nimmt man ihr die bestechende Hülle, so reduziert sie sich freilich auf das nicht neue Axiom: Wer A sagt, muß B sagen. Nun muß man vor allem in der Politik gar nicht B sagen und noch weniger Z. Es ist Sache des Monologs am Schreibtisch, nicht aber der politischen Praxis, die Dinge so blutleer zu machen, sie so zu Abstraktionen zu vernebeln, bis der Gebrauch des Wahlrechts und die Übernahme eines Ministeriums auf einen gemeinsamen Ausdruck gebracht sind. Wäre aber die Politik wirklich nur ein logisches Exempel, müßte wirklich wer A sagt Z sagen und müßte, wer den politischen Kampf im Parlament führt, damit enden, die vom Blute unserer Genossen triefende Hand des Zaren zu drücken und seine Orden zu tragen, dann in der Tat würde sich jeder ehrliche und vor allem jeder vernünftige Sozialdemokrat sehr hüten müssen, auch nur den ersten verhängnisvollen Schritt auf dem Boden der Gegenwartsarbeit zu tun.

Aber wo ist die Grenze? Damit berühre ich den zweiten Punkt. Wo wir selbst die Grenze nicht zu erkennen vermögen, bis zu der das Interesse der Arbeiterschaft und die Würde der Partei uns zu gehen erlaubt, da mögen wir uns getrost an das Urteil, an das Empfinden, ja an den Instinkt der Masse wenden. Kurt Eisner hat darüber gespottet, daß man gegen den sozialistischen Ministerialismus das Gespenst der Verwirrung der Massen beschworen hat. Ich bekenne mich schuldig, ich bekenne, daß ich es für einen gewichtigen, ja ausschlaggebenden Einwand halte, wenn gegen irgendeinen taktischen Schritt geltend gemacht werden kann, die Masse der Partei werde ihn nicht verstehen, werde irre werden in ihrem Vertrauen, werde nicht mitgehen. Und wenn gesagt wird, wir hätten eben die Masse zu belehren und zu erziehen, so sage ich, daß es mindestens ebensooft notwendig ist, von der Masse zu lernen. In dieser Meinung steckt auch nicht die Spur von demagogischer Demut, aber die selbstverständliche Wahrheit, daß sozialdemokratische Politiker genau so viel Gewicht haben, als sie Vertrauen des Proletariats besitzen und die weitere, daß die fernerstehende Masse tatsächlich oft richtiger empfindet wie der vorgeschobene Posten, der durch die Nähe, durch hundert Details, durch die Folgen seiner eigenen Handlungen beirrt wird. Gewiß sollen wir womöglich nicht weniger intelligent sein als die Masse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, aber fast ebenso schlimm wäre es, wenn wir sehr viel pfiffiger sein wollten als sie.

Solchem Überschwang an logischer Konsequenz steht auf anderer Seite und meinem persönlichen Empfinden nach in einem wichtigsten Belange ein sehr auffälliger Mangel daran gegenüber. Wenn die Kritiker und Revisionisten in einem Punkte einig sind und alle Energie anwenden, so ist es ihr Sturmlauf gegen das, was sie den Mechanismus, Automatismus oder Fatalismus der marxisti-

schen Anschauung nennen. Ich vermute, daß sie da einem groben Mißverständnis unterliegen, das zuletzt seine Ursache in dem Mangel gründlicher philosophischer Vorbildung hat. Da neuerdings soviel von den letzten Wurzeln aller Dinge geredet wird, macht sich — hüben wie drüben — der widrige Umstand fühlbar, daß sich Philosophie eben nicht so nebenher im Fluge anlesen läßt; um einen unserer klassischen Philosophen wirklich zu begreifen, muß man sein Weltbild erlebt, sich ihm ganz hingegeben haben, durch ihn durchgegangen sein. Da aber diese Voraussetzung den meisten naturgemäß fehlt, so kommt allerlei krauses Zeug zum Vorschein, sooft philosophische Themata berührt werden. Ich gestehe, daß ich außer etwa von Konrad Schmidt und Sadi Gunter wenig Philosophisches in unserer neueren Parteiliteratur gelesen habe, das mir nicht geradezu schmerzhaft gewesen wäre. Das gilt von Plechanow bis Bernstein und von Bernstein bis Plechanow. Man möge mir diese Bemerkung ja nicht als Dünkel auslegen: Ich selbst verstehe von diesen Dingen nur eben gerade genug, um zu wissen, daß ich darüber respektvoll zu schweigen habe; das tue ich denn auch. Aber nehmen wir an, die Leute, die von der immanenten Notwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung nur mit klugem Lächeln und einem verschwenderischen Gebrauch von Gänsefüßchen reden, die das Wort Naturnotwendigkeit nur mit mitleidiger Überlegenheit in den Mund nehmen, nehmen wir an, sie hätten recht. Nehmen wir an, unser marxistisches Programm, das nun schon geraume Zeit in der Reparaturwerkstätte ihrer Firma nach allen Richtungen kritisiert und revisioniert wird, hätte wirklich den Schaden gestiftet, die Arbeiterschaft zu fatalistischer Untätigkeit zu verleiten. Warum ziehen sie nicht die Konsequenzen? Wenn sie so eifersüchtig darauf sind, selbst die Täter ihrer Taten zu sein; warum tun sie sie nicht endlich? Wenn sie meinen, die verknöcherten Dogmatiker hätten es eben daran fehlen lassen, auf den selbstbewußten Willen des Proletariats zu wirken, warum holen sie das lang Versäumte nicht eiligst nach? Ist der Sozialismus wirklich vornehmlich eine Forderung des sittlichen Ideals und können wir wirklich nur uns und so gar nicht der Entwicklung vertrauen, daß er herbeigeführt werde, dann ist es doppelt notwendig, daß dieses Ideal mit Feuerzungen gepredigt, daß unablässig und mit rücksichtsloser Schärfe das Bewußtsein des Gegensatzes zwischen diesem unserem Ideal und dem kapitalistischen Klassenstaat geweckt werde, daß die Schlafenden aufgerüttelt, die Erschlaffenden in ihrem Glauben an sich und an ihre Kraft, das Endziel zu erringen, gestärkt werden. Nun — vielleicht täuscht mich die Entfernung — aber ich vermag wirklich von einer so gearteten Tätigkeit unserer Revisionisten auch nicht das mindeste zu sehen. Im Gegenteil, was ich zu spüren meine, ist eine Tendenz zur Versimpelung und Verphilisterung unserer Partei, eine grinsende Skepsis gegenüber allem, was proletarische Sittlichkeit und gar, was proletarischer Heroismus ist. Eine wissenschaftlich sein wollende Gerechtigkeitsduselei gegenüber allen offenen und ver-

kappten Gegnern der Arbeiterklasse, eine falsche Objektivität, die bis zur Lähmung des eigenen Urteils geht. Dazu Neigung zu Kompromissen, bis es bald gar nichts zu kompromittieren gibt. Der Militarismus wird plausibel, das Budget samt dem Bedarf der Klassenjustiz und des Polizeiknüppels akzeptabel, es gibt schier nichts mehr, was wir nicht schlucken sollen. Das alles müßte, wenn es überhaupt eine Wirkung hätte, die es zum Glück nicht hat, dazu führen, im Proletariat das Bewußtsein von seiner Mission abzuschwächen, sei diese Mission nun die Vollstreckung geschichtlicher Notwendigkeit oder ausschließlich die Durchsetzung seines sittlichen Willens.

Hier scheint mir die revisionistische Logik eine klaffende Lücke zu haben und ich kann nicht umhin, diese Anklage vor allem gegen Bernstein selbst zu richten. Damit glaube ich auch den innersten Grund zu berühren, warum die Verteidigung gegen seine und seiner Freunde Kritik mitunter einen so beklagenswert bitteren und verbitterten Ton anschlägt. Wenn man so durch Jahre alle kritischen Kratzbürsten gegen die Parteigenossen gerichtet sieht, während der Gegner nur die objektiven Samtpfoten zu spüren bekommt, wenn man den Herkules der Revision so unausgesetzt und ausschließlich damit bemüht sieht, den Augiasstall unserer Irrtümer zu reinigen, während er nach außen so gar nichts zu tun findet, dann wird manches begreiflich, was man weit entfernt ist zu billigen. Ich gestehe — und ich wage die Gastfreundschaft der „Neuen Zeit" auch für diese Bemerkung in Anspruch zu nehmen —, daß mir Ton und Methode der Abwehr, wie sie von Plechanow, Parvus, Rosa Luxemburg und mitunter auch von Kautsky selbst an dieser Stelle geübt wurde, nicht selten ein Stein des Anstoßes war; ich gestehe, daß ich, um ein aktuelles Beispiel zu wählen, die Hinschlachtung gleich einer ganzen Hekatombe von „Opportunisten"*) weder für sachlich berechtigt noch für klug halte, aber ich gestehe ebenso offen, daß ich aus meinem eigenen Unbehagen heraus, das mir die Leistungen des Revisionismus in allen seinen Spielarten verursachen, manchen sonst unbegreiflichen Exzeß erklärlich finde.

Fast kommen mir Zweifel, ob ich gut getan, diese öffentliche Beichte abzulegen. Denn ich habe weder Neigung noch Beruf, mich in die deutschen Parteiverhältnisse einzumischen und wer mir ein Hände weg! zuriefe, dem würde ich ruhig recht geben. Da ich aber so weit gegangen, will ich noch ein letztes Wort sagen. Es scheint mir ein Zeichen der unverwüstlichen Gesundheit der deutschen Sozialdemokratie, daß ihr der ganze kritische Krakeel

*) In der „Neuen Zeit" erschien zu der gleichen Zeit wie dieser Artikel auch eine Artikelserie von Parvus gegen den Opportunismus in der Partei und gegen die Opportunisten, als die Parvus insbesondere Vollmar, Auer und Bernstein ansah. Alexander Helphand, der unter dem Namen Parvus bekannte Genosse, hat später nach dem Krieg eine starke Schwenkung nach rechts gemacht. Er gab die „Glocke" heraus und begründete in Kopenhagen die Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges.

samt dem revisionistischen Spektakel, soweit ich sehen kann, gar nicht nahegegangen ist. Ist es herzlich wenig, wenn man von einer so leidenschaftlichen Diskussion rühmen kann, daß sie unschädlich geblieben ist, so liegt darin auch die Möglichkeit der Heilung des Übels. Da bisher keine Tatsachen gesetzt sind, die unwiderruflich wären, und deren Folgen man nicht entrinnen könnte, da sich alles nur in Tinte und Druckerschwärze zugetragen hat, so darf man hoffen, daß das kritische Gewitter wie seine Abwehr ohne bleibenden Schaden vorbeiziehen wird. Es scheint, daß uns politisch wie wirtschaftlich schwere Zeiten bevorstehen, wo die deutsche Sozialdemokratie jeden Mann brauchen wird und trotz aller Meinungsverschiedenheiten wie stets bisher in der Not des Kampfes auch finden wird.

# Zur Revision des Parteiprogramms.

„Arbeiter-Zeitung" vom 22. September 1901.

Der Wunsch, unser Parteiprogramm zu revidieren, entsprang weit weniger aus einem prinzipiellen oder praktischen als aus einem formalen, fast könnte man sagen ästhetischen Bedürfnis. Allerdings ist seit dem Jahre 1888, dem Geburtsjahr des Hainfelder Programms, eine ganze Reihe praktischer Fragen an uns herangetreten, auf die sein Text keine Antwort gibt, die im einzelnen Fall von den Parteitagen in Form von Beschlüssen gegeben wurde, aber der Einfluß dieser Beschlüsse auf das Tun der Partei war dadurch um nichts geringer, daß sie nicht dem Programm inkorporiert waren. Prinzipielle Bedenken gegen den allgemeinen theoretischen Teil des alten Programms kamen unseres Wissens so gut wie nirgends zur Äußerung. Wohl aber hat sich bei dem praktischen Gebrauch des Programms, bei der Agitation, der Übelstand geltend gemacht, daß seine Form keine einheitliche ist, und daß es die Spuren seiner Entstehung in heute einer wachsenden Mehrzahl von Genossen unverständlichem Grade an sich trägt.

Wie männiglich bekannt, ist nämlich das „Hainfelder Programm" gar kein Programm, sondern besteht aus einer „Prinzipienerklärung" und zwei Resolutionen, deren eine „die politischen Rechte", die andere die „Arbeiterschutzgesetzgebung und Sozialreform" zum Gegenstand hat. Der Hainfelder Kongreß setzte der Spaltung der Partei in eine „radikale" und in eine „gemäßigte" Gruppe ein Ende, und wie jeder solche Kampf, nachdem er innerlich längst abgeschlossen ist, noch in dem Streit um Schlagworte weitertobt, die nicht mehr Sachbedeutung, sondern nur noch Sektenbedeutung haben, gab es auch damals gewisse Worte, denen ausgewichen werden mußte, obwohl über das, was sie bedeuten, gar kein Streit mehr war. Dazu gehörten die Worte „Programm", „Disziplin", die bei der radikalen Gruppe den Schrecken vor Einschränkung ihres Rechtes auf individuelle Meinungs- und Aktionsfreiheit wachriefen, wie das heute ziemlich ähnlich — die Parteigeschichte hat solche

Ironien — bei den nichts weniger als radikalen Revisionisten der Fall ist. Daß eine Partei eine gemeinsame prinzipielle Grundlage haben müsse und daß diese Grundlage auch bereits vorhanden und den Anhängern beider Gruppen gemeinsam sei, darüber war ja kein Zweifel, und in dieser Tatsache lag ja die Voraussetzung und die Möglichkeit des Einigungskongresses. Denn die Hainfelder Beschlüsse bedeuteten in der Tat nicht etwa ein Kompromiß zwischen zwei innerlich verschiedenen Gruppen, sondern wirklich und wahrhaftig die Einigung auf die Formulierung gemeinsamer Überzeugung. Darum waren auch die Spuren des Streites auf immer verschwunden, nachdem er einmal begraben war. Aber immerhin, wie gesagt, war es klug, die gefährlichen Schlagworte zu vermeiden. Wir machten also eine „Prinzipienerklärung" und „Resolutionen" und kein Programm. Da aber bekanntlich die Grenzen zwischen dem Prinzip und seiner Anwendung, dem Allgemeinen und dem Detail recht flüssig sind, so war es unvermeidlich, daß vieles, was in der Prinzipienerklärung ausgesprochen war, in den die Details der Praxis betreffenden Resolutionen wiederkehrte. Daher die heute lästigen, damals aber unvermeidlichen Wiederholungen derselben Forderungen und Sätze.

Dazu kommt ein zweites: Die Form des Hainfelder Programms ist historisch bedingt nicht allein in dem, was es vermissen läßt, sondern auch in dem, was es ausspricht. Inwiefern das eine Eigenschaft aller unserer Parteiprogramme ist, will ich hier nicht erörtern. In den Zeiten, wo über das Verhältnis des Sozialismus zur Wissenschaft ein nach meiner Meinung ebenso überflüssiger als nach meinem Geschmack recht öder Streit ziemlich mutwillig provoziert wurde, würde eine solche Erörterung zu weit führen, und überdies muß ich fürchten, daß meine Anschauung darüber den allzu „Orthodoxen" ein Abscheu und den allzu „Kritischen" ein Greuel sein würde. Wie sich das aber sonst verhalten möge, das Hainfelder Programm hat jedenfalls nicht allein der gesicherten Erkenntnis, sondern auch dem damaligen Bedürfnis der Partei entsprechen müssen und wollen. Das wird am deutlichsten in der Fassung, in der die Forderung nach dem Wahlrecht auftritt, an die jedesmal eine Verwahrung gegen dessen Überschätzung als Panazee und zugleich die Betonung seines Wertes als Mittel für die Zwecke der Partei im engsten Sinne, für ihre Agitation und Organisation geknüpft wird. Das eine wie das andere ist heute ebenso überflüssig, als es damals notwendig war. Die Anschauung der Partei darüber hat sich nicht geändert, wohl aber ist die Nötigung, sie auszusprechen, weggefallen, nachdem die Wahlrechtsfrage, die damals das Schiboleth der streitenden Gruppen war, heute keinen Gegenstand des Streites bildet. Ähnlich steht es mit dem Punkt Sozialreform, im besonderen Arbeiterversicherung. Hier handelte es sich weniger um eine Auseinandersetzung innerhalb der Partei als um eine Klarstellung gegenüber den gegnerischen Parteien und den Regierungen, die damals noch unter dem frischen Eindruck der Bismarckschen Initiative mit der Arbeiterversicherung sehr viel Sums machten

und sie als „Lösung der sozialen Frage" auszugeben nicht müde wurden. Die Verwahrung dagegen ist angesichts der allgemeinen Ernüchterung heute völlig überflüssig geworden, obwohl die Anschauung der Partei darüber sich nicht geändert hat, ja zu einer auch von vernünftigen Gegnern geteilten geworden ist.

Diese zwei Beispiele mögen genügen, um den Wunsch zu erklären, das Programm möge zeitgemäß umgeformt werden. Dazu kam freilich bei einzelnen Genossen auch der Wunsch, es mögen die Anschauungen der Partei über gewisse Gruppen von Fragen, die es bisher nicht berührte, dem Programm einverleibt werden. Hieher gehört die Forderung nach Aufnahme des Nationalitätenprogramms, eines Agrarprogramms und eines Kommunalprogramms. Die zum Zwecke der Vorbereitung der Programmrevision eingesetzte Kommission hat diesen Wünschen formell nicht ganz genügen zu können geglaubt. Über die uns österreichische Sozialdemokraten so außerordentlich nahe berührende Nationalitätenfrage hat vor erst zwei Jahren der letzte Gesamtparteitag in Brünn ausführlich verhandelt und einen Beschluß gefaßt, dessen Revision gegenwärtig weder nötig noch wünschenswert ist. Die ungeheure Schwierigkeit des Gegenstandes legt nahe, nicht etwa durch Änderung der Stilisierung neuerdings eine völlig überflüssige Diskussion über die nach langem Suchen endlich gefundene und im ganzen allseits befriedigende Formel zu eröffnen. Die einfache Angliederung des Brünner Beschlusses an das Programm erscheint daher empfehlenswert und wird vorgeschlagen. Anders steht es mit dem Wunsche nach einem Agrarprogramm. Man kann sich der Überzeugung nicht verschließen, daß gegenwärtig die Agrarfrage nicht völlig reif ist, jedenfalls nicht in dem Sinne, daß eine wirkliche Einigung über klar und nach allen Seiten durchdachte allgemeine Grundsätze auf diesem Gebiete möglich wäre. Eine prinzipielle und programmatische Festlegung der Partei auf agrarischem Gebiete erscheint darum derzeit nicht angemessen. Für das praktische Bedürfnis der Partei aber genügt vollauf die vom Parteitag der deutschen Organisation in Graz angenommene, eine reiche Fülle von Einzelforderungen enthaltende Resolution, die sich mit der Agrarfrage beschäftigt. Diese soll also dem Gesamtparteitag vorgelegt werden. Eine Festlegung des Kommunalprogramms bietet eine andersgeartete Schwierigkeit in der ungeheuren Verschiedenheit der hier in Betracht kommenden Verhältnisse, insbesondere in dem gewaltigen Unterschied, der in bezug auf den möglichen Wirkungskreis zwischen großen und kleinen Gemeinden besteht. Freilich ließen sich unschwer einige sehr allgemeine Sätze aufstellen: Forderung nach Vermehrung des kommunalen Grundeigentums, kommunaler Produktion und kommunalen Betriebs der Verkehrsmittel, kommunale Verpflegung der Schulkinder und ähnliches. Das erschien aber nicht als ausreichend, um darauf ein allgemein gültiges kommunales Programm zu bauen, und so dürfte diese Arbeit wohl einem künftigen Parteitage vorbehalten bleiben.

Aber der Entwurf des neuen Programms hat allerdings nicht nur die Fassung der einzelnen Forderungen der Partei klarer, vollständiger und zeitgemäßer zu gestalten versucht, sondern hat auch seinen allgemeinen, prinzipiellen Teil einer neuen Stilisierung unterzogen. Der Besprechung dieses Gegenstandes muß ich die Bemerkung vorausschicken, daß sie eine ausschließlich p e r s ö n l i c h e ist. Weder das Verdienst noch die Verantwortung, die der Kommission für den vorliegenden Entwurf zukommen, sollen irgendwie abgeschwächt oder vermindert werden. Da mir aber die Schlußredaktion übertragen wurde, möchte ich nicht, daß andere Genossen dafür verantwortlich sein sollen, inwiefern der nun vorliegende Wortlaut ihrer in der Kommission geäußerten Meinung genau entspricht, und daß sie auf diesen Wortlaut festgelegt werden. Ebenso ist, was nun folgt, zunächst meine persönliche Ansicht, ohne daß ich es darum für ausgeschlossen halte, daß einzelne Mitglieder der Kommission oder deren Mehrheit auch in den Motiven mit mir übereinstimmen. Hoffentlich ist das Gegenteil der Fall.

Das vorausgeschickt, sei sofort ein stilistisches Detail erledigt. Der Entwurf setzt anstatt der Worte „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich" die Worte „Die österreichische Sozialdemokratie". Diese Änderung will eine ausschließlich stilistische sein und in keiner Weise eine Änderung des Wesens oder der Zusammensetzung der Partei bezeichnen. Sie ist auch nichts Neues, denn der Name „sozialdemokratische Arbeiterpartei" findet sich schon längst nirgends anders vor als im Texte des Hainfelder Programms und die Partei nennt sich schon seit Hainfeld in allen offiziellen Veröffentlichungen „österreichische Sozialdemokratie". Das entspringt einfach dem Bedürfnis nach Kürze, das durch die Kompliziertheit unserer Organisation gesteigert wird. Wir müßten eigentlich von einem „Parteitag der deutschen (tschechischen, polnischen usw.) sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich" sprechen. Der Sprachgebrauch, die Praxis hat das geändert und wir sagen längst „Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Österreichs". Diesem Sprachgebrauch soll der Text des Programms angepaßt werden, das ist meine Meinung. Sollte es sich aber herausstellen, daß es Genossen gibt, die fürchten oder hoffen, daß mit dieser Formalität etwas über den veränderten Grad des proletarischen Grundzuges der Partei ausgesagt werde, dann wäre das für den Parteitag vielleicht ein Grund, es bei der alten Textierung zu belassen. Meines Erachtens ist diese Sache sehr wenig wichtig; das Wesen einer Partei spricht sich am allerwenigsten in ihrem Namen aus.

Wichtiger war die Erwägung, inwiefern die Ergebnisse der in Deutschland an den Namen Bernstein anknüpfenden und auch bei uns zwar nicht sehr laut, aber nicht minder eifrig geführten Diskussion eine Änderung der Fassung des Programms nötig machen. Bei genauer Prüfung des alten Hainfelder Textes zeigte sich, daß auch nicht ein einziger seiner Sätze durch den „Kritizismus" oder, wie diese Richtung sich weniger gern nennen hört, die „Bern-

steinerei" erschüttert ist, wie ja übrigens unser Programm bisher von „kritischer" Bemühung dankenswert verschont blieb. Aber ebenso zeigte sich, daß man einige jener alten Sätze heute nicht mehr lesen kann, gerade wegen jener Diskussion, ohne zu empfinden, daß sie dem Mißverständnis und der Unterschiebung ausgesetzt sein können. Bernstein hat bekanntlich neben etlichen wirklichen Verdiensten das vermeintliche, der Erfinder des granum salis zu sein, des Körnchens Salz, mit dem man jeden allgemeinen, generalisierenden Satz — und aus solchen besteht ein Programm — lesen müsse. Wir glauben allerdings, diese Methode schon recht lange zu praktizieren, ohne zu wissen, daß sie „Kritizismus" heiße, und sind gar nicht besonders stolz auf die Entdeckung, daß wir lebenslänglich „Prosa geredet" haben. Aber heutzutage ist es gut vorsichtig zu sein, und darum soll das Programm gerade in diesen diskutierten Gebieten möglichst deutlich und unmißverständlich sein. Hier kommt natürlich vor allem die sogenannte „Verelendungstheorie" in Betracht. Man macht heute ein endloses Gerede darüber, daß der Kapitalismus nicht notwendig absolute Verelendung im Gefolge habe. Uns Älteren war es längst, bevor die „revisionistische" Erleuchtung über uns gekommen, bekannt, daß im Kapitalismus zwei Tendenzen stecken: eine, die das Proletariat der materiellen, geistigen und sittlichen Verelendung zutreibt, und eine, die dasselbe Proletariat dazu treibt, diese Verelendung in allen ihren Formen zu überwinden. Das haben wir nämlich von Marx gelernt, und zwar nicht nur von dem alten Marx, sondern schon von dem des Kommunistischen Manifests. In der Marxschen Anschauung hat nämlich, so haben wir es gelernt, überhaupt nichts „Absolutes" Platz, auch keine „absolute Verelendung"; wir haben das immer als für den dialektischen Gedankengang des Marxismus wesentlich gehalten. Wir meinen auch heute noch, daß ein Programm, dessen wichtigste Pointe es ist, daß es als die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie die bezeichnet, „das Proletariat geistig und physisch kampffähig zu machen", es nicht notwendig habe, sich gegen die Unterstellung zu verwahren, es halte diese Kampffähigkeit für unmöglich, die Verelendung für absolut notwendig. Trotz alledem scheint es uns, daß, da, wie die Erfahrung zeigt, solches Mißverständnis möglich ist, es auch ausdrücklich ausgeschlossen werden soll, und diesem Zwecke soll die neue Fassung genügen. Sie soll aber auch weiter dem subjektiven Element der Empfindung des Proletariats für seine nicht nur absolut niedrige, sondern auch relativ zum wachsenden Reichtum der Gesellschaft sinkende Lebenshaltung Ausdruck geben. Sie soll weiter drittens womöglich klarer als bisher ausdrücken, daß die sozialdemokratische Bewegung, wie sie eine notwendige Wirkung des Kapitalismus, eine bewußte und gewollte Tat des Proletariats ist. Sie sollte auch hier dem abgeschmacktesten aller kritizistischen Mißverständnisse begegnen, als ob die erkannte Notwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung und die Wirkung dieser Erkenntnis auf das Bewußtsein und das Wollen der Arbeiterklasse einen Gegensatz begründe.

Schließlich will aber die neue Fassung noch ein Letztes: sie will ganz bewußt der heutigen Stimmung der Arbeiterklasse Ausdruck geben, die sich von der, die sie im Jahre 1888 beherrschte, allerdings merkbar unterscheidet. Nach meiner Empfindung ist die österreichische Arbeiterschaft heute weit hoffnungsfreudiger geworden, als sie damals war. Sie hat sich politisch, rechtlich und gesellschaftlich eine Geltung erkämpft, die sie damals nicht hatte, ja, sie hat auch materiell in manchen Zweigen und in manchen Orten eine gewisse Hebung ihrer Lebenshaltung teils den Jahren relativer Prosperität zu danken, teils aus eigener Kraft durchgesetzt. Die Arbeiterschaft hat an Glauben an sich gewonnen. Wohlgemerkt, ihr Glaube an sich selbst ist stärker geworden, nicht ihr Glaube an die anderen, was der Unterschied zwischen unserm Optimismus und dem der „Kritiker" ist. Wenn der Ton der vorgeschlagenen Fassung des Programms dieser Stimmung der Arbeiter, diesem Rhythmus der Bewegung Ausdruck gibt, so ist das meines Erachtens sehr angemessen. Wir müssen leider befürchten, daß die Krise, die wir in allen Gliedern spüren, diese Stimmung sehr dämpfen wird; aber sie wird es nur soweit können, als sie sich ihrer tieferen Gründe nicht bewußt ist. Diese Darlegung erfuhr unlängst den Einwand, daß, wenn die Stimmung Einfluß auf das Programm haben soll, wir eigentlich ein Programm für die Zeit der Prosperität und ein anderes für die Zeit der Krise haben müßten, was freilich ein vortrefflicher Witz ist, aber nicht mehr. Denn die Stimmung, die hier gemeint ist, wird in erster Linie nicht von den Schwankungen des Marktes, sondern von dem Kraftgefühl des organisierten Proletariats erzeugt. Freilich wird es Genossen geben, die meinen, ein Parteiprogramm sei und solle sein eine Frucht reiner, objektiver Erkenntnis, nicht mehr, nicht weniger. Diesem Standpunkt gegenüber habe ich kein Argument, sondern nur den frommen Wunsch, ein solches Programm zu erleben.

Damit mögen vorläufig diese Betrachtungen geschlossen sein. Das Schicksal des Entwurfes auf dem Parteitag läßt sich nicht vorhersehen. Mit einiger Befriedigung darf man konstatieren, daß mehr als seit langem eine Diskussion der Genossen über die prinzipiellen Grundlagen im Gange ist, wobei man nur den Wunsch aussprechen möchte, daß diese sehr eifrigen Erörterungen auch in der Parteipresse zum öffentlichen Ausdruck kommen möchten. Die dort bisher laut gewordenen Stimmen werden wir nächstens wiedergeben. Den Eindruck aber hat man heute schon, daß sehr tiefgehende Meinungsverschiedenheiten nicht obwalten und daß die Diskussion auf dem Parteitag allerdings eine ausgedehnte und vielleicht heftige sein werde, daß sie aber keineswegs prinzipielle Gegensätze aufweisen werde. Die Programmrevision geht in der Tat unter dem Zeichen einer vollständigen Einigkeit im Wollen innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie vor sich, und das ist in der Tat wichtiger als diese Revision selbst.

Victor Adler.

# Vor dem Wiener Parteitag.

„Arbeiter-Zeitung" vom 1. November 1901.

Morgen wird das internationale Parlament der Arbeiterschaft Österreichs zusammentreten. Ein bewegtes, aber unfruchtbares und darum trauriges Stück Geschichte ist an den Völkern Österreichs vorbeigezogen, seit vor zwei Jahren der letzte sozialdemokratische Gesamtparteitag in Brünn beisammen war, zur selben Stunde, da das verbrecherische Ministerium Thun in den letzten Zügen lag. Seither kämpft dieser Staat in tausend Sorgen von Stunde zu Stunde um seines Lebens armselige Notdurft. Alle Künste der Pfiffigkeit werden verschwendet, um die chauvinistische Bestie im Zaum zu halten, aber der Mut fehlt, das allein Notwendige zu tun, die Exzesse der Nationalen unmöglich zu machen, indem man die Nationen freigibt, um den Wahnwitz der Völkischen zu bändigen, indem man die Völker entfesselt. So ist die Arbeiterklasse in Österreich an einen Staat gekettet, in dem der Wille zum Leben nur kläglich flackert und jeden Moment zu verlöschen droht. Wo der kühnste Schwung der modernen Ideen nötig wäre, sind wir durch tausend Rückständigkeiten verdammt, erbärmlich am Boden zu kriechen. Ein hartes Los ist dem Proletariat in Österreich beschieden, und es braucht aller Jugendkraft der Klasse, der die Zukunft gehört, daß sie auf diesem Boden ihre Aufgabe erfülle. Aber die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei verbürgt, daß trotz des widrigsten Geschickes der Arbeiterklasse dieses Landes eine Zukunft beschieden ist, ja wir dürfen stolz auf diesen Gesamtparteitag hinweisen, der dafür Zeugnis gibt, daß die vorbildliche Lösung des nationalen Problems den Proletariern zu ihrem Teile gelungen ist, des Problems, an dem alle Gewalt und alle List der Herrschenden im Lande scheitert.

An dem Gesamtparteitag der Sozialdemokratie werden die Vertreter der Arbeiter aller Nationen in diesem Lande teilnehmen und seine Verhandlungen werden zeigen, welche feste Klammer die gemeinsamen Klasseninteressen und Kulturbedürfnisse sind. Die Arbeiterschaft hat nicht Lust, an der allgemeinen Fäulnis zugrunde zu gehen, und trotz aller furchtbaren Schwierigkeiten führt sie mit zäher Energie den Kampf. Die Rechenschaftsberichte aller unserer nationalen Organisationen werden dem Parteitag ein Bild mühseligen, aber unablässigen Fortschrittes vorführen. Man muß diese schlichten Berichte zu lesen verstehen, die von der Summe der Tagesarbeit erzählen, in nüchterner, ungeschminkter Sprache, die nichts verhüllen, keinen Mangel, keinen Mißerfolg verschweigen, aber die durchtränkt sind von jener Zuversicht, die weiß, daß sie ihre Sache durchsetzen wird, weil sie sie durchsetzen muß. Es ist erhebend zu überblicken, welche Summe von Kulturarbeit von den Zehntausenden von arbeitenden Männern und Frauen geleistet wird, die im Dienste unserer Organisation stehen.

Den Mittelpunkt der Arbeit unseres Parteitages wird die Beratung über das Parteiprogramm bilden. Ein Häuflein

gehetzter und verfolgter Männer war es, das am Neujahrstag 1889 sich einigte auf jenes Hainfelder Programm, das uns der Leitfaden ward in allen Wirrnissen des Tages, das uns den festen Boden gab in unseren schweren Kämpfen. Heute ist die Sozialdemokratie zu einer weitverzweigten Organisation geworden, zur größten Partei in diesem Staate; unzählige neue Aufgaben und Pflichten sind ihr erwachsen; was einfach schien, ist kompliziert geworden, der scheinbar gerade Weg zum Ziel erweist sich als mannigfach verschlungen. Aber die Grundanschauungen der Sozialdemokratie sind dieselben geblieben, und wenn sie darangeht, ihr Programm zu überprüfen, so ist sie dazu nicht veranlaßt durch Meinungsverschiedenheiten, die den Kern ihrer Überzeugung in Frage stellen, sondern durch das Bedürfnis, das historische Gewand abzustreifen, in dem sie vor dreizehn Jahren ihren Ausdruck fanden. Auch das Programmwerk dieses Parteitages wird historisch bedingt sein und es ist das gute Recht jeder Generation, in ihrer Sprache zu reden. Das Vorspiel, das die Programmdiskussion in der Presse gehabt hat, läßt darauf schließen, daß auf dem Parteitag ernste, in die Tiefe der Dinge greifende Erörterungen bevorstehen, würdig der Sozialdemokratie, die sich nicht damit begnügt, gleich anderen Parteien Forderungen zu reihen, wie sie der Zufall des Tages ihnen zuträgt, sondern die sich begreifen will als der Ausdruck des Wissens und Wollens, der geschichtlichen Mission des Proletariats. Möge diese Diskussion zeigen, daß die österreichische Sozialdemokratie nicht nur an Umfang gewachsen, sondern daß sie auch in die Höhe gediehen ist.

So begrüßen wir denn die Vertrauensmänner der zielbewußten Arbeiterschaft unseres Landes, die Vorkämpfer in dem heiligen Streit gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Möge gutes Gelingen ihr Werk begleiten zum Wohle des Proletariats aller Zungen!

# Revision des Parteiprogramms.

Referat auf dem Gesamtparteitag 1901.

Wenn wir heute auf der Tagesordnung den Punkt „Revision des Parteiprogramms“ haben, so ist das nicht die Schuld absolut zwingender Umstände. Ich erkläre das deshalb, damit die Genossen die ganze Frage von allem Anfang an vom richtigen Gesichtspunkt aus betrachten. Wir waren bis heute mit dem Hainfelder Programm ganz zufrieden, darüber ist gar kein Zweifel. Das Hainfelder Programm war der Ausdruck nicht nur unserer damaligen Überzeugungen, sondern auch der Ausdruck der Stimmungen in der Partei, der Ausdruck des Rhythmus, in dem die ganze sozialdemokratische Arbeiterbewegung jener Zeit vor sich ging. Obwohl sich aber in der Partei und in Österreich in diesen 13 Jahren sehr vieles geändert hat, sind wir mit dem Hainfelder Programm bisher ganz gut ausgekommen. Aber warum sind wir damit so gut aus-

gekommen? Der Grund ist einfach der, daß das Programm heute nicht mehr in dem Grad in der Partei lebendig ist, als es im Anfang war. Das Programm ist nach und nach zu einer Art Reliquie für uns geworden. Es ist in jenem Teil, der sich auf die Fassung der einzelnen Forderungen bezieht, vielfach als etwas Gewesenes angesehen worden. Unberührt von dieser Wandlung blieb allerdings die Prinzipienerklärung, um die es sich uns heute vornehmlich handelt.

Wenn wir jetzt eine Revision des Parteiprogramms vornehmen wollen, so ist das, wie bereits erwähnt, nicht deshalb, weil wir das Bedürfnis haben, unsern Grundanschauungen einen andern Ausdruck zu geben. Dieses Bedürfnis war wirklich nicht vorhanden, nicht nur weil wir heute noch auf demselben Standpunkt stehen wie damals, sondern auch und vor allem deshalb, weil der theoretische und prinzipielle Inhalt des Programms durch viele Jahre gar nicht mehr der Gegenstand einer ernsten Erörterung in der Partei gewesen ist. (Richtig!) Täuschen wir uns darüber nicht. Wir haben durch viele Jahre einen widerwärtigen Kleinkrieg zu führen gehabt, wo nicht nur der Boden für unsere Tätigkeit erst erkämpft werden mußte, sondern wo sogar der Rahmen für unsere Tätigkeit, der Staat selbst, fortwährend in Frage stand. Und wir haben uns in dieser Zeit mit prinzipiellen Erörterungen und — um die volle Wahrheit zu gestehen — auch mit prinzipieller Agitation nicht in dem Maße befaßt, als das unsere Pflicht gewesen wäre.

Der Wunsch, das Parteiprogramm zu ändern, ist also nicht aus einem tiefen theoretischen Bedürfnis der Partei hervorgegangen, er ist aber auch nicht, wie Genosse Bebel gestern irrtümlich anführte, in Zusammenhang zu bringen mit jenem Prinzipienstreit, der jetzt in Deutschland durchgekämpft wurde*). Keine Spur! Jener Wunsch hat mehrere Ursachen, die aber wirklich mit den Prinzipien wenig zu tun haben. Zunächst hat eine Reihe von Genossen gefunden, und zwar ganz mit Recht, daß die Einteilung des Programms in eine Prinzipienerklärung und zwei Resolutionen unhandlich ist, und dann — was wir schon seit dem Parteitag im „Hotel Union" immer wieder zu hören bekamen — hat man immer gewünscht, unser Programm derart zu adaptieren, um unter die agrarische Bevölkerung leichter eindringen zu können. Und das war schon seit vielen Jahren der Hauptgrund, warum man immer nach einer Revision des Programms verlangte. Lesen Sie nur die Rede, mit der vor zwei Jahren Genosse Dr. Ellenbogen seinen Antrag auf Einsetzung der Programmkommission begründete**)!

*) Bebel, der als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie anwesend war, stellte dann fest, er habe nicht gesagt, daß die Revision des Programms durch die revisionistischen Bestrebungen veranlaßt worden sei. Das wäre auch unrichtig. Er habe bloß gesagt, daß die Revision mit dadurch veranlaßt wurde. Im übrigen wolle er Adler, wenn das zu seiner Beruhigung nötig sei, erklären, daß er sogenannte Bernsteinerei in dem Entwurf nicht erblicken könne.

**) Auf dem Parteitag in Brünn stand als besonderer Punkt auf der Tagesordnung die Wahl einer Kommission zur Revision des Partei-

Merkwürdig ist es allerdings, daß gerade der Wunsch, das Programm so zu ändern, daß man damit unter die Bauern gehen könne, von der Kommission am allerwenigsten berücksichtigt werden konnte. Meine Überzeugung aber war es immer und ist es auch heute, daß wir nicht zu den Bauern und den Kleinbürgern gehen und ihnen entgegenkommen können, sondern daß wir vielmehr warten müssen, bis die Bauern und Kleinbürger zu uns kommen. Ich bin nicht dafür, den Leuten einzureden, daß wir uns ihnen anpassen werden, sondern wir müssen ihnen klarmachen, daß unsere Interessen auch die ihren sind. Solange sie das nicht einsehen, müssen wir eben darauf verzichten, in umfangreicherem Maße Bauernagitation zu treiben. Parteigenossen! Wir haben in der industriellen Arbeiterschaft aller Kategorien in allen Ländern, hauptsächlich aber bei uns in Österreich, noch so viel zu tun, daß wir sehr gut daran tun, all unsere Kraft auf diese zu konzentrieren. Aber das nur nebenbei.

Sie werden nun fragen: Ja, wenn kein unbedingter Zwang da war, an dem Programm eine Änderung vorzunehmen, wenn am allerwenigsten ein zwingender Grund da war, eine Änderung an der heute so viel umstrittenen Prinzipienerklärung eintreten zu lassen, wozu dann der ganze Streit? Dann haben ja doch diejenigen recht, die jetzt nach 13 Jahren in unserer alten Hainfelder Prinzipienerklärung plötzlich alle möglichen bisher unentdeckten Schönheiten gefunden haben, dann bleiben wir dabei und zerbrechen wir uns weiter die Köpfe nicht. Nun, ich bin etwas entgegengesetzter Ansicht.

Was ist denn ein Programm? Ein Programm ist nicht nur der Ausdruck einer gemeinsamen Überzeugung und des gemeinsamen Willens einer Partei, sondern es ist auch ein bestimmter Ausdruck, eine bestimmte Ausdrucksweise dieser Überzeugung und dieses Willens. Und wenn ich es auch als richtig anerkenne, daß die Überzeugung und der Willen der Partei, daß unsere Grundanschauungen unverändert geblieben sind, so glaube ich darum doch nicht, daß diese Grundanschauung nicht in sehr verschiedener Art ausgedrückt werden kann. Bei allen Kämpfen, die in andern Ländern geführt werden, hauptsächlich aber bei dem Kampfe, der sich jetzt zu meiner großen und aufrichtigen Befriedigung hier in Österreich an die Revision des Parteiprogramms geknüpft hat — von Deutschland will ich gar nicht reden, die mögen sich das dort selbst ausmachen —, handelt es sich nicht um die Grundanschauungen, sondern ausschließlich darum, welcher Ausdruck diesen zu geben ist. So unerbittlich ich nun in dem Verlangen bin, daß jeder, der sich zur Partei rechnet, unsere Grund-

programms, nachdem der Parteitag in Linz 1898 beschlossen hatte, eine solche Revision der Parteiprogramms vorzunehmen. Dr. Ellenbogen referierte darüber. Es wurde beschlossen, ohne Debatte eine Kommission zu wählen, die dem nächsten Gesamtparteitag berichten sollte. In die Kommission wurden Dr. Adler, Dr. Ellenbogen, Steiner (Prag), Daszynski und Schuhmeier gewählt.

anschauungen voll und ganz, nicht bis auf das I-Tüpfelchen — auf das lege ich gerade keinen Wert —, sondern bis in das Innerste seines Gehirns und seines Herzens teilt, so daß er unbewußt mit uns handeln und mit uns denken muß — so wenig strenge bin ich in bezug darauf, welchen Ausdruck man für diese Grundanschauungen wählt.

Und warum? Ich gehöre nicht zu den ganz alten Leuten in der Partei, aber ich fange doch schon an, zu den alten Leuten der Partei zu gehören, und die Zeit, die ich in der Partei zugebracht habe, hat mich belehrt, daß auch in den Köpfen der Arbeiter — und auf die kommt es mir in allererster Linie an — sich die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Grundanschauungen über diese gesellschaftlichen Verhältnisse verschieden spiegeln und spiegeln müssen. Ich habe viele Wandlungen in unserer Partei erlebt, aber die Grundanschauungen sind immer dieselben geblieben, nur die Instrumentierung, die Betonung, vielleicht auch der Rhythmus, in dem sie vorgetragen wurden, wurde zeitweise ein anderer. Das sind gewiß sehr wichtige Dinge, aber darin besteht eben die Wandlung, die auch Programme von Zeit zu Zeit über sich ergehen lassen müssen, wenn sie wirklich ein Bild der Partei sein sollen.

Wenn Sie aber heute an eine Programmrevision gehen, wenn Sie heute andere Ausdrücke wählen, als sie im Hainfelder Programm gestanden sind, wenn Sie das sagen, was Sie heute zu sagen haben, dann rufe ich Ihnen vor allem zu: Sprechen Sie die Wahrheit! Sprechen Sie so, wie es in Ihrem Innern aussieht, und lassen Sie sich nicht einschüchtern weder durch die angeblichen Errungenschaften einer neuen Wissenschaft, deren Triftigkeit mir sehr zweifelhaft erscheint, noch durch die Drohung von der andern Seite, daß jede Abweichung vom Hainfelder Programm Zaghaftigkeit und weiß Gott was für Verbrechen an der Partei bedeuten würde. Sagen Sie ehrlich, wie Sie es heute meinen, und gestehen Sie ehrlich, ob Sie heute das Hainfelder Programm Satz für Satz mit denselben Augen lesen und mit denselben Ohren hören wie im Jahre 1889. Ich habe die Empfindung, daß dies heute nicht der Fall ist.

Wie haben wir damals ausgesehen? Wir sind in Hainfeld zusammengekommen, eine Anzahl von Leuten, die erst selbst gewissermaßen einzeln erobert werden mußten; verfolgte Menschen nicht nur, sondern auch Menschen, die sich selbst aus dem Zerfall der alten Fraktionen erst wieder eine geschlossene Anschauung herausarbeiten mußten. Wir standen alle unter dem Eindruck vollständig verzweifelter Verhältnisse, ohne jede Möglichkeit einer äußeren Betätigung, ja, auch ohne jede sichtbare Hoffnung auf eine Ausbreitung der Partei in dem Sinne, wie wir sie wollten, und zugleich mit der festen Überzeugung, daß dies doch geschehen müsse, trotz alledem.

Diese verzweiflungsvolle Stimmung spricht sich natürlich in dem Programm aus. Es spricht sich aber darin auch noch etwas anderes aus. Ich werde Sie ja gewiß nicht gegen das Hainfelder Programm

einnehmen, das ist weder meine Absicht, noch bin ich gerade persönlich dazu berufen, ich glaube vielmehr in der Tat, das Hainfelder Programm ist ein sehr gutes Programm. Aber was ihm heute alles Schöne nachgesagt wird, das haben wir uns in seinen besten Zeiten nicht eingebildet. Es heißt heute: Es ist ein Programm von Marmor; es ist ein geschlossenes Kunstwerk; es läßt sich da kein Satz herausnehmen, ohne daß dem ganzen Programm Abbruch geschähe. Hier sei jedes Wort Kunst und Kunst und wieder Kunst! (Heiterkeit.) Ich muß gestehen, es ist wirklich ein Wunder, daß ich nicht den Größenwahn bekomme darob, was für ein Künstler ich damals gewesen bin, und daß ich andererseits nicht eine gewisse Geringschätzung von mir bekomme, darüber, wie sehr ich seit damals heruntergekommen bin. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn ich auf das Programm selbst eingehe, so will ich, um einer Reihe von Genossen einen Alp von der Brust zu nehmen, folgendes erklären: Als wir an die Revision des Programms gingen, hatten wir neben dem natürlichen Wunsche, die Sache so gescheit wie möglich zu machen, auch den Wunsch, in bezug auf die Schönheit des Programms, was ja so sehr geschätzt wird, das Möglichste zu leisten. Mir, dem alten Marmorkünstler von Hainfeld (Heiterkeit), schien es, daß es diesem Wunsche widerspricht, wenn wir alle die Anhängsel dem alten Namen unserer Partei anfügen, welche durch unsere komplizierte nationale Parteiorganisation notwendig geworden sind.

Aus diesem Grunde wollten wir unsern alten langen Namen gegen den gebräuchlicheren kürzeren eintauschen*). Eine Partei, die in ihrem Programm sagt, daß die Trägerin der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung die organisierte Arbeiterschaft ist, die kann allerdings ganz wohl den Namen „Arbeiterpartei" tragen, sie kann aber ebensogut auf diesen Namen verzichten. Seit jeher habe ich aber nicht nur den Gedanken, sondern auch den Empfindungen der Arbeiterschaft meine Aufmerksamkeit zugewandt. Nachdem wir nun die Erfahrung gemacht haben, daß diese Änderung des Namens zwar nicht die Befürchtung erweckt, es werde dadurch eine Änderung des Wesens der Partei herbeigeführt, wohl aber, daß es Ihre Empfindungen verletzt, wenn dieser historisch gewordene Name geändert werden soll, so hat die Kommission einstimmig beschlossen, die vorgeschlagene Änderung des Namens zurückzuziehen. (Beifall.)

Auf den Entwurf ist in den letzten Wochen ein Freischießen veranstaltet worden (Heiterkeit), das meinem Werk immerhin einige Wunden zugefügt hat. Wenn es aber dem Entwurf so genützt hat, wie unzweifelhaft der Partei, so bin ich durchaus zufrieden.

*) In dem Entwurf hieß es im Anfang: „Die österreichische Sozialdemokratie erstrebt..." Das beschlossene Programm begann ebenso wie die Hainfelder Prinzipienerklärung: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erstrebt..."

Unser Entwurf läßt zunächst einige Verwahrungen bezüglich des Parlamentarismus und der sozialen Reformgesetze fallen. Nun wurde das von einem Genossen, der den Entwurf sehr billigt, damit begründet, wir hätten vor 13 Jahren andere Anschauungen über Parlamentarismus und Sozialreform gehabt, und deshalb müsse auch das Programm geändert werden. Ich bin nun der Anschauung, daß sich, insofern der Ausdruck über das Wahlrecht und das Parlament im Hainfelder Programm unserer Grundanschauung entsprach, daran nicht viel geändert hat. Wir halten auch heute das Parlament nicht für einen gebahnten und sicheren Weg zur Erreichung unserer Forderungen, wir sind auch heute nicht geneigt, den Wert des Parlaments zu überschätzen, obwohl gewisse Dinge vorkommen, angesichts deren Genosse Kristan*) mit Recht dem Wunsche Ausdruck gab, daß die Genossen sich ab und zu den betreffenden Absatz des Hainfelder Programms durchlesen mögen. Wir in Österreich kommen wenig dazu, das Parlament zu überschätzen, aber wir müssen, wie die Dinge bei uns liegen und wie Genosse Pernerstorfer gestern ganz richtig bemerkt hat, dieses Parlament halten, da es ausgeschlossen ist, daß, wenn wir es erschlagen, etwas Vernünftigeres darauf folgt. Aber von einer Überschätzung des Parlaments ist auch heute keine Rede.

Früher haben die Radikalen die Gemäßigten beschuldigt, daß es sich ihnen nur darum handle, gewählt zu werden, daß sie im Parlamentarismus den einzigen Weg zum Ziele sehen; man warf ihnen vor, daß sie die Partei korrumpieren, daß sie überhaupt keinen Sinn für wirtschaftliche Fragen hätten usw. Heute überschätzen wir den Parlamentarismus nicht mehr und darum war die Verwahrung gegen eine solche Überschätzung, so notwendig sie auch in Hainfeld gewesen ist, ganz überflüssig.

Mit der Sozialreform steht es ebenso. Ich will Ihnen nur ein paar Sätze aus dem Hainfelder Programm vorlesen. Da heißt es:

„Was heute vorzugsweise »Sozialreform« genannt wird, die Einführung der vom Staat organisierten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: die teilweise Überwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Übungsstätten der Organisationen und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

*) Etbin Kristan, der Führer der slowenischen Sozialdemokratie.

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst teuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen »Sozialreform«. Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstand und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird", und so weiter.

Es steht da nicht ein Wort, das ich nicht heute ebenfalls unterschreiben würde, aber ich würde diese Rede, die da im Programm gehalten wird, heute nicht halten, weil sie überflüssig ist. Sie dürfen nicht vergessen, daß diese Rede im Jahre 1888 gehalten wurde, damals, wo man unter Sozialreform — das Wort steht im Hainfelder Programm bezeichnenderweise unter Gänsefüßchen — die spezifisch Bismarcksche Sozialreform verstanden hat, und diese ganze Überschätzung der Arbeiterversicherung, der Schwindel, der damit getrieben wurde, indem man mit der Arbeiterversicherung die soziale Frage lösen wollte, hat es veranlaßt, daß das Hainfelder Programm vor einer Überschätzung warnte. Heute hat sich gezeigt, daß das Minimum, das diese Arbeiterversicherung bietet, eine wirklich einschneidende Änderung in der Klassenlage des Proletariats nicht herbeiführen kann. Heute ist also jene Polemik überflüssig. Aber wahr ist sie auch heute noch, und wenn heute jemand käme und uns sagen wollte, wir könnten durch die Altersversicherung die Befreiung der Arbeiterklasse herbeiführen, so würden wir ihm dasselbe sagen, was im Hainfelder Programm steht. Aus diesen beiden Beispielen sehen wir schon, daß ein Programm nicht nur abhängt von den Gedanken, die darin zum Ausdruck kommen, sondern daß es auch der Ausdruck der Stimmung der Arbeiterschaft in jenem Moment ist, wo es ausgesprochen wird.

Bevor ich zum eigentlichen prinzipiellen Teil übergehe, möchte ich Sie bitten, keine Rechthaberei zu treiben. Auch ich steife mich nicht auf Worte, ich bin vielmehr vollkommen überzeugt, daß das, was ich sage, nicht nur in dieser, sondern auch in anderer Weise ausgedrückt werden kann. Ich halte es für verfehlt, gewisse Worte als ein Schiboleth zu bezeichnen, von dem es abhängt, ob man ein weißes Lamm oder ein schwarzer Bock ist, weil ich überzeugt bin, daß nichts die Gedankenlosigkeit mehr fördert als das.

Jetzt lesen Sie einmal den Entwurf, und zwar lesen Sie ihn so, wie er einzig und allein gerechter- und vernünftigerweise gelesen werden muß, das heißt, lesen Sie ihn für sich, lesen Sie ihn nicht als eine Abänderung des Hainfelder Programms, das er nicht ist und nicht sein will, lesen Sie ihn als ein neues Programm, das Ihnen vorgeschlagen wird.

Denn wenn wir bei jedem Worte begründen müßten, warum wir früher so und heute anders sprechen, kommen wir in eine philologische Kleinkrämerei hinein, und ich gestehe Ihnen, daß ich für viele Änderungen keine andere Begründung habe, als daß es mir so besser gefallen hat. Warum, weiß ich selber nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß es nur einen allein vernünftigen Text gibt, und weiß, daß ich ganz dasselbe in meiner Sprache sage, was andere in ihrer Sprache sagen. Ich habe mit vollem Bewußtsein in der „Arbeiter-Zeitung" den neuen Entwurf abgedruckt, ohne das alte Programm danebenzusetzen, und ich gestehe Ihnen offen, daß ich mir dabei dachte, bis man das alte Programm herausklaubt, werden zwei oder drei Tage vergangen sein, und diese paar Tage gewinne ich für eine unbefangene Beurteilung des Entwurfes. Hernach ist es ohnehin gar. (Heiterkeit.) Es hat übrigens ein bißchen länger gedauert. (Heiterkeit.)

Und nun lesen Sie einmal den Entwurf, und sagen Sie mir, wenn Sie ihn gelesen haben, ob darin ein Gedanke fehlt, den Sie darin haben wollen, oder ob etwas darin ist, was Sie nicht darin haben wollen*).

Der Berichterstatter verliest die ersten fünf Absätze des Entwurfes und fährt dann fort:

Ich habe Ihnen das vorgelesen, um mir selbst davon eine Vorstellung machen zu können, wie es sich denn ausnimmt, wenn man dieses Programm in einer großen Versammlung verliest, wie ich das Hainfelder Programm hundertmal verlesen und erklärt habe. Das war gewissermaßen eine Prüfung für mich, und ich habe den Eindruck gewonnen, daß man das ganz gut so sagen kann.

Und nun noch ein Geständnis. Als ich von der Kommission mit der Verfassung des Entwurfes beauftragt wurde — über die Diskussion in der Kommission will ich nicht sprechen — bin ich nicht, wie Sie meinen, über die Bücher gegangen und habe mir nicht aus der Parteiliteratur herausgesucht, wie man das am besten sagt, sondern ich habe mich auf mich selbst verlassen. Ich war überzeugt: „Der Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt." (Lebhafte Heiterkeit.) Erst wie die Diskussion über den Entwurf begann und mir meine Sündhaftigkeit auf jeder Seite und fast in jedem Worte des Entwurfes nachgewiesen wurde (Heiterkeit), habe ich in die Bücher hineingeschaut, ob ich wirklich auf einen solchen Irrweg gekommen bin. Nun muß ich Ihnen gestehen, daß ich allerdings schon vor Beginn der Diskussion einen wirklichen stilistischen Fehler entdeckt habe, der zu einer falschen Auffassung führen kann, und dieser Fehler wurde mir dann auch von Zetterbaum, Max Adler und Kautsky immer wieder vorgehalten. Es ist das Wort „müssen", auf das ich noch später

*) In dem offiziellen Protokoll des Parteitages ist sowohl die Hainfelder Prinzipienerklärung, wie der Entwurf der Kommission (unter den Anträgen Seite 50 und 52), dann die Abänderungsanträge und ganz am Anfang das beschlossene Parteiprogramm abgedruckt.

zurückkommen werde*). Aber sonst bekenne ich mich ganz und gar nicht schuldig. Der Entwurf entspricht meines Erachtens nicht nur vollständig unsern theoretischen Anschauungen, er entspricht auch vollständig unserer Zeit, und allen Kritiken, die da, gewiß in der besten Absicht, geübt wurden, lassen sich Gegenkritiken gegenüberstellen, die zum mindesten nicht weniger vernünftig sind.

Zwei Punkte sind es vor allem, um die gestritten wird. In meinem Entwurf wird in zwei Sätzen eine Schilderung des heutigen Gesellschaftszustandes unternommen. Es heißt da zunächst: „Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch in steigendem Maße abhängig von den Besitzern der Arbeitsmittel ...“ Der zweite Satz ist folgender: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichtums.“ Diese zwei Sätze sind an sich nicht angefochten worden. Ja, mein Freund Kautsky hat sogar gesagt, als wissenschaftliche These sei der zweite Satz tadellos. Und auch dem ersten Satze hat er nur das vorzuwerfen gehabt, daß er auch anders gedeutet werden könne. Ich halte den zweiten Satz nicht nur für richtiger als die ganze Elendschilderung im Hainfelder Programm — worauf wir noch zu sprechen kommen werden —, sondern ich muß Ihnen sagen, ich begreife eigentlich gar nicht, wie er im Hainfelder Programm überhaupt fehlen konnte.

Beschäftigen wir uns ein bißchen mit dem „Elend“. Wenn wir auch unser Programm nicht unter dem Einfluß des Bernstein-Streites der Revision überwiesen haben, so ist es doch selbstverständlich, daß die Revision unter dem Einfluß dieser die Presse und uns alle beschäftigenden Diskussion durchgeführt worden ist. Aber wir haben ja die Elendstheorie nie so mißverständlich aufgefaßt.

Aber ich möchte den Genossen Kautsky, der meinen Satz für wissenschaftlich tadellos erklärt hat, fragen, ob er heute noch in der Lage wäre, den Satz des Hainfelder Programms — daß der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er politisch den Klassenstaat bedeutet, ökonomisch steigende Massenarmut und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten bedeute — für ebenso wissenschaftlich tadellos zu erklären. Das kann er nicht. Ich habe jetzt auch meine Bücher studiert, und ich würde ihm, wenn er es täte, gleich nachweisen, daß er sich in Gegensatz stellt nicht nur zu Engels, sondern auch zu sich selbst.

*) In dem Entwurf hieß es, das Proletariat komme immer mehr zum Bewußtsein, „daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden müssen...“

Parteigenossen! Mit dem Elend ist es ein Elend! (Heiterkeit.) Das habe ich in dieser ganzen Zeit zu spüren bekommen. Genosse Kautsky hat acht Tage, bevor er meinen Entwurf kritisch bearbeitet hat, einen alten Aufsatz von Engels veröffentlicht, worin der Entwurf zum Erfurter Programm ebenso behandelt wurde. Allerdings hat es der Verfasser des Erfurter Programms besser gehabt, weil die Kritik seines Entwurfes damals nicht veröffentlicht wurde. (Heiterkeit.) Damit will ich meinem Freunde Kautsky natürlich keinen Vorwurf machen, denn ich habe ihn ja selbst um seine Kritik gebeten. Engels schreibt nun in seiner Kritik: „Es ist nicht richtig, daß das Elend der Proletarier immer größer wird. Das Wachstum der Organisation wird dem Wachstum des Elends vielleicht einen Damm entgegensetzen, was aber sicher wächst, das ist die Unsicherheit der Existenz der Proletarier."

Also das mit dem „Wachstum des Elends" hat dem Engels nicht recht gepaßt. Genosse Bernstein glaubt mir nur diesen Satz in seinem letzten Aufsatz in einer Fußnote präsentieren zu müssen, gewissermaßen als Hilfstruppe für den Entwurf, und er setzt hinzu: „War am Ende schon Engels ein Bernsteinianer?" Ich sage, das geht daraus nicht hervor, sondern nur das, daß die ganze Elendskritik Bernsteins überflüssig war. Wozu der Lärm, wenn das die Alten ohnedies schon gewußt haben? (Beifall.) Aber sicher ist auf jeden Fall, daß der Satz vom wachsenden Elend wissenschaftlich nicht zu halten ist. Im Vorwort zu „Lohnarbeit und Kapital" sagte Engels im Jahre 1899 — Kautsky hat diese Stelle wiederholt zitiert —, daß der Anteil der Arbeiterklasse am Produkt entweder nur unbedeutend oder gar nicht steigt und „unter Umständen" sogar fallen kann.

Von einem stetig wachsenden Massenelend ist da keine Rede, im Gegenteil, es heißt an einer andern Stelle: „Die Spaltung der Gesellschaft bewirkt, daß diese Gesellschaft in ihrem eigenen Überfluß erstickt, während die große Mehrzahl ihrer Glieder kaum oder nicht einmal vor dem äußersten Mangel geschützt ist. Dieser Widerspruch wird mit jedem Tage widersinniger. Er muß beseitigt werden, und er kann beseitigt werden."

Ich will Sie nicht mit Zitaten ermüden. Aber eines möchte ich noch tun. Nachdem man das Hinauswerfen des Satzes von dem wachsenden Elend als Zaghaftigkeit und Schwächlichkeit bezeichnet, möchte ich doch denjenigen, für welche Gedrucktes eine gewisse Beruhigung enthält, ganz klar aus unsern klassischen Schriftstellern — und dazu rechne ich vor allem auch Kautsky — nachweisen, wie sie sich zu diesen Fragen stellen. Kautsky hat mit Bernstein eine lange Polemik geführt, um die ich ihn gewiß nicht beneide, und da hat er schließlich auch einen Streit über die Bedeutung des Wortes „Elend" gehabt. Und da sagt er, daß das

Wort von der Zunahme des Elends im Sinne einer Tendenz richtig ist. Darüber sind wir uns alle einig, daß der Kapitalismus die Tendenz hat, die Arbeiter zu verelenden — das spüren wir ja alle — und daß diese Tendenz zum Ausdruck käme, wenn nicht neben einer Reihe untergeordneter Gründe vor allem das Proletariat da wäre mit seiner Selbstbewegung und dem ihm immanenten Widerstand gegen die Verelendung. Aber so wie die Verelendung eine notwendige Tendenz ist, so ist auch die widerstreitende Tendenz eine absolut notwendige, und darum ist es eine unwahre Behauptung, durch die wir übrigens nur unsere Position schwächen, wenn wir vom wachsenden Elend sprechen. Sie sagen, es gehe heute der Arbeiterklasse schlechter als vor zehn Jahren, und in weiteren zehn Jahren werde es ihr noch schlechter gehen. Genossen! Sie, die Sie unter den Arbeitern leben und deren Verhältnisse genau kennen, blicken Sie einmal in die Vergangenheit und sagen Sie mir: Entspricht es Ihren Empfindungen, daß die Klassenlage der Arbeiter heute eine schlechtere ist als vor zehn Jahren und daß die Arbeiter erfüllt sind von der Überzeugung, in zehn Jahren werde sie noch schlechter sein? Aber Sie sagen damit nicht nur, daß es den Arbeitern heute schlechter gehe wie vor zehn Jahren, sondern auch, daß es damals besser war wie heute. Ist das wirklich wahr? Ich frage namentlich die Genossen von den großen Branchen, ob die Lebenshaltung der Arbeiter bei ihnen heute wirklich schlechter ist als vor zehn Jahren; fragen Sie unsere Arbeiter, ob sie in ihrer ganzen Lebenshaltung mit der vor zehn Jahren tauschen würden?

Nun weiß ja auch Kautsky, daß das mit dem Worte vom „wachsenden Elend" nicht geht, und darum sagt er in seinem „Erfurter Programm": „Das Wort Elend kann physisches Elend bedeuten, es kann aber auch soziales Elend bedeuten. Das physische Elend wird an den physiologischen Bedürfnissen gemessen, die allerdings nicht so große Unterschiede aufweisen wie die sozialen Bedürfnisse, deren Nichtbefriedigung soziales Elend erzeugt ... Ist aber die Erhebung der Arbeiterklasse aus dem physischen Elend ein langsamer Prozeß, dann folgt daraus schon ein stetes Wachstum der Zunahme ihres sozialen Elends, denn die Produktivität der Arbeit wächst ungemein rasch." Ist das nicht genau das, was der Entwurf sagt? Es heißt das nichts anderes, als daß die Arbeiterklasse in steigendem Maße von den Fortschritten der Kultur, die sie selbst erzeugt, ausgeschlossen wird, daß die Lebenshaltung der Bourgeoisie rascher steigt als die des Proletariats.

An einer andern Stelle wieder sagt Kautsky: „Aus dem sozialen Elend, aus dem wachsenden Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Lebenshaltung ..." Kautsky definiert also geradezu das Wort Elend, wenn es überhaupt mit dem Begriff des Wachsens verbunden bleiben soll, aus dem Gegensatz heraus, zwischen

dem Anwachsen der Produktivkraft und dem nicht nachkommenden Steigen der Lebenshaltung des Proletariats. Wahrscheinlich habe ich diese Definition von Kautsky gelernt wie so vieles andere. Aber ich brauchte sie gar nicht zu lernen, weil ich ein Agitator bin, der in Hunderten von Versammlungen gesprochen hat. Und ich habe den Leuten nie gesagt: „Es geht euch jeden Tag schlechter, und die guten Zeiten sind vorüber!" Diese Philisterklage über die schlechten Zeiten überlasse ich andern. Ich habe aufgereizt: Schaut euch an, wie es in der Welt ausschaut, wie der Reichtum wächst, den ihr erzeugt, und dann schaut euch an, was man euch gibt; im besten Fall einen Brocken, daß es euch ein bißchen besser gehe, der aber keinen Vergleich aushält mit dem, was ihr haben könntet! Darauf lege ich in der Agitation das Hauptgewicht, weil das nicht nur agitatorisch wirksamer ist, sondern weil der eigentliche Springquell unserer ganzen sozialdemokratischen Entwicklung in diesem Gegensatz liegt. Nun kommt Kautsky und sagt: Der Adler ist zwar ein ganz netter Mensch, er hat das Hainfelder Programm verfaßt, aber im neuen Entwurf erscheint als der Inhalt der sozialdemokratischen Bewegung der Kampf um ein rascheres Steigen der Lebenshaltung der Arbeit. So meint er verächtlich. Aber ich sage: Es ist sehr wichtig, dieses raschere Tempo. Der Wohlstand der Arbeiter steigt aber — so kann man Kautskys Kritik auffassen — nicht so schnell wie der der Kapitalisten, und darüber sind die Proletarier „verschnupft". Parteigenossen! Dieser Satz hat mich verschnupft. (Heiterkeit.) Das ist doch unser wichtigstes Mittel, auf den Willen der Arbeiterschaft zu wirken, der wichtigste Stein in unserm ganzen Gebäude. Wenn wir diese Überzeugung nicht hätten, wären wir doch Utopisten, müßten wir uns das Hirn operieren lassen. Dieser Gegensatz, das ist das Dynamit, das ist der revolutionäre Sprengstoff in jedem Hirn und nicht das Elend. (Beifall.) Das Elend allein macht vielleicht zum Schnapsbruder (Sehr richtig!), aber die Überzeugung, daß dieses Elend nicht notwendig ist, jener Gegensatz macht revolutionär. Ich sage den Leuten nicht: Es geht euch immer schlechter! Ich suche ihnen Appetit zu machen auf die Reichtümer, die um sie herum sind, und dabei sage ich ihnen: Es geht euch schon etwas besser, weil ihr organisiert, weil ihr Sozialdemokraten seid. Ihr nehmt heute schon eine ganz andere Stellung ein als früher, aber wieviel fehlt noch, damit es euch so gut gehe wie den andern. (Lebhafter Beifall.)

Ich sage hier nochmals: Ich klebe nicht am Wort, ich bin überhaupt der letzte, der Ihnen raten wollte, den Entwurf so anzunehmen, wie er ist. Dazu ist der Entwurf zuviel angeschossen worden, abgesehen von seinen wirklichen Fehlern, die er auch nach meiner Auffassung hat. Aber ein Programm muß unangefochten sein, und wir werden es so machen, daß niemand etwas dagegen sagen kann, über meinen Entwurf ist aber schon zuviel geredet

worden. Wir werden ihn also umkrempeln müssen. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Man kann über ein Programm verschiedener Ansicht sein. Genosse Kautsky wird mir verzeihen, wenn ich mich hier mit seiner Polemik beschäftige, aber ich bin leider nicht dazu gekommen, das schriftlich zu tun. Er weiß ja, daß wir ihn für am meisten befähigt halten, uns bei dieser Arbeit zu unterstützen, und wir freuen uns, daß gerade Genosse Kautsky, der auch an der Aufstellung des Hainfelder Programms mitgewirkt hat, uns heute wieder hilft. (Beifall.)

Kautsky sagt, der Entwurf hätte überhaupt stehenbleiben können, das sagt er an ungefähr zehn Stellen. Er sagt: „Der Entwurf macht einen sehr erfreulichen Eindruck." An einer andern Stelle sagt er wieder: „Fast nirgends" — aha, da ist er schon etwas vorsichtiger (Heiterkeit) — „fast nirgends Unrichtigkeiten." Er sagt: „Der Entwurf ist vorzüglich"; nur ein Malheur ist: „Wenn nicht das Hainfelder Programm da wäre!" Ich will mich nicht auf Worte steifen, ich will nur an einem Beispiel zeigen, wie ungerechtfertigt diese Vorwürfe sind. In unserm Hainfelder Programm hat es zum Beispiel geheißen: „Der Besitzer der Arbeitskraft wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel." Jetzt heißt es: „Er wird abhängig, und zwar in steigendem Maße abhängig!" Das Wort „Sklave" fehlt, und das hat verschiedentlich verschnupft. (Heiterkeit.) Ich muß gestehen, ich habe das bei allen verstanden und begriffen; daß aber auch Kautsky mir das vorgeworfen hat, das war mir merkwürdig. Kautsky ist doch ein Theoretiker, und wenn wir Programme machen, sind wir schließlich alle Theoretiker.

Das Wort „Sklaverei" hat nun eine zweifache Bedeutung: Entweder bezeichnet es eine ganz bestimmte wissenschaftlich und geschichtlich definierte Form der Produktionsweise, oder es kann auch rein bildlich gebraucht werden. Ich spreche natürlich auch in allen Versammlungen von der „Sklaverei", aber ich halte mich da natürlich nicht so an die Epochen der Weltgeschichte, ich spreche auch da von den Arbeitern als Hörigen und alle andern tun das ebenso wie ich. Aber es fällt mir nicht ein, wenn ich wissenschaftlich werde und wenn ich den theoretischen Frack anziehe (Heiterkeit), zu sagen, daß der Arbeiter ein Sklave sei. Heute, wo die Grundbedingung des kapitalistischen Wirtschaftssystems die Freiheit ist, würde ich, wenn ich in Gala ausrückte, nie sagen, daß der Arbeiter ein Sklave sei. Das Hainfelder Programm hat mehr Temperament, sagt man, und manche haben vielleicht recht, das starke Wort zu vermissen, nur gerade Kautsky hat damit unrecht, gerade er darf es nicht.

Wenn dieses Wort im Programm steht, so geniert es mich nicht — ich bin kein so starrer Theoretiker. Wenn es aber nicht darin steht, so geniert es mich auch nicht, denn ich finde, daß wir uns auch so ganz gut verstehen.

An diesem Beispiel wollte ich Ihnen nur zeigen, daß es nicht gut ist, am Wort zu kleben. Ich frage Sie alle: Wenn Sie das Hain-

felder Programm nicht gekannt und unsern Entwurf allein gelesen hätten, hätten Sie da gefragt: „Ja, wo sind denn die Sklaven?" (Lebhafte Heiterkeit. Heller: Aber wir haben es eben gekannt!) Es wird mir zugerufen: „Wir haben es gekannt!" Wir haben aber ein neues Programm zu schaffen, wir haben die Gedanken, die das Proletariat hat, niederzuschreiben, und zwar in einer Sprache, die das Proletariat spricht.

Nachdem ich mich jetzt mit der Antikritik beschäftigt habe, komme ich zum Punkte, in dem ich mich schuldig bekenne und sagen muß, daß der Teil des Entwurfes so nicht bleiben kann. Andererseits scheint mir auch hier die geübte Kritik nicht ganz berechtigt, da ich das, was dort steht, nicht für falsch, sondern nur für unvollständig halte. Das alte wie das neue Programm werden von dem einen Gedanken beherrscht, daß das, was wir wollen, auch eine geschichtliche Notwendigkeit ist. Ich gehe auf die Abgeschmacktheiten des philosophischen Streites nicht ein, ich gehe auch darauf nicht ein, daß man uns einreden will, daß wir, wenn wir die Erreichung unseres Zieles für geschichtlich notwendig erklären, nicht zu Fatalisten werden, sondern daß wir dadurch nur gestärkt und täglich aufgemuntert werden, diese notwendige Entwicklung zu beschleunigen, weil wir sehr gut wissen, daß ein Faktor der Entwicklung unsere eigene Tätigkeit ist, das ist ein Grundpfeiler unserer Anschauungen; darüber reden wir also nicht. Das ist auch im Hainfelder Programm ausgedrückt, obwohl nach meiner Ansicht ein bißchen zu schwach. Wir glauben aber nicht nur an die Notwendigkeit dieser Entwicklung, sondern glauben auch, daß heute schon mit derselben Notwendigkeit die materiellen Vorbedingungen für den künftigen Zustand geschaffen werden.

Dieser Gedanke ist nun im neuen Entwurf mit voller Präzision ausgedrückt. Während es im Hainfelder Programm heißt: „Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch tatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden", hat mir dies im neuen Entwurf nicht genügt und ich wollte noch den Gedanken hineinbringen, daß wir die Entwicklung auch darin unterstützen müssen, daß wir uns in den Dienst dieser Entwicklung stellen müssen, daß wir auch, wo es sich um solche Vorbedingungen handelt, in ganz bewußter Weise mithelfen müssen, um diese Bedingungen heute schon zu ermöglichen und zu schaffen. Diesen Gedanken wollte ich in den Entwurf bringen, und deshalb heißt es daselbst: „Das Proletariat kommt zum Bewußtsein, daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz immer mehr überflüssig und schädlich macht, daß zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion und gemeinsamen Besitzes die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen

geschaffen werden müssen." Das ist nun ein Gedanke, den ich neu hineinbringen wollte, und dabei ist mir nun ein Lapsus unterlaufen — das sehe ich jetzt ein —, der Fehler nämlich, daß ich einerseits die subjektive Seite, die früher nicht in dem Maße präzise ausgedrückt war, hineingebracht habe, daß ich aber anderseits dafür die objektive Seite der Sache habe durchrutschen lassen, so daß heute in dem Programm nicht steht, daß die Entwicklung diese Vorbedingungen mit Notwendigkeit auch wirklich schafft. Nach Absicht des Entwurfes sollte dies aber darin enthalten sein und wir haben nichts weiter zu tun, als diesen in dem jetzigen Entwurfe fehlenden Gedanken des Hainfelder Programms in den heutigen Entwurf aufzunehmen. Ich würde es aber nicht für gut halten, wenn wir den neuen Gedanken, der jetzt darin enthalten ist, eliminieren würden. Wir haben das, was ich neu eingefügt habe, ja schon seit jeher geübt — und da haben Zetterbaum*), Kautsky und Max Adler auch danebengeschossen. Nicht das ist der Fehler, daß dieser Satz darin steht, sondern der Fehler ist, daß jener Satz nicht darin steht, der früher darin gestanden hat. Es soll noch hineinkommen: „Mit Notwendigkeit geschaffen werden muß"; das Wort Naturnotwendigkeit möchte ich vermeiden. Es soll aber auch in dem neuen Entwurf eingefügt werden — es steht auch das im alten Programm nicht —, daß wir dabei mithelfen sollen, um diese Vorbedingungen zu fördern. Diese Vorbedingungen sind sehr verschiedener, sind materieller und geistiger Natur. Selbstverständlich tun wir ja das alle schon jetzt und haben es ja auch immer getan, und wenn die Genossen Zetterbaum und Kautsky sagen, da stecke ein Stück Utopisterei darin, so antworte ich, das mag ja sein, aber dann sind wir alle Utopisten und schon hübsch lange.

Die Vorbedingungen für die künftige Gesellschaft werden automatisch geschaffen, teils durch den ökonomischen, teils durch den politischen Prozeß. Die Kapitalskonzentration, der Übergang zum Großbetrieb, die Zerpulverung der Mittelschichten — alle diese Erscheinungen sind solche Vorbereitungen. Diesen Dingen gegenüber entwickeln wir allerdings

*) Die meisten hier genannten Personen bedürfen kaum der Vorstellung. Nur um auch den nicht theoretisch arbeitenden Genossen eine Vorstellung zu geben, sei bemerkt, daß Max Zetterbaum der polnische Theoretiker ist, der aber auch in deutschen Zeitschriften schrieb. Er ist nach dem Krieg gestorben. Jakob Brod war in den Anfängen der österreichischen Partei Redakteur der „Arbeiter-Zeitung", später Redakteur des „Arbeiterschutzes", des Organs der Arbeiterkrankenkassen. Brod hat auch einen vollständigen Programmentwurf ausgearbeitet und als eigenen Antrag eingebracht. Hans Resel ist einer der Begründer der Sozialdemokratie in der Steiermark, später Abgeordneter im österreichischen Parlament, dann in der Republik Bundesrat. Hugo Heller war ehemals eine Zeitlang Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart, vorher und nachher Leiter der „Wiener Volksbuchhandlung", aber daneben auch Gehilfenobmann in der Buchhändlergenossenschaft, was Adler später ja erwähnt.

auch eine durchaus nicht utopistische, sondern eine sehr konkrete, allerdings negative Tätigkeit. Wir gehen unter die Menschen, wir gehen ins Parlament, warnen davor und halten zurück, daß man ja nur diesen naturgemäßen, wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß nicht auf Abwege zu lenken versuche, daß man nicht Kraft vergeude, um diese Entwicklung durch Zwirnfäden aufhalten zu wollen.

Wir sind, so gut wir können, g e g e n die Mittelstandspolitik und g e g e n die Kleinbürgerei und sollten es noch viel mehr sein. Wir arbeiten dadurch mit — und zwar ohne jede Utopisterei — an den Bedingungen der Entwicklung und an den Voraussetzungen der neuen Gesellschaft. E i n e d e r w i c h t i g s t e n B e d i n g u n g e n ist aber selbstverständlich der R e i f e z u s t a n d d e s P r o l e t a r i a t s, und wir arbeiten mit vollem Bewußtsein daran, dieses Proletariat geistig und materiell derart zu erziehen, daß Einrichtungen gesellschaftlicher Produktion und des gemeinsamen Besitzes möglich werden. Darüber ist gar kein Zweifel, daß unsere tägliche Arbeit, Hunderte und Tausende von Proletariern für eine Verwaltungstätigkeit, nicht nur in der politischen Partei, sondern auch in den Gewerkschaften, in den Krankenkassen, in den politischen Körperschaften, zu erziehen, daß diese ganze Tätigkeit, uns in den Organismus des heutigen Staates hineinzufressen, dazu beiträgt, die Vorbedingungen einer künftigen Gesellschaft zu liefern. Das ist keine Utopisterei und ist auch von niemandem ernsthaft dafür gehalten worden.

Ich kann da auf einen sehr vornehmen Mitschuldigen hinweisen. Dem Generalrat der Internationale ist es zwar nicht immer gelungen, sich von jeder Art von Utopie frei zu halten, aber immerhin hat dessen ganze Arbeit darin bestanden, Utopien zu zerstören und die Leute zu einer realen Auffassung der Dinge zu bringen. Dieser Generalrat der Internationale, in dem M a r x und E n g e l s saßen, hat in einem Antrag, der auch vom Genfer Kongreß angenommen wurde, den Arbeitern empfohlen, sich mehr auf Kooperativ p r o d u k t i o n als auf Kooperativ k r ä m e r e i e n einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Wesens. Die erstere greife es in seinen Grundfesten a n. Das war natürlich ein Irrtum, denn Produktivgenossenschaften greifen das heutige ökonomische Wesen in seinen Grundfesten n i c h t an.

Es heißt aber weiter: Wir erkennen in der Kooperationsbewegung eine der V e r w a n d l u n g s g e w a l t e n der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegensätzen beruht.

Nun glaube ich in der Tat nicht, daß Kooperativverbände diese Umwandlungsgewalt in dem Maße besitzen, wie man es damals meinte, wo man sich durch die Ereignisse in England zu Hoffnungen hat hinreißen lassen. Aber ich lege auf diese Stelle aus sehr guten Gründen Wert: Und zwar weil ich mir selbst zu meiner und Ihrer Beruhigung sagen möchte, wenn sich da etwas ausrichten ließe oder läßt — in einem gewissen Sinne ist diese Bewegung t a t s ä c h l i c h eine Vorbereitung, indem sie nicht nur die geistige Ausbildung einer ganzen Reihe von Leuten in der Verwaltungstechnik, die wir sehr

notwendig brauchen, befördert, sondern, weil sie auch in der Lage ist, eine gewisse psychologische Umstimmung in den Menschen vorzubereiten und in ganz gute Sozialdemokraten, die aber heute befangen und mit allen Mängeln und Fehlern der Erziehung und ihrer Geburt behaftet sind, etwas von dem genossenschaftlichen Geiste hineinbringt, der eine psychologische Bürgschaft für die Zukunft ist. Sie werden sagen: Du bist doch ein Utopist; schau dir unsere Konsumvereine an; wo ist da der genossenschaftliche Geist? Trotz der schlechten Eigenschaften, die da wie überall auftreten, wo Menschen beisammen sind, trotzdem, sage ich Ihnen, ist hier etwas psychologisch Wertvolles geschaffen worden. Ich resumiere: Unsere ganze Gegenwartsbewegung, unsere ganze Gewerkschafts- und ganze politische Bewegung, unser ganzes Eindringen in die Verwaltung hat nicht nur eine Bedeutung für die Gegenwart, sondern sie muß ebenso als Erziehungsmittel für spätere Aufgaben als für die unmittelbare Kampfaufgabe dienen. Eine Utopisterei sehe ich darin nicht.

Was nun das Wort „Genossenschaftliche Produktion" betrifft, so haben hier eine Reihe von Genossen ein Kreuz geschlagen, als wäre der leibhaftige Belzebub da. Nun, ich habe dafür doch einige Entschuldigungsgründe. In unserm Hainfelder Programm steht darüber gar nichts. Dort ist nur vom gemeinsamen Eigentum die Rede; wie aber die zukünftige Produktion eingerichtet sein soll, darüber steht dort nichts. (Resel: War auch gar nicht notwendig.) Ich halte aber dies sogar für notwendiger als die Eigentumsform, weil die Produktion dem Eigentum vorangeht. Im Erfurter Programm heißt es „sozialistische Produktion". Ich habe das alles erst später herausgefunden, als das Programm geschrieben war und als die Angriffe kamen. „Im Nebel sucht das Maultier seinen Weg" — aber es findet ihn. (Lebhafte Heiterkeit.) Und so habe auch ich das Richtige gefunden.

Ein sozialdemokratisches Programm soll doch eine Antwort sein auf die Frage: Was wollen die Sozialdemokraten? Wenn ich nun den Leuten auf diese Frage antworte: Wir wollen die sozialistische Produktion, so werden sie dadurch nicht gerade gescheiter geworden sein. Damit ist eben nichts gesagt. Es steht das wohl im deutschen Programm, es ist das kein Unglück, ich weiß, die deutschen Genossen haben trotzdem große Erfolge errungen, und ich bitte, mir also da keine Majestätsbeleidigung gegen das Erfurter Programm zuzumuten. Ich habe aber das Wort „genossenschaftliche Produktion" gewählt, weil mir das deutlicher schien. Natürlich sind Genosse Brod und andere daraufgekommen, daß das Bernsteinerei sei — also fünf Jahre Zuchthaus! (Lebhafte Heiterkeit.) Nein, Genosse Brod, das ist nicht Bernsteinerei, sondern das ist Kautskyerei. (Heiterkeit.) Genosse Brod ist da natürlich in sehr guter Gesellschaft, Winarsky war der erste, der gleich darüber hergefallen ist.

Warum sind denn die Leute darüber so furchtbar aufgeregt? Es gibt Genossen — ich meine nicht den Genossen Brod — die, wenn

sie das Wort genossenschaftlich hören, gleich an unsere österreichischen Zwangsgenossenschaften*) und an den Genossenschaftsvorsteher denken, und da ist ihnen natürlich der Appetit vergangen. Genosse Brod, der aber ein blutiger Theoretiker ist, hat nicht daran gedacht, sondern hat, wie auch sein Entwurf zeigt, die alten Texte hergenommen, hat verglichen und hat eben das Wort „genossenschaftlich" in dem Material, das er verwendete, nicht gefunden. Ich habe nachgesehen, ob das wirklich ein so schlechtes Wort ist, das erst Bernstein hat erfinden müssen. Sehen Sie, der Bernstein hat überhaupt nichts erfunden. Das Malheur ist nur, daß alle glauben, er habe etwas erfunden. (Bebel: Nicht richtig.) Du glaubst das nicht, das weiß ich. (Heiterkeit.) Aber andere Leute meinen, ja, der Dr. Adler schwenkt ein wie ein Unteroffizier, wenn der Bernstein kommandiert. (Heiterkeit.) Nun, das Wort „genossenschaftlich" ist schon länger da, als der ganze Bernstein-Streit alt ist; es ist ein gutes deutsches Wort. Es ist das einzige deutsche Wort in unserm Sprachschatz, mit dem wir den Charakter der Produktion und des Eigentums, wie wir ihn anstreben, überhaupt bezeichnen können. Es ist auch von unsern besten Leuten angewendet worden. In seiner Kritik des Gothaer Programms spricht Marx von der genossenschaftlichen Produktion, dann spricht er vom genossenschaftlichen Eigentum der Arbeiterschaft; er spricht von den Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums, ja er spricht ausdrücklich von der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln begründeten Gesellschaft.

Auch Kautsky spricht in seinem Buch über das Erfurter Programm, wo er den Lesern erklärt, was das ist: „sozialistische Produktion", immer von genossenschaftlicher Produktion und vom genossenschaftlichen Eigentum. Und ebenso im Eisenacher und im Gothaer Programm. Sie sehen also, das Wort ist ehrlich geboren und ganz unbescholten. Wenn Bernstein verkündet hat, man möge „Genossenschaftlichkeit" sagen, so hört das doch darum, weil es der Bernstein sagt, nicht auf, richtig zu sein. Die Genossen brauchen nicht gar so viel Angst zu haben, mit dem Bernstein verwechselt zu werden. Es ist nicht so schlimm. Man muß ja nicht durch Tragen äußerer Abzeichen zeigen, daß man keine Neigungen zum Opportunismus hat. (Heiterkeit.) Ich fürchte mich gar nicht, an die Bernsteinerei anzustreifen. Ich bin meiner so sicher, daß ich frei bin von jeder Gefahr der Ansteckung, wo die Leute unrecht haben. (Heiterkeit.)

Und nun zu der „Diktatur des Proletariats", von der im Entwurf nichts steht. Aber das nimmt mir wohl nur Genosse Brod übel. Viel schwerer hingegen trifft mich der Vorwurf, daß auch kein Wort von der Erringung der politischen

*) Die Kleinmeister sind nach der österreichischen Gewerbeordnung in Zwangsgenossenschaften, sogenannten „Gewerbegenossenschaften" vereinigt, die übrigens nicht nur eine Genossenschaftsvorstehung, sondern auch eine Gehilfenvertretung haben.

Macht im Entwurf enthalten ist. Aber davon steht auch im Hainfelder Programm nichts, und wir sind doch durch 13 Jahre hindurch ganz gut damit ausgekommen. (Resel: Aber Sie wollen doch die Mängel beseitigen!) Den Kritikern ist da eben ein kleiner Lapsus zugestoßen, an dem ich allerdings unschuldig bin. Sie haben nach der Diktatur des Proletariats gesucht und haben nur den „gebührenden Einfluß" gefunden, den ich für die Arbeiter haben will. Sie haben aber an einer falschen Stelle gesucht. Die Stelle, die von gesetzlichem Schutze der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen spricht, ist gewiß nicht die, wo man die Diktatur des Proletariats hinstellen möchte. Das geht aus dem ganzen Aufbau des Hainfelder Programms hervor; es gliedert sich in einen prinzipiellen Teil und in die Minimalforderungen. In der Prinzipienerklärung wird wieder das Prinzipiellste des Prinzips, die Theorie des Prinzips, vorangestellt, es werden die Grundlagen unserer Anschauungen und dann die Grundsätze unserer taktischen Politik angeführt. Das ist nicht die Diktatur des Proletariats, sondern das sind unsere kleinen täglichen Kämpfe. Glauben Sie, ich denke an die Diktatur, wenn ich die Genossen auffordere, sich der Gewerbegerichte, der Einkommensteuerkommissionen oder der Gehilfenausschüsse in den Genossenschaften zu bemächtigen? Das ist der gebührende Einfluß des Proletariats auf allen Gebieten, diese Arbeit ist darunter verstanden und soll hier auch erwähnt sein. Wir sind in den dreizehn Jahren aus einer wesentlich abstrakten eine sehr konkrete Partei geworden. Das Hainfelder Programm war ein dürres Skelett — es hatte wohl feste Knochen, das ist zweifellos wahr, aber wie sieht es heute aus? Heute blüht die Partei, heute haben wir unsere Hände überall drin und sollen sie darin haben, wir wollen uns vor dem Leben nicht fürchten, sondern wir wollen uns des Lebens bemächtigen und es mit allem Bewußtsein unterzwingen. Ein Verrat an der Partei ist das nicht. Es ist vielmehr eine Notwendigkeit, daß das gesagt werde. Aber wo bleibt die politische Macht? Ich habe in den letzten Tagen, wo ich über meine Sünden nachgedacht habe, darüber nachgesonnen, wieso in das Hainfelder Programm nichts von der politischen Macht hineingekommen ist. Nun, weil es selbstverständlich ist, daß eine Partei politische Macht erringen will; das nimmt man doch nicht erst in ein Programm! Dieses Schlagwort verdankt seine Entstehung unserem Kampfe mit den Anarchisten. Jetzt ist Bernstein gekommen und hat alte Schlagworte, die oft gar nicht mehr am Leben sind, totgeschlagen und hat uns auch ein bißchen mit der Diktatur des Proletariats geuzt. Sollen wir uns jetzt aus lauter Furcht, nicht für Bernsteinianer gehalten zu werden, verleiten lassen, diese Diktatur ins Programm zu bringen? Sollen wir jetzt, wo es keine Anarchisten gibt, wo die Partei eher zu viel politisch, als zu wenig politisch ist, das ganz Selbstverständliche in das Programm aufnehmen? Wenn Sie übrigens ein solches Herzensbedürfnis haben — ich habe nichts dagegen. Wenn Sie es aber nicht aufnehmen, so ändert es auch nichts daran, daß auch ohne

diesen Ausspruch unser Programm ein getreuer und vollständiger Ausdruck unserer Überzeugungen sein wird.

Ich müßte eigentlich noch eine ganze Reihe von Dingen besprechen, die in das philosophische Gebiet gehören, wie ich sie ja bei der Frage des vielbesprochenen „müssen" berührt habe; aber das sind Dinge, die besser der literarischen Diskussion vorbehalten bleiben.

Erlauben Sie mir nun etwas zu besprechen, was zu berühren ein Gebot der Ehrlichkeit und für mich persönliches Bedürfnis ist. Kautsky hat in seiner Kritik unter anderm behauptet, es liege in dem Entwurf insofern ein Widerspruch vor, als hier an einer Stelle von der Sozialdemokratie behauptet wird, daß sie die Aufgabe habe, die Befreiung des gesamten Volkes aus den Fesseln ökonomischer Abhängigkeit usw. anzustreben, daß aber anderseits gesagt werde, daß dieses Bewußtsein und dieses Streben in dem Proletariat von selbst entstehe. Ich bin mit Kautskys Auffassung hier nicht einverstanden. Ich halte den Entwurf in seinem Wortlaut vollständig aufrecht und finde hier absolut keinen Widerspruch. Es heißt hier, das Proletariat komme zum Bewußtsein dieser ganzen Entwicklung, es kommt zum Bewußtsein, daß das Ziel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterschaft der Kommunismus sein muß. Der Träger dieser Entwicklung heißt es weiter, kann nur das organisierte Proletariat selbst sein. Das Proletariat aber zu erwecken, kann eben wieder nur Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Ich sehe hierin also einen Widerspruch nicht, wie ich überhaupt der Anschauung bin, daß die ganze Entwicklung der Theorie des Sozialismus sich zur Bewegung der Arbeiterklasse ganz so verhält, wie sich der ideologische Überbau zur materiellen, zur ökonomischen Entwicklung überhaupt verhält. Ich bin überzeugt, daß die ganze Entwicklung der Auffassung des Sozialismus aus der ökonomischen Bewegung im Proletariat selbst abgeleitet werden kann. Und wenn ich Änderungen in den Programmen sehe, so frage ich nicht: Sind sie richtig oder falsch, sondern ich frage: Entsprechen sie der Auffassung des Proletariats, und warum mußte das Proletariat die Dinge in diesem Stadium so und nicht anders auffassen?

Anderseits glaube ich allerdings, daß der sozialistische Gedanke ein Produkt der Arbeiterklasse ist. Ich glaube weiter, daß die Sozialdemokratie das Gehirn der Arbeiterklasse ist, und daß die sozialistische Grundanschauung ein Produkt dieses Proletariats darstellt, zugleich liegt aber in demselben Gehirn der Ursprung der ganzen Tätigkeit, welche in diesen Körper hineingetragen wird. Ich kann also von meinem Standpunkt auch hierin einen Widerspruch nicht finden. Ich bin kein Philosoph, vielleicht kann man da viel feiner distinguieren, das ist ja möglich, aber ein Widerspruch ist es gewiß nicht, wenn ich sage, um dies nochmals zusammenzufassen, das Proletariat ist die Geburtsstätte des sozialistischen Gedankens,

dessen Produkt ist die Sozialdemokratie, und diese bringt das Proletariat zum Bewußtsein seiner selbst. Ich glaube daher, daß dieser Gedanke, wenn auch nicht gerade unbedingt mit denselben Worten, im Programm bleiben soll.

Ich komme zum Schluß. Ich bin mir vollständig bewußt, daß ich mich wesentlich nur mit dem theoretischen Teile des Programms beschäftigt und nicht einmal die gestellten Anträge der Reihe nach besprochen habe. Aber ich denke, Ihnen einen Überblick über die Haupteinwände, die gegen den Entwurf erhoben wurden, verschafft zu haben, sowie über die Art und Weise, wie diesen Einwänden Genüge zu leisten wäre. Man könnte manchen Anträgen gegenüber sagen, man könnte das auch so ausdrücken, wie dies in diesen Anträgen enthalten ist. Es wäre das derselbe Gedanke, aber diese Form des Ausdruckes sei besser. Nun, diesen Anträgen gegenüber will ich gewiß nicht rechthaberisch sein. Aber einzelne Anträge sind doch da, zu denen Stellung genommen werden muß. Anträge, die nicht gleichgültig, sondern direkt falsch wären und die daher von vornherein abzulehnen sind.

Da haben wir zunächst den Antrag des IV. Wiener Wahlkreises, der von Genossen Heller erdacht und von dem Wahlkreis eingebracht wurde. Ich habe gegen den größten Teil dieses Antrages nicht viel einzuwenden. Er wünscht, daß hineinkomme die Erringung der „politischen Macht*)"; dagegen habe ich schließlich nichts. Aber er wünscht auch, daß wir an der Stelle, wo davon gesprochen wird, wir wollen dafür sorgen, daß die Arbeiter für den Klassenkampf fähig erhalten werden, gesagt werde: Aus diesem Gesichtspunkt allein treten wir für den gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der Arbeiterklasse ein. Ich sehe gar nicht ein, warum wir uns diesen Maulkorb umhängen und uns durch dieses Wort allein einschränken sollen. Gewiß, wir führen als Partei und jeder einzelne von uns den Kampf für Arbeiterschutz im Interesse der Machtentfaltung und im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse. Wenn aber unter uns ein so sentimentaler oder so verruchter Mensch sein sollte, der sagen würde: Ich führe diesen Kampf nicht allein wegen der Zukunft des ganzen Proletariats, der sagt, ich will den Achtstundentag für die Bergarbeiter nicht allein im Interesse ihrer ganzen Entwicklung, sondern ich will auch, daß dieser bestimmte Bergarbeiter, nennen wir ihn meinetwegen Peter Sinkup, morgen um zwei Stunden weniger arbeite als bisher, so sehe ich nicht ein, warum sich die Partei dagegen so heftig wehren sollte. Lassen Sie uns doch ruhig diese Sentimentalitäten. Sie sind ja selbst so, Sie werden mir auch nicht einreden, Genosse Heller, daß Sie all das, was Sie im Gehilfenausschuß der Buchhändler machen, auch nur im Hinblick auf die letzte Abrechnung und auf

*) Dieser Passus in dem Antrag Heller lautete: „Die Arbeiterklasse kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein."

die Diktatur des Proletariats tun. (Lebhafte Heiterkeit.) Das sind überflüssige Dinge, die dann als Rückschlag alle Weichknochigkeiten der Bernsteinerei erzeugen (Lebhafter Beifall), und dagegen möchte ich mich mit aller Entschiedenheit verwahren.

Es ist weiter eine Reihe von Anträgen für das Minimalprogramm gestellt worden. Sie betreffen eine Reihe von Punkten, über die man reden kann.

Ich glaube, daß eine Einigung zu erzielen sein wird, besonders dort, wo es sich um konkrete Fragen handelt. Die Schwierigkeit liegt nur darin, eine Fassung zu finden, die das sagt, was wir alle wollen und bei der niemand ein Bedenken hat, daß darin nicht auch wirklich das gesagt wäre, was er wünscht. Bei einer Programmdiskussion gibt es in der Partei keine Majorität und keine Minorität, da gibt es keine Zählung der Strammen und der Weichen. Ein Programm, das nur einer Majorität entsprechen würde, wäre ein falsches Programm. Da gibt es keine Parteidisziplin. Über jedem Programm steht unsichtbar geschrieben: Ich bekenne und ich will. Das heißt: Das bekenne ich als wahr, und danach will ich auch handeln. Darum muß ein Programm so weit sein, daß es alle jene Meinungen und Überzeugungen, die grundsätzlich auf demselben Boden stehen, auch wirklich umfasse — nicht alle wiedergibt, das wäre unmöglich —, aber keine Überzeugung, die auf demselben Boden steht, ausschließt. Ich bin kein Anhänger der Verwaschung unserer Prinzipien, und wenn hier jemand, von welcher Seite immer, in unsere Partei mit der revolutionären oder mit der opportunistischen Phraseologie einzubrechen versuchen wollte, so wäre ich für sehr ernsthafte Schranken.

Aber für uns, die wir alle dasselbe wollen, muß ein Programm weit genug sein, daß niemand daran Anstoß nimmt, daß alle darin Platz finden, daß es auch unserer innersten Überzeugung und unserem wirklichen Handeln von heute entspricht. Es darf aber nicht zugeschnitten sein auf einen Zustand der proletarischen Ideologie, wie sie vor dreizehn Jahren bestand. Wir wären noch manches Jahr mit dem Hainfelder Programm sehr gut ausgekommen und um so besser, je weniger wir es gelesen hätten. Nachdem aber die Frage einmal angeschnitten ist, so haben wir nicht das Recht, sie von uns zu schieben. Man hat uns den guten Ratschlag zu geben versucht, alles beim alten zu lassen und einfach die Prinzipienerklärung von Hainfeld — diesen Apollo — so stehen zu lassen, wie er steht. Nun, lieber Kautsky, ob das wirklich ein Apollo ist, das weiß ich nicht, ich bin viel zu bescheiden, um das zu glauben, aber ich möchte festgestellt haben, daß es sich uns in unserem Entwurf nicht darum gehandelt hat, irgendwelche Schönheiten zu verhüllen. Die feste Überzeugung des Proletariats braucht auch heute nicht um ein Haar geringer energisch ausgesprochen zu werden als anno 1888. Jedenfalls aber müssen wir, wenn wir heute ein Programm machen, die große Vielfältigkeit unserer Aufgaben

irgendwie andeuten. Ich gebe zu, das Programm ist vielleicht formell kein Muster von Klassizismus und Stilistik, aber, lieber Kautsky — nimm es mir nicht übel — das Erfurter Programm ist stilistisch noch viel weniger klassisch, und ihr seid sehr gut damit ausgekommen. Eine Abschwächung ist hier nicht beabsichtigt und soll auch nicht beabsichtigt werden. Beabsichtigt ist nur, gewisse Schlagworte zu beseitigen, die heute nun einmal nicht gehört werden können, ohne daß in unseren Ohren eine ganze Menge Dinge mittönen. Man kann heute von dem wachsenden Elend nichts mehr hören, ohne daß einem das ganze Elend von der Bernsteinerei einfällt. (Heiterkeit.) Diese Schlagworte müssen heraus und an ihre Stelle muß dasjenige treten, was wir heute nicht entbehren können, nämlich die nähere Begründung der Zukunft des Proletariats auf dem wachsenden und von Tag zu Tag steigenden Klassengegensatz, wie er hier im Programm ausführlicher, bestimmter und darum revolutionärer als im Hainfelder Programm ausgesprochen wird.

Das wollten wir mit dem Entwurf. Ich hoffe, es wird dem Parteitag gelingen, eine Form zu finden, mit der wir alle einverstanden sein können, ich hoffe weiter, daß wir mit dem neuen Programm, dem neuen Ausdruck unserer alten Idee, ebensoviel agitatorische Erfolge erzielen werden, wie mit dem alten, und ich hoffe, daß das neue ebenso eine Quelle des Lichtes und eine Quelle der Energie für das Proletariat werden wird. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

### Bericht der Kommission*).

Wir kommen nun dazu, der wichtigsten Angelegenheit dieses Parteitages den Abschluß zu geben. Die Diskussion über den Entwurf des Parteiprogramms war eine ebenso ausführliche als tiefgehende. Ich habe dies schon gesagt, aber ich muß es noch einmal wiederholen. Ich muß auch jetzt meiner großen Freude und innerlichsten Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß dieser Parteitag durch die Diskussion nicht nur der Welt — darauf lege ich weniger Wert —, aber auch uns selbst gezeigt hat, daß die österreichische Sozialdemokratie eine Partei ist, mit der sich — ich will von unseren Bruderparteien schweigen und mit ihnen keinen Vergleich wagen — in diesem Lande an Intelligenz, an Tiefe der Einsicht, an Wissen, an ehrlichem Eindringen und Selbstkritik ihrer Überzeugung keine Partei auch nur entfernt messen kann. Tiefe Befriedigung und Stolz erfüllt mich und uns alle darüber, daß, abgesehen von dem Adel, den uns unsere Aufgabe und unsere geschichtliche Mission verleiht, wir auch geadelt werden durch die Intelligenz und den Hochstand unserer Partei und der einzelnen

*) Nach einer kurzen Debatte wurde eine Kommission gewählt, der auch die Mitglieder der Programmkommission angehörten. In ihrem Namen referierte dann Adler. Nach dem Referat wurde auf Antrag von Skaret das Parteiprogramm ohne Debatte en bloc einstimmig angenommen.

Genossen. Wir können auf diesen Parteitag mit berechtigtem Stolz blicken, und ich wünsche, daß Sie auch mit dieser Empfindung über unsere Beschlüsse nach Hause zurückkehren. Ich habe das im Anfang gesagt, weil ich wünsche, daß Sie das Werk, das wir zu Ende zu führen haben, aus diesem Gesichtspunkt betrachten.

Parteigenossen! Bei der Schaffung eines Programms ist gewiß nicht das einzelne Wort das Entscheidende, aber selbstverständlich ist, daß man sich bei der Beratung der Einzelheiten eines solchen Programms in Wortstreit verlieren muß. Das Wichtigste ist, und so haben wir in der Kommission unsere Aufgabe aufgefaßt, daß, wenn eine solche Diskussion geführt ist, wir wieder zusammentreten, aus derselben ihren eigentlichen Inhalt, ihr Wertvolles herausnehmen und nur dieses Wertvolle und Wichtige, nur diesen eigentlichen Inhalt dem Beschluß einverleiben. Parteigenossen! Wir haben uns gesagt, in der Diskussion, und zwar sowohl in der mündlichen als auch der in der Presse abgeführten, ist eigentlich ein Einwand gegen das, was im Entwurf enthalten ist, nicht gemacht worden. Es wurden nur Einwendungen gemacht, daß im Entwurfe Verschiedenes fehlt, und die Genossen, die Einwendungen erhoben, fürchteten, daß durch die nach ihrer Meinung vorhandenen Lücken Zweideutigkeiten entstehen könnten.

Die Kommission hatte nun eine doppelte Aufgabe. Sie mußte den allgemeinen Gedanken dieser Beanstandung zusammenfassen, mußte sehen, wieviel davon in dem Entwurf aufgenommen werden könne. Sie mußte sich als Richtschnur auferlegen, daß alles, was in den Entwurf kommt, die Meinung aller sein muß. Sie konnte aber nicht das unmögliche Ideal haben, daß alles hineinkommt, was irgendein Genosse wünscht. Es darf in dem Entwurfe nichts darin sein, was der berechtigten und vernünftigen Meinung irgendeines Genossen widerspricht. Nicht jeder Genosse kann aber verlangen, daß alle seine Wünsche auch in dem Entwurfe verwirklicht werden. Von diesem Gesichtspunkt mußte die Kommission ausgehen.

Noch eine andere Schwierigkeit kommt da in Betracht. Es geht nicht an, daß man neben ganz allgemeinen Forderungen, wie, sagen wir, die Erklärung der Religion als Privatsache — weil mir das gerade einfällt —, kleine Einzelheiten anführt, die ja gewiß sehr wünschenswert sind und von uns allen gewollt werden, die aber in den Rahmen dieses Programms, das einen allgemeinen Charakter hat, nicht hineinpassen. Ich sage das darum, um den Genossen von vornherein klarzumachen, daß, wenn einzelne ihrer Wünsche durch den Vorschlag der Kommission nicht erfüllt werden, das nicht bedeutet, daß wir diese Forderung als eine berechtigte nicht anerkennen, oder daß wir sagen, es verstößt wider das Programm. Davon ist gar keine Rede. Wir sagen damit nur, daß wir glauben, daß es nicht möglich ist, das im Rahmen dieses Programms unterzubringen, und zwar aus formellen Gründen, weil endlich irgendeine Grenze gesteckt werden muß.

Wir hatten in der Kommission eine sehr ausgiebige Diskussion; wir haben bei der endgültigen Redaktion, als das Elaborat vollständig vorgelegen ist, volle Einstimmigkeit in der Kommission erzielt, und die Kommission war, wie Sie wissen, zusammengesetzt sowohl aus solchen Genossen, die den Entwurf für genügend erachtet haben, als aus solchen, welche ihn für durchaus ungenügend hielten. Es mag Ihnen also das schon ein äußeres Merkzeichen dafür sein, daß die Aufgabe, zu der die Kommission berufen war, in der Tat von ihr gelöst wurde, und es mag für mich eine Berechtigung daraus entspringen, die Hoffnung auszusprechen, daß, so wie die Mitglieder der Kommission sich auf den Entwurf einigen konnten, auch die Partei sich darauf einigen kann. (Lebhafter Beifall.) Und nun lassen Sie mich ganz kurz die wichtigsten Momente auseinandersetzen, die in dem Vorschlag gegenüber dem alten Entwurf geändert sind.

Wir haben uns vornehmlich um zwei Punkte gestritten. Der Punkt, der den größten Raum in den Diskussionen auf dem Parteitag, wie schon in den früheren Diskussionen, eingenommen hat, der sich um die sogenannte Verelendungstheorie dreht, war der erste von diesen. Hier sind wir zu folgendem gekommen: Der nach meiner persönlichen Anschauung und der Anschauung einer Reihe von anderen Genossen nicht mehr klare und — ich will vorsichtig sein und nicht sagen unrichtige — nicht mehr unmißverständliche Satz von der „steigenden Massenarmut" und der „wachsenden Verelendung" wurde nicht mehr ins Programm aufgenommen. Der Grund hiefür war, daß dadurch ein Satz ins Programm aufgenommen worden wäre, dessen Richtigkeit und Opportunität im Programm von einer Anzahl von Genossen angefochten wird. Nun hatte aber eine große Anzahl von Genossen die Empfindung, daß in dem Entwurf wohl der steigende Klassengegensatz in der Lebenshaltung, wie er im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung zum Vorschein kommt, zum Ausdruck gekommen ist, daß aber die Wurzeln und Ursachen des Ansteigens dieses Gegensatzes nicht mit genug Schärfe gezeichnet werden. Dieser Empfindung wurde dadurch Rechnung getragen, daß als Einleitung zu jenem Satze der Satz eingefügt wurde: „Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung." (Lebhafter Beifall.) Glauben Sie nicht, daß ich meine, daß es denjenigen Genossen, die um die Elendstheorie gefochten haben, nur um Rechthaberei zu tun war — das glaube ich nicht. Ich weiß schon, daß bei sehr vielen ein Herzensbedürfnis dahintersteckt. Da haben diese Genossen das, was sie für ihr eigenes Herzensbedürfnis, was sie für die Bedürfnisse ihrer Agitation tatsächlich brauchen, und sie haben einen Satz, der, meines Erachtens, der Anfechtung nicht unterliegt, wie ihr der Satz von dem wachsenden Elend usw. heute immerhin unterliegen kann. Dieser Satz, glaube ich, genügt vollständig, um jeder optimistischen Auslegung dieses Programmpunktes, die übrigens, ich wiederhole es, auch im Entwurf unmög-

lich war, jede Möglichkeit zu benehmen. Und dieser Satz hat noch einen anderen Vorteil, und zwar den, daß wir in Österreich mit der Elendsdiskussion nunmehr fertig sind. Parteigenossen! Gestatten Sie mir die Befriedigung auszusprechen, daß wir damit das alte Elend und den alten, einem schon wirklich beim Halse heraushängenden Streit endlich begraben haben. Ich glaube, da müßten selbst die Verehrer der alten Formel endlich genug haben; ich habe genug, das muß ich sagen. Wenn wir in irgendeiner Form einen Anklang an dieses Elend gebracht hätten, so hätten wir ein Stehauf-Manderl gehabt, mit dem wir nicht fertig geworden wären. Damit sind wir nun fertig, dieses Kapitel ist geschlossen, das ist der eine Vorteil.

Wir haben aber auch einen anderen Vorteil. Die Form, wie wir sie nun stehen haben, umfaßt alle Möglichkeiten der Resultate der steigenden Ausbeutung. Mit der „steigenden Ausbeutung" ist nicht nur theoretisch auf dem Papier, sondern auch praktisch in der Wirklichkeit vereinbar eine steigende Lebenshaltung, ist vereinbar eine stagnierende Lebenshaltung und ist vereinbar eine fallende Lebenshaltung, die wir gewohnt sind, Verelendung zu nennen. Auch der Buchdrucker oder der hochqualifizierte Metallarbeiter, der heute möglicherweise — ich will keine Ziffer aussprechen, sonst steht einer auf und berichtigt mich (Heiterkeit) — einen um so viel höheren Prozentsatz an Arbeitslohn bekommt als vor soundso viel Jahren: auch dieser Buchdrucker, dessen Lebenshaltung sich eventuell gesteigert hat — ich behaupte es nicht, ich nehme an, es wäre nicht ganz ausgeschlossen —, auch der kann das Bewußtsein haben, muß das Bewußtsein haben, wenn er nachdenkt, daß trotzdem der Grad seiner Ausbeutung sich gesteigert hat, weil dieser Grad nicht bestimmt wird von seiner Lage, sondern von seinem Anteil an den Früchten seiner Arbeit.

Es wird also mit diesen Worten das bestätigt, was ich in meinem einleitenden Referat gesagt habe, daß der Klassengegensatz und die Empfindung für ihn hauptsächlich darum und um so mehr steigt, je mehr wir in bezug auf die Entwicklung der Gesellschaft Optimisten sind, je mehr wir sehen, daß die Gesellschaft reicher, aber der Teil dieses Reichtums, der in die Arbeiterklasse zurückfließt, kleiner wird. Dieser Satz ist wissenschaftlich tadellos — daran ist bei der Zusammensetzung der Kommission absolut nicht zu zweifeln (Heiterkeit) — er ist aber auch geeignet, alle Bedürfnisse für die Agitation zu erfüllen, und schließlich — ich wiederhole das — macht er der überflüssigen, veralteten und so langweiligen Diskussion ein Ende.

Und noch ein zweites. Der ursprüngliche Entwurf hat gemeint, daß eine Festsetzung des Zieles einer politischen Partei, welche die ganze Gesellschaft bis in ihr Innerstes packen und umwälzen will, daß das Wesen dieser Partei, das Höchste zu wollen und die gründlichsten Umwälzungen dieser Gesellschaft herbeizuführen, es eigent-

lich überflüssig macht, noch ausdrücklich zu sagen: Wir wollen die politische Macht, um dieses Ziel zu erreichen. Niemand von uns, der an dem Entwurf mitgearbeitet hat — und ich selbst am allerwenigsten — hat daran gezweifelt, daß das Mittel hiezu die Erringung der politischen Macht ist. Da aber eine große Anzahl von Genossen es für nötig hält, daß dieser Gedanke im Programm ausdrücklich ausgesprochen werde, sind wir diesem Wunsche nachgekommen*). Diejenigen, die den Entwurf früher verfochten haben, sind aber damit nicht um ein Haar breit von ihrer Ansicht abgewichen, sie sind nicht bekehrt worden, weil sie nicht bekehrt zu werden brauchten. Daß das Mittel, um zu unserem Ziele zu kommen, die Eroberung der politischen Macht ist, darüber ist sich jeder Sozialdemokrat vollständig klar. Wem es aber nicht klar ist, dem bleiben nur zwei Wege: Entweder muß er noch etwas lernen (Heiterkeit), oder er muß sich einer anderen Partei anschließen.

Sie erinnern sich, wir hatten in dem Entwurf einen Punkt, von dem ich bekennen mußte: Ja, hier liegt wirklich ein Fehler vor. Es war dies der Punkt, wo von den Vorbedingungen für die zukünftige Gesellschaft die Rede war, und wo es in dem Entwurf hieß, daß diese Vorbedingungen „geschaffen werden müssen". Ich hatte nur das subjektive Moment im Entwurf hervorgehoben und das objektive vergessen, daß nämlich die Entwicklung der Gesellschaft schon selbst diese Vorbedingungen schafft. Dieser Fehler ist in dem Ihnen nunmehr vorliegenden Entwurf beseitigt. Die beiden Gedanken, einerseits die objektive Entwicklung und anderseits die bewußte und beabsichtigte Förderung dieser Entwicklung, sind jetzt in zwei getrennten Sätzen ausgedrückt. Der Ausdruck „genossenschaftliche Produktion" ist wohl beibehalten, aber für die Furchtsamen ist ein Sicherheitsventil, ein Fallschirm angebracht worden (Heiterkeit) durch den Zusatz „auf Grund gesellschaftlichen Eigentums". Ich glaube, die Sache ist jetzt feuerfest. (Heiterkeit.) In dem zweiten Satz wurden eingefügt die Worte: „die Eroberung der politischen Macht das Mittel". (Beifall.) Ich gestehe offen, der Entwurf war früher sehr schlecht, das sehe ich jetzt ein. (Heiterkeit.) Ich habe mich immer gefürchtet vor Mißverständnissen von rechts, auf die Mißverständnisse von links war ich nicht gefaßt. Das war mein großer Fehler. Aber nun sind wir nach beiden Seiten hin gesichert.

Nun kommt ein Satz, der scheinbar eine Wiederholung ist und den ich trotz seiner etwas schleppenden Form an dieser Stelle um

*) Dieser Passus heißt jetzt: Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß.

keinen Preis vermissen möchte. Er ist teilweise aus dem Hainfelder Programm herübergenommen. Ich meine den Satz: „Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein." Dieser Satz ist eine Wiederholung, wenn Sie wollen — ich bin auf diesen Vorwurf gefaßt —, ein stilistischer Mangel, aber er ist das Wichtigste, was wir im Programm haben, und zwar als Abgrenzung unserer Partei gegen alle anderen, die sich heute „Sozialisten" nennen (Sehr richtig!) und gern Sozialdemokraten wären, wenn sie es gelegentlich wieder nicht zu sein brauchten. (Heiterkeit und sehr gut!) Hier liegt der entscheidende Punkt, das haben wir in allen Diskussionen mit unseren Gegnern erfahren. Wir haben doch heute Christlichsoziale — ich meine damit nicht die Wiener Christlichsozialen, ich halte es unter meiner Würde, von diesem Schmutz zu reden und würde mich dagegen verwahren — ich spreche hier von den ernsten Katholischsozialen und Protestantischsozialen draußen, von Leuten, die unsere politischen und wirtschaftlichen Minimalforderungen unterschreiben, vielleicht sogar unser kommunistisches Ideal in irgendeiner Zeit für möglich halten, und die daher sagen: Ja, das wollen wir ja alle auch. Wo ist nun da die Grenze? Wenn so einer kommt und mir sagt, er will dasselbe, so antworte ich ihm: Ja, gewiß, wir sind alle gute Menschen; aber sage mir, wer soll denn das alles machen? Und wenn er mir sagt: Das soll der Kaiser machen — der von Deutschland natürlich (Heiterkeit), der soziale Kaiser —, dann lächle ich. Wenn er mir aber sagt: Das soll das zur sozialpolitischen Einsicht bekehrte Bürgertum in seinem eigenen Interesse machen, dann lache ich. Oder wenn er sagt: Das soll überhaupt die moralisch gebesserte Menschheit machen... (Skaret: Die Kirche!) Nun, von der Kirche spricht heute niemand mehr, weil durch eigene Enzykliken vorgesorgt ist, daß man ihr diese Mission für die Zukunft nicht mehr zutrauen kann. (Heiterkeit und Beifall.) Hier liegt für mich die Grenze, und dieser Gedanke kann nicht oft genug wiederholt werden. Deshalb steht er ausdrücklich an dieser Stelle, weil ich ihn für das Rückgrat unserer ganzen politischen Parteistellung halte. (Lebhafter Beifall.)

Wenn nun das Proletariat seine Angelegenheiten selbst besorgen muß, wie können dann die Leute uns Marxisten — und jetzt einmal ernst gesagt uns Marxisten — vorreden, daß wir alles von der automatischen Entwicklung erwarten, uns, die wir vom ersten Augenblick an den Gedanken in uns eingesogen haben: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein?" Das Wort „Werk" bedeutet: geschaffen, klar und bewußt von den Arbeitern selbst geschaffen! Wenn die Arbeiterklasse das tun, wenn sie ihr Werk wirken soll, so muß sie auch dazu fähig sein, und die ganze Arbeit, die wir fortwährend verrichten,

ist darauf gerichtet, die Arbeiterklasse geistig und physisch dazu zu befähigen. (Lebhafter Beifall.) Parteigenossen! Wir haben an diesem Satz eine bemerkenswerte Änderung vorgenommen. Im alten Programm und auch noch im Entwurf hieß es: „Das Proletariat politisch zu organisieren..." Wir haben geglaubt, daß es an der Zeit sei, dieses einschränkende Wort „politisch" entfernen und alle Formen der proletarischen Organisation als Mittel zu dieser Fähigmachung des Proletariats in diesem Satze zusammenzufassen. Dadurch ist die gewerkschaftliche Organisation einbezogen, es ist die wirtschaftliche Organisation nicht ausgeschlossen. Ich mache diese Unterscheidung zwischen „einbezogen" und „nicht ausgeschlossen" darum, weil die gewerkschaftliche Organisation heute schon einen hohen Stand erreicht hat, während man bei der wirtschaftlichen Organisation bloß von Anfängen sprechen kann, und die Formen, die sie gewinnen wird, heute noch nicht abzusehen sind.

Sie verzeihen, wenn ich einige stilistische Änderungen übergehe. Sie haben zehn oder elf so ausgezeichnete Leute in der Kommission gehabt, Theoretiker, Praktiker und Stilisten aller Grade, daß Sie sich darauf verlassen können, das Ding ist gut deutsch geworden. (Heiterkeit.) Nur zwei stilistische Änderungen will ich erwähnen. Statt der Worte „heutigen Zustände" sind wieder die Worte „unwürdigen Zustände" eingesetzt worden. Es wurde damit dem Herzenswunsch vieler Genossen entsprochen. Nach ihrer Meinung wurde der Satz damit verbessert, nach meiner Meinung nicht verschlechtert. Der Name „sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich" ist unverändert geblieben, da die Kommission die Namensänderung schon früher zurückgezogen hat und kein Redner die Namensänderung verlangte.

In dem Absatz, der die Überleitung von unserem prinzipiellen Programm zu unseren augenblicklichen Forderungen bildet, heißt es: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich ist eine internationale Partei... sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen..." Wenn hier nicht von Arbeiterschutz, sondern von „gesetzlichem Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen" die Rede ist, hat dies seinen Grund darin, weil man den Begriff Arbeiterschutz immer etwas zu enge nimmt und damit gewöhnlich nur der Schutz in der Werkstätte gemeint ist, während wir alle Maßregeln der immer mehr und mehr Bedeutung gewinnenden Hygiene hieher rechnen, so die Wohnungshygiene, Gewerbehygiene, Sanitätspolizei, Lebensmittelpolizei usw. Das ließe sich aber unter das Wort „Arbeiterschutz" nicht subsumieren.

Dann heißt es weiter: „Sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen." Nachdem oben als das vorläufig letzte Ziel die Erringung der politischen Macht steht, so wird wohl niemand dagegen sein, daß wir auch schon vorläufig auf allen

Gebieten möglichst großen Einfluß erhalten. Ich gestehe Ihnen offen, ich habe den Ausdruck „gebührenden Einfluß" für weitergehend gehalten und gemeint, daß uns ein größerer Einfluß gebühre, als der uns gegenwärtig möglich ist; „gebührender Einfluß" — das umspanne doch die ganze Welt. Aber es hat sich gezeigt, daß ich Unrecht hatte (Heiterkeit), man merkt ja erst, ob man richtig spricht, wenn man sieht, daß die Leute einen auch wirklich verstehen. Man mag etwas noch so fein ausgetüpfelt haben, wenn einen die Leute nicht verstehen, so war es eben falsch, denn ein Programm hat die Aufgabe, verstanden zu werden, und ist keine stilistische Ziselierarbeit.

Auf die Einzelheiten der Diskussion will ich nicht zurückkommen; denn, wenn ich jetzt auf die Angriffe und die Argumente der Diskussion eingehen und die Kritiker meinerseits kritisieren wollte, so wäre das für mich sehr lustig, für Sie sehr langweilig und würde jedenfalls sehr lange dauern. Wenn ich in die Parteigeschichte als ein fabelhafter Optimist einziehe, als ein Mensch, dem es Wurst ist, ob er so oder so sagt (Heiterkeit), so geniert mich das nicht. Ich werde übrigens an anderer Stelle beweisen, daß dem nicht so ist. Das eine werden Sie mir aber gestatten, zu sagen: Der jetzige Entwurf ist gut, ist besser als der frühere, aber der erste war auch nicht gar so arg.

Ich glaube, daß das Programm so gefaßt ist, daß eine Überschätzung unserer täglichen Arbeit wirklich nicht zu befürchten ist. Wenn das Hainfelder Programm vielleicht der Gefahr ausgesetzt war — und die Verhältnisse haben ja diese Gefahr bedungen — eine Unterschätzung der Gegenwartsarbeit zu enthalten, so haben unsere Freunde befürchtet, daß der jetzige Entwurf eine Überschätzung dieser Gegenwartsarbeit bedeuten könne. Ich halte das für ganz ausgeschlossen. Wenn jene, die ein Interesse daran haben — nicht ein persönliches, sondern ein Parteiinteresse, weil sie den Wunsch haben, Errungenschaften durch die Überschätzung der Gegenwartsarbeit zu machen — sich noch so sehr bemühen, so werden sie aus diesem Entwurf diese Überschätzung nicht herauslesen können. Aber auch jene Genossen, die immer am schärfsten das Endziel betont haben wollen und gegen jede Einschläferung des revolutionären Bewußtseins wachsam sind, können ganz beruhigt sein. In keinem Programm, das ich kenne, ist das, was die Sozialdemokratie anstrebt, deutlicher gesagt, als in diesem: Der faustische Drang, unaufhörlich bis ans Ende zu gehen und niemals zu rasten. (Beifall.) Hier in diesem Programm wird nirgends zum Augenblick in dieser kapitalistischen Welt gesagt: Verweile doch, du bist so schön! (Beifall.) Und so können Sie beruhigt sein, daß die Partei mit diesem Programm auch nicht einen Moment in Versuchung geführt wird, sich auf ein Faulbett zu legen und ihre letzten Ziele für ein Linsengericht zu verkaufen. (Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich nun mit einigen wenigen Bemerkungen auf die Einzelforderungen unseres Minimalprogramms eingehen.

An der Spitze steht natürlich unsere Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht.

Im Punkt 6 wird verlangt die Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte. Dieser Punkt wurde abgeändert. Während es früher hieß, daß die Wahl der Geschwornen durch das „gesamte Volk" zu geschehen habe, wurden diese Worte jetzt weggelassen, denn das könnte auch heißen, daß die kleinen Kinder wählen. Wir haben hier weiter hinzugefügt die Worte: „Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte." Damit ist nicht nur die Abschaffung der Privilegien der Militärjustiz, sondern auch der Privilegien der Kabinettsjustiz verlangt. Bekanntlich stehen die Angehörigen des kaiserlichen Hauses unter einer besonderen Gerichtsbarkeit. Wir halten sie aber für Staatsbürger und glauben ihnen damit keine Unehre zu erweisen. Dann aber müssen sie sich auch die Bedingungen gefallen lassen, denen andere Staatsbürger unterworfen sind. Über die Militärjustiz brauche ich bei uns in Österreich, insbesondere nach den Vorfällen der letzten Monate und nach den Ergebnissen der galizischen Prozesse*) (Beifall), kein Wort zu verlieren. Wir haben weiter in diesem Punkt noch die Abschaffung der Todesstrafe aufgenommen.

Zu Punkt 7 haben wir hinzugefügt „staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes". Ich halte das für einen Kernpunkt des von uns erstrebten gesetzlichen Schutzes der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen. Es ist dies einer der bedeutendsten Hebel der Umgestaltung und Weiterführung unserer gesellschaftlichen Zustände. Doch muß ich hier auf eine längere Ausführung verzichten.

Eine schwierige Frage enthält Punkt 8, der von der Religion und von dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche handelt. Nicht als ob jemand gegen die vorliegende Fassung einen prinzipiellen Einwand gehabt hätte, denn darüber sind wir uns alle klar, daß das einzige Mittel zur Lösung aller Schwierigkeiten und die einzige Möglichkeit, die durch den Klerikalismus aufsteigenden Gefahren zu beseitigen, eine reinliche und absolute Scheidung zwischen Staat und Kirche sei. Der Staat braucht die Dienste der Kirche nicht, die er sich heute gefallen läßt, und die er sehr teuer bezahlen muß. Er hat aber auch nicht ihr Diener zu sein. Weiter berührt dieser Punkt auch das Verhältnis der Religion zum einzelnen. Ich gestehe, daß es für mich etwas sehr Verlockendes hätte, anstatt der Worte: „Erklärung der Religion als Privatsache" zu sagen: „Erklärung der Religion als Sache der persönlichen Überzeugung jedes einzelnen." Diese Fassung würde bei vielen Leuten Anklang finden und vielleicht auch besser verstanden werden. Aber unsere alte Formel ist so bekannt, daß jede Änderung des Ausdruckes nach außen

*) Gerade vor dem Parteitag, am 1. November, endete ein Preßprozeß wegen Beleidigung des Przemysler Armeekommandanten Feldzeugmeisters Galgotzy mit einer argen Bloßstellung der Militärjustiz.

hin — und hier müssen wir mit unseren Gegnern rechnen — als eine Änderung unseres Standpunktes angesehen werden würde. Jede Änderung eines Beistrichs würde hier vor dem Korps sämtlicher Kapläne entweder als eine Zuspitzung und Verschärfung nach der atheistischen, religionsfeindlichen Seite hin oder als ein Rückzug vor der Macht der Kirche und der religiösen Überzeugung angesehen werden. Einzig nur aus diesem Grunde, weil eine Änderung in politischer Beziehung bedenklich wäre, sind wir bei dem alten Ausdruck stehengeblieben. Wir haben in diesem Punkt noch die obligatorische Zivilehe aufgenommen. Dieser Punkt fehlt in den Programmen unserer Partei anderer Länder, weil sie es dort nicht mehr notwendig haben, einen solchen Punkt aufzunehmen.

Wir kommen nun zum Punkt „Schule", zu Punkt 9. Hier wurde auf Wunsch der tschechischen Genossen ein Satz eingefügt, welcher ausdrücken soll, daß nicht nur dem allgemeinen pädagogischen Bedürfnis, sondern auch dem pädagogischen Bedürfnis der einzelnen als Angehörigen einer bestimmten Nation sowie der Entwicklungsstufe jeder einzelnen in Österreich wohnenden Nation Rechnung getragen werden soll (Beifall), kurz, daß den wirklichen Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker entsprochen werde. Wir sind die letzten, die dagegen etwas einzuwenden haben. Wir wissen sehr gut, daß für jedes Volk, ebenso wie für jeden einzelnen die Erziehung der künftigen Generation in allererster Reihe steht.

Punkt 11 spricht vom Militarismus, dessen Beseitigung verlangt wird. Wir verlangen damit aber nicht die Wehrlosmachung des Volkes, sondern im Gegenteil die Bewaffnung des Volkes, die wir allerdings nicht nur gegen den äußeren, sondern auch gegen den inneren Feind haben wollen. (Sehr richtig!) Und wir haben ein Recht, von den inneren Feinden zu sprechen, weil wir die Bewaffnung des Volkes gegen die Feinde des Volkes haben wollen, nicht aber den Schutz der Feinde des Volkes durch den Militarismus gegen das Volk selbst. (Beifall.) Wir haben weiter hinzugefügt, daß die Volksvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden haben soll. Es soll dies als unsere Forderung im Programm stehen; aber ein Österreicher kann das nicht lesen, ohne sich 33mal zu schämen. Wir haben keine Volksvertretung, und insofern wir eine solche haben, hat sie nichts zu entscheiden.

Wir wünschen gewiß, daß jeder Krieg vermieden, und daß insbesondere der Kapitalismus — die Wurzel aller Kriege — beseitigt werde. Da sich aber in der Zwischenzeit doch noch Anlässe zu Kriegen finden können, so verlangen wir, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung — und vielleicht gelingt es auch in Österreich, eine solche zu bekommen — überlassen werde. Heute klingt dies vielleicht für Österreich, ich gestehe das, utopistisch.

Im Punkt 12 wird die Beseitigung jener Gesetze verlangt, wodurch die Frau gegenüber dem Mann öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird, eine Forderung, die die Frauen überall mit Recht erheben. Es wurde allerdings auch angeregt, daß logischerweise jene Einrichtungen abgeschafft werden sollten, wodurch die Frau gegenüber dem Mann in Vorteil gesetzt wird. Da sich aber niemand von uns an solche gesetzliche Vorkehrungen erinnern konnte — von praktischen Vorkehrungen können wir ja im Programm nicht reden — so mußten wir bei unserer Forderung bleiben und unseren Plan aufgeben. (Heiterkeit.) Vielleicht werden wir uns bis zum nächsten Parteitag daran erinnern und die Forderung der Emanzipation der Männer ins Programm nehmen können. (Heiterkeit.)

Es lag ein Antrag vor auf gesetzliche Förderung von Wirtschaftsgenossenschaften, von Konsumvereinen und von Produktivgenossenschaften der Arbeiter. Wir haben uns nicht entschließen können, diese gesetzliche Förderung ins Programm aufzunehmen, weil wir uns nicht recht vorstellen konnten, wie dies im einzelnen aussehen soll. Wir waren aber überzeugt, daß die ganze wirtschaftsgenossenschaftliche Bewegung schon sehr zufrieden wäre, wenn ihr keine Prügel mehr zwischen die Füße geworfen würden, und jene Hindernisse, die ihnen heute von der kleinbürgerlichen Bewegung in den Weg gestellt werden, wegfallen. Deshalb fordern wir die freie Entfaltung der Wirtschaftsgenossenschaften.

Die Forderungen des Arbeiterschutzes, zu denen wir jetzt kommen, sind solche, die ständig in Diskussion stehen und die im Programm nur in ganz allgemeinen Zügen angedeutet werden können. In einem Programm können nur äußere Grundlinien für Arbeiterschutz aufgenommen werden, und ich möchte Sie daher bitten, die Magerkeit unserer Arbeiterschutzforderungen nicht zu beanstanden, sie sind mit den hier aufgenommenen Forderungen durchaus nicht abgeschlossen. Nur zwei Anträge haben wir in die Minimalforderungen für Arbeiterschutz neu aufgenommen, und zwar zunächst den Antrag des Frauenreichskomitees auf ausnahmsloses Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter. Man kann die Notwendigkeit der Nachtarbeit in einigen Betrieben zugestehen, man muß aber mit voller Entschiedenheit sagen, daß, wenn sie geleistet werden muß, sie absolut nicht von Frauen und Kindern geleistet werden darf. Weiter ist ein Antrag unserer, wie ich mit großer Befriedigung hier bemerken will, stark aufblühenden Organisation der jugendlichen Arbeiter angenommen worden, indem in dem Punkt 5, der von der Kinderarbeit handelte, ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter verlangt werden. Auch das ist nur allgemein gesagt, ist aber keine Phrase und kein bloßer Rahmen, der erst auszufüllen wäre, sondern der tatsächlich durch die Tätigkeit unserer Organisation, besonders unserer Gewerkschaften sowie auch von den Politikern und Gelehrten anderer Klassen längst ausgefüllt ist.

Wir haben ferner in dem Punkt, der vom Gewerbeinspektorat handelt, die Vermehrung der Inspektoren verlangt; ich hoffe, daß das Programm länger aushalten wird als der gegenwärtige Stand unserer Gewerbeinspektoren, aber das wird wohl eine ständige Forderung bleiben müssen. Wir verlangen weiter, daß den Inspektoren exekutive Befugnis erteilt werde, daß die Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch selbstgewählte Inspektoren mitzuwirken haben usf. Den Passus, daß die Unternehmer wegen Gesetzesübertretungen mit Arrest zu bestrafen seien, haben wir gestrichen, weil unsere Genossen gefunden haben, daß das Wort „Arrest" ein Flecken im Programm wäre. Damit haben wir aber die Unternehmer keineswegs begnadigt, sondern haben ihnen den Arrest nur in Oblaten mitgeteilt (Heiterkeit), indem wir jetzt sagen, daß strenge Strafen zu verhängen sind, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen. (Heiterkeit.) Daß das nur Arreststrafen sein können, ist selbstverständlich, da doch die Prügelstrafe schon längst abgeschafft ist.

Der letzte Punkt unseres Programmes verlangt den Ausbau der Arbeiterversicherung; dieser Punkt ist unverändert geblieben.

Eine wesentliche Änderung ist sonst im Programm nicht vorgenommen worden.

Von den vielen Anträgen, die wir nicht ins Programm aufgenommen haben, will ich nur zwei berühren. Da ist zunächst der Antrag über den ich schon ganz kurz in meinem einleitenden Referat gesprochen habe, daß wir nämlich den Arbeiterschutz zu keinem anderen Zweck als zur Erreichung des letzten Zieles verlangen sollen. Der Antrag wurde von der Kommission in das Programm nicht aufgenommen, und ich hoffe, daß er hier im Plenum ebensowenig vermißt werden wird. Hoffentlich wird er auch dem Antragsteller selbst bei der jetzigen Fassung des Programms minder nötig erscheinen.

Aber ein Antrag lag vor, der nicht prinzipieller, sondern konkreter Natur war, und dem wir leider nicht Folge geben konnten. Ich meine den Antrag Hueber über die gesetzliche Anerkennung der Kollektivarbeitsverträge. Dieser Antrag erschien uns noch nicht reif. Es wurde geltend gemacht, und zwar mit einem gewissen Maß von Recht, daß diese gesetzliche Anerkennung der Kollektivarbeitsverträge sich nicht nur gegen die Unternehmer, sondern eventuell auch gegen die Gewerkschaften richten könne, welche diese Verträge schließen, und daß die Gefahr bestehe, daß, wenn das heute kodifiziert wird, die Unternehmer dabei mehr profitieren als die Gewerkschaften. Die Vorkommnisse in England mahnten uns hier zur Vorsicht. Wir sind der Ansicht, daß dieser Antrag erst von den Gewerkschaftsorganisationen und etwa von einem Gewerkschaftskongreß nach allen seinen möglichen juristischen und praktischen Folgen hin diskutiert und erwogen werden soll, bevor ihn der Parteitag so kopf-

über dem Programm einverleibt. Sowohl nach der Stilisierung als nach der Herkunft des Antrages liegt aber die Möglichkeit vor, daß die Genossen, die als Vertreter der Industriegruppen hier sind und großen Wert auf diesen Antrag legen, die Frage einer gehörigen Prüfung zuführen, wie dies die Wichtigkeit der Sache erfordert. Unser Antrag bedeutet jedenfalls nur eine Vertagung und ist nicht gegen die Sache selbst gerichtet.

Nun einige Worte darüber, was Ihnen die Kommission bezüglich der ganzen Anlage des Programms vorschlägt.

Wir schlagen Ihnen vor, den Ihnen nunmehr vorliegenden abgeänderten Entwurf als Parteiprogramm anzunehmen und demselben die programmatische Erklärung unseres letzten Parteitages bezüglich der Nationalitäten als Nationalitätenprogramm einzuverleiben, so daß diese beiden Programme das Gesamtprogramm der Partei darstellen. Wir schlagen Ihnen jedoch nicht vor, auch die Resolution zur Landagitation, wie sie auf dem Grazer Parteitag beschlossen wurde, dem Programm einzufügen, ohne damit der Resolution in ihrem Inhalt nahetreten zu wollen. Wir glauben aber tatsächlich — und das werden auch die Verfasser der Resolution zugeben —, daß diese noch nicht den Grad der Reife und zwingenden Notwendigkeit für die Gesamtpartei hat, wie die anderen Bestandteile unseres Programms. Diese Resolution hat ihre Geltung für die deutschen Genossen so lange, bis sie an ihrer diesbezüglichen Taktik etwas ändern wollen. Sie wird von diesem Parteitag nicht etwa aufgehoben, sondern sie wird nur nicht dem Programm einverleibt. Ich glaube nicht, daß aus der Mitte des Parteitages etwa der Antrag gestellt werden wird, auch diese Resolution in das Programm aufzunehmen, weil hierüber erst neuerlich wieder eine gründliche Diskussion geführt werden müßte. Die deutschen Genossen mögen aber nicht etwa glauben, daß diese Resolution für sie nicht von Vorteil sei und Ihnen nichts nütze, wenn sie sich bemühen, darin einen taktischen Fingerzeig für die Landagitation zu finden. Es sind eine ganze Reihe von Weisungen und reiches Material darin enthalten; diejenigen Genossen, die darüber gar so die Nase rümpfen, erwarte ich bei einer künftigen Agrardebatte, und ich bin neugierig, ob sie uns dann etwas Gescheiteres erzählen werden. (Heiterkeit.) Aber heute wollen wir diese Agrardebatte nicht führen. (Heiterkeit.)

Und nun komme ich zum Schluß. Wir haben uns so viel Allgemeines gesagt, daß ich gewiß nicht in Allgemeinheiten verfallen werde, selbst auf die Gefahr hin, daß der Schluß dieses Referats nicht so rhetorisch schön ist, wie es vielleicht wünschenswert wäre. Aber eines gestatten Sie mir zu sagen: Wir haben uns bemüht, den richtigen Ausdruck zu finden für das, was wir alle wollen. Und ich habe in meiner ersten Rede gesagt, daß ich, wie jeder Parteigenosse, den größten Wert darauf lege, daß der Inhalt des Programms ein richtiger ist, daß aber ein richtiger Gedanke in verschiedener Weise ausgedrückt werden kann. Ich habe über diese Möglichkeit Anschauungen geäußert, die einzelnen Genossen

Anlaß zum Verdacht gegeben haben, als wäre ich dem Wortlaut des Programms gegenüber gleichgültig. Ich bin bereit, mit jedem Parteigenossen in eine Diskussion mich einzulassen über den Inhalt des Programms, über den Inhalt dessen, was wir wollen, und ich werde jedem einzelnen gegenüber bestrebt sein, jene Formen und Ausdrücke zu wählen, die er am besten versteht. Ich werde auch, wenn ich ein Programm abfasse, bestrebt sein, jene Ausdrücke zu wählen, die auch genau so verstanden werden, wie sie unsere Anschauungen und unseren Willen ausdrücken, obwohl auch eine andere Ausdrucksweise möglich wäre. Wenn ich also von dem relativen Gewicht einer bestimmten Ausdrucksweise im Programm gesprochen habe, so bin ich doch weit davon entfernt, gleichgültig zu sein gegen den Wortlaut des Programms, nachdem es Programm geworden ist.

Es ist gar kein Zweifel, daß die Wiederholung derselben Sätze durch Jahre und durch viele Menschen dem Wortlaut schadet. Es ist gar kein Zweifel, daß im Laufe längerer Zeit eine Münze, wenn sie auch noch so scharf geprägt wird, abgegriffen wird, daß sie ihre scharfe Prägung verliert, daß gewissermaßen das Bewußtsein für den Inhalt verlorengeht und schwächer wird. Wenn wir eine Prägung zum erstenmal hören, fällt sie ganz anders in unser Ohr, macht sie viel mehr Eindruck, als wenn wir sie zum millionsten Male gehört haben. Aber das hindert nicht, daß auf dem Wege von der Prägung bis zum endlichen Verschleiß diese Münze, diese bestimmte Abprägung in bestimmte Worte, uns den allergrößten Dienst leistet, ja ganz unentbehrlich ist, nicht nur für unsere Agitation, sondern auch für die Erziehung der Massen, wo man eine bestimmte Prägung braucht, ewige Wiederholungen derselben Sätze, bis der Eindruck hervorgerufen wird, und es ist nicht minder wahr, daß wir selber diese bestimmte Prägung brauchen.

Die Gehirnvorgänge sind alle flüssiger Natur. Es ist nicht immer leicht, die Identität des Wollens und Wissens festzustellen, auch nicht beim einzelnen. Wie aber erst bei einer Gesamtheit, die kämpft? Wir brauchen einen ganz bestimmten harten Ausdruck dafür, wer zu uns gehört, wer innerhalb und wer außerhalb unseres Kreises steht. (Sehr gut!) Heutzutage, wo alles rötlich wird, gibt es Schattierungen vom Rot durch das Rosa zum Weiß, wo alle Möglichkeiten der sozialen Auffassung noch Platz haben. Ich unterschätze durchaus nicht die große Gedankenarbeit, die in der Selbstkritik, in der Überlegung, in dem Abwägen verschiedener Motive, in der endlosen, nie enden sollenden Arbeit an sich selbst liegt. Wenn jemand in die Wüste ziehen will, um sich über die letzten sozialen Dinge klar zu werden, habe ich nichts dagegen, daß er darüber philosophiert bis an sein letztes Ende. Wer aber praktisch arbeiten will, wer in der Partei steht, der hat die subjektive Notwendigkeit und die objektive Pflicht, unter

diese Erwägungen von tausend Seiten endlich einen Strich zu machen, das Fazit zu ziehen, zu summieren und zu sagen: aus allen diesen Erwägungen bin ich entschlossen, nunmehr dieses zu tun. (Beifall.) Diese Pflicht haben wir als einzelne Parteigenossen, diese Pflicht hat die Partei als Gesamtheit, weil sie sonst nicht handeln kann. Parteigenossen! Das Gehirn ist ein Hemmungsorgan und darin besteht seine Würde; aber wenn das Gehirn gar nichts tut, wie hemmen, dann geschieht das auf Kosten seiner Fähigkeit, die motorischen Zentren in Erregung zu bringen. Ich gehe auf nichts einzelnes ein, ich polemisiere gegen niemand, ich verteidige nur mich nur gegen den Verdacht, daß ich allzu gleichgültig bin gegen präzise Auffassung.

Ich glaube, wir haben hier ein Programm, das vollständig entspricht der gesamten Meinung der gesamten Partei, ein Programm, dem kein Parteigenosse zu widersprechen gezwungen ist durch seine Überzeugung; allerdings — das gebe ich ohne Einschränkung zu — ich habe die Überzeugung, daß, wie mir noch manches darin fehlt, es auch sehr viele andere geben wird, denen etwas darin fehlt. Aber das Programm kann nicht das Gesamtverzeichnis aller Wünsche der Parteigenossen sein. Aber wir haben ein Programm, welches unserer Überzeugung, unserem Willen, unseren nächsten Forderungen Ausdruck gibt, ein Programm, das geeignet ist, uns in der nächsten Zeit dieselben großen und dauernden Dienste zu leisten, die uns bisher das Hainfelder Programm geleistet hat. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

# Von Hainfeld bis Wien.

„Arbeiter-Zeitung" vom 7. November 1901.

Der sozialdemokratische Gesamtparteitag, der heute seine Arbeiten beschlossen hat, wird denkwürdig sein in der Geschichte unserer Partei. Man wird ihn werten nicht nur nach dem was er geleistet, was er für die Zukunft des organisierten Proletariats bedeutet, sondern man wird an ihm auch das Werk der Vergangenheit messen. Wir haben uns heute ein neues Programm gegeben und dadurch einen Abschnitt in dem ununterbrochenen Flusse unserer eigenen Geschichte abgeschlossen. Man wird feststellen, welchen Weg das sozialdemokratische Proletariat Österreichs gegangen ist, was aus ihm geworden ist in der Epoche vom Hainfelder Programm 1888 bis zum Wiener Programm 1901. Und man wird sagen müssen: Die Sozialdemokraten in Österreich sind dieselben geblieben und sie sind zugleich völlig andere geworden. Sie sind dieselben geblieben in ihren Grundanschauungen, das haben gerade die Erörterungen über die Revision des Parteiprogramms gezeigt; sie sind dieselben geblieben in der unbeugsamen Energie ihres Wollens, sie sind dieselben ge-

blieben in der Klarheit des Bewußtseins, daß die Sozialdemokratie nicht mehr und nicht weniger ist als der Träger und Vollstrecker der geschichtlichen Mission des Proletariats, und daß sie eben darum der Anwalt, Schützer und Erzieher aller Schichten der Arbeiterschaft ist, ihr Führer in die Zukunft, ihr Helfer in der Gegenwart.

Die Sozialdemokraten sind aber völlig andere geworden seit Hainfeld. Denn damals waren sie eine kleine Schar verfolgter Männer und Frauen, eine Partei ohne Organisation, ohne Presse, ohne parlamentarische Vertretung. Die heute in Wien ihr neues Programm beschlossen, das waren die Vertrauensmänner einer weitverzweigten, starken und täglich wachsenden politischen und wirtschaftlichen Organisation, deren Presse allwöchentlich zu Millionen von arbeitenden Männern und Frauen spricht in allen Sprachen dieses Landes, das waren die erwählten und parlamentarischen Vertreter der stärksten politischen Partei in diesem Österreich. Die Gehetzten von damals, die das wehrlose Wild jedes Bezirkspaschas und Justizmörders waren, sind heute zu einer Partei geworden, die zu respektieren man hat lernen müssen. Das österreichische Elend von der Arbeiterklasse fernzuhalten hat freilich keine menschliche Macht vermocht, aber den besonderen Fluch, den damals die Unwissenheit, Beschränktheit und Brutalität der Herrschenden über die Arbeiter in diesem Staate verhängte, ihn hat die Sozialdemokratie zu bannen gewußt durch ihr unermüdliches Erziehungswerk, das nicht minder nach unten wie nach oben gerichtet werden mußte.

Die Sozialdemokraten sind aber auch andere geworden, weil sie seit Hainfeld gelernt haben und geistig gewachsen sind. Wer die Verhandlungen dieses Parteitages verfolgt hat, wird von ihnen sagen müssen, daß sie als geistige Leistung nicht unwürdig zur Seite stehen den Verhandlungen unserer älteren Bruderparteien, und daß es in unserem Lande, wir sagen es mit ebensoviel Bedauern als Stolz, keine einzige andere Partei gibt, die dieser Leistung auch nur entfernt fähig wäre. Das geistige Niveau der Arbeiterschaft Österreichs, ihr politischer Ernst, ihre Tüchtigkeit ist gestiegen seit Hainfeld, das ist vielleicht was am meisten erfreut an diesem Parteitag. Wer täglich leidet unter dem Jammer der österreichischen Rückständigkeit, wem die österreichische Dummheit und Faulheit das Leben vergällt, wer oft verzweifelt zu ersticken meint im österreichischen Sumpfe, der mag auf diesen Arbeiterkongreß hinblicken als auf eine Hoffnung und eine Bürgschaft. Die Summe von Kraft und Intelligenz, die die Sozialdemokratie aus dieser armen, gedrückten, gequälten Arbeiterschaft zu entbinden gewußt hat, sie beweist, daß der beste Kern der Völker Österreichs gesund geblieben ist trotz aller Verruchtheiten, die an ihnen begangen wurden. Jede Hoffnung richtet sich auf in diesem Bilde, Trost, Stärkung und Erhebung quillt aus der Gewißheit, daß die Zukunft der Sozialdemokratie, der Partei der klassenbewußten Arbeiter gehört.

# Eine Programmänderung.

Von Dr. Victor Adler.

„Arbeiter-Zeitung" vom 12. Jänner 1902.

Vor kurzem hat die österreichische Sozialdemokratie ihr Parteiprogramm revidiert und ihm nach langer, eingehender und lebhafter Diskussion in Schrift und Rede eine neue Gestalt gegeben, die angemessen ist dem gegenwärtigen Stande der proletarischen Bewegung in Österreich und dem gegenwärtigen Stand unserer Kenntnis von der ökonomischen Entwicklung. Den breitesten Raum und das tiefste Interesse nahm die Diskussion in Anspruch, die über die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise einerseits und des proletarischen Klassenkampfes andererseits auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft geführt wurde. Sehr eingehend erörtert wurde auch ein zweiter ebenso wichtiger Punkt unserer Gesamtauffassung: Inwieweit neben dem gesetzmäßigen Verlauf der ökonomischen Entwicklung, die die Gesellschaft mit Notwendigkeit vom Kapitalismus zum Sozialismus führt, das Eingreifen des bewußten Wollens der organisierten Arbeiterschaft von Bedeutung für diese Entwicklung sei.

Es ist der Stolz und der Ruhm der österreichischen Sozialdemokraten, daß diese Fragen, die dem oberflächlichen Blick rein akademisch erscheinen könnten, von unserem Parteitag nach ihrer vollen praktischen Wichtigkeit erkannt und mit dem gespanntesten Interesse erörtert wurden. In der Tat ist es nicht nur eine Frage der Theorie, ob wir annehmen, daß die Tendenz des Kapitalismus, die wachsende Verelendung des Proletariats herbeizuführen, eine unüberwindliche ist, oder ob wir uns von der Überzeugung tragen lassen und unser Handeln von der Sicherheit bestimmt wird, daß der Klassenkampf selbst die Kampffähigkeit des Proletariats trotz alledem steigert. Wenn in unserem, in den ersten Novembertagen beschlossenen Wiener Programm diese Überzeugung stärker betont ist als in dem Hainfelder Programm, das die Wiedergeburt der österreichischen Arbeiterbewegung ankündigte, so ist auch das nicht etwa bloß die Konsequenz rein theoretischer Überzeugung, sondern die Frucht der praktischen Erfahrung durch mehr als ein Jahrzehnt. Die Organisationsarbeit, die seit Hainfeld geleistet wurde, hat dem österreichischen Proletariat gesteigertes Selbstgefühl und Kraftbewußtsein verliehen.

Damit hängt auch eine Änderung im Wortlaut des Programms zusammen, die ohne jede Diskussion angenommen wurde, weil sie als selbstverständlich erschien, die aber trotzdem sehr bedeutsam und für den Geist und das Wesen unserer Partei im höchsten Grade bezeichnend ist. Der wichtigste Satz in unserem Hainfelder Programm lautete bekanntlich: „Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich." Dieser Satz ist unverändert geblieben bis auf

ein einziges Wort: das Wort „politisch" ist aus dem Satz gestrichen worden, so daß nunmehr als das eigentliche Programm der Sozialdemokratie bezeichnet wird: das Proletariat zu organisieren. Durch die Streichung dieses Wortes aber ist das Programm in höchst bedeutsamer Weise erweitert worden. Nicht nur die politische, sondern vor allem auch die gewerkschaftliche Organisation des Proletariats wird nunmehr als die oberste Aufgabe der Partei selbst bezeichnet.

Nun ist natürlich weder der Gedanke noch die Sache etwa neu. Vielmehr hat schon in der ersten Epoche der österreichischen Arbeiterbewegung, vor ihrer Niederwerfung durch den Ausnahmszustand, eine verhältnismäßig, bedeutende Gewerkschaftsorganisation, in ziemlich primitiven Formen freilich, bestanden, und auch an dem Zusammenhang mit der politischen Partei fehlte es nicht. Ja, im Gegenteil, man darf sagen, daß die damaligen Gewerkschaften dem politischen Zweck geradezu vollständig unterworfen waren, so daß ihre eigentlich gewerkschaftlichen Funktionen dagegen in den Hintergrund traten. Die großen Kämpfe innerhalb der Partei, die dann zu jener unseligen Spaltung führten, haben sich wesentlich auf dem Boden der Gewerkschaften abgespielt. Auch bei dem Wiederaufbau der Partei war das Bewußtsein der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation durchaus lebendig. Auf dem Hainfelder Parteitag bildete die „gewerkschaftliche Organisation" einen besonderen Punkt der Tagesordnung, und es wurde eine Resolution gefaßt, die lautete: „Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen allerorts, besonders aber in den Industriezentren, die Gründung von Gewerkvereinen mit möglichster Heranziehung der männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter." Diese Empfehlung ist denn auch nicht ein toter Buchstabe geblieben. Die Zentrale der sozialdemokratischen Partei und ihre Presse haben durch jahrelange unermüdliche Arbeit für die Gewerkschaften die Bedingungen ihres Bestandes erobert und für sie ein Stück Koalitionsrecht wieder errungen, zu dessen planmäßiger Vernichtung sich die ganze Brutalität und Borniertheit der österreichischen Bureaukratie vereinigt hatten. Ungefähr anderthalb Jahre nach dem Hainfelder Parteitag gelang es, das erste Gewerkschaftsstatut durchzusetzen, und von da an sehen wir unsere tüchtigsten und erfahrensten Parteigenossen eifrig an dem Aufbau der Gewerkschaften tätig. So trägt auch die österreichische Gewerkschaftspresse — zu ihrer Ehre sei es an einem ihrer Festtage*) gesagt — sozialdemokratischen Stempel.

*) Dieser Artikel ist nämlich zuerst in der Festnummer erschienen, die die „Einigkeit", das Organ des Buchbinderverbandes, anläßlich des zehnjährigen Bestandes herausgegeben hat. Von hier hat ihn die „Arbeiter-Zeitung" — mit Angabe der Quelle — entnommen. Damit ist die Odyssee dieses Artikels aber noch nicht zu Ende. Aus der „Arbeiter-Zeitung" hat ihn dann die französische sozialistische Monatsschrift „Mouvement socialiste" abgedruckt und als Artikel dieser Zeitschrift ist er dann in Stammhammers „Bibliographie des Sozialismus" zitiert.

Ein ähnliches Schicksal hatte übrigens auch ein Artikel, den Adler in der „Arbeiter-Zeitung" vom 11. August 1895 über Friedrich Engels ge-

Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß Fachblätter politische Organe sein sollen, sein wollen oder sind. Ganz im Gegenteil. Sie wollen und sollen den fachlichen und organisatorischen Interessen ihrer Berufsgenossenschaft dienen, nicht mehr und nicht weniger. Aber gerade weil sie das sollen, müssen sie von Leuten geschrieben sein, die über die engen Schranken der augenblicklichen Interessen ihrer speziellen Branche hinauszusehen vermögen, die es vermögen, die Lage ihres Gewerbes zu begreifen, als bedingt von der gesamten ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklung, kurz, die den einzelnen Arbeiter als Proletarier zu verstehen vermögen, als Glied seiner Klasse, abhängig von ihrem Schicksal. Nur jener Gewerkschafter wird seiner Organisation in höherem Sinne zu dienen vermögen, der den Blick offen hat für das Ganze und der jedes Einzelgefecht, das er zu führen hat, begreift als einen Teil des großen Emanzipationskampfes des Proletariats. Nur so kann er die richtige Wertung der Ereignisse haben, die für die Taktik seiner Organisation die wichtigsten sind, nur so wird ihn zum Beispiel der verhältnismäßig günstige Geschäftsgang der letzten Jahre nicht optimistisch berauschen, nur so wird ihn die furchtbare Krise, von der wir jetzt ereilt sind, nicht in fassungslosen Pessimismus stürzen. Nur der durchgebildete Sozialdemokrat wird als Gewerkschafter den vollen Umfang seiner Aufgaben, aber auch die Grenzen dessen erkennen, was die Gewerkschaft überhaupt zu leisten fähig ist.

Andererseits aber muß die Sozialdemokratie in der gewerkschaftlichen Organisation eines der wirksamsten Mittel zur Durchführung ihres eigensten Programms erkennen: die Widerstandskraft und Kampffähigkeit des Proletariats zu steigern. Man braucht nicht erst anzuführen, wie jeder Schritt vorwärts in der Abkürzung der Arbeitszeit, in der Erhöhung der Lebenshaltung auch günstigere Bedingungen für die politische Organisation und die politische Wehrhaftigkeit schafft. Man darf auch sagen, daß auch nur der Versuch, den Arbeiter zum politischen Hausknecht und Stimmvieh seiner Ausbeuter zu machen, ganz unmöglich ist, wo starke Gewerkschaften den Arbeiter Selbstachtung, den Unternehmer Respekt vor ihm gelehrt haben. Aber ein erheblicher Teil unseres Programms, insbesondere die gesetzliche Festlegung des Arbeiterschutzes, ist fast notwendig an die Vorarbeit durch die Vorstöße und Erfolge der Gewerkschaften geknüpft. Gewiß kann in schlechten Zeiten nicht alles festgehalten werden, was der Gewerkschaftskampf erobert hat, darum ist gesetzliche Fixierung unbedingt nötig; aber ebenso wahr ist, daß die Gesetzgebungsmaschine um so leichter zu einem Fortschritt zu bringen ist, je mehr der faktische Zustand sich dem gesetzlich dauernd festzulegenden nähert. Dazu kommt zuletzt, was das wichtigste ist: die erzieherische Kraft der gewerkschaftlichen Organisation, die Erweckung der Empfindung der Solidarität, die

schrieben hatte und der im ersten Heft dieser Sammlung auf der Seite 135 abgedruckt ist. Auch dieser ist bei Stammhammer, unter Angabe der italienischen Monatsschrift „Critica sociale" als Quelle, zitiert.

Hinlenkung des Geistes auf die ökonomischen und sozialen Tatsachen und die Stärkung des Kraftbewußtseins, die sie mit sich führt.

Der Parteitag hat also sehr wohl gewußt, was er tut, indem er die Förderung und die Beteiligung an der gewerkschaftlichen Organisation in das Pflichtenheft jedes Sozialdemokraten aufgenommen hat. Darum sind unsere Gewerkschaften keineswegs sozialdemokratische Vereine; sie haben ihren streng abgegrenzten Tätigkeitskreis. Aber ebensowenig besteht auch nur die leiseste Gefahr eines Konflikts zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaft. Sie sind zwei getrennte Körper, zwei Freunde freilich; zwei Seelen und ein Gedanke, zwei Herzen und ein Schlag. Der klarsehende Gewerkschafter ist Sozialdemokrat, der pflichtbewußte Sozialdemokrat ist Gewerkschafter.

# Inhaltsverzeichnis.


Seite

Vorwort . . . . . V

Die Einigung der Partei.

Der Weg nach Hainfeld („Kampf", 1. Jänner 1909) . . . . . 1
Bericht an die Internationale (Internationaler Kongreß, Paris 1889) 18
Die erste Einigungsversammlung (3. April 1887) . . . . . 21
Zur Volksversammlung vom 3. April („Gleichheit", 9. April 1887) . 23
Zum tschechischen Parteitag in Brünn („Gl.", 3. Dezember 1887) . 25
Neujahr 1888 („Gl.", 31. Dezember 1887) . . . . . 27

Der Kampf gegen den Terror.

Der Ausnahmezustand („Gl.", 14. Mai 1887) . . . . . 31
Die Gesellschaft und ihre Retter („Gl.", 4. Februar 1888) . . . . . 36
Geheimbündelei („Gl.", 26. Mai 1888) . . . . . 39
Der 1. Oktober 1890 und die österreichische Sozialdemokratie (Familienbibliothek, Oktober 1890) . . . . . 43

Der Parteitag in Hainfeld.

Prinzipienerklärung (Parteitag, Hainfeld 1889) . . . . . 51
Die politischen Rechte (Hainfeld 1889) . . . . . 56
Unser Parteitag und die Presse („Gl.", 12. Jänner 1889) . . . . . 70

Nach Hainfeld.

Die Schwenderversammlung vom 12. Mai 1889 (Gl.", 17. Mai 1889) 74
Lassalle und die Arbeiterbewegung von heute (Familienbibliothek, August 1890) . . . . . 83
Parteibericht nach Hainfeld (Parteitag 1891) . . . . . 88

Spaltungsversuche.

Eine neue Arbeiterpartei („Arbeiter Zeitung", 14. August 1891) . . 109
Zur Parteiorganisation („A.-Z.", 20. November 1891, 1. Jänner und 11. März 1892) . . . . . 110
Die Angelegenheit der Volkspresse („A.-Z.", 1. April 1892) . . . . . 121

Der Spaltungsparteitag.

Der Fall Hanser und die Wiener Organisation (Parteitag 1892) . . 126
Die Argumente der Unabhängigen (Parteitag 1892) . . . . . 127
„Diktatur" der Wiener (Parteitag 1892) . . . . . 142

Nach dem Parteitag.

Der Parteitag in den „Drei-Engel"-Sälen („A.-Z.", 17. Juni 1892) . . 147
Ein „Manifest" an das österreichische Proletariat („A.-Z.", 19. August 1892) . . . . . 150

Seite

Die Unabhängigen in Deutschland.

Zur Neuorganisation der deutschen Sozialdemokratie („A.-Z.", 29. August 1890) . . . . . 159
Über die angebliche „Spaltung" der deutschen Sozialdemokratie („A.-Z.", 31. Juli 1891) . . . . . 168

Der Streit um die Maifeier.

Zum 1. Mai („A.-Z.", 11. April 1890) . . . . . 176
Der 1. Mai in Deutschland und in Österreich („A.-Z.", 18. April 1890) 183
Verteidigung der Deutschen (Parteitag 1891) . . . . . 186
Die Maifeier in Deutschland (Deutscher Parteitag 1892) . . . . . 187
Die Maifeier und die Internationale (Intern. Kongreß, Zürich 1893) 192
Der Kölner Parteitag und die Maifeier („A.-Z.", 31. Oktober 1893) 195

Die Agrarfrage.

Das Höferecht („Gl.", 17. November 1888) . . . . . 199
Die Agrarfrage auf dem Frankfurter Parteitag („A.-Z.", 9. und 23. November 1894) . . . . . 203
Die Debatte über das Agrarprogramm („A.-Z.", 12. Oktober 1895) 209
Der Breslauer Parteitag („A.-Z.", 16. Oktober 1895) . . . . . 214
Landagitation (Parteitag, Graz 1900) . . . . . 216
Industriezölle und Getreidezölle (Gesamtparteitag 1901) . . . . . 220

Revisionismus und Reformismus.

Der Stuttgarter Parteitag („A.-Z.", 16. Oktober 1898) . . . . . 222
Bernsteins Theorie und Taktik („A.-Z.", 2. April 1899) . . . . . 229
Der Parteitag zu Hannover („A.-Z.", 22. Oktober 1899) . . . . . 239
Die Bernstein-Debatte („A.-Z.", 29. September 1901) . . . . . 243
Fragen der deutschen Sozialdemokratie („A.-Z.", 2. August 1903) . 245
Der Dresdener Parteitag („A.-Z.", 13. September 1903) . . . . . 248

Budgetbewilligung und Landtagswahlen.

Zum Frankfurter Parteitag („A.-Z.", 9. und 23. November 1894) . . 255
Der Parteitag in Hamburg („A.-Z.", 3. Oktober 1897) . . . . . 263
Der Nürnberger Tag („A.-Z.", 13. September 1908) . . . . . 266
Die Entscheidung in Nürnberg („A.-Z.", 19. September 1908) . . . 274
Glossen zum Nürnberger Parteitag („Kampf", Oktober 1908) . . . 276

Deutsche Politik.

Die „Septennatswahlen" („Gl.", 26. Februar 1887) . . . . . 283
Der Gothaer Parteitag („A.-Z.", 20. Oktober 1896) . . . . . 285
Deutsche Heerschau („A.-Z.", 15. September 1907) . . . . . 289
Wilhelm Liebknecht tot („A.-Z.", 8. August 1900) . . . . . 291
Wilhelm Liebknecht zum Gedenken („Der wahre Jakob", August 1901) . . . . . 294

Das Wiener Programm.

Unmaßgebliche Betrachtungen („Neue Zeit", Heft 51, 1901) . . . . 301
Zur Revision des Parteiprogramms („A.-Z.", 22. September 1901) . 308
Vor dem Wiener Parteitag („A.-Z.", 1. November 1901) . . . . . 314
Revision des Parteiprogramms (Gesamtparteitag 1901) . . . . . 315
Von Hainfeld bis Wien („A.-Z.", 7. November 1901) . . . . . 351
Eine Programmänderung („A.-Z.", 12. Jänner 1902) . . . . . 353

# Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe

Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs

VII. Heft:

## Victor Adler der Parteimann

Reden und Aufsätze, gesammelt und in vier Heften zusammengestellt von Dr. Gustav Pollatschek, mit einer Einleitung von Dr. Otto Bauer

## 2. Internationale Taktik

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI

Victor Adler mit seinem Sohne Fritz.
September 1886.

# VICTOR ADLER
# DER PARTEIMANN

Reden und Aufsätze,
gesammelt und in vier Heften zusammengestellt
von Dr. Gustav Pollatschek,
mit einer Einleitung von Dr. Otto Bauer

## Internationale Taktik

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1929 by Wiener Volksbuchhandlung
F. Skaret-Dr. R. Danneberg
Wien VI, Gumpendorferstraße 18

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts", Wien V, Rechte Wienzeile 97

# Vorwort.

In der Serie der Adler-Schriften, in der Adler der Parteimann zu Worte kommt, behandelt der vorliegende Band die internationale sozialistische Taktik. Es war ja nicht leicht, hier eine Abgrenzung des Stoffes gegenüber dem Stoffe der anderen Bände zu treffen. Ist doch alles, was Adler über Fragen der Taktik gesprochen oder geschrieben hat, im Hinblick auf die Taktik des internationalen Sozialismus gesprochen und geschrieben. Sosehr nun Adler daran festhielt — und er hat es oft genug ausgesprochen —, daß jede sozialdemokratische Partei in jedem Lande nach den Verhältnissen in diesem Land ihre Taktik einrichten müsse, und daß, wie die Verhältnisse in ihrem Lande sich von denen in den anderen Ländern unterscheiden, eben auch die sozialistische Taktik in diesem Lande sich von der in den anderen Ländern unterscheiden müsse, und sosehr er sich daher auch hütete, über die Taktik der Sozialdemokratie in einem anderen Lande ein absprechendes Urteil zu fällen, so hat er andererseits doch seine Taktik danach eingerichtet — und sein Urteil über sozialistische Taktik auch der anderen sozialistischen Parteien davon abhängig gemacht, daß sie gewissen allgemeinen Grundsätzen im Rahmen der sozialistischen Prinzipien entsprachen. Der erste Band der ganzen Sammlung, der den Briefwechsel mit Friedrich Engels enthielt, hat ja gezeigt, in wie inniger Verbindung Adler mit dem Freunde von Karl Marx, dem, der von den beiden Heroen der eigentliche Taktiker war, stand. Und ebenso war Adler ja auch mit Karl Kautsky, Wilhelm Liebknecht, August Bebel und den anderen Altmeistern des internationalen Sozialismus in ständigem Kontakt, ja in inniger persönlicher Freundschaft.

Adler war sich bei aller dieser Vorsicht des Urteils doch immer des innigen Zusammenhangs der Taktik der österreichischen Sozialdemokratie mit der Taktik des internationalen Sozialismus bewußt, und je weniger differenziert die Verhältnisse der Arbeiterparteien waren, je schwächer die sozialdemokratischen Parteien überall, je geringer also ihr Einfluß in den einzelnen Ländern war, um so weniger Differenzen gab es auch in der Taktik der verschiedenen Parteien der Internationale. Aber wir haben schon im ersten Bande der laufenden Serie der Schriften Victor Adlers, der den Aufbau der Sozialdemokratie zum Gegenstand hatte, gesehen, wie sich schon in den ersten Jahren der Zweiten Internationale allüberall Differenzen über taktische Fragen ergaben. Die erste der-

artige Differenz ergab sich ja, wie wir gesehen haben, schon in der Frage der Maifeier. Aber da war es nicht eine Differenz der internationalen Taktik — denn die Internationale hatte ja auf dem Internationalen Kongreß in Paris die Taktik festgelegt —, sondern eine Differenz der Taktik der stärksten sozialdemokratischen Partei der Internationale, die aber unter ganz besonderen Verhältnissen lebte (das Sozialistengesetz war eben im Erlöschen), und den übrigen weniger starken Parteien. Und wenn man da von einer Frage der internationalen Taktik sprechen will, so muß man auch feststellen, mit welchem Zartgefühl und mit welchem Verantwortungsgefühl Adler, während er auf der vollkommenen Arbeitsruhe in Österreich bestand, doch die Argumente, die die deutsche Sozialdemokratie bei ihrem Vorgehen leiteten, würdigte. Die zweite derartige Differenz, die sich schon in den ersten Jahren der Internationale ergab, die sich in der Bewegung der „Jungen" oder „Unabhängigen" ausdrückt, war eine wirkliche Krankheit des „Aufbaus". Hing doch diese Bewegung der „Unabhängigen" mit direkten Fäden noch mit den anarchistischen Schlagworten zusammen, die mit föderalistischem Aufbau der zentralistischen „Diktatur" der Führer entgegentreten wollten, aber zugleich durch die revolutionäre Energie einer Elite — und es war in der Praxis doch oft eine Elite von Literaten und Intellektuellen und nicht von Arbeitern — die indifferenten Massen mitreißen wollten. Eine Frage internationaler Taktik lag da nur insofern vor, als der Anarchismus, der in Österreich und Deutschland anfangs der neunziger Jahre schon längst überwunden war, in den romanischen Ländern noch immer von Einfluß auf das Proletariat und seine taktischen Anschauungen war. Praktisch handelte es sich auch da nur um eine Frage der Entwicklung des österreichischen und deutschen Proletariats, die von allem Anfang an die Methoden ihres Klassenkampfes nach gleichen Grundsätzen aufbauten.

Eine Frage des Aufbaues der Sozialdemokratie behandelten auch Adlers Darlegungen über die Agrarfrage, die namentlich durch die scheinbar erfolgreiche Bauernagitation Vollmars gerade in den neunziger Jahren von Bedeutung für das taktische Vorgehen der deutschen und damit auch der österreichischen Sozialdemokratie wurde. Hier wie in allen Fragen der Taktik zeigt sich so recht klar die innige Verbundenheit, ja die Schicksalsgemeinschaft der deutschen und der österreichischen, ganz besonders der deutschösterreichischen Sozialdemokratie und erst mittelbar durch diese auch der übrigen österreichischen Sozialdemokratien.

Von den Differenzen über die Agrarfrage, das ist über die Taktik gegenüber der ländlichen Bevölkerung, zu den mit dem Schlagwort des „Revisionismus" zusammenhängenden taktischen Differenzen ist nur ein kleiner Schritt. Und so gehörten auch die Fragen des Revisionismus und Reformismus mit den speziell deutschen Fragen der Budgetbewilligung und den Preußenwahlen in den Band, der vom Aufbau der Sozialdemokratie handelt, weil erst, als sich die Partei mit der revisionistischen

Richtung auseinandergesetzt und zur Klarheit durchgerungen hatte, der Aufbau vollendet war.

In Österreich geschah das mit dem Wiener Programm, das auf dem Parteitag des Jahres 1901 beschlossen wurde und nun das Hainfelder Programm ablöste.

Auf das Gebiet der internationalen Taktik greifen alle diese Streitfragen über, als in Frankreich das Experiment Millerand die Arbeitermassen aufregt und die Partei zu spalten droht. Und diese scheinbar rein französische Frage wird für die Internationale nicht nur deshalb von Bedeutung, weil da zwei Männer, wie Jaurès und Guesde, jeder auf einer anderen Seite, stehen, jeder mit guten Gründen auf die ganze internationale Sozialdemokratie einwirken, vor dieser für ihre Ansichten werben, sondern auch weil das — politisch — entwickeltere Land — Frankreich — den andern — besonders Deutschland — das Bild ihrer Zukunft zu zeigen schien und gerade die deutsche Sozialdemokratie unter Verhältnissen lebte, vor allem unter einem Kaiser Wilhelm II. und einer Junkerherrschaft lebte, die es ihr nicht geraten erscheinen ließ, die revolutionäre Abwehrstellung durch millerandistisch-jaurèsistische Anschauungen schwächen zu lassen — anderseits aber wieder die Gefahr, in die der Dreyfuß-Skandal die französische Republik gebracht hatte, das Zusammengehen der französischen Sozialdemokratie mit bürgerlichen Demokraten, wie Combes und Waldeck-Rousseau, nicht von vornherein unzulässig erscheinen lassen konnten, zumal es eine solche ehrliche bürgerliche Demokratie weder in Deutschland noch gar in Österreich gab.

Damit traten die taktischen Differenzen, die die deutsche Sozialdemokratie bewegten und die sich um das Schlagwort des Revisionismus gruppieren, mit dem französischen Ministerialismus auf internationalen Boden. Die Differenzen, die auf dem internationalen Kongreß in Paris im Jahre 1900 zur Debatte gelangten, sind aber nicht nur eine Fortsetzung der deutschen Debatten über den Revisionismus, sondern zugleich auch eine Fortsetzung der früheren internationalen Kongresse, und so sind dem vorliegenden Bande die wichtigsten Themen gegeben, die wir in den Kapiteln „Internationale Taktik“ und „Aufbau der Internationale“ zusammengefaßt finden. Eine wichtige Frage, die österreichische mit internationaler Taktik vermischt, ist die Frage des Generalstreiks, die gerade bei uns, in den Jahren 1893 bei der Taaffeschen Wahlreform, und wieder 1905 vor dem Endkampf um das allgemeine Wahlrecht, höchst aktuell war, wie sie in anderen Ländern — so Belgien, Italien, Holland — aktuell wurde, während sie in Deutschland nur theoretisch behandelt zu werden brauchte.

Mit Recht ist auch die Frauenfrage und die Frage der Gewerkschaften und Genossenschaften in diesen Band aufgenommen, da sie beide nur als Fragen der internationalen

Taktik ihre große Bedeutung erlangen. Wohl ist das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften in jedem Land anders betont, aber gerade in der mustergültigen Art, wie das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften in Österreich geregelt ist — wir verweisen da auf Adlers Brief an Hueber, wo er die beiden mit siamesischen Zwillingen vergleicht, die man nicht ohne Lebensgefahr voneinander trennen kann —, liegt die Berechtigung, das Verhältnis unter dem Gesichtspunkt der internationalen sozialistischen Taktik zu betrachten.

Wien, Anfang Oktober 1928.

Dr. Gustav Pollatschek.

# Internationale Taktik.

## Zum Züricher Kongreß.

„Arbeiter-Zeitung" vom 21. Juli und 1. August 1893.

I.

Die internationale Organisation der Sozialdemokratie geht im Sturmschritt vorwärts. Um sich darüber vollständig klar zu werden, muß man sich vergegenwärtigen, was in den vier Jahren vom Pariser Kongreß 1889 bis zum Züricher Kongreß 1893 sich vollzogen hat. Damals sah Paris noch zwei Kongresse, die einen großen Teil ihrer Zeit mit ziemlich peinlichen und schließlich fruchtlosen Vereinigungsversuchen zubrachten. Die Vertretung großer Länder war eine höchst unvollständige; insbesondere fehlten die englischen Gewerkschaften. Trotzdem wurde freilich in Paris der dauernde Grund zur internationalen Vereinigung gelegt. Die Pariser Resolution ist zum Wahrzeichen der Ziele der Organisation und insbesondere der Taktik der Sozialdemokraten aller Länder geworden.

Aber wie ganz anders wird sich der Züricher Kongreß gestalten. Waren schon 1891 in Brüssel sämtliche Fraktionen der französischen Sozialisten vertreten, so wird in diesem Jahre zum ersten Male auch die gesamte organisierte Arbeiterschaft Englands in offizieller und ihrer Bedeutung entsprechenden Weise vertreten sein. Man erinnert sich des Versuches, welchen die konservativen Gewerkvereinler auf dem Gewerkschaftskongreß zu Glasgow*) machten. Um zu retten, was etwa noch zu retten wäre, um die Entwicklung der englischen Organisationen zum Sozialismus zu verhindern oder wenigstens zu vertuschen, wollten sie einen Gewerkschaftskongreß nach London einberufen, ja sie scheuten sich nicht, den englischen Chauvinismus als Mittel zur Durch-

*) Der Kongreß der Trade Unions in Glasgow im Jahre 1892 hatte, obwohl er bereits die Einladung nach Zürich erhalten hatte, sein parlamentarisches Komitee beauftragt, baldigst einen Internationalen Kongreß zur Beratung der Frage des Achtstundentages nach London einzuberufen. Aber schließlich zog das Parlamentarische Komitee seine Einladung zurück und entschuldigte sich mit einem Mißverständnis. Nachdem am 26. März 1893 in Brüssel eine Vorkonferenz abgehalten worden war, fand der Internationale Kongreß vom 6. bis 12. April 1893 in Zürich statt. Unter den Zulassungsbedingungen war ausdrücklich die Anerkennung der Notwendigkeit der politischen Aktion angeführt, um die Anarchisten fern-

setzung ihres Planes wachzurufen. Der Plan scheiterte kläglich an der ablehnenden Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder, an der Einsicht des vorgeschrittenen Teiles der englischen Arbeiter selbst. Jedwede internationale Organisation der Arbeiterschaft hat den gemeinsamen Boden der Sozialdemokratie zur notwendigen Voraussetzung; das haben nun auch die Engländer erkannt und auf dem Züricher Kongreß 1893 betreten die englischen Trade Unions zum erstenmal offizieli revolutionären Boden. Der Trost und die Hoffnung der Brentanos*) aller Länder ist unwiederbringlich dahin.

Von großer Wichtigkeit ist es auch, daß in Zürich zum erstenmal Italien durch die sozialistische Arbeiterpartei vertreten sein wird, während bisher nur Delegierte lokaler Gruppen auf den Kongressen erschienen. Die italienische Organisation wurde seit Brüssel gegründet und mit erfreulichem Erfolg wird an ihrem Ausbau gearbeitet.

Der zweite verantwortungsvolle Zug des Züricher Kongresses ist, was neben ihm vorgehen wird. Zur selben Zeit, da der Sozialistenkongreß tagen wird, werden in Zürich eine ganze Reihe von internationalen Fachkongressen zusammentreten: Metallarbeiter, Textilarbeiter, Schuhmacher, Schneider, Holzarbeiter, Eisenbahnbedienstete und andere werden über die Formen beraten, in welchen internationale Verbände möglich und zweckdienlich seien. Auf diese Weise wird auch in gewerkschaftlicher Beziehung Zürich weit mehr leisten, als der geplante Londoner Gewerkschaftskongreß hätte jemals zustande bringen können. Und in allerklarster, handgreiflichster Weise wird so das Verhältnis der politischen Organisation des Proletariats zu seiner gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck gebracht. Obwohl notwendigerweise deutlich voneinander geschieden, sind sie doch nur zwei Seiten derselben Sache, führen sie, obwohl getrennt, denselben Kampf: den Klassenkampf des Proletariats.

Wenn wir nun mit einigen Worten auf die vorläufige Tagesordnung des Kongresses eingehen, so können wir aus dem reichen Stoffe nur einige wichtigste Punkte herausheben. Die Acht-

---

zuhalten; trotzdem suchten die Anarchisten einzudringen, indem sie erklärten, daß die Propaganda der Tat doch gewiß eine politische Aktion sei, wobei sie sich namentlich auf die Tötung Alexanders II. beriefen. Deshalb wurde auf Antrag Bebels folgender Beschluß gefaßt:

> Unter politischer Aktion ist zu verstehen, daß die Arbeiterparteien die politischen Rechte und die Gesetzgebungsmaschinerie benützen oder zu erobern suchen zur Förderung der Interessen des Proletariats und zur Eroberung der politischen Macht.

*) Lujo Brentano, der bekannte Nationalökonom, der aber neben vielen wissenschaftlichen Verdiensten und namentlich auch Verdiensten um die Popularisierung des Arbeiterschutzes durch die Schrulle ausgezeichnet war, die festländischen Arbeiter würden sich nach Art der konservativen englischen Gewerkschaften entwickeln.

stundenbewegung und die Maifeier*) werden wieder im Vordergrund der Diskussion stehen. In bezug auf die letztere wünschen die Franzosen in mehrfachen Anträgen, daß sie auch eine Kundgebung gegen den Krieg und für den internationalen Frieden sein möge. Unseres Erachtens war die Maifeier stets, überall und wesentlich eine Demonstration für die internationale Solidarität des Proletariats und damit ein lauter Protest gegen die Barbarei des Krieges**), daß aber gerade die Franzosen diesen Charakter stärker betonen wollen, ist von großer politischer Bedeutung und zeigt, daß die Arbeiterschaft jenes Landes, dessen angebliche Kriegslust und Chauvinismus dem Militarismus als Vorwand und Einpeitscher dienen muß, allen voran den Brudermord verdammt. Weniger erheblich scheint uns die vorgeschlagene Form mancher Beschlüsse, welche wie der: „der Krieg sei in Europa abgeschafft", entweder einige Überschätzung der derzeitigen Macht des Proletariats verraten oder in die Kategorie der frommen Wünsche gehören.

Die Maifeier dürfte übrigens auch noch Anlaß zur Debatte nach einer andern Richtung geben. Es erschiene vor allem uns Österreichern sehr wünschenswert, wenn auch in der Form internationale Beschlüsse bindenderer Art, als die zu Brüssel gefaßten, zustande kämen. Wir wissen sehr wohl, daß dieses Kapitel zu jenem Teile der Taktik gehört, der schließlich Sache jedes einzelnen Landes ist. Wir vermuten aber, daß der Ausfall der diesjährigen Maifeier in Österreich und Deutschland den deutschen Genossen vielleicht zu denken gegeben hat. Jedenfalls muß der Vorteil einer einheitlichen Feier in die Augen springen. Und wir hoffen, die Form wird gefunden werden.

Der dritte Punkt der Tagesordnung: „Die politische Taktik der Sozialdemokraten", wird hoffentlich eine Diskussion zum endlichen Austrag bringen, die unseres Erachtens zum Abschluß reif ist. Davon aber ein nächstes Mal.

## II.

Der dritte Punkt der Tagesordnung wird die „politische Taktik der Sozialdemokraten" zum Gegenstand haben und sich insbesondere mit „Parlamentarismus und Wahlagitation" beschäftigen. Die Anträge, die von den sozialdemokratischen Arbeitern Hollands einerseits, von den Deutschen und Franzosen anderseits eingebracht sind, umgrenzen die Streitfrage. Die Holländer, will sagen die engeren Freunde des Genossen Domela Nieuwenhuis***) — denn auch in Holland herrscht

*) Siehe Adlers Referat in Zürich unter dem Titel „Die Maifeier und die Internationale".

**) Siehe Adlers Rede auf dem Züricher Kongreß unter dem Titel: „Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfall" mit den Anmerkungen dazu.

***) Domela Nieuwenhuis war ehemals Prediger an einer lutherischen Kirche im Haag gewesen, wurde im Jahre 1888 in die zweite Kammer

keineswegs Einstimmigkeit in diesem Punkt —, wollen durch internationalen Beschluß der Taktik der Parteien aller Länder engere Grenzen ziehen: die Wahlen sollen „nur" als Mittel der Agitation (warum nicht auch der Organisation?) angewendet werden, die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten sollen nur gegen die „kapitalistische Gesellschaftsordnung protestieren", aber keine Gesetzentwürfe ausarbeiten; schließlich soll der Kongreß „sich über die Bestrebungen jener Sozialisten erklären", will sagen, sie verurteilen, die für eine Arbeiterschutzgesetzgebung agitieren, die in der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist.

Eigentlich ist die wichtigste dieser Fragen, die einzige, die praktische Bedeutung hat, schon längst gelöst. In Paris wie in Brüssel schon wurde die Erringung des Achtstundentages und sonstiger Arbeiterschutzbestimmungen als eines der wichtigsten und das nächste Ziel der internationalen Sozialdemokratie erklärt und die internationale Maifeier gibt den Holländern eine sehr deutliche Antwort auf ihre Frage. Wenn der Achtstundentag „Staatssozialismus" ist, nun, dann ist die gesamte internationale Sozialdemokratie „staatssozialistisch". Denn darüber, daß der Achtstundentag auch „in der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist, kann ja kein Zweifel sein: ja noch mehr, es ist auch sicher, daß die Beschränkung der Arbeitszeit in der kapitalistischen Wirtschaft sogar notwendig ist. Das wissen heute schon sogar halbwegs ökonomisch gebildete Professoren der Nationalökonomie, ja intelligentere Fabrikanten, und agitieren nach Kräften für Arbeiterschutz, ja für den Achtstundentag. Aber sowenig diese Herren aus dem Kapitalismus durch den Achtstundentag „nur eine Regelung der Lohnarbeit" machen wollen, sowenig wollte der Pariser Kongreß aus dem Sozialismus nur eine solche machen. Diese „Regelung der Lohnarbeit" liegt eben im physischen und geistigen, aber auch vor allem im revolutionären Interesse des Proletariats, darüber wurde schon so viel geschrieben und gesprochen, daß es überflüssig ist, auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Daß der Arbeiterschutz aber „in der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist", verurteilt ihn nicht und nimmt ihm ebensowenig seine revolutionäre Bedeutung.

---

gewählt. Schon auf dem Brüssler internationalen Kongreß von 1891 war es zwischen ihm und Liebknecht in der Frage des Militarismus zu einem heftigen Zusammenstoß gekommen. Nieuwenhuis wendete gegen die von Liebknecht begründete Resolution des Ausschusses ein, es genüge nicht, den Krieg zu verurteilen, man müsse auch angeben, was im Kriegsfall zu tun sei, und da wäre das beste Mittel der Abwehr der allgemeine Ausstand, die Weigerung, die Waffen in die Hand zu nehmen. Darauf erwiderte Liebknecht: „Wenn Phrasen sprechen, heißt, etwas behaupten, was man nicht halten kann, so war die ganze Rede von Nieuwenhuis eine Phrase und ebenso der von ihm empfohlene Weltausstand und Revolution." Siehe übrigens auch die Bemerkungen beim Artikel „Zum Brüsseler Kongreß" vom 28. August 1891.

Die bürgerliche Gesellschaft birgt im Schoße ihrer Entwicklung noch ganz andere „Möglichkeiten", ja Notwendigkeiten: unter anderm zum Beispiel die Möglichkeit und Notwendigkeit ihrer eigenen Vernichtung, ja das ist sogar die schönste und vielmehr einzig schöne Seite dieser bürgerlichen Gesellschaft. Wäre sie nicht verurteilt, selbst ihre „eigenen Totengräber zu erzeugen", selbst ihr Grab zu schaufeln, dem Proletariat selbst die Waffen in die Hand zu geben, unter deren Streichen sie fallen wird — dann wäre die revolutionäre Sozialdemokratie ein Häuflein braver Utopisten, aber nicht die Partei, der die Zukunft gehört. Wir können eben nur die Waffen haben, die Mittel anwenden, die „in der bürgerlichen Gesellschaft" möglich sind; sie zu schärfen, sie vor Mißbrauch zu schützen, sie in den Dienst der sozialen Revolution zu stellen, das ist eben die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Genosse Nieuwenhuis und seine in dieser Beziehung Gesinnungsverwandten, die deutschen Unabhängigen und die Anarchisten, gleichen ein wenig Leuten, die mit dem alten Archimedes den Punkt suchen, von dem aus die Welt aus den Angeln zu heben wäre, und die zu der leicht zugänglichen, aber wenig fruchtbaren Erkenntnis kommen, daß dieser Punkt notwendig außerhalb dieser Welt liegen müsse. Die internationale Sozialdemokratie wird nicht mit ihnen suchen, sie wird keine Entdeckungsreisen nach Wolkenkuckucksheim machen. Wir wissen, wo die Kräfte ihren Ursprung haben, welche die großen geschichtlichen Umwälzungen bewirken, daß sie die Macht selbst erzeugen, und mit ihren Säften nähren muß, die ihren Schoß sprengen wird: wir wissen, daß jede alte Gesellschaft selbst die Baustätte ist für jede neue Gesellschaft.

Je „möglicher", je notwendiger innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ein Mittel der Revolutionierung ist, je mehr es ihr eigenstes Produkt ist, um so lieber ist es uns. Darum wird die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz im weitesten Sinn ein Programmpunkt der internationalen Sozialdemokratie bleiben.

Weit weniger wichtig ist die Vorschrift, welche die Holländer für den Gebrauch des Wahlrechtes geben wollen. Wir meinen, es sei nicht Aufgabe der internationalen Kongresse, die Taktik der einzelnen Parteien so enge zu beschränken. Wir können übrigens wirklich nicht einsehen, warum in dem Stellen eines Antrages, ja in dem Einbringen eines Gesetzentwurfes nicht unter Umständen ein wirksamer, ja vielleicht wirksamerer „Protest" liegen könne, wie in einer guten Rede. Charakteristisch ist, daß diese Furcht vor dem Parlamentarismus und dem Mißbrauch des Wahlrechtes vorzugsweise in solchen Ländern vorkommt, wo es kein allgemeines Wahlrecht gibt, und nicht minder bezeichnend ist es, daß unter den gleichgesinnten „Unabhängigen" in Berlin einige durchgefallene Reichstagskandidaten starke Reden halten. Fast möchten wir meinen, es handle sich dabei ein wenig um die Politik der sauren Trauben.

Wer sich darüber klar ist, daß die politische Macht von dem Proletariat errungen werden muß, das heißt, daß es seine durch die kapitalistische Entwicklung selbst stetig wachsende Bedeutung, die aber latent bleibt, in lebendige Kraft umsetzen muß, daß aus der unbewußt leidenden Masse eine ihrer Ziele bewußte, alle Mittel ausnützende, Schritt für Schritt vordringende, Machtposten um Machtposten erringende politische Partei werden muß, wird dem revolutionären Puritanismus gegenüber nicht allzu empfänglich sein.

Wir sind keineswegs blind gegen die Fehler, die im politischen Kampfe gemacht werden, ganz im Gegenteil. Wir wissen sehr wohl, daß in dem Maße, als die Partei groß wird, sich die einzelnen Fälle von Schwächlichkeit, kleinbürgerlicher Seichtheit, von Opportunismus, der Augenblickserfolgen nachjagt, mehren, und daß auch selbstgenügsame Trägheit und Bequemlichkeit mitunter eine Art der politischen Aktion im Gefolge hat, die nichts weniger als revolutionär ist. Wo das vorkommt, soll es scharf kritisiert werden und wird kritisiert. Aber wegen solcher Fälle, denen sich andere gegenüberstellen ließen, wo Doktrinarismus, Prinzipienreiterei, Tollkühnheit und allzu hitziges Temperament zu Fehlern führt, braucht man noch nicht irgendein als wirksam erkanntes Mittel der Agitation zu verwerfen. Das heißt das Kind mit dem Bad ausschütten.

Übrigens, die holländischen Genossen und ihre Freunde, die gar so scharfe Kritik an der Sozialdemokratie üben (die Unabhängigen tun einfach nichts anderes, als die Sozialdemokratie und zur Abwechslung sich untereinander mit Schmutz bewerfen), diese strengen Kritiker der Taktik sollen mindestens unparteiisch sein. Warum wenden sie dieselbe Kritik nicht den Anarchisten zu? Warum erhalten diese nur Liebesblicke und lobende Anerkennungen, die Sozialdemokratie nur immer Beschimpfungen? Es ist ganz bezeichnend, daß die Holländer auch beantragen: „Der Kongreß möge prüfen, ob nicht eine Verständigung mit den kommunistischen Anarchisten möglich sei."

Da drängt sich doch die Frage zu allererst auf, ob Genosse Domela so genau weiß, daß die Anarchisten zur „Verständigung" geneigt sind. Wer die anarchistische Literatur verfolgt und sieht, daß sich die ganze Schärfe ihrer Agitation ausschließlich gegen die Sozialdemokratie wendet, dem wird das wenig wahrscheinlich sein. Wir sind uns bewußt, ehrlich mit jedem gehen zu wollen, der unsere Ziele für die seinen erklärt, der unsern Kampf gegen die Gesellschaft der Ausbeutung kämpft und der unsern Weg für den im wesentlichen richtigen ansieht. Wer aber andere Wege gehen will als wir, kann füglich nicht mit uns gehen. An der nächsten Ecke gäbe es Trennung und Schmerz des Abschiedes. Sollte der Sozialistenkongreß alle Gegner des Kapitalismus umfassen, dann muß er Platz haben, nicht nur für die Anarchisten aller Schattierungen, und deren gibt es fast mehr als Parteimitglieder, sondern auch für die Bodenreformer, die An-

hänger von George, Flürscheim und Hertzka. Ja es ist nicht abzusehen, warum gewisse Gruppen der Christlichsozialen ausgeschlossen sein sollten, unter denen es ehrliche und sogar in ihrer Weise revolutionäre Gegner des Kapitalismus gibt. Wir meinen aber, daß die internationalen Kongresse ganz unfruchtbar werden würden, wenn sie den antikapitalistischen Sekten Zutritt gewährten. Wir wissen, was wir wollen, nicht um es erst zu finden, brauchen wir die Kongresse; wir kennen unsern Weg, wir haben gewählt, wir treten zusammen, um ihn gemeinsam zu gehen, nicht um erst zu diskutieren, welcher begangen werden soll. Mögen die anderen ruhig ihren Weg wandeln; wir werden sie nicht stören und uns freuen, wenn, was leider nicht zu erwarten ist, ihre Methode den Erfolg hat, den Kapitalismus zu beseitigen, wir wollen sie nicht stören, aber auch ungestört bleiben.

Übrigens ist es nicht ohne alle Komik, daß die Holländer über „Verständigung" mit den Anarchisten beraten lassen wollen, in dem Augenblick, wo diese mit der Berliner „Unabhängigen" im „Sozialist" beratschlagen, ob sie den Kongreß ignorieren, gegen ihn protestieren oder ihn sprengen sollen, wenn sie nämlich können. Sie werden freilich alle miteinander nichts anderes ausrichten, als wieder einmal den unumstößlichen Nachweis führen, daß sie nur kleine, zersplitterte Sekten sind und daß die Masse des Proletariats mit jedem Jahre zahlreicher, klarer und bewußter im Lager der internationalen Sozialdemokratie steht.

Der Züricher Kongreß wird vollständiger als einer seiner Vorgänger ein Bild des Fortschreitens der revolutionären Mächte geben, er wird einen Überblick über die Armeen geben die im Anmarsch sind gegen das Herrschende von heute, gegen die Unterdrückung und die Ausbeutung. Er wird aber auch zeigen, daß diese Armeen nicht nur von Mut beseelt, begeistert und entschlossen sind zu jedem Opfer, sondern daß sie auch das Kampffeld kennen, ihre Waffen zu gebrauchen wissen und über den Kriegsplan einig sind.

# Das Ergebnis des Züricher Kongresses.

„Arbeiter-Zeitung" vom 25. August 1893.

Der internationale Sozialistenkongreß in Zürich hat am 12. August sein Ende gefunden. Er hat voll geleistet, was er sollte und das trotz der großen Schwierigkeiten, die jeder internationale Kongreß zu überwinden hat und die insbesondere dieser fand. Das Wesentliche für jeden unserer Kongresse ist, daß die enge Fühlung, das gegenseitige Vertrauen der proletarischen Parteien untereinander gefördert, daß die Kenntnis der Anschauungen, Verhältnisse und Personen vermittelt, und daß eine Einigung über die prinzipielle Richtung erzielt wird, die trotz aller Verschiedenheit der Verhältnisse gemeinsam eingehalten werden muß.

Der Züricher Kongreß hat gezeigt, daß die bisher abseits stehende organisierte Proletarierarmee Englands mit einer Kraft, Ent-

schiedenheit und Einmütigkeit in die Reihen der Sozialdemokratie eingetreten ist, die noch vor wenigen Jahren nicht zu hoffen war. Die Vertreter der englischen Gewerkschaften mit ihren mächtigen Organisationen kamen als Zweifelnde nach Zürich; sie sind als Leute in ihre Heimat gegangen, die Vertrauen haben zur internationalen Sozialdemokratie, die sich überzeugt haben, daß hier nicht graue Theorie, nicht die Phrase, sondern praktische Tätigkeit, zielbewußtes Wollen herrscht. Dem Züricher Kongreß ist damit allein schon eine entscheidende Bedeutung für die internationale Bewegung gesichert. Und die Folgen werden sich sehr bald in der englischen Arbeiterbewegung zeigen. Jene Gewerkvereine, welche, solange sie vom Monopol des Weltmarktes profitieren, uns von der arbeiterfeindlichen Bourgeoisie aller Länder als ihre Freude und ihr Stolz, als sozialpolitische Musterknaben vorgehalten werden konnten, sie haben nun auch die Kehrseite, die Grausamkeit und Unsinnigkeit des Kapitalismus kennengelernt; sie mußten erfahren, daß sie ohnmächtig sind innerhalb der kapitalistischen Ordnung und sie werden die ganze Wucht und Kraft ihrer Organisation nun dem Kampfe gegen diese „Ordnung" dienstbar machen. Sie sind auf den Boden des Klassenkampfes getreten, der für sie ein Greuel war. Äußerlich fand dieses wichtige Moment dadurch Ausdruck, daß ein Mitglied desselben parlamentarischen Komitees der Gewerkvereine, das durch Jahre den Anschluß an die Sozialdemokratie zu verhindern trachtete, Genosse Hodge, dem Kongreß präsidierte und daß einer der engsten Gewerkvereinsbeamten Englands, der Sekretär des Gewerkschaftsrates von Sheffield, Genosse Hobson, in warmen Worten einlud, den nächsten internationalen Kongreß in London abzuhalten.

Dagegen ist es aufs tiefste zu bedauern, daß die Sozialdemokratie Frankreichs so gänzlich ungenügend vertreten war. Am 20. August fanden dort die allgemeinen Wahlen statt und kein Mann konnte entbehrt werden in einem Kampfe, der diesmal weit deutlicher und schärfer als je sich zwischen der Arbeiterklasse Frankreichs und der Panamarepublik und ihren verlumpten Stützen entsponnen hat. Die Vertreter der größten, einflußreichsten und prinzipiell klarsten Partei konnten nicht kommen, und ihr Wunsch, den Kongreß zu verschieben, kam notwendigerweise zu spät, um berücksichtigt werden zu können. So kam es, daß der Sozialismus Frankreichs auf dem Kongreß nicht jene Rolle spielte, die ihm gebührt, daß die französische Delegation an Unklarheit in ihren eigenen Reihen litt und Spuren davon zeigte, daß die Blanquisten die Eierschalen des Chauvinismus und der revolutionären Deklamation noch nicht ganz abgestreift haben. Wären die eigentlichen Wortführer des revolutionären Frankreichs in Zürich gewesen, sie hätten in nahezu allen Fragen mit Deutschland, England und Österreich gestimmt und sich nicht, wie es bisweilen geschah, mit den holländischen Genossen im Nebelland der Träume isoliert.

Die Taktik der Sozialdemokratie war der wichtigste Gegenstand der Erörterung. Der Pariser Kongreß hat deutlich und für jedermann klar den prinzipiellen Boden der internationalen Be-

wegung festgestellt. In Brüssel und insbesondere in Zürich handelte es sich um die Mittel, die zum Ziele führen. Die Diskussion um diesen Punkt beherrschte in allen Formen die Tagesordnung. Es war die Abgrenzung zu machen gegenüber jenen gutmütigen Leuten, die vom „Menschentum" schwärmen und die Arbeiterpartei zum Schwanz der bürgerlichen Parteien erniedrigen. Nicht minder aber mußte Klarheit geschaffen werden gegenüber den Anarchisten, Unabhängigen und sonstigen Konfusionsräten, die, so brave Menschen einige von ihnen sein mögen, an unheilbarer Unklarheit leiden und trotz aller revolutionären Kraftausdrücke nichts anderes leisten, als unter lautem Beifall der herrschenden Klassen die proletarische Bewegung, die Sozialdemokratie, zu hemmen. Es mußte ausgesprochen werden: die internationale Sozialdemokratie ist nicht nur einig über das Ziel, sie ist auch über den Weg einig, und wir mußten hinzusetzen: wer diesen Weg nicht mit uns gehen will, der bleibe fern, störe uns nicht, wie wir ihn nicht stören wollen. Gerade diese einzig vernünftige und zweckentsprechende Haltung ist den Leuten am unbequemsten. Sie wollen durchaus mit diesen „Verrätern" beisammen sein. Seit Monaten berieten die Anarchisten mit den Unabhängigen öffentlich und noch mehr geheim, wie der Kongreß zu sprengen wäre. Als der prinzipielle Boden des Kongresses durch die Annahme der Resolution Bebel-Kautsky-Adler festgestellt war, provozierten sie gewaltsam den Spektakel und erzwangen sich den Hinauswurf. Was da über „Intoleranz" und „Büttelei" des Kongresses gefaselt wird, ist Blech. Die Delegierten wurden nicht mit schwerempfundenen Opfern nach Zürich geschickt, um mit einer Gesellschaft wirrer Brauseköpfe, zweifelhafter Elemente und feuchtohriger Universitätsbummler sich herumzuschlagen, sondern zu ernster Arbeit. Mögen diese Jungen Genugtuung daran finden, daß sie neben dem Beifall durch den edeln Don Quichotte des Sozialismus, unsern verträumten Domela Nieuwenhuis, auch noch die lärmende Protektion der Ausbeuterpresse aller Länder finden, welche mit ihnen darüber jammert, daß man den Bürschchen nicht erlaubt hat, den Kongreß zu sprengen, wie sie sehnlich wünschten.

Der Kongreß hat die gemeinsame Taktik der internationalen Sozialdemokratie festgestellt in den Worten: „Der Kongreß empfiehlt den Arbeitern aller Länder die Erkämpfung und Ausübung der politischen Rechte, welche sich als notwendig erweisen, um die Forderungen der Arbeiter in allen gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften auf das nachdrücklichste und wirkungsvollste zur Geltung zu bringen und die politischen Machtmittel zu erobern, um sie aus Mitteln der Herrschaft des Kapitals in solche der Befreiung des Proletariats zu verwandeln.

Die Wahl der Formen und Arten des ökonomischen und politischen Kampfes muß den einzelnen Nationalitäten nach Maßgabe der besonderen Verhältnisse ihres Landes überlassen bleiben. Jedoch erklärt es der Kongreß für notwendig, daß bei diesen Kämpfen das revolutionäre Ziel der sozialistischen Bewegung die vollständige ökonomische, politische und

moralische Umgestaltung der heutigen Gesellschaft im Vordergrund gehalten wird."

Damit ist aller Unklarheit, allen Zweideutigkeiten ein Riegel vorgeschoben und ein gemeinsamer Boden gewonnen.

Die Frage des Verhaltens der Sozialdemokratie im Kriegsfall gehört auch in den Rahmen der Taktik. Hier waren die frommen Wünsche der Holländer ebenso abzulehnen, wie die Phrasensimpelei gewisser Franzosen, welche wünschten, der Kongreß möge nicht nur den Krieg, sondern auch die — Grenzen „abschaffen". Durchaus meinten die Holländer, die Regierungen müßten „erschreckt" werden durch die Drohung mit Militärdienstverweigerung und Generalstreik im Kriegsfall. Als ob es der Revolution in irgendeiner Weise nützen könnte, wenn wir uns durch Pläne blamieren, deren gänzliche Unausführbarkeit jeder Nüchterne einsehen muß. Am besten illustriert wurde der holländische Antrag durch den eigenen Kommentar von Genossen Domela, der meinte, die Militärdienstverweigerung solle sich nicht auf die stehende Armee, sondern nur auf die Reservisten beziehen!! Holland hat eben keine nennenswerte Armee und Domela spricht von Dingen, die er nicht kennt. Wir aber mußten konstatieren, daß unsere erste Pflicht dem Proletarier gegenüber die Wahrheitsliebe sei, und daß es kein größeres Verbrechen gäbe, als die Vorspiegelung von Phantasiebildern, die an der ernsten Arbeit hindern, wenn sie auch noch so radikal aussehen.

Alle österreichischen Delegierten waren einstimmig in der Ablehnung der Militärdienstweigerung, wenn auch zwei Genossen optimistisch genug waren, zu meinen, der Generalstreik wäre vielleicht ausführbar.

Eine weitere, insbesondere für uns Österreicher sehr wichtige Frage war die der Form der Maifeier*). Von vornherein kamen die Österreicher mit dem Auftrag und der Absicht zum Kongreß, auf eine strenge Ausführung der Arbeitsruhe auch im Ausland zu dringen und insbesondere unsere deutschen Parteigenossen zu einem energischen Auftreten zu drängen. Die Haltung der Deutschen in dieser Frage hatte einen kleinen Mißton in unsere Beziehungen gebracht, was um so bitterer von beiden Seiten empfunden wurde, als in allen anderen Dingen die Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs ohne Unterschied der Sprache durch gleiche Verhältnisse und Geschichte noch enger miteinander verknüpft sind als mit den Bruderparteien anderer Länder. Wir hoffen, daß der Züricher Kongreß jede Spur von Reibung beseitigt hat. Der Antrag der Österreicher siegte mit einer ganz riesigen Majorität. Die deutschen Genossen mußten erkennen, daß sie ziemlich allein stehen, und erleben, daß selbst die Delegierten Englands, wo bisher die Maifeier Sonntags

*) Siehe über den Züricher Beschluß und seine Auslegung den Artikel „Der Kölner Parteitag und die Maifeier" vom 31. Oktober 1893 sowie vornehmlich auch Adlers Referat über die Maifeier auf dem Züricher Kongreß unter dem Titel: „Die Maifeier und die Internationale".

gehalten wurde, erklärten, ihr möglichstes zur Durchführung der Arbeitsruhe tun zu wollen. Der Brüsseler Kongreß hatte Arbeitsruhe angeordnet in allen Ländern, wo sie nicht unmöglich ist. Der deutsche Parteitag hatte erklärt, in Deutschland sei sie „unmöglich" und es wurde auch jeder Versuch dazu nichts weniger als ermutigt.

Der Züricher Kongreß hat es nunmehr als Pflicht der Sozialdemokratie erklärt, Arbeitsruhe zu halten, wo sie möglich ist, und sie möglich zu machen, wo sie derzeit unmöglich ist. Die deutschen Genossen werden also künftig alle Bemühungen um die Arbeitsruhe ermutigen müssen, statt sie zu dämpfen. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorwärts, der einzige, der gemacht werden konnte, ohne in die verschiedenartigen Verhältnisse der Länder störend und erfolglos einzugreifen.

Auf den Antrag der österreichischen Delegierten forderte der Kongreß auch auf, in allen Ländern, wo das Wahlrecht noch beschränkt ist, für seine Erweiterung einzutreten, und in den Kampf, den heute schon die Sozialdemokraten Österreichs, Belgiens, Norwegens und Hollands führen, werden demnächst auch die Genossen in England, Italien, Schweden, Ungarn usw. eintreten.

Die Summe dessen, was der Züricher Kongreß geleistet, läßt sich in einem kurzen Artikel nicht erschöpfen. Aber das gute Gewissen haben wir alle, daß er unserer großen Sache genützt, daß er die Reihen des kämpfenden Proletariats enger geschlossen, daß er uns Richtung und Weg gezeigt für unsern Vormarsch gegen den gemeinsamen Feind. Die internationale Sozialdemokratie hat schwere Kämpfe hinter sich, die schwersten stehen ihr noch bevor, aber sie trägt das Bewußtsein der Unüberwindlichkeit in sich, während die Gegner den Glauben an sich und ihre Sache verloren haben. Siegesstolz erhebt die Revolution ihr Haupt, und die Stützen der Throne, der Pfründner der Ausbeutung, die Pfaffen der Verdummung suchen ihre Angst vergebens hinter einem gezwungenen Lächeln zu verbergen.

Sichtbar und greifbar trat der Sieg unserer Idee vor uns, als am Schlusse des Kongresses unser Lehrer und Berater, der jugendliche Greis Friedrich Engels, die Tribüne bestieg, als er von dem Kampfe erzählte, den er nun volle fünfzig Jahre als erster in der Reihe führt, als er auf das Bild von Karl Marx hinwies, der für das Proletariat geleistet, was kein anderer getan; als er uns die Entwicklung aufzeigte, die aus der alten Internationale die neue Internationale gemacht — die freie Verbindung der Arbeiterklasse aller Länder in einer mächtigen, zielbewußten, unerschrockenen, internationalen Organisation*).

*) Die Rede, in der Victor Adler am 14. September 1893 im Dreher-Saal in Wien in Gegenwart von Friedrich Engels und August Bebel den Bericht über den Züricher Kongreß erstattete, ist ebenso wie die Rede von Friedrich Engels im ersten Heft dieser Sammlung (Seite 70) abgedruckt.

# Der Weltkongreß der Arbeiter.

„Arbeiter-Zeitung" vom 23. September 1900.

In Paris, dem Paris des Bastillensturmes, der Juni-Schlacht und der Kommune, tritt morgen der Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß zusammen, der fünfte in der Reihe, die am 14. Juli 1889, hundert Jahre nach der Erstürmung der Bastille, in Paris eröffnet wurde. Es sind wirklich erst elf Jahre seit der Tagung jenes ersten Internationalen Arbeiterparlaments verflossen. Wem das Tempo unserer Bewegung zu langsam, unser Fortschritt zu gering erscheint, der blättere zurück in der Geschichte dieser elf Jahre. Neben dem Kongreß der Sozialdemokraten tagte damals der Kongreß der Possibilisten, denen sich die Vertreter der englischen Sozialdemokratie angeschlossen hatten, und es war unmöglich, eine Vereinigung herbeizuführen. Noch der Londoner Kongreß des Jahres 1896 mußte zwei kostbare Tage vergeuden, um die Ansprüche der Anarchisten auf Vertretung in einer sozialdemokratischen Versammlung abzuwehren. Diesmal wird der Kongreß in vollster Einigkeit und ungestört von allen fremden Elementen tagen können, nicht weil die Zulassungsbedingungen geregelt sind, sondern vor allem deshalb, weil in allen Ländern die Konsolidierung der Arbeiterbewegung so gewaltige Fortschritte gemacht hat. Die Leute, die sich noch vor vier Jahren erkühnen durften, die Verhandlungen des Kongresses zu stören, sind heute auch von denen als eitle Schwätzer und heillose Konfusionsräte erkannt, die damals ihren Anhang bildeten und ihnen gestatteten, als Vertreter einer lebendigen proletarischen Bewegung zu posieren. Stärker und geschlossener als je zuvor stehen in allen Ländern die sozialdemokratischen Armeen da, dieser Tatsache wird der Pariser Kongreß beredten Ausdruck verleihen, der deshalb in manchem Sinn der erste internationale sozialdemokratische Kongreß sein wird.

Dieses Bild wird auch nicht getrübt werden durch die schwere Krise, die die Sozialdemokratie Frankreichs*) gerade jetzt durchzumachen hat und die das Werk der Einigung der sozialistischen

*) Die französische Sozialdemokratie war nach der Niederschlagung der Kommune im Jahre 1880 wieder als französische Arbeiterpartei gegründet worden, und zwar unter dem Einfluß von Jules Guesde (sprich: Gäd; 1845 bis 1922) und dem Schwiegersohn von Karl Marx, Paul Lafargue (1840 bis 1913) auf marxistischer Grundlage. Unter Brousse und Malon spaltete sich aber von ihr eine oppositionelle Gruppe ab, die „Possibilisten" (so genannt nach dem programmatischen Artikel ihres Blattes, der erklärte, daß sie ihre Anschauungen in kleinen Dosen eingeben und jedem die Zustimmung möglich — possible — machen wollten). Im Jahre 1890 bildete sich daneben die Gruppe der Allemanisten (genannt nach ihrem Gründer, dem Buchdrucker Allemane), die die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch General-

Parteien in Frankreich ernstlich bedroht. Auf dem Kongreß in London waren unsere französischen Genossen in zwei feindliche Gruppen geschieden, die selbst nach außen hin als selbständige

---

streiks abschaffen zu können hofften, dann die Blanquisten, die nach ihrem Begründer, dem Revolutionär Blanqui (der an allen revolutionären Erhebungen seit 1830 beteiligt, 1848 zum Tode verurteilt, aber begnadigt, 1871 wegen Beteiligung an der Kommune zu lebenslänglicher Haft verurteilt, aber 1879 freigelassen, 1881 starb), die revolutionären Erhebungen in den Vordergrund stellten. Ihr Führer war Eduard Vaillant (1840 bis 1917), der Mitglied der Kommune gewesen war. Im Jahre 1892 kam eine Einigung zustande, der sich 1893 auch die Gruppe der „unabhängigen Sozialisten" unter Jaurès, Millerand, Briand und Viviani anschloß. (Erwähnt sei nebenbei, daß bei dem Namen Jaurès das „s" sehr deutlich gesprochen wird, also etwa: Schoress.)

Im Jahre 1899 wurde diese Einigkeit wieder gefährdet, als Millerand als Handelsminister in die Regierung Waldeck-Rousseau eintrat, die allerdings den Kampf gegen die monarchistisch-klerikale Fronde als Ziel hatte. (Siehe die Fußnote bei dem Vortrag vom 15. September 1904 über „Internationale sozialistische Taktik".) Schon die Amtskollegenschaft mit Gallifet, dem Schlächter der Kommune, der in die Regierung aufgenommen wurde, um die Rebellion der monarchistischen Generäle zu brechen, regte die Arbeiter auf, ebenso die Abstimmung für das Militärbudget und die Kredite für die Expedition nach China, später die Begrüßung des Zaren und die Annahme eines Ordens von diesem.

Aber unhaltbar wurde das Verhältnis schon im Juni 1900, als es in Chalon zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen streikenden Arbeitern und Soldaten kam und dabei Arbeiter niedergeschossen wurden. Die Sozialisten interpellierten in der Kammer und verlangten eine parlamentarische Untersuchung. Waldeck erklärt, darin ein Mißtrauensvotum sehen zu müssen, und die Rechte beschließt, obwohl sie auf seiten des Militärs ist, für den Antrag zu stimmen, um das verhaßte Ministerium zu stürzen. Mitten in der Abstimmung erfahren die Sozialisten von diesem Plan. Die Mehrzahl hat bereits ihren blauen Stimmzettel für den Antrag in die Urne geworfen, da sehen sie, daß die Klerikalen und Monarchisten auch für sie stimmen. Neun Radikale und Sozialisten enthalten sich noch schnell der Abstimmung und mit neun Stimmen ist die Regierung dem Mißtrauensvotum entgangen. Rasch wird noch mit 292 gegen 203 Stimmen eine Tagesordnung beschlossen, der die Regierung zustimmt und die die Regierung auffordert, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Da beantragt die Rechte schnell einen Zusatz zu dieser Tagesordnung, daß die Kammer „die kollektivistischen Doktrinen verwirft, durch die man die Arbeiter verführt". Die Regierung ist in Verlegenheit, Waldeck erklärt, der Zusatz enthalte nichts, was sich auf bestimmte Handlungen der Regierung beziehe. Die Kammer kann den Zusatz annehmen, Millerand kann Minister bleiben . . . Aber nun kommt nach der Geschäftsordnung die Abstimmung über die Tagesordnung als Ganzes — mit dem Zusatz. Und um die Regierung nicht zu werfen, müssen die Sozialisten auch für diese Resolution stimmen. Alles das zeigt allmählich die Unhaltbarkeit der Situation — die die Guesdisten nicht mehr mitmachen wollen, während Jaurès, um den Sieg der Reaktion zu verhindern, die Regierung stützen will — so lang es geht.

Über die Beschlüsse des Pariser Kongresses siehe den Bericht über den Internationalen Kongreß in Amsterdam im Jahre 1904.

Delegationen auftraten: der Parti ouvrier. Jaurès und Millerand auf der einen, die Sektionen Vaillants und Allemanes auf der anderen Seite. Seitdem aber ist es gelungen, und das ist einer der wertvollsten Fortschritte der letzten Jahre, die fünf Fraktionen in einer Parteiorganisation zusammenzufassen, die jeder Gruppe ein großes Maß von Autonomie einräumt, aber durch eine ständige gemeinsame Vertretung und durch die Abhaltung gemeinsamer Kongresse den Grund zur Verschmelzung gelegt hat. Der Eintritt Millerands in das Ministerium Waldeck-Rousseau hat nun die kaum erreichte Einigung auf eine schwere Probe gestellt. Gewiß: nichts beweist auffälliger, wie gewaltig die sozialistische Bewegung in Frankreich gewachsen ist und welchen Einfluß sie erlangt hat, als gerade die Berufung Millerands, und niemand wird ihm das Zeugnis versagen wollen, daß er durch eine Reihe wichtiger Reformen auf dem Gebiet der Gesetzgebung und vor allem auch der Verwaltung eine neue Epoche des Arbeiterschutzes in Frankreich eingeleitet hat. Aber ebenso gewiß ist es, daß Millerand durch den Eintritt in ein bürgerliches Ministerium die Verantwortung auch für alle reaktionären Akte seiner Kollegen auf sich genommen hat, und daß — trotz aller Erklärungen und Kongreßbeschlüsse — die Sozialdemokratie, indem sie Millerand stützt, diese Verantwortung mit ihm teilt. Das ist der Revers der Medaille. Die Leistungen Millerands für die Erweiterung und Sicherung des Arbeiterschutzes hätte auch ein bürgerlicher Minister zustande bringen können: aber um Millerand im Amt zu erhalten, mußte die Partei das Joch einer Abstimmung auf sich nehmen, die alles andere als das Bekenntnis zu unseren Prinzipien bedeutete, und sie muß nun zusehen, daß Millerand, seinem Portefeuille zuliebe, mit seinem Namen selbst den schlimmen Streich der Ausweisung italienischer Sozialisten deckt. Kann es da wundernehmen, daß sich doktrinäre Deklamationen wieder Gehör zu schaffen wissen, daß Stimmen laut werden, die den Wert praktisch politischer Tätigkeit, die immer mit einem gewissen Maße von Opportunismus verbunden sein muß, einfach negieren, weil das Experiment Millerand, das einem falschen Opportunismus entsprungen war, gescheitert ist? Daß eine Stimmung in der Partei erzeugt wird, die alte Gegensätze wieder aufruft, die die trennenden Momente betont, die gemeinsamen übersehen läßt?

Aber es ist eine spezifisch französische Angelegenheit, um die es sich hier handelt, und die Entscheidung kann nur von den französischen Genossen selbst getroffen werden. Der internationale Kongreß kann nichts tun, um eine Lösung herbeizuführen. Sie muß und wird auf dem Parteitag der französischen Sozialdemokratie erfolgen, der sich dem internationalen Kongreß unmittelbar anschließt. Aber wie gerade die vorbereitenden Arbeiten zum internationalen Kongreß, an denen sich alle Gruppen beteiligten, das Werk der Einigung mächtig gefördert haben, so wird der internationale Kongreß, auch ohne daß er direkt eingreift, ja

gerade dann dazu beitragen, daß die Krise, die dieses Werk heute in Frage zu stellen scheint, überwunden werden wird.

Dank den glänzenden Fortschritten, die die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie erzielt hat, tritt der Pariser Kongreß unter viel günstigeren Bedingungen zusammen als jeder seiner Vorgänger. Groß genug sind freilich die Schwierigkeiten noch immer. Den Vertretern von zwanzig Nationen die Teilnahme an den Arbeiten des Kongresses zu ermöglichen, ist vom Standpunkt der Verhandlungstechnik eine Aufgabe ersten Ranges. Fünf Tage nur stehen zur Erledigung einer überreichen Tagesordnung zur Verfügung, und nicht nur jede Rede in der Diskussion, sondern auch jede formelle Äußerung muß wenigstens in den drei Kongreßsprachen wiedergegeben werden. Und diesmal fehlen zwei Personen, ohne die wir uns einen internationalen Kongreß kaum denken können: Wilhelm Liebknecht und Eleanor Marx*). Wie werden sie vermißt werden, wie wird jede Minute daran mahnen, was die internationale Sozialdemokratie an den beiden verloren hat! Der Kongreß wird dieser Schwierigkeiten Herr werden. Die Arbeit, mag sie auch unüberwindlich scheinen, wird geleistet werden. Das Arbeiterparlament wird ein Parlament der Arbeit sein.

Im Vordergrund der Diskussion wird eine Frage stehen, in der der Gegensatz der bürgerlichen und der proletarischen Weltanschauung immer schärfer ausgeprägt wird: die Frage der Kolonialpolitik. Sie heißt Weltpolitik in Deutschland, Imperialismus in England, aber sie bedeutet immer Krieg, Ausbeutung, Militarismus, Marinismus, Unterdrückung des Besiegten, Demoralisation des Eroberers. Die Arbeiterklasse trägt alle Lasten, aber sie hat keinen der Vorteile dieser Politik, die den Kapitalismus auf fremde Kulturen pfropft, im eigenen Lande das Elend und die Opfer mehrt. Aus ihrem innersten Lebensgesetz stemmt sich die Sozialdemokratie gegen diese Renaissance der Greuel, die die Jugendzeit des Kapitalismus begleitet haben, gegen diese Wiedererweckung der Barbareien, die nur die Kultur schänden und den Geist der Menschlichkeit erniedrigen. Der Kongreß der sozialistischen Arbeiter wird das Wort des Protestes sprechen, und er wird gehört werden in allen Zonen, unter allen Völkern. Mit dem Gefühl stolzer Freude wendet die Arbeiterklasse ihren Blick nach Paris, wo die Vertreter ihrer Interessen, die Künder ihrer Sehnsuchten, die Vorkämpfer ihrer Forderungen zu Rat und Tat versammelt sind, wo auf dem Weltkongreß der Arbeiter die Summe unserer Tätigkeit gezogen wird, die Wege gewiesen werden, die aufwärts zur Erfüllung unserer Ziele führen. Wir grüßen die Männer der Arbeit, die Männer der Tat mit dem frohen Ruf unserer Seele:

Hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!

*) Die jüngste Tochter von Karl Marx, Marx-Aveling.

# Der internationale Sozialistenkongreß in Paris.

„Arbeiter-Zeitung" vom 7. Oktober 1900.

Der Pariser Internationale Sozialistenkongreß hatte von vornherein mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen, die Zweifel an seinem Gelingen erwecken mußten. Zunächst macht das sinnverwirrende Getriebe des Ausstellungsjahres Paris zu einem für ruhige Erörterung wenig geeigneten Ort. Dazu wußte man, daß gerade in der letzten Zeit vor unserem Kongreß der Zwist zwischen den sozialistischen Parteien Frankreichs wieder hell aufgelodert war, und mußte fürchten, daß die Vorarbeiten darunter leiden würden. Überdies hatten die französischen Genossen unter so leidigen Umständen nicht nur den internationalen Kongreß, sondern, was noch viel schwerer war, auch den ihm unmittelbar folgenden Nationalkongreß zu organisieren. Wenn man dazu die diesmal überaus reichhaltige, geradezu überladene Tagesordnung und die Schwierigkeit der Vielsprachigkeit, mit der alle internationalen Kongresse kämpfen, in Betracht zog, so durfte man fürchten, daß der Kongreß weniger leisten werde als seine Vorgänger.

Es ist besser gekommen, als wir alle dachten. Allerdings hat der leidige Streit der Franzosen den Kongreß um einen kostbaren Teil von seiner beschränkten Arbeitszeit gebracht und einige tumultuöse Zwischenfälle verschuldet, aber die wahrhaft bewundernswerte Ausdauer und Arbeitslust der Delegierten hat den Ausfall reichlich ersetzt, sowie die Mängel der Vorbereitung des Kongresses gutgemacht, so daß die ganze Tagesordnung erledigt, und zwar nach gründlicher Durchberatung erledigt werden konnte. Das wurde möglich durch eine sachgemäße Teilung der Arbeit, indem sich der Kongreß in zehn Kommissionen teilte, deren jede für sich eigentlich einen kleinen internationalen Kongreß darstellte, der öffentlich wie das Plenum verhandelte. In diesen Kommissionen lag somit der Schwerpunkt der eigentlichen Kongreßarbeit, und es wäre sehr wertvoll, wenn das Protokoll des Kongresses die Kommissionsverhandlungen wenigstens in ihren Hauptzügen festhalten könnte.

Es ist selbstverständlich, daß bei einer ganzen Reihe von Punkten der Tagesordnung die Arbeit des Kongresses nur darin bestehen konnte, auf früheren Kongressen bereits mehrfach ausgesprochene Anschauungen zu vertiefen, zu konstatieren, welche Fortschritte sie gemacht, und die Wege zu ihrer weiteren Verbreitung anzugeben. So wurde das bereits seit dem Pariser Kongreß von 1889 bestehende Arbeiterschutzprogramm neuerdings erörtert und durch einige wichtige, insbesondere die Seeleute und die Transportarbeiter betreffende Punkte ergänzt, der Kampf für das nächste Ziel, den Achtstundentag in den Vordergrund gestellt und das Festhalten an der Maifeier beschlossen. So wurde ferner der Kampf für die Erlangung und Ausgestaltung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für eine internationale Pflicht des Sozialis-

mus und eine Vorbedingung jedes politischen und ökonomischen Fortschrittes der Arbeiterklasse erklärt.

Sein eigentliches Gepräge erhielt aber der Kongreß durch jene mächtige Demonstration gegen die neueste Phase des kapitalistischen Raubsystems, gegen die Kolonialpolitik, die gerade jetzt ihre Orgien feiert. Es war ein erhebender Moment, als die Vertreter des englischen Proletariats lauten Protest erhoben gegen die schamlose Politik der Engländer in Indien und Transvaal und als sie mit gerechtem Stolz konstatierten, daß es trotz aller Mühe den englischen Jingos nicht gelungen sei, auch nur einen einzigen organisierten englischen Arbeiter, geschweige eine Arbeiterorganisation zur Gutheißung jenes schamlosen Raubzuges zu bringen. Die internationale geeinigte Arbeiterklasse protestierte im Namen des Rechtes der Menschen und der Völker gegen die Bestialität der Patrioten aller Länder.

Von weit weniger allgemeiner Bedeutung, aber schon weil der Kongreß in Paris stattfand, mehr beachtet war die Debatte über die Taktik der Sozialdemokratie bei ihrem Kampfe zur Eroberung der politischen Macht. Die Frage der Wahlbündnisse mit gegnerischen Parteien wurde kurz und einstimmig dahin erledigt, daß jedes dauernde Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien durch den Klassenkampf ausgeschlossen sei, daß aber Ausnahmefälle möglich und bereits wiederholt vorgekommen seien, wo die augenblickliche gemeinsame Not auch gemeinsame Abwehr aufzwinge. Mit Stolz wiesen die italienischen Genossen auf ihren glorreichen Kampf hin, den sie inner- und außerhalb des Parlaments gemeinsam mit den Radikalen und Republikanern für die politische Freiheit ihres Landes führten, und die belgischen Sozialdemokraten berichteten über die Erfolge, die sie durch die Liga für das allgemeine Stimmrecht im Bunde mit dem vorgeschrittenen Bürgertum erzielten. Aber gerade Italiener und Belgier wiesen mit berechtigter Genugtuung darauf hin, daß sie es verstanden haben, die offenliegenden Gefahren solcher Bündnisse durch Klugheit und Klarheit ihrer Taktik zu vermeiden. Schwieriger und stürmischer gestaltete sich die Diskussion über den „Fall Millerand", die man vergeblich bemüht war, in die Form der allgemeinen Frage zu zwängen, ob es erlaubt sei, daß ein Sozialist Mitglied einer bürgerlichen Regierung werde. Für die französischen Genossen ist diese Frage gegenwärtig der Anlaß zum Streit, und sie verlangten vom Kongreß eigentlich nicht mehr und nicht weniger, als daß er ihren Streit entscheide. Damit aber verlangten sie offenbar Unmögliches. Was Guesde der Resolution Kautsky vorwarf, daß sie keine deutliche Regel für die Praxis gebe, daß sie auf die Gefahren hinweise, die der Eintritt eines Sozialisten in eine Regierung habe, daß sie aber nicht absolut verbiete, sich dieser Gefahr auszusetzen: dieser vermeintliche Widerspruch ist der wertvollste Inhalt der Resolution, die der Kongreß mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität annahm. Genosse Guesde und seine Freunde verkennen, was der internationale Kongreß leisten kann. Er kann

nicht mehr als die Prinzipien feststellen, über die die sozialistische Welt einig ist, und die Grenzen abstecken, innerhalb deren Diskussion und Meinungsverschiedenheit über die Taktik besteht. Ein internationaler Kongreß kann aber seiner Natur nach niemals konkrete taktische Fragen entscheiden, er kann nicht der einzelnen nationalen Partei die Verantwortung abnehmen für die Taktik, die sie im einzelnen Fall einschlägt. Delegierte fast aller vertretenen Parteien, Deutsche, Engländer, Österreicher, Belgier und Italiener — allerdings im Widerspruch zu gegenteiligen Äußerungen von Auer und Anseele —, haben erklärt, es als einen taktischen Fehler anzusehen, daß Millerand in das Ministerium Waldeck-Rousseau eintrat, und als einen noch größeren Fehler, daß er darin verbleibt und darin von Parteigenossen unterstützt wird. Aber sie haben zugleich, und das drückt die Resolution Kautsky sehr glücklich aus, festgestellt, daß nach ihrer Ansicht hier ein Fehler der sozialistischen Taktik, nicht aber ein Verrat am sozialistischen Prinzip vorliege, ein Fehler überdies, der nicht möglich gewesen, gewiß aber niemals solche Wirkungen für den französischen Sozialismus gehabt hätte, wenn es in Frankreich eine geeinigte, starke Partei gäbe. Der Internationale Kongreß hat durch Annahme der Resolution Kautsky eine bessere Tat getan, als er je hätte tun können, wenn er das unmögliche Amt eines obersten Parteigerichtshofes übernommen und über die Episode Millerand ein ihm nicht zustehendes Urteil abgegeben hätte. Der Kongreß hat, soviel an ihm war, die Herstellung des Friedens innerhalb der Sozialdemokraten Frankreichs mächtig gefördert. Der sich ihm anschließende nationale Kongreß der französischen Genossen stand durchaus unter dem Eindruck jenes mächtigen Appells zur Einigkeit und jenem Worte des Friedens, daß weder die eine noch die andere der streitenden Fraktionen den prinzipiellen Boden der Sozialdemokratie verlassen habe. Der Nationalkongreß hat die vollständige Einigung noch nicht erreicht, aber wesentlich näher gebracht, und wenn die Fraktion der Guesdisten sich vorläufig fernhält, so wagen wir die Hoffnung auszusprechen, daß auch sie die Brücke zur Gesamtpartei finden werde, sobald Millerand das Ministerium verlassen haben wird, was nicht allzulange dauern dürfte. Der nächste Kongreß im April 1901 wird die französische Sozialdemokratie geeinigt finden, das hoffen wir mit Zuversicht.

Dieser Kampf um den Fall Millerand, der von den glänzendsten Geistern und besten Rednern auf einer imponierenden Höhe des politischen Niveaus geführt wurde, zeigte nebenbei, wie enge die Beziehungen der Sozialisten aller Länder geworden sind, wie sich eine internationale öffentliche Meinung ausgebildet hat, vor deren Forum ihre Streitfragen zu diskutieren jede Partei ein lebhaftes Bedürfnis empfindet. In noch weit konkreterer Weise gibt aber dem Fortschreiten des Internationalismus jener Beschluß des Kongresses Ausdruck, ein internationales Sekretariat zu begründen. Damit ist der Schritt von der Bekundung der internationalen Solidarität zur internationalen Organisation gemacht.

Was zur Zeit des ersten Pariser Kongresses 1889 ein unerreichbarer Traum schien, ist damit in die greifbare Wirklichkeit gerückt. Die internationale Sozialdemokratie ist über die Periode gelegentlicher Berührungen und warmer Sympathien hinaus und zu einem festen Verband gelangt. Die belgischen Genossen haben das Ehrenamt der Führung des Internationalen Sekretariats übernommen, und es ist bei ihnen in den besten Händen. An uns allen, an den Sozialdemokraten aller Länder, wird es liegen, diesem nunmehr gegründeten Bunde einen greifbaren Inhalt zu geben und die neue Internationale zum festen Stützpunkt des Kampfes für die Befreiung der Arbeit zu machen.

# Die österreichische Sozialdemokratie und der Amsterdamer Kongreß.

Referat über den Internationalen Kongreß auf dem Parteitag 1903.

Der internationale Kongreß hätte nach den Beschlüssen des vorigen Kongresses bereits in diesem Jahre stattfinden sollen. Er wurde verschoben, insbesondere auf Wunsch der deutschen Genossen, die heuer mit den Wahlen beschäftigt waren, und auch der holländischen. Der Kongreß wird also vom 14. bis 20. August 1904 stattfinden. Die Bedeutung des internationalen Kongresses für unsere Partei brauchte ich gerade auf unserem Parteitag am allerwenigsten ausführlich zu beleuchten. Denn wir sind der internationalste Kongreß, der von allen internationalen Kongressen am meisten Arbeit verrichtet. Eine so geschlossene Internationale, wie wir sie hier repräsentieren, kann natürlich der internationale Kongreß, der Sozialisten der ganzen Welt umfaßt, nicht darstellen. Aber gerade wir wissen am allerbesten, wie die persönliche Berührung, der freundschaftliche Verkehr, wie die gemeinsame Arbeit die Empfindung für die Solidarität des Proletariats alle Zungen wachhält und befestigt. Aber es scheint gerade jetzt, als ob die internationalen Sozialistenkongresse berufen wären, über den Rahmen der bloßen Gefühlspolitik, der bloßen Demonstration hinaus noch mehr als bisher auch noch den Boden für sachliche Erörterungen zu geben. Wir hatten schon auf dem Pariser Kongreß die Millerand-Frage im Mittelpunkt der Diskussion und wir werden in Amsterdam offenbar zwei alle Sozialisten in allen Ländern berührende Fragen zu erörtern haben: wir werden über die allgemeinen Grundsätze der Sozialdemokratie und über den Generalstreik zu verhandeln haben. Der erste der beiden Punkte wurde auf die Tagesordnung gesetzt, um allgemein bindende praktische Grundsätze für die sozialistischen Parteien aller Länder festzulegen.

Es kann mir nicht einfallen, hier auf die Tagesordnung selbst einzugehen. Aber ich muß doch mit einigen Worten meiner und, wie ich glaube, auch Ihrer Anschauung über die Möglichkeit all-

gemeiner Grundsätze für die sozialistische Taktik in allen Ländern Ausdruck geben. Es ist zweifellos, daß wir in allen Ländern ein gemeinsames sozialistisches Programm haben. Der prinzipielle Boden unserer Bewegung ist in allen Ländern derselbe. Aber daraus folgt natürlich nicht, daß auch die Taktik in allen Ländern dieselbe sein kann, auch nicht, daß die Gestaltung, die das Programm in den einzelnen Ländern bekommen muß, dieselbe sein kann. Es hängt von der Geschichte der Partei und dem Entwicklungsstadium des Landes ab.

Gestatten Sie mir, daß ich da auf eine frühere Debatte zurückgreife. Es geschieht oft, daß die Streitigkeiten der Sozialisten aller anderen Länder pauschaliter und kritiklos auf unseren Boden übertragen werden. Selbstverständlich fühlen wir solidarisch mit den Genossen aller Länder, führen wir im Herzen ihre Kämpfe mit. Und dabei kann natürlich der eine mit Jaurès, der andere mit Guesde empfinden. Es geht aber nicht an, diese Gegensätze auf österreichischen Boden zu übertragen und hier diese Meinungsverschiedenheiten im übertragenen Wirkungskreis gewissermaßen auszufechten. (Heiterkeit.) Es ist begreiflich, daß wir dem Kampfe zwischen Revisionisten und Prinzipiellen in Deutschland mit größter Spannung gefolgt sind und hie und da auch persönlich Partei ergriffen haben. Aber darin sind wir einig: bei uns existiert dieser Gegensatz nicht. Er kann nicht existieren, weil wir in Österreich ganz andere Bedingungen des Kampfes haben. (Sehr richtig!) Ich kann es deshalb nur als guten Spaß ansehen, wenn uns Hueber alle „Revisionisten" genannt hat: er hätte uns ebensogut alle „Prinzipielle" nennen können. (Heiterkeit.) So war es ein gutes, aber nichts besagendes Scherzwort, wenn mich Pernerstorfer den „Oberrevisionisten" genannt hat: er hätte mich ebensogut den „Oberorthodoxen" nennen können; er hätte damit ungefähr dasselbe gesagt, nämlich nichts*). (Heiterkeit.) Der Gegensatz zwischen der prinzipiellen Grundlage und der Notwendigkeit praktischer Tätigkeit, der Gegensatz zwischen dem allgemeinen Satze und dem praktischen Detail ist überall vorhanden und entwickelt sich mehr und mehr in dem Maße, als die praktische Tätigkeit zunimmt. Auch wir könnten möglicherweise einen Millerand in Bereitschaft haben, aber der Posten für ihn ist nicht frei. (Große Heiterkeit.) Zu Hause haben wir mit dem Streit, wann die Sozialdemokratie die Regierungsverantwortlichkeit übernehmen soll, nichts zu tun. Wir haben ganz andere Verlockungen. Die Verantwortlichkeit für diesen Staat zu übernehmen, wird kein Sozialist, überhaupt kein leidlich

*) In der Debatte über die parlamentarische Tätigkeit hatte Hueber mit Bezug auf Adlers Ausführungen gesagt: „Wie wir da sitzen, sind wir Revisionisten vom Kopf bis zur Sohle." Und Pernerstorfer hatte dann gesagt: „Adler ist ja, wie Hueber sagt, unser Oberrevisionist." Diese Bemerkungen beziehen sich auf die Bemerkungen, die Adler über den Militarismus gemacht hatte, wobei er sich auf Engels berufen hatte. (Siehe die Rede über „Militarismus und Demokratie" im Abschnitt über Militarismus und Krieg.)

vernünftiger Mensch bereit sein. Wir führen diese Kämpfe also, wenn überhaupt, gewissermaßen in partibus infidelium. Der Kampf spielt nicht bei uns. Trotzdem möchte ich auch die Bedeutung der Diskussion, die auf dem internationalen Kongreß über diese Streitpunkte geführt werden wird, nicht unterschätzen. Im Gegenteil: all das sind Probleme und Schwierigkeiten, die in anderen Ländern bereits da sind, die für uns aber früher oder später kommen werden. Ohne Zweifel ist auch die Entwicklung der sozialistischen Parteien in anderen Ländern nicht gleichgültig für die Entwicklung unserer eigenen Partei. Unser Denken, unsere Auffassung wird dadurch bis zu einem gewissen Grade beeinflußt. Es ist uns nicht gleichgültig, ob der Sozialismus in anderen Ländern Vorstöße nicht macht, die er machen könnte, oder Vorstöße in einer Richtung unternimmt, wo sie naturgemäß unfruchtbar bleiben müssen. Denken Sie an den Generalstreik, den die Allemanisten als Allheilmittel, als die eigentliche Form der sozialen Revolution betrachten. An dieser Frage haben wir ganz besonderes Interesse. Wir würden also mit voller Aufmerksamkeit an den Verhandlungen teilnehmen und gelegentlich selbst bei einzelnen Punkten der Tagesordnung mit größter Entschiedenheit unsere Auffassung geltend machen, zum Beispiel bei dem Punkt „Auswanderung und Einwanderung", der Österreich in erster Linie interessiert. Wenn da regelnder Einfluß zu nehmen wäre, so wäre das eine ungeheure Wohltat, und da denken wir nicht an die Auswanderung nach Amerika, sondern die viel näher liegende, eingreifendere innerhalb der Volksstämme in Europa, selbst zwischen Deutschen und Slawen, Italienern und Slawen usw. Hier ist eine internationale Arbeit zu besorgen, hier könnten ersprießliche Resultate erzielt werden, an dieser Arbeit wollen wir mitwirken. Nun muß ich noch mit einigen Worten einen bereits angenommenen Antrag zur Sprache bringen. Es ist jener Beschluß der Frauenkonferenz, den vorher auch der Dresdener Parteitag angenommen hat, bei allen Wahlrechtskämpfen grundsätzlich auch das Frauenwahlrecht zu fordern. Der Antrag wurde hier zur Kenntnis genommen. Es ist möglich, daß dieser Punkt auf dem internationalen Kongreß zur Besprechung kommt, aber ich kann es unseren österreichischen Frauen nicht mit Sicherheit versprechen, daß die Zeit dafür gefunden wird. Bei unserer Organisation gibt es eine Vertretung unserer Gesamtpartei auf dem internationalen Kongreß nicht. Die Deutschen in Österreich sitzen als deutsche Organisation, die tschechischen Genossen als Tschechen, die polnischen Genossen unter ihren Brüdern aus Deutschland und Rußland als Polen auf dem Kongreß. Wo unsere Italiener sitzen werden, weiß ich noch nicht. Eine zahlreiche Beschickung nicht nur durch die politischen, sondern auch durch die gewerkschaftlichen Organisationen ist notwendig, damit wir vor dem sozialistischen Proletariat der anderen Länder so dastehen, wie wir wirklich sind, würdig und ausreichend repräsentiert. Ich habe den Eindruck, daß wir zu bescheiden sind.

daß unsere Parteiarbeit im Ausland sehr geschätzt wird. Unsere Brüder sollen wissen, wie es bei uns steht, welches Gewicht unsere Organisation darstellt. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme folgender Resolution:

Der Gesamtparteitag empfiehlt den internationalen Organisationen, den Internationalen Kongreß in Amsterdam 1904 so zahlreich als möglich zu beschicken*).

Der Kongreß findet in einem sehr merkwürdigen Moment statt. Der Sozialismus in allen Ländern ist ein sichtbares, für alle erkennbares Stück politischer Macht geworden. Er fängt an, in allen Ländern vor die Aufgabe gestellt zu werden, wie diese politische Macht auszuüben und wie sie zu vermehren ist. Dieses Problem ist in Amsterdam zu entscheiden. Wir wünschen dem Internationalen Kongreß dabei den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

**Der Internationale Kongreß und die Nationalitätenfrage**).**

Es ist richtig, daß die tschechischen Genossen den Punkt „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie" auf die Tagesordnung des Amsterdamer Kongresses gesetzt haben wollten. In einer Vorkonferenz ist der Antrag auch vorgelegen. Wie Sie sehen, ist eine Anzahl sehr wichtiger und dringender Punkte vorgelegen und man zögerte, einen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, in dem nur wir Gelehrte sind. (Heiterkeit.) Manche Sozialisten anderer Länder wissen gar nicht, um was es sich da handelt. Das Internationale Büro, das sich in Brüssel alljährlich versammelt, hatte nicht den Mut, auch diesen etwas heiklen Punkt der Tagesordnung hinzuzufügen. Es steht den tschechischen Genossen frei, ihn nochmals in Anregung zu bringen, ich glaube aber nicht, daß sie diesmal viel Erfolg haben werden. Es wird sich empfehlen, dieses Thema auf einem späteren Kongreß zu besprechen. Niemand war der Meinung, daß der Punkt nicht wichtig wäre; im Gegenteil, man war der Ansicht, daß seine Diskussion mehrere Punkte der jetzigen Tagesordnung verdrängen würde. Wir werden ja bis zum nächsten Parteitag in dieser Wissenschaft noch viel gelehrter sein. (Beifall.)

# Vor dem Amsterdamer Kongreß.

„Arbeiter-Zeitung" vom 10. August 1904.

In wenigen Tagen werden in Amsterdam die Vertreter des kämpfenden Proletariats aller Länder zum Internationalen Sozia-

*) Auf dem Amsterdamer Kongreß war Österreich durch 13 Delegierte vertreten, außerdem waren drei Tschechen und drei Polen dort.

**) In der Debatte beschwerte sich Josef Steiner im Namen der Tschechen, daß das Internationale Sekretariat sich weigerte, den von ihnen beantragten Punkt: „Die nationale Frage und die Sozialdemokratie" auf die Tagesordnung des Amsterdamer Kongresses zu stellen, und darauf antwortete Adler sofort.

listenkongreß zusammentreten. Seit der Erneuerung der Internationale durch den Pariser Kongreß sind erst fünfzehn Jahre verflossen, aber der rückschauende Blick erkennt, daß die Arbeiterklasse seit damals ein bedeutsames Stück ihres Weges durchschritten hat. Nirgends noch freilich hat sie das Ziel erreicht, das sie mit zehrender Ungeduld herbeisehnt, aber in allen kapitalistisch entwickelten Ländern ist das Verhältnis des Proletariats zu den herrschenden Klassen das wichtigste Element der Politik geworden. Der Kampf hat eine Breite, eine Vielgestaltigkeit, eine Wucht und eine Schärfe erreicht, die dem blödesten Auge deutlich macht, daß dieser Klassenkampf die entscheidende Tatsache der Geschichte der Menschheit in diesem Jahrhundert ist.

Aber nicht nur das Proletariat in jedem einzelnen Lande ist gewachsen und kräftiger geworden, auch das Bewußtsein der internationalen Gemeinschaft ist unvergleichlich stärker, lebendiger geworden und hat praktische Wirkungen zu schaffen vermocht. Die enge Fühlung der sozialistischen Parteien wird seit 1900 wesentlich gefördert durch das Internationale sozialistische Büro in Brüssel; sie kommt zum deutlichsten Ausdruck in der internationalen Gewerkschaftsorganisation, die nicht nur in allen Ländern Europas, sondern auch in Amerika, in Australien, in Japan gewerkschaftliche Landessekretariate geschaffen hat, die ihren Knotenpunkt in dem Internationalen Sekretariat haben, dessen Sitz in Berlin ist. Aber weit über diese täglich wirksam werdenden Einrichtungen hinaus reicht die Bedeutung der Tatsache, daß die klassenbewußten Proletarier aller Zungen in allen Zonen einander geistig unendlich nähergerückt sind, daß das Bewußtsein der engsten Verknüpfung der Schicksale aller nationalen Gruppen der Arbeiterklasse unendlich heller geworden ist, ja, daß sich die Empfindung einer gewissen gemeinsamen, internationalen Verantwortlichkeit auszubilden beginnt.

So wenig aber bedeutet das ein Zusammenfließen in einen großen, gestaltlosen Brei, daß sich vielmehr zugleich immer deutlicher eine stetig wachsende Differenzierung der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern zeigt. In dem Maße, als in jedem Lande der Kampf fortschreitet, von dem rebellischen Protest gegen Klassenstaat und Ausbeutung zum konkreten, systematischen, vielgestaltigen Kriege des revolutionären Proletariats, in demselben Maße gewinnt er eigentümliche Züge, die von der Geschichte, von dem Stande der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklung, von dem nationalen Charakter und Temperament, von dem Zustande des Proletariats nicht nur, sondern auch von dem der gegnerischen Klassen bestimmt werden. Der internationale Klassenkampf bekommt in jedem Lande seine besondere, charakteristische Physiognomie.

Diese ganze Entwicklung muß natürlich die internationalen Sozialistenkongresse wesentlich beeinflussen. Zunächst zeigt die trotz alles Wünschens nach Selbstbeschränkung, vielleicht allzu reichliche Tagesordnung, die in Amsterdam zur Verhandlung steht, wie vielfältig die Probleme geworden sind, vor die sich heute die prole-

tarische Politik gestellt sieht. Kolonialpolitik, Auswanderung, Truste, Zollpolitik, internationale Schiedsgerichte, das sind, um nur einiges zu nennen, die Punkte, die diesmal einen großen Teil der Kongreßarbeit beanspruchen werden, während sich frühere Kongresse wesentlich mit prizipiellen Fragen, mit Fragen der Agitation und der Organisation beschäftigten. Man könnte sagen: Auf den ersten internationalen Kongressen befaßten wir uns vorzugsweise mit uns selbst; nun werden wir immer mehr gedrängt, uns auch mit der uns umgebenden Welt zu beschäftigen.

Allerdings wird es auch in Amsterdam an prinzipiellen Erörterungen nicht fehlen, vielmehr wird voraussichtlich eine Diskussion, die das innerste Wesen des Sozialismus berührt, den Mittelpunkt der Verhandlungen bilden. Wir haben es dem marxistischen Flügel der französischen Sozialisten, dem Parti Ouvrier de France, zu danken, daß ein Punkt der Tagesordnung lautet: Internationale Regeln der sozialistischen Politik; daß wir also eine Debatte über sozialistische Taktik haben werden. Unsere französischen Genossen haben eine bestimmte Resolution bisher allerdings nicht endgültig formuliert, aber sie haben den Beschluß, diesen Punkt in Amsterdam zur Diskussion zu stellen, unmittelbar nach dem Dresdener Parteitag gefaßt und zugleich die Absicht ausgesprochen, die bekannte Dresdener Resolution, die der großen Revisionsdebatte den Abschluß gab, als die „internationale Regel sozialistischer Politik" aufzustellen. Aber auch ohne diese Anregung müßte es in Amsterdam mit Notwendigkeit zu einer solchen prinzipiellen Debatte kommen. Aus zwei Gründen. Zunächst erweckt gerade die fortschreitende Individualisierung der sozialistischen Bewegung in den meist entwickelten Ländern notwendig das Bedürfnis, in ihren nationalen Besonderheiten das Gemeinsame, Prinzipielle möglichst scharf und deutlich zum Ausdruck zu bringen, das Bewußtsein der prinzipiellen Einheit des Ausgangspunktes wie des Endzieles aller proletarischen Politik mit aller Wucht und Feierlichkeit zu bekunden. Je komplizierter die Probleme dieser Politik werden, je verschlungener die Pfade, die in den Einzelkämpfen des Tages gegangen werden müssen, um so notwendiger ist es, die großen Richtlinien festzuhalten, damit der Lebensquell aller proletarischen Kraft und Kampffreudigkeit frisch und wirksam bleibe. Wenn uns die mühselige Arbeit des Tages, das entnervende Detail, nicht stumpf und kurzsichtig machen soll, müssen wir in uns das Bewußtsein wach erhalten, daß es das revolutionäre, letzte Ziel aller ist, das all diesem Wert, Bedeutung und Würde gibt.

Aber auch sonst wäre es unmöglich gewesen, daß Sozialisten zusammenkommen, ohne die Meinungsverschiedenheiten zur Sprache zu bringen, die in Frankreich die Sozialisten in zwei Gruppen spalten, die in Italien dieselbe Gefahr herbeizuführen drohen und die in Deutschland, wo solche Gefahr freilich ausgeschlossen ist, laute und erregte Diskussion zur Folge hatten. Daß diese Erörterungen über die richtige Methode des Klassenkampfes in allen diesen Ländern Meinungskämpfe zur Folge hatten, Leidenschaften ent-

fesselten, die die Gemüter der besten Genossen in manchen Augenblicken mehr beherrschten als der Klassenkampf selbst, ist eine vielleicht zu bedauernde, aber durchaus menschlich begreifliche Erscheinung. Da dem so ist, wäre es widernatürlich und unmöglich gewesen, daran in Amsterdam stillschweigend vorüberzugehen. Wir werden also unsere große, prinzipielle Debatte haben. Nur wäre es wünschenswert, sich im vorhinein darüber klar zu sein, was sie ergeben kann. Sie kann und wird hoffentlich aufzeigen, daß die große Mehrzahl der Sozialisten aller Länder von der Tendenz, die wir kurz mit dem undefinierbaren, aber doch ganz bezeichnenden Worte Revisionismus nennen wollen, unberührt geblieben ist oder die Anwandlung, ihr zu verfallen, überwunden hat. Sie wird aber vielleicht zugleich aufzeigen, daß in jedem Lande auf einer gewissen Entwicklungsstufe des proletarischen Klassenkampfes diese gegensätzlichen Tendenzen zutage treten, sie also wohl auf einem unserem Kampfe immanenten, notwendigen Gegensatze beruhen: auf dem Gegensatze zwischen der prinzipiellen Bekämpfung des Klassenstaates und der Notwendigkeit, diesen Kampf zu führen auf dem Boden dieses selben Klassenstaates mit den Mitteln, die er selbst uns in die Hand gibt oder die ihm zu entreißen uns gelingt. Dieser Gegensatz wird um so deutlicher, je größer die Einflußsphäre des Proletariats wird, je mehr sich gewissermaßen die Gefechtslinie des Klassenstaates enwickelt. Daß es dabei zu Irrtümern, Mißgriffen, ja verhängnisvollen Fehlern kommen kann, haben der traurige Verlauf und das schmähliche Ende des Experiments Millerand gezeigt*), das den einzigen Vorteil hat, daß wir für eine Weile wohl mit Debatten über Ministerialismus verschont bleiben dürften. Daß im Zusammenhang mit dieser Episode das Schlagwort von der „Kooperation der Klassen" aufgekommen ist und dem Klassenkampf entgegengestellt wurde, daran wird der Internationale Kongreß wohl mit der gebührenden Verachtung für diese alberne Posse vorbeigehen.

Aber eine ernstere Tatsache als gelegentliche Abwege oder gar die Exzesse von Gauklern und Marodeuren scheint uns die zu sein, daß unseres Erachtens jeder, auch der prinzipiell festeste, radikalste Sozialist sein Stück Revisionismus in der Brust trägt, wofern er am Klassenkampf konkret, verantwortlich und praktisch teilnimmt und nicht etwa sich nur damit beschäftigt, die lebendige Erscheinung in die abstrakte Formel zwängen zu wollen. Diesen Revisionismus in uns allen zu besiegen, die Verführung zur Plattheit der Routine, zur Kurzsichtigkeit der Augenblickspolitik zu überwinden, dazu kann uns in der Tat der Internationale Kongreß ein wenig helfen, wenn er das, was das Beste, Tiefste, Entscheidendste in unserem Bewußtsein und in unseren Überzeugungen ist, das Wissen um Wurzel und um Ziel unseres Kampfes, kurz das prinzipielle, revolutionäre Element als oberste Richtschnur alles unseres Handelns und aller unserer Entscheidungen aufstellt.

*) Siehe über Millerand die Fußnote beim Artikel „Der Weltkongreß der Arbeiter" vom 23. September 1900. Siehe übrigens zu diesem Artikel besonders auch die Bemerkungen zum Kongreßbericht.

Wenn der Amsterdamer Kongreß das tut, wird er damit „internationale Regeln der Taktik" aufgestellt haben? Ja und nein. Ja, weil er das Bewußtsein von jenen Grundsätzen erneuert und vertieft haben wird, die über aller Taktik stehen; nein, weil er die Art der Umsetzung dieser Grundsätze in die Praxis, ihre Anwendung auf die Taktik und auf ihre Einzelfälle nicht vorgeschrieben haben wird. Freilich meinen wir, der Kongreß sollte es vermeiden, die Aufstellung von taktischen Regeln in diesem engeren Sinne auch nur zu versuchen. Auf jedem Schritt dazu müßte er in die Gefahr kommen, entweder Vorschriften zu geben, die zu eng sind, als daß sie die Vielgestaltigkeit der Tatsachen auf dem internationalen Kampffelde umfassen könnten, oder zu weit, als daß sie etwas anderes wären als Allgemeinheiten, die nichts und niemand zu binden vermöchten. Der Internationale Kongreß kann, soll und wird hoffentlich unsere Einsicht vermehren, er kann unsere Energie und Siegeszuversicht steigern, er kann uns anfeuern oder warnen, aber er ist außerstande, uns zu dirigieren.

Unseres Erachtens ist der Antrag des Parti Ouvrier de France aber auch gar nicht in diesem engen und beengenden Sinne gemeint. Für diese unsere Meinung spricht vor allem der Umstand, daß der Antrag die Namen von Genossen trägt, die mit der Geschichte der Internationale eng verbunden sind und die ganz genau wissen, was sie zu leisten vermag und was außerhalb ihres Bereiches liegt. Außerdem aber ist gerade die Beziehung auf die Dresdener Resolution ein Fingerzeig dafür, daß es sich ihnen mehr um Feststellung von Grundsätzen als von taktischen Regeln handelt. Daß diese Resolution in der ihr in Dresden gegebenen Form für einen internationalen Kongreß nicht geeignet ist, liegt auf der Hand. Sie entspricht vollständig den konkreten Bedürfnissen der deutschen Sozialdemokratie in dem gegebenen Moment; sie knüpft an die Vizepräsidentenepisode an und wendet sich dann gegen Bestrebungen, die sie den deutschen Revisionisten zuschreibt. Ob sie das mit Recht oder Unrecht, in mehr oder weniger glücklicher Form tut, wollen wir an dieser Stelle nicht erörtern, aber Tatsache ist, daß die deutschen Revisionisten sehr energisch erklärt haben, daß ihnen diese Bestrebungen fernliegen, und es ist wenig wahrscheinlich, daß die Revisionisten anderer Länder das Porträt als getroffen anerkennen werden. Wie dem aber auch sein mag, die Resolution, die das große Verdienst hat, in dem entscheidenden politischen Moment nach dem Dreimillionensiege die unveränderte prinzipielle Haltung der deutschen Sozialdemokratie mit der notwendigen Entschiedenheit festgestellt zu haben, enthält keineswegs konkrete „Regeln" für die Taktik, sondern sie beruft sich auf die im Programm niedergelegten Grundsätze der Partei und verwahrt sich gegen Verleugnung des Klassenkampfes, gegen Vertuschung der Klassengegensätze. An einer einzigen Stelle — von ihrem letzten Absatz, der das Gegenwartsprogramm betrifft und der von niemand in Frage gestellt wird, sprechen wir nicht —, an einer einzigen Stelle berührt die Dresdener Resolution eine konkrete und strittige Frage der Taktik,

indem sie ausspricht, daß die Sozialdemokratie einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann. An dieser Stelle aber beruft sich die Dresdener Resolution auf die Resolution Kautskys des Pariser Kongresses vom Jahre 1900. Nun haben aber für die ganz vortreffliche Resolution Kautsky, die in Dresden gewissermaßen feierlich erneuert wurde, in Paris Jaurès und die Seinen gestimmt, während die Gruppen Guesde und Vaillant sehr energisch gegen sie sprachen und stimmten. Es ist nun höchst erfreulich, daß diese beiden nun zum Parti Ouvrier de France vereinigten Gruppen durch den Antrag, die Dresdener Resolution zur internationalen Regel zu erheben, bekundet zu haben scheinen, daß sie nunmehr gleichfalls auf dem Boden der Majorität des Pariser Kongresses, auf dem Boden der Kautskyschen Resolution stehen. Aber zu den Vorzügen dieser Resolution gehört wesentlich, und das ist für uns hier entscheidend, daß auch sie ausdrücklich eine internationale Regel der Taktik nicht geben will. Sie sagt: „Ob und wann in einem bestimmten Falle die politische Situation dieses gewagte Experiment — des Eintritts eines Sozialisten in ein Ministerium — notwendig macht, das ist eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips. Darüber hat der Internationale Kongreß nicht zu entscheiden." Und seit vier Jahren hat sich die Schwierigkeit, taktische Fragen international zu entscheiden, keineswegs vermindert.

Nach dem allen ist also die von einzelnen Genossen ausgesprochene Befürchtung, der Amsterdamer Kongreß werde versuchen, eine beengende und trotzdem unwirksame Schablone für die Taktik zu schaffen, wenig begründet. Gewiß wäre der Moment zu so unfruchtbarer Arbeit auch schlecht gewählt. Die verantwortlichen Vertrauensmänner des internationalen Proletariats treten in einem Augenblick zusammen, der ihnen ganz andere Aufgaben weist. Mehr als je ist es notwendig, in den Hintergrund treten zu lassen, was uns zu trennen vermöchte, hervorzuheben, was uns alle vereinigt und zusammenschließt. Niemand kann sich dem Eindruck entziehen, daß die Welt großen Entscheidungen entgegengeht, und an hundert Punkten brodelt es wie in einem Hexenkessel. Die geschichtliche Entwicklung scheint ihre Schnelligkeit gesteigert zu haben. Das Proletariat aber steht dieser Entwicklung nicht mehr als stummer und ohnmächtiger Zuseher gegenüber. Der junge Riese regt und reckt seine Glieder und seine Kraft wächst von Tag zu Tag. Seit dem Pariser Kongreß hat die Arbeiterklasse Rußlands die Weltbühne betreten, und wenn unser aller heißeste Sehnsucht endlich erfüllt wird, wenn endlich der Zarismus fällt und dieses Bleigewicht, das jeden Fortschritt hemmt, von der Kulturwelt genommen wird, so wird dem revolutionären russischen Proletariat sein Teil an dem Werk zu danken sein. Mehr als je gilt es für die sozialistischen Parteien aller Länder, bereit zu sein, ihr Werk der Erweckung und der Organisierung des Proletariats nach Kräften zu beschleunigen, auf daß dieses seinen großen Aufgaben gewachsen sei. Möge der

Amsterdamer Kongreß die Fähigkeit zum Klassenkampf fördern, die Einsicht und Kraft des Sozialismus erhöhen und die Solidarität des international verbundenen Proletariats festigen.

Victor Adler.

# Der internationale Kongreß in Amsterdam.

## Kommissionssitzung.

Wir wollen von der Dresdener Resolution*), die in knappen Sätzen den Klassenkampfstandpunkt ausspricht, nicht abweichen. Hier aber sollen wir Regeln aufstellen über die Taktik unter ganz konkreten

*) Die Resolution des Dresdener Kongresses, die auf Antrag der Guesdisten von dem Internationalen Kongreß beschlossen werden sollte, hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei wird, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Kongreß im Gegensatz zu den vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten;

2. daß die Sozialdemokratie gemäß der Resolution Kautsky des Internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Kongreß verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Kongreß erwartet, daß die sozialdemokratischen Fraktionen die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihnen stehenden Wählermassen erlangen, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwenden und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzen, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte überall aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeg-

Umständen in einem ganz bestimmten Lande zu einer ganz bestimmten Zeit. Das aber halte ich für unmöglich, so wünschenswert es wäre. Ich sage nicht: wir sollen nicht, sondern: wir können nicht. Niemand wäre dankbarer als ich, wenn man mir für alle zweifelhaften Fälle eine Regel der Entscheidung gäbe. Ja, wenn wir eine solche Norm für den Klassenkampf finden könnten, wie er

licher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihnen bisher möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken."

Die Resolution war auf dem Parteitag in Dresden im Jahre 1903 mit 288 gegen 11 Stimmen beschlossen worden.

Die in der Resolution zitierte Pariser Resolution vom Jahre 1900 lautet:

„Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann in einem modernen demokratischen Staate nicht das Werk eines bloßen Handstreichs sein, sondern kann nur den Abschluß einer langen und mühevollen Arbeit der politischen und ökonomischen Organisation des Proletariats, seiner physischen und moralischen Regenerierung und der schrittweisen Eroberung von Wahlsitzen in Gemeindevertretungen und gesetzgebenden Körperschaften bilden.

Aber die Eroberung der Regierungsgewalt kann dort, wo sie zentralisiert ist, nicht stückweise erfolgen. Der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann stets nur ein vorübergehender und ausnahmsweiser Notbehelf in einer Zwangslage sein.

Ob in einem gegebenen Falle eine solche Zwangslage vorhanden ist, das ist eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips. Darüber hat der Kongreß nicht zu entscheiden. Aber auf jeden Fall kann dieses gefährliche Experiment nur dann von Vorteil sein, wenn es von einer geschlossenen Parteiorganisation gebilligt wird und der sozialistische Minister der Mandatar seiner Partei ist und bleibt.

Wo der sozialistische Minister unabhängig von seiner Partei wird, wo er aufhört, der Mandatar seiner Partei zu sein, da wird sein Eintritt in das Ministerium aus einem Mittel, das Proletariat zu stärken, ein Mittel, es zu schwächen, aus einem Mittel, die Eroberung der politischen Macht zu fördern, ein Mittel, um sie zu verzögern.

Der Kongreß erklärt, daß ein Sozialist ein bürgerliches Ministerium verlassen muß, wenn die organisierte Partei erklärt, daß es Parteilichkeit im ökonomischen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit bewiesen hat.

In jedem Falle kann der von der organisierten Sozialistenpartei delegierte Minister nicht im Ministerium verbleiben, wenn dieses in den Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit nicht absolute Unparteilichkeit bewahrt."

Die Resolution war in Paris mit 29 gegen 9 Stimmen beschlossen worden. Jede Nation hatte in Paris zwei Stimmen; die Franzosen, ebenso wie die Italiener, hatten geteilt gestimmt. Der letzte Absatz war ein Zusatzantrag von Plechanow, das übrige eine Resolution Kautsky.

Von Guesde (Frankreich) und Ferri (Italien) war folgende Gegenresolution eingebracht worden:

„Der Kongreß erklärt wiederholt, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, gleichviel ob sie auf friedlichem oder ge-

allein geführt werden darf! Aber die Taktik ist abhängig von den Umständen. 1900 zwang uns der Fall Millerand zu einer Entscheidung, und wir dachten nur an diesen einen bestimmten Fall. So entstand die Resolution Kautsky. Faktisch ist der Fall Millerand heute erledigt; aber heute handelt es sich nicht mehr bloß um Teilnahme an einem Ministerium, sondern um eine viel gefährlichere Sache, die durch die Kautskysche Resolution nur ganz ungenügend erledigt wird: mit der anonymen Mitregierung einer großen sozialistischen Gruppe an einer bürgerlichen Regierung, ohne daß eine einzige bestimmte Person die Verantwortung trägt. Ein einzelner kann, wenn er für den Zaren und das Niederschießen von Streikenden eintritt, abgeschüttelt werden; hier aber gilt es einer Partei, die den sozialistischen Namen trägt. Es wird eine schwere Enttäuschung für das Proletariat geben, wenn die Sozialdemokratie sich auf diesen Weg begibt. Ich sehe der Entwicklung mit Furcht und Trauer zu. Aber wie ich für meine Handlungen verantwortlich bin, so kann ich hier nur mit aller Schärfe zu den Jaurèsisten sagen: Tut es nicht! Aber ich verurteile nicht, ich schließe nicht aus. Die Dresdener Resolution ist eine ausgezeichnete Prinzipienerklärung, das kann nicht scharf genug gesagt werden. Aber wir dürfen auf dem internationalen Kongreß keine Verurteilung aussprechen, die erst in drei oder vier Jahren revidiert werden kann. Wir müssen uns auf die positive Erklärung des Klassenkampfstandpunktes beschränken und das internationale Proletariat davor warnen, diesen Weg zu verlassen. Aber wir dürfen die Minderheit nicht brandmarken, keine Verurteilung, keinen Bannfluch aussprechen.

Dritte Sitzung der Kommission*).

Ich bin erstaunt, daß mich Bebel und Plechanow für einen verkappten Revisionisten halten. (Plechanow: Das habe ich nicht

---

waltsamem Wege erfolgt, die politische Expropriation der Kapitalistenklasse bedeutet.

Sie läßt deshalb die Teilnahme am Bourgeoisregiment dem Proletariat nur in der Form der Eroberung von Mandaten aus eigener Kraft auf dem Boden des Klassenkampfes zu und untersagt jede Teilnahme der Sozialisten an bürgerlichen Regierungen, denen gegenüber die Sozialisten auf dem Standpunkt unbeugsamer Opposition stehenbleiben müssen."

Zu den bisher noch nicht genannten ausländischen Genossen ist zu bemerken: Enrico Ferri ist der Führer der italienischen Sozialdemokratie, geboren 1856, Professor des Strafrechts, mit Lombroso der Begründer der Kriminalanthropologie, Deputierter; Georgij Valentinowitsch Plechanow, der Führer der russischen Sozialdemokratie (Menschewiki), geboren 1857, seit 1898 als Flüchtling im Ausland, seit 1917 wieder in Rußland, starb 1918 in Finnland; Emile Vandervelde, geboren 1866, Advokat in Brüssel, Lehrer an der sozialistischen Hochschule, seit Kriegsbeginn Minister, von 1925 bis 1928 Ministerpräsident, Vorsitzender des Internationalen Sozialistischen Büros.

*) Am Beginn der zweiten Sitzung hatten Adler und Vandervelde folgende Resolution eingebracht:

gesagt!) Nein, Sie haben es nur geschrieben. (Große Heiterkeit.) (Plechanow: Es war ja nur eine Prognose!) Ach ja, eine falsche Prognose schadet nicht immer dem Kranken, blamiert aber stets den Arzt. (Große Heiterkeit.) Bebel wirft mich und Vandervelde, weil wir die Dresdener Resolution besser formulieren wollen, gar zu den Jaurèsisten. (Jaurès: Pfui! — Stürmische Heiterkeit.) In Troelstras Rede war fortwährend von zwei Tendenzen in der Partei die Rede. In jedem Menschen sind zwei Tendenzen. In Bebel steckt genau soviel Revisionismus wie in mir. — Plechanow hat gesagt: Was man nicht will, muß man verurteilen. Aber ich habe immer dem das Urteil überlassen, der die Verantwortung trägt. Gerade die, die hier am lautesten nach internationaler Einigkeit schreien, die Russen und Franzosen, sind in der nationalen Partei am meisten gespalten. (Plechanow: Die russischen Marxisten nicht!) Ja, wenn man alle widerstrebenden Elemente aus der Partei herauswirft, kann man leicht eine einheitliche Taktik erzielen. (Heiterkeit.) Ich halte es für sehr schwer, aus der Ferne über Taktikfragen zu entscheiden. Bei Plechanow hingegen scheint diese Fähigkeit mit dem Quadrat der Entfernung zu wachsen. (Große Heiterkeit.) Den allgemeinen Grundzug der Politik, der sozialistischen Taktik können wir angeben, mehr nicht. (Lebhafter Beifall.) — (Da es inzwischen dunkel geworden ist, übersetzt Vandervelde diese Rede von 20 Minuten aus dem Kopf wortgetreu ins Französische.)

---

„Der Kongreß erklärt mit größter Entschiedenheit, daß es notwendig ist, ohne jedes Schwanken an der bewußten sieggekrönten, auf dem Klassenkampf beruhenden Taktik des Sozialismus festzuhalten, und daß niemals an Stelle des Kampfes für die Eroberung der politischen Macht durch Besiegung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung treten darf.

Die Folge einer solchen Taktik der Konzession wäre, daß man eine Partei, welche die baldmöglichste Umwälzung der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft anstrebt, also eine im besten Sinne revolutionäre Partei, in eine Partei verwandeln würde, welche sich damit zufrieden gibt, die bürgerliche Gesellschaft zu reformieren.

Daher ist der Kongreß der Meinung, daß die Klassengegensätze, statt sich abzuschwächen, sich immer mehr zuspitzen, und erklärt:

1. daß der Kongreß unter den politischen und ökonomischen Verhältnissen, welche sich auf die kapitalistische Produktionsweise stützen, alle Verantwortlichkeit, welche es auch sei, zurückweist, und deshalb kein Mittel gutheißen kann, welches die Aufrechterhaltung der bestehenden Klassenherrschaft fördert;

2. betreffs der Gefahren und Unzulänglichkeiten einer Anteilnahme an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft erneuert und bestätigt der Kongreß die Resolution Kautsky des Internationalen Sozialistenkongresses in Paris 1900."

Dazu erklärte Vandervelde, diese Resolution entspreche durchaus der Dresdener Resolution, aber sie beschränke sich auf eine Prinzipienerklärung und vermeide, ein Urteil zu fällen. Er und Adler glauben, mit dieser Resolution den allseitigen Wunsch zu erfüllen, die sozialistische Einigkeit herbeizuführen.

## Das Ergebnis der Kommissionsberatung.

Amsterdam, 19. August.

Heute mittags hat die Taktikkommission des Internationalen Sozialistenkongresses die dreitägigen Verhandlungen beendet, die den Mittelpunkt des brennenden Interesses für die Delegierten bildeten. Obwohl zu gleicher Zeit das Plenum des Kongresses seine Verhandlungen fortführte, obwohl noch eine Reihe anderer Kommissionen verhandelte, war der Saal, in dem diese Kommission ihre Sitzungen hielt, fortwährend gedrängt voll und einige hundert Delegierte und Gäste lauschten nicht nur mit gespannter Aufmerksamkeit, sondern griffen in die Debatte häufig mit allzu vernehmbarer Lebendigkeit ein. Es war eine große internationale Aussprache, deren Wichtigkeit und Reiz dadurch erhöht wurden, daß sie intim und zugleich öffentlich war.

Der Antrag der sozialistischen Partei Frankreichs, die diesen Gegenstand auf die Tagesordnung setzte, hatte von vornherein die Dresdener Resolution als die Antwort auf die Frage nach der Regel sozialistischer Taktik bezeichnet. Die Absicht Guesdes und seiner Freunde war, nicht nur positive Grundsätze aufzustellen, sondern vor allem ein internationales Plebiszit gegen die Politik der Jaurèsisten herbeizuführen, ja sie, als den sozialistischen Grundsätzen widersprechend, möglichst scharf zu verurteilen. Die Dresdener Resolution wurde ins Französische übersetzt und ihre starken Ausdrücke der Verurteilung „revisionistischer Bestrebungen" bekamen durch diese Übersetzung noch einen wesentlich schärferen, ja verletzenden Ton: „condamner" heißt „verdammen", und das klingt eben noch ganz anders als „verurteilen". Gegen die Absicht, irgendeine Person oder Fraktion verletzen oder gar hinausdrängen zu wollen, verwahrten sich zwar die französischen Antragsteller sowohl wie auch mit größter Entschiedenheit — durch den Mund Bebels — die deutschen Genossen, die sich durch ihre eigene in Dresden angenommene Resolution auch in Amsterdam gebunden hielten; aber trotzdem wurde zunächst ziemlich allgemein empfunden, daß es zweifelhaft sei, ob Jaurès und die Seinen nach Annahme dieser verdammenden Resolution noch in der Partei bleiben könnten, ob sie nicht vielmehr durch sie aus der sozialistischen Internationale hinausgedrängt würden. Und das offenbar gegen die Absicht der Majorität der Genossen, die für diese Resolution stimmen wollten.

Dieses von niemand gewollte Ergebnis zu vermeiden, war die Absicht des Antrages Adler-Vandervelde, der die Dresdener Resolution in ihrem vollen Umfang, mit aller ihrer energischen Betonung der Prinzipien des Klassenkampfes akzeptierte, aber die „Verdammungen" und „Verurteilungen" des Revisionismus umwandelte in ebenso viele Bejahungen der prinzipiellen Grundlagen sozialistischer Taktik. Daß die große Mehrheit der Internationale die jaurèsistische Politik als eine bedenkliche und gefährliche Abweichung von unserer erprobten Taktik ansieht, das sollte

keineswegs verschleiert, dieser Gegensatz vielmehr zum deutlichsten Ausdruck gebracht werden. Aber der Antrag wollte verhindern, daß die Kluft zwischen der Internationale und den Jaurèsisten unüberbrückbar werde, wollte jeden Schein der Brandmarkung vermeiden.

Der Antrag erlangte nicht die Majorität, ein selbständiger Antrag der Holländer, der dieselbe Absicht in anderer Form erreichen wollte, war zugunsten der Adler-Vanderveldeschen Resolution zurückgezogen worden. Aber trotzdem waren diese Bemühungen keineswegs ohne wesentlichen und erfreulichen Erfolg. Durch sie wurde bewirkt, daß die Debatte alle Abstufungen der politischen und taktischen Auffassungen in den verschiedenen Ländern, alle feinen Nuancen der Meinung und des Temperaments der verantwortlichen Wortführer des internationalen Sozialismus zum Ausdruck brachte und so einen höchst interessanten und wertvollen Einblick in die Psychologie des Sozialismus bot. Aber wichtiger ist noch, daß diese Diskussion nicht nur diese Verschiedenheit, sondern ebenso scharf oder vielmehr noch viel schärfer die Gemeinsamkeit des Ausgangspunktes und des Zieles aller der Internationale angehörigen Parteien bloßlegte, und zwar mit einer Deutlichkeit, wie sie Debatten, die so häufig nur die Oberfläche der Dinge streifen, selten ergeben. Dadurch wurde aber auch bewirkt, daß eine gewisse Abmilderung der Gegensätze und der Leidenschaften eintrat, deren deutlichstes Symptom war, daß Bebel die Initiative gab zu jener Resolution für die Einigkeit, die dann von ihm, Kautsky, Vandervelde, Ferri und Adler eingebracht und einstimmig angenommen wurde, jener Resolution, die den streitenden Fraktionen, insbesondere Frankreichs, ins Gewissen redet und sie an die schwere Verantwortlichkeit gegenüber der Arbeiterklasse erinnert, die sie auf sich laden, wenn sie ihren Zwist fortsetzen.

Die Debatte war reich an dramatisch lebhaften Momenten, die sich, da etwa sechzig bis siebzig temperamentvolle Franzosen als Chor dabei waren, mitunter recht spektakulös gestalteten. Aber wenn man öfter an internationalen Kongressen teilnimmt, lernt man, daß all der Lärm nicht so schlimm gemeint ist und daß die Aufregung bald vorüber ist. Als aber Jaurès, der als „Angeklagter" das letzte Wort haben sollte, im Laufe seiner glänzenden und effektvollen Rede darauf anspielte, daß die Guesdisten vor kurzem die Majorität in einigen Munizipalräten des Nordens verloren, die sie früher besessen hatten, brach der Sturm los und Guesde selbst brachte in Form einer „Erklärung" eine leidenschaftliche Replik vor, die neuerdings den ganzen jahrelang gehäuften Groll zwischen den beiden Fraktionen zum Ausdruck brachte. Auf diese Rede vor allem wird Jaurès morgen auf dem Kongreß selbst antworten und man darf sich auf einige erregte Momente gefaßt machen.

Die Abstimmung in der Kommission dürfte im Plenum nicht wesentlich geändert werden, obwohl heute abends verlautet, einige nationale Sektionen (England, Schweiz) wünschten nachträglich

doch für den Antrag Adler-Vandervelde zu stimmen. (Die Resolution, die in der Kommission mit 24 gegen 16 Stimmen abgelehnt worden war, hat im Plenum, wie gemeldet, Stimmengleichheit gefunden. Die Red.) Aber das Wesentliche ist dieses Stimmenverhältnis nicht; wichtig ist allein, daß die Politik der Transaktionen, die Taktik der Mitregierung im Ministerium oder anonym als Glied des ministeriellen Blocks von der Majorität des Kongresses als höchst bedenklich gekennzeichnet wird, ohne daß aber diese Majorität zwischen sich und Genossen, die sich auf diesen gefährlichen Weg begeben, das Tischtuch zerschneiden will.

Nachdem in der Kommission der Antrag, der als Amendement zur Dresdener Resolution stilisiert ist, abgelehnt war, kam diese selbst zur Abstimmung und es war ganz selbstverständlich, daß die österreichische Delegation nunmehr für sie stimmen mußte. Sie hätte aus Gründen internationaler Taktik gewünscht, einige Härten und Unbilligkeiten zu entfernen; da dies aber nicht gelungen, konnte sie nicht anders als bekennen, daß in dieser Resolution, gleichgültig, ob in geschickter Form, jene obersten Grundsätze des sozialistischen Programms und der sozialistischen Taktik ausgesprochen werden, die seit jeher die ihrigen sind.

Bemerkenswert ist, daß die Jaurèsisten für den Antrag Adler-Vandervelde stimmten, obwohl er ihrer Politik prinzipiell aufs schärfste widerspricht und obwohl Jaurès selbst ihn ausdrücklich bekämpfte. Aber sie konnten nicht anders aus zwei Gründen: erstens mußten sie technisch das andere französiche Votum, das die Guesdisten führen, neutralisieren; dann aber, was wichtiger ist, gibt es unter den Jaurèsisten eine sehr starke Gruppe, die sehr weiter links steht und der die Politik, die Jaurès macht, längst unheimlich geworden ist. Das wurde vom Genossen Renaudel mit überraschender Schärfe in einer vorzüglichen Rede zum Ausdruck gebracht.

Ohne alle Schwierigkeiten und Reibungen wird es im Plenum bei der Taktikdebatte wohl nicht abgehen. Für den Referenten der Kommission — es ist für die versöhnliche Stimmung bezeichnend, daß es der bei der Abstimmung unterlegene Vandervelde ist — wie für Jaurès und Bebel hat das Büro die Redezeit auf eine halbe Stunde verlängert. In jedem Falle wird die Debatte morgen beendigt werden und die Hoffnung ist nicht übel, daß sie ihre fruchtbare Kraft auch auf die Zwistigkeiten im französischen Lager üben wird.

### Im Plenum.

Ich stehe vor der unmöglichen Aufgabe, in zehn Minuten eine sehr komplizierte Sache auseinandersetzen zu müssen*). An sich ist unser Amendement nicht kompliziert, sondern die einfachste, natürlichste und vernünftigste Sache der Welt; kompliziert wurde sie nur

*) Der Kongreß begann an seinem sechsten Verhandlungstag am 19. August die Beratung des fünften Punktes „Internationale Regeln sozialistischer Taktik". Als Berichterstatter der Kommission hatte Vandervelde unbeschränkte Redezeit, Bebel und

dadurch, daß Freund und Feind dieser sich für sie erklärt haben. Ich wiederhole, was Bebel und Vandervelde schon erklärt haben: Wir stehen durchaus auf dem Boden der Prinzipien der Dresdener Resolution. Es ist selbstverständlich notwendig und wünschenswert, daß der Internationale Kongreß seine Prinzipien mit voller Bestimmtheit ausspricht. Als wir auf den Kongreß kamen, fanden wir diesen Punkt der Tagesordnung und als Form die Dresdener Resolution, die in Dresden angemessen sein mag — ich habe mich darüber hier nicht auszusprechen —, die aber ein durchaus nationales Gepräge trägt: das eines bestimmten Landes, bestimmten Momenten entsprungen. Wir hatten daher von vornherein das Bestreben, diese nationale Resolution zu internationalisieren, alles daraus zu entfernen, was für den internationalen Gebrauch nicht anwendbar ist. Die Resolution klingt außerdem in der Übersetzung anders wie jede Übersetzung, wie erst wenn sie gleichsam ins Internationale übersetzt werden mußte. Ich bin mir nicht klar, ob bei der internationalen Anwendung noch jeder weiß, was „revisionistische Bestrebung" heißt; ob nicht „condamner" eine Nuance schärfer klingt als „verurteilen"! In unserem Ohr klingt „condamner" wie „verdammen". Ist es schon schwer, internationale Regeln zu geben, so ist es noch schwerer, negativ zu urteilen über das Verhalten anderer Genossen in anderen Ländern unter anderen Verhältnissen. Wenn Streitigkeiten zu schlichten sind, so ist es meiner Meinung nach besser, daß dieser Kongreß feststellt, auf welche Weise sie sich vermeiden lassen, statt mit dem Abschluß zu kommen. Nun hat man freilich in

---

Jaurès je eine halbe Stunde, die übrigen Diskussionsredner je zehn Minuten Redezeit.

Zur Verhandlung stand vor allem die Dresdener Resolution. Dazu lag das Amendement Adler-Vandervelde vor, das in der Kommission mit 24 gegen 16 Stimmen abgelehnt, aber von der englischen Delegation wieder eingebracht worden war.

Zu der Wiedergabe der Reden vor diesem Kongreß ist zu bemerken, daß sie nach dem offiziellen Protokoll erfolgt, das aber keine stenographische Aufnahme darstellt, sondern die Berichte des Berliner „Vorwärts" enthält.

Bei der Abstimmung wurde das Amendement Adler-Vandervelde mit 21 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten England, die englischen Kolonien, Belgien, Österreich, Argentinien, Dänemark und Holland mit je zwei Stimmen, dann Frankreich, Norwegen und Polen mit je einer Stimme; dagegen Deutschland, Bulgarien, Tschechen, Spanien, Amerika, Ungarn, Italien, Japan und Rußland mit je zwei, Frankreich, Norwegen (die also geteilt waren) mit je einer Stimme. Dann wurde die Dresdener Resolution mit 25 gegen 5 Stimmen (England, Frankreich, Norwegen mit je einer Stimme und die englischen Kolonien mit zwei Stimmen) bei zwölf Enthaltungen angenommen. Österreich stimmte für die Resolution.

Außerdem wurde eine Resolution für die Einheit der Partei einstimmig angenommen, die es als unerläßlich erklärt, daß es in jedem Land nur eine sozialistische Partei gibt. Um dieses Ziel erreichen zu helfen, werden sowohl das Büro wie alle Parteien der Länder, in denen diese Einheitlichkeit besteht, bereitwilligst ihre guten Dienste zur Verfügung stellen.

der Kommission und hier gesagt: Wir wollen nicht verurteilen, wollen nicht verletzen, wollen nicht verdammen. Nun gut, dann tun Sie es nicht. Was nützt die Versicherung, wenn wir immer wieder hören müssen, daß nicht bloß Jaurès, sondern auch andere Genossen sich getroffen, verletzt fühlen in ihrem Empfinden als Sozialdemokraten? Der Internationale Kongreß ist dazu da, zu vereinen, nicht Schranken aufzurichten. Lassen wir daher die Dresdener Resolution mit feurigen Zungen reden, aber ihr auch zugleich die Zähne ausreißen, damit sie niemand verletze. Wir alle, auch Vandervelde, stehen nicht bloß auf dem Boden der Dresdener Resolution, wir sind auch darin einig, daß wir die jaurèsistische Gruppe, die hier bekämpft wird, mit dem größten Mißtrauen, mit der größten Angst für die Zukunft der proletarischen Bewegung Frankreichs beobachten, als Leute, die in Gefahr sind, den Boden zu verlieren, den sie festhalten wollen — aber auch als Freunde und Parteigenossen, denen wir zurufen: Zurück, du bist in Gefahr! nicht aber: Hinaus mit dir, du bist gebrandmarkt! Es ist ein Unglück, der schlechteste Dienst für dieses Friedenswerk, daß Jaurès selbst erklärt hat, für diese Resolution zu stimmen, die in Widerspruch steht mit ihm und mit der er in Widerspruch steht; das Unglück ist aber auch anderen schon passiert; für die Dresdener Resolution haben auch Leute gestimmt, die man nicht drüben haben wollte. Also kompromittierter als die Dresdener Resolution ist sie auch nicht. (Heiterkeit. Hammer des Präsidenten.) Wenn die Guillotine mich treffen sollte, dann doch nicht ihre! (Heiterkeit.)

Bebel hat in Dresden gemeint, mit der Resolution den Revisionisten einen Denkzettel zu geben. Gut; Denkzettel mögen für den Hausgebrauch gut sein, wiewohl auch da Gründe genug dagegen sprechen; ich zweifle, daß die neue Einrichtung der Internationale nützlich sein würde. So wenig wie wir Denkzettel wollen, so wenig wollen wir aber auch Prämien, einen Freibrief für eine Taktik, die uns das Vertrauen des französischen Proletariats kosten wird. Wir bedauern daher, daß Jaurès für eine Resolution stimmt, deren Sinn sich gegen seine Taktik wendet. Aber zu seiner Entschuldigung können wir vielleicht sagen, daß er es deshalb tut, weil es in seiner Partei selber Genossen gibt, die seine Taktik nicht billigen. Schwer bedauerlich ist, daß die französische Partei durch Ursachen, die ich hier nicht erörtern kann, solche Zerrissenheit uns zeigt; verantwortlich ist aber nicht bloß eine Seite. Gerade wir Österreicher, die wir die Einigkeit unter viel schwierigeren Umständen geschaffen haben als die Franzosen sie schaffen müssen, die eine Sprache, eine Geschichte, gleichartige Verhältnisse haben, während wir zehn Sprachen, zehnerlei Verhältnisse haben, wir wären Verräter unserer eigenen Sache, wenn wir nicht trotzdem alles versuchten, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Aber ich sage: Ich will lieber mit meinem Bruder fehlen, als mich von ihm trennen, um recht zu haben.

Noch eines: Es ist selbstverständlich, daß wir Österreicher, wenn unsere Resolution fällt, für die Dresdener Resolution stimmen, denn

ihr wesentlicher Inhalt ist nicht das Tadeln taktischer Verstöße, sondern das Aussprechen von Grundsätzen, die wir angenommen haben. (Lebhafter Beifall.)

# Einigkeit.

„Arbeiter-Zeitung" vom 24. August 1904.

Der beste internationale Kongreß, den wir bisher halten konnten, ist nun geschlossen. Wir nennen ihn den besten, weil er dank der nicht genug anzuerkennenden Vorarbeit des Internationalen Büros und ganz insbesondere unserer holländischen Genossen der bestorganisierte war und weil niemals die ungeheuren technischen Schwierigkeiten solcher Kongresse so klaglos überwunden wurden. Es ist nichts Kleines, eine Versammlung zu gutem Ende zu leiten, die aus rund fünfhundert Rednern, und überdies Rednern in einem Dutzend Sprachen, zusammengesetzt ist. Aber die internationale Technik macht Fortschritte und überdies haben die Amsterdamer Genossen verstanden, uns ein so prächtiges, behagliches Milieu zu bereiten, eine Atmosphäre warmer Herzlichkeit zu schaffen, daß alle unvermeidliche Herbheit und Härte der trotz strengster Zusammengehörigkeit entspringenden Meinungskämpfe abgemildert wurde. Und auch ihnen ist es zu danken, daß, insofern es Gegensätze in der Internationale gibt und diese Gegensätze wie stets in persönliche Verbitterung umschlagen, der Kongreß diese Gegnerschaften nicht, wie das so oft geschieht, gesteigert und verschärft, sondern ganz wesentlich vermindert und die Gegner einander nähergebracht hat.

Dieses wahrhaft glänzende und hoffnungsreiche Ergebnis des Kongresses ist durch die Liebenswürdigkeit unserer Wirte befördert, aber im wesentlichen geschaffen worden durch eine umfassende und gründliche Aussprache, wie sie in so eingehender Weise noch kein Kongreß geboten hat. Die dreitägige Diskussion in der Taktikkommission, der die Mehrzahl der Kongreßmitglieder beiwohnte, die Zusammenfassung der Streitfragen in der großen Debatte in offenem Kongreß, war nicht nur ein glänzendes Schauspiel politischer Beredsamkeit, das jedem unvergeßlich bleiben wird, der es miterleben durfte, sondern es hat in der Tat die Einsicht in die Mannigfaltigkeit der Dinge, die Einsicht in die Art, wie sich diese Dinge in den Köpfen darstellen, wesentlich gefördert. Es ist eine Debatte gewesen, die, was fast unerhört ist, die Verständigung nähergebracht hat. Das Bewußtsein der Einigkeit in allen Grundfragen wurde erhöht, zugleich aber die Erkenntnis verstärkt, daß die taktischen Fragen jedes Landes ganz verdammt komplizierte Dinger sind, die mit Autorität zu beurteilen nur einer so genauen und intimen Kenntnis der Tatsachen zusteht, wie sie dem Außenstehenden fast unzugänglich ist.

Über diesen psychologischen Prozeß, den wichtigsten Vorgang des Kongresses, sagen die Ziffern der Abstimmungen nur sehr wenig aus. Allerdings erreichte die Resolution Adler-Vandervelde im Ple-

num die Stimmengleichheit — 21 Stimmen statt der 16 in der Kommission — weil die Engländer und Schweizer, die in der Kommission noch dagegen waren, nunmehr für sie stimmten, und sie hätte die Mehrheit erhalten, wenn eine oder die andere vom Schauplatz taktischer Schwierigkeiten ziemlich weit entfernte Nation zufällig nicht vertreten gewesen wäre. Auch ist es sehr wahrscheinlich, daß diese Mehrheit fast zur Einstimmigkeit geworden wäre, wenn Jaurès sich hätte entschließen können, seiner wirklichen Stellung Ausdruck zu geben und sich der Abstimmung zu enthalten, statt es vorzuziehen, dem taktischen Bedürfnis seiner Situation zu folgen und dafür zu stimmen. Aber die Ziffern sind nicht das wesentliche auf internationalen Kongressen. Wichtiger ist schon, daß die deutschen Genossen im letzten Moment, unmittelbar vor der Abstimmung, und zwar im Einvernehmen mit dem Parti Socialiste de France (Guesde, Vaillant) die schroffe, als verletzend empfundene Form der Dresdener Resolution milderten, statt verurteilen — condamner — nunmehr ablehnen — repousser — setzten. Das Entscheidende aber ist, daß die Diskussion über das Amendement Adler-Vandervelde ermöglichte, die ganze Stufenleiter der Anschauungen über taktische Möglichkeiten auf dem gemeinsamen Boden der Prinzipien zu entfalten und darzulegen: von Kautsky und Plechanow, deren Auffassungen weit gradliniger sind als die des Politikers Bebel, bis zu Anseele, der theoretisch noch weiter rechts steht als Jaurès praktisch. Da ergab sich denn mit größter Klarheit, daß die Mehrheit der Internationale den Weg der Jaurèsisten als einen bedenklichen Irrweg ansieht, als eine Gefahr für die wirksame Führung des Klassenkampfes. Niemand aber will diese Genossen ausschließen oder auch nur verurteilen, sondern einstimmig wurde festgestellt, daß die Einigkeit der Partei, die Einheitlichkeit der Organisation eine ebenso wichtige Bedingung des proletarischen Kampfes ist wie die prinzipielle Klarheit. Gegen dieses oberste Prinzip wurde hüben und drüben gesündigt, darum hat man hüben wie drüben die Mahnung der Einigkeitsresolution verstanden, und das Resultat waren die Erklärungen Renaudel und Vaillant*), die größte Sensation des Kongresses, die auch mit dem größten Jubel aufgenommen wurde.

*) Renaudel (von der jaurèsistischen Arbeiterpartei) erklärte, seine Parteigenossen würden alles tun, um die gewünschte Einheit herbeizuführen, und Vaillant gab im Namen der guedistischen Arbeiterpartei die Erklärung ab, daß auch sie stets für die Einigkeit ist. Aber diese sei nur möglich auf dem Boden des Klassenkampfes, auf dem Boden der Beschlüsse dieses Kongresses. Auch sie werde alles tun, diese Einheit herbeizuführen.

Tatsächlich ist im April 1905 eine einheitliche Partei, die „Parti socialiste" (die sozialistische Partei), geschaffen worden. Nur die „Unabhängigen" (Millerand, Briand, Viviani) blieben außerhalb, die dann auch den Anschluß an bürgerliche Parteien fanden, bis Millerand endlich im September 1920 als Kandidat der Reaktion Präsident der Republik wurde.

Selbstverständlich wäre es leichtfertiger Sanguinismus, zu meinen, daß nunmehr die beiden streitenden Parteien im französischen Sozialismus sich sofort in die Arme fallen und ihre Verschmelzung proklamieren werden. Zu viel Groll ist aufgehäuft, zu viel Schwierigkeiten der Organisation sind zu überwinden, um solche Umkehr sofort zu erwarten. Wohl aber sind nunmehr einige der Bedingungen für die Einigkeit gegeben, und das Votum der Gesamtheit der sozialistischen Internationale wird nicht ohne Wirkung bleiben. Das Eis ist gebrochen, das ist das Wichtigste. Wenn aber dieser Kongreß gar nichts anderes geleistet hätte, als dem französischen Proletariat, das berufen ist, in erster Reihe zu stehen, das aber durch verhängnisvollen Zwist gelähmt wird, zu helfen, diese Krise zu überstehen und seine volle Kraft und Kampffähigkeit zu entwickeln, so hätte er damit schon den Dank der Arbeiterschaft aller Länder verdient. v. a.

# Internationale sozialistische Taktik.

Ein Vortrag im Verein „Zukunft" am 15. September 1904.

Seitdem der erste internationale Kongreß in Paris den gemeinsamen prinzipiellen Boden der internationalen Partei festgestellt hat, hat sich eine ganze Reihe von Kongressen, in Zürich, Brüssel, London, mit der Abgrenzung gegenüber der anarchistischen Bewegung beschäftigt. Schon 1900 in Paris und erst recht in diesem Jahr ist ein ganz anderes Problem auf der Tagesordnung gewesen, die Frage nämlich: Wie hat die sozialdemokratische Politik in politisch vorgeschrittenen Ländern und wie insbesondere in der demokratischen Republik auszusehen? Um was es sich beim Fall Millerand handelte, war dasselbe wie jetzt: Ist es innerhalb der sozialdemokratischen Politik möglich und erwünscht und ist es für die Förderung proletarischer Ziele erlaubt oder notwendig, daß Sozialdemokraten an der Regierung teilnehmen? Wir haben in Paris die Entscheidung getroffen, die niemandem Unrecht tat, die die Frage prinzipiell klar löste, aber die auch damals über das Prinzipielle hinaus zu praktischer Vorschrift nicht gelangen konnte. In der Resolution Kautsky war ausgesprochen, daß die

**Anteilnahme an der Regierung**

im Klassenstaate höchst bedenklich und gefährlich sei, daß sie deshalb zu vermeiden sei, daß es aber Zwangslagen geben könne, wo es der Sozialdemokratie unmöglich sei, einen anderen Weg einzuschlagen. Aber es wird der Wunsch ausgesprochen, daß solche Episoden so selten und so kurz als möglich seien. Tatsächlich hat sich das Experiment Millerand als ein Nachteil für die französische Sozialdemokratie herausgestellt. Es hat dazu mitgewirkt, die beginnende Vereinigung des französischen Sozialismus wieder zu

sprengen, und es hat vielfache Enttäuschungen für das französische Proletariat gebracht. Dann kam der Eintritt der Jaurèsisten in den Block. Wir mußten also erwarten, daß wir in Amsterdam wieder eine Diskussion über diese Frage bekommen werden, und zwar darum, weil sie praktisch allerdings nur in Frankreich, theoretisch, als Problem aber beinahe in allen übrigen Ländern mit der größten Heftigkeit diskutiert wurde und weil sie sich mit jenem Gedankengang verknüpft, den man sich gewöhnt hat Revisionismus, Reformismus, neue Methode zu nennen.

Nun muß ich Ihnen gestehen, daß, so sehr ich das Ergebnis und den Verlauf des Amsterdamer Kongresses für ganz außerordentlich halte, ich doch die Art, wie das Problem dort gestellt wurde, nicht für eine glückliche halten kann. Die Guesdisten hatten auf dem Kongreß beantragt, er möge als internationale Regel der sozialistischen Taktik die Dresdener Resolution annehmen, und um diese Dresdener Resolution ist die Debatte geführt worden. (Sie werden mir gestatten, daß ich der Kürze wegen von Guesdisten und Jaurèsisten spreche, wenn ich die beiden Fraktionen bezeichnen will, obwohl Sie wie ich sehr gut wissen, daß sowohl der Parti Socialiste de France als der Parti Socialiste Français große Organisationen sind, deren Bedeutung durch die Namen ihrer vorzüglichen Wortführer nicht erschöpft wird.) Die Dresdener Resolution zeichnet sich dadurch aus, daß sie die Prinzipien des Klassenkampfes scharf hervorhebt, und dadurch, daß sie die ganze reformerische Taktik der Partei, die von jeher den praktischen Inhalt der Parteitätigkeit gebildet hat, auch feststellt und schließlich — und das gibt ihr die praktische Bedeutung für den Gebrauch in Deutschland — dadurch, daß sie die revisionistischen Bestrebungen auf das allerschärfste verurteilt. Die Dresdener Diskussion mit allen ihren Unannehmlichkeiten hatte ihren wichtigen Zweck. Die deutsche Sozialdemokratie war in Dresden zum erstenmal nach dem großen Siege zusammengetreten unter der allgemeinen Stimmung im Bürgertum bis in unsere Reihen hinein, daß die Sozialdemokratie als große Partei jetzt eine andere Taktik einschlagen müsse. Es gibt ja auch Gegner, die es angeblich mit uns so sehr gut meinen. Da war es nun politisch durchaus notwendig, und mit seinem sicheren politischen Blick hat das Bebel erkannt, gerade nach diesem Wahlsieg zu sagen:

**Die Sozialdemokratie in Deutschland bleibt, was sie war.**

Das war die Bedeutung des Dresdener Kongresses, und wenn die revisionistischen Bestrebungen verurteilt wurden, so war das, wie Bebel in Amsterdam gesagt hat, ein Denkzettel, ein pädagogisches Mittel, um diesen Genossen klar zu machen, daß sie die Massen der Partei nicht für sich gewinnen können, und insofern waren die Resolution und die Debatte auch von bestem Erfolg begleitet. Wenn aber jemand geglaubt hat — und es haben das sehr viele und sehr gescheite Genossen geglaubt —, daß mit der Annahme einer solchen Resolution der Revisionismus beseitigt sei, dann hat er sich selbstverständlich geirrt. Dieser Gedankengang ist

nicht ein Produkt müßiger Gehirne, nicht Bosheit, verminderte Intelligenz, schon gar nicht höhere Intelligenz (Heiterkeit), auch nicht, wie man auch annimmt, ein Gedankengang, der abhängt von der gehobenen Lebenslage — das ist so einfach angewendeter Materialismus, der meint, daß jeder Mensch die Anschauungen hat, die seinem Budget entsprechen —, noch weniger ein Gedankengang der Akademiker im Gegensatz zu dem der Proletarier — wir sehen die radikalsten Leute, das sind gerade die Akademiker, und unter denen, die den revisionistischen Irrtümern am nächsten stehen, sind sehr viele Leute, die im Herzen und im Zentrum der gewerkschaftlichen Bewegung stehen, durchaus Proletarier, ihrer ganzen Erziehung und ihrem ganzen Wesen nach. So kann man eben die Dinge nicht betrachten.

Gerade der Amsterdamer Kongreß und die Debatten, die dort abgeführt wurden, bieten uns ein Mittel, um darüber zur Klarheit zu kommen. Ohne Zweifel ergibt sich für jede proletarische Bewegung auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung die Notwendigkeit, sich mit den Angelegenheiten des Tages so intensiv zu beschäftigen, daß einer ganzen Reihe von Leuten und für Momente der ganzen Bewegung der Sinn für die letzten Ziele der Partei abhanden kommen kann. Jeder einzelne von uns ist genötigt, fortwährend seine prinzipielle Anschauung über die Ziele des Kampfes mit seiner täglichen Tätigkeit in Verbindung zu bringen, und je mehr das eine oder das andere überwiegt, je mehr man die Einsicht in die Grundzusammenhänge und die Grundlagen der Partei in den Vordergrund stellt oder sich mehr in die Einzelheiten des augenblicklichen Lebens verliert, wird man mehr geneigt, ein reiner Theoretiker, ein „Orthodoxer" oder ein Praktiker, ein „Revisionist" zu sein. So entwickelt sich meiner Ansicht nach der Revisionismus, so der Gegensatz in jeder Partei, und ich gehe weiter,

**der Gegensatz in jedem einzelnen Sozialdemokraten.**

Bebel hat geglaubt, in mir revisionistische Krankheitssymptome zu entdecken. Ich habe ihm darauf gesagt, so viel Revisionist, wie ich es bin, ist er auch und ist jeder von uns. Das soll nicht ein Ablaßzettel für alle Revisionisten sein. (Heiterkeit.) Ganz im Gegenteil. Ich bin sehr dagegen, daß man überall wo die Notwendigkeit praktischer Betätigung auftritt, das gleich Revisionismus nennt und daß man mit der guten Sache die schlechte Ware zu decken sucht. In der Tat hat aber jeder von uns alle Mühe, in dem täglichen Kampfe, in der täglichen Arbeit, die sich natürlich nur mit Einzelheiten abgeben kann, die zur Kurzsichtigkeit geradezu zwingt, den Sinn für die großen Ziele der Gesamtbewegung und das Auge für die großen Ziele sich zu bewahren. Das ist eine Aufgabe, die jeder Sozialdemokrat, der es ernst meint, für sich selbst zu erfüllen hat.

Was wir in Amsterdam gehabt haben, war ein Einzelfall einer allgemeinen Erscheinung, die in Österreich ja noch wenig aufgetreten ist. Wir haben wenig Revisionisten hier und soweit sie vorhanden sind, sind sie sehr ruhig. Österreich ist kein Land, das

zum Revisionismus einladet. Die Frage der Anteilnahme an der Regierung und was damit zusammenhängt, existiert für uns nicht. (Heiterkeit.) Wir haben es hier mit anderen Dingen zu tun, die ich nicht mit dem Revisionismus in einen Sack werfen möchte. Wir werden gerade in Österreich sehr leicht zu einer kleinlichen Behandlung kleiner Dinge verleitet und unser politisches Leben ist durchaus geeignet, uns in eine philiströse Auffassung unserer Tätigkeit hineinzujagen, und ich weiß, es gibt niemand, der ganz frei davon ist. Wo die Hoffnungslosigkeit so groß ist, wie in Österreich, ergibt sich eine gewisse Freude an kleinen Dingen und es kommt dann vor, daß radikal etwas erscheint, was nichts anderes ist als grob, und prinzipiell jemand, der nur laute Worte spricht, die aber mit den Grundfragen der Partei und mit dem Hauptziel unserer Bewegung sehr wenig zu tun haben.

In Amsterdam ist allerdings

**Österreich nicht auf der Tagesordnung**

gestanden (Heiterkeit) und wenn wir über die großen Fragen der proletarischen Taktik gesprochen haben, so konnten wir wirklich so objektiv sein wie der Genosse Katayama*). (Heiterkeit.) Denn für uns leider sind diese Fragen noch sehr weit entfernt. Die Frage, die dort mit aller Präzision gestellt wurde und zu dem Rededuell zwischen Jaurès und Bebel führte, ist die: Sind Regeln und welche Regeln für das Verhalten der Sozialdemokraten in einem demokratischen Gemeinwesen aufzustellen? Diese Frage liegt für uns noch meilenfern und ich muß gestehen, daß gerade das eines der Momente war, die mich veranlaßt haben, sehr bescheiden zu sein. Ich bin nämlich in der Tat der Ansicht, daß ein internationaler Kongreß wohl feststellen kann, was die Grundprinzipien der Partei sind, daß es ihm aber unmöglich ist, die Taktik im einzelnen zu bestimmen. Jaurès ist in Amsterdam nicht mehr wie seinerzeit in Paris als der Unterstützer der Anteilnahme an der Regierung aufgetreten, sondern als der Führer einer sozialistischen Partei, die in die ministerielle Majorität eingereiht ist, und er hat gesucht, diese Entwicklung, die die meisten von uns als höchst bedenklich und gefährlich ansehen, als ungemein wohltätig für das Proletariat darzustellen; er hat versucht, uns klar zu machen, daß das Eintreten in den Block, daß die Anteilnahme der Regierungspartei, ja noch mehr die, wenn auch anonyme Führung dieser Regierungspartei eine Grundbedingung für das Fortschreiten des Proletariats in Frankreich, eine Grundbedingung für die Erhaltung der Republik ist. Wir in Österreich sind ja der Politik, die Jaurès in Frankreich macht, von vornherein nicht etwa ungünstig gestimmt, die im Kern ja in der Bekämpfung der Nationalisten und Klerikalen besteht. Der eigentliche Inhalt dieser Politik zur Erhaltung des Ministeriums Combes**) ist die Zer-

*) Katayama war der Delegierte der japanischen Arbeiter.

**) Der Dreyfus-Skandal, der die Umtriebe der monarchistischen Generäle und der Klerikalen gegen die Republik aufgezeigt hatte, brachte

trümmerung des Konkordats und die Entfernung der Klerikalen aus der Schule, die Auflösung der Kongregationen, kurz die

**Befreiung Frankreichs von der Pfaffenherrschaft.**

wieder eine Aufgabe, die uns sehr sympathisch ist, und bei jeder dieser Aktionen drängt sich uns immer der Gedanke auf: Das ist ja das, was wir in ihrem Falle auch wollen würden. Aber die Frage ist: Muß die Partei diese Politik als Glied, als Kern, als Soldat in einer Reihe mit der ganzen ministeriellen Majorität führen oder, wie die Guesdisten meinen,

**außerhalb dieses Blocks?**

Jaurès ist nun der Ansicht, und er hat dies mit seiner unvergleichlichen Beredsamkeit in Amsterdam auseinandergesetzt, daß es dem sozialistischen Proletariat möglich sei, die Bourgeoisie mit sich zu reißen, wenn es sich ihrem Parteiensystem angliedert, und er hat sich dessen gerühmt, daß er auf diese Weise die Republik gerettet und die Nationalsozialisten besiegt hat

---

die Frage der Trennung von Staat und Kirche ins Rollen. Waldeck-Rousseau, der von 1899 bis 1902 Ministerpräsident war, setzte am 1. Juli 1901 ein Gesetz durch, das die religiösen Kongregationen dem Vereinsgesetz unterstellte, ihr Bestehen von der staatlichen Genehmigung abhängig machte und allen Mitgliedern nicht genehmigter Kongregationen das Unterrichten verbot. Nach dem Rücktritt Waldeck-Rousseaus wurde der fanatische Antiklerikale, aber durchaus aufrichtige Demokrat Combes — der ursprünglich zum Priesterstand bestimmt war und auch bereits die niederen Weihen empfangen hatte, aber dann Arzt wurde und als Arzt in Pons eine Art Los-von-Rom-Bewegung einleitete — Ministerpräsident und zugleich Minister des Innern und des Kultus. Es gelang ihm, einen Block der gesamten Linken zustande zu bringen und er ging mit Energie gegen die nicht genehmigten Kongregationen und ihre Schulen vor, die mit Hilfe der Großbourgeoisie sich insgeheim wieder festsetzten. Er setzte ihre Aufhebung wieder durch und brachte nach langen Kämpfen im Juli 1904 ein Gesetz durch, das den Kongregationen jeden Unterricht untersagte und die Aufhebung aller für den Unterricht bestimmten Kongregationen innerhalb zehn Jahren anordnete. Indessen hatte im April 1904 der Papst Leo XIII. gegen den Besuch protestiert, den der französische Präsident Loubet dem italienischen König abstattete und Combes gab darauf die Antwort, daß er den französischen Botschafter im Vatikan abberief und die diplomatischen Beziehungen zum Papst abbrach. Combes arbeitete nun einen Gesetzentwurf über die Trennung von Staat und Kirche aus, dessen Intoleranz aber selbst bei der Mehrheit wenig Anklang fand, so daß Combes zurücktreten mußte. Unter seinem Nachfolger wurde ein von Briand als Berichterstatter der Kommission verfaßter Entwurf am 9. Dezember 1905 Gesetz, der volle Gewissensfreiheit und Freiheit des Kultus sichert, aber jede staatliche Unterstützung oder Anerkennung einer Kirche beseitigt. Das Kultusbudget wurde abgeschafft, das Kirchenvermögen Kultusvereinen übergeben.

In das Ministerium Waldeck-Rousseau war auch Millerand als Handelsminister eingetreten. Das Ministerium Combes hatte keinen sozialistischen Minister mehr, wurde aber von den Sozialisten der Fraktion Jaurès unterstützt.

und er hat die Hoffnung ausgesprochen, daß er auch die Auflösung des Konkordats und eine Reihe sozialer Reformen durchsetzen werde.

Da ist nun die Frage aufgetreten: Ist die Republik wert, daß das Proletariat sich für sie engagiert? Eine Frage, die noch heute in endlosen Artikeln der deutschen und französischen Parteipresse erörtert wird: eine

**Frage, die recht schief gestellt**

wurde und die nicht so bald wieder auf die richtigen Beine kommen wird. Jaurès hat nämlich seine ganze Taktik als eine Notwendigkeit für die Republik erklärt und darauf hat ihm Bebel zugerufen: „Wir sind Republikaner, aber ist diese Republik es wert, daß ihr die Selbständigkeit der proletarischen Politik geopfert werde?", und er hat eine ganze Reihe von Belegen dafür geführt, daß diese französische Republik selbstverständlich ein Klassenstaat ist wie die Monarchie. Und Jaurès hat ihm wieder geantwortet: „Ja gewiß, wir haben eine bürgerliche Republik; wir können nicht anders, als mit den bürgerlichen Parteien zusammen diese Republik zu retten. Aber was hat eure Politik in Deutschland bewirkt? Was hat die Sozialdemokratie mit ihren drei Millionen Stimmen in Deutschland geleistet und was kann sie leisten? Sie ist zur politischen Ohnmacht verurteilt und sie muß es sich gefallen lassen, daß man von der Aufhebung des Wahlrechtes spricht und sie ist wehrlos dagegen." So wurde von beiden Seiten das Problem gestellt; also falsch, nämlich als Argument gegen den anderen. Wenn Bebel im Feuer der Rede um eine kleine Nuance zu weit gegangen ist und sich hat hinreißen lassen, die Schäden der Republik und die Schwächen des republikanischen Klassenstaates so scharf zu brandmarken, so hat er sich im Geist als Redner in der französischen Kammer gesehen. In Paris, da ist es ganz in der Ordnung und taktisch ganz richtig, wenn man das Klassenmäßige dieser Republik aufzeigt. Diese Rede würde Bebel in Berlin wohlweislich nicht gehalten haben. Denn in Berlin handelt es sich nicht darum, zu zeigen, wie schlecht auch die Republik ist, sondern darum, um wie viel schlechter, gefährlicher und für die ganze Entwicklung des Proletariats schädlicher als selbst die Klassenrepublik die

**Klassenmonarchie**

ist, und Jaurès wieder hat in seinem bekannten rhetorischen Ausfall, in jenem glänzenden Kavallerieangriff gegen die deutsche Sozialdemokratie, die so ohnmächtig sei, gewiß einen wunden Punkt berührt — der nicht wund ist aus der Schuld der Sozialdemokratie — und hat ganz richtig diesen Gegensatz zwischen einer so organisierten Macht des Proletariats, wie sie es in Deutschland ist, und den Zuständen, an denen diese Sozialdemokratie verhältnismäßig so wenig ändern kann, aufgedeckt. Was hat er aber damit faktisch gesagt und was konnte er sagen? Er wollte fragen: Was würde eine Partei von drei Millionen organisierten Sozialdemokraten in einer

Republik, wie die französische es ist, bedeuten! Da hat er ganz recht. Wenn es in Frankreich drei Millionen organisierte Sozialdemokraten nach deutschem Muster gäbe mit dieser Disziplin, mit dieser Geschlossenheit, mit diesem festen Willen, so würden sie in Frankreich mehr ausrichten können als unsere französischen Genossen und sie wären keineswegs darauf angewiesen, sich in einen Block einzuschalten, um politische Macht zu üben.

Nun waren wir alle mit wenigen Ausnahmen der Ansicht, daß die taktische Haltung Jaurès' mit der Meinung, die wir von den Notwendigkeiten proletarischer Taktik haben, nicht in Einklang zu bringen ist. Für diese Taktik haben nur ein Schweizer, der vielleicht die Majorität der Schweizer Delegierten, aber kaum die Majorität der Schweizer Parteigenossen darstellt, und ein Belgier, allerdings Anseele, dessen Wort schwer wiegt, gesprochen. Sonst hat ziemlich die ganze Internationale erklärt, die Taktik Jaurès' sei eine

**gefährliche Abweichung**

von jener Taktik, die wir bis jetzt für richtig erkannt haben, weil wir die Empfindung haben, daß weit mehr als die Interessen des Proletariats die Interessen der herrschenden Klassen durch dieses enge Bündnis gefördert werden, und weil wir sehen, daß sich die französischen Sozialisten dazu verstehen, die Geschäfte des radikalen Bürgertums mitzubesorgen, ohne daß wir darüber beruhigt sind, daß, was die Gegenleistung für diese Taktik sein soll, eine Reihe von sozialen Reformen auch wirklich gewährt werden wird. Ja, wir müssen sogar die Befürchtung aussprechen und Jaurès konnte trotz seiner Rhetorik uns nicht darüber beruhigen, daß auch in diesem wichtigen Kampfe gegen Rom ein Moment kommen wird, wo das Bürgertum zurückweichen und das Proletariat im Stiche lassen wird. Die schlimmste Gefahr aber ist, daß die scharfe Empfindung für den Gegensatz der Klasseninteressen verloren geht.

Wir österreichischen Delegierten waren nun der Ansicht, daß, so sehr wir unseren Standpunkt scharf und präzis zum Ausdruck bringen sollen, es so unpraktisch und unrichtig ist, das politische Vorgehen von Genossen zu verurteilen und zu verdammen, dessen Einzelheiten und Motive wir gar nicht genau zu beurteilen in der Lage sind. Wir sind ja nicht sehr bescheiden; aber wer ein Gefühl für Verantwortung hat, wer selbst jemals eine schwere Verantwortung getragen hat, der wird sich wohl hüten, über die Entscheidung anderer Parteien in konkreten Dingen ein scharfes Urteil auszusprechen. Nach meiner und vieler Genossen Anschauung war es die Aufgabe des internationalen Kongresses, die Dinge zusammenzufassen, über die wir einig sind, und die Parteigenossen, die einig sind. Es ist aber

**über unsere Aufgabe hinausgegangen,**

diejenigen, die eine andere Taktik eingeschlagen haben, zu rügen, zu verurteilen, zu verdammen. Es ist über unsere Aufgabe hinausgegangen, weil die innere Berechtigung dazu fehlt und weil wir

nicht so viel von den anderen wissen. Der beste Beweis ist Jaurès selbst. Es gibt in der ganzen außerdeutschen Internationale nicht leicht einen Mann, der so viel von deutscher Politik weiß wie Jaurès; er liest alle unsere Parteiblätter, kennt alle Parteitagsprotokolle, auch die österreichischen, bis ins einzelne, verfolgt auch die bürgerliche Presse, die Reichsrats- und Reichstagsverhandlungen und weiß über alle diese Dinge vielleicht mehr als die übrigen Franzosen zusammengenommen, erheblich mehr, als die meisten von uns über Frankreich wissen; und doch hat er in der Beurteilung der deutschen Verhältnisse einen außerordentlichen Mangel an Verständnis für das Wesentliche der Lage der deutschen Partei bekundet. Er versteht es durchaus nicht, wie diese Ohnmacht der Partei, die er schildert, keineswegs Einflußlosigkeit ist; ihm ist es nicht voll zum Bewußtsein gekommen, daß, wenn auch die Partei im deutschen Reichstag nichts durchsetzen kann mit ihren Stimmen, doch die ganze

**deutsche Politik sich um die Sozialdemokratie dreht**

und in jeder einzelnen Frage von ihr beeinflußt wird und daß es falsch und schief ist, wenn er die Lage der Sozialdemokratie in Deutschland als Ohnmacht bezeichnete.

Er hat da ein ganz schiefes Urteil gefällt, was ihm kein Mensch übelnehmen kann, aber was uns doch zwingen muß, ein wenig vorsichtig zu sein. Vielleicht beurteilen wir beim besten Willen die Ereignisse in Frankreich auch nicht mit der nötigen Sachkenntnis. Wir können ja sagen: Die Politik des Jaurès scheint uns ja weit über die Grenze des für die sozialdemokratische Partei Zuträglichen hinauszugehen und sie kann jeden Augenblick scheitern. Aber wenn uns die Franzosen sagen, daß sie in diesem Moment die einzig mögliche Politik ist, dann sage ich: Ich bin nicht dieser Ansicht, aber ich traue mich nicht, sie zu verurteilen, denn

**sie tragen die Verantwortung**

und nicht ich, und urteilen soll nur, wer mit seinem Kopf einstehen muß für das, was er tut.

Eines der Ziele des Amsterdamer Kongresses war doch eine Besserung der Zustände in Frankreich anzubahnen und zu ermöglichen, daß die beiden streitenden Gruppen einander näher kommen. Und da muß ich bemerken, daß in Frankreich das Unrecht durchaus nicht allein auf der einen Seite ist. Die jaurèsistische Politik ist allerdings mit proletarischer, mit Klassenpolitik schwer in Einklang zu bringen. Aber es gibt ein Prinzip, das jeder proletarischen Politik zugrunde liegt:

**das Prinzip der organisatorischen Einheit,**

der Zusammengehörigkeit des ganzen Proletariats, und da dürfen wir die Guesdisten nicht davon freisprechen, daß sie in einer verhängnisvollen und entscheidenden Stunde die Spaltung vorgenommen haben. Wenn die Guesdisten nach unserem Pariser Kongreß, als die Frage Millerand im Fluß war, die Partei nicht

verlassen hätten, so wäre es ihnen, unter denen so außerordentlich tüchtige und erprobte Leute sind wie Guesde und Vaillant und eine ganze Reihe anderer, möglich gewesen, innerhalb der großen Partei jene Fehler vielleicht zu verhindern, die sie heute auf das heftigste anklagen. Gerade indem sie sich vom rechten Flügel getrennt haben, haben sie sich mitschuldig gemacht an jenen Fehlern. Auch da sage ich übrigens: So sieht die Sache für mich aus, der ich die ehrliche Absicht habe und mir die redlichste Mühe gebe, die Dinge richtig zu beurteilen. Aber ich werde nicht wagen, die Guesdisten darum zu verurteilen, weil sie damals die Spaltung vorgenommen haben.

Uns schien es nun, daß, wenn der Weg zur Einigkeit geschaffen werden soll, man

**die Jaurèsisten nicht unter das Messer bringen**

darf, daß man nicht in verletzend schroffer Weise über sie aburteilen darf, und so ist der Antrag, der unter dem Namen Amendement Adler-Vandervelde bekannt ist, zustande gekommen, der die Dresdener Resolution nach ihrem prinzipiellen Inhalt vollständig intakt läßt, mit allen scharfen prinzipiellen Verwahrungen, mit allen ihren taktischen Regeln, der aber die Verurteilung vermeidet. Die Resolution wurde abgelehnt, und zwar im Plenum mit 21 gegen 21 Stimmen, und man kann noch heute in der deutschen und französischen Parteipresse, in jenen Blättern, die dazu Zeit haben und die daran Vergnügen finden — ich habe es nicht —, lesen, was die Stimmen bedeuten, die auf die beiden Resolutionen entfallen sind. Nachdem die Resolution gefallen war, war es für uns ganz selbstverständlich, daß wir für die Dresdener Resolution, die wir ja in ihrem Hauptinhalt vollständig billigen, trotz ihrer Schönheitsfehler zu stimmen hatten, und die Resolution wurde angenommen, und zwar mit einer ganz beträchtlichen Majorität. Aber das ist gar nicht wesentlich und es ist müßig, darüber zu sprechen, wie viel Nationen dafür und wie viel dagegen waren, und ob Japan die Entscheidung gebracht hat oder Argentinien, und ob, wenn die polnischen Gruppen, die ungleich stark seien — auf der einen Seite die polnische Partei, auf der anderen Seite die Genossin Luxemburg (Heiterkeit) — nicht geteilt wären, das Resultat anders ausgefallen wäre.

Da muß ich mit ein paar Sätzen über die

**Abstimmung bei internationalen Kongressen**

sprechen. Das ist eine Frage, die einfach unlösbar ist. Ich habe die Ehre, Mitglied des sozialistischen Büros zu sein, und hatte den Genuß, während der Kongreßzeit täglich zwei Stunden die tiefsinnigen Fragen mit erörtern zu müssen, ob man einer Gruppe der russischen Sozialdemokraten, die sich als Jüdischer Arbeiterbund selbständig konstituiert hat, eine eigene Stimme geben soll, ob die englischen Kolonien Australien, Kanada und Südafrika als Kolonien zu behandeln sind oder mit den Engländern stimmen oder ob sie selbständig ihre zwei Stimmen haben sollen, oder ob man vielleicht Kanada eine und Australien auch eine Stimme geben soll. Es ist,

wie Kautsky jetzt wieder zu meinem Erstaunen hervorgezogen hat, wahr, daß das schreckliche Unrecht geschehen ist, daß der Genosse, der Bulgarien vertritt und darum zwei Stimmen hatte, nicht auch Serbien mit weiteren zwei Stimmen vertreten konnte, obwohl er formell nach soundso viel Präjudizen dazu das Recht hatte. Der Mann ist ja ein sehr unterrichteter, tüchtiger Parteigenosse; aber ich muß schon sagen: daß die drei Millionen deutscher Sozialdemokraten zwei, aber der eine Mann vier Stimmen haben sollte, wäre doch etwas monströs gewesen. (Heiterkeit.) Wie soll man die Frage lösen? Es ist dem Bureau der Antrag des Amerikaners Hilquitt vorgelegen, wir sollten jeder Nation je nach der Größe ihrer Organisation eine Anzahl Stimmen zumessen. Ich habe ihm darauf gesagt, daß wir damit erstens nicht fertig werden und wenn wir fertig werden, werden wir ja erschlagen. (Heiterkeit.) Ich getraue mich nicht abzuschätzen, welche Organisation stärker ist, der Jüdische Arbeiterbund oder die russische Sozialdemokratie. Wie soll ich das wissen, und wenn ich es weiß, darf ich es sagen? (Heiterkeit.) Wir sind da überhaupt in einer komischen Lage. Wir sind nämlich das Überbleibsel aus der österreichischen Delegation. Zuerst haben sich die Polen entfernt, die sind Bürger der demnächst herzustellenden Republik Polen (Heiterkeit) und wollen mit Österreich nichts zu tun haben. Wir begreifen das. Darauf haben sich auch die tschechischen Genossen als Nation angemeldet und sind aus Österreich ausgerückt. Die Ruthenen sind heuer zum erstenmal auf dem Kongreß erschienen, wurden aber leider nicht als Nation anerkannt. Wie eine Nation auf internationalen Boden tritt, trennt sie sich von Österreich und etabliert sich selbst (Heiterkeit) und wir deutschen Sozialdemokraten sind darauf angewiesen, Österreich zu vertreten. (Schallende Heiterkeit.) Ich habe erklärt, wenn das so fortgeht, werden wir auch auswandern und uns mit unseren Stammesgenossen vereinigen. Wie kommen wir dazu, das Ländergebiet des Hauses Habsburg-Lothringen zu vertreten? (Heiterkeit.) Das ist doch keine angenehme Situation, abgesehen davon, daß man uns auch noch vorwirft, daß wir uns vermehren, um politische Zwecke durchzusetzen, wovon wir natürlich weit entfernt sind. Fragen Sie nur die tschechischen und polnischen Genossen, ob sie sich nicht dagegen verwahren, mit uns auch nur in einer Frage einig zu sein. (Heiterkeit.) Und nun stellen Sie sich vor, daß jemand abschätzen wollte, wie viel Delegierte die deutsche und wie viel die tschechische Organisation haben soll. Den möchte ich kennen, der sich traut, das mit voller Gerechtigkeit und unbeschädigt an Leib und Seele durchzuführen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Die Sache hat aber neben der spaßhaften noch eine ernsthafte Seite. In jedem Lande fängt die Sozialdemokratie einmal an und ist, wenn sie anfängt, schwach und unentwickelt. Soll sie darum nichts dreinreden dürfen in unserem Rat? So hatten wir diesmal Anmeldungen von der ruthenischen Sozialdemokratie, vom Jüdischen Arbeiterbund, von den Littauern, und bis zum nächsten Kongreß werden wir hoffentlich auch die griechische Sozialdemo-

kratie, die in Athen ein Blatt herausgibt, begrüßen können. Wie soll man da eine gerechte, ziffernmäßige Abschätzung vornehmen können? Aber wir sagen uns: Welcher vernünftige Mensch wird denn diese Abstimmungen so auffassen, daß er die

**Ziffern gegeneinander stellt?**

Das geschieht aber jetzt leider von beiden Seiten. Man vergißt, daß das Votum, das eine Partei wie die deutsche Sozialdemokratie allein in die Wagschale wirft, eine ganze Menge von Stimmen und auch von Enthaltungen aufwiegt.

Das ziffernmäßige Resultat der Abstimmung war: 21 für und 21 gegen. Was heißt das? Das heißt, daß ein sehr großer Teil des Kongresses der Ansicht war, man möge gegen die jaurèsistische Taktik nicht so scharf vorgehen, daß den Jaurèsisten der Rückweg erschwert wird und daß der Einigkeit Hindernisse bereitet werden. Die 21 Stimmen, die dagegen waren, bedeuten aber durchaus nicht sämtlich den Wunsch, daß dieses scharfe Urteil ausgesprochen werde. Denn viele haben gegen das Amendement gestimmt, weil Jaurès dafür gestimmt hat, obwohl er es natürlich auf das heftigste bekämpft hatte. Ich habe Jaurès später den Vorwurf gemacht, daß er für diese Resolution, die doch nicht seine Resolution war, stimmte, und er hat mir gesagt: „Was Sie sagen, ist alles richtig. Aber wenn ich eine Straßenkreuzung passiere und ich gerate zwischen zwei Wagen, die mich niederrennen wollen und der eine Wagen ist mir schon bedrohlich nahe, dann springe ich in den anderen Wagen, wenn es auch nicht mein Wagen ist." (Heiterkeit.) So ist er auf diese Resolution gesprungen, weil sie ihm augenblicklich weniger gefährlich war. (Heiterkeit.) Wenn das für ihn ein taktischer Vorteil ist, so war es gewiß ein großer Nachteil für die Klarheit des Ergebnisses.

Bei der zweiten Abstimmung haben die Genossen von Holland, Belgien, Dänemark, Schweden und Norwegen sich enthalten. Das hat seine bestimmte Bedeutung. Sie konnten nicht gegen die Dresdner Resolution stimmen und sie wollten nicht für sie stimmen, weil sie sich sagten, daß die Stellung, die Jaurès heute hat, die Frage der Taktik, die heute in Frankreich aktuell ist, in absehbarer Zeit vielleicht in einer ganzen Reihe von Staaten auftauchen wird.

In Belgien zum Beispiel kann die Frage sehr bald lebendig werden, ob sie mit den Liberalen eine Majorität bilden sollen, um die Klerikalen hinauszudrängen. In Dänemark ist die Frage schon so gestanden, heute haben wir in Kopenhagen einen sozialdemokratischen Bürgermeister und es ist vielleicht gar nicht so fern, daß auch ein Sozialdemokrat dort Minister werden kann. Die Genossen

**wollen sich nicht vollständig binden.**

Sie sagen: Wir sehen mit Beunruhigung, wie das Experiment in Frankreich verläuft. Wir wollen es aber zu Ende sehen und wollen daraus lernen und dann unsere Verhältnisse nach unserem Verständnis beurteilen. Wir wollen deshalb heute nicht allzu scharf

urteilen. Das Eigentümliche ist, daß diese Bescheidenheit im Urteil auch andere Leute gehabt haben. Engels, der in dieser Debatte wiederholt zitiert wurde, hat an die italienischen Genossen, als sie ihn im Jahre 1894 fragten, ob sie mit der radikalen Bourgeoisie — sie erwarteten damals eine Revolution — zusammengehen könnten, geschrieben, daß man an der Regierung als Minorität keinen Anteil nehmen dürfe; wir müssen mit den Republikanern oder mit der jeweils radikalsten Partei unter Umständen gehen, aber wir müssen es als selbständige Partei tun, und nur für den Augenblick... Am Schluß des Briefes sagt aber Engels: „In alledem gebe ich bloß meine persönliche Meinung ab, weil Sie mich darum fragten, und auch die nur mit großen Bedenken und was die allgemeine Taktik betrifft... Aber ihre Anwendung auf die besonderen Verhältnisse Italiens, das ist eine andere Sache. Das muß an Ort und Stelle entschieden werden von denjenigen, die mitten in den Ereignissen stehen." Nun können wir nicht jeder so viel wissen wie Engels, aber eines kann jeder von uns:

**so bescheiden sein, wie Engels**

war, und ich glaube, daß wir diese Zurückhaltung in der Beurteilung anderer Genossen, die vor schweren Entscheidungen stehen, auch üben sollen.

Wenn Sie mich fragen, ob ich die Ablehnung unseres Amendements für ein Unglück halte, muß ich Ihnen sagen: Keineswegs. Das Amendement und die Situation, die es geschaffen hat, haben — und das ist das Verdienst, das wir für uns in Anspruch nehmen — eine Diskussion ermöglicht, die viel freundschaftlicher geführt wurde, als wenn sich nur die scharfe Dresdener Resolution und der „Angeklagte", wie sich Jaurès immer nannte, gegenüber gestanden wären. Unsere vermittelnde Tätigkeit hat sehr viel dazu beigetragen, jene instruktive und überaus wertvolle Debatte herbeizuführen, auf die wir alle Ursache haben, mit Stolz zurückzublicken. Und darum unterscheide ich mich auf das schärfste von meinem Freunde Pernerstorfer, der in den „Sozialistischen Monatsheften" erklärt hat, daß die Debatte nicht einmal die Zeit, die darauf verwendet wurde, wert war. Wenn überhaupt die Beschickung von sozialdemokratischen Kongressen nützlich ist, so gibt es unter den internationalen Kongressen keinen, bei dem die Zeit nützlicher verwendet wurde als hier. Ob das, was da beschlossen wurde, als Beschluß eine direkte und volle Wirkung haben wird, das möchte ich nicht entscheiden. Gewiß wird er aber für alle Parteien und für alle verantwortlichen Parteigenossen eine Mahnung sein und ein Anlaß, über das, was sie tun, nachzudenken. Aber nicht der Beschluß ist das Wesentliche, sondern die Tatsache, daß in dieser Debatte die Gegner, die sich so heftig bekämpft hatten, durch den Kampf ganz unverkennbar

**einander nähergekommen sind.**

Wer Zeuge der Gespräche war, die am Samstag nach dem Kongreß bei einer gemütlichen Zusammenkunft geführt wurden, der

weiß, daß diese Diskussionen das unerhörte Glück gehabt haben, überzeugend auf die Genossen zu wirken, indem bei den sogenannten Radikalen die Überzeugung wirkte, daß es nicht Leichtsinn, nicht Frivolität und nicht verräterische Gesinnung ist, wenn sich die Jaurèsisten in die Situation begaben, in der sie einmal sind, und bei den Jaurèsisten die Überzeugung, daß es nicht Engherzigkeit, nicht Fanatismus, sondern daß es Erfahrung und Gefühl für das innerste Empfinden des Proletariats ist, wenn wir ihnen sagen, daß sie in großer Gefahr sind, wenn sie auch augenblicklich Vorteile erreichen. Das haben sie empfunden, und wenn Sie heute die französische Presse verfolgen, so finden Sie Spuren dieser Stimmung ganz deutlich ausgeprägt.

Das Unglück ist, daß die Genossen in Frankreich keine Organisation haben. Und der größte Fehler des Jaurès, das was ich für das Übel halte, an dem er krankt, ist, daß er so spät und als ein fertiger Mann in die Partei gekommen ist, daß er nicht mehr erlernen kann, was unsere Partei von allen anderen Parteien unterscheidet. Das, was Jaurès möchte, unbewußt möchte, ist, aus der Sozialdemokratie eine Partei zu machen, wie die anderen Parteien auch sind, eine Partei, die bei den Wahlen auf den Plan tritt, da ihre Kandidaten aufstellt, soundso viel Stimmen sammelt, ein paar Programmpunkte bekanntmacht und dafür nun ein mehr oder weniger geordnetes Heer von Wählern ins Feld führt. Von dem inneren Zusammenhang, der in der Sozialdemokratie zwischen Wählerschaft und Wortführern besteht, von dem Zusammenhang der Partei als Organisation, davon hat Jaurès tatsächlich — übrigens von den anderen auch nur wenige — eine sehr wenig deutliche Vorstellung.

Nun könnten Sie allerdings fragen, was alle diese französischen Angelegenheiten uns angehen. Es ist für uns sehr wichtig, welchen Verlauf die Dinge in Frankreich nehmen. Wenn von dem, was Jaurès in Amsterdam gesagt hat, etwas richtig ist, dann ist es das eine, daß dieser Kampf, der heute in Frankreich geführt wird, von der größten politischen Bedeutung für alle Länder und ihre Entwicklung ist. Wenn es dem französischen Sozialismus gelingt, sich zu vereinigen, wenn es ihm gelingt, den Boden der demokratischen Republik so auszunützen, daß er das Bürgertum wirklich vorwärts treibt und es wirklich zu energischen, einschneidenden Reformen kommt, dann ist auch für Deutschland und schließlich für uns die

**Kraft der Reaktion gebrochen.**

Man braucht nur zu sehen, mit welchem Fanatismus sich unsere Gegner gegen die Jaurèsisten und gegen die französische Regierung wenden, wie sie sie verleumden und beschimpfen, um einzusehen, daß die französischen Zustände auch für uns eine Bedeutung haben müssen.

Die Diskussionen, die in Amsterdam geführt wurden, werden nicht so rasch aufhören und wir Älteren werden das Ende nicht erleben. Das ist eine Diskussion, die sich mit Notwendigkeit immer wiederholen muß. Wenn zwei Leute am Ufer stehen und darüber

diskutieren, wie man schwimmen soll, so ist das schön. Aber das Schwimmen lernt sich doch erst im Wasser und wir sind alle noch nicht im Wasser. Wir steigen erst so langsam hinein und es wundert uns oft, daß das Milieu, in das wir hineinsteigen, so ganz anders ausschaut, als wir es uns vorgestellt haben. Gewiß, das politische Leben ist anders, als man es sich ausmalt. Aber wenn wir in den Einzelheiten des politischen Lebens nicht fortwährend den Schwung haben können, den uns der Gedanke an die letzten Ziele verleiht, glauben Sie nicht denen, die so weise lächeln über alle Begeisterung, und trauen Sie nicht jenen Siebenmalgescheiten, die Ihnen vorrechnen, daß ja ein kleiner Gemeinderatsposten auch eine Anteilnahme an der Regierung ist wie ein Ministerposten, und die Ihnen alle taktischen Regeln und alle politischen Prinzipien zurückführen möchten auf ganz prosaische, auf ganz ordinäre Dinge. Was all unserer Arbeit den Wert gibt, ist unser Ziel.

Es mag ja einmal notwendig sein, daß man sich mit dem Teufel verbündet, daß man sich mit Belzebub zu Tische setzt. Wenn es in Belgien oder selbst bei uns eine bürgerliche Partei gäbe, die Macht hätte, die überhaupt vorhanden wäre und die nicht schon an Altersschwäche verfault wäre, die uns sagt: Wir gehen mit euch zusammen, wir schaffen das allgemeine Wahlrecht, wir brechen mit der Pfaffenherrschaft, wir machen Ordnung mit Ungarn, aber ihr müßt uns helfen!, so würde ich ihnen schon sagen: O ja, wir helfen euch schon; ihr könnt euch auf uns verlassen, aber wir verlassen uns nicht auf euch. Aber, daß wir gemeinsame Politik machen, das glaube ich schon und ich glaube, daß es kaum einen Parteigenossen geben würde, der für diesen Preis nicht für eine politische Mitarbeit auf gewisse Zeit und auf Kündigung zu haben wäre. Aber wir würden nie vergessen, daß es eben der Teufel ist, mit dem wir uns verbinden. Daran zweifle ich nicht, daß es solche Zwangslagen geben kann; aber wie soll man das

**theoretisch entscheiden?**

Wie kann man das entscheiden? Wenn eine solche Politik für uns die Gefahr bringen sollte, daß das Verständnis der Massen uns verlorengeht, wenn die Massen uns nicht direkt zu dieser Verbindung zwingen würde, aus ihrem innersten Bedürfnis heraus, so würden wir entschieden dagegen sein.

Der Wert des Amsterdamer Kongresses liegt für mich — abgesehen von der großartigen Diskussion, die keine Partei auch nur annähernd so führen kann — darin, daß der Kongreß ein Warnungszeichen aufgestellt hat, daß der Fortschritt der sozialdemokratischen Partei auch dort, wo sie den günstigsten Boden hat, sie nicht verleiten soll, vorzeitig sich in unfertige, schwierige und kaum voll auszunützende Positionen zu begeben. Der Kongreß hat vor diesen Verlockungen gewarnt, er hat es aber auch, man kann sagen: einstimmig bestätigt, daß diese Verlockungen bestehen und immer größer werden und an jede Arbeiterschaft herantreten, wenn sie sich entwickelt. Wir können in diesem Klassenstaat nicht kämpfen, ohne den Boden dieses Klassenstaates zu betreten. Wir können auf

die Verwaltung und auf die Politik im Staate nicht einwirken, ohne an der Verwaltung bis zu einem gewissen Grade teilzunehmen. Die Schwierigkeit besteht aber darin, diese Teilnahme so einzurichten, daß wir zwar die Entwicklung vorwärts treiben, daß wir selbst aber nicht um augenblicklicher Vorteile willen uns und unsere Zukunft kompromittieren. (Lebhafter Beifall.)

### Schlußwort.

Ich bin über die Logik und Konsequenz unserer Abstimmung ganz anderer Anschauung als mein Vorredner (Dr. Ellenbogen). Die Stimmenenthaltung bei der zweiten Abtimmung konnte eben auch noch etwas anderes bedeuten als bloß die Absicht, Jaurès nicht scharf anzufassen. Sie konnte nämlich auch bedeuten, daß man, unbeschadet der sonstigen Prinzipienfestigkeit, die jaurèsistische Taktik durchaus billige. Tatsächlich hatte bei einigen von denen, die sich dann des Votums enthielten, die Abstimmung diese Bedeutung, und da wir die jaurèsistische Taktik wenn auch nicht verdammen, so doch ganz entschieden nicht billigen, so war es logisch und konsequent, wenn wir uns schließlich zur Dresdener Resolution schlugen, die unter den gegebenen Verhältnissen die einzige Möglichkeit bot, das auszudrücken. Es war unsere Aufgabe, der Anschauung, die sich im Hinneigen zur jaurèsistischen Taktik bekundet und auch in der Stimmenthaltung bekunden konnte, entschieden entgegenzutreten, wie sie ja in jedem einzelnen Falle zu überwinden ist. Ganz überwunden freilich wird sie erst sein, wenn sich die Folgen dieser Taktik gezeigt haben werden. Und diese Folgen, fürchte ich, werden bedenkliche sein. Wenn wir schon gezwungen sind, mit einer bürgerlichen Partei Politik zu machen, so müssen wir sie mit der Empfindung machen, daß das unsere Gegner sind. Das ist das Gefährliche der Politik von Jaurès, der sich im Ernst einbildet, daß es einen linken Flügel der Bourgeoisie gibt, der dauernd mit uns dieselbe Politik machen könne. Diese Anschauung hat der Kongreß als gefährlich erklärt. Mit welchem Grade der Verurteilung dies ausgesprochen wird, ist für mich eine wichtige Frage. Ich habe mich redlich bemüht, eine versöhnliche Stimmung zu ermöglichen, und das ist bis zu einem hohen Grade gelungen. Aber ich würde es sehr bedauert haben, wenn, nachdem die eine Resolution abgelehnt war, auch die andere Resolution gefallen wäre, wenn also überhaupt kein klares Votum beschlossen worden wäre, ein klares Votum nicht gegen Jaurès, sondern für proletarische Taktik. Nachdem das Amendement abgelehnt war, mußte unter den beiden Übeln — der Annahme und der Ablehnung der Resolution — das kleinere gewählt und, selbst auf die Gefahr hin, die Franzosen mehr vor den Kopf zu stoßen, die Resolution angenommen werden. Das war notwendig, weil selbst beim besten Willen, den Franzosen zu helfen und über die Dinge, die wir nicht genügend verstehen, nicht zu urteilen, wir doch entschieden den Wunsch haben, festzustellen, was wir wollen und was wir sehr gut zu verstehen glauben. (Beifall.)

# Aufbau der Internationale.

## Die Gründung der neuen Internationale.

Festschrift zum 10. Internationalen Sozialistenkongreß, Wien 1914*).

### Wie es zum Pariser Kongreß kam.

Die Internationale Arbeiterassoziation beendete 1872 ihr ruhmvolles Dasein. Nachdem sie geleistet, was sie gesollt, nachdem sie sich ausgelebt hatte, machte Marx selbst mit entschlossener Hand ein Ende und zerschlug die Form, die der Entwicklung des Proletariats nicht mehr angemessen, die nicht mehr notwendig und nicht mehr nützlich war. Die große Seele hatte den kleinen Körper gesprengt und sich einen neuen Körper gebaut, der bald in die Erscheinung treten und lebendig werden sollte.

Mit der Auflösung der Internationale war die Fühlung zwischen den sozialistischen Parteien wesentlich auf die persönlichen Beziehungen zwischen den leitenden Männern in den verschiedenen Ländern, besonders Deutschland, Frankreich und England beschränkt. Der alte Generalrat war nicht mehr, aber Marx und Engels widmeten einen guten Teil ihrer besten Kraft der Aufgabe, gegenseitiges Verstehen und gelegentlich auch Verständigung herbeizuführen, einer Arbeit, die nur sie leisten konnten. Selbstverständlich jedoch wurde das Bedürfnis nach Zusammenfassung der sozialistischen Parteien aller Länder immer empfunden und um so lebhafter, je stärker die einzelnen Parteien wurden. Die internationale Solidarität des Proletariats ist nicht ein von außen in die Bewegung hineingetragenes Prinzip, ist auch nicht etwa ein Programmpunkt, den ein Kongreß annehmen oder ablehnen kann, sondern sie ist dem proletarischen Klassenbewußtsein wesentlich. Sobald und in dem Maße, als sich die Arbeiterschaft als kämpfende Klassenpartei zu fühlen beginnt, hat sie auch das Bedürfnis, dieser Solidarität, diesem Bewußtsein der Kampfgemeinschaft und Schicksalsgemeinschaft des Proletariats aller Zungen lebendigen Ausdruck zu geben. Das „Proletarier aller Länder, vereinigt euch" ist nicht

*) Im August 1914 hätte der Internationale Sozialistenkongreß in Wien stattfinden sollen. Es waren auch schon alle Vorbereitungen getroffen, die Drucksachen verschickt, als der Krieg ausbrach. Aus der Festschrift, die zum Kongreß erscheinen sollte, sei hier Adlers Artikel wiedergegeben. (Siehe übrigens Adlers Referat auf dem Parteitag 1913 weiter unten.)

nur die Mahnung an eine Pflicht, sondern auch der Ausdruck einer Tatsache des proletarischen Bewußtseins.

Zunächst freilich war es schwer, internationale Fühlung zu gewinnen. Die deutsche Sozialdemokratie, für deren mächtiges Emporwachsen die Entwicklung der deutschen Industrie im neuen Deutschen Reiche die Bedingungen geschaffen hatte, mußte jenen ebenso harten wie glorreichen Kampf gegen Bismarcks Schandgesetz bestehen. In Frankreich aber hatte sich das Proletariat von den Folgen jener furchtbaren Blutentziehung zu erholen, die ihm die brutale Niederschlagung der Kommune zugefügt hatte. Aber schon anfangs der achtziger Jahre kommt es zu kleineren Konferenzen zwischen französischen und englischen Gruppen, an denen gelegentlich auch einzelne Vertreter anderer Länder teilnahmen. Die deutsche Sozialdemokratie ihrerseits beschließt auf dem Parteitag, den sie im Jahre 1887 auf Schweizer Boden in St. Gallen abhält, auf Bebels Antrag die Vorarbeiten für die Einberufung eines Internationalen Arbeiterkongresses zu treffen, der 1888 stattfinden sollte und auf dessen Tagesordnung die Verwirklichung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung gesetzt werden sollte.

Aber die Durchführung dieses Beschlusses stößt auf große Schwierigkeiten, die wesentlich in den Parteiverhältnissen in England und in Frankreich ihren Grund haben. In England war damals die Hauptmasse der Arbeiter in den großen Gewerkschaften organisiert, neben denen die sozialistischen Parteien nur kleine, verhältnismäßig einflußlose Gruppen darstellten. Die Gewerkschaften aber waren von Leuten geführt, die zwar nicht etwa die Politik ausschließen wollten, ganz im Gegenteil, die aber jede Organisation der Arbeiter als selbständige politische Partei bekämpften und die proletarischen Massen dauernd in der Gefolgschaft der großen liberalen Partei halten wollten. Daraus folgte das Streben dieser höchst einflußreichen Gewerkschaftsbeamten, die zum guten Teil politisch einfach die Agenten der Liberalen waren, den Sozialdemokraten, vor allem den deutschen Sozialdemokraten bei der Organisation des Kongresses die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Sie bestanden darauf, zum Kongreß nur Delegierte mit förmlichen Mandaten von Vereinen zuzulassen, wodurch auf die einfachste Weise Sozialdemokraten aus dem Deutschland des Sozialistengesetzes, aus dem Österreich des Ausnahmszustandes, von Rußland und Polen gar nicht zu reden, ausgeschlossen gewesen wären.

Eine andere Schwierigkeit entsprang aus der Tatsache, daß die französische Bewegung in Parteien zersplittert war. Die rechtsstehenden Possibilisten hatten enge Verbindung mit den konservativen englischen Gewerkschaften, während die Partei der Marxisten unter Führung von Guesde und Lafargue, sowie die Blanquisten unter Führung von Vaillant in steter Fühlung mit der deutschen Sozialdemokratie waren. Diese beiden Parteigruppen standen im bittersten Kampf und die Forderung der

Possibilisten, denen allein eine Londoner Konferenz die Organisierung des Internationalen Kongresses übertragen wollte, auch die Mandate ihrer marxistischen Gegner zu prüfen, hätte zu ganz unmöglichen Dingen geführt. Alle Versuche, über diese Unstimmigkeiten hinweg zu einer Einigung zu kommen, scheiterten, trotzdem Bebel und Liebknecht, die als Beauftragte der deutschen Sozialdemokratie verhandelten, das größte Entgegenkommen bewahrten, vor allem sofort den von ihnen für 1888 geplanten Kongreß zugunsten des von den Engländern für 1889 beabsichtigten fallen ließen. Schließlich fand Ende Februar 1889 ein Konferenz statt, auf der Deutschland, Schweiz, Holland, Belgien und die französischen Marxisten vertreten waren. Es wurde beschlossen: den Possibilisten wird die Einberufung des Kongresses überlassen, zugelassen werden Arbeiter und Sozialisten aller Länder unter den Bedingungen, die mit den politischen Verhältnissen ihres Landes vereinbar sind; der Kongreß ist souverän in bezug auf Prüfung der Mandate und Feststellung seiner Tagesordnung. Auch das wurde von den Possibilisten abgelehnt; daß der Kongreß selbst und nicht ihre Gruppe die Mandate der Marxisten prüfen sollte, schien ihnen unannehmbar. Nunmehr blieb nichts übrig, als die Verhandlungen vorläufig abzubrechen und den Internationalen Kongreß ohne Rücksicht auf die Possibilisten einzuberufen. So kam es zu dem betrübenden Schauspiel, daß am 14. Juli 1889 in Paris zwei internationale Kongresse zusammentraten. Der Erfolg hat gezeigt, auf welcher Seite nicht nur das Recht und die Vernunft, sondern auch die wirkliche Vertretung des internationalen Sozialismus war. Der Possibilistenkongreß ist eine bedeutungslose Episode geblieben, die erledigt war, sobald sich die Türen seines Lokals in der Rue Lancry schlossen; der Sozialistische Kongreß ist ein Weltkongreß gewesen, von dem mächtige Wirkungen ausgegangen sind und der die neue Internationale begründet hat.

### Der Pariser Kongreß.

Zunächst freilich sah es in dem kleinen Saal in der Rue Petrelle, den die Delegierten am Morgen des 14. Juli betraten, nicht gerade nach Weltgeschichte aus. Mehr als 400 Delegierte drängten sich da und bildeten ein vielsprachiges und vorläufig hilfloses Chaos. Allerdings zeigte schon der erste Blick, daß der Kongreß ein großer Erfolg war. Aus Deutschland waren trotz Sozialistengesetz 81 Delegierte gekommen, eine gewaltige organisatorische Leistung, die allein schon bewies, daß die Sozialdemokratie das Schandgesetz völlig überwunden hatte. Alle Länder Europas waren vertreten. Auch England, dessen organisierte Arbeiterschaft noch zum größten Teil unter der Führung jenes parlamentarischen Komitees der Gewerkschaften stand, das mit den Possibilisten gemeinsame Sache machte, hatte 22 Delegierte geschickt, die das junge, kräftig aufstrebende England vertraten, darunter William Morris, den Künstler und Seher, und Keir Hardie, den energischen Schotten, dem die englische Bewegung wenige Jahre später die Gründung

und Entwicklung der Independent Labour Party verdanken sollte. Aus Belgien kam der greise César de Paepe, der Theoretiker, Jean Volders, der Organisator des belgischen Proletariats, beide heute schon tot, und Anseele, den jetzt die ganze Internationale als einen ihrer Besten kennt. Die anerkannten Vorkämpfer aller Parteien waren da, der Spanier Iglesias, die Russen Lawroff und Plechanow, die Italiener Andrea Costa und Amilcare Cipriani, der Holländer Domela Nieuwenhuis, der Mann mit dem Christuskopf und der Seele des fanatischen Sektierers, der Pole Felix Daszynski, der leider jung verstorbene Bruder unseres Ignaz, und schließlich unsere kleine Gruppe von Österreichern, aus dem Lande aller Ausnahmszustände, dessen weise Regierung eben beschäftigt war, mit der anarchistengesetzlichen Erwürgung unserer „Gleichheit" der Bewegung einen, wie sie meinte, tödlichen Streich zu versetzen... Und dann waren 220 französische Delegierte da, der kompetenteste französische Sozialistenkongreß, der sich bis dahin je zusammengefunden.

Mit jeder Stunde steigerte sich das Selbstgefühl und die Zuversicht des Kongresses in dem Maße, als er zum Bewußtsein kam, in Wahrheit und Wirklichkeit eine volle Vertretung des kämpfenden sozialistischen Proletariats aller Länder zu sein, wie Liebknecht es ausdrückte, ein „Welt-Arbeiterparlament, das erste, das die Welt gesehen"! Schon die Herbeiführung dieser Tatsache war eine Tat und sie zu erkennen, eine Quelle der Kraft, aber freilich, die technische Durchführung des Kongresses war eine außerordentliche, kaum zu bewältigende Schwierigkeit. Die Vielsprachigkeit zwang zum Übersetzen und wenn es auch ein Elitekorps von Übersetzern war: Liebknecht, der internationalste Mann von uns allen, Vollmar, Bernstein, Morris und vor allem Eleanor Marx-Aveling (Tussy), die unvergeßliche Tochter von Karl Marx, das Übersetzen verlangte Zeit und quälte die Nerven der von Temperament — und wie sehr verschiedenem Temperament! — überschäumenden Versammlung. Dann aber lastete doch auf allen die leidige Tatsache des zweiten, des possibilistischen Kongresses, der zwar an sich ein Fehlschlag war, aber als ein Gebrechen der Internationale empfunden wurde, das womöglich beseitigt werden sollte. Mit Verhandlungen darüber, mit Vorschlägen und Botschaften hinüber und herüber wurde viel kostbare Zeit des Kongresses erfolglos verloren. Alles blieb umsonst: die französischen Possibilisten und die englischen Gewerkschaftsführer lehnten die bestgemeinten Vermittlungsversuche ab, sie verkannten ihre Lage vollständig und begriffen nicht, daß sie fertig waren.

Drittens aber gab es schon damals in Paris Störungen von Leuten, die sich ungerufen und unberufen in die Versammlung drängten, in die sie nicht gehörten. Eine kleine, aber zu allem Unfug entschlossene Zahl von Anarchisten unterbrach die Verhandlungen fortwährend durch wüsten Spektakel. Bezeichnend für ihr Verhalten war, daß dieselbe Gruppe, die den sozialdemo-

kratischen Kongreß in der ungezogensten Weise belästigte und es klarer Weise auf eine Sprengung abgesehen hatte, den Possibilistenkongreß in keiner Weise störte. Die auch in späteren Jahren deutliche Sympathie und gelegentliche Aktionsgemeinschaft zwischen den opportunistischen und den anarchistischen Antiparlamentariern trat schon damals zutage. Gemeinsam war ihnen die Gegnerschaft gegen die revolutionäre Sozialdemokratie, die den Klassenkampf als selbständige politische Partei führen will. Die Selbständigkeit der proletarischen Aktion war dem äußersten rechten Flügel ein Dorn im Auge; daß es eine politische Aktion sein sollte, den Anarchisten. So fanden sie sich in der ihnen gemeinsamen Feindseligkeit gegen die in allen Ländern steigende Macht der in ihren Zielen und ihren Mitteln klaren Sozialdemokratie. Nun waren die Zulassungsbedingungen für diesen ersten Kongreß allerdings so weite, daß bei einer nicht allzu strengen Auffassung auch antiparlamentarische Gruppen sich vertreten lassen konnten. So war ja der Holländer Domela Nieuwenhuis, obwohl Abgeordneter, prinzipiell Antiparlamentarier und William Morris, der die Socialist League vertrat, erklärte sich gegen die Beteiligung an den Parlamentswahlen, setzte aber große Hoffnungen auf die Eroberung der County Councils, der Grafschaftsräte, war aber trotz dieses Widerspruches antiparlamentarisch gestimmt. Von dieser Seite aber gab es keine Störung und, wäre Zeit dazu gewesen, so hätte sehr gut eine prinzipielle Debatte geführt werden können. Ausgeschlossen war es aber, die italienischen und französischen Anarchisten zu dulden, die eingestandenermaßen nur gekommen waren, um den Kongreß zu sprengen. Die Gutmütigkeit der Versammlung war so groß, daß man sich das Unwesen lange gefallen ließ, bis endlich Anseele als Vorsitzender erklärte, die Delegierten wären nicht Hunderte von Meilen hergekommen, um sich von einigen Rüpeln in der Arbeit stören zu lassen. Worauf er den Ordnern den Auftrag gab, die Störer aus dem Saal zu entfernen; erst nachdem diese Maßregel einigemal, zwar prompt, aber nicht geräuschlos durchgeführt war, konnte der Kongreß in Ruhe verhandeln.

### Die Wirkungen des Kongresses.

Auf der Tagesordnung stand Arbeiterschutzgesetzgebung im weitesten Umfang, insbesondere ihre internationale Regelung. Aber es ergab sich von selbst, daß zunächst die Delegierten der verschiedenen Länder das Bedürfnis hatten, einander gewissermaßen vorzustellen, und einen ausführlichen Bericht über die Lage des Proletariats und der sozialistischen Partei ihres Landes gaben. Es ist schade, daß die Protokolle dieses Kongresses, wie begreiflich, gerade in diesem Punkt sehr gekürzt wurden, denn die Berichte wären heute noch, wie man aus den mageren Auszügen sieht, die vorliegen, eine reiche Quelle der Belehrung. Bebel referierte für Deutschland, und nachdem er in kurzen, kräftigen Zügen den Kampf des deutschen Proletariats gegen die Bismarcksche Gewaltherrschaft dargestellt, legte er die

wichtigsten Forderungen dar, die an eine Arbeiterschutzgesetzgebung gestellt werden müssen. In den Vordergrund stellte er den Achtstundentag. In der Auseinandersetzung der Bedingungen des Arbeiterschutzes und der Mittel, ihn durchzusetzen, gab er die Richtlinien für die Beschlüsse des Kongresses. Es zeigte sich, daß in der Hauptsache alle einig waren und daß sich nur in bezug auf die einzuschlagende Taktik Verschiedenheiten geltend machten, die naturgemäß aus der Verschiedenheit des Grades der kapitalistischen Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsgebiete entsprangen. Bemerkenswert ist, daß Nieuwenhuis es für notwendig hielt, in dem Augenblick, wo man sich anschickte, den Kampf um den Arbeiterschutz planmäßig mit größter Energie zu beginnen, vor den Enttäuschungen zu warnen, die seine Durchsetzung herbeiführen könnte.

Es war ein erhebendes Bild, zu sehen, wie ein Mann nach dem andern, lauter im Kampf erprobte Leute, über ihr Land berichteten, die Unterdrückung und die Not schilderten, die der Kapitalismus über die Arbeiterklasse verhängt, die Verfolgungen, die der Klassenstaat gegen die Vertreter der Arbeiterschaft überall richtet, wie sie aber aus allen Ländern einen kräftigen Aufschwung planmäßige Aufklärungs- und Organisationsarbeit auf verschiedenen Stufen, aber überall erfolgreich und siegversprechend berichten konnten. Am 100jährigen Gedenktag der Erstürmung der Bastille durch das revolutionäre Bürgertum konnte man feststellen, daß der Sturm gegen die kapitalistische Bastille durch das seiner geschichtlichen Aufgabe täglich stärker bewußte Proletariat auf der ganzen Linie begonnen habe. Durch diese, den innersten Nerv der Bewegung berührende Debatte wurde natürlich die Erörterung der einzelnen Forderungen des Arbeiterschutzes in den Hintergrund gerückt und einer Kommission überlassen, die denn auch einen ausgezeichneten, in allen Einzelheiten wohl überlegten Entwurf vorlegte, der am letzten Tag einstimmig zum Beschluß erhoben wurde. Nun aber trat ein, was niemand vorhergesehen und was von den Kongreßteilnehmern im Augenblick vielleicht niemand nach seiner vollen Bedeutung würdigen konnte. Der Kongreß hatte schon beschlossen, auf die Regierungen einzuwirken, daß sie die in Bern auf Vorschlag der Schweizer Regierung in Aussicht genommene Konferenz zum Zwecke der Feststellung von Maßnahmen des internationalen Arbeiterschutzes beschicken und dieser Konferenz die Beschlüsse des Sozialistenkongresses als Forderungen des Proletariats vorlegen. Aber das Selbstvertrauen, die Zuversicht und die Tatbereitschaft des Kongresses konnten sich mit diesem Beschluß nicht begnügen. Das Bewußtsein der durch die internationale Gemeinschaft gewonnenen Kraft drängte zu gemeinsamer internationaler Aktion. Darum wurde der Antrag, den in der letzten Sitzung des Kongresses Genosse Lavigne im Namen der französischen Gewerkschaften stellte, eine große internationale Manifestation für den Achtstundentag an einem und demselben Tage gleichzeitig in allen

Ländern ins Werk zu setzen, als eine beinahe selbstverständliche Sache ohne Debatte mit größtem Jubel angenommen. Es sollte sich nach der Meinung der Antragsteller zunächst nur um eine solche internationale Kundgebung handeln, die am 1. Mai 1890 stattfinden sollte.

Was die Maifeier für das Proletariat Österreichs gewesen ist, soll hier nicht erst ausführlich dargelegt werden. Sie war die erste mit Jubel begrüßte Möglichkeit des Proletariats aller Zungen, trotz dieses Österreichs und diesem Österreich zum Trotz, sich als kämpfende Gemeinschaft, als Glied der großen internationalen Armee zu fühlen. Sie war ein Weckruf und brachte das Proletariat bis tief in seine ihrer Lage und ihres Wollens nur halbbewußten Schichten in Reih und Glied einer Kampfgenossenschaft.

Auf der ganzen Linie hat der Pariser Kongreß weit über sich hinaus gewirkt. Es war eine selbstverständliche Sache, daß nunmehr eine neue Internationale gegründet war und daß es nur galt, sie zu organisieren. Die neue Internationale war durchtränkt vom Geiste der alten, aber alle ihre Glieder waren kräftiger, selbständiger und kampffähiger geworden. Es zeigte sich auf jedem der folgenden Kongresse immer mehr, daß ein gemeinsamer Boden für den proletarischen Kampf in allen Ländern gewonnen, daß eine neue, wirksamere Organisation der sozialistischen Internationale erstanden war. Das Lebenswerk von Karl Marx und Friedrich Engels hatte in neuer Form auf höherer Stufenleiter Körper und Leben gewonnen.

## Zum Brüsseler Kongreß.

„Arbeiter-Zeitung" vom 28. August 1891*).

Als gestern um 8 Uhr abends im Saale St. Michael der Internationale Kongreß geschlossen wurde und von mehr als 400 Männern und Frauen, welche von Millionen Arbeitern beauftragt sind, ihre Sache zu führen, die Marseillaise angestimmt wurde, da stand jeder von uns unter dem Eindruck, daß sich ein Ereignis vollzogen, welches in der Geschichte der Bewegung des Proletariats — und dies ist heute die eigentliche Weltgeschichte — einen bedeutsamen Abschnitt darstellt. In allen Sprachen ertönte die eine herrliche Hymne, und ein einziger Rhythmus, ein einziger Wille tat sich machtvoll kund.

Und als die Delegierten heute durch die Straßen von Gent zogen und das arbeitende Volk von Gent zu Tausenden den Zug geleitete, als alte Männer und junge Mädchen, Kinder und Greise die roten Fahnen begrüßten, als wir beim Hause des Vooruit mit den brausenden Rufen begrüßt wurden: „Vive la Sociale! Vive l'Internationale!" da sahen wir weißhaarigen Männern die Tränen in die

*) Der Internationale Sozialistenkongreß fand vom 16. bis 22. August 1891 in Brüssel statt. Auch Adler war dort und schickte aus Brüssel einen Bericht.

Augen treten; schweigend drückten wir uns die Hand und was wir uns in dieser feierlichen Stunde zugeschworen, wir werden es halten, wir werden den Kampf führen für die Emanzipation des Proletariats — den Kampf bis ans Ende.

Heute, unter dem Eindruck des Ganzen, das einzelne darzustellen, ist unmöglich. Begnügen wir uns, einige der wichtigsten Ergebnisse des Kongresses anzudeuten.

Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung waren der Organisation der Arbeiterklasse und ihrer internationalen Zusammenfassung gewidmet. Nach hartem Streite der Meinungen wurde einstimmig festgestellt: daß die gewerkschaftliche Organisation eine Waffe des Klassenkampfes, ein Mittel zur geistigen und physischen Hebung des Proletariats von heute und darum eine notwendige Vorbedingung für den Kampf um die Zukunft sei. Dadurch, daß sich alle berufenen Vertreter des kämpfenden Proletariats, angefangen vom linken Flügel der deutschen, österreichischen und französischen Sozialdemokratie bis zum rechten Flügel der englischen Trades Unions und den französischen Possibilisten, auf diesen gemeinsamen Boden stellten, ist ein ganz bedeutender Schritt nach vorwärts geschehen, und mit Recht wurde dieses erste einstimmige Votum mit lautem Jubel begrüßt. Daß die zwei Jahre seit den beiden Pariser Kongressen genügten, um diese Wendung herbeizuführen, ist ein neuer Beweis, wie schnell die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse der Entwicklung des Kapitalismus folgt.

Die Diskussion über Streiks und Boykotts stellte fest, daß über die Anwendung dieser Kampfmittel in der gesamten organisierten Arbeiterschaft dieselbe Ansicht herrsche, welche wir in Österreich bei allen Gewerkschaftstagen und zuletzt auf dem Parteitag zu Wien als die allein vernünftige anerkannten, daß diese notwendige aber zweischneidige Waffe nur im Notfall, aber dann rücksichtslos und mit der vereinigten Energie aller geführt werden müsse.

Der internationale Verband der gewerkschaftlichen und politischen Landesorganisationen kann feste Formen nicht annehmen, solange reaktionäre Gesetzgebungen sie behindern. Aber wenn die Form unmöglich ist, die Sache ist möglich, ist als notwendig anerkannt und wird darum durchgeführt werden. An dieser Stelle sei beigefügt, daß von den gleichzeitig tagenden internationalen Fachkongressen insbesondere jener der Metallarbeiter zu klar und präzis gefaßten Beschlüssen führte.

Von den Vertretern der jüdischen Proletarier Amerikas, welche unter dem schändlichsten aller Ausbeutungssysteme, dem unserem Sitzgesellenwesen nahe verwandten Sweating-system zu leiden haben und außerdem als Juden dem Rassenhaß ausgesetzt sind, wurde die „Judenfrage" auf die Tagesordnung gestellt. Der Kongreß erachtete es für überflüssig, sich mit einer Frage des näheren zu beschäftigen, zu welcher jede einzelne der vertretenen Parteien durch ihr Programm bereits Stellung genommen hat. Eine wohlmotivierte Verurteilung der antisemitischen und philo-

semitischen Quertreibereien, welche nur der Verdunklung und Verschleierung des wirklichen Kampfes dienen, genügte vollständig.

„Stellung und Pflichten der Arbeiterklasse gegenüber dem Militarismus", das war jener Punkt, bei welchem nach zwei Seiten hin eine ernste, prinzipielle Entscheidung getroffen werden mußte*). Die Ideologen der bürgerlichen Demokratie, welche einen guten Teil der Begleiterscheinungen des Kapitalismus dem bösen Willen der Menschen, aus welchem der Militarismus hervorgehe, zuschreiben, predigen Versöhnung und internationales Schiedsgericht. Als ob es jemals erfolgreich sein könnte, reißenden Bestien freundschaftlich zuzusprechen, um sie zur Annahme vegetarischer Grundsätze zu bestimmen. Diesen mitunter ehrlichen, stets aber unwissenden Utopisten mußte gesagt werden, daß ihre Wege nicht die unseren sind, daß wir die Wurzel des Übels kennen und entschlossen sind, sie auszureißen. Der Militarismus ist die notwendige Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems, er ist ebenso ein Symptom des tollen Wahnsinns unserer Zustände wie das Massenelend, wie die Überproduktion. Darum können die internationalen Betstunden des Häufleins von bürgerlichen „Friedensfreunden" dem Militarismus nicht das geringste anhaben. Der Sozialismus allein kann ihn überwinden; die vereinigte Arbeit des Proletariats aller Länder kann allein die Katastrophe hemmen. Wenn das Proletariat eine ausschlaggebende Macht geworden ist, dann, aber auch erst dann, gibt es keine Kriege mehr.

*) Die vom Kongreß beschlossene Resolution hat folgenden Wortlaut:

In Erwägung, daß der Militarismus, welcher auf Europa lastet, das notwendige Resultat des permanenten — offenen und latenten — Kriegszustandes ist, welcher durch das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und den dadurch erzeugten Klassenkampf der Gesellschaft auferlegt wird,

erklärt der Kongreß, daß alle die ökonomischen Ursachen des Übels nicht treffenden Bestrebungen auf Beseitigung des Militarismus und auf Herbeiführung des Friedens unter den Völkern ohnmächtig sind, so edel die Beweggründe sein mögen;

daß allein die Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, dem Militarismus ein Ende machen und den Frieden unter den Völkern herbeiführen kann;

daß demzufolge alle, welche dem Krieg ein Ende machen wollen, die Pflicht haben, sich der internationalen Sozialdemokratie als der einzigen wirklichen und grundsätzlichen Friedenspartei anzuschließen.

Angesichts der immer drohender werdenden Lage Europas und der chauvinistischen Hetzerei der herrschenden Klassen fordert der Kongreß die Arbeiter aller Länder auf, gegen alle Kriegsgelüste und denselben dienenden Bündnisse unablässig und energisch zu protestieren und zu wirken und durch Vollendung der Internationalen Organisation des Proletariats den Triumph des Sozialismus zu beschleunigen.

Der Kongreß erklärt, daß dies das einzige Mittel ist, die furchtbare Katastrophe eines Weltkrieges abzuwenden, dessen unabsehbar verhängnisvolle Folgen die Arbeiterklasse in erster Linie zu tragen hätte,

Aber auch nach einer anderen Seite hin mußte Klarheit geschafft werden. Der holländische Delegierte Domela Nieuwenhuis schlug vor, der Kongreß solle erklären, das revolutionäre Proletariat werde eine etwaige Kriegserklärung mit dem „Weltstreik" beantworten, die gewaltsame Revolution in allen Ländern proklamieren und die Proletarier im Soldatenrock zur Verweigerung des Kriegsdienstes auffordern. Wenn bei irgendeiner Sache, hat der Kongreß durch die fast einstimmige Ablehnung dieses Antrages bewiesen, daß er auf der vollen Höhe seiner großen Aufgabe steht. Domela, bekanntlich ein glänzender Redner, hatte es verstanden, in allerlei offenen und durchsichtig verschleierten Angriffen die gegnerische Ansicht als feig hinzustellen. Er mißbrauchte zum größten Bedauern seiner bisherigen Freunde den Kongreß dazu, die demagogische Phrase spielen zu lassen. Oder ist es keine Phrase, den Kongreß bewegen zu wollen, den herrschenden Klassen und den Regierungen gegenüber Drohungen auszustoßen, von welchen jedermann weiß, daß sie leer sind. daß wir nicht die Macht besitzen, sie auszuführen? Heißt es nicht die ernste und heilige Sache, der wir alle dienen, der Lächerlichkeit preisgeben, wenn öffentlich und vor aller Welt ein förmlicher Schlachtplan entwickelt wird und am grünen Tisch Manöver angekündigt werden, für welche offenkundigerweise die Armee nicht vorhanden ist. Hätten wir die Macht, solche Drohungen zu erfüllen, dann fürwahr würden wir nicht auf die Kriegserklärung — nebenbei ein recht ungünstiger

---

und daß die Verantwortung für eine solche Katastrophe vor der Menschheit und vor der Geschichte einzig und allein den herrschenden Klassen zufällt.

Der Antrag Nieuwenhuis (Holland) lautet:

In Erwägung, daß die nationalen Verschiedenheiten nie im Interesse des Proletariats sind, sondern im Interesse seiner Unterdrücker; in Erwägung, daß alle modernen Kriege, ausschließlich hervorgerufen durch die Kapitalistenklasse in ihrem Interesse, ein Mittel in ihren Händen sind, um die Kraft der revolutionären Bewegung abzulenken und die Suprematie der Bourgeois zu konsolidieren durch die Befestigung der schändlichsten Ausbeutung;

in Erwägung, daß keine einzige Regierung sich entschuldigen kann, daß sie provoziert ist, weil der Krieg das Resultat des internationalen Willens des Kapitalismus ist;

beschließt der Kongreß von Brüssel, daß die Sozialisten aller Länder eine etwaige Kriegserklärung beantworten werden mit einem Aufruf des Volkes zur allgemeinen Arbeitseinstellung.

Dazu wünschte ein Teil der Engländer noch die Verkündung des Generalstreiks im Kriegsfall hinzuzufügen. Von den 16 vertretenen Nationen stimmten Holland, Frankreich (32 gegen 23 Stimmen) und England (mit relativer Mehrheit) für den Antrag Nieuwenhuis' mit dem englischen Zusatz. Der Antrag der Kommission wurde von allen Nationen angenommen, von 13 Nationen einstimmig, von Frankreich und England mit großer Mehrheit, nur von Holland mit bloß einer Stimme bei Stimmenenthaltung zweier Delegierter.

Über Domela Nieuwenhuis siehe den Artikel „Zum Züricher Kongreß II" vom 1. August 1893. (Siehe Seite 423.)

Moment für solche Aktionen — warten, um noch einiges mehr zu machen als den „Generalstreik". Wir halten es für klüger, die Möglichkeit einer Revolution, die durchaus nicht mit Notwendigkeit gewaltsam sein muß, zu schaffen, als mit großmauligen Drohungen herumzuwerfen, die niemand Furcht einjagen, die aber jeder verlacht. Es ist ganz bezeichnend, daß die Großartigkeit der Phrase im umgekehrten Verhältnis steht zur wirklichen Stärke der Partei. Holland ist industriell noch sehr zurück, der Sozialismus darum wenig entwickelt; das erleichtert es Domela blind zu sein den Tatsachen gegenüber und Dinge in Aussicht zu nehmen, von denen er schweigen würde, könnte er je in die Lage kommen, sie ausführen zu können. Im Vaterland Domelas ist die Revolution noch so weit entfernt, daß sie ihm in recht romantischem Licht erscheinen darf — das ist aus den bezeichneten Umständen erklärlich und zu entschuldigen. Unverzeihlich aber ist, daß Domela gallig wurde; das erzeugt Verbitterung und war zum mindesten überflüssig. — Wie gesagt, der Kongreß beschloß, auszusprechen, es sei Pflicht, für die Revolution zu arbeiten. Er verzichtete darauf, von ihr zu deklamieren.

Die nächste wichtige Frage betraf die Demonstration der Maifeier. Wir Österreicher hatten daran ein ganz besonderes Interesse und einen bestimmten Auftrag vom Wiener Parteitag, für die Arbeitsruhe einzutreten. Als in der Kommission, in welcher hier, wie bei allen Fragen, die Hauptarbeit getan wurde, die Verhandlung begann, sah es nicht sehr günstig aus, England wollte absolut die Feier am Sonntag und die deutschen Delegierten wünschten wenigstens die freie Wahl des Tages. Es gelang aber bald, unsere ausländischen Genossen zu überzeugen, daß nur eine stramme, einheitliche Demonstration moralische Wirkung habe und es wurde nun mit allen Stimmen gegen eine (England) festgesetzt, es sei überall am 1. Mai festzuhalten. Bezüglich der Arbeitsruhe wurde erklärt, daß sie überall einzutreten habe, wo die besonderen Verhältnisse des Landes sie nicht ganz unmöglich machen. Wir hätten sehr gewünscht, unseren Standpunkt auch in der Kongreßsitzung zu begründen; leider hat uns ein recht unzeitgemäßer Antrag Bebels das Wort abgeschnitten und wir konnten nur eine kurze Erklärung abgeben. In der Sache aber haben wir durchgesetzt, was wir zu vertreten beauftragt waren.

Der Antrag Vaillants, den 1. Mai auch zu einer Demonstration für den Völkerfrieden zu benützen, wurde abgelehnt. Der Antrag entsprang rein politischen Motiven und bezweckte zu zeigen, daß das französische Volk so wenig revanchelustig als das deutsche chauvinistisch sei. Wir aber meinten, daß die internationale Maifeier an sich die großartigste Friedensdemonstration sei und daß es heiße, ihr den proletarischen Charakter rauben, wenn er uns in Gesellschaft mit allen denen brächte, die den Krieg nicht wollen, sonst aber Spießbürger sind.

Diese kurze Skizze soll vorläufig genügen. Es ist eine große, wichtige und ernste Arbeit, welche geleistet wurde. Möge der

nächste Kongreß, der 1893 in der Schweiz tagen wird, ebenso große Fortschritte der Arbeiterbewegung aufzuzeigen haben wie der in Brüssel.

Bis dahin sagen wir unseren Freunden und Genossen aus allen Ländern und aller Zungen Lebewohl und rufen ihnen das letzte Wort des Kongresses zu: „Es lebe die internationale Sozialdemokratie!"

# Der Londoner Kongreß.

„Arbeiter-Zeitung" vom 8. August 1896.

Die größte internationale Versammlung politischer Natur, die jemals stattgefunden hat, hat ihre Verhandlungen geschlossen*). Mehr als 800 Vertreter der Arbeiterschaft von 22 verschiedenen Ländern, in etwa zehn verschiedenen Zungen redend, haben eine Woche lang miteinander getagt. Gewaltig ist schon die bloße Tatsache dieses Kongresses, der, die proletarische Welt umfassend, in der Hauptstadt des Kapitalismus den Herrschern von heute die Macht der Zukunft entgegenstellte, und überwältigend ist das Schauspiel, das er geboten: Die Arbeiterschaft beider Hemisphären demselben Ziele zustrebend, denselben Kampf kämpfend, gegen denselben Gegner.

Freilich, je umfassender die internationalen Kongresse werden, um so mehr häufen sich auch die Schwierigkeiten für die praktische Arbeit. Ein einsprachiges Parlament von 800 Köpfen, das Jahre vor sich hat, wäre schon ein sehr schwerfälliger Körper, und selbst die alte Tradition einer anerkannten Geschäftsordnung würde kaum hindern, daß die Diskussionen endlos würden, auch wo nur Detailfragen zu behandeln sind. Nun denke man Hunderte von Menschen, die größtenteils zum erstenmal einander sehen, deren Geschäftsordnungsgewohnheiten ganz verschiedene sind, und denen nur eine kurz zugemessene Zeit gegönnt ist, um die umfassendsten Fragen zu erledigen, denke, daß naturgemäß jeder einzelne Delegierte bemüht ist, die Angelegenheiten zur Diskussion zu stellen, die seiner Organisation am meisten am Herzen liegen, die in seinem Lande auf der Tagesordnung stehen; man bedenke weiter, daß jede Rede, jedes Wort des Präsidenten in mindestens drei Sprachen verlautbart werden muß, daß jede wichtigere Abstimmung nach Nationalitäten, also zwanzigmal, vorgenommen werden muß, und man wird sich ein ungefähres Bild von den Schwierigkeiten unserer internationalen Kongresse machen können. Die Schwierigkeiten werden um so größer, je größer die Teilnahme, je zahlreicher der Besuch ist, und es wird nötig sein, beizeiten an ihre Verminderung zu denken, die wahrscheinlich nur nach zwei Richtungen hin gefunden werden kann: Es müßte vor allem künftig die Tagesordnung begrenzt und streng festgehalten werden, was freilich die Freiheit

*) Der Internationale Sozialistenkongreß in London fand vom 27. Juli bis 1. August 1896 statt.

der Initiative empfindlich einschränken würde, uns aber als unumgänglich erscheint. Zweitens aber könnte versucht werden, die Arbeit der Kommissionen schon vor den Plenarberatungen in einer Art Vorkonferenz zu erledigen und so für die Diskussion des Gesamtkongresses Zeit zu gewinnen. Dem Londoner Kongreß lagen zirka hundert Anträge vor, schon als er zusammentrat, und sie umfaßten das ganze Gebiet der Ökonomie und Politik, der Agitation und Organisation. Sooft eine Frage in der Kommission zur Diskussion kam, regnete es natürlich neue Anträge, und war es gelungen, die wichtigsten und allgemeinsten Gesichtspunkte herauszugreifen und präzise zu fassen, so wiederholte sich der Ansturm im Kongreß selbst. Das Büro mußte einen ungeheuren Aufwand von Energie entfalten, um an sich wertvolle und vernünftige Anträge zurückzuweisen, darunter solche, worüber gar keine Meinungsverschiedenheit bestand. Sollen künftige Kongresse prompt arbeiten, so werden sie sich Selbstbeschränkung auferlegen müssen.

Nun hatte der Londoner Kongreß, außer von diesen inneren Schwierigkeiten, auch noch von Störungen von außen zu leiden. Die Anarchisten aller Sekten hatten eine Handvoll ihrer Leute eingeschmuggelt und das trotz der Züricher Resolution, die den Kongreß auf eine sozialdemokratische Grundlage stellte. Sie benützten einfach eine Hintertür und kamen als Delegierte von vielfach gar nicht existierenden Gewerkschaften. Frivol, aufdringlich und unanständig, haben diese Herren die Genugtuung, dem Kongreß zwei Tage von seiner kostbaren Zeit gestohlen zu haben. Es gibt keinen Punkt auf der ganzen Erde, wo die Tätigkeit der Anarchisten dem Proletariat oder einer seiner Schichten genützt hätte; überall haben sie ihren Ruhm darin gesucht, die Organisation der Arbeiterschaft zu zersetzen, überall haben sie, den schmunzelnden Dank der Bourgeoispresse selbstgefällig quittierend, der Bewegung und Organisation der Arbeiterschaft Steine in den Weg gelegt. So bubenhaft wie diesmal haben sie sich aber niemals benommen. Diese Leute, die selten oder niemals es wagen, Versammlungen der bürgerlichen Parteien zu behelligen, kamen, obwohl sie wußten, daß sie nicht eingeladen waren, kamen direkt in der Absicht, den Kongreß zu lähmen, ja, womöglich zu sprengen. Als ihnen das nicht gelang und ihre Mandate zum großen Teil für ungültig erklärt worden waren, setzten sie sich ohne weiteres von ihrem Delegiertenplatze an den Journalistentisch und intrigierten von dort aus weiter. Schon am ersten Tage drohte ihnen der Präsident, sie von der Polizei hinausbefördern zu lassen. Wir Kontinentalen waren empört über diese Äußerung, aber sie ist charakteristisch für den Engländer, der im Polizisten den Schützer des Versammlungsrechtes und des Hausrechtes sieht, nicht, wie wir, deren schlimmsten Feind, und sie ist bezeichnend für den Eindruck, den die Büberei machte. Die Anarchisten haben dem Terrorismus entsagt, und das ist gut, denn er war gefährlich für sie und schädlich für die Sache der Arbeiterschaft. Aber immerhin war es ein Weg, wenn auch ein falscher; heute sind die Anarchisten eine Gesellschaft von

langweiligen Schwätzern und eitlen Narren, deren einzige Beschäftigung der Radau ist, wohlgemerkt der Radau gegen die Sozialdemokraten; den mächtigen Gegnern des Proletariats lernen sie allmählich vorsichtig aus dem Wege zu gehen. Es war ein trauriger Anblick, als Domela Nieuwenhuis*), den seine Eitelkeit bis auf dieses tiefe Niveau heruntergebracht hat, seinen pathetischen Protest vorbrachte, als er sich zurückzog, weil er sah, daß der Krakeel sich nicht weiterführen lasse, und er ging, ohne daß ihn auch nur ein Mund zurückgerufen hätte, unter dem geringschätzigen Schweigen aller. Der nächste Kongreß wird unter Bedingungen einberufen werden, die, energisch gehandhabt, solche Zeitvergeudungen vermeiden lassen werden.

Alle Umstände zwingen dazu, die eigentliche Arbeit des Kongresses in die Kommission zu verlegen, und dort gab es reichliche, gründliche und belehrende Diskussion. Das Plenum mußte die Redezeit aufs äußerste einschränken. Um so wichtiger ist es, daß die einzige größere Debatte den wichtigsten Punkt betraf. Die Resolution über die politische Aktion wurde nicht nur von einem anarchistischen Wirrkopf aus Frankreich bekämpft, sondern auch von zwei Vertretern der alten englischen Gewerkvereine, die beantragten, den Satz abzulehnen: „Die Arbeiter werden aufgefordert, sich unabhängig von allen bürgerlichen Parteien zu organisieren." Die alte Schwanzpolitik der Gewerkschaften, die der Arbeiterschaft stets zumutete, die Brosamen, die vom Tisch der Liberalen abfallen, aufzulesen, lieferte eine ihrer letzten Schlachten. Es war vielleicht der bedeutendste Moment des Kongresses, als sich englische sozialdemokratische Gewerkschafter erhoben und unter dem Beifallssturm der großen Mehrheit der englischen Delegation erklärten: jene Politik sei abgetan; lange genug hätten sich die Arbeiter von der „radikalen" Bourgeoisie gängeln, ausnützen und hinters Licht führen lassen und seien nunmehr entschlossen, sich auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen. Die Abstimmung zeigte, daß nur eine kleine Minderheit der Gewerkschafter so rückständig ist, ihre Hoffnung auf den Anschluß an bürgerliche Parteien zu setzen. Es scheint unzweifelhaft, daß einige der gegenwärtigen Vertrauensmänner und Beamten der großen Gewerkvereine unheilbar sind; aber ebenso sicher ist, daß die große Masse nun endlich auch der englischen Organisationen bereits begreift, daß nur eine selbständige, klassenbewußte Politik das Proletariat zum Ziele führen wird.

Es gab stürmische Stunden auf dem Kongreß. Wenn aber die bürgerliche Presse über den Unfrieden zwischen den Vorkämpfern der Völkerverbrüderung witzelt, so führt sie ihre Gläubigen auf den Holzweg. Trotz aller Schwierigkeiten, trotz Verschiedenheit der Sprache und geschäftlichen Gewohnheit gab es keinen Kampf zwischen den nationalen Gruppen, sondern ausschließlich innerhalb der nationalen Gruppen. Wir waren, von den er-

*) Über Nieuwenhuis siehe die Bemerkungen beim Artikel „Zum Züricher Kongreß" vom 21. Juli 1893. (Siehe Seite 419.)

wähnten Ausnahmen abgesehen, durchaus einig im Ziel; aber die Vertreter jener Länder, die noch nicht zur einheitlichen Organisation der Partei gelangt sind, verpflanzten ihren häuslichen Streit über die Taktik und Form der Organisation auf den Boden des Kongresses. Das war insbesondere bei den Franzosen der Fall und führte zu dem diesmal leider praktisch unausweichlichen, aber sehr bedenklichen Beschlusse der Teilung der französischen Delegation in zwei Sektionen. Die quantitativ wie qualitativ glänzende Vertretung des französischen Sozialismus litt bedauerlicherweise sehr unter dieser Sachlage. Aber es war nötig, wollten wir nicht, daß die eigentlich sozialdemokratische Gruppe der Franzosen, die unter der Führung von Guesde, Lafargue, Deville, Jaurès im letzten Jahre von Sieg zu Sieg geschritten ist, majorisiert werde von einer gemischten Gruppe, die im Lande weit weniger bedeutet, und deren Mandate zum Teil sehr zweifelhaft waren. Mit der internationalen Solidarität aber haben diese inneren Angelegenheiten der Franzosen so wenig zu tun wie der Streit der einzelnen sozialistischen Organisationen in England. Die Bourgeoisie, die sich von ihren Reportern trösten und irreführen läßt, wird zu spüren bekommen, wie ernst, tief und unverbrüchlich die Solidarität der Arbeiterklasse aller Länder ist.

Die Bedeutung des Londoner Kongresses läßt sich in wenigen Zeilen nicht erschöpfen, am allerwenigsten eine gebührende Kritik an seinen Beschlüssen üben. Eine ganze Anzahl von ihnen litt unter der Hast, die die überreiche Tagesordnung auferlegte, und hätte vielfach klarer und präziser sein können. Die Hauptrichtung des Kongresses aber war gesund und erfreulich, und seine praktische Wirkung beschränkt sich nicht auf Beschlüsse, sondern liegt vielleicht noch mehr in dem persönlichen Verkehr, in dem gesteigerten gegenseitigen Verständnis von Hunderten von Delegierten, die nun nach Hause ziehen, um weltenweit voneinander getrennt und doch vereinigt den großen, gewaltigen Kampf zu führen.

London, der prunkende Thron des Königs Mammon, der umspült wird vom brandenden Meere des Elends, London hat die Gründung der Internationale gesehen, es sah jetzt eine großartige Heerschau der Streitkräfte des Proletariats aller Länder, dessen geschichtliche Mission es ist, den Thron Mammons zu stürzen und jenes Meer von Tränen zu trocknen.

# Der Triumph der Internationale.

„Arbeiter-Zeitung" vom 25. August 1907*).

Mit dem Gefühl stolzer Genugtuung, mit dem Bewußtsein der Kampfbereitschaft und der Siegeszuversicht sind die Vertreter des kämpfenden Proletariats aller Länder heute auseinandergegangen.

*) Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart fand vom 18. bis 24. August 1907 statt. Adler hat unmittelbar nach Schluß des Kongresses diesen Artikel nach Wien telegraphiert.

Der internationale Sozialismus war immer die Hoffnung und die Zukunft, er beginnt eine Macht und wirkende Gegenwart zu werden. Das sind nicht mehr Apostel, einsame Rufer in der Wüste des Kapitalismus, das ist ein wachsendes, weltumfassendes Heer, mit eigenem, blühendem, vielgestaltigem Leben von Gedanken, fähig der Zusammenfassung zu gemeinsamem Wollen, zu einheitlichem Entschluß, zu zielbewußter Tat.

Stuttgart hat gezeigt, welchen bedeutsamen Fortschritt die moderne Internationale gemacht hat, seitdem sie sich 1889 in Paris zuerst konstituierte. Die ungeheuren technischen Schwierigkeiten dieses vielsprachigen Weltparlaments werden mehr und mehr überwunden. Geordnete sachliche, eingehende Erörterung ist möglich geworden und komplizierte Fragen wie die der Kolonialpolitik, der Ein- und Auswanderung, der Gewerkschaft und Partei konnten ernsthaft und gründlich verhandelt und erledigt werden. Die Frage aber, die für die internationale proletarische Politik wenn nicht die wichtigste, doch gewiß die schwierigste ist, brachte dem Kongreß seinen größten Erfolg: die Resolution, welche die Taktik in der Frage des Militarismus und der internationalen Konflikte festgestellt, wurde unter brausendem Jubel und einstimmig beschlossen.

Nicht etwa in Gegensätzen der prinzipiellen Anschauungen lag hier die Schwierigkeit, vielmehr hat die mehrtägige, in alle Tiefen der Frage hineinleuchtende Debatte in der Kommission gezeigt, daß in nichts die Sozialisten aller Länder so einmütig sind als in der Entschlossenheit, den Militarismus zu bekämpfen, der ein Werkzeug der kapitalistischen Herrschaft, und den Krieg, der ein Exzeß ihrer Raubgier ist*).

Aber der absoluten Einheit des Zieles steht gegenüber die Verschiedenheit der Möglichkeiten des Kampfes. Der Kongreß mußte sich überzeugen, daß es auch hier unmöglich ist, dem Strome der geschichtlichen Entwicklung sein Bett vorzuschreiben und die Pflichten des Proletariats gegenüber dem Kriege in ein festes Aktionsprogramm einzuschließen, das, wäre es noch so weit, nicht alle Möglichkeiten umfassen könnte.

So wurde denn diese Resolution beschlossen, die nicht etwa in klingende zu nichts verpflichtende Rhetorik auflöst, was der Wille des Proletariats ist, sondern die dem Militarismus und dem Kriege die ganze Kraft des Proletariats entgegensetzt, die kein Kampfmittel festlegt und kein Kampfmittel ausschließt. Der Antimilitarismus des Proletariats hat nichts zu tun mit der Friedensfreundschaft der Bürgerlichen, die vermeinen, den Krieg beseitigen zu können, wenn

*) Siehe Adlers Reden auf dem Stuttgarter Kongreß zum Punkt „Militarismus und internationale Konflikte" im Abschnitt über Militarismus und Krieg sowie seine Rede über „Männerstimmrecht und Frauenstimmrecht".

die Klassenherrschaft weiterlebt, die nicht merken, daß sie dem heutigen System sein bestes Stück, sein Herz aus dem Leibe amputieren wollen. Wirksame Friedenspolitik kann nur proletarische Politik sein und ist von ihr nicht zu trennen.

Die allmächtig erwachende Friedensliebe der Mächtigen hat ihre Quelle vor allem in der Furcht vor dem Erstarken und Wachsen der Kampffähigkeit des klassenbewußten Proletariats. Dem Chauvinismus und Mordspatriotismus in allen Ländern stellen sich, mehr und mehr zu wirksamer Tat befähigt, die geschlossenen Reihen der Proletarier entgegen, gleich beseelt von glühender Liebe zum eigenen Volke wie von der brüderlichen Solidarität mit ihren Klassengenossen aller Zungen. Jedes Stück Macht, das dem sozialistischen Proletariat zuwächst, ist ein Stück Boden, das dem Militarismus abgerungen ist. Von Tag zu Tag mehr wird die Internationale zur entscheidenden Bürgschaft für den Frieden. Täglich mehr werden die Bestrebungen und die Kämpfe der sozialistischen Parteien aller Länder nicht etwa uniformiert, aber in bewußten Zusammenhang gebracht. Das Internationale sozialistische Büro in Brüssel ist keine bürokratische Behörde, die pedantisch schulmeistert und reguliert, aber ein Zentrum des sozialistischen Lebens, das in allen Ländern mit steigender Kraft pulsiert.

So waren die Stuttgarter Tage erhebend und fruchtbar. Mit gesteigertem Mute, mit einem Zuwachs an Kraft, an Hoffnung kehren die Abgesandten des Proletariats zurück in ihre Heimat, die ihr Kampfposten ist, neu gestärkt durch die lebendige Anschauung, wie der Sozialismus vorwärtsschreitet und die Welt zu umfassen und zu durchdringen beginnt; jeder einzelne gestärkt in dem Entschluß, in dem Kampfe gegen Ausbeutung und Klassenherrschaft seinen ganzen Menschen einzusetzen, um diese herrliche Welt dem Menschentum, der Freiheit zu erobern. v. a.

# Der internationale Kongreß in Wien.

Referat*). — Parteitag 1913.

Es ist Ihnen bekannt, daß in Kopenhagen auf dem internationalen Kongreß im Jahre 1910 beschlossen wurde, den nächsten Kongreß im Jahre 1913 abzuhalten. Als unsere Einladung, den Kongreß in

*) Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Österreich, der vom 31. Oktober bis 4. November 1913 in Wien stattfand, war auch der Punkt „Der Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Wien" auf die Tagesordnung gestellt, und es war auch Camille Huysmans (Brüssel) als Vertreter des Internationalen Sozialistischen Büros erschienen, um selbst die ersten Vorbereitungen zu treffen. Auf dem Kongreß wurde auf Antrag Adlers folgende Resolution beschlossen:

Wien abzuhalten, angenommen wurde, war es für uns eine freudige Überraschung. Aber ich sage es offen, eine Überraschung, weil wir selbst, die wir Österreich kennen, nicht gehofft haben, daß sich der politische Ruf Österreichs in der internationalen Welt so verbessert hat (Heiterkeit), daß man dem alten Österreich zutraut, es werde ein internationaler Sozialistenkongreß hier ohne Schwierigkeiten stattfinden können. Denn wir, die Partei, wir sind ja besser als dieses Österreich, und ich hoffe, daß die Zweifel, die bei unseren ausländischen Genossen bestanden, sich nicht auf uns, auf die Partei, bezogen haben. Aber nach einiger Überlegung haben wir uns gesagt: Gut, wir wollen diesem Österreich das vielleicht nicht ganz verdiente Kompliment machen (Heiterkeit), aber wir hoffen und wir haben die Erwartung, ja die Sicherheit, daß auch die politischen Bedingungen danach angetan sein werden, uns die Abhaltung des Kongresses ohne Schwierigkeiten zu ermöglichen.

Nun ist im vorigen Jahr etwas eingetreten, was allerdings den Ruf Österreichs nicht verbessert und was die Schwierigkeiten für den Kongreß augenblicklich sehr vermehrt hat. Als wir im Oktober vorigen Jahres zur Sitzung des Internationalen Büros zusammenkamen, standen wir vor der Tatsache des Ausbruches des Balkankrieges, und Sie erinnern sich sehr gut daran, welch ungeheuer gespannte Atmosphäre in ganz Europa, besonders aber hier in Wien herrschte. Wir mußten uns sagen, es sei außerordentlich bedenklich, für den August dieses Jahres einen Kongreß, der noch eine ganze Reihe von Vorbereitungen braucht, gerade nach Wien in die unmittelbare Nähe des Kriegsschauplatzes, in das Zentrum der diplomatischen Verwicklungen einzuberufen. Zugleich aber war es notwendig, daß die Internationale gegenüber der Kriegsgefahr sofort und mit aller Energie, mit dem ganzen Aufwand an Autorität, über die das Proletariat aller Länder gemeinsam verfügt, eine große Manifestation veranstaltete. Unter diesen Umständen wurde beschlossen, anstatt des Kongresses, der heuer im Jahre 1913 hätte stattfinden sollen, sofort einen internationalen Kongreß nach Basel einzuberufen. Sie erinnern sich, welch glänzenden, geschichtlich denkwürdigen Verlauf diese Manifestation genommen hat und welche Wirkung nach außen, auf die gesamte Öffentlichkeit diese Manifestation des Proletariats gehabt hat. Nun ist ein weiteres Jahr abgelaufen und der Kongreß wird anstatt in diesem Jahre im nächsten Jahre, und zwar, wie beschlossen, in Wien stattfinden.

---

Der Parteitag nimmt mit freudiger Genugtuung zur Kenntnis, daß der Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Wien stattfinden wird und beauftragt die Parteivertretung, mit den Gewerkschaften in Fühlung zu treten und im Einvernehmen mit dem Internationalen Sozialistischen Büro alle Vorbereitungen zu treffen, um die Vertreter der Internationale in Wien würdig zu empfangen.

Aus dem Kongreß ist dann bekanntlich nichts geworden, da im Jahre 1914 der Krieg ausbrach.

Da ich die politischen Schwierigkeiten, die mit der Gestaltung dieses Österreich zusammenhängen, erwähnt habe, will ich Ihnen nicht verhehlen, daß die Behandlung, die unser Baseler Kongreß nachherin Österreich erfahren hat, die Art und Weise, wie mit der Baseler Resolution hier in Wien Justiz und Preßpolizei und Parlament umgegangen sind, ich verhehle Ihnen nicht, daß dieser Rückfall in das älteste Österreich mir einigermaßen Bedenken gemacht hat, wie sich Österreich zu unserem Kongreß verhalten wird. Aber ich sage mir, das war ein Ausnahmsfall, es war mitten in der Aufregung, die die Kriegshetze erzeugt hatte. Außerdem ein Ausnahmsfall insofern, als Polizei, Regierung und Parlament in größter Verlegenheit waren, wie sie gegenüber dieser unerhörten, noch nie dagewesenen Demonstration, die in Basel stattgefunden hat, sich verhalten sollen. Und es ist eine Tatsache, wenn das auch nie ausgesprochen wurde, daß man sich hernach von oben bis unten, von der Regierung bis in alle bürgerlichen Parteien hinein geschämt hat (Lebhafter Beifall), mit Recht geschämt hat, eine solche Dummheit gemacht zu haben. Ich hoffe also nach alledem, daß wir nun auch nach dieser Seite hin den Kongreß mit gutem Gewissen hier aufnehmen können und daß wir gegen den abermaligen Rückfall der Regierung ziemlich gesichert sein werden.

Es erübrigt sich, zu beraten, was notwendig ist, um den Kongreß zu empfangen. Ich erinnere Sie daran, daß dieser internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß ein Jubiläumskongreß nach zweifacher Richtung sein wird. Am 28. September 1864 wurde in London in der Martins Hall die alte Internationale gegründet und der Wiener Kongreß wird also ein Jubiläum des fünfzigjährigen Gedenktages der Gründung der ersten Internationale sein. Es ist hier nicht meine Aufgabe, Ihnen auch nur in den größten Zügen ein Bild von dem Inhalt der Geschichte dieser fünfzig Jahre aufzurollen, von der Geschichte des Proletariats in diesem halben Jahrhundert. Es genüge, Sie daran zu erinnern, daß die alte Internationale zu ihrer Zeit etwas war, was in den Gehirnen nur weniger Menschen eine wirksame deutliche Gestalt gehabt hat, während heute die Internationale der Ausdruck der organisierten Arbeit des Proletariats der ganzen Welt ist.

Wenn wir uns das noch deutlicher vor Augen halten wollen, so brauchen wir uns nur daran zu erinnern, daß im nächsten Jahre noch ein zweites Jubiläum gefeiert wird, das eines Vierteljahrhunderts. Es werden fünfundzwanzig Jahre vergangen sein seit der Erneuerung der Internationale auf dem Kongreß in Paris im Jahre 1889, und wenn wir, so alt manche von uns sind, doch noch, auch die ältesten von uns, zu jung sind, um vom ersten Vierteljahrhundert der Internationale aus eigener Erfahrung, aus eigenem Erleben viel zu wissen, so haben alle das Vierteljahrhundert seit dem Pariser Kongreß im lebhaftesten Gedenken. Dieses Vierteljahrhundert, es ist unser aller Leben, unser

aller Arbeit. Und so wird der internationale Kongreß in Wien nach allen diesen Richtungen Gedankenreihen eröffnen über den Weg, der uns führte von London über Paris bis Wien.

Die eine Tatsache schon, daß man überhaupt in Wien einen internationalen Sozialistenkongreß abhalten kann, ist sowohl aus der Perspektive von 1864 als auch — beinahe noch mehr — aus der Perspektive von 1889 ein Beweis für den Fortschritt, den das internationale Proletariat überhaupt und den auch das Proletariat unseres Landes in dieser Zeit gemacht hat.

Nur noch wenige Worte über die technischen Bedingungen des Kongresses. Der Kongreß wird selbstverständlich veranstaltet von dem Internationalen sozialistischen Büro und wir sind nur die Wirte, die ihre Gäste selbstverständlich mit der größten Freude und mit brüderlicher Freundschaft hier empfangen. Es ist zunächst notwendig, sich über die Zeit des Kongresses zu einigen, und obwohl die endgültige Entscheidung Sache des Internationalen sozialistischen Büros sein wird, das in einigen Wochen in London zusammentritt, so schlagen wir doch vor, daß wir den Wunsch aussprechen, daß der Kongreß in der letzten Augustwoche hier in Wien stattfinde, im schlimmsten Falle aber, wenn sich irgendwo unübersteigliche Hindernisse zeigen sollten — aber nur ungern — in der ersten Septemberwoche. Ich verweise auf diesen Punkt darum, weil ich weiß, daß eine ganze Reihe internationaler Fachkongresse nur abwartet, daß der Zeitpunkt fixiert ist, um ihrerseits ihre Vorkehrungen zu treffen, und ich betone, daß es in einer großen Stadt wie Wien nicht gleichgültig ist, wann ein solcher Kongreß stattfindet. Es handelt sich da um die Unterkunft vieler Personen, und diese läßt sich in dieser Zeit viel leichter beschaffen. Auch für die Lokale, die wir für den Kongreß in Aussicht nehmen können, müssen wir jene Zeit wählen, die sie nicht für anderes in Anspruch nimmt. Es ist selbstverständlich, daß nur die allergrößten und allerschönsten Säle in Wien gerade gut genug sind, um unsere Genossen zu empfangen. Die organisatorischen Vorkehrungen werden von der Partei im Einvernehmen mit den Gewerkschaften — es ist ein Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß — und selbstverständlich mit dem Internationalen sozialistischen Büro getroffen werden, und ich werde Sie am Schlusse meiner Ausführungen bitten, dem Parteivorstand ein Mandat zu diesem Zwecke zu geben.

Nun ist es eine sehr bedauerliche Tatsache, die ich nur mit einem Satz andeuten will, daß wir nicht, was wir in Kopenhagen noch hoffen konnten, den internationalen sozialistischen Kongreß mit einer völlig geeinigten Partei empfangen können. Wir können das nicht ändern und ich will darüber kein weiteres Wort sprechen. Wir können in dieser Sache leider nichts tun.

Nun zur Tagesordnung des Kongresses.

Ich habe Ihnen darüber nur die vorläufigen Mitteilungen zu machen, die möglich sind, ohne dem Büro vorzugreifen. Wir haben noch auf der Tagesordnung einen Rest von Kopenhagen, einen

Antrag von Keir Hardie und Vaillant, der die Frage aufwirft, welche Mittel dem Proletariat zur Verfügung stehen, um im Kriegsfall einzuwirken durch die Arbeiter der staatlichen Betriebe und die Verkehrsarbeiter, insofern sie für den Krieg gebraucht werden. Das ist ein Rest, der noch zu erledigen ist; ich vermute aber — ohne einen Antrag auszusprechen an dieser Stelle, wo er ja nicht hingehört — daß dieser Punkt im Zusammenhang mit der Frage des Imperialismus und Militarismus erledigt werden wird. Daß diese Frage, die brennendste für die ganze Welt, Gegenstand der Erörterung des Kongresses sein wird, das versteht sich von selbst, und ich meine, daß auch im Zusammenhang mit diesem Punkt eine Anregung der sozialistischen Organisationen von Saloniki, über die Orientfrage und die Internationale zu reden, behandelt werden wird. Es ist nun weiter von der sozialistischen Partei Argentiniens ein Antrag gestellt worden, die sozialistische Agrarpolitik auf die Tagesordnung des Kongresses zu stellen. Diejenigen, die sich mit der Frage überhaupt beschäftigt haben und die sich erinnern, welche Schwierigkeiten sich einer einheitlichen und zusammenfassenden Erörterung der Agrarpolitik nicht auf internationalen, sondern auf nationalen Kongressen entgegenstellen, und wie schwierig es ist, gerade diese an den Boden und an die Verschiedenheiten des Bodens gebundene Frage prinzipiell zu erörtern, der wird wohl mit uns der Meinung sein, daß es nur ein unendliches Reden auslösen müßte, für das das Wort „uferlos" erst erfunden werden müßte, wenn wir international über die Agrarfrage sprechen würden. (Heiterkeit.)

Darüber müssen wir vorläufig noch unsere Gelehrten arbeiten lassen. Ich hoffe, wir werden zu manchen guten Büchern noch einige dazu bekommen; dann wollen wir später einmal sehen: heute, glaube ich — das ist meine Meinung — wird es dem Kongreß nicht möglich sein, diese Frage irgendwie fruchtbringend zu erörtern.

Anders steht es mit dem Antrag der französischen Delegation, die Lebensmittelteuerung auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist in der Tat eine internationale Erscheinung, die der heutigen Gestalt des Kapitalismus einen wesentlichen Zug verleiht, eine Erscheinung, die schon von dem Kongreß sachgemäß und bis zu einem hohen Grad aufklärend und zielführend erörtert werden kann. Wir werden also zunächst diese zwei Gruppen von Fragen haben, auf der einen Seite die, die mit der Weltpolitik, dem Imperialismus und Militarismus, zusammenhängen, auf der anderen die, die mit dem Kapitalismus in einem engeren Sinne zusammenhängen, zunächst also die Lebensmittelteuerung und — darüber werden wir uns vielleicht im Büro noch auseinandersetzen — wieder eine spezielle Frage des Arbeiterschutzes. Vielleicht wird es gerade nach den Erfahrungen mit der Berner Konferenz angezeigt sein, vom internationalen Arbeiterschutz, wie wir ihn verstehen, auf dem Kongreß zu sprechen. Vielleicht werden wir dabei — es gibt doch eine Reihe von Ländern, wo Parteigenossen

das innere Getriebe der Diplomatie ihrer Staaten zu erkennen in der Lage sind — interessante und wichtige Aufschlüsse bekommen. Es werden also die Fragen des Arbeiterschutzes und des Kapitalismus wahrscheinlich nach dieser Richtung hin zur Erörterung kommen. Über all das aber haben wir nicht zu beschließen.

Erwähnen möchte ich, daß das Internationale Büro dafür sorgen will und diese Absicht schon ausgedrückt hat, daß über die Fragen, die zur Erörterung kommen sollen, in gründlicherer Weise als bisher Vorarbeiten geleistet werden. Es sollen durch besondere Kommissionen die Referate vor dem Kongreß vorgearbeitet und den Delegierten vorher zugänglich gemacht werden.

Sie alle haben wohl mit mir das Gefühl: wir haben vor uns eine Aufgabe, deren Würde — aber auch deren Bürde wir vollständig erkennen. Es ist keine leichte Aufgabe, einen internationalen Kongreß zu ordnen und aufzunehmen. Aber wir hoffen, ihr organisatorisch gewachsen zu sein, und setzen es dabei als selbstverständlich voraus, daß die Wiener Genossen der Parteivertretung zur Seite stehen werden. (Beifall.) Die Arbeiten werden mit jener Pünktlichkeit und organisatorischen Exaktheit, die wir in Wien endlich erlernt haben, erledigt werden, und wir hoffen, wir werden den internationalen Sozialistenkongreß, die bedeutendsten Vorkämpfer des internationalen Proletariats aller Länder, jene Schar von Menschen aller Zungen, die im Vorkampf stehen für die Zukunft, für die Freiheit, für die Erfüllung der geschichtlichen Mission des Proletariats, hier in Wien, auf dem alten Boden reaktionärer Kongresse, so empfangen, daß einmal von einem Wiener Kongreß etwas anderes ausgehen wird als Unrecht und Bedrückung, daß von ihm ausgehen wird geschichtliche Arbeit für die Fortentwicklung der Menschheit durch das Eingreifen des klassenbewußten Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

# Generalstreik.

## Die Taaffesche Wahlreform und der Generalstreik*).

Parteitag 1894.

Wie ich vorausgesehen habe, ist insbesondere die Periode zwischen 10. Oktober 1893 und Anfang Februar 1894 ins Auge gefaßt worden von jenen Rednern, die gegenüber der Parteivertretung Vorwürfe erhoben haben, die Periode nämlich, wo es

*) Wenn auch die Taktik im Wahlrechtskampf Gegenstand eines besonderen Bandes sein soll, also außerhalb des Rahmens dieses Bandes fällt, so sind doch die Ausführungen über den Generalstreik auch an sich für die taktischen Anschauungen Adlers von Bedeutung, so daß sie in diesem Band Platz finden müssen.

Das Referat über den Punkt „Das Wahlrecht und der Generalstreik" hatte Dr. Ellenbogen erstattet. Vorausgegangen war eine Debatte über den Wahlrechtskampf, die sich an den von Adler erstatteten Parteibericht anschloß. Zum Verständnis der weiteren Ausführungen sei kurz erwähnt, daß Graf Taaffe, der Ministerpräsident des Ausnahmszustandes und der Verfolgungen der Arbeiterschaft, zur allgemeinen Überraschung urplötzlich am 10. Oktober 1893 eine Vorlage einbrachte, die für die Kurien der Städte und Landgemeinden den Steuerzensus abschaffte und das allgemeine Wahlrecht einführte, dabei aber die Kurien der Großgrundbesitzer und der Handelskammern bestehen ließ, so daß also neben 85 Abgeordneten des Großgrundbesitzes und 21 der Handels- und Gewerbekammern 247 Abgeordnete des allgemeinen Wahlrechtes gewesen wären. Diese Konstruktion war deshalb gewählt worden, weil auf diese Weise -- wegen Aufrechterhaltung der Kurien — keine Verfassungsänderung notwendig war, Graf Taaffe aber hoffte, die einfache Mehrheit ohne Schwierigkeiten zu erreichen. (Über die Vorgeschichte der Taaffeschen Wahlreform siehe namentlich die Ministerratsprotokolle bei Brügel. IV. 194 ff.) Taaffe hatte sich allerdings getäuscht, denn es bildete sich sofort eine Koalition der um ihre Mandate zitternden Abgeordneten, der Konservativen unter Führung des Grafen Hohenwart, der Vereinigten Deutschen Linken (des deutschen liberalen Bürgertums) unter Plener und der Polen unter Jaworski. Graf Taaffe wurde gestürzt, nachdem er 14 Jahre regiert hatte. Am 11. November 1893 wurde unter dem Vorsitz des Fürsten Alfred Windischgrätz das Koalitionsministerium gebildet, dem auch Plener und Jaworski angehörten. Alle möglichen Wahlreformprojekte wurden von dieser Koalition ausgedacht. Aber erst Badeni brachte seine Wahlreform der Anfügung einer Kurie des allgemeinen Wahlrechts mit 72 Abgeordneten an die bestehenden

in Frage stand, ob nach der Einbringung des Taaffeschen Wahlreformentwurfes unsere Partei in den Streit zwischen den koalierten Parteien und dem Grafen Taaffe das Schwergewicht einer großen Demonstrationsbewegung hineinwerfen soll, was nicht anders gedeutet werden konnte, in ihrer Wirkung auch nichts anderes gewesen wäre, als eine Parteinahme für die Regierung des Grafen Taaffe, die wir durch 14 Jahre auf unserem Rücken gefühlt haben. (Beifall.)

Die Parteileitung muß es sich angelegen sein lassen, daß das Proletariat, welches in der Bewegung steht, klar sehe, nicht irregeführt und auf Abwege gebracht wird. Für uns war es das Wichtigste, und das ist zugleich die Lebenfrage der Partei, daß der klassenrevolutionäre Geist des Proletariats, den wir durch jahrelange Erziehung gefördert haben, erhalten bleibt und in der sozialdemokratischen Partei keine Zweideutigkeit eintritt. Das war die Erwägung bei unserem Vorgehen. Es durfte nicht ein Delegierter hier, nicht einmal irgendeiner aus der breiten Schichte unserer Genossen draußen den Verdacht haben, daß die Sozialdemokratie, eine revolutionäre Partei, sich irgendeiner Regierung zur Verfügung stellte zu einem Zwecke, von dem es überdies sehr zweifelhaft war, ob er auch erreicht wird.

Es wurde hier das Wort „Verrat" ausgesprochen. Der Genosse Hueber wagte es nicht vor sich selbst, nicht vor seinem eigenen Gewissen, dieses Wort irgendwie ernstlich zu meinen. Er hat es hingeworfen nur als einen Gedanken, der ihm durch den Kopf gegangen ist. Ob es klug war, ihn hier öffentlich auszusprechen, das hat er mit sich selbst auszumachen.

Eine zweite Reihe von Anwürfen bezieht sich darauf, daß die Parteivertretung zu viel mit Gesetzlichkeit arbeite, daß jede Aktion in bezug auf die bestehenden Gesetze genau in Erwägung gezogen werde. Richtig ist, daß noch keine einzige Aktion, die von der Parteivertretung als solcher ins Werk gerufen wurde, mit Recht als mit dem Gesetz in Widerspruch stehend bezeichnet werden konnte. Nun, Parteigenossen, diese Verhandlungen wurden nicht von uns, sondern von den Behörden eingeleitet und es liegt gerade der Erfolg unserer Bewegung darin, daß wir der Behörde und der Polizeiwillkür Stück für Stück den Boden abgraben, daß unsere Macht größer wird, ohne daß wir diese Macht anwenden müssen.

---

privilegierten vier Kurien am 14. Juni 1896 (wo die kaiserliche Sanktion erfolgte) fertig.

Auf dem Parteitag, der zu Ostern (25. bis 31. März) 1894 in Schwenders „Amorsaal" in Wien stattfand, stand der Wahlrechtskampf vor allem zur Beratung. Die Parteivertretung wurde heftig angegriffen, daß sie nicht sofort mit dem Generalstreik für Taaffe eingetreten sei und Anton Hueber (der nachmalige Sekretär und dann Obmann der Reichsgewerkschaftskommission, damals Leiter der Drechslergewerkschaft, Delegierter des Bezirkes Wien XV) war der Führer der Opposition. Dabei sagte er unter anderem, er mißtraue der Parteileitung und er habe geglaubt, daß ein Verrat geübt wurde. (Dies die Worte, auf die Adler später anspielt.)

Der Generalstreik wurde in der Debatte als Mittel zur Erreichung des Wahlrechtes hier von beinahe allen Rednern empfohlen, ein einziger Genosse, Hannich*), der sehr scharf die Schwierigkeiten geschildert hat, so daß er ihn beinahe eine Unmöglichkeit nennt, hat trotzdem zum Schlusse gesagt: Verzichten auf das Mittel des Generalstreiks möchte wohl keiner der anwesenden Genossen. Die Genossen, welche hier die Schwierigkeiten des Generalstreiks geschildert haben, verdienen die Achtung der Parteigenossen, weil sie sich einer höchst undankbaren Aufgabe unterziehen, weil sie in einer unpopulären Sache das Wort ergreifen, wozu sehr viel Mut gehört. Auch ich gehöre zu jenen Genossen, die den Generalstreik für eine viel gefährlichere Sache gehalten haben als andere, und es ist wahr, daß ich gegen die Art der Agitation, wie sie auf der Feuerwerkswiese**) durch nach meiner Ansicht ganz unglücklich gewählte Worte eingeleitet wurde, Stellung genommen habe; ebenso aber ist es wahr, daß ich gegen die Diskussion des Generalstreiks nichts hatte, sondern glaubte, daß wir die Verpflichtung haben, in dieser uns aufgedrängten Diskussion jedes Mittel, um vorwärtszukommen, in Aussicht zu nehmen und vorzuberaten. Die Regierung und das Parlament sollen überzeugt werden, daß die Arbeiterschaft sich im äußersten Notfall nicht scheut, auch die äußersten Mittel zu ihrer politischen Selbsterhaltung anzuwenden.

*) Josef Hannich, der Delegierte von Steinschönau in Böhmen, von Beruf Weber, einer der Begründer der nordböhmischen Arbeiterbewegung; er hatte schon im Jahre 1868 (fünfundzwanzig Jahre alt) dem „sozialdemokratischen Komitee" in Reichenberg angehört, war 1874 der Begründer des Parteiblattes „Arbeiterfreund" in Reichenberg, war seit 1878 Redakteur des Blattes bis Juni 1882, wo er wegen „Geheimbündelei" verhaftet und in Ketten nach Prag geschleppt wurde. Nach sechsmonatiger Haft wurde er vom Landesgericht zu drei Monaten Arrest verurteilt und dann aus Prag ausgewiesen. (Zu dieser Art Prozesse siehe den Artikel „Geheimbündelei" vom 25. Mai 1888.) 1886 übernahm er die Redaktion des Brünner „Volksfreund" und 1891 die des Parteiblattes in Steinschönau. Von 1897 bis 1911 war er Abgeordneter von Reichenberg, mit Ausnahme der kurzen Zeit von Ende 1905 bis zur Fertigstellung der Wahlreform, wo er zu Adlers Gunsten zurückgetreten war. Während des Parteistreites unter dem Ausnahmsgesetz war er der Führer der „Gemäßigten", trat aber entschieden für die Einigung ein.

**) Auf der Feuerwerkswiese im Prater hatte am 20. August 1893 eine riesige Versammlung stattgefunden, auf der zum erstenmal die Drohung mit dem Generalstreik ernsthaft propagiert wurde. Nach Anton Schrammel, der als Referent, wie in dem (bei Brügel IV, 188, abgedruckten) Polizeibericht gesagt wird, „ziemlich mäßig" sprach, traten Reumann und Ellenbogen mit den schärfsten Worten für den Generalstreik ein. (Siehe Brügel IV, 189.)

Von den Höhepunkten des Wahlrechtskampfes seien hier noch die zwei Massenversammlungen in der Volkshalle und im Arkadenhof des Rathauses am 9. Juli 1893 und die Massenversammlungen im ganzen Reich (in Wien allein 15 Versammlungen) zur Eröffnung des Parlaments am 9. Oktober 1893 erwähnt.

Das zwingt uns zur genauen Überlegung dessen, was in unseren Kräften steht. Wir können nicht mehr Kraft einsetzen, als wir haben. Und wenn wir über unsere Kräfte die Gegner täuschen können, so mag das für uns von Vorteil sein; wehe aber der Partei, wenn sie sich selbst über ihre eigene Kraft täuscht. Das zu verhindern, ist unsere Aufgabe und dazu war dieser Parteitag notwendig. Wenn Sie die Reden im Geiste vorüberziehen lassen, sehen Sie wieder ein Beispiel, wie nicht bloß im Großen, sondern auch im Individuellen jeder das Produkt der ihn umgebenden, hauptsächlich ökonomischen Verhältnisse ist. Wir waren gar nicht in der Lage, einen Überblick zu bekommen, weder über den Willen, noch über die Fähigkeit des Proletariats, in der Sache vorwärtszukommen, vor diesem Parteitag. Wir haben gehört, wie der Proletarier der Residenz ganz anders über die Dinge denkt als der Vertreter der Proletarier in einem hausindustriellen Bezirk Böhmens oder Mährens. Hier können wir erst ein Urteil gewinnen über die Verhältnisse, und mancher, der gekommen ist, um den Parteitag zu belehren, wird vom Parteitag als Belehrter weggehen. Ich habe sehr viel gelernt. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Verschiedenheiten der Verhältnisse ein einheitliches Vorgehen nur mit großen Schwierigkeiten möglich machen. Nun gehöre ich nicht zu denjenigen, die das Ideal des Generalstreiks recht hoch stecken, damit sie ja nicht dazukommen, ihn praktisch anzuwenden, aber so viel ist sicher, daß, wenn eine solche Arbeitseinstellung nicht mit einer ungeheueren Wucht, und zwar nicht nur in den Großstädten, sondern weit hinein in die kleinen Fabrikstäler, eintritt, dann der Generalstreik von vornherein verloren ist, und um so mehr verloren ist, wenn damit das verknüpft ist, was Schuhmeier und Saska als Volkserhebung bezeichnen. Parteigenossen, es ist ein öffentliches Geheimnis, der belgische Massenstreik*) hat wenige Tage gedauert, und wir wissen nicht, wie lange er hätte fortgeführt werden können, aber so viel wissen wir allerdings, daß er nur gelungen ist und nur möglich war, weil die Armee im Sinne des Militarismus erstens in Belgien nicht vorhanden, und zweitens weil die vorhandene Armee einfach unzuverlässig war. Parteigenossen, was meinen Sie denn zu einer

*) Franz Schuhmeier, der große Wiener Volksredner, braucht nicht weiter vorgestellt zu werden. Nur kurz sei erwähnt, daß er Redakteur der „Volkstribüne" war, des Blattes, das als Ersatz für die von Hanser mißleitete „Volkspresse" gegründet worden war und das das Blatt des großen Wiener Proletarierbezirkes Ottakring war, daß er Abgeordneter von Ottakring war und daß er am 11. Februar 1913 von Paul Kunschak, dem Bruder des christlichsozialen Führers Leopold Kunschak, ermordet wurde. Ignaz Saska war ein alter Tiroler Sozialdemokrat, Vertreter von Innsbruck auf dem Parteitag, aber auch schon auf dem Internationalen Kongreß in Zürich 1893.

Der belgische Massenstreik war im Jahre 1893 und hat im April 1893 den Arbeitern das allgemeine Wahlrecht gebracht. Seither drohte man in den österreichischen Versammlungen immer damit, „belgisch zu reden".

Volkserhebung, die sich auf einige große Städte mit großen Garnisonen konzentriert? Mit dieser Volkserhebung — nennen Sie diese nun Generalstreik oder wie Sie wollen — wird unsere sehr zuverlässige Armee fertig. Sie sehen, ich habe wieder die Kanonen vor Augen; anders aber steht die Sache, wenn es sich um eine Arbeitseinstellung handelt, die in die Breite geht, ebensosehr wie in die Tiefe, wenn in dem letzten Tale, wo eine Fabrik isoliert steht mit 500 Arbeitern, die Arbeit ruht; wenn in Wien täglich Hunderte von Depeschen einlaufen: auch bei uns, auch bei uns, auch bei uns.

Da hilft dann die Armee nicht, da ist es dann nicht die einfache Frage, wieviel Patronen der Mann zugeteilt erhalten hat; dann kommt es auf Dinge an, die nicht mehr mit Bajonetten zu schützen sind, weil man die Bajonette nicht mehr verteilen kann. Darum, Genossen, dürfen Sie weder den Generalstreik sich so umfassend vorstellen, aber Sie dürfen auch nicht glauben, wenn die Bezirksorganisationen der Provinzen und der Hauptstadt Wien beschließen: nun geht es los, daß damit schon etwas geschehen sei.

Ich bin der Ansicht, daß man den Massenstreik nur anwenden darf, wenn man muß. Es gilt für jeden von uns, daß unser Leben uns nichts gilt gegenüber dem Zweck, der zu erreichen ist. Das gilt für den einzelnen. Auch die Partei hat ein Leben. Auch für die Partei handelt es sich in gewissen Momenten um Tod und Leben. Es handelt sich da nicht nur um die aufgespeicherte Arbeit von jahrelanger Organisation von Hunderten und Tausenden von Genossen, sondern es ist vor allem auch die Zukunft der Partei und wir sind auch verantwortlich für die Niederlage in einem solchen Falle, die gleichbedeutend ist mit dem ungeheuersten Rückschlag für das ganze Proletariat überhaupt. (Sehr richtig!) Wir d ü r f e n diese Mittel nicht früher anwenden, bis wir sagen können, es ist unsere Überzeugung, daß erstens die Aussichten, daß dieses Mittel Wirkung habe, so groß als möglich sind, und zweitens, daß uns kein anderes Mittel mehr übrigbleibt, und drittens, daß der Preis dieser Anwendung auch dem Mittel halbwegs gleich wäre.

Die Geschichte der Partei in Österreich weist uns darauf hin, daß der Geist des Proletariats ein anderer ist als in anderen Ländern, und ich wundere mich, daß diese Geschichte so leicht vergessen ist. Diejenigen, die am meisten für den Massenstreik eintreten, um das allgemeine Wahlrecht zu erringen, glauben, es genüge als Motiv nicht das allgemeine Wahlrecht, sondern es müßte gewissermaßen ein gewisses Mehr in die Wagschale gelegt werden, nämlich der Kampf für den Achtstundentag. Diese Genossen versuchen nicht einmal zu beweisen, daß es möglich sei, in einem Sprung beide Forderungen zu erreichen, sondern ihr Motiv ist einfach das, das allgemeine Wahlrecht könnte vielleich nicht genügen, um die Massen herauszubringen (Sehr richtig!) und weil das nicht genügt, muß man noch eine Forderung aufstellen. Aber ich sage, wenn wir mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechtes die Massen nicht herausrufen, dann dürfen wir nicht in den Massenstreik eintreten, dann ist die erste Voraussetzung für den Massen-

streik, die revolutionäre Stimmung, der Höhepunkt der Energie des Proletariats, noch nicht vorhanden, dann können wir nicht, und weil wir nicht können, dürfen wir nicht. (Sehr richtig!)

Aber kann denn nicht der Achtstundentag ganz leicht mit dem allgemeinen Wahlrecht in Verbindung gebracht werden? Er hat nur eine Verbindung, daß er eine populäre und dringende Forderung ist.

Aber wir haben eine ganze Reihe von populären und dringenden Forderungen auf unserem Programm, die ebenso leicht und schwer mit dem allgemeinen Wahlrecht in Verbindung zu bringen wären. Ein Genosse hat auseinandergesetzt, daß die Schwierigkeit des Achtstundentages nicht größer ist wie die des allgemeinen Wahlrechtes; er mag vollständig recht haben. Das eine allein ist aber zu prüfen, ob die Vorbedingungen eines Kampfes für das Wahlrecht dieselben Vorbedingungen sind wie die eines Kampfes für den Achtstundentag, ob nicht vielmehr die Situation, die politische Lage, in welcher das Wahlrecht zu erkämpfen ist, es möglicherweise ganz ausschließt, daß der Achtstundentag zugleich in diesem Moment zu erkämpfen ist.

Es wurde Karl Marx zitiert; ich glaube Marx ziemlich zu kennen, aber auswendig kann ich ihn nicht. Was ich aber von ihm gelernt habe, das war die oberste Regel aller Parteitaktik und vor allem die oberste Regel aller revolutionären Taktik, das ist, daß die Wirklichkeit anzusehen ist.

Wir haben nicht notwendig, die Verkleidungen, die mystischen, die mythischen und religiösen Verkleidungen zu benützen, wie sie die anderen Parteien brauchen, um ihre Götzenbilder auszustaffieren, um die Leute in einen Dusel hineinzutreiben. Unsere Aufgabe vielmehr ist es, den Tatsachen die Maske herunterzureißen und die nackten Tatsachen zu zeigen.

Bei der Frage des Achtstundentages muß ich ein Wort über die Haltung der Bergarbeiter sprechen. Die Bergarbeiter sind für Österreich eine sehr wichtige Branche, sie sind in Österreich beinahe ebenso wichtig, als sie es in Belgien sind. Ja, sie sind für Österreich, das ist meine Überzeugung, noch viel wichtiger, weil die Bergarbeiter, weit mehr als in Deutschland, einen weit höheren Prozentsatz der eigentlichen industriellen Arbeiter einnehmen. Sie bilden eine geschlossene Masse von etwa 110.000 Arbeitern, eine geschlossene, kompakte Masse an wenigen Orten beisammen, die an und für sich eine viel mächtigere Waffe in dem Moment sein werden, wenn sie überhaupt eine Waffe sind. Die Bergarbeiter aber sind zu einem Teil überhaupt nicht organisiert. Das ist nicht ihre Schuld, schuld daran sind die furchtbaren Zustände, unter welchen sie leben. Sie sind zum anderen Teil, obzwar organisiert, nicht einheitlich organisiert und nur zum dritten Teil sind sie, auf einem klaren Programm fußend, in der Organisation. Die Bergarbeiter, die Sie hier sehen, Genossen — müssen sich gerade in ihrer Branche mehr, weit mehr als Vertreter der ganzen Gruppe fühlen, als bei Ihnen allen, weil sie durch die Art ihrer Arbeit,

ihrer Umgebung und Wohnung und durch eine jahrhundertelange Geschichte aufeinander angewiesen sind. Die Bergarbeiter nun sind in dem Sinne eine moderne Organisation nicht. Die Bergarbeiter sind und müssen naturgemäß am empfindlichsten und in erster Linie von dem betroffen werden, was sie am meisten und unmittelbar drückt, und ich glaube nicht viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß, wenn ich in diesem Moment eine Urabstimmung bei den Bergarbeitern einleiten wollte, was ihnen wichtiger erscheine, der Achtstundentag — ich spreche von der Wahlreform gar nicht — oder die Bruderladenreform, die Bruderladenreform eine bedeutende Majorität bekommt. (Vereinzelte Sehr richtig! und Oho-Rufe.)

Das hängt alles zusammen mit den Eigentümlichkeiten dieser Branche, die ich vorhin angedeutet habe und die man kennen muß; man kann da nicht allgemein sprechen. Die Bergarbeiter kommen zu uns und sagen: Wir wissen das sehr genau, daß das allgemeine Wahlrecht nicht nur für das übrige Proletariat, sondern insbesondere für die Bergarbeiterschaft etwas ungemein Wichtiges ist; wir wissen, daß es ein Mittel ist, um die anderen Dinge zu erlangen; aber die, die hinter uns stehen, wollen praktische Erfolge unmittelbar in die Hand haben, und unsere Organisation ist nicht so weit, um das zu beherrschen. Und nun sagen sie weiter, wir sind bereit, mit euch und für uns einzutreten in den Kampf für das allgemeine Wahlrecht. Wenn aber die Bergarbeiterschaft Vertrauen haben soll zur sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft, dann muß diese Arbeiterschaft zeigen, daß sie auch Sinn und Opferwilligkeit für unsere speziellen Bedürfnisse hat. Das ist einfach die Lage. Ein Redner hat dies ein Feilschen genannt, wie im Koalitionsministerium. Genossen! Da besteht ein großer Unterschied. In den Koalitionsregierungen wird gefeilscht. Sie gleichen einem Markte, an dem jede Partei auftritt und sagt: Ich verrate soundso viel Prinzipien, dafür verrätst du so viel deiner Prinzipien. Das ist die Grundlage ihres Vertrages. Wenn aber die Bergarbeiter zu uns kommen und sagen: Wir begreifen und fühlen mit euch, daß das wichtig ist, verlangen aber von euch, daß ihr auch für die anderen Punkte eures eigenen Programms, nicht nur unseres Programms, das volle Gewicht der Partei einsetzet, so ist dies kein Feilschen und kein Markten; das ist einfach die Anerkennnung der Tatsachen in der Bergarbeiterbevölkerung. Sie werden von dieser Seite gedrängt zur Durchführung eines Programmpunktes, wie die anderen von der anderen Seite zur Durchführung des allgemeinen Wahlrechtes.

Ich bin überzeugt, daß es unmöglich ist, in einem und demselben Massenstreik, in einem und demselben Kampf die Forderung des Achtstundentages mit der Wahlrechtsforderung zu verbinden, speziell auch nicht den Massenstreik zu verbinden mit einer Forderung der Bergarbeiter.

Wenn heute der Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht kommt, so brauchen sie ihn nicht erst zu proklamieren; wir brauchen ihre Hilfe für den Massenstreik nicht. Denn wenn wir den

Massenstreik durchzuführen in der Lage sind, wenn wir die Fabriken stillsetzen können, so sind die Bergarbeiter ohnehin stillgesetzt. (Sehr richtig!)

Die ungünstigste Zeit für einen Bergarbeiterstreik für den Achtstundentag wäre aber der Moment, wo es einen Massenstreik der industriellen Arbeiter gibt. Aber es muß beim Punkt „Maifeier und Achtstundentag" in aller Form erörtert werden, daß die Arbeiterschaft erklärt, die Maifeier habe zwar wunderbar der proletarischen Bewegung genützt, aber den Kampf für den Achtstundentag habe sie gar nicht so sehr gefördert, daß endlich mit einer speziellen Achtstundentagbewegung für einzelne Branchen begonnen werden müsse. Jene Branche aber, die in erster Linie für den Achtstundentag in Frage kommt, geschichtlich, der Natur des Betriebes und den Fortschritten nach, sind allerdings die Bergarbeiter. Und da glaube ich, daß der Parteitag beim Punkt „Maifeier und Achtstundentag" erklären soll, die Maifeier solle fortbestehen wie bisher, aber es solle auch der Kampf für den Achtstundentag damit eröffnet werden, daß wir den Bergarbeitern die feierliche Zusicherung geben, daß in dem Moment, wo ihre Organisation kräftig genug ist, um einen Schritt zur Erkämpfung des Achtstundentages zu unternehmen, die gesamte Arbeiterschaft, soweit sie klassenbewußt und organisiert ist, an ihrer Seite stehe mit allen ihren Kräften und allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. (Beifall.) Damit feilschen wir nicht, damit haben wir einen Punkt unseres Programms auszuführen gesucht.

Nun ist aber die Frage, was sollen wir tun? Genosse Reumann*) hat vorgeschlagen, die Parteivertretung sei zu beauftragen, den Massenstreik vorzubereiten und auf keinen Fall zuzulassen, daß Neuwahlen unter dem gegenwärtigen Wahlsystem stattfinden. Ich bin sehr dafür, daß der Massenstreik vorbereitet werde, daß die Parteivertretung, wenn wir, zum Äußersten getrieben, nicht anders können, wenn wir es mit unserer Verantwortlichkeit vereinbarlich finden, auch zu diesem Mittel zu greifen, beauftragt werde. Ich verwahre mich aber entschieden dagegen, daß eine zeitliche Grenze festgestellt werde. Nach dem Vorschlag Reumanns könnte das Parlament, indem es an Altersschwäche stirbt, eventuell erst Ende 1896 oder Anfang 1897 mit der Wahlreform fertig werden. Damit hätten wir der Koalitionsregierung gesagt: Ihr könnt bis zum Jahre 1897 vollständig unbesorgt sein, bis dahin wird kein Massenstreik stattfinden. Zudem können wir unmöglich heute wissen, welche Lage in Österreich im Jahre 1897 sein wird. Wir können nicht einmal wissen, welche Taktik wir in einer Woche einschlagen müssen. Am 8. und 9. Oktober trat die Reichskonferenz zusammen und erklärte, wenn das Parlament die Wahlreform nicht zur Diskussion bringe, sei auf die Tagesordnung des Parteitages der Generalstreik zu setzen. Die Verfassung galt damals, am 9. Oktober, noch für ganz unerschütterlich, es schien unmöglich,

*) Der nachmalige Bürgermeister von Wien.

auf gewöhnlichem Wege daran zu rütteln. Und am 10. Oktober gingen einige Konferenzteilnehmer mit mir ins Parlament, um die Leute an der Arbeit zu sehen, und sie sahen eine vernichtete Volksvertretung. Ich hatte den Genossen auf der Konferenz gesagt: Wir können nicht bis auf Ostern hinaus unsere Taktik festlegen, es kann morgen etwas geschehen, was sie ändert. Zufällig ist diesmal wirklich am nächsten Tag etwas geschehen.

In Österreich sind die Dinge so, daß wir uns nicht binden dürfen, weil wir sonst die Beweglichkeit der Partei einschränken. Das einzige, was wir tun können, ist, unsere Mittel zu übersehen, um von ihnen im bestimmten Augenblick Gebrauch zu machen.

Ich werde eine Resolution beantragen, die den Generalstreik als letztes Mittel in Aussicht stellt, aber nur für den Moment, wo die Regierung so harthörig, unsinnig und selbstmörderisch ist, daß sie das allgemeine Wahlrecht nicht durchsetzt. Ich erkläre ebenso offen, daß ich sogar davon überzeugt bin, daß es nicht dazu kommen wird. Ich habe von den Herren oben keine gute Meinung, aber auch für die Stadnickis*) gibt es eine Grenze, wenn sie die Köpfe nicht aufmachen wollen, jene Grenze, wo sie fürchten, daß ihnen die Köpfe geöffnet werden. Es nimmt eben in den breiten Schichten unserer Gegner das Gefühl, ja, die Überzeugung zu, daß das allgemeine Wahlrecht nicht zu verhindern ist. Vom Monarchen angefangen bis zu uns unterdrückten Sozialdemokraten glaubt niemand mehr an den Fortbestand unserer Verfassung.

Wir werden also den Generalstreik als letztes Mittel anwenden, und er wird desto mehr Wirkung machen, je ernster wir ihn vorbereiten, je mehr wir beim Volke die Überzeugung von der Lebensfrage der Massen, der politischen Frage des Wahlrechtes wachrufen. Darum dürfen wir auch nicht an andere Demonstrationen vergessen, von denen behauptet wurde, daß sie schon langweilig und ermüdend werden.

*) Der polnische Graf Eduard Stadnicki hatte in der ersten Lesung der Wahlreformvorlage am 24. Oktober 1893 die heftigsten Beschimpfungen gegen die Arbeiterschaft geschleudert. Er sagte unter anderem, daß die Wählerschichten, die nun das Wahlrecht erhalten sollen, eine „Brutstätte der Anarchie werden könnten", weil die Arbeiter nun das Gefühl haben würden, daß sie dem souveränen Volke angehören und ein Mitglied des souveränen Volkes nicht berufen sei, jemandem zu gehorchen. Dann sagte er noch die klassischen Worte:

> Die Wahlreformvorlage kann in unserem nationalen Leben einen entschiedenen Umschwung bedeuten; es kann dadurch in Galizien eine Verschiebung stattfinden zugunsten von Volksschichten, unter denen sich auch solche vorfinden könnten, die gerade keinen Sinn und kein Verständnis besitzen für ideale Güter der Menschheit, bei denen der Wahlspruch Brot und Arbeit oder Brot ohne Arbeit ein allgemeiner zu sein pflegt, bei denen die Worte nationaler Geist, historische Individualität, Landesgrenze, Staatsgrenze keinen Sinn haben, bei denen leider Vaterland, Ehre, Patriotismus Worte ohne Bedeutung sind, bei denen der Spruch, den wir leider schon einmal vernommen haben, Anklang finden kann: Zwar nicht ehrenhaft aber gesund!

Wir haben eben noch viel langweilige Arbeit vor uns. Jede Demonstration schafft uns das Mittel, neue Überzeugungen zu schaffen, andere Kreise heranzuziehen. Wir müssen also entsprechend vorarbeiten. Die Vertrauensmänner werden das Amt kaum annehmen, wenn Sie ihnen die Hände binden, anders aber ist es, wenn Sie die Parteileitung zwingen, Stellung zu nehmen, alle Vorbereitungen zu treffen.

Es wurde davon gesprochen, die leitenden Grundsätze der Regierungsvorlage dürfen nicht Gesetz werden, dagegen muß man sich mit den äußersten Mitteln wehren. Wir werden aber nicht befragt, es handelt sich nicht um Annehmen oder Ablehnen, sondern wie wir uns zu einem solchen neuen Gesetz verhalten würden. Eines ist gewiß, die leitenden Grundsätze der Regierung werden von der Entrüstung und Verachtung des ganzen Volkes hinweggefegt werden. Ich begreife vollständig, daß sich eine Regierung so benimmt, wie es die Interessen vorschreiben, die sie vertritt. Aber die Regierung ist reaktionärer als die Liberalen, als die Klerikalen, ja, als ein großer Teil der Polen, sie steht direkt auf dem Standpunkt des letzten Auswuchses der personifizierten, brutalsten Klasseninstinkte. Sie ist eine Regierung der Stadnickis. Aber über das ist Österreich hinaus. Wenn die Herren so verblendet sein sollten, Stadnicki für den Mann des Moments zu halten, wenn die Taktik Stadnickis die österreichische Politik bestimmen würde, dann würde es allerdings an der Zeit sein, daß die österreichische Arbeiterschaft diese Herren eines Bessern belehrt. Aber das ist ganz ausgeschlossen.

Ich beantrage folgende Resolution:

„Die von der Regierung vorgeschlagene Wahlreform wird als Verhöhnung der Arbeiterschaft mit Entrüstung zurückgewiesen. Der Parteitag erklärt, das Wahlrecht mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mitteln erkämpfen zu wollen, dazu gehört neben den angewendeten Mitteln der Agitation und Organisation auch der Massenstreik.

Die Parteivertretung mit den Vertretern der Organisationskreise wird beauftragt, alle Vorkehrungen zu treffen, um, falls die Hartnäckigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien das Proletariat zum Äußersten zwingen sollte, den Massenstreik als letztes Mittel im geeigneten Zeitpunkt anordnen zu können*).

*) Zu dieser Resolution stellte Adler selbst im Laufe der Debatte folgenden Zusatzantrag:

Unabhängig vom Kampfe um das Wahlrecht ist der Kampf um den Achtstundentag zu führen und ist zu diesen Zwecken in erster Linie alle Anstrengung zunächst auf jenen Punkt zu vereinigen, wo er am ehesten zu erreichen ist.

Der Parteitag erklärt, daß, sobald die organisierte Bergarbeiterschaft den Zeitpunkt gekommen erachten wird, in den Kampf für die Achtstundenschicht zu treten, die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft Österreichs deren Kampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen wird.

Diese Resolution unterscheidet sich von den bisher eingebrachten dadurch, daß ein bestimmter Zeitpunkt nicht genannt ist, und daß der Parteivertretung ausdrücklich gesagt wird, der Parteitag weiß, daß er ein scharfes, ein zweischneidiges Schwert in ihre Hand legt, und der Parteitag die Parteivertretung beauftragt, von diesem Schwerte nur dann Gebrauch zu machen, wenn es an der Zeit ist und nicht früher als sie muß. Anders kann ich mir ihre Verantwortung und auch nicht die der künftigen Parteivertretung vorstellen, aus wem immer sie bestehen möge.

Es wurde hier mit viel Aufgebot von warmen Worten von Ihrem Mut und Ihrer Opferwilligkeit gesprochen. Wir glauben diesen Worten; wir haben Beweise dafür, aber glauben Sie mir, diese Beweise liegen ganz anderswo, als daß wir hoffen, daß die Genossen an die Kanonen vergessen; sie liegen darin, daß die Genossen an die Kanonen denken und trotzdem Tag und Nacht dem Kerker ins Gesicht sehen und unter den größten Entbehrungen rastlos für kleine, unscheinbare Erfolge arbeiten, die kein Mensch sieht, die aber doch für uns von der größten Bedeutung sind. Es mag ja sein, daß sich das Proletariat einmal zu einem gewaltigen Schlußakt der gegenwärtigen gesellschaftlichen Tragödie aufrafft; aber immer sich an diesem Moment zu berauschen und darüber die gegenwärtige Arbeit geringzuschätzen, das wäre nicht minder ein Verrat, als sich der letzten Entscheidung entziehen zu wollen. (Beifall.)

Ich weiß nicht, ob ich die Meinung der Majorität getroffen habe; aber das sage ich Ihnen: Wer hier stimmt, möge sich bewußt sein, daß es sich nicht um eine Genugtuung für seinen persönlichen Mut oder um seine persönliche Opferwilligkeit handelt, sondern jeder mag sich bewußt sein, daß er nicht nur für sein Opfer, sondern für das Opfer derjenigen, die ihr Vertrauen in seine Hände gelegt haben, stimmt, und ich glaube, kein echter Parteigenosse hat mehr Mut für die anderen als er für sich selber hat. Ich möchte wünschen, daß Sie die volle Schwere Ihrer Verantwortung heute empfinden und von ihr bei Ihrer Abstimmung durchdrungen sind; nur dann werden Sie der Sache des österreichischen Proletariats den Dienst erweisen, zu dem Sie hieher berufen sind. (Lebhafter Beifall.)

### Zur Abstimmung.

Ich habe meinen Antrag schon in meiner Rede begründet. Es liegt mir daran zu sagen, daß alle Anträge, die vorliegen, im wesentlichen denselben Inhalt haben; einzig unterscheiden sie sich darin, daß in meinem Antrag dem Ausdruck gegeben ist, daß wir den Massenstreik für ein Mittel halten, das nur im äußersten Falle anzuwenden ist. Ich möchte mich entschieden dagegen verwahren, daß der Massenstreik als das einzige Mittel erklärt werde, wie es auch im Reselschen Antrag ist*).

*) Hans Resel (Graz) verwahrte sich dann dagegen, daß sich sein Antrag nur stilistisch von dem Adlers unterscheide. Der Antrag Adlers sei „die größte Abblaserei". Nach seinem Antrag solle der Parteitag an-

Wir müssen mit noch größerer Intensität als bisher weiterarbeiten, wenn alle diese Mittel nichts nützen, dann erst wollen wir, wenn uns die Hartnäckigkeit der Gegner dazu zwingt, dieses anerkanntermaßen gefährliche Mittel anwenden. Nur dieser Eigenschaft des Antrages schreibe ich es zu, daß die überwiegende Anzahl der Genossen hier erklärt hat, sie sei mit meiner Resolution einverstanden.

Es handelt sich weiter um den Zusatzantrag.

Ich habe früher bemerkt, daß der Antrag unter einem abgestimmt werden sollte; ich glaubte die Abstimmung zu erleichtern. Doch habe ich nichts dagegen, wenn absatzweise gestimmt wird; das ist Sache des Präsidiums. Es liegt in der Notwendigkeit dieses Zusatzes durchaus keine Konzession an die Bergarbeiter, die hier anwesend sind, sondern an die tatsächlichen Verhältnisse, an die Stimmung der großen Bergarbeiterkreise, die nicht alle in der Organisation stehen. (Zustimmung von seiten der Bergarbeiter.) Damit gibt sich der Parteitag keine Blöße. Ich wollte diesen Antrag erst beim Achtstundentag einbringen. Ich tue es zum Zwecke der Klärung der Verhältnisse schon hier. Ich glaube, wir werden jetzt nach Klärung der Diskussion einen Beschluß fassen, womit alle einverstanden sein können, denn im wesentlichen sind wir alle derselben Meinung: wenn es notwendig ist, den Streik als Mittel anzuwenden.

Die Diskussion war von der größten Wichtigkeit für das gesamte Leben der Partei. Sie hat die Urstimmen hören lassen, nicht die gewohnheitsmäßigen Redner.

# Die Lage in Österreich und der sozialdemokratische Parteitag.

„Neue Zeit", XII. Jahrgang, 1894, Nummer 33 und 34.

Die Kongresse der österreichischen Sozialdemokratie wurden bisher stets als eine interne Parteiangelegenheit betrachtet. Der Parteitag, welcher in der Osterwoche zu Wien tagte, war aber ein politisches Ereignis von allgemeiner Bedeutung, das von allen politischen Faktoren Österreichs und selbst vom Ausland mit Spannung erwartet und dessen Verlauf mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Der Grund dieser Wandlung ist zunächst die Tatsache, daß

---

erkennen, daß zur Erringung des Wahlrechtes zum Massenstreik werde gegriffen werden müssen, überlassen wird der Zeitpunkt der Parteivertretung mit den Kreisorganisationen.

Bei der Abstimmung wurde so vorgegangen, daß ein Antrag nach dem anderen abgestimmt wurde. Der Antrag Resel erhielt 23 Stimmen. Der Hauptantrag Adlers wurde mit 66 gegen 42 Stimmen angenommen, der Zusatzantrag mit 82 gegen 16 Stimmen; dann wurde die Resolution Adlers mit dem Zusatzantrag nochmals zur Abstimmung gebracht und nun mit allen gegen eine Stimme angenommen.

in den letzten Jahren eine wohlgeordnete Organisationsarbeit und eine zielbewußte Agitation unserer Partei einen Aufschwung gebracht haben, der zum großen Teile nachholte, was in den Zeiten der Spaltung versäumt worden war, und daß die österreichische Sozialdemokratie heute in der Tat die Führerin des österreichischen Proletariats ist. Weit über den Umfang unserer Partei hinaus noch ist aber ihr politisches Gewicht gewachsen, weil sie es verstand, im rechten Augenblick die Führung im Kampf ums Wahlrecht zu übernehmen und ihm den Charakter einer Volksbewegung größten Stils zu geben. Die Erfolge der belgischen Arbeiterschaft gaben den Anstoß zu einem Sturmlauf gegen die ständische Verfassung, jenes elende Kompromiß einer feigen Bourgeoisie mit der Junkerherrschaft zum Zwecke der Etablierung eines Scheinkonstitutionalismus, gegründet auf die völlige Rechtlosigkeit von zwei Dritteln des Volkes. Die österreichische Sozialdemokratie hat die fünf Jahre seit dem Hainfelder Parteitag zur Sammlung redlich benützt; sie hat das Proletariat zu einem politischen Faktor gemacht, dem aber das Mittel des Ausdrucks fehlt: das Wahlrecht. Dieses zu erlangen, war zu einer Lebensfrage für die Arbeiterschaft geworden und darum wirkten die Nachrichten aus Belgien mit so zündender Kraft, daß die Maifeier 1893 zu einer Riesendemonstration für das allgemeine Wahlrecht von einer unerhörten Wucht wurde. Mit einem Schlage war diese Forderung in die erste Reihe gerückt.

Und das war an und für sich schon eine gerade in Österreich höchst bedeutsame Sache. Man vergesse nicht, daß das allgemeine Wahlrecht das Schibolet der Parteispaltung in den achtziger Jahren gewesen, daß die zögernde Anerkennung seines Wertes die späte Frucht einer mühevollen Agitation war, und daß gewisse Reste der „radikalen" Traditionen natürlich noch da und dort lebendig sind. Und auf dem geschichtlichen Boden dieser Kämpfe erhebt sich der Sturm der Wahlrechtsbewegung, ohne Widerspruch zu finden; eine Handvoll „unabhängiger" Wirrköpfe und hie und da ein Nichts-als-Gewerkschafter, durchaus cranks, bleiben knurrend zur Seite stehen, das ist alles. Dieser Umstand allein genügt schon, um zu zeigen, daß das Bedürfnis nach dem Wahlrecht mit der Ursprünglichkeit einer Naturgewalt sich Bahn brach.

Die Wahlrechtsbewegung hatte ein anscheinend unerreichbares Ziel. Die Verfassung mit ihrem Gruppensystem, mit ihrem schreienden Wahlunrecht galt nicht nur als völlig unantastbar, es war auch nicht abzusehen, wer sie irgend mit Erfolg anzutasten versuchen sollte. Keine der großen Parteien hatte auch nur das leiseste Interesse an irgendeiner Änderung. Ist ihnen doch heute der kampflose Besitz ihrer bestimmten Anzahl von Mandaten garantiert, so daß selbst Verschiebungen zwischen den Parteien nur in ganz unerheblichem Maßstabe vorkommen. Bei jeder Änderung der Wahlordnung können sie nur verlieren, und was bei Wegfall der Kurien die Liberalen auf Kosten der Großgrundbesitzer etwa gewinnen könnten, wiegt ihnen der Verlust der Bequemlichkeit ihres heutigen Besitzes nicht auf. Darum wurden die im Laufe der Jahre wiederholt ein-

gebrachten Anträge auf Wahlreform mit kaltem Hohn, ohne alle Leidenschaft, nicht etwa abgelehnt, sondern mit protziger Ruhe in den Papierkorb geworfen. Der Antrag Pernerstorfer auf Verfassungsrevision, schon im Oktober 1891, der Antrag der Jungtschechen auf allgemeines Wahlrecht, schon im März 1893 eingebracht, wurden weder von der Presse diskutiert, noch gar zur Verhandlung im Parlament gebracht. Nichts stand in Österreich weniger auf der Tagesordnung, als die Wahlreform; nichts erschien unmöglicher, als sie daraufzusetzen.

Die täglich wachsende Erregung der gesamten Bevölkerung blieb ohne Antwort. Taub und stumm blieben Regierung und Parlament. In Prag und Brünn floß Blut; die Bajonette gaben die Antwort auf die Forderung der Arbeiterschaft. Die Rathausdemonstration in Wien machte den größten Eindruck, aber kein Symptom verriet, daß man irgendwelche Konsequenzen aus der Stimmung der Massen ziehen wolle. Es war, wie immer in Österreich, der Widerstand dumpfer Trägheit, den die Bewegung fand. Erbsen gegen die Wand; Steine in den Sumpf.

Die Sozialdemokratie mußte sich darauf gefaßt machen, einen Kampf auf Leben und Tod zu führen, zu den äußersten Mitteln greifen zu müssen, um jenen stummen Widerstand zu brechen. Alle Mittel mußten erwogen werden, und das belgische Beispiel legte den Massenstreik nahe. Im August erließ die Parteivertretung ein Rundschreiben an die Organisationen, welches sie aufforderte, die Ausführbarkeit des Massenstreiks in Erörterung zu ziehen, und kaum war das Wort in der Öffentlichkeit gefallen, als es auch sofort lebhaftesten Widerhall fand, vor allem in Wien, wo die Stärke und gute Disziplin unserer Organisation ein stolzes Kraftbewußtsein gibt, zu dem sie tägliche Kämpfe und eine Reihe mit schwerer Arbeit errungener Erfolge berechtigen. Der Massenstreik verschwand nicht mehr aus der Diskussion. Die gegnerische Presse sah sich gezwungen, auf die Frage ernstlich einzugehen. Sie tat es, aber ohne die Notwendigkeit einer Wahlreform ernst zu nehmen.

Am 8. und 9. Oktober, unmittelbar vor Eröffnung des Parlaments, traten die Vertreter der Kronlandsorganisationen der Sozialdemokratie in Wien zu einer sogenannten Reichskonferenz zusammen, um die Lage zu beraten und den Parteitag vorzubereiten. Die Frage war, wie die Hartnäckigkeit des passiven Widerstandes der Regierung zu brechen sei; sah es doch ganz so aus, als ob der jungtschechische Wahlrechtsantrag in der am nächsten Tag beginnenden Reichsratssession gar nicht zur Beratung, geschweige zur Erledigung kommen würde. Alle Berichte der Teilnehmer an der Konferenz erzählten von der Entschlossenheit der Genossen, alles zu wagen, um das Eis endlich zu brechen. Der Massenstreik stand in erster Reihe in Erwägung, und nach langer, zum Teil sehr erregter Diskussion wurde die Parteivertretung beauftragt, „falls das Abgeordnetenhaus in der gegenwärtigen Sitzungsperiode den Antrag auf allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht ablehnen oder gar nicht in Beratung ziehen sollte, auf die

Tagesordnung des nächsten zu Ostern abzuhaltenden Parteitages die Frage des Massenstreiks zu setzen".

Als die Delegierten zur Konferenz am 10. Oktober ins Abgeordnetenhaus kamen, um der Eröffnungssitzung beizuwohnen, erfuhren sie, daß die Wahlrechtsbewegung bereits gesiegt habe, mehr als sie ahnten, daß die Verfassungsrevision bereits auf der Tagesordnung des Parlaments stand. Graf Taaffe hatte die Welt mit seiner bekannten Vorlage: nahezu allgemeines Wahrecht mit Aufrechthaltung des Kuriensystems, überrascht.

Die Vorgeschichte dieses Gesetzentwurfes ist noch lange nicht völlig klar. Die Wahlrechtsbewegung, die täglich steigende Erregung immer breiterer Volksschichten zwang die Regierung allerdings dazu, mit der Notwendigkeit einer umfassenden Wahlreform sich vertraut zu machen. Nicht nur die Minister, auch der Kaiser selbst waren sehr wohl unterrichtet darüber, daß es sich nicht um eine vorübergehende oder künstlich aufgepäppelte Wallung handle, die mit Hilfe einiger Polizeikommissäre und im Notfall einiger Verurteilungen zur Ruhe gebracht oder aber mit dem obligaten zynischen Lächeln des Grafen Taaffe abgetan werden konnte. Das war keiner jener Entrüstungsstürme im Wasserglas, wie sie der erfahrene Kabinettchef gewohnt war, etwa jedes zweite Jahr von der vereinigten Linken mittels einiger Dutzend von Hampelmännern auf dem liberalen Marionettentheater aufführen zu sehen. Hier waren Massen in Bewegung von einem Selbstbewußtsein, einer Energie und einer Disziplin, die das Staunen und den Schrecken nicht nur der Polizei hervorriefen. Und das Gefährlichste war daran, daß man diesen Massen gegenüber ein schlechtes Gewissen hatte; daß es keinen Menschen in ganz Österreich gab, der es gewagt hätte, das „zu Recht bestehende Wahlunrecht" zu verteidigen. Es ist mehr als ein bloßes On dit, daß der Kaiser persönlich einem der schlagendsten Argumente für das allgemeine Wahlrecht in hohem Grade zugänglich war und ist, der Erwägung nämlich, daß es schamlos sei, dem Manne, dem man die Wehrpflicht aufbürdet, das Wahlrecht zu verweigern. Der Kaiser begriff, und vielleicht hat ihn der Kriegsminister darin bestärkt, daß es nicht gut, nicht politisch klug, ja vielleicht gefährlich sei, wenn „seine" Soldaten*) auch fernerhin rechtlos blieben; und zwar um so gefährlicher, als sich die Zeichen mehren, daß sie anfangen, sich der Schmach ihrer Rechtlosigkeit bewußt zu werden.

Vielleicht tut man Taaffe auch nicht zu viel Ehre an mit der Vermutung, er habe die offenbare Tatsache geahnt, daß mit dem allgemeinen Wahlrecht, mit der Zulassung der Massen zur politischen Betätigung die nationalen Zänkereien, die lächerlichen Katzbalge-

*) Graf Taaffe hatte deshalb in seiner Wahlreform das Wahlrecht an den Militärdienst angeknüpft. Das Wahlrecht sollte in den Wählerklassen der Städte und Landgemeinden haben, wer „vor dem Feinde gestanden, zum Tragen der Kriegsmedaille berechtigt war oder den Nachweis über die rechtzeitig und ordnungsmäßig erfolgte Stellungspflicht erbringen konnte" (dieser nur, wenn er lesen und schreiben konnte).

reien um das böhmische Staatsrecht, in den Hintergrund treten müßten hinter die ernsten Fragen des Klassenkampfes.

Daß aber Graf Taaffe mit einem verhältnismäßig so radikalen Vorschlag, ohne jede Vorverhandlung mit den Parlamentsparteien alle überraschte, wird aus dem Angeführten noch nicht erklärt, sondern hängt zum Teil mit der politischen Situation zusammen. Graf Taaffe steckte in einer Sackgasse; der gewohnte, durch mehr als ein Jahrzehnt mit Erfolg geübte Eiertanz wollte nicht mehr gelingen. Die nationalen Wirren in Böhmen waren in ein ganz neues Stadium dadurch getreten, daß allmählich das tschechische Kleinbürgertum und Bauerntum unter der Führung einer rasch emporgewachsenen Bourgeoisie zum Klassenbewußtsein erwacht war und sich die Bevormundung des Feudaladels nicht länger gefallen ließ. Der böhmische Ausgleich scheiterte daran, daß die gräflichen Protektoren der Tschechen, die ihn unterschrieben hatten, plötzlich um ihre Protegés gekommen waren*). Ihre Unterschriften waren wertlos geworden, bevor die Tinte getrocknet war; sie konnten nicht eingelöst werden. Nach altösterreichischem Rezept hauste nun in Böhmen die Bürokratie, deren Borniertheit durch feudalen Zusatz nur gesteigert wurde und brachte es in wenigen Monaten glücklich zuwege, daß der nationale Hader, der in den letzten Jahren hinter den Kampf ökonomischer Interessen einigermaßen zurückgetreten war, wieder in hellen Flammen aufschlug. Der Statthalter Graf Thun ließ seine Polizisten los; Lockspitzeleien, Verschwörungen, Attentate, die ganze Polizeikomödie wurde abgespielt. Man brachte es bis zu den berühmten „antidynastischen Demonstrationen". Die Regierung hatte nur noch e i n e Dummheit zu machen: den Ausnahmszustand zu verhängen, und sie machte sie.

Damit aber war Graf Taaffe in eine arge Klemme geraten. Mit der Vereinigten Linken stand er auf schlechtem Fuß. Trotz ihrer stets bewährten Bereitwilligkeit, endlich das „harte Brot der

*) Im Jänner 1890 hatte Graf Taaffe in Wien Verhandlungen über einen nationalen Ausgleich eingeleitet, an denen von den Deutschen die Liberalen und die verfassungstreuen Großgrundbesitzer — die vereinigte deutsche Linke —, von den Tschechen die Alttschechen und die feudalen (konservativen) Großgrundbesitzer teilnahmen. Tatsächlich gelang es, eine Vereinbarung zustande zu bringen. Aber die Jungtschechen, die nicht geladen waren, brachten die „Punktationen" zu Fall, indem sie eine große Protestbewegung gegen die alttschechischen „Verräter" veranstalteten. Das tschechische Volk wurde radikalisiert. Die jungen Leute („Omladina", die Jugend) verschmierten die doppelköpfigen Kaiseradler und die schwarzgelben Briefkasten, und als die Regierung Demonstrationen verbot, kam es zu wiederholten Krawallen. Am 13. September 1893 wurde über Prag und Umgebung der Ausnahmszustand verhängt und im Jänner 1894 begann der Prozeß gegen die „Omladina". Mitte Februar 1894 wurden 13 von sechzig Angeklagten zu je acht Jahren schweren Kerkers verurteilt, die andern kamen mit geringeren Strafen davon. Vom Prager Ausnahmsgericht wurden in den zwei Jahren des Ausnahmszustandes insgesamt 278 Jahre Kerker verhängt. Die Verwirrung in Böhmen und auch im Parlament war auf dem Gipfelpunkt, als das Parlament am 10. Oktober 1893 zusammentrat.

Opposition" gegen ein paar Brosamen vom Regierungstisch einzutauschen, hatte er sie nach jeder Annäherung immer wieder brüskiert, um die Fühlung mit dem Feudaladel und den Klerikalen nicht zu verlieren. Der eiserne Ring der Rechten aber war gesprengt; durch den Ausnahmszustand war der Bruch zwischen Jungtschechen und Feudalen unheilbar geworden. Die zwei Eisen, die Taaffe sonst im Feuer hatte, drohten beide kalt zu werden. Er war am Ende seines Lateins. Da gab nun die Wahlrechtsbewegung Gelegenheit, die ganze politische Situation mit einem Schlage zu ändern, das Kampffeld zu verlegen.

Als eigentlicher Vater der Taaffeschen Wahlreform gilt der damalige Finanzminister Dr. Steinbach, ein kluger Kopf von vielem Wissen, ein Bürokrat mit cäsaristischen Gelüsten, erfüllt von Haß gegen die Liberalen und darum bereit, jeden Gegner derselben zu fördern. Man nannte ihn die „rote Exzellenz", weil er christlichsoziale Neigungen haben soll und einmal so „rot" war, einen Vortrag über „die Pflichten des Besitzes" zu halten. Daß er als Minister den adeligen Herren Bücklinge machte und wacker für die Bourgeoisie schanzte, ist selbstverständlich. Wie trefflich er den Kapitalismus bediente, zeigt, daß er, über die Hungerlöhne der Tabakarbeiterinnen interpelliert (ganz wie der Minister Thielen bei einer ähnlichen Gelegenheit im vorigen Jahre im preußischen Abgeordnetenhause), erklärte, er könne nicht durch Erhöhung der Löhne in Staatsbetrieben die Interessen der Privatunternehmer schädigen! Also ein „Sozialist", mit dem der Geldsack leben kann. Aber er war der Rechtskonsulent bei allen kleinbürgerlichen Versuchen, den Drachen Kapitalismus mit Nadelstichen tot zu machen; alle Anläufe zu Zwangsorganisationen werden auf seine Urheberschaft zurückgeführt, sowie auch die freilich elende Arbeiterversicherung in Österreich zumeist sein Werk ist. Für Steinbach war das allgemeine Wahlrecht also ein Kampfmittel gegen die Liberalen und nichts als das. Er konnte von sich sagen: „Ich tats aus Haß der Städter und nicht um euren Dank."

Die Vorlage war äußerst geschickt gemacht. Sie bedurfte nicht, wie eine Verfassungsänderung, der Zweidrittelmajorität des Hauses, die einfache Mehrheit aber schien erreichbar, sie war keine andere als die des ehemaligen „eisernen Ringes": Polen, Klerikale und Tschechen. Die Interessen der galizischen Stanczyken, welche das polnische Volk im Abgeordnetenhause zu Tode vertreten, waren ängstlich gewahrt durch Ausschluß der Analphabeten vom Wahlrecht und die Beibehaltung der indirekten Wahlen in den Landgemeinden, die den Gutsbesitzern und Bezirkshauptleuten gestatten, die Abgeordneten zu ernennen. Der letztere Punkt konnte auch die Klerikalen darüber beruhigen, daß ihre Pfarrer in den Alpenländern nach wie vor die Wahlen machen würden. Die Jungtschechen aber wurden für den eisernen Ring wiedergewonnen durch die Aussicht, den Deutschliberalen einige Mandate in Mähren abzunehmen; überdies waren die Jungtschechen seit jeher für das allgemeine Wahlrecht eingetreten. Was aber die Hauptsache war,

ein Widerstand von Seite der Feudalen war nicht zu erwarten, denn mit aller Sorgfalt wurden die 85 Mandate des Großgrundbesitzes konserviert. Schon einmal, im Jahre 1882, hatte Taaffe mit dieser Majorität eine Erweiterung des Wahlrechtes gegen die Linke durchgesetzt und zirka 400.000 „Fünfguldenmänner" zu Wählern*) gemacht. Der Linken hat die Sache wenig wehe getan, einige wenige Mandate splitterten für Deutschnationale und Antisemiten ab, das war alles. Der Versuch, das Kleinbürgertum gegen die Bourgeoisie auszuspielen, war nur in ganz unbedeutendem Maße gelungen.

Jetzt sollte das Spiel mit höherem Einsatze wiederholt werden. Es war kein Zweifel, daß die Liberalen durch die neue Wahlordnung etwa ein Dutzend Sitze an die Sozialdemokraten verlieren würden, ebenso die Jungtschechen vielleicht sechs Mandate; die famose Schmerlingsche Wahlkreisgeometrie, die unverändert blieb, sorgt dafür, daß viel mehr Sitze für uns zunächst nicht zu gewinnen waren. Was die Liberalen später von 46 sozialdemokratischen Mandaten faselten, hat ihnen blinde Angst eingegeben und wohl auch der Wunsch, die Taaffesche Wahlreform als recht gefährlich hinzustellen.

Die Hauptsache aber für Taaffe war die völlige Änderung der politischen Situation; die Wahlreform bedeutete für ihn ein „Fortwursteln" im großen Stil. Für Steinbach aber war es wohl klar, daß das allgemeine Wahlrecht selbst in dieser Form enthüllen mußte, daß die Liberalen jeden Boden im Volke verloren haben, wenn sie auch ihre Sitze behalten.

Die Voraussetzung für das Gelingen war, wie ausgeführt, daß Polen, Feudale und Klerikale sich durch die Reform nicht bedroht fühlen würden. Taaffe war dessen so sicher, daß er nicht einmal den Grafen Hohenwart, den Führer der Feudalen, vorher ins Geheimnis zog. Diese „Rücksichtslosigkeit" habe ihn gestürzt, so meint die stets tief erwägende Tagespolitik. Was das Ministerium Taaffe und seine Wahlreform zu Falle brachte, war, daß die Rechnung ein Loch hatte, daß Polen und Klerikale sich ganz ernstlich bedroht fühlten. Seit 1882 hatten sich die Dinge eben sehr geändert. Die Sozialdemokratie ist auch in den Alpenländern, ja sogar in Galizien ein Gegenstand ernstester Betrachtung für die herrschenden Klassen geworden. Die Klassengegensätze zwischen Grundadel und Kleinbauern, zu schweigen vom Landproletarier, haben sich zugespitzt, sind vor allem ins Bewußtsein der Massen getreten, während der Gegensatz zwischen Grundadel und Bourgeoisie in Waffenstillständen und leidlichen Kompromissen auf Kosten der arbeitenden Klassen sich abflacht. Freilich haben weder Klerikale noch Polen vom allgemeinen Wahlrecht einen nennenswerten Verlust an Mandaten zu fürchten. Aber was sie schreckte, war das

*) Früher hatte in beiden Steuerkurien derjenige das Wahlrecht, der zehn Gulden direkte Steuer zahlte; um die liberale Bourgeoisie zu treffen, setzte Taaffe die Ausdehnung des Wahlrechts an diejenigen durch, die fünf Gulden Steuer zahlten.

Wahlrecht als Agitationsmittel der Sozialdemokratie, der „sozialistische Emissär, der den Knecht gegen den Bauer hetzt, der den Frieden unserer Täler stört". Dazu kam für den böhmischen Adel der weitere Grund, daß, seit die Jungtschechen die ihm ergebenen Alttschechen abgelöst haben, er gewissermaßen in der Luft schwebt und ihm jedes Mittel fehlt, den tschechischen Kleinbesitz wieder in seine Gefolgschaft zu bringen. Die klerikale Partei, die das in den Alpenländern besorgt, fehlt in Böhmen. Schließlich aber, und das war wohl die Hauptsache, fühlte der Grundadel instinktiv, daß diese Wahlreform nur der Anfang einer Entwicklung sein könne, die mit der Beseitigung seiner Privilegien enden werde, daß auf das allgemeine auch das gleiche Wahlrecht folgen müsse.

So erhob sich denn im österreichischen Abgeordnetenhause jener Ansturm der reaktionären Parteien gegen das Kabinett Taaffe, der mit dessen Sturz endigte. Das Parlament, das sich von dieser Regierung durch Jahre mit wohlverdienten Fußtritten hatte regalieren lassen, fand seine Energie wieder, als es galt, der guten Seite einer schlechten Wahlreform entgegenzutreten. Zunächst wurden bei der Genehmigung des Prager Ausnahmszustandes Schwierigkeiten gemacht. Die vereinigte Linke macht ihre Zustimmung zum Gegenstand eines schändlichen Schachers, der selbst in der schmutzigen Geschichte des österreichischen Liberalismus einzig dasteht. Man ging so weit, dem noli me tangere für einen österreichischen Liberalen, dem Loyalität das Höchste ist, der Landwehrvorlage, Schwierigkeiten zu bereiten, wenn auch nur schüchtern durch Vertagung. Endlich folgten die feierlichen Erklärungen der Führer der Polen, Klerikalen und Liberalen, daß sie entschlossen seien, gemeinsam den Kampf gegen die „extremen Elemente" zu führen, daß sie die Notwendigkeit einer Ausdehnung des Wahlrechtes, jedoch unter „Aufrechthaltung des Besitzstandes der Parteien", anerkennen. Die Erklärung des Grafen Taaffe, er bestehe durchaus nicht auf seiner Wahlreform in ihren Einzelheiten, er sei bereit, mit sich handeln zu lassen, nützte ihm nichts mehr, die Koalition war geschlossen, das Ministerium Windischgrätz übernahm die Geschäfte.

Die Sozialdemokratie war während der fünf Wochen, vom 10. Oktober bis die Entscheidung für das Kabinett Windischgrätz-Plener fiel, in einer schwierigen Lage. Sie hatte einen ganz ungeheuren Erfolg errungen dadurch, daß es ihr gelungen, die Wahlreform auf die Tagesordnung zu setzen, eine Sache, die ein halbes Jahr zuvor ganz aussichtslos schien. Was Taaffe bot, war aber nichts weniger als das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht, sondern eine Reform mit zärtlichster Anlehnung an das alte Wahlunrecht mit Aufrechthaltung der Privilegien des Großgrundbesitzes und der indirekten Wahlen in den Landgemeinden. Ohne zu zögern, ja fast ohne gegenseitige Verständigung, wurde von der Partei im ganzen Lande gegen diese Halbheit protestiert unter Anerkennung des Fortschrittes, der in der Erweiterung des Wahlrechtes lag. Als der Sturm der reaktionären Parteien kam, war es ver-

lockend, den Versuch zu machen, durch energisches Eingreifen die Taaffesche Wahlreform zu retten. Es war eine Lage, die einige Ähnlichkeit hatte mit jener, in der Bismarck das Bedürfnis fühlte, hinter den Kulissen mit den Schweitzerianern zu mogeln. Wir irren uns wohl nicht, wenn wir die Vermutung aussprechen, daß „man" Ende Oktober von den Sozialdemokraten „etwas" erwartete. Merkwürdiger ist vielleicht noch, daß es selbst Jungtschechen gab, die hofften, die Arbeiterschaft würde dem Grafen Taaffe, dem Taaffe des Prager Ausnahmszustandes, dem Taaffe des Omladinaskandals, das Rettungsseil zuwerfen. Aber der Kampf ums Wahlrecht hatte die Sozialdemokratie nicht blind gemacht für alles andere. Die Partei erlag der Versuchung nicht, in dem Konflikt der reaktionären Parteien mit einer reaktionären Regierung für diese Partei zu ergreifen. So groß der Anreiz war, den Orgien, welchen sich der Klassenegoismus der Bourgeoisie und des Feudaladels zügellos überließ, mit der vollen Wucht entgegenzutreten, so frech die Provokation war, die sich die Plener, die Hohenwart, die Stadnicki gestatteten, die Sozialdemokratie durfte nicht losschlagen, sie durfte dem Ministerium Taaffe-Steinbach nicht aus der Patsche helfen. Vom prinzipiellen Standpunkt gesehen, wäre es eine Irreführung und ein Mißbrauch mit den revolutionären Instinkten der Massen gewesen, sie herauszurufen, nicht etwa für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, sondern für den Unterschied, um welchen die Wahlreform Taaffe weniger elend war, als die Wahlreform Plener voraussichtlich sein würde. Das System, das augenblicklich der Feind der Feinde des Proletariats war, war nichts weniger als dessen Freund; vierzehn Jahre hatte es dessen Geißel auf dem Rücken gefühlt, und es gab keine Brutalität, keine Gesetzesverletzung, die es der Arbeiterklasse erspart hätte. Wir konnten und durften nicht vergessen, daß, wenn auch Graf Taaffe jetzt in Wahlreform dilettierte, sein eigentliches Metier das Verhängen von Ausnahmszuständen war, und wir durften die Arbeiterschaft nicht in Gefahr bringen, sich für seine schönen Augen blutige Köpfe zu holen, um ihm die Möglichkeit zu bieten, das Prestige bei den Besitzenden, das er als „demokratischer" Wahlreformer verloren, als „Staatsretter" wiederzugewinnen. Das aber war der wahrscheinlichste Ausgang des Abenteuers. Die Sozialdemokratie mußte also in jener Zeit Gewehr bei Fuß stehen und abwarten; ein Eingreifen hätte höhere Interessen gefährdet, als mit dem Wahlrecht verknüpft sind, so lebenswichtig dieses auch sein mag.

Wir haben diese kurze Erörterung für notwendig gehalten, weil der Vorwurf, die Partei habe „einen historischen Moment" ungenützt vorübergehen lassen, nicht nur in den Verhandlungen des Parteitages teils ausgesprochen, teils als unausgesprochener Hintergrund der Debatte eine Rolle spielte, sondern weil auch im Auslande ihre Haltung in jener Zeit, wie uns scheinen will, nicht ganz verstanden wurde.

Taaffe war gegangen; das Kartell der Ordnungsparteien war gebildet, die Führung übernahm jene Gruppe von Feudalen, für

deren Oligarchenregiment die österreichische Verfassung nur eine sehr durchsichtige Maske ist. Die schäbigste Rolle spielten die Liberalen, wie „stets erbötig, den Rock zu wechseln und die Haut, wenn nötig". Für zwei Ministersitze*) und die Zulassung zu den Geschäften oder vielmehr zum Geschäft, stürzten sie sich blindlings in die Arme der Feudalen, gegen die sie mehr als ein Menschenalter, allerdings mit ebensoviel Ungeschick, wie Mangel an Mut, gekämpft. Fürst Windischgrätz gab dem neuen Kabinett den Namen und nichts als diesen.

Das Ministerium konnte nicht anders, als bei seinem Amtsantritt eine umfassende Wahlreform als seine erste und wichtigste Aufgabe zu bezeichnen und zu erklären, daß „bisher vom Wahlrecht ausgeschlossenen Volksklassen, insbesondere der industriellen Arbeiterschaft", dasselbe gewährt werden solle, aber allerdings mit Aufrechterhaltung des „Besitzstandes" der Parteien. Die Formel bedeutete zweierlei. Erstens sollten nicht mehr sämtliche bisher rechtlosen Schichten das Wahlrecht erhalten und zweitens sollte durch die neuen Wählermassen keine der Parlamentsparteien ein Mandat verlieren können; die neuen Wähler sollten in eine besondere Kurie geschachtelt werden. Der Rückschritt gegen den Antrag Taaffe ist klar; ebenso klar aber, daß eine solche Wahlreform schon vom Standpunkt der parlamentarischen Technik aus weit schwerer durchzuführen war, denn eine Vermehrung der Mandate bedarf der Zweidrittelmehrheit.

Am klarsten aber war, daß das Ministerium, welches die Phrase von „Offenheit und Wahrheit"**) zum Wahlspruch gewählt hatte, mit der Lüge debütierte. Denn so wenig war es gesonnen, die Wahlreform zu seiner ersten und wichtigsten Aufgabe zu machen, daß ihm vielmehr nichts mehr am Herzen lag, als die Wahlreform zu verschleppen, „dilatorisch" zu behandeln und womöglich die Wahlrechtsbewegung versumpfen zu lassen. Nicht als ob man mit der Wahlreform sich nicht beschäftigt hätte. Im Gegenteil, man arbeitete sich im Ministerium an der schweißtreibenden Aufgabe ab, die Quadratur des Zirkels zu finden, die Wählerzahl, wenn nicht, zu verdreifachen, doch mindestens zu verdoppeln, ihr eine Vertretung im Parlament zu gewähren, ohne daß aber das Kräfteverhältnis der Parteien dadurch geändert werde, ja, ohne daß irgendeine Null von derzeitigen Abgeordneten ihr „erworbenes Recht" einbüße, Ja zu sagen und Diäten zu beziehen; ohne daß schließlich die Aus-

*) Neben Ernst von Plener, dem Abgeordneten der Handelskammer von Eger, dem Führer der vereinigten Linken, der das Finanzministerium übernahm, war der Handelsminister Graf Wurmbrand ein „verfassungstreuer" Großgrundbesitzer, also eine Art Liberaler.

**) In der Programmrede..., mit der sich die neue Regierung am 23. November 1893 vorstellte, hieß es: „Offenheit und Wahrheit im öffentlichen Leben..., das sind die Gesichtspunkte, von denen sich die Regierung leiten lassen will." Deshalb wurde die Regierung immer — und auch weiter unten von Adler — als Regierung der Offenheit und Wahrheit gehöhnt.

übung des Wahlrechts zu einem mächtigen Agitationsmittel der Sozialdemokratie würde. Nicht weniger als ein volles Schock von Entwürfen soll nacheinander beraten und verworfen worden sein. Aber nach jedem Mißlingen eines neuen Lösungsversuches atmete man auf, denn die Hoffnung stieg, daß das „Ministerium der Wahlreform" von dem „Studium" der Wahlreform leben könne, daß es am Ruder bleibe, weil es an seiner ersten und wichtigsten Aufgabe unverdrossen, aber bisher noch ohne Erfolg arbeite, und daß so die Zeit bis zum Frühjahr 1897, wo die Mandatsdauer des derzeitigen Hauses endet, ebenso nützlich wie angenehm ausgefüllt werden könne. Man arbeitete fleißig wie — Penelope.

Dabei hoffte die Regierung, daß der Sturm der Wahlrechtsbewegung nach und nach wieder der ererbten Gemütlichkeit Platz machen werde. Die Pause in der Agitation während der Neujahrsferien des Parlaments bestärkte sie in dieser Erwartung. Sie wurde arg enttäuscht. Jene Pause war notwendig geworden nicht nur weil die Masse ebenso dem Bedürfnis der zeitweiligen Ruhe unterliegt wie der einzelne, sondern vor allem, weil diese Ruhe sehr günstig auf eine Zeit verlegt werden konnte, wo es galt, abzuwarten und den Gegner zu veranlassen, seine Position deutlich zu markieren. Als aber die Eröffnung der Session herannahte, ohne daß die Regierung sich geäußert, da richteten die Massenmeetings in allen Teilen des Reiches die Frage an sie: Was ist's mit der Wahlreform? Und in den obligaten drei Tagen, die zwischen Anmeldung und Abhaltung von Versammlungen liegen, beeilte die Regierung sich, die Frage zu beantworten. Sie veröffentlichte zwar nicht einen Gesetzentwurf, aber „Leitende Grundsätze" zur Wahlreform, welche zunächst den Häuptern der Parlamentsparteien vorgelegt werden sollten. Die Volksversammlungen, die bestimmt waren, die Frage an das Ministerium zu richten, konnten nun selbst antworten. Nicht die Entrüstung, sondern das Hohngelächter der Arbeiterschaft empfing die „Leitenden Grundsätze". Sie enthielten nämlich nicht nur eine besondere Kurie für die bisher Rechtlosen, sondern, was noch ärger, vom allgemeinen Wahlrecht war nicht mehr die Rede. Es sollte beschränkt werden auf alle, die direkte Steuer zahlen und auf jene Arbeiter, die seit zwei Jahren einer Krankenkasse ununterbrochen angehörten. Die landwirtschaftlichen Arbeiter sollen gänzlich ausgeschlossen bleiben und von dem Industrieproletariat sollte nur die bestgezahlte, seßhafte Schicht das Wahlrecht erhalten. Von den 3½ Millionen Rechtlosen in Österreich sollten mehr als zwei Millionen rechtlos bleiben. Die Kurie aber, welche immerhin noch über eine Million Wähler zählen würde, sollte 42 Mandate erhalten*), während 5000 Großgrundbesitzer 85 Sitze innehaben. Es war ein starkes Stück, so stark, daß selbst die Liberalen erklärten, die Wahlreform Plener sei, wenn auch diskutabel, so doch sehr verbesserungs-

*) Solcher Wahlreformprojekte tauchten alle möglichen auf; schließlich setzte bekanntlich Badeni die fünfte Kurie des allgemeinen Wahlrechtes mit 72 Mandaten durch, die an die 353 privilegierten Mandate angegliedert wurde.

bedürftig. Die Regierung schien etwas verblüfft über die wenig freundliche Aufnahme ihres Projekts, erklärte aber sofort, an Einzelheiten durchaus nicht festzuhalten und mit dem Studium der Wahlreform sowie der Beschaffung statistischen Materials fortzufahren. Von der Statistik wird in Österreich nämlich sowie von Enqueten, ausschließlich zum Behufe der Verschleppung Gebrauch gemacht. Seit März befindet sich also die Wahlreform in dem Stadium, daß die drei koalierten Parteien sowie die Regierung die Frage „studieren" und ab und zu pathetisch erklären, es sei ihnen „ernstlichster Ernst", eine Wahlreform zuwege zu bringen. Den Jungtschechen ist es nach vielem Drängen endlich gelungen, den Wahlreformausschuß zu einer Sitzung zu bewegen, er hat sich aber sofort wieder vertagt, bis — die Regierung einen Gesetzentwurf und statistische Materialien vorlegt. Weder Regierung noch Parlament vermögen die Wahlreform gänzlich zu hintertreiben, aber sie sind bemüht, was in ihrer Macht steht zu tun, um sie so spät als möglich und so schlecht als möglich zu machen.

Der einzige Faktor, der den ernsten Willen und die Macht hat, sie daran zu hindern, ist die Arbeiterschaft. Gelingt es ihr nicht, die Wahlreform auf der Tagesordnung zu erhalten, so kommt diese gänzlich ins Stocken. Die Regierungsvorlage des Grafen Taaffe, welche die Unterschrift des Kaisers trägt, die Erklärungen der heutigen Regierung und der Parteien bilden zusammen allerdings das Einbekenntnis aller gesetzgebenden Faktoren, daß die Ausschließung von zwei Dritteln der erwachsenen Männer ein Unrecht sei, welches beseitigt werden muß; aber das ist ein Schuldschein, an dessen Einlösung man nicht denkt, wenn er nicht sehr energisch präsentiert wird. Man wird sein Wort nur halten, wenn man m u ß.

Dieses „muß" zu erzeugen, ist die Aufgabe, welche der Taktik der Sozialdemokratie für die nächste Zeit gestellt ist, und diese festzustellen, war der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung des Parteitages. Daß er eine so höchst aktuelle und nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die ganze politische Lage entscheidende Frage zu behandeln hatte, das richtete auf den Parteitag das gespannte Interesse der gesamten Öffentlichkeit, welche sonst der Entwicklung unserer Partei mit feindseligem Stumpfsinn und ohne jedes Verständnis gegenübersteht.

Als der Kongreß zu Ostern zusammentrat, lag ihm nicht nur ein reiches Material für die Beurteilung der Lage und der Stärke der Partei vor, sondern auch die zu entscheidenden Hauptfragen waren bereits ziemlich scharf formuliert.

Die Mittel, welche dem Proletariat zur Verfügung stehen, um Erfolge zu erzwingen, lassen sich in drei Hauptgruppen bringen. Sie bestehen darin, erstens Macht zu b i l d e n: hieher gehören alle Mittel der Propaganda und Agitation, jede Art von Erweckung des Klassenbewußtseins und alle Formen der Organisation; zweitens Macht zu z e i g e n: Einwirkung auf das Bewußtsein der herrschenden Klassen und ihrer Organe, auf öffentliche Meinung und Regierung durch Demonstrationen aller Art; und drittens Macht

auszuüben: sehen wir von der gewaltsamen Erhebung ab, die außerhalb des Bereichs unserer Betrachtung fällt und ihre eigenen, sehr mannigfachen Voraussetzungen hat, so bleibt die Geltendmachung des politischen Einflusses bei den Wahlen jeder Art und die Geltendmachung des ökonomischen Einflusses durch Streik und Boykott.

Da in Österreich dem Proletariat das Wahlrecht fehlt, vielmehr eben erst erobert werden soll, bleibt ihm als einziges Mittel, seine Macht auch zur Erreichung politischer Ziele tatsächlich anzuwenden, kein anderes übrig, als der Massenstreik. Als überdies die belgische Sozialdemokratie im vorigen Jahr durch Anwendung dieses Mittels Erfolge errungen hatte, mußte naturgemäß und pflichtgemäß erwogen werden, ob der Massenstreik auch in Österreich anwendbar sei, ob die äußeren Bedingungen und vor allem auch die inneren Verhältnisse der Partei selbst ihn möglich machen. Die lebhafte Diskussion darüber, die in Versammlungen noch weit mehr als in der Presse geführt wurde, fiel zunächst in die Zeit vor dem 10. Oktober, wo jedermann daran verzweifelte, daß es dem Proletariat gelingen könne, durch bloße Demonstrationen die Verfassungsrevision, überhaupt und mit welchem Resultat immer, in Fluß zu bringen. Damals bestand über die Notwendigkeit, bis zum Äußersten zu gehen, kein Zweifel, wenn auch über die Möglichkeit des Massenstreiks die Meinungen geteilt waren. Als der Antrag Taaffe die Wahlreform zum Angelpunkt der politischen Lage machte und die Zulassung der Arbeiterklasse zum Wahlrecht in irgendeiner Form außer Zweifel stellte, öffnete er der hochgespannten Wahlrechtsbewegung gewissermaßen ein Ventil. Die Aussicht, zum äußersten gezwungen zu werden, trat einigermaßen in den Hintergrund, bis die hinterhältige und verlogene Verschleppungstaktik der Koalitionsregierung von neuem Öl ins Feuer goß und die Notwendigkeit nahelegte, mit dem absoluten Widerstand der herrschenden Klassen zu rechnen und die letzten Kampfmittel bereit zu halten. Diese Seite der Frage wurde auch vom Parteitag einstimmig und mit voller Klarheit beantwortet. Das Wahlrecht ist Lebensnotwendigkeit für die Arbeiterklasse und sie muß demnach ihr Äußerstes daransetzen, es zu erringen.

Schwieriger zu entscheiden, als das Wollen und Müssen, war das Können. In der Diskussion der letzten Monate war auch dieser Punkt einer eifrigen Erörterung unterzogen worden, so schwierig sie war. Denn einerseits lag die Gefahr nahe, durch Hervorhebung der Notwendigkeit, bis zu Ende zu gehen, die Massen der Arbeiterschaft zur Überschätzung ihrer Kraft und damit zu voreiligem, unzeitgemäßem Vorgehen zu verleiten, andererseits mußte jede kühle Abwägung der Machtverhältnisse in der Öffentlichkeit den Vorwurf nach sich ziehen, es werde nicht nur abgewiegelt, sondern überdies den Gegnern Wasser auf die Mühle geleitet, ihnen neuerdings Courage zu hartnäckigstem Widerstand gemacht. Und in der Tat war das Amt der kühlen Erwägung nicht leicht. Mit ungeheurem Enthusiasmus bemächtigte sich die Arbeiterschaft des Gedankens,

durch Niederlegen der Arbeit ihr gutes Recht zu erzwingen. Der Groll gegen den jeder Gerechtigkeit hohnsprechenden Egoismus der Privilegierten, seine brutale Äußerung in der Wahlreformdebatte und in dem Vorgehen der Regierung, hatte die Erregung der Massen aufs äußerste gesteigert, und es bedurfte der ganzen von der Sozialdemokratie anerzogenen Disziplin, um sie vor dem sofortigen Losschlagen und damit vor der sicheren Niederlage zu bewahren. Dabei würde man der österreichischen Arbeiterschaft schweres Unrecht tun, wenn man voraussetzte, sie habe sich in irgendeinem Augenblick oder zu irgendeinem erheblichen Teil von der Phrase des „Generalstreiks" beherrschen lassen. Im Gegenteil, von vornherein und überall war nur von dem Massenausstand großer und entscheidender Proletariergruppen die Rede, und zwar solcher, die, wenn auch nicht durchweg gewerkschaftlich organisiert, doch zum Klassenbewußtsein erweckt, ohne Zweifel bereit waren, dem Rufe zu folgen; und zwar zu einer kurzen, energischen, wenn auch noch so gefahrvollen Aktion noch weit sicherer und lieber, als zu zähem, langwierigem Widerstand. Hingegen wurde vielfach der zu gewärtigende Widerstand unterschätzt. Das belgische Beispiel bewirkte hie und da eine entschieden allzu sanguinische Auffassung. In den letzten Jahren ist das Bewußtsein der internationalen Solidarität zwischen den Arbeitern der verschiedenen Industrieländer gewiß sehr gewachsen, aber nicht in gleichem Maße ist die Kenntnis voneinander vorgeschritten; unsere Presse, deren Aufgabe es wäre, klare Vorstellungen von der Entwicklung der Arbeiterklasse im Ausland und von den Verhältnissen, unter denen sie kämpft, zu verbreiten, ist viel zu sehr mit der Arbeit im eigenen Lande beschäftigt, um ihr voll genügen zu können. Ist das mit wenigen Ausnahmen überall der Fall, so gewiß besonders in Österreich, dessen Preßverhältnisse bisher ein täglich erscheinendes Arbeiterblatt zur Unmöglichkeit machten. So mußte es kommen, daß der österreichischen Arbeiterschaft der siegreiche Massenstreik in Belgien als ein glänzendes, zur Nachahmung reizendes Beispiel in die Augen fiel, daß ihr aber die jahrelange, zu jenem Schlußakt führende Organisationsarbeit und Entwicklung der Partei sowohl, wie auch die dieser Form des Kampfes ganz außerordentlich günstigen Verhältnisse in Belgien weit weniger zum Bewußtsein kamen. Daß der Massenstreik leichter sei in einem hochentwickelten Industrieland mit einer geringfügigen und überdies wenig verläßlichen Armee, als in einem industriell rückständigen Lande mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung und überdies in einem Staate, in dem nichts modern ist als der Militarismus, das ist eine auf der Hand liegende, aber schwerfällige Wahrheit, die eben weit langsamer in das Bewußtsein der Massen eingeht als der heiße Wunsch, endlich ein Ende zu machen. Ohne Zweifel ist auch in einem Lande wie Österreich der Erfolg eines Massenstreiks möglich, aber er erfordert eine ganz anders tiefgehende Zurüstung als in Belgien, er bedeutet einen ganz andern, schwierigen Kampf mit einem starken Gegner von durch keine Rücksicht gehemmter Bru-

talität. Zudem war die belgische Bourgeoisie in der Frage des Wahlrechts geteilt. Diese Spaltung hat die Arbeiterpartei klug ausgenützt, wobei wir nur wünschen, daß sie nicht die Kehrseite der Medaille zu spüren bekomme, daß nicht die prinzipielle Klarheit und Geschlossenheit der Partei unter den Erinnerungen an den gemeinsam mit der radikalen Bourgeoisie geführten Feldzug leide. Wie dem aber auch sei — in Österreich steht die Bourgeoisie geschlossen dem Proletariat gegenüber; die kleinbürgerlichen Parteien, Jungtschechen und Antisemiten sind verläßliche Anhänger des allgemeinen Stimmrechts — so lange es nicht ernst wird. Eine bürgerliche Demokratie gibt es nicht; einige Ideologen haben persönliches Gewicht als tapfere Leute, aber sie zählen nicht als politischer Faktor. Selbst für die Rolle des wohlberatenen Egoismus der Bourgeoisie, des klugen Vermittlers, welche im entscheidenden Moment die belgischen Radikalen spielten, fehlt in Österreich der Träger. Sie könnte nur von einer vernünftigen Regierung übernommen werden, ein Faktor, der in Österreich unwahrscheinlich bis zur Unmöglichkeit ist. Der Massenstreik ist also hier ein Kampf auf Leben und Tod. Im Falle der Niederlage würde die Bourgeoisie die Arbeiterschaft fühlen lassen, was saigner à blanc heißt. Alles das konnte nicht zu dem Schlusse führen, daß der Massenstreik unmöglich sei, wohl aber zu der Überzeugung, daß sein Erfolg einer Vereinigung aller günstigen Umstände bedürfe, daß seine Vorbereitung die gewissenhafteste, die Wahl seines Zeitpunktes die sorgfältigste sein müsse.

Der Parteitag hatte also eine höchst verantwortliche Aufgabe. Vor allem hatte er die eigene Stärke, die Lage der Partei zu untersuchen. Diese Prüfung fiel günstig über Erwartung aus.

Die Beschickung des Kongresses war eine weit zahlreichere als jemals. Und was noch wichtiger ist, die erschienenen Vertrauensmänner genossen nicht nur das Vertrauen des Parteitages, sondern sie hatten auch starke Organisationen hinter sich, die ihnen vertrauten. Die umfassende Organisation, zu welcher vor zwei Jahren der Grund gelegt worden war, hat Fleisch und Blut gewonnen. Die rapide Entwicklung der Vereinstätigkeit, der politischen sowohl wie der gewerkschaftlichen, in allen ihren Formen, die trotz aller Schikanen großartige Entwicklung der Presse, das alles stellten die Berichte trotz ihrer Lückenhaftigkeit unzweifelhaft fest. Die Fortschritte der Partei mußten den größten Optimisten überraschen. Noch weit erfreulicher ist es festzustellen, daß das geistige Niveau der Partei von Kongreß zu Kongreß in ganz außerordentlichem Grade steigt. Die Verhandlungen wurden meist mit einer fast trockenen Sachlichkeit geführt, die sich von der jugendlichen Freude an Volksversammlungsreden, welche die Plage früherer Parteitage war, sehr vorteilhaft unterschied. Die technischen Schwierigkeiten, die österreichischen Parteitagen daraus erwachsen, daß sie stets internationale Kongresse sind, wurden diesmal spielend überwunden. Mehr als das, auch in bezug auf die Organisation zeigte sich das Hindernis der Vielsprachigkeit der österreichischen Arbeiterschaft

überwunden. Das ist nicht hoch genug anzuschlagen. Niemals gab es zwischen österreichischen Arbeitern verschiedenen Volksstammes nationale Eifersüchtelei. Wohl aber war es durchaus nicht leicht, die Form zu finden, welche Deutschen, Tschechen und Polen die möglichst größte Selbständigkeit und damit Beweglichkeit und Schlagfertigkeit gibt, dabei aber der Gesamtpartei volle Geschlossenheit und Fähigkeit zur einheitlichen Aktion sichert. Der Schlüssel dazu war gemeinsames Programm, aber autonome Organisation bei engster Verbindung zur Vereinbarung der Taktik. Die Bestimmungen darüber wurden im letzten Jahre zu vollster Klarheit herausgearbeitet, von einem tschechischen Parteitag, der in Budweis zu Weihnachten stattfand, anerkannt und bereits praktisch verwirklicht. Je mehr die Kraft der tschechischen Organisation wächst, desto mehr verschwindet jene Angst vor Majorisierung und die daraus folgende Empfindlichkeit, welche in früherer Zeit manches zu schaffen machte. Die tschechische und polnische Sozialdemokratie widerlegen unwidersprechlich das oft gehörte Schlagwort „wahrhaft" international seien nur die deutschen Sozialdemokraten. Bei aller Anerkennung des echt brüderlichen Entgegenkommens der deutschen Organisation, wozu sie als die ältere und stärkere verpflichtet ist, muß doch gesagt werden, daß die polnische und tschechische Organisation unter weit schwierigeren Verhältnissen als die deutsche ihren internationalen Standpunkt mit voller Klarheit festhalten. Insbesondere für die Tschechen war es in der letzten Zeit der nationalen Wirren in Böhmen, wo die kleinbürgerliche Opposition, die sich mit der tschechisch-nationalen deckte, und überdies, um die Arbeiter zu gewinnen, sozialistisch „angeheuchelt" war, nicht leicht, die reinliche Scheidung aufrechtzuerhalten in dem Kampfe, welchen tschechische Sozialdemokraten sowie Jungtschechen gegen den gemeinsamen Gegner, die Wiener Regierung und die Prager Statthalterei, zu führen hatten. Alle Versuche der Jungtschechen, eine nationale Arbeiterpartei zu züchten, sind vollständig wirkungslos geblieben. Belege für diese Bemühungen, sowohl als für deren Erfolglosigkeit bot noch kürzlich der Omladinaprozeß.

Konnte der Parteitag in dieser wichtigen Beziehung mit dem Resultat der Prüfung unserer Kräfte zufrieden sein, so hatte er alle Ursache, einem anderen Teil der proletarischen Armee volle Aufmerksamkeit zu schenken: den Bergarbeitern und ihrem Verhältnis zur Partei.

Die Bergarbeiterschaft bildet in fast allen Ländern ein mehr oder weniger rückständiges Element im Proletariat. Die Ursachen davon liegen nahe. Die örtliche Gebundenheit des Bergbetriebes allein schon schafft eine Abschließung; dazu kommt die besondere Art der Lebensführung, welche durch die Arbeit unter der Erde bedingt ist, und die Tradition, welche die Arbeiter dieser ältesten Großbetriebe in festen Formen zusammenschließt, zugleich aber von der übrigen Arbeiterschaft isoliert. Diese Tendenz wird noch dadurch gefördert, daß die Grubenarbeiter in Österreich, wie in den

meisten Ländern unter einer besonderen Gesetzgebung stehen. Gewiß ist für die Psychologie des Grubenarbeiters auch noch die tägliche und stündliche Lebensgefahr von Einfluß. Allerdings hat auch hier der technische Fortschritt das Zunftbewußtsein zu erschüttern begonnen. Die Grubenarbeit hört allgemach auf, eine Kunst zu sein, die sich von Vater auf Sohn vererbt. Das rasche Wachstum der Produktion und die Schwankungen des Weltmarktes haben der Bergarbeiterschaft ein gutes Stück der industriellen Reservearmee einverleibt, das zeitweise wieder abgestoßen wird; ihr fester Kern ist in Zersetzung begriffen. Der „Knappe" wird freizügiger Proletarier, wie es der „Handwerksgeselle" schon ist. Aber noch immer fühlt sich die Grubenarbeiterschaft als ein besonderer Körper mit besonderen Interessen, der mit einer gewissen Fremdheit, fast mit Mißtrauen der industriellen Arbeiterschaft und ihrer Organisation gegenübersteht.

Das ist nun in Österreich nicht etwa in höherem Grade der Fall als in anderen Ländern. Im Gegenteil, ein großer Teil (die westböhmischen und steiermärkischen Reviere zum Beispiel) der Bergarbeiterschaft steht geradezu in der sozialdemokratischen Organisation, ein anderer Teil ist von sozialdemokratischen Strömungen durchsetzt, die freilich zur vollen Klarheit noch nicht geführt haben, und kaum ein Revier hat noch jungfräulichen Boden, zu dessen Urbarmachung, wie wir gelegentlich erwähnen wollen, die Maifeiern in ganz großem Maßstabe beigetragen haben. Die Fachorganisation hat mit vielleicht noch größerem Widerstand zu kämpfen als die irgendeiner anderen Branche; sie wird als sehr gefährlich betrachtet, jede Auflehnung gegen die Ausbeuterschaft, welche die Bürokratie vollständig in der Tasche hat, gilt als eine Art Hochverrat, und keine Art von Niederträchtigkeit wird den Bergarbeitern erspart, wenn sie sich organisieren oder gar in den Streik treten wollen. Die Übermacht der Riesenunternehmer (Rothschild, Graf Larisch, Erzherzog Albrecht*) usw.) hat es so bis in die neueste Zeit hindern können, daß eines der größten Arbeiterzentren Österreichs, das Ostrauer Kohlenbecken, in engere Fühlung, geschweige einen festen Verband mit den anderen Revieren trat, und das ist eine der Hauptursachen, warum alle die zahlreichen Streiks der letzten Jahre fast stets niedergetreten werden konnten, nachdem sie viele Opfer gekostet. Diese Niederlagen steigern die Erbitterung, aber vermindern die Kampffähigkeit, und es kommt immer wieder zu erfolglosen Explosionen. Neben Lohnforderungen und der Achtstundenschicht steht in erster Linie die Frage der Bruderladen, bei deren „Reform" die Bergarbeiter unter der Ägide des „christlichsozialen" Ackerbauministers Grafen Falkenhayn schändlich übers Ohr gehauen wurden. Bei der Verfechtung ihrer Forderungen zeigen viele Gruppen der Bergarbeiter ein eigentümliches Gemisch von naivem Vertrauen zu den Staatsbehörden, deren Papierkörbe sie nicht aufhören mit

*) Von diesem hat dann der Erzherzog Friedrich — der Oberkommandierende im Weltkrieg — das Riesenvermögen mit den Kohlengruben und Eisenhütten des Ostrauer Reviers geerbt.

Petitionen zu füllen, und von einem nicht minder naiven Radikalismus, einem Rest aus den achtziger Jahren, der sie mit Mißtrauen gegen die „Politiker", die Sozialdemokraten, erfüllt.

Nun haben die Bergarbeiter nach und nach einsehen gelernt, daß sie allein nichts erreichen, und sie fühlen das Bedürfnis, sich an das Industrieproletariat anzuschließen. Für die Sozialdemokratie auf der anderen Seite ist der Anschluß der Bergarbeiterschaft eine Sache höchster Wichtigkeit, nicht etwa nur für den Wahlrechtskampf, sondern für die ganze Bewegung. Denn in dem relativ noch wenig industriellen Österreich, dessen Proletariermassen in die Agrikulturbevölkerung gewissermaßen eingesprengt sind, fallen die zirka 115.000 Bergarbeiter, die in kompakten Massen gerade in den Industriebezirken beisammen sitzen, noch ganz anders ins Gewicht als in jedem anderen Lande. Ihr Beiseitestehen, ihre teilweise Passivität, jener Hauch von Mißtrauen bildete einen schwer empfundenen Mangel für die Arbeiterbewegung. Die Zeit war gekommen, ihn zu beseitigen.

Die wichtigsten Reviere hatten den Parteitag beschickt, was nie zuvor der Fall gewesen. Die wachsende Einsicht nicht nur, auch die Höhe der Not hatte sie hingebracht. Wieder war einer ihrer Versuche mißglückt, die Bruderladen in die Hände zu bekommen und sie aus einem Mittel der Knechtung zu ehrlichen Kranken- und Pensionskassen zu machen. Der Parteitag, auf dessen Tagesordnung auch die Bruderladenreform stand, fand sie geneigter, einzusehen, daß ihnen auch auf diesem Gebiet nicht mit der Abschließung gedient sei, sondern daß ihre Interessen, insbesondere ihre Freizügigkeit, einzig durch Ausdehnung der allgemeinen Kranken- und Unfallversicherung auf die Bergarbeiter gesichert werden können. Ein vortreffliches Referat des überaus fachkundigen Dr. Verkauf überzeugte sie davon. Der Ernst, mit welchem der Parteitag ihre speziellen Interessen behandelte, zwang sie, zu begreifen, daß ihr Mißtrauen unbegründet war.

Die Hauptschwierigkeit aber war zu überwinden bei jenem Punkt der Tagesordnung, welcher lautete: Wahlrecht und Generalstreik. Die Stimmung des größten Teiles der Bergarbeiterschaft (die der Alpenländer ausgenommen) hatte sich in wiederholten Beschlüssen dahin ausgesprochen, in den Streik für das allgemeine Wahlrecht sei nur dann einzutreten, wenn mit dieser Forderung zugleich die der Achtstundenschicht für die Bergarbeiter verbunden würde.

Aber die Bergarbeiter waren nicht die einzigen, welche dem in Aussicht genommenen Massenstreik neben dem Wahlrecht auch noch den Achtstundentag als Ziel geben wollten. Diese Taktik wurde gelegentlich des kurz vorher abgehaltenen Gewerkschaftskongresses von einzelnen Rednern empfohlen und wurde von einer Anzahl Rednern auch auf dem Parteitag vertreten. Hier war der Beweggrund aber nicht jene Rivalität zwischen dem Wunsche nach wirtschaftlichen Reformen und politischen Zielen; der Gedankengang war ein anderer und doppelter. Den einen schien es zweifelhaft,

ob die Massen überall und in allen Branchen durch das Verlangen nach dem Wahlrecht allein aus den Fabriken zu bringen seien; es war ihnen um die Verstärkung der Motive für den Massenstreik zu tun. Die anderen aber meinten, daß, wenn das Proletariat stark genug sei, mittels des Massenstreiks das Wahlrecht zu erkämpfen, es unverantwortlich wäre, der besiegten Bourgeoisie nicht auch noch den Achtstundentag, eine mindestens ebenso wichtige Sache, aufzudiktieren. Dazu kam bei einigen Leitern von Gewerkschaften noch ein andres Moment. Der rasche Aufschwung, den die Gewerkschaftsbewegung genommen, hatte vielfach zu einer sanguinischen Überschätzung der eigenen Kraft geführt und eine Reihe von Angriffsstreiks meist zur Erringung einer Verkürzung der Arbeitszeit hervorgerufen, die fast sämtlich mit einer Niederlage endeten. In allen diesen Fällen hatte die Besonnenheit und das kühle Urteil der Leiter der Organisationen dem stürmischen Vorwärtsdrängen der Massen weichen müssen, die schnelle Erfolge von der Organisationsarbeit sehen wollten. Dieses „Streikfieber" wird auch durch die üblen Erfahrungen anderer nicht geheilt. Jede junge Organisation muß geradezu am eigenen Leib lernen, wie notwendig es ist, die Kraft der Gegner richtig zu beurteilen. Eine Anzahl Gewerkschaftsleiter nun meinten, es ließe sich dieser Vergeudung von Kraft in einer Kette von aussichtslosen Kämpfen dadurch entgegentreten, daß der Parteitag das mot d'ordre ausgäbe: Sammlung aller Kräfte zum Massenstreik zur Erringung des Achtstundentages, bis dahin aber Vermeidung aller Einzelkämpfe.

Die Sachlage klärte sich in einer mit größter Lebhaftigkeit und Gründlichkeit geführten Debatte, in welcher sich der Parteitag das beste Zeugnis für seine Fähigkeit ausstellte, die schwierigsten Fragen parlamentarisch zu behandeln — nicht weniger als 108 von den 138 Teilnehmern kamen zum Wort, einige sogar wiederholt. Gegen den Plan, auf die Plattform des Massenstreiks neben dem Wahlrecht auch den Achtstundentag zu stellen, wurden eine ganze Reihe guter Gründe ins Feld geführt. Vor allem seien die Bedingungen für die Erlangung des Achtstundentages ganz andere als die für das Wahlrecht. Ein Zeitpunkt, der dem Siege in der einen Richtung günstig wäre, könne für die andere Forderung möglicherweise höchst ungünstige Chancen bieten. Der Widerstand der Gegner werde gesteigert durch diese Verbindung und ihre Macht gestärkt. Schließlich, und das mußte allgemein eingesehen werden, seien die beiden Forderungen für Österreich in einem ganz verschiedenen Stadium der Reife. Das allgemeine Wahlrecht sei eine überreife Frucht, es handle sich nur darum, den Baum tüchtig zu schütteln; in dieser Beziehung sei Österreich eben rückständig über alle Maßen, und es handle sich nur darum, nachzuholen, was in ziemlich allen Kulturländern schon besteht. Nicht in gleichem Maße rückständig ist die Arbeiterschutzgesetzgebung Österreichs, und es sei kaum zu erwarten, daß dieses verzopfte Gemeinwesen plötzlich mit Erfolg gezwungen werden könne, den anderen Staaten mit der Einführung des gesetzlichen Achtstundentages voraus-

zugehen. Die Verknüpfung einer sicher erfolgreichen Sache mit einer fast in demselben Grad aussichtslosen, könnte eine doppelte Niederlage herbeiführen. Zudem aber wäre es eine Täuschung der Massen, würde man sie in den allgemeinen Streik führen unter Vorspiegelung von höchst wahrscheinlich unerreichbaren Erfolgen; eine Täuschung, die für die ganze Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung von den ernstesten Folgen sein könne.

Anders steht es mit der Achtstundenschicht der Bergarbeiter. Diese Forderung sei vollständig reif für die Erfüllung; es bedürfe nur eines kräftigen Ruckes zu richtiger Zeit, um sie zu erkämpfen. Sobald der Augenblick dafür gekommen sei, müßte die ganze Arbeiterschaft sich solidarisch für sie einsetzen; nicht etwa durch einen Massenstreik, der die Wirkung eines Kohlenarbeiterstreiks geradezu kompensieren würde, sondern durch die Art von moralischer und materieller Unterstützung.

Diese Erwägungen wurden in folgenden, mit sehr großer Majorität gefaßten Beschluß zusammengefaßt:

> Unabhängig vom Kampf um das Wahlrecht ist der Kampf für den Achtstundentag zu führen, und ist zu diesen Zwecken in erster Linie alle Anstrengung zunächst auf jenen Punkt zu vereinigen, wo er am ehesten zu erreichen ist.
>
> Der Parteitag erklärt, daß, sobald die organisierte Bergarbeiterschaft den Zeitpunkt für gekommen erachten wird, in den Kampf für die Achtstundenschicht zu treten, die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft Österreichs deren Kampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen wird.
>
> Die Parteivertretung ist verpflichtet, diesen Beschluß durchzuführen.

Damit war nicht nur die Bahn freigemacht für die Wahlrechtsbewegung, es war ein weiterer Schritt zur Angliederung der Bergarbeiterschaft an die sozialdemokratische Arbeiterschaft getan, eine Sache von weit größerem Gewicht, als alle ephemeren Fragen der Taktik. Die Delegierten der Bergarbeiter, deren einige halb widerwillig, von Mißtrauen erfüllt, gekommen waren, hatten durch den Verlauf des Parteitages viel gelernt. Sie erklärten selbst ganz ausdrücklich: „Wir gehen als ganz andere Leute weg, als wir gekommen sind." Gewiß ist damit nicht mehr geschehen, als daß der Sozialdemokratie ein neues Arbeitsfeld eröffnet wurde. Die Arbeit selbst ist noch zu leisten und sie wird geleistet werden.

Die Debatte über den Massenstreik spiegelte getreu die Verschiedenheit der Verhältnisse, des Gesichtskreises, des Standes der Organisation und nicht zuletzt des Temperaments der auf dem Parteitag vertretenen Arbeiterschichten wieder. Den Grundton aller Reden aber bildete der unerschütterliche Entschluß, bis ans Ende zu gehen und das Proletariat nicht von den geriebenen Scharlatanen der Koalition am Narrenseil führen zu lassen. Die Parteivertretung wurde von mehreren Seiten scharf getadelt; sie habe in der kritischen Zeit nach dem 10. Oktober nicht das Signal zum Sturm gegeben, sie habe überhaupt den Massenstreik zu sehr als entfernte Eventualität betrachtet, statt ihn sofort ins Auge zu

fassen und unmittelbar in Angriff zu nehmen. Es war mitunter das oft erlebte Bild, daß die Leute, welche die Gegner als „Hetzer" und fanatische Unruhestifter anklagen, von den „Verhetzten und Angestifteten" als Abwiegler und Schwächlinge, die sie vorwärtstreiben müssen, auf die Anklagebank gesetzt werden. Wer zudem wußte, daß diejenigen, welche als die Stürmer und Dränger erschienen, selbst wieder von der Masse der Arbeiterschaft vorwärtsgedrängte und verhältnismäßig besonnene Leute sind, dem zeigte der Parteitag, gleich einem Manometer, daß der Druck der Erregung in den Massen einen ungeahnten Grad erreicht habe. Aber nicht in Explosionen mußte diese Spannkraft verpufft, sondern in fruchtbringender Arbeit verbraucht werden.

Zunächst billigte die große Majorität des Parteitages die bisherige Taktik in der Wahlrechtsbewegung vollständig und erklärte es für notwendig, sie mit verstärkter Energie und in größerem Umfang fortzusetzen. Freilich wurde geäußert, daß die immer wiederholten Massenversammlungen, die Demonstrationen und Resolutionen endlich ermüden müssen und an Wirksamkeit einbüßen. Dem mußte entgegengehalten werden, daß jede dieser Demonstrationen nicht nur unsere Macht zeigt, sondern sie auch verstärkt, indem sie in ganz eminentem Sinne agitatorisch wirkt. Zudem erfordert gerade die gegenwärtige politische Lage einen permanenten Druck auf Regierung und Bourgeoisie. Die Gegner dürfen nicht zur Ruhe kommen und nicht einen Moment sich dem Wahne hingeben, sie könnten die Wahlreform einschlafen lassen. Neben dieser unumgänglich notwendigen, fortlaufenden Arbeit aber sei der Massenstreik vorzubereiten. Die subjektive Bereitschaft großer Massen des Proletariats und insbesondere der Parteigenossen war vorhanden, das zeigte deutlich der Parteitag. Aber ebenso deutlich zeigte er, daß an der objektiven Bereitschaft noch manches fehle. Man durfte sich nicht verhehlen, daß es durchaus nicht genügen könne, wenn Wien und einige große Industriezentren in den Ausstand eintreten; einer solchen Eventualität sind die Garnisonen, im Notfall durch Zuzug verstärkt, vollständig gewachsen. Ein schwer zu überwindender Druck kann nur ausgeübt werden, wenn im ganzen Lande, wo größere Arbeitermassen beisammen sind, die Arbeit steht. Und gerade in dieser Beziehung waren die Berichte vieler Provinzdelegierten sehr lehrreich und zeigten dem Parteitag, daß noch manche Arbeit zu tun sei. Der Massenstreik konnte also nicht als eine Aktion behandelt werden, die von heute auf morgen durchzuführen sei. Die Agitation für ihn als bloße Drohung, als Schreckmittel zu benützen, das wurde allseitig und sehr entschieden abgelehnt. Was die Sozialdemokratie in Österreich und wohl in allen Ländern erreicht hat, hat sie durch solide Arbeit erreicht, dadurch, daß sie immer mehr geleistet hat, als sie versprochen. Wenn wir renommieren, täuschen wir damit selten die Gegner, viel eher täuschen wir die eigenen Genossen, und das ist stets ein Verbrechen an der Bewegung.

Je ernster aber der Massenstreik ins Auge gefaßt wurde, desto klarer mußte es sein, daß er ein Äußerstes ist, das nur im äußersten Fall, wenn alle anderen Mittel an der kurzsichtigen Brutalität der Gegner scheitern, angewendet werden dürfe. Freilich, als ein polnischer Delegierter ausrief: „Es gibt Augenblicke im Leben einer Partei, wo sie sich lieber den Kanonen gegenüber sieht, als sich mit Nadelstichen und Kolbenstößen tagtäglich traktieren zu lassen" — da erdröhnte der Saal von Rufen der Zustimmung. Das ist auch so wahr, daß, wer die Leiden des österreichischen Proletariats kennt, wer weiß, welche gehäufte Unbill ihm der Übermut der Herrschenden tagtäglich zufügt, sich nicht darüber wundert, daß es bereit ist zum losbrechen, sondern darüber, daß es diesen Zustand knirschend trägt und seine Kraft besonnen zurückhält und sammelt. Aber es ist eben mit den „Kanonen" nicht abgetan; auf den Tag der Schlacht folgt ein Morgen, und ist die Schlacht verloren, so hagelt es erst recht „Nadelstiche und Kolbenstöße", die wehrloser als je ertragen werden müssen. Der Massenstreik, selbst unter den günstigsten Voraussetzungen unternommen, kann mißlingen, und dann ist die mit den Opfern ungezählter Tausende erkaufte Organisation, die errungene Machtstellung des Proletariats für lange Zeit gebrochen. Das riskiert man vernünftigerweise nur, wenn man unvermeidlich muß.

Einen Zeitpunkt oder eine bestimmte Eventualität für den Massenstreik festzusetzen, konnte dem Parteitag nicht beikommen; das mußte der Exekutive überlassen bleiben. Soviel ist aber klar: eine Wahlordnung, die den „Leitenden Grundsätzen" des Koalitionsministeriums entspricht, die zwei Drittel des Proletariats vom Wahlrecht ausschließt und das dritte Drittel in eine Kurie schachtelt, darf nicht Gesetz werden; damit wäre das „Äußerste" gegeben.

Alles eben Erörterte schien dem Parteitag am präzisesten folgender Antrag zusammenzufassen, welcher, der einzige von einer großen Zahl vorliegender Entwürfe, zunächst eine Zweidrittelmajorität der Stimmen erhielt, dann aber einer nochmaligen Abstimmung unterzogen, mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde. Der Beschluß lautet:

> Die von der Regierung vorgeschlagene Wahlreform wird als Verhöhnung der Arbeiterschaft mit Entrüstung zurückgewiesen. Der Parteitag erklärt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mitteln erkämpfen zu wollen, dazu gehört neben den angewendeten Mitteln der Agitation und Organisation auch der Massenstreik. Die Parteivertretung mit den Vertretern der Organisationskreise wird beauftragt, alle Vorkehrungen zu treffen, um, falls die Hartnäckigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien das Proletariat zum Äußersten zwingen sollte, den Massenstreik als letztes Mittel im geeigneten Zeitpunkt anordnen zu können.

Damit war in einer der schwierigsten Fragen, die einem Parteitag zur Lösung obliegen können, volle Einmütigkeit erzielt und

der schweren Verantwortlichkeit, die auf den Vertrauensmännern der Partei lastete, im vollsten Umfang Rechnung getragen.

So tritt denn die Sozialdemokratie Österreichs in eine neue Periode ernstesten Kampfes. Mit welchen Mitteln er geführt werden wird, wann er seinen Höhepunkt erreicht, hängt nicht von unserer Partei allein ab. Sie kann nur den einen Faktor für den Gang der Ereignisse bestimmen, den unwandelbaren und unerschütterlichen Willen des Proletariats, sein nächstes Ziel, das allgemeine Wahlrecht, in kürzester Zeit zu erreichen. Den anderen Faktor liefert das Verhalten des Gegners; von ihm hängt somit die Richtung der Resultierenden ab. Und es ist nicht nur ein mächtiger, sondern auch ein völlig rücksichtsloser und gewissenloser Gegner. Die Arbeiterschaft muß gefaßt sein darauf, daß die Regierung versucht, sie durch langwieriges Hinziehen zu ermüden und einzuschläfern, aber auch darauf, daß sie, am Ende ihrer Weisheit angelangt, versucht, ihr eine Falle zu stellen. Die Koalitionsregierung wird gewiß sündigen auf die Geduld des Proletariats, aber auch vielleicht auf seine Ungeduld. In dem Verhalten der Regierung und ihrer Behörden in letzter Zeit zeigen sich Symptome dafür, daß sie die Politik der Provokation am Platze findet. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß das Koalitionsministerium, wie vor kurzem das Kabinett Taaffe, sich in „Staatsrettung" versuchen will*). Der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz trägt einen ominösen Namen**), und auch bei Leuten, die sonst Nullen sind, ist ein atavistischer Rückfall keineswegs ausgeschlossen. Aber die Sozialdemokratie wird der Koalition so wenig wie dem Grafen Taaffe den Gefallen tun, sich provozieren zu lassen. Das Proletariat ist geduldig und langmütig, und es ist nicht geduldig aus Schafsnatur und nicht langmütig aus Sentimentalität; es hat nur die Geduld, zu rüsten, bevor es kämpft.

Hoffen wir, daß die Arbeiterschaft Österreichs der ihr allein zugefallenen Riesenaufgabe, die sie durchzuführen hat auf dem ungünstigsten Boden, in dem rückständigsten Staate Mitteleuropas, gewachsen sein wird. Sie hat sie übernommen im vollen Bewußtsein der ungeheuren Schwierigkeiten, aber mit dem festen Willen, sie zu überwinden.

---

*) Seitdem diese Worte geschrieben worden, haben alle Vorkommnisse sie bestätigt. Das Wohlwollen für die Schuldtragenden an den Bestialitäten von Falkenau und Ostrau, welches die Regierung an den Tag legt, zeigt dem Proletariat Österreichs deutlich genug, wessen es sich von dem „neuen Kurs" zu versehen hat. Das Rezept, das der bankerotte Bismarck in Deutschland angeraten, scheint in Österreich von dem bankerotten Ministerium Windischgrätz aufgenommen worden zu sein. (Anmerkung des Verfassers im Jahre 1894.) Diese Bemerkung bezieht sich darauf, daß in Falkenau am 1. Mai 1894 drei Bergarbeiter von Gendarmen getötet und acht verwundet wurden, in Polnisch-Ostrau wurden gar vierzehn Bergarbeiter getötet und zwanzig schwer verletzt. Die Regierung lehnte ein Einschreiten gegen die Schuldtragenden ab.

**) Ein Windischgrätz hat ja die Revolution des Jahres 1848 gemordet.

# Generalstreikdebatten*).

„Arbeiter-Zeitung" vom 23. September 1904.

Was vor wenigen Monaten recht unwahrscheinlich schien, ist nun Tatsache geworden: Der Generalstreik steht augenblicklich auf der Tagesordnung der sozialistischen Diskussion. In Frankreich hat man freilich immer von ihm geredet, die revolutionäre Rich-

*) Auf dem Parteitag in Bremen 1904 begründete Dr. Karl Liebknecht den Antrag der Organisation Spandau, die Frage des Generalstreiks auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Der Antrag wurde, nachdem Bernstein, Grenz und Klara Zetkin dazu gesprochen hatten, dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen. Erst auf den Parteitagen in Jena 1905 und Mannheim 1906 gab es Debatten über den politischen Massenstreik, worüber Bebel das Referat hatte. Der Gewerkschaftskongreß in Köln 1905 lehnte den politischen Massenstreik ab. Der eigentliche Vorkämpfer des Gedankens des Generalstreiks war Friedeberg (Berlin), der schon auf dem Dresdener Parteitag 1903 die Diskussion darüber beantragt hatte. Auch auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam trat er für den Generalstreik mit halb anarchistischen Argumenten ein.

Der Amsterdamer Kongreß beschloß mit 36 gegen 4 Stimmen folgende von Frau Roland-Holst (Holland) begründete Resolution:

„In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongreß den absoluten Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unausführbar, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats, unmöglich macht. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerstes Mittel sein kann, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, warnt der Kongreß die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, ins Schlepptau nehmen zu lassen und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch Entwicklung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird."

Der italienische Generalstreik war zuerst von der Arbeiterkammer in Mailand und dann von der Partei proklamiert worden, weil in Buggeru in Sardinien, in Monte Sangiuliano in Sizilien und gleich darauf auch in Sestri Ponente bei Genua Militär und Gendarmerie auf Arbeiter schossen. Der Ministerpräsident Giolitti mußte eine Untersuchung einleiten, aber er löste die Kammer auf, um sich unter dem Eindruck des Generalstreiks eine gefügige Mehrheit zu verschaffen, und die Sozialisten verloren vier von ihren 32 Mandaten, stiegen aber von 175.000 auf 320.000 Stimmen.

Auf dem Salzburger Parteitag beantragten Seliger (Teplitz) und Hillebrand (Karlsbad), den Generalstreik auf die Tagesordnung

tung, die durch den Genossen Allemane*) vertreten wird, spitzt ihre ganze Agitation auf den Generalstreik zu als auf ein souveränes Mittel der Befreiung des Proletariats; und eine sehr erhebliche Zahl von Gewerkschaften steht dort auf diesem Standpunkt, der freilich von der Majorität der französischen Sozialisten mit aller Schärfe abgelehnt wird. Der letzte glänzend geführte, wenn auch erfolglose Generalstreik der belgischen Sozialdemokratie um das Wahlrecht, der verunglückte holländische Streik zur Abwehr des Koalitionsrechtsraubes waren Ereignisse, die immer wieder die internationale Diskussion anregten. Der Amsterdamer Kongreß hat sich damit sehr ausführlich beschäftigt und eine klug erwogene Resolution gefaßt. Nun hat die Diskussion auch auf deutschen Boden übergegriffen, der ihr am wenigsten günstig ist, und der Bremer Parteitag hat dem Vorstand anheimgegeben, ob nicht der Generalstreik auf die Tagesordnung der nächsten Tagung zu stellen sei. Und schließlich wird auch unserem Salzburger Parteitag der Antrag vorliegen, sich mit diesem Gegenstand zu beschäftigen. Daß alle diese Diskussionen durch die Geschehnisse der letzten Tage, durch den großartigen Verlauf des Generalstreiks der italienischen Sozialisten höchst kräftige Anregung bekommen müssen, ist klar. Die Debatte über den Generalstreik ist aktuell geworden.

Ob aber auch nützlich? Das ist eine andere Frage. Zunächst sei festgestellt, daß, von jener Gruppe der Franzosen abgesehen und ebenso von Genossen Friedeberg, bei dem die französische Utopie als deutsche Schrulle auftritt, kein Mensch mehr vom Generalstreik als von dem letzten, entscheidenden und erlösenden Mittel des proletarischen Klassenkampfes spricht. Nicht die endgültige politische und ökonomische Expropriation der Kapitalistenklasse soll sein Ziel sein, nicht mehr die völlige Lahmlegung der gesamten Produktion und des Verkehrs soll er darstellen. Aber er soll, um mit den Worten der Amsterdamer Resolution zu sprechen, „ein

---

zu stellen. Der Antrag wurde aber abgelehnt, was Skaret folgendermaßen motivierte:

> Eine Diskussion über den Generalstreik ist nicht dringend, weil die österreichische Arbeiterschaft klar darüber ist, daß der Generalstreik als Allheilmittel zur Durchführung unserer letzten Ziele eine Utopie ist, daß aber der politische Massenstreik ein unter gewissen Umständen brauchbares und wirksames Mittel der Aktion ist, auf das das Proletariat nicht verzichten kann und das es sich vorbehält, und weil schließlich der Amsterdamer Kongreß eine durchaus bestimmte und sachgemäße Resolution in dieser Frage beschlossen hat.

Siehe übrigens die Erklärung, die Adler in Salzburg zu dieser Frage abgegeben hat, sowie seine Reden auf dem Parteitag 1905, schließlich auch ganz besonders den Artikel „Generalstreikdiskussion" vom 17. September 1905, in dem auf diesen Artikel „Generalstreikdebatten" Bezug genommen wird.

*) Die Syndikalisten. (Siehe die Bemerkungen beim Artikel „Der Weltkongreß der Arbeiter" vom 23. September 1900.)

äußerstes Mittel sein, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen" und er soll „ein Streik sein, der sich über einzelne für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Zahl von Betrieben ausdehnt". Auf dem Bremer Parteitag wurde eine solche Aktion auch nicht mehr Generalstreik, sondern politischer Massenstreik genannt, ein Ausdruck, der einigermaßen präziser ist und den die österreichischen Sozialdemokraten schon seit dem Jahre 1893 anwenden. In dieser Gestalt aber hat der Gedanke fast ebenso viele Freunde, wie die Generalstreiksutopie Gegner. Daß die politische Aktion des Proletariats in einem gegebenen Moment zu einem bestimmten Zweck, auf gewissen Höhepunkten des Kampfes die Form des Massenstreiks annehmen kann und unter Umständen muß, leugnet heute niemand, und in Bremen haben sich Genossen aller Schattierungen — von Genossen Bernstein bis zur Genossin Zetkin — dazu bekannt.

Die Erfahrung lehrt, daß es Lagen für das Proletariat gibt, wo ihm der Massenstreik als Kampfmittel aufgenötigt wird; sie zeigt, daß es ein gefährliches, zweischneidiges Mittel ist — wie übrigens auf kleinerer Stufenleiter jeder Streik —; sie zeigt schließlich, daß dieses Kampfmittel wirksam sein kann. Daraus folgt nun mit größter Klarheit, daß wir keinen Grund haben, dieses Kampfmittel prinzipiell auszuschließen, daß wir im Gegenteil jeden Grund haben, es uns vorzubehalten. Aber folgt daraus, daß man davon reden, daß man es „diskutieren" muß? Keineswegs. Vielmehr gehört unseres Erachtens der Massenstreik zu den etlichen guten Dingen, die man erforderlichenfalls tut, von denen man aber am besten so wenig als möglich — spricht. Und zwar aus guten Gründen. Die Diskussion kann gar nichts nützen, denn wenn der Generalstreik möglich und notwendig ist, so muß er mit elementarer Gewalt auftreten, ein gewiß geordneter, aber durchaus unmittelbarer Willensakt des Proletariats sein, der nicht durch vorhergegangene Diskussion, sondern durch die politische Notwendigkeit, ja Zwangslage seinen Schwung und seine Triebkraft bekommt. Die Diskussion kann aber schaden. Der Massenstreik ist keine reguläre Waffe, ist ein Ausnahmsakt, und es scheint uns unklug, die Phantasie der Arbeiterschaft damit allzusehr zu erfüllen. Es kann daraus die Gefahr entstehen, die Phantasie der Masse abzulenken von der täglichen, schweren, unscheinbaren Organisationsarbeit, welche Grundlage und Bedingung jedes proletarischen Kampfes ist — auch des Massenstreiks. Wie nahe diese Gefahr liegt, zeigt ein Artikel unseres römischen Bruderorgans „Avanti" aus der Feder eines der klügsten und besonnensten italienischen Genossen, Enrico Leone, der freilich unter dem Eindruck der letzten Ereignisse den Generalstreik bereits als ein fortgesetzt anwendbares Kampfmittel anpreist und den letzten Erfolg ansehen will, nicht etwa als eine vereinzelte und sporadische Explosion, sondern als den Beginn und Ausgangspunkt einer neuen proletarischen Politik. Wir sind durch-

aus nicht geneigt, Äußerungen die unter dem Einfluß erregender Tagesereignisse stehen, allzuscharf zu beurteilen; aber die Tendenz, daß der politische Massenstreik durch Übertreibung diskreditiert werde, ist heute schon vorhanden und davor soll gewarnt werden.

Es ist klar, daß die Gewerkschaften, und zwar um so mehr, je besser und stärker sie organisiert sind, der Idee des politischen Massenstreiks von vornherein sehr zurückhaltend gegenüberstehen müssen. Was sie in endloser Mühe aufgebaut haben, alle Erfolge, die sie in unter schweren Opfern erkämpften Kollektivverträgen erreicht haben, kann unter Umständen eine solche Aktion gefährden. Nur die äußerste Not, die jedes Gebot bricht, gibt den verantwortlichen Vertrauensmännern das Recht, solche Gefahren heraufzubeschwören. Aber auch die Gewerkschaften wissen, daß es Lagen gibt, wo es ums Ganze geht. Kein Vernünftiger wird sein Leben leichtsinnig aufs Spiel setzen, aber es ist nicht Vernunft, sondern Feigheit, lieber schmählich zugrunde zu gehen, als, wenn es not tut, auch sein Leben zu wagen. In dieser Gesinnung sind wir mit den Genossen, denen die gewerkschaftliche Organisation obliegt, völlig eins. Darum aber erst recht sind wir verpflichtet, alles zu unterlassen, was die Organisationsarbeit abzulenken und zu stören geeignet ist. Wir wollen stark werden, um jedes Kampfmittel der Arbeiterschaft, den Massenstreik eingeschlossen, gebrauchen zu können, und wenn die Zeit dazu da ist, werden wir handeln. Davon zu reden ist überflüssig.

# Unter dem Gefühl der Verantwortlichkeit.

Berichtigung auf dem Parteitag 1904*).

Jemand hat geglaubt zu hören, daß ich in der Vorbesprechung gesagt hätte, daß wir zum Unterschied gegen früher den Generalstreik deshalb nicht mehr machen können, weil wir zu stark geworden sind und zu viel zu verlieren hätten. Ich habe allerdings gesagt, wir müßten unter ganz anderen Bedingungen arbeiten als etwa im Jahre 1893, und daß wir deshalb auch von anderen Erwägungen geleitet werden. Ich bin aber weit entfernt davon und würde mich gegen die Meinung verwahren, daß ich den politischen Massenstreik aus unseren Erwägungen ausschließen möchte. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß der politische Massenstreik ein Mittel ist, das zu den mög-

*) Auf dem Parteitag in Salzburg 1904 beantragten Seliger und Hillebrand, den Generalstreik auf die Tagesordnung zu setzen. Das wurde abgelehnt. (Siehe die Fußnote zum Artikel „Generalstreikdebatten".) In dieser Berichtigung wendete sich nun Adler gegen eine Bemerkung von Doktor Czech (Brünn), Dr. Adler habe in der Vorbesprechung als Hauptargument angeführt, man könne nicht mit dem Generalstreik ausrücken, weil man fürchten müsse, zu verlieren, was man besitze. In einem Zwischenruf hatte Dr. Adler gleich erklärt, daß er das nicht gesagt habe.

lichen gehört. Ich bin aber allerdings auch der Meinung, daß alle unsere Erwägungen unter dem Gefühl der Verantwortlichkeit und in dem Bewußtsein ihrer vollen Tragweite gemacht werden müssen.

# Die Generalstreikdiskussion.

„Arbeiter-Zeitung" vom 17. September 1905.

In wenigen Tagen wird der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Jena eröffnet werden. Sein wichtigstes Werk wird die Reform der Parteiorganisation sein, die dem riesenmäßigen Anwachsen der deutschen Partei und der Vervielfältigung ihrer Aufgaben angepaßt werden soll. Einen breiten Raum werden voraussichtlich die Diskussionen über die Parteipresse einnehmen und nach dem nun schon üblich gewordenen Vorspiel zu schließen, steht den fernerstehenden Freunden der deutschen Sozialdemokratie wieder der keineswegs ungetrübte Genuß bevor, unsere tüchtigsten Genossen ihre glänzendsten Fähigkeiten in einem notwendig völlig unfruchtbaren Kampfe bewähren zu sehen. Daß die deutsche Partei, die durch das Bewußtsein des deutschen Proletariats von seiner Einheit zusammengehalten wird, solche Fehden aushält und daß sie dadurch nicht ruiniert werden kann, ist sicher; aber das beweist noch lange nicht, daß sie die Energie, den Stolz und die Kampfesfreudigkeit der sozialdemokratischen Massen zu steigern geeignet sind. Die geringste Einbuße auf diesem Gebiet aber scheint uns mehr Schaden zu bringen, als die erbarmungslose Kritik der vergänglichen Produkte der Tagespresse je Nutzen stiften kann, selbst wenn diese Kritik, was nicht immer ausgemacht ist, stets eine zutreffende wäre.

Von großem internationalen Interesse aber wird die Debatte über den Generalstreik sein. Bebel hat das Referat übernommen und man darf sich gewiß auf gründliche, vielleicht auch auf recht erregte Redekämpfe gefaßt machen. Auch auf der Tagesordnung unseres eigenen österreichischen Gesamtparteitages steht die Erörterung des Generalstreiks, und schon darum werden wir mit gespanntem Interesse der Debatte in Jena folgen. Es ist darum angezeigt, den gegenwärtigen Stand der Frage kurz zusammenzufassen.

Zunächst eine persönliche Bemerkung. Der Schreiber dieser Zeilen hat an dieser Stelle wiederholt der Meinung Ausdruck gegeben, daß er die Diskussion über den Generalstreik für keine notwendige, ja kaum für eine nützliche Sache halte. Es sei gestattet, einige Sätze zu zitieren, die am 23. September 1904*) im Anschluß an den Generalstreik der Italiener und die Bremer Debatten geschrieben wurden: „Die Erfahrung lehrt, daß es Lagen für das Proletariat gibt, wo ihm der Massenstreik als Kampfmittel aufge-

*) Im Artikel „Generalstreikdebatten". (Siehe auch das Referat Adlers auf dem Parteitag des Jahres 1905.)

nötigt wird; sie zeigt, daß es ein gefährliches, zweischneidiges Mittel ist — wie übrigens auf kleinerer Stufenleiter jeder Streik —; sie zeigt schließlich, daß dieses Kampfmittel wirksam sein kann. Daraus folgt nun mit größter Klarheit, daß wir keinen Grund haben, dieses Kampfmittel prinzipiell auszuschließen, daß wir im Gegenteil jeden Grund haben, es uns vorzubehalten. Aber folgt daraus, daß man davon reden, daß man es „diskutieren" muß? Keineswegs. Vielmehr gehört unseres Erachtens der Massenstreik zu den etlichen guten Dingen, die man erforderlichenfalls tut, von denen man aber am besten so wenig als möglich — spricht. Und zwar aus guten Gründen. Die Diskussion kann gar nichts nützen, denn wenn der Generalstreik möglich und notwendig ist, so muß er mit elementarer Gewalt auftreten, ein gewiß geordneter, aber durchaus unmittelbarer Willensakt des Proletariats sein, der nicht durch vorhergegangene Diskussion, sondern durch die politische Notwendigkeit, ja Zwangslage seinen Schwung und seine Triebkraft bekommt. Die Diskussion kann aber schaden. Der Massenstreik ist keine reguläre Waffe, ist ein Ausnahmeakt, und es scheint uns unklug, die Phantasie der Arbeiterschaft damit allzusehr zu erfüllen. Es kann daraus die Gefahr entstehen, die Phantasie der Masse abzulenken von der täglichen, schweren, unscheinbaren Organisationsarbeit, welche Grundlage und Bedingung jedes proletarischen Kampfes ist — auch des Massenstreiks."

Diese Anschauung habe ich nicht geändert, aber die Diskussion über den Generalstreik, ob nützlich oder nicht, liegt in der Luft, sie ist da, und mit dieser Tatsache muß man rechnen und aus ihr das Beste machen. Eine Diskussion über die Diskussion des Generalstreiks wäre der Gipfel der Absurdität. Sehen wir also zu, was die bisherige Diskussion zutage gefördert.

Ihr in jedem Betracht wichtigstes Produkt ist eine umfangreiche Broschüre, die unsere holländische Genossin Frau Henriette Roland-Holst unter dem Titel: „Generalstreik und Sozialdemokratie" (im Verlage von Kaden u. Komp., Dresden) veröffentlicht hat. Der Hauptwert dieser ebenso fleißigen wie wohldurchdachten Arbeit besteht darin, daß sie getreulich alles erreichbare Material sowohl über die Tatsachen als über die Meinungen zusammenfaßt und übersichtlich ordnet. Sie gibt eine ungemein lehrreiche kritische Geschichte der bisherigen Fälle vom Generalstreik und sie gelangt zu einer Systematik, die folgende Arten von Streiks unterscheidet:

Erstens: Der Streik aus Solidarität, aus Klassengefühl, weil er undenkbar ist ohne gewisse sozialistische Gesinnung und aus dieser hervorgeht. Also der verallgemeinerte Sympathie- oder Solidaritätsstreik (grève généralisée).

Zweitens: Die Idee eines mit gewissen Arten des verallgemeinerten Solidaritätsstreiks zusammenhängenden, seine Ausdehnung ins Grenzenlose bildenden ökonomisch-sozialen Generalstreiks, der von den Anarchisten und revolutionären antiparlamentarischen Gewerkschaften gepredigt wird als die

Entscheidungsschlacht zwischen Kapital und Arbeit, die soziale Revolution.

Drittens: Der durch seine Konsequenzen zur öffentlich-gesellschaftlichen, also politisch-sozialen Angelegenheit werdende ökonomische Massenstreik, der die Produktion von unentbehrlichen Produktions- und Konsumtionsmitteln in hohem Maße beeinträchtigt (Streik der Bergarbeiter, Landarbeiter usw.) oder den Kreislauf des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens lahmlegt (Streik der Hafenarbeiter, Eisenbahnarbeiter usw.), also der ökonomische Streik mit politischer Tragweite.

Viertens: Der Streik, der die politisch-sozialen Verhältnisse bewußt beeinflussen, eine Waffe des Angriffes oder der Verteidigung im proletarischen Emanzipationskampf gegen den bürgerlichen Staat sein will: der politische Massenstreik.

Es wäre ganz zwecklos, sich an dieser Stelle mit den beiden ersten Kategorien von Massenstreiks zu beschäftigen. Der Sympathiestreik ist ein Mittel des Lohnkampfes, der einem primitiven, kindlichen Stadium entspricht und durch die geordnete, zielbewußte gewerkschaftliche Organisation überall überwunden wird. Die Utopie des Generalstreiks im Sinne der französischen Anarchisten, Antiparlamentarier und Syndikalisten entspringt einem der Sozialdemokratie grundsätzlich entgegengesetzten Gedankengang. Sie wird in den Ländern mit vorgeschrittener sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Organisation des Proletariats keinen Boden finden, wenn sie auch in Form der Friedebergschen Schrulle in den letzten Wochen in Deutschland einigen Lärm verursachen konnte; eine Episode, die vermutlich ebenso auf Rechnung gewisser allzu nüchtern gegenwartspolitischer Stimmungen in der Partei zu setzen ist, als sie durch den Gegensatz zwischen der lokalorganisierten Minorität der Gewerkschaften gegen die Gesamtorganisation für den Augenblick ein gewisses Publikum gefunden hat.

Den Boden ernster taktischer Erwägung betreten wir mit der Erörterung des „ökonomischen Streiks mit politischer Bedeutung", den Genossin Roland-Holst vom politischen Massenstreik unterscheidet. Es sei gleich bemerkt, daß, so ersprießlich solche logische Abgrenzungen für die übersichtliche Erfassung der Tatsachen und die Zwecke der Diskussion sind, sie selbstverständlich in der Wirklichkeit überall durchbrochen werden. Das Leben kennt auf keinem Gebiete scharfe Grenzen und bewegt sich überall in fließenden Übergängen. Der Massenstreik als Mittel des ökonomischen Kampfes richtet sich, so groß auch sein Umfang sein möge, zunächst gegen eine bestimmte Unternehmergruppe. Auf einer gewissen Stufe seiner Energie und seines Umfanges wird er eine das ganze öffentliche Leben in seinen wichtigsten Funktionen berührende Kalamität, zu deren Behebung sich die staatliche Gewalt, beziehungsweise die Gesetzgebung ein-

zugreifen gezwungen sieht. Roland-Holst erzählt die lehrreiche Geschichte aller dieser Fälle in Belgien, Frankreich, Italien und Holland. Der uns nächstliegende Fall dieser Art ist der Massenstreik der österreichischen Kohlengräber im Jahre 1900, der die gesetzliche Festlegung der Neunstundenschicht durchsetzte. Ganz ähnlich führte der letzte Riesenstreik im Ruhrrevier zu einer Austragung auf politischem Gebiet im Wege der Gesetzgebung. Die Streiks der Verkehrsarbeiter in Holland und Italien richteten sich von vornherein gegen den Staat als Unternehmer und Gesetzgeber. Das Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats mit seiner politischen Vertretung wird immer häufiger und wirkungsvoller. Der politische und parlamentarische Einfluß der sozialdemokratischen Abgeordneten wird unter Umständen in einer bestimmten Sache nur durch das gleichzeitige Aufgebot der vollen ökonomischen Macht der Arbeiter zur Geltung gebracht, so wie umgekehrt ein gewerkschaftlich unbesiegbarer Widerstand einer Unternehmergruppe überwunden werden kann durch die parlamentarische Aktion.

Der politische Massenstreik ist nicht gegen einzelne Unternehmergruppen, mögen sie noch so groß sein, gerichtet. Sein Angriff zielt, das ist sein Wesen, gegen die Regierungsgewalt, gegen die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung. Der Massenstreik als Mittel des politischen Kampfes der Arbeiterklasse, das ist der Gegenstand der nun so lebhaft gewordenen Diskussion. Der Gegenstand ist nicht neu und wir österreichischen Sozialdemokraten haben 1893 und 1894 eine sehr praktische Diskussion darüber gehabt; ja, die Bezeichnung „politischer Massenstreik" zum Unterschied von dem utopistischen Generalstreik ist zuerst auf unserem Parteitag 1894 gebraucht worden. Der größte Teil der Argumente für und wider die Anwendung dieses Kampfmittels, die heute noch die Debatte beherrschen, wurde damals nicht theoretisch, sondern höchst konkret erörtert. Ob unsere damalige Entscheidung richtig oder falsch war, jedenfalls haben wir einen sehr deutlichen Begriff von den praktischen und psychologischen Bedingungen des politischen Massenstreiks.

Sonderbarerweise wird die Frage, ob der politische Massenstreik „möglich" sei, noch immer gestellt. Er ist möglich, denn er wurde tatsächlich angewendet. Man kann nur darüber streiten, welchen Erfolg er im einzelnen Falle gehabt hat und haben kann. Die Abschätzung des wirklichen Erfolges solcher Aktionen ist niemals leicht. Der belgische Streik von 1893 hatte ein glänzendes Resultat, er setzte das allgemeine Wahlrecht durch, wenn auch verunziert durch das Pluralvotum. Der belgische Streik von 1902 hatte einen weit größeren Umfang, aber er mußte völlig resultatlos abgebrochen werden. Trotzdem ist gerade dieser erfolglose Massenstreik eines der Beispiele, das am stärksten für die Anwendbarkeit dieses Kampfmittels spricht. Denn er zeigte, daß ein Grad der proletarischen Organisation und der Massendisziplin erreichbar ist, der ermöglicht, den Massenstreik in voller Ordnung

zu führen und, wenn notwendig, in voller Ordnung zu beenden, ohne daß eine Niederlage in wilde Flucht mit allen ihren Folgen ausarte. Damit hat der Massenstreik aufgehört, eine unter Umständen unvermeidliche Explosion zu sein, und ist zu einer bewußten Aktion geworden, deren Folgen sich einigermaßen vorhersehen lassen. Selbstverständlich wird der Massenstreik unter allen Umständen ein Unternehmen bleiben, das dem Proletariat die schwersten Opfer auferlegt, seiner Organisation die größten Gefahren bringt; aber immerhin erscheint es nunmehr möglich, diese Aktion zu unternehmen, ohne völlig auf die zielbewußte Leitung des Kampfes verzichten zu müssen. Der letzte Massenstreik, den die italienischen Proletarier vor zwei Jahren führten, hatte keinen unmittelbaren praktischen Erfolg und konnte keinen haben, denn er war nichts anderes als eine grandiose Protestdemonstration gegen den von der königlichen Soldateska vollführten Arbeitermord. Auch da, und das will bei den heißblütigen Italienern recht viel sagen, wurde das schwerste Stück der Aktion, ihre Beendigung, mit glänzender Disziplin und in tadelloser Ordnung durchgeführt. In Rußland und insbesondere in Polen haben wir in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Massenstreiks erlebt, die, soweit die vorliegenden Darstellungen verläßlich sind, wenigstens zum großen Teil in glänzender Disziplin begonnen, durchgeführt und beendet wurden. Der unbezwingbare Heldenmut der polnischen und russischen Proletarier hat den Massenstreik zu einem der wirksamsten Faktoren der russischen Revolution gemacht.

Wovon hängt der Erfolg des Massenstreiks ab? Zunächst von dem Grade der Bedeutung, den das Proletariat für das Gemeinwesen gewonnen hat, also von der Höhe der industriellen Entwicklung, dann von der Kampffähigkeit, der Energie und Disziplin dieses Proletariats. Das wichtigste Element des Erfolges aber ist das Verhältnis der Stärke der proletarischen Organisation zur Stärke des Staates. Diese aber hängt nicht allein von der Größe seiner Machtmittel ab, sondern auch von der Möglichkeit, sie rücksichtslos in Anwendung zu bringen, und von seiner Fähigkeit, der durch den Massenstreik hervorgerufenen Desorganisation Widerstand zu leisten. Es ist klar, daß diese Stärke des Staates, somit auch die Aussicht des politischen Massenstreiks auf Erfolg eine andere sein muß — um extreme Beispiele zu wählen — in dem zarischen Rußland mit seiner von Fäulnis ganz durchsetzten Bürokratie und im Deutschen Reiche mit seiner strammen Verwaltung. Die Stärke des Staates wird aber auch zu verschiedenen Zeiten verschieden sein, und die Möglichkeit, sie zu gebrauchen, wird auch verschieden sein, je nach dem Anlaß, der den Massenstreik hervorgerufen hat. Das Machtverhältnis zwischen Proletariat und Staat kann dem Proletariat günstig sein, wenn es gilt, etwa das allgemeine Wahlrecht zu erringen oder gar die Einschränkung des Wahlrechtes abzuwehren, während das Verhältnis in demselben Staate zur selben Zeit ein ungünstiges sein kann, falls der Massenstreik, sagen wir, der Durchsetzung der

proletarischen Republik gelten sollte. Der Preis des Kampfes bestimmt in hohem Grade die Mittel und die Formen des Kampfes. Darum ist die oft gehörte Meinung so gründlich falsch: daß das Proletariat, wenn es mächtig genug sei, das Wahlrecht mittels des Massenstreiks durchzusetzen, auch mächtig genug wäre, mehr zu erkämpfen als diese Unbeträchtlichkeit. Zwischen Ohnmacht und Übermacht liegen viele Zwischenstufen, und das Maß seiner Macht in jedem Augenblick richtig zu beurteilen, ist eines der wesentlichsten Requisite der Kunst des Politikers.

Noch ein anderes wichtiges Moment wird allzuoft übersehen. Der Erfolg des Massenstreiks wie jeder politischen Aktion hängt wesentlich auch davon ab, ob er in einem Moment einsetzt, der eine Entscheidung möglich macht, ja zu ihr zwingt. Das Proletariat kann die Macht haben, eine politische Entscheidung zu beeinflussen, aber doch nicht genug Macht, um eine Entscheidung willkürlich herbeizuführen. Die Lösung einer Frage, ein wichtiger Fortschritt kann völlig reif sein, reif sowohl in seinen sachlichen Bedingungen als in dem Bewußtsein der Massen, ja selbst der Herrschenden, und trotzdem kann unsere Macht nicht ausreichen, die Entscheidung auf die politische Tagesordnung zu setzen. Ist sie aber auf der Tagesordnung, dann kann ein energischer Vorstoß des Proletariats einen Erfolg herbeiführen, der sonst ausgeblieben wäre. Die Wichtigkeit der Wahl des richtigen Moments gilt doppelt beim Massenstreik, dessen Wirkung seiner Natur nach nur eine zeitlich kurz bemessene sein kann.

Vielleicht erscheinen diese Bemerkungen selbstverständlich bis zur Plattheit. Trotzdem werden sie dem nicht ganz überflüssig erscheinen können, der den Gang der Debatte über den Massenstreik verfolgt hat. Recht viele Genossen in Deutschland sind von der Vorstellung beherrscht, die bis zur Festigkeit des Aberglaubens gediehen ist, daß — insbesondere in Deutschland — jeder Versuch des Proletariats, seine politische Aktion auf die Straße zu tragen, unvermeidlich mit einer verhängnisvollen, blutigen Niederlage enden müßte. Wir zweifeln nicht an der kaltblütigen Brutalität der deutschen Machthaber, aber wir bezweifeln sehr, daß sie wirklich jede Straßendemonstration, wie sie in Belgien und Italien tagtäglich vorkommt, und wie sie selbst in Österreich möglich ist, sofort mit einem Blutbad beantworten könnten. Blut ist ein ganz besonderer Saft, auch für die, die es vergießen, und auch die Waffe der brutalen Gewalt von oben ist zweischneidig, selbst in dem militärfrommen Deutschland. Die taktischen Gedankengänge, die für unsere deutschen Genossen zur Zeit des Sozialistengesetzes mit Recht maßgebend waren, scheinen vielleicht doch länger zu herrschen, als sie notwendig sind. In drastischer Zuspitzung erscheint diese Auffassung in einem Artikel des Genossen Dr. Wolfgang Heine über den Massenstreik, den er in den „Sozialistischen Monatsheften" veröffentlichte. Dort werden die Folgen des Massenstreiks an der Hand des — Strafgesetzbuches erörtert. Man wird fast an den alten Kaiser Franz erinnert, der, als er hörte, in Paris sei die

Revolution ausgebrochen, das Volk habe Barrikaden gebaut, ganz erstaunt fragte: „Ja, dürfen s' denn das??"

Zu ganz überraschenden Schlüssen gelangt Karl Kautsky. In einer gedankenreichen Artikelserie*) hatte er vor etwa einem Jahre dargelegt, daß der Massenstreik nicht durch „Aushungerung" der herrschenden Klassen wirke, sondern durch Desorganisation der staatlichen Machtmittel. Sehr anschaulich, aber unseres Erachtens sehr sanguinisch wird uns dargelegt, wie die Regierung unter dem Einfluß des an vielen Orten zugleich ausbrechenden Massenstreiks die Herrschaft über ihre Machtmittel einbüßt, wie sie „durch Ordre, Kontreordre und Desordre Verwirrung, Schwäche und Ratlosigkeit unter ihrem eigenen Anhang erzeugt, wie sie schließlich jeden Boden unter den Füßen verliert und die Staatsgewalt derjenigen Klasse zufällt, die ihren organisatorischen Zusammenhalt zu bewahren wußte, dem sozialdemokratisch organisierten Proletariat". Darum stehen nach Kautsky die „Chancen des Massenstreiks schlecht dort, wo die Sozialdemokratie nicht stark genug und bereit ist, im Falle des Sieges das Staatsruder zu übernehmen... Er ist ein wahrhaft revolutionäres Mittel, als solches nur in revolutionären Zeiten am Platze, beim Kampfe nicht um einzelne Maßregeln, sei es das Wahlrecht, das Koalitionsrecht oder etwas Ähnliches, sondern beim Kampfe um die ganze politische Macht**)." Dieser Gedanke wird in Kautskys letztem Artikel („Zum Parteitag", „Neue Zeit" Nr. 50 vom 5. September 1905) weiter ausgeführt. Er polemisiert gegen diejenigen, die im Massenstreik ein „legales und friedliches Mittel" sehen, als welches er wohl „unter Umständen" dienen könne, während er „in den modernen militaristischen Großstaaten nur als revolutionäres Mittel" in Betracht komme, das „in nichtrevolutionären Zeiten verderblich" sei und nicht angewendet werden dürfe. Die „Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit revolutionärer Situationen" hält Kautsky aber durch den Verlauf der russischen Revolution nahegerückt.

*) „Allerhand Revolutionäres." „Neue Zeit", Band XXII, Heft 18 bis 23. Wir bemerken, daß das Buch der Genossin Roland-Holst in allen taktischen Erwägungen und Schlüssen genau dem Gedankengang Kautskys folgt. Daß dieses Buch nichts weniger ist als etwa ein Plädoyer für den politischen Massenstreik, braucht nicht erst gesagt zu werden. (Anmerkung von v. a.)

**) Die hier zitierten Stellen stehen im 22. Jahrgang der „Neuen Zeit" auf den Seiten 695, 737 und 738. Der Artikel „Allerhand Revolutionäres" hat folgende Kapitel: I. Bedenken gegen die Konsequenzen des proletarischen Regimes (Seite 588), II. Revolutionsherde (Seite 620 und 652), III. Der politische Massenstreik (Seite 685 und 732). Dieses dritte Kapitel über den politischen Massenstreik zerfällt wieder in folgende Abschnitte: 1. Die bewaffnete Insurrektion, 2. Die verschiedenen Arten des Streiks, 3. Die Macht der Organisation, 4. Die Vorbedingungen des politischen Streiks, 5. Der Nutzen der Diskutierung des politischen Streiks, — auf diesen letzten Abschnitt bezieht sich, wie man sieht, die Bemerkung von der Diskussion über die Diskussion des Generalstreiks.

Niemals habe ein Parteitag in einer so „gewaltigen revolutionären Situation getagt", wie der diesjährige.

Daß die russische Revolution für das europäische Proletariat die größte Bedeutung haben muß, darüber sind wir alle einig; daß sie die Ära der proletarischen Revolution einleiten wird, ist sehr wahrscheinlich, soweit sich solche Entwicklungen voraussehen lassen. Anders steht es mit Kautskys Beurteilung der Zulässigkeit des politischen Massenstreiks. Ob der Massenstreik ein „legales und friedliches" oder ein „revolutionäres" Mittel genannt wird, ist eine Frage der Definition und Systematik, praktisch aber völlig gleichgültig. Wir wissen genau, was der Massenstreik in Wirklichkeit ist und wie er aussieht, weil wir ihn wiederholt erlebt haben; welchen Titel er führt, kommt wenig in Betracht. Dagegen ist weniger klar, was Kautsky eine „revolutionäre Situation" nennt, und eine Diskussion des Massenstreiks, die damit abschließt, ihn bis zum Eintreten einer „revolutionären Situation" zu verschieben, scheint uns für seine praktische Anwendung wenig Positives geleistet zu haben. Um so mehr allerdings Negatives. Denn das einzige, was mit voller Bestimmtheit und Präzision aus Kautskys Darlegungen hervorgeht, ist, daß er den politischen Massenstreik für „nicht am Platze" hält beim Kampf um „einzelne Maßregeln, sei es das Wahlrecht oder das Koalitionsrecht". Damit aber ist der Frage des Massenstreiks jede politische Aktualität genommen und Kautsky langt vom ganz entgegengesetzten Ausgangspunkt — sozusagen im dialektischen Umschlag — praktisch bei Wolfgang Heine an, der wohl auch seinerseits kaum Anstand nehmen wird für den Fall des Eintretens einer „revolutionären Situation" die Rücksicht auf das Reichsstrafgesetz zu suspendieren.

Diesen Gedankengang Kautskys können wir aber nicht umhin, für unlogisch und für gefährlich zu halten. Er ist unlogisch, denn wenn der Massenstreik ein absolut unter allen Umständen untaugliches Mittel ist, um in dem Kampfe ums Wahlrecht oder Koalitionsrecht zu siegen, die beide für die herrschenden Klassen keine Lebensfrage bedeuten, wie soll er geeignet sein, ihnen die „ganze politische Macht" zu entreißen, die sie mit dem Aufgebot aller ihrer äußersten Gewaltmittel verteidigen müssen und werden? Aber da mag Kautsky einwenden können, die „revolutionäre Situation" werde eben darin bestehen, die Macht des Proletariats ins Riesenhafte zu steigern und die der Herrschenden zu lähmen. Das käme wieder auf einen Streit um Begriffe heraus; lassen wir ihn beiseite. Schlimmer politisch und sehr bedenklich ist aber, daß Kautsky für eine nach vieler Leute Meinung in nächster Zukunft zu gewärtigende Eventualität — die eines Angriffs auf das Reichstagswahlrecht — die Anwendung des Massenstreiks mit voller Bestimmtheit im vorhinein ausschließt. Es wäre gewiß eine Torheit und ein politischer Fehler, wenn die Partei im vorhinein für diesen Fall heute ihre Taktik festlegen und beschließen würde, den Angriff auf das Wahlrecht mit dem Massenstreik zu beantworten; es kann im entscheidenden Moment hundert Gründe geben, die dafür sprechen,

und hundertundeinen, die dagegen entscheiden: Es gibt aber unseres Erachtens doch eine noch größere Torheit, doch einen noch schwereren politischen Fehler: im vorhinein die Taktik der Partei dahin zu binden, daß sie einen Angriff auf das Wahlrecht oder Koalitionsrecht nicht mit dem Massenstreik beantworten werde, wolle und könne. So beruhigende Versicherungen glauben wir unseren Herren Gegnern nicht schuldig zu sein, um so weniger, als es gar nicht sicher ist, daß wir sie halten könnten. So weit sind auch, scheint uns, eigentlich die ruhebedürftigsten der Gewerkschafter in Köln nicht gegangen.

Man sieht, die „Diskussion" des Massenstreiks hat ihre Schwierigkeiten. Der deutsche wie der österreichische Parteitag werden die Gefahr zu vermeiden haben, entweder eine blutleere, rein akademische Debatte zu führen oder sich in taktische Erwägungen zu verlieren, die nur dann Wert haben können, wenn sie dem Verhalten der Partei in ganz bestimmten politischen Situationen gelten. In taktischen Dingen gibt es eben keine allgemeinen Regeln, sondern der Politiker steht jedesmal vor einem neuen, noch nicht dagewesenen und auch nicht wiederkehrenden Falle. Trotzdem ist natürlich die genaue Kenntnis und kritische Verarbeitung der bereits vorliegenden Tatsachen nützlich und notwendig. Die Lehren der Geschichte des Massenstreiks sollen uns nicht verloren sein; ob wir sie mit Erfolg anwenden können, wird aber stets in erster Linie von dem Grade der sozialdemokratischen Erziehung und Organisation des Proletariats abhängen. Victor Adler.

# Die Frage des Massenstreiks im Jahre 1905.

Referat über den Generalstreik auf dem Parteitag 1905*).

Es sind im wesentlichen andere Umstände, unter denen wir diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt haben, als die sind, unter denen ich heute referieren soll. Vor einem Jahre war der

*) Nachdem Franz Josef als König von Ungarn dem Rate seiner Minister Fejervary und Kristoffy folgend, das allgemeine Wahlrecht zugesagt hatte, kam die Wahlrechtsbewegung auch in Österreich von neuem in Gang. Am 22. September 1905 trat in Wien die Reichskonferenz zusammen und beschloß ein Manifest, das den Einspruch des österreichischen Ministerpräsidenten Gautsch und des Außenministers, der zugleich Minister des kaiserlichen Hofes war, Goluchowski, gegen die ungarische Wahlreform als einen Schlag auch gegen die österreichische Arbeiterschaft brandmarkt und dann den energischesten Kampf für das allgemeine Wahlrecht ankündigte. Am 26. September trat das Abgeordnetenhaus zusammen, und angesichts der Stimmung in der Arbeiterschaft bestritt Gautsch, sich in die Angelegenheit der ungarischen Wahlreform eingemischt zu haben; er bestritt auch, ein Gegner der Erweiterung des Wahlrechts auf breitester Grundlage zu sein. Bei der Abstimmung über die Dringlichkeitsanträge für das allgemeine Wahlrecht am 7. Oktober

Massenstreik für Österreich genau so wie für die Sozialdemokratie aller Länder ein Gegenstand ernster, aber wesentlich akademischer Erörterung. Seit vielen Jahren hat sich um diesen Gegenstand nicht nur eine umfangreiche Literatur, sondern auch eine rege, zum Teil aufgeregte Diskussion entwickelt; aber diese Diskussion, von der ich sagen kann, daß sie niemals meinen Wünschen entsprochen hat, haben wir auf diesem Parteitag weniger nötig, als wir noch vor einem Jahre annehmen konnten. Die Idee, daß das Proletariat im Klassenkampf jene Waffe benützen soll und kann, die ihm die natürlichste ist, daß das Proletariat durch die Niederlegung der Arbeit einen Stillstand der Produktion erzwingen kann, ist nicht von Theoretikern ausgeheckt, nicht zunächst philosophisch begründet worden, sondern sie liegt dem Proletariat selbstverständlich im Fleisch und Blut. Das große Wort: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!" dieses Wort mit allen Phantasien, mit allen Konsequenzen, besonders mit aller Begeisterung, die sich daran knüpft, ist nicht von einzelnen Denkern des Proletariats ersonnen worden. Ganz selbstverständlich tritt dieser Gedanke in verschiedenen Ländern, zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Formen und mit verschiedener Bestimmtheit auf, und die Geschichte unserer internationalen Sozialistenkongresse zeigt, daß es tatsächlich keinen einzigen Kongreß gegeben hat, auf dem dieses Kampfmittel nicht erörtert und durch eine Resolution erledigt werden mußte. Erledigt werden mußten vor allem jene Mißverständnisse und Irrtümer, die sich an die Idee des Generalstreiks knüpften, als jenes Mittels, das der kapitalistischen Ordnung plötzlich ein Ende machen kann. Die Gedankengänge, die sich an diesen endlichen Schlußeffekt des proletarischen Kampfes knüpfen — mögen sie von anarchistischer Seite kommen oder von nur gewerkschaftlicher oder wie heute in Berlin in anarchosozialistischer Form — sie gehen von einem grundlegenden Irrtum aus, von dem Irrtum, daß man in einem bestimmten Moment aus der Arbeiterklasse mehr Kraft, mehr Macht freimachen kann, als diese Klasse in diesem Moment tatsächlich hat. Alle diese Irrtümer gehen davon aus, als ob in der Arbeiterklasse verborgen eine Kraft ruhen würde, die man in einem bestimmten Moment durch ein Zauberwort entfesseln

wurde die Dringlichkeit zwar abgelehnt, da sie nicht die Zweidrittelmehrheit fand, es stimmten aber doch 155 für und nur 114 dagegen. Unter den Gegnern waren 52 Großgrundbesitzer und sechs Abgeordnete der Handelskammer. Zugleich wurde in Ungarn Fejervary neuerlich mit der Bildung der Regierung betraut. (Siehe auch die Reden über die ungarische Wahlreform vom 22. September 1905 und vom 27. September 1908.)

Unter diesen Umständen trat am 31. Oktober der Gesamtparteitag zusammen, auf dessen Tagesordnung die Punkte standen: „Die österreichische Krise und die Wahlreform" und „Der Generalstreik". Über den ersten Punkt referierte Dr. Ellenbogen. Während seiner Ausführungen traf die Nachricht vom Verfassungsmanifest des Zaren ein. Am Abend fand vor dem Parlament auf dem Franzens-Ring eine Riesendemonstration für das Wahlrecht statt. Am nächsten Tag referierte Adler über den Generalstreik.

kann, von dem Irrtum, als ob die Arbeiterklasse ihren Klassenkampf zum Schlusse zu führen vermag, wann sie will, ohne Rücksicht auf die Höhe der kapitalistischen Entwicklung und der Zuspitzung der Klassengegensätze, ohne Rücksicht auf die wirklich erlangte Macht des Proletariats als Klasse. Wir Sozialdemokraten verurteilen alle diese Gedankengänge als Utopien und als ablenkend von dem Wege, den das Proletariat in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu gehen hat. Wir verurteilen sie nicht nur als falsch, sondern auch als gefährlich für die Entwicklung unserer Organisation, weil sie den notwendigen Gedanken aus den Gehirnen der Arbeiter verdrängen, daß sie ihre Macht durch langsame emsige Arbeit schrittweise und stückweise unter unsäglicher Mühe und ohne jede Überspringung auch nur eines einzigen Schrittes dieses Weges so lange erhöhen müssen, bis sie auch nur in der Möglichkeit wirksam zu sein annähernd gleichstehen der tatsächlichen Entwicklung der Machtverhältnisse. Diese Idee der Explosion und der Beendigung des Klassenkampfes durch eine Explosion, die mit dem Namen Generalstreik verbunden ist, hat die Sozialdemokratie immer zurückgewiesen, und ich glaube angesichts der aktuellen Aufgabe, die mir heute geworden ist, mich mit diesem Gedankengang nicht weiter beschäftigen zu müssen.

Wenn wir vom Generalstreik reden, so ist es nur ein falscher Zungenschlag. Wir meinen immer den Massenstreik, und zwar den Massenstreik nicht als letztes Mittel zur Änderung der Gesellschaftsordnung, sondern als ein heutiges Mittel für den heutigen Kampf in einem Moment des Klassenkampfes, mag sich dies auf politische oder auf gewerkschaftliche Forderungen beziehen. Auch über die Möglichkeit dieses Massenstreiks ist heute sehr viel gesprochen worden und insbesondere wurde jetzt in Deutschland viel erörtert, ob die Diskussion des Massenstreiks nützlich sei. Ich bin immer ein Gegner der Diskussion des Massenstreiks gewesen und bin es noch heute. Wohl aber halte ich es für notwendig — wenn man zu der Erkenntnis gekommen ist, daß der Massenstreik ein geeignetes Kampfmittel ist — ihn nicht zu diskutieren, sondern vorzubereiten (Beifall), etwas, was unter Umständen von der Diskussion wesentlich verschieden sein kann. Wir haben es erlebt, daß gerade diejenigen, die die schärfsten Vorkämpfer einer Diskussion des Massenstreiks waren, am wenigsten geneigt waren, zuzugeben, daß seine Vorbereitung eine Sache für jetzt, für heute, für heuer ist.

Der Massenstreik hat auch im Begriff Wandlungen erlebt — wieder nicht durch Nachdenken am Schreibtisch, sondern einfach durch Tatsachen, die wir erlebt haben. Wir hatten den Massenstreik in Belgien*) — und ich erinnere Sie daran, daß wir im Jahre 1893 riefen: „Man wird belgisch reden!", so wie wir heute rufen: „Man wird russisch reden!" — wir hatten ihn in Italien, Holland, Schweden und er hat sich seit dieser Zeit entwickelt — als Tatsache, nicht als Begriff. Er hat sich von der Absicht, alle Räder stillstehen zu lassen, mit einem Schlage zu der

*) Im April 1893.

Absicht entwickelt, große Streiks durchzuführen an Stellen, wo sie dem Staate und der öffentlichen Gewalt am empfindlichsten sind. Auch hier muß ich gleich erwähnen, daß man den Streik, der um wirtschaftliche Dinge geht — und mag er noch so ausgedehnt sein wie unser Kohlenarbeiterstreik im Jahre 1900 oder wie der Streik im Ruhrrevier im vorigen Jahre —, absolut nicht mit dem Massenstreik um politische Dinge vergleichen kann, denn jener richtet sich gegen Unternehmer, mögen ihrer noch so viele sein, als Unternehmer, bei diesem aber ist der Unternehmer nur das Mittel, durch das wir auf die öffentliche Gewalt einen Druck ausüben; und je mehr der Unternehmer ein Stück der öffentlichen Gewalt ist, je mehr er seine Empfindlichkeit und den Schaden, den er erleidet, auf die politische Maschine übertragen kann, um so wichtiger, um so wirksamer wird der Streik sein. Aber nicht das ist das Wesentliche. Wesentlich ist vielmehr, daß durch den Massenstreik die notwendigen Funktionen der Wirtschaft stillgesetzt, durch ihn Störungen im öffentlichen Betriebe erreicht werden.

Nun hat man darüber gestritten, was aus einem Massenstreik werden kann. Darauf lasse ich mich nicht ein. Man hat eine Grenze zu ziehen versucht zwischen Massenstreik und Revolution oder man hat behauptet, das sei dasselbe. Auf dem Papier lassen sich diese beiden Dinge vereinigen, auf dem Papier lassen sie sich wieder auseinanderlegen; je nach Bedarf. Was in der Praxis geschieht, darüber entscheiden Gedanken im vorhinein und die weisesten Überlegungen nicht. Wir haben in Italien vor zwei Jahren einen Massenstreik erlebt. Unter dem Eindruck, daß wieder einmal Arbeiter von der königlichen Soldateska füsiliert wurden, ist der Massenstreik wie im Fluge über das Land gegangen und er wurde mit echt italienischer Leidenschaft durchgeführt. Es ist keine Revolution daraus geworden, ebensowenig wie in Belgien. Wir haben gesehen, daß Massenstreiks in Rußland und Polen zunächst in ganz ökonomischen Formen angefangen haben, zur Erreichung einer gewöhnlichen Regelung der Lohnverhältnisse, ganz so wie andere Streiks; aber die Zeit war reif und die Gehirne der Proletarier waren nicht mehr in der Lage, ihre persönlichen Forderungen, die Forderungen ihrer Gruppen, von den allgemeinen politischen Bedürfnissen zu trennen, und diese Streiks, die in dieser beschränkten Form begonnen haben, sind zu jenen großen politischen Streiks geworden, deren Verlauf wir nur in ihren Wirkungen und in ihren allgemeinsten Zügen kennen, die aber gewiß in erster Linie zu dem glorreichen Resultat mitgewirkt haben, das wir heute alle jauchzend erleben. So im allgemeinen kann man darüber nicht urteilen. Aber das eine lehrt uns die Erfahrung des Massenstreiks: Bei einer gewissen Höhe der Organisation, bei einer gewissen Klarheit in der politischen Absicht und Leitung ist es möglich, den Massenstreik so diszipliniert, so besonnen, so klar über das Ziel anzuwenden wie irgend ein anderes proletarisches Kampfmittel; und außerdem lehrt uns die Erfahrung, daß unter gewissen politischen Verhältnissen

alle Überlegung, alle Ängstlichkeit, alle Zurückhaltung nichts nützt, daß der Massenstreik, wenn er möglich ist, auch zur Tatsache wird.

Und nun zu Österreich. Wir haben vor zwölf Jahren im Wahlrechtskampf eine Diskussion über den Massenstreik geführt, und wir sind damals zu dem Schlusse gekommen, daß weder die politische Situation noch unsere eigene Kraft es uns ermöglicht, den Massenstreik durchzuführen. Im Jahre 1894 hat eine wichtige Bedingung für den Massenstreik vor allem gefehlt. Der Massenstreik wäre damals gekommen, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache schon vorüber war, zu einer Zeit, wo die große Masse der Arbeiter weder von der politischen noch von der gewerkschaftlichen Organisation genügend ergriffen war. Sie waren allerdings erregt, aber die Erregung war doch so, daß man ihr eine nachhaltige Dauer und Wirkung nicht zutrauen konnte. Wir hatten unsere Entscheidung damals zu fällen inmitten zwischen dem erregten Bedürfnis der Genossen, die politisch im Vordergrund standen, wie auch einzelner Teile der Masse auf der einen Seite und dem Bewußtsein auf der anderen Seite, daß wir zu schwach und die anderen zu stark sind. Das waren die beiden Motive, die auf uns einstürmten, und ich glaube, die österreichische Sozialdemokratie hat zu jener Stunde einen Beweis ihrer Reife gegeben, indem sie den Massenstreik nicht beschloß, so treffend, wie er sonst kaum gegeben wird, wenn man vorwärts geht. Aber die Zeiten haben sich geändert. Wenn die Möglichkeit des Massenstreiks und seines Erfolges in erster Linie von dem Verhältnis der Kraft des Proletariats zur Kraft seiner Gegner abhängt, dann müssen wir uns vor allem sagen: Seit zwölf Jahren sind wir stärker und sind unsere Gegner schwächer geworden. (Beifall.) Dann aber: Wenn der Erfolg eines Massenstreiks, wie jedes Kampfmittels, davon abhängt, daß das Ziel, das im Augenblick erreicht werden soll, auch wirklich erreichbar ist, daß die Erfüllung dieser Forderung reif geworden ist, so müssen wir uns sagen: Ob unser Ziel im Jahre 1894 reif war oder nicht, heute ist es überreif geworden (lebhafter Beifall), und wir sind ihm darum auch ein Stück näher gekommen. Die Verhältnisse haben sich seit zwölf Jahren wesentlich zugunsten der Möglichkeit, durch den Massenstreik etwas zu erreichen, geändert.

Nun habe ich hier noch mit einem Argument abzurechnen, das mir das entscheidendste zu sein scheint. Wir haben nicht nur in unserer Literatur, sondern auch in der Arbeiterschaft immer mit dem naheliegenden Gedanken zu kämpfen gehabt: Wenn ihr den Massenstreik durchführen könnt wegen des Wahlrechtes oder wegen des Koalitionsrechtes oder wegen des Achtstundentages, warum, zum Teufel, denn nur für diese Kleinigkeiten? Wenn wir das überhaupt können, so können wir ja das Ganze haben. Das ist der Gedanke, der in so vielen Köpfen steckt und der das schwerste Hindernis für die vernünftige, zielsichere Anwendung des Massenstreiks ist; diesen Gedanken müssen wir mit allen Mitteln den

Genossen aus den Köpfen herausnehmen. Nein, der Massenstreik hat, wie jedes andere politische Mittel, nicht nur eine Qualität, sondern vor allem auch eine Quantität. Wenn wir ein gewisses Stück Macht haben, so haben wir darum noch nicht die Allmacht, und wenn unsere Gegner im Verhältnis zur Kraft des Proletariats relativ schwächer geworden sind, so ist da noch ein weiter Weg bis zu ihrer Ohnmacht. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die herrschende Macht anders kämpft und eine andere Gewalt anwenden muß, wenn sie ihr Leben verteidigt, als wenn sie bloß die Nichterfüllung einzelner Dinge verteidigt, die sie längst schuldig war, zu erfüllen. Wenn wir heute auf die Straße gehen und den Massenstreik verkünden wollten, um aus Österreich etwa die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa zu machen, müßten sich uns die Herrschenden, weil es ihnen ans Leben ginge — abgesehen davon, daß die Sache nicht reif wäre — mit der letzten Kraft und der äußersten Anstrengung aller ihrer Machtmittel in den Weg stellen. Wenn wir aber etwas verlangen, was uns längst gebührt, wovon die anderen wissen, daß es uns längst gebührt; wenn wir etwas verlangen, ohne das die andern selbst nicht mehr leben können und das sie nur zu feig sind, zu erfüllen; wenn wir etwas verlangen, was den Staat gewiß nicht demoliert; wenn wir Dinge verlangen, die in diesem Moment reif und überreif sind: dann kommt natürlich unsere volle Kraft ins Spiel, auf der anderen Seite aber kann nur jenes Maß von Gewalt ins Spiel kommen, das der Wahnsinn imstande ist, der Vernunft in den Weg zu stellen. (Lebhafter Beifall.) Das ist doch ein wesentlicher Unterschied.

Wenn ich nun sage: der Massenstreik ist bei uns aktuell geworden, eine Sache der Erwägung der nächsten Zeit! so sage ich das in dem vollen Bewußtsein, damit auszusprechen, daß die Arbeiterklasse im Begriff ist, eine Summe schwerer Opfer auf sich zu nehmen, in dem vollen Bewußtsein, daß nur die gewissenhafteste Erwägung, nur der äußerste Zwang, nur die absolute Unvermeidlichkeit, der Arbeiterklasse solche Opfer aufzuerlegen, uns veranlassen kann, die Arbeiter aus den Fabriken herauszurufen; ich sage es mit dem vollen Bewußtsein, daß wir, die Alten, die gewiß nicht leichtsinnige Sprünge machen, nur nach genauer Erforschung unseres Gewissens als Sozialdemokraten und unserer vollsten Verantwortlichkeit, die auf uns lastet, nur dann dazu schreiten werden, wenn wir zu dem äußersten Mittel gezwungen sind. Der Massenstreik ist ein äußerstes Mittel, das heißt ein äußerstes Mittel für unsere Entschließung, wir gehen an ihn nur dann, wenn wir ihn machen müssen, wenn wir dem Proletariat dieses furchtbare Opfer auferlegen müssen, ihm auferlegen müssen den Hunger für sein Recht; aber er ist nicht ein äußerstes Mittel in dem Sinne, daß er ein letztes Mittel wäre. Darüber geben wir uns keiner Täuschung hin, wenn wir die Geschichte der ältesten wie der neuesten Zeit nicht übersehen wollen, aber wir haben auch keinen Grund, andere zu täuschen. Wenn wir heute den Beschluß über den Massenstreik ausklingen lassen in die

ernste Mahnung an die österreichische Arbeiterschaft, sich bereit zu machen, ihn ausklingen lassen in den Entschluß, Ernst zu machen mit dem Massenstreik, dann tun wir das nicht, weil wir den Massenstreik gern auf uns nehmen. Nein, ich wiederhole es: Jeder von uns weiß, wie schwer es ist für jeden einzelnen und welche Gefahr es werden kann für die Organisation. Aber es gibt Zeiten im Leben der Völker, es gibt Momente im Klassenkampf des Proletariats wie jeder Klasse, wo ein Zustand unerträglich geworden ist. (Stürmische Zustimmung.) Wir wissen sehr gut, daß ein Massenstreik — obwohl wir den Wunsch und den Willen und wahrscheinlich auch die Fähigkeit haben, ihn geordnet zu beginnen und in voller Disziplin zu schließen — auch in dieser Form schwere Eingriffe nicht allein in das Leben des Staates, sondern auch in das Leben jeder einzelnen Proletarierfamilie schafft. Aber wir wissen noch mehr und wir wollen aufrichtig sein und keinen Gedanken verbergen. Wir wissen, daß — obwohl wir den festen Entschluß haben, in voller Ordnung zu streiken und mit dem Streik nicht mehr als den Streik zu wollen — dieselben Faktoren, die uns den Massenstreik aufdrängen gegen unseren Willen, daß die österreichischen Volksfeinde, die Borniertheit und die schwarz-gelbe Dummheit, schließlich auch fähig sein können, uns in eine andere Lage zu zwingen. Aber wie die Verantwortung für die Notwendigkeit des Massenstreiks nicht auf dem Proletariat liegt, sondern im Proletariat nur die Bedingungen seiner sicheren, vernünftigen und mutigen Durchführung sind; wie die Verantwortung für alles Leid, das geschaffen wird, jenen obliegt, die blind und verblendet uns dahin geführt haben: so lege ich auch heute die volle Schwere der Verantwortung auf jene verbissenen und verbohrten Menschen, die Österreich beherrschen und die schließlich wirklich glauben, mit uns wie mit dem Vieh umgehen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Wir stehen am Anfang eines Kampfes, dessen Ende, weil es durch die unabsehbare Dummheit der Herrschenden und durch die unabsehbare Gewissenlosigkeit unserer Staatsmänner bestimmt wird, darum auch unabsehbar ist. (Zustimmung.) Wenn es dazu kommen sollte, daß wir in die Lage kommen, nicht nur unser Leben täglich dem Dienste des Proletariats zu widmen, sondern es auch im Dienste des Proletariats zu beendigen, so sage ich Ihnen ganz ruhig und ganz nüchtern: Österreich hat den Wert des Lebens in diesem Österreich so sehr vermindert, es hat unser Leben so vergällt und zum Ekel gemacht, es hat uns jede Möglichkeit, menschlich zu leben, so eingeschränkt, daß dieses Leben keine bessere Widmung haben kann, als geopfert zu werden, um den Völkern ein neues Leben, das des Lebens wert ist, zu bereiten. (Stürmisch hervorbrechender, lang andauernder Beifall.) Sie hören von mir sonst nicht solche Worte (Richtig!), ich bin kein Mensch.

der sich zu großen Redensarten fortreißen läßt; ich bin ein nüchterner, vielleicht allzu nüchterner Mensch, aber ich habe einen festen Grundsatz: in jedem Moment das zu tun, was dieser Moment notwendig macht, nicht mehr, aber auch nicht weniger; und wir stehen in einem Moment, wo es notwendig ist, alles mit allem durchzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich nun, nachdem ich so unser aller Stimmung und innerstem Bewußtsein Ausdruck gegeben habe, mich wieder zum Gegenstand wende, so muß ich zunächst fragen: Um was kämpfen wir denn? Um dieses jämmerliche bißchen Wahlrecht, das nur darum einen so ungeheuren Wert für uns hat, weil wir es nicht haben! Das wirklich, wie wir hundertmal gesagt haben, nicht mehr ist als die Luft, um leben zu können, das aber leider ebenso notwendig ist wie die Luft. Nur um die politische Lebensluft kämpfen wir, um den ersten Schritt, um die erste Möglichkeit, uns zu entwickeln. Und noch eins: Wir brauchen das Wahlrecht für alle Völker, für alle Klassen, wir brauchen es auch schließlich für den Staat; aber wir brauchen es auch aus einem ganz besonderen Grunde. Wir brauchen das Wahlrecht, um es endlich los zu sein. Wir können doch nicht unser ganzes Leben hinbringen mit dem Kampf für die Luft; bloß nicht zu ersticken, kann doch nicht unser Lebensziel sein! Haben wir denn nichts anderes zu tun, als nicht zu ersticken? Haben wir nicht für die Völker, für die Arbeiterklassen die wichtigsten Dinge zu erkämpfen? Haben wir sie nicht mit neuen, großen, schaffenden Ideen zu durchdringen? Haben wir sie nicht vorwärts zu treiben, sie vorwärts zu führen bis zu jenem Punkte der Reife, die sie innerlich schon besitzen und die sie nur äußerlich in ihrer Organisation in ihrer Erreichbarkeit der Kultur nicht haben, weil man sie künstlich und mit Gewalt zurückstößt? Haben wir nicht in Österreich endlich die nationale Ordnung zu schaffen? Haben wir nicht die Arbeiterklasse kulturell zu entwickeln und die Bedingungen für ihre weitere Entwicklung zu schaffen? Haben wir nicht unsere verrottete Sozialgesetzgebung weiterzubringen? Wir haben die Altersversicherung auf der Tagesordnung und wir können davon nicht sprechen, weil wir kein Wahlrecht haben. Wir sollen von der Pein des Militarismus sprechen. Wir können es nicht, weil wir kein Wahlrecht haben! Wir können über nichts sprechen, wir können nichts tun, ohne über dieses erste zu stolpern, ohne gegen diese Mauer anzurennen; gegen diese Mauer der österreichischen Dummheit, gegen diese Mauer des österreichischen Staatsverbrechens! (Stürmischer Beifall.) Darum müssen wir über die Mauer. Sie muß weg! Und es hat keinen Moment gegeben, wo es möglich war, sie wegzuräumen, wie heute. Es gibt keinen Menschen mehr, der das nicht begreift. Ich glaube, daß die Krone, die für Ungarn gescheit genug ist, doch in Österreich nicht minder gescheit sein kann (stürmischer Beifall), und daß es einem Minister nicht erlaubt ist, weniger gescheit zu sein als sein Kaiser. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wir haben nie einen so günstigen Moment gehabt, oben nicht, in den politischen Verhältnissen nicht und auch vor allem nicht in dem Zustand der Arbeiterklasse, die den Kampf führen will. Wie Rußland nach oben gewirkt hat, weiß ich nicht. Wahrscheinlich haben die Beine ein wenig geschlottert und die Nerven ein wenig gebebt, wie man erfahren hat, daß der eherne Hort, der Rückhalt jedes Verbrechens an den Völkern, die letzte Zitadelle jeder Schändung des Volkes, zusammengebrochen ist, daß das, was man für ewig hielt, endlich niedergestürzt wurde. Gewiß hat man geschlottert. Aber man hat sich vielleicht doch gedacht: Das ist nicht nur die Revolution, die das geleistet hat, das sind auch die Japanesen! (Heiterkeit.) Jedes Land hat einmal seine Japanesen. Und wir in Österreich haben von Italien und Deutschland gerade genug gehabt. Wenn uns die Lehren nicht so angeschlagen haben, so kommt das daher, weil zu jener Zeit diese Lehren nur ausgenützt werden konnten von einer Bourgeoisie, die schwach war, während das Proletariat weder ökonomisch noch politisch entwickelt und darum nicht fähig war, die Lehren von Solferino und Königgrätz zu ziehen. Auch in Rußland wäre ja, wenn das Bürgertum allein — so anerkennenswert auch sein Mut und sein Kopf ist — die Konsequenzen aus dem japanischen Kriege hätte ziehen müssen, der Zar noch sicher in seiner Herrschaft und er wäre heute noch Selbstherrscher aller Reußen, was er gestern aufgehört hat zu sein. Die Arbeiterklasse Rußlands war es, die dieses politische Moment des Krieges zum entscheidenden Moment für Rußland gemacht hat, und man möge nicht vergessen, daß seit 1866 auch die Arbeiterklasse in Österreich sich entwickelt hat. Ich glaube aber nicht, daß die russische Lektion, die die verschiedenen Souveräne in diesem Moment nehmen müssen, vollständig ohne Erfolg sein wird. Die Sprache lernt sich etwas schwer, aber die Lehrmeister sind so praktisch und so deutlich (Heiterkeit), daß selbst weniger talentierte und zum Lernen nicht mehr aufgelegte Herren sie lernen würden. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Aber das ist schließlich weniger wichtig. Wichtig ist, daß die Arbeiterklasse versteht, was um sie vorgeht. Und da können Sie heute durch ganz Österreich von einem Ende zum anderen ziehen, da können Sie nach Norden gehen, nach Nordböhmen zum Beispiel — woher ich übrigens in der Tat, ich will es Ihnen nicht vorenthalten, meine revolutionäre Entschlossenheit in der letzten Zeit bezogen habe (Heiterkeit) — oder in den Süden nach Triest, zu den Deutschen oder Tschechen, zu den Italienern oder Slowenen und zum Schluß zu den Polen gehen, die die Nachbarn jener Revolution sind — überall finden Sie in den Massen das Bewußtsein, daß etwas sich ereignet, was wir nicht gehofft haben, zu erleben, daß historische Dinge sich ereignen und daß es unmöglich ist, weiter zu leben in der Schande. (Stürmischer Beifall.) Darum werden wir den Massenstreik machen können, weil er gestützt sein wird nicht nur auf eine viel größere Organisation und auf eine viel tiefere Einsicht in die Dinge, sondern auch weil er getragen sein wird von dem Bewußtsein, das in jedem

einzelnen wohnt: Jetzt ist der Moment, jetzt muß sich zeigen, was für Kraft im Proletariat steckt! Jetzt oder nie! (Brausender Beifall.)

Ich wiederhole: Was wollen wir denn mit all dieser Anstrengung erreichen? Verlangen wir vom Bürgertum, von der Regierung, von der Krone etwas, was sie nicht leisten können? Verlangen wir, daß sie dem Proletariat ihre Waffen ausliefern; daß sie ihre Herrschaft aufgeben; daß sich das Proletariat auf den Thron setze und die Klassenregierung beseitige? Verlangen wir auch nur, daß schwere wirtschaftliche Interessen des Kapitalismus preisgegeben werden? Nein, im Gegenteil. Wir verlangen die Beseitigung einer Kette, die sie selbst kettet; wir verlangen die Beseitigung eines Hemmnisses, das auch die Entwicklung des Kapitalismus hemmt; wir verlangen nichts anderes, als was für uns allerdings Lebensnotwendigkeit ist, aber auch für sie politische Notwendigkeit ist, und wir unterscheiden uns von ihnen nur dadurch, daß wir wissen, daß wir sehen und daß wir wollen, was notwendig ist, während sie vielleicht noch fähig sind, klar zu sehen, aber gewiß unfähig, zu wollen, was notwendig ist. Aber da sie nicht marschieren können, nicht marschieren wollen, werden wir sie zum Marschieren zwingen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Zu diesem bestimmten, genau abgegrenzten und leicht zu erreichenden Zwecke fordern wir Sie, Parteigenossen, auf, in den Massenstreik einzutreten. (Stürmischer Beifall.) Leicht zu erreichen erscheint uns das Ziel, wenn wir betrachten, wie reif die Frucht ist, schwer, wenn wir die Macht der Gegner und ihre Beschränktheit ins Auge fassen; leicht ist der Kampf, weil uns die Minute günstig ist, schwer, weil das Proletariat Österreichs zwar ein opferfähiges, aber auch ein armes Proletariat ist. Aber wir wissen, so arm wie ihr, so arm sind die Proletarier Rußlands auch. (Sehr richtig!) Und ich weiß, daß es gar viele Arbeiter gibt, die entschlossen sind zum Kampfe und die an dem Munde dessen hängen, der das Losungswort ausgeben soll, wann endlich der Kampf anbrechen wird. Ich weiß, daß die Massen bereit und entschlossen sind — heute ist es anders als im Jahre 1894, wo noch die Bergarbeiter mit dem Massenstreik um das Wahlrecht auch den um ökonomische Forderungen verbinden wollten —, entschlossen, einzig und ausschließlich für die Erringung des gleichen Wahlrechts in den Ausstand zu treten. Und in den nächsten Wochen wird sich diese Bereitschaft zu dokumentieren haben. Wir werden zu verhindern haben, daß voreilige und überflüssige Vergeudung von Kraft erfolge, wir werden verhindern müssen, daß die Leidenschaft an einzelnen Orten vorzeitig überschäume und unsere Kraft für den Hauptkampf schwäche. Wir werden dafür zu sorgen haben, daß der Kampf konzentriert sei und daß er sich mit jener Disziplin vollziehe, die ihm allein die Wirkung sichert und die zugleich den Kämpfenden die geringsten Opfer auferlegt. Das wird uns alles nicht schwer sein, weil unsere Arbeiter-

massen in den Gewerkschaften erzogen worden sind. Es hat sich in Deutschland ein Kampf entsponnen, ob die Gewerkschaften für den Massenstreik sind oder nicht, ob sie dreinzureden haben oder nicht. Bei uns wird es solche Kämpfe nicht geben, weil bei uns die Gewerkschafter Sozialdemokraten und die Sozialdemokraten Gewerkschafter sind — genau wie in Deutschland, aber mit dem kleinen Unterschied, daß bei uns dasselbe sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Gehirn konzentriert gemeinsam denkt, empfindet und handelt. (Stürmischer Beifall.) Das Proletariat hat in Österreich nur eine Maschine, nur eine Organisation, wenn es gilt, die Lebensnotwendigkeiten sowohl für die gewerkschaftliche als auch für die politische Organisation zu erkämpfen.

Nun wäre ich schließlich verpflichtet, Ihnen zu sagen, was in allen Resolutionen und Diskussionen aller internationalen und nationalen Parteitage bei diesem Punkte immer wieder hervorgehoben wird, daß die Vorbedingung eines Massenstreiks — wenn er gelingen soll — gewerkschaftliche und politische Organisation ist und daß unablässig für diese gearbeitet werden muß. Aber in diesem Sinne sind wir heute nicht bei der Vorbereitung, snodern heute sind wir schon bei der Anwendung der Kraft, die bereits angesammelt worden ist. Heute hat unsere Organisation bereits zu zeigen, was sie kann, und wenn wir gestern in den Straßen Wiens eine imposante Probemobilisierung gehabt haben — die ja wirklich in zwei Stunden hergestellt war, aber dafür doch gezeigt hat, daß, wenn der Alarm geblasen wird, auch Wien seine Schuldigkeit tut (Beifall) —, so hoffen wir, ja, wir sind fest überzeugt, daß, sobald es zur ernsten Mobilisierung kommt, die Massen des Proletariats zur Stelle sein werden wie gestern auf dem Franzensring, sodann auf allen Kampfplätzen, die Österreich hat. (Stürmischer Beifall.)

### Schlußwort*).

Diese Diskussion hatte keinen anderen Zweck, als daß uns selber klar werde, daß wir nicht Beschlüsse fassen, die nur einer Stimmung entsprechen, sondern daß das, was wir beschließen, auch von der Arbeiterschaft durchgeführt werden wird. Sie haben die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft der größten Industriezweige gehört. Sie haben die Vertreter aller Nationen und aller Provinzen gehört und Sie haben daraus erkannt, daß das, was wir von Ihnen verlangen, als das Resultat gewissenhaftester Erwägungen auch in der Kraft des österreichischen Proletariats liegt;

*) Die Diskussion war nicht lang. Auch der tschechische Korreferent Steiner (Prag) beschränkte sich auf wenige Bemerkungen zur Resolution. Ebenso gaben die Vertreter der anderen Nationen und der Gewerkschaften kurze Erklärungen ab. Nach dem Schlußwort Adlers wurde die Resolution und ein Manifest einstimmig beschlossen, in dem es heißt: „Wir sind entschlossen, den Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht mit dem Massenstreik, mit den äußersten Mitteln zu führen. Aber unsere Worte richten sich auch an unsere Gegner.

und, weil es möglich und weil es notwendig ist, darum wird es vollendet werden. Gestern abends hat nach der großen Demonstration eine Sitzung der Vertrauensmänner Wiens stattgefunden. Fünfhundert Vertrauensmänner der Wiener Organisationen haben beschlossen, daß in ganz Wien an dem Tage, an dem das Parlament zusammentritt, die Arbeit ruhen wird. (Lebhafter Beifall.) Die Vertrauensmänner sind sich der Schwierigkeiten voll bewußt, sie sind sich aber auch der Notwendigkeit dieses Beschlusses bewußt, und ich darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß Wien an diesem Tage nicht allein bleiben wird. (Lebhafter Beifall.) Und nun, nachdem wir am Ende unserer Beratungen sind, können Sie zu Hause erklären: Der Parteitag hat ernsthaft geprüft, der Parteitag hat mutig beschlossen; an euch ist es, mutig und aufopfernd zu handeln; an euch ist es, dafür zu sorgen, daß diese Schlacht für unser Recht ein voller Sieg werde; an euch ist es, heute schon den Freunden und den Feinden zu sagen, daß wir nicht weichen werden, koste es, was es wolle. (Stürmischer Beifall.)

Die Verständigen unter ihnen mahnen wir, die Unverständigen warnen wir, den Böswilligen kündigen wir unerbittlichen Krieg an."

Am nächsten Tage, am 2. November, kam es schon in Wien nach einer Versammlung in den „Sophiensälen" auf der Ringstraße zu einem Kampfe mit der Polizei, die dabei gegen hundert Personen verwundete. Auch in Prag kam es zu blutigen Zusammenstößen. Aber schon am 4. November kündigte die Regierung an, daß sie darauf bedacht sei, das Verlangen nach einer zeitgemäßen Umgestaltung des Wahlrechts zu fördern und seiner Erfüllung zuzuführen, aber mit allen gesetzlichen Mitteln Ausschreitungen entgegentreten werde. Am 11. November ließ sich Gautsch eine Abordnung von Industriellen kommen, um ihnen zu erklären, daß die Regierung in der ersten Sitzung des Parlaments eine Vorlage einbringen werde.

# Die Frauenfrage.

## Die erste Frauenkonferenz.

„Arbeiter-Zeitung" vom 10. April 1898.

Am Ostersonntag wird in Wien eine Frauenkonferenz zusammentreten, die, wenn sie die Absichten ihrer Veranstalterinnen erfüllt, bestimmt ist, die österreichische Arbeiterorganisation um ein wesentliches Stück vorwärtszubringen*). Die Sozialdemokratie hat von jeher das weibliche Proletariat sowohl programmatisch als organisatorisch ebenso behandelt wie das männliche, und in den letzten Jahren ist in allen Ländern zu konstatieren, daß die arbeitenden Frauen mehr und mehr in die Bewegung eintreten. In dieser Beziehung ist auch Österreich keineswegs zurückgeblieben, vielmehr stehen auch bei uns die Arbeiterinnen sehr vieler Branchen durchaus unter dem Einfluß des sozialdemokratischen Geistes, der ihre männlichen Arbeitsgenossen beherrscht, und verhältnismäßig zahlreiche einzelne Genossinnen sind in der Agitation und Organisation in den ersten Reihen und mit Erfolg tätig. Lange nicht so gut aber steht es mit der Eingliederung der Arbeiterinnen in die Organisation.

Wenn wir zunächst die gewerkschaftliche Organisation allein in Betracht ziehen, so müssen wir uns auf die Industrie beschränken. Die offizielle Berufsstatistik zählte 1895 nicht ganz 5 Millionen Arbeiterinnen überhaupt; davon gehörten der Industrie (einschließlich des Bergbaues) an rund 615.000 Arbeiterinnen. Nun sind von den 1,630.000 männlichen Industriearbeitern heute rund 10 Prozent in den Gewerkschaften und Bildungsvereinen

*) Die Konferenz, die am Ostersonntag den 10. April 1898 in den Räumen des Gumpendorfer Arbeiterbildungsvereines in Wien stattfand, war nicht auf Grund eines Organisationsstatuts einberufen worden. Anfang Jänner hatte ein Komitee von zehn Frauen in der monatlich erscheinenden „Arbeiterinnen-Zeitung" einen Aufruf erscheinen lassen, eine Beratung der Genossinnen aller Städte und Industrieorte abzuhalten, um endlich eine beachtenswerte Organisation der proletarischen Frauen zu schaffen. Die Konferenz, sozusagen die erste Frauenkonferenz, war von 44 Genossinnen und fünf Vertretern von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen beschickt. Sie faßte wichtige Beschlüsse für den Aufbau der Organisation und setzte auch ein Frauenreichskomitee ein, in das sechs Mitglieder von der Konferenz und sechs später in der Plenarversammlung der Gewerkschaften gewählt wurden.

organisiert, während zur Zeit des letzten Gewerkschaftskongresses 1896 nur 5000 weibliche Vereinsmitglieder gezählt wurden, also noch nicht ein Prozent aller Arbeiterinnen der Organisation eingegliedert waren. Ihre Zahl hat sich seither erfreulicherweise sehr erheblich vermehrt, ob aber die nächste Zählung eine Verdopplung, also auch nur zwei Prozent ausweisen wird, ist mehr als fraglich. Die Organisation der weiblichen Arbeiter ist also nicht nur absolut gering, sondern sie ist auch ganz erheblich hinter der der männlichen Arbeiter zurückgeblieben. Die Ursachen sind bekannt und brauchen nicht erst näher erörtert zu werden. Hervorheben wollen wir nur, daß von den etwa 185.000 Textilarbeiterinnen Österreichs kein nennenswerter Bruchteil organisiert ist; nur in Niederösterreich und in Brünn zählen die Fachvereine einige hundert Mitglieder, das große Zentrum der Textilindustrie in Nordböhmen liegt vollständig brach. Freilich fehlt es dort auch an der Organisation der männlichen Fachgenossen ganz beträchtlich.

Nun ist es allgemein bekannt, daß bei den Frauen wie bei den Männern die Einflußsphäre der Fachorganisation weit über die Zahl ihrer faktischen Mitglieder hinausgeht. An allen Lohnkämpfen beteiligen sich die Arbeiterinnen in demselben Maße und fast mit noch größerem Feuer und nachhaltiger Ausdauer wie die Männer. Wenn die Statistik der Arbeitseinstellungen von 1896 neben 27.854 streikenden Männern 8260 streikende Frauen aufweist, so entspricht das annähernd dem Zahlenverhältnis zwischen den in der Industrie beschäftigten Männern und Frauen, zeigt aber einen weit größeren Anteil der Frauen an den Lohnkämpfen als an der Fachorganisation.

Anscheinend weit günstiger stehen die Dinge auf politischem Gebiet. Wir sagen anscheinend: denn da die Frauen in Österreich absolut politisch rechtlos sind und weder ein Wahlrecht haben, noch auch politischen Vereinen als Mitglieder angehören dürfen, gibt es keinen ziffermäßigen Maßstab für ihre politische Betätigung. Aber wer die Volksversammlungen in Wien und den Provinzen kennt, wer die großen politischen Demonstrationen der letzten Jahre miterlebt hat, muß den Eindruck haben, daß die Proletarierinnen einen sehr erheblichen Faktor in der sozialdemokratischen Bewegung bilden. Aber wie ungeheuer viel auch da noch zu tun ist, wie sehr es auch da insbesondere an planmäßiger, systematischer Organisationsarbeit fehlt, ist ebenso augenscheinlich.

Wer soll nun diese Arbeit machen? Die Sozialdemokratie beschäftigt sich mit der arbeitenden Frau nicht in erster Linie als Frau, sondern als Arbeiterin. Nicht was ihre Lage von der des Mannes unterscheidet, sondern was ihr mit ihm gemeinsam ist, die ökonomische Ausbeutung, die politische Rechtlosigkeit, die geistige Knechtschaft und ihre Folgeerscheinungen: das ist der Angriffspunkt für die Sozialdemokratie. Hierin unterscheidet sich die sozialdemokratische Arbeiterinnenbewegung ebenso von der bürgerlichen Frauenrechtsbewegung als von der in Wien florierenden christlichsozialen Frauenbewegung, dieser traurigen Posse,

die zu Nutz und Frommen der beschränktesten Kleinbürgerei und ihrer Verdummungsbedürfnisse aufgeführt wird. Insofern die bürgerlichen Frauenrechtlerei das Monopol des Mannes bekämpft, hat sie recht, aber sie hat unrecht, wenn sie in diesem Monopol die Wurzel des Frauenelends sieht und blind dagegen ist, daß für die arbeitenden Klassen das Monopol des Mannes, ausgebeutet zu werden, längst nicht mehr existiert, und daß eine und dieselbe Sklavenkette Mann und Weib an die Galeere des Kapitalismus schmiedet. Die Luegersche Komödie*) wieder mißbraucht einfach die Frau als Zutreiberin zu Wahlzwecken. Nicht die Frau als Frau, nicht die Frau als Arbeiterin, sondern die Frau als politische Nachläuferin ihres Mannes und insbesondere als Konsumentin, die sich von gewissen, nicht immer nur kleinbürgerlichen Gesellschaftscliquen mit Begeisterung und unter den Klängen des Luegermarsches ausbeuten läßt, man könnte sagen, die Frau als „Wurzen"**) kommt für die Wiener sogenannte christlichsoziale Frauenbewegung allein in Betracht.

Die Sozialdemokratie will die Frau nicht zum Kampf gegen den Mann führen, sondern sie mit ihm zu einer gemeinsamen Phalanx zusammenschließen. Nicht gegen ihn, sondern mit ihm soll sie kämpfen, nicht das Weibesbewußtsein, sondern das Klassenbewußtsein zu wecken, ist in erster Linie ihr Ziel. Sie weiß, daß die Geschlechtssklaverei nicht, wie die Frauenrechtlerinnen meinen, allein zu brechen ist, sondern erst mit der Lohnsklaverei fallen wird. Die Sozialdemokratie wendet sich also an den weiblichen Arbeiter, an den weiblichen Bürger und will ihm alle Kampfmittel zuführen, deren er bedarf, sie will ihm die ökonomische und politische Gleichberechtigung erkämpfen helfen, und sie weiß, daß die Befreiungsstunde der Frau nicht um einen Augenblick früher schlägt als die Befreiungsstunde des Proletariats.

Wenn aber auch nach sozialdemokratischer Anschauung eine gesonderte Agitation und Organisation der Frauen ausgeschlossen ist, vielmehr es sich darum handeln muß, den weiblichen Arbeiter in die Gewerkschaft, den weiblichen Staatsbürger in die politische Organisation einzugliedern, so können wir trotzdem auf die selbständige Tätigkeit der Parteigenossinnen keineswegs verzichten. Im Gegenteil. Die organisatorische Tätigkeit der Genossen hat sich als durchaus ungenügend erwiesen, das muß ohne alle Umschweife konstatiert werden. Das liegt nicht nur an den ungemeinen Schwierigkeiten, die die besonderen Verhältnisse der Arbeiterinnen ihrer Organisation in den Weg legen, das liegt mit einem Worte nicht nur an der Rückständigkeit der Frauen, sondern auch an der Rückständigkeit der Männer. Nicht jeder, der ein Sozialdemokrat mit Leib und Seele ist, hat darum auch schon alle spießbürgerlichen Vorurteile

*) Der christlichsoziale Frauenbund hatte vornehmlich die Aufgabe, Lueger bei allen seinen Auffahrten Staffage zu machen.

**) Ein wienerischer Lokalausdruck: eine „Wurzen" ist jemand, der sich ausnützen läßt.

abgestreift. Dazu kommt, daß bei den männlichen Arbeitern noch übergenug zu tun ist. Davon aber ganz abgesehen, ist die Arbeiterin in der Tat naturgemäß der Aufklärung viel zugänglicher, wenn die Frau zu ihr kommt und mit ihr spricht. Es ist darum einfach ein Gebot der Teilung der Arbeit, wenn unsere vorgeschrittenen und längst praktisch tätigen Genossinnen die Organisation der weiblichen Arbeiterinnen in die Hand nehmen, und wenn sie sich vereinigen, um das planmäßig und systematisch zu tun.

Diese Aktion einzuleiten ist die Aufgabe der Frauenkonferenz. Die ganze Art, wie sie vorbereitet wurde, die Anträge, die ihr vorliegen werden, zeigen, daß die Genossinnen beabsichtigen, auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiete das zu leisten, was bisher versäumt wurde, daß sie die vielversprechenden Anfänge und Ansätze zu einer Organisation der Arbeiterinnen zusammenfassen, daß sie die zersplitterten und vereinzelten Bemühungen in dieser Richtung vereinigen wollen. Sie handeln in vollem Einverständnis mit der Partei sowohl als mit der gewerkschaftlichen Organisation, und sie können sicher sein, daß ihnen jede Unterstützung, die nur immer möglich sein wird, zuteil werden soll. Ihr Werk ist schwer, denn es handelt sich darum, die verhältnismäßig sehr zurückgebliebenen weiblichen Arbeiterschichten organisatorisch an schon ziemlich ausgebaute und feste Vereinigungen anzufügen und gewissermaßen das erste Werdende an das schon Gewordene anzupassen. Ihr Werk ist auch darum schwer, weil sie nicht nur aktive Widerstände von außerhalb, sondern auch passive Widersände innerhalb der Partei zu besiegen haben. Aber wenn unsere Genossinnen K l u g h e i t, E i n i g k e i t und A u s d a u e r zeigen werden, dann werden sie alle diese Schwierigkeiten überwinden, und ihre erste Konferenz wird ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Organisation des klassenbewußten Proletariats in Österreich sein. Darum begleitet jeder Sozialdemokrat das Unternehmen unserer Genossinnen mit seinen herzlichsten Wünschen.

### B e g r ü ß u n g s r e d e a u f d e r K o n f e r e n z.

Im Namen der Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie begrüße ich Sie herzlich. Es ist kein Geheimnis, daß die Konferenz nicht von allen Seiten als erwünschtes Ereignis angesehen wurde. Wenn Genossen Ihnen mit Mißtrauen entgegenkommen, nehmen Sie es nicht übel; wir haben seit Jahrzehnten schon wiederholt Versuche erlebt, die Arbeiterinnenbewegung in Fluß zu bringen, wobei jedoch recht wenig herausgekommen ist. Je mehr Sie sich gegenseitig die bittere Wahrheit vor Augen halten, um so früher werden Sie entschlossen sein, gemeinsam zu arbeiten. Ich betrachte Sie nicht als Vertreterinnen einer Frauenorganisation, sondern als Pioniere derjenigen, die erst werden sollen. Sie haben vollständig recht, wenn Sie den Genossen Indolenz vorwerfen, wir verdienen es, aber wir haben Milderungsgründe, die sowohl auf seiten der Männer wie auf seiten der Frauen liegen. Wieviel haben nicht die Frauen durch eine falsch

angebrachte Empfindelei versäumt. Der Sozialdemokrat, den seine Frau von der politischen Tätigkeit zurückhält, ist selbst daran schuld, weil er sie nicht erzogen hat; aber auch die Genossin, der ihr Mann Hindernisse bereitet, trägt selbst die Schuld, weil sie ihn nicht zur Einsicht gebracht hat.

Man hat sich daher gegenseitig nichts vorzuwerfen, sondern sollte sich gegenseitig fördern und vorwärts treiben. Daß Sie es erreichen werden, wird im Interesse der Partei gelegen sein; sie wird deshalb auch alles tun, was zur Förderung der Frauenorganisation notwendig ist. Wir wünschen Ihren Bestrebungen den besten Erfolg, möge es Ihnen gelingen, die arbeitenden Frauen dem Heere der Sozialdemokratie zuzuführen. (Beifall.)

Zum Punkt „Organisation".

Dr. Adler erläutert, wie sich die Parteivertretung und die Gewerkschaftskommission das Reichskomitee vorstellen: es wird eine Anzahl von Frauen gewählt, deren Pflicht es sei, stets darauf zu achten, Mittel und Wege zu suchen, um die allgemeine Frauenbewegung zu fördern. Sich auf die Gewerkschaften allein zu verlassen, wäre ein großer Fehler, weil wir dann auf die Mitwirkung der Frauen, welche nicht in Industrien beschäftigt sind, verzichten müßten. Diese wären dann den Christlichsozialen überlassen. (Sehr richtig! Bravo!) Nach allen Richtungen müssen Fangnetze ausgeworfen werden, um die Frauen der Sozialdemokratie zuzuführen. Jede Frau soll in ihrer Sphäre für Licht und Aufklärung wirken.

# Die Frau in der Organisation.

Frauenkonferenz 1903.

Wenn wir diese Konferenz mit der ersten Konferenz vergleichen, dürfen wir wohl sagen: Wir können mit den Erfolgen dieser paar Jahre zufrieden sein*). Nicht daß Sie bereits alle Arbeit geleistet hätten, die zu leisten ist. Das werden Sie gewiß nicht für sich in Anspruch nehmen. Aber es ist ein ganz erkleckliches Stück Arbeit geleistet worden. Wir müssen bekennen, daß es heute in Österreich weder einen gewerkschaftlichen noch einen politischen Kampf gibt, wo unsere Frauen nicht in ganz beträchtlicher Zahl mit vollem Bewußtsein und, was ich besonders hervorheben muß, mit Disziplin sich in diesen Kampf einreihen. Und es wäre undankbar, wenn ich nicht speziell hervorheben wollte, daß an allen Wahlkämpfen, die in den letzten Jahren in Wien stattgefunden haben,

*) Die Zweite Frauenkonferenz fand am 8. November 1903 in Gegenwart von 60 Delegierten in Wien statt. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Frage der Organisation, worüber Anna Boschek referierte. In der Debatte sprach auch Dr. Adler über die von den Rednerinnen zur Sprache gebrachten Vorwürfe. Dann referierte Adelheid Popp über den Arbeiterinnenschutz und Therese Schlesinger über die politische Betätigung der Frauen, dann noch Lotte Pohl über die Presse und Marie Nowak über Konsumvereine.

die Frauen sich mit aller Energie beteiligt haben. Selbstverständlich, kleine Kinder, kleine Sorgen, große Kinder, große Sorgen. Solange Sie keine rechte Organisation gehabt haben, haben Sie auch keine Organisationssorgen gehabt. Jetzt, wo Sie wachsen, finden sich die Schwierigkeiten und besonders die Schwierigkeit, Ihre Organisation in die bestehende gewerkschaftliche und politische Organisation einzuschieben. Da besteht nun die Schwierigkeit, daß Sie sich selbständig entwickeln, zugleich aber auch ein Glied der sozialdemokratischen Organisation sein sollen.

Nun muß ich wohl auch davon sprechen, was wir der Frauenorganisation leisten. Wir sind leider nicht in der Lage, auf solche Leistungen hinzuweisen wie unsere Genossen in Deutschland. Die deutschen Frauen gehen, sagt die Genossin Baader, wenn sie ein paar hundert Mark brauchen, zum Vorstand und der gibt Geld. Das haben sie sich sehr gut eingerichtet. (Heiterkeit.) Aber an den Vorbedingungen dafür haben auch die Genossinnen in Deutschland mitwirken müssen. In einem Punkt sind die Genossen in Deutschland nicht um ein Haar weiter als wir. Sie können auch nicht hergeben, was sie nicht haben. (Heiterkeit.) Nur darum sind sie in der Lage, mehr herzugeben als wir, weil sie früher mehr empfangen haben. Wenn Sie also wünschen, daß der Parteivorstand Ihnen mehr leistet als Sympathie und eine gelegentliche kleine Hilfe, dann werden Sie gut tun, mit uns dafür zu sorgen, daß wir mehr haben.

Es ist auch eine Pauschalanklage gegen die Genossen erhoben worden, daß sie ihre Frauen hindern, in der Organisation tätig zu sein, anstatt sie selbst dazu zu veranlassen. Diese Anklage ist durchaus berechtigt, darüber ist gar kein Zweifel. Für die Frau, die den Mann in seiner Parteitätigkeit hindert, ist nicht sie verantwortlich, sondern der Mann selbst. Ich weiß, daß Sie den Gedanken nicht aufkommen lassen wollen, daß der Mann etwas vor der Frau voraus hat. (Heiterkeit.) Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn die Frau ungebildet ist, dafür heute der Mann verantwortlich ist. Ich könnte allerdings auch den Spieß umkehren und sagen: Wir haben noch so viele nicht einsichtige Männer, warum klärt ihr die nicht auf? (Heiterkeit.) Das nehmt ihr doch selbst nicht an, daß die Frau gescheiter sein solle als der Mann. (Heiterkeit.) Die stillschweigende Voraussetzung ist ja, daß der Mann in erster Linie verantwortlich ist für den Geist in der Familie, verantwortlich dafür, wenn die Frau einsichtslos ist. Es ist leider wahr, daß die Männer und vielfach auch gute Genossen ein Haar darin finden, wenn die Frau, die ihre Arbeit zu Hause hat, in die Versammlung geht. Das ist ja eine der wichtigsten Erscheinungen des proletarischen Elends, daß die Frau in der Tat durch ihre schwere Arbeit in der Wirtschaft so absorbiert wird, daß eine große Lücke vorhanden ist, wenn sie noch etwas anderes tut. Und es gehört zu den schwersten Aufgaben, der Proletarierfrau zu sagen, daß sie in der Organisation mitwirken soll. Weil eben diese Frage, so unscheinbar und kleinlich sie aussieht, eine der wichtigsten und

schwierigsten ist, mit der Sie in Ihrer Bewegung zu rechnen haben, deshalb möchte ich Sie bitten, zwar mit Energie und Unermüdlichkeit, aber doch mit einer gewissen Mäßigung und Sanftmut in dieser Richtung vorzugehen. Je gemäßigter, aber je unermüdlicher Sie das machen werden, um so besser wird Ihre Stellung als Organisation und als einzelne Genossin in der Gesamtorganisation und unter den Genossen sein.

Sie haben eine schwere Aufgabe zu leisten, aber Sie haben auch die Begeisterung und den Eifer, der erforderlich ist, damit sie geleistet werde. So zurückgeblieben wir in Österreich auch sind, unsere Frauenbewegung kann sich an Erkenntnis, an Tüchtigkeit und an Opferwilligkeit mit jeder anderen messen. Wir wissen, was unsere Bewegung an Ihnen hat, und wir wünschen Ihnen deshalb herzlich Gedeihen und Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

# Die politische Betätigung der Frauen.

Frauenkonferenz 1903.

Die Angelegenheit, die Sie jetzt beschäftigt, ist eine solche, die auch uns angeht. Wie soll die gewerkschaftliche Organisation mit der politischen verbunden werden? Ich glaube, für uns besteht da kein Streit. Sie wissen, daß auch diejenigen, die politische, prinzipielle Aufklärung in den Vordergrund stellen, davon überzeugt sind, daß die gewerkschaftliche Organisation und Agitation die Grundbedingung für uns sein muß. Es ist also nicht notwendig gewesen, daß mit einer gewissen Spitze hervorgehoben wurde, als ob es notwendig wäre, erst zu ermahnen, daß die Frauen sich in die wirtschaftliche Bewegung hineinfinden müssen, ehe sie politisch ausgebildet werden können. Sie können es ja auch bei den Männern nicht so auseinanderhalten und ich warne Sie, vielleicht in den Frauen den Gedanken zu erregen, der für sehr viele oberflächlich Denkende naheliegt, daß eigentlich die ganze Politik nur ein Phrasenwerk sei. Sie würden damit der gewerkschaftlichen Organisation keinen Dienst erweisen.

Nun handelt es sich um die schwierige Frage des Frauenwahlrechtes. Die Sozialdemokraten aller Länder haben es von jeher als grundlegenden Satz des Programms angesehen, daß die politischen Rechte für Mann und Frau gleich sein müssen. Es hat niemals eine Sozialdemokratie gegeben, die nicht das Frauenwahlrecht als eine ebenso notwendige Sache angesehen hätte wie das der Männer. Es wurde hier gesagt, daß sich die Männer vor den klerikalen Frauen fürchten. Wir haben die klerikalen Männer auch zu fürchten und es fällt uns gar nicht ein etwa zu sagen, daß die Frauen noch nicht reif seien für das Wahlrecht. Wir wissen genau, daß auch viele Männer noch lange nicht reif sind, ihr politisches Recht so auszunützen, wie es ihr politisches und ihr Klasseninteresse verlangt. (Beifall.) Aber es fragt sich, ob die politische Lage reif ist, um einen Feldzug für das

Frauenwahlrecht zu unternehmen. Und da sage ich Ihnen rundweg, in Ländern, wie Österreich, Belgien usw., wo das Männerwahlrecht noch nicht einmal erkämpft ist, wo wir alle Kraft auf diesen Punkt konzentrieren müssen, wäre es eine politische Torheit, diesen Kampf abzulenken auf einen Punkt, der voraussichtlich erst später zu erreichen sein wird. Von diesem Standpunkt der politischen Taktik muß ich sagen: Wir müssen bei jeder Gelegenheit erklären, daß wir für das Frauenwahlrecht sind, daß wir auch den ersten Schritt auf diesem Gebiet machen wollen, aber daß der letzte Schritt erst gemacht werden kann, wenn der erste Schritt gemacht ist, und der ist: die Erkämpfung des Wahlrechtes für die Männer.

Wir können uns allerdings nicht beklagen, daß Sie uns jemals in die Arme gefallen wären dadurch, daß Sie die Fahne des Frauenwahlrechtes in unzeitgemäßer Weise erhoben hätten. Wenn Sie Resolutionen fassen, ich habe für Resolutionen ein sehr weiches Herz (Heiterkeit), aber ich bin jeden Augenblick bereit Zeugnis abzulegen, daß das auch meine innerste Überzeugung ist. Aber wir sind nicht geneigt, diesen Kampf in den Vordergrund zu stellen.

# Die sozialdemokratischen Frauen.

„Arbeiter-Zeitung" vom 10. November 1903.

Wer, von der Betrachtung des öden Zirkeltanzes unseres politischen Elends stumpf und fast verzweifelt geworden, einen Atemzug der Hoffnung tun will, der blicke auf unsere proletarische Bewegung, der sehe, wie da auf steinigem Boden gesundes, kräftiges Leben sprießt. Wir wollen heute nicht von unserem Parteitag sprechen, der mit einer lebhaften Debatte vielverheißend eingesetzt hat; aber wir lenken die Aufmerksamkeit auf die Frauenkonferenz, deren Verlauf, wir wollen es nicht verschweigen, unsere durchaus nicht allzu geringen Erwartungen bei weitem übertroffen hat. Die Organisation der Frauen ist in allen Ländern ein jüngerer, noch wenig entwickelter Zweig der proletarischen Bewegung. Wir hatten ja in Wien in den siebziger Jahren einen Anfang dazu, aber das war bald wieder verschwunden. In der neuen Ära unserer österreichischen Bewegung traten Frauen zuerst auf dem Wiener Parteitag 1891 auf. Die eine der beiden Genossinnen, die damals zu unserer freudigen Überraschung den Anteil der Frauen an der Sozialdemokratie reklamierten, Genossin Popp, sie hieß damals Dworzak, hat gestern die Frauenkonferenz eröffnet. Was vor zwölf Jahren ein schüchternes Anpochen war, ist seither in unsäglichem Mühen von zahlreichen Genossinnen im ganzen Lande zu einem ernsten Stück vollbrachter Leistung geworden.

In Österreich zielbewußte Arbeit zu verrichten, ist schwer, doppelt schwer, sie unter den Frauen zu tun. Aber alle Schwierig-

keiten werden von unseren Genossinnen überwunden. Da hat man nichts gespürt von den angeschminkten Bedürfnissen, von den gekünstelten Sehnsuchten, die man sooft den Bestrebungen der bürgerlichen Frauen anmerkt, noch weniger von dem Geflunker und der gedankenlosen Parade, zu denen die christlichsozialen Frauen von ihren Götzen mißbraucht werden, sondern aus bitterster Not heraus ist unsere proletarische Frauenbewegung geboren, ein Produkt wirtschaftlicher und kultureller Notwendigkeit. Daher ihr tiefer sittlicher Ernst, ihre schlichte Pflichttreue, daher aber auch die besondere Form des dem Weibe eigenen brennenden Eifers. Unsere Genossinnen haben gestern so nüchterne Arbeit gemacht, daß man seine helle Freude daran haben mußte. Fast kein pathetisches Wort, keine klingende Phrase; aber mit größter Leidenschaft haben sie die trockensten Paragraphen ihres Organisationsstatuts erörtert und sich über die praktischeste Methode der Verbindung politischer mit gewerkschaftlicher Agitation verbreitet. Wenn sie von ihren Forderungen an die Gesetzgebung reden, so sprechen sie mit einer Sachkunde und Gründlichkeit, die manchem sozialpolitisch tätigen Parlamentarier dringend zu wünschen wäre. Der Sinn für Tatsachen ist bei ihnen in einem Grade erweckt, daß sie den Philistern höchst „unweiblich" erscheinen müssen. So ist auch das Verhältnis der Frauenbewegung zur Sozialdemokratie ein ganz besonderes. Dient sie den liberalen Parteien aller Spielarten im besten Falle als Luxus und Dekoration, ist sie den mehr oder minder verschämt Klerikalen ein Werkzeug ihrer Demagogie, so ist sie der Sozialdemokratie die notwendige Ergänzung ihres eigenen Wesens, ohne die alle ihre Arbeit Stückwerk bleiben muß.

Die Erweckung des weiblichen Proletariats, seine Eingliederung in die Kampfreihen der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen stehen noch in den Anfängen; aber diese Anfänge sind da, die Wege stehen offen, klarsehende und leistungsfähige Kräfte sind bereit, das Werk zu fördern. Es ist eine Freude, zu sehen, wie im Kerne tüchtig auch dieses Stück unserer Bewegung ist. In diesem armen Österreich, das keinen gesunden Fleck am ganzen Körper zeigt, ist zum Glück doch eines kerngesund: das Proletariat, und alles vernünftige Hoffen ruht auf ihm.

# Männerwahlrecht und Frauenwahlrecht.

Internationaler Kongreß, Stuttgart 1907.

Adler (Wien) unterstützt diesen Antrag*): Ich schlage Ihnen vor, die Resolution zu beginnen:

*) Auf Antrag der österreichischen sozialistischen Frauen hatte das Internationale Büro auf die Tagesordnung des Internationalen Sozialistenkongresses, der im August 1907 in Stuttgart stattfand, auch das Frauenstimmrecht gesetzt. Auf dem Kongreß erklärte Adelheid Popp diesen Antrag damit, daß sie „in den vielfachen Wahlrechtskämpfen der öster-

„Der Internationale Sozialistenkongreß begrüßt mit größter Freude, daß zum erstenmal eine internationale sozialistische Frauenkonferenz in Stuttgart zusammengetreten ist und erklärt sich mit den von ihr aufgestellten Forderungen solidarisch. (Bravo!) Insbesondere erklärt der Kongreß die sozialistischen Parteien aller Länder für verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen" usw.

Wir halten außerdem eine Einfügung für notwendig. Wir verdanken den Erfolg des hinter uns liegenden Wahlrechtskampfes in erster Reihe dem Opfermut, der Disziplin, dem Verstand und der Hingabe unserer Genossinnen. (Lebhafter Beifall.) Sie haben den Kampf mit uns geführt und haben mit uns gesiegt. Aber sie haben mehr getan. Sie haben sich den taktischen Notwendigkeiten dieses Kampfes freiwillig und selbstverständlich gefügt, sie haben das Verdienst, daß sie so viel politisches Verständnis für unsere Lage gehabt haben, daß sie uns den Kampf nicht erschwert, sondern erleichtert haben. Ihre Situation war eine schwere. Die bürgerlichen Frauen haben Meetings für das Frauenwahlrecht in dem Moment abgehalten, wo das Männerwahlrecht noch sehr in Frage stand und forderten unsere Genossinnen zur Teilnahme auf. Unsere Genossinnen aber waren einsichtig genug, zu sagen: Unser Platz ist an der Seite unserer Männer, wir haben nur eine gemeinsame proletarische Sache. (Bravo!) Nun kamen unsere Frauen hieher, sie standen vor der sozialistischen Öffentlichkeit weiblichen Geschlechts. Sie verlangen keine Anerkennung, aber sie verdienten es noch weniger, daß sie gerügt werden für ihr Verhalten, wie es geschehen ist von Genossinnen, deren Verdienste ich hoch schätze, die aber unsere österreichischen Verhältnisse absolut nicht kennen. (Unruhe.) Wir werden daher eine Einfügung beantragen, die dem Gedanken Ausdruck gibt, daß es den Organisationen der einzelnen Länder überlassen bleiben muß, den Augenblick und die Methode,

---

reichischen Sozialdemokratie, die leider nicht zur Eroberung des Frauenwahlrechts führten, die Wahrnehmung machte, daß die Frauen, wenn sie heute dank der Agitation der Sozialdemokratie das Wahlrecht bekämen, nicht mehr eine leichte Beute der klerikalen reaktionären Parteien sein würden, sondern in großen Scharen frei und selbstbewußt ihren Platz einnehmen würden, wo die Männer kämpfen, in der sozialistischen Arbeiterpartei". Im Ausschuß für das Frauenstimmrecht stand eine von der Frauenkonferenz beschlossene Resolution zur Beratung, die in längeren Ausführungen das Frauenwahlrecht verlangte und erklärte, daß, wenn ein Kampf für das Wahlrecht geführt wird, er nur nach sozialistischen Prinzipien geführt werden soll, also mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer. Wibaut (Holland), der die Diskussion im Ausschuß einleitete, meinte, die allgemeinen Auseinandersetzungen in der Resolution seien weniger wichtig und beantragte deshalb, nur die weiteren sachlichen Absätze anzunehmen.

Zum Verständnis des Weiteren ist noch nötig zu erwähnen, daß die österreichischen Sozialdemokraten eben erst das allgemeine Wahlrecht erobert und bei den ersten Wahlen einen großen Sieg — 87 Mandate — errungen hatten.

in dem sie für das Frauenwahlrecht eintreten, zu bestimmen. (Bravo!)

Adler (Wien): Genossin Zetkin*) sagt mit Recht, der Kongreß hat die Prinzipien festzustellen, nach denen die Parteien vorzugehen haben, sonst hat er keine Berechtigung! Daher habe ich auch alles akzeptiert, was sie in ihrer Resolution prinzipiell fordert. Anders steht es mit der praktischen Durchführung der prinzipiellen Ziele. Wir halten es da für richtig, daß jedes Land nach seinem besten Wissen und Gewissen bestimmen und die Verantwortung dafür tragen soll, wie es den Kampf für die hier festgesetzten Prinzipien führt. (Sehr richtig!) Ich habe vorgeschlagen, daß dies in einem besonderen Passus anerkannt wird. Wenn aber Genossin Zetkin meint, es sei besser, wenn dieser Zusatz nicht hineinkommt, so sage ich Ihnen, daß das an dem Verlauf der Dinge gar nichts ändern wird. (Sehr richtig!) Nehmen Sie unseren Antrag an, so beweisen Sie damit, daß Sie so viel politisches Verständnis haben, um zu wissen, daß die politische Konstellation in jedem Lande ergibt, was in diesem Lande in einem bestimmten Moment möglich und wünschenswert ist. (Bravo!)

# Der erste Frauentag.

Versammlung in den Blumensälen am 19. März 1911.

Die Unruhe, die hier herrscht, kommt daher, daß immer wieder neue Züge aus allen Bezirken anlangen, die weitere Hunderte und Tausende von Genossinnen herbringen. Die heutige Versammlung bezeichnet einen wichtigen Abschnitt in der Bewegung der Arbeiterschaft Österreichs**). Heute beginnt nicht etwa die Arbeiterinnenbewegung in Österreich, vielmehr — und das will ich an die Spitze meiner Ausführungen stellen — ist der heutige Tag nur ein Beweis dafür, wie viel die proletarischen Frauen in Österreich in jahrelanger, zäher, fleißiger Arbeit geleistet haben. Hier in Wien haben wir eine Massendemonstration, aber an Hunderten von Orten in ganz Österreich finden heute Versammlungen statt, wo

*) Nach Adler kam Klara Zetkin (Stuttgart), die Vorkämpferin der deutschen Sozialdemokratinnen, zu Wort, nachher gleich wieder Adler. Die einleitenden Sätze werden in der von Adler vorgeschlagenen Fassung einstimmig beschlossen, ein weiterer Abänderungsantrag Adlers aber abgelehnt.

**) Im Jahre 1911 fand zum erstenmal der Frauentag statt, der heute eine Selbstverständlichkeit ist. Es war eine gewaltige Demonstration, namentlich in Wien. Zwanzigtausend Frauen gingen hinter roten Fahnen über die Ringstraße, um für ihre Rechte als Frauen, Mütter und Arbeiterinnen zu demonstrieren. Schon in den ersten Nachmittagsstunden des 19. März belagerten Hunderte das Gebäude der Gartenbaugesellschaft auf dem Parkring und immer neue Hunderte kamen heran, zuletzt die riesigen Züge mit Fahnen und Standarten. In der Versammlung in den Blumensälen sprach als erster Redner Victor Adler.

die Frauen beisammen sind, genau so wie ihr hier, beseelt von demselben Geist, beseelt von demselben Willen und zu demselben Zweck.

Sie werden uns das Zeugnis nicht versagen, daß die Sozialdemokratie von allem Anfang an getrachtet hat und mit daran gearbeitet hat, den Frauen die Möglichkeit zu politischer Tätigkeit zu schaffen. Aber die Möglichkeit zu politischer Betätigung kann euch kein Gesetz und keine Partei verschaffen, die könnt ihr euch nur selbst verschaffen. (Lebhafter Beifall.)

Die Frauen werden ebenso ihren Kampf führen müssen, wie die Männer ihn geführt haben. Die Arbeiter haben jahrzehntelang kämpfen müssen um das erste und natürlichste Recht, um das Wahlrecht. Sie, die Sie mit uns waren, Sie wissen, wie schwer und hart dieser Kampf war. Sie wissen, daß man der Arbeiterschaft das Wahlrecht vorenthalten hat mit derselben Begründung, mit der man es heute den Frauen vorenthält, Sie wissen, daß da keine Redensart zu schlecht war. Vor allem hat man uns gesagt, was man euch sagt:

**„Ihr seid nicht reif!"**

Die Arbeiterschaft war nicht reif, um wählen zu dürfen, und ihr seid auch nicht reif dafür. Aber wenn ich nun in die Gesichter der Frauen, die hier um mich versammelt sind, blicke, wenn ich in ihren Mienen lese, wieviel Arbeit, wieviel Sorge, wieviel Kummer auf ihnen allen ruht; wenn ich aus ihren Zügen ablesen kann einen Lebenslauf der Not und der kümmerlichen Sorgen von ihrer Jugend an, wo sie selbst noch den Müttern haben helfen müssen bis heute, wo sie selbst Mütter geworden sind und ihren armen Kindern kaum das Notwendigste bieten können und mit blutigen Nägeln aus dem trockenen Boden das Bißchen herauskratzen müssen, was sie zum Lebensbedarf brauchen; wenn ich in dieser ganzen Geschichte von Kummer und Not und von Kampf lese, von Kampf um das Notwendigste, von Kampf mit einer Welt von Dummheit, Ausbeutung und Niedertracht, da frage ich mich: Und ihr sollt nicht reif sein zur Erkenntnis eurer Interessen wie die, die vom Leben wenig wissen, von der Not des Lebens gar nichts wissen, die in weichen Eiderdaunen zur Welt gekommen sind und ein ganzes Leben sorglos zugebracht haben und die vor euch nur den einzigen Vorzug haben, daß sie Männer sind, was wahrhaftig sehr wenig ist, wenn man nichts anderes ist?

Aber, Genossinnen, euer Kampf ist nicht nur ein Kampf um ein politisches Recht. Wenn ihr um das politische Recht kämpft, so kämpft ihr darum, daß die Interessen der einen Hälfte der Welt in der gesamten Gesetzgebung und Verwaltung ebenso berücksichtigt werden wie die der Männer, so kämpft ihr mit Recht darum, daß die Dinge, die die Frauen mindestens so gut und oft besser verstehen als die Männer, auch von den Frauen untersucht und beurteilt werden. Die weiblichen Abgeordneten wären vielleicht noch nicht so gefährlich für die heute Herrschenden, wie die weiblichen Gewerbeinspektoren, die weiblichen Gewerberichter.

Wenn es wahr ist — und es ist wahr —, daß zwischen Frau und Mann nicht Gleichheit besteht, sondern die Frau eine ganze Summe von besonderen Beziehungen und Bedürfnissen hat, wenn das wahr ist — und es ist wahr —, dann ist es gerade darum notwendig, daß die Frau auch überall vertreten sei, wo die Interessen dieser

**eigenartigen Frauennatur**

und eigenartigen Weiblichkeit in Betracht kommen. Gerade darum, weil die Frauen anders sind, müssen sie auch durch Frauen vertreten sein, die in vielen Dingen besser verstehen als wir, was für sie notwendig ist. (Lebhafter Beifall.)

Man sagt: Ihr seid nicht reif! Aber ein Tag wie der heutige, wo ihr hier kämpfet um euer Recht und wo ihr da drüben auf dem Schottenring gemeinsam mit den männlichen kaufmännischen Angestellten den Kampf für eure Vertretung in der Fachorganisation*) kämpfet; ein Tag wie der heutige, wo Tausende von Schneiderinnen um das Stückchen Brot kämpfen, um das bißchen Existenz, das ihnen verkümmert wird von denen, die in den Toiletten prunken, aber für sie nicht bezahlen wollen (lebhafter Beifall); ein Tag wie der heutige zeigt, daß die proletarischen Frauen Wiens den Kampf zu führen entschlossen sind, den politischen Kampf wie den gewerkschaftlichen Kampf mit den Männern. Bei uns ist die Frage des Frauenrechtes

**nicht ein Sport der müßigen Frauen,**

bei uns ist es nicht eine Laune, die wechseln kann von heute auf morgen. Der Kampf, den die proletarischen Frauen führen, ist ein Ergebnis der Notwendigkeit. Sie müssen kämpfen, so wie die Männer kämpfen müssen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen — und an dem Tage, wo die Frauen erkennen werden, wo sie wissen werden, in welcher Welt sie leben, wo sie sich als Glieder des kämpfenden Proletariats fühlen, wo sie wissen werden und damit auch wollen werden; an dem Tage, wo das weibliche Proletariat mit dem männlichen einheitlich zusammensteht unter der Fahne der Sozialdemokratie: an dem Tage werden wir siegen. (Stürmischer Beifall.)

Lassen Sie sich nicht abschrecken von den ersten Schwierigkeiten. Wir wissen, es wird Ihnen schwerer werden als den Männern; schwerer werden, weil Sie außer der Last und der Not der Arbeit und des Erwerbes auch noch die Sorge für das Haus haben, weil Sie doppelt Sklaven der heutigen Verhältnisse sind, Sklaven in der Werkstätte und auch Sklaven zu Hause. Aber lassen Sie sich nicht abschrecken. Nehmen Sie sich ein Beispiel an denen, die vor Ihnen marschieren, und seien Sie überzeugt: die

*) An demselben Tag fanden die Wahlen der kaufmännischen Angestellten für die Gehilfenvertretung des Gremiums der Kaufmannschaft statt. Sie endeten wie gewöhnlich mit einem großen Sieg der Sozialdemokraten. Seit einer Woche streikten auch die Damenschneiderinnen in den großen Modesalons.

Sozialdemokratie, die nicht nur in Österreich, sondern in allen Ländern für das Recht der arbeitenden Frauen eintritt, wird mit euch marschieren und mit euch zu siegen wissen. Wir führen unsere Schlachten schon lange mit euch zusammen. Hunderte von Genossinnen stehen in unseren Organisationen an erster Stelle und ich fühle mich heute verpflichtet, es auszusprechen, daß alle diese Genossinnen ihren Platz so gut ausfüllen wie irgendein Mann; ja noch besser, mit Zähigkeit, mit jener echt weiblichen Zähigkeit, die uns Männern so oft fehlt. (Lebhafter Beifall.)

Und nun gestatten Sie, daß ich ein Wort an die Genossen richte, die hier im Saale sind, und hinaus auch an die anderen. An einem Tage wie diesem geziemt es sich, daß wir die volle, die ganze Wahrheit sagen, daß wir uns nicht nur der Fortschritte erinnern, sondern auch unserer Fehler. Die Partei ist für die Frauen immer eingetreten; aber frei von Vorurteilen, frei von altem überlebten Aberglauben sind wir männlichen Sozialdemokraten noch lange nicht. Und das sage ich den Männern: Es ist Zeit, daß wir

**mit den Resten dieses Aberglaubens aufräumen!**

Die Frauen sind fähig, sind willens und darum sind sie auch berechtigt, überall an unserem Kampfe mit an erster Stelle teilzunehmen. Die Sozialdemokratie Österreichs hat das Recht der Frau stets anerkannt; es ist Zeit, daß sie sich auch tätig im Kampfe für das Frauenrecht bewähre. Das wird kein kurzer Kampf sein, nicht ein Kampf, der von heute auf morgen entschieden wird, kein Kampf allein um das Wahlrecht. Aber in allen seinen Formen wird die Sozialdemokratie für das Recht der arbeitenden Frauen eintreten. (Lebhafter Beifall.) Das Vereinsrecht haben wir ihnen, wenigstens so weit das im Abgeordnetenhaus möglich war, erobert*). (Stürmische Bravorufe.) Eine ganze Reihe von Hindernissen ist noch zu überwinden, aber die Frauen werden uns helfen, eventuell mit der Regierung und dem Herrenhaus fertig zu werden. Es wird sich in der nächsten Zeit um das Recht handeln, daß eine Frau dasselbe Recht als Mutter hat, Vormund zu sein wie die Männer, es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie auch da eintreten wird für das,

*) Das Vereinsgesetz vom 15. November 1867 hatte für die politischen Vereine eine Reihe von Sonderbestimmungen: sie durften unter anderm keine Frauen und Minderjährige als Mitglieder aufnehmen. Ein Antrag Pernerstorfers, der alle Sonderbestimmungen für die politischen Vereine aufheben wollte, wurde im Jahre 1910 vom Ausschuß abgelehnt, aber der Ausschuß beschloß einen Gesetzentwurf, der die Sonderbestimmungen wesentlich milderte, unter anderm die Aufnahme von Frauen und 21jährigen gestattet. Als das Abgeordnetenhaus in die Verhandlung des Entwurfes eintrat, brachte die Regierung einen anderen Entwurf ein und der deutschradikale Abgeordnete Mühlwerth beantragte, den Entwurf des Ausschusses an den Ausschuß zurückzuschicken, damit der Ausschuß die Regierungsvorlage in Beratung ziehe. Da der Regierungsentwurf ein Attentat auf die Gewerkschaften enthielt, denen es die Aufnahme jugendlicher Arbeiter erschweren wollte, erklärten die Sozialdemokraten ihn für

was nicht nur recht ist, sondern auch vernünftig. Auch bisher geht unsere Tätigkeit dahin, den Frauen in der Gewerbeinspektion und beim Gewerbegericht die ihnen gebührende Vertretung zu verschaffen. Der Kampf, in den Sie eintreten, ist nicht ein Kampf um das Wahlrecht allein, der in einer Schlacht entschieden wird, sondern ein Kampf, der täglich und auf allen Schlachtfeldern gekämpft werden muß, wo es sich um soziale und politische Fortschritte überhaupt handelt.

Darum empfangen Sie die besten Wünsche der Sozialdemokratie und empfangen Sie auch die Versicherung, daß wir an ihrer Seite für ihr Recht kämpfen werden. Aber wenn Sie den Kampf nun aufnehmen, vergessen Sie nicht, daß Sie damit in eine Periode der schwersten persönlichen Opfer eintreten. Jede von Ihnen muß wissen, daß sie Hingebung, Geduld, Unermüdlichkeit und vor allem Disziplin halten muß. Die Schlachtfelder unserer Bewegung werden nicht so leicht gepflügt. Es braucht lange geduldige Arbeit und Sie dürfen nicht verzweifeln, wenn es nicht so schnell geht, wie wir alle es wünschen. Wenn Sie aber dieselbe Geduld, die Sie alle zu Hause haben müssen, wenn Sie dieselbe Zähigkeit, Energie und Hingebung, die Sie als Frau und Mutter für uns alle bewähren, wenn Sie sie für sich selbst bewahren, dann wird die kämpfende weibliche Arbeiterschaft siegen — mit uns für die Sozialdemokratie und im Namen der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

# Zwanzig Jahre „Arbeiterinnen-Zeitung".

Festversammlung vom 3. März 1912*).

Ich bin von der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie beauftragt, den Genossinnen unsere Glückwünsche zu bringen, ihnen aber vor allem zu danken für die schwere, jedoch so fruchtbringende Arbeit, die sie in den zwanzig Jahren verrichtet haben. Sie hatten es noch schwerer als die Männer, sich loszureißen von den Vorurteilen der Erziehung, von den elenden Ver-

---

unannehmbar und kündigten den schärfsten Kampf dagegen an. Nun zog Mühlwerth am 10. März seinen Antrag zurück und der Ausschußentwurf wurde angenommen. Er wurde im Haus einstimmig angenommen, aber im Herrenhaus bis zu den Wahlen, die dann im Juni waren, nicht erledigt. Nach den Wahlen brachte die Regierung selbst einen Entwurf ein, der mit den wichtigsten Sonderbestimmungen aufräumte. Dieser wurde zwar am 28. Dezember 1911 vom Abgeordnetenhaus angenommen, aber im Herrenhaus wieder verschleppt und bis zum Krieg blieben die Frauen von den politischen Vereinen ausgeschlossen.

Die Änderung des bürgerlichen Gesetzbuches, die den Frauen das Recht gab, Vormünder zu sein, wurde erst nach dem Ausbruch des Krieges als eine der ersten Maßnahmen des Kriegsabsolutismus eingeführt.

*) Das Jubiläum des zwanzigjährigen Bestandes der „Arbeiterinnen-Zeitung", die heute den Titel „Die Frau" führt, wurde in einer Versammlung der Vertrauenspersonen im Ottakringer Arbeiterheim gefeiert, wobei

hältnissen, bei denen es den weiblichen noch schlimmer ergeht als den männlichen Proletariern! Wenn es etwas gibt, was uns in schweren Stunden — nicht alle Stunden sind solche der Erhebung, für jeden Kämpfer kommen auch Stunden der Niedergeschlagenheit — immer wieder aufrichtet, was uns das unumstößliche Bewußtsein beibringt, daß wir auf dem rechten Wege sind, daß unser die Zukunft, so ist es das Erwachen des weiblichen Proletariats! Es ist mit dreifacher Blindheit, mit dreifacher Bindung der Gedanken und Gehirne belastet und doch hat es sich aufgerafft und Großes geleistet.

Nun lassen Sie mich eine kleine, beinahe persönliche Berichtigung vorbringen. In dem prachtvollen Buche, das Sie sich zu Ihrer Feier gestiftet haben, erzählt unsere liebe Genossin Altmann, daß sie im Jahre 1888 als Delegierte zum Hainfelder Parteitag angemeldet war, ihr aber zurückgeschrieben worden sei, es werde ein männlicher Delegierter gewünscht, die Frauen seien noch nicht so weit. Ich stehe den damaligen Verhältnissen nicht ganz fern. (Heiterkeit.) Aber ich muß sagen, so hat der Brief nicht gelautet oder das hätte er auf keinen Fall sagen sollen. Wir wollten der Genossin Altmann nicht sagen, ihr seid noch nicht so weit. Was wir sagen sollten und mußten, war: „W i r sind noch nicht so weit." Und jetzt wende ich mich an die Genossen. Wir hatten an uns selbst, jeder einzelne an sich, eine große Erziehungsarbeit zu leisten, bevor wir gewußt haben, wie die proletarische Bewegung der weiblichen Arbeiterschaft zu werten, welcher Raum ihr zu gewähren ist und was sie bedeutet. Damals waren wir selbst in den Kinderschuhen, und unsere Tätigkeit war der erste Schritt des männlichen Proletariats und seiner Vertrauensmänner. Heute können wir sagen: „Nun sind w i r so weit und nun seid i h r so weit!" Heute ist die sozialdemokratische Frauenbewegung Österreichs so weit, daß sie an Tüchtigkeit und an Stärke im Verhältnis zu unserer wirtschaftlichen Entwicklung in der ganzen internationalen Frauenorganisation nicht hinter die Bewegung anderer Länder zurücktreten muß.

Genossinnen! Ich beglückwünsche Sie dazu, daß in unserer Frauenbewegung weniger als in jeder anderen im Ausland, weniger als in jeder Frauenvereinigung irgendwelcher Art die weiblichen Laster eine Rolle spielen. Ihr habt Fehler! (Heiterkeit.) Das darf man euch auch heute sagen. Vielleicht sind sie aber nicht so gefährlich wie die der Männer. Aber unsere Frauenbewegung ist von

---

Adelheid P o p p und A d l e r die Festreden hielten. An der Feier nahm auch Anna A l t m a n n aus Bensen teil, die erste sozialdemokratische Agitatorin in Österreich; sie war Gegenstand besonderer Ehrungen. Anna A l t m a n n, geborene Urbantschky, lebt seit 1886 in Bensen. Schon 1866 organisierte sie einen Streik der Textilarbeiterinnen. Zum erstenmal sprach sie öffentlich 1876 in Franzensthal bei Bensen. Obwohl von den Kanzeln gegen sie gepredigt wurde, ließ sie sich nicht abwendig machen. (Siehe Emil Strauß: „Die Entstehung der deutschböhmischen Arbeiterbewegung", Seite 181.)

Anfang an von einem so entwickelten Gefühl für das Hohe getragen gewesen, daß die kleinen Weibergeschichten, die anderswo Verwüstungen anrichten, sie nicht erreichen. Für diese besondere Art, die für uns mitunter beispielgebend sein konnte, danken wir den Frauen noch ganz besonders.

Sie arbeiten heute mit reicheren Mitteln, mit anderen Werkzeugen wie vor zwanzig Jahren, mit einer Organisation, die leistungsfähig ist, und vor allem mit einer — Mannschaft hätte ich beinahe gesagt (Heiterkeit) — Garde von Frauen, die wissen was sie wollen, die getragen sind von Begeisterung und deren bisherige Erfolge die Sicherheit geben, daß sie das Ganze erreichen werden. Aber alles, was wir bisher erreicht haben, betrifft noch lange nicht das ganze Proletariat. Unsere Reihen sind noch immer eine Oberschicht, und darunter wimmeln Hunderttausende und Millionen, an die wir noch nicht herangekommen sind, die vom Lichte nichts wissen, das wir oben entzünden. Nicht nur Sie sind am Anfang, wir alle. Aber der Anfang ist gut, und Sie dürfen von sich sagen: Was die ihrer Klassenpflicht sich bewußten Proletarierinnen imstande sind, wird geleistet werden. Ich wünsche, daß von der Freude von heute ausstrahlen Kraft und Stärke für die Kämpfe der Zukunft, Siegessicherheit für die Arbeiterinnenbewegung. Es lebe das sozialistische weibliche Proletariat! Es lebe die gesamte internationale sozialdemokratische Partei! (Stürmische Hochrufe.)

# Die Jugend.

## Das Jahr 1848 und die Jugend.

Bei den jugendlichen Arbeitern in Wien am 8. März 1903.

Heute über eine Woche werden viele von Ihnen mit uns hinausziehen auf den Zentralfriedhof und werden dort an einem Obelisken vorbeigehen, unter dem eine Anzahl von Arbeitsmännern und -frauen ruht, die vor nun über 50 Jahren hier in Wien niedergeschossen wurden. — Nun werden ja häufig Arbeiter niedergeschossen. Sie wissen, daß erst vor kurzem in Triest unten eine Feier ähnlicher Art war. Die Triester Arbeiter sind hinausgezogen zum Friedhof und haben sich an die Arbeiter erinnert, die erst vor einem Jahr dort niedergeschossen wurden*). Es könnte nun ganz leicht sein, daß Sie fragen: „Ja, im Jahre 1848, erzählte man uns, ist für die Freiheit gekämpft worden, und nun, 54 Jahre später, geschieht dasselbe, was zu jener Zeit geschehen ist? Auch jetzt werden Arbeiter erschossen, ja, was hat sich denn seit der Zeit geändert? Wofür sind die gefallen im Jahre 1848? Man sagt, für die Freiheit! Ja, haben wir jetzt die Freiheit? Man sagt, für Gleichheit! Aber haben wir die Gleichheit?“ Trotzdem, wenn auch jetzt noch der Kampf nicht zu Ende ist und auch nicht zu Ende sein wird, wenn die Jüngsten, die da sitzen, so alt sein werden wie wir, werden sie wieder reden vom Kampfe für die Freiheit. Trotzdem sind die Leute vor 50 Jahren nicht umsonst gestorben.

Das Jahr 1848 nennt man den Völkerfrühling. Was heißt das? Es war ja nicht die erste Revolution, und so wenig man euch von Weltgeschichte in euren Schulen erzählte, so viel wird man euch erzählt haben, daß jetzt vor 100 Jahren so ein Völkerfrühling war, die große Französische Revolution, und noch weiter zurück, vor einigen hundert Jahren, da war die große Englische Revolution, das war auch ein Frühling! Verstehen Sie jetzt, daß es nicht einen Frühling gibt? Nicht einmal schmilzt das Eis, und nicht einmal bleibt es Sommer und warm, sondern in der Geschichte ist es wie in der Natur. Der Frühling kommt, es schmilzt das Eis, es werden die alten, verrotteten, festgewordenen Zustände flüssig. Es werden die

*) Über die Schießereien in Triest im Februar 1902 siehe die Rede Adlers auf dem Parteitag in Aussig 1902 unter dem Titel „Das System Körber“.

Abhängigkeit, Bedrücktheit, das Elend des Volkes so bitter, so unerträglich, andererseits gewinnen die Unterdrückten soviel Kraft, sie sind so stark geworden, obwohl sie unterdrückt sind, daß sie dieses Eis zum Schmelzen bringen können, daß sie diese Unterdrückung brechen können, und nun entsteht das, was man eine Revolution nennt, das heißt eine Verschiebung in der Herrschaft der Klassen, der Machtverhältnisse.

Vor dem Jahre 1848 hat Österreich ein wenig anders ausgesehen als heute. Wir klagen heute über Unterdrückung, über Unfreiheit, über Ungleichheit! Aber immerhin, es war damals wesentlich anders. Eine Versammlung wie die heutige wäre damals nicht möglich gewesen, es wäre vor 1848 nicht möglich gewesen, daß jemand über geschichtliche Dinge zu jungen Leuten öffentlich spricht, es war damals auch verboten, zu erwachsenen Leuten öffentlich zu sprechen! Damals hat es noch die Zensur gegeben, das heißt, man mußte Bücher und Zeitungen erst einreichen, bevor man sie gedruckt hat. Heute drucken wir, bevor wir dem Staatsanwalt vorlegen, und der soll dann nachlaufen, wenn er kann. Das war die damalige Maxime: Wenn nur kein lautes Wort gesprochen wird, dann werden die Leute nicht merken, wie schlecht es hier ist! Eigentlich geschieht gar kein Unrecht in der Weltgeschichte, das heißt, das Recht entsteht erst aus den Dingen, die werden.

In den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts bildete sich nach und nach eine Industrie, bildete sich eine Arbeiterklasse. Wenn Sie von den Märztagen des Jahres 1848 lesen, so werden Sie hören, daß eine Anzahl junger Studenten, Bürger, Advokaten sich im Hofe des Landhauses versammelt und Rechte fürs Volk verlangt hat. Die Regierung hatte sich vor den Leuten, die da beisammen waren, nicht gefürchtet, sie hatte ja ein gutes Militär zur Verfügung. Auf einmal aber hat es geheißen, die Arbeiter kommen aus den Vorstädten, und diese waren schon damals jener Teil der Bevölkerung, der entschlossen war, für das, was er für Recht hielt, das Äußerste zu wagen, wenn es notwendig ist, auch das Leben, und mit dem ersten Schrei, den die Revolution getan, wurde die Preßfreiheit verkündet, wurde eine Verfassung verkündet. Denn vorher gab es kein Parlament, Gesetze sind erlassen worden, wie es dem Kaiser genehm war. Die Arbeiter, die sich damals am Kampfe beteiligten, haben unter Freiheit und Gleichheit verstanden, daß sie dasselbe Recht haben sollten wie die anderen. Die aber haben es anders verstanden; die Freiheit für das Bürgertum war die, daß dieses die Gesetze machen, die Arbeiter sich diese aber gefallen lassen sollten. Im Mai mußten die Arbeiter wieder hereinkommen und haben damals ein Stück Stimmrecht, Wahlrecht durchgesetzt. Das Volk, das bisher nichts dreinzureden gehabt hatte, war auf einmal jemand, mit dem man rechnen mußte, aber trotzdem: die Jahre 1848 und 1849 haben damit geendet, daß unzählige Verteidiger der Freiheit erschossen und gehenkt wurden und zum Schluß der alte Absolutismus wieder aufgerichtet wurde. Dann kam aber eine Zeit der

Reaktion, aber wenn Sie glauben würden, daß die Leute, die in den März-, Mai- und Oktobertagen ihr Leben hingegeben, dies umsonst getan haben, weil zwei Jahre darauf wieder alles am alten Platz stand, da würden Sie sehr unrecht haben, denn der absolute Druck auf die Geister, der war nach der Revolution nicht mehr möglich. In den sechziger Jahren, nach jenem unglücklichen Krieg, wurden für das Bürgertum politische Rechte gewonnen, aber auch für die Arbeiter war die Revolution nicht umsonst gewesen, denn sie hat die Bedingungen geschaffen, daß aus Österreich überhaupt ein moderner Staat werde, daß eine so mächtige revolutionäre Arbeiterbewegung entstehen könne.

Wenn Sie am Sonntag auf den Friedhof ziehen, so sollen Sie nicht denken an die Revolution, die w a r, sondern an die, in der wir heute drinstehen; nicht wegen derer, die tot sind, sondern wegen derer, die noch l e b e n, führen wir euch hinaus.

Wenn man zu euch von Revolution spricht, so kommt man in Gefahr, mißverstanden zu werden; aber ich glaube, daß ihr wissen müßt, in welcher Gesellschaft ihr lebt, wie es früher war, wie es heute ist und was noch alles für euch kommen kann. Ihr sollt aber auch wissen, daß, wenn ihr euch heute ein bißchen eures Lebens freuen könnt, wenn ihr die Hoffnung fassen dürft, daß aus euch denkende, tüchtigere, bessere Menschen werden sollen als die frühere Generation, ihr dies den Revolutionären verdankt, nicht nur denen, die am Zentralfriedhof liegen, sondern den Revolutionären aller Länder und Zeiten. Wir wollen, daß ihr wißt, daß es Dinge gibt, die wertvoller sind als das Leben für den einzelnen.

Wenn einer von euch sagen sollte: „Ich bin ein ruhiger Bursche, ich gehöre nicht zu denen, die vorne stehen, auf mich kommt's gewiß nicht an, mögen sich die anderen darum bekümmern", da möchte ich euch folgendes sagen: Stellt euch vor, es würde eine Festung, mit Mauern und Graben umgeben, belagert werden. Über den Graben kann niemand, denn wenn sich jemand demselben nähert, so schießt der Feind von oben herab. Dann hört man aus den Geschichtsbüchern: Der und der, das ist der tapfere Mann, der zuerst eine Leiter angelegt hat und zuerst auf der Mauer war. Wie ist er aber hinaufgekommen? Es wurde Sturm gelaufen gegen die Festung, da war rings um dieselbe ein großes Gewimmel von Menschen, von denen wir keinen Namen mehr wissen, und es sind so viele von ihnen gefallen, daß die Leichen den Graben ausgefüllt haben, und über die Leichen erst konnte die Leiter angelegt werden. Das sind die Unbekannten, die ihre Pflicht getan haben, die wenigstens ebensolche Helden sind wie der, der zuerst die Leiter angelegt hat über die Leichen aller anderen! Merket euch: Es wird um so weniger notwendig sein, daß Blut vergossen wird, je mehr man weiß, daß die Jugend bereit ist, für die Freiheit alles zu opfern. Die O p f e r b e r e i t s c h a f t, die ist es, die notwendig ist.

Was ist die Freiheit, für die wir sterben sollen; was ist die Gleichheit, die zu erringen wir alles aufs Spiel setzen sollen? Die Freiheit, die ist für euch vor allem ein gesundes Brot, ein gesundes

Schlafzimmer, eine gesunde Arbeit und eine tüchtige, zweckmäßige Erziehung. Wir verlangen die Freiheit nicht nur für die einzelne Person, sondern für die Gesamtheit; also mit dem, was die Gesamtheit schafft, so zu verfahren, wie es für die Gesamtheit nützlich ist. Wir sind nicht Gegner davon, daß die Jugend arbeitet; die Arbeit, die ihr leistet, tut euch sehr gut für eure Erziehung und eure Entwicklung; aber wir wünschen, daß ihr nur soviel arbeitet, als euch nützlich ist. Glaubet nicht, wenn ihr die ersten Versuche bei der Hobelbank machet oder selbst wenn ihr ein Wagerl zieht, daß dies für euch entehrend ist! Die Arbeit, die ihr leistet, das ist euer Anspruch, eure Ehre, das ist die größte Wohltat, die ihr haben könnt. Aber heute wird diese Ehre zur Schande und zur Plage, weil die Arbeit entehrt wird, weil sie, statt den Menschen zu dienen, dazu benützt wird, um Menschen zugrunde zu richten, und weil euch die andere Arbeit nicht zugeführt wird, die Arbeit des Gehirns. Die einseitige Ausbildung der Hand ist ebenso wie die einseitige Ausbildung des Gehirns ein Verbrechen an der Jugend!

Wenn ihr hinauszieht zu dem Märzobelisken, dann sollt ihr nicht nur an die Wiener Revolution, nicht nur an euren eigenen Kampf denken, wir möchten euren Blick erweitern nicht nur der Zeit nach, sondern auch dem Raume nach. So, wie wir hier beisammen sind, so sind heute und am nächsten Sonntag — Mitte März — und am übernächsten Sonntag — Ende März —, so sind beisammen in der ganzen Welt, wo es Arbeiter gibt, alte und junge Menschen, die über die Revolution reden, überall, in Deutschland, Frankreich, in England, und nicht nur in Europa, drüben in Amerika, ja, noch weiter, in Australien, wo die Arbeiter durch ihre Organisation schon weiter sind als in England, in Südafrika, sogar in Japan drüben — überall sind die Leute von demselben Gedanken beseelt wie wir hier. Sogar drüben in dem despotisch beherrschten Rußland, zu derselben Stunde wird dort in Hunderten von Städten der Freiheitskämpfer gedacht, dort zieht ein älterer Arbeiter im Kreise der Jüngeren ein zerknittertes Papier aus der Tasche, das mit Lebensgefahr über die Grenze gebracht wurde, und sie erwärmen sich an den Freiheitsgedanken so wie wir. Sie, die drüben den schwersten Kampf führen, die denken an euch, denn ihr habt es leichter, ihr steht schon auf einer gewissen Höhe, die erreicht ist durch viele schwere Opfer.

Wenn ich euch sage, ihr sollt nicht in den ordinären Ton eurer Gegner verfallen, so könnte leicht einer fragen, was dies mit der Revolution zu tun hat. Ihr müßt euch fühlen als etwas Besseres, nicht von Geburt, nicht weil ihr reich seid, sondern weil ihr zu der großen Armee von Arbeitern gehört, die vorwärtsmarschiert. Es gibt bei dieser Armee so etwas wie Waffenehre! Wir gehören zu einer gar feinen Armee, die viel mehr wert ist als die, die Gewehre trägt, und an den Uniformen, die wir tragen, klebt das edelste Blut, das je vergossen wurde. Zu dieser Armee gehört ihr oder sollt ihr einmal gehören, heute als kleine Rekruten, einmal als tüchtige Soldaten. Da habt ihr das Recht und auch die Pflicht, euch darauf

etwas einzubilden. Bescheiden sollt ihr sein als einzelne, stolz für die Gesamtheit, tüchtig, bescheiden und stolz! Das bin ich von euch überzeugt; wenn es notwendig ist, werdet ihr bereit sein, herzugeben eure Kraft, euer Leben. Was ein tüchtiger junger Proletarier ist, der wird tapfer zu sein wissen in jedem Sinne!

# Ein Wort an die Arbeiterjugend.

Jugendversammlung im Schützenhaus in Reichenberg am 20. September 1909*).

Meine lieben, jungen Freunde!

Ich kenne so viele von euren Vätern und Müttern, ja von euren Großvätern und Großmüttern; ich kenne so viele, die seit Jahrzehnten gekämpft, gelitten, aber auch geleistet haben, und ich freue mich, daß es mir vergönnt ist, nun auch die Kinder zu sehen; daß es mir vergönnt ist, zu sehen, daß aus der vielen Arbeit und Sorge, aus den vielen Kämpfen doch etwas geworden ist; daß die Arbeiterbewegung nicht nur eine dunkle Vergangenheit und eine bittere Gegenwart hat, sondern daß sie auch eine hoffnungsreiche Zukunft vor sich hat.

Wir Sozialdemokraten kommen zu euch, wir laden euch ein und führen euch zusammen; wir wollen euch etwas bringen, aber wir fordern auch etwas von euch.

Wir haben euch viel zu bringen!

Die meisten von euch haben keine freudenerfüllte Jugend. Eure Mütter und Väter mußten euch mit Sorgen und Mühen vom ersten Lebenstag an in die Höhe bringen. Das Bild dieser Sorgen hat die meisten von euch schon in der ersten Kindheit einen Ernst gelehrt, wie ihn die Kinder der Besitzenden nicht kennen.

Ihr seid jung und doch sind viele von euch älter, als die Kinder der Besitzenden je werden. Von Jugend auf habt ihr die ganze Last der heutigen Gesellschaft auf euch liegen und ich sehe manche unter euch, die größer und kräftiger sein könnten, die sich mehr hätten entwickeln können, wenn es diese Gesellschaft zugelassen hätte, die nicht nur erst euch, sondern schon eure Eltern bedrückt und den besten Teil eurer Kraft für sich genommen hat.

Wir kommen zu euch, um euch etwas zu bringen, was euch die heutige Gesellschaft versagt hat. Die heutige Gesellschaft nimmt die Kinder der Proletarier als Material zur Arbeit. Das Schlimmste, was sie euch antut, ist, daß sie euch das Herrlichste, was der Mensch hat, was sein Leben erst lebenswert macht — die Arbeit, ohne die wir keine Menschen wären — in einem traurigen Lichte erscheinen läßt; daß euch die Arbeit von Jugend an nicht Freude ist, sondern eine Last, die um Lohn verrichtet werden muß, um

*) Adler war damals auf dem Parteitag in Reichenberg, der vom 19. bis 24. September 1909 tagte, und wurde von den Reichenberger Jugendgenossen zu einem Vortrag im Schützenhaus gewonnen.

ein Stückchen Brot, das kaum genügt, um euch so stark werden zu lassen, wie ihr werden sollt.

Ihr habt ein ernstes Leben, und wenn wir zu euch kommen, so wollen wir euch dieses Leben nicht weniger ernst machen, sondern euch zu einem ganz anderen Ernste erziehen. Wir wollen euch nicht über die Bitternis des Lebens hinwegtäuschen, euch nicht ein Bild ausmalen, daß alles in Ordnung sei und das Elend immer bleiben müsse, daß, wer ehrlich ist, am längsten sich bewähren werde, und wer arbeitet, auch zu essen habe.

Ihr kommt nicht in eine gute Welt, sondern in eine schlechte, die ihr besser machen müßt, wenn ihr leben wollt. Wir wollen von euch einen anderen Ernst. Ihr sollt nicht traurig sein, wenn ihr euer Schicksal mit dem der Kinder der Besitzenden vergleicht, ihr sollt euch nicht gedrückt fühlen, denn ihr habt etwas, was die anderen gar nicht kennen: eine Aufgabe, eine Pflicht für die Zukunft und die heilige Begeisterung, daß ihr den Kampf eurer Väter weiterführt.

Es ist schwer für euch, daß ihr euch neben eurem Beruf, neben eurer Arbeit auch noch anderen ernsten Dingen widmet. Wir gönnen euch gerne, daß ihr, wenn ihr in der Werkstätte waret, während ihr noch in der Schule sein solltet, hinausgeht ins Freie, frische Luft einzuatmen und zu spielen. Wir gönnen euch dies und wollen euch gerne dazu verhelfen. Aber wir müssen eure Abende und eure freie Zeit auch anders in Anspruch nehmen. Wir müssen euch zu gebildeten Menschen machen. Von der Bildung habt ihr wohl schon viel gehört, und ihr wißt, daß die reichen Leute, die in den schönen Häusern wohnen und Bücherschränke in den Zimmern haben, die Arbeiter als ungebildet ansehen und ihre eigenen Kinder für gebildet halten, weil sie in einer Mittelschule sitzen. Da ihr nur die Volksschule besucht habt und das nicht kennt, was man den „guten Ton" nennt, hält man euch für eine ungebildete Masse. Wir wollen euch zu gebildeten Menschen machen, in einem neuen, höheren Sinne, als die anderen jemals sein können. Wir wollen euch verstehen lehren, was ihr seid, was ihr sollt und was eure Zukunft ist. Ihr sollt verstehen lernen, welche Rolle ihr in der Welt spielt. Ihr sollt euch fühlen nicht als einzelne, die aller Not preisgegeben sind, die mit den Eltern hungern, die davon abhängig sind, ob sie einen mehr oder weniger rohen Lehrherrn oder strengen Vorarbeiter haben; wir wollen euch lehren, daß ihr noch etwas ganz anderes haben müßt. Gerade die Jugend der Arbeiterschaft, die unter den schlimmsten Bedingungen aufwächst, kann zur höchsten Bildung und schönsten Betätigung aufsteigen, wenn sie ihr Ziel erkennt.

Einzeln seid ihr bedrückt; aber ihr seid nicht allein! Ihr seid Glieder einer Gemeinschaft, die den Erdkreis umspannt, ihr Jungen seid heute schon die Hoffnung aller Menschen, die gedrückt sind und aus diesen elenden Zuständen heraus wollen. Wir erwarten, daß ihr Männer und Frauen werdet, die Mut und Stolz und Tatkraft haben, die Arbeit zu befreien.

Indem wir euch diesen Ernst lehren, wollen wir euch die Heiterkeit nicht nehmen. Euch ziemt aber nicht jene gedankenlose Heiterkeit, die durch Alkohol gefördert wird; wir wollen euch nicht vorzeitig zu Erwachsenen machen und euch die Laster der Erwachsenen lehren — damit fängt die bürgerliche Jugenderziehung an! Aber darum sollt ihr durchaus nicht Duckmäuser und traurig sein — nein, heiter und fröhlich sollt ihr sein, ihr sollt wissen, daß ihr in einer Werkstatt arbeitet, die die ganze Welt umfaßt.

Wir kommen zu euch, um euch dieses Bewußtsein zu geben. Wir kommen aber auch, um von euch etwas zu fordern.

Wir fordern von euch, daß ihr Fleiß habt und Achtung vor dem Wissen, daß ihr euch einzuordnen wißt in unsere Disziplin. Vielleicht würde es vielen von euch besser passen, wenn wir euch als Träger der Politik auf die Straße vorausschicken würden. Die Politik auf der Straße und im Rate besorgen aber wir Erwachsenen und Erfahrenen schon selbst. Wir brauchen euch nicht zum Kanonenfutter, wir brauchen euch nicht, um die Lücken auszufüllen wie andere, die nicht Mannschaft genug haben und daher mit der Jungmannschaft paradieren müssen. Wir fordern Arbeit von euch, wenn ihr fähig geworden seid, und fähig wollen wir euch machen. Wir fordern Ernst, wo Ernst am Platze ist, und wenn wir Jugendorganisationen aufbauen, so locken wir euch nicht mit leichten Vergnügungen an, bringen euch nicht Bier und Tabak — wir wünschen sehr, daß beides vermieden werde. Solange es geht, bleibt frei von überflüssigen Giften! Wenn ihr den Alten etwas nachahmt, so ahmt nicht das nach, was bei uns am schlechtesten ist.

Wir hatten lange nicht Zeit und Möglichkeit, an die Jugend so zu denken, wie es wünschenswert gewesen wäre. Wir hatten die Hände nicht frei und mußten von einem Tag auf den anderen sorgen. Daß ihr beisammen sein, daß ihr eine Zeitung und ein Buch lesen könnt, das verdankt ihr den langen Kämpfen eurer Eltern und Großeltern. Schwer genug mußte gekämpft werden, ehe sich die arbeitende Jugend vereinigen konnte. Darum ist es die Pflicht der Alten, an der Festigung der Jugendorganisation mitzuhelfen.

Ihr seid Angehörige des Proletariats. Vor zwanzig Jahren hat es keinen geringschätzigeren Ausdruck gegeben als: ein Proletarier, „nur" ein Arbeiter. Wenn man euch heute fragt, wer ihr seid, dann saget ihr: Wir sind junge Proletarier! und ihr sprecht dieses Wort aus mit Stolz und in dem Bewußtsein, daß ihr damit alles sagt, um dessentwillen heute das Leben noch einen Wert hat. Ihr sollt wissen, daß es die Arbeiterklasse ist, die den Kampf für die Menschheit gegen eine Welt von Feinden führt. Ihr habt den Schlüssel in Händen zu allen Herrlichkeiten, die euren Eltern und euch in eurer Jugend versagt waren; ihr habt den Schlüssel, um alle Herrlichkeiten, die die Arbeit von Jahrhunderten geschaffen hat, für euch zu eröffnen, die ihr in Armut und Gedrücktheit aufgewachsen seid. Ihr könnt heranwachsen zu

vollen Menschen, trotzdem man eure Jugend geschädigt und euch verkrüppelt hat.

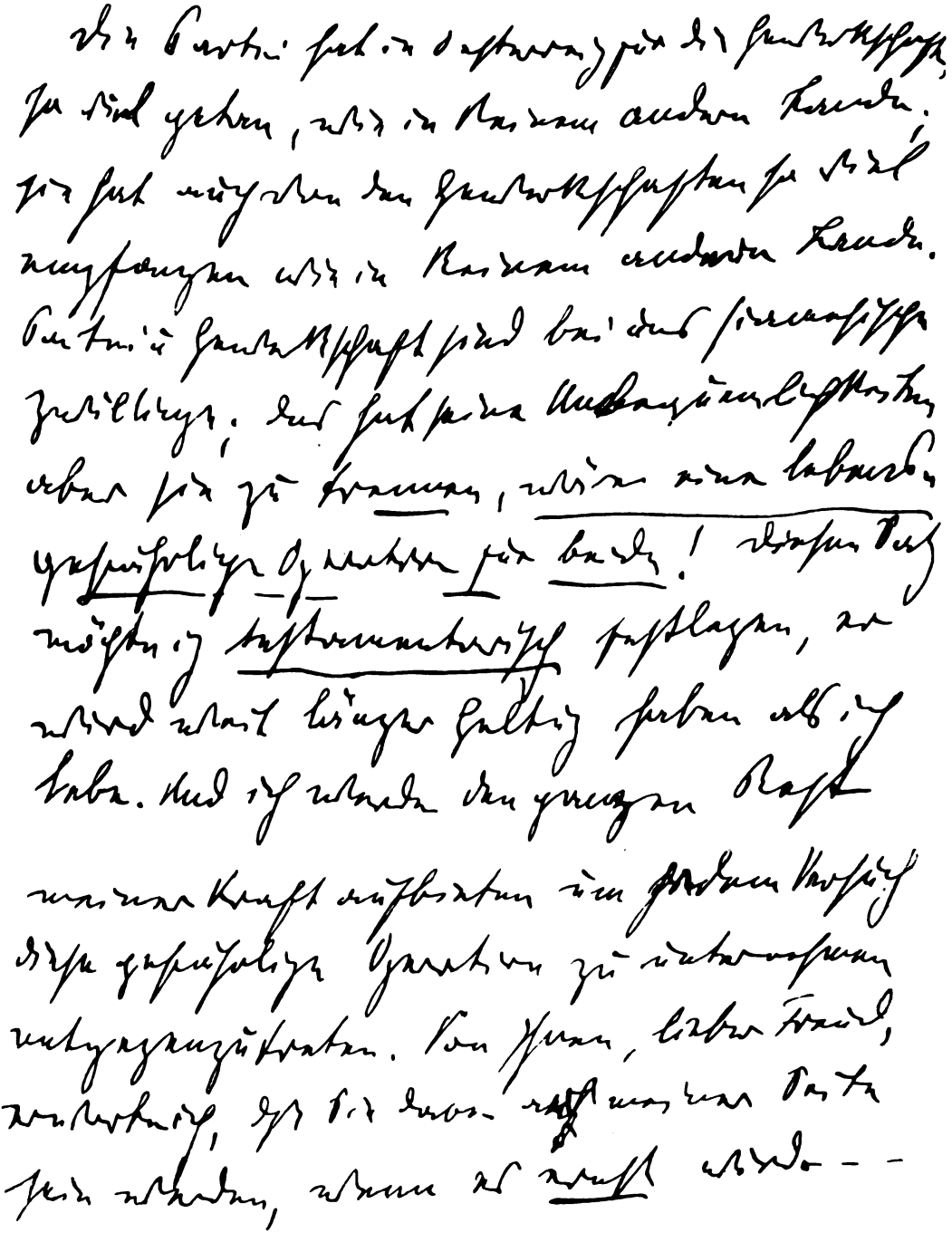
Ihr könnt volle Menschen werden, wenn ihr euch entschließt, Kämpfer zu sein.

Wollt ihr aber kämpfen, dann, ihr jungen Freunde, Jungen und Mädchen, dann macht euch kampffähig. Schwer sind die Waffen, die ihr zu diesen Kämpfen braucht: Begeisterung allein genügt nicht, ihr braucht auch Verständnis und Einsicht in die Bedingungen des Kampfes, lernen müßt ihr, lernen, lernen und euch als Glieder einordnen in die große Kampfarmee.

In der Armee der anderen werdet ihr Jungen, wenn ihr älter geworden seid, für fremde Zwecke mißbraucht werden. Man wird euch in Uniformen stecken und zu knechtischem Gehorsam zwingen, damit — hoffentlich kommt es nicht dazu — euer Blut in Kämpfen vergossen werde, die eurer Unterdrückung dienen. Wir verlangen nicht militärische Disziplin und militärischen Gehorsam von euch, aber den Willen zur Ordnung, zur Unterordnung unter den gemeinsamen Willen der Gesamtheit, den die kämpfenden Heere der Proletarier brauchen, um fertig zu werden mit denen, die die Welt und ihre Reichtümer in den Händen haben.

In diesem Sinne nehmt von uns Alten den Gruß und den Segen. Wir geben euch das Beste, was wir haben und vererben euch, was uns niemand rauben konnte: den heiligen Glauben an die Zukunft der Menschheit, den frischen Mut zum Kampf und die glühende Bruderliebe, die uns alle umfaßt. Wir vererben euch auch ein Stück Boden, den wir für euch gewonnen haben; einen festen Boden, der gedüngt ist mit dem Blute der Besten, in dem die Asche ruht von Tausenden, die Helden sind, wenn wir ihre Namen auch nicht kennen.

Werdet würdig eurer Eltern, tut eure Pflicht, ihr Jungen, wie eure Eltern sie getan, dann wird die Jugendorganisation wirklich die Erfüllung unserer Hoffnungen und unsere Zukunft sein!



Aus einem Briefe Victor Adlers an Anton Hueber vom 16. April 1909.

# Gewerkschaften und Genossenschaften.

## Gewerkschaft und Partei — siamesische Zwillinge.

Aus einem Brief an Hueber*).

Die Partei hat in Österreich für die Gewerkschaft so viel getan wie in keinem andern Lande. Sie hat auch von den Gewerkschaften so viel empfangen wie in keinem andern Lande. Partei und Gewerkschaft sind bei uns siamesische Zwillinge; das hat seine Unbequemlichkeiten, aber sie zu trennen, wäre eine lebensgefährliche Operation für beide. Diesen Satz möchte ich testamentarisch festlegen. Er wird länger Geltung haben, als ich lebe, und ich werde den ganzen Rest meiner Kraft aufbieten, um jedem Versuch, diese gefährliche Operation zu unternehmen, entgegenzutreten. Von Ihnen, lieber Freund, erwarte ich, daß Sie dabei an meiner Seite stehen werden, wenn es Ernst wird.

*) Auf dem Gewerkschaftskongreß im Jahre 1923 teilte der Sekretär Anton Hueber in dem Bericht der Gewerkschaftskommission diesen Brief mit, den er folgendermaßen einbegleitete: „Ich möchte Ihnen am Schluß meiner Ausführungen einige Zeilen unseres großen Toten, Victor Adler, ein testamentarisches Vermächtnis, zur Kenntnis bringen. In einem Brief über verschiedene Fragen schreibt Victor Adler am Schluß." Dann verlas Hueber die oben mitgeteilte Stelle aus dem Brief und fügte hinzu: „Ich bleibe dem großen Toten bis an mein Lebensende treu."

Den weiteren Inhalt des Briefes teilte Hueber nicht mit. Der Brief war sehr ausführlich, etwa zwölf mit der Hand geschriebene Seiten lang und beschäftigte sich mit allen am Anfang des Jahrhunderts, aus welcher Zeit der Brief stammt, aktuellen Einzelfragen der Gewerkschaftsbewegung. Zum Schluß kam Adler auch auf die angesichts der damaligen Diskussionen über neutrale Gewerkschaften wichtige Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft und darauf bezieht sich die hier abgedruckte Stelle.

# Zwei Seiten der proletarischen Bewegung.

Aus dem Vorwort zur Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung*).

Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung sind zwei Seiten derselben proletarischen Bewegung, und in Österreich mehr noch als in anderen Ländern, miteinander verknüpft. Sie sind nicht auseinanderzureißen, ebensowenig durch die phantastischen Theorien von Leuten, die von der Gewerkschaft so wenig wissen wie von der Sozialdemokratie, als durch die Abgeschmacktheit einer veralteten Gesetzgebung, die „politische" und „nichtpolitische" Organisationen voneinander säuberlich zu trennen befiehlt, während sie im wirklichen Leben so wenig zu scheiden sind wie zwei Funktionen eines und desselben Körpers. Selbstverständlich wird auch in Österreich der formellen Vorschrift des Gesetzes vollauf Genüge getan, und unsere Gewerkschaften sind so „unpolitisch", daß jeder Staatsanwalt reichlich befriedigt sein muß. Das hindert aber nicht, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaft zwei Organe und zwei Betätigungsformen desselben klassenbewußten Proletariats sind und daß darum diese beiden Organe von einem und demselben Willen beseelt sind und zu einem und demselben Ziele zweckbewußt gebraucht werden. Die Geschichte der österreichischen Bewegung, die so vielfach eine Leidensgeschichte ist, hat es doch darin glücklich gefügt, daß trotz so vieler innerer Kämpfe ein Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft niemals bestanden hat und wohl auch für alle Zukunft ausgeschlossen ist. Die Gewerkschaft ist das Rückgrat der proletarischen Organisation, und es ist im Bewußtsein aller, daß, so wenig der Körper lebensfähig ist ohne Rückgrat, ebensowenig das Rückgrat allein eine selbständige Existenz führen kann.

Die politische und die gewerkschaftliche Arbeit ist in Österreich getragen von demselben Geist, und der Gewerkschafter, der kein Sozialdemokrat wäre, würde als Monstrum angesehen werden, so wie der Sozialdemokrat, der der gewerkschaftlichen Bewegung fremd gegenüberstünde, als unbrauchbarer Krüppel betrachtet werden würde. Wie das so geworden ist, wird man in dem vorliegenden Buche lesen können und wird zugleich sehen, wie das lebendige Bewußtsein von der Einheit der proletarischen Bewegung nicht nur der Sozialdemokratie, sondern vor allem auch der Entwicklung der Gewerkschaft genützt hat...

Die österreichische Gewerkschaft hat, von der Stunde ihrer Geburt an, schwere Kämpfe zu bestehen gehabt, die ihr mehr wie einmal ans Leben gingen. Nun steht sie fest da und ist nicht mehr umzubringen, mögen ihre Gegner planen, was sie wollen.

*) Das Vorwort zur Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von Julius Deutsch hat Adler vom Februar 1908 datiert. Wir entnehmen diesem interessanten Vorwort folgende Stellen.

# Kaltes Blut!

„Arbeiter-Zeitung" vom 27. Juni 1890.

v. a. Je näher der verhängnisvolle 1. Oktober heranrückt*), an welchem das deutsche Sozialistengesetz abläuft, um so eifriger werden die Behörden im Hervorsuchen anderer Zwangsmaßregeln zum Ersatz, um so ängstlicher werden aber auch die Bourgeoisparteien. Dabei haben sie einen großen Trostgedanken, nach welchem sie in ihrer feigen Furcht haschen, wie der Ertrinkende nach dem Strohhalm; sie hoffen auf die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie. Sie entdecken jetzt plötzlich, daß das Zwangsgesetz unsere Partei wie ein eiserner Reif zusammengehalten, daß es jeden offenen Zwist verhindert habe und sie tun sehr überzeugt, daß die Partei zerfallen werde, sobald sie aufhört geknebelt zu sein. Die Freude ist eine internationale; auch die österreichische Presse, deren eifriges Geschäft es seinerzeit war, den Spalt in der österreichischen Arbeiterpartei zu erweitern und ihren Streit durch Verhetzung zu vergiften, auch sie schlägt einige ihrer unästhetischen Purzelbäume aus Freude über die „demnächst zu erwartende Spaltung der deutschen Partei".

Arme Teufel! Betrogene Betrüger! Die Vorgänge in Deutschland, aus welchen sie ihre Hoffnung schöpfen, beweisen genau das Gegenteil und sind so bezeichnend für die glänzende Entwicklung der sozialdemokratischen Organisation, daß wir sie kurz darlegen wollen. Überdies können auch wir in Österreich nach vieler Richtung daraus lernen.

Als den Sozialdemokraten vor den Wahlen in Berlin alle Versammlungslokale von der Polizei abgetrieben wurden, machten unsere Genossen kurzen Prozeß und boykottierten die betreffenden Wirte, das heißt sie erklärten, daß deren Lokale von den Arbeitern überhaupt nicht besucht werden würden. In kurzer Zeit hatten sie mehr Lokale als sie benötigten. Der Erfolg war ein glänzender. Dadurch kühn gemacht, versuchten sie einen Streik der

*) Siehe den Artikel „Der 1. Oktober 1890 und die österreichische Sozialdemokratie" im Abschnitt von der Einigung der Partei. Um jene Zeit, da die Sozialdemokratie in den Februarwahlen einen großen Sieg erfocht, wo dann Bismarck zurücktrat und das Sozialistengesetz erlosch, wo überdies auch die Frage der Maifeier die Gemüter der ganzen Bevölkerung bewegte, wo diese Frage zu Differenzen zwischen „Jungen" und „Alten" führte, beschäftigte man sich auch in bürgerlichen Kreisen sehr lebhaft mit der Frage, ob sich nach dem Fall des Sozialistengesetzes nicht die Einheit der Partei auflösen werde. Um diese Zeit gab nun der Bierboykott in Berlin neuen Anlaß zu solchen Erörterungen. Adler nimmt diese Frage zum Anlaß einer prinzipiellen Auseinandersetzung und hebt sie auf ein höheres Niveau. Über Streiks und Boykotts, über die Maifeier, über das Verhältnis der Masse zu den Führern, über die Bedingungen und Voraussetzungen der Einheit der Partei spricht er hier, und das gibt dem aus einem ganz besonderen Anlaß entstandenen Artikel seine Bedeutung.

Brauergesellen durch einen Boykott sämtlicher Brauereien (bis auf eine, welche die Forderung erfüllt hatte) zu unterstützen. Um das durchzuführen, wäre nötig gewesen, daß die Arbeiter nur Wirtslokale besuchen, wo Bier aus jener einzigen Brauerei geschenkt wird. Dieser Boykott, der sich über ganz Berlin und Umgebung erstreckte, mißlang. Im Verlauf desselben entstanden Streitigkeiten zwischen der den Boykott führenden „Lokalkommission" und dem Parteiorgan, dem „Berliner Volksblatt", welchem letzteren vorgeworfen wurde, es habe die diesbezüglichen Beschlüsse der Volksversammlungen nicht geachtet und habe gegen den Boykott Stellung genommen. Die Einzelheiten sind für uns unwichtig; genug, am 19. Juni fand eine Volksversammlung statt, welche die Lokalkommission einberufen hatte, um das „Volksblatt" zur Verantwortung zu ziehen und in welcher die ganze Boykottgeschichte ausführlich erörtert wurde.

Bei dieser Gelegenheit sprach sich Genosse Bebel sehr energisch über die Sache von einem allgemeinen Standpunkt aus, und wir wünschen dringend, daß auch die Arbeiter Österreichs dieselben beherzigen. Bebel sagte: „... In den Brauerstreik sei er nicht eingeweiht und habe erst Abends Näheres darüber erfahren. Er sei zwar auch Leser des „Berliner Volksblattes", doch fehle es ihm an Zeit, es stets gänzlich durchzulesen. Er gebe aber zu bedenken, daß der Streik eine zweischneidige Waffe sei und halte es für Pflicht, vor einem leichtsinnig aggressiven Streik zu warnen, da eine Niederlage demoralisierend wirke. — Anders sei es bei einem defensiven Streik, den die Ehre der Arbeiter gebiete und wenn man selbst darüber zugrunde ginge. — In ersterer Hinsicht sei unstreitig viel gesündigt worden. Die Erfolge des 20. Februar (lies in Österreich: 1. Mai) hätten die Arbeiter berauscht. Mit einem wahren Fanatismus hätte man sich in Arbeitseinstellungen gestürzt. Man glaubte alles zu vermögen — es war dies ein Irrtum. Ähnlich, wie mit den Streiks verhalte es sich mit den Boykotts. Bei den Lokalsperren war ein Boykott am Platz und stand auch ein Sieg zu erwarten, da man nur einzelne zu bekämpfen hatte und nicht alle zugleich. Daher der damalige Erfolg. Anders sei es jetzt. ... Von dem Augenblick an, wo der Beschluß gefaßt worden sei, 32 Brauereien zu boykottieren, habe er gewußt, daß er ins Wasser fallen müsse, da die Arbeiter nicht einzelne Gegner, sondern eine ganze Koterie von Interessenten gegen sich haben. Wer in ein Speisehaus zu gehen gezwungen sei, muß auch Bier trinken oder die Speisen teurer bezahlen, denn am Essen wird bekanntlich nichts verdient. Die ökonomische Lage der Arbeiter sei eine derartige, daß ein solcher Boykott nicht durchzuführen sei. Ein derartiger Krieg könne überhaupt nur unternommen werden, wenn die Gewißheit vorhanden sei, daß die Massen parieren und den gefaßten Beschluß auch durchführen. Wenn diese Voraussetzung nicht zutreffe, dann sei ein derartiges Beginnen eine große Dummheit. Im vorliegenden Falle seien die „Führer sehr schlechte Führer

gewesen, auf deren Geheiß die Masse den Beschluß des Boykotts gefaßt habe. Wenn gegen eine ganze Koterie von Interessenten zu Felde gezogen werde, so müsse man es natürlich finden, daß sie sich wehren und starrköpfig werden. Die Führer glaubten, daß, wenn sie etwas beschließen, daß dann sofort die ganze Bourgeoisie zu Kreuze kriechen werde. — Gefehlt! Wenn wir schießen, dann müssen wir es uns auch gefallen lassen, daß auf uns geschossen wird. Es sei eine große Kurzsichtigkeit, zu glauben, daß die Bedrohten nicht mit aller Macht um ihre Existenz kämpfen werden. Der Boykott sei gefallen, die Arbeiter hätten eine Niederlage erlitten. Man möge nicht beschließen, den Boykott noch weiter aufrechtzuerhalten, sondern dafür sorgen, daß man sobald nicht wieder eine derartige Ohrfeige erhalte." (Beifall.)

Soweit Bebel. Ob das „Volksblatt", dem die Versammlung in einer Resolution die Mahnung erteilte, Beschlüsse von Volksversammlungen künftig zu achten, im Rechte war oder nicht, können wir nicht beurteilen, kümmert uns auch wenig. Das Wesentliche aber ist, daß die Versammlung beschloß den Boykott aufzuheben, und daß sie trotz der hitzigen Diskussion ohne jeden Mißton schloß.

Und nun merke man: unsere kluge Bourgeoispresse entdeckt in der zitierten Rede Bebels das heiß ersehnte Symptom der „Spaltung"! Während Bebel bekanntlich bisher zu den bösen „Hetzern" gehörte, welche den „braven Arbeiter gegen seinen wohlwollenden Herrn aufreizen", während Bebel und seine Freunde immer als die eigentlichen „Volksverführer" dargestellt wurden, welche den „sozialen Frieden" stören, als die „hirnverbrannten Radikalen", deren „Terrorismus" allein den geduldigen und zufriedenen Arbeiter in den Kampf jage — hören wir nunmehr, die Partei sei auf dem Punkte sich zu spalten in eine „gemäßigte Richtung", deren „kluger Führer" — Bebel sei und eine „radikale", deren Führer uns leider vorläufig nicht bekanntgegeben werden!!

Das Preßgelichter betreibt sein Geschäft doch mit merkwürdig wenig Witz! Nur die Dümmsten gehen ihnen noch auf den Leim; die Bourgeoisie aber hat die Angst komplett blödsinnig gemacht und sie glaubt alles! Sie glaubt heute, daß Bebel ein Wüterich sei, der die Arbeiter heimlich mit Dynamit bewaffnen und die Sanftmütigen zum blutigen Umsturz zu zwingen suche; sie glaubt morgen, Bebel sei „klug" und „gemäßigt" und wünsche nur, daß die Arbeiter Schiedsgerichte und dergleichen bekämen, ja, er sei reif, eine „Stütze der Ordnung" zu werden. — —

Für uns aber ist mehreres aus den vielbesprochenen Vorgängen in Berlin zu lernen. Vor allem, daß nichts so fördert und klärt als freie, offene Diskussion, daß nichts das einige Vorgehen und die Einigkeit der Partei so sichert, als die öffentliche Verhandlung aller Parteiangelegenheiten; und daß nichts so sicher den Autoritätenkultus verhindert, als das unbeschränkte Recht auf rücksichtslose Kritik jedes Genossen gegenüber jedem

anderen. Wir bemerken, daß die Berliner Versammlung den Boykott aufhob, wie Bebel befürwortete, daß sie aber das „Volksblatt", welches Bebel verteidigte, rügte. Nicht die „Autorität des Führers" siegte, sondern seine Gründe; nicht der „Führer" unterlag, sondern seine Meinung. In dem einen, wie im anderen Falle keine Spur von Verbitterung! Wir fragen, ob irgendeine andere Partei derlei durch persönliche Reibereien schwierig gewordene Dinge auch so würdig zu erledigen imstande ist? Und wir fragen weiter, ob einer derartigen Organisation die Öffentlichkeit und die Bewegungsfreiheit schadet oder nicht vielmehr riesig nützt?

Aber auch eine andere Lehre läßt sich für uns daraus ziehen: daß wir die Pflicht haben, unbekümmert darum, ob sie gerne gehört wird, unsere Meinung offen und deutlich auszusprechen, wo immer die Interessen der Arbeiter ins Spiel kommen. Auch bei uns gibt es eine Anzahl Leute, welche noch wenig geschult, noch zu wenig sich bewußt der ungeheuren Verantwortung, welche ein mißlungener Streik mit seinen unübersehbaren Folgen von Not und Elend demjenigen aufbürdet, der zu ihm geraten hat, allzu rasch bereit sind, diese Verantwortung zu übernehmen. Wir wissen es, wir fühlen es genau, wie sie selber: die drückende, traurige Lage der Mehrzahl der Arbeiter, der Jammer einer unwürdigen Existenz ist es, welcher sie blind in Lohnbewegungen hineinjagt, welche gewiß einem nur allzutief empfundenen Bedürfnisse entsprechen, welche aber objektiv betrachtet unberechtigt sind, weil sie keine Aussicht auf Erfolg haben. Von der allgemeinen Geschäftslage, welche bereits ungünstig zu werden beginnt, ganz abgesehen, dürfen wir der Organisation der Arbeiter nicht zu viel auf einmal zumuten. Die Opferwilligkeit des österreichischen Proletariats im letzten Jahre ist der Gegenstand der berechtigten Bewunderung der Arbeiter aller Länder, die Wurzel der unheimlichen Angst unserer Gegner. Wir dürfen aber diese Opferwilligkeit nicht mißbrauchen und dürfen nie vergessen, daß die Verwendung dieser blutigen Kreuzer mit peinlichster Sorgfalt zu erwägen unsere heiligste Pflicht ist. Wir wissen, fast jeder entbehrt bitter, sehnt sich nach Besserung, braucht tätige Hilfe, und kein Gulden wird gegeben, der nicht einem wirklich Bedürftigen zukäme. Aber, nicht um die Not einzelner zu lindern, dürfen wir die Opferwilligkeit der Genossen in Anspruch nehmen, sondern nur als Munition für einen Kampf, der Aussicht bietet, siegreich zu sein. Wir dürfen unsere Munition nicht verschwenden in Kämpfen, deren trauriger Ausgang im vorhinein sicher ist. Und nicht nur schwer entbehrtes Geld geht da zugrunde, sondern was mehr ist, das Vertrauen in die eigene Kraft wird geschwächt, wenn ungenügend überlegte, mangelhaft vorbereitete Streiks mit Niederlagen enden.

Möglich, daß wir nächstens lesen, auch die „Arbeiter-Zeitung" habe sich zur „klugen Mäßigung" bekehrt! Denn die Ausbeuterblätter halten in ihrer rohen Unwissenheit den Streik natürlich für den Gipfel des Radikalismus! Die Sozialdemokraten aber wissen,

daß nicht „radikal“ ist, wer heute das heute Unmögliche will; sondern derjenige, der erkennt, warum es unmöglich ist, und der sucht, das heute Unmögliche möglich zu machen. Man muß sehr wenig „radikal“ sein, um von Streiks eine ausgiebige Besserung der Lage der Arbeiter zu erwarten. Derjenige muß die ökonomische Macht der Besitzenden sehr unterschätzen, der nicht jeden Streik für ein sehr zweifelhaftes Unternehmen hält. Wo das Terrain uns günstig ist, soll und muß diese Kampfart gewählt und mit aller Energie durchgeführt werden. Solche Fälle werden selten genug sein! Diese Gesellschaftsordnung, diese absurde Verkehrtheit aller wirtschaftlichen Dinge ist durch Streiks nicht zu beseitigen, dazu gehört mehr und anderes. Vor allem klares Wissen und zielbewußtes Wollen des Proletariats. Es drängt sich uns die Befürchtung auf, daß durch das Streikfieber beides gefährdet werde, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit einer radikalen Änderung unserer heutigen Wirtschaftsordnung gehemmt werde durch den Aberglauben an die Allheilkraft des Streiks; und daß die Organisation und Aktionsfähigkeit, das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse geschädigt werde durch Kraftvergeudung auf Streiks, die wirkungslos verpuffen.

Die großartige Kundgebung des 1. Mai hat einen ungeheuren Fortschritt des österreichischen Proletariats zum Ausdruck gebracht. Die Achtstundenbewegung ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Sie ist aber auch nicht im Augenblick zu Ende zu führen. Der 1. Mai zeigte ein Ziel, dessen Erfüllung gewiß ist, aber noch nicht die Erfüllung selbst. Er zeigte, daß die Arbeiterschaft Österreichs nunmehr fähig ist den Kampf zu beginnen, keineswegs bedeutet er das Ende des Kampfes. Wenn wir bekundet haben, daß wir den Achtstundentag wollen, so ist er damit noch nicht erreicht. Dieses Wollen ist ein ungeheurer Schritt nach vorwärts, aber eben nur ein Schritt. Und alle folgenden Schritte müssen ebenso vorsichtig, ruhig, aber auch ebenso energisch, zielbewußt und rücksichtslos vorbereitet und durchgeführt werden, wie dieser erste. Dann werden wir am nächsten Arbeiterfeiertag uns sagen dürfen, daß wir die Früchte des Maifestes 1890 nicht nur genutzt, sondern eine neue, reiche Ernte vorbereitet haben.

Am 1. Mai 1890 ist die Arbeiterschaft Österreichs zum ersten Male als eine Macht aufgetreten. Wie sie die Macht zu nützen vermag, wird sie nunmehr zu zeigen haben.

# Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

## Erster Gewerkschaftskongreß 1893.

Ich habe mich zum Worte gemeldet bezüglich dieser Anträge*), die Ihnen vorliegen, obwohl ich leider durch Krankheit verhindert gewesen bin, dem ganzen Verlauf der Verhandlung anzuwohnen

*) Der erste Österreichische Gewerkschaftskongreß, der zu Weihnachten 1893 in Wien tagte und dessen hauptsächlichster Beratungsgegen-

und ich vielleicht manches Ihnen sagen werde, was Sie aus anderem Munde auch schon gehört haben. Ich wollte aber speziell über einige Punkte sprechen, die aus dem Referate des Genossen Höger mir besonders auffallend waren und die Bedeutung haben nicht nur für die Gewerkschaftsbewegung allein, sondern für die Arbeiterbewegung in Österreich überhaupt.

Zunächst hat Genosse Heger in Pottendorf einen Antrag eingebracht, welcher ungefähr dem Antrag Arons entspricht, welcher auf

---

stand die Organisation und damit die Frage der Industriegruppen war, nahm den Organisationsentwurf der provisorischen Gewerkschaftskommission nahezu einstimmig an. Im Namen der sozialdemokratischen Parteileitung erklärte Popp, daß sich diese den Beschlüssen anschließe und bereitwilligst mithelfen werde, den Ausbau der Zentralorganisation zu fördern. Den Bericht der Antragskommission erstattete Karl Höger, der bekannte Vorkämpfer der Buchdruckerorganisation. Zu dem Entwurf hatte nun Heger (Pottendorf) folgenden Antrag gestellt:

> Jeder Arbeiter, der sich als Genosse bekennt, muß auch Mitglied der Gewerkschaft seiner Branche sein.

Dazu meldete sich auch Adler zu Wort, Adler hat sich selten in gewerkschaftliche Angelegenheiten eingemischt, da er die Autonomie der Gewerkschaften zu hoch achtete, als daß er sie beeinflussen wollte. Zu dieser Frage, die das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft betraf, mußte er sprechen.

Der Antrag Arons, von dem Adler sprach, weil ihm der Antrag Heger entsprach (Dr. Leo Arons war der bekannte Physiker und Privatdozent an der Berliner Universität, der später wegen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie diszipliniert wurde), war auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Köln 1893 eingebracht worden, auf dessen Tagesordnung unter anderm auch der Punkt „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen" stand. Das Referat dazu hatten Karl Legien, der deutsche Gewerkschaftssekretär, der auch auf dem österreichischen Gewerkschaftskongreß erschien, und Ignaz Auer. Der Antrag Arons schloß nach einer ausführlichen Begründung mit der Erklärung:

> Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wenn nicht zwingende Gründe ihn hindern, einer der in seinem Gewerbe bestehenden gewerkschaftlichen Organisation anzugehören.

Der Antrag wurde mit 169 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde eine von Auer beantragte Resolution angenommen, die mit Berufung auf die Beschlüsse des Parteitages in Halle (1890) — der die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation ausgesprochen und ihre kräftigste Unterstützung durch Anschluß an die bestehende Organisation empfohlen hatte — den Ausdruck der Sympathie mit der Gewerkschaftsbewegung wiederholt und den Parteigenossen von neuem die Pflicht auferlegt, unermüdlich für die Erkenntnis der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation zu wirken und mit aller Kraft für ihre Stärkung einzutreten.

Der Antrag Heger wurde dem Parteitag zugewiesen. Dieser — der Parteitag, der 1894 in Wien stattfand — beschloß, den Parteigenossen zu empfehlen, „der Organisation ihrer Branche respektive einem Bildungs- oder politischen Verein anzugehören". Diese Fassung wurde aber in den Kreisen der Gewerkschaften als unglücklich angesehen. (Siehe Deutsch, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, Seite 198.)

dem Parteitage der Sozialdemokratie Deutschlands abgelehnt wurde, ein Antrag, welcher jeden verpflichtet, der sich Genosse nennt, in eine Gewerkschaft einzutreten. Dieser Antrag wurde, wie gesagt, in Deutschland abgelehnt. Wir nun, Parteigenossen, wir, glaube ich, sind in der Lage, diesen Antrag ohne weiteres anzunehmen, und ich bin auch überzeugt, daß, wenn er dem nächsten sozialdemokratischen Parteitag vorgelegt werden wird, er ohne weiteres vom Parteitage die Zustimmung erhalten wird. Irgendein Mißverständnis, irgendein Zwiespalt zwischen der gewerkschaftlichen und der sozialdemokratischen Bewegung bei uns in Österreich ist nicht vorhanden. Wir, insofern wir Sozialdemokraten sind, wir sind durchaus für das Blühen und für die Erweiterung unserer gewerkschaftlichen Bewegung, und wir wissen sehr genau, daß die politische Bewegung, die sozialdemokratische Bewegung nur in dem Leben der Gewerkschaften ein wirklich kräftiges Dasein führen werde. Eine solche Mißhelligkeit, wie sie in Deutschland vorkam, wird bei uns nicht sein, weil bei uns die Sozialdemokraten sehr genau wissen, was sie der Gewerkschaft schuldig sind, weil aber auch bei uns in Österreich — und das erlauben Sie mir, hier sehr scharf hervorzuheben — auch die Gewerkschafter wissen, was sie der Sozialdemokratie schuldig sind. Das ist das Wesentliche.

Aber, Genossen, dieser Antrag hat noch eine zweite Seite. Sie wollen, daß jeder Sozialdemokrat Mitglied einer Gewerkschaft ist, und natürlich wird es einzelne Fälle geben, wo das mitunter schwer ist. Für mich wäre es sehr schwer, einer Gewerkschaft beizutreten, außer es würde die Gewerkschaft der Journalisten gegründet werden. Aber mit diesen wenigen Ausnahmen ist es sehr wünschenswert und wird von uns verlangt, daß jeder Sozialdemokrat auch in die Gewerkschaft eintrete. Aber, Genossen, dieser Antrag erfordert auch umgekehrt, daß die Gewerkschaften dafür sorgen, daß jeder Gewerkschafter auch ein Sozialist werde. (Zwischenruf: Richtig!) Das liegt in dem Antrage, es muß aber auch ausgesprochen werden.

Ich verlange es nicht von Ihnen, Genossen, daß Sie hier auf dem Kongresse das aussprechen. Wir leben in Österreich und ich weiß sehr gut, warum ich nicht wünsche, daß der Kongreß einen solchen Antrag hier stellt und annimmt. Aber ohne daß der Antrag angenommen wird, müssen Sie alle wissen, und soll es doch laut hier ausgesprochen werden, daß wir in Österreich andere Gewerkschaften nicht haben als — durchaus nicht politische Gewerkschaften, natürlich nach dem Vereinsgesetz, aber durchaus beherrscht von sozialdemokratischer Energie. Also, wenn in diesem Sinne der Antrag angenommen wird, dann, glaube ich, wird der Parteitag sowie auch wir absolut nichts dagegen einzuwenden haben.

Ich weiß nicht, ob es schon geschehen ist, aber ich halte es für notwendig zu erwähnen, daß die Gewerkschaften in Österreich wie sie heute dastehen, mit der politischen Bewegung in einen Widerspruch nicht geraten werden, schon aus einem politischen Grunde.

Die gewerkschaftliche Bewegung in Österreich ist erst wieder in die Höhe gekommen mit dem Wiedererwachen der politischen Bewegung, und ich kann hier zahlreiche Zeugen dafür anrufen, daß diejenigen, die die Gewerkschaften am meisten gefördert haben, gerade die Sozialdemokraten waren, gerade diejenigen waren, die in der politischen Bewegung gestanden haben. (Zwischenrufe: Richtig! So ist es!) Bei uns ist die Gewerkschaftsbewegung mit sehr wenigen Ausnahmen auf dem Boden der Sozialdemokratie aufgewachsen, und sie wird nur auf dem sozialdemokratischen Boden Früchte bringen und nur auf dem sozialdemokratischen Boden zum Siege kommen.

Nun, Genossen, lassen Sie mich auch noch ein Wort sagen über die Bildungsvereine, über die Genosse Höger in seinem Referat auch gesprochen hat. Ich muß sagen, daß ich mit ihm übereinstimme in dem Wunsche, daß die Bildungsvereine mehr und mehr Platz machen den Gewerkschaften, aber so recht er hat für Wien und die großen Orte — ich weiß, daß das noch einen schweren Kampf kosten wird, bis die Bildungsvereine zurückgedrängt werden und die Gewerkschaften hier in Wien die Oberhand bekommen — aber so recht er hat für Wien und die großen Städte, so unmöglich ist es heute, wie die Dinge liegen, für das flache Land. Auf dem flachen Lande brauchen wir die gemischten Gewerkschaften, auf die Genosse Höger auch schon hingewiesen hat, und diese gemischten Gewerkschaften sind gar nichts anderes als unsere Arbeiterbildungsvereine. Je mehr Sie sich in die Rolle hineindenken, in die Rolle der gemischten Gewerkschaften, um so ersprießlicher werden sie sein, je mehr sie sich davon entfernen, um so überflüssiger werden die Bildungsvereine auch auf dem Lande werden.

Nun wird man dem Genossen Höger und auch mir, da ich ähnlich spreche, entgegnen: „Ja, die Bildung." Ich bin der Überzeugung, daß alles, was ein Arbeiterbildungsverein leisten kann, auch die Gewerkschaft leisten kann. (Zwischenruf: Richtig!) In bezug auf Unterricht, Bildung, Bibliothek und was drum und dran hängt, das kann alles die Gewerkschaft ebenso gut leisten. Aber, was die Gewerkschaft leisten kann, das kann noch lange nicht ein Arbeiterbildungsverein leisten. Aus diesem Grunde müssen die Bildungsvereine in die Gewerkschaften nach und nach übergeführt werden. Aber rasch wird dies nicht möglich sein, weil die Arbeiterbildungsvereine und ihre Bedeutung in Österreich etwas geschichtlich Gegebenes ist. In Österreich haben wir diese Erscheinung der Bildungsvereine wie nirgends sonst. In Deutschland drüben haben sie lange nicht die Bedeutung wie bei uns. Aber in Österreich, wo man jede politische Bewegung erwürgt hat, wo man die gewerkschaftliche Bewegung mehrmals hintereinander erwürgt hat, hat man noch einigen Respekt gehabt vor der Bildung. Natürlich die Liberalen haben ja immer Bildungsschwindel getrieben, und so haben sie vor dem Worte Bildung eine Art Scheu gehabt; sie haben darum die Arbeiterbildungsvereine vielfach leben lassen, wo sie Gewerkschaften und politische Vereine unterdrückt haben. Aus diesem Grunde sind die Bildungsvereine in den schweren Zeiten der Ausnahmszustände und der

sonstigen Verfolgungen in den Provinzen die einzigen Organisationen geblieben, die die Arbeiter überhaupt gehabt haben. Darum hat auch die Arbeiterschaft mit Recht eine Art Pietät für diese Vereine — das ist so — und es wird nicht leicht werden, diese Pietät rein praktischen Auffassungen nach und nach Platz machen zu lassen; aber notwendig ist es, und weil es notwendig ist, wird es geschehen. Ich bitte, sich in die Lage eines Wiener Arbeiters hineinzuversetzen. Er soll einem Bildungsverein angehören, er soll einer Gewerkschaft angehören, er soll, wenn er 24 Jahre alt, Inländer und auch geimpft ist (Heiterkeit), auch einem politischen Verein angehören. Ja, das ist unmöglich für den Mann, und so kommt es dazu, daß wir selbst hier in Wien, wo die Masse der Arbeiter ist, Bezirke haben, wo der Fachverein durch den Bildungsverein geschädigt wird. Das wird aufhören müssen.

Andererseits aber sind die Bildungsvereine auf dem flachen Lande unumgänglich notwendig, solange sie denselben nicht die gemischten Gewerkschaften in neuer Form geben, und ich würde es für nicht sehr praktisch halten, wenn von hier aus eine gewisse Feindseligkeit diesen Arbeiterbildungsvereinen auf dem Lande gegenüber ausgesprochen werden würde. Es muß Platz gemacht werden auch für die Arbeiterbildungsvereine, wo sie notwendig sind, es muß aber danach getrachtet werden, daß die Arbeiterbildungsvereine in den großen Orten sich allmählich umbilden und anschließen an die Gewerkschaften.

Nun, Genossen, wurde auch von Föderalismus und Zentralismus, den zwei Worten, welche hier in der Diskussion oft gefallen sind, in dem Referat des Genossen Höger gesprochen. Nun, Genossen, die Worte sind nur Gespenster, und wir fürchten uns nicht vor Gespenstern. Das Wort Zentralismus ist ein bloßes Wort, welches nichts besagt. Es kann einen sehr schwachen Zentralismus, ja, einen solchen geben, der umgeblasen wird, welcher absolut unpraktisch und unwirksam ist, und ein Föderalismus ist möglich, der sehr energisch und sehr wirksam ist. Es kommt nur auf die Leute an, die ihn ausüben, es kommt nur auf die Menschen an, die die Statuten zu handhaben haben.

Ich verweise Sie auf ein Beispiel. Bei uns in Österreich haben wir ja wunderbare Staatsgrundgesetze, nicht wahr? Und haben wir irgendwelche Freiheit? Nein. Es kommt nur auf die Leute an, die die Gesetze handhaben. (Heiterkeit.) Und ebenso ist es bei den Statuten und den Gesetzen, die Sie jetzt beschließen, gar nicht so wichtig, ob ein Paragraph etwas weiter oder enger gefaßt ist; es ist auch nicht ein ewiges Gesetz. Aber darauf kommt es an, daß der wahre Zentralismus geübt wird, nämlich die Liebe zueinander und das Vertrauen zueinander. (Beifall.) Das ist der eigentliche Zentralismus und ist der einzige, der uns auch weiterbringt. Dann wird auch nicht ernsthaft abgewogen werden, ob die Gewerkschaftskommission etwa einen Schritt über das hinaus macht, was ihr durch die Paragraphe vorgeschrieben ist. Wenn sie tüchtig ist und wenn sie ihre Pflicht tut, dann wird man ihr nicht durch Paragraphe

Vorschriften machen. Ich glaube also, daß alle Angst vor dem Zentralismus überflüssig ist und daß Sie mit den Statuten, die Sie sich heute geben, ja nur einen Rahmen geschaffen haben für künftige Fortschritte. Diese wenigen Worte wollte ich Ihnen sagen. (Lebhafter Beifall.)

## Zugehörigkeit zur Gewerkschaft.

Parteitag 1894.

Genosse Dr. Adler: Über die Frage der Angehörigkeit von Parteigenossen an bürgerlichen Vereinen*) können die tschechischen Genossen Auskunft geben. Diese haben den tschechisch-nationalen Vereinen nach und nach Mitglieder weggenommen. In der Frage der Gewerkschaften ist es eine absolute Unmöglichkeit, einen Beschluß zu fassen, der die Spitze hat, daß jeder, der nicht der Gewerkschaft angehört, nicht Parteigenosse ist, weil es eine Reihe von Leuten an vielen Orten gibt, die nicht in der Lage sind, einer Gewerkschaft beizutreten. Im Antrag der Kommission ist enthalten: es wird empfohlen beizutreten. Ich würde nur wünschen, daß ebenso wie die Sozialdemokratie allen Parteigenossen empfiehlt, in die Gewerkschaften einzutreten, die Gewerkschaften empfehlen würden, sich der politischen Partei anzuschließen. (Ruf: Geschieht!) Wir können ohne weiteres empfehlen, daß jeder Parteigenosse, wo es möglich ist, einer Gewerkschaft beitrete. Es gibt aber Orte, wo ein großer Ausbeuterfabrikant imstande ist, alle Leute, welche in die Gewerkschaft eintreten, aus der Fabrik hinauszujagen. Deshalb können die Leute nicht in die Gewerkschaft eintreten.

## Zum Streik der Gasarbeiter**).

Parteitag 1894.

Genosse Dr. Adler: Die Arbeitseinstellung der großen Branche der Gasarbeiter, die sich in sehr schneller Zeit in überraschender Weise organisiert haben, soll noch anders aufgenommen werden als mit dem sympathischen Beifall, welchen Sie soeben zum Ausdruck brachten. Ich glaube, daß der Parteitag das Recht und die Pflicht hat, den Gasarbeitern von Wien die Hoffnung auszudrücken,

*) Siehe die Bemerkungen über die Behandlung des Antrages Heger (Pottendorf) auf dem Parteitag 1894 bei dem vorigen Artikel, der Adlers Rede auf dem ersten Gewerkschaftskongreß enthält.

**) Am 29. März 1894, während der Parteitag tagte, traten die Arbeiter der Wiener städtischen Gaswerke in Streik, weil die Direktion die alten Arbeiter, die schon seit Jahren dort beschäftigt waren, entließ, um billigere Kräfte einzustellen, wahrscheinlich aber deshalb, um die junge Organisation, die sich die Gasarbeiter geschaffen hatten, zu zerschlagen. Es gelang ihr auch den Streik niederzuwerfen, indem sie die gelernten Wiener Arbeiter durch ungelernte slowakische Arbeiter ersetzte, womit auch die Organisation vernichtet war.

daß dieser Streik siegreich verlaufen möge, und weiter auszusprechen, daß von der Wiener Organisation so viel Kräfte, als momentan vorhanden sind, den Gasarbeitern zur Verfügung gestellt werden. Wir wissen, daß Geldmittel hier nicht in Frage kommen, denn in 48 Stunden ist die Sache erledigt, so oder so. Es handelt sich nur darum, daß die Gasarbeiter geschulte Genossen an ihrer Seite haben, die ihnen in allen einzelnen Fällen von Konflikten, die durchaus nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegen, zur Verfügung stehen. Ich beantrage, daß der Parteitag den streikenden Gasarbeitern seine Sympathie und Solidarität ausspreche und wünsche, daß die Wiener Lokalorganisation den Streikenden Kräfte zur Verfügung stelle.

# Der zweite Gewerkschaftskongreß.

„Arbeiter-Zeitung" vom 25. Dezember 1896.

Der zweite österreichische Gewerkschaftskongreß wird morgen und die folgenden Feiertage die Vertreter der Gewerkschaften aus der ganzen Monarchie versammeln. Wenn die Welt des Glanzes und Reichtums ihre rauschendsten und kostbarsten Feste feiert und die Muße des lieben langen Jahres durch die Strapazen der verdoppelten Lustbarkeiten unterbricht, so haben die Vertreter der Arbeiter auch in den Weihnachtstagen keine Rast. Aber es kann auch für die proletarische Bewegung in Österreich kaum eine wichtigere Aufgabe gefunden werden als die allseitige gründliche Verständigung über die Führung des wirtschaftlichen Kampfes. Auf keinem Gebiet vielleicht stehen dem Wachstum der proletarischen Bewegung so schlimme Hindernisse und Widerwärtigkeiten entgegen wie auf dem gewerkschaftlichen. Zwar hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung niemals mit dem schwersten Übel zu kämpfen gehabt: mit der falschen Beurteilung ihres Wertes innerhalb der politisch organisierten Arbeiterschaft selbst. Wenn heute überhaupt, so weit die Sozialdemokratie reicht, Politik und Gewerkschaften nur zwei Seiten einer und derselben Bewegung bilden, dieses Verhältnis aber in anderen Ländern erst nach manchen Irrungen und inneren Kämpfen gewonnen worden ist: so kann man von Österreich sagen, hier habe ein Gegensatz zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung niemals geherrscht von dem Augenblick an, wo eine proletarische Bewegung im modernen Sinne da war. Es ist dies eben einer der Vorteile des großen Nachteils, daß wir später an die Reihe gekommen sind als andere. Wir konnten die anderswo gewonnenen Erfahrungen übernehmen. Um so ernster sind die Schwierigkeiten, die der Gewerkschaftsbewegung von anderer Seite entgegenstehen. Vor allem unser in jedem Betracht unzureichendes Koalitionsrecht, dessen für die Arbeiter so geringer Wert durch das Verhalten der Behörden noch gar sehr verringert wird. Wer könnte die Lohnkämpfe zählen, in denen österreichischen Arbeitern Unternehmer, Behörde, Polizei, ja

Militär vereint gegenübergestanden sind? Aber der schlimmste Feind, den die österreichische Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen hat, ist die unglaubliche Rückständigkeit, die sozialpolitische Unbildung der Unternehmer. Kurzsichtige Leute, die niemals die Tatsache des wirklichen Lebens zu sehen vermögen, und überschlaue Anwälte des Kapitalismus werden nicht müde, den österreichischen Arbeitern die Vorzüge des englischen Tradesunionismus herauszustreichen und ihre Liebe für die nur-gewerkschaftliche Bewegung zu erwecken. Und dabei sind in Wirklichkeit die österreichischen Unternehmer an den Fingern abzuzählen, die überhaupt sich herablassen, mit Vertrauensmännern ihrer Arbeiter zu verhandeln; die meisten möchten am liebsten die Zugehörigkeit des Arbeiters zu einer Gewerkschaft als Verbrechen bestraft wissen, und die Maßregelungen gegen tätige Mitglieder der Gewerkschaften sind gar nicht zu zählen. Diese Haltung des Unternehmertums findet ihren Ausdruck im Verhalten der Parlamentsparteien, spiegelt sich in der Gesetzgebung wider. Gegen einen Widerstand in solcher roher Form haben die österreichischen Gewerkschaften zu kämpfen, der sich nur nach jahrelangem, jahrzehntelangem Kampf unschädlich machen läßt, wie dies teilweise in England gelungen ist. Nur ein zielbewußtes, auf alle Punkte gemeinsam gerichtetes, aus der genauesten Kenntnis aller tatsächlichen Umstände bestimmtes Vorgehen kann den österreichischen Gewerkschaften Erfolge bringen. Ein solches vorzubereiten, seine Grundzüge zu bestimmen und vor allem auch die Stellung der Arbeiterschaft zu der wirtschaftlichen Gesetzgebung zu beraten, ist der Zweck dieses Gewerkschaftskongresses. Zu diesem Werke begrüßen wir die versammelten Vertreter der Gewerkschaften aus vollem Herzen.

# Gewerkschaft und Bildungsverein.

Gewerkschaftskongreß 1896.

Werte Genossen! Ich meine, daß dieser Kongreß die Absicht hat, einen erheblichen Fortschritt zur Zentralisation der Gewerkschaften zu machen und ich glaube, daß alles geschehen muß, den Fortschritt auch zu verwirklichen; ich meine aber nicht, daß es möglich ist, die Zentralisation zu erzwingen, wo sie in den Verhältnissen noch nicht begründet ist. Ich meine, daß alle diesbezüglichen Anträge, mögen sie noch so scharf und präzise gefaßt sein, einfach nur auf dem Papier bleiben. Wir müßten alles Günstige und Notwendige ausführen, um den Genossen die Ansicht beizubringen, daß diese Organisationsform notwendig ist; wir müssen alles tun, da es wünschenswert wäre, eine solche Organisation herbeizuführen. Wir wissen aber, daß wir in Österreich, wo wir erst ein paar Jahre eine anständige Gewerkschaftsbewegung haben, nicht auf einmal einen solchen Sprung machen können. Eine vernünftige Gewerkschaftspolitik muß sorgen, daß man in allem die Überzeugung gewinnen kann von dem, was notwendig ist, daß man aber nicht

durch drakonische Bestimmungen jemandem das Leben abschneidet, notabene, wenn man dazu nicht die Macht hat. Genossen! Sie können ja den Beschluß mit den Bildungsvereinen*) fassen, Sie werden aber nur Unfrieden bereiten. Es gibt eine ganze Reihe von Orten, wo sich Bildungsvereine überlebt haben, dort werden die Bildungsvereine auch ohne Ihren weitgehenden Beschluß verschwinden. Dort aber, wo in kleinen Orten alte Bildungsvereine bestehen — und ich muß sagen, daß es nicht gut ist, wenn mit Hochmut von diesen kleinen Vereinen gesprochen wird; wir müssen bedenken, daß sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung einen Platz haben, wir müssen wissen, was die Bewegung den Bildungsvereinen zu verdanken hat, sie haben das Feuer fortgeschürt —, müssen Sie diese Bildungsvereine anders behandeln. Nicht überall werden Sie sie beseitigen können und auch in großen Orten werden Sie die Bildungsvereine nicht wegdekretieren. Sie können ein Dekret schreiben, aber es wird nicht ausgeführt werden. Es wäre gut, wenn der Kongreß sagen würde, die Bildungsvereine sollen weiterbestehen, daß sie aber die Pflicht auf sich zu nehmen haben, ihre Mitglieder den Gewerkschaften zuzuführen. Senden Sie den Bildungsvereinen nicht, wie Sie es durch den Antrag tun, die seidene Schnur**).

*) Der zweite Gewerkschaftskongreß, der zu Weihnachten 1896 im Hotel Union in Wien stattfand, hatte als wichtigsten Beratungsgegenstand den Punkt „Organisation und Agitation". Dabei wurden aber zwei verschiedenartige Dinge behandelt: Vor allem die Frage der Anstellung eines tschechischen Sekretärs bei der Gewerkschaftskommission, dann die Frage der Umwandlung der Bildungsvereine in gemischte Gewerkschaften, im Zusammenhang damit auch die Frage der Unionen. Das Referat erstattete Hueber, der erklärte, die Gewerkschaftskommission wolle nicht, daß überall mit allem Terrorismus die allgemeinen Gewerkschaften gegründet werden müssen, sondern sie stehe auf dem Standpunkt der organischen Entwicklung. Der Organisationsentwurf führte unter den Organisationsformen, die für die nächste Zukunft zur Durchführung zu bringen seien:

a) Umwandlung bestehender Arbeiterbildungsvereine in allgemeine Gewerkschaften an jenen Orten, wo weder eine Ortsgruppe, noch eine Zahlstelle einer Berufsorganisation möglich ist...

Bei der Abstimmung wurde dieser Punkt auf Antrag Roscher (Reichenberg) in folgender Weise abgeändert:

a) Bildungs- und Lesevereine sowie gemischte Gewerkschaften, welche aus Mitgliedern bestehen, für deren Branche eine Ortsgruppe oder Zahlstelle der Berufsorganisation auf Grund der im Orte beschäftigten Arbeiter eines Berufes möglich ist, haben sich in Ortsgruppen oder Zahlstellen der betreffenden Berufsorganisation umzuwandeln. Die Gründung von Bildungs- und Lesevereinen hat in Zukunft zu unterbleiben.

Damit waren — wie Deutsch in seiner „Geschichte der Gewerkschaftsbewegung" bemerkt — die Arbeiterbildungsvereine nicht schlechterdings abgelehnt, ihre Umwandlung nicht beschlossen, aber ihrer Neugründung ein Riegel vorgeschoben worden.

**) Der zweite Teil dieser Rede ist unter dem Titel „Nationale Teilung der Gewerkschaftskommission" im Abschnitt vom Separatismus abgedruckt.

# Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen.

Debatte auf dem Parteitag 1897*).

Die prinzipielle Frage der Konsumvereine in der kurzen Zeit, die wir noch haben, zu erledigen, ist ganz ausgeschlossen. Tatsache ist, daß nicht nur in Österreich, sondern auch in England, Belgien

*) Als bei den ersten Wahlen in der fünften Kurie die Christlichsozialen alle Mandate in Wien erobert hatten, flammte in den Arbeiterbezirken die Entrüstung über die kleinen Geschäftsleute (Greißler, wie sie in Wien heißen) auf, die von der Arbeiterschaft lebten, aber nicht nur offen für die Christlichsozialen gestimmt hatten, sondern auch ihrem Haß gegen die organisierte Arbeiterschaft Ausdruck gegeben hatten. Man ging überall an die Gründung von Konsumvereinen. Andere Genossen waren aber ziemlich skeptisch. Als auf dem Parteitag, der vom 6. bis 12. Juni 1897 im Hotel Wimberger in Wien tagte, der Punkt „Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen" zur Verhandlung kam, brachte der Referent Franz Schuhmeier, der erste Vertrauensmann des Proletarierbezirkes Ottakring, die Skepsis gegenüber den Konsumvereinen, die sich der Arbeiterschaft bemächtigt hatte, zum Ausdruck. Er beantragte folgende Resolution:

In Erwägung, daß die Wirtschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind, die wirtschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirtschaftsgenossenschaften zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die in einzelnen kleinen Städten, in denen sich die Mitglieder der Wirtschaftsgenossenschaften aus Lohnarbeitern rekrutierten, gemachten Erfahrungen, überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Bezirke, nach genauer Prüfung der lokalen Verhältnisse sowie der verfügbaren Kräfte und Mittel zur Frage der Wirtschaftsgenossenschaften Stellung zu nehmen.

Den gleichen Antrag hatte Schuhmeier (gemeinsam mit Dr. Ingwer) bereits im Jahre vorher auf dem Parteitag in Prag eingebracht. Es war aber damals auf Antrag der Antragskommission der Antrag Karl Schiller (Reichenberg) angenommen worden, der kurz erklärte:

Die Partei als solche hat mit der Gründung von Konsum- und Produktivgenossenschaften nichts gemein.

Adler hatte in Prag folgenden Antrag gestellt:

Der Parteitag lehnt es vorläufig ab, sich mit Konsum- und Produktivgenossenschaften zu beschäftigen und überläßt es den Parteigenossen, wo sie es für nützlich halten, mit aller Vorsicht sich an der Gründung solcher Institute zu beteiligen.

Dieser Antrag war durch die Annahme des Antrages Schiller erledigt.

Auf dem Parteitag beim Wimberger lagen außer dem Antrag des Referenten und dem von Adler zum Schluß seiner Rede vorgebrachten Antrag noch andere Anträge zu der Frage vor. Ein Antrag Wien IX forderte nach einer langen Begründung die Parteivertretung (eventuell eine eigens zu bestimmende Kommission) auf, ein Aktionsprogramm zu entwerfen, das die gegenseitige Verbindung von städtischen Konsumenten und ländlichen Produzenten zum Zwecke einer einverständlichen Einwirkung auf den Lebensmittelmarkt zum Gegenstand habe. Die Organisation der städtischen Konsumenten wäre in der von den Arbeitern

Deutschland und in der Schweiz die Konsumvereine eine immer bedeutendere Rolle spielen. Zu dieser Tatsache müssen wir Stellung nehmen. Die Frage ist eine zweifache. Sind die Konsumvereine und Produktivassoziationen nutzlos? Diese Frage haben alle Parteigenossen, selbst diejenigen, die hier als Gegner aufgetreten sind, auch die Theoretiker unserer Partei bejaht. Sie haben aber auch gesagt, daß sie schädlich sein k ö n n e n. Es handelt sich nicht darum, ob wir sie zulassen sollen, sondern, welche Einrichtungen zu treffen sind, um sie nützlich zu machen. Sie müssen mit der allergrößten Vorsicht gegründet werden. Der Hauptschaden der Konsumvereine und Produktivassoziationen für unsere Partei besteht darin, daß wir wohl in unserer Partei eine Reihe vernünftiger und tüchtiger Leute haben, daß aber geschulte Kräfte bei uns dünn gesät sind. Ich stehe nicht nur in der politischen Bewegung, sondern ich bin auch mit den geschäftlichen Verhältnissen unserer Unternehmungen vertraut, ich weiß daher, daß wir solche Kräfte in unserer Partei nur vereinzelt haben. Wenn behauptet wird, daß unsere Partei Talente genug umfasse, so genügt das noch nicht, denn, wie man einem zum Malen talentierten Proletarier nicht sagen kann: „Setze dich zur Staffelei und male!" muß man diese Leute auch erst schulen. Ich fürchte, daß durch die Konsumvereine und Produktivassoziationen die tüchtigen Kräfte für die Agitation entzogen werden, wenn man diese Institutionen z u r a s c h gründet. Die Hoffnungen, welche man aber auf sie setzt, können sich nicht erfüllen, am allerwenigsten aber können wir bei der heutigen Lage und bei dem Gesetze, das wir jetzt haben, Konsumvereine und Produktionsassoziationen als ein Element in unsere P a r t e i o r g a n i s a t i o n aufnehmen.

---

beherrschten Gemeinde gegeben..., ein Antrag, der, wie Adler feststellte, einem von dem sozialistischen Abgeordneten Paul Lafargue, dem Schwiegersohn von Karl Marx, nachgebildet war. D i t t r i c h (Wien-Bekleidungsindustrie) beantragte, eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, die sich mit der Frage beschäftigen und dem nächsten Parteitag Vorschläge erstatten solle. Dieser Kommission falle auch die Aufgabe zu, bei eventuellen Neugründungen nach Möglichkeit einzugreifen.

Zu dem von Adler erwähnten belgischen Gesetz ist zu erwähnen, daß es die Angliederung der Konsumvereine an die Parteiorganisation gestattete. Der größte belgische Konsumverein „Vooruit" („Vorwärts") in Gent war immer von Sozialisten geleitet, so von Anseele. In Österreich gab es bis zum Anfang dieses Jahrhunderts Genossenschaften, die unter Leitung liberaler Politiker standen. Der Wiener liberale Abgeordnete Karl W r a b e t z war „Anwalt" des Deutschösterreichischen Genossenschaftsverbandes. Dieser bemühte sich oft auch, die Arbeitergenossenschaften seiner Führung zu unterwerfen, was für die Vereine die Wirkung hatte, daß sie da immerhin einer fachlichen Beratung und Kontrolle unterlagen.

In der Abstimmung wurde die Resolution S c h u h m e i e r mit 40 gegen 34 Stimmen angenommen, womit die Anträge Adler und Wien IX entfielen. Der Antrag Dittrich wurde abgelehnt.

Zur Konsumvereinsbewegung im Jahre 1897 und zur belgischen Gesetzgebung siehe übrigens die Ausführungen Adlers in seinem Referat über die Konsumvereine auf dem Parteitag 1899.

Aus diesem Grunde stimmen auch alle Vergleiche mit Belgien und den anderen Staaten nicht. Schaffen Sie uns ein belgisches Gesetz und die großen Fabrikorte, die dort sind, dann könnte es möglich sein, heute aber geht es nicht an.

Der Antrag der Bezirksorganisation IX enthält einen wichtigen Programmpunkt für eine sozialistische Kommunalverwaltung. Ein ganz ähnlicher Antrag wurde von Genossen Lafargue seinerzeit in der französischen Kammer eingebracht. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag anzunehmen, ihn aber nicht als Lösung der Konsumvereinsfrage anzusehen.

Wir dürfen also nicht gegen die Konsumvereine sein, aber dem Gründungseifer gegenüber als Hemmungsapparat auftreten, wie das Gehirn in jedem Organismus Hemmungsapparat ist. Es soll nichts überstürzt, und die Partei soll vor Schaden bewahrt werden.

Zum Antrage Dittrich meine ich, Sie können ja studieren, ohne daß eine solche Studienkommission eingesetzt wird. Warum sollen wir einen Aufsichtsrat über die Konsumvereine errichten und dadurch eine Mitverantwortung übernehmen für alles, was geschieht? Das werden wir fein bleiben lassen. Hingegen ist es sehr notwendig, die Konsumvereine endlich von dem liberalen Zentralverbande der Konsumvereine und dem Protektorate des Herrn Wrabetz loszureißen.

Ich stelle folgenden Antrag:

„Der Parteitag anerkennt, daß Wirtschaftsgenossenschaften unter ganz besonderen, genau zu erwägenden Umständen dem Proletariat nützlich sein können; er lehnt es jedoch unter den heute vorwaltenden Verhältnissen ab, die Wirtschaftsgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation aufzunehmen; er empfiehlt den Genossen die allergrößte Vorsicht bei der Gründung von Konsumvereinen und insbesondere von Produktivgenossenschaften, welche letztere nur dann errichtet werden sollten, wenn durch große Konsumvereine ihr Absatzgebiet im vorhinein gesichert ist; die Partei weder als Ganzes noch irgendeine lokale Organisation kann jedoch in keiner Weise eine Verantwortung für die Gründung und Führung der Wirtschaftsgenossenschaften übernehmen; die wünschenswerte und durchaus nötige weitere Erörterung dieser Frage wird den Genossen überlassen, die sich für diese wichtige Sache näher interessieren."

# Konsumvereine.

Referat. — Parteitag 1899*).

Kaum ist ein Parteitag in Sicht, so tritt immer eine größere Anzahl von Genossen mit dem Wunsch an den Parteitag heran, dieser möge sich mit den Wirtschaftsgenossenschaften befassen.

*) Auf dem Parteitag, der in Brünn im Jahre 1899 stattfand und als Hauptaufgabe die Verfassung eines Nationalitätenprogramms hatte, wurde die Frage der Konsumvereine wieder auf die Tagesordnung gestellt und Adler mit dem Referat, Schuhmeier mit dem Korreferat betraut. Seit dem Jahre 1897 war die Begeisterung für die Konsumvereine merklich

**Man kann dies nicht einer theoretischen Befangenheit dieser Genossen zuschreiben, sondern muß wohl annehmen, daß die Erscheinung objektive, in den Verhältnissen liegende Ursachen hat. Seitdem wir zum letztenmal über die Konsumvereine gesprochen haben, hat sich auf diesem Gebiete zweierlei vollzogen. Erstens ist damals, zum Teil unter dem Eindruck der Reichsratswahlen, eine massenhafte Beteiligung von Arbeitern und Genossen an den Konsumvereinen erfolgt. Wir haben sogar eine Gründerperiode mit allen ihren Vor- und Nachteilen erlebt. Zweitens ist aber eine ganze Reihe von Gründungen dem unvermeidlichen Krach verfallen. Diese Tatsache wollen wir uns vor Augen halten, sie zu erklären suchen und daraus unsere Schlüsse ziehen.**

---

abgeflaut. Manche von diesen Vereinen, die unter dem Eindruck der Wahlen aus politischen Gründen geschaffen worden waren, hatten sich als nicht lebensfähig erwiesen und waren zugrunde gegangen.

Zu der Beratung war eine Reihe Anträge eingebracht worden. Vor allem hatten die Handelsarbeiter auf einer Konferenz in Prag einen Antrag beschlossen, der verlangte, daß in erster Linie kaufmännisch geschulte Genossen zur Organisation und Leitung herangezogen werden sollen, sowie daß alle Arbeiterschutzforderungen, vor allem Achtstundentag, volle Sonntagsruhe und angemessene Bezahlung von den Konsumvereinen erfüllt werden müssen, die als sozialdemokratisch gelten wollen. Der vierte Wiener Wahlkreis beantragte, daß die Gründung von Konsumvereinen als Privatsache zu betrachten sei. Dietl (Aussig) beantragte, daß die Gründung von Konsumvereinen dort angestrebt werde, wo die notwendigen Vorbedingungen — gute gewerkschaftliche Organisation und kaufmännisch geschulte Kräfte — vorhanden sind und daß die Kreisvertretung diese nötigen Vorbedingungen vorhanden erklärt. Ein Antrag Zipfinger (Wien) erklärte, daß dort, wo sich die Notwendigkeit und Bestandsicherheit eines Konsumvereines herausstellt, der Gründung kein Hindernis bereitet werden solle, doch bleibe die Gründung Privatsache, für die die Partei nicht verantwortlich ist. Auch enthebt die Zugehörigkeit zum Konsumverein nicht von der Pflicht, in der Gewerkschaft und in der Partei tätig zu sein.

Von den belgischen Genossenschaften waren die größten der „Vooruit" („Vorwärts") in Gent, der große Unternehmungen, eine Bäckerei, Konfektion, Kohlenhandlung, Restauration und dergleichen betrieb; das „Volkshaus" („Maison du peuple") in Brüssel hatte auch ein Arbeiterheim, das einen Versammlungssaal, Restauration und Kaffeehaus umfaßte. Nach einem Artikel Vanderveldes in der „Neuen Zeit" vom Jahre 1895 hatten die belgischen Genossenschaften 29.830 Mitglieder, davon der „Vooruit" 5500, das „Volkshaus" 9000.

In Wien gab es im Jahre 1899 noch kein Arbeiterheim. Das „Arbeiterheim" in Favoriten wurde erst im Jahre 1902 erbaut und erst später kamen dann die Heime in den anderen Proletarierbezirken: Ottakring, Floridsdorf usw. Dagegen bestand das Arbeiterheim in Brünn schon lange. Der Streik der Textilarbeiter in Brünn, von dem Adler in diesem Zusammenhang spricht, war fünf Monate vor dem Parteitag. Er war am 26. April 1899 ausgebrochen und war der Beginn der großen Kämpfe der Textilarbeiter für den Zehnstundentag. 11.000 Arbeiter, darunter mehr als die Hälfte Frauen, streikten. Da bot das Arbeiterheim den Mittelpunkt für die Zusammenkünfte der Streikenden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein großer Hang besteht, in Konsumvereine einzutreten. Der Hauptgrund dafür ist, daß durch die Konsumgenossenschaften der Verfälschung der Lebensmittel und dem Lebensmittelwucher entgegengetreten wird. Das geschieht insbesondere dort, wo die Genossenschaften selbst Lebensmittel produzieren, mit dem größten Erfolge. Wenn sich aber bei uns nicht jene Erfolge zeigen, wie wir sie im Ausland sehen, so muß man fragen: Bedeutet diese Erscheinung in Österreich eine konstitutionelle Krankheit der Konsumvereine, oder ist es ein Übel, das zu beheben ist, eine Entwicklungskrankheit? Wenn es eine konstitutionelle Krankheit wäre, dann müßten wir im Ausland dasselbe sehen. Ich habe vor einem halben Jahre Gelegenheit gehabt, in Belgien die größten der dortigen Genossenschaften ziemlich eingehend zu studieren. Ich habe von der Lebensfähigkeit dieser Genossenschaften und von dem Nutzen, den sie der Arbeiterschaft überhaupt und der Arbeiterpartei insbesondere bieten, den allergrößten Eindruck bekommen. Wenn ich nun untersuche, welcher Unterschied zwischen diesen und unseren Genossenschaften in Österreich ist, dann muß ich sagen, daß die belgischen Genossenschaften durchaus Arbeiterunternehmungen und nichts anderes sind. Die Statuten des „Volkshauses" in Brüssel bestimmen zum Beispiel in ihrem Artikel 6: „Die Genossenschaft ist der belgischen Arbeiterpartei angeschlossen", und im Artikel 10: „Um Mitglied der Genossenschaft zu werden, muß man" — unter anderm — „das Programm der Arbeiterpartei anerkennen", und auf dem Titelblatt jedes Mitgliedsbuches ist zu lesen: „Das Volkshaus ist eine sozialistische Genossenschaft. Die Genossenschafter anerkennen durch ihre Eintragung in die Bücher der Genossenschaft das Programm der Arbeiterpartei." Hier ist also jeder Genossenschafter ein Genosse, die Genossenschaft eine Vereinigung von Genossen zu Zwecken der Partei, nicht allein zu politischen Zwecken, sondern auch zu anderen Parteizwecken. Dieser Unterschied muß hier konstatiert werden. Bei uns wird eine Genossenschaft nicht gegründet, um eine Vereinigung von Genossen zu bilden, sondern zur Abwehr nach außen. Die Genossenschaften werden nicht durch die Liebe der Genossen untereinander zusammengehalten, sondern vielmehr durch die Abneigung gegen den wuchernden und sie schädigenden Zwischenhandel. Aus diesem Umstand allein ergibt sich ein ganz verschiedener Charakter. Es entsteht dadurch nicht jenes eigentümliche Solidaritätsgefühl, durch das allein eine Wirtschaftsgenossenschaft mit Erfolg bestehen kann. Sie werden mir zugeben, daß, wenn es möglich wäre, die Genossenschaften mit diesem Geiste zu erfüllen, sie dadurch einen ganz bedeutenden Wert für unsere Bewegung und die Organisationen gewinnen könnten. Das ist aber heute nicht der Fall, und wir müssen sie von dem Standpunkte betrachten, wie sie heute sind und wohl für die nächste Zukunft bleiben werden, und da müssen wir sagen, daß wir unsere Konsumgenossenschaften in die Organisation nicht einfügen können. Anderseits müssen Sie aber zugeben, daß es eine Reihe von Genossenschaften gibt, die an bestimmten Orten und unter gewissen Bedin-

gungen den allergrößten Wert für die Arbeiter haben. Wir sitzen hier in einem Hause, das in jedem Sinne nichts anderes als eine genossenschaftliche Leistung ist. Dieses „Arbeiterheim" bietet uns nicht nur einen Aufenthalt für unsere Kongresse und für die Feste der Arbeiter. Ich erkläre Ihnen, daß es die gesamte Textilarbeiterschaft Österreichs dieser genossenschaftlichen Leistung, dem „Arbeiterheim", zu verdanken hat, daß der Brünner Streik gewonnen wurde. (Beifall.) Das ist aber nicht etwas Lokales. Auch die Wiener Genossen werden zugeben, welchen ungeheuren Wert es für das ganze Zusammenleben, für die Partei selbst in einer so großen Stadt wie Wien hätte, wenn wir ein Heim errichten könnten. Wenn ich Ihnen weiter sage, daß solche Genossenschaften auch heute schon, wenn sie halbwegs vernünftig geführt werden, imstande sind, die gegenwärtig ganz planlose Lebensmittelversorgung sofort zu einer weniger wucherischen zu machen, daß wir in Österreich unter unseren beschränkten Verhältnissen dasselbe erleben, was uns aus anderen Ländern gemeldet wird, daß zum Beispiel die Brotpreise sofort fallen und anständiges Brot geboten wird, sobald sich die Konkurrenz einer Brotfabrik einstellt, die von Arbeitern geleitet wird, so möge Ihnen das genügen, um Ihr Interesse auf den Gegenstand zu lenken.

Im Jahre 1897 ist der Sturm auf die Konsumvereine mit solcher Vehemenz erfolgt, daß, um nur ein Beispiel anzuführen, der größte Wiener Arbeiterkonsumverein binnen einem Jahre von 7000 auf 11.000 Mitglieder gestiegen ist, und die Wirkung war auch noch im Jahre 1898 eine anhaltende, wo eine weitere Zunahme von 2000 bis 3000 Mitgliedern erfolgte. Daneben haben wir jedoch eine Reihe von Gründungen erlebt, die in der schmählichsten Weise abgekracht sind, weil sie mit ganz ungenügenden Geldmitteln und ungenügenden geistigen und technischen Mitteln unternommen waren, und weil sie an und für sich nicht nur überflüssige, sondern schädliche Einrichtungen waren. Wir haben in Städten, wo derartige Konsumgenossenschaften bereits existieren, durchaus nicht notwendig, ihnen neue Institute an die Seite zu stellen und die kostspieligen Erfahrungen, die in anderen Genossenschaften erworben wurden, in den Wind zu schlagen. In unserer ganzen Konsumgenossenschaftsbewegung haben wir das Lehrgeld, das jede Bewegung zahlen muß, nicht einmal, sondern hundertmal bezahlt, weil jede Organisation fehlte.

Ich gehe nicht weiter darauf ein, daß bei den verschiedenen Unglücksfällen, die in und außerhalb Wiens stattgefunden haben, die traurige Erscheinung zu konstatieren war, daß gewissenlose Personen, die als Genossen aufgetreten sind, das in sie gesetzte Vertrauen mißbrauchten. Häufig war es aber auch Leichtsinn und Unkenntnis, die dann in Gewissenlosigkeit ausgeartet ist. Damit will ich Sie nicht verleiten, über die ganze Institution das Kreuz zu machen, denn es gibt ja auch andere Institute, die an solchen Dingen kranken. Auch in den Krankenkassen findet sich ab und zu ein Haderlump, der stiehlt. Wir werden aber deshalb nicht die Krankenkassen beseitigen, sondern werden mit diesen Leuten aus-

packen. In dieser Beziehung ist gerade hier ungemein viel gesündigt worden. Ich meine aber, wir können uns ganz gut Konsumvereine vorstellen, wo es nicht so zugeht.

Ein weit schlimmeres Übel ist die Zwergwirtschaft, die allzu kleinen Genossenschaften, die sehr häufig auf dem Lande vorkommen. Damit ist oft der Mangel kaufmännischer Kenntnis und Tüchtigkeit verbunden. Die Genossenschaften müssen eben Leute nehmen, die die Sache verstehen, sie müssen sie aber auch ordentlich bezahlen. Unsere Konsumvereine wollen jedoch mit qualifizierten Arbeitskräften, die sie unter dem Marktpreise bezahlen, arbeiten. Wenn ein Kaufmann einen Buchhalter mit hohem Gehalt anstellt, so tut er dies nicht aus Edelmut, sondern im Interesse des Geschäftes.

Einer der schwerstwiegenden Punkte ist die „Dividendenjagd". Das ist ein charakteristisches Merkmal unserer Konsumvereine, daß man mit solch lächerlichen, trügerischen Vorteilen die Mitglieder einzufangen sucht. Hier möchte ich etwas einschalten. Der Linzer Parteitag hat uns beauftragt, uns mit dem Verband der Konsumgenossenschaften in Verbindung zu setzen und statistisches Material herbeizuschaffen. Ich habe, da der Verband davon nur sehr wenig besitzt, eine eigene schriftliche Enquete mit dem Genossen Reumann unternommen und habe an alle Konsumvereine einen Fragebogen ausgesendet. 73 Konsumvereine mit 39.000 Mitgliedern, die eine Jahreslosung von 5,825.000 fl. repräsentieren, haben unsere Fragen sehr ausführlich beantwortet.

Betrachten wir einmal diese Fragebogen. In der Rubrik „Dividende" geht es glänzend zu. Dividenden von 6 bis 7 Prozent sind etwas ganz Gewöhnliches, ja man findet Dividenden bis 11 Prozent. Wenn Sie aber die Bilanz prüfen, dann sehen Sie, daß die Leute, die diese hohen Dividenden zahlen, große Schulden haben, und zwar nicht etwa bloß Hypothekarschulden auf ihren Grundstücken, sondern Warenschulden in Beträgen, die mitunter das eingezahlte Kapital übersteigen. Diese Dividenden werden bezahlt: erstens auf Kosten der Qualität der Ware, zweitens auf Kosten einer richtigen Führung der Genossenschaft. Wenn die Dividenden verwendet würden, um sich die Arbeitskräfte zu kaufen, um die Genossenschaft anständig zu führen, wenn man den Greißlerstandpunkt aufgeben und gute, gesunde Ware liefern würde, würde man den Mitgliedern einen weit größeren Dienst erweisen. Indem man ihnen Dividenden vorspiegelt, foppt man sie in ein Unternehmen, das faul ist, weil es schlecht geführt ist, und weil es eine Schmutzkonkurrenz mit dem Greißler treibt, das heißt beinahe eine ebenso schlechte Ware führt wie der Greißler selbst. Sie sehen: ich nehme mir gegenüber der heutigen Genossenschaftsgebarung kein Blatt vor den Mund. Ich bitte aber, nicht zu glauben, daß da die Gesamtheit gemeint ist. Wir haben eine ganze Anzahl sehr gut fundierter und tüchtiger Konsumvereine, auf die alles das nicht paßt. Ich bin jetzt aber bei der Besprechung der Krankheiten der Konsumvereine und der Ursachen, warum so viele mißglücken.

Nun komme ich zum vierten Punkt. Wenn die Arbeiterkonsumvereine schon daran kranken, daß der Arbeiter wenig konsumiert, so kranken sie um so mehr daran, daß der Arbeiter wenig Bargeld hat. Und die Kreditwirtschaft in den Konsumvereinen ist eines der größten Übel. Jeder Konsumverein hat in seinem Statut die Barzahlung aufgenommen. Wahr ist es aber nirgends. Nun müssen Sie bei dem Kredit, der den Mitgliedern gewährt wird, zwei Formen unterscheiden: Jenen Kredit, der nur bis zum Termin der wöchentlichen Lohnzahlung gewährt wird und unnachsichtlich nicht weiter geht. Ein solcher Kredit läßt sich jedenfalls noch immer rechtfertigen. Wenn dieser Kredit noch beschränkt wird durch die Höhe des bereits eingezahlten Mitgliedsbeitrages, so ist die Gefahr für den Konsumverein keine so große. Wenn aber der Kredit des Konsumvereines in Konkurrenz treten muß mit dem Kredit, den der Greißler gewährt, da kommt man zu uneinbringlichen Krediten, und mancher Konsumverein ist gerade dadurch ruiniert worden. Auch hier wird mit diesem Prinzip Mitgliederfang betrieben, und man diskreditiert das Genossenschaftswesen überhaupt dadurch.

Das sind die vier Punkte, die das Genossenschaftswesen am schwersten schädigen, und die zuerst beseitigt werden müssen. Dies kann meiner Ansicht nach dadurch geschehen, daß die Arbeiterkonsumgenossenschaften eine fachmännisch geschulte Leitung, einen wirklichen juristischen und kaufmännischen Ratgeber an ihre Seite bekommen. Es existiert heute schon ein Verband von Arbeiterkonsumgenossenschaften, der 65 Vereine umfaßt, ein Verband, der sich jedoch nur kümmerlich entwickelt, zum Teil durch die Schuld jener Personen, die diese Krachperiode mitverschuldet haben. In den letzten Monaten aber hat sich sehr langsam und allmählich das Vertrauen der einzelnen Vereine zu diesem Verbande wieder zu heben begonnen, und es wäre sehr wünschenswert, wenn der Verband ausgebildet würde. Der Verband bezweckt in erster Linie die Vermittlung des gemeinsamen Einkaufes. Dieser Punkt der Verbandstätigkeit darf aber nicht als die Hauptsache angesehen werden. Bei der Verbandstätigkeit handelt es sich ja nicht sosehr darum, Gewinne zu machen, als vielmehr schweren Schaden zu verhüten. Die Vereine müssen vor allem gekämmt, gebürstet, gewaschen und geputzt werden, das heißt überall muß ein Fachmann sie genau prüfen und sie juristisch und kaufmännisch auf die richtige Basis stellen. Ich traue mich nicht, ihnen heute die Verpflichtung aufzuerlegen, in diesen Verband einzutreten. Ich würde es für sehr wertvoll halten, wenn wir die Arbeiterkonsumvereine von dem deutschliberalen Verband, an dessen Spitze Herr Wrabetz*) steht, loslösen könnten. Das wird sofort geschehen, wenn wir einen leistungsfähigen Verband haben. Heute steht die Sache so, daß wir ihnen den Rat nicht geben können, weil wir ihnen vorläufig nichts Gleichwertiges bieten können.

Was ich Ihnen da gesagt habe, hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine sehr weitgehende politische Tragweite.

*) Siehe die Bemerkungen zur Rede auf dem Parteitag 1897.

Jeder, der zum Beispiel in Deutschböhmen zu tun gehabt hat, weiß, daß sich mit dem juristischen Rat des Herrn Wrabetz auch politischer Einfluß geltend macht. Wir haben auch unsere Kronjuristen, die das Geschäft sehr gut verstehen, wir können uns die Kaufleute und die Juristen ankaufen, und ich werde beantragen, daß man daran denke, eine solche Zentralstelle zu schaffen. Der Parteitag kann sie ebensowenig schaffen wie die Partei oder die Parteivertretung, aber wir können alle fleißig beten, daß es geschehe. (Heiterkeit.)

Die Konsumvereine stehen nicht auf einer Linie mit den Gewerkschaften, obwohl sie einmal auf einer Linie stehen können, wenn sie entwickelt sind. Auch auf die Gewerkschaften haben wir als Partei keinen Einfluß, und trotzdem sind die Gewerkschaften in Österreich die Kinder der sozialdemokratischen Partei und sind heute die Hauptquelle unserer Stärke. Wir müssen, wenn auch mit aller Vorsicht, darauf hinarbeiten, daß auch die Konsumgenossenschaften dasselbe werden. Heute schon gibt es eine ganze Reihe von Konsumvereinen, die auch materiell für die Organisationen etwas geleistet haben. Von Parteibeiträgen kann nach unserem Gesetz keine Rede sein, aber die Arbeiter haben noch andere Interessen als die Beiträge zu politischen Organisationen, und es liegt nur in den Händen der Genossen, daß sie in die Konsumvereine eintreten, um sehr viel auf diesem Gebiete zu tun.

Jetzt handelt es sich um die Frage: Sollen wir weiter auf dem Punkte bleiben, auf dem wir bisher waren, oder sollen wir einen Schritt weitergehen? Man sagt: Wir dürfen für die Konsumvereine keine Verantwortung übernehmen. Einverstanden. Man sagt dann: Wir haben mit den Konsumvereinen nichts zu tun. Und das — sage ich — ist nicht richtig. Das Hauptargument (es ist nicht mein Argument, sondern ich habe es in zahlreichen Briefen von Parteigenossen gefunden) ist das: Wenn ein Konsumverein gut geht, so hat die Partei gar nichts davon, denn die Partei hat von vornherein abgelehnt, mit ihm etwas zu tun haben zu wollen. Wenn er aber krachen geht, macht die ganze Welt die Partei dafür verantwortlich, ob wir auch die Verantwortung hundertmal abgelehnt haben. Selbst diejenigen Genossen also, die ich nicht überzeugen konnte, daß uns die Konsumvereine nützen können, wenn sie florieren, müssen einsehen, daß sie uns schaden können, wenn sie nicht florieren. Auf jedem Parteitag haben wir die fulminantesten Erklärungen gegen die Konsumvereine abgegeben; das hat alles nichts genützt. Wir müssen also schauen, daß die Vereine nicht zusammenkrachen, und daß sie auch nicht zu Machtmitteln in den Händen einer anderen Partei werden.

Die Handelsarbeiterkonferenz in Prag hat eine Resolution vorgeschlagen, die, soweit sie eine Pauschalanklage gegen die Konsumvereine enthält, nicht gerechtfertigt ist. Recht hat die Resolution allerdings, wenn sie verlangt, daß die Angestellten der Konsumvereine anständig behandelt werden, wenn sie auch darin zu weit geht. Denn wenn man den Genossen verbietet, Mitglieder von Konsumvereinen zu werden, die diese Forderungen nicht durch-

geführt haben, macht man es unmöglich, daß wir Konsumvereine für uns erobern oder daß man in solchen Konsumvereinen diese Forderungen durchführt. Über die Resolution des IV. Wahlkreises spreche ich kein Wort. Sie gibt uns keine Richtschnur. Man kann aus ihr machen, was man will. Ich schlage Ihnen vielmehr folgende Resolution vor:

Der Parteitag muß es auch jetzt noch wiederholt ablehnen, die Konsumgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation aufzunehmen. Er anerkennt jedoch, daß gutgeleitete Konsumgenossenschaften an manchen Orten und unter gewissen Umständen der Arbeiterschaft nützlich sein können. Er anerkennt weiter, daß es vielfach im Interesse der organisierten Arbeiter liegt, ihren Einfluß in den Wirtschaftsgenossenschaften geltend zu machen und die Führung nicht indifferenten oder gegnerischen Elementen zu überlassen.

Der Parteitag lehnt jede Verantwortung der Partei als solcher für die Konsumvereine ab, erklärt es aber für in hohem Grade wünschenswert, daß den bestehenden Genossenschaften ein kaufmännisch und juristisch fachkundiges Organ (fachliche Inspektion) beratend und helfend zur Seite stehe, um sie und die beteiligten Arbeiter vor Schaden zu bewahren.

Der Parteitag erklärt es als selbstverständliche Pflicht aller in Konsumgenossenschaften tätigen Genossen, energisch dafür einzutreten, daß den Angestellten angemessene Löhne, Sonntagsruhe und anständige Arbeitsbedingungen gewährt werden.

Mit dem ersten Teil der Resolution soll der Bannfluch von denjenigen Genossen genommen werden, die sich mit Konsumvereinen beschäftigen. Heute ist jeder Genosse, der in einem Konsumverein tätig ist, ein Genosse zweiter Güte. Er wird von vornherein als verdächtig angesehen. Ich gestehe allerdings ohne weiteres zu, daß eine große Anzahl dieser Genossen dieses Urteil verdient hat, und zwar darum, weil sie die Tätigkeit in diesen Konsumvereinen als Invalidenversorgung angesehen haben, als Ruheposten, wo sie nichts mehr für die Bewegung machen. Wir haben aber noch eine Reihe anderer derartiger Invalidenhäuser, zum Beispiel die Krankenkassen, in denen auch zahlreiche Genossen für die Bewegung verlorengehen. Wir müssen von den Genossen in den Konsumvereinen doppelt und dreifach verlangen, daß sie in der Partei tätig sind.

Ich wollte mit meiner Resolution nicht mehr als die allgemeine Grundlinie ziehen, ich wollte nicht mehr als die Verrufserklärung, die auf den Genossenschaften lastet, aufgehoben wissen. Die Partei kann die Genossenschaften nicht herausreißen, sie braucht sie aber in der Entwicklung nicht mehr zu hindern. (Beifall.)

### Schlußwort.

Schuhmeier hat mir wieder einmal den Vorwurf gemacht, daß ich „mitten durchschwimme“. Wahr ist allerdings, daß ich mich bemühe, bei allen Dingen beide Seiten zu sehen. So mache ich es auch bei den Konsumvereinen. Wir können den Parteigenossen nicht den Rat geben, Konsumvereine zu gründen, es wäre aber ebenso

verfehlt, zu sagen, daß sie sich um die Konsumvereine nicht zu kümmern haben. Das ist keine Halbheit, das ist nur die vernünftige Vermittlung. Wir sagen: Ihr dürft die Konsumvereine nicht den Gegnern überlassen; ihr dürft aber auch nicht aufhören, in der Gewerkschaft und in der Partei tätig zu sein, und ihr dürft nicht glauben, daß ein Konsumverein auf jeden Fall gegründet werden muß. Genosse Kristan hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß bei ihnen eine Konsumvereinsbewegung existiert, die von den Klerikalen ausgeht und unsere Bewegung sehr schädigt, und daß sich unsere Genossen nur dadurch wehren können, daß sie aktiv eingreifen, um etwas Wasser auf ihre Mühle zu leiten.

Genosse Schuhmeier hat eine Reihe von Argumenten angeführt, die direkt für mich sprechen. Wenn es vorkommt, daß Genossen in den Konsumvereinen für die Partei nicht tätig sind, ja daß es ihnen manchmal von der Leitung verübelt wird, wenn sie tätig sind, so spricht das ja dafür, daß unsere Parteigenossen verpflichtet werden sollen, in die Konsumvereine zu gehen und dort Ordnung zu machen. Wir können nicht verlangen, daß die alten Spießer, denen wir die Konsumvereine bisher überlassen haben, daß diese Krämerseelen Verständnis haben für unsere Ziele. Da müssen wir eben selbst eingreifen. Es wurde weiter gesagt, daß die Konsumvereine Arbeitskräfte der Partei für sich absorbieren. Das ist richtig, das gilt aber nicht nur von den Konsumvereinen, und ich mache Sie aufmerksam, daß dasselbe Argument sehr lange den Gewerkschaften in erster Linie entgegengehalten wurde. Aber in dem Maße, als sich die Partei auf die Gewerkschaften geworfen hat, hat die Partei aus den Gewerkschaften eine Menge Kräfte gewonnen, die sie früher nicht hatte. Die Anleihe an Arbeitskräften, die die Gewerkschaften im Anfang bei der Partei gemacht haben, haben sie uns heute schon reichlich zurückgezahlt. Ebenso wird es mit den Konsumgenossenschaften gehen. Ich verweise nur auf andere Länder, vor allem auf Belgien. Dort nahmen den allerersten Rang in der Partei Genossen ein, die zugleich Leiter von Genossenschaften waren: Jean Volders, Anseele, van Beveren*) usw. Ich weiß, daß man das nicht im Fluge erreichen kann, aber möglich ist es, und man soll es nicht unmöglich machen.

*) Von diesen ist Eduard Anseele der bekannteste. Er ist 1856 geboren und kann als der eigentliche Gründer der belgischen Sozialdemokratie, aber auch der belgischen Genossenschaftsbewegung angesehen werden. Namentlich ist der Genter „Vooruit", und zwar sowohl die Genossenschaft wie die Zeitung (die zuerst „Volkswil" hieß) sein Werk. Als das Büro der Zweiten Internationale 1890 nach Brüssel kam, gehörte er ihm an und 1918 trat er mit Vandervelde als Arbeitsminister der Regierung bei. Jean Volders nahm bereits als Delegierter der belgischen Partei auf dem Pariser Internationalen Kongreß 1889 teil. E. van Beveren, ein Flame, war bereits auf dem „Weltkongreß der Sozialisten" in Gent, der im Jahre 1877 vergeblich versuchte, die im Jahre vorher aufgelöste Internationale wieder zu beleben, zum zweiten Vorsitzenden gewählt worden. Er hat auch den Aufruf zum Pariser Internationalen Kongreß 1889 mitunterzeichnet.

Ich konstatiere mit Genugtuung, daß sich Genosse Schuhmeier nicht prinzipiell gegen die Konsumvereine ausgesprochen hat. Er steht allerdings noch unter dem Eindruck der letzten wirklich beklagenswerten Ereignisse der Krachperiode. Es gibt aber heute schon Anzeichen einer Gesundung der Konsumvereinsbewegung. Wir haben als eine Hauptkrankheit die Dividendengier bezeichnet, und ich konstatiere, daß wir hier auch die Anfänge einer sehr gesunden Bewegung unter den Konsumvereinen bemerken können. Im Statut des Landstraßer Konsumvereines ist eine Bestimmung enthalten, daß die Dividende höchstens vier Prozent betragen darf; was darüber ist, muß zur Herabsetzung der Preise, zur Vermehrung des Anlagekapitals und zu anderen nützlichen Zwecken verwendet werden.

Was den Verband betrifft, bin ich mit Schuhmeier vollkommen einverstanden, daß der Verband, wie er heute ist, nicht mehr die Energie und die Initiative zu haben scheint, die er benötigt. In dem Maße aber, als sich die Vereine durch geeignete Personen aus ihrer Leitung an dem Verband beteiligen werden, würden sie auch einen Einfluß auf ihn ausüben können, und wenn wir das Unsrige dazu tun, werden wir den Verband entweder instand setzen, leistungsfähig zu werden, oder wir werden ihn beseitigen und durch ein neues, besseres Organ ersetzen. Darüber kann der Parteitag natürlich nichts bestimmen.

Ich bin mit dem Genossen Schuhmeier übereingekommen, zu meiner Resolution folgenden Zusatz zu beantragen:

> Der Parteitag fordert die Vertrauensmänner und die Parteigenossen allerorts auf, der leichtfertigen oder ungenügend vorbereiteten Gründung von Konsumvereinen auf das energischeste entgegenzutreten und zu hindern, daß dadurch die Genossenschaftsbewegung diskreditiert und unvorsichtige Mitglieder geschädigt werden.

Gegen den Antrag Dietl erkläre ich mich entschieden. Wir können die Gründung von Konsumvereinen nicht offiziell von der Kreisvertretung abhängig machen, weil wir diese dann mitverantwortlich machen würden.

Den Antrag Zipfinger unterstütze ich. Dagegen bitte ich den Antrag des IV. Wiener Wahlkreises abzulehnen.

Zum Schluß noch etwas zu dem Antrag der Handlungsgehilfen. Man soll die Mißstände in den Konsumvereinen zu beseitigen trachten, aber man betrachte nicht die Konsumvereine als die einzigen Karnikel. Denken Sie auch ein bißchen an die Redakteure; deren Arbeitskraft wird auch nicht nach dem Marktwert, den diese Ware heute hat, sondern weit darunter bezahlt.

# Inhaltsverzeichnis.


Seite

Vorwort . . . . . 1

Internationale Taktik.

Zum Züricher Kongreß („A.-Z.", 21. Juli und 1. August 1893) . . . 5
Das Ergebnis des Züricher Kongresses („A.-Z.", 25. August 1893) . 11
Der Weltkongreß der Arbeiter („A.-Z.", 23. September 1900) . . . 16
Der internationale Sozialistenkongreß in Paris („A.-Z.", 7. Oktober 1900) . . . . . 20
Die österreichische Sozialdemokratie und der Amsterdamer Kongreß (Parteitag 1903) . . . . . 23
Vor dem Amsterdamer Kongreß („A.-Z.", 10. August 1904) . . . . 26
Der internationale Kongreß in Amsterdam . . . . . 32
Einigkeit („A.-Z.", 24. August 1904) . . . . . 41
Internationale sozialistische Taktik (Verein „Zukunft", 15. September 1904) . . . . . 43

Aufbau der Internationale.

Die Gründung der neuen Internationale (Festschrift zum Internationalen Kongreß, Wien 1914) . . . . . 58
Der Londoner Kongreß („A.-Z.", 8. August 1896) . . . . . 61
Zum Brüsseler Kongreß („A.-Z.", 28. August 1891) . . . . . 64
Der Triumph der Internationale („A.-Z.", 25. August 1907) . . . . 72
Der internationale Kongreß in Wien (Parteitag 1913) . . . . . 74

Generalstreik.

Die Taaffesche Wahlreform und der Generalstreik (Parteitag 1894) 80
Die Lage in Österreich und der sozialdemokratische Parteitag („Neue Zeit", Nr. 33/34, 1894) . . . . . 91
Generalstreikdebatten („A.-Z.", 23. September 1904) . . . . . 114
Unter dem Gefühl der Verantwortlichkeit (Parteitag 1904) . . . . 117
Die Generalstreikdiskussion („A.-Z.", 17. September 1905) . . . . 118
Die Frage des Massenstreiks im Jahre 1905 (Parteitag 1905) . . . 126

Die Frauenfrage.

Die erste Frauenkonferenz („A.-Z.", 10. April 1898) . . . . . 138
Die Frau in der Organisation (Frauenkonferenz 1903) . . . . . 142
Die politische Betätigung der Frauen (Frauenkonferenz 1903) . . . 144
Die sozialdemokratischen Frauen („A.-Z.", 10. November 1903) . . 145
Männerwahlrecht und Frauenwahlrecht (Intern. Kongreß, 1907) . . 146
Der erste Frauentag (Versammlung, 19. März 1911) . . . . . 148
Zwanzig Jahre „Arbeiterinnen-Zeitung" (Festversammlung, 3. März 1912) . . . . . 152

Seite

Die Jugend.

Das Jahr 1848 und die Jugend (Versammlung in Wien, 8. März 1903) 155
Ein Wort an die Arbeiterjugend (Jugendversammlung, Reichenberg, 20. September 1909) . . . . . 159

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Gewerkschaft und Partei — siamesische Zwillinge (Brief an Hueber) 163
Zwei Seiten der proletarischen Bewegung (Vorwort zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung) . . . . . 164
Kaltes Blut („A.-Z.", 27. Juni 1890) . . . . . 165
Sozialdemokratie und Gewerkschaften (Gewerkschaftskongreß 1893) 169
Zugehörigkeit zur Gewerkschaft (Parteitag 1894) . . . . . 174
Zum Streik der Gasarbeiter (Parteitag 1894) . . . . . 174
Der zweite Gewerkschaftskongreß („A.-Z.", 25. Dezember 1896) . . 175
Gewerkschaft und Bildungsverein (Gewerkschaftskongreß 1896) . . 176
Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen (Parteitag 1897) . . . . . 178
Konsumvereine (Parteitag 1899) . . . . . 180

CX 000 864 075